KARL ROHE

Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold

Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik

Herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 34

Meinen Eltern

1966

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

Gesamtherstellung:
Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf
Schutzumschlag: Johannes Mühle
Printed in Germany

Zur Einführung

Die Arbeit ist einem Thema gewidmet, das bislang von der historischen Forschung noch nicht eigens behandelt worden ist. Zwar hat Ernst H. Posse bereits 1930 das Phänomen der „politischen Kampfbünde" zu deuten versucht[1]) und einige Probleme angeschnitten, die die vorliegende Monographie unter allerdings veränderten Fragestellungen aufgreift. Das Reichsbanner wird jedoch bei ihm ebenso wie in Brachers Exkurs über die „militanten Bewegungen" der Weimarer Republik[2]) nur im Vorübergehen gestreift.

Von einem anderen Ansatz her hat sich Erich Matthias dem Thema genähert[3]). Die nachstehende Untersuchung geht für die Jahre von 1930 bis 1933 mit seiner Studie über die Eruierung des Faktischen hinaus ein Stück Weges gemeinsam. Wie Matthias nicht darauf verzichten kann, das Reichsbanner in seine Betrachtung einzubeziehen, so kommt die vorliegende Monographie nicht umhin, ständig die Gesamterscheinung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Auge zu behalten. Denn die Arbeiterbewegung bildet den politischen Rahmen, in dem das Reichsbanner wirkt und existiert. Die folgende Darstellung versteht sich deshalb auch als Beitrag zur Organisations- und Ideengeschichte der politischen Linken in der Weimarer Republik.

Für eine Gesamtinterpretation des Phänomens „Reichsbanner" reichen diese Bezüge allerdings nicht aus. Es ist unumgänglich, die Vereinigung bewußt als Kampfbund unter anderen Kampfbünden zu begreifen. Denn was es bedeutet, daß eine Organisation der politischen Linken sich den Namen „Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Bund republikanischer Kriegsteilnehmer" gab und wie ihre Konkurrenten SA und Stahlhelm „militärisch" auftrat, läßt sich nur klären, wenn man den Umkreis des Verbandes genau untersucht. Eine isolierte Betrachtung der Vereinigung würde entweder vordergründig bleiben oder der Gefahr einer voreiligen Deutung erliegen. Der Blick muß deshalb immer wieder vom Reichsbanner weg auf andere Weimarer Kampfbünde fallen und darüber hinaus auch auf außerdeutsche Organisationen, da der kämpferische Antagonismus zwischen „rechten" und „linken", zwischen „faschistischen" und „antifaschistischen" Verbänden eine internationale Erscheinung der Epoche darstellt.

Methodisch resultieren daraus eine Reihe von Konsequenzen. Konstitutiv für

[1]) Ernst H. Posse, Die politischen Kampfbünde Deutschlands, 2. Aufl., Berlin 1931.

[2]) Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie, 3. Aufl., Villingen/Schwarzwald 1960.

[3]) Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: Matthias/Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.

die Untersuchung sind der Vergleich und ein typologisierendes Verfahren. Beide Methoden dienen zunächst dazu, Standort und Eigenart des Reichsbanners zu bestimmen. Darüber hinaus hat sich jedoch die Arbeit das Nebenziel gesteckt, an Hand des Reichsbanners gewisse typische Erscheinungen herauszuarbeiten und damit einen Beitrag zur Struktur der politischen Kampfverbände in der Weimarer Republik zu liefern.

Die republikanische Vereinigung ist allerdings eine sehr „gemischte", komplexe Organisation, die anders als manche Verbände der Rechten den Typus „Kampfverband" nicht rein verkörpert und zudem ihren Charakter im Laufe der Jahre stark verändert. Wesentliche Merkmale entziehen sich deshalb oft einer definitiven Feststellung. Wenn das für die Untersuchung ein Nachteil ist, so steht dem ein wichtiger Vorteil gegenüber. Gerade weil das Reichsbanner mehr am Rande steht und von Schichten getragen wird, die von Hause aus anderen Traditionen verpflichtet sind, lassen sich an ihm besonders gut Reichweite und Bedeutung bestimmter Ideologien, Denkhaltungen und Organisationsprinzipien aufweisen. Vielleicht kann deshalb die vorliegende Arbeit unser Bild von der Struktur der Weimarer Republik um einige Nuancen bereichern.

Eine Anmerkung mag in diesem Zusammenhang angebracht sein. Die Darstellung holt oft weit aus, um zu ihren Ergebnissen zu gelangen. Historische Erscheinungen außerhalb des Reichsbanners werden jedoch nur insoweit berücksichtigt, als es für den Vergleich nötig und fruchtbar erscheint. Auch sie in ihrer jeweiligen historischen Dimension voll auszuschöpfen und zu „verstehen", kann nicht ein Ziel der vorliegenden Arbeit sein. Vielleicht sind die Grenzen des Untersuchungsfeldes in mancher Hinsicht enger gezogen, als man es von einer historischen Darstellung erwarten würde. Aber nur diese Grenzziehung hat die Untersuchung in ihrer Form als vergleichende Studie praktisch ermöglicht.

Die Problemstellung der Arbeit bringt es vielfach mit sich, daß bereits Gesagtes in einem anderen Zusammenhang neu aufgegriffen werden muß. Denn die Untersuchung kann den Gegenstand oft nicht direkt explizieren und ist deshalb gehalten, den Zugang gleichzeitig von mehreren Seiten zu suchen. Wiederholungen ließen sich deshalb nicht immer vermeiden. Die Eigenart der Gedankenführung hat auch die äußere Komposition der Arbeit beeinflußt. Es erwies sich als unmöglich, die ausführlichen systematischen Erörterungen ganz in den Rahmen einer historisch-chronologisch fortschreitenden Darstellung zu zwängen. Als Ausweg bot sich an, Strukturanalyse und Verlaufsgeschichte zu trennen und dabei darauf zu achten, daß in den systematisch gehaltenen Partien die Geschehnisse nach Möglichkeit durchscheinen. Diese Lösung lag um so näher, da das Reichsbanner schon bald nach seiner Gründung eine Phase erlebte, die arm war an bedeutenden Vorfällen und in der die Entwicklung gleichsam innehielt. Es dürfte deshalb legitim sein, hier eine Atempause einzulegen und Zustände und grundsätzliche Verhältnisse zu betrachten. Erst für die drei letzten Jahre ist

es notwendig, den chronologischen Faden neu aufzunehmen, da in ihnen das Ereignishafte wieder stark in den Vordergrund tritt.

Die Durchführung der Arbeit in ihrer geplanten Form als vergleichende Organisationsgeschichte stieß auf nicht geringe Schwierigkeiten, da der Umkreis des Verbandes wenig erforscht ist. Nur für den Jungdeutschen Orden, der als vergleichbares Gebilde am wenigsten in Betracht kommt, liegt eine wissenschaftlich einwandfreie Monographie vor[1]). Darstellungen über die nationalsozialistische SA[2]) und den Rotfrontkämpferbund[3]) können dagegen den Ansprüchen kaum genügen. Stahlhelm[4]), Republikanischer Schutzbund und Heimwehren[5]) in Österreich haben bislang noch keinen Bearbeiter gefunden. Das historische Faktenmaterial über die Verbände, die Grundlage also für eine vergleichende Betrachtung, mußte häufig unmittelbar aus den Quellen gewonnen werden.

Diesen Erschwernissen entsprachen die stofflichen Schwierigkeiten beim Reichsbanner selbst. Sitzungsprotokolle des Bundesvorstands oder sonstige Materialien der Magdeburger Zentralbehörden sind nicht erhalten[6]). Akten der politischen Polizei sind zumeist wenig ergiebig, da die staatsloyale Organisation des Reichsbanners, anders als beispielsweise der Rotfrontkämpferbund, sich offensichtlich eines nur geringen Interesses der staatlichen Überwachungsorgane erfreute. Das bedeutete jedoch gleichzeitig, daß der Verband kaum „große Geheimnisse" besaß und daß sich fast alle wesentlichen Vorgänge an Hand publizistischer Quellen — Presse, Organisationshandbücher, Broschüren und Schriften aller Art[7]) — rekonstruieren lassen. Zusammen mit dem erhaltenen

[1]) Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958. Leider stieß der Verfasser erst nach Beendigung seiner Arbeit auf die Dissertation von Hans Jürgen Kuron, Freikorps und Bund Oberland, Phil. Diss. Erlangen 1960.

[2]) In mancher Hinsicht aufschlußreich ist allerdings die Darstellung von Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München 1962.

[3]) Völlig unzureichend ist die Darstellung von Hermann Dünow, Der Rote Frontkämpferbund. Die revolutionäre Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats, Berlin (Ost) 1958.

[4]) Über den Stahlhelm bereitete V. R. Berghahn eine Monographie vor. — Die Arbeit ist inzwischen als Bd. 33 der Beiträge z. Gesch. d. Parl. u. d. pol. Part. (1966) erschienen.

[5]) Neuerdings liegen einige österreichische Dissertationen vor, die sich mit einzelnen Phasen der Heimwehr-Geschichte befassen.

[6]) Franz Osterroth berichtet, daß der Großteil des Materials der Bundeszentrale nach dem 30. Januar 1933 von den Angestellten verbrannt worden sei (mündliche Auskünfte).

[7]) Auch dieses Material war zumeist sehr schwer zu beschaffen. Die Reichsbannerzeitung ist nirgends vollständig erhalten. Die ersten Jahrgänge befinden sich im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, die letzten Jahrgänge wurden mir von Herrn Osterroth, Kiel, zur Verfügung gestellt. — Der Großteil der Organisationshandbücher befindet sich im Arbetarrörelsens Arkiv, Stockholm. Verschiedene Broschüren und Organisationshandbücher konnte ich bei Herrn Osterroth einsehen. Sie gehören zum Nachlaß eines ehemaligen Reichsbannerortsvorsitzenden, der das Material über die Jahre 1933—1945 gerettet hat, und werden von Herrn Osterroth verwaltet. Aus gleicher Quelle stammt auch eine umfangreiche Sammlung von Rundschreiben des Gauvorstandes Schleswig-Holstein, die bis in den Mai 1933 reichen. Der Fundort

Schriftverkehr einzelner Ortsleitungen[1]), den Aufzeichnungen einiger Reichsbannerführer[2]) und archivalischen Einzelstücken stellen sie für eine Monographie über das Reichsbanner eine hinreichende Quellengrundlage dar.

Der Mithilfe vieler ehemaliger Angehöriger des Reichsbanners schuldet die Arbeit großen Dank. Mittels systematisch angelegter, umfangreicher Fragebögen, die an ehemalige Verbandsführer verschickt wurden, konnten in einer Reihe von Fällen neue Quellen geschaffen werden. Wertvoll waren vor allem die detaillierten Angaben der ehemaligen Reichsbannergauführer Arthur Neidhardt, Paul Steiner, Richard Hansen und Albert Schulz, sowie die des zeitweiligen kommissarischen 2. Bundesführers Gustav Ferl. Für wichtige Auskünfte zu Einzelfragen habe ich überdies vor allem folgenden Herren zu danken:

Kurt Baurichter, Ernst Böhme, Rudolf Brendemühl, Ernst Carlbergh, Dr. Julius Deutsch, Dr. Albrecht von Holtum, Karl Ilgner, Josef Joos, Baron Korb von Koerber, Dr. Heinrich Krone, Eugen Lechner, Ernst Lemmer, Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein, Ritter von Lex, Dr. Wilhelm Nowack, Richard Rothe, Walter Röber, Dr. Fritz Schäffer, Dr. Karl O. Schreiner, Dr. Hermann Schützinger.

Wenn ich einem ehemaligen Reichsbannermitglied zu besonderem Dank verpflichtet bin, dann Herrn Franz Osterroth, Kiel, dem früheren Redakteur an der Reichsbannerzeitung. Herr Osterroth hat nicht nur in großzügiger Weise Material zur Verfügung gestellt, sondern darüber hinaus den Kontakt zu verschiedenen Reichsbannerführern ermöglicht. Frau Höltermann, Miss Dhonou, Frau Baerensprung, Herrn Thape, Herrn Baron von Koerber, dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes Herrn Staatssekretär a. D. Ritter von Lex, dem Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Herrn Dr. Weichmann danke ich dafür, daß ich in ihrem Besitz befindliche Archivalien benutzen durfte. Mein Dank gilt auch den Direktoren und Mitarbeitern aller Archive, deren Archivalien ich einsehen konnte: Bundesarchiv Koblenz, Hauptarchiv Berlin-Dahlem, Staatsarchiv Ludwigsburg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Parteiarchiv der SPD, Bonn, Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, Arbetarrörelsen Arkiv, Stockholm. Herrn Dr. Henryk Skrzypczak danke ich besonders für seine Mithilfe bei der Erschließung von Materialien des Bebel-Archivs. Bei der Beschaffung des verstreuten Materials war mir weiterhin die

wird in der Folge nicht jeweils erwähnt. Alle Rundschreiben des Gauvorstandes Schleswig-Holstein befinden sich in der sogenannten Sammlung Osterroth.

[1]) Wichtig sind vor allem die Rundschreiben der Gauleitung Hannover (Nieders. Staatsarchiv, Hannover, Des. 310 II) und die Rundschreiben der Gauleitung Schleswig-Holstein.

[2]) Wichtig sind vor allem: Unveröffentlichte Memoiren Franz Osterroths, die er in den Jahren 1933/34 niedergeschrieben hat. Aufschlußreich ist auch der Nachlaßrest Karl Höltermanns, der sich teilweise im Besitz von Frau Höltermann, London, teilweise im Besitz von Frau Dhonou, London, befindet. Es handelt sich bei diesem Nachlaß um Denkschriften und Aufzeichnungen, die Höltermann unmittelbar nach seiner Emigration im Mai 1933 verfaßt hat, sowie, abgesehen von Einzelstücken, um verschiedene Korrespondenzen aus dem Jahre 1933.

Unterstützung, die mir die Beamten und Angestellten der Universitätsbibliothek Münster zuteil werden ließen, äußerst wertvoll.

Mein größter Dank gilt jedoch Herrn Professor Dr. Heinz Gollwitzer, der die Arbeit angeregt hat und stets bereit war, sie mit seiner ermunternden Kritik zu begleiten. Herrn Professor Dr. Rudolf Vierhaus möchte ich danken für manch anregendes Gespräch und fruchtbare Kritik.

Den Herren der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien habe ich für die Aufnahme dieser Untersuchung in die Reihe der „Beiträge" zu danken.

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahre 1964 von der Philosophischen Fakultät der Universität Münster als Dissertation angenommen. Die ursprüngliche Fassung wurde für den Druck leicht überarbeitet.

In der Stille des St. Antony's College, Oxford, dessen Gastfreundschaft ich seit einiger Zeit genieße, konnte ich die Korrekturfahnen lesen. Dabei wurde mir die äußerst wertvolle Hilfe von Herrn Dr. Volker Berghahn zuteil. Ihm und meinen Münsteraner Freunden und Bekannten Renate Weidenfeller, Sybille Meyer-Biederlack, Gerhard Weidenfeller, Winfried Schüler und Johann Friedl, die mir in mancherlei Hinsicht behilflich waren, sei an dieser Stelle mein herzlicher Dank ausgesprochen.

Münster/Oxford, 1965

Verzeichnis der in den Anmerkungen verwandten ungebräuchlichen Abkürzungen

BA	Bundesarchiv, Koblenz
BGV	Bundesgeneralversammlung
IRZ	Illustrierte Reichsbannerzeitung (seit 1926: Illustrierte Republikanische Zeitung)
NK	Neue Kampffront, Organ der Sozial-Republikanischen Partei Deutschlands
NStAH	Niedersächsisches Staatsarchiv, Hannover
O.Anw.	Organisationsanweisungen
R.	Das Reichsbanner, Zeitung des Reichsbanners Schwarz Rot Gold
Rb.	Organisation Reichsbanner
RT	Reichstagsprotokolle
St.	Der Stahlhelm, Wochenschrift des Stahlhelms
StAL	Staatsarchiv Ludwigsburg
WTB	Wolffs Telegraphen-Büro

Inhalt

Verzeichnis der Abkürzungen 10

Erster Teil

Vorgeschichte, Gründung und Frühzeit des Reichsbanners

I. Die Ausgangslage: Freikorps, Selbstschutzverbände und „nationale Bünde“ 17

II. Vorläufer des Reichsbanners

1. Sozialdemokratische Selbstschutzformationen vor 1924 29
2. Die „Republikanische Notwehr“ in Magdeburg 39

III. Gründung und Frühzeit des Reichsbanners

1. Die Gründungsinitiative und ihre Voraussetzungen. 44
2. Der „Magdeburger Kreis“ 55
3. Gründung und Aufbau des Verbandes 66

Zweiter Teil

Struktur, Ideologie und politische Konzeption des Verbandes

I. Vergleichende Betrachtungen zur Organisation und zum Erscheinungsbild des Reichsbanners

1. Gliederung und Organisationsprinzipien 83
2. „Bündische“ Integrationsformen und militärisches Auftreten . . . 96
3. „Militarismus“, „soldatische Haltung“ und „Führerideologie“. . . 110

II. „Frontgeist“ und „Kriegsteilnehmerpolitik“: der „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“

1. Die Auseinandersetzung mit der „Frontsoldatenideologie“ 126
2. Das Bild des Krieges 142
3. Internationale Kriegsteilnehmerpolitik 147

III. „Wehrhaftigkeit“ und „Pazifismus“: der Standort des Reichsbanners innerhalb der Wehrbewegung

1. „Technische“ Ausbildung vor 1930 158

2. Reichsbanner und Reichswehr 169
3. Der Streit um den Pazifismus 182
4. Das Reichsbanner als paramilitärischer Verband: eine vergleichende Betrachtung 192

IV. „Antifaschismus" und „proletarische Wehrhaftigkeit": zur Theorie und Struktur sozialistischer Kampfverbände

1. Sozialdemokratische Kampfbünde im außerdeutschen Raum und die „Kommission zur Abwehr des Faschismus" 200
2. Die Faschismusdeutung der Linken und die Theorie der „proletarischen Wehrhaftigkeit" 212
3. Faschistische, kommunistische und sozialdemokratische Kampfbünde: ein kurzer Vergleich 222

V. Republik, Staat und Nation

1. Die Tradition von 1848 und der großdeutsche Gedanke 227
2. „Antimonarchismus" und Kampf für Schwarz Rot Gold 240
3. Nation und Volksgemeinschaft 245
4. Die Staatsgesinnung der republikanischen Massen 259

VI. Das Reichsbanner im innenpolitischen Raum der Republik

1. Die parteipolitische und soziale Struktur des Verbandes 266
2. Zentrum und Reichsbanner 279
3. Das Verhältnis des Reichsbanners zur DDP/Staatspartei und zu einigen Splitterparteien 303
4. SPD und andere Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis zum Reichsbanner 314
5. „Überparteilichkeit", „Reichsbannerideologie", „Parteihörigkeit": Überlegungen zum politisch-ideologischen Standort des Verbandes . 325
6. Die Beziehungen des Reichsbanners zu den rivalisierenden Kampfbünden 342

Dritter Teil

Der Kampf um Demokratie und Republik: von den Septemberwahlen 1930 bis zur Auflösung

I. Die Reorganisation des Verbandes nach dem 14. September 1930

1. Die Reaktion auf das Wahlergebnis 357
2. Die Bildung der Schufo 365
3. Der „Fall Hörsing" 379

II. Das Reichsbanner im Zeichen der „Eisernen Front“

1. Gründung und politischer Charakter der „Eisernen Front“ 392
2. Propagandaformen und Abwehrvorbereitungen der „Eisernen Front“ 403
3. Reichspräsidentenwahl und SA-Verbot 417

III. Das Reichsbanner unter Papen, Schleicher und Hitler

1. Der 20. Juli 1932 426
2. Paramilitärische und politische Aktivität in der Zeit nach dem „Preußenschlag“ 438
3. Auflösung und Emigration 461

Quellen und Literatur 475

Register 489

Erster Teil

Vorgeschichte, Gründung und Frühzeit des Reichsbanners

I. Die Ausgangslage:

Freikorps, Selbstschutzverbände und „nationale Bünde"

Als am 22. Februar 1924 in Magdeburg eine Delegiertenkonferenz unter Leitung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hörsing zusammentrat, da wurde der Grundstein für eine Organisation gelegt, die die politische Landschaft der Weimarer Republik um eine interessante Variante bereichern sollte. Von ihrer äußeren Physiognomie her konnte sie an sich keine besondere Aufmerksamkeit für sich beanspruchen. Denn militante Bewegungen ähnlicher Art waren schon seit Jahren neben den Parteien hervorgetreten. Anders jedoch als die bestehenden Kampfbünde gab die neue Vereinigung vor, ihr Ziel sei es gerade, diesen Staat und diese Republik zu verteidigen und zu tragen und ihre Gegner mit deren eigenen Mitteln niederzukämpfen, damit die Republik endlich zu einem Staat der deutschen Republikaner werde[1]).

Fragt man nach den tieferen Gründen, warum es nötig erschien, nach fünf Jahren Republik ein solches Programm zu verkünden, dann fällt der Blick zwangsläufig zurück in die Zeit, zu der die Grundlagen des Weimarer Staates gelegt wurden. Denn nur weil damals eine wirkliche politische und staatliche Integration gescheitert war, konnte im Jahre 1924 ein Kampfverband mit dieser Zielsetzung geschaffen werden. Die neue Vereinigung, die sich den symbolisch gemeinten Namen „Reichsbanner Schwarz Rot Gold" gab, ist deshalb in ihren historischen Antrieben und Voraussetzungen eng mit der Entstehungsgeschichte der Republik verknüpft. Sie unternahm gleichsam den Versuch, in einem erneuten Anlauf das zu erreichen, was in den Jahren 1918/1919 mißlungen war: die Republik zu einem krisenfesten Staatsgebilde zu machen, das von der breiten Mehrheit seiner Bewohner als ihr Staat anerkannt und getragen wurde.

Für die Struktur und das spätere Schicksal des Weimarer Staates war es von entscheidender Bedeutung, daß sich die parlamentarische Demokratie im Kampf gegen die Linke jenseits der Mehrheitssozialdemokratie durchzusetzen hatte. Ob die Auseinandersetzung und die Form, in der sie ausgetragen wurde, unumgänglich war, wenn die Gefahr des Bolschewismus vermieden werden sollte, bleibe in unserem Zusammenhang unerörtert[2]). Für unsere Betrachtung ist allein

[1]) Vgl. dazu den Gründungsaufruf des Reichsbanners, R. v. 15. April 1924, und die erste Bundessatzung, die das Datum vom 27. Februar 1924 trägt.

[2]) Die Auffassung, es habe nur die Alternative Bolschewismus oder Bündnis der SPD mit dem alten Offizierskorps und alter Bürokratie gegeben, wird namentlich von der jüngeren Literatur, die sich mit der Tätigkeit und Funktion der Räte befaßt, energisch bestritten. Zum gegen-

wichtig, daß die verantwortlich Handelnden glaubten, dem Kampf nicht ausweichen zu können und deshalb eine Truppe benötigten, die bereit war, einen Bürgerkrieg gegen die Linke zu führen.

Ein eigenes militärisches Aufgebot stand ihnen dabei nicht zur Verfügung. Die Versuche, „republikanische" oder „demokratische" Einheiten zu schaffen, waren unbefriedigend verlaufen, da sich diese Formationen, von Ausnahmen abgesehen[1]), als politisch nicht sehr zuverlässig oder aber militärisch wenig einsatzfähig erwiesen[2]). Noske suchte darum Unterstützung bei jenen Truppen, die noch als einzige Zusammenhalt und militärische Schlagkraft besaßen, nämlich bei den Freikorps[3]). Sie wurden die Hauptträger der Revolutionskämpfe auf staatlicher Seite.

Eine exakte Untersuchung des Personalbestands der Freikorps liegt zwar nicht vor[4]), aber die vorhandenen Zeugnisse ergeben doch ein ziemlich eindeutiges Bild. Von zentraler Bedeutung war gerade in den ersten Monaten der Anteil ehemaliger Berufssoldaten, darunter sehr viele Unteroffiziere und Offiziere — verschiedene Freikorps führten reine Offizierskompanien —, und von durchweg sehr jungen Reserveoffizieren. Eine repräsentative Gruppe bildete auch die akademische Jugend, Studenten, Gymnasiasten und Kadetten, die insgesamt allerdings wohl noch mehr in die Zeitfreiwilligenverbände als in die Freikorps strömten. Weitere Kontingente faßt Paulus unter der disqualifizierenden Sammel-

---

wärtigen Stand der Diskussion vgl. den Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin, 7. bis 11. Oktober 1964, S. 42—51. Auf eine kritische Erörterung der einzelnen Standpunkte sei verzichtet. Ebenso mag es im folgenden erlaubt sein, um die Anmerkungen straffer zu halten, auf die stark in Fluß gekommene Forschung über die Entstehungsphase der Weimarer Republik nur dann zu verweisen, wenn es von den Ausführungen im Text her unumgänglich ist.

[1]) Dazu gehörten beispielsweise die als „Republikanische Schutztruppe" zusammengefaßten Regimenter „Reichstag" und „Liebe". Vgl. zu diesem Komplex vor allem H. J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919—1926, Frankfurt 1959, S. 26 ff. Gordon bringt gutes Material für die hier interessierenden Fragen. Einigen Urteilen wird man allerdings mit kritischer Reserve gegenüberstehen.

[2]) Ein gewiß unverdächtiger Zeuge ist der mehrheitssozialdemokratische, spätere Polizeioberst Dr. Hermann Schützinger, der in seinem Buch, Der Kampf um die Republik, Berlin-Leipzig (1924), S. 53 ff., über seine Tätigkeit als Offizier in der vom bayrischen Militärminister Schneppenhorst aufgestellten mehrheitssozialdemokratischen Truppe berichtet und mit allem Nachdruck die für die Disziplin der Truppe geradezu katastrophalen Auswirkungen der Führer- und Soldatenratswahl herausstellt.

[3]) Aus der Fülle der Freikorpsliteratur seien nur erwähnt: F. W. v. Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918—1923, 6. Aufl. München 1939; Robert G. L. Waite, Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918—1923, Cambridge (Mass.) 1952. Als Stimmungsbilder aufschlußreich: Ernst v. Salomon (Hrsg.), Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938; ders., Die Geächteten, Gütersloh 1930; Manfred v. Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, 6. Aufl. München 1934.

[4]) Die einseitige, jedoch als Überblick brauchbare Darstellung von Günter Paulus, Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 3, (1955), S. 685—704, verarbeitet im Grunde nur die vorliegende Freikorpsliteratur sowie einige Zeitungsaufsätze.

bezeichnung „asoziale Elemente aus den Randschichten der Arbeiterklasse und aus der Bauernschaft“[1]) zusammen. Es handelt sich dabei offensichtlich um beschäftigungslose Arbeiter und Angestellte, „Jungarbeiter und Kaufmannsgehilfen“[2]), wie Oertzen sie an einer Stelle nennt, vor allem aber um Elemente bäuerlicher Herkunft.

Diese Aufstellung nennt zwar die repräsentativen Gruppen, erfaßt jedoch keineswegs lückenlos den Personalbestand der Verbände. Die politische und soziale Spannweite der Freikorps reicht grundsätzlich vom Junker bis zum kleinen Lohnempfänger, vom rechten Ultra bis hin zum Sozialdemokraten[3]). Das Gros der Freikorpsmitglieder rekrutiert sich aber eindeutig aus sozialen Schichten, von denen zumeist nach Tradition und Herkunft eine Übereinstimmung mit den Zielen auch einer gemäßigten Revolution nicht zu erwarten war. Jene Bevölkerungsgruppe, die allein das betont republikanische Element hätte stellen können, nämlich die sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, trat bei diesen Verbänden so gut wie nicht in Erscheinung[4]).

Noskes Bemühungen um einen verstärkten Eintritt seiner eigenen Parteigenossen wurden vielfach von den verantwortlichen Partei- und Gewerkschaftsstellen, wenn nicht offen sabotiert, so doch wenig gefördert[5]). Der „Vorwärts“ und die sonstige Parteipresse waren gemeinhin nur zögernd bereit, Werbeaufrufe für die Freikorps zu veröffentlichen. Gewerkschaftsmitglieder, die sich zum Dienst in den Freiwilligenformationen meldeten, hatten teilweise mit Relegationen seitens ihrer Berufsverbände zu rechnen[6]) und waren schweren Belästigungen an ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt[7]). Noch jahrelang wurde ein erfolgreicher Boykott der sogenannten „Baltikumer“ in den Betrieben praktiziert[8]). Angesichts dieser Situation vermag es kaum zu überraschen, daß die ohnehin wenig wehrfreudig eingestellte sozialdemokratische Arbeiterschaft im allgemeinen den Freiwilligenverbänden fernblieb. Die notwendige Folge war

[1]) Paulus, a.a.O., S. 703.

[2]) Oertzen, a.a.O., S. 159.

[3]) Vgl. dazu auch Gordon, a.a.O., S. 67 f., in seinen Ausführungen über das von den Freikorps gestellte „Rohmaterial“ für die vorläufige Reichswehr.

[4]) Das betont völlig zu Recht auch Paulus, a.a.O., S. 689.

[5]) Darüber Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 116 ff. Bei aller gebotenen Vorsicht, mit der man Noskes Folgerungen begegnen sollte: seine Angaben lassen sich prinzipiell kaum bestreiten. Dafür liegen zahllose andere Beispiele vor.

[6]) Beispiele bei Noske, a.a.O., S. 120 f. Auf dem 10. Kongreß des ADGB lag ein von der Konferenz der Vorstandsvertreter des ADGB gestellter Antrag vor, in dem der Kongreß aufgefordert wurde, „auf das Entschiedenste“ solche von Einzelgewerkschaften ergriffenen Maßnahmen zu verurteilen. Vgl. Protokoll der Verhandlungen vom Nürnberger Kongreß 1919, Berlin 1919, S. 87.

[7]) Vgl. Noske, a.a.O., S. 120 f. Das galt zum Teil auch für den Dienst in den Einwohnerwehren. Vgl. Ein Jahr Bremer Stadtwehr 5. Februar 1919 bis 5. Februar 1920, Bremen 1920, S. 8.

[8]) Unter der Bezeichnung „Baltikumer“ faßte man gern alle ehemaligen Freikorpsmitglieder zusammen. Vgl. Paulus, a.a.O., S. 689, Anm. 17.

jedoch, daß die Freikorps mehr und mehr zum Tummelplatz antidemokratisch und antiweimarisch gesinnter Elemente wurden.

Ein fast ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Situation in den Zeitfreiwilligenverbänden und Einwohnerwehren untersucht, den beiden anderen typischen militärischen Gebilden der ersten Nachkriegszeit. Die Grenzen zwischen diesen Organisationstypen sind häufig fließend[1]). Freikorps, die nur für eine begrenzte Aktion aufgestellt werden, unterscheiden sich kaum von den Zeitfreiwilligenformationen. Charakteristisch für die Zeitfreiwilligenverbände ist jedoch im allgemeinen, daß sie nicht wie die Freikorps ständig unter Waffen stehen und mehr für lokale oder regionale Aufgaben verwandt werden. Damit rücken sie in die Nähe der Einwohnerwehren, die ähnlich wie die Freikorps zunächst ohne behördliche Anleitung spontan aus der Bürgerschaft heraus entstanden waren und lokale Ordnungsfunktionen übernahmen. Eine nennenswerte militärische Bedeutung kam ihnen zumeist nicht zu. Nur in Bayern, wo sie, anders als in Preußen, auf privater Basis organisiert waren und unter der Leitung des energischen Forstrates Georg Escherich zu einem schlagkräftigen überregionalen Verband zusammengefaßt wurden, spielten sie politisch und militärisch eine gewichtige Rolle[2]).

Bei den Zeitfreiwilligenverbänden, die gerade in Universitätsorten entstehen, fällt der Anteil der akademischen Jugend oft so entscheidend ins Gewicht[3]), daß sie damit auch in ihrer sozialen und politischen Struktur relativ eindeutig gekennzeichnet sind. Weit verwickelter liegen die Verhältnisse bei den Einwohnerwehren, die starke lokale Unterschiede aufweisen, so daß es erst verschiedener detaillierter Untersuchungen bedürfte, um ein genaues Bild zu gewinnen. Bürgerwehren konkurrieren mit „Gegeneinwohnerwehren". Selbstschutzverbänden, die sich strikt auf ihre offizielle Funktion, Wahrung von

[1]) Gleichzeitig gab es noch Zwischenstufen wie auch Übergänge von einem Organisationstypus zu einem anderen. Vgl. etwa: Freikorps Thüringen. Einwohnerwehr. Ordnungshilfe Erfurt. Entstehung, Entwicklung und Betätigung (insbesondere beim Kapp-Putsch) zum Schutz der Stadt Erfurt und Thüringens vom Januar 1919 bis April 1920, Erfurt 1935, passim. Schon in den verschiedenen Titelbezeichnungen spiegeln sich diese Übergänge.

[2]) Zur Geschichte der bayrischen Einwohnerwehren vgl. Rudolf Kanzler, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayrischen Einwohnerwehr, München 1931; Günther Axhausen, Organisation Escherich. Die Bewegung der nationalen Einheitsfront, Leipzig–Berlin 1921, S. 12 ff.; Erwin Rosen, Orgesch, Berlin 1921, S. 13 ff.; neuere Darstellungen, die dieses Phänomen ausführlicher behandeln: Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung, Bd. I. Der Ursprung 1919—1922, Hamburg/Berlin 1962, S. 41 ff.; W. G. Zimmermann, Bayern und das Reich 1918—1923, München 1953, S. 98 ff.; Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Berlin 1963, S. 333—364; Schulz gibt, gestützt auf Materialien aus dem Bundesarchiv, einen ersten allgemeinen Überblick über die Geschichte der Einwohnerwehren überhaupt.

[3]) Darüber Oertzen, a.a.O., S. 422 ff.; für Halle z. B. betont Joachim Schunke, Schlacht um Halle. Die Abwehr des Kapp-Putsches in Halle und Umgebung, Berlin (Ost) 1956, S. 20, daß dort die Zeitfreiwilligeneinheiten „fast ausschließlich aus nationalistischen Studenten" bestanden hätten und nach den Korporationsmitgliedschaften aufgebaut gewesen seien.

„Ruhe und Ordnung", beschränken, stehen andere gegenüber, die tief in den Strudel der innenpolitischen Auseinandersetzungen hineingezogen werden. In verschiedenen Gegenden ist das Übergewicht der äußersten Linken so stark, daß die Behörden überhaupt auf die Bildung von Einwohnerwehren verzichten[1]). In den Industriegebieten Sachsens und Thüringens wird ihr politischer Charakter oft maßgeblich von Sozialdemokraten, USPD und Kommunisten bestimmt[2]). Insgesamt gesehen sind jedoch Milizen „linker" Observanz Ausnahmen von der Regel[3]).

Der „Vorwärts" fordert zwar Ende des Jahres 1919 zum Eintritt in die Bürgerwehren auf[4]), aber der Aufruf bleibt ohne nachhaltige Wirkung. Selbst in Städten mit rein sozialdemokratischer Regierung versagt sich die Arbeiterschaft dem Appell der staatlichen Behörden und verharrt, wie eine Festschrift der Bremer Stadtwehr 1920 vorwurfsvoll bemerkt, in ihrem „eingewurzelten Mißtrauen" gegen militärischen „Dienst"[5]). Erst nach dem Kapp-Putsch, als nicht wenige Bürgerwehren ihrer Sympathie für Kapp unverhohlen Ausdruck verleihen, verlangen die Gewerkschaften die Reorganisation der Sicherheitswehren durch die verstärkte Einstellung „waffenfähiger Arbeiter und Angestellter"[6]). Aber gerade diese Tatsache, sowie die übliche Einschätzung der Bürgerwehren als „reaktionär", verraten deutlich, daß die sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft den staatlichen Selbstschutzeinrichtungen im allgemeinen fernblieb und sie dem Einfluß rechtsstehender Gruppen überließ.

Die organisierte Arbeiterschaft bewahrte zwar in ihrer überwiegenden Mehrheit Disziplin und trug dadurch wesentlich zur Stabilisierung des Weimarer Staates bei. Sie war jedoch, psychologisch völlig verständlich, nur in Ausnahmefällen bereit, mit der Waffe in der Hand ihren radikalisierten Klassengenossen entgegenzutreten. Der bewaffnete Kampf gegen die revolutionäre Linke und damit

[1]) So etwa in verschiedenen Gebieten Sachsens. Vgl. Schunke, a.a.O., S. 20.

[2]) In Chemnitz etwa war die Einwohnerwehr stark „rot angehaucht"; St. v. 11. August 1929. Nach Angaben des Reichsbanners bestand sie fast ausschließlich aus politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, darunter auch Kommunisten; R. v. 9. März 1930. Auch in Magdeburg wurde nach Angaben des Stahlhelms die Einwohnerwehr immer mehr „links-parteipolitisch durchsetzt". Vgl. Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder aus den Jahren 1918—1933. Hrsg. im Auftrage des Gründers und Bundesführers Franz Seldte, Bd. I, 2. Aufl., Berlin 1933, S. 35. In der Lausitz nennt Reinhold Kruppa, Die Niederlausitz greift zur Waffe. Die Abwehr des Kapp-Putsches in der Niederlausitz, Berlin (Ost) 1957, S. 18, die Einwohnerwehr Finsterwalde, die sich zu 75% aus Arbeitern zusammengesetzt habe. Vgl. auch G. Schulz, a.a.O., S. 334, passim.

[3]) Das wird sowohl bei Schunke, a.a.O., S. 20, wie bei Kruppa, a.a.O., S. 17 f. betont. Ähnlich R. v. 13. April 1929. In Erfurt befanden sich zur Zeit des Kapp-Putsches unter 1000 Mann der Ordnungshilfe Erfurt nur 7 Arbeiter. Vgl. Freikorps Thüringen, a.a.O., S. 48. Vgl. auch Noske, a.a.O., S. 74.

[4]) Vorwärts v. 30. November 1919.

[5]) Ein Jahr Bremer Stadtwehr, S. 10.

[6]) Korrespondenzblatt des ADGB 30 (1920), S. 183. Ähnliche Forderungen in einem von allen maßgeblichen Gewerkschaftsverbänden, Beamten- und Angestelltenbünden unterzeichneten Aufruf v. 13. April 1920, abgedruckt ebd., S. 199.

um die Sicherung der parlamentarischen Demokratie wurde nicht von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft geführt. Die Träger der Auseinandersetzung auf staatlicher Seite, die Selbstschutzverbände und Freikorps, rekrutierten sich, sieht man von einigen wenigen betont republikanischen Einheiten ab[1]), vorwiegend aus dem Lager der nicht „weimarisch" gesinnten traditionellen Rechten.

Für die Gründung des Reichsbanners, einer privaten Massenorganisation zum Schutz des Weimarer Staates, sind diese Tatsachen nicht ohne Belang. Wenn die Rechte später die Schlagworte von der „Republik ohne Republikaner" und dem „feigen Nutznießertum" der neuen politischen Führungsschicht propagierte, dann traf sie die Achillesferse der Republik, deren politische Reputation schwer darunter litt, daß sie ihre Existenz wesentlich „fremder" Hilfe verdankte. Gerade diese Vorwürfe suchte das Reichsbanner durch sein Auftreten zu widerlegen. Seine Gründung mag deshalb auch als Versuch gedeutet werden, den der Republik anhaftenden Geburtsmakel nachträglich zu löschen.

Der Republik fehlte in der Tat eine eigene kämpferische Tradition, die ein republikanisches Selbstbewußtsein hätte stimulieren und eine Art Gründungsmythos hätte schaffen können. Das alte System hatte sich mehr oder minder selbst liquidiert; die parlamentarische Demokratie war nur sehr bedingt eine revolutionäre Errungenschaft. Ihre Sicherung war wiederum primär das Ergebnis des Kampfes zwischen der Linken und der Rechten, zwischen Freikorps und „proletarischen" Formationen. Das Dilemma spiegelt sich eben darin, daß der Weimarer Staat sich weder zu den Traditionen der einen noch der anderen Seite voll und ganz bekannte noch zu bekennen vermochte. Der Blutzoll, der bei den Nachkriegskämpfen hüben wie drüben entrichtet worden war, fiel in jedem Fall gegen den neuen Staat in die Waagschale. Während er selbst eigener kämpferischer Potenzen zu entbehren schien, wurden die Freikorpstraditionen von den oppositionell eingestellten „nationalen Bünden" übernommen, die sich nicht wenig auf ihren „vaterländischen" Einsatz gegen Spartakus zugute hielten. Darauf beruhte zu einem Teil ihr Selbstbewußtsein, aber auch ihr Ressentiment und Haß gegen einen Staat, der, wie sie meinten, ihre Leistungen so schlecht honoriert hatte[2]).

Gewiß sind nicht alle Bünde, die sich später im Lager der „nationalen Opposition" zusammenfinden, aus Freikorps und Selbstschutzverbänden erwachsen. Ein Teil existiert schon vor dem Kriege und marschiert mit wenig veränderten

[1]) Gordon, a.a.O., S. 69 f., billigt in seiner Aufstellung über die Freikorps 12 Formationen die Bezeichnung „republikanisch" zu.

[2]) Beispiel etwa ein Artikel von Georg Escherich, Die Orgesch, in: St. v. 17. Februar 1929 (Beilage). Noch nach 1945 ist bei Th. Duesterberg, Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel-Hannover 1949, S. 7, das Ressentiment spürbar gegen die „federgewandten Herolde des neuen Systems", die es in ihrer Mehrzahl „unter ihrer Würde" gehalten hätten, „mit der Waffe, mit dem Knüppel ihre politische Neugeburt" zu verteidigen, und in der Not nach den „verhöhnten alten Soldaten" gerufen hätten.

Kleidern und Gesinnungen in die neue Zeit. Aber gerade die aktivsten und bedeutendsten Verbände sind in Habitus und politischer Einstellung dieser Tradition aufs stärkste verpflichtet und stehen mit der Freikorps- und Selbstschutzbewegung der ersten Nachkriegsjahre in direktem oder indirektem organisatorischen Zusammenhang.

Im einzelnen müßte zwar noch genauer untersucht werden, in welchem Umfang die Ortsgruppen des Stahlhelms oder anderer nationaler Bünde, die ja selbst in nicht wenigen Fällen den Kern der lokalen Selbstschutzeinrichtungen bilden[1]), auf den Personenbestand früherer Einwohnerwehren zurückgreifen. Daß solche personellen Verbindungslinien in starkem Maße vorhanden sind, steht außer aller Diskussion, wie besonders das Beispiel Bayerns deutlich zeigt. Denn erst nach der Auflösung der bayrischen Einwohnerwehren setzt das schnelle Wachstum der nationalen Verbände ein, ein Beweis dafür, daß sie von der Konkursmasse der Einwohnerwehren profitieren[2]).

Klarer noch ist diese Kontinuität bei den Freikorps zu verfolgen, die in vielen Fällen als Rekrutendepot für die paramilitärischen Formationen der Rechten dienen. So weist die nationalsozialistische SA, die in ihrer Anfangszeit starke Kontingente der Marinebrigade Ehrhardt, des Freikorps Epp und des Freikorps Oberland aufnimmt[3]), in ihrer Führungsschicht einen hohen Prozentsatz ehemaliger Freikorpskämpfer auf[4]). In anderen Fällen wiederum bilden die Freikorps selbst die Keimzelle eines nationalen Bundes.

Dieser Umformungsprozeß setzte ein, als der Staat über ausreichende eigene Machtinstrumente verfügte und sich der Freiwilligenverbände zu entledigen begann. Für die Selbstschutzformationen war jetzt, soweit sie nicht in die Reichswehr oder die Länderpolizei übernommen wurden, der Zeitpunkt gekommen, wo sie sich entscheiden mußten: ein Teil verschwand freiwillig von der Bildfläche, ein anderer existierte als illegaler paramilitärischer Verband weiter, wieder andere Formationen vollzogen, oft nach einer Gärungszeit voller Diktaturkonzepte und aktiver Putschbeteiligung, sehr bewußt den Schritt vom Freikorps zum äußerlich unangreifbaren „nationalen Bund".

Repräsentativ für diese Entwicklung — Fronttruppe, Freikorps, nationaler

---

[1]) So bildete etwa der Stahlhelm in Magdeburg den Grundstock der Einwohnerwehr, nachdem er zuvor schon als Sicherheitstruppe fungiert hatte. Vgl. Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder, S. 35; ähnliche Aufgaben nahm zunächst der Jungdeutsche Orden in Kassel wahr. Vgl. Hornung, Der Jungdeutsche Orden, S. 23 f.

[2]) Vgl. Franz-Willing, a.a.O., S. 44 u. 140 f.; Franz Schweyer (im zweiten Kabinett v. Kahr bayrischer Staatssekretär, in den Kabinetten Lerchenfeld und Knilling bayrischer Innenminister), Politische Geheimverbände. Blicke in die Vergangenheit und Gegenwart des Geheimbundwesens, Freiburg i. Br., 1925, S. 101; G. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 363.

[3]) Vgl. Franz-Willing, a.a.O., S. 140 f.

[4]) Vgl. den Personenanhang bei Waite, a.a.O., S. 285—296, dessen Grundthese im übrigen überspitzt erscheint.

Verband — sind die Bünde Oberland und Wiking[1]), in gewisser Weise aber auch der Jungdeutsche Orden, der zunächst als eine Einheit von Zeitfreiwilligen entstanden war[2]). Der Jungdo verkörpert allerdings schon ex origine den Typ eines politischen Gesinnungsverbandes mit weitergesteckten Zielsetzungen, da er nach den Intentionen Artur Mahrauns von Anfang an mehr sein sollte als eine Zweckvereinigung auf Zeit. Das gleiche gilt für den Stahlhelm, der, mit den Worten seines Gründers Franz Seldte, die „Frontsoldaten" gegen die „gröhlenden Revolutionäre und speckigen Matrosen"[3]) zu mobilisieren suchte und sich zunächst kaum von anderen zur Wahrung von „Ruhe und Ordnung" geschaffenen Selbstschutzgebilden unterschied.

Wenn Seldte sich gegen die „Schweinerei"[4]) der Revolution wandte, dann gab er einer Stimmung Ausdruck, die damals weite Kreise des Bürgertums beseelte. Um bewußte politische Opposition gegen den sich konstituierenden Weimarer Staat handelt es sich indes in der Regel noch nicht. Eine Reihe von Gruppen, die später eine militant antidemokratische Haltung an den Tag legten, stand dem neuen Staatswesen zunächst nicht in prinzipieller Feindschaft gegenüber[5]). Eine Zeitlang mochte es sogar scheinen, als ob die durch den gemeinsamen Gegner zusammengehaltene Front, die von Noske bis hin zu Escherich reichte, sich auch zu positiver Aufbauarbeit zusammenfinden könnte. Von der Berliner Zentralstelle für Einwohnerwehren wurde bewußt in dieser Richtung gearbeitet, wenn sie, mit allerdings unzulänglichen Mitteln und teilweise grotesken Argumenten, die Nottatsache Einwohnerwehr ideologisch zu überhöhen suchte, um das sozialistische und konservative Lager auf der Basis einer „staatserhaltenden Weltanschauung" einander näherzubringen[6]).

Mit der Verabschiedung des Weimarer Verfassungswerkes, der endgültigen Annahme des Versailler Vertrages und der nun einsetzenden Aera der „Erfüllungspolitik" schwanden jedoch mehr und mehr die Voraussetzungen, die eine solche Zusammenarbeit gegebenenfalls hätten tragen können. Wenn „nationale" Kreise von der Revolution zunächst noch eine Erneuerung des

[1]) Zur Entstehung des Bundes Oberland vgl. Posse, Politische Kampfbünde, S. 45 f.; unter die gleiche Kategorie fällt der „Frontbann" des Freikorpsführers und späteren obersten SA-Führers Pfeffer v. Salomon.

[2]) Vgl. Hornung, a.a.O., S. 23.

[3]) So Franz Seldte auf der Gründungsversammlung des Stahlhelms am 25. November 1918 in Magdeburg. Ansprache Seldtes abgedruckt in: Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder, S. 26.

[4]) Ebd.

[5]) Vgl. Clemens v. Klemperer, Germany's New Conservatism. Its History and Dilemma in the Twentieth Century, Princeton 1957, S. 76 ff.

[6]) Vgl. dazu: Die sozialen Aufgaben der Einwohnerwehr, Vortrag von Dr. Ferdinand Runkel. Gehalten auf der Konferenz der Vertreter der deutschen Länder über die Frage der Einwohnerwehr am 23. August 1919 in Berlin, Berlin 1919, passim. Grundthese des Vortrages ist, die „große Mission" der Einwohnerwehren bestehe darin, die „Volksgemeinschaft" verwirklichen zu helfen. Dabei beruft sich Runkel, um sein Anliegen ideologisch zu fundieren und auch den Sozialdemokraten einen Zugang zu ermöglichen, groteskerweise vornehmlich auf Karl Marx.

vielberufenen „Geistes" vom August des Jahres 1914, einen „befreienden Aufschwung aller nationalen Kräfte"[1]) erhofft hatten, der sie vielleicht den Sturz der Monarchie hätte verwinden lassen, so sahen sie sich in ihren Erwartungen sehr bald enttäuscht. Damit riß die Schnur, die diese Kräfte noch an das neue Staatswesen gebunden hatte, und die „nationale Bewegung", unfähig und nicht bereit, den aus der Niederlage erwachsenden politischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, wurde, wie August Winnig betont, zur „nationalen Opposition"[2]).

Der Feindbegriff verschob sich jetzt, und zwar im gleichen Maße, wie Spartakus als aktueller Gegner fortfiel, von den zunächst allein bekämpften „Roten" auf die Republik selbst und die sie tragenden Kräfte. Diese Gegnerschaft mochte zwar von Anfang an im Keim vorgebildet sein. Aufs Ganze gesehen ist jedoch typisch, sieht man von Phasenverschiebungen und vereinzelten gegenläufigen Tendenzen ab, ein Prozeß wachsender Distanzierung vom Weimarer „System" und dem mit ihm verbundenen politischen Ideengut. Das gilt namentlich für den „neuen Nationalismus"[3]), der aus unartikulierten Anfängen erst allmählich ein eigenes Profil gewann, sich dann aber zum eigentlichen dynamischen Element innerhalb der „nationalen Opposition" entwickelte. Seine organisatorischen Träger wurden gerade die Kampfbünde, die aus den Freikorps und Selbstschutzverbänden entstanden waren.

Beim Kapp-Putsch marschierten die Kreise des späteren „neuen Nationalismus" noch im Schlepptau der „Reaktion" und als deren „Prätorianergarde"[4]). Auch in der Orgesch[5]), der ersten Großblockbildung der „nationalen Kräfte", waren beide Richtungen ungeschieden vereint. Denn diese unter Leitung des bayrischen Forstrates Escherich stehende Organisation, an deren Gründung neben anderen der Stahlhelmführer Seldte beteiligt war[6]), erfaßte fast alle wichtigen Bünde und Gruppen des „nationalen Lagers" und stand darüber

[1]) So Seldte auf der Gründungssitzung des Stahlhelms, abgedruckt in: Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder, S. 26.

[2]) August Winnig, Das Reich als Republik, 4. Aufl. Stuttgart 1930, S. 190.

[3]) Vgl. dazu u. a. Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918—1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950; Klemperer, Germany's New Conservatism; Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962. Für den Nationalbolschewismus vgl. O. E. Schüddekopf, Linke Leute von Rechts. Nationalbolschewismus in Deutschland 1918—1933, Stuttgart 1960. Zu Ernst Jünger, dem in diesem Zusammenhang als politischem Ideologen größere Bedeutung zukommt, vgl. Hans-Peter Schwarz, Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers, Freiburg 1962.

[4]) Die Einstufung des Kapp-Putsches als „reaktionäres" Unternehmen ist später geradezu eines der typischen Merkmale des „neuen Nationalismus". Symptomatisch die Kapitelüberschrift bei Oertzen, a.a.O., S. 364: „Im Dienst der Reaktion. Der Kapp-Putsch und die Freikorps."

[5]) Darüber ausführlich Rosen, a.a.O., S. 25 ff., passim; zur Orgesch vgl. weiterhin Axhausen, Organisation Escherich, passim. Einiges bei Franz-Willing, a.a.O., S. 42 ff.

[6]) So Escherich, in: St. v. 17. Februar 1929.

hinaus durch die Organisation Kanzler (Orka) mit halbmilitärischen Rechtsverbänden Österreichs und Ungarns in Verbindung[1]).

Der politische Rahmen der als „Bewegung der nationalen Einheitsfront"[2]) auftretenden Organisation war weit gespannt, da man alle auf dem „Boden der Ordnung" stehenden „vaterländisch gesinnten Deutschen"[3]), einschließlich der Mehrheitssozialdemokraten, zu „überparteilicher" Zusammenarbeit vereinigen wollte[4]). Entsprechend gemäßigt gab sich das offizielle Programm, das sich für die „Sicherung der Verfassung" und die Abwehr jedes Rechts- oder Linksputsches"[5]) aussprach. Solche Erklärungen dienten nicht nur zur Tarnung. Obwohl die Orgesch auch extremistischen Gruppen Unterschlupf gewährte, war sie nicht einfach eine Putschorganisation zum Sturz der Republik. Die tragende Grundstimmung war jedoch offen antiweimarisch, und Escherichs Ausfälle gegen den „rasch aufgezogenen Ersatzstaat", gegen den „Staatsgedanken der Defaitisten und Deserteure"[6]) verraten deutlich genug, daß wir es hier schon mit einer Bewegung der sich konstituierenden „nationalen Opposition" zu tun haben.

Für die Linke, auch für die Mehrheitssozialdemokratie, wurde die Orgesch zum „reaktionären" Beelzebub schlechthin, dessen Machenschaften sie hinter allen gegen den Weimarer Staat gerichteten Bestrebungen vermutete. Von Anfang an trat sie deshalb der Organisation, wo immer es anging, mit staatlichen Repressivmaßnahmen entgegen. Schon am 15. August 1920 wies der preußische Innenminister Severing die Oberpräsidenten an, ausgenommen die von Ostpreußen und Oberschlesien, energisch gegen den Verband vorzugehen, und am 1. November erfolgte das offizielle Verbot in ganz Preußen[7]).

Stark mitausgelöst wurden diese scharfen Maßnahmen durch die Aufdeckung der sogenannten Magdeburger Spitzelzentrale, die, wie es in einer Verlautbarung des Magdeburger Oberpräsidiums hieß, durch „gefälschte Berichte über angeblich linksradikale Kampfpläne" die Öffentlichkeit schon seit langem beunruhigt

[1]) Zur Orka vgl. vor allem Rudolf Kanzler selbst, den Leiter und Gründer dieser Organisation, a.a.O., passim; Franz-Willing, a.a.O., S. 43; Georg Escherich, in: SA. v. 17. Februar 1929.

[2]) Untertitel der Broschüre von Axhausen.

[3]) § 3 der Orgesch-Satzung, bei Axhausen, a.a.O., S. 16.

[4]) Axhausen, a.a.O., S. 29.

[5]) Vgl. § 3 der Satzung und die Punkte 1 und 2 des „Arbeitsprogramms".

[6]) G. Escherich, Selbsthilfe und Staat, in: Die Neue Front (1920), S. 48; zitiert nach Sontheimer, a.a.O., S. 25; ähnliche Äußerungen Escherichs bei Axhausen, a.a.O., passim, so wenn dieser sich gegen die „Republik mit tönernen Füßen", gegen die „Korruption" und „parteipolitische Krippenwirtschaft", gegen die „Revolutionshelden", denen es nur um die „Erhaltung ihrer Parteiherrlichkeit" zu tun sei, ausläßt und verlangt, daß „endlich wieder Männer an die Spitze der Regierung" gestellt werden müßten. Seine ablehnende Einstellung gegenüber der Republik ist primär von spezifisch bürgerlichen Vorurteilen bestimmt, so etwa, wenn er gegen die „an sich ehrenwerten" „Waschfrauen, Buchdrucker, Steinsetzer, Lederarbeiter, Gewerkschaftssekretäre, Hausfrauen" polemisiert, die plötzlich einen Staat regieren wollten.

[7]) Ausführlicher über diese gegen die Orgesch ergriffenen Maßnahmen, auch in nichtpreußischen Provinzen: Axhausen, a.a.O., S. 61 ff., sowie Rosen, a.a.O., S. 55 ff.

habe und mit der Organisation Escherich in „innigstem Zusammenhang" stehe[1]). Für die Vorgeschichte des Reichsbanners ist es nicht uninteressant, daß die beiden namhaftesten Persönlichkeiten der späteren republikanischen Wehrorganisation aufs engste in den Kampf gegen die Orgesch verwickelt waren: der streitbare Magdeburger Oberpräsident Hörsing, der durch sein besonders energisches Vorgehen auffiel und schon damals in das heftige Kreuzfeuer der „nationalen" Kritik geriet[2]), sowie der als Redakteur an der „Magdeburger Volksstimme" tätige Karl Höltermann, auf dessen Initiative die Recherchen zurückgingen, die dann zur Aufdeckung der tatsächlich oder angeblich bestehenden Magdeburger Spitzelzentrale führten[3]).

Inwieweit die Vorwürfe gegen die Orgesch und andere „nationale" Gruppen, sie bereiteten einen gewaltsamen Umsturzversuch vor[4]), immer zu Recht bestanden oder nicht, bleibe dahingestellt. Tatsache war jedenfalls, daß sich im Zeichen des Antikommunismus, die antibolschewistische Konjunktur ausnutzend, eine „nationale Opposition" formierte, die in ihren extremistischen Kreisen vor Gewaltlösungen nicht zurückschreckte. Die zumeist dilettantischen Unternehmungen der Jahre 1920 und 1923 scheiterten zwar kläglich, aber sie erinnerten die Linke doch nachdrücklich an ihre Fehler und Unterlassungen. Denn die Reichswehr, die bei einer bewaffneten Auseinandersetzung letztlich den Ausschlag geben mußte, erwies sich in der Stunde der Not keineswegs als sichere Stütze des republikanischen Staates. Erst dieses kühldistanzierte Verhältnis der bewaffneten Macht zur Republik verhalf den paramilitärischen Formationen der Rechten zu einer Bedeutung, die ihnen anderenfalls kaum zugekommen wäre. Nicht ganz zu Unrecht sah die Linke in den Verbänden, obwohl sie die von ihnen ausgehende militärische Gefahr durchweg überschätzte, potentielle Träger eines bewaffneten Aufstandes. Sie beobachtete deshalb ihr Treiben mit wachsendem Mißtrauen, das durch die ständigen militärischen Aufmärsche der Vereinigungen immer aufs neue geweckt wurde.

Diese Situation einer tatsächlichen oder vermeintlichen Bedrohung der Republik durch eben jene Kräfte, die einst in der Stunde der Not zur Abwehr des Linksradikalismus zu Hilfe gerufen worden waren, muß man im Auge behalten, wenn man Entstehung und Charakter der sozialistisch-republikanischen Selbstschutzbewegung begreifen will. Die Sorge um den Bestand der Republik bildet

[1]) Verlautbarung abgedruckt bei Axhausen, a.a.O., S. 48.

[2]) Vgl. etwa die Polemik Axhausens, a.a.O., S. 21, 48 f. u. 51.

[3]) In einem im Nachlaß Höltermann befindlichen Bleistiftmanuskript werden diese Vorgänge ausführlich geschildert (Manuskript undatiert, zur Zeit der Londoner Emigration konzipiert). Axhausen, a.a.O., S. 49 ff., bestreitet zwar nicht die Existenz eines Nachrichtendienstes, jedoch entschieden die ihm von der Linken zugeschriebenen Funktionen. Die Leitung habe ein sich zur DDP bekennender Rechtsanwalt innegehabt und das Magdeburger Oberpräsidium habe selbst Informationen von dorther bezogen.

[4]) Escherich setzt sich wiederholt gegen den Vorwurf des „Kappismus" zur Wehr. So u. a. in einem Artikel in der „Nationalzeitung" v. 8. Januar 1921, abgedruckt bei Rosen, a.a.O., S. 80 ff.

jedoch nur den allgemeinen politischen Hintergrund. Bei den meisten sozialdemokratischen Verbänden stehen hinter der Gründung viel konkretere, handfestere Motive. Nicht selten sind sie ein unmittelbares Produkt des politischen Tageskampfes auf örtlicher oder regionaler Ebene.

Die Form, in der politische Gegensätzlichkeiten ausgetragen wurden, hatte sich, vergleicht man sie mit der Situation der Vorkriegszeit, ungemein verschärft. Politische Morde, Attentate, Überfälle und Saalschlachten waren Elemente eines politischen Terrors geworden[1]), der in verschiedenen Gegenden die Agitations- und Versammlungsfreiheit einzelner politischer Gruppen erheblich beeinträchtigte. Die Ausübung von Terror war zwar keineswegs ein „Privileg" der Rechten. Aber die neue militante Note war doch durch die Rechte in die politischen Auseinandersetzungen getragen worden. Sie hatte zuerst die paramilitärische Kampfbundform zur Perfektion entwickelt und sich damit in die Vorhand gespielt.

Das Bürgertum, das sich den proletarischen Massenorganisationen immer unterlegen gefühlt hatte, sah plötzlich, daß man noch eindrucksvoller und stärker als Sozialdemokraten und Kommunisten in Erscheinung treten konnte, und auf dieser Tatsache beruhte wohl nicht zuletzt die Sympathie, die beispielsweise die SA zunächst in bürgerlichen Kreisen genoß. Für die Linke war es umgekehrt ein schockierendes Erlebnis, daß ihr auf der Straße, die sie von alters her ziemlich selbstverständlich als ureigenste Domäne betrachtete, ein zumindest ebenbürtiger, wenn nicht überlegener Rivale entstand. Gerade in den Schichten der jüngeren Arbeiterschaft hatten solche Erfahrungen zu steigender Erbitterung geführt und oft spontane Gegenmaßnahmen ausgelöst. Einige Funktionäre erkannten auch schon frühzeitig, daß diese „modernen" Organisations- und Agitationsformen den bisher innerhalb der Arbeiterbewegung verwandten Methoden überlegen waren, und sie waren wendig und aufgeschlossen genug, um bewußt vom Gegner zu lernen[2]).

---

[1]) Reiches Material über politische Morde in den Werken von Gumbel, die allerdings, namentlich was die Aufdeckung der politischen Hintergründe betrifft, kritisch zu lesen sind: E. J. Gumbel, 4 Jahre politischer Mord, Berlin 1923; ders., Verräter verfallen der Feme. Opfer, Mörder, Richter, 1919—1929. Abschließende Darstellung unter Mitwirkung von Berthold Jacob und Ernst Falck, Berlin 1929; ders., Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimverbände seit 1918, Wien 1924. Von nationalistischer Seite vgl. F. W. Heinz, Politische Attentate in Deutschland, in: C. Hotzel (Hrsg.), Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs, Stuttgart 1934, S. 197 ff.

[2]) Darüber ausführlich Karl Höltermann in einer Denkschrift an den Internationalen Gewerkschaftsbund v. 1. Juni 1933 (Nachlaß Höltermann). Künftig zitiert als: Denkschrift Höltermann.

II. Vorläufer des Reichsbanners

1. Sozialdemokratische Schutzformationen vor 1924

Eine Kontinuität der Entwicklung, einen Übergang vom Freikorps und Selbstschutzverband zum „nationalen Bund", wie sie weithin für die Geschichte der politischen Kampfbünde auf der Rechten charakteristisch ist, hat es auf der Linken kaum gegeben. Die in den Jahren 1918 und 1919 vielenorts entstandenen „republikanischen" Wachregimenter und Sicherheitswehren verschwanden nach Beendigung der Revolutionswirren wieder in der Versenkung. Die zum Noskeschen Aufgebot gehörigen Einheiten demokratisch-republikanischer Observanz, ohnehin spärlich gesät, wurden in die Reichswehr und die Länderpolizei übernommen[1]) oder lösten sich freiwillig auf. Als Reaktion auf den Kapp-Putsch bildeten sich zwar von der Arbeiterschaft getragene Sicherheitswehren, aber sie fielen, ähnlich wie die Einwohnerwehren, sehr bald den Entwaffnungsbestimmungen zum Opfer[2]). Erst das ständige Anwachsen der nationalen Bünde und die zunehmende Verschärfung des innenpolitischen Kampfes ließ auch auf sozialistischer Seite umfassendere Organisationen erstehen, die jedoch weder qualitativ noch quantitativ mit den Bünden der Rechten zu konkurrieren vermochten und über lokale oder regionale Ausmaße nie hinausgelangten. Sie standen aber 1924, als das Reichsbanner gegründet wurde, als Kaderformationen bereit und ermöglichten die schnelle Ausbreitung des neuen Verbandes, der alle Schutzvereinigungen sozialistisch-republikanischer Ausrichtung zusammenfaßte und damit dem bisherigen Zustand organisatorischer Zersplitterung ein Ende bereitete.

In Schleswig-Holstein[3]) zeigten sich die ersten Ansätze zu einer sozialdemokratischen Schutzorganisation schon vor dem Jahre 1920; als Initialzündung wirkte jedoch erst der Kapp-Putsch. Die bei dieser Gelegenheit entstandenen Arbeiterwehren wurden zwar sehr bald wieder aufgelöst, aber man überzog jetzt

---

[1]) Vgl. Gordon, Reichswehr, S. 79 sowie 417 (Anhang I, Systematische Aufstellung mit Daten und Stärkeverhältnissen der einzelnen Freikorps).

[2]) Einige Angaben bei Kruppa, Niederlausitz, passim, und Schunke, Schlacht um Halle, passim. Für Schleswig-Holstein vgl. R. v. 23. Februar 1929; für Chemnitz vgl. R. v. 9. März 1929.

[3]) Die folgenden Ausführungen stützen sich, wenn keine andere Quelle angegeben wird, primär auf eine in der Reichsbannerzeitung erschienene Artikelfolge unter dem Titel: Vorläufer des Reichsbanners; vgl. R. v. 23. Februar 1929, R. v. 9. März 1929. Kurze summarische Überblicke in: IRZ v. 27. Dezember 1924; Denkschrift Höltermann; Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Beiträge von Paul Löbe usw., Magdeburg o. J. (1924). Dem Wirkungsgrad der behandelten Verbände entsprechend geht die Darstellung nach einzelnen Regionen vor. Für die Situation in Schleswig-Holstein vgl. noch Richard Hansen, Das Reichsbanner in Schleswig-Holstein, in: Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Gautreffen 10./11. Mai 1930 Neumünster, o. J. u. o. O. (1930); Paul Bugdan, Ein Geist — eine Front, in: Festschrift zum Tag der Republik am 28./29. u. 30. Juni 1930 in Altona, o. J. u. o. O. (1930). Die Kenntnis einiger Tatsachen verdanke ich brieflichen Auskünften (von Franz Osterroth freundlich vermittelt) Richard Hansens, der die „Vereinigung Republik" führte und später als Reichsbannergauvorsitzender in Schleswig-Holstein fungierte.

die Provinz mit einem Netz von Vertrauensleuten, die von Zeit zu Zeit zusammentrafen, und nahm gleichzeitig die Verbindung mit Mecklenburg und den benachbarten Hansestädten auf. 1922 waren diese Vorbereitungen, die nach der Ermordung Erzbergers intensiviert wurden, so weit gediehen, daß eine umfassende Abwehrorganisation unter der Bezeichnung „Vereinigung Republik" an die Öffentlichkeit treten konnte. In allen großen Städten Schleswig-Holsteins standen Formationen aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft bereit, die bei einem Angriff auf den Weimarer Staat in Aktion treten sollten.

Unter gleichem Namen — Vereinigung Republik — entstand 1922 in Hamburg in unmittelbarer Reaktion auf die Ermordung Rathenaus eine sozialdemokratische Truppe, die allem Anschein nach in erster Linie als Saal- und Versammlungsschutz fungierte. Dem gleichen Zweck diente der aus Mitgliedern der DDP bestehende „Republikanische Ring" sowie ein nicht mit dem „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" zu verwechselnder „Bund jüdischer Frontsoldaten".

Im niedersächsischen Raum hat es, wenn man von einem vorwiegend aus sozialdemokratischen Funktionären sich rekrutierenden Saalschutz in Braunschweig absieht, vor Gründung des Reichsbanners ausgesprochene Schutzorganisationen nicht gegeben. In der Stadt Hannover nahm der „Republikanische Reichsbund", im allgemeinen mehr ein Zusammenschluß republikanisch gesinnter Intelligenz, ähnliche Funktionen wahr, da die dortige Ortsgruppe Züge eines Kampfverbandes trug und ihre Mitglieder in Windjacke und mit sogenannter Hitlermütze zu Demonstrationen aufmarschieren ließ.

In Hessen-Kassel entstand 1922/23 ein „Sozialdemokratischer Ordnungsdienst" (SOD), der zeitweilig rund 1000 Mitglieder umfaßte und vor allem in der Stadt Kassel selbst Verbreitung fand. Diese Organisation, die in der Zeit vom Mai 1923 bis April 1924 Nacht für Nacht einen Patrouillendienst unterhielt, diente ausschließlich dem Schutz sozialdemokratischer Führer (Scheidemann), Versammlungen und Parteiunternehmen. Gleichzeitig wurde innerhalb des SOD ein mit der politischen Polizei zusammenarbeitender Nachrichtendienst aufgebaut, der die Tätigkeit der in Kassel sehr mächtigen „nationalen Bünde" zu überwachen hatte. Unabhängig vom SOD existierten noch eine vom Einheitsverband der Eisenbahner getragene Selbstschutzorganisation sowie eine Sonderabteilung innerhalb des „Bundes jüdischer Frontsoldaten", die sich vornehmlich die Abwehr antisemitischer Angriffe angelegen sein ließ.

Innerhalb des späteren Reichsbannergaues Berlin-Brandenburg kommt nur den „Republikanischen Frontkämpferbünden" der Lausitz eine besondere Bedeutung zu, die straff militärisch organisiert waren, nächtliche Geländeübungen veranstalteten und eine sehr sorgfältige Personenauswahl betrieben. Im Herbst des Jahres 1922 gründeten Sozialdemokraten in Cottbus den ersten Frontkämpferbund, der prinzipiell auch Nichtsozialdemokraten offenstand, tatsächlich aber wohl nur Parteigenossen vereinte. Von dort aus breitete sich

die Bewegung weiter aus, nachdem sich anläßlich einer „siegreich" beendeten Saalschlacht mit Angehörigen des Stahlhelms die Zweckmäßigkeit solcher Organisationen erwiesen hatte. Unabhängig von Cottbus hatte sich schon vor 1920 in Sorau ein „Republikanischer Schutzbund" gebildet, der beim Kapp-Putsch als bewaffnete Formation in Erscheinung trat.

In Schlesien wurden Liegnitz und Breslau zu Keimzellen sozialistischer Abwehrbewegungen. Die Liegnitzer Gründung, der „Neue Stahlhelm, Bund republikanischer Frontkämpfer" verrät schon im Namen die bewußte Ausrichtung auf den schwarzweißroten „Bund der Frontsoldaten", der in Schlesien frühzeitig eine beachtliche Stärke entwickelte. Diese Organisation breitete sich schnell von Liegnitz auf die umliegenden Kreise aus und umfaßte nach wenigen Monaten rund 7000 Mitglieder. Aus ähnlichen Motiven heraus wie der „Neue Stahlhelm" — unmittelbarer Anlaß war das Gerücht gewesen, eine Versammlung mit Professor Quidde solle gesprengt werden — entstand Mitte des Jahres 1923 in Breslau ein von den Gewerkschaften getragener „Sozialistischer Ordnerdienst" (SO), der sich aus jüngeren, im Waffendienst ausgebildeten Mitgliedern der SPD rekrutierte und in erster Linie Schutzfunktionen für die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften übernahm. Noch 1921 waren ähnliche Versuche kläglich gescheitert; erst die Ereignisse des 20. Juli 1923, des sogenannten „Breslauer schwarzen Freitags", an dem es zu schweren antisemitisch getönten Ausschreitungen kam, ließen die alten Pläne Gestalt annehmen.

Gleichfalls erst Mitte des Jahres 1923 entstanden in Oberschlesien sogenannte „Republikanische Arbeiterwehren", die den staatlichen Behörden in der Stunde der Not als Hilfstruppe zur Verfügung stehen wollten. Diese Formationen auf „Volksfrontbasis", die von den Gewerkschaften getragen und von der KPD, der SPD wie von der DDP gefördert wurden, gingen nach dem Scheitern des Hitler-Putsches allmählich wieder ein, da die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mehr und mehr eine Zusammenarbeit unmöglich machten. In Oberschlesien war die Furcht vor den mutmaßlichen Putschgelüsten der rechtsradikalen Kampfverbände Anlaß zur Bildung der „Republikanischen Arbeiterwehren". In Pommern dagegen entstanden die Abwehrverbände der Linken in unmittelbarer Reaktion auf den Kapp-Putsch. Die wichtigste Organisation in Pommern war der „Bebelbund" in Stettin, der 800 sozialdemokratische Kriegsteilnehmer zu einer straffen militärischen Formation zusammenfaßte[1]).

Eine politische Sonderstellung unter den Vorläufern des Reichsbanners nehmen die „Republikanischen Frontkämpferbünde" Ostpreußens ein, da sie auf einer wirklich überparteilich-republikanischen Grundlage organisiert waren. Es ist mehr als bezeichnend, daß nicht Sozialdemokraten, sondern der als Leiter des Abstimmungskampfes bekanntgewordene Regierungsrat Dr. Albrecht von Holtum als eigentlicher Initiator hinter der am 8. November 1923 erfolgenden

[1]) Vgl. R. v. 13. April 1929 („Aus der Vorgeschichte des pommerschen Reichsbanners").

Gründung eines „Republikanischen Frontkämpferbundes" in Marienwerder stand. In Königsberg waren es mehrere Persönlichkeiten aus verschiedenen parteipolitischen Lagern, der sozialdemokratische Königsberger Polizeipräsident Dr. Lübbring, der Stadtarzt Dr. Gentzer (DDP) sowie der Kaufmann Otto (Zentrum), die am 25. November 1923 Parteien und Gewerkschaften zu einer Versammlung einluden, auf der die Gründung eines „Republikanischen Frontkämpferbundes" beschlossen wurde. Charakteristisch für diese ostpreußischen Formationen ist nicht nur ihre überparteiliche Struktur, mit der sie die spätere Reichsbannerkonzeption vorwegnahmen, sondern zugleich auch ihr betont nationales und frontsoldatisches Auftreten, das gerade in Ostpreußen, sofern man bei der Bevölkerung „ankommen" wollte, eine unabdingbare Notwendigkeit war[1]).

Auch in Süddeutschland gab es schon vor 1924 eine sozialdemokratische Kampfbundbewegung. Die sogenannte „Wandervereinigung Schwabenland" in Württemberg war allerdings nur eine kurzlebige Schöpfung, da sie bereits 1923 vom damaligen württembergischen Innenminister Dr. Bolz wegen ihres angeblich militärischen Charakters verboten wurde[2]). Nur wenig länger hielten sich die sozialdemokratischen Verbände in Bayern, die in den Städten Nürnberg und München ihren Schwerpunkt besaßen. Die später gemeinhin unter dem Namen „Auergarde" bekannt gewordene „Sicherheitsabteilung der Sozialdemokratischen Partei" (SA) war schon am 10. November 1921 in München gegründet worden; als einheitlich gekleidete — Windjacke, Skimütze und Armbinde — und straff organisierte Truppe trat sie jedoch erst am berühmt-berüchtigten 1. Mai des Jahres 1923 in Erscheinung, an dem sich in München die Heerlager der Linken und Rechten gegenüberstanden[3]). Am 30. September 1923 fielen alle bayrischen Selbstschutzverbände der SPD, die niederbayrische SA-Bewegung, die außer München inzwischen auch andere Orte erfaßt und sich auf einer Vertreterversammlung am 15. August 1923 enger zusammengeschlossen hatte, wie auch die Anfang des Jahres 1923 entstandenen fränkischen Schutzformationen der SPD, einer Auflösungsorder des Generalstaatskommissars von Kahr zum Opfer. Keimzelle und Hochburg der fränkischen Selbstschutzbewegung war die Stadt Nürnberg. Der von dem dortigen Ortsverein der SPD geschaffene Sozialdemokratische

---

[1]) Wichtige Details sowie eine interessante Analyse der politisch-psychologischen Situation im damaligen Ostpreußen enthält eine auf eigenen Erinnerungen fußende Denkschrift von Dr. Albrecht v. Holtum (unveröffentlicht), die dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde. Vgl. weiter einen Artikel in der „Hartungschen Zeitung" v. 7. November 1928, der sich mit der Vorgeschichte des ostpreußischen Reichsbanners befaßt (Abschrift im Archiv des „Telegraph", Berlin).

[2]) Vgl. IRZ v. 21. Februar 1925.

[3]) Vgl. dazu Ernst Deuerlein (Hrsg.), Der Hitlerputsch. Bayrische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet u. herausgegeben von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 56 ff.; aufschlußreich vor allem der bei Deuerlein, a.a.O., S. 720—725 (Dok. 286) abgedruckte Bericht der Polizeidirektion München an das Staatsministerium des Innern v. 28. Mai 1923.

Ordnungsdienst (SOD) trat zum ersten Male bei einer Versammlung mit dem Pazifisten Helmut von Gerlach am 20. März 1923 in Tätigkeit. Seine ersten Opfer hatte er anläßlich des am 1. und 2. September 1923 in Nürnberg abgehaltenen „Deutschen Tages" zu beklagen[1]).

Der Raum Mitteldeutschland wurde in der bisherigen Darstellung bewußt ausgeklammert, weil er mit seinen „Proletarischen Hundertschaften" eine Sonderstellung einnahm. Zwar existierten in verschiedenen Städten Sachsens, namentlich in Chemnitz, Ortsgruppen des Republikanischen Reichsbundes, die Kampfbundcharakter besaßen; repräsentativ sowohl für Sachsen als auch für Thüringen war jedoch die proletarische Hundertschaftsbewegung. Proletarische Hundertschaften im Sinne des Wortes, gemeinproletarische Formationen, die Kommunisten und Sozialdemokraten im Sinne einer „Einheitsfront von unten" vereinten[2]), gab es zwar nicht nur in Mitteldeutschland; sie haben aber nur dort eine nennenswerte Bedeutung erlangt[3]).

Verbände dieser Art waren schon vor dem Jahre 1923 entstanden; das entscheidende Datum in ihrer Geschichte ist jedoch der 19. März 1923, als sich der vom Parteitag der sächsischen VSPD eingesetzte Siebenerausschuß mit der Landesleitung der KPD auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigte, das unter anderem die Bildung proletarischer Abwehrorganisationen vorsah[4]). Maßgebende Kreise innerhalb der SPD setzten dem Beschluß allerdings passiven oder auch aktiven Widerstand entgegen; einzelne Funktionäre bemühten sich sehr bewußt um die Schaffung rein sozialdemokratischer Arbeiterwehren. Die Verhältnisse lagen deshalb, je nach Einstellung der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsleitung, oft sehr verschieden. Es gab rein kommunistische und rein sozialdemokratische Formationen, an nicht wenigen Orten Sachsens und Thüringens

---

[1]) Ein Mitglied des SOD wurde bei einer Auseinandersetzung mit Teilnehmern des „Deutschen Tages" getötet, zwei wurden schwer verletzt. In dem bei Deuerlein, a.a.O., S. 166—176 (Dok. 6) abgedruckten Bericht des Staatspolizeiamtes Nürnberg-Fürth, der schwere Vorwürfe gegen die VSPD und den SOD enthält und den Teilnehmern des „Deutschen Tages" diszipliniertes Verhalten bescheinigt, wird die Schuld an diesem Vorfall den Angehörigen des SOD zugeschoben. Verfasser des Berichts ist allerdings der der NSDAP nahestehende Leiter der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Heinrich Gareis.

[2]) Auch von kommunistischer Seite werden die „Proletarischen Hundertschaften" von den rein kommunistischen Hundertschaften begrifflich geschieden. Vgl. den Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (1924), S. 64 f.

[3]) Ansätze dazu gab es auch in anderen Gegenden, so etwa in Pommern; vgl. R. v. 13. April 1929. In vielen Teilen Deutschlands kam es jedoch nur zur Bildung rein kommunistischer Hundertschaften. Vgl. das erwähnte Parteitagsprotokoll der KPD, S. 64 f. Die Gesamtzahl dieser „roten" — kommunistischen wie proletarischen — Hundertschaften beziffert W. Hanisch, Die Hundertschaften der Arbeiterwehr, S. 98, mit 800—900 (Stand v. 28. Juli 1923). Ein Drittel davon war in Mitteldeutschland lokalisiert. Zu den Verhältnissen in Thüringen und Sachsen vgl. auch G. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 409 f., 415 f., passim.

[4]) Vgl. Hanisch, a.a.O., S. 29, auch für das Folgende. Die im übrigen sehr einseitige Darstellung von Hanisch zeigt sehr gut die unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Städten und Regionen des Freistaats Sachsen.

aber auch gemeinproletarische Verbände, die teilweise über die Köpfe der SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre hinweg gebildet wurden[1]).

Zunächst handelte es sich bei diesen Formationen wohl primär um proletarische Schutz- und Rollkommandos für den wirtschaftlichen und politischen Tageskampf, von denen ein oft unerträglicher politischer Terror ausging[2]). Um die Mitte des Jahres 1923 entwickelten sie sich mehr und mehr zu militärischen Verbänden, die für den Nahkampf geschult wurden und Gefechtsübungen im Gelände veranstalteten. Doch bereits am 13. Oktober, als der erste Hundertschaftskongreß in Chemnitz stattfand, wurden sie von dem Leiter des Wehrkreiskommandos Dresden verboten. Die militärische Ausbildung wurde zwar zunächst noch illegal fortgesetzt; eine nennenswerte Bedeutung kam den Formationen indes nicht mehr zu, und nach der Reichsexekution vom 29. Oktober verfielen sie allmählich der Auflösung. Organisationsgeschichtlich gesehen zählen diese Verbände nicht zu den Vorläufern des Reichsbanners, das sie sehr betont aus der eigenen Ahnengalerie verbannte[3]); sie gehören jedoch zur politischen Vorgeschichte des Verbandes, der mit seiner schwarzrotgoldenen Konzeption einen deutlichen Schlußstrich unter diese Vergangenheit setzte und endgültig den roten Einheitsfrontbestrebungen der „Proletarischen Hundertschaften" das Wasser abgrub.

Das bisher in bunter Fülle ausgebreitete empirische Material läßt erkennen, daß die sozialistische Wehrbewegung vor 1924 in Organisationen heterogener Art zerfällt. Zwei Grundformen schälen sich indes klar heraus, die zwar nirgendwo rein verwirklicht sind, jedoch zumindest eine idealtypische Klassifizierung erlauben. Selbstschutzformationen im engeren Sinn, die sich primär darauf beschränken, Schutzfunktionen für die SPD oder die Gewerkschaften zu übernehmen, stehen andere Verbände gegenüber, die von Anfang an als umfassende republikanische Abwehrbewegungen konzipiert sind. Schon die Namenswahl wirft ein erstes vorläufiges Licht auf die Zielsetzungen, je nachdem, ob sich ein Verband als „Vereinigung Republik" oder aber als „Sozialdemokratischer Ordnerdienst" bezeichnet. Einen sicheren Anhaltspunkt gewinnen wir jedoch erst, wenn zugleich Anlaß und Datum dieser Gründungen mit in Betracht gezogen werden. Bei jenen Vereinigungen, die zum Typ Parteischutztruppe gehören, sind fast immer die besonderen lokalen Verhältnisse, eine gesprengte Versammlung oder ein Überfall auf einen sozialdemokratischen Politiker, unmittelbarer Anlaß zur Schaffung einer Selbsthilfeorganisation. Die Republikschutzverbände im umfassenderen Sinn orientieren sich dagegen bei ihrer Gründung fast immer an überregionalen

[1]) Die älteren, besonnenen Gewerkschaftssekretäre wurden oft von jüngeren, radikalen Elementen ausmanövriert. Vgl. Hanisch, a.a.O., S. 32 f.

[2]) So wurden etwa Versammlungen „nationaler" Verbände und Parteien, u. a. der DVP, verhindert oder ein massiver Druck durch Androhung von Terrormaßnahmen auf einzelne Unternehmer ausgeübt. Beispiele dafür in Fülle bei Hanisch, a.a.O., S. 35 f., 71 ff., der darin berechtigte Mittel und Methoden des Klassenkampfes sieht.

[3]) R. v. 23. Februar 1929.

Ereignissen, als welche vornehmlich der Kapp-Putsch, der Rathenau-Mord und der Hitler-Putsch in Betracht kommen. Sie entstehen nicht zufällig gerade in den Jahren 1920, 1922 oder 1923, entweder als direkte Reaktion auf einen Putsch bzw. Mord, oder aber kurz vorher, weil verschiedene Anzeichen auf eine solche Erhebung hindeuten. Von dieser Grundlage aus gewinnen wir den Ansatz zu einer groben Klassifizierung: Parteischutztruppe im engeren Sinn sind der SOD in Nürnberg und Kassel, der SO in Breslau, die SA in München, aber auch, trotz ihres Namens, der „Neue Stahlhelm" in Liegnitz und die „Republikanischen Frontkämpferbünde" der Lausitz; als republikanische Abwehrbewegungen lassen sich dagegen die „Vereinigung Republik" in Schleswig-Holstein, die „Republikanischen Arbeiterwehren" in Oberschlesien und die „Republikanischen Frontkämpferbünde" Ostpreußens begreifen, letztlich wohl auch der „Bebelbund" in Stettin.

Das Gemeinsame an all diesen Verbänden ist die Tatsache, daß sie zunächst aus einer defensiven Einstellung heraus entstanden sind. In der Praxis sind allerdings die Grenzen zwischen Schutz- und Sturmtruppe, auf der Rechten wie auf der Linken, schwer zu ziehen. Auch die sozialdemokratischen Verbände, ganz zu schweigen von den „Proletarischen Hundertschaften", haben politischen Terror ausgeübt und sich Übergriffe zuschulden kommen lassen. Die beliebte Methode, durch Drohungen und Aufrufe zu Gegendemonstrationen die Polizei zum Verbot gegnerischer Veranstaltungen zu veranlassen, die man als Terrormaßnahme anprangert, wenn man selbst betroffen ist[1]), wird in gleicher Weise von sozialdemokratischer Seite praktiziert und dann als verdienstvolle Tat hingestellt[2]). Solche Vorkommnisse ändern jedoch nichts an der grundsätzlichen Feststellung, daß die Formationen von ihrem Ursprung her als Abwehrbewegungen der Arbeiterschaft verstanden werden müssen.

Das psychologische Klima, aus dem heraus diese Verbände durchweg erwachsen sind, spiegelt sich deutlich in den Schreiben einiger sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Funktionäre aus dem Bezirk Halle, die der Bildung solcher Formationen keineswegs besonders sympathisch gegenüberstehen[3]). Die ständigen

---

[1]) So etwa in dem Bericht über die Münchner sozialdemokratische SA, wo entsprechende Praktiken der nationalsozialistischen SA scharf angeprangert werden. Vgl. R. v. 23. Februar 1929. Andererseits sind natürlich auch Hitlers Klagen in „Mein Kampf" über den von der Linken ausgehenden Terror nicht ganz unberechtigt. Beispiele dafür bei Franz-Willing, Die Hitlerbewegung, passim.

[2]) So in dem Bericht über die Hamburger „Vereinigung Republik", die sich nicht wenig darauf zugute hält, daß sie für Hamburg vorgesehene völkische Kundgebungen verhindert habe. Vgl. R. v. 23. Februar 1929.

[3]) Es handelt sich bei diesen jeweils an den preußischen Innenminister Severing gerichteten Schreiben um einen Brief des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und späteren Reichsbannergauvorsitzenden von Halle/Saale, Reinhold Drescher, v. 26. Juni 1923, ein Schreiben des Gewerkschaftsfunktionärs Petersdorff v. 28. Juni 1923 sowie ein Schreiben des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Bezirk Halle (Willi Rößler) v. 2. Juli 1923. Alle Schriftstücke im Nachlaß Severing.

Aufmärsche der nationalen Verbände, insbesondere das als „provozierend" empfundene Auftreten des Stahlhelms[1]), der sich zu einer „allgemeinen Landplage"[2]) entwickelt habe, führen zu einer wachsenden Unruhe und Erbitterung der Arbeiterschaft, die mehr und mehr, auch in ihren an sich gemäßigten Kreisen, ein Bündnis mit den Kommunisten befürwortet, um sich gegen das „Auftreten der Stahlhelmleute und deren mutmaßliche Absichten" besser schützen zu können[3]).

Die Hallenser Situation läßt sich nicht ohne weiteres verallgemeinern, aber gewisse Erscheinungsformen sind weithin typisch. Es trifft zwar zumeist nicht zu, daß, wie in Halle, der Ruf nach Selbsthilfe spontan aus der Arbeiterschaft emporsteigt und daß die Funktionäre nur deshalb nachgeben, weil sie fürchten, den Einfluß auf die Massen zu verlieren[4]) — das gilt nur für wenige Ausnahmefälle. Durchweg sind es gerade energische Partei- und Gewerkschaftssekretäre, die die Initiative zur Gründung einer Selbstschutzformation ergreifen. Die stärkste Aktivität macht sich jedoch immer an der Basis bemerkbar, während die Funktionärsschicht und namentlich die in staatliche Verantwortung hineingewachsene sozialdemokratische Führungsgruppe solchen Bestrebungen oft mehr als skeptisch gegenübersteht. So lehnt der preußische Innenminister Severing, an den sich die Funktionäre aus Halle wenden, nicht nur jedwede Zusammenarbeit mit den Kommunisten entschieden ab, sondern warnt gleichzeitig davor, durch „übertreibende Sorge und Nervosität den anderen Wasser auf die Mühle zu leiten"[5]), eine diplomatische Antwort, hinter der sich im Grunde die prinzipielle Ablehnung des Selbstschutzgedankens verbirgt. Tatsächlich waren „große Teile der Partei", vor allem die „führenden Männer in Preußen", wie der österreichische Schutzbundführer Julius Deutsch betont[6]), zu diesem Zeitpunkt entschiedene Gegner solcher Projekte.

Noch ein anderer prinzipieller Sachverhalt läßt sich am erwähnten Hallenser Beispiel demonstrieren. Der sozialdemokratische Selbsthilfegedanke entzündet sich an der Existenz der nationalen Bünde, in Norddeutschland vor allem an der

---

[1]) Drescher, a.a.O.; ähnliche Wendungen in dem Schreiben des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Bezirk Halle. A.a.O.

[2]) Petersdorff, a.a.O.

[3]) Drescher, a.a.O.

[4]) Diese Tatsache spiegelt sich deutlich in dem Schreiben Dreschers und in dem des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Drescher erklärt wörtlich, er „fürchte", daß die Bildung von Selbstschutzverbänden beschlossen werde. Im Schreiben des Deutschen Metallarbeiterverbandes heißt es, bislang habe man dem Drängen der Kommunisten widerstehen können und dabei auch die „ruhigen Elemente der Arbeiterschaft" hinter sich gewußt. Aber auch diese Kreise verlangten jetzt, daß etwas geschehe und gingen sogar so weit, ein Zusammengehen mit den Kommunisten zu befürworten.

[5]) Antwortschreiben Severings an den Deutschen Metallarbeiterverband, Bezirk Halle, v. 3. Juli 1923. Nachlaß Severing.

[6]) Julius Deutsch, Antifaschismus. Proletarische Wehrhaftigkeit im Kampf gegen den Faschismus, Wien 1926, S. 100.

des Stahlhelms, wie allein schon Namen wie „Republikanischer Frontkämpferverband" und „Neuer Stahlhelm" deutlich genug verraten. Zwar spielt die SPD in Hessen zeitweilig mit dem Gedanken, gegen die sich im Aufbau befindliche kommunistische Hundertschaftsbewegung sogenannte „Abwehrhundertschaften" aus ihren Reihen zu bilden[1]), aber diese Bestrebungen stehen ziemlich isoliert da. Kein sozialdemokratischer Selbstschutzverband ist aus der bewußten Frontstellung zum Linksradikalismus erwachsen; ausschlaggebend bei der Gründung ist einzig und allein der Gegensatz zu den Bünden und Formationen der Rechten.

Diese Tatsache, die die sozialdemokratische Wehrbewegung als Reaktion auf eine von den „nationalen" Verbänden ausgehende, tatsächliche oder vermeintliche, Bedrohung des Weimarer Staates und der Arbeiterschaft erscheinen läßt, bedeutet indes nicht, daß die Grenzen gegenüber der radikalen Linken verwischt werden, sieht man von jenen wenigen Formationen ab, die eine kommunistische Beteiligung aufweisen. Nicht alle Verbände exponieren sich in gleicher Weise gegenüber der extremen Linken wie die Hamburger „Vereinigung Republik", die sich bei dem Oktoberaufstand des Jahres 1923 sofort den hanseatischen Behörden als Hilfspolizei zur Verfügung stellt und so „mit den Waffen in der Hand auf der anderen Seite der Barrikade" steht[2]), wie der Hauptangeklagte Urbahns im Prozeß gegen die Rädelsführer des Aufstandes den sozialdemokratischen Klassengenossen vorhält. Aber ähnlich wie die „Vereinigung Republik", die 1923 den Internationalen Sozialistenkongreß gegen kommunistische Überfälle schützt[3]), haben auch andere Verbände Schutzfunktionen gegenüber den Kommunisten übernommen. Dieses Gegensatzbewußtsein ist zwar naturgemäß weniger entwickelt als die Frontstellung gegenüber der Rechten; nicht wenige Formationen marschieren jedoch bewußt mit schwarzrotgoldenen, nicht mit roten Emblemen[4]), um von vornherein jede Mißdeutung der eigenen politischen Einstellung auszuschließen.

Die politische Farbenskala der Reichsbannervorläufer reicht grundsätzlich

[1]) Vgl. ein Schreiben des hessischen Innenministers Grentans an Severing v. 30. August 1923, in dem angefragt wird, wie die preußische Regierung sich in einem solchen Falle verhalten würde (Schreiben im Nachlaß Severing).

[2]) Aussage abgedruckt in der von kommunistischer Seite herausgegebenen Broschüre, Hamburg im Aufstand. Der rote Oktober vor dem Klassengericht, Berlin 1925, S. 26; ebd., S. 31 f., weitere Ausführungen über das Verhalten der Vereinigung Republik. Die republikanische Truppe stellte sich zwar sofort den Behörden als Hilfspolizei zur Verfügung, nahm aber wohl nicht aktiv an den Kämpfen teil. Vgl. IRZ v. 27. Dezember 1924; R. v. 17. Oktober 1931; R. v. 24. Oktober 1931, sowie Heinz Habedank, Die Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923, Berlin (Ost) 1958, S. 136 u. 176.

[3]) Vgl. Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, Offenbach 1947, S. 396.

[4]) U. a. der Republikanische Schutzbund in Sorau, die Republikanische Notwehr in Magdeburg. Eine rote Armbinde mit schwarzrotgoldenem Winkel trug die Vereinigung Republik in Schleswig-Holstein (Auskunft Richard Hansens, von Franz Osterroth freundlich vermittelt).

vom gemeinproletarischen Rot der Hundertschaften bis hin zum „bürgerlich" getönten Schwarz Rot Gold der ostpreußischen Frontkämpferbünde. Dominierend ist aber das Rot bzw. Schwarz Rot Gold der rein sozialdemokratischen Verbände, die auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten wie mit „bürgerlichen" Anhängern des Weimarer Staates verzichten[1]). Sozialdemokratische Verbände dieser Art stellen die Kader für das 1924 gegründete Reichsbanner, da die wenigen Vereinigungen der DDP, die später dem republikanischen Wehrverband beitreten, der „Republikanische Ring" in Hamburg und der Bund „Reichsadler" in München, kaum ins Gewicht fallen.

Summiert man die Haupteigenschaften der einzelnen Verbände, so dürfte man schon wesentliche Charakterzüge des späteren Reichsbanners erhalten; für sich betrachtet entspricht jedoch kaum eine Formation der Struktur des 1924 gegründeten Wehrverbandes. Ohne zentrale Anleitung gleichsam „wild" gewachsen, fehlt jede organisatorische Geschlossenheit und Übereinstimmung. Je nach den örtlichen oder regionalen Gegebenheiten wechselt die Organisationsstruktur, die vorwaltende Zielsetzung und die propagandistisch-ideologische Begleitmusik.

Das Gros der „Selbstschützer" — und darin liegt ein verbindendes Element — rekrutiert sich naturgemäß aus den Schichten ehemaliger Kriegsteilnehmer, aber nur wenige Verbände benutzen die „Kriegsteilnehmereigenschaft" als politische Waffe und bezeichnen sich bewußt als Frontsoldatenbünde[2]). Ein Teil entwickelt militärischen Ehrgeiz, veranstaltet Felddienstübungen und legt Waffenlager an[3]); andere bescheiden sich in die Rolle eines höchst zivilen Versammlungsschutzes. Sehr stark sind auch die Unterschiede in der Größenordnung: einige Formationen gehen kaum über die Hundertergrenze hinaus, andere bewegen sich im Bereich fünfstelliger Zahlen[4]). Gemeinsam ist im Grunde nur der Selbstschutzgedanke an sich und der vorwiegend sozialdemokratische Charakter der Verbände.

---

[1]) Prinzipiell stand der Beitritt zu einigen Formationen wohl auch „bürgerlichen" Republikanern frei — bei den Frontkämpferbünden der Lausitz scheint das der Fall gewesen zu sein —, faktisch handelt es sich aber um rein sozialdemokratische Verbände.

[2]) Betont „frontsoldatisch" gaben sich etwa die Frontkämpferbünde der Lausitz. Vgl. dazu die aufschlußreiche Schilderung eines „Republikanischen Tages" in Sommerfeld (Lausitz) bei Hermann Schützinger, Der Kampf um die Republik, S. 82 ff.; stärker wohl noch war der Frontsoldatengedanke bei den Frontkämpferbünden Ostpreußens entwickelt, weil das republikanische Lager ohne frontsoldatische und nationale Parolen einfach nicht „ankam". Dazu Holtum in seiner früher erwähnten Denkschrift.

[3]) So hielt etwa die Münchener sozialdemokratische SA Waffen im Gebäude der „Münchener Post" verborgen, die unter Kahr von der Polizei beschlagnahmt wurden. Vgl. R. v. 23. Februar 1929.

[4]) Einige Zahlenangaben über die Stärke einzelner Formationen: SOD Kassel: 1000; Republikanischer Frontkämpferbund Cottbus: 200; Bebelbund Stettin: 800; Neuer Stahlhelm, Liegnitz und Umgebung: 7000; SA München: 2000; Reichsadler München: 50 (nach Angaben der Reichsbannerzeitung); Vereinigung Republik Hamburg: 12000 (nach Angaben Stampfers, Vierzehn Jahre, S. 396 f.).

1923, das große Krisenjahr der Weimarer Republik, ist zugleich das Jahr der Blüte für die sozialdemokratischen Wehrformationen, die erst jetzt eine nennenswerte Stärke und Schlagkraft gewinnen. Wichtige Verbände werden 1923 gegründet oder treten 1923 zum ersten Male an das Licht der breiteren Öffentlichkeit. Gegen Ende des Jahres haben sie ihren Höhepunkt allerdings bereits überschritten. Die bayrischen Formationen und die „Wandervereinigung Schwabenland" sind zu diesem Zeitpunkt offiziell verboten, andere Vereinigungen, wie die „Republikanischen Arbeiterwehren" in Oberschlesien, siechen nur noch dahin.

Der Appell des Reichsbanners vom Frühjahr des Jahres 1924 erreichte also in verschiedenen Gegenden eine sozialdemokratische Wehrverbandsbewegung, die kurz vor dem Absterben stand. Aber selbst wenn Kaderformationen fehlten und ein radikaler organisatorischer Neuaufbau notwendig wurde: der Boden für den republikanischen Selbstschutzgedanken war schon bereitet worden, und es gab ein Führerkorps, das seine Erfahrungen in den Dienst des neu entstehenden Reichsbanners stellte[1]).

2. *Die „Republikanische Notwehr" in Magdeburg*

Ursprungs- und späterer Vorort des Reichsbanners wurde die Stadt Magdeburg, die gleichfalls schon vor 1924 einen sozialdemokratischen Abwehrverband besaß. Die ersten Anfänge der Bewegung reichen bis in die Jahre 1921 und 1922 zurück[2]). 1921 vermochten sich die Selbstschutzanhänger innerhalb der Partei noch nicht durchzusetzen; 1922 kam jedoch ein Beschluß des sozialdemokratischen Ortsvereins zustande, der den Weg für die Schaffung einer Abwehrorganisation freimachte. Treibende Kräfte waren der sozialdemokratische Bezirkssekretär Gustav Ferl, der Rechtsanwalt Dr. Horst Baerensprung sowie vor allem Karl Höltermann, der die Leitung des Vorbereitungsausschusses übernahm. In mühseliger Kleinarbeit wurden interessierte Genossen angeworben und mit den Zielen und Aufgaben der Organisation bekannt gemacht, die zunächst unter der Maske eines Sportvereins ihre Zusammenkünfte und Formationsübungen abhielt.

[1]) Einige Beispiele: Richard Hansen, Leiter der Vereinigung Republik in Schleswig-Holstein, später Gauvorsitzender des Reichsbanners; Karl Cziaja, 1924 Gauvorsitzender des Reichsbanners in Oberschlesien, bald Übertritt zu den Kommunisten; Eduard Hille, 1926 Reichsbannergauvorsitzender in Oberschlesien; Albert Gebhardt, zunächst im Gau Oberschlesien tätig, später Generalsekretär des Reichsbanners; Oswald Göpffahrt, Führer des SOD Kassel, später zeitweilig Gauvorsitzender des Reichsbanners in Hessen-Kassel.

[2]) Dazu und für das Folgende vgl. primär Karl Höltermann, Republikanische Notwehr, ein Beitrag zur Vorgeschichte des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, in: Die rote Stadt im roten Land. Ein Buch über das Werden und Wirken der Sozialdemokratie in der Stadt Magdeburg und dem Bezirk Magdeburg-Anhalt zum sozialdemokratischen Parteitag Magdeburg 1929. Hrsg. vom Parteitagskomitee (Magdeburg 1929), S. 116—120. Weiterhin R. v. 1. Dezember 1924; R. v. 23. Februar 1929. Verschiedene Angaben verdanke ich dem an der Gründung der Republikanischen Notwehr wie des Reichsbanners beteiligten früheren Magdeburger Bezirkssekretär der SPD, Gustav Ferl (briefliche Auskünfte).

Für breite Kreise bedeutete es eine Sensation, als im Frühjahr des Jahres 1923 eine straff formierte und einheitlich gekleidete sozialdemokratische Schutztruppe mit einem demonstrativen Akt an die Öffentlichkeit trat. Am 19. April 1923 marschierte die bis dahin namenlose Organisation in einer Stärke von 1500 Mann vor dem Magdeburger Dom auf und nahm von dem amtierenden Oberpräsidenten Hörsing eine Erklärung entgegen. Fortan nannte sie sich „Republikanische Notwehr", und unter dieser Bezeichnung breitete sie sich in der preußischen Provinz Sachsen aus.

Die nach Wohnvierteln und Betrieben organisierte Magdeburger Truppe ist alles in allem eine fast reine Verkörperung des Organisationstypus „Republikschutzvereinigung", mag auch der Anstoß zur Gründung in starkem Maße durch lokale Ereignisse — Störungen sozialdemokratischer Versammlungen durch Stahlhelmer oder Kommunisten[1]) — bedingt sein. Von Anfang an stellt man als Hauptanliegen heraus, die Republik gegen Feinde von „rechts" wie von „links" verteidigen zu wollen und betont gleichzeitig, daß der Verband niemals selbständig vorgehen, sondern nur auf den Ruf der Regierung hin in Aktion treten werde[2]).

Die betonte Zurückhaltung vermochte indes nicht zu verhindern, daß Severing schwere Bedenken erhob, weil Verbände dieser Art ihre Mitglieder, „beabsichtigt oder nicht", notwendig zur „Anwendung physischer Gewalt" erzögen und weil daraus zwangsläufig eine „Terrorisierung anderes Denkender, Belästigung friedlicher Bürger und damit schließlich Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit"[3]) erwachse. Hörsing wurde wegen seiner Begrüßungsansprache gemaßregelt, da allein schon sein Auftreten — die gefallenen Äußerungen gäben zu „Beanstandungen keinen Anlaß" — „eine wenn auch ungewollte Stellungnahme für die Republikanische Notwehr" zum Ausdruck bringe und ein solcher „Anschein" unbedingt vermieden werden müsse[4]). Die an die Spitze des Erlasses gestellten „grundsätzlichen Erwägungen" lassen die tieferen Gründe des preußischen Innenministers erkennen: „Diese Organisationen und ihren Aufmarsch kann aber ein Staat, der auf Wahrung seiner Autorität hält, unter keinen

[1]) Ferl betont, daß die Störungen durchweg von Kommunisten, in kleineren Orten aber auch von Stahlhelmern ausgegangen seien. Höltermann und er seien eines Nachts auf dem Heimweg von einer Versammlung von Mitgliedern des Stahlhelms überfallen worden (briefliche Auskünfte).

[2]) Indirekt lassen sich die Verlautbarungen der Republikanischen Notwehr aus einem Presseinterview Severings, in dem dieser, auf seine Einstellung zur Magdeburger Gründung angesprochen, sich auf eine Erklärung des Sprechers der Magdeburger Hundertschaft beruft, sowie aus einem Schreiben Severings an Hörsing vom 30. April 1923 erschließen. Beide Schriftstücke im Nachlaß Severing. (Das Presseinterview wurde von Severing kurz nach dem 19. April 1923 gegeben, das genaue Datum ist nicht auszumachen.) — Bezeichnenderweise marschierte die Truppe nicht unter roten Emblemen. Als „Uniform" galt eine blaue Schirmmütze sowie eine weiße Armbinde mit aufgenähtem schwarzrotgoldenem Streifen (Ferl, briefliche Auskunft).

[3]) So Severing in dem erwähnten Presseinterview.

[4]) Schreiben Severings an Hörsing v. 30. April 1923.

Umständen dulden. Ihm würde die Macht allmählich aus den Händen gleiten, da ja auch andere politische Gruppen rüsten könnten und rüsten würden, Gruppen, die die Bildung ihrer Hundertschaften ebenfalls damit begründen, daß im Falle innerer Unruhen die Regierung Hilfe brauche und diese Hilfe von ihnen vorbereitet werde. Die öffentliche Ruhe und Ordnung wird am sichersten dadurch gewährleistet, daß die Machtmittel des Staates gestärkt werden, daß er dagegen jede ungebetene Hilfeleistung ablehnt[1])." Es wird also deutlich, daß die sozialdemokratische Selbstschutzbewegung sich zunächst gegen den Widerstand staatlicher Stellen wie auch maßgebender Parteiführungskreise entfalten mußte.

Für die Einstellung führender Sozialdemokraten liegen keine direkten Belege vor. Die einzelnen Motive der Ablehnung bleiben deshalb im unklaren. Wahrscheinlich ist nur, daß die Bedenken der Parteiführer sich nicht ohne weiteres mit den von Severing vorgetragenen Einwänden decken, die primär der Sorge um die Wahrung der Staatsautorität und dem Bemühen des verantwortlichen Staatsmannes um weitestgehende parteipolitische Neutralität entspringen. Angst vor einer möglichen Konkurrenz und einer Zersplitterung der Kräfte, Organisationskonservatismus, demokratische oder pazifistische Gesinnungstreue dürften wohl eher für die negative Einstellung gewisser Parteistellen verantwortlich sein. Entscheidend jedoch ist, daß solche Widerstände, wie mehrfach bezeugt wird[2]), bestanden und die Entwicklung der Selbstschutzformationen zunächst erheblich beeinträchtigten.

Erst als sich im Spätherbst des Jahres 1923 die Anzeichen häuften, die auf eine bevorstehende „nationale" Erhebung hindeuteten, schwanden die Bedenken allmählich. Nach dem Küstriner Reichswehrputsch wurden dem Ausbau der Republikanischen Notwehr keine Schwierigkeiten mehr in den Weg gelegt. Schon im Oktober verhandelte Hörsing mit Berliner Stellen darüber, in welchem Umfang die damals angeblich 25000 Mann umfassende Notwehr[3]) zur Verstärkung der preußischen Polizei und der Reichswehr Verwendung finden könne. Kurz vor dem 9. November wurden dann geringe Kontingente als Zeitfreiwillige in die Reichswehr sowie 1200 Mann in die preußische Schutzpolizei überführt. Außerdem sammelten sich rund 5000 Mann, allerdings nur mangelhaft bewaffnet, unter eigener Führung, als in der Nacht vom 8. auf den 9. November erste Nachrichten von den Vorgängen im Bürgerbräukeller nach Magdeburg durchsickerten[4]).

Der Hitler-Putsch brach schnell zusammen, und in Norddeutschland, wo mit

---

[1]) Severing an Hörsing v. 30. April 1923.

[2]) Vgl. Höltermann, Republikanische Notwehr, S. 118 f.; Deutsch, Antifaschismus, S. 100.

[3]) Diese Zahl wird genannt in: R. v. 23. Februar 1929 sowie in der Denkschrift Höltermanns.

[4]) Vgl. Höltermann, Denkschrift, sowie Höltermann, R. v. 1. Dezember 1924.

einer Beteiligung des Stahlhelms gerechnet worden war[1]), blieb alles ruhig. Bei einer nüchternen Analyse der Situation konnte man sich jedoch kaum der Erkenntnis verschließen, daß der Fehlschlag von München mehr der Uneinigkeit der durch die Schüsse am Odeonsplatz zersprengten „Reaktion" als republikanischer Stärke zu verdanken war. Für Magdeburg selbst beurteilte man die Lage zwar günstig, zumal die dort stationierte Reichswehr weithin als loyal und zuverlässig eingeschätzt wurde[2]). Aber mochte auch die Reichswehr, wie man in diesen Tagen zu erkennen glaubte, „nicht so schlecht" sein „wie ihr Ruf"[3]): zur aktiven Bekämpfung einer sich über ganz Deutschland ausbreitenden „nationalen" Erhebung kam die namentlich in Sachsen durch Angehörige „rechter" Verbände aufgefüllte Truppe kaum in Betracht. Die sozialdemokratische Wehrbewegung aber zerfiel in eine Vielzahl selbständig operierender Formationen, von denen allenfalls begrenzte Widerstandsaktionen erwartet werden konnten.

Ob nicht prinzipiell die Bedeutung paramilitärischer Vereinigungen als Bürgerkriegsfaktor überschätzt wurde, bleibe in diesem Zusammenhang unerörtert. Für die nachfolgende Entwicklung ist die Tatsache wichtig, daß man in den Reihen der Magdeburger Selbstschützler die eigene Schwäche auf das Fehlen eines schlagkräftigen republikanischen Wehrverbandes zurückführte und die Situation in diesem Sinne politisch zu deuten suchte[4]). Das Reichsbanner als schwarzrotgoldene Aktion wie als paramilitärischer Verband ist deshalb ganz wesentlich eine Frucht der bitteren Erfahrungen vom Spätherbst 1923[5]).

[1]) Höltermann, R. v. 1. Dezember 1924, behauptet, kurz vor dem 9. November habe der Führer einer der stärksten schwarzweißroten Kampfverbände — es kann sich wohl nur um Seldte handeln — bei ihm vorgesprochen, um zu ventilieren, wie sich die Republikanische Notwehr zu einer „nationalen Diktatur" stellen würde. — Inwieweit der Stahlhelm tatsächlich in die Kombinationen vor dem 9. November miteinbezogen war, ist ungeklärt. Daß von Bayern aus in Norddeutschland sondiert wurde, daß Oberst Seißer, der Kommandant der bayrischen Landespolizei, am 3. November 1923 zu Verhandlungen mit nationalen Kreisen in Berlin weilte, ist verbürgt. Vgl. dazu Deuerlein, Hitlerputsch, S. 93 f. Ebd., S. 301—304, die Niederschrift des Obersten Seißer über seine Berliner Besprechungen abgedruckt. Duesterberg behauptete später, als er sich gegen Vorwürfe der NSDAP, der Stahlhelm habe 1923 „gekniffen", zur Wehr setzte, er habe acht Tage vor dem Hitler-Putsch zusammen mit dem Grafen Helldorf zu Besprechungen mit Ludendorff, Kriebel, Lossow, Ehrhardt in München geweilt. Ziel der Reise sei gewesen, unter allen Umständen ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Vgl. St. v. 17. Januar 1932.

[2]) Vgl. R. v. 1. Dezember 1924. Es kam zwar zu einem leichten Geplänkel mit dem General Müller, dem Leiter des Wehrkreiskommandos Dresden, der der Notwehr zunächst einen Auflösungsbefehl schickte, ihn jedoch dann als „Mißverständnis" erklärte und zurückzog. Vgl. Höltermann, Republikanische Notwehr, S. 118 f.

[3]) Höltermann, R. v. 1. Dezember 1924.

[4]) Vgl. u. a. die Ausführungen Höltermanns auf einer Tagung antifaschistischer Kampfverbände in Wien am 12. Juli 1926. Vgl. dazu das Protokoll der internationalen Beratung der Vertreter antifaschistischer Abwehrorganisationen, abgehalten am 12. Juli in Wien. Das sich im Besitz des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam, befindliche Protokoll wurde mir freundlicherweise von Herrn Dr. Lademacher zur Verfügung gestellt. Künftig zitiert: Antifaschismus-Protokoll.

[5]) So expressis verbis Höltermann, R. v. 1. Dezember 1924. Ähnlich Höltermann, Republikanische Notwehr, S. 119 f.; ders., Antifaschismus-Protokoll; R. v. 23. Februar 1929; IRZ v. 27. Dezember 1924; Jahrbuch des ADGB 1923, Berlin 1924, S. 36.

Wie sehr diese Ereignisse, namentlich der Hitler-Putsch, als auslösende Faktoren wirkten und alle störenden Hindernisse, die der Schaffung eines zentralisierten Wehrverbandes bislang entgegenstanden, aus dem Wege räumten, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß vordem alle ähnlichen Versuche gescheitert waren. Schon 1922, mit allem Nachdruck dann um die Mitte des Jahres 1923, hatten Bemühungen eingesetzt, die regionalen und lokalen Selbstschutzformationen, mit denen vom sozialdemokratischen Parteivorstand nur Otto Wels eine gewisse Verbindung aufrecht erhielt[1]), zu einem Reichsverband zu vereinigen[2]). Aber diese Projekte schlugen ebenso fehl wie das begrenzte Vorhaben der sächsischen und thüringischen Parteileitungen der SPD, die Hundertschaften ihrer Länder zentral zusammenzufassen[3]). Für das Scheitern der Pläne waren verschiedene Gründe ausschlaggebend, zunächst ganz allgemein die starke Zurückhaltung maßgebender Parteikreise, die ihre Widerstände 1923 erst aufgaben, als es für die Schaffung einer zentralisierten Einheitsorganisation schon zu spät war. Im Hintergrund aber standen zum Teil schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten über die politischen Grundlagen des neu zu errichtenden Verbandes. Einige Bezirksleitungen der SPD waren — und das erhellt die damalige Situation — zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit, auf eine Wehrgemeinschaft mit den Kommunisten zu verzichten[4]).

Das einzige praktische Ergebnis der Bemühungen war die Schaffung eines zentralen Nachrichtendienstes, der in Magdeburg lokalisiert wurde und im Spätherbst des Jahres 1923 angeblich gute Dienste leistete. Ende des Jahres 1923 wurden die alten Sammlungsbestrebungen wiederaufgenommen, die schließlich in der Gründung des Reichsbanners ihren erfolgreichen Abschluß fanden. Diese Organisation ist also einerseits das Produkt einer langjährigen Entwicklung, zugleich aber eine politische Neuschöpfung, da sie alte Pläne in neuer politischer Gewandung realisierte.

---

[1]) Vgl. Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 397.

[2]) Dazu Höltermann, Republikanische Notwehr, S. 118 f.; IRZ v. 27. Dezember 1924.

[3]) Dieser Versuch wurde im Frühjahr 1923 unternommen. Als militärischen Berater zog man den österreichischen Schutzbundführer Julius Deutsch heran. Vgl. Deutsch, Antifaschismus, S. 100.

[4]) Vgl. Höltermann, Republikanische Notwehr, S. 118 f. Mit gleicher Begründung lehnte auch der Bezirk Halle eine Eingliederung in die betont antikommunistische Magdeburger Republikanische Notwehr ab. Vgl. R. v. 24. Mai 1930 (Höltermann).

III. Gründung und Frühzeit des Reichsbanners

1. Die Gründungsinitiative und ihre Voraussetzungen

Die Entstehungsgeschichte des Reichsbanners birgt zwar keine großen Geheimnisse und ist in ihrem Verlauf weithin rekonstruierbar; aber die Frage, wer als eigentlicher Initiator dieser Gründung zu gelten hat, läßt sich nur schwer beantworten, da das Quellenmaterial oft derart widersprüchlich ist, daß wir mit „wahrscheinlichen" Lösungen vorliebnehmen müssen.

Friedrich Stampfers summarischer Bericht gipfelt in der Behauptung, daß der sozialdemokratische Parteivorsitzende Otto Wels den Magdeburger Oberpräsidenten Hörsing mit der Zusammenfassung der bestehenden Selbstschutzverbände beauftragt und dieser dann vorgeschlagen habe, eine überparteiliche Organisation mit dem Namen „Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Bund republikanischer Kriegsteilnehmer" zu gründen[1]). Die „Verdienste" werden also verteilt: Hörsing hat die Konzeption der Vereinigung entwickelt, als erster Anreger erscheint hingegen Otto Wels. Stampfers These steht jedoch in scharfem Gegensatz zur offiziellen Reichsbannerversion, die als „Väter des Verbandes" immer nur eine als „Kreis um den Oberpräsidenten Hörsing" etikettierte Gruppe Magdeburger Sozialdemokraten nennt[2]). Die Ausführungen sind zwar gleichfalls sehr allgemein gehalten und schweigen sich über alle näheren Einzelheiten aus; sie stimmen aber darin überein, daß niemals von einer Beteiligung des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden die Rede ist.

Der Verdacht liegt allerdings nahe, daß es sich bei dieser offiziösen Lesart um eine Art von Gründungsmythos handelt. Denn das Reichsbanner, in bürgerlichen Kreisen ohnehin schon als „rote" Erfindung suspekt, mußte daran interessiert sein, einen eventuellen Anteil des sozialdemokratischen Parteivorstandes an der Schaffung der „überparteilich" auftretenden Organisation möglichst zu kaschieren. Zur Klärung des Sachverhalts trägt die offizielle Version also wenig bei. Nachdenklich stimmt nur, daß auch heute noch, wo derartige Rücksichten weggefallen sind, alle auf dieses Problem angesprochenen ehemaligen Reichsbannerführer, sieht man von dem Berliner Gauvorsitzenden Artur Neidhardt ab[3]), die These Stampfers für unzutreffend halten. Selbst wenn man einräumt, daß die Aussagen, die zwischen einem „Vielleicht möglich,

[1]) Vgl. Friedrich Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 397.

[2]) Vgl. u. a. R. v. 15. April 1924; R. v. 1. August 1924; R. v. 1. Dezember 1924.

[3]) Artur Neidhardt, 1924 Gauvorsitzender in Chemnitz, später Gausekretär und Gauführer in Berlin-Brandenburg, Teilnehmer der konstituierenden Sitzung des Reichsbanners am 22. Februar 1924 in Magdeburg, behauptet, die Anregung habe Wels gegeben, der 1923 Hörsing für seine Pläne interessiert habe (briefliche Auskünfte). Auch in einem Artikel im „Vorwärts" v. 26. Februar 1954 wird Wels als der entscheidende Mann herausgestellt. Möglich allerdings, daß hier die Darstellung Stampfers Pate gestanden hat. — Völlig abwegig sind einige Versionen, Noske oder gar Severing seien maßgeblich an der Initiative zur Gründung des Reichsbanners beteiligt gewesen.

aber unwahrscheinlich" und einem klaren „Nein" variieren[1]), äußerst kritisch zu werten sind, weil eventuell unbewußt die alte Reichsbannertradition mitschwingt: sie fallen schwer in die Waagschale und lassen sich nicht einfach wegdiskutieren. Das gilt namentlich für die Erklärung Gustav Ferls, der als ehemaliger Magdeburger sozialdemokratischer Bezirkssekretär zu den wichtigsten Persönlichkeiten des Gründungskreises zählt: „Es kann keine Rede davon sein, daß bei der Gründung des Reichsbanners ein irgendwie gearteter Auftrag von Wels vorlag. Wels war im übrigen immer ein wenig skeptisch, weil er befürchtete, was ja auch später eintrat, daß es gewisse Eifersüchteleien zwischen dem Reichsbanner und der SPD sowohl auf der Reichs- wie auf der Bezirksebene geben würde[2])."

Die „Eifersüchteleien", auf die Ferl anspielt, rühren in der Tat an ein entscheidendes Problem. Maßgebende Funktionärskreise der SPD vermochten sich nie ganz von der bangen Vorstellung zu lösen, der neue Wehrverband könne zu einer Art von Konkurrenz- und Ersatzorganisation werden und damit letztlich zu einer Schwächung der auf den Hauptsäulen Partei und Gewerkschaften beruhenden Arbeiterbewegung führen. Sicherlich stand hinter solchen Befürchtungen vielfach Verbandsegoismus und prinzipieller Organisationskonservatismus, aber wenn man bedenkt, welche Verpflichtungen, auch finanzieller Art, auf einem „gut" organisierten sozialdemokratischen Arbeiter lasteten, dann erkennt man, daß die Sorge vor einer Überorganisation und Zersplitterung der Kräfte wohl begründet war[3]).

Mit diesen Bedenken verband sich ein weiteres, einer Verbandsneugründung höchst abträgliches Moment: der Glaube an die ausreichende Stärke der bisher bestehenden Arbeiterorganisationen. Vollends nach der schnellen Liquidierung des Kapp-Putsches durch das Mittel des Generalstreiks hatte sich die Höchst-

---

[1]) Einige Beispiele: Ernst Böhme, Magdeburger Gründungs- und Vorstandsmitglied des Reichsbanners: „Die Idee zur Gründung des Reichsbanners ist ausgesprochen persönliches Eigentum und Verdienst von Hörsing." (Briefliche Auskunft) — Franz Osterroth, der allerdings erst später als Redakteur in den engeren Führungskreis des Reichsbanners vorstieß, erklärt aus seiner Kenntnis der Dinge: „Die Initiative kam sicherlich aus dem Lande." (Briefliche Auskunft) — Richard Hansen, Gauvorsitzender von Schleswig-Holstein, und Albert Schulz, Gauvorsitzender von Mecklenburg, beide Teilnehmer an der Gründungskonferenz am 22. Februar 1924, halten es für unwahrscheinlich, daß Hörsing im direkten Auftrage von Wels gehandelt habe (briefliche Auskünfte, von Franz Osterroth freundlich vermittelt). Walter Röber, Magdeburger Vorstandsmitglied: „Bei der Gründung des Reichsbanners ging die Initiative im wesentlichen von Otto Hörsing aus." (Briefliche Auskunft) — Später räumt Röber die Möglichkeit ein, daß Wels den Auftrag gegeben habe. Bekannt gewesen sei darüber aber nichts (mündliche Auskünfte).

[2]) Gustav Ferl (briefliche Auskünfte). Ferl, Höltermann persönlich nahestehend, war schon im ersten Planungsstadium dabei und ist ein mit sehr konkreten Angaben aufwartender Zeuge. Ferl war neben Höltermann wohl auch der entscheidende Mann bei der „Republikanischen Notwehr". — Auf die Zurückhaltung des Parteivorstands weist auch Böhme hin: „Der Vorstand der SPD war — gelinde ausgedrückt — zunächst nicht begeistert." (Briefliche Auskunft).

[3]) Auf diese Motive weist Osterroth hin (briefliche Auskunft). Vgl. dazu auch Höltermann, Denkschrift.

schätzung der Gewerkschaften als eines „unüberwindlichen Bollwerks" der Arbeiterbewegung zu einer Art von Mythos gesteigert[1]). Aus solcher Einstellung heraus hielt man naturgemäß die Schaffung einer paramilitärischen Vereinigung, wenn nicht für überflüssig, so doch für wenig dringend, eben weil man auf die Funktions- und Schlagkraft der Gewerkschaften voll und ganz vertraute.

Überlegungen dieser Art machen es nicht gerade wahrscheinlich, daß die Initiative zur Gründung des Reichsbanners bei den Trägern des traditionellen Apparates lag. In der Tat war ja auch der Selbstschutzgedanke „draußen im Lande" entstanden, ohne daß er von den Organisationsspitzen ermuntert, geschweige denn gefördert worden wäre. Es war vornehmlich die Kriegsgeneration der SPD, jüngere Arbeiter und an der Basis tätige Funktionäre, die mehr und mehr das Ungenügende der bisherigen Organisationsformen empfand. Der zunächst im wesentlichen spontane, aus bitteren Erfahrungen bei politischen Auseinandersetzungen erwachsene Ruf nach Selbsthilfe verdichtete sich allmählich zu der Forderung nach Schaffung eines schlagkräftigen politischen Kampfverbandes, der, Partei und Gewerkschaften ergänzend, eigene Aufgaben innerhalb der Arbeiterbewegung wahrzunehmen habe. Denn man glaubte erkannt zu haben, daß einem Gegner, der mit „modernen" Kampf- und Agitationsformen aufwartete, nicht allein mehr mit traditionellen Methoden begegnet werden konnte.

Will man das Gewicht der bei der Reichsbannergründung wirksam werdenden Aktivitäten richtig beurteilen, dann muß man diesen oben skizzierten Sachverhalt im Auge behalten. Solche Feststellungen widerlegen indes nicht die These, daß die Initiative zur Schaffung eines zentralisierten Wehrverbandes von Otto Wels ausgegangen ist. Denn es gab eine Reihe von Gründen, die ein Eingreifen des sozialdemokratischen Parteivorstandes zumindest nahelegten. Die sozialdemokratische Selbstschutzbewegung war eine Realität, und auf die Dauer gesehen bestand die Gefahr, daß politisch unerwünschte Einflüsse in diesen Verbänden die Oberhand gewannen, wenn man sie weiterhin „wild" wachsen ließ. Daß solche der Parteiführung wenig genehme Tendenzen vorhanden waren, bewies eine von Wels Ende des Jahres 1923 nach Berlin einberufene Vertreterversammlung dieser Vereinigungen, auf der, wie Stampfer betont, zum Teil „wilde und verworrene Auffassungen" über die „Aufgaben eines illegalen Kampfes" geäußert wurden[2]). Vielleicht gab das Erlebnis der Tagung den letzten Anstoß dazu, die „Flucht nach vorn" anzutreten und Hörsing damit zu beauftragen, die bestehenden Formationen auf einer „vernünftigen Grundlage"[3]) zusammenzufassen.

Möglich ist also immerhin, daß Otto Wels, der schon vorher als einziger vom

[1]) Dazu auch Höltermann, Denkschrift.

[2]) Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 397.

[3]) Stampfer, a.a.O., S. 397.

sozialdemokratischen Parteivorstand mit diesen Vereinigungen in Verbindung stand[1]), in einem freilich mehr formellen Sinne als eigentlicher „Anreger" des Reichsbanners zu gelten hat. Bedenkt man jedoch, daß die Integrationsbestrebungen vor 1924 ganz wesentlich von Magdeburger Kreisen getragen wurden, dann drängt sich die Vermutung auf, daß Hörsing weniger beauftragt wurde, denn sich beauftragen ließ. Letzthin bleiben die Vorgänge aber ungeklärt. Auch Höltermanns spätere Bemerkung, daß das Reichsbanner „im Einverständnis mit dem Parteivorstand und den Führern des ADGB"[2]) von den Leitern der bestehenden Selbstschutzverbände gegründet worden sei, führt wenig weiter, weil sie nur sagt, was ohnehin selbstverständlich ist, daß nämlich die Wehrorganisation nicht ohne das Placet und die Unterstützung der Spitzengremien von Partei und Gewerkschaften geschaffen werden konnte.

Will man den vorliegenden Zeugnissen folgen, dann stammt die Konzeption des Verbandes, der Vorschlag, nicht einen rein sozialdemokratischen, sondern einen „überparteilichen" „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer" zu gründen, von Otto Hörsing und seiner Magdeburger Gruppe[3]). Die Selbstverständlichkeit, mit der das Reichsbanner aus betont antikommunistischer Einstellung heraus als „gemeinrepublikanisches" Unternehmen gestartet und in dieser Form sofort von den maßgebenden Parteistellen akzeptiert wurde, ist zunächst ein erstaunliches Faktum, wenn man auf die zum Teil ganz anders gerichteten Tendenzen der vorangegangenen Jahre sieht. 1923 scheiterte der geplante sozialdemokratische Wehrverband — eine Beteiligung „bürgerlicher" Republikaner stand offiziell gar nicht zur Debatte — nicht zuletzt am Widerstand einzelner Parteibezirke, die auf eine Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten nicht verzichten wollten. Noch 1922 hatten sich ADGB nebst Afa-Bund mit den „drei Arbeiterparteien" unter dem unmittelbaren Eindruck der durch den Rathenau-Mord hervorgerufenen Massenstimmung zu einer proletarischen Allianz zusammengefunden, um die Republik und die „Errungenschaften der Revolution" zu verteidigen. Aber gerade diese Vorgänge, die Erfahrungen und Enttäuschungen, die man bei dieser Gelegenheit mit den Kommunisten sammelte, trugen nicht wenig dazu bei, den Klärungsprozeß innerhalb des sozialistischen Lagers voranzutreiben. Denn die „rote Einheitsfront" des Jahres 1922, die zunächst in ge-

[1]) Stampfer, a.a.O., S. 397. Wenn überhaupt jemand vom sozialdemokratischen Parteivorstand an der Gründung des Reichsbanners maßgeblich beteiligt war, dann kommt wohl nur Otto Wels in Frage, der übrigens auch als Vertreter des Parteivorstandes an der Gründungssitzung am 22. Februar 1924 in Magdeburg teilnahm. Zu diesem Bild von Wels will es passen, wenn man hört, daß er 1932 in den ersten Wochen der Regierung Papen die Schaffung einer illegalen Organisation neben der offiziellen Partei anregte, ohne daß dieser Plan allem Anschein nach im Parteivorstand zur Sprache kam. Vgl. dazu E. Matthias, Ende der Parteien, S. 187 f.

[2]) Höltermann, Denkschrift.

[3]) In diesem Punkt besteht weitgehende Übereinstimmung zwischen den Aussagen ehemaliger Reichsbannerführer und der Darstellung Stampfers. Vgl. Stampfer, a.a.O., S. 397. Gegenteiliger Meinung ist allerdings wieder Neidhardt, der auch hier Wels das „Verdienst" zuerkennt (briefliche Auskunft).

meinsamen Aufrufen, Kundgebungen und Demonstrationen ihren Niederschlag fand, erwies sich als ein kurzlebiges Gebilde. Die von den Gewerkschaften zeitweilig mühsam überbrückten Gegensätze prallten in unverminderter Schärfe aufeinander, als die KPD die allgemeine Erregung für eine revolutionäre Eroberung der Staatsgewalt fruchtbar zu machen suchte und mit provozierenden Aufrufen: „Noch einmal Streik? Noch einmal Demonstration? Und was dann?“[1]) an die Öffentlichkeit trat[2]).

Wenn man die spätere Dokumentation der Gewerkschaften über diese Verhandlungen liest, die als positiv an den Vorgängen herausstellt, daß nunmehr „auch jenen, die der Meinung waren, daß wenigstens unter gewissen Voraussetzungen mit den Kommunisten gemeinsam gearbeitet werden könne, die Augen geöffnet“ worden seien[3]), dann wird indirekt deutlich, daß maßgebende Spitzenfunktionäre des ADGB dem Bündnis mit der KPD von Anfang an innerlich ablehnend gegenübergestanden und nur einem Druck von unten nachgegeben hatten. Ihnen waren diese „trüben Erfahrungen“[4]), der von den Kommunisten gelieferte „Beweis“, daß mit ihnen keine „Waffenbrüderschaft“ zu halten sei[5]), offenbar sehr willkommen, da sie die eigene Position gegenüber einem Druck von unten verstärken halfen. Wenn Leipart 1925 als Sprecher des ADGB-Bundesvorstandes noch einmal auf diese Ereignisse zu sprechen kam und sie als den „letzten Versuch“ bezeichnete, „eine Einheitsfront mit der kommunistischen Partei zu schaffen“[6]), dann setzte er nur den verspäteten Schlußstrich unter Vorgänge, die inzwischen längst abgeschlossen waren.

Noch 1923 besaßen die Verfechter einer proletarischen Allianz in einigen Parteibezirken eine relativ starke Position, 1924 traten solche Tendenzen offiziell nicht mehr in Erscheinung. Das Reichsbanner vermochte nunmehr so gut wie alle Selbstschutzenergien der Sozialdemokratie zu absorbieren. Der politische Kurs der Verbandsführung, die von Anfang an eine scharf antikommunistische Tonart einschlug und „Kommunisten und Monarchisten“[7]), „Nazis“ und „Ko-

[1]) Zitiert nach Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 32 (1922), S. 382.

[2]) Vgl. zu diesen Vorgängen vor allem die vom ADGB herausgegebene Broschüre: Ist eine Einheitsfront mit den Kommunisten möglich? Denkschrift über die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Arbeiterparteien über den Schutz der Republik, Berlin 1922, in der auch der Schriftwechsel zwischen dem ADGB und der KPD abgedruckt ist. Weiterhin: Korrespondenzblatt des ADGB 32 (1922), S. 365 ff., S. 381 ff., S. 397 f.; Protokoll der Verhandlungen des 11. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1922, S. 572; Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1923, Berlin 1924, S. 17 ff. Von kommunistischer Seite: Rote Fahne v. 1. Juli 1922 und 2. Juli 1922.

[3]) Ist eine Einheitsfront . . . möglich? S. 22.

[4]) Jahrbuch des ADGB 1922, Berlin 1923, S. 23.

[5]) Ist eine Einheitsfront . . . möglich? S. 22.

[6]) So auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß 1925. Vgl. Protokoll der Verhandlungen, S. 110.

[7]) So schon im Gründungsaufruf, R. v. 15. April 1924.

zis“[1]) prinzipiell auf die gleiche Stufe stellte, führte zwar namentlich in Sachsen zu teilweise heftigen Spannungen mit der dortigen SPD, die sich innerlich nie mit dem „bürgerlich“ verbrämten Wehrverband abfand. Aber es wurden keine Versuche mehr unternommen, die proletarischen Hundertschaften zu neuem Leben zu erwecken, vielleicht auch deshalb nicht, weil die Erfahrung vom Spätherbst des Jahres 1923 ein Zusammengehen mit den Kommunisten zumindest aus praktischen Erwägungen inopportun erscheinen ließ.

Schon 1922 war von parteioffizieller Seite ein Zusammengehen der SPD mit den weiter rechtsstehenden Parteien zum Schutz des Weimarer Staates befürwortet worden. Wie stark man aber damals noch die Widerstände innerhalb der eigenen Anhängerschaft einschätzte, verrät ein kurz nach dem Rathenau-Mord im „Vorwärts“ erschienener Artikel, der unter dem Motto „Schutzbund für die Demokratie“ eine „Einheitsfront zum Schutz der demokratischen Republik“ forderte, die nach „links wie nach rechts nicht weit genug gehen“ könne[2]). Denn es ist charakteristisch und kennzeichnet die gefühlsmäßigen Bindungen und Aversionen, wenn der Verfasser glaubte, nicht das Bündnis mit den Kommunisten, wohl aber das Zusammengehen mit dem Bürgertum umständlich motivieren zu müssen.

Neben Anhängern einer „Volksfrontkonzeption“ standen freilich von Anfang an starke Kräfte, die, und zwar unter gleichzeitiger Distanzierung von den Kommunisten, in einer Einbeziehung „bürgerlicher“ Republikaner die erstrebenswerte Lösung sahen[3]). Sie beriefen sich dabei nicht zuletzt auf das Beispiel des Kapp-Putsches, bei dem auch Nichtsozialdemokraten, so der spätere stellvertretende Reichsbannervorsitzende Ernst Lemmer[4]), in der vordersten Front der Republikverteidiger mitgewirkt hatten[5]). Allerdings stieß diese Haltung einer klar ausgesprochenen Bereitschaft zur republikanischen Zusammenarbeit auf der Wehrverbandsebene, die bewußte Entscheidung für die Demokratie- und gegen die Klassenfront, bei den sozialdemokratischen Massen auf nicht geringe, vorwiegend emotional bestimmte Widerstände. Gerade die Vorgänge im Spätherbst des Jahres 1923, der Reichswehreinmarsch in Sachsen und Thüringen mit seinen Begleiterscheinungen — von kommunistischer Seite sorgte man dafür,

[1]) Vgl. etwa R. v. 12. Juli 1930, R. v. 24. Juni 1928, R. v. 4. Januar 1930.

[2]) Vorwärts v. 25. Juni 1922.

[3]) In diesem Sinne äußern sich jedenfalls verschiedene ehemalige Reichsbannerführer, die schon vor 1924 in der sozialdemokratischen Selbstschutzbewegung tätig waren. Tatsächlich stand ja auch in einigen dieser Vereinigungen Nichtsozialdemokraten prinzipiell der Beitritt offen, nicht nur in Ostpreußen.

[4]) Ernst Lemmer stellte z. B. in Marburg ein Studentenbataillon auf, um die Republik gegen Kapp zu verteidigen (mündliche Auskünfte Ernst Lemmers). Vgl. dazu auch die Ausführungen bei O. B. Server, Matadore der Politik, Berlin 1932, S. 168 (in dem Kapitel über Ernst Lemmer).

[5]) Daß dieser aktive republikanische Einsatz von Nichtsozialdemokraten anläßlich des Kapp-Putsches die Reichsbannerkonstellation psychologisch vorbereitet habe, betont vor allem Albert Schulz. (Von Osterroth freundlich vermittelte Auskunft).

daß sie in frischer Erinnerung blieben[1]) —, hatten den immer noch vorhandenen Ressentiments und Vorurteilen neue Nahrung gegeben, und es war wohl mit eine Folge dieser nachwirkenden Ereignisse, daß der „überparteiliche" Wehrverband in Sachsen zunächst eine geringe Resonanz fand[2]). Die Idee der roten Einheitsfront hatte zwar ausgespielt; das hieß jedoch nicht, daß nunmehr ein Zusammengehen mit „bürgerlichen" Elementen befürwortet wurde. Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Anhängerschaft, und zwar nicht nur in Mitteldeutschland, wäre wohl auch 1924 noch lieber „unter sich" geblieben und hätte einer rein sozialdemokratischen Organisation nach dem Muster des österreichischen Schutzbundes gefühlsmäßig den Vorzug gegeben[3]).

Daß das Reichsbanner gleichwohl einen ungeheuren Massenzulauf aus sozialdemokratischen Kreisen erhielt, widerlegt die Behauptung allein schon deshalb nicht, weil es keine echte Alternative gab. Die sozialdemokratische Parteiführung sprach sich für die schwarzrotgoldene Konzeption aus; und diese später nie revidierte Entscheidung verurteilte alle gegen die „Überparteilichkeit" eintretenden Gruppen praktisch zur Bedeutungslosigkeit.

Ob die Reichsbannerkonzeption von Anfang an den geschlossenen Beifall des sozialdemokratischen Parteivorstandes fand: diese Frage muß allerdings offen bleiben, da entsprechende Quellenunterlagen fehlen. Sicher erscheint nur, daß Männer wie Wels, Stampfer, Stelling, Vogel ein Zusammengehen mit Kreisen des Zentrums und der DDP befürworteten[4]). Die später ausbrechenden Spannungen zwischen Reichsbannerführung und sozialdemokratischem Parteivorstand berührten nie die offiziell „überparteiliche" Struktur des Verbandes. Im Gegenteil: die Bundesführung konnte nicht zuletzt deshalb eine Rebellion im Ortsverein Halle, der 1930 den Ausschluß aller Nichtsozialdemokraten forderte, so schnell und rigoros unterdrücken, weil sie sich auf eine Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu berufen vermochte, in der dieser sich entschieden gegen Parteischutzvereinigungen und für die Erhaltung des Reichsbanners in seiner bisherigen Form aussprach[5]).

[1]) Vgl. dazu etwa die von kommunistischer Seite herausgegebene Broschüre: Unter dem weißen Terror. Die Reichswehrgreuel in Sachsen im Oktober/November 1923 und die Blutschuld der Sozialdemokraten, Berlin 1924.

[2]) Vgl. IRZ v. 21. Februar 1925, IRZ v. 27. August 1927. Ähnlich äußert sich Artur Neidhardt, der als zeitweiliger Gauvorsitzender in Chemnitz das Reichsbanner zunächst in Sachsen mit aufbaute (briefliche Auskunft).

[3]) So beurteilt jedenfalls Julius Deutsch die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Vgl. Der Schutzbund 2 (1925), Nr. 4, S. 1 f.

[4]) Ferl meint, daß die Einstellung im Parteivorstand zunächst nicht ganz einheitlich gewesen sei, betont jedoch ausdrücklich, daß er über Einzelheiten keine Auskunft geben könne, da er an den Verhandlungen nicht teilgenommen habe (briefliche Auskunft).

[5]) Zu diesen Vorgängen vgl. R. v. 24. Mai 1930, R. v. 7. Juni 1930, R. v. 21. Juni 1930. Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold 1928—1933. Ein Arbeitsbericht, hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner e. V., Sitz Magdeburg, zur Bundesgeneralversammlung in Berlin, Februar 1933, Magdeburg (1933), S. 62. Künftig zitiert als Arbeitsbericht BGV 1933.

Hinter dieser Einstellung verbirgt sich ein Bündel von Motiven: „Der erbitterte Machtkampf im Reich, bei dem die beiden Massenheere der Republik und der Reaktion sich etwa die Waage halten, gestattet uns nicht, irgendwelche Bevölkerungsgruppen, die mit uns treu zur Republik stehen, außerhalb des Reichsbanners zu lassen[1])." „Es gab für uns nur einen Weg zur Rettung der Republik: uns mit den linken Teilen der demokratischen Partei und des Zentrums zu gemeinsamem Vorgehen zu vereinen. Für die sozialdemokratische Partei wäre es wegen der Staatsgewalt unmöglich gewesen, eine rein parteipolitische militärische Organisation zum Schutz der Republik und der Arbeiterschaft gegen den Faschismus aufzustellen[2])." Solche und ähnliche Argumente, die in verwandter Form wiederkehren, lassen wesentliche Beweggründe anklingen, decken jedoch noch nicht alle Motive auf.

Sicherlich war die machtpolitische „Schwäche" der sozialistischen Bewegung, für die man die Kommunisten verantwortlich machte[3]), sowie die nüchterne Überlegung, daß eine sozialdemokratische Parteigruppe leichter staatlichen Repressivmaßnahmen ausgesetzt sein würde, ein Grund dafür, das Wehrbündnis auf republikanisch eingestellte Kreise rechts von der SPD auszudehnen. Gewichtiger aber waren vielleicht noch andere Motive: ein rein sozialdemokratischer Wehrverband wäre zwangsläufig als „rote Hundertschaft" und „rote Bürgerkriegsarmee" abgestempelt worden und hätte der gebräuchlichen Ineinssetzung der Begriffe „Republikaner" und „Sozialdemokrat" weiteren Vorschub geleistet[4]). Der gegnerischen Propaganda wäre es noch leichter gefallen, mit der „roten Gefahr" als Bürgerschreck hausieren zu gehen, und diese Agitation dürfte auf die Dauer auch beim Zentrum und der DDP nicht ohne Widerhall geblieben sein. Es handelte sich nicht nur um bewußte Panikmache, wenn später der „Bürgerblock" als notwendige Reaktion auf die Etablierung einer rein sozialistischen Kampftruppe an die Wand gemalt wurde[5]). Die politisch-psychologische Konsolidierung der Weimarer Demokratie wäre nicht nur nicht gefördert, sondern erschwert worden, wenn eine „rote Garde" den Platz des Reichsbanners als Schutztruppe des Weimarer Staates eingenommen hätte. An einer solchen Entwicklung aber war die SPD zumindest in ihrer Parteispitze nicht interessiert, und es lag deshalb nahe, das Weimarer Koalitionsschema auf den Wehrverbandssektor zu übertragen. Unausgesprochen stand hinter dieser Konzeption zugleich die Erwartung,

[1]) Schützinger, in: Der Schutzbund 2 (1925), Nr. 5 (Mai), S. 4. Ähnlich argumentiert Johannes Stelling, der langjährige stellvertretende Reichsbannervorsitzende und frühere Ministerpräsident von Mecklenburg, in: Das Freie Wort 7 (1930), H. 23, S. 9.

[2]) Ausführungen Höltermanns auf der Tagung antifaschistischer Kampfverbände in Wien, Antifaschismus-Protokoll.

[3]) So auch Deutsch, Antifaschismus, S. 100.

[4]) So etwa die Argumentation Hörsings, R. v. 24. Juni 1928.

[5]) Der Hinweis auf die Bürgerblockgefahr dient im Reichsbanner als beliebtes Argument, um Angriffe frondierender Linkskreise abzuwehren. Vgl. u. a. R. v. 15. Dezember 1927, R. v. 24. Mai 1930.

man könne über eine „überparteilich" aufgezogene Vereinigung neue „Jagdgründe" erschließen und an Bevölkerungsschichten herankommen, die sich der Partei bislang verschlossen hatten.

Schaut man auf die Argumente, die zur Stützung der überparteilichen Konzeption herangezogen wurden, dann fällt auf, daß fast ausschließlich mit taktischen Gesichtspunkten operiert wurde. Man klammerte Prinzipienfragen weithin aus und stellte die Auseinandersetzungen als Methodenstreit hin. Tatsächlich ging es um mehr, auch wenn das selten offen zugegeben wurde. Für den rechten Flügel der SPD war das Reichsbanner in seiner politischen Struktur, ähnlich wie die Weimarer Koalition — hinter den Auseinandersetzungen um den Wehrverband verbirgt sich sehr oft der Streit um die Koalition —, „Ausdruck einer zur Homogenität strebenden Demokratie"[1]), nicht nur ein taktisches Notbündnis, das auch von einem marxistischen Standpunkt aus gerechtfertigt werden konnte. Severings enthusiastisches Bekenntnis zum Reichsbanner, nicht zum paramilitärischen Verband, dem er zeitlebens reserviert gegenüberstand, wohl aber zur „überparteilich-republikanischen" Vereinigung Reichsbanner, in dem er „schlechthin die Organisation" erblickte, „die über den Gesichtskreis *einer* Partei hinweg *alle* Republikaner zu einem festen Wall gegen die Feinde des heutigen Staates zusammenzuführen imstande" sei[2]), läßt diese prinzipielle Bejahung der republikanischen Zusammenarbeit durchleuchten, die als politische Haltung namentlich für die Führungskreise im Reichsbanner charakteristisch ist.

Die Grenze zwischen einer nur taktischen und einer grundsätzlichen Bejahung ist allerdings schwer zu ziehen, zumal sie auch dem einzelnen oft gar nicht bewußt war. Für viele blieb der „überparteilich" aufgezogene Verband ein „notwendiges Übel", ein Bündnis, das als Ergebnis einer Zwangssituation nur aus taktischen Gründen befürwortet und somit geduldet wurde. Die SPD in ihrer Gesamtheit löste sich nur schwer von ihrem traditionellen ideologischen Gepäck; der von der Situation her geforderte Weg, die Entwicklung von einer klassenmäßig fundierten radikalen Oppositionspartei zu einer unbedingt republiktragenden Staatspartei, wurde nie konsequent zu Ende gegangen. Das Reichsbanner spiegelt zwar den in der Praxis eingeschlagenen Weg der SPD von Rot zu Schwarz Rot Gold und ist der vielleicht sichtbarste Niederschlag ihres republikanischen Koalitionsdenkens[3]); gleichwohl darf der Symbolcharakter dieses ideologisch wenig artikulierten Verbandes nicht überschätzt werden.

Die von der Sozialdemokratie ausgesprochene Bereitschaft zu republikanischer Zusammenarbeit fand von Anfang an in gewissen Kreisen des Zentrums und der

[1]) Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932, S. 34: über die Einstellung dieser sozialdemokratischen Kreise zur Koalition.

[2]) Schreiben Severings an den Bundesvorstand des Reichsbanners v. 7. Mai 1925 (Nachlaß Severing). Die Unterstreichungen im Text stammen von Severing selbst.

[3]) Vgl. S. Neumann, a.a.O., S. 34.

DDP ein positives Echo, und erst dadurch erhielt das Unternehmen seine schwarzrotgoldene Legitimation. Schon Mitte des Jahres 1923 hatte Dr. Höpker-Aschoff im Auftrag der demokratischen Parteileitung in einem Schreiben an den preußischen Innenminister Severing gemeinsame Abwehrvorbereitungen der staatstragenden Parteien, von der SPD bis hin zur DVP, gefordert, um einem drohenden Links- oder Rechtsputsch vorzubeugen[1]). Höpker-Aschoff dachte allerdings wohl nur an zeitlich befristete Notmaßnahmen; weit darüber hinaus ging der Demokrat Steiniger, der Anfang 1924, noch vor der Gründung des Reichsbanners, unter dem Motto „Die Republik über den Parteien" eine feste Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit verlangte[2]). Steiniger nahm im Grunde, sieht man von der Einbeziehung der DVP ab, die Reichsbannerkonzeption vorweg, die sein Parteifreund Holtum in Marienwerder inzwischen auch praktisch verwirklicht hatte.

Ähnliche Verlautbarungen aus Kreisen des Zentrums, das sich in dieser Frage sehr viel schwerer tat als die DDP[3]), lassen sich vor 1924 nicht beibringen. Aber auch im katholischen Lager machten sich Strömungen breit, die über die „Verfassungstreue" hinaus ein uneingeschränktes Bekenntnis zur schwarzrotgoldenen Republik verlangten und aus dieser Erwägung heraus zur republikanischen Kooperation drängten. 1923 waren zwar noch Bestrebungen, die Jugendorganisationen der SPD, der DDP und des Zentrums in einer lockeren republikanischen Arbeitsgemeinschaft zu vereinen, am Widerstand der Windthorstbunde gescheitert[4]); aber am 4. November 1923 trafen Vertreter dieser Verbände zu einer großen Jugendkundgebung im Berliner Herrenhaus zusammen, auf der sie demonstrativ ein gemeinsames Bekenntnis zur Republik ablegten[5]).

Dieser Vorgang hat große symbolische Bedeutung; denn hier spiegelt sich schon in nuce die Konstellation des Reichsbanners. Es handelt sich deshalb nicht nur um eine nachträgliche Stilisierung, wenn der Sprecher der Windthorstbunde auf dieser Tagung, der nachmalige stellvertretende Reichsbannervorsitzende Dr. Heinrich Krone, unter ausdrücklichem Hinweis auf die Berliner Kundgebung betont, das Bündnis mit den Sozialdemokraten und der DDP habe gleichsam „in der Luft" gelegen und sich zwangsläufig aus der innenpolitischen Situation er-

[1]) Schreiben Höpker-Aschoffs an Severing v. 21. Juli 1923 (Nachlaß Severing). Bezeichnend für seine Einschätzung der Situation ist die Tatsache, daß er eine Ablehnung seines Vorschlags sowohl von seiten der SPD wie der DVP befürchtet.

[2]) Steiniger, in: Die Hilfe 30 (1924), S. 8 f. (Januarheft). Wenn Steiniger allerdings zugleich fordert, die Verschmelzung der genannten Parteien zu einer einheitlichen Staatspartei zu fördern, dann geht er weit über die Konzeption und Intention des Reichsbanners hinaus.

[3]) Bezeichnend, daß sich das Zentrum auch bei der Gründung des Republikanischen Frontkämpferbundes in Ostpreußen teilweise sehr zurückhaltend verhielt und sich nicht zu einer einhelligen Einstellung durchringen konnte. Vgl. dazu Holtum, Denkschrift.

[4]) Vgl. dazu Erich Ollenhauer, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), S. 250 f.

[5]) Vgl. Ollenhauer, a.a.O., S. 250 f.; Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 33 (1923), S. 458; Dr. Krone (mündliche Auskunft).

geben[1]). Mit dieser Stimme aus dem Lager der katholischen Jugend korrespondiert die Bemerkung des Jungsozialisten Benedikt Obermayr in den damals noch unter dem Einfluß der nationalen „Hofgeismarer" stehenden „Jungsozialistischen Blättern": das Reichsbanner ist die „Bewegung, auf deren Kommen wir jahrelang gewartet haben"[2]).

Die Äußerungen verraten, daß in allen drei Parteien zu engster republikanischer Zusammenarbeit bereits Kräfte vorhanden waren, die sich auf Zentrumsseite allerdings primär aus den Reihen der parteinahen Jugendorganisationen rekrutierten. Die Haltung der Partei selbst war sehr viel vorsichtiger und distanzierter. Das republikanische Vorpreschen der Windthorstbunde hatte wenig Zustimmung ausgelöst, und namentlich im „Deutschen", dem Organ Stegerwalds, wurde ihr Auftreten auf der Berliner Kundgebung heftig kritisiert[3]). Aber wenn auch von Republikbegeisterung bei dem vorsichtig „verfassungstreu" operierenden Zentrum gemeinhin keine Rede sein konnte: die Partei war jedenfalls nicht gewillt, die Republik, deren Grundlagen sie mit geschaffen hatte, zu einem Spielball links- oder rechtsradikaler Kräfte werden zu lassen. Die politischen Morde an Erzberger, Rathenau, Gareis und die durch sie hervorgerufene Massenstimmung sowie die maßlosen Angriffe der Rechten gegen alles, was nur entfernt an Republik und Verfassung erinnerte, ließ sie zwangsläufig in die Nähe von SPD und DDP rücken, und zwar mehr, als manchem Zentrumspolitiker lieb sein mochte. Und so sehr die Partei auch einem hauptsächlich von der SPD getragenen Wehrverband mit inneren Vorbehalten gegenüberstand: nach den Ereignissen des Jahres 1923, die eine ernsthafte Gefahr für den Bestand des Staates hatten erkennen lassen, konnte sie nicht umhin, der republikanischen Gegenaktion eine notwendige und berechtigte Existenz zuzusprechen[4]).

Diese Erfahrungen und Erlebnisse wurden zum eigentlichen Bindemittel der neuen Bewegung, die von ihren Antrieben her nur als aufgezwungene Notgemeinschaft der drei Weimarer Koalitionsparteien begriffen werden kann. Ohne die akute Gefährdung des Staates und ohne den aggressiven Antirepublikanismus der Rechten, der sich prinzipiell in gleicher Weise gegen Zentrum, DDP und SPD richtete, wäre es niemals zum organisierten Republikanismus des Reichsbanners mit dieser parteipolitischen Konstellation gekommen[5]). Nur so ist die Bereitschaft

[1]) Dr. Krone (mündliche Auskünfte); ähnlich äußerten sich Dr. Wilhelm Nowack (DDP), der langjährige stellvertretende Reichsbannergauvorsitzende von Berlin-Brandenburg, und Ernst Lemmer (mündliche Auskünfte).

[2]) Jungsozialistische Blätter 3 (1924), S. 216.

[3]) Vgl. dazu Korrespondenzblatt des ADGB 33 (1923), S. 458.

[4]) Vgl. dazu etwa die Erklärung des Parteivorsitzenden Dr. Marx auf dem Zentrumsparteitag 1925, Germania Nr. 540 v. 18. November 1925.

[5]) So motiviert auch Höltermann die parteipolitische Konstellation des Reichsbanners: „Die Zusammenarbeit ergab sich zwangsläufig aus der Einstellung der deutschen Faschistenverbände, die ihre Angriffe nicht minder scharf wie gegen die Sozialdemokratie auch gegen Demokraten und Zentrum richteten." Der Schutzbund 1 (1924), Nr. 4, S. 3 f.

von Zentrum und DDP zu verstehen — eine Parteibindung war es allerdings nie —, in einer Vereinigung mitzuwirken, die von der Sozialdemokratie geschaffen und maßgeblich bestimmt wurde.

2. *Der „Magdeburger Kreis"*

Vom Ursprung her ist das Reichsbanner, wie immer man die Gewichte und „Verdienste" an der Gründung zwischen Berlin und Magdeburg verteilen will, eine rein sozialdemokratische Organisation. Auch der sogenannte „Kreis um Hörsing" bestand zunächst nur aus Parteimitgliedern der SPD. Erst in einem fortgeschritteneren Stadium der Entwicklung wurden Kontakte zu Nichtsozialdemokraten aufgenommen, um von vornherein das gemeinrepublikanische Anliegen des Verbandes nach außen hin zu dokumentieren. An der Initiative zur Gründung der Organisation waren bürgerlich-republikanische Gruppen jedoch nicht beteiligt[1]).

Niemand wird behaupten wollen, daß das Reichsbanner nur in Magdeburg entstehen konnte. Gleichwohl dürfte es nicht ganz und gar ein blinder Zufall sein, daß gerade hier die Konzeption eines „überparteilich" organisierten „Bundes republikanischer Kriegsteilnehmer" entwickelt wurde. Klammert man die rein individuellen Faktoren aus, dann bleiben zwei ortstypische Gegebenheiten als Voraussetzung wichtig: ein nicht geringes „Verdienst" kommt zweifellos dem politischen Gegner zu in Gestalt des in Magdeburg gegründeten Stahlhelms. Er war Stein des Anstoßes wie Idealkonkurrenz und Vorbild zugleich. Eine weitere wesentliche Voraussetzung ist die politische Einstellung der Magdeburger Sozialdemokratie, die von jeher, wie Gustav Ferl betont, als „revisionistisch" gegolten und den Klassenkampfbegriff in seiner „alten, vulgären Form" längst über Bord geworfen hatte[2]). Daß der Magdeburger Parteibezirk zudem ausgesprochen „parteivorstandstreu" war[3]), mag zwar für die Gründungsinitiative ohne Bedeutung sein, erleichterte aber sicherlich die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Parteizentrale.

Schon in den Zeiten der „Republikanischen Notwehr" war die „gemäßigte" Einstellung der Magdeburger Sozialdemokraten offen zutage getreten. Im Gegensatz zu den sächsischen und thüringischen Parteileitungen sowie den benachbarten Provinzgenossen aus Halle lehnten sie alle „roten" Einheitsfrontbestrebungen ab und distanzierten sich unmißverständlich von den Kommunisten. Es erscheint deshalb als durchaus glaubwürdig, wenn die, im übrigen durch Zeugenaussagen bestätigte, Reichsbannerversion davon spricht, alle an der Gründung des Ver-

---

[1]) So Ferl (briefliche Auskünfte); ähnlich Röber (mündliche Auskünfte) und Böhme (briefliche Auskünfte).

[2]) Ferl (briefliche Auskünfte).

[3]) So eine Aussage Ferls, zitiert bei Matthias, Ende der Parteien, S. 114, Anm. 73.

bandes beteiligten Personen seien „von vornherein überzeugt" gewesen, „daß nur die überparteilich-republikanische Grundlage den Erfolg verheiße"[1]). Wie Gustav Ferl betont, hielt man es, aus der klaren Erkenntnis heraus, daß Republik und Demokratie für Sozialdemokraten häufig „nicht viel", für das Bürgertum aber durchweg ein „Greuel" war, für politisch zwingend und notwendig, alle den Weimarer Staat bejahenden Kräfte, gleich welcher Herkunft und Ausrichtung, zu sammeln, um die demokratisch-republikanische Entwicklung mit Erfolg vorantreiben zu können[2]).

Wenn im folgenden dieser sogenannte „Magdeburger Kreis" etwas ausführlicher betrachtet wird, so bedeutet dies nicht, daß ohne ihn die Geschichte des Reichsbanners völlig unverständlich bliebe. Für das innere Gefüge des Verbandes ist es vielmehr charakteristisch, daß einzelnen Führergestalten eine vergleichsweise geringere Bedeutung zukommt als bei den „nationalen" Bünden, die oft in extremer Weise personenbezogen waren. Artur Mahraun verkörpert zwar nicht allein den Jungdeutschen Orden, aber das geistige Profil dieses Bundes ist derart stark von ihm geprägt worden, daß eine Geschichte des Jungdo notwendigerweise mit einer Analyse der Persönlichkeit Mahrauns einzusetzen hat. Am ehesten läßt sich die Struktur des republikanischen Wehrverbandes mit der des schwarzweißroten Stahlhelms vergleichen. Aber sosehr auch Hörsing und Höltermann die Geschicke des Verbandes bestimmt haben: es ergäbe gleichwohl ein schiefes Bild, sie die Seldte und Duesterberg des Reichsbanners zu nennen. Dennoch ist eine eingehendere Beschäftigung mit diesen Persönlichkeiten nicht allein unter rein biographischen, sondern auch unter verbandsgeschichtlichen Aspekten interessant, da bei der Analyse des Gründungskreises schon einiges für die Erkenntnis von Eigenart und Struktur der Gesamtorganisation abfallen dürfte.

Den langjährigen ersten Bundesvorsitzenden des Reichsbanners führte der Weg, wie es in einem 1931 erschienenen Lebensbild Hörsings programmatisch heißt, „vom Dorfjungen zum Trommler der Republik"[3]). Der 1874 in Großschillingken, Kreis Heinrichswalde, als Sohn eines kleinen ostpreußischen Landwirts geborene Friedrich Otto Hörsing erlernte zunächst in seinem Heimatort das Schmiedehandwerk. In ersten Kontakt mit sozialistischen Ideen geriet er — ein fast typischer Vorgang — während seiner aktiven Dienstzeit; bald nach deren Beendigung schloß er sich der SPD an. Der Zwanzigjährige ging zunächst einmal für mehrere Jahre auf Wanderschaft und schlug sich währenddessen als Land-

[1]) R. v. 1. August 1924. Das wird in gleicher Weise von Ferl und Böhme herausgestellt (briefliche Auskünfte).

[2]) Ferl (briefliche Auskunft).

[3]) Ein Lebensbild Hörsings ist unter diesem Titel zuerst erschienen in der Broschüre: Otto Hörsings Kriegsplan zur Niederringung der Arbeitslosigkeit, hrsg. v. Dr. Currius, Berlin-Schmargendorf 1931. Wiederabgedruckt in: R. v. 7. Februar 1931. Die folgenden biographischen Angaben sind primär diesem Lebensabriß entnommen.

und Metallarbeiter, zeitweilig auch als Kohlentrimmer und Heizer auf einem Ozeandampfer durch. Von 1901 bis 1904 arbeitete er auf einer Kieler Werft und besuchte dort, bezeichnend für seinen Drang nach sozialem Aufstieg, für zwei Jahre ein Privattechnikum. 1904 wegen seiner Zugehörigkeit zur SPD in Kiel entlassen, wurde er schon ein Jahr später, nach einem kurzen Intermezzo als Versicherungsagent und Gastwirt, Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Kattowitz. 1908 wechselte er in den Dienst der SPD über, als deren Bezirkssekretär für den Regierungsbezirk Oppeln er bis 1914 fungierte. Bei Kriegsausbruch sofort einberufen, entfaltete der inzwischen zum Vizefeldwebel avancierte Hörsing nach einem Zwischenspiel an der Ostfront vornehmlich organisatorische Fähigkeiten als Betriebsleiter eines großen Gefangenenlagers in Rumänien.

Nach dem Kriege begann seine eigentliche politische Karriere. Aus dem Heer weg wurde er zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Oberschlesien berufen, kurz darauf zum Staatskommissar für Oberschlesien, wenig später zum Staatskommissar für Schlesien und Posen ernannt. Als bewußt nationaler Mann erwarb er sich in dieser Tätigkeit, die er bis zum 1. Januar 1920 ausübte, durch sein entschiedenes Auftreten für das Deutschtum auch die Sympathien Andersdenkender[1]). Am 26. Februar 1920 kam er als Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen nach Magdeburg und geriet damit sofort wieder in einen Brennpunkt politischer Auseinandersetzungen. Beim Kapp-Putsch und beim mitteldeutschen Kommunistenaufstand befand er sich als Inhaber der vollziehenden Gewalt und Militärbefehlshaber für die Provinz Sachsen und Anhalt in exponierter Stellung, die ihm fast zwangsläufig die Sympathien der extremen Linken wie der Rechten kostete[2]).

Der als Außenseiter in eine der höchsten preußischen Beamtenpositionen gelangte Hörsing wurde sehr bald, wie sein damaliger Vorgesetzter Severing betont, zu einem „Schreckenskind der preußischen Verwaltung", da seine „polternden Reden" und seine fehlende politische Zurückhaltung immer wieder zu den „peinlichsten Zwischenfällen" führten[3]). Seine „Sonntagsreden" mit Reichsbannerkulisse, vor der „er allwöchentlich sein Porträt abzeichnen ließ"[4]), wurden

[1]) In diesem Sinne äußert sich Dr. Krone über ihn (mündliche Auskünfte). Vgl. auch R. v. 15. Februar 1925, wo man sich auf positive Ausführungen in einer rechtsstehenden Zeitung über Hörsings Tätigkeit in Oberschlesien beruft.

[2]) Vgl. R. v. 15. Februar 1925. Bezeichnend, daß er sowohl von kommunistischer wie rechter Seite wegen seiner damaligen Haltung heftig kritisiert wird. Vgl. Schunke, Schlacht um Halle, passim, der die gesamte Magdeburger sozialdemokratische Führungsschicht scharf angreift, wie auch Freikorps Thüringen, S. 47 ff.

[3]) Carl Severing, Mein Lebensweg, Köln 1950, Bd. II, S. 94; vgl. auch ein Schreiben Severings an den General v. Deimling v. 24. Dezember 1925 (Nachlaß Severing), in dem dieser sich heftig über Hörsings „rednerische Entgleisungen" beschwert und um Deimlings Einwirken auf die Reichsbannerführung bittet.

[4]) Severing, Lebensweg, II, S. 93.

allmählich berühmt-berüchtigt wegen ihrer oft scharfen politischen Ausfälligkeiten. Eine Häufung solcher Vorfälle brach ihm, dem Severing nachrühmt, er sei ein „tüchtiger" und „verantwortungsfreudiger Beamter" gewesen, der „auch vor den schwersten Aufgaben" nicht zurückgeschreckt sei[1]), schließlich das Genick. Unmittelbarer Anlaß waren heftige Angriffe gegen die österreichische Regierung, zu denen er sich anläßlich der Wiener Unruhen des Jahres 1927 hinreißen ließ[2]). Diese, wie er es empfand, ungerechte Abhalfterung seitens der preußischen Regierung trug mit dazu bei, daß sich sein Verhältnis zur SPD immer spannungsreicher gestaltete. Andere Momente kamen hinzu, vor allem seine Enttäuschung über die herablassende Art, mit der das von ihm propagierte Arbeitsbeschaffungsprogramm von den verantwortlichen Partei- und Gewerkschaftsstellen behandelt wurde. Vieles lag auch in der Person Hörsings begründet, dem seine Position als Bundesvorsitzender des Reichsbanners, einer Millionenorganisation, offensichtlich etwas „zu Kopf gestiegen" war[3]). Seine oft anmaßende Überheblichkeit, seine Eitelkeit, sein übersteigertes Selbstgefühl — und das alles bei einer geistig durchschnittlichen Persönlichkeit — ließen ihn zunehmend an Kredit verlieren. Die schon länger angebahnte Entwicklung endete schließlich mit dem Austritt aus der SPD und der Gründung einer eigenen, stark auf seine Person zugeschnittenen Partei[4]).

Will man der Gestalt des langjährigen Reichsbannervorsitzenden gerecht werden, dann darf man ihn nicht allein nach seinen mittelmäßigen geistigen Fähigkeiten beurteilen. Intellektuelle Züge wurden ihm auch von besten Freunden nicht angedichtet. War man wohlwollend gesinnt wie Julius Deutsch, dann bezeichnete man ihn als „Proletarier aus echtem Schrot und Korn", „ohne gelehrt aussehende Redensarten", aber „begabt mit Schlagfertigkeit und urwüchsigem Humor"[5]); meinte man es weniger gut, dann nannte man ihn einen „braven Mann, einen fleißigen Mann, einen charaktervollen Mann", aber „einen Kopf von so beschämender Plattheit, wie ihn sich eine junge, von frischen Kräften belebte Bewegung auf die Dauer nicht ohne schwerste Schädigung ihrer selbst

---

[1]) Severing, Lebensweg, II, S. 94.

[2]) Darüber ausführlich, mit näheren Angaben, S. 293 f.

[3]) So der persönliche Eindruck Ferls (briefliche Auskunft), der namentlich durch Aussagen Osterroths (mündliche Auskünfte) bestätigt wird. Ähnlich charakterisiert ihn ja auch Severing, Lebensweg, II, S. 93 f. Ergötzlich zum Teil auch die Schilderungen des Barons v. Koerber, der zu den engsten Vertrauten Rechbergs gehörte. Von seiten des Rechbergkreises, dem an Kontakten zum Reichsbanner gelegen war, wurde sehr bewußt an die Eitelkeit und das übersteigerte Ehrbedürfnis Hörsings angespielt, der es sich mehr als gern gefallen ließ, wenn man ihn mit „Exzellenz" anredete (mündliche Auskünfte). Auch im Briefkopf: „Seiner Exzellenz, dem Oberpräsidenten a. D. . . ." trug man dieser Schwäche Hörsings Rechnung. Vgl. u. a. ein Schreiben Rechbergs an Hörsing v. 31. Mai 1930 (Nachlaß Rechberg, Nr. 51; BA).

[4]) Darüber ausführlich S. 379 ff.

[5]) Julius Deutsch, in: Der Schutzbund 2 (1925), Nr. 4 (April), S. 3.

leisten kann und leisten darf"[1]). Am ehesten wird ihm wohl noch die farbige Charakteristik Harry Keßlers gerecht, selbst wenn man berücksichtigt, daß möglicherweise ein gewisser „Proletkult" dabei mitschwingt: „Er ist kein gebildeter Mann, aber ein Mann; ... verschlagen, vorsichtig und bullenmäßig energisch und zielbewußt. Er spricht ein dialektisch gefärbtes proletarisches Deutsch, ein Unteroffiziersdeutsch, aber humorvoll und gewandt. Nuance Gastwirt, von Figur breit, kurz, viereckig, ein grober Klotz mit Humor und derber Faust[2])."

Keßlers Porträtskizze faßt in der Tat den ganzen Hörsing in seinen wesentlichen Vorzügen und Schwächen, wie er auch aus anderen Zeugnissen vor uns steht. Geistig ungeschliffen, in seinen intellektuellen Möglichkeiten begrenzt, besaß er andererseits gesunden Menschenverstand und eine Art von „Bauernschläue". Hervorstechend aber seine zupackende Aktivität, sein Organisationstalent, seine Einsatzbereitschaft und Verantwortungsfreude. Seine sowohl eigenwillige wie eigensinnige Persönlichkeit sprengt die Schablone. Denn aufs Ganze gesehen ist er alles andere als ein „typischer Funktionär", obwohl gewisse Züge in dieser Richtung weisen und er nach Herkunft und Werdegang — kleinbäuerlicher Abstammung, gelernter Handwerker, allmähliches Hochdienen über Partei- und Gewerkschaftsämter — in diese Kategorie fallen würde[3]).

Es charakterisiert Person und Einstellung des Reichsbannervorsitzenden, wenn man weiß, daß er, der Ostpreuße und ehemalige Soldat, im Grunde seines Herzens ein Verehrer Hindenburgs war[4]). Ganz gewiß teilte er nicht die monarchistischen Neigungen des alten Marschalls, im Gegenteil: wenn der ex officio zum Patentanwalt der Republik bestellte Hörsing in irgendeiner Hinsicht doktrinäre Züge aufwies, dann in seinem leidenschaftlichen Kampf als „Trommler der Republik". Im übrigen war er der Typ des Pragmatikers, dessen Abneigung gegen Theorien bis hin zur Verachtung aller Doktrinen reichte, einschließlich der

[1]) So eine Beurteilung in dem linksintellektuellen „Tagebuch", zitiert bei Otto Kunze, in: Allgemeine Rundschau 24 (1927), S. 482. Wie die Gestalt Hörsings in intellektuellen Kreisen, zumal wenn sie stark pazifistisch eingestellt waren, beurteilt wurde, verraten vor allem die von tiefer Abneigung bestimmten Ausführungen Walter Hammers, der, von der Jugendbewegung herkommend, sich in der Weimarer Zeit als pazifistischer Publizist hervortat und zeitweilig dem Reichsausschuß des Reichsbanners angehörte (mündliche Auskünfte). Auch Osterroth betont, daß Hörsing in seinem geistigen Zuschnitt nie über den „Feldwebel" hinausgelangt sei, und weiß höchst ergötzliche, Gestalt wie Mentalität Hörsings charakterisierende Einzelheiten beizusteuern, wehrt sich jedoch entschieden dagegen, in ihm so etwas wie eine „Schießbudenfigur" zu sehen. Hörsing sei ein äußerst aktiver, einsatzbereiter Mann gewesen (mündliche Auskünfte).

[2]) Harry Graf Keßler, Tagebücher 1918—1937, Frankfurt a. M. 1961, S. 414.

[3]) Zur Soziologie der sozialdemokratischen Führungsschicht vgl. Joachim Siemann, Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Soziologie der Eliten in der modernen Parteigeschichte. Phil. Diss. Göttingen 1955. — Auch kleinbäuerliche Herkunft ist bei Führern der sozialistischen Bewegung keineswegs selten, wie u. a. die Beispiele Ignaz Auer, Karl Renner verraten.

[4]) Osterroth berichtet, daß über dem Schreibtisch Hörsings ständig ein Bild Hindenburgs gehangen habe (mündliche Auskunft).

marxistischen Ideologie, die er, wenn überhaupt, nur höchst oberflächlich begriffen hatte. Aus dieser Einstellung heraus erklärt sich auch sein, allerdings mit unzulänglichem theoretischen Rüstzeug geführter, Kleinkrieg gegen die „radikalen", „marxistischen" Genossen aus Sachsen[1]). Wenn man Vereinfachungen nicht scheut, dann kann man seine politische Haltung folgendermaßen umschreiben: ein unbedingt staatsbejahender und nationaler Mann, nicht frei von Ressentiments, doch alles andere als ein Klassenkämpfer, ein betonter Antikommunist, unvoreingenommen in seiner Einstellung zu Wehrfragen und deshalb eine Hauptzielscheibe radikal-pazifistischer Kritik.

Im Gegensatz zu Hörsing, der zwar Kriegsteilnehmer, aber nicht eigentlich „Frontsoldat" gewesen war, konnte sein Nachfolger im Amt, der langjährige stellvertretende Reichsbannervorsitzende Karl Höltermann, auf ein dreijähriges Schützengrabendasein an der Westfront verweisen. Der 1894 in Pirmasens geborene Sohn eines Angestellten des Schuhmacherverbandes nannte sich einen „Pfälzer nur aus Zufall"[2]). Franken und Westfalen waren die Landschaften, denen er sich zugehörig fühlte: in Nürnberg wuchs er auf, in Westfalen wurzelte seine Familie; denn beide Elternteile, bäuerlicher Herkunft, stammten aus der Gegend von Unna.

Schon die Berufswahl des jungen Mannes mag als günstiges Omen für seine spätere Laufbahn angesehen werden. Als Buchdrucker gehört er zu jener „aristokratischen" Zunft, die namentlich in der sozialdemokratischen Parteipresse einen traditionell starken Einfluß ausgeübt hat und aus der eine Vielzahl bedeutender Arbeiterführer hervorgegangen ist[3]). Der 18jährige Buchdrucker, der sich von früh an in den Jugendorganisationen von Partei und Gewerkschaft betätigt hatte, unternahm zunächst einmal die übliche „Bildungsreise" des Handwerksgesellen und durchwanderte Österreich sowie Teile des Balkans und Italiens. Die Kriegsjahre 1915—1918 verbrachte er in vorderster Front im Westen, als Angehöriger eines bayrischen Truppenteils, bei dem er auch nach der Demobilmachung, inzwischen zum Unteroffizier avanciert, noch für längere Zeit verblieb. Nach seinem Abschied im Juli des Jahres 1919 begann eine steile berufliche und politische Karriere. In Nürnberg entdeckte ihn der damalige Chefredakteur der „Fränkischen Tagespost", Adolf Braun, für den Journalismus. 1920 folgte er Braun nach Berlin, als dieser dort das Büro aufbaute, aus dem später der „Sozialdemokratische Pressedienst" hervorging. Schon nach kurzer Volontärzeit wurde der gerade fünfundzwanzig Jahre alt gewordene

[1]) Vgl. R. v. 24. Juni 1928; R. v. 4. Januar 1930; R. v. 12. Juli 1930.

[2]) Vgl. O. B. Server, Matadore der Politik, in seiner Porträtskizze Höltermanns; abgedruckt in: R. v. 18. Juni 1932. Die folgenden Angaben stützen sich primär auf diese Darstellung sowie auf mündliche Auskünfte Frau Höltermanns.

[3]) Vgl. J. Siemann, a.a.O., S. 66. Buchdrucker ihrer beruflichen Herkunft nach waren u. a. Braun, Graßmann, Löbe, Scheidemann. Auch Max Hofmann, der langjährige Gauvorsitzende von Chemnitz, der 1933 zum 2. Bundesführer des Reichsbanners gewählt wurde, war von Haus aus ein Buchdrucker.

Nürnberger auf Empfehlung seines Förderers Braun, dessen begabtester Schüler er gewesen sein dürfte[1]), in die politische Redaktion der „Magdeburger Volksstimme" berufen. Als er wenige Jahre später nach dem Ausscheiden Paul Baders die Leitung des Blattes übernahm, das zu den namhaftesten sozialdemokratischen Parteiorganen zählte, konnte er auf eine journalistische Blitzkarriere zurückblicken. Der kaum Dreißigjährige war zu diesem Zeitpunkt der wohl jüngste Chefredakteur einer bedeutenden sozialdemokratischen Parteizeitung.

Kaum größere Gegensätze lassen sich vorstellen: der in seinen geistigen Mitteln beschränkte „Proletarier aus echtem Schrot und Korn", der sich schwer daran tat, etwas schriftlich niederzulegen und seine Artikel zumeist durch andere verfertigen ließ[2]), und der wendige, glänzende Journalist, der den „Typ des durch geistiges Training und unermüdliche autodidaktische Schulung intellektualisierten Arbeiters"[3]) verkörperte. Wirkte Hörsing eckig und ungeschliffen, mehr bieder-hausväterlich, so war Höltermann eine jugendlich-sportliche Erscheinung mit schneidigem Auftreten, ein, wie Krone ihn charakterisiert, „guter, kämpferischer Frontsoldatentyp"[4]).

Mit Höltermann trat die jüngere Generation, die vom Kriegserlebnis geprägt war und erst nach 1918 sich politisch zu betätigen anfing, innerhalb des Reichsbanners auch optisch stärker in Erscheinung. Wie kaum ein zweiter beherrschte der letzte Bundesvorsitzende das Register nationaler und frontsoldatischer Parolen, die er zugleich von seiner ganzen Erscheinung her glaubhaft zu verkörpern wußte[5]). „Unbeschwert von den vielen Hemmungen des Apparates"[6]), entwarf er immer wieder neue Pläne und war als Massenpsychologe und Propagandist dem alten Funktionärskorps hoch überlegen. Er konnte Begeisterung wecken, denn er beherrschte — auch das mit eine Generationsfrage — die Sprache und den Stil der Zeit; unverbraucht und unverstaubt in seinen Formu-

[1]) So Ernst Thape, der ehemalige Redaktionskollege Höltermanns von der „Magdeburger Volksstimme", in seinem Nachruf auf den früheren Bundesführer des Reichsbanners. Vgl. Vorwärts v. 11. März 1955; auch diesem Artikel verdanke ich einige biographische Angaben.

[2]) So Osterroth (mündliche Auskünfte). Hörsings Artikel schrieb zumeist der der DDP angehörende Redakteur an der Reichsbannerzeitung Ernst Diefenthal, ein früherer Burschenschaftler, der zeitweilig für Friedrich Naumann tätig gewesen war.

[3]) O. B. Server, a.a.O., S. 152.

[4]) Dr. Krone (mündliche Auskunft).

[5]) Auch von politischen Gegnern wurde ihm diese Haltung „abgenommen". So stellt etwa Freiherr Kurt von Reibnitz, ‚Im Dreieck Schleicher, Hitler, Hindenburg'. Männer des deutschen Schicksals, Dresden 1933, S. 99, das Bekenntnis zum „Frontsoldatentum" als gemeinsames Charakteristikum der Wehrverbandsführer Seldte, Röhm und Höltermann heraus. Ähnlich urteilt, mit unverhohlener Sympathie für Höltermann, Walther Schotte, Der neue Staat, Berlin 1932, S. 140. Es charakterisiert den Typ Höltermann, wenn der Major a. D. und Polizeioberst a. D. Dr. Schützinger vermutet, der ehemalige Bundesführer des Reichsbanners sei im Kriege wohl Offizier gewesen (mündliche Auskünfte).

[6]) Julius Leber, Ein Mann geht seinen Weg, Berlin 1952, S. 240.

lierungen, ein Redner und kein Referent, frei von der Schablone des geläufigen, aufreizend langweilig wirkenden Parteivokabulars, wußte er Stimmungen zu erzeugen und die Massen emotional zu packen[1]).

Auf dem Gebiet der Propaganda, das ihn zunehmend auch theoretisch beschäftigte, lag wohl die eigentliche Stärke dieses hochbegabten, sehr impulsiven Mannes, dem immer wieder griffige Formulierungen zur Verfügung standen. Seine Schwäche war nicht ein Mangel, sondern eher ein Übermaß an Phantasie, die ihn zu teilweise illusionistischen Plänen und Ideen verleitete[2]). Ausdauer und zähe Beharrlichkeit waren nicht seine hervorragenden Eigenschaften. Ihm fehlte häufig „das nötige Rückgrat, die nötige Härte"[3]), um seine Pläne auch mit aller Konsequenz zu Ende zu führen. Alles in allem war er kaum der harte, entschlossene „Täter", der zu sein der sehr selbstbewußt auftretende Höltermann nach außen hin gern vorgab.

Ein politischer Kurswechsel ist mit der Wachablösung im Frühjahr des Jahres 1932, die den neuen „jungen" Mann an die Spitze des Verbandes brachte, nicht verbunden gewesen. Politisch zogen die beiden so gegensätzlichen Persönlichkeiten am gleichen Strang. Auch Höltermann war ein sehr gemäßigter Sozialdemokrat, abhold aller revolutionären Phraseologie[4]), und aus staatspolitischer Verantwortung heraus ein entschiedener Gegner jener Richtungen in der Partei, die das Joch der Koalition allzu gern mit den bequemeren Bänken der Opposition vertauscht hätten[5]). Wenn er später, nicht ohne eine gewisse Koketterie, davon sprach, er habe 1918 mehr vom „Selbstbauen von Wohnungen" gehalten als „von der ‚revolutionären' Idee: Verjagt die Bourgeoisie aus ihren Palästen"[6]), dann handelte es sich nicht um eine nachträgliche

[1]) Vgl. etwa O. B. Server in seiner Porträtskizze Höltermanns. Dort ist auch das Auftreten Höltermanns auf der ersten großen Massenveranstaltung der Eisernen Front am 31. Januar 1932 in Berlin geschildert. Darüber berichtet auch Osterroth (Memoiren) mit farbigen Details. Weitere Ausführungen über den Propagandafachmann Höltermann S. 404 ff.

[2]) Vgl. dazu die Ausführungen Gustav Ferls, zitiert bei Matthias, Ende der Parteien, S. 139, Anm. 62.

[3]) Julius Leber, a.a.O., S. 240. Mit Lebers Urteil decken sich weithin die Aussagen des Höltermann freundschaftlich verbundenen Franz Osterroth (mündliche Auskünfte). In die gleiche Richtung zielt auch die Kritik Prinz zu Löwensteins, der in Höltermann mehr einen „Schwätzer" denn einen „Täter" sieht und seine Führerqualitäten stark in Zweifel zieht. Vgl. Hubertus Prinz zu Löwenstein, Die Tragödie eines Volkes. Deutschland 1918—1934, Amsterdam 1934, S. 74, passim. Unverblümter als diese mehr versteckte Kritik sind spätere Aussagen Löwensteins (mündliche Auskünfte).

[4]) Charakteristisch für seine politische Einstellung etwa der Artikel „Wehrhaftigkeit", R. v. 1. Juli 1926.

[5]) Vgl. dazu ein Schreiben Höltermanns an Severing v. 29. Dezember 1925 (Nachlaß Severing), in dem er seiner „Sorge" über die „Entwicklung" im Reich Ausdruck verleiht und Severing bittet, seinen Einfluß geltend zu machen, um die Fraktion für den Eintritt in die Regierung umzustimmen. Für diesen Zweck offeriert er ihm die „Magdeburger Volksstimme" als publizistisches Sprachrohr.

[6]) So in zur Zeit seiner Emigration verfaßten Bleistiftaufzeichnungen, die sich mit seiner Soldatenzeit nach der Demobilmachung befassen (Nachlaß Höltermann).

Stilisierung seiner politischen Überzeugung, sondern um eine zwar pointierte, aber doch zutreffende Umschreibung jener Haltung, die er als politischer Redakteur und Reichsbannerführer stets eingenommen hatte.

Stärker noch als Hörsing war Höltermann an wehrpolitischen Fragen interessiert. Zusammen mit Männern wie Julius Leber, Kurt Schumacher, Theodor Haubach sah er, der verächtlich von „pazifistelnder Narretei“[1]) sprach, in der wehrpolitischen Programm- und Konzeptionslosigkeit der SPD ein Erzübel und war, als Reichsbannerführer wie als Mitglied der sozialdemokratischen Wehrkommission, darum bemüht, die Sozialdemokratie auf den Weg einer realistischeren Wehrpolitik zu führen. Nicht zuletzt seiner tätigen Initiative war es zu verdanken, daß gegen Ende der Weimarer Republik engere Fäden zu der durch Schleicher repräsentierten Reichswehrführung gesponnen wurden.

Zu den Gründungsmitgliedern der ersten Stunde zählte auch der Höltermann persönlich nahestehende sozialdemokratische Bezirkssekretär Gustav Ferl, der schon in den Jahren 1922 und 1923 einer der maßgeblichen Männer beim Aufbau der Republikanischen Notwehr gewesen war. Der 1890 als Sohn eines Kleinbauern geborene Ferl hatte zunächst das Tischlerhandwerk erlernt und sich dann durch den Besuch von Fachschulen und Kursen persönlich weitergebildet. Seine aktive Dienstzeit leistete er in den Jahren 1912 bis 1914 ab, nahm jedoch nicht am Kriege teil, da er nach einer schweren Operation am 1. Juli 1914 vorzeitig entlassen worden war. 1919 wurde er in Wandsleben Kreissekretär der sozialdemokratischen Partei, der er sich 1910 angeschlossen hatte, 1922 dann Bezirkssekretär der SPD für den Bezirk Magdeburg-Anhalt, den er in den Jahren 1924 bis 1933 auch im Reichstag vertrat. Ferl, der wohl als typischer Repräsentant der „revisionistisch“ eingestellten Magdeburger Sozialdemokratie zu gelten hat, gehörte von Anfang an den Spitzengremien des Reichsbanners an, zunächst als Bundes- wie Gauvorstandsmitglied, 1932 dann als kommissarischer 2. Bundesführer, als Höltermann, der dieses Amt bis dahin innegehabt hatte, nach dem Ausscheiden Hörsings an die Spitze rückte[2]).

Eine weitere interessante Persönlichkeit aus diesem Kreis ist der damalige Magdeburger Magistratsrat und spätere Oberbürgermeister von Braunschweig, Ernst Böhme, der 1892 geborene Sohn eines in der Stadt selbst ansässigen Gastwirtes. Unter sehr ungünstigen finanziellen Verhältnissen besuchte Böhme die höhere Schule und studierte anschließend an den Universitäten Göttingen, München, Berlin, Halle Rechts- und Staatswissenschaften sowie Volkswirtschaft. Von früh auf im sozialistischen Geist erzogen, hatte der Abiturient sich sofort der

[1]) Aufzeichnungen Höltermanns, etwa 1941 verfaßt, über die Revolutionsereignisse von 1918 (Nachlaß Höltermann). In weiteren Aufzeichnungen, die sich mit Wehrproblemen beschäftigen, klagt er darüber, daß für weite Kreise der SPD der „Komplex Reichswehr“ „Militarismus schlechthin“ gewesen sei.

[2]) Die Ausführungen stützen sich primär auf Angaben Ferls zur eigenen Person (briefliche Auskünfte).

SPD angeschlossen. Diese politische Einstellung hinderte ihn indes nicht, sich schon am 1. August 1914 als Kriegsfreiwilliger zu melden. Vier Jahre lang stand er in vorderster Linie, erwarb als Kriegsauszeichnungen das EK 1. und 2. Klasse, das Ehrenkreuz für Frontkämpfer und wurde gegen Schluß noch schwer verwundet. Nach der Entlassung aus dem Lazarett war Böhme zunächst eine Zeitlang als Arbeitersekretär in Neustrelitz tätig und leitete dort den Generalstreik zur Abwehr des Kapp-Putsches. 1921 trat er den Referendardienst an und wurde nach bestandener 2. juristischer Staatsprüfung zunächst Magistratsassessor, dann Magistratsrat in Magdeburg[1]).

Ein sehr aktiver Reichsbannerführer war auch der Höltermann persönlich nahestehende Rechtsanwalt und spätere Magdeburger Polizeipräsident Dr. Horst Baerensprung. Sproß einer alten preußischen Familie, aus der vornehmlich Juristen, Offiziere und Pfarrer hervorgegangen waren, hatte der 1893 in Torgau als Sohn eines Stabsarztes geborene und früh verwaiste Baerensprung zunächst die Laufbahn eines aktiven Offiziers eingeschlagen. Als Kavallerist kämpfte er an der Ostfront, wechselte aber schon 1915, wie nicht wenige Offiziere dieser Waffengattung, zur Fliegerei über. Nach einer schweren Verwundung wurde der inzwischen mit dem EK 1 ausgezeichnete Oberleutnant zum Leiter der Fliegerschule in Halberstadt ernannt. Bei einem Mann seiner Herkunft wirkt es überraschend, wenn wir hören, daß Baerensprung schon 1918 als Mitglied des Halberstädter Soldatenrates fungierte und sich wenig später der Sozialdemokratie anschloß. Der „Novembersozialist" Baerensprung war jedoch alles andere als der Typ des gesinnungstüchtigen Opportunisten. Tief aufgewühlt durch den Freitod seines älteren Bruders, der sich als Militärarzt an der Westfront aus Verzweiflung am Krieg das Leben genommen hatte, war er schon als aktiver Offizier mit sozialistischen Ideen in Berührung gekommen. Die Bekanntschaft mit dem hochgebildeten jüdischen Arzt Dr. Crohn, einem bekannten Halberstädter „Edelsozialdemokraten", tat dann ein übriges, ihm diese politische Kehrtwendung zu erleichtern[2]).

Ein Sohn dieses Halberstädter Arztes war der gleichfalls zu den Männern der ersten Stunde zählende Paul Crohn, von 1924 bis 1931 Schatzmeister des Reichsbanners. Der ziemlich begüterte Kaufmann und zeitweilige Waffenhändler Crohn, verheiratet mit einer Tochter aus der jüdischen Industriellenfamilie Haas, war einer der engsten Vertrauten Otto Hörsings. Diese persönliche Verbindung trug nicht wenig dazu bei, daß der berühmte Mordfall Helling von nationalen Kreisen als Beweis für die Korruptheit des „Systems" hochgespielt werden konnte. Denn bestimmte Vorgänge ließen namentlich den Magdeburger Oberpräsidenten Hörsing in einem schiefen Licht erscheinen, da dieser in offen-

[1]) Den Ausführungen liegen vor allem briefliche Angaben Böhmes zur eigenen Person zugrunde.

[2]) Der Charakteristik Baerensprungs liegen primär briefliche und mündliche Auskünfte Frau Käthe Baerensprungs sowie mündliche Auskünfte Franz Osterroths zugrunde.

sichtlich unstatthafter Weise in das schwebende Justizverfahren eingegriffen hatte, als der Schwager seines Freundes Crohn, der Großindustrielle Rudolf Haas, wegen des Verdachts auf Anstiftung zum Mord verhaftet worden war[1]). Crohn, ein energischer Mann, der sich nicht wenig um das Reichsbanner verdient gemacht hatte, war es dann auch, der 1932 zusammen mit Hörsing die Sozialrepublikanische Partei aufzog, vielleicht sogar, wie man in Magdeburger Kreisen vermutete, als eigentlicher Mentor hinter dem ganzen Unternehmen stand[2]).

Der damals neunundzwanzigjährige schwerkriegsbeschädigte Walter Röber zählt wohl nicht mehr zum eigentlichen Gründungskreis des Reichsbanners. Röber, ein Arbeitersohn, hatte die Bürgerschule besucht und anschließend eine Ausbildung als Versicherungskaufmann durchlaufen. 1924 fungierte er hauptamtlich als Gauleiter des sozialdemokratisch bestimmten „Reichsbundes der Kriegsbeschädigten". Dem Bundesvorstand des Reichsbanners gehörte er zunächst als stellvertretender Schriftführer, später als Beisitzer an[3]).

Auch die restlichen Bundesvorstandsmitglieder, die 1924 den Gründungsaufruf mit unterzeichneten, waren offenbar nicht an den Vorarbeiten beteiligt. Zu dieser Gruppe gehören: der damals zweiundvierzigjährige sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher O. Baer, ein gelernter Kaufmann, Direktor der Volksfürsorge in Magdeburg; der Schmied K. Otte, später Angestellter des Metallarbeiterverbandes; der Leutnant a. D. R. Rötscher, ein schulreformerisch eingestellter Rektor einer Magdeburger Grundschule; der Gauleiter im Landarbeiterverband und preußische Landtagsabgeordnete E. Brandenburg, ein früherer Metallarbeiter, wie Otte und Rötscher, etwa vierzig Jahre alt; der fünfundvierzigjährige Genossenschaftssekretär und Organisationsleiter des Konsumvereins in Magdeburg A. Winzer. Zu diesen Sozialdemokraten traten, die Deutsche Demokratische Partei repräsentierend, der Magdeburger Regierungspräsident Pohl-

---

[1]) Vgl. zu diesem Komplex Richard Hoffmann, Der Fall Hörsing-Haas Magdeburg, München 1932, passim. Der ehemalige Landgerichtsdirektor Hoffmann, der zunächst für die Mordsache Helling zuständig war, wurde wegen seines Verhaltens in dieser Sache mit Disziplinarstrafen belegt und schied daraufhin aus dem Staatsdienst aus. Das im Lehmann-Verlag erschienene, bewußt „systemfeindliche", mit einem Kommentar Seeckts versehene Werk ist mit einiger Vorsicht zu lesen. Das gilt gleichfalls für Gottfried Zarnows: Gefesselte Justiz. Politische Bilder aus deutscher Gegenwart, Bd. I, 5. Aufl München 1931, S. 70—93 („Die Magdeburger Justiztragödie"). Von entgegengesetzter Warte geschrieben ist das die Übergriffe verharmlosende Werk von Heinz Braun, Am Justizmord vorbei. Der Fall Kölling-Haas, dargestellt nach Gerichtsakten und Zeitdokumenten. Mit einem Vorwort von Gustav Radbruch, Magdeburg 1928. Braun, Bundesvorstandsmitglied des Rb., fungierte als Verteidiger von Haas.

[2]) So Osterroth, Memoiren. Angaben zur Person Crohns verdanke ich vor allem Osterroth und Frau Baerensprung, die während der Emigration in China — Baerensprung fungierte mehrere Jahre als Berater für Polizeifragen im Dienste Tschiang Kai-scheks — noch Kontakt zu Crohn besaß, den das Schicksal gleichfalls nach China verschlagen hatte.

[3]) Angaben Röbers zur eigenen Person (briefliche und mündliche Auskünfte).

mann sowie der Polizeioberst und Major a. D. W. Hardt, der nach einigen Jahren Magdeburg verließ und Leiter der Polizeischule Potsdam wurde[1]).

Schaut man auf Bildungsweg und soziale Herkunft, dann läßt sich nur schwer ein genereller Nenner für diese Personengruppe finden. In ihrem sozialen Status hat sie sich allerdings weitgehend angenähert, mag es sich nun um Männer „proletarischer" oder kleinbäuerlicher, kleinbürgerlicher oder großbürgerlicher Herkunft handeln, um gelernte Handwerker oder um Akademiker. Keiner gehört mehr zum „einfachen Fußvolk", wenn man von der Ausnahme Otte absieht. Die ursprünglichen Facharbeiter und Angestellten sind längst zu verbands- oder parteibeamteten Stellungen aufgestiegen. Wichtiger jedoch als dieser mehr äußere Gleichklang ist die weitgehende Homogenität der politischen Anschauungen. Sicherlich gibt es Schattierungen und Nuancierungen. Es würde zu weit gehen, alle beteiligten Sozialdemokraten auf dem rechten Flügel der Partei anzusiedeln. Keiner von ihnen zählt aber zur ausgesprochen „marxistischen" Linken, für die „Koalition" und Zusammenarbeit mit „bürgerlichen" Gruppen aus betont klassenkämpferischer Einstellung heraus prinzipiell ein Übel war.

Bemerkenswert weiterhin ein gewisser generationsmäßiger Zusammenhang. Das Lebensalter schwankt zwischen dreißig und fünfzig: Röber mit seinen neunundzwanzig Jahren ist der jüngste, der 1924 den fünfzigsten Geburtstag feiernde Hörsing der älteste Teilnehmer. Aber gerade die dynamischsten und aktivsten Kräfte des engeren Gründungskreises gehören, sieht man von Hörsing ab, zur „Frontgeneration" der in den 1890er Jahren Geborenen: Kriegsteilnehmer zumeist vom Anfang bis zum Ende, teilweise Träger hoher Tapferkeitsauszeichnungen, sind sie erst nach 1918 aktiv in den Dienst der Arbeiterbewegung getreten. Aus diesen Quellen ist die Idee eines „überparteilich" organisierten „Bundes republikanischer Kriegsteilnehmer" erwachsen.

3. Gründung und Aufbau des Verbandes

Wie Ferl mit Recht betont, ist die Gründung des Reichsbanners eine „Kollektivarbeit" führender Magdeburger Sozialdemokraten, die sich in zahllosen Besprechungen über Gesamtkonzeption und Einzelheiten des neu zu schaffenden Verbandes schlüssig wurden[2]). An den eigentlichen Vorarbeiten beteiligt waren vornehmlich Hörsing, Höltermann, Ferl, Baerensprung und vielleicht noch Crohn. Welcher Anteil dem einzelnen jeweils zukommt, läßt sich dagegen nur schwer ausmachen, und ebensowenig kann man die Frage exakt beantworten,

[1]) Alle in diesem Kapitel erwähnten Personen tauchen als Unterzeichner des Reichsbannergründungsaufrufs auf. Vgl. R. v. 15. April 1924. Einzelne Angaben zur Person verdanke ich schriftlichen und mündlichen Auskünften Franz Osterroths, Gustav Ferls, Walter Röbers und Ernst Böhmes.

[2]) Ferl (briefliche Auskunft).

wie die „Verdienste" zwischen Hörsing und Höltermann aufzuteilen sind. Traditionsgemäß galt lange Zeit Hörsing als Schöpfer der Organisation, und eine Reihe von Reichsbannerführern verficht auch heute noch diese These[1]). Nach seinem Ausscheiden wurde jedoch Höltermann, mit aus dem Bestreben heraus, die Person des neuen Bundesführers aufzuwerten, zunehmend ein immer stärkerer Anteil an der Gründung des Verbandes zugeschrieben[2]).

Tatsächlich stand wohl auch Höltermann, wie eine Reihe von Indizien nahezulegen scheint, als eigentlicher spiritus rector hinter der neuen Bewegung[3]). Er war, verglichen mit Hörsing, die geistig überlegene Gestalt und zudem Führer der schon bestehenden Republikanischen Notwehr. Seine Handschrift verrät sich im Gründungsaufruf und in den ersten Proklamationen des Verbandes — auch der Name „Reichsbanner" ist vermutlich in seinem geistigen Umkreis entstanden[4]). Zu dieser Aufwertung Höltermanns will es passen, wenn von verschiedenen Seiten betont wird, daß Hörsing zunächst mehr als „Geburtshelfer" und „öffentliches Aushängeschild" dienen sollte[5]) — der Oberpräsident, vor 1918 eine „Exzellenz", fiel sehr viel schwerer ins Gewicht als der vergleichsweise unbekannte Redakteur Höltermann. Gewisse Führungskreise des Verbandes nahmen es deshalb auch mit gemischten Gefühlen auf, als Hörsing 1927 nach seinem Ausscheiden als Beamter verkündete, fortan seine ungeschmälerte Kraft allein in den Dienst des Reichsbanners stellen zu wollen[6]), eben weil man ihm zu Anfang eine mehr repräsentative Rolle zugedacht hatte.

Der aktive Magdeburger Oberpräsident steuerte allerdings von Beginn an sehr viel mehr bei als seinen Namen. Die wichtigen Vorverhandlungen mit Partei- und Gewerkschaftsstellen lagen wesentlich in seiner Hand, und allein schon diese Tatsache sichert ihm einen bedeutsamen Platz in der Gründungsgeschichte

[1]) Vgl. die S. 45, Anm. 1, zitierten Aussagen von Röber und Böhme. Bemerkenswert, daß auch Server, Matadore, S. 168, bei der Charakteristik Ernst Lemmers erwähnt, die Idee zur Gründung eines Bundes republikanischer Kriegsteilnehmer sei schon 1920 in den Tagen des Kapp-Putsches anläßlich eines zufälligen Zusammentreffens Lemmers mit Hörsing in Kassel geboren worden.

[2]) Das vermerkt zu Recht, nicht ohne eine gewisse ironische Spitze gegenüber Höltermann, Löwenstein, Tragödie, S. 70.

[3]) In diesem Sinne äußern sich Ferl, Osterroth und Albert Schulz (von Osterroth vermittelte Auskunft), die zugleich darauf verweisen, daß Hörsing schon damals ein ziemlich kranker Mann gewesen sei (briefliche Auskünfte). Auch Thape nennt in seinem Nachruf im Vorwärts v. 11. März 1955 Höltermann den „aktivsten" „unter den Gründern". Wie Thape weiter berichtet (briefliche Auskünfte), habe er zumeist Redaktionsarbeit für Höltermann mit erledigen müssen, da dieser durch seine Reichsbannertätigkeit ungemein stark beansprucht gewesen sei.

[4]) So übereinstimmend in ihrer Vermutung Ferl und Osterroth (briefliche Auskünfte). Frau Höltermann hält es für möglich, daß der mit Höltermann befreundete Schriftsteller Hermann Hieber Erfinder dieses Namens für den neu zu gründenden Verband gewesen sei (mündliche Auskünfte).

[5]) So übereinstimmend Ferl (vgl. seine bei Matthias, Ende der Parteien, S. 123, Anm. 16 zitierte Aussage) und Osterroth (mündliche Auskünfte).

[6]) So Osterroth (mündliche Auskünfte). Osterroth, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht an der Zentrale des Reichsbanners tätig war, gibt die im Kreis um Höltermann vorherrschenden Meinungen und Gefühle wieder.

des republikanischen Wehrverbandes. Über diese unmittelbare Vorgeschichte ist wenig bekannt. Will man den Zeugenaussagen glauben, dann suchte Hörsing zunächst, sicherlich im Einverständnis mit Wels, die sozialdemokratischen Bezirksvorstände in Einzelbesprechungen für den neuen Plan zu begeistern. Erst danach gab der Parteivorstand seine offizielle Zustimmung und bemühte sich seinerseits, die noch widerstrebenden Parteibezirke auf die „überparteiliche" Linie zu bringen[1]).

Diese Klärung und Abstimmung innerhalb des sozialdemokratischen Lagers markiert wohl die erste Phase innerhalb der unmittelbaren Vorgeschichte des Verbandes; sie bildet die Voraussetzung für die sich anschließenden Sondierungsgespräche mit nichtsozialdemokratischen Politikern. Daß solche Sondierungen schon vor der konstituierenden Gründungssitzung stattgefunden haben, wird mehrfach bezeugt[2]); indirekt spiegelt sich dieser Sachverhalt in einer kurzen Notiz in der „Hilfe", die schon im Januar 1924 von „Vorbereitungen zur Schaffung einer patriotischen Linken" spricht[3]). Nach allem, was wir wissen, hat es allerdings offizielle Verhandlungen mit den Parteivorständen des Zentrums und der DDP nie gegeben. Gemeinhin verfuhr man so, daß man sich an als betont „republikanisch" bekannte Persönlichkeiten aus diesen politischen Lagern wandte und sie zur Mitarbeit aufforderte. Über diese Mittelsmänner liefen dann die Kontakte zu den Führungsgremien der DDP und des Zentrums[4]).

Als Hörsing für den 22. Februar 1924 „führende Persönlichkeiten aus dem republikanischen Lager, besonders Vertreter der republikanischen Parteien und der republikanischen Arbeiterwehren, zu einer Besprechung nach Magdeburg" rief[5]), da folgten dieser Einladung, ein Ergebnis der Vorbesprechungen, auch

[1]) Die Darstellung folgt primär Angaben A. Neidhardts, der auch von einer vom Parteivorstand einberufenen Konferenz berichtet, auf der die bis dahin noch widerstrebenden Bezirksvorstände auf die „überparteiliche Linie" gebracht wurden (briefliche Auskünfte). Die Frage, ob diese Konferenz mit der bei Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 397, erwähnten Vertretertagung der sozialdemokratischen Schutzverbände identisch ist, muß offenbleiben. Um die Jahreswende 1923/24 stand die Konzeption des Reichsbanners fertig da; und damit war auch geklärt, daß es sich bei der bevorstehenden Gründung um einen „überparteilichen" Verband handeln werde. Vgl. Höltermann, in: Der Schutzbund 1 (1924), Nr. 4, S. 3 f.

[2]) Wichtig vor allem das Zeugnis des an diesen Vorgängen unmittelbar beteiligten Gustav Ferl (briefliche Auskunft).

[3]) Die Hilfe 30 (1924), S. 8 f.

[4]) Von den befragten ehemaligen Reichsbannerführern, die dem Zentrum oder der DDP angehörten, glaubt nur Dr. Nowack, der langjährige stellvertretende Gauvorsitzende von Berlin-Brandenburg, daß es offizielle Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteivorständen gegeben hat; aber auch er kann keine konkreten Angaben beisteuern (mündliche Auskünfte). Alle anderen — Ernst Lemmer, E. Niffka (führender Windthorstbündler), Dr. Krone — wissen nichts von solchen Besprechungen und halten sie für unwahrscheinlich (mündliche Auskünfte). Auch Ferl meint, daß Hörsing nur mit einzelnen führenden Persönlichkeiten, nicht mit den Parteivorständen des Zentrums und der DDP verhandelt habe (briefliche Auskunft).

[5]) Otto Hörsing, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, in: Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen gehalten in der deutschen Vereinigung der staatswissenschaftlichen Fortbildung. Hrsg. von Bernhard Harms, Bd. II, Berlin 1929, S. 180 f.

Angehörige nichtsozialistischer Parteien[1]). Durch Parteivorstandsmitglieder vertreten war allerdings nur die SPD, für die Otto Wels persönlich erschienen war. Immerhin verlieh die Teilnahme nichtsozialdemokratischer Persönlichkeiten, mochten sie auch quantitativ wie qualitativ wenig ins Gewicht fallen, der konstituierenden Versammlung gemeinrepublikanischen Charakter. Bei der notariellen Verhandlung am 22. Februar 1924 vor dem Magdeburger Rechtsanwalt und Notar Hammerschlag zeichneten als Gründer neben sechs Sozialdemokraten — Hörsing, Höltermann, Röber, Böhme, Baer, Baerensprung — der Demokrat Pohlmann und ein sich zur Zentrumspartei bekennender christlicher Gewerkschaftler aus Magdeburg[2]).

Da die entscheidenden Fragen in den Vorverhandlungen geklärt worden waren, bot die Gründungsversammlung selbst weithin ein Bild ungetrübter Einigkeit. Es gab zwar Vertreter, die der überparteilichen Konzeption skeptisch und innerlich ablehnend gegenüberstanden, aber sie beugten sich der Parteidisziplin und ließen ihre Vorbehalte nicht nach außen hin laut werden[3]). Aus diesem Grunde stieß auch der Antrag, die bestehenden sozialdemokratischen Selbstschutzverbände zusammenzufassen und darüber hinaus gemeinsam mit Angehörigen des Zentrums und der DDP einen republikanischen Abwehrverband zu schaffen, auf keinen nennenswerten Widerstand mehr. Mit der Verabschiedung einer provisorischen Satzung und der Wahl eines Bundesvorstandes, dem Hörsing präsidierte und dem Höltermann als stellvertretender Vorsitzender

[1]) Der ehemalige Gauvorsitzende von Mecklenburg, Albert Schulz, ein Teilnehmer dieser Gründungskonferenz, meint zwar, daß nur Sozialdemokraten zugegen waren (von Osterroth vermittelte Auskunft); alle anderen befragten Teilnehmer dieser Tagung erklären jedoch nachdrücklich, Angehörige des Zentrums wie der DDP hätten teilgenommen und sich an der Debatte beteiligt (briefliche Auskünfte). Skepsis scheint allerdings geboten, wenn prominente Persönlichkeiten dieser Parteien, u. a. Wirth, Hirtsiefer, Lemmer, Hauff, als Gründungsteilnehmer namentlich genannt werden, zumal sich in einigen Fällen nachweisen läßt, daß die genannte Person zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend sein konnte. Man hätte sich sicherlich nicht die Chance entgehen lassen, die Anwesenheit dieser Persönlichkeiten propagandistisch auszuspielen. Das geschieht jedoch an keiner Stelle — wohl ein indirekter Hinweis darauf, daß sie tatsächlich nicht zugegen waren. Auffällig ist auch die Tatsache, daß keine dieser Persönlichkeiten als Bundesvorstandsmitglied und zunächst auch nicht — von Spiecker abgesehen — als Angehöriger des Reichsausschusses erscheint.

[2]) Briefliche Auskünfte von Böhme, Röber und Ferl. Der Name des Zentrumsmannes läßt sich nicht ausmachen. Röber charakterisiert den christlichen Gewerkschaftler als einen schon älteren Mann, der auch im Magdeburger Stadtrat gesessen habe, erinnert sich aber gleichfalls nicht an den Namen. Möglicherweise handelt es sich um einen bei Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 397 f., erwähnten christlichen Gewerkschaftssekretär namens Krull, der allerdings, entgegen der Behauptung Stampfers, nie Reichsbannervorstandsmitglied gewesen ist und sonst nirgendwo auftaucht.

[3]) So der Bericht Neidhardts über die Konferenz. Es sei bekannt gewesen, daß ein Teil der sozialdemokratischen Delegierten der überparteilichen Konzeption innerlich ablehnend gegenüberstehe, aber diese Vertreter hätten keine Schwierigkeiten gemacht und sich nicht zu Wort gemeldet. Ihre Haltung hätten sie aber auch später nicht geändert und dadurch die Entwicklung des Reichsbanners in einigen Gauen beeinträchtigt (briefliche Auskünfte). Ähnlich äußert sich Ferl (briefliche Auskunft).

angehörte, war der Start freigegeben für die Ausbreitung des Reichsbanners Schwarz Rot Gold[1]).

Dem Bundesvorstand gehörten, abgesehen von zwei Mitgliedern der DDP, zunächst nur Magdeburger Sozialdemokraten an[2]). Um so dringender war deshalb das Bedürfnis, dem nach § 5 der Bundessatzung vorgesehenen „Reichsausschuß" ein stärker überparteiliches Gesicht zu verleihen. Der Reichsausschuß, dem eine relativ starke Bedeutung zukam, da er „vor allen wichtigen Entscheidungen" gehört werden mußte[3]), sollte aus prominenten republikanischen Persönlichkeiten bestehen, die vom Bundesvorstand gewählt wurden. Die Mitgliedschaft in einer der drei Weimarer Koalitionsparteien war nicht unbedingte Voraussetzung; faktisch setzte sich jedoch das Gremium, sieht man von einigen wenigen parteilosen Vertretern ab, ausschließlich aus Angehörigen dieser politischen Gruppen zusammen.

Naturgemäß rekrutierte sich das Gros der Reichsausschußmitglieder aus den Reihen der Sozialdemokratie, aber auch eine Anzahl prominenter Politiker der DDP erklärte sich von Anfang an zur Mitarbeit bereit. Die erste offizielle Liste vom 15. Mai 1924 weist bei einer Gesamtzahl von 71 immerhin 13 Angehörige der DDP, allerdings nur zwei Mitglieder des Zentrums auf[4]). Prominente Demokraten sind u. a. der General a. D. Berthold von Deimling, der Reichsminister a. D. Erich Koch-Weser, der Botschafter z. D. Graf Johann-Heinrich von Bernstorff, der badische Demokratenführer Dr. Ludwig Haas, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Hermann Luppe, der Mitherausgeber der „Hilfe" und Verbandssekretär der Deutschen Gewerkvereine Anton Erkelenz, der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts" Theodor Wolff, der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" Georg Bernhard und Otto Nuschke, Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung". Die beiden Zentrumsmitglieder sind der Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftssekretär des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Franz Ehrhardt aus Gleiwitz und der Ministerialdirektor Dr. Karl Spiecker, der erste prominente Zentrumsmann, der seinen Namen dem Reichsbanner zur Verfügung stellte. Um die Mitte des Jahres 1924 folgen dann von Zentrumsseite der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Windthorstbunde

---

[1]) Die genauen Vorgänge bei der Wahl und der Verabschiedung der Satzung sind weithin ungeklärt. Die Rechte erhebt sofort den Vorwurf, daß nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei und fragt an, wer eigentlich den Bundesvorstand gewählt und ihm so ungeheure Machtbefugnisse verliehen habe. Vgl. dazu die, möglicherweise von jungdeutscher Seite stammende, Broschüre: Was mußt Du vom Reichsbanner Schwarz Rot Gold wissen? Eine sachliche Aufklärung, Cassel (1924), S. 6. Wahrscheinlich wurde die erste Satzung, die das Datum vom 27. Februar 1924 trägt, nicht von der Gründungskonferenz verabschiedet, sondern ihre Ausarbeitung dem freien Ermessen des Bundesvorstands überlassen.

[2]) Mitgliederliste des Bundesvorstands in: R. v. 15. April 1924.

[3]) § 5 der Satzung von 1924.

[4]) Angehörige des Reichsausschusses namentlich aufgeführt in: R. v. 15. Mai 1924.

Dr. Heinrich Krone, der Reichskanzler a. D. Constantin Fehrenbach sowie der Chefredakteur der „Germania" Dr. Hermann Orth[1]).

Die Teilnahme dieser prominenten Politiker dürfte für die Ausbreitung des Reichsbanners, namentlich in Kreisen des Zentrums und der DDP, von kaum zu überschätzender Bedeutung gewesen sein, da damit der neuen Bewegung gleichsam ein Unbedenklichkeitszeugnis ausgestellt wurde. Dieser Tatsache war sich der Bundesvorstand mehr als bewußt; denn seine erste Tätigkeit beschränkte sich im wesentlichen darauf, Mitglieder für den Reichsausschuß zu werben. Der eigentliche organisatorische Aufbau begann erst im Mai 1924, weil vordem alle Kräfte der Parteien und Gewerkschaften, auf deren Unterstützung man sich angewiesen sah, durch die anstehenden Reichstagswahlen absorbiert wurden. Als Paul Löbe am 5. Juni 1924 vor der Arena des Reichstags die neue Bewegung offiziell einer breiteren Öffentlichkeit vorstellte: „Sie werden in wenigen Wochen eine republikanische Organisation von Stahlhelmern und Wehrwölfen, nicht mit diesen Namen, nicht mit diesen Titeln, aber von opferbereiter deutscher Jugend, auf den Füßen stehen sehen, die die Freiheit ihres Volkes verteidigen wollen"[2]), da war eine geradezu hektische Aufbauarbeit inzwischen längst angelaufen.

Bundesvorstandsmitglieder reisten in die als Gauvororte bestimmten Städte und hielten „Zündungskonferenzen" ab; an anderer Stelle riefen die regionalen Parteileitungen von sich aus zu Gründungsversammlungen auf, bei denen zumeist schon ein provisorischer Gauvorstand gewählt wurde[3]). Die Gaueinteilung lehnte sich bewußt an die Bezirksgliederung der SPD an[4]), und das verrät nur zu deutlich, auf welche Kräfte man sich primär stützen konnte und stützen mußte. Tatsächlich lag auf örtlicher wie regionaler Ebene die Initiative in fast allen Fällen bei der Sozialdemokratie oder bei einzelnen Sozialdemokraten. Häufiger beteiligt waren Angehörige der DDP, seltener, aber doch in verschiedenen Gegenden, dem Zentrum nahestehende Kreise[5]).

---

[1]) Krone wird schon Anfang September 1924 als Mitglied des Reichsausschusses erwähnt. Vgl. R. v. 1. September 1924; Orth und Fehrenbach erscheinen in der in R. v. 1. Oktober 1924 abgedruckten Mitgliederliste des Reichsausschusses. Reichskanzler Dr. Marx läßt die im März an ihn ergangene Aufforderung, dem Reichsausschuß beizutreten, einfach unbeantwortet. Vgl. dazu ein Referenten-Exposé des Ministerialrats im Reichskanzleramt, Wachsmann (undatiert, 1925) BA, Rk 43 I/767.

[2]) RT, Bd. 381, S. 126 C.

[3]) Vgl. R. v. 1. August 1924.

[4]) So Hörsing in seinem Rechenschaftsbericht auf der Bundesgeneralversammlung 1926; vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[5]) Vgl. IRZ v. 21. Februar 1925. Die Situation in den einzelnen Gauen war offensichtlich sehr verschieden. Für Schleswig-Holstein bestätigt Hansen, daß teilweise sehr initiativreiche Nichtsozialdemokraten von Anfang dabei waren (von Osterroth vermittelte Auskunft). Ähnlich äußert sich Dr. Nowack (damals DDP) für Berlin-Brandenburg (mündliche Auskunft). In Mecklenburg waren es nach Aussagen von A. Schulz zunächst einzelne Sozialdemokraten, die das Reichsbanner in dieser Gegend aufzogen (von Osterroth vermittelte Auskunft).

An nicht wenigen Orten wirkten sich die in früheren Jahren gewonnenen Selbstschutzerfahrungen zumindest indirekt günstig aus. Organisatorisch war allerdings zumeist ein radikaler Neuaufbau notwendig, da viele Formationen den Inflations- und Herbststürmen des Jahres 1923 zum Opfer gefallen waren oder doch stark unter diesen Ereignissen gelitten hatten[1]). Die noch intakten Selbstschutzverbände traten fast immer, teilweise freilich erst nach einem gewissen Zögern, korporativ zur neuen Bewegung über[2]). Nur in Breslau kam es wohl zu einer Spaltung des SOD, dessen überwiegende Mehrheit sich aber dem Reichsbannerortsverein anschloß[3]). In anderen Orten — und das symbolisiert den Sammlungscharakter der schwarzrotgoldenen Bewegung — bildeten republikanische Schützenvereine[4]), in Kirchhorsten, Schaumburg-Lippe, ein Arbeitergesangverein[5]), in Tanne, Harz, der örtliche Kriegerverein[6]), den Grundstock des neu entstehenden republikanischen Verbandes.

Führend im Aufbau waren zunächst Ostpreußen und Magdeburg-Anhalt[7]), Gegenden also, in denen schon vordem eine schlagkräftige republikanische Schutztruppe existiert hatte. Sehr spät erst erfolgte die Gründung in der entmilitarisierten Zone und den unter französischer Besatzung stehenden Gebieten[8]), in denen die nationalen Bünde auch weiterhin verboten blieben. Hauptrekrutierungsgebiet des Reichsbanners blieb vor allem in der Frühzeit der nord- und mitteldeutsche Raum[9]). In Bayern, namentlich in Oberbayern, war die Bewegung zu Anfang fast ausschließlich auf größere Städte beschränkt[10]). Auch in Sachsen hatte das Reichsbanner zunächst weniger Erfolg als in anderen Regionen. Die führenden Männer der sächsischen Sozialdemokratie standen dem Verbande nach wie vor kühl oder offen ablehnend gegenüber. Die Gausekretäre und Gauvorsitzenden gehörten im Anfang fast ausschließlich der „rechten" Minderheit

---

[1]) Vgl. R. v. 1. August 1924.

[2]) Vgl. dazu die Berichte über die einzelnen Vorläuferverbände, R. v. 23. Februar 1929; R. v. 9. März 1929. Über zunächst bestehende Bedenken berichtet in einer Leserzuschrift ein ehemaliges Mitglied des „Neuen Stahlhelms" in Liegnitz. Schließlich habe man sich jedoch, gegen drei Stimmen, für den Anschluß an das Reichsbanner ausgesprochen. Vgl. R. v. 31. Mai 1930.

[3]) Vgl. IRZ v. 28. Februar 1925, R. v. 23. Februar 1929.

[4]) So etwa in Pommern. Vgl. R. v. 13. April 1929.

[5]) Vgl. dazu ein Schreiben des Landjägereipostens Kirchhorsten an die Schaumburg-Lippische Landesregierung, z. Hd. des Herrn Reichskommissars v. 10. April 1933; NStAH, Bestand Schaumburg Des. 24 (Regierung Bückeburg), Nr. 9690.

[6]) Vgl. R. v. 23. Februar 1929. Auch in Gefrees (Oberfranken) trat der dortige Kriegerverein geschlossen zum Reichsbanner über. Vgl. R. v. 15. April 1926.

[7]) Vgl. Höltermann, in: Der Schutzbund 1 (1924), Nr. 4, S. 3 f.

[8]) Vgl. R. v. 23. Februar 1929; R. v. 1. November 1924.

[9]) So Hörsing in einem Interwiew mit den „Chicago Daily News" v. 20. November 1924. Text: BA, R 43 I, 767.

[10]) Vgl. E. Auer: Das Reichsbanner in Bayern, IRZ. v. 21. November 1925.

an, und es waren Persönlichkeiten wie die späteren „Altsozialisten" Buck und Heldt, die in den Reichsausschuß des Reichsbanners berufen wurden[1]).

Widerstände in Sachsen und in einigen anderen Bezirken fielen jedoch letztlich wenig ins Gewicht. Der Massenzulauf in den ersten Monaten übertraf die kühnsten Erwartungen. Niemand war anfänglich in der Lage, mit genaueren Zahlen aufzuwarten, da sich die Situation von Tag zu Tag veränderte. Entsprechend verschieden fielen deshalb die Angaben aus, da sie allesamt nur auf groben Schätzungen beruhten[2]). Anläßlich der Bundesgründungsfeier 1925 gab Hörsing folgenden Überblick über die Entwicklung des vergangenen Jahres: zweieinviertel Millionen Mitglieder am 1. Oktober 1924; zweidreiviertel Millionen Mitglieder am 1. Januar 1925; rund drei Millionen Mitglieder am 22. Februar 1925[3]). Später wurden dann noch Zahlen von dreieinhalb Millionen genannt[4]).

Die große Frage ist, was man von all diesen Angaben zu halten hat. Stampfer ist sehr viel vorsichtiger, wenn er von drei Millionen spricht und dabei die „Sympathisierenden" mitzählt[5]). Tatsächlich dürfte die Zahl der aktiven Verbandsmitglieder weit niedriger anzusetzen sein. Ein Renommierbedürfnis, das bei fast allen Verbänden zu finden ist, trieb die Zahlen gewaltig nach oben[6]). Sehr viel mehr als eine Million aktiver Mitglieder hat das Reichsbanner vermutlich nie besessen[7]). Der Erfolg war dennoch groß. In kurzer Zeit war es zu einer Massen-

[1]) So A. Neidhardt, der zunächst als Gauvorsitzender in Chemnitz fungierte. Von einer Ausnahme abgesehen habe es sich bei den führenden Reichsbannerleuten in Sachsen zunächst um Sozialdemokraten gehandelt, die mit der herrschenden radikalen Richtung nicht sympathisiert hätten (briefliche Auskunft). Ähnlich äußert sich Ferl (briefliche Auskunft).

[2]) Sir Hamilton, der seine Unterlagen von Reichsbannerseite bezogen haben dürfte, spricht in einem für englische Kriegsteilnehmer bestimmten Bericht über die deutsche Organisation davon, daß der Verband schon nach drei Monaten rund zwei Millionen Mitglieder besessen habe. Vgl. R. v. 15. Oktober 1924. Höltermann erwähnt dagegen im September 1924 gut eine Million. Vgl. Der Schutzbund 1 (1924), Nr. 4, S. 4. Zahlen von zwei Millionen dagegen werden in der Broschüre: Der fünfte Jahrestag der Republik (Jena 1924), S. 3, genannt. Die gleiche Zahl nennt Hörsing in seinem Interview mit den „Chicago Daily News" v. 20. November 1924. Bei den Verfassungsfeiern am 10. August 1924 marschierten angeblich in ganz Deutschland 1260000 Kriegsteilnehmer des Reichsbanners auf. In den folgenden Wochen habe sich der Bestand wöchentlich um 32000 neue Mitglieder und 216 neue Ortsvereine vermehrt. Vgl. R. v. 1. November 1924.

[3]) Vgl. R. v. 1. März 1925. Auf der Bundesgeneralversammlung 1926 wiederholt Hörsing diese Angaben und spricht — Stand vom Februar 1925 — von 3 Millionen Mitgliedern. Vgl. IRZ v. 22. Mai 1926. In der „Glocke" v. 15. August 1925 wird der Mitgliederbestand auf über 3 Millionen veranschlagt. Gleiche Zahlen nennt das „Junge Zentrum" 2 (1925), 3. Heft, S. 52.

[4]) Vgl. Posse, Politische Kampfbünde, S. 65. Die gleiche Zahl ergibt sich aus Angaben Hörsings auf der Bundesgeneralversammlung 1926: seit dem vergangenen Jahr — damals 3 Millionen — seien ½ Million neuer Mitglieder hinzugekommen. Vgl. IRZ v. 6. März 1926.

[5]) Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 398.

[6]) Osterroth (mündliche Auskünfte) berichtet, der Jungdeutsche Orden habe sich einmal an alle Verbände gewandt und sie aufgefordert, gemeinsam den „Zahlenschwindel" einzustellen.

[7]) Darauf deutet eine Beobachtung Osterroths hin. Erst in den 1930er Jahren seien Mitgliedsbücher, deren Verlust in der Reichsbannerzeitung angezeigt wurde, mit siebenstelligen Zahlen aufgetaucht (mündliche Auskünfte). Vom Verfasser angestellte Versuche, von der Zahl der Gau-

organisation angewachsen, die einen quantitativen Vergleich mit den schwarzweißroten Verbänden nicht zu scheuen brauchte. In den Jahren nach 1924 war es eindeutig der zahlenmäßig stärkste politische Kampfverband[1]).

Auf die erste „Sturm- und Drangperiode" folgte etwa seit 1926 eine Phase der Konsolidierung und des inneren Ausbaus der Organisation. Dem technisch-militärischen Ausbildungsbetrieb wurde in diesem Zeitraum vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Massenaufklärung, politische Erziehung und Jugendarbeit standen im Vordergrund des Interesses. Der Zeitsituation entsprechend nahm das Reichsbanner mehr und mehr Züge eines republikanischen Bildungs- und Agitationsvereins an. Damit verbunden war ein immer stärkerer Trend zur Institutionalisierung und Bürokratisierung. Es ist bezeichnend, daß die Bundessatzung von 1928 auf ein Vielfaches der ursprünglichen Satzung von 1924 angeschwollen ist[2]). Die Zahl der Mitglieder und der Ortsvereine blieb allerdings seit 1926 ziemlich konstant. Unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise kam es zwar zu einer stärkeren Mitgliederfluktuation in einzelnen Gauen; die Veränderungen in den absoluten Zahlenwerten waren jedoch nicht sehr erheblich, obwohl es an sich bemerkenswert ist, daß das Reichsbanner als wohl einzige republikanische Organisation die Zahl seiner Mitglieder nach 1930 vergrößern konnte[3]).

Die erstaunlich schnelle Ausbreitung des republikanischen Wehrverbandes, der schon Ende des Jahres 1924 organisatorisch gefestigt dastand, in allen Teilen des Reiches Gauleitungen unterhielt und Massencharakter angenommen hatte, konnte auch von gegnerischer Seite nicht geleugnet werden. Verbalinjurien, die durch Lächerlichmachen töten sollten, vermochten auf die Dauer nicht die

---

delegierten auf der Bundesgeneralversammlung auf Mitgliederziffern rückzuschließen, scheinen auf ähnliche Zahlen hinzudeuten. Das Material reicht allerdings für exakte Berechnungen nicht aus.

[1]) Kapitän Ehrhardt nennt auf einem „Deutschen Abend" in Stuttgart am 18. September 1927 das Reichsbanner den „stärksten Verband". Vgl. dazu den Vertraulichen Bericht des Landeskriminalpolizeiamtes Stuttgart v. 28. September 1927; StAL F 193, Nr. 341. — Vgl. auch St. v. 15. März 1925. Der vom Reichsbanner mit drei Millionen angegebene Mitgliederstand sei zwar zu hoch angesetzt, es handele sich aber um eine „immerhin beträchtliche Zahl", und man müsse sich über den „traurigen Ernst", der mit solchen Zahlen zum Vorschein komme, klar sein.

[2]) Vgl. dazu generell die Organisationshandbücher des Reichsbanners: Anweisung für Ausbildung, Jugend und Schutzsport. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Magdeburg o. J. (1927). Künftig zitiert: Anweisung für Ausbildung. — Das Jungbanner. Jugendpflege im Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Hrsg. vom Bundesvorstand, Magdeburg o. J. (1930). Künftig zitiert: Das Jungbanner — Technischer Führer. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Magdeburg o. J. (1930). Künftig zitiert: Technischer Führer. — Wegweiser für Funktionäre, Führer und alle Bundeskameraden. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, 1. Aufl. Magdeburg o. J. (1927) und 3. Aufl. (1929). Künftig zitiert: Wegweiser. Vgl. ferner Arbeitsbericht BGV 1933. Nähere Ausführungen zu diesem Komplex S. 83 ff.

[3]) Im Zeitraum von 1928 bis 1933 stieg die Mitgliederzahl angeblich noch um 7 %. Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 14 f.

unbequeme Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die „Hörsinggarde" nicht einfach nur „Massen", sondern auch Scharen von unbezweifelbar „echten" Frontsoldaten anzog[1]). Es gab deshalb von Anfang an Stimmen, die vor billiger Verunglimpfung warnten und ernsthaft nach einer Erklärung suchten, weshalb „vaterländisch gesonnene und idealistische Männer"[2]) zum Reichsbanner stießen. Man fand sie zumeist in der raffinierten, auf die Mentalität der Frontsoldaten geschickt ausgerichteten Propaganda des Verbandes und in dem angeblichen Mißbrauch vaterländischer und nationaler Schlagworte[3]): höchst bemerkenswerte Argumente, von denen indirekt ein erhellendes Licht auf die Selbstdarstellung des Reichsbanners fällt. Gemeinhin wurde die Erklärung jedoch auf einer primitiven Ebene gesucht, indem man auf die angeblich ungeheuren finanziellen Mittel des Verbandes verwies. Als Geldgeber fungierten dabei, je nach Bedarf, SPD und ADGB, jüdische Finanzkreise oder internationale pazifistische Organisationen[4]). Zusammengefaßt wurden diese Vorwürfe in der militärisch knappen und bündigen Formel des Kapitäns Ehrhardt, die weitere Überlegungen ersparte: „Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold wurde zum stärksten Verband durch internationales Geld[5])."

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß Geld allein nicht den Erfolg des republikanischen Wehrverbandes zu erklären vermag — eine derartige Riesenorganisation konnte nicht einfach finanziell „gemanaged" werden. Gleichwohl lohnt es sich, wenigstens kurz auf diese Dinge einzugehen. Gerade zu Anfang war das Reichsbanner auf Fremdzuweisungen angewiesen, da eigene Mitgliederbeiträge noch ausstanden. Hörsing wandte sich deshalb, wie er offen zugab, an kapitalkräftige Kreise, „darunter auch an Juden und jüdische Organisationen[6])", und erhielt zweifellos beträchtliche Summen. Wohl bei keinem politischen

[1]) Höchst aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Rede des geschäftsführenden Vorsitzenden der Vereinigten Vaterländischen Verbände, Fritz Geisler, in der Reichsvertreterversammlung der VVVD am 30. Juni 1924 zu Berlin „anläßlich des Auftretens des ‚Reichsbanners Schwarzrotgold'". Als Broschüre verbreitet, versehen mit einem Vorwort von Generalmajor Graf v. d. Goltz unter dem Titel: Die falsche Front. Klassenkampf und Landesverrat ‚Reichsbanner Nollet' Berlin o. J. (1924). Geisler plädiert mit Nachdruck dafür, diese Organisation ernst zu nehmen und es nicht mit allzu billigen Verunglimpfungen bewenden zu lassen.

[2]) Was mußt Du vom Reichsbanner Schwarz Rot Gold wissen? S. 7 f.

[3]) Vgl. Die falsche Front, S. 21, 35.

[4]) Vgl. Geisler, in: Die falsche Front, S. 21, 35, passim, der u. a. behauptet, das Reichsbanner biete ein Handgeld von 40 Goldmark und kostenlos Uniformen an, um Leute zu „keilen". Ähnliche Vorwürfe werden immer wieder erhoben. Vgl. St. v. 4. Januar 1925, St. v. 2. September 1928. Gegen diese diskriminierenden Vorwürfe, durch unlautere Mittel Mitglieder zu werben, setzt sich das Reichsbanner immer wieder zur Wehr und sucht sie durch detaillierte Angaben zu entkräften. Tatsächlich handelt es sich wohl um haltlose Anschuldigungen und billige Propagandatricks. Vgl. R. v. 15. November 1924, R. v. 1. Oktober 1924, R. v. 15. April 1926. Vorgekommen ist es dagegen — das gilt wohl für alle Verbände —, daß Nichtmitglieder, Werkstudenten z. B., gelegentlich gegen Entgelt als „Marschierer" bei Massendemonstrationen angeworben wurden.

[5]) So auf dem „Deutschen Abend" in Stuttgart am 18. September 1927. Vgl. S. 74, Anm. 1.

[6]) R. v. 1. November 1924.

Kampfverband reichten die Mitgliederbeiträge allein aus, um den Apparat zu finanzieren, auch beim Reichsbanner nicht, dessen Jahresetat der Finanzexperte Lewinsohn auf 10 bis 12 Millionen Mark veranschlagte[1]). Ein Teil der Einnahmen kam aus Sammlungen und Spenden, die vornehmlich von republikanisch eingestellten Kreisen des Großhandels und der Kaufmannschaft einliefen[2]). Daß es sich dabei in nicht geringer Zahl um jüdische Geldgeber handelte, die als Lieferanten dem Reichsbanner teilweise geschäftlich verbunden waren, ist nach Lage der Dinge fast selbstverständlich[3]). Es hätte für den politischen Gegner allerdings kaum dieser Anlässe bedurft, um den Verband in die allgemeine antisemitische Agitation einzubeziehen und ihn als „Hilfstruppe des jüdischen Finanzkapitals" zu apostrophieren.

Eine finanzielle Starthilfe gaben auch die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften. Die Zuwendungen von dieser Seite hielten sich jedoch im allgemeinen in bescheidenem Rahmen[4]), und erst nach der Gründung der

[1]) Vgl. Richard Lewinsohn (Morus), Das Geld in der Politik, Berlin 1930, S. 154.

[2]) Dazu auch Lewinsohn, a.a.O., S. 154. Es mag zwar dahingestellt bleiben, ob die von kommunistischer Seite publizierten „Bettelbriefe" Hörsings an Industrie- und Finanzkreise (vgl. Werner Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation. Material zum politischen Verfall des Roten Frontkämpferbundes, Berlin 1929, S. 30. Vgl. fernerhin die Broschüre: Faschismus. Bericht vom Internationalen Antifaschisten-Kongreß Berlin 9. bis 10. März 1929. Hrsg. vom Internationalen Antifaschistenkomitee, Berlin 1929, S. 21 f.) in dieser Form echt sind: sicher ist, daß das Reichsbanner, wie andere Verbände auch, Spendenaufforderungen an kapitalkräftige Unternehmen und Persönlichkeiten richtete und Gelder erhielt. Ohne solche Zuwendungen wäre, wie Röber betont, der Betrieb gar nicht aufrechtzuerhalten gewesen (mündliche Auskünfte).

[3]) Daß viele Gelder von jüdischen Finanzleuten stammten, betont auch Röber (mündliche Auskunft). Behauptungen von gegnerischer Seite lassen sich im Einzelfall nicht nachprüfen — u. a. werden die „Großverdiener der Inflation Michael, Parvus Helphand, die Barmats" genannt. Vgl. u. a. St. v. 2. September 1928. Zarnows Angaben (vgl. Gottfried Zarnow, Gefesselte Justiz. Bd. I, S. 116 ff.) mögen zwar über das Ziel hinausschießen; daß enge geschäftliche Beziehungen zwischen dem Reichsbanner und der Firma Sklarek bestanden, die verschiedene Reichsbannergaue mit Uniformen belieferte, ist sicher. Wenn Hörsing später behauptet, alle Uniformen seien „gegen Bezahlung und nicht kostenlos" geliefert worden (vgl. R. v. 5. Oktober 1929), so mag das stimmen. Es wäre jedoch fast ein Wunder, wenn die Firma Sklarek, die in einigen Gauen eine Art Liefermonopol besaß, sich nicht in großzügiger Weise finanziell erkenntlich gezeigt hätte. Verschiedene Anzeichen und auch gelegentliche Bemerkungen ehemaliger Reichsbannerführer deuten darauf hin, daß das Reichsbanner auch Gelder von jüdischen Organisationen erhalten hat. Sicher ist in jedem Fall, daß es später von dorther Propagandamaterial und Propagandabroschüren gegen die Nationalsozialisten erhielt. Vgl. dazu jetzt Arnold Pauker, Der jüdische Abwehrkampf, in: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Hrsg. von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Pauker, Tübingen 1965, S. 452 ff., passim.

[4]) Finanzielle Starthilfe hat das Reichsbanner, wie mehrfach zugegeben wird, erhalten, obwohl nie Summen genannt werden. Von dauernden finanziellen Zuschüssen kann jedoch keine Rede sein. Wie etwa das Beispiel Hannover zeigt, wurden dem Reichsbanner gelegentlich kleine Beträge zur Verfügung gestellt. So stiftet etwa der sozialdemokratische Ortsverein 33,— Mark für zwei Paar Boxhandschuhe. Vgl. dazu ein Schreiben des SPD-Ortsvereins Hannover an den Reichsbannerortsverein v. 6. Mai 1931, NStAH, Des. 310 II, C 11. Häufig bat das Reichsbanner, wenn es zu Saalschutzaufgaben angefordert wurde, um eine kleine finanzielle Gegenleistung. Vgl. etwa ein Schreiben des Reichsbannerortsvereins Hannover v. 7. April 1931 an einen gewissen August Sievers (Velber), a.a.O., Des. 310 II, C 16. Insgesamt handelt es sich jedoch, wie die Durch-

Eisernen Front dürften die Gelder wieder etwas reichlicher geflossen sein. Wenn Kapitän Ehrhardt vom „internationalen Geld" sprach, das die Erfolge des Reichsbanners erklären sollte, dann bezog sich das „international" möglicherweise nur einfach auf die angebliche Einstellung jüdischer oder sozialistischer Geldgeber, nicht auf eine Finanzierung vom Ausland her. In einem konkreten Fall läßt sich allerdings nachweisen, daß der Verband tatsächlich auch Gelder aus dem Ausland erhalten hat. 1924 überreichte der Pazifist Lehmann-Rußbüldt als Mittelsmann dem Bundesvorsitzenden eine Summe von 5000 Mark, die, wie sich später herausstellen sollte, von französischen und tschechischen Pazifistenkreisen zur Verfügung gestellt worden war. Allem Anschein nach war das Reichsbanner über die Herkunft der Gelder zunächst nicht informiert, und wohl nicht ganz zu Unrecht berief es sich später darauf, getäuscht worden zu sein, da man annehmen darf, daß der betont national auftretende Verband, trotz chronischer Geldsorgen, sich nicht diese gefährliche Blöße gegeben hätte[1]).

Andere Mittel flossen dadurch ein, daß der Verband den Vertrieb bestimmter Warenartikel, etwa der sogenannten Reichsbannerzigarette „In Treue fest" übernahm[2]). Zweckgebunden waren zumeist die Gelder, die staatlicherseits zur Verfügung gestellt wurden. In welchem Ausmaß die Organisation von seiten sozialdemokratisch bestimmter Landesregierungen, vor allem von der preußischen Staatsregierung, unterstützt wurde, bleibt ungeklärt. Nachgewiesenermaßen haben jedoch Reichsbannerstellen in den Jahren, als Severing Reichsinnenminister war, gewisse Summen aus dem Republikschutzfonds erhalten[3]).

---

sicht der im Nieders. Staatsarchiv befindlichen Reichsbannerkorrespondenz zeigt, um lächerlich geringe Summen, die dem Verband von befreundeten Organisationen zur Verfügung gestellt wurden.

[1]) Die Sache wurde ruchbar, als dem Reichsbanner anläßlich eines Beleidigungsprozesses, den Major a. D. Mayr gegen das radikalpazifistische Blatt „Das Andere Deutschland" führte, angedroht wurde, die Angelegenheit von 1924 müsse gegebenenfalls zur Sprache kommen. Vgl. u. a. R. v. 23. August 1930; R. v. 27. Juni 1931.

[2]) Vgl. dazu etwa den Artikel von Johann Kupfer, in: Konsumgenossenschaftliche Rundschau 24 (1927), S. 135, mit scharfen Ausfällen gegen das Reichsbanner. Häufig wurde auch zum Kauf und Vertrieb bestimmter Warenartikel aufgefordert — in der Aera der Eisernen Front existierte längere Zeit eine sogenannte „Freiheitszigarette". Zweifellos flossen dadurch dem Verband gewisse Gelder zu.

[3]) Vgl. dazu eine im Nachlaß Severing befindliche Zusammenstellung von Zahlungen, die seit dem 29. Juni 1928 aus dem Republikschutzfond geleistet wurden (Schriftstück undatiert; Anlaß ist wohl ein Artikel in der „Berliner Börsenzeitung" v. 29. Juli 1930, die wegen solcher Zahlungen schwere Vorwürfe gegen Severing erhebt. Das Schriftstück dürfte kurz nachher verfaßt worden sein.) Für das Reichsbanner werden folgende Summen genannt, mit Angabe des Verwendungszwecks und des jeweiligen Empfängers:

3 000,— Mark:	Kreisverein Königsberg des Rb. für Verfassungsfeier.
1 500,— Mark:	Reichsbannergau Pfalz für Teilnahme an Verfassungsfeier in Frankfurt.
5 000,— Mark:	Rb. in Magdeburg, Beihilfe zur Durchführung staatsbürgerlicher Erziehung dienender Bildungskonferenzen.
750,— Mark:	Gauleitung Kiel zum Ausbau der Wassersportabteilung.

Auch die Reichswehr hat zumindest in der letzten Zeit dem Verbande für Wehrsportaufgaben Gelder zukommen lassen[1]). Innerhalb des Gesamtetats spielten diese Fremdzuweisungen eine wichtige Rolle. Die Einnahmen der Organisation resultierten jedoch zu einem starken Maße auch aus eigenen Mitgliedsbeiträgen, um deren Aufbringung es im allgemeinen wohl besser bestellt war als bei anderen politischen Bünden, da das Reichsbanner auf den Stamm der an regelmäßige Zahlungen gewöhnten gewerkschaftlich oder parteimäßig organisierten Arbeiter zurückgreifen konnte. 1932 sah sich der Bund infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit gezwungen, das Beitragswesen neu zu regeln und die Ausgabe der bisher kostenlosen schwarzen Erwerbslosenmarken einzustellen: ein zumindest indirekter Beweis dafür, daß der Verband in seiner finanziellen Existenz ganz wesentlich von den Beiträgen der eigenen Mitglieder abhing[2]).

Die finanziellen Zuwendungen an den Verband, mochten sie als Starthilfe auch von lebenswichtiger Bedeutung sein, erklären in keiner Weise, daß das Reichsbanner gerade zu Anfang eine spontane Resonanz in breiten Bevölkerungsschichten fand[3]). Die Großveranstaltungen des Verbandes, die als „Tag der 100000" apostrophierte erste Bundesgründungsfeier in Magdeburg 1925[4]), die Fackelzüge anläßlich der Überführung der Leiche Friedrich Eberts von Berlin nach Heidelberg, die alljährlich als Gegengewicht gegen die „Deutschen Tage" aufgezogenen Bundesverfassungsfeiern und als glanzvoller Höhepunkt die 75-Jahr-Gedächtnisfeier der Paulskirche in Frankfurt 1928 mit angeblich

---

3 200,— Mark: Reichsbanner in Freital (Sachsen) zur Errichtung eines Rathenauhauses und einer Freilichtbühne.
25 000,— Mark: Rb. in Magdeburg, Beihilfe zur Durchführung von Aufgaben zur Festigung des republikanischen Staatsgedankens.
1 000,— Mark: Rb., Gau Ostpreußen, Beihilfe für Gautagungen.
20 000,— Mark: Rb. Magdeburg, Beihilfe zur Errichtung der Bundesschule.

Insgesamt ergibt sich, für einen Zeitraum von zwei Jahren, die Summe von 55450,— Mark. Eine Bitte um weitere 50000,— Mark, die der Reichsbannerbundesvorstand an Hermann Müller richtet (vgl. Schreiben v. 5. April 1929 an H. Müller), lehnt dieser mit der Begründung ab, Severing habe schon geholfen, und er verfüge über keine weiteren Mittel mehr (Schreiben H. Müllers an den Bundesvorstand des Rb. v. 19. April 1929). Beide Schreiben: BA R 43 I/767.

[1]) So Baurichter (briefliche Auskunft), persönlicher Referent im Reichsinnenministerium unter Severing, Wirth und Groener, Ende 1932 beim Reichsbannerbundesvorstand angestellt und dann rechte Hand Höltermanns. Im Reichswehrministerium sei der damalige Oberstleutnant Ott für diese Fragen zuständig gewesen. Auch vom preußischen Innenministerium, wo Dr. Diels diese Fragen bearbeitete, wurden für solche Aufgaben Gelder zur Verfügung gestellt. Baurichter berichtet, Göring habe ihm 1933 anläßlich einer Besprechung — Höltermann und Baurichter hatten ihn 1933 aufgesucht, offensichtlich, um mit ihm über das weitere Schicksal des Reichsbanners zu verhandeln — mitgeteilt, bei seinem Amtsantritt habe er noch von Diels unterzeichnete Anweisungen für das Reichsbanner zum Zweck der vormilitärischen Ausbildung vorgefunden.

[2]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 15 ff.

[3]) Selbstverständlich gilt das für gegnerische Organisationen wie Stahlhelm, NSDAP usw. in gleicher Weise.

[4]) R. v. 15. Februar 1925.

150000 teilnehmenden uniformierten Reichsbannerleuten[1]): sie waren nicht nur eindrucksvolle Selbstdarstellungen des Bundes, sondern strahlten als „republikanische Tage" weit über den eigenen Bereich hinaus. Neben diesen im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehenden Großveranstaltungen lief eine intensive republikanische Werbearbeit in den einzelnen Orten und Städten. Verfassungsfeiern und Fahnenweihen gab es überall, wo immer sich eine Reichsbannergruppe zusammengefunden hatte, auch in entlegensten Flecken und Dörfern, und gar mancher dürfte erst durch die Tätigkeit des Verbandes mit den Hoheitszeichen des neuen Staates und den Farben Schwarz Rot Gold in sinnfällige Berührung gekommen sein.

Wie es um die innere Beteiligung bestellt war, läßt sich nur schwer nachweisen, da die aus sachlicher Reportage und Bewegungsenthusiasmus gemischte Berichterstattung in den verbandseigenen Organen kaum ein ungeschminktes Bild der Wirklichkeit vermitteln dürfte[2]). Großartige „Einsatzbereitschaft" und „echte" Begeisterung geht einher mit einem etwas blutleeren und teilweise „fatal" wirkenden Pathos und einem künstlich gemachten Schwarz-Rot-Gold-Enthusiasmus. Unverkennbar erhielt jedoch die Sache der Republik durch die Tätigkeit des Reichsbanners einen beträchtlichen psychologischen Auftrieb, und diese Aktivität kam auch den Parteien und Organisationen des Weimarer Lagers zugute. Nicht ohne Respekt notierte der Stahlhelm in einem Rückblick auf die Reichspräsidentschaftswahlen 1925, daß die „Tätigkeit der Hörsinggarde für den Volksblock eine außerordentliche Hilfe bedeutet" habe[3]).

Skepsis und Zurückhaltung sind allerdings geboten, wenn der Verband, mit nicht gerade allzu großer Bescheidenheit, darangeht, sich das „in der Geschichte unvergängliche Verdienst" zuzuschreiben, daß die Machtergreifung von Reaktion und Faschismus verhindert und deren „Putschpläne zu papierenen wertlosen Phantasieprodukten" herabgemindert worden seien[4]). Man wird solche Äußerungen nicht auf die Goldwaage legen, da sie oft einfach dem verständlichen Bedürfnis nach Rechtfertigung der eigenen Existenz entspringen. In ihnen spiegelt sich jedoch auch eine manchmal etwas „naive" Überzeugung, die sich der Begrenztheit der eigenen Möglichkeiten nicht mehr bewußt ist und in der „proletarischen Wehrhaftigkeit" das Patentrezept gegen den „Faschismus" entdeckt zu haben glaubt. Es handelt sich eben nicht nur

[1]) Vgl. R. v. 26. August 1928.

[2]) Immerhin bleiben die Aufmärsche des Reichsbanners auch auf den Gegner nicht ohne Eindruck. In der rechtsradikalen Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung" schreibt ein ungenannter Verfasser, es werde ihm immer „unvergeßlich" sein, wie er den Aufmarsch der Reichsbannerabteilungen bei der Verfassungsfeier 1925 erlebt habe. Man solle endlich das „alberne Geschwätz vom ‚Papphelm'" beiseite stellen. Artikel abgedruckt in: IRZ v. 26. Dezember 1925. Auch für Julius Deutsch zählen die Aufmärsche des Reichsbanners zu den gewaltigsten Leistungen des Verbandes. Vgl. Deutsch, Antifaschismus, S. 101 f.

[3]) St. v. 25. Mai 1925.

[4]) IRZ v. 20. Februar 1926.

um aus Augenblickstimmungen geborene Übertreibungen, sondern um verbandseigene Glaubensüberzeugung, wenn betont wird: „Die Republik wird stehen, solange ein starkes Reichsbanner vorhanden ist. Die Republik wird aufhören zu bestehen, wenn wir nicht mehr sind[1])."

Ein gewisser Wahrheitsgehalt liegt solchen Bekundungen zweifellos zugrunde, und man befindet sich in einer prekären Situation, wenn man innerhalb des hier vorliegenden Sachzusammenhangs das Gewicht und den Stellenwert der einzelnen historischen Faktoren und Agentia exakt bestimmen will. Die Überwindung der Staatskrise des Jahres 1923 ist ganz gewiß nicht in erster Linie auf das Erscheinen des Reichsbanners zurückzuführen. Die Stabilisierung der Währung und die damit verbundene wirtschaftliche Gesundung, die heilsame Ernüchterung nach dem Scheitern des Hitler-Putsches im Lager der „nationalen Opposition", die sich in ihren Diktaturkonzepten zunächst auf den Nullpunkt zurückgeworfen sah und erkannte, daß ohne die zumindest wohlwollende Neutralität der staatlichen Exekutivorgane ein Staatsstreich nicht zu bewerkstelligen war, wiegt schwerer als die noch so rührige Aktivität des republikanischen Wehrverbandes. Der Beitrag des Reichsbanners liegt wohl vor allem darin, daß es dem Staat frische Energien zuführte, die Lethargie und Resignation in republikanischen Kreisen überwand und damit die Republik politisch-psychologisch festigen half. Gegenüber diesen „Verdiensten" tritt die militärisch-technische Schutzfunktion stark in den Hintergrund. Die Existenz des Bundes trug allerdings wohl mit dazu bei, daß die nationalen Kampfverbände veranlaßt wurden, auf direkte Putsch- und Diktaturbestrebungen zu verzichten und statt dessen den Weg der legalen Umbildung und einer mehr geistigen Einwirkung zu beschreiten. In dieser Konstellation liegt nun in der Tat eine gewisse historische Paradoxie[2]): das Reichsbanner übernahm die Sicherung der staatlichen Ordnung gegenüber jenen Verbänden, deren kämpferischer Einsatz die Geburt eben dieses Staates ermöglicht hatte, und es bediente sich dabei jener Methoden und Organisationsformen, die von den erwähnten oppositionellen Bünden zuerst entwickelt worden waren.

[1]) Hörsing, in: Wegweiser 1927, S. 52 f.

[2]) Vgl. dazu auch Posse, Politische Kampfbünde, S. 63, und Bracher, Auflösung, S. 143.

Zweiter Teil

Struktur, Ideologie und politische Konzeption des Verbandes

I. Vergleichende Betrachtungen zur Organisation und zum Erscheinungsbild des Reichsbanners

Auf den ersten Blick will es scheinen, als ob Organisationsprobleme nur dem technischen Bereich angehören und deshalb für die Wesensbestimmung eines Verbandes von sekundärer Bedeutung sind. Tatsächlich handelt es sich aber um Fragen erster Ordnung, da Form und Inhalt sich kaum trennen lassen und das institutionelle Gefüge immer auch die Sphäre des Politischen berührt. Das gilt in einem doppelten Sinn: Aufbau und Gliederung des Verbandes spiegeln in oft charakteristischer Weise Mentalität und politisches Bewußtsein der jeweiligen Organisationsträger wider; umgekehrt gehen von der Organisation wiederum Wirkungen und Einflüsse aus, die die ursprüngliche politische Substanz einer Vereinigung modifizieren können.

Der Versuch, institutionelle Formen und Gliederungen politisch zu deuten und transparent werden zu lassen, erscheint reizvoll und fruchtbar zugleich, ist jedoch nicht ganz ungefährlich. Manches, was sich zunächst als Ausdruck einer spezifischen Mentalität darstellt, erweist sich bei näherer Betrachtung als durchaus allgemein und keineswegs charakteristisch. Andererseits sind äußere Gemeinsamkeiten noch kein Indiz für gleiche Gesinnung, da die Bedeutung eines Einzelfaktors sich erst aus seinem Stellenwert innerhalb eines politisch-organisatorischen Gesamtzusammenhangs ergibt. Methodisch resultieren daraus zwei Hauptforderungen: neben den Buchstaben der Statuten muß immer auch deren Anwendung in der Praxis verfolgt werden; unabdingbar ist weiter eine vergleichende Organisationsanalyse, da nur so Typus wie charakteristische Besonderheit einer Vereinigung bestimmt werden kann. Eine Untersuchung über das Reichsbanner muß deshalb verwandte Organisationsgebilde in den Kreis der Betrachtung einbeziehen. Deren Auswahl ergibt sich angesichts der Geburtskonstellation des republikanischen Verbandes — eines von sozialdemokratischer Seite aufgezogenen Kampfbundes mit Stoßrichtung gegen die Rechte — sozusagen von selbst: als vergleichende Gebilde kommen vornehmlich die paramilitärischen Vereinigungen der Rechten sowie die Parteiorganisation der SPD in Betracht.

1. *Gliederung und Organisationsprinzipien*

Als politischer Verband gliedert sich das Reichsbanner, von oben nach unten, in Gaue, Kreise, Bezirke und Ortsvereine; es weist also eine relativ starke Gliederung auf, wie die meisten modernen Massenparteien und die anderen politischen Kampfbünde auch. Diese vertikal-regionale Organisation entspricht,

terminologisch[1]) wie in ihrem sachlichen Gehalt, weithin der Praxis verwandter Vereinigungen[2]). Auffällig ist nur — und darin kündigt sich ein nicht nur äußerlicher Unterschied zu den Kampfbünden der Rechten an —, daß die Führung auf den vertikalen Stufen erster Ordnung in der Hand von „Vorständen", von kollektiven Führungsgremien liegt. Als Bundesspitze fungiert ein aus 32 Mitgliedern bestehender Vorstand — Stand von 1928 —, der einen ersten und zweiten Vorsitzenden, drei gleichberechtigte Stellvertreter, einen Bundesschatzmeister, Bundeskassierer, Schriftführer, einen Technischen und Schutzsportleiter, einen Jugendleiter sowie deren jeweilige Stellvertreter und 15 Beisitzer umfaßt[3]). Mehrköpfig sind auch die Gau- und Ortsvereinsvorstände; nur Kreise und Bezirke — Organisationsstufen sekundärer Ordnung — besitzen im allgemeinen nur einen Führer oder Leiter[4]).

Parallel zu dieser politischen Vereinsstruktur, auf verschiedenen Stufen sich mit ihr überschneidend, läuft eine nach militärischen Vorbildern aufgebaute technische Organisation, die sich, von unten nach oben, aufgliedert in Gruppen, Züge, Kameradschaften — die Kameradschaft ist die technische Grundeinheit

[1]) Wenn Hermann Mau, Die deutsche Jugendbewegung, Rückblick und Ausblick; in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 1 (1948), S. 146, in den nationalsozialistischen Organisationsbezeichnungen Gau, Ortsgruppe, Gauleiter, Ortsgruppenleiter usw. abgesunkenes Traditionsgut des Wandervogels sehen will, dann wird man seine These mit einem Fragezeichen versehen müssen. Diese Terminologie ist keineswegs spezifisch „jugendbewegt" und in einigen Fällen ganz gewiß nicht von dorther übernommen worden. Wenn bei politischen Kampfverbänden wie Stahlhelm, Reichsbanner, Rotfrontkämpferbund die Bezeichnung „Gau" oder „Gauleiter" auftaucht, dann könnte man noch an einen solchen Einfluß denken. Aber auch Verbände wie der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten", der „Österreichisch-Deutsche Volksbund," Berufsverbände des ADGB verwenden die Bezeichnungen, obwohl keinerlei Kontakt zur Jugendbewegung besteht. Beim ADGB handelt es sich zudem um altüberkommene Organisationstermini.

[2]) Ähnlich sind der Stahlhelm und der Rotfrontkämpferbund untergliedert. Zum RFB vgl. Dünow, Der Rote Frontkämpferbund, S. 29; Organisationsgliederung des Stahlhelms abgedruckt bei Posse, Politische Kampfbünde, S. 25.

[3]) § 8 der Satzung von 1928. 1924 ist dieses Gremium noch kleiner gehalten und umfaßt nur 15 Mann. Vgl. § 4 der Satzung von 1924. Im folgenden legen wir den Stand von 1928 zugrunde. Auf die Satzungen von 1924 und 1926 wird nur dann zurückgegriffen, wenn charakteristische und politisch bedeutsame Veränderungen eingetreten sind, die mehr sind als einfache Ergänzungen und Erweiterungen. Wichtigste Quelle für die folgenden Darlegungen sind die S. 74, Anm. 2, zitierten Organisationshandbücher des Reichsbanners, die auch Ausführungsbestimmungen zu den Satzungen enthalten. Um den Text nicht durch ein Übermaß an Fußnoten zu entstellen, wird, wo immer es angängig erscheint, auf die Belegstellen im einzelnen verzichtet.

[4]) Die Wahl von Kreisvorständen war eine Kannvorschrift. Vgl. § 18 der Satzung von 1928. Der Kreis wurde als Organisationseinheit zunehmend aufgewertet. Die Delegierten für die Bundes- wie für die Gaugeneralversammlungen wurden später auf Kreisebene gewählt. Der Bezirk taucht als Untergliederung in den Satzungen nicht auf. Tatsächlich handelt es sich aber nicht nur um eine technische Einheit. Zu Anfang waren die Organisationsstufen noch nicht exakt festgelegt. Der Bezirk fungierte teilweise als Obergliederung gegenüber dem Kreis. Vgl. O. Anw. Gau Schleswig-Holstein Nr. 2/26 v. 1. April 1926. Erst 1927 erfolgte eine bundeseinheitliche Regelung, gemäß der der Kreis zum Oberbegriff wurde. Vgl. O. Anw. Gau Schleswig-Holstein Nr. 2/27 v. 3. April 1927.

und entspricht in ihrer Sollstärke etwa einer Friedenskompanie des alten Heeres —, Abteilungen, Bezirke, Kreise[1]). Das Reichsbanner war schwarzrotgoldene Sammlungsbewegung und zugleich Schutztruppe, überdies ein Marsch- und Demonstrationsinstrument, das militant in Erscheinung treten sollte; und von diesen Zielsetzungen her erwies sich eine technisch-militärische Durchgliederung der ungeformten Mitgliedermassen als unumgänglich.

Neben den politischen Vereinsgremien, repräsentiert durch die „Vorstände", steht also im Reichsbanner ein durch Rangabzeichen auch nach außen hin gekennzeichnetes technisches Führerkorps. Es reicht vom Gruppenführer aufwärts über den Gauführer hin bis zum Bundesführer, dessen technisch-politische Doppelfunktion seit 1928 in der offiziellen Bezeichnung „Bundesvorsitzender und Bundesführer" terminologisch ihren Niederschlag findet. Eine technisch-politische Doppelcharge ist weiterhin das Amt des Kreis- und Bezirksführers, nicht dagegen das des Ortsvereinsvorsitzenden, der nur gelegentlich zugleich als „Führer der aktiven Kameraden am Ort" fungiert und dann, je nach Größe des Vereins, einen entsprechenden technischen Führerrang innehat.

In der Person des Gau- und Bundesvorsitzenden laufen zwar nominell technische und politische Organisationssphären zusammen; die faktische Leitung des technischen Sektors liegt jedoch auf diesen Stufen beim eigens dafür bestimmten technischen Führer, der Richtlinien und Rundschreiben ausarbeitet, unmittelbar mit den Technischen Chargen nächstniederer Stufe korrespondiert, aber keine direkte Verfügungsgewalt über technische Formationen besitzt. Letztere unterstehen immer den Vereinsvorständen und damit mittelbar den entsprechenden Führungsgremien auf Gau- und Bundesebene. Der „Vorstand", dem der technische Führer zumeist als stimmberechtigtes Mitglied angehört, erteilt durch die Person des Vorsitzenden Weisungen, stellt bestimmte Aufgaben, deren technische Durchführung dann allein der Regie und Verantwortung des technischen Führers obliegt: eine Verteilung der Kompetenzen, die in der Praxis nicht selten zu Reibereien und Unzuträglichkeiten führt[2]).

Die technischen Führer sind also von Amts wegen nur Funktionäre ohne politische Eigeninitiative und der politischen Führung eindeutig subordiniert[3]). Für die Struktur des Verbandes bedeutet es deshalb wenig, daß alle technischen

[1]) Eine Gruppe umfaßte außer dem Gruppenführer 8 Mann. 2—5 Gruppen bildeten einen Zug, 2—3 Züge eine Kameradschaft, 2—5 Kameradschaften eine Abteilung, 2—5 Abteilungen einen Bezirk. Ein Kreis sollte mindestens 2 Bezirke umfassen. Vgl. dazu den Bundesvorstandsbeschluß v. 11. Mai 1925 (Text im Besitz von Franz Osterroth), vgl. Wegweiser 1927, S. 42 ff. Ganz ähnlich die technische Gliederung des Rotfrontkämpferbundes. Vgl. Dünow, a.a.O., S. 29. Etwas anders der Aufbau der Proletarischen Hundertschaften, obwohl das Prinzip gleich ist. Vgl. Hanisch, Proletarische Hundertschaften, S. 50, 121.

[2]) Vgl. dazu die Bemerkungen im Technischen Führer, S. 17.

[3]) Expressis verbis etwa in einem Technischen Rundschreiben des Gaues Schleswig-Holstein v. 25. März 1931: „Die technischen Leiter, ganz gleich ob Jungba, Schufo oder Stafo, haben bei allen politischen Aktionen nur auf Anweisung der Vorstände zu handeln."

Führer prinzipiell von oben ernannt werden[1]), daß auf dem technischen Sektor das Befehls- und Führerprinzip vorherrscht. Ausschlaggebend ist vielmehr, daß die Gliederungen und Zuordnungen auf der politisch-vereinsmäßigen Ebene nicht so erklärt werden können. Uneingeschränkt gilt diese Behauptung für den Bereich der horizontalen Organisation: alle Vorstandsmitglieder werden wie der Vorsitzende gewählt, nicht von letzterem ernannt. Die Vorstände sind nach einer Art Kollegialsystem organisiert; jedes Einzelmitglied ist in gleicher Weise stimmberechtigt; der Vorsitzende besitzt zwar eine Sonderstellung, ist grundsätzlich aber nur primus inter pares und an Mehrheitsbeschlüsse gebunden[2]).

Dieses als „demokratisch" zu bezeichnende Organisationsprinzip gilt zunächst auch für die vertikale Gliederung. Abgesehen vom Kreisführer werden die politischen Instanzen aller Stufen gewählt, nicht von oben ernannt. Auf der Ortsvereinsebene erfolgt die Führerbestellung direkt, auf Gau- und Bundesebene mittels eines indirekten Wahlverfahrens. Ein indirektes Wahlverfahren öffnet naturgemäß Tür und Tor für „undemokratische" Manipulationen aller Art. Bemerkenswert deshalb, daß sich der Einfluß der Basis auf die Bestellung der höchsten Führungsorgane im Laufe der Zeit eher verstärkt denn verringert[3]). Die Wahlgremien rekrutieren sich nicht nur, wie beim Stahlhelm und Jungdeutschen Orden, aus dem Führerkorps der nächstniederen hierarchischen Stufe. Der Bundesvorstand hat sich alle drei Jahre einer Neuwahl zu stellen. Allerdings

---

[1]) Die Praxis sah allerdings zum Teil anders aus. In Hannover z. B. wählten auch die Kameradschaften ihren Führer, der dann von übergeordneter Stelle bestätigt wurde, ohne daß allerdings eine Verpflichtung dazu bestand. Vgl. dazu ein Schreiben eines stellvertretenden Kameradschaftsführers an die Reichsbannerortsleitung Hannover v. 1. Januar 1931; NStAH, Des. 310 II, C 1.

[2]) So mußte Hörsing das Verdikt des Reichsbanners gegen die ASPD — Mitgliedschaft in dieser Partei mit Zugehörigkeit zum Verbande unvereinbar — verkünden, obwohl er, wie er später betonte, entschieden dagegen gewesen sei. Vgl. NK Nr. 17 (27. September 1932 bis 3. Oktober 1932). — Das Mehrheitsprinzip galt allerdings nicht uneingeschränkt. Nach einem Bericht in der Zeitschrift „Das Junge Zentrum" 3 (1926), S. 97, wurde die von Zentrumsseite vorgebrachte Forderung: „Beschlußfassung, Kundgebungen nur in Einmütigkeit aller republikanischen Richtungen, nicht nach Mehrheitsbeschlüssen" von der Bundesgeneralversammlung 1926 angenommen. Vgl. dazu auch den „Deutschen" v. 1. Juni 1926 und den „Jungdeutschen" v. 25. Juli 1926. Es scheint sich allerdings mehr um eine Art „gentleman's agreement" gehandelt zu haben, da dieser Passus weder in den Satzungen noch in den Ausführungsbestimmungen auftaucht. Aus Mitteilungen ehemaliger Reichsbannerführer geht hervor, daß zwar grundsätzlich nach dem Mehrheitsprinzip abgestimmt wurde, daß bei politisch strittigen Fragen die verschiedenen Richtungen sich jedoch vorher auf eine gemeinsame Linie zu einigen suchten.

[3]) Das zeigt etwa die Zusammensetzung der Gaugeneralversammlungen. Nach der Satzung von 1924 besteht sie aus dem Bundesvorstand, dem Reichsausschuß, den Gauvorsitzenden und je einem von den Gaugeneralversammlungen gewählten Delegierten. Vgl. § 10 der Satzung von 1924. Nach der Satzung von 1928 treten zu Bundesvorstand, Bundesrat, Gauvorsitzenden und Gausekretären 200 Delegierte, die auf den Kreiskonferenzen gewählt werden. Vgl. §§ 26, 27, 28 der Satzung von 1928. Das höchste Gremium hat sich also nicht nur zahlenmäßig vergrößert, sondern gleichzeitig ist auch die Basis unmittelbarer beteiligt, da die Wahl der Delegierten auf niederer vertikaler Stufe erfolgt.

gibt es Notverordnungsparagraphen, die diese Bestimmungen außer Kraft setzen können. Tatsächlich werden sie später angewandt; denn der 1928 gewählte Bundesvorstand amtiert, ohne die fällige Generalversammlung einzuberufen, bis zum Jahre 1933.

Bei den oben erwähnten Vorgängen handelt es sich im Grunde nur um Abweichungen von einer letztlich doch demokratisch bestimmten Generallinie. In eine unverhüllt autoritäre Richtung weist erst jener Satzungsparagraph, der vorschreibt, daß alle gewählten Vorstandsmitglieder, bevor sie irgendwelche Funktionen auszuüben berechtigt sind, der Bestätigung durch die nächsthöhere Instanz bedürfen und daß diese Approbation — eine unerhörte Verschärfung — zu jeder Zeit widerrufen werden kann[1]). Diese Bestimmung ist indes kein Sondergut des Reichsbanners. Eine ganz ähnliche Art der Führerbestellung, durch einen doppelten, aber zusammengehörigen Vorgang, finden wir beim Stahlhelm, beim Jungdeutschen Orden und beim Rotfrontkämpferbund[2]). Der äußere Gleichklang zeugt jedoch nicht ohne weiteres für gleiche Gesinnung, da Motivation und ideologische Begleitmusik beträchtlich differieren. Der Jungdo tritt mit dem Anspruch auf, in seinem sogenannten „Kursystem" die Synthese von Potsdam und Weimar, von preußischem Führungs- und Gehorsamsprinzip und bündisch-demokratischem Gefolgschaftsprinzip gefunden zu haben[3]). Der Stahlhelm sieht in der Verbindung von Wahl und Kontrolle die „deutschem Geiste" am ehesten entsprechende Weise der Führerauslese[4]). Beim Reichsbanner hingegen fehlt dieser Kontext, der technisch-formale Vorgänge mit starker ideologischer Fracht belädt. Die autoritären Elemente erwachsen hier einfach aus praktischen Erwägungen. Sie sind nicht sichtbarer, natürlicher Ausdruck einer für den Verband typischen politischen Mentalität, sondern eindeutig Mittel zum Zweck und dienen nicht zuletzt dazu, die „überparteiliche" Linie im Bunde aufrechtzuerhalten[5]). Daß sie gleichwohl autokratischen Tendenzen der Führungsorgane, von denen namentlich Hörsing nicht frei war, entgegenkamen und sie beflügelten, ist selbstverständlich, jedoch kein Argument, das die oben gebrachte Interpretation prinzipiell entkräften könnte. Inwieweit das Recht der Mitglieder auf freie Führerwahl durch solche Bestimmungen tatsächlich beeinträchtigt wurde, ist schwer zu sagen. Bemerkenswert ist immerhin, daß der Bundesvorstand in einem konkreten Fall zurückwich und eine vordem

[1]) Diese Bestimmungen tauchen von Anfang an in den einschlägigen Paragraphen aller Bundessatzungen auf.

[2]) Dünow, a.a.O., S. 29, sieht darin die Anwendung des „leninistischen Prinzips des demokratischen Zentralismus".

[3]) Vgl. Hornung, Jungdeutscher Orden, S. 27 f.

[4]) St. v. 30. August 1925; ähnlich St. v. 18. Januar 1925.

[5]) Im § 25 der Satzung von 1928 heißt es: „Politisch einseitig zusammengesetzten Vorständen ist die Bestätigung zu versagen." Nur in diesem einen Fall besteht, im Unterschied zu sonstigen Kann-Bestimmungen, eine Muß-Vorschrift.

verweigerte Bestätigung unter dem Druck der Bundesgeneralversammlung nachträglich doch aussprach[1]).

Mag auch die Motivation und die Valenz des Bestätigungsprinzips bei den einzelnen Bünden verschieden sein: rein von den Statuten her ergibt sich eine so weitgehende Übereinstimmung, daß Versuche, im demokratischen Aufbau und Wahlführertum ein das Reichsbanner von allen anderen verwandten Verbänden unterscheidendes Charakteristikum zu sehen[2]), wenig überzeugend wirken. Mit der unverhüllt autoritären Führerstruktur der SA und der manipulierten Demokratie des Roten Frontkämpferbundes hat die republikanische Organisation zwar wenig gemein, wohl aber mit dem Ausleseverfahren des Stahlhelms und des Jungdeutschen Ordens, deren institutionelle Verfassung sich zutreffend als „Führerdemokratie" umschreiben läßt.

Rechnet man zu den Erfordernissen des demokratischen Prinzips auch die kollektive Tätigkeit der leitenden Organe, ein möglichst wenig gestuftes Wahlverfahren, die Wahl aller Funktionäre auf jeder Stufe, das Fehlen von Absicherungsklauseln[3]), dann besitzt das Reichsbanner, verglichen mit dem Jungdo und dem Stahlhelm, allerdings in seiner Organisationsstruktur ein höheres Maß an Demokratie. Um so erstaunlicher wirkt es deshalb, wenn Kreise, die offenbar dem Jungdeutschen Orden nahestehen, die „zaristische Bundessatzung", das „autokratische" Regime und den „Absolutismus" des republikanischen Wehrverbandes zur Zielscheibe ihrer Kritik wählen und in Form ironischer Anerkennung vermerken, Hörsing nebst Genossen hätten „organisationstechnisch" allerhand vom viel befehdeten „Militarismus" gelernt[4]). Nicht mit diesen Worten, der Sache nach aber ähnlich, äußert sich der österreichische Schutzbundführer Julius Deutsch, wenn er die „beträchtlichen Machtbefugnisse des Bundesvorstandes" rühmend hervorhebt[5]). Und Hörsing selbst verkündet kurz und bündig: „Im

[1]) Es handelt sich um den Fall des politisch linksstehenden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hermann Fleißner. Fleißner war in Dresden zum Reichsbannergauvorsitzenden gewählt worden. Der Bundesvorstand verweigerte jedoch, offensichtlich wegen der bekannten politischen Einstellung Fleißners, die Bestätigung. Daraufhin griff 1928 die Bundesgeneralversammlung den Fall auf und empfahl eine erneute Prüfung der Angelegenheit — im Grunde eine verhüllte Aufforderung an den Bundesvorstand, sein Urteil zu revidieren. Vgl. R. v. 7. Oktober 1928. Tatsächlich amtierte Fleißner späterhin als Gauvorsitzender von Dresden.

[2]) Vgl. R. v. 14. Januar 1933. Ähnlich wird in einem Artikel „Reichsbanner und Sozialdemokratie", in: Die Glocke v. 15. August 1925, argumentiert. Gegen den Artikel und seine „Anmaßungen" und „Unterstellungen" polemisiert sofort in scharfer Form der „Jungdeutsche" v. 27. August 1925.

[3]) Im Jungdeutschen Orden z. B. war zumindest der Hochmeister praktisch unabsetzbar, da für ein Mißtrauensvotum zwei Drittel Mehrheit erforderlich war. Vgl. Hornung, a.a.O., S. 55 f. Ähnliche Absicherungsklauseln existierten im Reichsbanner nicht.

[4]) Vgl. die Broschüre: Was mußt Du vom Reichsbanner Schwarz Rot Gold wissen? S. 6. Die Herausgeber lassen sich nicht mit Sicherheit ermitteln. Der Erscheinungsort Kassel könnte auf den Jungdeutschen Orden hinweisen. Dazu will auch die nationale, aber betont „antireaktionäre" Tonart passen.

[5]) Deutsch, Antifaschismus, S. 101.

Reichsbanner gibt es nur den Willen der Bundesleitung, nach dem Gauvorstände und Ortsvereine einheitlich im ganzen Reich arbeiten[1])."

Hörsings Interpretation des Organisationsmechanismus ist zwar gewagt und schießt weit über das Ziel hinaus, entbehrt jedoch keineswegs jedweder sachlichen Begründung. Denn charakteristisch für die Verfassungsstruktur des Reichsbanners ist nicht nur das unverhältnismäßig starke Überwiegen der vertikalen Bindungen — Beziehungen zwischen den Führungsgremien verschiedener Stufen — gegenüber den horizontalen — Verhältnis zwischen den Organen auf gleicher Ebene —, sondern zugleich auch ein ausgeprägter Zentralismus, da die eigentliche Entscheidungsgewalt bei der Bundesspitze liegt, der gegenüber die nachgeordneten Einheiten mehr den Charakter von Filialen und ausführenden Organen besitzen. Einige Beispiele mögen diesen Sachverhalt illustrieren. Ortsvereine mußten sich direkt an die Zentrale wenden, wenn sie einen auswärtigen Redner wünschten[2]); jede von einem Gau organisierte Sonderveranstaltung bedurfte zuvor der Genehmigung des Bundesvorstands[3]). Das Beitragswesen war einheitlich geregelt; fast die Hälfte der einkommenden Gelder floß in die Bundeskasse[4]). Alle Zahlungen — Rechtsschutzbeihilfe, Unterstützung bei Unfällen, Sterbegeld — erfolgten prinzipiell nur durch die Bundeskasse[5]). Die hauptamtlichen Gausekretäre wurden vom Bundesvorstand ernannt, waren ihm unmittelbar verantwortlich und galten als besondere Vertrauensleute der Bundesführung bei den nachgeordneten Organen[6]). In welchem Maße der Zentralismus zum Range einer verbandseigenen Ideologie erhoben wurde, verrät die Begründung, mit der man den Unterhalt eigener Gauzeitungen verbot: „Ein Bund wie der unsere, der Gauzeitungen etc. duldet, zerstört die Einheitlichkeit der Verwaltung und Führung und gibt sich selbst auf[7])."

Die Organisationswirklichkeit war allerdings sehr viel „gemischter". Die Praxis in den einzelnen Gauen und Ortsvereinen entsprach lange Zeit nicht dem theoretisch geforderten Ideal der Einheitlichkeit in allen Organisationsbereichen. Mehr und mehr setzte sich jedoch der immer schärfer formulierte Zentralismus

[1]) R. v. 1. November 1924.

[2]) Vgl. Wegweiser 1927, S. 18.

[3]) Vgl. Wegweiser 1927, S. 16.

[4]) Vgl. § 51 der Satzung von 1928, in dem die Verrechnung der Beiträge geregelt wird. Der auf Ortsverein, Gau und Bund entfallende Anteil ist in den einzelnen Beitragsklassen verschieden. Insgesamt entfallen aber gut 45% auf die Bundeskasse. Hier hat sich gegenüber 1924 ein auffälliger Wandel vollzogen. Damals entfielen noch auf den Ortsverein 50% sowie je 25% auf Gau und Bund. Vgl. § 17 der Satzung von 1924. Praktisch bedeutet das, obwohl durchaus sachliche Gründe für diese Neuverteilung vorliegen — Ausweitung des Aufgabenbereiches beim Bund, Unterstützungskassen etc. —, daß sich die Zentralisation verstärkt hat.

[5]) Vgl. § 50 der Satzung von 1928, wo allen anderen Instanzen Zahlungen dieser Art aufs strengste verboten werden.

[6]) Vgl. Wegweiser 1927, S. 15.

[7]) Wegweiser 1927, S. 23 f.; später erschienen Gaubeilagen zur Bundeszeitung, jedoch keine eigenen Gauzeitungen.

durch, und zumindest auf einzelnen Gebieten — Sanitätswesen, Uniformierung, Reichsbannerkapellen[1]) — wurde weitestgehende Übereinkunft erzielt. Das gilt weniger für den „technischen" Bereich. Die Bundesführung blieb gerade in der letzten Zeit, als sich die Entwicklung überstürzte, mit ihren Richtlinien hinter den Erfordernissen der Stunde zurück, so daß verschiedene Gaue vorpreschten und auf eigene Faust handelten[2]). Der Versuch, diese Verhältnisse zu institutionalisieren, wie er 1932 in einem Reorganisationsplan des Prinzen zu Löwenstein seinen Niederschlag fand — den Ortsvereinen und auch dem Bunde sollten Kompetenzen zugunsten der Gaue entzogen werden, ein Projekt, hinter dem in starkem Maße persönliche Motive standen[3]) —, kam aber nie vom Fleck. Der Zentralismus blieb beherrschendes Organisationsprinzip im Reichsbanner, und darauf beruhten vor allem die erwähnten „Machtbefugnisse" der Bundesleitung, weniger auf einem wie immer gearteten Führerprinzip.

Modifizierte Führerideen spielen allerdings eine gewisse Rolle. Haubachs Formel: „Das Reichsbanner ist keine Vereinsdemokratie, sondern eine Führerdemokratie"[4]), deutet darauf hin. Gemeint ist damit vor allem das Verhältnis zwischen Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen und Vorständen, das sich nicht auf das Schema Exekutive — Legislative reduzieren läßt. Dem 1928 geschaffenen Bundesrat, der sich aus den Mitgliedern des Bundesvorstands sowie je einem Mitglied aus jedem Gau zusammensetzte, war die „Beratung und Beschlußfassung über wichtige und notwendige politische Maßnahmen sowie über alle im Interesse des Bundes liegenden wirtschaftlichen Fragen von größerer Bedeutung" vorbehalten[5]). Vergleichbare Befugnisse besaßen die Generalversammlungen offiziell nicht. Von der Satzung her oblag ihnen nur die Entgegennahme des Rechenschaftsberichts sowie Entlastung und Neuwahl der Vorstände, der Bundesgeneralversammlung zudem die Beschlußfassung über Satzungsänderungen, während alle Entscheidungen von den Vorständen bzw. dem Bundesrat getroffen wurden. Vertrauen und Vertrauensentzug galt also einzelnen Personen, deren konkrete Handlungen und Entscheidungen dann nicht mehr der Billigung oder Mißbilligung der Geführten unterlagen. Die Praxis sah allerdings teilweise anders aus; es spricht einiges dafür, daß Haubachs oben erwähnte Formel mehr Postulat war, als daß sie die Organisationswirklich-

---

[1]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 45 ff.

[2]) Neidhardt, der Gauführer von Berlin-Brandenburg, 1932 dann auch Inspekteur für die norddeutschen Gaue und deshalb mit den „technischen" Verhältnissen in diesen Regionen gut vertraut, betont, daß praktisch jeder Gau auf dem technischen Sektor für sich „gewurstelt" habe, da es an entsprechenden zentralen Anleitungen gefehlt habe (briefliche Auskunft).

[3]) Reorganisationsplan abgedruckt bei Löwenstein, Tragödie, S. 135 ff. Wie Löwenstein, a.a.O., S. 135, betont, ging es ihm vor allem mit darum, dem Berliner Gauführer Neidhardt, den er für den einzigen befähigten Mann hielt, größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen.

[4]) R. v. 18. Oktober 1930 (Artikel: „Was bei uns noch nicht ganz klappt").

[5]) § 11 der Satzung von 1928.

keit spiegelte[1]). Offenbar wirkten bei der vorwiegend sozialdemokratisch bestimmten Anhängerschaft die Gewohnheiten der SPD[2]) in so starkem Maße nach, daß die Wirklichkeit von diesen Erfahrungen, nicht von den offiziellen Satzungsvorschriften bestimmt wurde. Aufschlußreich ist jedoch, daß Führerprinzipien anklingen. Sie sind aber — und das ist in gleicher Weise charakteristisch — modifiziert, da es sich bei den leitenden Organen immer um Kollektivgremien handelt.

Ein bemerkenswerter Wandel tritt erst mit der letzten Bundesgeneralversammlung im Februar 1933 ein. Ein Trend zur stärkeren Personalisierung der Führung hatte sich schon vorher abgezeichnet, institutionell verankert wurde dieses Prinzip jedoch erst 1933. Die Vorgänge sind im einzelnen nicht recht faßbar, deutlich erkennbar ist aber, daß die Befugnisse des ersten Bundesführers, der nunmehr, ebenso wie sein Stellvertreter, hauptamtlich angestellt wird, beträchtlich erweitert werden. Höltermann erhält die alleinige und freie Verfügung über das gesamte Bundesvermögen und alle Einnahmen des Verbandes, die alleinige und freie Befugnis zu rechtlich verbindlichen Abmachungen[3]). Gleichzeitig werden neue Bundessatzungen vorgelegt, die sehr kurz und sehr allgemein gehalten sind[4]). Praktisch bedeutet dies, daß damit die Entscheidungsfreiheit und der Ermessensspielraum der zentralen Spitze erheblich vergrößert wird. Unklar bleibt, ob das Führerprinzip auch auf den nächstniederen vertikalen Stufen verwirklicht wurde. Die terminologische Anpassung — aus „Gauvorsitzenden" waren seit 1931 überall „Gauführer" geworden — besagt dafür wenig. Sicher ist nur, daß die Bezeichnung „Bundesführer" nunmehr eine sachliche Fundierung gefunden hatte.

Die neuen Bestimmungen, mit aufgezwungen durch die turbulenten Zeitereignisse, die ein schnelles, entschlossenes Handeln der Spitze erforderlich

[1]) Das verrät nicht zuletzt die scharfe Polemik Haubachs in dem erwähnten Artikel (R. v. 18. Oktober 1930) gegen die vielen Vollversammlungen „mit ihren endlosen Diskussionen und Schwätzereien", die nach seiner Ansicht nicht zum Stil einer Führerdemokratie passen, die das Reichsbanner seiner Struktur nach sein solle. Im übrigen geht auch aus den Berichten über die Bundesgeneralversammlungen eindeutig hervor, daß dort nicht nur über Satzungsänderungen beschlossen, sondern konkrete Sachentscheidungen getroffen wurden.

[2]) Vgl. dazu generell Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

[3]) Vgl. dazu eine von Höltermann verfaßte „Erklärung für die Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners Schwarz Rot Gold am 19. Februar 1933 in Berlin", die auf die Konsequenzen eingeht, die sich aus der neu formulierten Stellung des Bundesführers ergeben. (Masch.-Durchschlag, undatiert; Nachlaß Höltermann.)

[4]) Vgl. dazu die Begründung Höltermanns — in den alten Satzungen ständen zu viel Einzelheiten; rechtlich sei bei auftretenden Schwierigkeiten immer eine eigene Bundesgeneralversammlung nötig, wenn Bestimmungen angesichts der Zeitlage geändert werden müßten — auf der Bundesgeneralversammlung, R. v. 25. Februar 1933. Der Text der neuen Satzung selbst liegt nicht vor. Aussagen von Teilnehmern dieser Generalversammlung helfen wenig weiter, da niemand mehr präzise Auskünfte geben kann. Dr. Schreiner, Bundesvorstandsmitglied vom Zentrum, erinnert sich nur, daß tatsächlich — wie schon erwähnt — der Führergedanke stärker verankert worden sei, ohne allerdings nähere Angaben machen zu können (briefliche Auskunft).

machten, waren das Spätprodukt einer Entwicklung, die insgesamt unter anderen Vorzeichen gestanden hatte. Charakteristisch für das Gefüge des Verbandes sind weniger Führerprinzipien im eigentlichen Sinn als vielmehr eine Art von „demokratischem Zentralismus". Faktisch nimmt jedoch die starke Organisation, der Zentralismus mit seinem System vertikal gestufter Abhängigkeiten, den „demokratischen" Elementen viel von ihrer Bedeutung. Die eigentlichen Kraftlinien innerhalb des Verbandes laufen eindeutig von oben nach unten.

Die vorstehenden Ausführungen lassen schon vermuten, daß die Aufbaustruktur des Reichsbanners mindestens ebensosehr vom Vorbild der sozialdemokratischen Parteiorganisation als von dem vergleichbarer Kampfbünde bestimmt ist. Die SPD, seit ihrer Gründung nicht nur Partei und politischer Verein, sondern zugleich außerparlamentarischer Kampf- und Agitationsverband, mit straffer Disziplin und zentralistisch aufgebautem Apparat[1]), bot von ihrer ganzen Struktur her Organisationsprinzipien an, die auch bei der Schaffung einer Vereinigung, wie sie das Reichsbanner sein wollte, Verwendung finden konnten. Gewichtiger jedoch als diese sachlichen Gegebenheiten war wohl ein psychologischer Faktor; bei der überwiegenden Mehrheit der Reichsbannerführungsschicht handelte es sich um Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die in einer bestimmten Tradition standen und deshalb nicht „unbelastet" ans Werk gingen. Fast zwangsläufig schlugen sich die gesammelten Organisationserfahrungen dieser Männer auch im Aufbau des Reichsbanners nieder, dessen alltägliche Verbandswirklichkeit sich wohl kaum wesentlich von der der SPD unterschied[2]). Es erscheint darum auch in jenen Fällen Vorsicht geboten, wo eine von Haus aus ungebräuchliche Terminologie, „fremde" Formen und Elemente verwandt wurden, da immer zu fragen bleibt, inwieweit solche Faktoren „eingebürgert" wurden und damit einen anderen Stellenwert erhielten.

Daß die vertikalen Stufen der Reichsbannerorganisation sich weithin an die der SPD anlehnten, daß die Gaueinteilung nach dem Vorbild der sozialdemokratischen Gliederung vollzogen wurde[3]), will wenig besagen, da dafür reine Zweckmäßigkeitsüberlegungen in erster Linie verantwortlich waren. Entscheidender sind andere Momente, die das innere Gefüge des Verbandes berühren. Charakteristisch ist etwa, im Unterschied zu den meisten schwarzweißroten Verbänden, wo eine Art Führer-Gefolgschaftsstruktur vorherrscht, das Prinzip der kollektiven Leitung. Nicht „Führer", sondern „Vorstände", „Vorsitzende" und „Funktionäre" geben, wie bei der SPD, der Bewegung das Gepräge. Das

[1]) Zur Organisationsstruktur der SPD vor 1918, die sich auch nach dem Kriege in ihren Grundzügen nicht veränderte, vgl. Nipperdey, Organisation der deutschen Parteien, vor allem S. 386 ff.

[2]) Diese Vermutung läßt sich im einzelnen natürlich schwer belegen. Mehr beiläufig, ohne daß damit solchen Aussagen ein besonderer Aussagewert beigemessen wird, sei nur mitgeteilt, daß fast alle ehemaligen einfachen Reichsbannermitglieder, vom Verfasser auf ihre damaligen Erfahrungen und Eindrücke angesprochen, bekunden, es sei beim Reichsbanner im Grunde „wie bei der SPD" zugegangen.

[3]) So Hörsing auf der BGV 1926, R. v. 15. Mai 1926.

von den Kommunisten erfundene, von den Nationalsozialisten teilweise kopierte System der Straßen- und Betriebszellen ist im Reichsbanner nie heimisch geworden, obwohl es bei den Zielsetzungen des Verbandes in vielerlei Hinsicht nahegelegen hätte, diese Praktiken zu übernehmen[1]). Bezeichnend für Geist und Mentalität des Verbandes ist weiterhin ein ausgesprochenes Massenorganisationsdenken, das sich an wachsenden Mitgliederzahlen und steigenden Beiträgen berauscht und in oft naiver Weise Quantität mit Stärke gleichsetzt[2]). Es gibt weder „Säuberungen" noch sind besondere Voraussetzungen an den Beitritt geknüpft. Die zunächst für die Aufnahme von Jugendlichen geltende Bestimmung, daß sie von mindestens drei Mitgliedern empfohlen sein mußten, wird sehr bald fallengelassen[3]). Qualitative Tendenzen und Elitevorstellungen, wie sie für die Faschisten und die frontsoldatisch-bündisch bestimmten Kampfverbände der Rechten charakteristisch sind, spielen so gut wie keine Rolle. Erst später, bei der Aufstellung der Schutzformationen nach 1930, machen sich solche Tendenzen in gewissem Maße bemerkbar.

Die Herkunft und politische Deutung verschiedener Einzelelemente mag strittig sein. Jene Grundtatsache bleibt jedoch bestehen, daß der in seiner äußeren Physiognomie zunächst so „modern" anmutende Kampfverband in unverhältnismäßig starkem Maße, wie Haubach es einmal formulierte, „mit dem jahrzehntealten, reifen und erprobten Erbgut der alten Arbeiterbewegung"[4]) aufgebaut worden ist. Zu diesem „sozialdemokratischen Traditionsgut" treten allerdings Komponenten, die aus anderem Erdreich stammen. Dazu gehören der Stil des Auftretens und die paramilitärische Struktur, das wahrscheinlich von den Verbänden der Rechten entlehnte sogenannte Bestätigungsprinzip und modifizierte Führerprinzipien. Aus der Koppelung dieser Formen und Strukturelemente ergibt sich das Organisationsgefüge Reichsbanner, das den Männern am Schalthebel zweifellos eine starke Position einräumte. Praktisch bedeutet dies, daß die effektive Leitung des Verbandes weitgehend in der Hand der überwiegend aus Sozialdemokraten bestehenden Magdeburger Gruppe liegt, da es von den sachlichen Gegebenheiten her unmöglich war, die nicht ortsansässigen Bundesvorstandsmitglieder für jede Entscheidung herbeizurufen[5]).

---

[1]) Nach Wohnvierteln und Betrieben organisiert war beispielsweise die „Republikanische Notwehr" in Magdeburg. Vgl. Höltermann, Republikanische Notwehr, a.a.O., S. 116. Später macht Haubach für das Reichsbanner ähnliche Vorschläge. R. v. 4. Oktober 1930. Offiziell eingeführt wurde das Zellensystem jedoch niemals. Nur die späteren „Hammerschaften" der „Eisernen Front" trugen in etwa den Charakter von Betriebszellen.

[2]) Vgl. dazu etwa die Polemik Haubachs, R. v. 23. Mai 1931: Man benötige nicht „Mitglieder" sondern „aktive Kämpfer". Qualität sei wichtiger als Quantität. Ähnliche Gedanken wurden wohl auch, wie Osterroth berichtet (mündliche Auskunft), von Dr. Schumacher vertreten.

[3]) In der Satzung von 1924, § 8, taucht diese Bestimmung noch auf.

[4]) R. v. 4. Oktober 1930.

[5]) Immerhin war die weit überwiegende Mehrheit der Mitglieder des 1928 gewählten Bundesvorstandes — von insgesamt 32 Mitgliedern 22 — in Magdeburg ortsansässig. Ein Teil davon gab allerdings praktisch nur den Namen her und kümmerte sich um die Organisation selbst herzlich wenig.

Letztere Behauptung bedarf allerdings einer erheblichen Einschränkung, da der starke, offizielle wie inoffizielle, Einfluß der politischen Parteien alle vorher gemachten Aussagen über die Machtbefugnisse des Bundesvorstands relativiert. Die Bundesführung war zwar nicht einfach ein technisches Exekutivorgan in der Hand des sozialdemokratischen Parteivorstandes, aber sie war nicht entfernt im gleichen Maße unabhängig wie beispielsweise die Leitung des Stahlhelms. Alle tatsächlich oder auch nur vorgeblich politischen Fragen von Gewicht wurden nicht von den zuständigen Verbandsgremien, sondern von den Parteiinstanzen entschieden, unter denen naturgemäß der sozialdemokratische Parteivorstand die ausschlaggebende Rolle spielte[1]).

Rein äußerlich manifestierte sich der Einfluß der politischen Parteien vor allem in der Institution des Reichsausschusses, der vor allen wichtigen Entscheidungen gehört werden mußte. Diese Bestimmung fiel zwar in der Satzung von 1928 weg; darin jedoch ein Zeichen für erwachendes Selbstbewußtsein, für ein Sich-Lösen aus parteipolitischer Bevormundung sehen zu wollen, hieße den Vorgang überinterpretieren. Der Einfluß der Parteien beruhte nicht in erster Linie auf solchen äußeren Institutionen, sondern auf der inneren Bindung des Reichsbannerführerkorps an ihre jeweilige Partei, ein Abhängigkeitsverhältnis, das bewußt gewollt und auch institutionell verankert wurde. Denn jene Bestimmung, daß jeder Amtsträger parteipolitisch oder gewerkschaftlich organisiert sein mußte[2]), verfolgte offen den Zweck, die Entwicklung eines politischen Sonderbewußtseins innerhalb des Verbandes nach Möglichkeit zu unterbinden. Der Wahrung des parteipolitischen Proporzes diente dabei ein eigener Paragraph, gemäß dem allen parteipolitisch einseitig zusammengesetzten Vorständen die Bestätigung zu versagen sei[3]).

Daß solche Bestimmungen sich für die eigene Führerauslese nicht immer günstig auswirkten, liegt auf der Hand. Politische Zuverlässigkeit im Sinne einer Partei mochte gelegentlich ausschlaggebender sein als Führerqualifikation für die speziellen Aufgaben des Verbandes. Einige Vorstandsmitglieder wurden von ihren zuständigen Parteiorganisationen zum Reichsbanner abkommandiert und standen dort Wache[4]). Sie waren Parteiexponenten und verstanden auch

---

[1]) Daß im Reichsbanner politische Fragen von Gewicht nicht entschieden wurden, betont mit entwaffnender Offenheit das ehemalige Bundesvorstandsmitglied Walter Röber (mündliche Auskunft). Zum Verhältnis Reichsbanner—sozialdemokratischer Parteivorstand vgl. vor allem die Ausführungen S. 335 ff.

[2]) Vgl. R. v. 15. Mai 1926, wo ein entsprechender Beschluß des Bundesvorstandes mitgeteilt wird; als Begründung wird beigefügt, der Bund dürfe sich nicht zu einem Sammelbecken politisch und gewerkschaftlich Unorganisierter entwickeln. 1928 wird dieser Beschluß auch in die Bundessatzungen (§ 24) aufgenommen.

[3]) § 25 der Satzung von 1928.

[4]) Was die Vorstandsmitglieder von seiten des Zentrums und der DDP betrifft, so war es häufig so, daß die zuständige Parteistelle dem Reichsbanner einen Vertreter vorschlug, der dann akzeptiert wurde. Teilweise forderte das Reichsbanner die Parteien einfach auf, einen Vertreter

ihre Rolle in erster Linie so, ohne sich dem Verbande selbst stärker verpflichtet zu fühlen[1]). Politisch-propagandistisch mochte diese Zusammensetzung ein Gewinn sein, für die Funktions- und Schlagkraft des Verbandes wirkte sie sich wenig günstig aus.

Wenn auf einige Mängel in der Organisation verwiesen wird, so soll damit keineswegs die Bedeutung solcher Faktoren überschätzt werden. Vollends abwegig wäre es, „technische Konstruktionsfehler" dafür verantwortlich zu machen, daß der Kampf gegen den Nationalsozialismus letztlich erfolglos blieb. Es kommt zudem auf den Aspekt an, unter dem man die Organisation betrachtet. Was für das Reichsbanner als schwarzrotgoldene Sammlungsbewegung günstig sein mochte, konnte in technisch-militärischer Hinsicht ein Handikap sein, und beide Tendenzen ließen sich oft schwer auf einen Nenner bringen. Geht man von den Erfordernissen einer Kampforganisation aus, so wird man die Art, in der das Verhältnis zwischen technischer und politischer Führung geregelt war, nicht als besonders wirkungsvoll bezeichnen können. Die Tatsache etwa, daß die technischen Formationen den Vereinsvorständen unterstanden, daß die Verantwortlichkeiten auf dem technischen Sektor höchst kompliziert waren und dort keine durchgängige Befehlsstruktur herrschte, dürfte im Ernstfall die Einsatzfähigkeit erheblich beeinträchtig haben[2]). Fraglich ist auch, ob das Prinzip der kollektiven Führung für die Leitung eines paramilitärischen Verbandes besonders geeignet war.

Daß es sich bei dieser Kritik nicht nur um Spekulation im luftleeren Raum handelt, verrät indirekt die nach 1930 einsetzende Entwicklung, die unverkennbar einen starken Trend zur Ausformung des Kampfbundcharakters aufweist. Der Führergedanke wird schärfer akzentuiert, der kommunistische Zellengedanke nicht mehr ohne weiteres abgelehnt[3]). Um der SA ein gleichwertiges Kampfinstrument entgegenzustellen, kommt es gleichzeitig zur Bildung der sogenannten „Schufo", die als militante Elitetruppe konzipiert ist und damit einem mehr qualitativen Denken zum Durchbruch verhilft. Ein Großteil dieser Vor-

---

für den Vorstand zu bestimmen. Vgl. dazu etwa ein Schreiben der Reichsbannerortsleitung Hannover an die Deutsche Staatspartei Hannover v. 23. September 1932, in dem die DDP aufgefordert wird, einen neuen Vertreter zu nominieren; der bisherige war zur SPD übergetreten (NStAH, Des. 310 II, C 14).

[1]) Vgl. dazu einen Artikel Höltermanns: „Wir wollen letzte Zuflucht sein", R. v. 9. August 1930, wo dieser Sachverhalt in vorsichtiger Weise herausgestellt wird. Kritik an den vielen „Parteiexponenten" taucht gerade bei jüngeren Reichsbannerführern häufiger auf. Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 73; ganz ähnlich äußert sich heute noch der ehemalige Berliner Reichsbannerführer Carlbergh (mündliche Auskunft).

[2]) Auf solchen Erwägungen basiert auch der früher erwähnte Reorganisationsplan Löwensteins vom Jahre 1932. Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 135 ff.

[3]) Haubach, der ihn 1930 ins Spiel bringt, betont, er sei keineswegs so schlecht, wie er im eigenen Lager zumeist dargestellt werde, obwohl Haubach vor einer in kommunistischen Kreisen üblichen Überschätzung dieses Prinzips warnt. Vgl. R. v. 4. Oktober 1930.

gänge steht unter dem Motto „Vom Gegner lernen“[1]). Ins Negative gewendet heißt das aber, wenn man eine gewisse Verallgemeinerung nicht scheut: es vollzieht sich eine Abkehr von sozialdemokratischen Denk- und Organisationsvorstellungen, die man als eine Schlagkraft des Verbandes hemmende Hypothek zu erkennen beginnt.

2. *„Bündische“ Integrationsformen und militärisches Auftreten*

Sosehr es berechtigt und notwendig ist, die sozialdemokratischen Züge des Reichsbanners herauszustellen: in seinem Auftreten und in seiner äußeren Physiognomie bedeutet der Verband einen radikalen Bruch mit eben dieser Vergangenheit. Die Arbeiterschaft war zwar schon seit Jahrzehnten in „zivilen“ Bataillonen marschiert und in der Schule der SPD zu Disziplin und Opferbereitschaft erzogen worden; das Antreten in militärisch gegliederten und uniformierten Abteilungen war ihr indes von Haus aus fremd. Dieser „moderne“ Stil politischer Organisation hatte sich auf der Rechten zuerst entwickelt und war von dorther, direkt oder indirekt, übernommen worden. Wenn der Stahlhelm betonte, das Reichsbanner habe seine „Formen gestohlen“[2]), und der Jungdo sich ähnlich verbreitete[3]), dann mag man darüber streiten, ob diese Behauptungen im einzelnen zutreffen. Daß generell ein solches Abhängigkeitsverhältnis besteht, bedarf jedoch kaum eines näheren Beweises.

Von seinem Organisationshabitus her gehört also das Reichsbanner in die Reihe der politischen Kampfbünde und Milizen, die sich in ihrem äußeren Gepräge, mit militärischen Aufzügen, Fahnen, Uniformen und Marschmusik, oft so stark ähneln, daß es manchem Zeitgenossen schwergefallen sein dürfte, eine Stahlhelmgruppe von einer Marschabteilung des Reichsbanners auf den ersten Blick zu unterscheiden[4]). Die Frage ist allerdings, ob sich bei näherer Betrachtung nicht doch auch im äußeren Erscheinungsbild charakteristische Besonderheiten herausschälen; des weiteren muß geklärt werden, ob und inwieweit mit solchen „Äußerlichkeiten“ eine annähernd gleiche Mentalität, ähnliche Denkhaltungen und Wertvorstellungen verbunden sind. Für das Reichsbanner bedeutet das: hat es tatsächlich nur „äußere Formen gestohlen“ oder ist es auch „bündisch“ und „militärisch-militaristisch“ seiner inneren Einstellung nach?

---

[1]) So der Titel eines Artikels von Dr. Haubach, R. v. 4. Oktober 1930. Ähnliche Gedanken vertritt Haubach in den Artikeln „Heran an den Feind!“, R. v. 29. November 1930; „Was bei uns noch nicht ganz klappt“, R. v. 18. Oktober 1930.

[2]) St. v. 29. November 1925. Vgl. auch St. v. 14. Juni 1925 und Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder, I, S. 52.

[3]) Vgl. Der Jungdeutsche v. 27. August 1925.

[4]) Selbst das Landeskriminalpolizeiamt Stuttgart sah sich veranlaßt, den nachgeordneten Stellen eine Zusammenstellung der wichtigsten in Württemberg vorkommenden Organisationen, mit detaillierter Beschreibung ihrer Uniformen und Abzeichen, zu liefern, weil es mehrfach zu Verwechslungen gekommen war. Vgl. dazu ein Schreiben des Landeskriminalpolizeiamtes Stuttgart v. 13. Juli 1932. StAL F 193, Nr. 343.

Eine anerkannte Klassifikation von Gemeinschaftsbindungen, die eine allgemeine Systematik politischer Vereinigungen unter diesem Gesichtspunkt ermöglicht, existiert nicht, aber es gibt eine Reihe fruchtbarer Ansätze. Tönnies hat die berühmte idealtypische Scheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft vollzogen[1]), der, bei aller Kritik und Ablehnung des damit verbundenen Wertschemas, ein gewisser heuristischer Wert nicht abzusprechen ist. Schmalenbach hat diese Begriffe bereichert um die Kategorie des „Bundes"[2]). Sigmund Neumann unterscheidet zwischen Repräsentationspartei und Integrationspartei, letztere wiederum in eine demokratische und eine absolutistische Spielart unterteilend[3]). Duverger arbeitet mit Begriffen wie „partikular" und „totalitär" und modifiziert und ergänzt gleichzeitig die von Tönnies und Schmalenbach entwickelten Kategorien[4]). Eine Diskussion dieser Begriffe, die unter einem jeweils nur geringfügig verschobenen Aspekt das gleiche Phänomen in den Griff zu bekommen suchen und sich über weite Strecken hin decken, müssen wir uns versagen; sie sollen nur insoweit herangezogen werden, wie sie zur Aufhellung des vorliegenden Problems beitragen können.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die außerparlamentarischen Verbände ihre Mitglieder in viel umfassenderem und intensiverem Sinne zu integrieren vermochten, als es bei den bürgerlichen Parteien herkömmlichen Stils der Fall war. Es wäre indes verfehlt, aus dieser Tatsache einen konkret-objektiven Gegensatz Partei — Bund zu entwickeln und dieses Gegensatzpaar auf die politischen Organisationsgebilde der Weimarer Jahre zu übertragen. Es zeigt sich nämlich, daß Parteien wie NSDAP, KPD, aber auch SPD, in dem Anspruch, den sie an ihre Mitglieder stellen, wie in der Intensität der tatsächlich verwirklichten Bindung teilweise noch über das bei den erwähnten Bünden übliche Maß hinausgehen. Die Scheidungslinie deckt sich also nicht mit der Grenze Partei — außerparlamentarischer Verband. Auf der einen Seite stehen vielmehr Verbände und Parteien, die Bundcharakter im Sinne Schmalenbachs besitzen und totalitär oder absolut zu integrieren suchen, auf der anderen Organisationsgebilde, die zum Typus Repräsentationspartei gehören und die ihnen Angehörenden nur in partikularer Weise ansprechen — ihre klassische historische Verkörperung finden sie in den bürgerlichen Parteien des 19. Jahrhunderts. In der Mitte steht ein Gebilde wie die SPD. Historisch verkörpert sie in Deutschland zum ersten Male den Typus der geschlossenen Integrationspartei, allerdings in ihrer demokratischen Spielart. Obwohl sie in einzelnen Zügen zu totalitärer Beanspruchung neigt, ist sie in der Praxis mehr eine partikulare Partei. Zwischen totalitären

[1]) Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. 4./5. Aufl., Berlin 1922.

[2]) Hermann Schmalenbach, Die soziologische Kategorie des Bundes, in: Die Dioskuren. Jahrbuch für Geisteswissenschaften. Bd. I, München 1922, S. 40 ff.

[3]) Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien, vor allem S. 98 ff.

[4]) Vgl. Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 132 ff.

Bund-Parteien kommunistischer oder faschistischer Observanz und liberalen Repräsentationsparteien wird man auch den Großteil der hier interessierenden außerparlamentarischen Bünde ansiedeln.

Eine vorwiegend bürgerliche Kriegs- und Nachkriegsjugend, beseelt von dem Drang nach Engagement und intensiv erlebter Gemeinschaft, fand an den bürgerlichen Parteien herkömmlichen Stils kein Genüge mehr. Sie wollte nicht nur abstimmen und wählen, sondern mit Leib und Seele dabeisein, selbst wenn es sich um eine Aktivität des bloßen Gehorsams handelte; das alles fand sie bei den außerparlamentarischen Verbänden, nicht bei den Parteien. Die Arbeiterschaft hatte dagegen schon längst in der sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften eine ihr gemäße Organisationsform gefunden, die ihr Bedürfnis nach Bindung und umfassenderer Integration weithin befriedigte. Sozialdemokratische Partei und „bürgerliche" außerparlamentarische Verbände erfüllten also auf jeweils verschiedenem sozialen Feld eine ähnliche Funktion. Diese Tatsache erklärt mit das vergleichsweise späte Auftauchen eines außerparlamentarischen Kampfverbandes der Linken und enthüllt zugleich die Problematik des Reichsbanners als „Bund": die Bünde der Rechten stießen sozusagen in einen Leerraum, das Reichsbanner hingegen zog zu einem Großteil Menschen an, die schon in einer anderen umfassenden Bindung standen.

Unter einem mehr formal-funktionalen Aspekt rücken also SPD und politische Bünde der Rechten eng zusammen. Man spürt indes instinktiv, daß es sich um zwei verschiedene Welten handelt, die eine gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Rationalismus, die andere wesentlich von irrationalen Grundkräften getragen. Die Formel rational-irrational ist zwar reichlich allgemein, aber sie ermöglicht doch, gewisse Wirklichkeiten zu erkennen, wenn man unter irrational nicht einfach gefühlsmäßige Bindung versteht, sondern mehr darauf achtet, welche Seiten im Menschen jeweils bewußt angesprochen werden. Die Bedeutung des irrationalen Faktors bei der SPD wird noch an späterer Stelle behandelt werden; charakteristisch für diese Partei ist aber zunächst einmal eine nüchterne Sachgerichtetheit und rationale Repräsentanz. Ganz andere Denk- und Organisationsprinzipien begegnen uns bei den Bünden: Führer- und Gefolgschaftsstruktur, die nicht nur ein institutionelles Formelement, sondern Ausdruck einer inneren Haltung ist, Denken in den wertbetonten Kategorien „organisch", „Gemeinschaft", scharf abgehoben von dem Antibegriff „seelenlose Masse"[1]). Abstrakte Ideen und Programme befriedigten nicht, wenn nicht gleichzeitig emotionale Wirklichkeit und sichtbare Wahrzeichen damit verbunden waren, unter denen man dienen konnte. Charakteristisch ist der starke Hang zu Symbolen, zu Fahnen, die große Bedeutung, die Liedern und Grußformen beige-

[1]) „Leblose tote Masse" ist z. B. das „unbündische" Reichsbanner für den Stahlhelm. Vgl. St. v. 29. November 1925. Andererseits bedeutet es ein Höchstmaß an Anerkennung, wenn von Jungdeutscher Seite über einen Reichsbanneraufmarsch geschrieben wird: „Das, was da marschierte, war zum allergrößten Teil keine Masse mehr, sondern trug bereits Gemeinschaft in sich." Zitiert nach R. v. 24. August 1929.

messen wurde. Mit auf solchen Elementen, die für den einzelnen wichtiger werden konnten als die eigentlichen politischen Zielsetzungen, beruhte die Anziehungskraft dieser Verbände, die es verstanden, dem Drang nach Gemeinschaft und Kameradschaft, nach persönlichem Führererlebnis und bündischem Zusammenschluß ein Strombett zu schaffen, und selbst wiederum Ausdruck dieser Wünsche und Sehnsüchte waren[1]).

„Bündische" Organisationen dieser Art sind eine relativ junge Erscheinung. Das 19. Jahrhundert ist vorwiegend eine Aera der bürgerlichen „Repräsentationsparteien" und der ihnen, was den partikularen Charakter der Teilnahme betrifft, gleichzustellenden großen Vereine; es hat „bündische" Vereinigungen, sieht man von Erscheinungen wie Tugendbund, Burschenschaften und der Jahnschen Turnbewegung ab, kaum hervorgebracht. Erst mit dem Aufbruch der Jugendbewegung, die in der Gegenüberstellung von Gesellschaft und Gemeinschaft ihr Anliegen erkennt — nicht zufällig, daß das zunächst weithin unbeachtet gebliebene Buch von Tönnies jetzt eine breite Resonanz findet[2])—, kündigen sich „bündische" Organisationsprinzipien und Integrationsformen an, die wir, wenn auch in teilweise abgeschwächter Form und mit aus anderer Wurzel erwachsenen Elementen vermischt, bei den hier interessierenden außerparlamentarischen Verbänden zu erkennen glauben.

Die tiefe Kluft zwischen Jugendbewegung im Sinne des Wandervogels und den paramilitärischen Verbänden der Weimarer Jahre soll keineswegs geleugnet werden. Bildlich gesprochen handelt es sich um den Gegensatz zwischen Schillerkragen und geschlossenem Uniformrock, zwischen Zupfgeige einerseits, Militärmärsche spielenden Kapellen andererseits. Es ist bezeichnend, daß der Protest gegen das „uniformierte" und „militarisierte" Reichsbanner bei gewissen Kreisen der sozialistischen Arbeiterjugend gerade vom Ethos der Jugendbewegung getragen wird[3]). Diese Kluft ist allerdings nicht unüberbrückbar; wenn man die

[1]) Zu vorstehenden Ausführungen vgl. außer den genannten Darstellungen von Neumann, Schmalenbach, Duverger noch Hans Liermann, Partei und Bund, in: Blätter für deutsche Philosophie 5 (1931/32), S. 235—248, sowie Posse, Politische Kampfbünde, passim. Sehr gescheit auch ein aus aktuellem Anlaß geschriebener Aufsatz von Prof. Erik Nölting „Reichsbannerleistung", R. v. 19. September 1931.

[2]) Erste Auflage von Gesellschaft und Gemeinschaft 1887; 2. Auflage 1912; 3. Auflage 1920; 1925 kommt dann schon die 7. Auflage heraus.

[3]) Ungemein aufschlußreich die Leserzuschrift eines Jungsozialisten an die Jungsozialistischen Blätter 3 (1924), S. 248, die ausführlicher zitiert werden soll, weil sie typische Gesinnungen und Ressentiments zum Ausdruck bringt: „Während SAJ und Jugendkartell gegen militärischen Drill kämpfen und Burschen und Mädel zu freien Gemeinschaften zusammenzufassen suchen, während diese die Ideale der Jugendbewegung — ich verweise auf die Meißner-Formel — in weiteste Kreise der arbeitenden Jugend tragen wollen und diese Jugend dem Sozialismus näherbringen wollen, werden im Reichsbanner wieder die Ideale des Militarismus auf den Schild gehoben. Während unsere Burschen und Mädel gemeinsam hinaus ins Freie ziehen sollten, die Brust und die Stirne frei, bummeln Angehörige des Jungbanners durch die Straßen in hochgeschlossenen Windjacken, die Skimütze auf dem Kopf, also wieder fein uniformiert. Während sie sich schulen sollten für die Aufgaben, die ihnen als den künftigen Trägern der proletarischen Befreiungsbewegung gestellt sind, lernen sie — exerzieren und Militärmärsche blasen."

eigentliche „bündische" Spätphase der autonomen Jugendbewegung betrachtet, dann wird deutlich, daß sich eine Art Angleichung vollzogen hat. Die „bündische Jugend" entfernt sich, unter dem Eindruck von Krieg und Nachkrieg und teilweise unter direktem Einfluß „frontsoldatischer" Elemente, mehr und mehr von der ursprünglichen Lebensform des Wandervogels und dessen vorwiegend individualistischer Fragestellung. An die Stelle der „Freundschaften der Wälder" trat jetzt die „Problematik von Staat und Nation"; die „Diskussion über den Eros" wurde durch die „Tagung über die Gesellschaftsordnung" ersetzt; statt „loser Horden" formierten sich „Scharen und marschierende Kolonnen", statt „gemischter Gruppen mit Einschluß der Mädchen" „Jugenschaften und Jungmannschaften"[1]); zur „Fahrt" kam das „Lager", aus der Sehnsucht nach Verstraffung des Gemeinschaftslebens erwuchs die Bereitschaft zu Führertum und Gefolgschaft und löste das „gefährtenhafte" Zusammenstehen Gleichgesinnter und Gleichgestimmter ab[2]). Eine Wandlung also im äußeren Stil wie in der inneren Einstellung: verglichen mit dem Wandervogel der Vorkriegszeit war die „bündische Jugend" in ihrer Organisationsform straffer, politischer und in gewissem Sinne auch soldatischer geworden.

Unterschiede bestanden nach wie vor. Die „bündische Jugend", die der Hohen-Meißner-Formel getreu „vor eigener Verantwortung in innerer Wahrhaftigkeit" ihr Leben zu gestalten suchte, nach einem neuen Glauben, einem neuen Menschen, einem neuen Volk Ausschau hielt und jede von außen kommende Zweckbestimmung ablehnte, war zwar nicht unpolitisch, blieb jedoch letztlich im Vorhof der politischen Entscheidung stehen und gelangte über Grüppchen und Zirkel von sektenhafter Größe nie hinaus. Die Kampfbünde hingegen waren „organisierte", schlagkräftige Großgebilde, von parteipolitischen Gruppen geschaffen oder ihnen nahestehend. Sie befanden sich mitten im härtesten Getümmel der Tagespolitik, von der sich die „bündische Jugend", immer noch auf der Suche nach den „Grundlagen" und in charakteristischem Mißtrauen gegen vordergründige Tagesparolen, zumeist hochmütig und unmißverständlich distanzierte[3]).

---

[1]) Karl O. Paetel, Jugendbewegung und Politik. Randbemerkungen, Bad Godesberg 1961, S. 90. Die Darstellung von Paetel ist, was die politische Seite des Phänomens Jugendbewegung anbetrifft, mit am ergiebigsten. Wichtig auch die unlängst erschienene Darstellung von Walter Z. Laqueur, Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie, Köln 1962. Die Unterschiede zwischen „Wandervogel" und „bündischer Jugend" deutlich herausgestellt auch bei: Felix Raabe, Die Bündische Jugend. Ein Beitrag zur Geschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1961.

[2]) Vgl. Paetel, a.a.O., S. 96 f.; vgl. auch Raabe, a.a.O., S. 56 ff.

[3]) Aus der Fülle der Darstellungen über Jugendbewegung und bündische Jugend seien nur einige wenige Werke genannt, die für die hier anstehende Problematik ergiebig und anregend erscheinen. Außer den genannten Darstellungen von Paetel, Raabe und Laqueur kommen in Betracht: Hermann Mau, Die deutsche Jugendbewegung, Rückblick und Ausblick; in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 1 (1948), S. 135 ff.; Hans Joachim Schoeps, Die letzten dreißig Jahre, Rückblicke, Stuttgart 1956; Gerhard Ziemer/Hans-Wolf, Wandervogel und Freideutsche Jugend, 2. Aufl. 1961 (nur für die Frühzeit). Teilweise kontrovers die politische Deutung

Dennoch zeigt sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen, auch wenn sie zunächst mehr an der Oberfläche bleiben. Der Geist der Jugendbewegung blieb keineswegs auf die im eigentlichen Sinne autonomen Bünde beschränkt, sondern strahlte in mancherlei Brechungen in fast alle Vereine der politischen, konfessionellen und wehrbündischen Jugend hinein. Im Grunde gab es wohl kaum einen Jugendpflegeverein, der nicht zumindest von den Ausläufern dieser Bewegung erfaßt wurde[1]). Allenthalben regte sich nach dem Kriege in diesen Verbänden ein Streben nach stärkerer Unabhängigkeit von den Erwachsenenorganisationen, nach bündischer Autonomie, nach erlebtem Führertum und bündischer Gemeinschaft, und fast überall fand dieses Streben eine den jeweiligen Umständen entsprechende Erfüllung, auch und gerade bei den Wehrbünden, dem Stahlhelm, dem Jungdeutschen Orden, dem Reichsbanner[2]). Kaum ein Verband, der nicht die Formen jugendbewegten Gemeinschaftslebens, den neuen Stil mit Fahrten, Lagerfeuern und „bündischer" Symbolfreude übernahm.

Richtig ist, daß es dabei vor allem um die jugendgemäße Ausdrucksform einer vorgegebenen politischen oder weltanschaulichen Haltung geht, daß nicht eigentlich um eine neue eigenständige Weltanschauung gerungen wird. Es wäre indes verfehlt, von bloßer Imitation und äußerer Nachahmung zu sprechen, wie es von Seiten der eifersüchtig auf ihr Anderssein pochenden „bündischen Jugend" geschah[3]). Bei den politischen Kampfverbänden spielen nicht selten „bündisch" geprägte Führerpersönlichkeiten eine beträchtliche Rolle, die nicht nur äußere Formen, sondern auch Gesinnungen und Werthaltungen der Jugendbewegung auf ihre neue Umgebung übertragen[4]). Das zeigt sich etwa am Beispiel einer Persönlichkeit wie Artur Mahraun, der aus dem Erlebnis der Jugend-

---

des Phänomens Jugendbewegung bei Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1957, und Wilhelm Rößler, Jugend im Erziehungsfeld. Haltung und Verhalten der deutschen Jugend in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Jugend der Gegenwart, Düsseldorf 1957. Rößler rückt Jugendbewegung und Nationalsozialismus zu eng nebeneinander, wenngleich ihm unbedingt beizupflichten ist, wenn er Gemeinsamkeiten der Grundstimmung und der Verhaltensformen herausstellt.

[1]) Instruktiv das Kapitel „Revolutionierte Jugendpflege" bei Paetel, a.a.O., S. 53—89.

[2]) Sosehr das Jungbanner auch unter Vormundschaft blieb — man wandte sich mit Nachdruck gegen extrem bündische Autonomiebestrebungen — es erhielt doch mehr und mehr eine gewisse organisatorische Selbständigkeit, eigene Führerwahl und eine relative Freiheit in bezug auf die Gestaltung des Gruppen- und Gemeinschaftslebens. Und das alles wurde mit Wendungen wie: „Jugend ist ein Lebenszustand mit eigenem Wert", „Jugend will zu Jugend", „bündisch" motiviert. Vgl. R. v. 16. September 1928 (Eugen Lechner), R. v. 28. Oktober 1928 (Gaujugendführer Bittkow, Dresden) und IRZ v. 3. Oktober 1925 (Karl Perls). Wenn man betont: „Das Gruppenleben entwickelt sich im Sinne echter Jugendbewegung" (R. v. 11. Februar 1933), dann zeigt das die Zielsetzungen des Verbandes.

[3]) So etwa mit aller Schärfe Wilhelm Fabricius, Der Aufstand der bündischen Jugend, in: Curt Hotzel (Hrsg.): Deutscher Aufstand, S. 233.

[4]) Auf diesen mehr indirekten Einfluß des „Bündischen" auf die Politik der rechten Verbände weist sehr richtig Mohler, Konservative Revolution, S. 189 ff., hin.

bewegung heraus eine „vertiefte Auffassung des Gemeinschaftslebens und des echten freiwilligen Gehorsams" in die von ihm geschaffene Bewegung einbrachte[1]). Bei anderen Verbänden, so beim Stahlhelm, spielen allerdings wohl „frontsoldatische" und „militaristische" Komponenten eine ausschlaggebendere Rolle als spezifisch „bündische" Elemente. Indirekt wirksam, über das Soldatentum des Weltkriegs, dürfte das bündische Erbe auch dort gewesen sein, da zumindest die jüngere Offiziersgeneration vom „Geist der Zeit" nicht unberührt geblieben war.

Es sind indes nicht nur derartige Abhängigkeiten und direkte oder indirekte Einflüsse, die es erlauben und geboten sein lassen, Phänomene wie Jugendbewegung und politische Kampfverbände in einen engeren Zusammenhang zu bringen. Trotz aller Verschiedenheiten gibt es, gleichsam unabhängig voneinander, Gemeinsamkeiten der Form und Gesinnung, durchgehende Grundhaltungen und Prinzipien, die in den vorstehenden Ausführungen schon mehrfach anklangen und noch einmal schlagwortartig umrissen werden sollen: Anti-Intellektualismus und moderner Irrationalismus, der auf das politische Feld übertragen wird; eine vulgäre Lebensphilosophie, verbunden mit der qualitativen Konfrontierung von Geist und Tat; romantisch-irrational bestimmte Denk- und Organisationsprinzipien, „organische" Gemeinschaftsvorstellungen; Aufstand gegen das als „rationalistisch" und „mechanistisch" interpretierte 19. Jahrhundert, gleichbedeutend mit einer Revolte der „Jungen" gegen die „Alten"[2]).

Ein weiterer gemeinsamer Grundzug dieser Bewegungen ist ihr männerbündischer Charakter, wenn darunter einfach die Tatsache verstanden wird, daß Frauen von diesen Organisationen ausgeschlossen waren. Bei der Jugendbewegung tritt dieser Zug erst in der „bündischen" Spätphase rein in Erscheinung, bei den Kampfverbänden — Vereinigungen von Männern und männlichen Jugendlichen — ist er von Anfang an vorhanden. Es existieren zwar, so etwa beim Jungdo und Stahlhelm, parallele Frauenorganisationen[3]), bezeichnend ist jedoch, daß überall eine organisationsmäßige Trennung besteht. Selbst auf kommunistischer Seite werden 1925 die dem Rotfrontkämpferbund angehörenden Frauen- und Mädchenabteilungen ausgegliedert und in einem eigenen Roten Frauen- und Mädchen-Bund (RFMB) zusammengefaßt[4]). Im Reichsbanner verzeichnet man zwar nicht ohne Genugtuung, daß „republikanische Frauen und Töchter" „immer stürmischer den Beitritt zur Bewegung" fordern[5]),

[1]) Hornung, Jungdeutscher Orden, S. 13.

[2]) Vgl. dazu auch Sontheimer, a.a.O., S. 61 ff. (Kapitel: „Die Politisierung des Irrationalismus").

[3]) Königin-Luise-Bund beim Stahlhelm und Jungdeutsche Schwesterschaften beim Jungdeutschen Orden.

[4]) Vgl. Duenow, Rotfrontkämpferbund, S. 61 f.

[5]) So Höltermann, in: Der fünfte Jahrestag der Republik, S. 48; vgl. auch R. v. 15. August 1924 und Wegweiser 1927, S. 29.

und gewisse Kreise machen sich zum Anwalt solcher Bestrebungen[1]); die maßgebenden Stellen lehnen aber unter Hinweis auf Zielsetzung und Wesen des Bundes die Aufnahme weiblicher Mitglieder kategorisch ab[2]).

Inwieweit allerdings erotisch-männerbündische Momente im Blüherschen Sinn[3]) bei diesen Verbänden eine Rolle spielen, ist schwer zu sagen. Prinz zu Löwenstein weist wohl mit Recht darauf hin, daß die, verglichen mit der SAJ, größere Anziehungskraft des Jungbanners mit auf der Tatsache beruhte, daß es eine „Jungengemeinschaft" darstellte, die dem natürlichen Bedürfnis vieler Jugendlicher weit eher entsprach als eine „gemischte" Gruppe[4]). Im übrigen lassen sich eigentlich männerbündische Züge gerade beim Reichsbanner kaum nachweisen. Frauen wurde wohl vor allem deshalb der Beitritt verwehrt, weil ihre Mitgliedschaft den Kampfverbandscharakter der Organisation zu verwässern schien. Auf ein „militärisches" Auftreten legte man aber gerade aus propagandistisch-agitatorischen Erwägungen größten Wert, und es dürfte auf solche Motive zurückzuführen sein, daß der Rotfrontkämpferbund seine Frauen- und Mädchenabteilungen wieder ausgliederte.

Damit wird ein Sachverhalt berührt, der für die Erklärung des Phänomens der paramilitärischen Verbände von nicht geringer Bedeutung ist. Überspitzt formuliert: Wer „ankommen" und Zulauf haben wollte, mußte in soldatischem Gewande auftreten. Kein Verband konnte, es sei denn um den Preis geringerer Anziehungskraft und Wirkung, darauf verzichten, militärisch in Erscheinung zu treten. Sicherlich war der Erfolg dieser Vereinigungen nicht allein, nicht einmal in erster Linie, durch solche Faktoren bestimmt. Es kann jedoch kaum übersehen werden, daß sie alle in starkem Maße von dem Drange nach militärischer Betätigung und der Vorliebe für soldatisch-militärisches Wesen profitierten, Bedürfnisse, die von staatlicher Seite nicht befriedigt werden konnten. Insofern besteht zwischen den wehrpolitischen Bestimmungen des Versailler Vertrages und der Existenz der paramilitärischen Verbände ein innerer Zusammenhang. Die Verbände boten gleichsam eine militärische Ersatzbefriedigung, und deshalb ist ihre Geschichte zugleich eine „Geschichte verdrängter militärischer Komplexe"[5]).

Dabei wird man idealiter scheiden müssen zwischen einer mehr zweckrationalen Einstellung, der es im Sinne einer Wehrersatzideologie in erster Linie auf die

[1]) Auf der Bundesgeneralversammlung 1926 lag ein Antrag vor, wenigstens einen parallelen Frauenbund Schwarz Rot Gold zu errichten; der Antrag wurde jedoch ohne Diskussion zurückgezogen. Vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[2]) Vgl. Mitteilungen des Bundesvorstandes (in: R. v. 15. Dezember 1924). Ähnlich IRZ v. 16. Mai 1925.

[3]) Vgl. Hans Blüher, Die deutsche Wandervogelbewegung als erotisches Phänomen, Berlin 1912, ders., Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft, 2 Bde., Jena 1919.

[4]) Löwenstein, Tragödie, S. 113 f.

[5]) Major a. D. Fritz H. Hermann, Partei oder Bund, in: Die Hilfe 38 (1932), S. 1185.

Pflege des „Wehrgeistes" und der „nationalen Wehrhaftigkeit" ankam, und einer Haltung, für die der militärisch-soldatische Betrieb als solcher und all das, was herkömmlich damit verbunden war, im Vordergrund stand. In der Praxis lassen sich allerdings diese Motive kaum säuberlich auseinanderhalten; Tatsache ist jedoch, daß zumindest viele Jugendliche, aber nicht nur sie, zunächst einmal von den äußeren Wesensmerkmalen des „Militarismus" angezogen wurden. Uniformen, Fahnen, Trommeln, Aufmärsche in der Öffentlichkeit, Geländeübungen und Kriegsspiele, Tornisterpacken, Kameradschaft, Frontabschreiten und Befehlenkönnen, wofür man das Gehorchenmüssen in Kauf nahm, eine gewisse Abenteuerlichkeit und ein Hauch von Gefahr, der mit all diesen Dingen verbunden war — handgreifliche Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern: all das erhöhte die Anziehungskraft dieser Vereinigungen. Gelegentlich mochten solche Momente so stark dominieren, daß die eigentlichen politischen und wehrpolitischen Zielsetzungen der Verbände vergleichsweise unwichtig wurden[1]).

Die Bedeutung, die solchen Faktoren beizumessen ist, läßt sich gerade am Beispiel des „linken" Reichsbanners nachweisen, eben weil es von Schichten getragen wurde, in denen traditionell antimilitärische Ressentiments stark verbreitet waren. Die sozialdemokratische Linke wäre wohl nie auf den Gedanken verfallen, eine militärisch formierte und drapierte Truppe aufzustellen, wenn sie nicht geglaubt hätte, durch die Zeitumstände dazu gezwungen zu sein. Als Antrieb spielten dabei propagandistisch-agitatorische Gesichtspunkte, die Frage des „Ankommens", eine fast ebenso entscheidende Rolle wie die Überlegung, daß Gewalt gegen Gewalt, eine Bürgerkriegsarmee gegen die andere gesetzt werden müsse.

Wie die SA, die nach den Intentionen Hitlers kein Wehrverband, sondern eine „Hunderttausendmanngarde" im Dienst der nationalsozialistischen Idee sein sollte, eine Truppe „zur Vertretung und Stärkung des Weltanschauungskampfes"[2]), war auch das Reichsbanner wesentlich ein Instrument der Propaganda und Agitation. Der militärischen Organisationsform kam dabei eine doppelte Bedeutung zu: sie war einerseits das ideale Mittel zur Verbreitung von Propaganda, da sie ein Höchstmaß an ständiger Bereitschaft, Manövrierfähigkeit und Intensität der Wirkung — Uniformen als lebende Plakatsäulen, die Möglichkeit zu konzentriertem Auftreten an strategisch entscheidender Stelle —

---

[1]) Vgl. dazu auch E. Nölting, „Reichsbannerleistung", R. v. 19. September 1931.

[2]) Adolf Hitler, Mein Kampf, 55. Aufl. München 1933, S. 620; vgl. insgesamt das Kapitel: „Grundgedanken über Sinn und Organisation der SA", a.a.O., S. 579—621. Bei allen faschistischen Parteien kam den Milizen eine kaum zu überschätzende propagandistische Bedeutung zu. Bezeichnend etwa, wenn James Drennan (d. h. W.E.D. Allen), B.U.F. O. Mosley and British Fascism, London 1934, S. 241, betont, daß die „Blackshirts" mehr als alle sonstige Propaganda dazu beigetragen hätten, den britischen Faschismus dem „Mann auf der Straße" nahezubringen.

gewährleistete[1]); auf der anderen Seite war sie wesentlicher Bestandteil dieser Massenbeeinflussung selbst, da von Uniformen, Fahnen und militärisch gegliederten Einheiten eine starke Agitations- und Werbewirkung ausging. Das konzentrierte Auftreten militärisch formierter und disziplinierter Kolonnen dokumentierte zugleich Stärke und Macht einer Bewegung, und auch das war massenpsychologisch von nicht geringer Bedeutung[2]).

Eine Erscheinung wie das Reichsbanner stürzte nicht wenige Sozialdemokraten in einen Konflikt zwischen Neigung und Notwendigkeit. Was man vom innersten Gefühl her als Ärgernis empfand, mußte man von der politischen Vernunft her bejahen. In einer Äußerung Paul Löbes wird dieser innere Zwiespalt deutlich: „Der deutsche Arbeiter, der die stärksten Kader zur republikanischen Armee stellt, ist aus begreiflichen Gründen ein Gegner äußerlicher Uniformierung, militärischer Rangordnung, sichtbarer Abzeichen, Borten und Sterne. Aber wenn die politische Notwendigkeit es erfordert, wenn ein Teil der Jugend aus der Arbeiterklasse und des proletarisierten Mittelstandes eingefangen wird mit dergleichen Symbolen und Institutionen, dann müssen wir der Jugend geben, was sie durchaus nicht entbehren will[3])." Unverhüllter ist noch die Resignation des Kapitänleutnants a. D. Persius, eines radikalen Pazifisten und Mitglieds der deutschen Friedensgesellschaft: man müsse einfach „militaristisch" auftreten, um bei der breiten Masse „anzukommen"[4]).

Gerade solche Äußerungen prominenter „Antimilitaristen", die, widerwillig genug, aus politischen Opportunitätsgründen dem „Stil der Zeit" ihre Reverenz erweisen, lassen erkennen, welche Bedeutung den „militaristischen" Faktoren für die Werbewirkung der Verbände beizumessen ist. Auch die, verglichen mit anderen kommunistischen Vereinigungen, stärkere Anziehungskraft des Rotfrontkämpferbundes beruhte nicht zuletzt auf dessen „militärischer Aufmachung"[5]). Es kennzeichnet die allgemeine Situation wie das Denken maßgebender

[1]) Vgl. dazu auch Ausführungen Höltermanns, Denkschrift, wo er sich mit der Propagandawirkung der SA auseinandersetzt. Die SA wurde für das Reichsbanner mehr und mehr zum großen technischen Vorbild, der man die Anerkennung nicht versagte. Auf der letzten Bundesgeneralversammlung beschäftigt sich Höltermann ausführlich mit der Organisation der SA, der die Hitlerbewegung vornehmlich ihre Erfolge verdanke, und zieht aus dieser Analyse Folgerungen für die eigene Verbandsarbeit. Vgl. R. v. 25. Februar 1933. In einer anderen Aufzeichnung Höltermanns aus dem Exil heißt es: „Sie (die Hitlerbewegung; d. Verf.) verdankt ihre Stärke der Propagandakraft der SA" (Nachlaß Höltermann; Bleistiftmanuskript).

[2]) Eingehend mit diesen Problemen beschäftigt sich Deutsch, Antifaschismus, S. 87 ff. Ähnlich Hörsing, R. v. 12. Juli 1930.

[3]) Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Beiträge von Paul Löbe, Ph. Scheidemann usw., Magdeburg o. J. (1924), S. 5 f.

[4]) Persius, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold; in: Das neue Europa 2 (1926), H. 7/8, S. 26 f.

[5]) Vgl. dazu den Bericht des Landeskriminalpolizeiamtes Stuttgart über eine Veranstaltung des Rotfrontkämpferbundes: „Es hat sich wiederum gezeigt, daß der Rote Frontkämpferbund mit seiner militärischen Aufmachung viel mehr Anziehungskraft ausübt als irgendwelche anderen kommunistischen Parteiveranstaltungen". W 15 v. 20. April 1927. StAL F 193, Nr. 341.

Führer dieses Verbandes, wenn man hört, daß 1927, als der Bund in eine innere Krise geriet, versucht wurde, die Schwierigkeiten durch eine stärkere Hervorkehrung des militärischen Charakters zu überwinden[1]).

Daß politisch bedingte Krisen letztlich nicht mit der Parole: „mehr Uniformen, mehr Fahnen" zu lösen waren, bedarf kaum der Erwähnung[2]). Und doch wird man festhalten müssen, daß Erfolg oder Mißerfolg eines Verbandes mit durch solche Faktoren bedingt war. Nicht wenige Reichsbannerführer gaben offen zu, daß die sogenannten „Äußerlichkeiten" zumindest als Primärauslöser für den Beitritt zur Organisation von ausschlaggebender Bedeutung waren[3]). Es fehlte zwar nicht an Warnungen, das Militärische nicht zum Selbstzweck werden zu lassen[4]): eine sich an den gegebenen Realitäten orientierende Politik hatte jedoch der „leider nun einmal bestehenden Einstellung der Jugend"[5]) Rechnung zu tragen. Tatsache war nämlich, wie es ein Reichsbannerführer drastisch formulierte, daß der Großteil der Jugend sich nicht im „proletarischen Tanzkreis" oder „christlichen Jungmännerverein" wohl fühlte, sondern bei „Uniformen und Gleichschritt hinter klingendem Spiel"[6]). Die von ehrlicher Entrüstung getragene Klage eines Jungsozialisten: „Bedauerlicherweise wirkt dieser Ungeist von Potsdam noch so stark nach, daß jetzt auch Scharen von Jugendlichen den Weg zum Reichsbanner finden, die vordem nicht den Weg zur SAJ gefunden haben und zu den Veranstaltungen des freigewerkschaftlichen Jugendkartells"[7]) war deshalb kein Argument gegen, sondern für die Existenz des republikanischen Wehrverbandes. Unzweifelhaft wirkte das Reichsbanner als Quarantänegürtel gegen eine kommunistische oder nationalsozialistische Beeinflussung der Jugend und als Auffangbecken, da es junge Menschen erfaßte und in republikanischem Sinne erzog, die wohl niemals einem Jugendverband

[1]) Vgl. dazu die Schrift des ehemaligen Rotjungfrontführers Werner Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation, S. 11 ff.

[2]) So Jurr, a.a.O., passim, der an dem „unpolitischen" Verhalten der Führung des Rotfrontkämpferbundes heftige Kritik übt und ihr völliges Versagen vorwirft.

[3]) In diesem Sinne äußern sich u. a. Eugen Lechner, der Gaujugendführer von Schleswig-Holstein (R. v. 16. September 1928), der Dresdener Gaujugendführer Bittkow (R. v. 28. Oktober 1928), das Bundesvorstandsmitglied Gustav Krüger (R. v. 1. Dezember 1925), Ph. Scheidemann (IRZ v. 26. Juni 1926). Vgl. auch einen Artikel in der „Glocke" v. 15. August 1925: „Reichsbanner und Sozialdemokratie", in dem überscharf herausgestellt wird, daß sich die Jugend eben nicht primär aus politischen Gründen dem Reichsbanner anschließe.

[4]) Vor allem prominente Politiker der SPD glaubten, wenn sie vor dem Reichsbanner sprachen, auf diese Mahnung nicht verzichten zu können. So Löbe auf der Verfassungsfeier in Weimar 1924. Vgl. die Broschüre: Der Fünfte Jahrestag der Republik, S. 14. Severing schlägt immer wieder in diese Kerbe. Vgl. u. a. einen Artikel in der „Festschrift zur Bannerweihe des Reichsbanners" in Kiel am 11./12. Oktober 1924 (Schriftstück im Nachlaß Severing) und einen Beitrag in: R. v. 15. Juli 1927 (Gaubeilage Östliches Westfalen). Ähnliche Mahnungen bei Nölting (R. v. 19. September 1931).

[5]) R. v. 2. Juli 1932.

[6]) R. v. 2. Juli 1932.

[7]) Jungsozialistische Blätter 3 (1924), S. 248 (Leserzuschrift eines Jungsozialisten aus Breslau).

der Parteien oder Gewerkschaften beigetreten wären[1]). Im Ringen um die Kriegs- und Nachkriegsgeneration mußte man, wollte man das Feld nicht dem Gegner überlassen, den Trend zum Soldatisch-Militärischen in Rechnung stellen, und es wäre in der Tat unangebrachter Puritanismus gewesen, wenn man um der dogmatischen Prinzipientreue willen auf diese Mittel verzichtet hätte.

Zweierlei wird deutlich: für gewisse Kreise, auch wenn sie zur Reichsbannerprominenz zählten, war der militärische Aufzug eine Sache, die an sich nicht sein durfte; sie betrachteten mit einer Mischung von Genugtuung und innerem Unbehagen die marschierenden Kolonnen des Verbandes. Die wohl überwiegende Mehrheit der Verbandsmitglieder sah jedoch — das verrät der bewußte Einsatz „militaristischer" Mittel „zum Zwecke der Werbung und Agitation" — in dem militärischen Antreten mit Fahnen und Uniformen keineswegs bloß ein „notwendiges Übel". Sie marschierte und demonstrierte, erfüllt von einer ganz naiven Freude an militärischen Dingen, ohne innere Reserve und frei von Skrupeln irgendwelcher Art[2]). Die Massen des Reichsbanners — so Stampfer — „marschierten, trommelten und pfiffen, daß es seine Art hatte"[3]). Das Kommando: „Für die deutsche Republik — im Gleichschritt marsch", für viele ein Gegensatz, wurde keineswegs als widersprüchlich empfunden.

Bei aller Ähnlichkeit im äußeren Auftreten zwischen Reichsbanner und Bünden der Rechten darf man jedoch einige höchst charakteristische Unterschiede nicht übersehen. Militärisch gesprochen: verglichen etwa mit dem Stahlhelm marschierte der republikanische Wehrverband bei „gedämpftem Trommelschlag"; Soldatenlieder erklangen zwar aus „rauhen Proletarierkehlen" wie aus den „Mündern feiner Stahlhelmjünglinge", aber doch weniger laut, weniger oft und weniger innig. Von Anfang an trug der Verband dem gefühlsmäßigen „Antimilitarismus" weiter sozialistischer Kreise nach Möglichkeit Rechnung. Man tat nur das, was als unumgänglich notwendig erkannt wurde, und war peinlich bemüht, Erinnerungen an den „Militarismus" alter Schule nicht unnötig wachzurufen. Verboten war deshalb der Parademarsch und jegliches Marschieren „nach militärischer Art"[4]), verboten auch die Anwendung des alten Exerzier-

[1]) Dieses „Verdienst" des Reichsbanners stellt vor allem Nölting in seinem schon häufiger erwähnten, keineswegs unkritischen Artikel heraus. R. v. 19. September 1931.

[2]) Namentlich beim Jungbanner herrscht eine ganz unkomplizierte Freude am militärischen Betrieb. Ungemein aufschlußreich die Schilderung der feierlichen Übernahme einer Jungbannerabteilung in die Schufo. Voraus ging ein 30 km langer Gepäckmarsch, abgeschlossen wurde die Feier durch einen „Manöverball in Marschstiefeln". Vgl. R. v. 7. Januar 1933. Bemerkenswert auch der Kommentar des Jungdeutschen Ordens über die Berliner Verfassungsfeier des Reichsbanners 1929: „Das, was da vom Reichsbanner marschierte, bewies auch, daß der Pazifismus nur ganz geringe Teile erfaßt hat . . . Im Gegenteil, es klangen auch die alten Märsche und die alten Soldatenlieder." — Die Militär- und Soldatenfreudigkeit unterstreicht auch Duderstadt, Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz, S. 24, 84.

[3]) Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 398.

[4]) Vgl. die O.Anw. des Gaues Schleswig-Holstein Nr. 3/25 v. 28. März 1925 sowie den Technischen Führer, S. 41, 89.

reglements sowie der Gebrauch der alten militärischen Kommandosprache[1]). Im Gegensatz zum Republikanischen Schutzbund in Österreich, der sich mit erstaunlicher Rücksichtslosigkeit über vorhandene Ressentiments hinwegsetzte, demonstrativ seinen militärischen Charakter hervorkehrte und unverblümt von seinen Regimentern, Bataillonen und Kompanien sprach[2]), legte die deutsche Bruderorganisation eine vorsichtige Zurückhaltung an den Tag.

Die Polemik gegen das „pseudomilitärische Gebaren" des Stahlhelms, der „dem Militarismus des alten Deutschlands zu einer äffisch verzerrten Wiedergeburt verholfen" habe[3]), überrascht gleichwohl bei einem Verband, der ebenfalls nach militärischen Vorbildern organisiert war. Es handelt sich indes nicht nur um billige Demagogie, um den Versuch, vom eigenen Tun abzulenken. In solchen Äußerungen spiegelt sich vielmehr das Selbstverständnis einer Organisation, die zwar auf eine militärische Aufmachung nicht verzichten zu können glaubte, aber lange Zeit alle „Übertreibungen" und betont militärischen Schaustellungen von sich wies. Es ist ein bezeichnender Zug am Reichsbanner, daß gemeinhin keine Kriegsauszeichnungen getragen werden[4]). Der von der Organisation her gegebene militärische Charakter wird nie besonders hervorgehoben. Fast könnte man sagen, daß die Aufzüge des Verbandes in mancherlei Hinsicht mehr den Aufmärschen von Turnerabteilungen als denen einer militärischen Truppe ähneln[5]). Was man im Grunde anstrebt, ist oft weniger ein spezifisch militärisches Gebaren als vielmehr ein straffes, diszipliniertes Auftreten, um einen „guten", aber nicht notwendigerweise „militärischen" Eindruck zu machen. In einem ironischen Kommentar des Stahlhelms über eine Reichsbannerveranstaltung — im ersten Augenblick fühle man sich an das alte Heer, an alte Marschmelodien erinnert, im entscheidenden Moment werde jedoch mit seltenem Geschick vom „gefährlichen alten deutschen Militärmarsch" abgebogen[6]) — wird die Gesamterscheinung des Verbandes sehr gut getroffen, jene Mischung von „militärischen" und „zivil-sozialdemokratischen" Versatzstücken,

[1]) Vgl. das Technische Rundschreiben des Gauvorstandes Schleswig-Holstein Nr. 1/31 v. 25. März 1931.

[2]) Vgl. Deutsch, Antifaschismus, S. 85 ff.; ders., Ein weiter Weg, Wien 1960, S. 91 ff.

[3]) R. v. 1. Dezember 1924.

[4]) Verboten war das Tragen von Kriegsauszeichnungen nicht. Im Wegweiser 1927, S. 35, heißt es, daß nur Bundesabzeichen und republikanische Abzeichen, eventuell auch Kriegsauszeichnungen getragen werden dürften. Tatsächlich entdeckt man gelegentlich auch auf Abbildungen — so bei Hörsing, bei Haas, bei Deimling — Kriegsauszeichnungen an der Reichsbanneruniform. Im allgemeinen war es jedoch nicht üblich. Der ehemalige Gausekretär Steiner (Breslau) betont z. B., daß ihm eine Kriegsauszeichnung an einer Reichsbanneruniform nie begegnet sei (briefliche Auskunft). Wohl wurde nicht selten aus propagandistischen Gründen darauf verwiesen, daß der Bund eine große Anzahl von Trägern hoher Tapferkeitsauszeichnungen in seinen Reihen habe. Vgl. IRZ v. 21. November 1925.

[5]) So charakterisiert Steiner das Auftreten des Verbandes (briefliche Auskunft). Ähnlich äußern sich auch verschiedene andere ehemalige Reichsbannerführer.

[6]) St. v. 22. Juni 1930.

von „Hoch Heidecksburg" und „Brüder zur Sonne", die für den Stil der Versammlungen wie der Aufmärsche charakteristisch ist.

Nach 1930 allerdings, mit der Aufstellung der Schutzformationen, werden die „militaristischen" Komponenten immer bewußter und betonter herausgestellt[1]). An den Schufoabteilungen dürfte auch ein von militärischer Exaktheit eingenommener Beobachter, der vom Reichsbanner insgesamt vielleicht wenig angetan war, seine Freude gehabt haben[2]). Schneidiger, zackiger, kurzum „militärischer" wirkte jedoch nach wie vor der Stahlhelm[3]). Es existieren zwar überraschend positive Urteile von gegnerischer Seite, die dem Bund ein glänzendes Auftreten bescheinigen[4]) — im allgemeinen war er aber zumindest vor 1930 bei weitem nicht das, was er eigentlich sein sollte. Klagen über mangelnde Disziplin bei Demonstrationen, über oft peinliche Laxheit, über das Mitführen von Spazierstöcken und Schirmen bei militärischen Aufmärschen verraten das zur Genüge[5]). Mitberücksichtigen bei der Frage, welcher Verband den „besten" Eindruck machte, muß man jedoch auch die „prinzipiellen" Unterschiede zwischen Reichsbanner und Stahlhelm, die Tatsache nämlich, daß die republikanische Vereinigung von einem anderen „Richtmannideal" ausging, daß sie sich in dem, was sie äußerlich sein und darstellen wollte, sehr viel weniger an „militärischen" Leitbildern ausrichtete. Dieses Faktum relativiert die Aussagen zeitgenössischer Beobachter, die zumeist bewußt oder unbewußt bei ihren Urteilen das Bild der alten Armee als Maßstab vor Augen haben, und läßt erkennen, daß die Vokabel „weniger militärisch" nicht ohne weiteres mit „disziplinloser" und „schlechter" zu übersetzen ist.

---

[1]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 365 ff., 418 ff.

[2]) In diesem Sinne äußert sich, nicht ohne Genugtuung, Osterroth in seinen Memoiren, als er auf den Eindruck, den die Schufoabteilungen machten, zu sprechen kommt. Indirekt fällt damit natürlich auch ein bezeichnendes Licht auf die früheren Zustände.

[3]) Dieses Urteil begegnet einem immer wieder, wenn man Zeitgenossen auf ihre damaligen Eindrücke befragt, namentlich, wenn es sich um ehemalige Offiziere handelt. Typisch geradezu das Urteil des Rittmeisters a. D. Baron v. Koerber, der das Reichsbanner zwar politisch weitaus positiver beurteilt als den Stahlhelm, den Bund der Frontsoldaten jedoch ganz selbstverständlich als die militärisch schneidigere und straffere Truppe hinstellt (mündliche Auskünfte).

[4]) So der Reichstagsabgeordnete Dr. Bredt (WV) in der Reichstagssitzung vom 24. November 1926 und vom 3. März 1926. Bredt behauptet, das Reichsbanner mache einen strafferen und militärisch besseren Eindruck als die Verbände der Rechten. RT, Bd. 391, S. 8159 BC, und Bd. 389, S. 5904 A.

[5]) Vgl. Wegweiser 1927, S. 46; vgl. R. v. 4. Oktober 1930 und R. v. 8. August 1931 (Artikel von Haubach). Vgl. Jungba-Rundschreiben 4/31 des Gaues Schleswig-Holstein sowie den „Bundesbeschluß vom 11. Mai 1925" (Besitz Franz Osterroth), wo dringend an die Mitglieder appelliert wird, die so „bitter notwendige Disziplin" zu halten. Vgl. auch Rundschreiben Nr. 13/25, 1/26 v. 3. Februar 1926 und Rundschreiben Nr. 11 (undatiert; 1926) der Gauleitung Hannover. NStAH, Des. 310 II, C 2. Eine ergötzliche, allerdings sehr boshaft-ironische Schilderung eines Reichsbanneraufmarsches, die die militärischen Disziplin-Schwierigkeiten „professioneller Antimilitaristen" glossiert, in dem Zeitroman von Felix Riemkasten: Genossen, Berlin 1931. Hinter dem Pseudonym Riemkasten verbirgt sich ein früherer Braunschweiger Sozialdemokrat, der nach seinem Austritt aus der Partei mit scharfer Feder verschiedene Romane veröffentlicht, die in sozialdemokratischem Milieu angesiedelt werden.

3. „*Militarismus*", „*soldatische Haltung*" *und* „*Führerideologie*"

Eine Analyse der äußeren Formen führt zu der Frage, was das Auftauchen militärischer Verbände im politischen Leben eigentlich bedeutet und inwieweit den Äußerlichkeiten eine Haltung entspricht, die als „militaristisch" bezeichnet werden muß. Dazu bedarf es einer kurzen Bestimmung des Wortes „Militarismus"[1]). Vielleicht ist es zweckmäßig, nur dann von Militarismus zu sprechen, wenn eine Übertragung militärischer Denk- und Strukturformen auf andere Lebensbereiche vorliegt. Das bedeutet beispielsweise, daß die Existenz von Wehrverbänden an sich, solange deren Aufgaben sach- und zweckbezogen bleiben, noch kein Anzeichen für vorhandenen Militarismus ist. Das Wort „Militarismus" wird man erst dann einführen, wenn das Militärische seinen Charakter als Hilfstatsache einer zivilen Politik verliert und militärische Prinzipien den Bereich des Politischen und Zivil-Gesellschaftlichen bestimmen. Eben das scheint bei den politischen Kampfverbänden der Weimarer Republik der Fall zu sein.

Man mag zwar überlegen, ob nicht schon im späten 19. Jahrhundert manche Formen, in denen politisch-soziale Gegensätze in Deutschland ausgetragen wurden, von militärischen Modellen inspiriert waren: militarisierte und uniformierte Bünde als innenpolitische Kampfinstrumente hat es im eigentlichen Sinne jedoch erst nach 1918 in Deutschland gegeben, und eben darin liegt eine Besonderheit des „Nachkriegsmilitarismus". Der „Sturmangriff" wird gleichsam zu einer Kategorie der innenpolitischen Auseinandersetzung; Begriffe wie „Front" und „Frontabschnitt" gehören mehr und mehr zum geläufigen innenpolitischen Vokabular; Worte wie „Kampf" und „Kämpfer" werden absolut gesetzt[2]). Schlagring, handgreifliche Gewalt, Saal- und Straßenschlachten sind

---

[1]) Zu nachstehenden Ausführungen über den Militarismusbegriff vgl. vor allem folgende Darstellungen, denen der Verfasser in mancherlei Hinsicht verpflichtet ist: Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus" in Deutschland. Bd. I: Die altpreußische Tradition (1740—1890), München 1954; Bd. II: Die Hauptmächte Europas und das Wilhelminische Reich (1890—1914), München 1960; ders., Das Problem des Militarismus in Deutschland, HZ 177 (1954) S. 21 ff.; Heinz-Erich Fick, Der deutsche Militarismus der Vorkriegszeit. Ein Beitrag zur Soziologie des Militarismus, Diss. Rostock 1930; Ulrich Kayser-Eichberg, Geist und Ungeist des Militärs. Versuch über ein Mißverständnis, Stuttgart 1958; Erhard Assmus, Die publizistische Diskussion um den Militarismus unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des Begriffs in Deutschland und seine Beziehung zu den politischen Ideen zwischen 1850 und 1950. Phil. Diss. Erlangen 1951. Anregend auch die Kapitel „Militarismus und Hitlerismus" bei F. Meinecke, Die deutsche Katastrophe, 2. Aufl. Wiesbaden 1946, S. 64—78, und Ernst Troeltsch, Das Ende des Militarismus, in: Spektatorbriefe, Tübingen 1924, S. 1—12. Auf eine ausführliche Diskussion dieser Darstellungen wurde verzichtet, um Text und Apparat nicht noch mehr zu belasten. Kennern der Materie dürfte ohne weiteres einsichtig sein, inwieweit Anregungen verarbeitet bzw. die Akzente etwas anders gesetzt wurden.

[2]) Es genügt, auf einige charakteristische Buchtitel zu verweisen: Adolf Hitler, Mein Kampf; Josef Goebbels, Kampf um Berlin, 5. Aufl. München 1934; Ludwig Freiwald, Der Weg der braunen Kämpfer. Ein Frontbuch von 1918—1933, München 1934, gespickt mit bezeichnenden Wendungen wie „Frontabschnitt Berlin", „Frontabschnitt Wasserkante".

aus der innenpolitischen Kampfarena nicht mehr fortzudenken, und der SA- wie der Reichsbannermann kennt die Bedeutung, die einer gewonnenen oder verlorenen Saalschlacht zukommt. Hinter diesem neuen politischen Stil steckt nicht einfach naive Rauf- und Kampfeslust, sondern eine Geisteshaltung, die mehr oder minder bewußt von allen Verbänden ihren Mitgliedern anerzogen wurde[1]). Höchsttugenden in diesem Denken sind soldatische Härte, soldatische Entschiedenheit und radikale Kompromißlosigkeit[2]).

Eine solche Geisteshaltung ist nicht nur aus militärischen Wurzeln erwachsen, aber doch in wesentlichen Zügen von dorther bestimmt. Denn das Selbstverständnis der Bünde spiegelt sich eben in der Gestalt des Soldaten[3]), der Modellfigur schlechthin, nach der man sich in seiner äußeren Haltung — „soldatisch" ist sozusagen herrschende Mode — wie in seiner inneren Einstellung und seinem politischen Denken ausrichtet. „Soldat auch in Zivil", dieser Kontext zu einer Gruppenaufnahme von Stahlhelmführern[4]), meint beides, und in den gleichen Zusammenhang gehört das „Richtmannideal" Franz Seldtes. Der Begriff des Soldaten löst sich aus seiner ursprünglichen militärischen Sphäre und dient zur Kennzeichnung einer wertvollen Haltung überhaupt. Dieses Phänomen spiegelt sich überdeutlich in der Ausdehnung des Wortfeldes. Wenn die Stahlhelmer sich als „Soldaten der Nation" bezeichnen[5]), dann mag, im Sinne der Wehrersatzideologie des Verbandes, noch an einen militärischen Einsatz in der Stunde der Not gedacht werden. Die Zweck- und Sachbezogenheit im militärischen Sinn tritt jedoch völlig zurück bei Wortverbindungen, wie „Soldat einer Weltanschauung", „Soldat einer Idee", „Soldat der Bewegung", „brauner Soldat", „politischer Soldat". Gemeint ist nicht der Angehörige eines bestimmten Berufsstandes, nicht der im Kriegshandwerk ausgebildete Techniker, auch nicht einfach der Kriegsteilnehmer und frühere Frontsoldat, sondern „angepeilt" werden bestimmte Werthaltungen, Gesinnungen und Verhaltensnormen, die der Soldat in besonderer Weise verkörpert und die als vorbildhaft und überhaupt erstrebenswert hingestellt werden. Mit anderen Worten: „Soldat"

[1]) Vgl. dazu auch Fick, a.a.O., S. 34, der sich auf eigene Beobachtungen beruft.

[2]) Aus der Fülle von Zeugnissen, die beizubringen wären, sei nur auf die Autobiographie Ernst Röhms, Geschichte eines Hochverräters, München 1928, verwiesen, wo uns ein solches Denken in reinster Form entgegentritt.

[3]) Eine kleine Auswahl von Werken, von Stahlhelmern oder Angehörigen der SA verfaßt, in denen diese „soldatische" Orientierung auf fast jeder Seite greifbar ist, sei angeführt: Erich F. Behrend, Soldaten der Freiheit, Ein Parolebuch des Nationalsozialismus, 1918—1925, hrsg. von Hermann Kretschmann, Berlin 1935; Friedrich Wilhelm Heinz, Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1939; Helmut Franke, Staat im Staate. Aufzeichnungen eines Militaristen, Magdeburg 1924. Höchst aufschlußreich auch: Eugen Schmahl, Der Aufstieg der nationalen Idee, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1933 und K. S. Baron von Galéra, Das junge Deutschland und das Dritte Reich, Leipzig 1932.

[4]) Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder, I, S. 218.

[5]) So der Titel eines Buches von Wilhelm Kleinau, Soldaten der Nation. Die geschichtliche Sendung des Stahlhelms, Berlin 1933.

ist zu einer Qualitätsbezeichnung schlechthin, ist eine Stempelmarke zur Charakterisierung des „besseren", „aktivistischeren" Nationsgenossen, zum Leitbild auch für den politischen Menschen geworden. Soldat: das bedeutet Unterordnung, Dienst, Opfersinn, Tugenden, auf die, richtig verstanden, kein Gemeinwesen verzichten kann; es heißt zugleich aber: eine spezifische Art von Ausrichtung im Politischen und „Rückgrat" im Weltanschaulichen, Denken in Kategorien von Befehl und Gehorsam, Bekenntnis zum Führergedanken, hierarchische Ordnung, militärische Subordination und militärische Disziplin auch auf politischem Sektor.

In dieser Konzeption vom „Soldaten" steckt zudem ein entschieden antibürgerlicher Zug[1]), den wir allerdings nicht nur bei den Kampfbünden, sondern auch bei der Jugendbewegung und darüber hinaus als eine Grundstimmung des Imperialismus vorfinden. Damit ist schon angedeutet, daß vieles, was sich mit dem Begriff des „Soldaten" verbindet, nur eine zeitgemäße Ausdrucksform vorgegebener Haltungen und Gesinnungen darstellt. Umgekehrt läßt sich jedoch nicht abstreiten, daß zumindest bei den jüngeren Frontliteraten ein ursächlicher Zusammenhang zwischen ihren soldatischen Erfahrungen und ihrer antibürgerlichen Ideologie besteht. Ernst Jünger ist dafür ein bezeichnendes Beispiel[2]). Die von ihm geschaffene Gestalt des „Arbeiters", die als Symbol eines neuen unbürgerlich-heroischen Zeitalters figuriert, ist wenig mehr als die ins Allgemeinere erhobene Gestalt des Frontsoldaten.

Jünger mit seinem Totalangriff auf bürgerliche Wertsetzungen überhaupt, in seiner Verneinung der bürgerlichen Welt, die so prinzipiell und substantiell ist, daß demgegenüber die Verneinung des Bürgers durch den Bohemien wie durch den proletarischen Revolutionär harmlos erscheint[3]), ist indes nicht repräsentativ für die Masse der Kampfbünde, obwohl der Autor zeitweilig den Stahlhelm als politisches Absteigequartier benutzt. „Krieger, die in Bürgerzimmern kampieren"[4]), sind diese Stahlhelmer, Wehrwölfe und SA-Männer ganz gewiß nicht. Ihre Antibürgerlichkeit ist oft kaum mehr als sentimentale Sehnsucht nach einem härteren, „männlich-heroischen" Dasein, ist Flucht aus einem trivial und grau

[1]) Vgl. dazu auch Curt Hotzel „Der antibürgerliche Affekt", in dem von Hotzel hrsg. Sammelwerk: Deutscher Aufstand, S. 345—355. Auch in Seldtes bekannter Krieger-Händler-Antithese, mit ihrer Entgegensetzung von „idealistischer Soldat" — „materialistischer Händler", steckt diese antibürgerliche Haltung. Bezeichnend auch seine Rede auf dem Hamburger Stahlhelmtag 1928, wo er von der „heroischen Mission" des Stahlhelms spricht, die das „Glück im Winkel, das Glück des Spießbürgers" ausschließe. Kritische Auseinandersetzung mit Seldtes Ideen von Reichsbannerseite bei E. Frehe: „Krieger und Händler"; R. v. 17. Juni 1928. Vgl. zu diesem Komplex auch: Werner Sombart, Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München-Leipzig 1915.

[2]) Neben den Kriegsbüchern „In Stahlgewittern", „Der Kampf als inneres Erlebnis", „Das Wäldchen 125" kommen vor allem in Betracht: „Die totale Mobilmachung" und der „Arbeiter, Herrschaft und Gestalt".

[3]) Knappe und treffende Analyse dieses Denkens bei Mohler, Konservative Revolution, S. 54 f.

[4]) Ernst Jünger, Das abenteuerliche Herz (1. Fassung), Berlin 1929, S. 155.

erscheinenden Alltag: eine psychologisch verständliche Reaktion, da mancher, der im Kriege ein „Held" und eine gebieterische Persönlichkeit, Herr über Leben und Tod gewesen war, sich nach 1918 in einer vergleichsweise armseligen Existenz, hinter einem Bankschalter oder dem Katheder einer Dorfschule wiederfand, wofern er sich überhaupt zu arrangieren vermocht hatte[1]). Mit radikaler innerer Emanzipation von bürgerlichen Werten und bürgerlichem Dasein haben solche Erscheinungen zumeist wenig zu tun. Der militärische Betrieb in den Verbänden bedeutet für den einzelnen oft nicht mehr als eine Art Selbstbestätigung, ist Unterpfand vergangener Größe: man wird gut daran tun, diese höchst banalen Voraussetzungen des vielberufenen antibürgerlichen Affektes herauszustellen. Die Antibürgerlichkeit bleibt indes nicht nur im Vorhof des Politischen stehen. Die Abwertung alles Bürgerlichen, die Diffamierung des demokratischen Parlamentarismus als „bürgerliches" und deshalb überlebtes Herrschaftssystem, wie sie von „Frontideologen" und namentlich von Ernst Jünger propagiert wird, hat zweifellos eine politische Breitenwirkung besessen; über das Medium des Soldatischen macht sich auch bei den Kampfverbänden ein ins Politische gewandter „antibürgerlicher Affekt" bemerkbar, der häufig, allerdings nicht notwendig, mit „antikapitalistischer Gesinnung" einhergeht.

„Soldatische Haltung", „militaristische Gesinnung" und „bürgerliche Antibürgerlichkeit" finden wir nicht erst zur Zeit der Weimarer Republik. Vieles, was mit dem Anspruch des Neuen und „Modernen" auftritt, ist Traditionsgut aus den Tagen des Hohenzollernreiches. Dennoch stellt sich das Militarismusproblem nach 1918 anders dar als vor dem Weltkrieg. Ein Unterschied liegt sicherlich darin, daß der Krieg, obwohl er oder gerade weil er antimilitaristischen Gefühlen starken Auftrieb gab, über den Kult des Frontsoldatentums traditionelle Werthaltungen maßlos übersteigerte und zugleich breitere Schichten als bisher militarisierte. Entscheidender war jedoch die Konfrontation des Militarismus mit einer veränderten politischen Wirklichkeit. Die von der Staatsspitze gewollte und sanktionierte militarisierte Gesellschaftsordnung des Hohenzollernreiches hatte bis zu einem gewissen Grad das Aufkommen eines militaristischen Radikalismus verhindert oder doch erschwert. Erst als diese konservativen Bindungen gefallen waren, ergab sich das Phänomen eines staatlich nicht mehr integrierten Militarismus, der mit revolutionären Zielen in die innenpolitische Arena trat. Darin liegt das Besondere der Situation nach 1918: Träger militaristischer Ordnungsvorstellungen bedienten sich militaristischer Methoden, um ein als „unsoldatisch" empfundenes zivil-demokratisches Staatswesen aus den Angeln zu heben.

Das Schlagwort vom „politischen Soldatentum" bringt diese Vorgänge auf eine ebenso knappe wie zutreffende Formel: eine radikale Politisierung der ehemaligen Kriegsteilnehmer — die systematische Politisierung der Wehrmacht

[1]) Vgl. auch Karl Renner, Österreich von der ersten zur zweiten Republik, Wien 1953, S. 117 ff.

erreicht allerdings erst in der nationalsozialistischen Aera ihren Höhepunkt — auf der einen Seite; auf der anderen eine „Soldatisierung" bzw. „Militarisierung" der Politik. Die Formel reicht zwar nicht aus, um Phänomene wie Nationalsozialismus oder internationalen Faschismus zu fassen, aber sie besitzt, betrachtet man das äußere Auftreten, den Kampfstil, die politischen Ordnungsvorstellungen wie das soziale Substrat dieser Bewegungen, einen nicht geringen Erklärungswert[1]). Auch Verbände wie Stahlhelm, Bund Oberland, Wehrwolf, selbst der Jungdeutsche Orden, müssen von dorther verstanden werden, denn ein gut Teil ihrer Denkmodelle, Verhaltensformen und politischen Konzeptionen orientiert sich eindeutig an soldatisch-militärischen Leitbildern.

Die Frage ist indes, inwieweit das „antifaschistische" Reichsbanner, das gelegentlich selbst mit „antimilitaristischen" Parolen arbeitet, in diese Welt hineingehört. Von seinem äußeren Erscheinungsbild her fällt es, trotz bemerkenswerter Unterschiede, nicht aus dem üblichen Rahmen heraus. Die Übereinstimmung reicht jedoch weiter; auch der politische Kampf- und Agitationsstil kann, wie bei den anderen Verbänden, als „militaristisch" bezeichnet werden. Die republikanische Vereinigung war aus einer Defensivposition heraus aufgebrochen und verlor nie ihren Charakter als Schutztruppe. Die verbandsoffiziellen Aufforderungen — bei den meisten Bünden war es allerdings kaum anders —, sich vom Gegner nicht provozieren zu lassen und handgreifliche Auseinandersetzungen nach Möglichkeit zu meiden[2]), waren wohl ehrlich gemeint, allein schon deshalb, weil man das eventuelle gerichtliche Nachspiel und die damit verbundenen Kosten scheute. Eine Terrorparole, wie sie Heinz Neumann für die Kommunisten ausgab: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft", hat es in der Tat beim Reichsbanner nie gegeben. Es kam jedoch immer wieder zu Gewaltanwendung, Terror, Saal- und Straßenschlachten, bei denen der republikanische Verband keineswegs nur der Angegriffene war[3]). Solche Vorgänge lassen sich nicht als bloß zufällig hinstellen; sie entsprangen vielmehr einer militanten Geisteshaltung, die mehr oder minder bewußt anerzogen wurde oder

---

[1]) Plastisches Anschauungsmaterial vermittelt Werner Haas, Europa will leben. Die nationalen Erneuerungsbewegungen in Wort und Bild, Berlin 1936. Näheres zu diesem Problem S. 200 ff.

[2]) Diese Mahnung findet sich immer wieder in O.-Anweisungen der Gaue oder in den Erlassen des Bundesvorstands. Vgl. etwa einen Anhang zu den „Richtlinien zur Auslegung der Bestimmungen über Schußwaffen und Munition vom 12. April 1931" (vom Bundesvorstand hrsg.; Schriftstück im Besitz von Franz Osterroth).

[3]) Das zeigt allein schon die hohe Anzahl der mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraften Reichsbannermitglieder. Nach Angaben Höltermanns (Denkschrift) waren im Dezember 1932 3475 Verbandsmitglieder zu insgesamt 5297 Monaten Gefängnis, 509 Monaten Zuchthaus und 182 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Hinzu kam eine nicht unbeträchtliche Zahl, die wegen der Schleicherschen Amnestie nicht mehr vor Gericht gestellt wurde. Selbst wenn man annimmt, daß die politische Justiz gegen Linksgruppen besonders unnachsichtig vorging: daß es sich bei allen um unschuldig Verurteilte handelt, wird niemand behaupten wollen.

sich doch zwangsläufig aus dem Charakter dieser Vereinigungen ergab[1]). Der Wille zum innenpolitischen Kampf war ein Grundprinzip fast aller Bünde. Sosehr sie auf der einen Seite nur Ausdruck eines bestehenden gesellschaftlichen Antagonismus waren, so trugen sie doch auf der anderen notwendig zur Verschärfung der Gegensätze bei.

Daß gleichzeitig überall die Idee der Volksgemeinschaft proklamiert wurde, ist nur ein scheinbarer Widerspruch; denn dieses Ideal sollte nicht durch Angleichung heterogener Positionen verwirklicht werden, sondern radikal kämpferisch, durch Vernichtung des innenpolitischen Gegners und Auslöschung der feindlichen Idee. Koexistenz verschiedener politischer Konzeptionen, Kompromiß, Koalition: das waren Vokabeln, die nicht in diese Welt paßten und deshalb grundsätzlich einen negativen Akzent trugen. Beim Reichsbanner, seiner Zusammensetzung nach ja selbst eine Art Koalition Weimarer Provenienz, ist dieses Denken zunächst weniger greifbar. Im Grunde war jedoch die Grenze, jenseits der es keinen Kompromiß, nur mehr Sieg oder Niederlage gab, bloß weiter hinausgeschoben; sie lag genau dort, wo der eigene, höchst einseitig und dogmatisch interpretierte Republikanismus mit anderen politischen Ideen zusammenstieß.

Die sachliche Berechtigung eines solchen Denkens, das in Rufen nach einer „harten" Demokratie, nach einer „neuen" Republik, die nur Freiheit und Toleranz für Republikaner, nicht aber für ihre Gegner kenne[2]), in Forderungen nach republikanischer Härte und Entschiedenheit und soldatischem Schneid in der Politik seinen Niederschlag fand[3]), soll nicht bestritten werden. Das militante Feldgeschrei: „Hie Republik — da Monarchie", „hie Schwarz Rot Gold — da Schwarz Weiß Rot" war vielleicht notwendig, damit die seit ihrer Geburt an Minderwertigkeitskomplexen leidende Republik überhaupt zum Bewußtsein ihrer selbst gelangte, wenngleich kritisch zu fragen ist, ob nicht das Agieren in diesen Gegensätzen die taktische Manövrierfähigkeit einschränkte und zu einer teilweise falschen Weichenstellung führte. Aber nicht darum geht es in diesem Zusammenhang, sondern um den Nachweis, daß jener kompromißfeindliche, im kämpferischen Entweder — Oder aufgehende Denkstil, den wir bei den Bünden der Rechten fanden, der Tendenz nach auch beim Reichsbanner anzutreffen und mit dessen Kampfverbandstruktur untrennbar verbunden ist. Es charakterisiert jedoch die republikanische Vereinigung, daß ihr Selbstverständnis nicht eigentlich auf der Gestalt des „Soldaten" beruht. Der Begriff

[1]) Vgl. dazu auch Fick, a.a.O., S. 34. Wohl nicht zu Unrecht betonte Severing, daß mit der Existenz solcher Verbände „naturnotwendig eine Terrorisierung Andersdenkender, Belästigung friedlicher Bürger" verbunden sei. (So in einem Presseinterview kurz nach dem Auftreten der Republikanischen Notwehr in Magdeburg am 19. April 1923. Text im Nachlaß Severing.)

[2]) Vgl. R. v. 18. Dezember 1931; R. v. 5. Dezember 1931; R. v. 6. Februar 1932; dazu auch Lothar Frey, Deutschland wohin? Zürich 1934, S. 13.

[3]) Vgl. R. v. 15. Dezember 1924; R. v. 1. August 1924; Baerensprung in: Der fünfte Jahrestag, S. 8; Deimling in: Festschrift des Reichsbanners Darmstadt 1925, in der „Frontkämpfermut" statt „Zivilcourage" verlangt wird.

ist zwar werthaltig, aber der „Soldat" wird nicht, in der qualitativen Konfrontation „soldatisch—zivil", zum Modell und Leitbild schlechthin[1]). Die „Soldaten der Republik" stehen im Dienst der zivilen Ordnung, konkret gesprochen: des parlamentarisch-demokratischen Systems, das sie gerade gegen die Verfechter „soldatisch" bestimmter politischer Ideale zu verteidigen gedenken. Während bei den Verbänden der Rechten der politische Stil und die Organisation Ausdruck einer angestrebten politischen Ordnung sind, die gleichsam modellartig vorweggenommen wird, klaffen beim Reichsbanner diese Dinge auseinander. In seinem Auftreten, seinen Methoden, seiner Organisation, teilweise auch in seinem Denken, ähnelt es den „militaristischen" Bünden; es kämpft jedoch für eine Ordnung, die nicht von „militaristischen" Vorbildern inspiriert ist.

Diese Bemerkungen sind freilich etwas voreilig, da die Bedeutung des Führergedankens im politischen Denken des Reichsbanners noch genauer untersucht werden muß. Die institutionellen Gegebenheiten wurden schon an früherer Stelle herausgearbeitet. Die Antwort auf die Frage, ob und inwieweit eine Führerideologie propagiert wurde und ein Führer-Gefolgschaft-Denken nachzuweisen ist, steht indes noch aus. Wenn Prinz zu Löwenstein klagt, daß alle Führer bewußt zu unpersönlichen Funktionären herabgestempelt worden seien[2]), dann will diese Bemerkung zu der früher erwähnten Tatsache passen, daß nicht „Führer", sondern „Vorsitzende" an der Spitze des Verbandes standen. Es scheint also so zu sein, daß lange Zeit hindurch Organisationsformen und innere Einstellung weithin konform laufen.

Um so auffälliger berührt deshalb der Wandel seit dem Jahre 1931. Das Wort „Führer" wird mehr und mehr zu einem eisernen Bestandteil der offiziellen Terminologie und verdrängt die Vokabel „Vorsitzender" so gut wie vollständig. Aus Gauvorsitzenden werden Gauführer[3]), aus Bundesvorsitzenden Bundesführer[4]), und wenig später wird Höltermann Gegenstand eines massiven Führerkults. Ansätze dazu und gelegentliche Vorwürfe von sozialdemokratischer Seite, der Bund treibe Personenkult und erziehe zu kritikloser Gefolgschaftsbegeisterung, hatte es immer schon gegeben[5]). Auch Hörsing war, nicht immer ge-

[1]) Das spiegelt sich auch in der Polemik gegen den Stahlhelm und Seldtes „Richtmannideal", in der ironischen Glossierung von Kernsprüchen Seldtescher Observanz: „Das Soldatische, das Kämpferische, das den Deutschen eigentümliche Wollen zum Soldatentum und zur Wehrhaftigkeit." Vgl. R. v. 24. September 1932.

[2]) Löwenstein, Tragödie, S. 82.

[3]) Vgl. etwa die Liste der „Gauvorsitzenden", R. v. 1. Oktober 1924, und die Liste der „Gauführer", IRZ v. 18. Februar 1933. Neidhardt, der ehemalige Gauführer von Berlin, betont, daß man ganz bewußt, etwa seit 1931, die Bezeichnung „Vorsitzender" durch das Wort „Führer" ersetzt habe (briefliche Auskunft).

[4]) In der Satzung von 1928 taucht zum erstenmal offiziell die Doppelbezeichnung „Bundesvorsitzender und Bundesführer" auf — im Grunde nur die sachgemäße Umschreibung der technisch-politischen Doppelfunktion des Bundesvorsitzenden; später spricht man dann nur noch vom „Bundesführer".

[5]) Vgl. R. v. 24. Juni 1928 und R. v. 26. August 1928, wo man sich gegen derartige Vorwürfe zur Wehr setzt.

schmackvoll, mit Führergloriole umkleidet worden, wie pathetische Ausrufe: „Otto Hörsing, führe uns vorwärts!“[1]) zur Genüge verraten. Es handelt sich indes mehr um zufällige Ergüsse und artige Schmeicheleien, für die gerade Hörsing empfänglich war. Ein bewußtes System steckt erst hinter dem Führerkult um Höltermann, der im Jahre 1932 einsetzt. „Mit Höltermann nach Dortmund“[2]), „Mit Höltermann in den Hessenwahlkampf“[3]), „Höltermann bei den Kieler Reichsbannerseglern“[4]), „Höltermann und die Jugend“[5]), „Frontsoldat Höltermann: Der Führer im Kampf um die zweite Republik“[6]): das sind Kostproben aus der in Bild und Text betriebenen Führerpropaganda, deren Auswirkungen noch in der Emigration spürbar sind, wenn Höltermann in den Briefen ehemaliger Gefolgsleute als der „Führer“ erscheint, zu dem man in „treuer Geschlossenheit“ steht und dessen „Befehle“ man „vertrauensvoll“ erwartet[7]).

Der neue Bundesführer des Reichsbanners, jung, schneidig und unverbraucht, war zweifellos ein geeigneteres Manipulationsobjekt als der „Schmied von Magdeburg“, der von seinem ganzen Habitus her, mit seinem biederen Hausvatergesicht, kaum dem entsprach, was an Führervorstellungen in den Massen lebendig war. Aber solche persönlichen Momente fielen kaum ins Gewicht. Ausschlaggebend für die neu einsetzende Propaganda war einzig und allein das Gefühl, auch einen „Führer“ haben zu müssen, wobei die Person Höltermann letztlich von sekundärer Bedeutung war. Mit solchen Überlegungen stand das Reichsbanner keineswegs allein da. Fast alle politischen Gruppen der Weimarer Republik, die vordem eine Personifizierung der Spitze in diesem Ausmaß nie gekannt hatten, erwiesen dem neuen Trend zum Führertum ihre Reverenz, von den Kommunisten[8]) über das Zentrum, wo der namentlich von den Windthorstbunden kultivierte Führergedanke später auf die Person Brü-

[1]) So Wirth in der Schlußansprache auf der Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners in Leipzig 1927. R. v. 1. September 1927.

[2]) R. v. 16. Juli 1932.

[3]) R. v. 18. Juni 1932.

[4]) R. v. 2. Juli 1932 (zugleich mit Abbildung).

[5]) R. v. 29. Oktober 1932.

[6]) Begleittext zu einem Bild Höltermanns; R. v. 4. Juli 1932. Bezeichnend auch, daß immer häufiger Abbildungen Höltermanns erscheinen. Vgl. R. v. 5. November 1932 (mit dem Begleittext: „Nichts für uns — alles für Deutschland“); R. v. 21. Januar 1933.

[7]) So ein gewisser Kurt Pfliegner, der nach Paris emigriert war und dort eine Gruppe von Reichsbannermitgliedern betreute, in einem Schreiben an Höltermann v. 16. September 1933 (Nachlaß Höltermann). Vgl. auch ein Schreiben A. Neidhardts aus der Prager Emigration an Höltermann v. 23. Juni 1933, an das ein gewisser Buisson einige Zeilen angefügt hat: „Wir und die auch heute noch hinter uns stehenden Kameraden in Deutschland stehen marschbereit und warten auf Befehle“ (Nachlaß Höltermann).

[8]) Vgl. dazu auch Siegfried Bahne, Die kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, S. 659, 694, sowie Duverger, Politische Parteien, S. 193 ff. Vgl. auch einen Artikel Friedrich Adlers, „Demokratie und Arbeiterjugend“, in: Arbeiterjugend 24 (1932), S. 359 ff., wo der „Glaube an den Führer“ als das „Band“ bezeichnet wird, das „Kommunisten und Faschisten miteinander“ verbinde.

nings zugeschnitten wurde[1]), bis hin zur Sozialrepublikanischen Partei Otto Hörsings, die den abgehalfterten Reichsbannervorsitzenden von Anfang an zum Gegenstand eines handfesten Führerkults machte[2]). Nur die Sozialdemokratie gab dem Trend kaum oder gar nicht nach, verharrte auf ihrer „Traditionsinsel" und blieb in ihren Formen und Formeln „altmodisch" und „unmodern"[3]). Denn „modern" waren Formeln wie „Führertum", „Autorität" und „Gefolgschaft" geworden, in denen sich der „Zeitgeist" manifestierte: eine Behauptung, die sich gerade am Beispiel des „linken" Reichsbanners erhärten läßt.

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise wuchs auch bei den sozialdemokratischen Massen das Bedürfnis nach einer starken Führerpersönlichkeit, der man sein Schicksal anvertrauen konnte[4]). Der Führerkult um Höltermann war das Angebot auf diese Nachfrage, der Versuch, der Führersehnsucht der Massen einen Orientierungspunkt zu geben. Insofern liegen Brüning-Kult und Höltermann-Kult auf gleicher Ebene, obwohl sie von der Sache her teilweise etwas Verschiedenes bedeuten. Während beim Zentrum weithin ein „Herzenswunsch nach autoritärer Führung und Politik" bestand, mehr und mehr der Gedanke einer gemäßigten „Diktatur auf Zeit" erwogen wurde[5]) und die Führerwelle, die Brüning trug, zugleich autoritär bestimmte staatspolitische Konzeptionen indizierte, hielt man beim Reichsbanner, offiziell jedenfalls, am System des demokratischen Parlamentarismus unverbrüchlich fest. Wenn immer lauter der Ruf nach einer „zweiten Republik" erhoben wurde, in der es nur Freiheit für Republikaner und für sonst niemanden geben solle, dann verrät sich in solchen Äußerungen zwar eine Abkehr von Weimar-demokratischen Vorstellungen, jedoch nicht ein Bekenntnis zu einem autoritären Staatsideal, mochten solche Tendenzen vielleicht auch unterschwellig vorhanden sein.

Mit Versuchen, den Faschismus autoritär zu überspielen, haben diese Vorgänge beim Reichsbanner wenig zu tun. Staatsreformpläne, Überlegungen, durch den Einbau autoritärer Führerelemente das leck gewordene Weimarer

---

[1]) Schon nach der Wahl des Prälaten Kaas zum Vorsitzenden des Zentrums heißt es im Organ der Windhorstbunde, dem „Jungen Zentrum" 6 (1929), S. 1: „Jetzt gilt es das Wort von Führer und Gefolgschaft wahr zu machen. Wir stellen uns freudig hinter den Führer." Später wird der Führergedanke immer stärker kultiviert und verbindet sich dann mit der Person Brünings. Vgl. u. a. Das Junge Zentrum 7 (1930), Nr. 4, S. 2 ff.; 9 (1932) Nr. 1, S. 3. Vgl. hierzu auch Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien, S. 292 f., 311 f.

[2]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 386 ff.

[3]) Vgl. dazu vor allem den erwähnten Artikel Adlers, der, wie eine redaktionelle Vorbemerkung anzeigt, als eine Art Leitfaden für die Arbeiterjugend dienen soll. Hier fehlt jegliche Konzession an den „Geist der Zeit", sondern unmißverständlich wird der Glaube an die Massen und ihre Fähigkeit zur demokratischen Selbstbestimmung dem immer mehr sich ausbreitenden Glauben an Führer entgegengestellt.

[4]) Spiegelt sich auch in den Memoiren Osterroths, der offen zugibt, daß die Sehnsucht nach einer starken Führerpersönlichkeit letztlich in jedem lebendig gewesen sei.

[5]) Vgl. dazu Morsey, a.a.O., S. 292.

Staatsschiff wieder flott zu machen[1]), lassen sich nirgendwo nachweisen. Es geht nicht eigentlich um eine ideologische Anpassung an Führerstaatskonzeptionen, sondern um eine taktisch-propagandistische Akkomodation an den „Stil der Zeit". Man glaubte erkannt zu haben, daß der Nationalsozialismus in stärkstem Maße von seinem Führermythos und seiner Führerideologie profitierte, und versuchte deshalb, diese wirksamen Formen und Mittel auch für die Sache der Demokratie fruchtbar zu machen, teilweise in direkter und bewußter Imitation nationalsozialistischer Parolen[2]) — der „Frontsoldat Höltermann" marschierte auf bereits stark ausgetretenen Pfaden.

Die Frage ist, wie die oben skizzierten Phänomene zu deuten sind. Führerverehrung, personbezogene Hingabe und Opferbereitschaft, Parteiführer, deren Einfluß auf Grund ihres persönlichen Prestiges weit über den offiziellen Rahmen ihrer Funktion hinausging, hat es im politischen Raum eh und je gegeben, auch innerhalb der sozialistischen Bewegung. Es genügt, auf Erscheinungen wie Jaurès oder Bebel hinzuweisen, um diesen Sachverhalt zu illustrieren. Die sozialistischen Parteien bemühten sich aber gerade, gegen diese Tendenz zur Personifizierung der Macht, gegen den natürlichen Drang der Massen zur Führerverehrung anzukämpfen und ihn nach Möglichkeit einzuschränken[3]). Beim Reichsbanner hingegen sucht man diese Tendenzen nicht nur nicht einzudämmen, sondern paßt sich ihnen bewußt und systematisch an, einfach weil man glaubt, sonst nicht mehr konkurrenzfähig zu sein.

Dieses Verhalten einer „linken" Organisation, die Tradition und Ideologie in eine andere Richtung verwiesen hätten, zeigt deutlich, wie sehr der Glaube an den Führer vom Denken der Massen Besitz ergriffen hatte. Das heißt indes nicht, daß schlechthin die Legitimität der Demokratie erschüttert war. Der Anspruch des Nationalsozialismus, die „wahre Demokratie" zu verkörpern, sowie sein zumindest zeitweiliges Kokettieren mit dem Begriff der „germanischen Demokratie"[4]), verrät indirekt, daß der Demokratie in der zeitgenössischen Auffassung nach wie vor eine zentrale Bedeutung zukam, um Herrschaftsausübung zu legitimieren. Erschüttert waren jedoch die Grundlagen der liberal-parlamentarischen Demokratie, der Glaube an die Massen

[1]) Darüber einiges bei Walter Bußmann, Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Weimarer Republik, HZ 190 (1960), S. 55 bis 78.

[2]) Von ehemaligen Reichsbannerführern, so von dem früheren Gaujugendführer von Berlin-Brandenburg, Brendemühl, wird offen zugegeben, daß man beim Führerkult um Höltermann bewußt die Nationalsozialisten kopierte, einfach um „mitzuhalten" (mündliche Auskünfte). Vgl. auch die Bemerkungen bei Löwenstein, Tragödie, S. 82.

[3]) Vgl. dazu Duverger, Politische Parteien, S. 192.

[4]) In den ersten Auflagen von „Mein Kampf" heißt es, die Bewegung vertrete den „Grundsatz der germanischen Demokratie"; seit 1930 wird dieser Passus umgeändert in: „Grundsatz der unbedingten Führerautorität". Vgl. dazu Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers „Mein Kampf", VZG 4 (1956), S. 161—178.

und ihre Fähigkeit zu demokratischer Selbstbestimmung[1]). Das Volk verlangte nach einer starken Hand, erwartete sein Heil nicht mehr von Institutionen, sondern von Führern, deren Autorität weniger in ihrer Funktion als in ihrer Person selbst begründet lag. Diese Veränderungen, die wachsende Bereitschaft der Massen zu einer Art von Gefolgschaftstreue, das tiefe Verlangen nach Straffheit und Unmittelbarkeit der Leitung, die Abkehr vom unpersönlich-abstrakten Getriebe des Parlamentarismus spiegelten sich eben im neuen Führerkult des Reichsbanners. Die herkömmlichen Parolen und Formen, in denen sich Ethos und Wollen des demokratischen Parlamentarismus ausgesprochen hatte, waren stumpf und hohl geworden, fanden keine Resonanz mehr, so daß selbst die „Patentschützler" des Weimarer Systems zu formalen Konzessionen bereit sein mußten. Das aber bedeutet überspitzt formuliert: noch ehe der Führerstaat Wirklichkeit wurde, war die Front der Weimarer Demokratie propagandistisch aufgerollt worden; es war den Gegnern des Weimarer Staates gelungen, Formen, Symbole und Vokabular des demokratischen Parlamentarismus mehr und mehr in den Hintergrund zu drängen und eigene an deren Stelle zu setzen.

Dem Reichsbanner wurde die Anpassung erleichtert, da bei ihm — und das erklärt den Gegensatz zur SPD, die dem neuen Trend nicht oder kaum Reverenz erwies — auf Grund seiner paramilitärischen Struktur eine innere Disposition für den Führergedanken vorhanden war. Prinz zu Löwenstein beklagt zwar das bewußt unpersönliche Funktionärstum im Bunde[2]). Unverkennbar ist jedoch, daß der Verband für einen in den Traditionen der alten Arbeiterbewegung aufgewachsenen sozialdemokratischen Funktionär seit jeher, nicht erst seit 1932, ein Allzuviel an Führertum und Gefolgschaftsbegeisterung besaß[3]). Wenn Renner mißbilligend vermerkt, daß bei der jungen Generation der SPÖ eine der Vorkriegspartei völlig fremde „kritiklose Gefolgschaftsbegeisterung und ein gewisser Personenkult" eingerissen sei, und wenn er den Republikanischen Schutzbund für solche „militaristischen" Vorstellungen auf der Linken verantwortlich macht[4]), dann gibt er ein Unbehagen wieder, das auch sozialdemokratische Funktionäre angesichts der deutschen Parallelorganisation des Schutzbundes empfanden.

Die Frage ist indes, ob das Führer- und Gefolgschaftsvokabular des Reichsbanners wirklich „unter die Haut" ging. Wenn etwa Hörsing betont, die Bundesführung sei sich sehr wohl darüber klar, „daß die ideelle Stoßkraft nicht aus

[1]) Vgl. dazu auch die bitteren Bemerkungen in dem früher erwähnten Aufsatz von Fr. Adler mit seiner Klage, daß die neue Welle der Erschütterung des Vertrauens zur Demokratie auch wesentliche Teile des Proletariats erfaßt habe.

[2]) Löwenstein, Tragödie, S. 82.

[3]) Vgl. R. v. 24. Juni 1928 und R. v. 26. August 1928, wo man sich gegen solche von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwürfe zur Wehr setzt.

[4]) Renner, Österreich von der ersten zur zweiten Republik, S. 119.

der Zahl erwächst, sondern weit mehr aus dem Persönlichkeitswert der Gefolgschaft“[1]), dann wirken solche Worte aus seinem Munde unecht und aufgelesen. Tatsächlich ist das Denken in so „rechten“ Kategorien wie Führertum und Gefolgschaft nicht typisch für den gesamten Verband. Der „linke Genosse“, selbst in führender Reichsbannerposition, blieb, auch wenn er in „rechte“ Kleider schlüpfte, seiner Mentalität und seinem Bewußtsein nach zumeist „Genosse“. Die Führer- und Gefolgschaftswendungen sind bei ihm in erster Linie modische Drapierung, zeitbedingte Konjunkturfloskeln, die nicht von innen her erlebt werden. Der „Verein“ Reichsbanner[2]), an dessen Spitze „Vorsitzende“ und „Vorstände“ standen, läßt sich nicht allein vom Führer-Gefolgschaft-Prinzip her verstehen.

Etwas anders allerdings stellt sich die Situation bei den Jungbannerabteilungen und den späteren Schutzformationen dar. Bei der Reichsbannerjugend herrscht ein unverkennbarer Drang nach Führertum und Gefolgschaft, nach bündischem Zusammenschluß und persönlichem Führererlebnis[3]), und zunehmend sucht sie sich über Bedeutung und Eigenart des Führer- und Gefolgschaftsbegriffs klarzuwerden[4]). Was beim Jungbanner mehr in Ansätzen vorhanden ist, erscheint rein verwirklicht in den sogenannten „Vortrupps“, jedenfalls soweit sie der Regie Löwensteins unterstanden. Vortrupps hießen jene Gruppen von zumeist Zehn- bis Vierzehnjährigen, die seit 1929 in verschiedenen Gegenden entstanden, ihr stärkstes Verbreitungsfeld jedoch im Gau Berlin-Brandenburg fanden, wo sie 1931 vom späteren Gauvortruppführer Löwenstein nach einheitlichem Plan aufgebaut wurden[5]). Rein zahlenmäßig haben sie nie nennenswerte Bedeutung erlangt. Was sie gleichwohl zu einer interessanten Erscheinung macht, ist die Art ihrer ideologischen Ausrichtung. Denn Löwenstein unternahm den Versuch, einen Jugendbund der Linken zu schaffen, der gespeist

[1]) Hörsing, Reichsbanner Schwarz Rot Gold; in: Volk und Reich, II, S. 185.

[2]) Vgl. die Kritik Löwensteins, Tragödie, S. 82, an dieser Bezeichnung: „Es (das Rb.; d. Verf.) baute auf Ortsvereinen auf, deren Name allein schon ein Verhängnis war.“

[3]) Das ist auch eine Grundthese in dem schon häufig erwähnten Aufsatz von Nölting, R. v. 19. September 1931. Wichtig auch ein Artikel in R. v. 15. Februar 1925, in dem der Verfasser zu dem bemerkenswerten Schluß kommt, alle großen Leistungen der Geschichte gingen auf das Führer-Gefolgschaft-Prinzip zurück. Verwiesen wird dabei u. a. auf die alten Germanen und auf das Kriegertum des Jahres 1914. Der Aufsatz befaßt sich zwar mit dem Ideengut der Jugendbewegung, aber es wird ohne weiteres deutlich, daß sich der Verfasser mit diesen Gedankengängen identifiziert. Und darin offenbart sich nun in der Tat eine Art des Denkens, das sich von den traditionellen Bahnen der Linken weit entfernt.

[4]) Vgl. dazu vor allem den Beitrag „Der Jungbannercharakter“; in: Bericht BGV 1933, S. 7 f. Charakteristisch ist, unter betonter Ablehnung totalitärer Führervorstellungen, das Bemühen, die eigenen Führer- und Gefolgschaftsvorstellungen zum Ausdruck zu bringen, so wenn man betont: „Es gibt für uns keinen angebeteten Götzen, aber einen Führer (damit ist offensichtlich Höltermann gemeint; d. Verf.), der unser Vertrauen hat. Nicht für ihn, sondern mit ihm zu sterben, ist stillschweigend unser Schwur geworden. In diesem Bewußtsein tragen wir unser Ehrenkleid, die Uniform des Jungbanners.“ Der Bericht BGV 1933 ist eine gekürzte und veränderte Fassung des schon häufig erwähnten Arbeitsbericht BGV 1933.

[5]) Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 114 ff.

sein sollte aus der Gefühls- und Geistestradition der Rechten — und dazu gehörte auch die Einbeziehung des „bündischen Erbes“[1]). Nicht zuletzt deswegen kam es zu teilweise erbitterten Auseinandersetzungen mit sozialistischen Jugendverbänden. Diese Rivalität ist nicht allein mit Konkurrenzgründen zu erklären, sondern hat „weltanschauliche“ Ursachen: die Denk- und Organisationsprinzipien, die bei den Vortrupps zum Vorschein kamen, wurden von den sozialistischen Jugendfunktionären instinktiv als fremd und als einer feindlichen Welt zugehörig empfunden[2]).

Prinz zu Löwenstein, mit seiner Betonung des „unbedingten und charismatisch begründeten Führerprinzips“[3]), war allerdings auch innerhalb des Reichsbanners ein Außenseiter. Es charakterisiert seine Extremposition, wenn selbst ein Mann wie der aus der nationalen Hofgeismarer Richtung der Jungsozialisten stammende und stark bündisch geprägte Franz Osterroth sich von der „romantisch schillernden Vortruppideologie“ mit ihren „altdeutschen Worten“, ihren „seltsamen Abzeichen“ und ihrem „ausgeprägten Führerkult“ unmißverständlich distanziert[4]). Das Löwensteinsche Ideengut ist also keineswegs repräsentativ für das Reichsbanner; bezeichnend für das Klima des Bundes jedoch, daß solche Prinzipien überhaupt Eingang fanden — bei der Sozialistischen Arbeiterjugend wäre das gewiß unmöglich gewesen.

In der Tat hatte das Reichsbanner von Beginn an, verglichen mit der SPD, irrationalen Faktoren und Gefühlswerten eine sehr viel größere Bedeutung zugemessen. Wenn die spätere sozialdemokratische Selbstkritik in dem unrealistischen Rationalismus der SPD, ihrer Unterbewertung politischer Imponderabilien wesentliche Gründe für das Scheitern der sozialistischen Bewegung zu erkennen glaubte[5]), dann sprach sie genau das aus, was von seiten des schwarzrotgoldenen Kampfverbandes schon zu Zeiten der Weimarer Republik als schweres Versäumnis des sozialistisch-republikanischen Lagers angeprangert wurde. Zumindest in gewissen Führungskreisen des Bundes kannte man die Bedeutung, die Fahnen, politischen Symbolen, den sogenannten „Äußerlichkeiten“, für die Integration nach innen wie für die propagandistische Wirkung nach außen zukam. Wohl als erste republikanische Organisation appellierte das Reichsbanner in seiner Agitation bewußt an Herz und Gemüt, um politische Ziele zu erreichen; es suchte Gefühlswerte zu mobilisieren und Stimmungen durch

[1]) Vgl. Löwenstein, a.a.O., S. 116.

[2]) Sehr eingehend sind diese Auseinandersetzungen und Rivalitäten dargestellt bei Löwenstein, a.a.O., S. 78 f.; 114 ff.; 127, der allerdings manche Thesen überspitzt. Zusammenfassende Übersicht von Franz Osterroth „Die Vortruppfrage“, R. v. 10. Dezember 1932, und in dem Kapitel: „Der Vortrupp“; in: Arbeitsbericht BGV 1933, S. 15 ff. (Artikel stammt vermutlich gleichfalls aus der Feder von Franz Osterroth.)

[3]) Löwenstein, a.a.O., S. 116.

[4]) So Osterroth in seinen Memoiren.

[5]) Zusammenfassende Darstellung bei Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952, S. 61 ff.

Gegenstimmungen zu überwinden[1]). Es gab Sozialdemokraten, die diese auf irrationale Wirkung bedachten Methoden der eigenen Partei als vorbildhaft hinstellten[2]), die maßgebende Funktionärsschicht der SPD vermochte sich jedoch nie daran zu gewöhnen. Mißtrauisch gegen jede Art von „Mystik" im politischen Raum und voller Geringschätzung für den „bündischen Unfug", stieß der Stil des Reichsbanners bei ihnen — das gilt namentlich für die Endzeit, wo die bisherigen Ansätze systematisch ausgebaut wurden — auf eine nicht geringe Reserve[3]).

Modern-irrationalistische Strömungen tauchen zwar mit Hendrik de Man, den religiösen Sozialisten und dem Hofgeismarkreis der Jungsozialisten auch innerhalb der sozialistischen Bewegung auf, dominierend blieb jedoch eine aufklärerische Welthaltung und ein rationalistischer, den Ideen der französischen Revolution verpflichteter Fortschrittsglaube. Bezeichnend dafür ist einmal die rationale Führung, verkörpert durch den Funktionär, vor allem aber die Art der sozialdemokratischen Propaganda, die mit aufklärerischem Eifer und „vernünftigen" Beweisen die Menschen für die „richtige", als wissenschaftlich hingestellte Lehre zu gewinnen suchte, um sie über diesen Appell an die Ratio zu „Kämpfern für Fortschritt und Sozialismus" zu machen[4]). Von der rationalen Propaganda waren in einer Zeit, die von Fortschritts- und Wissenschaftsglauben bestimmt wurde, gerade auch emotionale Wirkungen und Impulse ausgegangen, eben weil der Sozialismus als auf der Höhe der Zeit befindlich und in Einklang mit den modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen stehend erschien. Je mehr jedoch im Gefolge einer vulgarisierten Lebensphilosophie irrationale Strömungen vom Denken der Massen Besitz ergriffen, desto fragwürdiger wurde, unter propagandistisch-agitatorischem Aspekt, diese Erbschaft des 19. Jahrhunderts. Gerade der nüchtern-rationale Grundzug am Sozialismus versperrte der SPD

[1]) Noch auf der letzten BGV beschäftigt Höltermann sich eingehend mit diesem Problem. Vgl. R. v. 25. Februar 1933. Ausführlicher über die Fragen S. 403 ff.

[2]) Vgl. etwa einen Artikel in der „Glocke" v. 15. August 1925: „Reichsbanner und Sozialdemokratie", in dem der Partei dringend empfohlen wird, von den erfolgreichen Methoden des Reichsbanners zu lernen.

[3]) So skizziert Osterroth die Einstellung maßgebender Parteikreise (briefliche Auskunft). Zum Streit zwischen Reichsbanner und Partei um die neuen Propagandaformen vgl. S. 409 f.

[4]) Vgl. dazu u. a. Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1954, passim; Matthias, Ende der Parteien, S. 198 f.; 201. Sehr instruktiv auch ein Aufsatz von Georg Beyer, Die Idee der Vernunft in der Arbeiterbewegung. Neue sozialpsychologische Aufgaben der Gewerkschaften, in: Die Arbeit 8 (1931), S. 668—679. Es charakterisiert diesen auf „vernünftiges Beweisen" und rationales Überzeugen angelegten Stil der Agitation, wenn man hört, daß selbst der Volksredner Lassalle auf seinem Rednerpodium eine Anzahl modernster wissenschaftlicher Veröffentlichungen gestapelt hatte, aus denen er bei Bedarf seitenlang zitierte, um die Richtigkeit seiner Thesen zu untermauern. — Es wäre eine reizvolle Aufgabe, in jeweiliger Parallelsetzung zu den herrschenden Ideen der Zeit, eine Bildungsgeschichte der Arbeiterbewegung zu schreiben. Dabei wäre u. a. zu untersuchen, inwieweit die Tatsache des Ausgeschlossenseins von den Bildungsgütern der Nation eine „konservative" Einstellung begünstigte und es ermöglichte, daß inmitten einer Umwelt, die sich „moderneren" Strömungen zuwandte, in der Arbeiterbewegung die Fahne der Aufklärung hochgehalten wurde.

den Zugang zur nachwachsenden Generation, die zunehmend dem irrationalen Tatappell der Bünde und radikalen Parteien verfiel[1]).

Im Reichsbanner war man sich dieses Sachverhalts bewußt und deshalb bemüht, der Agitation der Rechten durch ähnliche Appelle[2]) und in bewußter Imitation „bündischer Äußerlichkeiten" das Wasser abzugraben; aber die Tradition der alten Arbeiterbewegung lastete so stark auf dem Verbande, daß er letztlich über Halbheiten nicht hinauskam[3]). Er stellte sich in seiner Propaganda und dem Stil seines Auftretens zwar weitaus „moderner" dar als die SPD, „bündisch-irrationalistisch" im Sinne der rechten Kampfverbände war er jedoch nicht. Ein konstruiertes Beispiel mag diese Unterschiede ins rechte Licht rücken. Wohl niemand vermag sich Gewerkschaftsfunktionäre und Parteisekretäre der SPD als „Großmeister" und „Großkomture" beim Jungdeutschen Orden vorzustellen. Aus dieser Schicht aber rekrutierte sich zu einem Gutteil das Führerkorps des Reichsbanners. Sosehr es auch bereit sein mochte, sich dem „Zeitgeist" anzupassen und Impulsen der Bundesspitze nachzukommen, Tradition und Werdegang wogen allzu schwer, als daß es sich völlig von ihnen hätte befreien können. Die alten liebgewordenen Bräuche und Gewohnheiten lebten weiter, und die „modernen" Formen wurden häufig nur höchst oberflächlich akzeptiert[4]).

Die letzte Bemerkung erinnert noch einmal daran, daß man beides sehen muß, wenn man Charakter und Mentalität des Reichsbanners begreifen will: den „sozialdemokratischen Verein" und den „paramilitärischen Verband". „Rechte" und „linke" Elemente sind untrennbar verknüpft und beeinflussen sich wechselseitig. Sozialdemokratische Gesinnung verleiht paramilitärischen Strukturformen einen anderen Stellenwert. Umgekehrt bestimmen diese Strukturformen wieder-

[1]) Vgl. dazu auch die Bemerkungen bei S. Neumann, Die deutschen Parteien, S. 31 f.

[2]) Vgl. u. a. die „Worte an das Jungbanner" des Gaujugendleiters W. Jatow, Kiel, in: Reichsbanner Schwarz Rot Gold Schleswig-Holstein. Gautreffen 10.—11. Mai 1930 in Neumünster (1930), wo der Tatappell der Radikalen aufgenommen und republikanisch „umgedreht" wird. Das Reichsbanner befand sich allerdings gegenüber den Radikalen von vornherein in der Rückhand. Denn der Hinweis auf die innere Ausgestaltung der Republik, die noch ein gewaltiges Betätigungsfeld für die Jugend offenlasse, konnte sich schwerlich mit den radikalen Tatappellen messen, die der Jugend etwas völlig Neues versprachen und dafür ihre Einsatzbereitschaft verlangten.

[3]) Vgl. dazu auch die Kritik Löwensteins, Tragödie, passim. Durch die ganze Darstellung zieht sich wie ein roter Faden die Kritik an der Weimarer Republik und den republikanischen Parteien, sie hätten kein Gefühl für politische Imponderabilien und kein Verständnis für die emotionalen Seiten der Politik gehabt. Löwenstein rühmt zwar einige gute Ansätze beim Reichsbanner, nimmt aber grundsätzlich auch diesen Verband von seiner Kritik nicht aus. Löwensteins Thesen sind zwar einseitig überspitzt: daß er jedoch eine Grundschwäche der „nüchternen" Republik und der sie tragenden Parteien enthüllt, kann kaum bezweifelt werden.

[4]) Dieser Sachverhalt spiegelt sich ungemein drastisch in einigen kritischen Artikeln Haubachs (R. v. 4. Oktober 1930; R. v. 18. Oktober 1930). Haubachs Beanstandungen — Chorgesang, Schärpen und Girlanden bei Reichsbannerveranstaltungen, kein Sinn für die Bedeutung von Fahnen und Standarten, langweilige „belehrende" Referate — sind typische Bestandteile sozialdemokratischen Vereins- und Organisationsbetriebs, die bei einem militärisch formierten Verband deplaciert und lächerlich wirken mußten.

um den Geist und die Einstellung der Verbandsmitglieder. Mehr als andere Organisationen der republikanischen Linken hat sich das Reichsbanner dem „Geist der Zeit" geöffnet und Denkhaltungen sowie Organisations- und Agitationsformen von der Rechten übernommen. Es ist „bündisch", „irrational", „militaristisch" und „frontsoldatisch"; aber immer nur bis zu einer gewissen Grenze. Das „Sowohl-Als-auch" ist charakteristisch für den Verband und ein typischer Ausdruck seiner Zwischenstellung. Ein Querschnitt im Jahre 1933 sieht zwar sehr viel anders aus als Querschnitte aus den Jahren 1924 oder 1928; er zeigt jedoch nach wie vor das Neben- und Miteinander heterogener Elemente. Der Trend der Entwicklung ist allerdings eindeutig: nach 1930 streift das Reichsbanner mehr und mehr seine Vereinszüge ab und wird zu einem wirklichen Wehr- und Kampfverband.

II. „Frontgeist" und „Kriegsteilnehmerpolitik": der „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer"

1. *Die Auseinandersetzung mit der „Frontsoldatenideologie"*

Im Gegensatz zu seiner österreichischen Bruderorganisation trat das Reichsbanner nicht einfach als „republikanischer Schutzbund", sondern sehr betont als „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer" ins Leben. Die offizielle Anrede „Kamerad" untermauerte den mit der Verbandsbezeichnung erhobenen Anspruch, und deshalb erscheint es berechtigt, nach der Bedeutung zu fragen, die Begriffen wie „Kriegskameradschaft", „Frontsoldatentum" und „Frontgeist" innerhalb der republikanischen Organisation zugemessen wurde.

Schon im Herbst des Jahres 1916 hatte man sich in sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Kreisen, auf Initiative der damaligen Kriegsteilnehmer Friedrich Stampfer und Erich Kuttner, angelegentlich mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise man am ehesten dem Organisationsbedürfnis der heimkehrenden Soldaten gerecht werden könne. Gewerkschaftsvertreter befürchteten zwar von der Gründung eines Kriegerbundes die Züchtung von „Überhebung und Kastengeist" und stellten die Gewerkschaften als „eigentliche Kriegsteilnehmerorganisation" hin, aber auch sie räumten ein, daß Maßnahmen ergriffen werden müßten, weil man erkannte, daß die Soldaten durch gemeinsame soziale und politische Interessen wie durch Erinnerungen und Gefühle der Kameradschaft „zeitlebens miteinander verbunden" sein würden[1]).

Ein Ergebnis dieser Bemühungen war die im Mai 1917 erfolgte Gründung des späteren „Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen"[2]), der sich jedoch mehr und mehr zu einer wirtschaftlichen Interessenorganisation entwickelte. Der einzige erst zu nehmende soldatische Traditionsverband war bzw. wurde der „Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser", der zwar 1915 — als „Kyffhäuserbund Deutscher Landeskriegerverbände" — die Mitgliedssperre für Sozialdemokraten aufgehoben hatte, nach 1918 jedoch schnell wieder in seine alte Frontstellung gegenüber der Linken zurückfand und bald vollends zu einer Domäne monarchistischer oder system-

[1]) Vgl. dazu eine von Fr. Stampfer verfertigte Protokollniederschrift unter dem Titel: „Die Organisation der Kriegsteilnehmer und die Gewerkschaften. Zur vorläufigen Orientierung" (Datum vom 2. November 1916). Zur Erläuterung: Am 22. September 1916 waren im Anschluß an eine Reichskonferenz der SPD sozialdemokratische Kriegsteilnehmer zu einer Besprechung zusammengetreten, zu der Stampfer und Kuttner eingeladen hatten. Eine auf dieser Tagung gewählte Kommission, bestehend aus Stampfer, Georg Davidson und A. Baumeister, traf dann am 17. Oktober 1916 zu einer Konferenz mit der Generalkommission der Gewerkschaften zusammen. Vorliegendes Protokoll berichtet über diese Konferenz und faßt kurz die früheren Vorgänge zusammen. Schriftstück im Bebel-Archiv NB 607.

[2]) Vgl. Erster reichsdeutscher Bundestag der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Weimar, Ostern 1918. Verhandlungsbericht, Berlin 1918, passim. Vgl. dazu auch Heinrich Führ, Wesen und Wirken der Kriegervereine. Ihre Bedeutung für das deutsche Staats-, Volks- und Wirtschaftsleben, Berlin 1919, S. 8, 12: heftige Polemik gegen den „Reichsbund".

feindlicher Kreise wurde. Obwohl die alte Satzungsbestimmung, gemäß der „Marxisten" der Beitritt zur Organisation verwehrt war, erst im Mai des Jahres 1933 offiziell wieder in Kraft trat, wurde die nach außen hin proklamierte Überparteilichkeit mehr und mehr zur Farce[1]). Ähnlich wie beim Deutschen Offiziersbund wurden auch beim Kyffhäuserverband Angehörige politischer Linksparteien ausgestoßen[2]). Schon im September 1924 beschloß die 23. Vertreterversammlung des Bundes, daß eine Zugehörigkeit zum Reichsbanner, das seinen Mitgliedern zunächst dringend empfahl, das Feld nicht freiwillig zu räumen[3]), mit den Grundsätzen des DRKBK unvereinbar sei[4]).

Die Bilanz der Republik auf dem Sektor der Soldatenvereinigungen war also zu Beginn des Jahres 1924 negativ. Der Republikanische Führerbund hatte sich als eine ebenso kurzlebige wie untaugliche Schöpfung erwiesen[5]), und spätere Versuche, einen republikanischen Offiziersbund zu schaffen, dessen Leitung der General a. D. von Deimling übernehmen sollte, kamen über erste Ansätze nie hinaus[6]). In diese Lücke trat das Reichsbanner, das einige Intentionen Stampfers und Kuttners wieder aufnahm, allerdings in erweiterter und modifizierter Form. Denn Verbände wie Stahlhelm und Reichsbanner besitzen zwar auch Züge eines Kriegervereins[7]) und einer soldatischen Interessen-

[1]) Vgl. dazu insgesamt Karl Schulz-Luckau, Soldatentum und Kameradschaft. Anderthalb Jahrhunderte Deutscher Reichskriegerbund, Berlin 1936, vor allem S. 57, 64 ff., 86.

[2]) Vgl. R. v. 1. November 1924; R. v. 15. Dezember 1925. Auch im Reichstag kam diese Angelegenheit mehrfach zur Sprache. Vgl. dazu die Ausführungen der Abgeordneten Kuhnt (SPD) v. 9. Juli 1925 (RT, Bd. 386, S. 2926 B), v. Ramin (DF) v. 17. August 1925 (RT, Bd. 386, S. 3311 D) und Dr. Haas (DD) v. 25. Juli 1925 (RT, Bd. 387, S. 3513 B). Vgl. weiterhin eine Denkschrift des Generals v. Deimling an die Reichstagsfraktion der DDP v. 18. Juni 1925 (Abschrift im Nachlaß Severing).

[3]) Vgl. R. v. 1. November 1924. Auf der BGV 1926 wurde ein Antrag, die Mitgliedschaft im Kyffhäuserbund mit der Zugehörigkeit zum Reichsbanner für unvereinbar zu erklären, ausdrücklich abgelehnt. Dabei spielte vor allem wohl die Tatsache, daß viele republikanische Kriegsteilnehmer sich ein Anrecht auf die Unterstützungskasse des Kyffhäuserverbandes erworben hatten, eine ausschlaggebende Rolle. Vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[4]) Vgl. R. v. 1. Dezember 1924 sowie das „Nachrichtenblatt für den Kreis-Krieger-Verband Altona und die angeschlossenen Vereine" v. 18. September 1925, Nr. 51 (Artikel: „Mitteilungen über das Reichsbanner").

[5]) Vgl. dazu auch Polizeioberst Lange: „Erinnerungen an den republikanischen Führerbund", R. v. 30. November 1929.

[6]) Vgl. dazu die erwähnte Denkschrift Deimlings an die Reichstagsfraktion der DDP v. 18. Juni 1925, in der Deimling von entsprechenden Plänen berichtet, sie jedoch ablehnt, weil er die Spannungen nicht noch verschärfen wolle.

[7]) Gegen den „spießbürgerlichen Kriegervereinsstil" des Stahlhelms wandten sich vor allem die zeitweilig um die „Standarte" gruppierten Vertreter der „jungen Frontgeneration". Vgl. dazu H.-P. Schwarz, Der konservative Anarchist, S. 99 ff.; Anzeigen wie: „Unserem lieben Kameraden Ewald Westphal in Vahldorf zu seinem 2. Jungstahlhelmer ein kräftiges Frontheil" (St. v. 18. Oktober 1925), unterstreichen zu Genüge diese Mentalität. In den gleichen Zusammenhang gehört es, wenn in der Illustrierten Reichsbannerzeitung jeweils die Geburts- und Festtage alter, teilweise über 80jähriger Kriegsveteranen, die ja als republikanische Kämpfer kaum mehr in Frage kamen, gefeiert werden. Im übrigen traten zu Anfang in verschiedenen Orten einzelne Kriegervereine geschlossen zum Reichsbanner über.

vereinigung, da sie satzungsmäßig darauf festgelegt waren, die Kameradschaft des Krieges zu pflegen und die Interessen der Kriegsteilnehmer wie der Kriegshinterbliebenen zu vertreten[1]). Ihr eigentliches Wesen läßt sich indes nicht mit solchen Kategorien erfassen. Es handelt sich bei ihnen nicht um soldatische Traditionsverbände herkömmlichen Stils, sondern um Vereinigungen bewußt politisierter Frontsoldaten, die historisch einen völlig neuartigen Organisationstyp verkörpern und, im Gegensatz zu den Kriegervereinen, erst aus den besonderen Bedingungen des Kriegs und Nachkriegs erwachsen sind. Die Existenz dieser „modernen" schwarzweißroten Kampfverbände, nicht die der Kriegervereine, wurde Anlaß zur Bildung einer republikanischen Gegenorganisation. Das Reichsbanner ist also kein Anti-Kyffhäuserbund, sondern ein Anti-Stahlhelm.

Als der Stahlhelm, der mit dem Anspruch auftrat, die repräsentative Vertretung der deutschen Frontsoldaten zu sein, sich nach anfänglichem Schwanken in das Lager der „Systemfeinde" einreihte, da stand so gut wie alles, was mit frontsoldatischen Parolen auftrat, in der Anti-Weimar-Front. Die Berufung auf den „Frontgeist" und das „Kriegserlebnis" schloß fast automatisch die Ablehnung des neuen Staates ein, dessen „Heimkriegercharakter" herauszustellen die „Pächter des echten Frontgeistes" nicht müde wurden. Gegen die Identifikation von „Weimar" und „Etappe", gegen das gefährliche Schlagwort von der „Republikfeindlichkeit" der Frontsoldaten erhob sich das Reichsbanner, weil es die schwere politisch-psychologische Belastung erkannte, die dem kaum gefestigten Staatswesen aus dieser Agitation erwuchs. Denn der Begriff der Frontsoldaten war in stärkstem Maße mit Wertvorstellungen und irrationalen Gefühlskomponenten geladen und fiel deshalb viel schwerer ins Gewicht, als es der rein numerischen Stärke der Kriegsteilnehmer entsprochen hätte. Das war der entscheidende Grund, daß der neue Verband sich gerade zu Anfang betont „frontsoldatisch" darstellte[2]); gleichen Erwägungen entsprang es, wenn sozialdemokratische Politiker wie Hermann Müller und Sollmann nachdrücklich Wert darauf legten, daß die neue Organisation als Frontkämpfervereinigung ins Leben trat und sich eine aus aktiven Kriegsteilnehmern bestehende Führungsspitze gab[3]).

[1]) Vgl. den § 2 der Reichsbannerbundessatzung von 1924 sowie den § 1 der Stahlhelmsatzung vom 25. Februar 1919; abgedruckt in: Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder, I, S. 32 f. Programmatisch auch ein Artikel Höltermanns „Der Dank des Vaterlands ist nicht gewiß", in dem er betont: „Erinnern wir uns, daß wir uns nicht nur Reichsbanner Schwarz Rot Gold nennen, sondern auch ein Bund der Kriegsteilnehmer sind", R. v. 22. Juli 1928.

[2]) Vgl. u. a. R. v. 15. April 1924 (Gründungsaufruf); R. v. 15. Dezember 1924; R. v. 1. August 1924; IRZ v. 5. Dezember 1925; Baerensprung, in: Der fünfte Jahrestag, S. 8. Bezeichnend auch, daß die früheren Offiziere im Bundesvorstand ihren ehemaligen Dienstgrad ausdrücklich erwähnen; Baerensprung unterzeichnet als Oberleutnant a. D.; W. Hardt als Major a. D.; und der Lehrer Rötscher als Leutnant a. D.; vgl. R. v. 15. April 1924.

[3]) Vgl. dazu ein Schreiben Hermann Müllers an den Bundesvorstand des Rb. v. 10. März 1924, in dem er die ihm angetragene Ehrenmitgliedschaft mit der Begründung ablehnt, er sei niemals

Es ist verständlich, daß das Reichsbanner in einer Situation, in der die Republik tagtäglich als Erfindung von „Heimkriegern" und „Deserteuren", der Verband selbst als Träger des „Etappengeistes"[1]) diffamiert wurde, nicht nur den eigenen Frontsoldatencharakter fast aufdringlich herausstrich, sondern zugleich im Gegenstoß die feindlichen Organisationen als eine Ansammlung von „Etappenhengsten" und „grünen Burschen" abzuwerten suchte[2]). Dabei scheute man keineswegs vor persönlicher Verunglimpfung zurück: eine Methode der Diskriminierung, die namentlich der Major a. D. Karl Mayr zur Perfektion entwickelte[3]). Diese Dinge wären kaum erwähnenswert, würden sie nicht verdeutlichen, welches Maß an Prestige, Anerkennung und Geltung mit dem Begriff des „Frontsoldaten" verknüpft war. Auch die republikanische Seite übernahm fast unbesehen die frontsoldatischen Wertkategorien und Qualitätsvorstellungen: um einem Gegner die politische Reputation zu rauben, sprach man ihm zunächst einmal die Frontsoldateneigenschaft ab[4]).

Diese Art von Polemik wie auch Beteuerungen, daß der eigene Verband „dem gleichen psychologischen Bedürfnis des deutschen Volkes" entspreche und entsprechen solle wie der Stahlhelm, daß auch das „Reichsbanner die Krieger des

---

Soldat gewesen: „Ich glaube, daß es dem neuen Bunde nichts nützt, wenn er unter seinen Ehrenmitgliedern ungediente deutsche Staatsbürger hat. Ich würde vielmehr den größten Wert darauf legen, daß die Ehrenmitglieder des Reichsbanners Schwarz Rot Gold aus den Reihen der gedienten Soldaten und der Kriegsteilnehmer genommen werden." Auch Sollmann lehnt in einem Schreiben die ihm angetragene Ehrenmitgliedschaft ab, weil er nie Soldat gewesen sei. Höchst bezeichnend, daß er ausführliche Erläuterungen beifügt, um diese Tatsache zu erklären. Er habe sich sehr darum bemüht, eingezogen zu werden, sei aber wegen eines Herzklappenfehlers nicht angenommen worden. Gleichzeitig gibt er dem Reichsbanner als Geleit mit auf den Weg, dafür zu sorgen, daß der „Mollusken-Pazifismus" „in der republikanischen Bewegung zurückgedrängt" werde, da dieser ihr gerade „in den willenskräftigsten Teilen unseres Volkes sehr geschadet" habe. Schreiben Sollmanns v. 10. März 1924 und das erwähnte Schreiben Müllers im Besitz Franz Osterroths.

[1]) Charakteristisch für die geläufige Entgegensetzung: nationale Verbände = „Frontgeist"; Reichsbanner = „Etappengeist", gleichbedeutend mit „Parteigeist", ein Aufsatz von R. Richter: Parteien und Verbände, in: Deutsche Zeitung v. 14. November 1926.

[2]) So Hörsing über den Stahlhelm, R. v. 1. November 1924. Vgl. auch IRZ v. 21. November 1925.

[3]) Typisch etwa die Polemik Mayrs gegen Duesterberg: „Vielleicht erklärt uns zunächst der Oberstleutnant a. D. Duesterberg demnächst einmal in seinem Bundesorgan, ob er, der heute die Hauptrolle im ‚Bund der Frontsoldaten' spielt, identisch ist mit jenem Major Duesterberg, der (unseres Wissens schon von 1915 an) als Ministerialreferent für die Türkei in einem behaglichen Büro an der Leipziger Straße saß und bis Kriegsende mit Schlafwagen 1. Klasse oder Orient-Luxus-Zug jeweils nur in die Gefahrenzone höchster Kommandobehörden vordrang." R. v. 21. September 1929. Ähnlich wird später gegen Schleicher polemisiert, der nicht einmal einige Tage, was man sogar seinem „Freunde Franz" zubilligen müsse, im Schützengraben verbracht habe. Vgl. R. v. 10. Dezember 1932. Auf der anderen Seite betont man, um den Groener des SA-Verbots zu loben, die hohe Achtung, die man vor einer „aus dem Frontsoldatentum des Weltkriegs hervorgegangenen Führerpersönlichkeit" hege. R. v. 21. Mai 1932.

[4]) Mit einem gewissen Recht sieht der Stahlhelm in solchen Erscheinungen einen „Sieg des Frontgedankens" auf der ganzen Linie. St. v. 4. Januar 1925.

Weltkriegs" sammle und die „Erinnerung an den Heldenkampf" hochhalte[1]), bieten zwar höchst aufschlußreiche Hinweise bei dem Versuch, das „Gesicht der Zeit" zu bestimmen; sie können indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß der republikanische Bund unter frontsoldatischem Aspekt nur eine Sekundärerscheinung darstellt. Obgleich man gehalten ist, etwa bei Männern wie Höltermann, Baerensprung oder Lemmer, die Echtheit des inneren Erlebens anzunehmen[2]), wenn sie sich „frontsoldatisch" gebärden: das betont frontsoldatische Auftreten wurde doch erst durch die „Provokation" der gegnerischen Verbände veranlaßt. Nicht das Front- und Kameradschaftserlebnis des Schützengrabens wirkte als Motiv bei der Gründung, ausschlaggebend war die aktuelle Bedrohung der Republik[3]). Der Appell an das Frontsoldatische ist deshalb in erster Linie Mittel zum Zweck, der Versuch, auf dem Wege über das Fronterlebnis die Kriegsgeneration für den neuen Staat, die republikanischen Parteien und Gewerkschaften zu gewinnen[4]). Es ist weit weniger Ausdruck eines frontsoldatischen Auserwähltheitsbewußtseins oder eines Glaubens an eine gesellschaftspolitische Mission der Frontsoldaten.

Tatsächlich war der republikanische Verband niemals ein exklusiver Bund von Frontsoldaten. Während der Stahlhelm zunächst nur jenen Soldaten Zutritt gewährte, die nachweislich sechs Monate an der Front gestanden hatten — ähnliche Auslesebestimmungen finden wir, um ein ausländisches Beispiel zu bringen, bei den „Feuerkreuzlern" des Obersten de la Rocque in Frankreich[5]) —, wurden

---

[1]) IRZ v. 29. November 1924.

[2]) Noch heute stellt z. B. Lemmer das „frontsoldatische Element" bei der Reichsbannergründung stark heraus (mündliche Auskünfte). Lemmer war es auch, der seine politische Überzeugung als Demokrat immer wieder mit den „Erfahrungen des Weltkriegs" in Zusammenhang brachte. Vgl. z. B. den Aufsatz Lemmers: Jungdemokratie, in: Die Deutsch-demokratische Jugendbewegung, Berlin 1919, S. 13 f. Charakteristisch die Verknüpfung der eigenen demokratischen Überzeugung mit dem „Fronterlebnis", das mit den konventionellen Topoi umschrieben wird: „Wir fassen mit sittlichem Ernst unsere Demokratie auf, die für uns Religion geworden ist . . ." „In nächtlichen Gesprächen durchschritten wir draußen, von Tod und Elend umgeben, die Weltanschauungskämpfe unserer Zeit, dabei lernten wir uns verstehen. Alle Übertünchung einer Überkultur war gefallen, kein Schein mehr, angesichts des bitteren Todes fiel alles Trennende, und der wahre Mensch entpuppte sich. Ein gemeinsames Band umfaßte alle, man fragte nicht mehr nach Stand und Glauben, ein einstimmiger Pulsschlag der Gesinnung durchzuckte uns. Das war reine Demokratie. Demokratie war es, wenn das tödliche Blei ohne Auswahl hoch und niedrig, arm und reich, Offizier und Mann dahinraffte. Der Schlachtentod war unbestechlich."

[3]) In diesem Sinne äußern sich fast alle ehemaligen Reichsbannerführer. Deutlich tritt das auch hervor im Gründungsaufruf (R. v. 15. April 1924), der zwar das „republikanische Frontsoldatentum" bewußt ins Spiel bringt, aber nur, um der „Anmaßung" der anderen entgegenzutreten.

[4]) Mit aller wünschenswerten Klarheit ausgesprochen in einem Artikel Höltermanns „Unter der gelben Flagge", in: Die Glocke v. 14. Februar 1925.

[5]) Vgl. zu den „Croix de feu" und zu de la Rocque vor allem: Colonel de la Rocque, Staatsdienst am Volk. Mit einer Einführung von Walter Gruber, Berlin 1936 (dt. Übersetzung von Service Publique, Paris 1934), sowie die Besprechung des Werkes in: Zeitschrift für Politik 25 (1935), S. 622. Weiterhin: Walter Gruber, Was haben wir von der Bewegung Feuerkreuz (Croix de feu) in Frankreich zu halten, in: Nationalsozialistische Monatshefte 6 (1935), S. 735—739. Ausführlich: Henry Malherbe, La Rocque, un chef, des actes, des idées, Paris 1934.

beim Reichsbanner von Anfang an nicht nur alle „im Waffendienst ausgebildeten Männer", sondern auch Jugendliche und „zivile" Republikaner aufgenommen[1]). Zwar mauserte sich der Stahlhelm gleichfalls, um eine breitere Basis zu finden und nicht den Einfluß auf die nachwachsende Generation zu verlieren, von einem ursprünglich exklusiven Frontkämpferbund zur umfassenden „nationalen Sammlungsbewegung" und ließ später sogar die organisatorischen Trennungen zwischen Ring- und Kernstahlhelm fallen. Aber er bewahrte zeitlebens auch äußerlich durch verschiedene Abzeichen einen Rest frontsoldatischer Exklusivität[2]), die es beim Reichsbanner — gleiche Abzeichen für alle Mitglieder — nie gegeben hat[3]). Den „Frontsoldaten" der Rechten stehen also die „Kriegsteilnehmer" der Republik gegenüber: schon in dieser Namenswahl kündigt sich eine merkliche Zurückhaltung gegenüber jedweder Mythisierung des Frontkämpfers an sowie eine kritische Distanz zu den sich auf das Fronterlebnis berufenden politischen Konzeptionen und Ideen.

Die sogenannte Frontsoldatenideologie[4]), die sich, auf eine kurze Formel ge-

[1]) 1924 wurden im § 1 der Satzung nur „reichsdeutsche Kriegsteilnehmer und im Waffendienst ausgebildete Männer" als mögliche Mitglieder bezeichnet. Tatsächlich wurden jedoch von Anfang an auch Jugendliche und Nichtsoldaten aufgenommen. 1928 trug man diesem Sachverhalt mit der offiziellen Verbandsbezeichnung „Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner" auch terminologisch Rechnung. Entsprechend umgeändert wurde auch der § 1 der Satzung.

[2]) Vgl. dazu: Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder, I, S. 48, 53 ff.; 62 ff.; sowie Posse, Politische Kampfbünde, S. 23 ff.

[3]) Der Stahlhelm nutzte das sofort zu einem Angriff aus, indem er behauptete, das Rb. wolle nur die peinliche Tatsache verbergen, daß es kaum wirkliche Frontsoldaten in seinen Reihen habe. Vgl. St. v. 15. März 1925.

[4]) Der Terminus „Frontsoldatenideologie", von Reichsbannerseite im polemischen Sinne verwandt, wurde beibehalten, weil er relativ glücklich die politische Ideologie der Rechtsverbände zu umschreiben scheint. Hervorragender Träger dieser Ideologie ist der „Bund der Frontsoldaten". Es erscheint deshalb berechtigt, für die folgenden Ausführungen über Frontsoldatenideologie und „nationales Kriegserlebnis" primär die Jahrgänge des Stahlhelmbundesorgans „Der Stahlhelm" zugrunde zu legen sowie einschlägige Stahlhelmpublikationen, u. a. das schon häufig erwähnte Werk: Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder, Bd. I. Wichtig weiterhin die gesamte nationalistische Kriegsliteratur, die im Bundesorgan des Stahlhelms laufend besprochen und den Mitgliedern empfohlen wird. Herangezogen wurden u. a. Werke von Beumelburg, Schauwecker, Seldte und vor allem die Kriegsbücher Ernst Jüngers, des repräsentativen Sprechers der „jungen Frontgeneration". Obwohl die Gruppe des „jungen Nationalismus", die sich zu einem großen Teil um die anfangs als Beiblatt zur Stahlhelmzeitung, später selbständig erscheinende, aber vom Stahlhelm finanzierte „Standarte" gruppierte, bald in heftige Opposition zum „Legalitätskurs" der Stahlhelmführung geriet (vgl. dazu auch H.-P. Schwarz, Der konservative Anarchist, S. 100 ff.), behielten sie nach wie vor als Künder und Darsteller des Kriegserlebnisses für alle „nationalen Bünde" große Bedeutung. Aufschlußreich für die Position dieses „neuen Nationalismus" sind Sammelwerke wie „Der Kampf um das Reich, Berlin 1929, hrsg. von Ernst Jünger; Krieg und Krieger, Berlin 1930, hrsg. von Ernst Jünger; Fr. G. Jünger, Aufmarsch des Nationalismus, Leipzig 1926, hrsg. und eingel. von Ernst Jünger; Das Gesicht der Demokratie, ein Bildwerk zur Geschichte der deutschen Nachkriegszeit, hrsg. von E. Schulz, mit einer Einleitung von F. G. Jünger, Leipzig 1931. Weiterhin wichtig: Eugen Schmahl, Der Aufstieg der nationalen Idee; K. S. Baron von Galerà, Das junge Deutschland und das Dritte Reich; Helmut Franke, Staat im Staate; Curt Hotzel (Hrsg.), Deutscher Aufstand; W. Kleinau, Stahlhelm und Staat, Berlin 1929; ders., Soldaten der Nation. Zusammenfassende Darstellungen, die sich mit

bracht, als politisiertes Weltkriegserlebnis verstehen läßt, knüpft an das Kameradschaftserlebnis des Schützengrabens an, der Menschen heterogenster gesellschaftlicher Herkunft zu einer Kampfgemeinschaft auf Leben und Tod zusammengeschweißt hatte. Neben dem Grabenoffizier, oft ein Angehöriger privilegierter Schichten, lag der Arbeiter, neben dem Reichen der Arme, neben dem Gebildeten der Ungebildete, vereint und verbunden durch gleiches Schicksal, durch Not und Entbehrung. In dieser menschlichen Extremsituation, angesichts der „sozialisierenden" Wirkung des alle in gleicher Weise bedrohenden Todes, schwanden fast zwangsläufig gesellschaftliche Vorurteile und Ressentiments, wurden Klassen- und Standesgegensätze, die in der Heimat, der Etappe, durchweg auch bei der Flotte, in teilweise verschärfter Form weiterlebten, bedeutungslos und irrelevant. Zumindest psychologisch wurde der Klassenkampfgedanke weithin überwunden; die Front bot gleichsam en miniature das Bild einer klassenharmonischen Gesellschaft. Aus dem Untergebenen, dem „gemeinen Mann", wurde ein „Kamerad", aus dem Offizier, wenn er mehr war als bloßer Vorgesetzter, der anerkannte Führer, dem man weit über den dienstlichen Gehorsam hinaus Achtung, Treue und Vertrauen entgegenbrachte[1]).

In diesem doppelten Erleben kameradschaftlicher Solidarität wie echter Führerautorität liegen die beiden konstitutiven Elemente der Frontsoldatenideologie, deren Charakteristikum darin besteht, daß sie den „Geist der Front" auf die gesellschaftliche und staatliche Wirklichkeit zu übertragen suchte, indem sie die vorher genannten Erlebnisse bewußt politisierte. Aus der Frontkameradschaft, Symbol der vor dem Feinde total einigen, nicht mehr durch Standes- und Klassengegensätze zerspaltenen Nation, erwuchs die Idee der Volksgemeinschaft, die, bezeichnend für Terminologie und Denken der Zeit, nicht selten eine „frontsoldatische" Tönung erhielt; der frontsoldatische Führerbegriff stand auf der anderen Seite hinter den mehr oder minder autoritär gefärbten Führervorstellungen, wie sie bei allen Kampfbünden der Rechten nachzuweisen sind.

Was für die Ausgestaltung dieser Ideologie entscheidender war, die Erfahrung des Krieges oder des Nachkrieges, die Enttäuschung über die Republik oder das Erlebnis in seiner ursprünglichen Form, ist schwer zu beurteilen. Sicher ist jedenfalls, daß erst die Enttäuschung über die Verhältnisse in der Heimat

---

der hier angeschnittenen Problematik befassen: Günther Lutz, Das Gemeinschaftserlebnis in der Kriegsliteratur. Phil. Diss. Greifswald 1936 (materialreich, in seinen Urteilen einseitig und unfair); Arno Mulot, Der Soldat in der deutschen Dichtung unserer Zeit, Stuttgart 1932; Posse, Politische Kampfbünde. Wichtig das Kapitel „Das Kriegserlebnis des ersten Weltkriegs" bei Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 115—139. Im folgenden wird, um die Ausführungen von einem Übermaß an Anmerkungen zu entlasten, wo immer es angeht, auf ausführliche Belege und Hinweise verzichtet.

[1]) Das räumt selbst Hans Albert Förster in seinem von kommunistischer Warte geschriebenen Kriegsbuch: Warum?, Leipzig 1924, S. 44, ein, behauptet allerdings, diese Leute seien zum Großteil gefallen und mit ihren Namen und ihren Leistungen brüste sich heute der „Abschaum dieser Klasse".

zu einer verstärkten Rückbesinnung auf das Kriegserlebnis führte, das nunmehr mit all jenen Attributen ausgestattet wurde, die man einer idealen politischen Ordnung zuschrieb[1]). Die nationalistischen Kriegsdarstellungen bieten ein filtriertes und höchst einseitig stilisiertes Geschehen, das, anmaßend genug, als das Kriegserlebnis des deutschen Soldaten hingestellt wird und all jene als Defaitisten und Heimkrieger aus der Schützengrabengemeinschaft ausschließt, die eine andere politische und moralische Lehre aus den blutigen Ereignissen gezogen haben. Es handelt sich um Tendenzliteratur, die dem Krieger nachträglich die Gesinnungen und Parolen des neuen Nationalismus in den Mund legt. Ihre Wirkung konnte indes nur deshalb so durchschlagend sein, weil sie in der Tat Erfahrungen widerspiegelte und an Erlebnisse anzuknüpfen vermochte, die einer Politisierung im oben genannten Sinne zumindest nicht widerstrebten. Auf Grund seiner Erfahrungen besaß der „Schützengräbler" eine gewisse Empfänglichkeit für den Führerbegriff und war zugleich potentieller Träger einer Antiklassenkampfideologie. Ein unter solchen Vorzeichen stehender Antimarxismus konnte daher als die logische Konsequenz erscheinen, die aus dem Kriegserlebnis gezogen werden mußte; ebenso vermochten sich antikapitalistische Gesinnungen, die für einen Großteil der „jungen Frontgeneration" charakteristisch sind[2]), auf das „klassenharmonische" Gemeinschaftserlebnis des Schützengrabens berufen, wofern man bereit war, im Kapitalismus einen „Klassenkampf von oben" zu sehen.

Inwieweit auch das die „Frontsoldaten" später auszeichnende antiparteiliche Denken, das an traditionelle Überzeugungen anknüpfen konnte[3]), in seinen emotionalen Antrieben in den Schützengraben zurückdatiert werden kann, bleibe dahingestellt. Tatsache ist jedenfalls, daß der in eine von Parteistreit und sozialen Auseinandersetzungen zerrissene Heimat zurückkehrende Frontkämpfer, das Bild der vor dem Feinde total geeinten Nation vor Augen, hinter diesem Antagonismus „Böswilligkeit" und eine „verbrecherische Einstellung" zu erkennen glaubte und sich desto stärker auf die Gemeinschaft des Schützengrabens zurückverwiesen fühlte. Aus dem Erlebnis des Gegensatzes von „Front"

[1]) Richtig Sontheimer, a.a.O., u. a. S. 136 f., der u. E. insgesamt allerdings zuwenig berücksichtigt, daß es sich tatsächlich um Erfahrungen handelte, die einer Politisierung im Sinne einer Frontsoldatenideologie stark entgegenkamen.

[2]) Typischer Vertreter dieser Haltung etwa Arthur Mahraun, der allerdings mehr von „plutokratisch" denn von „kapitalistisch" spricht. Vgl. vor allem seine Veröffentlichung: Gegen getarnte Gewalten, Berlin 1928, passim, insbesondere das Kapitel: „Lösung vom plutokratischen Klassenkampf."

[3]) Das gilt im Grunde für fast alle Elemente der Frontsoldatenideologie. Manches ist in der Tat, auch bei einem Mann wie Ernst Jünger, nur moderne Formulierung von altem Ideengut. An sich wäre natürlich ein historischer Längsschnitt nötig, um die tatsächliche Bedeutung und den Stellenwert des Kriegserlebnisses zu bestimmen. Nur so ließe sich im Grunde auch eine Antwort auf die Frage finden, ob und inwieweit mit gegenüber früher modernisierten Parolen gleiche Gruppen- oder Klasseninteressen vertreten werden. Hier kann indes nur versucht werden, eine Art Querschnitt zu geben.

und „Heimat", der durch die Dolchstoßlegende noch eine ungemeine Verschärfung erfuhr, erhob sich dann unter dem Motto „Frontgeist" gegen „Parteigeist"[1]) die Forderung nach einem „Staat der Frontsoldaten", einer „Diktatur der Frontsoldaten", einer breiten frontsoldatischen Sammlungsbewegung, dazu berufen, aus dem „Geist der Front" eine „Gesundung" des „kranken Volkskörpers" herbeizuführen[2]).

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die Geburt der Frontsoldatenideologie allein aus dem sozialen Nachkriegsschicksal der jüngeren bürgerlichen Frontgeneration zu erklären[3]). In der Tat bieten sich soziologische und sozialpsychologische Deutungen an, zumal wenn man die intellektuellen Künder des frontsoldatischen Nationalismus, Männer wie Ernst und Friedrich Georg Jünger, Schauwecker, Hotzel und Franke betrachtet. Für diese jungen Frontoffiziere war der Krieg das entscheidende Erlebnis ihrer Jugend gewesen, in dessen Banne sie so stark standen, daß sie den Zugang zu einer bürgerlichen Ordnung nicht mehr fanden. Ihr politisches Credo ließe sich in gewisser Weise aus ihrer Außenseiterposition erklären und wäre der Versuch, ihr soziales Nicht-Angepaßtsein zu rechtfertigen, indem man es zum Range einer politischen Ideologie erhob[4]). Unverkennbar weiterhin, daß hinter den frontsoldatischen Parolen handfeste Interessen standen sowie das Ressentiment derer, die sich in ihrer sozialen Position und in ihren beruflichen Ambitionen gegenüber den „Heimkriegern" zurückgesetzt fühlten. Solche Interessen fanden in Forderungen nach einer Vorzugsbehandlung der Kriegsteilnehmer und in dem Ruf nach einem qualitativ gestuften, die Frontsoldaten begünstigenden Wahlrecht einen höchst bezeichnenden Ausdruck[5]).

Man würde dem Phänomen der Frontgeneration jedoch nicht gerecht, wollte man allein diese Seite sehen. Es handelt sich eben nicht nur um die Machtgelüste sozial nicht integrierter Frontsoldaten. Hinter dem lautstark erhobenen Führungsanspruch steht unverkennbar ein von politischem Ethos getragenes Sendungsbewußtsein, das sich aus dem Selbstverständnis jener Generation als „Frontsoldaten" ergab. Da ist einmal der Glaube an eine besondere sozialpolitische Qualifikation des Frontsoldaten, der in den Schlachten des Weltkriegs

[1]) Selbstverständlich verkörperte für die nationalen Bünde zumeist auch das Rb. „Parteigeist". Vgl. etwa ein Rundschreiben der Vereinigten Vaterländischen Verbände zu ihrem Treffen am 28. und 29. August 1926 in Nürnberg, in dem betont wird, man wolle dem „Parteigeist" des Rb. den „alle Schichten und Stände umfassenden Frontgeist der alten Armee" gegenüberstellen. Schreiben abgedruckt in: R. v. 1. Juli 1926.

[2]) Vgl. u. a. St. v. 4. Januar 1925; St. v. 18. Januar 1925; St. v. 1. Februar 1925 und vor allem auch Franke, Staat im Staate, S. 159 ff., 181 ff.

[3]) Vgl. R. v. 12. April 1930.

[4]) Vgl. dazu auch Schwarz, Der konservative Anarchist, S. 60, 62 f.

[5]) Vgl. den Artikel „Wir Frontsoldaten", St. v. 18. Januar 1925; sowie die Polemik des Reichsbanners gegen diese „Materialisierung" des Fronterlebnisses zu einer „Kochgeschirrideologie", R. v. 12. April 1930.

den Wilhelminischen Bürger mit seinen Dünkeln und sozialen Vorurteilen abgestreift habe, zu einem „Fanatiker sozialer Gerechtigkeit“[1]), zu einem „neuen Menschen“ und Träger neuer Wertmaßstäbe geworden sei[2]). Daraus resultiert der Anspruch, in den sozialen Auseinandersetzungen der Gegenwart als „Schiedsrichter“ und „Neutraler“ zu fungieren[3]), weil man sich, obwohl bürgerlicher Herkunft, frei von besitzbürgerlichen Interessen und jenseits aller Klassenstandpunkte stehend wähnt. Zum anderen erscheint der Frontsoldat, unter Berufung auf das verflossene Kriegerdasein, ein Leben des Kampfes und der Tat, als der Angehörige eines besonders aktivistischen Geschlechts, einer „Tätergeneration“, die im „Stahlbad“ des Krieges zu einer „neuen Aristokratie“ herangewachsen und deshalb zur „Herrschaft“ bestimmt sei[4]).

Fast zwangsläufig richtete sich dieses von Tätermythos und Elitebewußtsein getragene politische Tatwollen gegen die zudem als Herrschaftsform der „Alten“ apostrophierte parlamentarische Demokratie, für deren komplizierten Mechanismus der Frontkämpfer seiner ganzen Erlebniswelt nach kaum Verständnis mitbrachte. Sie war gleichzeitig Symbol der „defaitistischen“ Heimat, Verkörperung des „Etappengeistes“, dem man den „heroischen“ „Geist der Front“ entgegensetzte. Aus dieser Konfrontation ergaben sich dann die geläufigen qualitativen Wertbegriffe: „frontsoldatisches Führertum“ gegen „zivile Interessenpolitiker“, „frontsoldatische Täter“ gegen „Parlamentsschwätzer“; die „wagemutige, instinkt- und blutgeborene Tat“ gegen den „entscheidungsscheuen dilatorischen Kompromiß“; irrationales Tatwollen gegen „Intellektualismus“ und „Spezialistentum“; „Frontdemokratie“ gegen „Abstimmungsdemokratie“; autoritäre Führer- und Elitevorstellungen gegen „demokratische Gleichmacherei“ und Parlamentarismus, verstanden als „Herrschaft der Zahl“[5]).

Was hier schlagwortartig umrissen wurde, tritt uns in letzter radikaler Zuspitzung nur bei den intellektuellen Interpreten der „jungen Frontgeneration“ entgegen. Prinzipiell reicht die Skala der sich auf das Fronterlebnis berufenden politischen Haltungen von unverhüllten Diktaturkonzepten über autoritäre Staatsvorstellungen bis hin zu einem sentimental getönten Volksgemeinschaftsglauben, der teilweise über den Vorhof des Politischen nicht hinausgelangt. In dieser abgeschwächten Form ist der „Frontgeist“ tragende Grundstimmung der

[1]) St. v. 1. Februar 1925 (H. Franke).

[2]) Auch Seldtes Richtmannideal basierte auf diesem durch den Krieg geschaffenen „neuen Menschentyp“. Vgl. St. v. 13. März 1927.

[3]) Franke, Staat im Staate, S. 160 f.

[4] So E. Jünger, Vom absolut Kühnen, in: Die Standarte v. 12. August 1925, zitiert nach Schwarz, a.a.O., S. 62; ähnliche Formulierungen auch immer wieder in der Stahlhelmpresse. Vgl. St. v. 1. Februar 1925 (H. Franke: Der Stahlhelm marschiert) und St. v. 4. Januar 1925 (Besprechung von E. Jüngers „Das Wäldchen 125“, mit dessen Ideen man sich identifiziert).

[5]) Eine Fundgrube für derlei Parolen und Konfrontierungen das Kapitel „Kriegserlebnis und Frontsoldatenpartei“ bei Franke, Staat im Staate, S. 159 ff.; sowie ein Artikel des gleichen Verfassers „Der Stahlhelm marschiert“, St. v. 1. Februar 1925.

bürgerlich-nationalen Kriegsgeneration und in seinen Aversionen und Sehnsüchten ein konstitutives Element ihres politischen Denkens und Wollens[1]).

Es liegt auf der Hand, daß eine Kriegsteilnehmerorganisation wie das Reichsbanner sich gegenüber Ideen, die mit dem Anspruch auftraten, die logische Konsequenz aus dem Kriegserlebnis gezogen zu haben, nicht einfach gleichgültig verhalten konnte. Daß sich der Verband die extremen politischen Schlußfolgerungen der Frontideologen nicht zu eigen machen konnte, versteht sich angesichts der demokratisch-republikanischen Überzeugung des Bundes von selbst. Wollte man jedoch jener Anmaßung wirksam entgegentreten, die das „nationale" Kriegserlebnis als das schlechthin gültige hinstellte und alles Abweichende mit der Brandmarke des Defaitismus versah, dann war es mit einer pauschalen Verurteilung nicht getan. Es kam darauf an, entweder die Gemeingültigkeit der von den Frontideologen aus dem Kriegserlebnis gezogenen politischen Folgerungen zu bestreiten, indem man sie als Interessenideologie entlarvte, oder aber eine Art Gegenideologie aufzubauen, die an die „positiven" Seiten des blutigen Geschehens anknüpfte und es nicht einfach bei einem ekstatischen Protest bewenden ließ. Beide Wege sind zumindest in Ansätzen beschritten worden.

Eine vorwiegend ökonomische und sozialpsychologische Interpretation suchte das Aufkommen der Frontsoldatenideologie mit dem spezifischen Nachkriegsschicksal der „bürgerlichen" Kriegsgeneration zu erklären. In bewußter Zuspitzung erschien sie dann als „Frontoffiziersideologie", in jedem Falle aber als Angelegenheit einer „bestimmten Klasse oder Kaste", entstanden aus dem „vielleicht berechtigten Ressentiment einer Oberschicht"[2]). Mit dieser Deutung hoffte man, die frontsoldatisch motivierte Volksgemeinschaftsidee im Kern zu treffen, da eine aus gruppenegoistischen Interessen erwachsene Ideologie nicht Ansatz zu einer „neuen Staatsbürgerlichkeit" werden könne[3]).

Die Schwäche dieser Interpretation lag darin, daß sie überhaupt leugnete, es habe so etwas wie ein Offizier und „gemeinen Mann" verbindendes Gemeinschaftserlebnis der Front gegeben. Damit setzte sie sich in Widerspruch zu Erfahrungen, die auch der politisch linksstehende Kriegsteilnehmer, wenn er ehrlich war, nicht in Abrede stellen konnte. Eine Äußerung wie die des Generals von Deimling: „Im Schützengraben waren wir doch alle einig; da lag der Reiche neben dem Armen, der Hohe neben dem Niedrigen, der Arbeitgeber neben dem Arbeitnehmer. Warum geht es jetzt nicht ?[4])", steht zwar mit ihrem volksgemeinschaftlichen Appell ziemlich isoliert da; aber auch Höltermann scheut sich nicht, einen Rundfunkvortrag mit den Worten zu beginnen: „Der zu Ihnen spricht,

[1]) Aufschlußreich in diesem Zusammenhang auch die Widmung, die Gerhard Ritter seiner Darstellung: Friedrich der Große. Ein historisches Profil, Leipzig 1936, voranschickt: „Der unsichtbaren Gemeinschaft von Trägern echten Frontgeistes im Reiche deutscher Wissenschaft."

[2]) R. v. 12. April 1930.

[3]) Ebd.

[4]) Der fünfte Jahrestag der Republik, S. 11.

war Jahrgang 1894, war Frontsoldat und gehörte somit zu der Schützengrabengemeinschaft und Kameradschaft des Krieges. Und so wende ich mich heute an meine Kameraden aus den Schützengräben zuerst und bitte Sie, mich anzuhören. Anzuhören, wie im Unterstand ein Kamerad den anderen hörte. Hört mich im Gedanken an die Kameradschaft von damals, so verschieden auch die Wege sein mögen, die wir politisch seitdem gegangen sind[1])."

Gewiß haben hier taktische Überlegungen und politische Zweckmäßigkeitserwägungen die Worte diktiert; es handelt sich indes nicht nur um eine geschickte Anrufung des Gefühls. Schlagworte wie „Mission der Frontsoldaten"[2]), „Europa und das Frontkämpfergeschlecht"[3]), „Internationale der Frontkämpfer"[4]) verraten, daß auch bei den republikanischen Kriegsteilnehmern zumindest in Ansätzen ein frontsoldatisches Generationsbewußtsein existiert. Ihm kommt jedoch, verglichen mit anderen Bindungen, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaftsklasse, einer politischen Richtung oder Arbeitsmarktgruppierung ergeben, nur eine sekundäre Bedeutung zu, selbst wenn man sich gelegentlich gegenüber Außenstehenden ausdrücklich auf seine Kriegserlebnisse beruft und damit die politische Eigenart motiviert[5]). Charakteristisch ist weiterhin, daß das Kameradschaftserlebnis zumeist sehr betont in einem vorpolitischen Raum gehalten wird[6]). Der „Frontgeist" ist für das Reichsbanner keine Kategorie der Innenpolitik; die frühere Schützengrabengemeinschaft schließt, wie auch die erwähnten Äußerungen Höltermanns verraten, vorpolitische Gegnerschaft nicht aus, gilt niemals als tragfähige Grundlage für die Bildung neuer politischer Parteiungen und Gruppierungen. Aus dieser Einstellung ergibt sich zwangsläufig die Ablehnung aller frontsoldatischen Sammlungsparolen sowie eine kritische Distanz zum politisierten Begriff des Frontsoldaten, der, exklusiv und elitär konzipiert, neue hierarchische Stufungen zu begründen schien und deshalb mit dem sozialdemokratischen Massenbegriff und sozialistischen Gleichheitsvorstellungen in der Tat unvereinbar war.

Mit einer bloßen Abwehr war es indes auf die Dauer nicht getan. In gleichem Maße, wie die „nationale" Rechte das Weltkriegserlebnis politisierte und in ihrer Agitation antiweimarisch ausschlachtete, wuchs auf der Linken das Bedürfnis, den „Pächtern des echten ‚Frontgeistes'"[7]) eine Art von positiver Antiideologie

[1]) Vortrag abgedruckt in: R. v. 21. November 1931.

[2]) R. v. 19. Februar 1927.

[3]) R. v. 2. September 1928.

[4]) R. v. 28. Mai 1932.

[5]) So etwa Höltermann in seiner Auseinandersetzung mit dem Radikalpazifisten Professor Fr. W. Foerster, R. v. 26. August 1928. Vgl. auch H. Schützinger: „Frontsoldaten über den Krieg", in: Die Glocke v. 24. Oktober 1925.

[6]) Vgl. R. v. 12. April 1930, R. v. 14. Februar 1931 (Abdruck einer Rede, die Carl Zuckmayer auf einer Protestkundgebung anläßlich des Verbots des Remarque-Films gehalten hatte).

[7]) R. v. 15. April 1924.

entgegenzustellen, die sich ebenfalls auf das Erlebnis des Krieges berufen konnte. Ansätze dazu finden wir schon im Gründungsaufruf des Reichsbanners, der mit der Wendung: „Das Volk ist reif geworden, sich selbst zu regieren, reif geworden in den Schlachten des Weltkrieges“[1]) Parolen aufgriff, mit denen in der Endphase der Republik, als die „Marxisten“ mehr und mehr in eine „nationale Pariastellung“ hineinmanövriert wurden, in fast verzweifeltem Aufbegehren gegen den Versuch einer „Ausschließung aus dem Staatsvolk“[2]), ein Gutteil der propagandistischen Abwehrschlacht gegen den Nationalsozialismus bestritten wurde[3]).

Diese Propaganda war betont national und bekannte sich zu der im Kriege neu gewonnenen und neu erlebten Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes; aber der nur nationalen Ausdeutung des Kriegsgeschehens setzte man eine Interpretation entgegen, die den Krieg zugleich als Wegbereiter neuer, den alten Obrigkeitsstaat ablösender politischer Gemeinschaftsformen begriff und die Opfer des Krieges nur dann als sinnvoll dargebracht gelten ließ, wenn sie die Teilhabe des gesamten Volkes an der politischen Verantwortung für alle Zeiten verbürgten[4]). Symbol dieser nationalen und gleichzeitig freiheitlich-demokratischen Einstellung war der in den Augusttagen 1914 als Kriegsfreiwilliger gefallene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank, der aus eben diesem Grunde zu einer Art Schutzpatron des Reichsbanners wurde[5]). In den Worten Franks beim Aufbruch an die Front: „Einer muß die Fundamente des Neuen gesehen haben“, fand man die Sinnrechtfertigung verflossenen Kriegerdaseins, die Synthese von nationalem und freiheitlichem Wollen. Indirekt bedeutete die Identifizierung mit Ludwig Frank auch ein Bekenntnis zum „Geist des 4. August 1914“, den viele Sozialdemokraten aus der Erinnerung zu verdrängen suchten und dem selbst das Reichsbanner selten offen und unverhüllt seine Reve-

[1]) R. v. 15. April 1924.

[2]) So im Arbeitsbericht BGV 1933, S. 7.

[3]) Vgl. dazu etwa den Protestaufruf des Rb. anläßlich des Verbots des Remarque-Films (Hauptstaatsarchiv Berlin XII, 4,227), wo man sich in ungemein scharfer Form gegen die Unverschämtheit von „Heimkriegern, wie Frick, Goebbels, Kube, Reventlow“ wendet. Wichtig in diesem Zusammenhang vor allem verschiedene Aufsätze und Reden Höltermanns. R. v. 21. November 1931; R. v. 8. Oktober 1932 sowie Höltermanns Begrüßungsrede auf der BGV 1933, R. v. 25. Februar 1933. Charakteristisch auch die Aufforderung des Reichsbannergauvorstandes Schleswig-Holstein, „würdige Gedenkfeiern“ für die Toten zu veranstalten, mit der nachfolgenden Begründung: „Diese Demonstrationen müssen eindrucksvoll beweisen, daß in unserem Lager Massen von Kriegsteilnehmern und Angehörigen von Kriegsopfern sind.“ Allg. Rundschreiben v. 14. Oktober 1932.

[4]) Vgl. IRZ v. 7. Februar 1925.

[5]) Vgl. R. v. 1. September 1924 („Ludwig Frank“). Am 21. September 1924 wird in einer Feierstunde in Mannheim ein vom Rb. geschaffenes Denkmal Ludwig Franks enthüllt. Vgl. R. v. 1. Oktober 1924. Vgl. weiterhin R. v. 7. September 1929 („Ludwig Frank zum Gedächtnis“) und die Rede Höltermanns „Arbeiterschaft und Staat“, die unter dem Motto steht „Im Geiste Ludwig Franks“, R. v. 21. November 1931.

renz erwies, obwohl dies eine notwendige Konsequenz seiner Sinndeutung des Krieges gewesen wäre[1]).

Für die Interpretation, die man den „nationalen" Frontideologen entgegensetzte, ist es charakteristisch, daß der Krieg als Vater der Nation wie der Demokratie erscheint, Begriffe, die untrennbar aufeinander bezogen werden. Wenn man betont, daß sich „der deutsche Arbeiter auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Rußlands" das „Recht auf Vaterland" erworben habe[2]), dann heißt „Recht auf Vaterland" immer zugleich: Recht auf demokratische Freiheit, auf staatsbürgerliche Gleichberechtigung und Selbstbestimmung im Innern[3]). Der „Bürgerrock" für den Arbeiter, das, wie Höltermann herausstreicht, „einzige Erbe, was wir unseren Kindern" hinterlassen können[4]), sei nicht zufällige, sondern notwendige Folge des Krieges, ein politisches Gut, auf das die Arbeiterschaft auf Grund ihrer gleichwertigen staatsbürgerlichen Leistung für alle Zeiten einen unverlierbaren Anspruch besitze. Eine Äußerung von Stahlhelmseite, daß die „Toten des Krieges erlöst" seien, wenn die „Nation geworden" sei[5]), könnte, für sich betrachtet, vom Reichsbanner unterschrieben werden, mit dem einzigen Unterschied, daß die Nation für den schwarzrotgoldenen Verband ihre Erfüllung erst in der demokratischen Republik findet, die als das „wahre Vermächtnis unserer Toten" erscheint[6]). Kampf für den neuen Staat, der aus „Blut und Schmerzen der Gefallenen" geboren sei[7]), und gegen Reaktion und Faschismus

[1]) Aufschlußreich für Höltermanns persönliche Einstellung eine Bleistiftnotiz aus seinem Nachlaß, betitelt: „Ideologie des 4. August 1914": „Der 4. August war nicht ein außenpolitisches, sondern ein innenpolitisches Erlebnis. Es war mehr ein gefühlsmäßiges Überrennen der inneren als ein Überrennen der äußeren Grenzen. ‚Ich kenne keine Parteien mehr': wenn das Wort wahr gemacht worden wäre, war der Ausgang des Krieges ein anderer." Bezeichnend auch, daß der dem Hofgeismarkreis entstammende Reichsbanner-Redakteur Franz Osterroth 1924 auf der Reichskonferenz der SAJ seine Rede mit den Worten schloß, er und seine Freunde ständen auch heute noch zum 4. August (Arbeiterjugend 16 (1924), S. 167). So offen wurde allerdings in der Reichsbannerpresse niemals gesprochen. Immerhin besteht ein beträchtlicher Unterschied zwischen der Haltung des Reichsbanners und etwa der der SAJ. Schon Osterroths erwähnte Rede war auf den wütenden Protest zahlreicher Delegierter gestoßen, und wer die Jahrgänge der „Arbeiterjugend" untersucht, dem begegnet immer wieder das Bemühen, die nationale Begeisterung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Jahre 1914 abzuleugnen. Vgl. u. a. Arbeiterjugend 16 (1924), S. 233 ff.; 251 ff.; 18 (1926), S. 117.

[2]) R. v. 15. Februar 1925.

[3]) R. v. 15. Februar 1925.

[4]) R. v. 8. Oktober 1932.

[5]) St. v. 31. Mai 1931; diese Verbindung von Totenkult und Volksgemeinschaftsidee ist ein beliebter Topos der Rechten. Vgl. auch R. Richter, „Parteien und Verbände", Deutsche Zeitung v. 14. November 1926.

[6]) IRZ v. 7. Februar 1925; ähnlich Höltermann, R. v. 8. Oktober 1932.

[7]) H. Schützinger, Kampf um die Republik, S. 85; typisch auch der Totenkult bei Löwenstein, der erklärtermaßen das Ziel verfolgte, der Republik die „Verbindung mit den für Deutschland gestorbenen Brüdern" zu schaffen. Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 116. Aber wenn man auch, wie Schützinger, a.a.O., S. 84 f., an die „Ehrenschuld" der Republik gegenüber den Toten erinnerte und es für dringend erklärte, der Reaktion das „Monopol auf die Gefallenen" zu entreißen: über spärliche Ansätze kamen solche Versuche selten hinaus. Die Toten blieben faktisch ein Monopol der Rechten und fielen gegen die Republik ins Gewicht.

wird deshalb, soll das Andenken der Toten in rechter Weise gewahrt und der Sinn des Krieges nicht in sein Gegenteil verkehrt werden, zur Verpflichtung gerade und vor allem der Frontgeneration[1]).

Der hier auftauchende Nationalbegriff, in seiner wechselseitigen Bezogenheit von Nation und freiheitlicher Demokratie dem Erbe der französischen Revolution und der westeuropäischen Spielart eines „Nationalismus der Volkssouveränität" verpflichtet, ist keineswegs ein geistiges Eigengewächs des Reichsbanners, sondern ganz und gar eingebettet in die ideologische Tradition der SPD[2]). Neu ist dagegen das von geläufiger sozialdemokratischer Praxis abweichende Pathos, mit der das Bekenntnis zur Nation abgelegt wird, vor allem aber der Versuch, den auf das demokratische Freiheitsideal bezogenen Nationsbegriff unter dem Motto „Unser Bündnis gründet sich auf den Krieg"[3]), an die Gefühls- und Erlebnistradition des Weltkrieges zu binden, das Bemühen also, den rechtsnationalen Ideologen eine demokratisch-nationale Alternative entgegenzusetzen.

Die von den Frontideologen propagierte Volksgemeinschaft stieß allerdings, auch wenn sie als von „Frontsozialismus erfüllte Volksgemeinschaft"[4]) deklariert wurde, vor allem aus sozialpolitischen Gründen beim Reichsbanner auf schroffe Ablehnung. Der je nach Belieben mit Attributen wie „Krieg", „Front" oder „preußisch" versehene Sozialismus hatte in der Tat mit dem, was herkömmlicher Weise unter Sozialismus verstanden wurde, wenig gemein; er spiegelte zwar zumeist einen vagen, gefühlsmäßig bestimmten Antikapitalismus, vertrug sich aber durchaus mit Vorstellungen, die einem „deutschen Kapitalismus" das Wort redeten. Im wesentlichen meinte „Frontsozialismus" nichts anderes als den Versuch einer nationalpolitischen Fruchtbarmachung der Schützengrabengemeinschaft, von der man sich die, primär psychologisch zu verstehende, endgültige Überwindung aller Klassengegensätze erhoffte. Der auf „Leistung" und „Opfer" beruhende „wahre Sozialismus" wurde dem angeblich aus „Neid" und „Habgier" erwachsenen falschen „marxistischen Sozialismus" entgegengestellt[5]). Ein weiteres Gegensatzpaar mag die Eigenart dieses Denkens, das sich viel eher ex negativo denn in seinem positiven Gehalt bestimmen läßt, noch stärker beleuchten: Gegenmodell zur „Volksgemeinschaft des wahren Sozialismus" war die als Ausfluß „liberalistischen" Denkens und als Geistesprodukt des 19. Jahrhunderts bezeichnete „Volksgemeinschaft der Parlamentarier", der „Gewerkschaftssekretäre" und „Verbandssyndici", die auf dem Wege über „Verträge" und

[1]) Vgl. R. v. 8. Oktober 1932 (Höltermann).

[2]) Vgl. dazu Matthias, Sozialdemokratie und Nation, vor allem S. 45 ff.

[3]) R. v. 8. Oktober 1932 (Höltermann).

[4]) R. Richter, Deutsche Zeitung v. 14. Dezember 1926.

[5]) Galéra, Das junge Deutschland, S. 41; ähnlich H. Franke (St. v. 1. Februar 1925) mit seiner Parole: für „Sozialismus", gegen „reaktionären Marxismus", wobei das Epitheton „reaktionär" sehr charakteristisch das „Modernitätsbewußtsein" der Frontideologen widerspiegelt.

„rückgratlose Kompromisse" einen bloß äußeren „materialistischen" Ausgleich der Klassengegensätze erstrebten[1]).

Gerade in der Verachtung eines rein „materialistischen" Ausgleichs offenbart sich ein bezeichnender Grundzug dieses Denkens: das mangelnde Verständnis für moderne soziale und wirtschaftliche Gegebenheiten und die Unfähigkeit, Begriffe wie „Nation" und „Volksgemeinschaft" in eine gebührende Relation zu gesellschaftlichen Faktoren zu setzen. Wenn man vom Idealbild einer im Politischen wie Sozialen total geeinten Nation ausging, deren Urmodell die unter völlig anomalen Bedingungen verwirklichte Schützengrabengemeinschaft war, dann lief man einer gesellschaftlichen Utopie nach. Verhängnisvoll wurde dieses Beginnen, weil man die gesellschaftliche Wirklichkeit nach diesem Bilde zu gestalten trachtete; denn dieser Denkansatz führte fast notwendig zu totalitären Konzeptionen, die später in der zwangsverordneten Volksgemeinschaft des Dritten Reiches ihre durchaus konsequente Erfüllung fanden.

Man mag geneigt sein, in der Volksgemeinschaftsidee eine Art „Feigenblatt der Bourgeoisie" zu sehen. Tatsächlich ist sie mehr als eine geschickt auf den Markt gestreute politische Formel, denn die Echtheit des sozialen Impulses, die subjektive Ehrlichkeit, mit der man sich daran machte, Klasengegensätze abzubauen, kann in den meisten Fällen nicht bestritten werden. Ganz gewiß trug vieles, was unter dem Zeichen „Kameradschaft" und „soziale Einstellung" einherlief, in starkem Maße Züge von Herablassung und patriarchalisch getöntem Wohlwollen für den „gemeinen Mann" — man lese einmal kritisch die Frontbücher Franz Seldtes[2]) oder denke an die vorschnelle Art, mit der die Hohenzollernprinzen und Arbeiter unter Feldgrau vereinenden Stahlhelmaufzüge von Verbandsideologen „volksgemeinschaftlich" interpretiert wurden[3]). Wenn jedoch irgend etwas in der politischen Vorstellungswelt des Stahlhelms über den offiziellen Patriotismus der Vorkriegszeit und die nationalbürgerliche Ideologie des Wilhelminischen Deutschlands hinausging, dann war es diese auf die Kameradschaft des Krieges sich berufende Idee der Volksgemeinschaft.

Auch im Reichsbanner ist man zumindest teilweise bereit, die, verglichen mit der des Vorkriegsbürgers, stärkere soziale Aufgeschlossenheit und Unvoreingenommenheit des Frontsoldaten anzuerkennen und ihm eine besondere soziale Qualifikation zuzubilligen[4]). Was man jedoch als unsinnig ablehnt, ist das Bemühen, mit solchen „Gesinnungen" die soziale Frage lösen und eine Volksgemein-

---

[1]) Vgl. Franke, Staat im Staate, S. 160; Galéra, Das junge Deutschland, S. 33 ff.; R. Richter, Deutsche Zeitung v. 14. November 1926.

[2]) Vgl. dazu auch Karl Brögers Besprechung von Seldtes „M G K", R. v. 14. Dezember 1929.

[3]) Vgl. dazu auch die beißende Kritik des Reichsbanners an derlei sozialen „Possenspielen", R. v. 17. Juni 1928.

[4]) Vgl. den Artikel „Die Tragik der Kriegsteilnehmer", R. v. 1. Juli 1928.

schaft aufbauen zu wollen[1]). Mehr als das: die grassierende „Kameraden"- und „Volksgenossen"-Terminologie galt als gefährlich, weil sie geeignet erschien, den Blick für die gesellschaftlichen Realitäten zu trüben und einer „gelben" Ideologie Vorschub zu leisten, die die Beziehung Arbeitnehmer—Arbeitgeber nach dem Muster Soldat—Offizier interpretierte und das Führer—Gefolgschaftsverhältnis auf den Bereich der Wirtschaft übertragen wollte[2]).

An dieser Stelle stießen sozialdemokratische und gewerkschaftliche Interessen mit frontsoldatisch motivierten Volksgemeinschaftsvorstellungen aufs schärfste aneinander. Hier lag für das Reichsbanner, das ja eben zum Schutze der politischen und wirtschaftlichen Institutionen der Arbeiterschaft gegründet worden war, genau die Grenze, jenseits der ein Paktieren mit dem „Frontgeist" unmöglich wurde, der für die Masse der Verbandsangehörigen ohnehin ein vages „Sonntagsgefühl" blieb und niemals den politischen Alltag zu bestimmen vermochte. Der „klassenlose Frontsoldat" hatte sich sozial wieder differenziert, war zum Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, zum Akademiker oder Nichtakademiker geworden, und damit wurden auch jene Gegensätze erneut wirksam, die in der Extremsituation des Schützengrabens zeitweilig aufgehoben gewesen waren. Vorrangig wurden wieder die herkömmlichen sozialen Bindungen, in die der Arbeiter durchweg schneller zurückfand als der „bürgerliche Frontoffizier", der sich gegenüber den Daheimgebliebenen in seiner beruflichen und sozialen Position oft zu Recht zurückgesetzt fühlte und sich viel schwerer anpaßte. Daraus erhellt, daß beim Reichsbanner die innere Disposition für eine Volksgemeinschaftsideologie, die sich primär auf das Fronterlebnis berief, vergleichsweise gering war.

2. *Das Bild des Krieges*

Diese Unterschiede resultieren mit aus der Tatsache, daß der Krieg beim Reichsbanner in ganz anderer Beleuchtung erscheint als bei den „nationalen" Bünden. Damit erhalten Begriffe wie „Frontgeist", „Kriegskameradschaft" und „Schützengrabengemeinschaft" einen anderen Stellenwert, eben weil die Gesamtdeutung des blutigen Geschehens verschieden ist. Ein Vergleich zwischen dem literarischen Angebot des Stahlhelms — Alverdes, Beumelburg, Flex, Dwinger, Schauwecker, Wehner, Ernst Jünger u. a.[3]) — und dem des Reichsbanners — Bröger, Remarque, Renn, Unruh, Binding, Alverdes, Witkop, Flex, Barbusse u. a.[4]) — rückt diese Gegensätzlichkeiten ins rechte Licht. Zwar gibt es

[1]) Zu diesem Volksgemeinschaftsstil gehört es, wenn auf Frontsoldatentagen demonstrativ die Weihe von Fahnen vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine vorgenommen wird. So etwa anläßlich des „deutschen Treffens" in Nürnberg am 28./29. August 1926. Vgl. dazu die Kritik des Rb., R. v. 1. Juli 1926.

[2]) Kritische Auseinandersetzung mit solcher Ideologie, die „von manchem ehrlich geglaubt" werde, bei Höltermann: „Unter der gelben Flagge", in: Die Glocke v. 14. Februar 1925.

[3]) Vgl. u. a. St. v. 31. Mai 1931.

[4]) Auswahl aus Lektürevorschlägen für das Jungbanner. Vgl. Jungbanner, S. 109 f.

Gemeinsamkeiten — Namen wie Flex, Alverdes, Binding, Witkop mögen das illustrieren —, aber ein Ernst Jünger ist bei der republikanischen Kriegsteilnehmerorganisation genauso wenig „gesellschaftsfähig" wie ein Remarque oder Barbusse beim Bund der Frontsoldaten.

Gewiß erscheint der Krieg beim Stahlhelm nicht, mag auch viel klirrende Männlichkeit beigemischt sein, einfach als männliches Superabenteuer, als romantische Ballade von Leben und Tod oder „frisch-fröhliche Soldatenspielerei"[1]). Namentlich Jüngers Kriegsbücher sind von einer pathoslosen Ehrlichkeit und zeichnen ohne idyllische Verbrämung die Werkstättenlandschaft eines technisierten Krieges in ihrer Unpersönlichkeit und geschwundenen Ritterlichkeit, das Grauen der Materialschlachten und die Härte und Unerbittlichkeit des Geschehens. Und dieses Urteil gilt für einen Großteil der „nationalen" Kriegsliteratur, selbst wenn nicht immer auf billige Gloriole verzichtet wird. Ihre Einseitigkeit liegt jedoch in der bewußten Stilisierung des Geschehens auf das Heldische, dem betonten Sich-Absperren gegen das, was man die Verbreitung und unzulässige Verallgemeinerung „privater Erlebnisse" nennt[2]). Begriffe wie „Kameradschaft" und „Schützengrabengemeinschaft" beherrschen die Szenerie und werden für heilig und unantastbar erklärt; verschwiegen werden dagegen die Tiefpunkte menschlicher Feigheit und menschlichen Grauens, die Todesangst und die Phasen menschlicher Erniedrigung. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die ungeschminkte Reportage des Kriegsalltags in Remarques „Im Westen nichts Neues" als Affront und Angriff auf die „Ehre des Frontsoldaten" empfunden wird. Denn hier fehlt das „Heldische", der Sinn für die „Größe" des Geschehens; statt dessen wird der phrasenlose Ausschnittbericht aus dem Erleben eines durchaus „unheroisch" empfindenden Normalmenschen geboten, der unter dem Eindruck des wachsenden Grauens mehr und mehr am Sinn des Krieges verzweifelt[3]).

Der Streit um Remarque, der mit der zum politischen Skandal auswachsenden Auseinandersetzung über die Verfilmung von „Im Westen nichts Neues" seinen Höhepunkt erreicht, läßt die Unterschiede zwischen Stahlhelm und Reichsbanner in charakteristischer Weise hervortreten[4]). Was der Bund der Frontsoldaten als Angriff auf seine Ehre empfindet, das gehört für den republikanischen Kriegs-

[1]) Vgl. St. v. 31. Mai 1931, wo man sich ausdrücklich von Kriegsbüchern mit derlei Tendenz distanziert.

[2]) St. v. 31. Mai 1931.

[3]) Bezeichnende Beispiele für die „nationale" Kritik an „Im Westen nichts Neues" bringt Sontheimer, a.a.O., S. 119 f.

[4]) Die Haltung des Rb. spiegelt sich vor allem in einem öffentlichen Aufruf des Verbandes, der äußerst scharfe Passagen enthält: „Deutsche Republikaner!" „Ehrlose Burschen, die im Kriege die Etappe bevölkerten — die sich damals noch die Windelhöschen näßten, wagen es, Euch, *Deutsche Frontsoldaten* (im Text gesperrt gedruckt; d. Verf.) als Verräter zu beschimpfen". Aufruf im Berliner Hauptarchiv XII, 4, 227; zu den Auseinandersetzungen generell vgl. auch Siegfried Kracauer, Von Caligari bis Hitler. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Films, Hamburg 1958, S. 131.

teilnehmerverband, in dessen Kriegsinterpretation sich primär die Perspektive des „gemeinen Mannes" spiegelt, der dem blutigen Geschehen zumeist keine „heroische" Note abzugewinnen vermochte, unabdingbar zur Gesamtwirklichkeit Krieg[1]). Allerdings gibt „Im Westen nichts Neues" nicht das Kriegserlebnis des Reichsbanners wieder. Die Spannweite dessen, was dem eigenen Erleben gemäß empfunden wird, reicht vom gläubig-idealistischen Aufschwung eines Walter Flex über die den Krieg weder heroisierenden noch verteufelnden Kriegsbücher eines Karl Bröger, in denen das schlichte unpathetische Bekenntnis des für die Verteidigung seiner Heimat kämpfenden Mannes seinen Niederschlag findet[2]), bis hin zum ekstatischen Protest gegen den Krieg.

Das Kriegserlebnis des Verbandes deckt sich also nicht ohne weiteres mit jener radikalen Interpretation, wie sie uns in den Werken pazifistischer Autoren entgegentritt. Es findet sich sowohl Stolz über die Leistungen des deutschen Frontsoldaten[3]) wie positives Bekenntnis zu Begriffen wie „Vaterlandsverteidigung", „Kriegskameradschaft" und „Schützengrabengemeinschaft"; aber sie bedeuten kein geheiligtes Tabu und müssen es sich gefallen lassen, einer rationalen Kritik unterzogen zu werden[4]). Die positive Bedeutung, die solchen Erlebnissen beigemessen wird, verdeckt zudem niemals den Blick für die zerstörerische Seite des Krieges. Der Schwerpunkt des emotionalen Engagements liegt dort, wo Schrecken und Greuel, Elend und Verzweiflung des blutigen Geschehens geschildert werden, die man teilweise bewußt, um das „Gebräu von Selbstberäucherung und Heldenverehrung"[5]) zu zerstören, in grellen und brutalen Farben malt[6]).

[1]) Vgl. dazu den Artikel von Teipel, R. v. 7. Juni 1930; Dr. Teipel, ein früherer Redakteur der „Germania" und ein sehr linksstehender Zentrumsmann, der sich auch an dem publizistischen Unternehmen Wirths, der „Deutschen Republik", beteiligte, schrieb unter dem Pseudonym Fritz Lensen seit 1928 die innenpolitischen Kommentare in der Reichsbannerpresse.

[2]) Vgl. auch die Besprechung Franz Osterroths von Brögers „Kriegsbuch des unbekannten Soldaten", R. v. 21 Januar 1933, in dem Osterroths eigene stark nationale Haltung unverhüllt zum Ausdruck kommt.

[3]) Vgl. IRZ v. 24. Januar 1925; R. v. 14. Februar 1931; R. v. 26. November 1932 (Bericht über einen Kameradschaftsabend des Rb., auf dem Dr. Baerensprung über seine Kriegserlebnisse berichtete).

[4]) Vgl. R. v. 1. November 1924; R. v. 15. Mai 1924; R. v. 1. Juli 1924; R. v. 1. Oktober 1924; R. v. 28. Januar 1933. Teilweise kommt ein starkes Ressentiment gegen die „Offiziere" zum Vorschein.

[5]) IRZ v. 24. Januar 1925 (Schützinger).

[6]) Dazu gehört auch der empfehlende Hinweis auf die Kriegsradierungen von Otto Dix, zu denen jeder greifen solle, für den der Krieg nicht „eine besoffene Ballade, sondern das Schrecklichste seines Lebens" gewesen sei. IRZ v. 24. Januar 1925. Vgl. weiterhin R. v. 11. Februar 1933; R. v. 28. Januar 1933; R. v. 15. Oktober 1924; IRZ v. 13. Juni 1925; IRZ v. 29. November 1924; R. v. 15. November 1926 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg); IRZ v. 31. Juli 1926. Fernerhin: Deimling, Der fünfte Jahrestag, S. 11, mit seinem Aufruf, die „scheußliche Fratze" des technisierten Krieges könne nicht eindringlich genug vor Augen gestellt werden. Diese Antikriegspropaganda löst wieder heftigste Reaktionen bei den Rechtsverbänden aus. Vgl. dazu vor allem die Kampfbroschüre des Stahlhelmers W. Korodi: Fort mit dem Reichsbanner! Genug mit der Reichswehrhetze, Berlin 1927.

Strenggenommen ist es unzulässig, von dem Kriegserlebnis des Reichsbanners oder des Stahlhelms zu sprechen, da innerhalb dieser Verbände, beim republikanischen Bund stärker noch als bei seinem schwarzweißroten Antipoden, abweichende Interpretationen auftauchen, die bei einem generalisierenden Zugriff unter den Tisch fallen. Es gibt indes Grundhaltungen und weltanschauliche Positionen, die so stark dominieren, daß sie als typisch für die Einstellung des jeweiligen Verbandes gewertet werden können. Für den Stahlhelm ist der Krieg grundsätzlich ein legitimes Mittel der Politik, das zwar nicht in „verbrecherischer Leichtfertigkeit“[1]), aber doch eingesetzt werden darf, wenn es um höchste Werte geht, um Bestand, Größe und Ehre einer Nation, der der einzelne so „vergängliche Werte wie Leben und Eigentum“ zu opfern verpflichtet ist[2]). Ganz gewiß will der Verband, immerhin eine Vereinigung von Frontsoldaten mit eigener Erfahrung, nicht einfach einen neuen Krieg — gegen diese Unterstellung hat er sich, zu Recht, immer wieder gewehrt[3]); aber die Aufwertung des Geschehens als „Stahlbad“, als „Mannprobe“, als „Wecker und Erzieher unserer Kraft“[4]), als „Blutprobe“ und Prüfstein für die Lebensfähigkeit einer Kultur, die ohne Krieg im „Fette ihrer Spießigkeit verfaulen“ würde[5]), sowie die Mythisierung des Kriegers als des Trägers einer männlich-ausgezeichneten Existenzform[6]) machte eine Ablehnung des Krieges als Völkermord und Geißel der Menschheit faktisch unmöglich. Der Krieg erscheint diesem von sozialdarwinistischen Ideen beeinflußten Denken[7]) vielmehr als ein Stück kreatürlichen Daseins, als ein „Naturereignis“[8]), als „göttliches Gesetz“[9]), das der Mensch in heroischem Schicksalsglauben zu bejahen hat. Pazifismus ist daher, aus dieser Sicht nur konsequent, nicht nur eine „Anschauung niederer Sittlichkeit“[10]), sondern zugleich ein lächerliches, weil sinnloses Unterfangen, da es dem Gesetz des Daseins zuwiderläuft.

---

[1]) So St. v. 29. November 1925.

[2]) Vorwort Ernst Jüngers zu „Wäldchen 125“, S. IX.

[3]) Vgl. etwa die Erklärung Seldtes gegenüber Robert Dubard, einem Kontaktmann zu französischen Kriegsteilnehmerverbänden: „Wir wollen Arbeit, aber keinen neuen Krieg, denn es kommt nichts dabei heraus und wir wollen einen anständigen Frieden.“ (Erklärung in Faksimile abgedruckt in: R. v. 2. Dezember 1932.) Bezeichnend auch, wie sich Duesterberg, Der Stahlhelm und Hitler, S. 7 f., mit allem Nachdruck gegen diesen Vorwurf zur Wehr setzt.

[4]) St. v. 29. November 1925.

[5]) St. v. 29. November 1925; ähnlich E. Jünger, Das Wäldchen 125, Vorwort, S. IX.

[6]) Am unverhülltesten geschieht das im literarischen und publizistischen Werk E. Jüngers. Vgl. u. a. E. Jünger, Der Kampf als inneres Erlebnis, S. 47.

[7]) Aussprüche wie „Das Leben aller gottgeschaffenen Kreatur beruht auf Kampf und Vernichtung“ (St. v. 29. November 1925) und „Leben heißt Töten“ (E. Jünger, Der Kampf als inneres Erlebnis, S. 38) illustrieren das zur Genüge. Auf die sozialdarwinistische Terminologie bei E. Jünger weist auch Schwarz, Der konservative Anarchist, S. 67, hin.

[8]) St. v. 29. November 1925; E. Jünger, Kampf als inneres Erlebnis, S. 37.

[9]) St. v. 29. November 1925.

[10]) St. v. 4. Januar 1925.

Man darf davon ausgehen, daß die oben skizzierten Gedankengänge, die in den Werken Ernst Jüngers und anderer „junger Frontideologen" die radikalste Verdichtung erfahren, in ihren Ansprüchen teilweise weit über das hinausgingen, was eine Massenorganisation wie der Stahlhelm innerlich nachzuvollziehen überhaupt in der Lage war. Insofern lassen sie sich gewiß nicht einfach als Gemeingut des bürgerlich bestimmten Bundes hinstellen. Entscheidend ist jedoch, daß die Künder eines aus dem Kriege geborenen „soldatischen Nationalismus" als geistige Wortführer und vorbildliche und gültige Interpreten des eigenen Kriegserlebnisses anerkannt werden, mag man sich auch in der Praxis von allzu radikalen politischen Schlußfolgerungen dieser Männer distanzieren. In ihren Werken spiegelt sich das Selbstverständnis des Stahlhelms als Frontkämpferverband, gerade in den Darstellungen Ernst Jüngers, der zumindest als Autor der Kriegsbücher — weniger gilt das für den Verfasser des „Arbeiters" — ein Höchstmaß an Reputation genießt. Für das Reichsbanner dagegen, das seine kriegerischen Publikationen als „Phosgenbekenntnisse" wertet, als Niederschlag von „Raubtiergesinnungen", die es sogar „verschmähen, die Brutalität der Anschauungen mit zivilisatorischen Floskeln zu verkleiden"[1]), ist Jünger geradezu Prototyp einer feindlichen Welt und Inbegriff dessen, was nicht nachdrücklich genug bekämpft werden kann. Jünger wirkt als eine Art Wasserscheide, und gerade die Stellungnahme zu seinem Werk läßt die ideologischen Unterschiede zwischen dem Bunde der Frontsoldaten und seinem republikanischen Gegenspieler besonders deutlich hervortreten.

Steht bei Jünger der Spott über den „nicht mehr zeitgemäßen Nachtrupp der Aufklärung"[2]), der Dinge intellektuell zu bestimmen suche, die in viel tieferen Schichten des Seins beheimatet seien, so findet sich beim Reichsbanner ein eben dieser diffamierten Aufklärung verbundenes Denken; es ist um rationale Klärung bemüht und sehr betont ethisch-humanitären Kategorien verpflichtet, die Jünger bewußt ablehnt, weil sie zwangsläufig den Blick für den „tieferen Sinn" des Geschehens verdeckten. Dieser „tiefere Sinn" wird in der Tat beim Reichsbanner „verkannt". Krieg ist grundsätzlich immer ein Unglück, eine Kulturschande und eine Geißel der Menschheit, demgegenüber Trauer über die Opfer und Protest und Anklage als einzig menschenwürdige Haltung erscheinen[3]). Krieg ist weiterhin nicht einfach ein „Naturereignis" und „notwendiges Schicksal", sondern Folge und Ergebnis menschlicher Fehlhaltungen,

---

[1]) R. v. 17. Juni 1928. Kritische Auseinandersetzung mit dem gesamten „neuen Nationalismus": R. v. 15. November 1930 (A. Katorowicz). Vgl. weiter den Aufsatz von Teipel, „Jugend und Krieg", R. v. 7. Juni 1930.

[2]) E. Jünger, Wäldchen 125, S. 50.

[3]) Programmatisch ein Flugblatt des Reichsbanners (R. v. 15. November 1930, Jungbannerbeilage): „Wir aber hassen den Krieg. Nicht weil wir feige sind, weil wir nicht kämpfen können oder wollen. Wir hassen den Krieg, weil er eine Kulturschande ist . . . Deutsche Jugend, verachte die Kriegsromantik! Die Jugend muß für eine Friedenswelt kämpfen." Vgl. weiterhin einen sehr abgewogenen Artikel von Krone, R. v. 25. November 1928.

mögen auch die Aussichten einer rationalen Bändigung des Krieges je nach persönlich-weltanschaulicher Einstellung verschieden beurteilt werden. Daß jedoch der Krieg kein legitimes Mittel der Politik mehr sein darf und Methoden gefunden werden müssen, den Streit der Völker nach Möglichkeit friedlich zu schlichten: darüber existiert im Reichsbanner, quer durch alle parteipolitischen und ideologischen Fronten, nur eine einhellige Meinung[1]).

Faßt man den Begriff des Pazifismus in diesem weiten Sinn und setzt man ihn nicht in eins mit Kriegsdienstverweigerung, dann ist der republikanische Wehrverband in der Tat eine pazifistische Vereinigung von „Soldaten des Friedens"[2]), die aus dem bewußten Erleben des Krieges für sich die besondere Verpflichtung ableiteten, aktiv an der Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung mithelfen zu müssen. Mit aus solchem pazifistischen Tatwollen erwuchsen die Kontakte zu gleichgerichteten Kriegsteilnehmerverbänden der ehemaligen Feindmächte, zu denen das Reichsbanner 1927 zum ersten Male vorsichtige Beziehungen anknüpfte.

3. *Internationale Kriegsteilnehmerpolitik*

In den ersten Jahren hatte sich der Verband aus außen- wie innenpolitischen Gründen auf diesem Felde völlig zurückgehalten[3]), und mehr als ein Versuch war es auch 1927 noch nicht, als das Reichsbanner sich entschloß, eine Einladung der Fidac (Fédération Interalliée des Anciens Combattants) zu einer internationalen Frontkämpfertagung nach Luxemburg anzunehmen. Diese Beziehungen froren bald wieder ein, da man in der Fidac, einer Dachorganisation von Kriegsteilnehmerverbänden der Ententeländer, die national-bürgerliche Schichten repräsentierten, keinen geeigneten Partner für „positive Friedensarbeit" zu erkennen glaubte[4]). Sehr eng gestalteten sich dagegen die Kontakte zur Ciamac (Conférence Internationale des Associations des Mutilés de Guerre et Anciens Combattants), der man sich im Oktober 1932, nachdem man jahrelang als Gast an allen Konferenzen teilgenommen hatte, offiziell anschloß[5]). Anders als die Fidac war die Ciamac, als „internationale" Dach-

[1]) Vgl. dazu den erwähnten Artikel Krones, der gewiß nicht zur Gruppe der radikalen Pazifisten gezählt werden darf.

[2]) R. v. 1. März 1925.

[3]) Vgl. R. v. 1. August 1927. Erst 1928 wird von der BGV ein Antrag angenommen, mit ausländischen Frontsoldatenvereinigungen, soweit sie dem europäischen Frieden dienen, Kontakt aufzunehmen. Vgl. R. v. 7. Oktober 1928.

[4]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 65; zur Fidac generell: Vgl. R. v. 15. Juli 1927; R. v. 1. August 1927; R. v. 2. September 1928; R. v. 15. Oktober 1927; R. v. 21. Oktober 1928. Erst 1933, als sich am 5. und 6. Januar in Berlin die Ausschüsse der Fidac und Ciamac zur Vorbereitung einer gemeinsamen Frontsoldatenpolitik trafen, wurden indirekt über die Ciamac die Kontakte wieder aufgenommen. Vgl. R. v. 14. Januar 1933 („Im Kampf für den Frieden. Einheitsfront der Kriegsteilnehmer").

[5]) Vgl. R. v. 19. November 1932. Zur Ciamac generell: Arbeitsbericht BGV 1933, S. 65 f.; R. v. 15. Oktober 1927; R. v. 15. Juli 1927; R. v. 14. Januar 1933.

organisation nicht auf die ehemaligen Ententeländer beschränkt, ein Zusammenschluß von Kriegsteilnehmerverbänden linksbürgerlicher oder sozialistischer Ausrichtung, und schon aus solchen Gründen fühlte sich das Reichsbanner in dieser Umgebung stärker heimisch. Während die Fidac betont an die Kameradschaft zwischen den Kriegsteilnehmern der Entente anknüpfte und später auf europäischer Ebene den Begriff des „Frontsoldaten" zu kultivieren suchte[1]), handelte es sich bei den der Ciamac angeschlossenen Verbänden primär um Interessenvereinigungen von Kriegsteilnehmern und Kriegsversehrten, deren Zusammenarbeit auf internationaler Ebene zunächst mehr dem Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Kriegsopferversorgung erwachsen war. Von Anfang an verbanden sich allerdings mit solchen Motiven pazifistische Intentionen, der Wunsch, das Gewicht der Kriegsteilnehmer für die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung in die Waagschale fallen zu lassen. Dieser Pazifismus, der sich auf das Kriegserlebnis berief und zugleich an vorgegebene ideologische Haltungen der Linken anzuknüpfen vermochte, schuf die gemeinsame Plattform, von der aus konkrete Stellungnahmen zu Problemen wie Völkerbund, obligatorische internationale Schiedsgerichtsbarkeit, technische und geistige Abrüstung der Völker[2]) möglich wurden.

Es kennzeichnet diesen Pazifismus, daß er durch die Fixierung auf den Europagedanken eine gewisse realpolitische Konkretisierung erfuhr. Die menschheitliche Perspektive blieb zwar grundsätzlich gewahrt, aber aus einem Denken heraus, in den sich ethisch-humanitäres Wollen mit realpolitischem Kalkül verband, wurde der Weltkrieg doch in erster Linie als europäische Katastrophe empfunden. Der Pazifismus des Reichsbanners wurzelte, wie Major a. D. Mayr die eigene Position, zugleich in betonter Ablehnung von einem „utopischen Pazifismus"[3]), programmatisch zu umreißen suchte, „in dem verantwortungsbewußten Erleben des schauerlichsten Bankrotts in der deutschen und europäischen Geschichte"[4]). Die „Idee", „die in den Schützengräben geboren wurde"[5]), hieß zwar „Krieg dem Kriege", „Nie wieder Krieg", „Friede" schlechthin; die politische Schlußfolgerung, die man aus dem großen Sterben gezogen hatte, lautete indes: „Europa

[1]) Vgl. dazu die kritische Betrachtung des Reichsbanners über den Fidac-Kongreß 1928, an dem auch der Jungdeutsche Orden teilnahm. R. v. 21. Oktober 1928.

[2]) Die Forderung nach Abrüstung war eine Standardformel des Reichsbanners. Zunächst wendet man sich auch mit aller Entschiedenheit gegen jene Stimmen, die bei einem Scheitern der Abrüstungsgespräche Rüstungsfreiheit auch für Deutschland forderten, da eine solche Politik „zu Recht als doppelzüngig gelten und Deutschlands starke moralische Position vernichten" würde (R. v. 22. Juli 1928). Später wird man indes zunehmend ungeduldiger, und gegen Ende unterstützt Höltermann offen die Miliz- und Aufrüstungspläne Schleichers.

[3]) So etwa in einem Schreiben Mayrs an Baron v. Koerber (undatiert; vermutlich Ende 1929 geschrieben; im Besitz Baron v. Koerbers).

[4]) R. v. 6. April 1929.

[5]) R. v. 1. Oktober 1924.

muß lernen, sich als eine Gemeinschaft von Völkern zu fühlen, die auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden ist[1])."

Deshalb erklärt Höltermann in einer scharfen Polemik gegen F. W. Foerster: „Sie verstehen uns nicht, weil Ihnen ein Erbgut fremd geblieben ist, das die europäische Jugend von den Schlachtfeldern mitnahm: die Unmöglichkeit eines europäischen Krieges. Noch einmal Krieg in Europa? Das ist Aufstand, das ist Bürgerkrieg![2])" Unverhüllter begegnet uns die frontsoldatisch motivierte Europaideologie in den militärpolitischen Vorstellungen Mayrs, der der deutschen Wehrmacht nur noch eine europäische Funktion zuzubilligen bereit ist[3]), da eine Bedrohung der deutschen Westgrenzen für alle Zeit, der östlichen und südöstlichen Grenzen für absehbare Zeit nicht gegeben sei[4]). Die Differenzierung zwischen West und Ost liegt in der Linie der Stresemannschen Außenpolitik; mit der Bedrohung aus dem Osten ist indes niemals Polen, sondern Sowjetrußland, ist, um in der Mayrschen Terminologie zu bleiben, der „russisch-tatarische Bolschewismus" gemeint, dem „jede blutige Auseinandersetzung zwischen Polen und dem deutschen Volke, jeder neue europäische Bruderkrieg" zwangsläufig zugute kommen werde[5]).

Der Ausspruch enthüllt die politischen und emotionalen Antriebe, die Mayrs „europäische Frontkämpferpolitik" bestimmen. Hinter seiner Europaidee steht die Furcht vor einer bolschewistischen Aggression. Das Leben dieses aus bayrischem Bildungsbürgertum stammenden ehemaligen Generalstabsoffiziers ist in seiner politischen Substanz nicht leicht faßbar. Als Leiter der Aufklärungsabteilung des bayrischen Reichswehrkommandos 4 protegiert Mayr zunächst Hitler und völkische Richtungen[6]), wird dann Sozialdemokrat und spielt anschließend im Reichsbanner eine maßgebende Rolle. Die Kontakte zu alten Kameraden, etwa zu Röhm, reißen jedoch nie völlig ab. Wenn es Konstanten gibt in diesem abenteuerlich anmutenden Leben, dann ist es ein fanatischer Antikommunismus, der Kreuzzugsideologien sehr nahe kommt[7]).

[1]) R. v. 19. Februar 1927; zur Europakonzeption des Reichsbanners vgl. weiterhin: R. v. 19. Februar 1927 („Die Mission der Frontsoldaten"), R. v. 30. November 1929 („Kriegsteilnehmerpolitik"), R. v. 2. September 1928 („Europa und das Frontkämpfergeschlecht"), R. v. 1. März 1925 („Die Magdeburger Tage. Für den Frieden Europas").

[2]) R. v. 26. August 1928.

[3]) R. v. 21. September 1929; R. v. 2. September 1928; ähnlich Höltermann, R. v. 1. Dezember 1926. Unverhüllter noch treten Mayrs Konzeptionen in einem Schreiben an A. Rechberg v. 28. Juni 1929 hervor (Nachlaß Rechberg, BA), in dem Mayr von der Bedrohung Europas durch den „amerikanischen Imperialismus" und den „bolschewistischen Imperialismus" spricht. Schwerer erscheint ihm indes die sowjetrussische Bedrohung, da er mit einer „Verstärkung der russischen Gefahr durch asiatischen Zuwachs" rechnet.

[4]) Vgl. R. v. 10. September 1932.

[5]) R. v. 23. August 1930.

[6]) Vgl. dazu die Dokumentation von Ernst Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, VZG 7 (1959), S. 177 ff.

[7]) Die Persönlichkeit Mayrs und seine politischen Konzeptionen ausführlich darzustellen, würde zu weit führen. Wertvolle Angaben verdanke ich Franz Osterroth, seinem ehemaligen

Es liegt auf der Hand, daß dieses politische Denken, im wesentlichen bestimmt durch die drei zusammengehörigen und aufeinander bezogenen Grundkomponenten: Antibolschewismus, Europagedanke, deutsch-französische Verständigung, den ehemaligen bayrischen Generalstabsoffizier fast notwendig in Berührung mit dem Kreis um Arnold Rechberg bringen mußte, der ähnlichen Ideen nachging[1]). Schon 1924 hatte Mayr, damals seine politische Grundeinstellung mit „nationaler Sozialist" umschreibend[2]), den Kontakt zu Rechberg gesucht, der in der Folge ausgebaut wurde und über Mayr auch Hörsing und andere Reichsbannerführer mit dem Rechbergkreis in Verbindung brachte[3]). Namentlich zwischen Mayr und einem der engsten Mitarbeiter Rechbergs, dem Rittmeister a. D. Baron Korb von Koerber, der 1926 durch seinen auf Bitten Artur Mahrauns unternommenen „Husarenritt" nach Frankreich bekannt geworden war und sich von einem ursprünglichen Verfechter einer antifranzösischen Politik zu einem der wärmsten Befürworter einer deutsch-französischen Verständigung gewandelt hatte[4]), kam es zu engen Beziehungen, die auch persönlich-freundschaftlicher Züge nicht entbehrten[5]).

Reichsbanner-Redaktionskollegen, Baron v. Koerber, der aufs engste mit Mayr politisch zusammenarbeitete, und dem langjährigen Parteiarchivar der SPD, Richard Rothe, einem Leidensgenossen Mayrs aus der KZ-Zeit (mündliche Auskünfte). Aufschlußreich auch einige zwischen Mayr und Koerber ausgetauschte Briefe, die sich im Besitz Baron v. Koerbers befinden. Einiges über Mayr, soweit es dessen Kontakte zu Rechberg betrifft, auch bei Eberhard v. Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen Westorientierung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, Koblenz 1958, S. 111 f. Interessant auch die Charakteristik bei Ernst Röhm, Geschichte eines Hochverräters, S. 115, sowie die Bemerkungen bei Karl Alexander v. Müller, Mars und Venus, 1954, S. 266; Mayr gehört zu den nicht gerade häufigen Persönlichkeiten, deren politischer Weg von der extremen Rechten zur SPD führte — der Austausch zwischen der extremen Rechten und der äußersten Linken ist sehr viel häufiger. Dabei bewahrte er seine militant antibolschewistische Einstellung. Es scheint sogar, daß dieser Antibolschewismus, in Verbindung mit seiner Europakonzeption und seinen Vorstellungen von einer deutsch-französischen Verständigung, das entscheidende politische Motiv war, sich der Sozialdemokratie anzuschließen.

[1]) Vgl. dazu Vietsch, Arnold Rechberg, passim.

[2]) Schreiben Mayrs an Rechberg v. 12. Januar 1924 (BA, Nachlaß Rechberg, Nr. 51). Mayr bezeichnet sich in diesem Schreiben zwar als „parteilos", er steht aber zumindest der SPD schon sehr nahe, da er für die „Münchener Post" schreibt.

[3]) Vgl. etwa ein Einladungsschreiben Rechbergs an Hörsing v. 31. Mai 1930 und die Zusage Hörsing v. 5. Juni 1930, er werde mit einigen seiner „Herren" erscheinen (beide Schreiben Nachlaß Rechberg, Nr. 51, BA). Vgl. auch ein Schreiben Mayrs an Koerber v. 21. Februar 1931 (im Besitz von Baron v. Koerber), er wolle Hörsing „wieder zum Antreten" bei Rechberg veranlassen. Dort auch über Kontakte E. Auer-Rechberg berichtet. Rechberg, der an einer Verbreiterung seiner Gefolgschaft interessiert war, kamen solche Aussprachen mehr als gelegen. Vgl. dazu auch Vietsch, a.a.O., S. 111 f. Ausführlich von solchen Kontakten berichtet auch Baron v. Koerber (mündliche Auskünfte).

[4]) Vgl. dazu auch Hornung, a.a.O., S. 47, sowie Baron v. Koerber (mündliche Auskünfte).

[5]) Ausführlich über diese Zusammenarbeit, die sich auch im Briefwechsel Koerber-Mayr spiegelt, berichtet Baron v. Koerber (mündliche Auskünfte). Aus taktischen Gründen wurde sie — Koerber war u. a. Mitarbeiter des stark heimwehrfreundlichen großbürgerlichen „Neuen Wiener Journals" — nicht an die Öffentlichkeit getragen. Unter dem Pseudonym Franz Sprener wurden von Mayr auch einige Artikel Koerbers in die Reichsbannerpresse lanciert. Dieses Arbeiten mit Pseudonymen, mit Agenten und Vertrauensleuten, die er auch bei den National-

Angesichts dieser politischen und persönlichen Konstellation vermag es kaum zu überraschen, daß die industriellen und militärischen Integrationspläne Rechbergs in der Reichsbannerpresse, wenn auch in verklausulierter Form und aus taktischen Erwägungen mit antikapitalistischer Polemik versehen, ein ausgesprochen positives Echo fanden[1]). Auch die jungdeutschen Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung von Volk zu Volk, von Kriegsteilnehmer zu Kriegsteilnehmer wurden wohlwollend kommentiert[2]). In dieser Hinsicht war Mayr, dessen Antibolschewismus gewiß nicht von der Führungsschicht des Reichsbanners insgesamt geteilt wurde, der repräsentative Sprecher seines Verbandes; denn auch für den „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer" war die deutsch-französische Verständigung eine conditio sine qua non, der Schalthebel einer konstruktiven Europapolitik[3]).

Die internationale Frontsoldatenpolitik des Reichsbanners ist daher fast ausschließlich durch die enge Zusammenarbeit mit französischen Kriegsteilnehmerverbänden bestimmt, namentlich mit der Union Fédérale des Anciens Combattants und der Fédération Nationale des Combattants Républicains, beides Organisationen, die der französischen Linken nahestanden. Maßgebende Repräsentanten dieser Verbände, wie Bousmiche, Cassin, Secrét und Dr. Liautey, waren in den letzten Jahren zu wiederholten Malen Gast auf Reichsbannerveranstaltungen; umgekehrt nahmen Vorstandsmitglieder der deutschen Organisation, vor allem Mayr selbst, der aktivste Mann auf diesem Gebiet, dem die Fédération Nationale ihre Ehrenmitgliedschaft verliehen hatte, an den Jahrestagungen der französischen Vereinigungen teil[4]). Mit welchen Schwierigkeiten beide Seiten zu kämpfen hatten, zeigt vor allem der Mißerfolg des für das Jahr 1930 vorgesehenen Unternehmens, auf den Schlachtfeldern von Verdun und des Chemin des Dames ein großes Friedenstreffen französischer und deutscher Weltkriegsteilnehmer zu veranstalten. Das Vorhaben scheiterte an dem diesseits und jenseits des Rheins aufbrechenden massiven Widerstand nationalistischer Kreise; allerdings trug auch das Reichsbanner selbst durch ein taktisch höchst unkluges Verhalten — es hatte die Pläne, noch ehe sie ausgereift waren, vorzeitig an die breite Öffentlichkeit getragen — zum

---

sozialisten besaß, diese „Leidenschaft für verschlungene Pfade" (vgl. ein Schreiben Höltermanns an Mayr v. 23. Juli 1933; Nachlaß Höltermann) ist ungemein charakteristisch für die Persönlichkeit Mayrs.

[1]) Vgl. R. v. 27. April 1929; R. v. 7. Dezember 1929; R. v. 1. Dezember 1926 (Höltermann). Schon in dem erwähnten Schreiben Mayrs an Rechberg v. 12. Januar 1924 hatte Mayr betont, daß ein Geltendmachen seiner Ansichten in der sozialdemokratischen Presse nur in „taktisch vielfach verklausulierter Form" möglich sei.

[2]) Vgl. u. a. R. v. 7. Dezember 1929; R. v. 1. Dezember 1926; im übrigen aber sparte gerade Mayr nicht mit beißender Kritik, wenn er in seinen Artikeln den Jungdo mit seinen „mittelalterlichen Aufbauschwärmereien" behandelte. Vgl. u. a. R. v. 23. August 1930.

[3]) Vgl. u. a. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 66; R. v. 1. Dezember 1926; R. v. 30. November 1929.

[4]) Zusammenfassend darüber: Arbeitsbericht BGV 1933, S. 65 ff.

Mißerfolg des Unternehmens bei[1]). Immerhin schlugen die ständigen Kontakte, und darin liegt ihre politische Bedeutung, eine Bresche in die Mauer gegenseitigen Mißtrauens und Hasses und gaben der Stresemann-Briandschen Verständigungspolitik eine, wenn auch bescheidene, Massenbasis und populäre Resonanz.

Unter den „nationalen" Frontkämpferverbänden hat nur der Jungdeutsche Orden ähnliche Bestrebungen verfolgt. Im Gegensatz zur schwarzrotgoldenen Vereinigung setzte er jedoch seine Hoffnungen auf die „volksnationalen" Kreise der „Neuen Rechten" in Frankreich[2]) und suchte sich von den „pazifistischen" Kontakten des Reichsbanners abzuheben[3]), ohne daß ihm allerdings sein außenpolitisches „Westlertum" verziehen worden wäre. Der Stahlhelm sah in dem Vorgehen des Jungdo eine „schwere Schädigung für den Freiheitskampf der nationalen Bewegung"[4]) und lehnte eine an ihn ergangene Einladung der Fidac zum Internationalen Frontkämpferkongreß nach Luxemburg 1928 „aus Gründen der nationalen Würde" ab[5]). In der von französischer Seite erhobenen Forderung einer „Abrüstung der Geister" erblickte man einen Angriff auf die „nationale Würde und Ehre", da die „Rüstung der Geister, d. h. der Manneswille, sich dem uns angetanen Unrecht nicht zu beugen", das einzige Gute darstelle, das dem deutschen Volke „geblieben" sei[6]). Für den Stahlhelm war ein Abrücken von der Kriegsschuldthese und das Bekenntnis zu einer möglichen Revision des Versailler Vertrages seitens der Gesprächspartner unabdingbare Voraussetzung jeglicher Kontaktaufnahme, während das Reichsbanner, das in der Kriegsschuldfrage weniger festgelegt war[7]), darauf vertraute, daß solche Gespräche auf die

[1]) Vgl. R. v. 18. Januar 1930; R. v. 10. Mai 1930; Hintergründe des Scheiterns werden deutlich in einem Schreiben des stellvertretenden Reichsbannervorsitzenden Johannes Stelling an Hörsing (Schreiben undatiert, Anfang 1930 verfaßt; Abschrift davon im Besitz Baron v. Koerbers), in dem über Besprechung Rossmanns, des Vorsitzenden des Reichsbunds der Kriegsgeschädigten, mit französischen Kriegsteilnehmerverbänden in Paris berichtet wird. Aufschlußreich auch das Schreiben A. Liauteys, des Präsidenten der Fédération Nationale, an Hörsing v. 14. Februar 1930 (im Besitz Baron v. Koerbers). Wahrscheinlich war die Anregung zu diesem Treffen von Mayr ausgegangen, der in Frankreich nicht nur Kontakte zu pazifistischen Verbänden, sondern auch zu nationalen Gruppen unterhielt (vgl. dazu auch eine Niederschrift Mayrs über eine Unterredung mit Paul Reynaud unter dem Titel „Conversations entre soldats du front", Nachlaß Rechberg, Nr. 51, BA). Dabei bediente er sich in starkem Maße der Hilfe Koerbers und Rechbergs, welch letzterer sehr daran interessiert war, daß Mayrs Stellung „im Reichsbanner nicht erschüttert" würde. (Vgl. ein Schreiben Rechbergs an Mayr v. 26. Juni 1929. Nachlaß Rechberg, Nr. 51, BA.)

[2]) Dabei handelte es sich um faschistisch- bzw. halbfaschistische Gruppen wie den Kreis um den Baron Robert Fabre-Luce, um die „Jeunesse Patriotes" Taittingers und die „Blauhemden" von George Valois und Philippe Barrès. Vgl. dazu Hornung, Jungdeutscher Orden, S. 47.

[3]) Vgl. dazu Mayrs Protest gegen das „hochmütige Herabsehen auf die pazifistischen Kriegsteilnehmer" seitens des Jungdeutschen Ordens, R. v. 2. September 1928.

[4]) St. v. 9. September 1928.

[5]) St. v. 11. März 1928.

[6]) St. v. 13. Februar 1927.

[7]) Abgestritten wird immer eine Kriegsschuld des „deutschen Volkes", der kaiserlichen Regierung wird dagegen zumeist ein gerüttelt Maß an Schuld in die Schuhe geschoben. Wolfgang Heines scharfer Artikel gegen die „Kriegsschuldlüge", in dem er sich gegen „unsere sich in moralischer Überhebung blähenden Feinde" wendet und nachdrücklich herausstellt, Deutschland und die deutsche Regierung treffe die geringste Schuld, steht ziemlich isoliert da. Vgl. R. v. 1. November 1924.

Dauer zu einer friedlichen Revision des Versailler Vertragswerkes beizutragen vermöchten[1]).

Die kritische Distanz des Stahlhelms zu solchen Kontakten bedeutet nun keineswegs, daß dort, verglichen etwa mit dem Reichsbanner, ein die Gegenseite einbeschließendes spezifisch frontsoldatisches Solidaritätsgefühl weniger vorhanden gewesen wäre. Eher ist das Gegenteil der Fall; denn der Begriff des „Frontsoldaten", von Haus aus ja eine Denkkategorie der Rechten, ging prinzipiell immer über den Rahmen der eigenen Nationsgenossen hinaus. Jene „harte Männermoral", wie sie Helmut Franke, der zeitweilige Herausgeber der „Standarte", verkündete: „Tu deine Pflicht an deiner, ich an meiner Stelle. Du bist ein ganzer Kerl, ich bin auch einer. Du bist mein Feind, ich knalle dich nieder, aber du bist tapfer, ich achte dich"[2]), schloß notwendig auch den Mann jenseits des Niemandslandes ein. Der Frontkämpfer, ob Freund oder Feind, hatte in gleicher Weise mit dem Tode auf Du und Du gestanden, für die gleichen Ideale, Vaterland und Nation, gekämpft und gelitten und war deshalb ein „Kamerad", mit dem man sich solidarisch fühlte[3]). Charakteristisch ist jedoch, daß dieses Verbundenheitsgefühl mit dem ehemaligen Gegner gemeinhin den Vorhof des Politischen nicht überschritt. Aussprachen, wie sie etwa von Kreisen der „bündischen Jugend" mit nationalistischen Gruppen des ehemals feindlichen Auslands versucht wurden, gingen bezeichnenderweise über Beteuerungen gegenseitiger ritterlicher Achtung selten hinaus[4]).

Es hat indes auch auf der Rechten nicht ganz an Versuchen gefehlt, die internationale Frontkämpfersolidarität politisch fruchtbar zu machen. So schloß sich der Stahlhelm mit Frontkämpferbünden Österreichs, Ungarns und Bulgariens in einer politischen Allianz zusammen, um ein einheitliches Vorgehen in der Abrüstungsfrage zu erreichen[5]). Dieses Zusammengehen sprengte allerdings nicht die durch das Versailler Vertragswerk gesetzten Schranken. Anders war es schon mit den Kontakten, die der Stahlhelm seit 1930 zu der „Norske Krigsveteranens Forening" unterhielt, da diese Organisation norwegische Frontkämpfer zusammenfaßte, die als Reisläufer sowohl auf deutscher wie alliierter Seite ge-

[1]) Vgl. dazu auch den Aufruf des Reichsbannerbundesvorstandes v. 28. Juni 1929 mit seiner Forderung nach Rückgabe des Saargebietes, vorbehaltloser Räumung der besetzten Gebiete und „friedlicher Revision" des Versailler Vertrages. Diese Haltung wird durchweg auf den internationalen Kriegsteilnehmerkonferenzen eingenommen (Aufruf, Nachlaß Rechberg, Nr. 51, BA). Tatsächlich wurde auf Ciamac-Tagungen von französischen Verbänden, gegen den energischen Protest polnischer Kriegsteilnehmerorganisationen, eine Revision des Versailler Vertrages als zulässig anerkannt. Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 68.

[2]) H. Franke, Staat im Staate, S. 161.

[3]) Vgl. etwa St. v. 29. Oktober 1933.

[4]) Vgl. darüber W. Fabricius, Der Aufstand der bündischen Jugend, in: Curt Hotzel (Hrsg.), Deutscher Aufstand, S. 243.

[5]) Vgl. dazu K. S. Baron von Galéra, Der Kampf um die nationale Macht, Bd. II, Leipzig 1933, S. 149 f. Selbstverständlich wurden vom Stahlhelm auf der Basis „Kriegskameradschaft" auch enge Beziehungen zu österreichischen Frontkämpferbünden unterhalten.

kämpft hatten[1]). Wenn in gleichem Zusammenhang von Stahlhelmseite der Überzeugung Ausdruck verliehen wird, es wäre schon längst zu einer politischen Verständigung zwischen den europäischen Völkern gekommen, wenn es sich bei den leitenden Staatsmännern um wirkliche Frontkämpfer gehandelt hätte[2]), dann zeichnen sich zaghafte Umrisse einer frontsoldatisch bestimmten Angriffsfront europäischer Jugend ab, einer Internationale der Nationalisten, die in ihrem Selbstverständnis als „nationale Erneuerungsbewegungen" ihre europäische Gemeinsamkeit entdeckten[3]). Wenn Rudolf Heß in einer Königsberger Rede am 8. Juli 1934 den „Geist der Front" für das neue Deutschland in Anspruch nahm und an die internationale Verbundenheit aller Frontkämpfer appellierte, dann spielte er sehr berechnend auf diese Gemeinsamkeit an[4]).

Das gelegentliche Liebäugeln der nationalistischen Rechten in Deutschland mit dem Gedanken einer „Internationale der Frontkämpfer" kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß diesen Ideen politisch nicht einmal sekundäre Bedeutung zukam. Den „nationalen Verbänden" wie ihren geistigen Munitionslieferanten ging es primär um die Aufrichtung einer „geistigen Front" gegen den Westen und um die politische Fruchtbarmachung des Fronterlebnisses auf nationalem Boden[5]). Pointiert könnte man formulieren: während die rechten Bünde das Kriegserlebnis politisieren im Sinne stärkerer nationaler Integration und völkischer Solidarität und eine national-frontsoldatische „Front" gegen „Pazifisten" und „Internationalisten" aufzurichten suchen, deutet die Linke es pazifistisch-übernational aus und bemüht sich um die Schaffung einer internationalen Friedensfront der Kriegsteilnehmer gegen „Kriegstreiber", „Militaristen" und „Nationalisten". Während das Reichsbanner die Politisierung der Schützengrabenerlebnisse ablehnt, da mit „Frontgeist" die soziale Frage nicht zu lösen sei, opponiert der Stahlhelm gegen die internationale Frontkämpferpolitik des Reichsbanners und des Jungdeutschen Ordens, da sie die

[1]) Am 11. Frontsoldatentag des Stahlhelms nahm z. B. ein Vertreter des norwegischen Verbandes teil. Der Stahlhelm selbst unternahm verschiedene Nordlandfahrten. Vgl. St. v. 16. November 1930; St. v. 30. November 1930; St. v. 29. Oktober 1933. Zu Kontaktversuchen des Stahlhelms zu französischen Frontkämpferbünden vgl. einen Artikel von Mayr: „Reichsbanner, Stahlhelm und Frankreich. Von deutsch-französischer Verständigung", R. v. 3. Dezember 1932.

[2]) St. v. 30. November 1930.

[3]) Typisch für diese Ausweitung des Frontkämpferbegriffs ins Übernationale ist ein Ausspruch Frankes, Staat im Staate, S. 165: „Frontkämpfer aller Länder, erkämpft euch den Staat". Ähnliche Ideen tauchen bei Prinz Rohan, E. Jünger, Rosenstock auf. Vgl. dazu auch Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 116 f. Höchst aufschlußreich in diesem Zusammenhang auch die Einleitung von Walter Gruber zu der deutschen Übersetzung von de la Rocques: Service publique (dt. Übersetzung Berlin 1936). Der Komplex Internationaler Faschismus — Internationale der Frontsoldaten müßte einmal eingehend dargestellt werden.

[4]) Bezeichnend wiederum, daß ausführliche Passagen aus dieser Rede in der erwähnten Einleitung Grubers, S. 37 f., zitiert werden.

[5]) Programmatisch Franke, Staat im Staate, S. 159: „Erst die Heimat, dann die Welt, erst das Vaterland, dann andere Länder, erst die Nation, dann Staatenbund."

nationalen Belange schädige, die mit „rauhem, herzlichem Kriegerton" nicht vorangetrieben würden[1]).

Mehr als deutlich ist also, wie sehr die politische Interpretation des Kriegserlebnisses von vorgegebenen politischen Einstellungen der Linken wie der Rechten bestimmt wird; andererseits hat aber auch das Fronterlebnis diese Grundhaltungen rückwirkend in starkem Maße modifiziert und umgeformt. Das gilt nicht nur für die Rechte, die den Weltkrieg als Geburtsstunde eines „neuen Nationalismus" empfand, der sich sehr betont vom „Vorkriegspatriotismus" der Väter und Großväter abzuheben suchte[2]), sondern gleichfalls für die Kriegsgeneration der Linken, für die Grobetikettierungen wie „international-pazifistisch" in der alten Form jedenfalls nicht mehr zutreffen. Die pazifistische Einstellung, wie sie vom Reichsbanner und der Ciamac vertreten wird, läßt sich zwar leicht aus der politisch-ideologischen Grundkonzeption der Linken ableiten, ohne daß eigens das Kriegserlebnis bemüht werden müßte. Und doch setzt das Kriegserlebnis dem Pazifismus neue Akzente: nicht „vaterlandslose Gesellen" kämpfen für den Frieden der Menschheit, sondern Kriegsteilnehmerverbände europäischer Nationen sehen ihre vornehmste Aufgabe darin, an der Schaffung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung mitzuwirken.

Wenn Höltermann sich gegen den Pazifismus F. W. Foersters wendet, den er als „Kehrseite nationalistischen Denkens" definiert: „Wir sind Pazifisten anderer Art als Sie; für uns versteht sich das Nationale und Pazifistische von selbst"[3]), dann deutet er zwei Grundkomponenten an, die die neue Haltung bestimmen: dieser Frontsoldatenpazifismus begreift sich weniger von einem pazifistischen Dogma, von theoretischen Einsichten her, sondern beruft sich, ähnlich wie der „neue Nationalismus" der Rechten, auf die Wirklichkeitserfahrungen des Krieges. Er ist, naturgemäß, übernational ausgerichtet, obgleich er sich sehr betont zu einer nationalen Haltung bekennt.

Es geht zwar nicht an, mit dem Weltkrieg die Geburtsstunde eines „neuen Nationalismus" der Linken zu datieren, aber das Erlebnis des Krieges hat doch, ähnlich wie es pazifistischen Bestrebungen Auftrieb gab, „nationalisierend" auf der Linken gewirkt[4]) und eine neue Einstellung mit hervorrufen helfen, die durch

[1]) St. v. 11. März 1928.

[2]) Programmatisch das Vorwort E. Jüngers zu dem von ihm hrsg. Sammelwerk: Der Kampf um das Reich, S. 7 ff. Bezeichnend auch, daß die „Standarte" während der Monate, in denen sie selbständig erschien, mit dem Untertitel „Wochenschrift des Neuen Nationalismus" an die Öffentlichkeit trat. Charakteristisch weiterhin Fr. W. Heinz, Die Nation greift an (Vorwort), und Franz Schauwecker, Der Aufbruch der Nation aus dem Kriege, in: Curt Hotzel (Hrsg.), Deutscher Aufstand, S. 247 ff. Zusammenfassend Sontheimer, a.a.O., S. 125 ff.

[3]) R. v. 26. August 1928.

[4]) Bewußt ausgespielt von Höltermann auf der letzten BGV 1933: „Wir sind der Meinung, daß das deutsche Volk im Feuer des Weltkriegs zur Nation geworden ist", R. v. 25. Februar 1933; ähnlich R. v. 8. Oktober 1932. Überscharf formuliert Duderstadt, Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz, S. 30, diesen Sachverhalt: „Von uns Jüngeren ist die Internationale niemals ernstgenommen worden, sie war für uns eine Albernheit, eine leere Phrase, die nun einmal zur Überlieferung gehörte."

ein unproblematischeres und selbstverständlicheres Verhältnis zu Begriffen wie „Vaterland" und „Nation" charakterisiert ist. Derlei Gefühle und Überzeugungen kennzeichnen vornehmlich die Einstellung der „jungen Kriegsgeneration", ein Phänomen, das es in Ansätzen auch auf der Linken gegeben hat. Namentlich Äußerungen Höltermanns verraten dies, der häufig bewußt den Gegensatz „jung — alt" ausspielt, um unter Hinweis auf das „Erbgut" des Krieges die eigene national-pazifistische Position zu legitimieren[1]). Die Kriegermentalität der „Jungen" spiegelt sich auch in Schlagworten wie „Europa und das Frontkämpfergeschlecht", „Mission der Frontsoldaten", „Kriegsteilnehmerpolitik"; denn mit solchen Parolen verbindet sich nicht selten Ressentiment und Mißtrauen gegen die gegenwärtig die Geschicke bestimmende „nichtsoldatische" Politikergeneration und die Hoffnung auf das „Junge Europa" der „Schützengräben"[2]).

Die Frage ist, inwieweit diese Einstellungen wirklich repräsentativ für das Reichsbanner sind. Nachzuweisen sind solche Trends nur in der verbandsoffiziellen Publizistik und in den Äußerungen einzelner prominenter Führer, und auch dort vornehmlich in der Endphase der Republik, als taktische Erwägungen stärker denn je eine Rolle spielten. Nur mit dieser Einschränkung mag es erlaubt sein, von einer Art Politisierung des Fronterlebnisses zu sprechen, wenn man darunter Versuche versteht, die übernationale Solidarität der Kriegsteilnehmer für die Schaffung einer europäischen Friedensordnung fruchtbar werden zu lassen. Das ist, wenn man will, die „Frontsoldatenideologie" des Reichsbanners.

Die politische Entwicklung der Weimarer Republik verrät, daß der „Frontgeist" und die „Toten des Weltkriegs" im Grunde ein Monopol der Rechten blieben. Trotz des Reichsbanners herrschte die Rechte nach wie vor auf diesem für die politische Bewußtseinsbildung stimmungsmäßig so wichtigen Feld. Der republikanische Verband hatte zwar beachtliche Erfolge und kam an Menschen heran, die sich vermutlich niemals einer anderen Organisation der Linken angeschlossen hätten; aber er kam letztlich nie aus seiner ideologischen Defensivstellung heraus. Dennoch ist es fast müßig, in diesem Zusammenhang nach Schuld und Versagen des Reichsbanners zu fragen. Der Verband war immer mehr Objekt denn Subjekt der politischen Entwicklung. Die Antwort darauf, ob und unter welchen Bedingungen eine wirkliche Chance bestand, die Frontgeneration an die Republik zu binden, läßt sich nicht allein vom Reichsbanner her geben. Daß es indes nicht ganz unwesentlich ist, eine solche Frage zu stellen, zeigt gerade die Gründung des republikanischen Verbandes. Die Art seines Auf-

[1]) R. v. 26. August 1928.

[2]) Vgl. R. v. 26. August 1928 (Höltermann); R. v. 19. Februar 1927; R. v. 30. November 1929; R. v. 1. Oktober 1924. Sehr betont auch Schützinger: „Wenn Europa einmal zum Frieden kommen soll ... dann wird dies nicht das Werk der Juristen, der Professoren oder Diplomaten, sondern der republikanischen Frontsoldaten sein", R. v. 15. Dezember 1924.

tretens und die Form seiner Agitation unterstreicht die Bedeutung jener Strömungen und Stimmungen, die wir mit Begriffen wie „Frontgeist“ und „Kriegserlebnis“ zu erfassen suchten. Denn die mit diesen Begriffen verbundenen politischen Aktivitäten haben zweifellos wesentlich dazu beigetragen, die Massenbasis der Republik zu unterhöhlen und die „Machtergreifung“ des Jahres 1933 vorzubereiten. Mit einem gewissen Recht konnte die Propaganda der Rechten 1933 von einer „Revolution der Frontsoldaten“ und der in ihrem Schlepptau fahrenden Nachkriegsgeneration sprechen.

III. „Wehrhaftigkeit" und „Pazifismus": der Standort des Reichsbanners innerhalb der Wehrbewegung

1. „Technische" Ausbildung vor 1930

„Wie es Gedanken gibt, die Taten bedeuten, gibt es Worte, deren Klang schon schreckt. Die zwei Worte ‚deutsche Verbände' wirken wie ein Keulenschlag auf die deutsch-französische Verständigung. Vor Auge und Ohr treten verhaßte Vorstellungen: marschierende Kolonnen, Waffengeklirr. Ein Deutschland in Helm und Kürassierstiefeln steigt vor uns auf, wir sehen, wie es heimlich zum Gewaltstreich rüstet": mit diesen Sätzen zeichnet der konservative französische Politiker Wladimir Graf d'Ormesson[1]) pointiert, aber zutreffend das Bild, das in der französischen Öffentlichkeit von den Kampfbünden der Weimarer Republik bestand.

Das Ausland sah in diesen Vereinigungen fast ausschließlich militärische Organisationen, die sich auf eine künftige Revanche vorbereiteten und bei einem außenpolitischen Konflikt als Armeereserve Verwendung finden sollten. Aufmerksamere Beobachter, die mit den innenpolitischen Verhältnissen der Republik vertraut waren, wußten zwar sehr genau, daß Verband nicht gleich Verband zu setzen war und die einzelnen Bünde gerade in ihren außenpolitisch-militärpolitischen Konzeptionen keineswegs konform gingen[2]). Aber gemeinhin überwog die Neigung, alle Organisationen unterschiedslos als illegale Truppen im Schatten der Reichswehr zu betrachten. Auch das Reichsbanner wurde, trotz aller Friedensbeteuerungen, nicht selten zur Gruppe der die französische Sicherheit bedrohenden, gefährlichen militärischen Vereinigungen gezählt[3]).

Es bleibe dahingestellt, ob hinter solchen Klischeevorstellungen das naive Gefühl stand, wirklich bedroht zu sein, oder mehr berechnende Manipulation, die in der Existenz dieser Vereinigungen im Grunde einen willkommenen Vorwand erblickte, um eigene Maßnahmen als notwendige und berechtigte Sicherheitsvorkehrungen zu tarnen und damit der Gegenseite den „Schwarzen Peter" zuzuschieben: Tatsache ist jedenfalls, daß das eingangs skizzierte Bild mit der Realität der Verbände wenig gemein hatte. Schon d'Ormesson, der sich um

[1]) In seinem Werk: Vertrauen zu Deutschland? Übers. und Vorwort von Alfred Grafen von Oberndorff, Berlin 1929, S. 60.

[2]) Gegen eine allzu summarische Betrachtung wendet sich mit Nachdruck d'Ormesson, a.a.O., S. 60 ff.; differenzierende Analyse auch bei E. L. Ney, L'Autre Allemagne. Récits de Missions Speciales, Paris 1930, passim.

[3]) Vgl. R. v. 21. September 1929, wo man sich mit solchen Behauptungen auseinandersetzt. Auch Severing weist gelegentlich auf diese Einschätzung hin und mahnt deshalb zur Zurückhaltung. R. v. 15. Juli 1927 (Gaubeilage Östl. Westf.). Vgl. auch Kapitän a. D. Persius in: Das Neue Europa, XII (1926), Nr. 7/8, S. 25—28, der sich mit der im Ausland verbreiteten Neigung, das Reichsbanner „mit Mißtrauen zu betrachten", es als „Hort des alten preußischen Militarismus" und „Organisation zur Heranzüchtung von Revancheplänen" hinzustellen, kritisch auseinandersetzt und solche Befürchtungen als völlig unsinnig bezeichnet.

eine differenzierende und objektive Analyse bemühte, wies darauf hin, daß es unter den gegebenen Verhältnissen völlig unmöglich sei, Mobilmachungspläne für Millionen von Menschen vor der Öffentlichkeit geheim zu halten, daß somit die übliche Auffassung von einer illegalen Armee im Schatten der Reichswehr mit einem großen Fragezeichen versehen werden müsse[1]).

Es gab allerdings innerhalb des Wehrverbandslagers Tendenzen, die zu französischen Besorgnissen Anlaß geben konnten. Wenn sich die Konzeptionen dieser Gruppen, die auf ihre Art die Tradition der „schwarzen Reichswehr" fortzusetzen gedachten, von einem nationalen Befreiungskrieg träumten und offen oder verhüllt eine illegale Aufrüstung propagierten, durchgesetzt hätten, wäre das Schlagwort von dem „réarmement clandestin du Reich"[2]) weit mehr als eine Fiktion gewesen. Solche Pläne waren indes, ganz abgesehen davon, daß ihre Verwirklichung an den politischen Gegebenheiten scheiterte, kein Gemeingut der gesamten „nationalen Bewegung". Nicht nur Hitler, der mit seiner SA rein innenpolitische Ziele verfolgte, sprach sich höchst abfällig über die „sinnlose Wehrbewegung" aus, deren Bemühungen er als „aussichtslos" und „lächerlich" charakterisierte[3]). Auch Mahraun, der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, wandte sich schon 1920 in einer Denkschrift[4]) gegen utopische Pläne und lehnte jedwede „geheime Krümperei" ab, da es völlig unmöglich sei, geheime Truppenverbände aufzustellen und deren Existenz gegenüber den „Feindbundmächten" verborgen zu halten. Nach seiner Theorie konnten die Bünde nur militärische Vorarbeit leisten, indem sie die ihr anvertraute Mannschaft zu Korpsgeist und körperlicher wie geistiger Wehrhaftigkeit erzogen, niemals jedoch selbst irgendeinen militärischen Anspruch erheben. „Vertiefung des Wehrgedankens" und „Wehrhaftmachung der Gesinnung des einzelnen"[5]), aber Ablehnung aller „Soldatenspielerei": das ist, auf eine kurze Formel gebracht, die Konzeption des Jungdeutschen Ordens[6]).

[1]) d'Ormesson, a.a.O., S. 69 f.

[2]) Vgl. dazu den Titel eines Buches von Georges Castellan: Le Réarmement Clandestin du Reich. 1930—1935. Vu par le 2e Bureau de l'Etat — Major Francais, Paris 1954. Wenn sich in diesem Werk tatsächlich die damalige Ansicht des französischen Generalstabs widerspiegelt, dann kann man nur sagen, wie Gerhard Meinck (Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933—1937, Wiesbaden 1959, S. 11) zu Recht betont, daß er eben „falsch orientiert" war.

[3]) Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, S. 603 ff. (in dem Kapitel: Grundgedanken über Sinn und Organisation der SA).

[4]) Inhaltliche Wiedergabe der Denkschrift, in der die „Theorie von der Dreiteilung des militärischen Organismus" entwickelt wird, bei Mahraun, Gegen getarnte Gewalten, S. 46—48.

[5]) So der Jungdoführer, Freiherr von Medem, in einem Schreiben an Schleicher v. 5. Mai 1924. Schleicher, der in dem Brief ersucht wird, ein Geleitwort für die neugegründete „Jungdeutsche Tageszeitung" zu schreiben, bekundet zwar seine Sympathie für die Bestrebungen des Ordens, lehnt jedoch das Ersuchen ab. Antwortschreiben Schleichers v. 13. Mai 1924. Beide Schriftstücke im Nachlaß Schleicher, Nr. 20, BA.

[6]) Programmatische Formulierung dieser Ideen bei Mahraun, Getarnte Gewalten, S. 45—49 unter der Kapitelüberschrift „Die Wehrbewegung"; ebd. auch Auseinandersetzung mit den oben erwähnten Konzeptionen radikaler Vertreter aus dem Wehrverbandslager.

Diese realistische Einstellung, die sich konsequent auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellte, wird man bei vielen anderen Bünden, bei denen noch lange Zeit Illusionen über die Möglichkeiten einer militärischen Ausbildung fortlebten, vergebens suchen. Aber auch der Stahlhelm verwahrte sich bisweilen energisch dagegen, als eine Art „illegaler Reichswehr" angesehen zu werden, und betonte nachdrücklich, er setze die Traditionen der alten Armee nur auf geistiger Ebene fort, nicht in ihrem technisch-militärischen Gehalt[1]). Solche Bekundungen waren vielleicht vorwiegend taktisch gemeint, um den staatlichen Behörden keine Handhabe zum Eingreifen zu geben; aber selbst wenn man annimmt, daß darin die wahren Absichten des Verbandes nicht zum Ausdruck kommen: die Formel „nicht militärisch", sondern „soldatisch", mit der der Stahlhelm die seiner Wehrsporttätigkeit zugrunde liegenden Prinzipien zu umreißen suchte[2]), spiegelt zumindest die konkrete Situation des Verbandes adäquat wider, da es einfach an notwendigen Mitteln und Möglichkeiten fehlte, um weitergesteckte Ziele zu verwirklichen.

Es bedeutet keinen Widerspruch zu dem bisher Gesagten, wenn man hervorhebt, daß einzelne Verbände zweifellos militärischen Ehrgeiz besaßen und Gelände- und Felddienstübungen veranstalteten, die nach Art und Anlage eindeutig militärischen Charakter trugen und somit gegen die Ausführungsbestimmungen zu den Paragraphen 177 und 178 des Versailler Vertrages verstießen. Im Einzelfall läßt sich allerdings nur schwer nachprüfen, ob es sich tatsächlich um eine „kriegsähnlich" aufgezogene militärische Übung handelte oder ob sie nur von interessierter Seite als solche hingestellt wurde. Die offiziellen Definitionen der Begriffe „militärisch" und „militärischer Verband" lauteten denkbar vage und unbestimmt, so daß einer willkürlichen Handhabung der gesetzlichen Vorschriften Tür und Tor geöffnet war.

Geländeübungen galten keineswegs als verboten, sofern „rein sportliche Ziele" verfolgt wurden[3]). Da deren Vorhandensein oder Nichtvorhandensein objektiv zumeist kaum nachgewiesen werden konnte, kam es in einzelnen Fällen immer wieder zu schweren politischen Auseinandersetzungen. Ein Musterbeispiel ist der öffentlich ausgetragene Streit zwischen dem thüringischen Innenminister Dr. Frick und Reichsinnenminister Dr. Wirth, der sich an dem sogenannten Fall „Reichsbanner Gera" entzündete. Während Frick unter Hinweis auf das Reichsgesetz vom 22. März 1921 zur Durchführung der einschlägigen

[1]) Vgl. St. v. 7. Juni 1925.

[2]) St. v. 5. Oktober 1930.

[3]) Vgl. dazu ein Schreiben (Abschrift) des Reichsministeriums des Innern vom 28. Januar 1925 an das Thüringische Ministerium für Inneres und Wirtschaft — Abteilung Inneres, in dem eine Erläuterung zu den verschiedenen Gesetzen zur Durchführung der Paragraphen 177 und 178 des Versailler Vertrages gegeben wird (es handelt sich um eine Antwort auf eine entsprechende Anfrage der thüringischen Staatsregierung): NStAH, Schaumburg, Des. L 4, 551. Vgl. auch St. v. 23. Januar 1927, wo ein Rundschreiben des Reichsministers des Innern an die einzelnen Länderregierungen zum gleichen Komplex inhaltlich wiedergegeben wird.

Paragraphen des Versailler Vertrages eine Auflösung der Ortsgruppe verlangte, da eine von ihr am 19. November 1930 veranstaltete Übung eindeutig militärischen Charakter getragen habe, wandte sich Wirth ebenso energisch gegen ein Verbot, da die betreffende Übung über sportliche Ausmaße nicht hinausgegangen sei[1]).

Der Fall Gera, bei dem sich die tatsächlichen Vorgänge nicht mehr rekonstruieren lassen, mahnt zur Zurückhaltung und macht deutlich, daß jeder generalisierenden Aussage ein hohes Maß an Unsicherheit anhaftet. Immerhin wird man feststellen können, daß von verschiedensten Gruppen unter dem Schein des Zulässigen nicht selten unzulässige — unzulässig bezogen auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages und die zu ihrer Durchführung erlassenen Gesetze und Verordnungen — Ziele verfolgt wurden[2]). Zweifellos ist die Zahl der Verstöße, die ungeahndet blieben, obwohl eine gesetzliche Handhabe bestanden hätte, unvergleichlich größer als die jener Fälle, bei denen ein Verband zu Unrecht wegen militärischer Betätigung belangt wurde.

Solche Vorkommnisse besagen indes wenig für den praktischen militärischen Wert der Übungen, der zumeist in keinem Verhältnis zu dem Aufsehen stand, das sie erregten, und zu dem politischen Schaden, den sie im Ausland anzurichten vermochten[3]). Wenn Geßler, und später auch Groener, von einer „militaristischen Spielerei" sprachen und es als einen verhängnisvollen Trugschluß hinstellten, daß man glaube, diese Verbände könnten im Fall eines Krieges eine wertvolle militärische Hilfe darstellen[4]), dann charakterisierten sie genau das Dilemma vieler Bünde, zwischen deren Können und Wollen zumeist ein unüberbrückbarer Widerspruch bestand.

In viel stärkerem Maße noch als für die Bünde der Rechten treffen die oben gemachten Einschränkungen für ihren Gegenspieler aus dem republikanischen

[1]) Sachverhalt kurz bei Horkenbach (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930, S. 336. Vgl. weiterhin R. v. 6. Dezember 1930 und Vossische Zeitung v. 20. Dezember 1930.

[2]) So scheint es sich etwa bei der Stahlhelmübung bei Langenberg, die 1929 zur Auflösung der Stahlhelmgaue Rheinland und Westfalen seitens der preußischen Staatsregierung führte, eindeutig um eine kriegsähnliche Übung mit militärischem Charakter gehandelt zu haben. Vgl. dazu eine undatierte Denkschrift aus dem Nachlaß Grzesinski unter dem Titel: „Die sogenannte Wehrsporttätigkeit des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen." Im Nachlaß Grzesinski noch einige weitere Schriftstücke, die sich generell mit der paramilitärischen Erziehung des Stahlhelms befassen. Vgl. u. a. einen vertraulichen Bericht v. 7. Mai 1929 unter dem Titel: „Stahlhelmwehrsportabteilungen" sowie zwei Schreiben Grzesinskis an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun v. 24. Oktober 1929 und v. 9. Juli 1930 (Nachlaß Grzesinski).

[3]) Mit auf solchen Vorgängen beruhten die Vorstellungen der Franzosen von den deutschen Wehrverbänden; Meinck, a.a.O., S. 21 f., weist darauf hin, wie sehr solche Vorstellungen die französische Abrüstungspolitik beeinflußten.

[4]) So in einer Reichstagsrede v. 3. März 1926, RT, Bd. 389, S. 5910; ähnlich Groener in seinem Reichswehrerlaß v. 29. Januar 1932 (Wortlaut in: Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe v. 10. Februar 1932). Nach Meinck, a.a.O., S. 11, liegt auch nicht das geringste Anzeichen dafür vor, daß militärische Stellen für den Kriegsfall je auf erhebliche Hilfe von Stahlhelm, SA oder Jungdo rechneten.

Lager zu, da hier zu den äußeren Schwierigkeiten psychologische Hemmungen hinzukamen. Anders als die „nationalen Verbände" stand das Reichsbanner in einer durch antimilitaristische Ressentiments geprägten Tradition und hatte außerdem mit radikalen Pazifisten in den eigenen Reihen zu kämpfen, die schon bei geringfügigen Anlässen das Schreckgespenst eines Rückfalls in den Militarismus alter Schule an die Wand malten. Schwerer indes als solche Stimmen wog die Einstellung verantwortlicher sozialdemokratischer Minister wie Severing, die den Bund auf die Bahn einer rein geistig-agitatorischen Einwirkung verwiesen und ihm praktisch, mit der Begründung, die Polizei reiche zum Schutz des Staates gegen umstürzlerische Elemente völlig aus, jede militärische Existenzberechtigung absprachen[1]).

Bei Severing klingt schon ein Motiv an, das namentlich in den ersten Jahren in der Argumentation des Reichsbanners eine zentrale Stelle einnahm: die Besorgnis, ein allzu starkes Hervorkehren des militärischen Charakters könne das deutsch-französische Verhältnis in negativer Weise beeinflussen. Diese Furcht war gewiß nicht unberechtigt, zumal das auf französischer Seite ohnehin vorhandene Mißtrauen durch Denunziationen radikaler Pazifisten, die den Verband in der französischen Presse als „militaristisch" und „reichswehrhörig" bezeichneten, immer wieder neue Nahrung erhielt[2]). Aus dem Bemühen heraus, solche Fehleinschätzungen zurückzudämmen, resultieren nicht nur bewußt an die Adresse des Auslandes gerichtete pazifistische Beteuerungen, verbunden mit der Versicherung, der Bund sei alles andere als ein nationaler Wehrverband[3]), sondern auch gewisse terminologische Änderungen, die, gerade weil sie fast lächerlich wirken, so ungemein symptomatisch sind. Charakteristisch ist der im Jahre 1929 unternommene krampfhafte Versuch, die schon vorher geläufige Vokabel „Wehrsport" zu verbieten, weil diese Bezeichnung im Ausland zu Mißdeutungen Anlaß bieten könne; denn unter gleichem Vorzeichen — so die Begründung —

[1]) Vgl. u. a. R. v. 1. Dezember 1925; R. v. 15. April 1927; Festschrift Bannerweihe Kiel (1924); bei Castellan, a.a.O., S. 307, wird eine von einem französischen Gewährsmann überlieferte Äußerung Severings zitiert, die dessen Auffassung von der Rolle des Reichsbanners auf eine knappe Formel bringt: „Etre une garde chargée de la protection morale de la République." Wie Löwenstein, Tragödie, S. 78 f., berichtet, gehörten derartige Redensarten, der Hinweis auf die Polizei, die zum Schutz des Staates vollauf ausreiche, zum ständigen Repertoire verschiedener sozialdemokratischer Minister, wenn sie auf Reichsbannerversammlungen sprachen. Dadurch sei die Kampfmoral des Reichsbanners untergraben worden, da man ihm praktisch immer wieder seine Überflüssigkeit bestätigt habe.

[2]) Vgl. R. v. 10. Mai 1930, wo Passagen aus einem Brief des Generals a. D. von Schönaich zitiert werden, den dieser in der französischen Presse hatte veröffentlichen lassen. Schönaich, der sich inzwischen völlig mit der Verbandsführung überworfen hatte, obwohl er nominell noch Mitglied des Bundes war, warf darin dem Reichsbanner vor, es habe sich „völlig von der pazifistischen Bewegung" gelöst, bilde seine Mitglieder militärisch aus und unterhalte „rege Beziehungen" zum Reichswehrministerium.

[3]) Vgl. dazu u. a. einen Artikel von Persius, in: Das neue Europa XII (1926) Nr. 7/8, S. 25—28. Vgl. weiterhin eine Rede Mayrs auf einem Treffen französischer Kriegsteilnehmer 1929. Rede abgedruckt, in wichtigen Passagen, in: R. v. 30. November 1929.

propagierten die nationalen Bünde den Geist einer kriegerischen Wehrhaftmachung und einer illegalen Aufrüstung[1]).

Von Beginn an stand das Reichsbanner allerdings in einem Kreuzungspunkt widerstreitender Interessen. Legten außenpolitische Erwägungen es dringend nahe, militärische Abstinenz zu üben, so forderte umgekehrt die selbstgestellte Aufgabe, Schutztruppe der Republik gegen ihre innenpolitischen Gegner zu sein, wenigstens ein Mindestmaß an militärischer Organisation und Ausbildung. Vorbereitungen gab es von Anfang an, deutlich nachweisen lassen sie sich seit 1926[2]). Zu diesem Zeitpunkt besaßen die meisten Ortsvereine wohl Nachrichtendienste und Abteilungen für Gegnerbeobachtung sowie Sanitätsabteilungen, die zunächst im wesentlichen noch von Arbeitersamaritern gestellt wurden, und einen im Aufbau befindlichen geheimen Kurierdienst. Ortsvereine überprüften die Einsatzbereitschaft ihrer Abteilungen, indem sie wiederholt Probealarme veranstalteten, die der Schwere nach in einfachen Alarm, Alarmbereitschaft, dringenden Alarm und Republikalarm gestaffelt waren[3]).

Derartige Maßnahmen, so dilettantisch sie auch vielfach durchgeführt wurden, erscheinen nur dann sinnvoll, wenn man darin den ernsthaften Versuch erblickt, sich für eine Bürgerkriegssituation rechtzeitig vorzubereiten. Generalisierende Behauptungen des Stahlhelms, die „Geländeübungen" der „Republikschützler" trügen „offenen militärischen Charakter"[4]) und erfolgten unter still-

[1]) Vgl. Wegweiser 1929, S. 32; in der ersten Auflage des Wegweisers (1927), S. 17, 38, hatte man noch von „Wehrsport" gesprochen. 1929 wurde verfügt, daß an diesen Stellen überall das Wort „Wehrsport" durch „Schutzsport" zu ersetzen sei.

[2]) Zu diesem Zeitpunkt sprach das Rb. von einer „Putschatmosphäre gefährlichster Art". Hörsing betonte auf der BGV 1926: „Nie standen wir so nahe vor einem Putsch, vor dem Beginn eines Bürgerkrieges als in diesen Tagen" und dann fortfahrend: „Wir stehen seit gestern in Alarm und erwarten den Angriff." — Auch Höltermann, Denkschrift, erwähnt, daß seit 1926 aktive Vorbereitungen für den Fall eines Bürgerkrieges getroffen wurden.

[3]) Aufschlußreich dafür einige Rundschreiben des Reichsbannerortsvereins Hannover. Vgl. vor allem das Rundschreiben Nr. 13/25 — 1/26 v. 3. Februar 1926 „Ergänzung zu den Ausbildungsbestimmungen" (Vermerk: „Vertraulich") und eine „Abschrift und Ergänzung der Alarmbestimmungen v. 17. Januar 1927" (Datum vom 12. Juli 1930, Vermerk: „Streng vertraulich"), NStAH, Des. 310 II, C 2; daß die Erfahrungen bei Probealarmen z. T. wenig erfreulich waren, verrät das Sitzungsprotokoll der Reichsbannerortsleitung Hannover v. 10. Januar 1927 (a.a.O., Des. 310 II, C 12). — Die offiziellen Richtlinien des Bundesvorstandes enthalten die verschiedenen Organisationshandbücher. Für die frühere Zeit wichtig: Anweisung für Ausbildung, Jugend und Schutzsport (1927); Wegweiser für Funktionäre, Führer und alle Bundeskameraden, 1. Aufl. 1927, 3. Aufl. 1929; ein fortgeschritteneres Stadium der Entwicklung spiegeln wider: Das Jungbanner, Jugendpflege im Reichsbanner Schwarz Rot Gold (1930) und Technischer Führer (1930). Diese sog. „Ausführungsbestimmungen" hatten nach § 59 der Bundessatzung von 1928 satzungsmäßige Kraft.

[4]) St. v. 6. Juli 1930. Ähnliche Vorwürfe von nationalsozialistischer Seite. Vgl. Der Angriff v. 29. Juni 1930. Vgl. auch die Rede des Abgeordneten Kube (NF) v. 25. Juli 1924, RT, Bd. 381, S. 717 C; Dr. Bredt (WV) behauptete sogar, daß Rb. werde sehr viel schärfer ausgebildet als die „nationalen Verbände" und sei als einziger Bund im Ernstfall in der Lage, der Reichswehr Reserven zuzuführen. Rede v. 24. November 1926, RT, Bd. 391, 8159 BC.

schweigender Duldung staatlicher Behörden[1]), wird man indes in den Bereich propagandistischer Übertreibung verweisen müssen[2]). Lokale und regionale Unterorganisationen setzten zwar hin und wieder Nachtmärsche und Geländeübungen an, die nach Art und Anlage weit über den „sportlichen Rahmen" hinausgingen[3]). Es handelte sich jedoch, nach allem, was wir wissen, um Ausnahmen von der Regel, um Eigenmächtigkeiten besonders aktivistischer Ortsvereine, die zumindest in den Anfangsjahren von der Bundesleitung nicht gedeckt wurden. Der Bundesvorstand schärfte den nachgeordneten Organen wiederholt und nachdrücklich ein, daß „sogenannte Felddienstübungen" sowie jede „theoretische Ausbildung im militärischen Sinn" unbedingt zu unterbleiben habe[4]).

Eine Interpretation, die darin nur für die Öffentlichkeit bestimmte Tarnparolen sieht, hinter denen sich in Wirklichkeit ein „gefährliches" militärisches Treiben verbarg, beurteilt die Situation vor 1930 falsch. Fast alles, was in diesem Zeitraum als „Schutzsport" betrieben wurde, deckte sich mit dem Ausbildungsprogramm von Sportvereinen[5]). Schutzsport, wie er später für die Jungmannschaften vorgeschrieben wurde, bedeutete nichts anderes als eine allgemeine körperliche Grundausbildung, bedeutete Leichtathletik, Gymnastik und Ballspiele, zu denen später noch Boxen und vereinzelt Jiu-Jitsu traten[6]). Marschübungen fallen zwar nicht mehr in den Bereich eines Sportvereins, aber bevor man voreilige Schlußfolgerungen zieht, wird man gut daran tun, den Kontext zu lesen — man wolle „militärisch nicht ausgebildeten Personen" den „Marsch in Gruppenkolonnen" beibringen, damit auch „unter schwierigsten

[1]) St. v. 23. Januar 1927. Schon früher hatte der Stahlhelm angefragt, ob eigentlich die „militärische Ausbildung" des Reichsbanners von der alliierten Kontrollkommission genehmigt worden sei. Vgl. St. v. 18. Mai 1924.

[2]) Das verrät indirekt schon die Tatsache, daß immer auf die gleichen Vorkommnisse verwiesen wird, auf eine Übung bei Kassel und eine in der Umgebung von Berlin. Darauf kann das Rb. zu Recht verweisen. R. v. 11. Oktober 1930.

[3]) Militärischen Charakter scheint — um ein Beispiel zu nennen — eine Nachtübung getragen zu haben, die verschiedene süddeutsche Ortsvereine am 28./29. August 1926 in Donaueschingen veranstalteten. Auf Vorstellungen der Reichsregierung hin erteilte die badische Landesregierung dem Gauvorstand Baden des Reichsbanners eine schwere Verwarnung. Vgl. RT, Bd. 392, S. 9753 A (Antwort des Reichsinnenministers v. Keudell auf eine Interpellation des Abgeordneten Dr. Hanemann, (DNVP). — Von einer militärischen Reichsbannerübung im Oktober des Jahres 1929 weiß Castellan, a.a.O., S. 308, zu berichten. — Nachtmärsche und Geländeübungen an sich — inwieweit sie militärischen Charakter trugen, ist eine andere Frage — wurden häufiger von Reichsbannervereinen veranstaltet. Vgl. R. v. 24. Juni 1928; O.Anw. Nr. 3/1925 des Reichsbannergauvorstandes Schleswig-Holstein; Schreiben der Reichsbannerortsleitung Hannover v. 26. Mai 1931 „An alle Kameradschafts- und Jungbannerführer", NStAH, Des. 310 II, C 2.

[4]) R. v. 15. Dezember 1924 (Mitteilungen des Bundesvorstandes); R. v. 11. Oktober 1930; O.Anw. Nr. 3/1925 des Reichsbannergauvorstandes Schleswig-Holstein; Technischer Führer, S. 13; Anweisung für Ausbildung, S. 9; Wegweiser 1927, S. 45.

[5]) Die Bestimmung lautete sogar ausdrücklich, daß die körperliche Ausbildung „über den Rahmen der Tätigkeit der Sportvereine nicht hinausgehen" dürfe. Vgl. R. v. 15. Dezember 1924 (Mitteilungen des Bundesvorstandes). Vgl. R. v. 22. April 1928 (Beilage „Schutzsport").

[6]) Vgl. dazu Wegweiser 1927, S. 17 ff., sowie Wegweiser 1929, S. 34 ff.

Bedingungen gute Massenbewegungen" erfolgen könnten[1]). Das ist eine Begründung, die ziemlich wörtlich zu nehmen ist. Denn tatsächlich dachte man bei solchen, dem äußeren Anschein nach militärischen Übungen oft weit mehr an die propagandistisch-agitatorische Wirkung als an die Ausbildung einer schlagkräftigen Bürgerkriegsarmee[2]).

Der vergleichsweise unmilitärische Charakter des Bundes tritt noch deutlicher hervor, wenn man einen kurzen Blick auf die Parallelorganisation des Reichsbanners in Österreich wirft. Der Republikanische Schutzbund war ein militärischer Verband sans phrase oder wollte es zumindest sein. Wie offen zugegeben wurde, verzichtete er nur deshalb auf das Wort „militärisch" in seinem Firmenschild, weil die gesetzlichen Bestimmungen eine solche Bezeichnung untersagten[3]). Deutsch plädierte jedoch mit Nachdruck dafür, daß die Aufstellung eines Kampfverbandes überhaupt nur dann einen Sinn habe, wenn man auch bereit sei, Techniken, Organisationsprinzipien und Ausbildungsmaximen eines regulären Heeres voll und ganz zu übernehmen.

Die Offenheit, mit der das Programm formuliert wurde, und die Rücksichtslosigkeit, mit der man sich über psychologische Widerstände hinwegsetzte und Gliederung wie Kommandosprache der alten k. u. k. Armee beibehielt, wirkt um so erstaunlicher, wenn man weiß, wie vorsichtig und behutsam das Reichsbanner in all diesen Fragen taktierte. Gewichtiger sind indes andere Unterschiede. Der Schutzbund verfügte über einen unter der Leitung des Majors a. D. Alexander Eiffler, eines ehemaligen Generalstabsoffiziers, stehenden militärischen Planungsstab, der sich, zugeschnitten auf die Situation eines Bürgerkriegs, mit militärtaktischen Fragen befaßte und dem zeitweilig, neben anderen früheren Offizieren, auch der General a. D. Theodor Körner angehörte[4]).

Es bleibe dahingestellt, wie es in der Praxis um die militärische Ausbildung des Schutzbundes bestellt war. Die theoretisch formulierten Prinzipien waren jedenfalls so eindeutig militärisch, daß das Reichsbanner, verglichen mit dem Schutzbund, als harmlose Vereinigung erschien: eine Tatsache, die sich bei Auseinandersetzungen mit Radikalpazifisten vortrefflich als Alibi verwenden ließ[5]).

[1]) R. v. 15. Dezember 1924 (Mitteilungen des Bundesvorstands). Ähnlich Wegweiser 1927, S. 17 und S. 45; Wegweiser 1929, S. 54 f.

[2]) Vgl. auch Arbeitsbericht BGV 1933, S. 39.

[3]) Vgl. dazu Deutsch, Antifaschismus, S. 91; zu den folgenden Ausführungen über den Schutzbund vgl. generell: Deutsch, Antifaschismus, S. 91 ff., passim; wichtig auch: Antifaschismus-Protokoll (Rede von Deutsch, Ausführungen über die Organisation und die Ziele des Schutzbundes). — Für einige Detailfragen wichtig noch briefliche Auskünfte von Dr. Deutsch an den Verfasser.

[4]) Briefliche Auskunft von Dr. Deutsch.

[5]) Vgl. dazu R. v. 1. Juli 1926, wo Höltermann die Antifaschismus-Broschüre von Deutsch bespricht. Höltermann meint, denjenigen Leuten, die schon in Deutschland über „schwarzrotgoldenen Militarismus" jammerten, müsse bei der Lektüre dieses Buches „eine Gänsehaut nach der anderen" über den Rücken laufen. Auf die Unterschiede zwischen der deutschen und österreichischen Situation weist auch Schützinger hin, wenn er betont, im Gegensatz zu Deutschland könne in Österreich offen und ohne doktrinäre Verengung über „proletarische Wehrhaftigkeit" gesprochen werden. Vgl. R. v. 1. Februar 1927.

Beide Organisationen waren offiziell unbewaffnet. Während aber das Reichsbanner sich erst in letzter Stunde, und auch dann nur vereinzelt, notdürftig mit Pistolen und Handfeuerwaffen einzudecken suchte[1]), besaß der Schutzbund nicht unbeträchtliche geheime Waffenbestände, die beim Februaraufstand des Jahres 1934, soweit sie nicht vorher aufgespürt worden waren, eingesetzt wurden. Beim Reichsbanner verfügten einzelne Ortsvereine allenfalls über Kleinkalibergewehre, die zur Schießausbildung verwandt wurden. Die Anfänge dieser Entwicklung liegen im Jahre 1926, als sich der Bund nach langem Zögern entschloß, einen „Bund republikanischer Kleinkaliberschützenvereine" ins Leben zu rufen[2]).

Unmittelbarer Anlaß waren sich häufende Meldungen der Ortsvereine, wonach die Rechtsverbände dazu übergegangen seien, Felddienst- und Geländeübungen mit einer systematischen Schießausbildung an Kleinkalibern zu koppeln. Der Verdacht liegt nahe, daß die Nachrichten stark übertrieben und daß deshalb etwas vorschnell mit Kanonen auf Spatzen geschossen wurde. Wie immer es aber damit bestellt sein mag: die Kleinkaliberschießausbildung der Rechten wurde bedeutsam, weil sie Reaktionen des Reichsbanners auslöste, das sich bedroht fühlte und militärische Vorbereitungen für einen Umsturz der republikanischen Ordnung zu erkennen glaubte.

Die verantwortlichen Männer im Verbande waren zwar realistisch genug, um einzusehen, daß, überspitzt formuliert, mit Kleinkalibern keine Polen und Franzosen bekämpft werden konnten; aber gerade weil eine außenpolitische Verwendungsmöglichkeit ausgeschlossen zu sein schien, fühlte man sich in seiner traditionellen Auffassung bestätigt, in den Rechtsverbänden primär innenpolitische Putschorganisationen zu sehen. Die These des Polizeiobersten a. D. Dr. Schützinger, mit Kleinkalibern ausgerüstete Formationen vermöchten in Bürgerkriegen eine ausschlaggebende Rolle zu spielen[3]), mag von der Sache her mit einem Fragezeichen zu versehen sein. Auf ihr basierten jedoch die Abwehrreaktionen des Reichsbanners, das auf seiner Reichskonferenz am 25. Juli 1926 in Magdeburg beschloß, eine Kommission unter Leitung des stellvertretenden

[1]) Vgl. dazu auch die Ausführungen S. 368 ff.

[2]) Zu den folgenden Ausführungen über das „Reichskartell" vgl. vor allem: Wegweiser für die republikanischen Schützenvereine Deutschland, hrsg. vom Bundesvorstand des Reichskartells Republik, Bund republikanischer Kleinkaliberschützenvereine Deutschlands, Magdeburg 1928; R. v. 19. Februar 1927 (O. Hörsing: Reichskartell Republik ist politisch notwendig); R. v. 1. August 1926; R. v. 15. November 1926; IRZ v. 31. Juli 1926. Wichtig vor allem auch ein Schreiben des Reichsbanners an die Reichsregierung, z. Hd. des Herrn Reichskanzlers Dr. Marx, v. 23. August 1926 (Abschrift dieses Schreibens, versehen mit einem Begleitschreiben des Staatssekretärs der Reichskanzlei an den Reichsminister des Innern v. 30. August 1926, BA, R 43 I/767). Vgl. weiter das Rundschreiben Nr. 10/26 v. 23. November 1926 des Gauvorstandes Hannover; NStAH, Des. 310 II, A 2.

[3]) Vgl. Schützinger, „Kleinkaliber und Republik", R. v. 1. Februar 1927; vgl. weiterhin: R. v. 1. August 1926; IRZ v. 31. Juli 1926.

Bundesvorsitzenden Höltermann mit der Aufgabe zu betrauen, das Terrain zu sondieren und geeignete Maßnahmen vorzubereiten. Ergebnis dieser Bemühungen war die Gründung des „Reichskartells Republik", das am 8. Dezember 1926 in Anwesenheit prominenter Reichsbannerführer aus der Taufe gehoben wurde.

Die Art, wie der Bund in dieser Frage operierte, ist in mancherlei Hinsicht aufschlußreich und zeigt in charakteristischer Weise, wie sehr man auf republikanischer Seite bemüht war, den Anschein einer militärischen Aufrüstung zu vermeiden. Zunächst wurde versucht, die Reichsregierung, bei der wiederholt Delegationen vorstellig wurden, zu einem allgemeinen Verbot des Kleinkaliberschießens zu veranlassen[1]). Erst als diese Bemühungen scheiterten, schritt man nach einigem Zögern zur Selbsthilfe. Aber auch dann verfiel man nicht auf die naheliegende Lösung, den Bund direkt mit Kleinkalibern auszurüsten[2]). Eine Bewaffnung wurde nach wie vor als satzungswidrig abgelehnt[3]); statt dessen wurde versucht, das Kleinkaliberschießen zu einem Massensport zu entwickeln, um so auf indirekte Art und Weise den Rechtsverbänden das Kleinkaliber als Bürgerkriegswaffe aus den Händen zu winden[4]).

Die behutsam-indirekte Art des Vorgehens konnte indes nicht verhindern, daß das Reichsbanner sofort in das Kreuzfeuer einer von „Nationalisten" wie extremen Pazifisten getragenen Kritik geriet, die beide unverblümt von einer „Ausrüstung" des Verbandes mit Kleinkalibern sprachen[5]). Die Reaktion war an sich verständlich, denn tatsächlich stellte das „Reichskartell", so sehr es seinen rein sportlichen Charakter herausstellte und seine organisatorische Selbständigkeit betonte, eine Art Dependance des Reichsbanners dar; Entstehungsgeschichte, Gliederung und personelle Zusammensetzung der Vorstände lassen

---

[1]) Vgl. dazu vor allem das erwähnte Schreiben des Reichsbanners an Marx v. 23. August 1926.

[2]) Deimling forderte allerdings auf der BGV am 13. Mai 1926 eine direkte Bewaffnung des Rb. mit Kleinkalibern, wenn die „kleinkalibrigen" Verbände der Rechten nicht sofort verschwänden. Vgl. IRZ v. 22. Mai 1926. Auch Hörsing drohte: „Wir warnen euch; auch wir können unsere Formationen, wenn wir wollen, bewaffnen, und wir werden es tun, wenn es nötig ist", IRZ v. 28. August 1926 (Rede auf der Bundesverfassungsfeier des Rb. 1926 in Nürnberg).

[3]) Vgl. R. v. 1. August 1926; Schreiben an Marx v. 23. August 1926 sowie O.Anw. Nr. 3/26 v. 10. August 1926 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein.

[4]) Vgl. dazu den „Wegweiser Reichskartell Republik", wo zugleich, unter Berufung auf den „Geist der freien Eidgenossen", Ansätze zu einer Schießsportideologie entwickelt werden.

[5]) Vgl. dazu auch Schützinger, R. v. 1. Februar 1927, der sich an dieser Stelle kritisch mit einem in der „Berliner Volkszeitung" v. 8. Januar 1927 erschienenen Artikel Prof. Dr. Hans Wehbergs auseinandersetzt. Massive Abwehr solcher Angriffe der Pazifisten, die in der „ungezogensten, demagogischsten und übelsten Weise" über das Reichsbanner herfielen, bei Hörsing, R. v. 7. Oktober 1928 (Rede auf der BGV des Rb. 1928). Ähnliche Töne hatte er schon auf der Bundestagung des Rb. 1927 in Hamburg angeschlagen. Vgl. R. v. 19. Februar 1927. Ähnliche Vorwürfe wurden von Rechtskreisen erhoben. Vgl. das Politische Handwörterbuch (Führer-ABC) der DNVP, Berlin 1928, S. 605, wo man dem Reichsbanner massive Bürgerkriegsvorbereitungen vorwirft und es als einfach lächerlich hinstellt, wenn das Rb. versuche, seine Schießsportausbildung als „Volkssport" zu deklarieren.

daran keinen Zweifel[1]). Die Kritik ging jedoch völlig fehl, wenn sie der neuen Organisation bedeutsame militärische Funktionen für den Fall eines Bürgerkriegs zusprach. Ihre „republikanische Bedeutung" lag letztlich nur darin, daß sie schießsportbegeisterten Republikanern eine durch Schwarz Rot Gold bestimmte politische Umgebung verschaffte, auf die sie bislang hatten verzichten müssen, da in den meisten Kleinkaliberschützenvereinen entweder ein nationalistischer Antiweimar-Geist oder aber, sofern es sich um Arbeiterorganisationen handelte, kommunistischer Einfluß dominierte[2]).

Für die technisch-militärische Ausbildung des Reichsbanners hat dagegen das „Reichskartell", das schon nach wenigen Jahren fast völlig in Vergessenheit geriet, nur wenig bedeutet. Einzelne Ortsvereine benutzten zwar die Schießstände und sonstigen Einrichtungen der neuen Organisation, aber das alles spielte sich zunächst mehr am Rande des Geschehens ab[3]). Eine systematischer betriebene Schießsportausbildung, die offiziell um die Jahreswende 1932/1933, zu-

[1]) Einige Hinweise mögen das verdeutlichen. Die Gaue des „Reichskartells" lehnten sich eng an die Gliederung des Rb. an. Die Satzung war, bis in einzelne Formulierungen hinein, fast eine Kopie der Reichsbannersatzung. Publikationsorgan des „Reichskartells" war die Reichsbannerzeitung. Der Aufruf zur Gründung des „Reichskartells" erschien zuerst in der Reichsbannerzeitung (vgl. R. v. 15. Dezember 1926). Dem Vorstand des „Reichskartells" gehörten folgende prominente Reichsbannerführer an: Dr. Schwanecke, 1. Vorsitzender; Waldemar Schulz, Bundesschatzmeister; Rechtsanwalt Dr. Braun, 2. Schriftführer; Polizeioberst a. D. Lange, Reichsschießwart; Otto Winzer, 2. Reichsschießwart; Karl Wiegner, Schriftleiter. Im Reichsausschuß des „Reichskartells" saßen u. a. Hörsing, Deimling, Ludwig Haas, Ernst Lemmer und Mayr. — Auch auf unterer Ebene bestanden starke personelle Überschneidungen. So war in Hannover der technische Gauleiter des Rb., Willi Kruse, zugleich Gauvorsitzender des „Reichskartells". Vgl. Rundschreiben Nr. 10/26 des Gauvorstandes Hannover v. 23. November 1926.

[2]) Vgl. dazu R. v. 15. November 1926, wo auf den von den Rechtsverbänden organisierten „Reichsverband für Kleinkaliberschießen" und die von kommunistischer Seite aufgezogenen Schützenvereine verwiesen wird. Die Angst vor einer kommunistischen oder nationalistischen Beeinflussung sozialdemokratischer oder republikanischer Elemente spielte als Motiv für die Gründung des „Reichskartells" offensichtlich eine nicht geringe Rolle. Vgl. dazu u. a. die O.Anw. Nr. 4/26 v. 1. Oktober 1926 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein.

[3]) Dieses fast völlige Zurücktreten des „Reichskartells", das in späteren Jahren kaum mehr erwähnt wird, ist um so auffälliger, wenn man damit die ersten Verlautbarungen aus dem Jahre 1926 nach der Gründung vergleicht. Damals schrieb das Reichsbanner: „Wir können leider nichts weiter tun, als unsere Kameraden auf diese Dinge (das angeblich gefährliche Kleinkaliberschießen der Rechtsverbände; d. Verf.) und den bitteren Ernst der Situation mit allem Nachdruck aufmerksam machen in der Erwartung, daß unsere Kameraden die richtigen Entschlüsse daraus ziehen, ehe es zu spät ist." R. v. 15. November 1926. Vgl. auch das Rundschreiben Nr. 10/26 v. 23. November 1926 des Gaues Hannover, das allerdings klar herausstellt, alles „Militärische oder auch nur Militärähnliche" müsse vermieden werden. — Inwieweit Ortsvereine von den Einrichtungen des „Reichskartells" Gebrauch machten, läßt sich allerdings nur schwer abschätzen. Steiner, der ehemalige Gausekretär von Breslau, betont, daß Kleinkalibersport niemals in größerem Umfang betrieben worden sei (briefliche Auskunft). Ähnlich äußern sich verschiedene andere frühere Reichsbannerführer. — In Österreich dagegen scheint der Schutzbund mit Nachdruck das Kleinkaliberschießen betrieben zu haben. Ähnlich wie in Deutschland gab es auch hier eigene Schützenvereine, denen die Aufgabe oblag, die Angehörigen des Schutzbundes, der selbst keine Kleinkaliber besaß, im Schießen auszubilden. Offiziell hatten diese Vereine keinerlei organisatorische Beziehung zum Schutzbund, praktisch nahmen sie aber nur Schutzbündler auf. Vgl. Antifaschismus-Protokoll (Ausführungen von J. Deutsch).

gleich mit dem Erlaß neuer Wehrsportrichtlinien, in das vormilitärische Erziehungsprogramm des Reichsbanners übernommen wurde, setzte erst in den Jahren 1931 und 1932 ein, und dann vielfach schon in eigener Regie, ohne daß auf die Einrichtungen des „Reichskartells" zurückgegriffen wurde[1]).

Gerade solche Maßnahmen, richtiger gesagt, der späte Zeitpunkt, zu dem sie erfolgten, werfen indirekt ein bezeichnendes Licht auf den Charakter des republikanischen Verbandes vor 1930, der mit Vokabeln wie „militärisch" oder „vormilitärisch" kaum zutreffend bestimmt wird. Eine Bestätigung findet diese These durch selbstkritische Äußerungen aus allerletzter Zeit, die mit rückhaltsloser Offenheit die technischen Versäumnisse früherer Jahre anprangern und eine deutliche Absage an die „zivile" Vergangenheit darstellen[2]). Denn die früher gültige Maxime, daß „nur das unbedingt Notwendige zur Ertüchtigung der Verbandsangehörigen getan werden" dürfe[3]), war inzwischen abgelöst worden durch eindeutig militärisch bestimmte Ausbildungsvorschriften, die in der Endphase der Republik zu einer fast hektisch anmutenden militärischen Betriebsamkeit führten[4]).

2. Reichsbanner und Reichswehr

Es konnte kaum ausbleiben, daß mit der technisch-militärischen Aufrüstung des Bundes, obwohl sie eindeutig aus innenpolitischen Erwägungen unter dem Eindruck der wachsenden nationalsozialistischen Gefahr erfolgte, auch die Frage einer möglichen Verwendung des Verbandes gegen äußere Gegner neu aufgerollt wurde. Nicht daß man nunmehr auf republikanischer Seite ohne weiteres bereit gewesen wäre, sich von der Reichswehr militärisch einplanen zu lassen. Aber allein die Tatsache, daß man jetzt offen von „militärischer", nicht mehr von „technischer" Ausbildung sprach, wie es bislang geheißen hatte[5]), und die vordem offiziell verfemte Vokabel „Wehrsport" wieder einführte, schuf eine veränderte Situation, die auf seiten des Reichsbanners durch eine wachsende Gleichgültigkeit gegenüber der Gefahr, im Ausland als militärischer Hilfsverband angesehen zu werden, gekennzeichnet ist. Damit aber waren die Voraussetzungen gegeben, ähnlich wie die anderen Verbände mit der Reichswehr in eine nähere Beziehung zu treten.

Die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Wehrverbänden der Rechten

[1]) Nähere Ausführungen S. 366 ff.

[2]) Vgl. u. a. Bericht BGV 1933: „Aber wir können versichern, daß die im Rahmen des Menschlichen überhaupt noch möglichen Anstrengungen gemacht werden, um die Versäumnisse der letzten Jahre gutzumachen."

[3]) Wegweiser 1929, S. 32.

[4]) Darüber ausführlich S. 441 ff.

[5]) Höltermann erklärte später sehr betont: „technische d. h. militärische Ausbildung", R. v. 24. Dezember 1932.

war zumindest bis zu den Jahren 1926/27 sehr eng[1]). Namentlich beim Ausbau des Grenzschutzes Ost wurde im stärksten Maße auf Angehörige nationaler Bünde zurückgegriffen. Im sogenannten Seeckt-Severing-Abkommen vom Jahre 1923, in dem der preußische Innenminister die Notwendigkeit einer militärischen Bereitschaft anerkannte, gab zwar die Reichswehrführung das Versprechen ab, alle Kontakte zu privaten Organisationen zu lösen; Beziehungen zwischen örtlichen Kommandostellen der Truppe und einzelnen Bünden, angebahnt oft auf der Basis persönlicher Bekanntschaften zwischen „alten Kameraden", blieben indes nach wie vor bestehen. Reichswehrkapellen nahmen an Veranstaltungen nationaler Bünde teil, Truppenoffiziere inspizierten die vormilitärische Ausbildung und hielten zusammen mit „Wehrwölfen" oder „Stahlhelmern" Gefechtsübungen ab, Waffenlager, die von der Polizei bei Angehörigen dieser Verbände ausgehoben wurden, deklarierte die Reichswehr als ihr Eigentum: solche Vorkommnisse waren es, die immer wieder öffentliche Proteste und Anklagen des Reichsbanners und der gesamten politischen Linken hervorriefen[2]).

Der Argwohn, mit dem die Linke alle getarnten Maßnahmen, die deutsche Wehrkraft zu erhöhen, beobachtete, entsprang zu einem Teil gewiß einem prinzipiellen Pazifismus oder der Überzeugung, aus politischen Opportunitätsgründen sei es angezeigt, die wehrpolitischen Bestimmungen des Versailler Vertrages möglichst korrekt zu erfüllen. Sehr viel entscheidender waren indes innenpolitische Motive, die Befürchtung nämlich, nicht Paris oder Warschau, sondern Berlin selbst sei das Ziel, dem die militärische Betätigung dieser Verbände gelte. Irgendeine Gewähr gegen innenpolitischen Mißbrauch der mit staatlicher Unterstützung ausgebildeten Formationen bestand nicht, so daß das argwöhnische Mißtrauen der Linken angesichts der unverhohlenen und aggressiven Republikfeindschaft vieler Verbände nur allzu berechtigt war. Das Problem lag jedoch darin, daß mit den Fragen einer illegalen militärischen Ausbildung fast immer tatsächliche oder vermeintliche nationale Belange verbunden waren und daß deshalb jeder, der wie das Reichsbanner die geheime Zusammenarbeit zwischen Truppe und Verbänden öffentlich anprangerte, Gefahr lief, der „syste-

[1]) Vgl. zum Folgenden Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962. Vogelsang behandelt relativ ausführlich, gestützt auf zahlreiche unveröffentlichte Quellen, das Verhältnis von Reichswehr und Verbänden, so daß auf eine eingehende Darstellung dieses Problems, zu dem der Verfasser am Rande einige Materialien gesammelt hatte — durchweg von Vogelsang verwertet —, verzichtet werden kann. Die meisten anderen Untersuchungen über die Reichswehr geben zu diesem Komplex weniger her. Wichtig vielleicht noch das Anfangskapitel bei Meinck, a.a.O., S. 1 ff. Wichtig jetzt vor allem auch Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918—1933, Köln–Berlin 1964. — Die folgenden Ausführungen zielen nur auf das Prinzipielle des Verhältnisses von Reichswehr und Rechtsverbänden; sie berücksichtigen nicht die verschiedenen Phasen der Entwicklung.

[2]) Vgl. u. a. R. v. 15. Mai 1926 (Hörsing auf der BGV 1926), R. v. 15. September 1926 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg), R. v. 15. Januar 1927; Ausführungen von Dr. Haas (DDP) im Reichstag am 17. Dezember 1926; RT, Bd. 391, S. 8618 C.

matischen Reichswehrhetze" und des „gemeinen Landesverrats" bezichtigt zu werden[1]).

Von „gemeinem Landesverrat" — daran gibt es keinen Zweifel — kann nicht die Rede sein. Aber die Gerechtigkeit gebietet es zu sagen, daß auch die Linke die Dinge oft einseitig, unter ausschließlich innenpolitischem Blickwinkel, betrachtete und dadurch fast zwangsläufig emotionale Reaktionen provozierte. Einem Verband wie dem Stahlhelm wurde man nicht gerecht, wenn man in den patriotischen Begründungen nur einen Vorwand erblickte, der die wahren, auf Umsturz der bestehenden Ordnung gerichteten Zielsetzungen verdecken sollte[2]). Denn das Verhalten der Bünde ist nicht allein aus innenpolitischen Antrieben zu erklären. Ein wesentlicher Grund, daß diese Vereinigungen in Deutschland die charakteristische Form des nationalen Wehrverbandes annahmen, liegt in den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages, die

[1]) Charakteristisch vor allem zwei Broschüren aus dem Lager der „vaterländischen Verbände": Die falsche Front. Klassenkampf und Landesverrat. ‚Reichsbanner Nollet', in der das Rb. als „das aus Deutschen gebildete Freiwilligenheer der Entente" bezeichnet und ihm vorgeworfen wird, „freiwillig oder gar bezahlt die Militärkontrolle über Deutschland übernommen" zu haben. Das Schimpfwort „Reichsbanner Nollet", das die Vorwürfe auf die kürzeste Formel brachte, soll angeblich zum ersten Male von Ruth Fischer in der „Roten Fahne" verwandt worden sein. Vgl. R. v. 1. Juli 1924. Die andere Broschüre stammt von Walter Korodi, Fort mit dem Reichsbanner! Genug mit der Reichswehrhetze! Korodi, ein damals noch junger Mann, kein Kriegsteilnehmer, der nach 1933 in die Emigration ging und sich publizistisch im antinationalsozialistischen Sinne betätigte, eröffnete 1927 eine heftige Agitation gegen das Rb. Getragen und unterstützt vom Stahlhelm zog er als Wanderredner durch die Lande, um eine Anti-Reichsbannerstimmung zu erzeugen. Vgl. dazu auch eine im Anschluß an eine Korodi-Kundgebung verfaßte Entschließung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns v. 25. Mai 1927, in der von der Reichsregierung eine Auflösung des „landesverräterischen" Reichsbanners gefordert wird. (BA, R 43 I/767.) Korodis Vorwürfe stützten sich vor allem auf die von der Liga für Menschenrechte hrsg. Broschüre „Deutschlands geheime Rüstungen", an der prominente Reichsausschußmitglieder des Rb. mitgearbeitet hatten. Daß diese „Enthüllungen" im nationalen Lager als Provokation empfunden wurden, erscheint verständlich, obwohl im formalen Sinne der Sachverhalt eines Landesverrats wohl nicht vorlag. Immerhin distanzierte sich das Reichsbanner, dem die Agitation des angeblich „moralisch minderwertigen Subjektes" Korodi so unangenehm war, daß es dessen öffentlich plakatierte Vorwürfe sofort überkleben ließ, in aller Form von der oben erwähnten pazifistischen Broschüre und stellte die darin vertretenen Thesen als reine Privatansicht der einzelnen Reichsbannermitglieder hin, mit der der Bund selbst nichts zu tun habe. Vgl. R. v. 15. März 1927; R. v. 1. April 1927. Vgl. O.Anw. Gau Schleswig-Holstein Nr. 4/27 v. 10. November 1927 und O.Anw. Nr. 4/26 v. 1. Oktober 1926 (Verbot, Korodiversammlungen zu besuchen). Tatsächlich beteiligte sich das Rb. durchweg nicht an „Enthüllungen", obwohl man teilweise im Ausland offensichtlich solche Erwartungen hegte. Bezeichnendes Beispiel dafür sind zwei an den Gausekretär von Halle, G. Gebhardt, gerichtete Schreiben eines gewissen E. Bridger, eines für amerikanische Zeitungen in Frankreich tätigen Journalisten, der von Gebhardt, gegen das ehrenwörtliche Versprechen, über seinen Informanten Stillschweigen zu bewahren, Auskünfte über Geheimrüstungen, Zusammenarbeit von Reichswehr und Verbänden usw. verlangte und entrüstet reagierte, als Gebhardt nicht antwortete. Vgl. dazu ein Schreiben v. 21. August 1931. Beide Schreiben im Nachlaß Severing.

[2]) Vgl. dazu die Ausführungen Dr. Kurt Schumachers auf dem Gautag des württembergischen Rb. in Eßlingen 1930, nach: Schwäbische Tagwacht v. 1. April 1930, HStASt, E 132/121. Vgl. auch Höltermann „Kleinkaliber in Ostpreußen", R. v. 15. November 1926. Wegen dieses Artikels wurde gegen Höltermann ein Landesverratsverfahren eingeleitet, das jedoch nach kurzer Zeit eingestellt wurde.

das Reich zu einer militärischen Macht sekundären Ranges deklassierten und es den hochgerüsteten Nachbarn mehr oder minder schutzlos auslieferten. Diese Gegebenheiten bilden den notwendigen Hintergrund für den Aufstieg der Wehrbünde, in denen auch der Wille, dem Hunderttausendmannheer im Falle der Not in irgendeiner Form zu Hilfe zu kommen, seinen organisatorischen Niederschlag fand.

Die Hoffnungslosigkeit der damaligen militärischen Lage Deutschlands begründete auch das Interesse der Reichswehrführung an den Wehrverbänden, auf deren Unterstützung man für Zwecke des Grenz- und Landesschutzes nicht ganz verzichten zu können glaubte, obwohl man sich der Problematik einer solchen Hilfe durchaus bewußt war. Die militärische Einsatzfähigkeit der Bünde wurde zudem sehr gering eingeschätzt. Selbst beim Grenzschutz erschien es fraglich, wie eine Denkschrift des Chefs des Truppenamtes, des Generalleutnants Adam, aus dem Jahre 1933 verrät, ob dieser überhaupt in der Lage sei, die ihm zugedachten Aufgaben zu erfüllen[1]).

Wenn man trotz solcher Skepsis an der Konzeption festhielt, dann nur aus der Überlegung heraus, man dürfe nicht in passiver Untätigkeit verharren und müsse jede auch noch so geringe Chance zur Verstärkung des militärischen Abwehrpotentials ergreifen. Hinzu trat das Bestreben, den Willen zur Notwehr und nationalen Verteidigungsbereitschaft im deutschen Volke neu zu beleben. Unter diesem Aspekt fiel den Wehrbünden, mochte man ihre „Soldatenspielerei" auch als sinnlos abtun, eine nicht unmaßgebliche Rolle zu. Als fanatische Verfechter des nationalen Wehrgedankens bildeten sie ein höchstwillkommenes Gegengewicht zu den wehrfeindlichen Strömungen auf der politischen Linken.

Aus dem bisher Gesagten wird schon deutlich, daß die Zusammenarbeit zwischen Bünden und Reichswehr keineswegs so reibungslos verlief, wie es eine vereinfachende Propaganda der Linken zumeist darstellte. Tatsächlich stand die Heeresleitung den Verbänden mit zwiespältigen Gefühlen gegenüber und bemühte sich immer um eine gewisse Distanz. Ein Grund für die Zurückhaltung war, daß sie sich nicht den lästigen Maßnahmen der alliierten Kontrollkommission aussetzen wollte. Hinzu trat als weiteres Spannungsmoment die Tatsache, daß die Existenz privater Verbände zwangsläufig mit dem Anspruch der Reichswehr kollidierte, einziger Träger des Wehrgedankens im Staate zu sein.

Die Reichswehrführung reagierte schon äußerst empfindlich auf Hilfspolizeikonzeptionen des Reichsbanners und anderer Bünde[2]). Schärfer und kompromiß-

[1]) Denkschrift zitiert bei Meinck, a.a.O., S. 10.

[2]) Vgl. dazu ein Schreiben Groeners an den preußischen Innenminister Grzesinski vom 1. November 1929 (BA, R 43 I/767). Weiterhin den Reichswehrerlaß Groeners vom 29. Januar 1932. Vgl. auch die Ausführungen Schleichers auf der Befehlshaberbesprechung am 11. und 12. Januar 1932 in Berlin (Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930—1933, VZG 2 (1954), S. 416). Auf der gleichen Zusammenkunft betont Groener: „Nichts Höheres als Wehrmacht. Idee, daß ‚Verbände' Wehrmacht ‚stützen', ‚tragen' können, aufs schärfste abzulehnen." (Ebd., S. 417.)

loser noch war ihre Ablehnung, wenn sie Vorstellungen von einem Volksheere zu erkennen glaubte, dessen Kader Verbände schwarzrotgoldener oder brauner Observanz bilden sollten. Beim Reichsbanner kam solchen Ideen keinerlei praktische Bedeutung zu[1]). Ein sehr viel ernsthafterer Gegner war jedoch die SA, bei der Röhm mit Nachdruck, und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung auch nicht ganz ohne Aussicht auf Erfolg, solche Pläne verfolgte, die erst mit dem 30. Juni 1934 endgültig zu Grabe getragen wurden[2]).

Das zwiespältige Verhältnis zwischen Reichswehr und Verbänden muß man im Auge behalten, wenn man die verwickelte Situation gerecht beurteilen will. Auf der einen Seite sah die Heeresleitung in den paramilitärischen Vereinigungen eine mögliche Armeereserve, auf die sie im Ernstfall nicht verzichten zu können glaubte, da in den Reihen der Bünde ein Großteil der betont wehrwilligen und wehrfreudigen Elemente vereint war. Auf der anderen Seite suchte sie die Verbände jedoch betont in Schranken zu halten, da sie in ihnen eine letzthin unerwünschte Konkurrenz witterte, die sich zu einer rivalisierenden militärischen Macht entwickeln könne.

Viele Jahre hat das Reichsbanner an dem komplizierten und problematischen Spiel zwischen Truppe und Verbänden fast nur als kritischer und räsonnierender Beobachter, nicht als aktiver Partner teilgenommen. Die Situation wurde zutreffend gekennzeichnet, wenn Ludwig Haas am 17. Dezember 1926 im Reichstag lakonisch erklärte: „Beziehungen zum Reichsbanner braucht die Reichswehr nicht zu lösen; denn sie bestehen nicht[3])." Auch am Grenz- und Landesschutz war der Verband praktisch nicht beteiligt, wenn man von dem Sonderfall Ostpreußen absieht[4]). Das lag nicht allein an der Einstellung der Kreisoffiziere und der mittleren und unteren Grade des Offizierkorps, die dem Bund voller Mißtrauen gegenüberstanden und zumeist eine Zusammenarbeit ablehnten[5]). Der Verband selbst ließ eine klare Haltung vermissen. Verschiedene Reichsbannerführer bekannten sich zwar zu der Maxime: wenn eine „schwarze Reichswehr" tatsächlich notwendig ist, dann müssen wir sie stellen, nicht „reaktionäre Verbände"[6]). Einiges deutet sogar darauf hin, daß maßgebende Verbandsführer

[1]) Höltermann, Denkschrift, berichtet, daß entsprechende Pläne und Vorschläge seit 1926 vorhanden gewesen seien, daß sie jedoch von den verantwortlichen Stellen der Partei mit „staatsmännischer Handbewegung" abgetan worden seien. Fraglich bleibt indes, wie man sich auf seiten des Reichsbanners eine Verwirklichung derartiger Pläne überhaupt vorstellte.

[2]) Vgl. Vogelsang, Reichswehr, Staat, NSDAP, S. 117 ff.; Hermann Mau, Die Zweite Revolution — Der 30. Juni 1934, VZG 1 (1953), S. 119 ff.

[3]) RT, Bd. 391, S. 8618 C.

[4]) Vgl. Vogelsang, Reichswehr, Staat, NSDAP, S. 157.

[5]) Zahlreiche Beispiele dafür bei Carsten, a.a.O., passim.

[6]) So Fritz Ebert, Mitglied der Reichsbannergauleitung Berlin-Brandenburg, auf einer Tagung des „Friedenskartells" am 30. Januar 1925. Vgl. Keßler, Tagebücher, S. 410 f. Eberts Erklärung, die als Standpunkt der Gauleitung Berlin-Brandenburg ausgegeben worden sei, sei „zur Sensation des Nachmittags" geworden.

diese Ansicht teilten. Sie wagten es jedoch lange Zeit nicht, sich offen zu einer solchen Politik zu bekennen, weil sie Schwierigkeiten bei der SPD und bei Teilen der eigenen Gefolgschaft befürchteten.

In der schwankenden und oft widersprüchlichen Haltung des Reichsbanners zur Truppe spiegelt sich das Dilemma der Mehrheitssozialdemokratie, der es in der Weimarer Zeit nicht gelang, ein klares und eindeutiges Verhältnis zur Reichswehr zu gewinnen[1]). Beim republikanischen Verband wurde die Situation noch dadurch erschwert, daß er in seinen Reihen Angehörige verschiedener Parteien vereinte, deren Haltung zum Wehrproblem keineswegs einheitlich war. 1926 hatten zwar Verhandlungen der SPD mit dem Zentrum und den Demokraten begonnen, aus denen ein gemeinsames Reformprogramm hervorging. Scheidemanns berühmt-berüchtigte Reichstagsrede vom 16. Dezember 1926 zerstörte jedoch alle Ansätze zu gemeinsamer Aktion, und die Fäden wurden später nicht wieder geknüpft.

Trotz dieser ungünstigen Konstellation besaß die Vereinigung in wesentlichen Fragen der Wehrpolitik eine vergleichsweise größere Geschlossenheit als die Sozialdemokratie, da der Chor orthodox-marxistischer Stimmen, innerhalb der SPD ein gewichtiger Faktor, beim Reichsbanner kaum zu hören war. Wehrpolitische Thesen, wie sie in dem Antrag Levi–Rosenfeld–Seydewitz auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1929 aufgestellt wurden: „Die Sozialdemokratie lehnt im kapitalistischen Staat die Landesverteidigung ab, die für die Bourgeoisie nur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft und Klasseninteressen bedeutet"[2]), tauchen in der offiziellen Verbandspublizistik niemals auf, mag auch der eine oder andere Bundesangehörige solche Ideen verfochten haben. Wie die sozialdemokratische Linke deshalb den Verband beurteilte, spiegelt sich deutlich in einem Kommentar der „Plauener Volkszeitung", der die Reichsbannerzeitung das „publizistische Sprachrohr" jener „sozialdemokratischen Führungskreise" nannte, „die für eine Annäherung an die Reichswehr eintreten"[3]).

---

[1]) Vgl. dazu auch das Kapitel „Reichswehr und Mehrheitssozialdemokratie" bei Gordon, Reichswehr, S. 360 ff.; die Einstellung der SPD zur Reichswehr wird allerdings etwas einseitig wiedergegeben und bedarf an einigen Stellen der Korrektur. Eine umfassende Darstellung, die allerseits befriedigt, fehlt. Vgl. noch Gustav Adolf Caspar, Die sozialdemokratische Partei und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1959.

[2]) Text abgedruckt in: Der Klassenkampf 3 (1929), S. 372—374. Bei vorliegendem Antrag handelt es sich um einen verbesserten und leicht veränderten Entwurf eines von der Redaktion der Zeitschrift „Klassenkampf" entworfenen Wehrprogramms; abgedruckt ebd. 3 (1929), S. 1 bis 3. Der „Klassenkampf", von Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz und Heinrich Ströbel hrsg., ist das repräsentative Organ der marxistischen Parteilinken. Seit Oktober 1928 fungiert auch Paul Levi als Mitherausgeber, nachdem er sein Organ — „Sozialistische Politik und Wirtschaft" — mit dem „Klassenkampf" verschmolzen hatte. Der neue Titel der Zeitschrift lautet jetzt „Der Klassenkampf. Marxistische Blätter. Sozialistische Politik und Wirtschaft". Auf eine Diskussion der wehrpolitischen Konzeption dieser Linken muß in diesem Zusammenhang verzichtet werden. Erwähnt sei nur, daß die zahlreichen Aufsätze in dieser Zeitschrift, die sich mit Wehrfragen befassen, nicht von einem pazifistischen, sondern marxistischen Standpunkt aus geschrieben sind.

[3]) Zitiert nach R. v. 2. März 1929.

Derartige Urteile sind aufschlußreich, da sie zumindest eine Ortsbestimmung ex negativo ermöglichen. Sie besagen indes noch wenig über den positiven Gehalt der wehrpolitischen Konzeptionen, der sich selbst dann schwer bestimmen läßt, wenn man sich damit begnügt, nur die Thesen repräsentativer Sprecher wie Höltermann, Mayr und Haubach zu untersuchen. Obwohl diese Männer als betont „wehrfreundlich" eingestuft werden können, unterscheiden sich ihre Ansichten oft beträchtlich[1]).

Wie schon erwähnt, besaßen weder Reichsbanner noch Sozialdemokratie ein allgemeinverbindliches Wehrprogramm. Der ursprüngliche, vage Plan der SPD, die Schaffung einer Volksmiliz, war durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages gegenstandslos geworden und spielte lange Zeit in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle mehr. Höltermann sprach sich zunächst aus „politischen und militärischen Gründen" gegen eine „allgemeine militärische Dienstpflicht" aus[2]). Mayr, der in ihr nur ein „Gewaltmittel für außerordentliche Zeiten" sah, sekundierte, wenn er die „im Erfurter Programm der SPD noch geforderte Miliz auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht in unserem Zeitalter der Technik" weder für „möglich" noch „erstrebenswert" hielt[3]).

Solche Thesen, die Jahre hindurch als einigermaßen repräsentativ gelten können, wandelten sich jedoch allmählich beträchtlich. Spätestens 1932 tauchte, unter Hinweis auf das Erfurter Programm mit seinem Bekenntnis zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, die Forderung nach einer Reorganisation der Reichswehr auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht auf[4]). Namentlich Höltermann griff die neuen Parolen auf und näherte sich damit den „Milizplänen" des Generals von Schleicher[5]). Für ihn war jetzt die Reichswehr das vom französischen Generalstab ersonnene reaktionäre Instrument zur Niederhaltung der deutschen

---

[1]) Aus der Fülle von Aufsätzen zur Wehrpolitik seien erwähnt: „Wehrpolitik und Republik" (R. v. 5. Januar 1929); „Reichswehr und Reichsbanner" (R. v. 15. Juni 1926; Höltermann); „Neutralisierung der Wehrmacht" (R. v. 1. Dezember 1926; Höltermann); „Machtpolitik oder Rechtpolitik" (R. v. 10. September 1932; Mayr); „Reichswehr und Macht" (Deutsche Republik 1, 1926/27, Heft 23, S. 7 ff.; Haubach). Wichtig auch die Diskussionen auf den Bundesgeneralversammlungen des Reichsbanners 1926 (vgl. R. v. 15. Mai 1926); 1928 (vgl. R. v. 7. Oktober 1928) und 1933 (vgl. R. v. 25. Februar 1933).

[2]) R. v. 15. Februar 1930.

[3]) R. v. 1. März 1930.

[4]) Vgl. R. v. 24. September 1932 (Mayr); eine leichte Hinwendung zum Wehrpflichtgedanken ist bei der SPD insgesamt zu verzeichnen. Vgl. Caspar, SPD und Wehrproblem, S. 20 f.

[5]) Zu Schleichers Milizplänen vgl. Vogelsang, a.a.O., S. 160 ff.; 225 ff.; 294 ff.; vgl. weiterhin W. Sauer, in: Bracher, Auflösung, S. 273 ff., 280; B. Mueller-Hildebrand, Das Heer 1933—1945, Bd. I, Darmstadt 1954, S. 16 ff.; Castellan, Réarmement clandestin, S. 82 ff.; H. Brüning, Ein Brief, in: Deutsche Rundschau 70 (1947), S. 3 f. Besser spricht man indes von sog. „Milizplänen" Schleichers, denn es war keineswegs, wie Caspar, a.a.O., S. 21, zu Recht betont, an die Errichtung einer Miliz nach Schweizer Vorbild, sondern an die Schaffung eines Kaderheeres, eines Wehrpflichtheeres von 300000 Mann gedacht.

Arbeiterklasse[1]); statt eines Berufsheeres propagierte er die Idee einer Miliz, bei der allerdings die Gewähr dafür geboten sein müsse, daß sie sich nicht, wie die Reichswehr, einseitig aus bestimmten Bevölkerungsschichten rekrutiere[2]).

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die zunächst rein „technisch" erscheinende Forderung nach einem neuen Militärsystem von innenpolitischen Erwägungen bestimmt war. Hinter der wehrpolitischen Neuorientierung stand als entscheidendes Motiv die Hoffnung, eine Miliz werde niemals ein so willfähriges Instrument in der Hand von Präsidialregierungen sein, wie es die Reichswehr bisher gewesen war. Die Methoden und Argumente hatten sich zwar gewandelt, die Zielsetzungen waren jedoch weithin gleich geblieben. Wenn man in früheren Jahren, als eine Änderung des in Versailles festgelegten Militärsystems noch unmöglich schien, die Forderung nach „Entpolitisierung" und „Neutralisierung" der Reichswehr erhob, dann verfolgte man, mit der damaligen Situation angepaßten Parolen, ein ähnliches Ziel, nämlich zu verhindern, daß die Wehrmacht als innenpolitisches Kampfinstrument gegen Republik und Arbeiterschaft eingesetzt werden könne. Gerade Höltermann hatte wiederholt, verbunden mit einer Polemik gegen Noske, dem er vorwarf, eine Wehrmacht und keine Polizei geschaffen zu haben[3]), der Reichswehr einzig und allein eine Sicherheitsaufgabe gegenüber äußeren Feinden zugewiesen und seine Auffassung in die Formel gekleidet: „Der Soldat stirbt ehrlich nur an den Grenzen seines Vaterlands[4])."

Diese Forderung, die mit der Konzeption der inneren Sicherheitsaufgaben nur widerstrebend nachkommenden Reichswehr in Einklang stand, wurde zumeist mit nationalpolitischen Argumenten und der Sorge um die Schlagkraft der Wehrmacht begründet, die ohne das Vertrauen aller Bürger „militärisch wertlos" sei[5]). Daß solche Überlegungen mit im Spiele waren, wird man einem Manne wie Höltermann zubilligen müssen; ausschlaggebend waren sie indes auch bei ihm nicht. Viel schwerer wog die Furcht vor einem Mißbrauch der Truppe im Innern, ein innenpolitisches Interesse also, dem aus verständlichen Gründen ein „nationaler" Stützbalken unterschoben wurde. Indirekt bestätigt wird diese Interpretation durch die Tatsache, daß mit der Forderung nach „Neutralisierung", die als eine Art politisches Minimalprogramm verstanden werden kann, das

[1]) R. v. 25. Februar 1933 (Rede Höltermanns auf der BGV). Ähnlich später in einem Manuskript aus der Emigrationszeit: „Versailles und Weimar" (Nachlaß Höltermann).

[2]) Vgl. Rede Höltermanns auf der BGV 1933, a.a.O., wo er betont: „Je weniger es die Rechte hören will, um so lauter rufen wir: Her mit der Miliz!" Tatsächlich wurde sein Eintreten für die Miliz auf der Rechten zumindest teilweise äußerst positiv vermerkt. Vgl. dazu den Bericht in der „Kreuzzeitung" v. 17. Februar 1933 über eine Presseerklärung Höltermanns anläßlich der Bundesgeneralversammlung. — Das Reichsbanner sah in den Milizplänen eine Chance, die Versäumnisse der Jahre 1918/19 zu korrigieren und warnte deshalb nachdrücklich vor einem passiven Beiseitestehen. Vgl. dazu auch IRZ v. 10. Dezember 1932.

[3]) Vgl. R. v. 1. Februar 1928.

[4]) R. v. 1. Januar 1927; ähnlich Baerensprung, R. v. 15. Januar 1927.

[5]) R. v. 1. Februar 1928.

Postulat einer „Republikanisierung" und „Demokratisierung" der Wehrmacht einherging.

Die letztgenannten Forderungen, Kautschukparolen, unter denen fast jeder etwas anderes verstand, konnten, wenn man die mehr technischen Fragen des Aufbaus und der Organisation ausklammert, nicht mehr beinhalten als das Verlangen nach Loyalität der Truppe gegenüber der Republik. Tatsächlich jedoch verband sich mit ihnen häufig die Vorstellung, die Reichswehr habe vorrangig eine Schutztruppe und zuverlässige Garde des republikanischen Staates zu sein[1]). Damit tat sich aber ein gewisser Widerspruch auf zu der vorher erwähnten Forderung nach „Neutralisierung" der Wehrmacht. Denn wenn man den Zweck der Reichswehr vordringlich oder sogar einzig darin sah, das Regime gegen innere Feinde zu schützen, dann wurde die Aufgabe der Landesverteidigung zumindest hintangestellt, mochte diese Funktion auch prinzipiell nicht bestritten werden[2]).

Für eine „Republikanisierung" der Reichswehr gab es grundsätzlich zwei Möglichkeiten. Die eine bestand in der Kontrolle von oben, um auf diese Art die Truppe in die Hand zu bekommen; die andere lag in dem Eintritt einer möglichst großen Zahl von Republikanern in das Heer, eine Möglichkeit, die gerade das Reichsbanner zu einer klaren Stellungnahme zwang, da es gegebenenfalls in erster Linie die wehrwillige republikanische Mannschaft stellen mußte.

Es gab vereinzelt Stimmen innerhalb des Bundes, die mit aller Entschiedenheit gegen einen Eintritt in die „reaktionäre" Reichswehr polemisierten[3]). Von verbandsoffizieller Seite wurden diese Auffassungen jedoch, verbunden mit dem Hinweis auf die schweren Versäumnisse der SPD zu Anfang der Weimarer Republik[4]), als völlig unrealistisch und als Flucht in einen Scheinradikalismus

[1]) Das gilt allerdings nicht für Höltermann, der sehr bewußt und unter betonter Absetzung von anderen Auffassungen erklärt: „Republikanisierung der Reichswehr heißt nicht, die Reichswehr zu einem Instrument zu machen, das bestimmt ist, die innenpolitischen Gegner der Republik mit Gewalt niederzuwerfen." (R. v. 1. Dezember 1926). Die Auffassung, die Wehrmacht müsse „die Hauptstütze des Staates auch gegen innere Gegner" sein, sei eine „aus dem Ideenbestand des alten Obrigkeitsstaates übernommene Vorstellung" (R. v. 15. Oktober 1926). Eine andere Auffassung allerdings bei Haubach: „Reichswehr und Macht" (Deutsche Republik 1, 1926/27, H. 23, S. 7 ff.), Schumacher (R. v. 15. Juni 1929) und Severing (R. v. 19. Februar 1927). Höltermanns Konzeption steht im übrigen durchaus in der Tradition sozialdemokratischer Wehrpolitik.

[2]) Einseitig überzeichnet wird dieser Gegensatz bei Gordon, a.a.O., S. 364, der von zwei sich gegenseitig völlig ausschließenden Auffassungen bei der Reichswehr und der SPD spricht. Die Einstellung der SPD wird einfach falsch wiedergegeben, wenn behauptet wird, sie habe darauf bestanden, daß „es die einzige Aufgabe der Reichswehr sei, das bestehende Regime gegen seine inneren Gegner zu schützen".

[3]) R. v. 25. Januar 1930 (Leserzuschrift).

[4]) Vgl. u. a. R. v. 1. Januar 1928; IRZ v. 11. Dezember 1926; IRZ v. 10. Dezember 1932; R. v. 15. Oktober 1926; R. v. 1. Januar 1928 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg); IRZ v. 22. Januar 1927.

entschieden zurückgewiesen[1]). Während gewisse Kreise der SPD sich häufig darauf beschränkten, die auch von Groener mißbilligten einseitigen Rekrutierungsmethoden anzuprangern[2]), ging der schwarzrotgoldene Verband nicht nur sorgsam allen Fällen nach, in denen er eine einseitige Bevorzugung von Angehörigen rechtsradikaler Verbände zu erkennen glaubte[3]), sondern war auch bereit, die praktischen Konsequenzen aus dieser Kritik zu ziehen. Die jüngeren Verbandsangehörigen wurden über Einstellungsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten bei der Schutzpolizei wie bei der Reichswehr informiert, und die Gauvorstände waren bemüht, wehrwilligen Republikanern den Weg zur Truppe zu erleichtern[4]).

Daß der Erfolg ziemlich gering war, zumal auch die Werbung wohl nicht mit letztem Nachdruck geschah, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Immerhin dokumentiert sich in diesen Anstrengungen das Bestreben, ausgetretene Pfade der Wehrfeindlichkeit zu verlassen und zur Reichswehr auch in ihrer gegenwärtigen Gestalt ein realistisches Verhältnis zu gewinnen. Prinzipiell hielt man zwar daran fest, daß das „Problem Reichswehr" einmal von Grund auf neu aufgerollt werden müsse[5]), aber man suchte doch den Gegebenheiten der Lage Rechnung zu tragen und war deshalb um einen modus vivendi mit der Truppe und um die Herstellung besserer und erträglicherer Beziehungen bemüht.

Wenn Mayr 1929 formulierte: „Seit Jahren führen wir im Reichsbanner einen scharfen Kampf nicht etwa gegen die Reichswehr, sondern um unsere Reichswehr"[6]), dann gab er die Grundeinstellung des Verbandes wohl zutreffend wieder. Die Frage ist allerdings, ob man es gelegentlich der Truppe nicht schwer

[1]) R. v. 25. Januar 1930; R. v. 11. Januar 1930; R. v. 26. Januar 1929; Das Jungbanner, S. 7 f. Programmatisch ein Artikel Höltermanns: „Reichswehr und Reichsbanner" (R. v. 15. Oktober 1932), in dem betont wird, daß alle Schlagworte von „Republikanisierung" und „Demokratisierung" der Reichswehr, alles Auswechseln von Personen und alle sonstigen Maßnahmen letzthin völlig sinnlos seien, wenn es nicht gelinge, die „Abneigung der Republikaner gegen den Heeresdienst zu überwinden". Im anderen Falle werde jeder republikanische Wehrminister wie Noske scheitern und politischen Selbstmord begehen.

[2]) Vgl. dazu u. a. das Schreiben Groeners an Gleich v. 26. April 1931; abgedruckt bei Reginald Phelps: Groener-Dokumente VI, Deutsche Rundschau 76 (1950), S. 1016. Mit seiner Bemerkung, bei „den Kommandeuren" bestehe „leider noch die Einbildung, wenn einer von den ‚Vaterländischen' Verbandsbonzen empfohlen" werde, „sei er eine großartige Nummer", bestätigt er die wiederholt von Reichsbannerseite erhobenen Vorwürfe. Vgl. u. a. IRZ v. 11. Dezember 1926; R. v. 15. Oktober 1926; R. v. 15. September 1926 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg).

[3]) Vgl. dazu ein Schreiben Goerners an den Reichsbannerbundesvorstand v. 27. Oktober 1928, in dem er versichert, daß in einem vom Reichsbanner angesprochenen Fall — angeblich waren vom Stahlhelm empfohlene Leute bevorzugt worden — alles seine Richtigkeit gehabt habe. Daß solche Beschwerden laufend eingingen, verraten Schreiben Groeners an Hörsing v. 24. Juli 1929; Groeners an Hermann Müller v. 24. Juli 1929; Hörsings an Hermann Müller v. 27. Juli 1929, BA, R 43 I/767.

[4]) Vgl. Das Jungbanner, S. 7 f., 85.

[5]) So Höltermann noch auf der BGV 1933, R. v. 25. Februar 1933.

[6]) R. v. 26. Januar 1929.

machte zu erkennen, daß nicht gegen sie, sondern um sie gekämpft wurde. Es gab zwar eine Reihe positiver Äußerungen über die Reichswehr. Das zurückhaltende Lob wurde jedoch in seiner Wirkung oft wieder aufgehoben durch ätzende Polemik und ressentimentgeladene Kritik. Wenn man den Reichswehretat schlankweg als „eine Gefahr für Deutschland" hinstellte und sich dagegen verwahrte, „daß unsere Gelder im wörtlichen Sinne so verpulvert werden"[1]), brauchte man sich nicht zu wundern, daß solche Äußerungen von der Truppe als Wehrfeindlichkeit ausgelegt wurden. In der Panzerkreuzerfrage legte der Verband allerdings eine merkliche Zurückhaltung an den Tag. Die Anhängerschaft draußen im Lande nahm zwar zumeist aktiv an der mit emotionaler Leidenschaft geführten Agitation teil; der Verbandsführung war jedoch dieser Wirbel im Grunde höchst unwillkommen, da sie auf die Bundesmitglieder aus dem Zentrum und der DDP Rücksicht zu nehmen hatte und zudem befürchtete, es könne allzuviel Porzellan bei der Reichswehr zerschlagen werden[2]). Namentlich Hörsing bemühte sich, die Agitation einzudämmen, und fertigte deshalb schon auf der Bundesgeneralversammlung 1928 seine Widersacher mit der etwas schnoddrigen Bemerkung ab, der ganze Panzerkreuzer sei „bis zum Kotzen abgeleiert"[3]).

Derselbe Hörsing ließ sich jedoch bei anderen Gelegenheiten zu derart übertreibenden Äußerungen hinreißen, daß seine durchaus wehr- und reichswehrfreundliche Einstellung immer wieder angezweifelt wurde[4]). Anlaß dazu boten Nachrichten über eine Zusammenarbeit zwischen rechtsradikalen Verbänden und der Truppe sowie das Verhalten einzelner Kommandeure oder verabschiedeter hoher Reichswehroffiziere, die ihrer antirepublikanischen Einstellung

[1]) R. v. 1. Mai 1927.

[2]) Aus diesem Grund versuchte man, das ganze Problem als rein technische Angelegenheit hinzustellen, bei der die Frage Pazifismus oder nicht Pazifismus überhaupt nicht zur Debatte stehe. Vgl. R. v. 8. April 1928. Im übrigen war die Einstellung der überwiegenden Mehrheit entschieden ablehnend; man sprach sich jedoch nachdrücklich dagegen aus, daß der Verband, als offiziell überparteiliche Vereinigung, an der Agitation draußen im Lande teilnehme. Vgl. R. v. 26. August 1928; R. v. 15. Juli 1928. Zum Problem generell vgl. Wolfgang Wacker, Der Bau des Panzerschiffs A und der Reichstag, Tübingen 1959.

[3]) Äußerung zitiert nach dem „Mitteilungsblatt Nr. 6 der Bundesführung des RFB, Abt. Rote Jungfront" (Oktober 1928, StAL, F 193, Nr. 342. Die Formulierung dürfte unbedingt echt sein, da sie durchaus dem Redestil Hörsings entspricht. Im Bericht über die BGV 1928 (R. v. 7. Oktober 1928) ist sie nicht überliefert. Aber auch dort gibt Hörsing seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die Panzerkreuzerfrage so ausführlich diskutiert worden sei, verbunden mit einem scharfen Ausfall gegen den „Antimilitarismus" in Deutschland, der einfach unbegreiflich sei, da Deutschland entwaffnet sei, während die ganze übrige Welt in Waffen starre. Diese Ausführungen stimmen voll und ganz mit den im erwähnten „Mitteilungsblatt" wörtlich zitierten weiteren Darlegungen Hörsings überein.

[4]) Vgl. z. B. R. v. 12. Juli 1930. Vgl. auch ein Schreiben Severings an Deimling v. 24. Dezember 1925 (Nachlaß Severing). Severing erwähnt verschiedene Äußerungen Hörsings über die Reichswehr und die Reichswehrführung und bittet Deimling dringend, Hörsing zu stärkerer Zurückhaltung zu ermahnen.

bisweilen die Zügel schießen ließen[1]). Solche Vorfälle mußten Mißtrauen wecken, und die Kritik an ihnen war berechtigt. Mißlich war nur, daß sie oft weit über das Ziel hinausschoß. Wenn man Mißstände anprangerte und echte Gravamina vortrug, geschah das nicht selten in einer so leichtfertigen und generalisierenden Art, daß die Reichswehr die Kritik als böswilligen und unqualifizierten Angriff empfinden konnte und entsprechend ungehalten reagierte[2]).

Im Grunde standen hinter den Kontroversen die historischen Vorurteile beider Gruppen, und sie machen es erst verständlich, daß die oft aus banalen Anlässen erwachsenen Reibungen des Alltags immer wieder zu prinzipiellen Auseinandersetzungen werden konnten. Das Reichsbanner vermochte sich in seiner Gesamtheit nur schwer aus der ererbten Klassenhaltung zu lösen und war deshalb mit einem grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber dem „reaktionären" Militär schnell bei der Hand. Umgekehrt identifizierte die Reichswehr den schwarzrotgoldenen Wehrverband voreilig und einseitig mit ideologischen Konzeptionen wie Marxismus, Internationalismus und Pazifismus und stand deshalb dem Bunde zumindest mit skeptischer Zurückhaltung gegenüber.

Es gab allerdings innerhalb der höchsten Führungsspitze Unterschiede der Einstellung. Im Gegensatz zu Seeckt, der für die Linke wohl kaum etwas anderes als hochmütige Verachtung empfunden hat[3]), besaßen Männer wie Schleicher und Groener, obwohl auch bei ihnen eine Abneigung zu spüren ist, viel mehr Verständnis für das republikanische Lager und die SPD, der gegenüber sie eine Politik der Annäherung befürworteten. Ein Mann wie der damalige Oberst von Bonin, der als Chef des Stabes der I. Division in Königsberg enge persönliche und politische Kontakte zu republikanischen Kreisen in Ostpreußen aufrechterhielt[4]), war jedoch ein „weißer Rabe" innerhalb des Offizierskorps.

---

[1]) Vgl. dazu auch Gordon, a.a.O., S. 372. Der ganze Ärger des Rb. schlägt sich nieder in dem erwähnten Schreiben Hörsings an H. Müller v. 27. Juli 1928: „Sonntag für Sonntag — und nicht nur an einzelnen Stellen, sondern fast überall — beteiligt sich die Reichswehr an Aufmärschen von Organisationen, die ihre Veranstaltungen unter schwarzweißroten Fahnen stattfinden lassen." Das Rb. bringe die meisten Fälle bewußt nicht in die Presse, unterbreite nur die gröbsten Vorkommnisse dem Reichswehrminister, könne jedoch den Eindruck nicht loswerden, daß eine eingehende Untersuchung niemals stattfinde.

[2]) Ein Fall, der die besondere Empörung Groeners hervorrief, war das Erscheinen einer Artikelserie: „Unser Reichswehroffizierskorps" von Miles Alter, R. Nr. 19 (11. Mai 1929) ff.; Groener intervenierte energisch beim Reichsbannerbundesvorstand und bat auch den Kanzler, Hermann Müller, seinen Einfluß aufzubieten, damit in Zukunft diese unerhörten Verdächtigungen und Verleumdungen unterbleiben (vgl. dazu die S. 178, Anm. 3, zitierten Briefe). Auch H. Müller erklärt, daß diese „Verallgemeinerungen" und „giftigen Anwürfe" auf das Offizierskorps ihm unverständlich seien. Man könne es den Truppenkommandeuren nicht verdenken, wenn sie nach derartigen „Stilblüten" jeglichen Verkehr mit dem Rb. abbrächen. Schreiben an Hörsing v. 29. Juli 1929, BA, R 43 I/767.

[3]) Zu Seeckts Einstellung vgl. General Friedrich von Rabenau, Hans von Seeckt: Aus seinem Leben, 1918—1936, Leipzig 1941, S. 147, 151, 328 f., 350, 369, 411 sowie Gordon, a.a.O., S. 361 f.

[4]) Zur Charakteristik der Persönlichkeit Bonins und seines Wirkens in Ostpreußen vgl. vor allem die Denkschrift Holtums. Ebd. auch ein Schreiben Bonins an Holtum abgedruckt, in dem

Beim Gros der Reichswehrangehörigen überwogen innere Abneigung, vorsichtige Skepsis und teilweise verächtliche Ablehnung der Linken, wobei zwischen SPD und Reichsbanner kaum unterschieden wurde. Wie tief das Mißtrauen saß, zeigt die Tatsache, daß selbst ein Mann wie Groener, veranlaßt vielleicht durch radikalpazifistische Parolen republikanischer Außenseiter, gelegentlich die Befürchtung äußerte, bei einem Angriff von außen müsse eventuell mit einer aktiven Sabotage der Landesverteidigung seitens des schwarzrotgoldenen Wehrverbandes gerechnet werden[1]).

Mit aus dem Bestreben heraus, gegenseitige Vorurteile abzubauen, hatte sich das Reichsbanner zeitweilig um die Herstellung persönlich-menschlicher, nicht militärischer Beziehungen zur Reichswehr bemüht. Für Führerkurse suchte man auch Offiziere des Heeres als Referenten zu gewinnen[2]); einzelne Ortsvereine pflegten bisweilen den Kontakt zu örtlichen Kommandostellen der Truppe[3]). Eine nennenswerte Bedeutung kam solchen Versuchen indes wohl nicht

---

dieser zu der Denkschrift Stellung nimmt. Bonin, auf dessen Einfluß wohl die Teilnahme ostpreußischer Reichsbannerangehöriger am Grenzschutz zurückzuführen ist, verkehrte auch in dem von Holtum geleiteten „Republikanischen Club" in Königsberg, obwohl Schleicher, bei dem Bonin angefragt hatte, ob gegen einen solchen Beitritt Bedenken beständen (vgl. Schreiben Bonins an Schleicher v. 19. März 1929) dringend abgeraten hatte, da der Club „weder überparteilich noch unpolitisch" sei (Antwortschreiben Schleichers v. 22. März 1929). Nachlaß Schleicher, Nr. 32, BA.

[1]) Vgl. R. v. 12. Juli 1930, wo Hörsing auf entsprechende Äußerungen Groeners anspielt. Später revidierte Groener allerdings seine Ansicht. In einem Schreiben an den Kronprinzen v. 22. April 1932 (abgedruckt bei Dorothea Groener-Geyer, General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt a. M. 1955, S. 312 f.) betont er: „Sabotage von dieser Seite (gemeint ist das Rb.; d. Verf.) für den Ernstfall zu befürchten, besteht kein Anlaß. Solche Gerüchte sind vielfach darauf zurückzuführen, daß das Reichsbanner häufig in einen Topf mit den Kommunisten geworfen wird." Der Kronprinz dagegen hatte in seinem Schreiben, in dem er sich gegen das SA-Verbot aussprach, behauptet: „Wie das Reichsbanner und ähnliche Formationen der Linken im Ernstfall als Ergänzung der Reichswehr zu bewerten sein dürften, darüber besteht bei mir, bei den meisten Reichswehroffizieren und bei allen Persönlichkeiten, die im Grenzschutz tätig gewesen sind, auch nicht der geringste Zweifel. M. E. werden noch erhebliche Teile der Reichswehr und der Schupo dazu notwendig sein, um diese Elemente von Sabotageakten abzuhalten." (Schreiben v. 14. April 1932; abgedruckt bei Groener-Geyer, a.a. O., S. 311 f.) Daß das Verhältnis zum Reichsbanner wegen dessen Zurückhaltung in Grenzschutzfragen von einem traditionellen Mißtrauen bestimmt war — besonders im Offizierskorps der Grenzprovinzen — bestätigt auch Ott: Ergänzende Bemerkungen zu den Akten des Instituts für Zeitgeschichte (München, 18. Februar 1952, ungedr.). Vgl. Bracher, Auflösung, S. 497, Anm. 70. Ungemein aufschlußreich für die Einstellung jüngerer Offiziere zum Reichsbanner ist auch der bei Carsten, a.a.O., S. 294, in Auszügen zitierte Brief des Oberleutnants Helmuth Stieff.

[2]) So z. B. für den Jugendführerkurs vom 12.—24. August 1929 in Stecklenberg, Harz. Groener hatte zunächst zugesagt, einen Referenten zu stellen, sein Angebot jedoch wegen der Angriffe auf die Reichswehr in der erwähnten Artikelserie über das Offizierskorps zurückgezogen. Vgl. dazu S. 178, Anm. 3, und die dort angeführten Korrespondenzen.

[3]) In der IRZ erscheinen wiederholt kurze Notizen und auch Bilder, die Reichsbannerangehörige im Kreise von Reichswehrsoldaten zeigen. Wie Nowack, der damalige Redakteur an der IRZ berichtet, wurden solche Erscheinungen von der Redaktion bewußt herausgestellt (mündliche Auskünfte). Daß es solche Kontakte in der Tat wohl häufiger gab, bestätigt indirekt Groener in seinem erwähnten Schreiben an H. Müller v. 24. Juli 1929 (vgl. S. 178, Anm. 3), in dem er unter

zu. Erst 1932 in der Ära Schleicher–Groener bahnte sich allmählich ein Wandel an. Das Reichsbanner lernte zunehmend, schärfer zwischen „Feldgrau" und „Braun" zu unterscheiden, und erblickte mehr und mehr in der Wehrmacht einen potentiellen Verbündeten gegen die NSDAP[1]).

Namentlich Höltermann, der neue Bundesvorsitzende, setzte, frei von Vorurteilen und in realistischer Einschätzung der bestehenden Machtverhältnisse, offen auf die Karte der Reichswehr und war bemüht, seinen Verband auf diesem Wege mit sich zu ziehen. Selbst die Ereignisse des 20. Juli 1932, bei denen die Reichswehr auf der anderen Seite der Barrikade stand, konnten den Kurs der Annäherung nicht ernsthaft gefährden. Bei Schleicher und Groener, der, wie er 1932 in einem Schreiben an den Kronprinzen betonte, mit „voller Absicht" eine Politik betrieb, „die auch dem Reichsbanner und den hinter ihm stehenden Kräften die Eingliederung in die Front deutschen Verteidigungswillens" ermöglichen sollte[2]), stießen seine Bemühungen auf wohlwollendes Entgegenkommen, da beiden an einer Verbreiterung des politischen Terrains für die Truppe gelegen war. Tatsächlich bahnte sich zwischen Reichsbanner und Wehrmachtführung in der Endphase der Republik ein Verhältnis an, das zwar nicht als „herzliches Einvernehmen", aber doch als korrekt und von gegenseitigem Respekt getragen charakterisiert werden kann[3]).

3. Der Streit um den Pazifismus

Der faktischen Annäherung parallel lief, gleichsam als ideologische Begleitmusik, ein immer deutlicheres Bekenntnis des Reichsbanners zum Wehrgedanken, das bei vorurteilslosen Beobachtern nicht ohne positives Echo blieb. Groener konstatierte 1932 voller Befriedigung „eine Entwicklung der Anschauungen im Reichsbanner", „die aus staatspolitischen Gründen nur zu begrüßen" sei[4]). Der jungkonservative Schriftsteller Schotte nannte das Reichsbanner einen Bund, der „selbstverständlich dem Prinzip der Wehrhaftigkeit unseres Volkes tief verpflichtet" sei[5]). Früher hatten die Urteile teilweise erheblich anders gelautet,

---

Hinweis auf die Vorwürfe und Verleumdungen des Rb. in der erwähnten Artikelserie betont, nach solchen Angriffen könne man es den Truppenkommandeuren für die Zukunft nicht verdenken, wenn sie jeden kameradschaftlichen und geellschaftlichen Verkehr mit dem Reichsbanner ablehnten.

[1]) Vgl. dazu die Bemerkung Höltermanns auf der BGV 1933: „Nicht nur die Polizei ist die Staatsmacht. Auch die Wehrmacht spielt eine Rolle und die Reichswehr trägt immer noch das feldgraue Kleid, nicht den braunen Rock", R. v. 25. Februar 1933.

[2]) Schreiben an den Kronprinzen v. 22. April 1932, bei Groener-Geyer, a.a.O., S. 313.

[3]) Ausführlich über diese Vorgänge S. 444 ff.

[4]) In dem erwähnten Schreiben an den Kronprinzen vom 22. April 1932, Groener-Geyer, a.a.O., S. 313.

[5]) Walther Schotte, Der neue Staat, S. 140.

sicherlich nicht immer zu Recht; aber man wird einräumen müssen, daß gewisse Vorkommnisse zu solchen Mißdeutungen und Fehleinschätzungen Anlaß boten, da es der Bund in den ersten Jahren versäumt hatte, sich von radikalen pazifistischen Strömungen unmißverständlich zu distanzieren. Für breite Kreise der Öffentlichkeit trug deshalb der Verband ein Janusgesicht, weil sich betont wehrfreundliche Äußerungen einzelner Reichsbannerführer ebenso beibringen ließen wie entgegengesetzte Aussagen extrem pazifistischer Ausrichtung.

Zu Beginn mochte es einen Augenblick scheinen, als wolle der Bund einen betont wehrfreundlichen Kurs einschlagen und die Worte Sollmanns: „Sorgen Sie dafür, daß der Mollusken-Pazifismus, der mit wirklicher Friedenspolitik nichts zu tun hat, in der republikanischen Bewegung zurückgedrängt wird“[1]), zur verpflichtenden Maxime erheben. Sorgfältig ausgesuchte Aussprüche August Bebels, in denen dieser ein nachdrückliches Bekenntnis zur Landesverteidigung ablegte, zierten die erste größere Festschrift des Verbandes[2]). Bei der Bannerweihe des Gaues Schleswig-Holstein betonte ein Sprecher: „Auch wir wollen nach innen und nach außen die Wehrhaftigkeit Deutschlands im guten und besten Sinne pflegen[3]).“ Der badische Demokratenführer Dr. Haas, ein streitbarer Anhänger des Reichsbanners, forderte: „Im deutschen Republikaner muß der Wille stark sein, sein Vaterland, seine Republik, nach außen und innen mit dem eigenen Leibe zu decken[4]).“ Auf Grund solcherÄußerungen fühlte sich Ernst Niekisch zu dem Urteil veranlaßt, im Verbande werde ein „gesundes Gefühl für die unumgänglichen Erfordernisse einer Verteidigungsorganisation“ und ein „Geist der Selbstbehauptung“ gepflegt, der einmal auch den „Übermut der auswärtigen Feinde in seine Schranken“ verweisen könne[5]).

Diese Annahme war freilich etwas voreilig; denn es gab nicht minder zahlreiche Äußerungen prominenter Verbandsangehöriger, die sich in das oben gezeichnete Bild einer „wehrhaften Linken“ nur schwer einfügen ließen. Nicht daß Wehrhaftigkeit und pazifistische Einstellung notwendig einen Widerspruch darstellen müssen. Wenn Pazifismus nichts anderes bedeutet, als aktive Friedenspolitik und Ablehnung eines Revanche- oder Angriffskrieges, dann war das

---

[1]) Schreiben an den Bundesvorstand des Reichsbanners v. 10. März 1924 (Sammlung Osterroth).

[2]) Vgl. Das Reichsbanner und Potsdam (1924), S. 25 f.

[3]) So ein, vermutlich dem Zentrum angehörender, Regierungsrat Albersmann; vgl. den Bericht über diese Bannerweihe, in: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung v. 13. Oktober 1924. Vgl. auch R. v. 15. Mai 1924.

[4]) R. v. 19. Februar 1927. Haas gehört zu den ausgesprochenen wehr- und militärfreundlichen Vertretern im Reichsbanner, eine Einstellung, die er bei allen Gelegenheiten unverblümt zum Ausdruck brachte.

[5]) So in der Zeitschrift „Der Firn“, zitiert nach: R. v. 15. März 1925. Daß man von seiten des Rb. Passagen aus diesem Artikel zitiert, zeigt zumindest, daß dem Verband eine solche Einschätzung nicht ganz unlieb war.

Reichsbanner immer ein von Grund auf pazifistischer Verband, auch in seiner letzten, mehr „wehrhaften Phase". Es blieb indes keineswegs bei einem solchen, später als „vernünftig" und „realpolitisch" deklarierten Pazifismus, der mit einer klar ausgesprochenen Bereitschaft zu notfalls bewaffnetem Widerstand gegen jede Art von äußerer Aggression einhergehen konnte und tatsächlich einherging[1]). Der Kampf gegen den „Kriegswahnsinn", für „Völkerfrieden", „Abrüstung" und „Demokratie" verführte nicht selten dazu, jede militärische Abwehrvorbereitung auf deutscher Seite als friedensstörende Maßnahme hinzustellen und sie mit dem Gedanken an einen Revanchekrieg zu verknüpfen.

Getragen wurde diese Agitation vornehmlich von Kreisen der „Friedensgesellschaft" und der „Deutschen Liga für Menschenrechte", die, vordem „Offiziere ohne Soldaten", wie Grassmann später abschätzig urteilte[2]), in dem republikanischen Wehrverband die geeignete Massenbasis für die Ausbreitung ihrer Ideen erkannten und gewillt waren, die ihnen gebotene große Chance wahrzunehmen. Das Reichsbanner wiederum ließ sich die Mitarbeit der Persönlichkeiten gern gefallen, da sie die geistige Position des Verbandes aufbessern halfen und auch finanzielle Mittel flüssig zu machen wußten[3]).

Es war deshalb nicht ganz zutreffend, wenn die Verbandsführung später betonte, es handle sich bei jenen Männern um bloße Außenseiter, die niemals über irgendeinen Einfluß im Bunde verfügt hätten[4]). Zumindest der General a. D. von Schönaich zählte anfangs zur Prominenz und zu den beliebten und gesuchten Wanderrednern des Verbandes[5]). Wohl bemühte man sich schon sehr früh um eine gewisse Abgrenzung, wenn man betonte, der Saalschutz, den man der Friedensgesellschaft gewähre, bedeute nicht, daß man sich mit allen Zielen dieser Bewegung identifizierte, sondern nur, daß man das Recht auf Redefreiheit auch für radikale Pazifisten gewährleistet sehen wolle[6]).

---

[1]) Symptomatisch etwa ein Artikel Mayrs (R. v. 6. April 1929), in dem ein ebenso entschiedenes Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung wie zu „positiver, realpolitischer Friedensarbeit" abgelegt wird, unter gleichzeitiger scharfer Distanzierung von „radikalpazifistischen Seitensprüngen einiger weniger idealistisch durchaus ehrlicher Kameraden". Ähnlich Deimling, R. v. 15. März 1925.

[2]) Schreiben Grassmanns an Hörsing v. 21. August 1928 (Abschrift im Besitz Baron v. Koerbers). Anlaß für die heftigen Vorwürfe Grassmanns gegen die radikalen Pazifisten und namentlich gegen die „Liga für Menschenrechte" — „diese Herren Intellektuellen", „Offiziere ohne Soldaten", „Pfeifenklub" — bildet die gegen die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in der Panzerkreuzerfrage gerichtete Agitation dieser Kreise, für die sie auch das Rb. einzuspannen suchten.

[3]) So erhielt etwa das Rb. über den Kontaktmann Lehmann-Rußbüldt 1924 5000 Mark. Zu dieser Affäre vgl. die Ausführungen S. 77.

[4]) So R. v. 6. April 1929.

[5]) Vgl. z. B. R. v. 15. Dezember 1925, wo Schönaich zu den „einflußreichsten Mitgliedern" des Verbandes gezählt wird. Schönaich entwickelte sich allerdings erst allmählich aus sehr gemäßigten pazifistischen Anfängen zu einem radikalen Pazifisten. Vgl. P. von Schönaich, Mein Finale, Flensburg 1947 (Einleitung von Fritz Hähnsen), S. XV ff.

[6]) Vgl. R. v. 15. Oktober 1924.

Solche Unterschiede wurden jedoch von der breiten Öffentlichkeit überhört, zumal eine offizielle Distanzierung von den Äußerungen radikaler Pazifisten, die dem Bunde als Mitglieder angehörten, lange Zeit unterblieb. Die eigentliche Reichsbannerpresse hielt sich in diesen Fragen allerdings sehr zurück. Eine klare Haltung, wie sie der General Reinhardt als selbstverständlich forderte: „Ich bin deutscher Republikaner und bereit, mit der Waffe in der Hand mein Vaterland zu verteidigen[1])", tritt zwar selten offen hervor; die Verbandspresse hat sich jedoch keineswegs mit allen Moden und Spielarten des Pazifismus identifiziert. Ein mehr als nur gradueller Unterschied wird deutlich, wenn man die Bundeszeitschriften mit sozialdemokratischen Verbandsorganen vergleicht[2]). Gleichwohl fiel es den Gegnern auf der Rechten nicht schwer, radikal-pazifistische Äußerungen einzelner Verbandsmitglieder zu sammeln, die sich als angebliche Beweisstücke für die „landesverräterische" und prinzipiell wehrfeindliche Einstellung des Bundes trefflich verwenden ließen[3]).

Solche Vorwürfe, die dem Reichsbanner höchst unangenehm waren[4]), trugen mit dazu bei, die Diskussion um die Frage des Pazisfismus im Bunde nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Ursächlich für die Auseinandersetzungen innerhalb des Verbandes waren sie indes nicht; denn von Anfang an hatte es Kreise gegeben, die sich jedwedem pazifistischen Glaubensbekenntnis mit Nachdruck widersetzten. Auf einer Reichsausschußtagung am 21. Februar 1925, die sich mit dem Problem beschäftigte, war man zu keiner Einigung gekommen[5]). Man legte sich weder positiv noch negativ fest, sondern begnügte sich mit der Empfehlung, die Pazifisten sollten sich mit den drei Weimarer Koalitionsparteien auf ein gemeinsames Programm einigen, das dann ohne Einschränkung vom Reichsbanner vertreten würde. Radikale Gruppen des westdeutschen Landesverbandes der Friedensgesellschaft, die sich um die Zeitschrift „Das Andere Deutschland" gruppierten, verwarfen jedoch den Kompromiß und eröffneten eine heftige

[1]) Vgl. St. v. 16. Januar 1927.

[2]) Man ziehe etwa zum Vergleich das Organ der SAJ, die „Arbeiterjugend", heran. Vgl. u. a. die Artikel: „Krieg dem Kriege", ebd. 16 (1924), S. 233 f.; „Die Arbeiterjugend und der Krieg", ebd. 18 (1926), S. 117; weiterhin den zusammenfassenden Artikel von Max Westphal: Die Jugend und die Wehrfrage, ebd. 21 (1929), S. 57 f., in dem auf die pazifistische Tradition gerade der SAJ verwiesen wird. In den „Jungsozialistischen Blättern", dem Organ der Jungsozialisten, begegnet man weniger pazifistischem Gedankengut, da von der dort dominierenden radikal-marxistischen Richtung mit Nachdruck die proletarische Wehrhaftigkeit proklamiert wird. Vgl. aber die Besprechung des Schönaich-Buches: Mein Damaskus, Jungsozialistische Blätter 8 (1929), S. 31, mit scharfen Ausfällen gegen das „militaristische" Reichsbanner.

[3]) Sammlung solcher Äußerungen bei Korodi, Fort mit dem Reichsbanner, passim. Die aufgeführten Belege sind echt, aber so einseitig zusammengestellt, daß sie ein falsches Bild ergeben. Durchweg, und das ist bezeichnend, handelt es sich um Artikel, die nicht in den Publikationsorganen des Rb. selbst erschienen sind. Die teilweise prominenten Verfasser gehören zwar häufig dem Reichsausschuß des Verbandes an, nicht jedoch dem Bundesvorstand. Vgl. dazu auch R. v. 1. April 1927; R. v. 15. März 1927.

[4]) Vgl. S. 171. Anm. 1.

[5]) Vgl. R. v. 15. Mai 1925.

pazifistische Agitation innerhalb des Verbandes. Als der Bundesvorstand daraufhin den Vertrieb des „Anderen Deutschland" durch Reichsbannerangehörige in Uniform untersagte, bedeutete das den Auftakt zu einem sich über Jahre hinziehenden Streit zwischen Teilen der Friedensgesellschaft und dem republikanischen Wehrverband[1]).

Die persönlichen Zwistigkeiten wurden noch einmal beigelegt. Auf der Bundesgeneralversammlung 1926 einigte man sich auf die Kompromißformel Ludwig v. Gerlachs: „Der Pazifismus gehört nicht in den Aufgabenkreis des Reichsbanners. Wohl aber sind Pazifisten, die den Grundsätzen des Reichsbanners entsprechend zur Verteidigung der Republik bereit sind, dem Reichsbanner als Mitglieder willkommen[2])." Die Auseinandersetzung war damit allerdings nur vertagt, keineswegs endgültig ausgetragen. Schon vorher hatte General von der Goltz, der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände, von einem „irreparablen Gegensatz" zwischen dem „Heimatgeneral der pazifistischen Asphalt-Demokratie", Schönaich, dem „Revolutionsobersten" Schützinger einerseits und dem „Frontsoldatenflügel unter Frontfeldwebel Hörsing" andererseits gesprochen[3]). Die Behauptung wurde zwar sofort dementiert, unverkennbar ist jedoch, daß die Frontlinie annähernd so verlief, wie sie von der Goltz gezeichnet hatte[4]). Namentlich Hörsing war bestrebt, der radikalen pazifistischen Agitation einen Riegel vorzuschieben, Bemühungen, die von verschiedenen Beobachtern sorgsam registriert wurden[5]). Den Ortsvereinen wurde mit aller Schärfe untersagt, als Organisation an den Kundgebungen der Friedensgesellschaft teilzunehmen oder an ihrer Kriegsdienstverweigerungspropaganda aktiv mitzuwirken, obwohl man sich nach wie vor bemühte, den völligen Bruch zu vermeiden und es dem einzelnen Mitglied freistellte, außerhalb des Verbandes nach eigenem Ermessen zu agitieren[6]).

[1]) Vgl. R. v. 15. Dezember 1925.

[2]) Vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[3]) So in der „Deutschen Zeitung"; auf diesen Artikel wird Bezug genommen in: R. v. 1. Juni 1926.

[4]) Die spätere Entwicklung bestätigt weithin diese Diagnose. Allerdings gehört ein Mann wie Schützinger, sicherlich ein sehr betonter Pazifist, nicht eigentlich zu der radikal-pazifistischen Gruppe, in die ihn v. d. Goltz eingereiht hatte.

[5]) So betonte etwa Geßler am 5. März 1926 im Reichstag: „Ich muß feststellen, daß gerade unter dem Einfluß meiner politischen Freunde (gedacht ist offensichtlich an demokratische Reichsbannerführer wie Haas, Lemmer, Deimling; d. Verf.) und des Herrn Hörsing eine ganz klare Stellung herbeigeführt worden ist, daß das Rb. nicht, wie das anfänglich gewesen ist, sich gegen den Gedanken der Wehrhaftigkeit wehrt, sondern in den Vordergrund stellt den Schutz der Verfassung und den Schutz der Republik, aber auch die Verteidigung des Vaterlandes nach außen." RT, Bd. 389, S. 5966 f. Vgl. auch einen Artikel von Persius, in: Welt am Montag (abgedruckt: R. v. 15. Oktober 1926), der sich mit der Entwicklung zur „Wehrhaftigkeit" im Rb. befaßt. Vgl. dazu auch Berning, Die außerparlamentarischen Verbände, in: Das Junge Zentrum 4 (1927), S. 70, mit seinem Hinweis, daß der Jungdo sehr aufmerksam diese Entwicklung im Reichsbanner — Absage an einen „weichlichen Pazifismus" — beobachte.

[6]) Vgl. die O.Anw. des Gaues Schleswig-Holstein Nr. 4/27 v. 10. November 1927 und Nr. 2/27 v. 3. April 1927; R. v. 15. Oktober 1927.

Die Phase der unausgetragenen Meinungsverschiedenheiten und des mißtrauischen Gegenüberstehens, in der es schon zu verschiedenen Geplänkeln gekommen war[1]), fand ein Ende mit der Bundesgeneralversammlung 1928, als Hörsing die Panzerkreuzerdiskussion zum Anlaß nahm, um die Pazifisten im Verbande endgültig „auszuräuchern"[2]). Hörsing bezichtigte sie in öffentlicher Rede übelster Demagogie und Verleumdung und wandte sich namentlich gegen Lehmann-Rußbüldt, der in der Friedensgesellschaft, eine maßgebliche Rolle spielte[3]) und gegen Schönaich, der „bald als Pazifist, bald als Sowjetverteidiger, bald als Kriegsdienstverweigerer" aufzutreten beliebe[4]).

Damit war das Tischtuch zwischen Reichsbanner und radikalen Pazifisten, denen fortan auch der Saalschutz verweigert wurde[5]), für alle Zeit offiziell zerschnitten[6]). Schönaich und Gesinnungsgenossen traten zwar nicht aus, noch wurden sie ausgeschlossen[7]). Sie verdoppelten ihre Angriffe gegen die Verbandsführung und suchten unter der Parole: „Ist das Reichsbanner ein schwarzrotgoldener Wehrverein oder ist es ein pazifistisch-antimilitaristischer Bund?" „Ein Mittelding gibt es nicht![8])" Mißstimmung gegen die Leitung zu schüren;

[1]) Vgl. dazu einen Aufsatz Schönaichs, Krisis im Reichsbanner, in: Weltbühne 24 (1928), S. 656—660.

[2]) Formulierung von Schönaich, ebd.; schon vorher war mit einem Artikel in der Reichsbannerzeitung (R. v. 22. Juli 1928) der Auftakt zu einer Kampagne gegen die Radikalpazifisten gesetzt worden. Höltermann betonte, man müsse es endlich ablehnen, immer wieder von „Leuten kompromittiert zu werden, die in ihrer Verranntheit die Geschäfte des französischen Chauvinismus" besorgten.

[3]) Lehmann-Rußbüldt war schon seit längerer Zeit einer der bestgehaßten Leute im Reichsbanner. Seine pazifistische Position hat in der mehr als einseitigen Darstellung von Richard Barkeley, Die deutsche Friedensbewegung 1870—1933, Hamburg 1948, die wesentlich auf Angaben Lehmann-Rußbüldts fußt, einen Niederschlag gefunden.

[4]) R. v. 7. Oktober 1928.

[5]) Vgl. O.Anw. des Gaues Schleswig-Holstein Nr. 4/28 v. 3. Dezember 1928. Angekündigt hatte Hörsing diese Maßnahme schon auf der Bundesgeneralversammlung. Einzelne Ortsvereine hielten sich allerdings nicht an die Bestimmung. So wurde Schönaich, sehr zum Mißvergnügen des Bundesvorstands, der mit allem Nachdruck auf das bestehende Verbot verwies, noch 1930 in Frankfurt a. d. Oder Saalschutz gewährt. Vgl. R. v. 29. März 1930.

[6]) Die Polemik gegen die Friedensgesellschaft, in der mehr und mehr radikale Gruppen die Oberhand gewannen, gehört fortan zum festen Bestand der Reichsbannerpropaganda. Vgl. R. v. 26. September 1931; R. v. 10. Oktober 1931; R. v. 23. August 1930; R. v. 19. April 1930.

[7]) Eine in der Rechtspresse kolportierte Nachricht, führende Männer aus dem Zentrum und der DDP hätten einen Antrag auf Ausschluß Schönaichs gestellt, wurde offiziell dementiert. Vgl. R. v. 2. Februar 1929. Tatsächlich trat Schönaich freiwillig erst im Februar 1933 aus. Vgl. dazu sein Schreiben an den Gauvorstand Schleswig-Holstein v. 4. Februar 1933 (im Besitz von Franz Osterroth). Aus dem Reichsausschuß wurde er allerdings schon vorher entfernt.

[8]) Schönaich, Krisis im Reichsbanner, a.a.O., S. 659. Ähnliche Vorwürfe gegen das Rb. — „nationalistisch", „friedensgefährlich", „neupreußischer Annexionismus", „schwarzrotgoldener Militarismus" — waren von pazifistischer Seite schon wiederholt erhoben worden. Vgl. dazu die Stellungnahme Höltermanns, R. v. 23. August 1928. Die Auseinandersetzungen spiegeln sich sehr gut bei Schönaich, Mein Finale. Teil I: 1928—1933, S. 3—135; für die Auseinandersetzung mit dem Reichsbannerbundesvorstand vor allem wichtig der Artikel: „Höltermann und ich", ebd., S. 8 ff. (Artikel zuerst erschienen im „Anderen Deutschland" v. 3. November 1928; gekürzt).

aber zunehmend fehlte es ihnen an Resonanz. Einzelne Ortsvereine, die sich vordem auf ihre Seite geschlagen hatten und deren Leiter unter Anführung ihrer Reichsbannercharge polemische Artikel gegen die Politik des Bundesvorstandes im „Anderen Deutschland" veröffentlicht hatten[1]), beugten sich allmählich der Verbandsdisziplin, selbst wenn sie weiterhin mit den Radikalpazifisten innerlich sympathisierten.

Schönaich, nach Meinung der „Jungsozialistischen Blätter" ein „tapferer Soldat des Weltfriedens", der „ehrlich und scharf" die „nationalistische Erziehung zur Wehrhaftigkeit" ablehne, „wie sie sich unter Hörsings Einfluß im Reichsbanner breit" mache[2]), stand auf verlorenem Posten. Männer wie Hörsing, Höltermann und Mayr, die sich von Beginn an bemüht hatten, dem Eindringen radikalpazifistischer Gedankengänge einen Riegel vorzuschieben, stießen mit ihren Ideen kaum mehr auf Widerstand. Die Pazifisten in ihrer radikalen Spielart waren jetzt tatsächlich zu einer einflußlosen Minderheit geworden, die den wehrfreundlichen Kurs der Verbandsführung nicht mehr zu stören vermochte[3]). Das Reichsbanner lehnte offiziell jegliche „Gesinnungsgemeinschaft" mit Leuten wie Schönaich, Lehmann–Rußbüldt, Küster und Genossen ab[4]) und zog den Trennungsstrich wiederholt, und zwar in zunehmend schärferer Form, so eindeutig, daß es kaum mehr bona fide geschah, wenn man den Verband auch weiterhin mit der Agitation der radikalen Pazifisten belastete[5]).

Schaut man auf die Anfänge dieses sich über Jahre hinziehenden Streites, dann will es scheinen, als ob es zunächst mehr um Personen und um Fragen der

[1]) Vgl. dazu die Kritik Hörsings auf der BGV 1928, R. v. 7. Oktober 1928; einzelne Ortsvereine hatten auch 1925 rebelliert, als Hörsing den Vertrieb des „Anderen Deutschland" durch Reichsbannermitglieder in Uniform verbot, und entsprechende Erklärungen an die Redaktion des „Anderen Deutschlands" geschickt, so die Ortsvereine Brilon und Schwerte. Erklärungen abgedruckt bei Korodi, a.a.O., Sp. 8.

[2]) Jungsozialistische Blätter 8 (1929), S. 31.

[3]) Schönaich, Krisis im Reichsbanner, a.a.O., behauptet zwar, er habe in 60 Ortsvereinen gesprochen, die sich voll und ganz mit seinen Thesen identifiziert hätten; an anderer Stelle klingt jedoch seine Resignation durch, wenn er beklagt, daß zwar 99% der Bundesmitglieder „pazifistisch" und „antimilitaristisch" eingestellt seien, daß der „Apparat" es jedoch verstehe, sie in „nationalistischer" und „militaristischer" Hinsicht zu gängeln (vgl. einen Artikel im „Anderen Deutschland" v. 3. November 1928, abgedruckt: Mein Finale, S. 10). Wie die „Menschheit" v. 9. September 1928 berichtet, gab es vielerorts pazifistische Zellen, die gegen den Kurs der Verbandsführung zu opponieren suchten, und in Frankfurt a.M., Breslau und Berlin sogar geschlossene Oppositionsgruppen pazifistischer Ausrichtung. Eine Bedeutung kam ihnen jedoch offensichtlich nicht zu.

[4]) Vgl. R. v. 21. März 1931; R. v. 21. Mai 1932; R. v. 2. Februar 1929; R. v. 4. April 1931; R. v. 11. Januar 1930; R. v. 25. Juni 1932.

[5]) Gegen solche Vorwürfe hatte sich das Reichsbanner auch in den letzten Jahren immer noch zu wehren. Vgl. R. v. 1. März 1930; R. v. 21. März 1931 (weist entschieden den Vorwurf zurück, der Verband habe etwas mit der Agitation des Kapitänleutnants a. D. Kraschutzky, der eine aktive Sabotage bei einem Angriffs- wie Verteidigungskrieg befürwortete, zu tun). Vgl. R. v. 21. Mai 1932 (gegen von Göring erhobene Vorwürfe, im Rb. säßen nur Kriegsdienstverweigerer); R. v. 23. April 1932 (gegen ähnliche Vorwürfe des Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion im preußischen Landtag, Dr. v. Winterfeldt).

Verbandsdisziplin denn um die Sache selbst ging. Im Hintergrund stand zwar schon die sachliche Kontroverse um die richtige Interpretation des Pazifismus, aber zumindest der Bundesvorstand argumentierte lange Zeit auf einer anderen Ebene. Was man Männern wie Schönaich oder der Gruppe des „Anderen Deutschland" vorwarf, war weniger deren pazifistische Einstellung, auch wenn man sie selbst nicht billigte; es war vielmehr die Tatsache, daß sie sich nicht an die Kompromißformel hielten, gemäß der der Pazifismus nicht zum Aufgabenbereich des Bundes gehöre, und außerhalb wie innerhalb des Verbandes in massiver Weise gegen den vorsichtigen Kurs der Bundesführung agitierten[1]).

Dabei schreckten beide Seiten vor gehässigen Verbalinjurien nicht zurück. Hörsing war schon 1925, als er den Vertrieb des „Anderen Deutschlands" durch Reichsbannerangehörige in Uniform untersagte, als „versoffener Grobschmied" tituliert worden[2]), Freundlichkeiten, die der Angegriffene ebenfalls in nicht gerade zurückhaltender Weise erwiderte[3]). Persönliche Formen nahm auch der mit zahlreichen Beleidigungsklagen verbundene „Privatkrieg" zwischen dem „Anderen Deutschland" und Mayr an, der in bunter Folge als „verkappter Nationalsozialist", „alter Ehrhardtmann" und „früherer französischer Spitzel" diffamiert wurde[4]).

Es wäre indes verfehlt, wollte man solche persönlichen Momente überbetonen, obwohl sie zweifellos zur Verschärfung der Situation beitrugen. Zumindest seit 1926 waren die sachlichen Gegensätze dominierend. Damals gelangten innerhalb der Friedensgesellschaft radikalpazifistische Vertreter an die Spitze, die die Idee der Wehrdienstverweigerung propagierten und dafür auch das Reichsbanner einzuspannen suchten. An dieser Frage schieden sich die Fronten, die bis dahin fließend gewesen waren[5]). Maßgebliche Persönlichkeiten aus dem

[1]) Vgl. die Argumentation Hörsings auf der BGV 1928, R. v. 7. Oktober 1928; vgl. O. Anw. des Gaues Schleswig-Holstein Nr. 2/27 v. 3. April 1927; O.Anw. Nr. 4/28 v. 3. Dezember 1928 (Saalschutzverweigerung für die Pazifisten begründet). Vgl. R. v. 15. Dezember 1925 (Vertrieb des „Anderen Deutschland" durch Reichsbannerangehörige verboten).

[2]) Vgl. R. v. 15. Dezember 1925.

[3]) Vgl. Hörsings Ausfälligkeiten gegen die Pazifisten auf der BGV 1928, R. v. 7. Oktober 1928. Sehr betont sprach man später von der „berüchtigten Zeitschrift" „Das Andere Deutschland", R. v. 25. Juni 1932.

[4]) Zu diesen Auseinandersetzungen vgl. R. v. 2. März 1929; R. v. 4. Januar 1930; R. v. 23. August 1930; R. v. 25. Juni 1932. Ganz so „harmlos", wie Mayr es hinzustellen beliebte — er habe eine Zeitlang ein gewisses Interesse für die Nationalsozialisten gezeigt, weil er gehofft habe, sie in demokratische Bahnen lenken zu können (R. v. 2. März 1929) — war seine Tätigkeit ja nicht gewesen. Immerhin war Mayr es gewesen, der Hitler den ersten Start in die Politik ermöglicht hatte. Von diesen Vorgängen war zwar nur wenig bekannt; das wenige genügte aber, um eine von pazifistischen, linkssozialistischen und kommunistischen Kreisen getragene Kampagne gegen Mayr zu entfachen, als dieser im Reichsbanner in den Vordergrund rückte.

[5]) Vgl. dazu auch Schönaich, Krisis im Reichsbanner, a.a.O., der zu Recht hervorhebt, daß die Kriegsdienstverweigerung der eigentliche Anlaß war, der zum Bruch zwischen den pazifistischen Organisationen und dem Reichsbanner führte. Auch die SPD vollzog eine ziemlich deutliche Trennung von diesem radikalen Pazifismus, der mit der Grundkonzeption der Partei in keinem Zusammenhang stand. Vgl. dazu auch Caspar, Sozialdemokratie und Wehrproblem, S. 3 ff., 91 ff.;

Bundesvorstand distanzierten sich, öffentlich wie privat, in entschiedener Form von solchen Ideen[1]) und betonten gleichzeitig immer unmißverständlicher ihre positive Einstellung zur Landesverteidigung, ein Bekenntnis, das nicht selten mit dem Zusatz versehen wurde: „Wir sind beim Reichsbanner für Wehrertüchtigung zur Sicherung, aber keineswegs zur Schaffung von Lebensraum[2])."

Ein Argument, das in den Auseinandersetzungen mit den Radikalpazifisten häufig wiederkehrt, bedarf noch einer gesonderten Betrachtung. Schon 1926 hatte Ludwig von Gerlach, um das Widersprüchliche in der Einstellung der Kriegsdienstverweigerer zu kennzeichnen, bemerkt: „Die deutschen Republikaner können nicht den Faschismus im eigenen Lande bekämpfen und zu gleicher Zeit erklären, sie seien gesonnen, einen nationalfaschistischen Angriff von außen schweigend zu erdulden[3])." Diese Argumentation erinnert lebhaft an die Wehrdebatten der Vorkriegssozialdemokratie[4]), nur daß die Rolle des potentiellen imperialistischen Aggressors, die einst bei der SPD der „reaktionäre russische Zarismus" gespielt hatte, inzwischen vom Faschismus oder aber auch — bei einem Mann wie Mayr sogar vordringlich — vom „russisch-tatarischen Bolschewismus"[5]) eingenommen worden war. Das Ja zur Landesverteidigung galt also nur dann, so könnte es scheinen, wenn der äußere Gegner zugleich die Charaktermerkmale eines ideologisch-gesellschaftspolitischen Feindes besaß[6]). Ein gewisser Wahrheitskern liegt dieser Interpretation zugrunde, nur daß er anders formuliert werden muß.

Ähnlich wie einst der Frühliberalismus und dann die Vorkriegssozialdemo-

---

Heilmann erklärte 1931 unverblümt im „Freien Wort" 3 (1931), S. 24: „Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß das Verschwinden der deutschen Friedensgesellschaft oder das Ausscheiden aller Parteigenossen aus ihr nach meiner Ansicht ein großer Gewinn für die Partei wäre." Zur Einstellung der SPD vgl. auch R. v. 10. Oktober 1931; Vorwärts v. 23. September 1931 (scharfe Absage an Friedensgesellschaft).

[1]) Vgl. R. v. 21. Mai 1932; R. v. 21. März 1931; R. v. 4. April 1931; Mayr hatte sich schon 1926 gegen die Parole „Nie wieder Krieg" gewandt und sie als politisch falsch und unzweckmäßig bezeichnet. Eine solche Agitation verwirre nur die Geister, ohne daß praktische Fortschritte in der Friedenspolitik erzielt würden. Vgl. R. v. 15. November 1926. Vgl. auch ein Schreiben Mayrs an Jan Hamilton (Januar 1930, vermutlich Briefentwurf): „We are no adherents of the war service refusal." (Nachlaß Rechberg, Nr. 51, BA).

[2]) R. v. 21. September 1929 (Mayr).

[3]) R. v. 15. Mai 1926. Ähnlich R. v. 8. Februar 1930, mit ironischer Glossierung des auch bei Radikalpazifisten gebräuchlichen Spruchs: Republik wir schwören, letzter Tropfen Blut soll Dir gehören.

[4]) Zur sozialdemokratischen Wehrpolitik vor 1914 vgl. generell: H. Heidegger, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat. 1870—1920, Göttingen 1956. M. Drachkovitsch, Les Socialismes Français et Allemand et la Problème de la Guerre. 1870—1914, Genf 1953. Wichtig vor allem für diese Fragestellung: Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. I und II, Berlin-Zürich 1959.

[5]) R. v. 23. August 1930.

[6]) Für den linken Flügel, so für Paul Levi (vgl. Paul Levi, Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie, Berlin 1928) gilt das tatsächlich uneingeschränkt. Die Landesverteidigung wurde nur insoweit bejaht, als sie im proletarischen Interesse lag. Vgl. dazu auch Caspar, a.a.O., S. 9, 91 ff.

kratie glaubten nicht wenige Vertreter der demokratischen Linken, daß Kriege im Grunde nur von „volksfeindlichen" diktatorischen oder absolutistischen Regimen ausgelöst werden könnten. Daß demokratische Staaten imperialistischer Aktionen fähig seien und Kriege gegeneinander zu führen vermöchten: diese Vorstellung paßte oft wenig in das von traditionellen Illusionen mitbestimmte Kriegsbild der Linken[1]), das durch Europakonzeptionen à la Mayr neue Nahrung erhielt.

Gerade bei Mayr kann man indes kaum von einer ideologisch motivierten Einschränkung des Prinzips der Landesverteidigung sprechen. Das gleiche gilt für einen Großteil der Reichsbannerführer, für die der Hinweis auf faschistische und kommunistische Regierungen oft nur eine innenpolitische Trumpfkarte darstellte, ein willkommener Vorwand, der es ermöglichte, die Notwendigkeit der Landesverteidigung ad oculus zu demonstrieren. Zahlreiche Äußerungen lassen keinen Zweifel daran, daß die Idee des bewaffneten Widerstandes gegen jedwede äußere Aggression ohne irgendeinen ideologischen Vorbehalt bejaht wurde[2]). Daß man allerdings Faschismus und Bolschewismus als Aufhänger benutzte, um diese Position vor den Massen zu motivieren, verrät indirekt, wie sehr innerhalb der Anhängerschaft das uneingeschränkte Ja zum Prinzip der Vaterlandsverteidigung noch auf gewisse psychologische Sperren stieß, die man durch ideologisch korrekte, auch vom marxistischen Dogma her zu rechtfertigende Argumente zu überwinden trachtete.

Man wird daran festhalten müssen, daß die positive Einstellung der Reichsbannerführung zur Frage der Landesverteidigung schon von Anfang an vorhanden war und sich nicht erst im Laufe der Jahre allmählich entwickelte. Entsprechende Äußerungen lassen sich zu allen Zeiten nachweisen. Gleichwohl besteht, was die Häufigkeit und Intensität solcher Bekundungen anbetrifft, ein merklicher Unterschied zwischen der Früh- und Spätphase des Verbandes. Der Wandel wird deutlich an einer von Höltermann gegenüber Groener abgegebenen Erklärung aus dem Jahre 1932, in der er den Vorwurf, das Reichsbanner wolle bei einem Angriffs- oder Verteidigungskrieg der Reichswehr das Genick brechen, zu entkräften sucht: „Wenn von Genickbrechen gesprochen werden kann, dann

[1]) Bezeichnend auch die Passagen aus den auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1929 beschlossenen „Richtlinien zur Wehrpolitik": „Der wirksamste Schutz der Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitk imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden. Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse." Richtlinien abgedruckt bei Caspar, a.a.O., S. 104. Vgl. dazu auch Mayr, Wehrpolitik und Republik, R. v. 5. Januar 1929.

[2]) Vgl. u. a. R. v. 15. Juni 1926 (Höltermann); R. v. 15. Mai 1926 (Hörsing); R. v. 1. März 1930 (Mayr); R. v. 10. Dezember 1932. Daß allerdings zunächst Schwierigkeiten bestanden, bestätigt folgende Formulierung Höltermanns: „SPD, Demokraten und Zentrum sind sich über ihre Stellung zur Landesverteidigung klar: und damit ist für das Reichsbanner die Landesverteidigung kein Problem mehr", R. v. 15. Juni 1929.

nur in dem Sinne, daß der Agitation der Schönaich, Küster usw. von der Führung des Reichsbanners das Genick sehr gründlich gebrochen ist[1])." Derart demonstrative und bewußt an die Adresse der Öffentlichkeit gerichtete Bekenntnisse zur Wehrhaftigkeit sind in früheren Zeiten zumindest selten. Insofern läßt sich zu Recht von einer Entwicklung sprechen, die durch einen langsamen Abbau pazifistischer Positionen und durch ein immer stärkeres Hervorkehren der wehrhaft-nationalen Momente gekennzeichnet ist.

4. Das Reichsbanner als paramilitärischer Verband: eine vergleichende Betrachtung

Schon Anfang des Jahres 1931 hatte das Reichsbanner die staatlichen Behörden gelegentlich darauf hingewiesen, daß die „eigene festgefügte Organisation auch für Zwecke der Grenzpolizei" in erster Linie in Betracht kommen müsse[2]). Ein Jahr später befürwortete der neue Bundesführer Höltermann nachdrücklich die Beteiligung seines Verbandes am Grenz- und Landesschutz[3]). Damit bestand in diesen Fragen kein wesentlicher Unterschied mehr zwischen der republikanischen Vereinigung und ihren Antipoden auf der Rechten. Das Reichsbanner, das seine Mitglieder einer verschärften militärischen Ausbildung unterzog und gleichzeitig uneingeschränkt die Landesverteidigung bejahte, kam im Falle einer äußeren Bedrohung ebensosehr oder ebensowenig wie der Stahlhelm als Armeereserve in Betracht. Beim Reichsbanner ergab sich diese Qualifikation jedoch mehr zufällig und nebenher; beim Stahlhelm dagegen war sie von Anfang an zumindest angedeutet. Mit anderen Worten: Gegner und ideologisches System, auf die „Wehrhaftigkeit" jeweils bezogen wird, sind bei beiden Verbänden verschieden.

Vielleicht läßt sich die Beobachtung zu einer allgemeineren Klassifizierung der paramilitärischen Verbände im 19. und 20. Jahrhundert erweitern[4]). Geht man nämlich von diesem Ansatz aus, dann ergeben sich drei Grundtypen: Den ersten Typus verkörpern Verbände, die sich um die Pflege „nationaler Wehrhaftigkeit" bemühen. Obwohl sie durchweg auch einen Faktor der Innenpolitik darstellen, richtet sich ihre Kampfkraft doch gegen einen auswärtigen Gegner. Zum zweiten

[1]) So Groener in seinem Schreiben an den Kronprinzen v. 22. April 1932, Groener-Geyer, a.a.O., S. 313. Der erwähnte Vorwurf war in der Zeitung „Der Tag" v. 15. April 1932 erhoben worden. Die Veröffentlichung stützte sich offensichtlich auf entsprechende Äußerungen des Kapitänleutnants a. D. Kraschutzky, eines radikalen Pazifisten, der zeitweilig dem Reichsbanner angehört hatte. Vgl. dazu R. v. 21. März 1931.

[2]) R. v. 25. April 1931 (Vorbemerkung der Redaktion zu einem Bericht über einen Schufolehrgang in Königsberg).

[3]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 451.

[4]) Der Verfasser hatte ursprünglich seine typologischen Überlegungen in viel weiteren Rahmen gestellt und zahlreiche deutsche und außerdeutsche paramilitärische Verbände des 19. und 20. Jahrhunderts zum Vergleich herangezogen. Die Ausführungen sprengten indes den Rahmen der vorliegenden Arbeit. Der Verfasser hofft, seine Ergebnisse einmal in einem Aufsatz vorlegen zu können.

Typus kann man jene Verbände rechnen, deren „Wehrhaftigkeit" nicht auf die Nation bezogen ist. Es handelt sich um rein innenpolitische Kampfbünde, die unter sehr verschiedenen ideologischen Vorzeichen auftreten können. Zum dritten Typus gehören jene Verbände, die beides sind, nationaler Wehrverband und innenpolitischer Kampfbund. Der Nationalismus, zu dem sie sich bekennen, bedeutet zugleich eine scharfe innenpolitische Kampfstellung. Charakteristisch für sie ist also gerade die Interdependenz von außen- und innenpolitischer Frontstellung. Eben deshalb muß man sie als besondere Gruppe von den Verbänden des ersten Typus abheben.

Die Schwächen dieser Klassifizierung liegen auf der Hand. Sie ermöglicht es nicht einmal, zwischen Bürgerkriegsarmeen und jenen Organisationen zu unterscheiden, die zwar „militaristisch", aber nicht militärisch im eigentlichen Sinn sind. Aber vielleicht kann sie dazu beitragen, Standort und Eigenart der Weimarer Kampfverbände näher zu beleuchten. Es zeigt sich nämlich, daß die Kampfverbände der Rechten bis zu einem gewissen Grad an Traditionen der Vorkriegszeit anzuknüpfen vermögen und beispielsweise Ansätze, die in einem Gebilde wie dem Jungdeutschlandbund angelegt sind, nur konsequenter verwirklichen. Gleichzeitig ergeben sich nicht zufällig strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen einigen Wehrorganisationen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und den Kampfbünden der Weimarer Zeit. Charakteristisch für Gebilde wie die „freiwilligen Wehrvereine" der 1860er Jahre und für die Verbände der Rechten nach 1918 scheint nämlich die Interdependenz von außen- und innenpolitischer Frontstellung zu sein. Es ist zwar richtig, daß die Verbände der Weimarer Rechten in einer Phase mehr nationaler Wehrverband, in einer anderen mehr politischer Kampfbund sind; grundsätzlich sind sie jedoch immer beides. Wesentliche Unterschiede ergeben sich allerdings, wenn man fragt, welche Frontstellung im Falle eines Interessenkonfliktes überwiegt, die innere oder die äußere. Ein Vergleich zwischen Stahlhelm, SA und Reichsbanner, der nur auf das Prinzipielle abzielt und Entwicklungen unberücksichtigt läßt, mag zu einer weiteren Klassifizierung führen.

Unter den Bünden der Weimarer Republik ist der Stahlhelm der wohl namhafteste Träger des nationalen Wehrgedankens. „Bereitschaft zur Wehrhaftigkeit" gilt für ihn als die „Grundlage eines jeden Staates"[1]), und in diesem Sinne sucht er die ihm anvertraute Jugend zu erziehen. Der Wehrsport soll dazu dienen, ein „Geschlecht harter Kämpfernaturen" heranzubilden[2]), bereit und befähigt, den persönlichen wie nationalen Daseinskampf zu bestreiten, eine Begründung, in der sich, ähnlich wie bei der Einstellung zum Krieg — Bejahung um seiner selbst willen als „Mannprobe", „Wecker und Erzieher" menschlicher Kraft wie um der Nation willen — nationale Momente mit vulgarisierter Lebens-

[1]) St. v. 2. November 1930 (Jungstahlhelmbeilage).

[2]) St. v. 19. Januar 1930.

philosophie und sozialdarwinistischen Komponenten verbinden[1]). Es dominiert indes die nationale Argumentation: der „Körper" ist nicht, wie man in Abhebung vom Treiben der Sportverbände betont, „Selbstzweck", sondern „Waffe im Kampf um die Freiheit"[2]); „wahrer Sport" ist immer bezogen auf die „Notwendigkeit eines vaterländischen Befreiungskampfes"[3]). „Rüstung der Geister"[4]) und körperliche Ertüchtigung sind deshalb conditio sine qua non einer künftigen nationalen Wiedergeburt.

Als Kontrastbild zur „künftigen nationalen Wiedergeburt" fungiert die „wirtschaftliche und politische Versklavung" der Gegenwart, für die man primär oder fast ausschließlich das „System", den Pazifismus und Internationalismus der Republik und der sie tragenden Kräfte verantwortlich macht. In einer Wahlanzeige der Vereinigten Vaterländischen Verbände aus dem Jahre 1924: „Die internationale Abhängigkeit der Sozialdemokratie ist die Quelle allen Unglücks und deutschen Leidens, aller Demütigungen und Entwürdigungen der letzten fünf Jahre[5])", findet diese Einstellung ihren bezeichnenden Niederschlag.

Sie bedeutet nichts anderes, als daß eine Identifizierung von außenpolitischem und innenpolitischem Gegner vollzogen wird, welch letzterer — „Knebeler des Wehrgeistes" und Verfechter einer „volksmordenden" Ideologie — zumindest als Helfershelfer der „Feindbundmächte" erscheint. Kampf um die nationale Wiedergeburt heißt deshalb immer auch Kampf gegen das „System". Symptomatisch ist dafür ein Aufruf des Stahlhelmlandesverbandes Brandenburg vom 2. September 1928: „Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen . . ., weil (vom Verf. gesperrt) er uns die Aussicht versperrt, unser geknechtetes Vaterland zu befreien und das deutsche Volk von der verlogenen Kriegsschuld zu reinigen, den notwendigen Lebensraum im Osten zu gewinnen, das deutsche Volk wieder wehrhaft zu machen[6])."

Der Haß gegen das „System" ging indes beim Stahlhelm niemals so weit, daß man um innenpolitischer Ziele willen nationale Belange auch nur zeitweilig zu opfern bereit gewesen wäre. Gerade der Stahlhelm war der Hauptträger des Grenz- und Landesschutzes in den Ostprovinzen, und zwar nicht deshalb, wie die Linke zumeist unterstellte, weil er unter dem Vorwand der Landesverteidi-

[1]) Vgl. St. v. 19. Januar 1930; St. v. 10. August 1930 (Jungstahlhelmbeilage). Vgl. auch R. v. 13. August 1932 (dort Passagen aus einem Artikel in der Hamburger Studentenzeitung, Jg. 1932, Nr. 3, zitiert, die gleiche Ideen erkennen lassen).

[2]) St. v. 5. Oktober 1930 („Gespräch mit Leichtathleten").

[3]) St. v. 19. Januar 1930.

[4]) St. v. 13. Februar 1927.

[5]) So in einem Aufruf des „überparteilichen Wahldienstes" der Vereinigten Vaterländischen Verbände v. 23. Oktober 1924; zitiert nach: Mitteilungen der Deutschen Zentrumspartei, Nr. 6 (Nov.), 1924, S. 9.

[6]) Abgedruckt bei Wilhelm Kleinau, Soldaten der Nation, Anhang, S. 56 ff.

gung eine Bürgerkriegsarmee formieren wollte — diese Überlegung mochte mit im Spiele sein —, sondern eindeutig aus dem Gefühl nationaler Verpflichtung heraus. Der entschlossene Wille, das Reich auch in seiner gegenwärtigen Gestalt als schwarzrotgoldene Republik zu verteidigen, wurde durch die militante innenpolitische Oppositionsstellung nicht beeinträchtigt.

Diese Haltung, die dem Stahlhelm, da die Frontstellung gegenüber dem äußeren Gegner überwiegt, mehr den Charakter eines „nationalen Wehrverbandes" verleiht, verstand sich bei einer anderen Kampfformation der Rechten, der nationalsozialistischen SA, keineswegs von selbst. Die Situation innerhalb der SA, die zeitlebens zwischen ihren Wehrverbandstraditionen und ihrer Aufgabe als Parteitruppe hin und her gerissen wurde, läßt sich allerdings nicht auf einen Generalnenner bringen. Röhm wie andere hohe SA-Führer betrachteten ihre Tätigkeit in der SA als eine Art Fortsetzung ihrer militärischen Karriere und konnten sich im Grunde eine SA ohne soldatisch-militärische Funktionen nicht vorstellen[1]). Wie sehr jedoch Hitler, der schon in „Mein Kampf" gegen die „sinnlose Wehrbewegung" polemisierte, diesen Gedanken fernstand, zeigt gerade seine Einstellung zu der Frage einer Verwendung der SA für Aufgaben des Grenz- und Landesschutzes. Ein Parteibefehl vom 3. Dezember 1928 verbot allen Nationalsozialisten, an militärischen Übungen teilzunehmen, auch wenn sie von behördlicher Seite dazu aufgefordert würden. Gewiß bedeutete das Verbot keine prinzipielle Absage an die Landesverteidigung, aber es war nicht nur eine taktische Maßnahme, die verhindern sollte, daß eine militärische Betätigung von Verbandsangehörigen staatlicherseits zu einer Auflösung der Organisation ausgenutzt werden konnte[2]).

Für Hitler war die Parole: „Diesem System keinen Mann" keine bloße Agitationsformel. Bei verschiedenen Gelegenheiten betonte er, zur Entrüstung einiger SA-Führer, daß es für die SA gelte, alle Energien auf den innenpolitischen Kampf zu konzentrieren, auch auf die Gefahr hin, daß Teile des Reiches vorübergehend verloren gingen. Praktisch hieß dies, daß er bei einem polnischen Überfall nicht bereit war, seine SA zur Verteidigung Ostpreußens und Schlesiens zur Verfügung zu stellen[3]).

Die Prinzipien wurden allerdings nie streng eingehalten. Röhm suchte nach 1930, mit aus dem Bestreben heraus, der von ihm geführten SA nationale Gewichtigkeit zu verleihen, den Kontakt zur Reichswehr und einigte sich mit Schleicher auf die Formel, daß es „das Ehrenrecht und die Ehrenpflicht eines jeden Deut-

[1]) Vgl. dazu Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 117 ff.; Bennecke, Hitler und die SA, passim.

[2]) Bennecke, a.a.O., S. 158 f., stellt diesen Gesichtspunkt zu Recht stark heraus. Es waren jedoch keineswegs nur taktische Gründe, die Hitlers Einstellung erklärlich machen.

[3]) Vgl. dazu Vogelsang, a.a.O., S. 118; Vogelsang stützt sich dabei auf eine Aussage des ehemaligen OSAF-Stellvertreters Ost, Hptm. a. D. Stennes, und ein Schreiben des ehem. Adjutanten beim Gausturm Schlesien an Staatssekretär Dr. Pünder v. 19. März 1932.

schen" sei, „der Verteidigung des Reiches zu dienen"[1]). Diese landesschutzfreundliche Einstellung machte sich anläßlich des SA-Verbotes 1932 bezahlt, da gerade die Reichswehr gegen die Maßnahme Groeners opponierte, weil sie auf die SA als Element der Landesverteidigung im Osten nicht verzichten zu können glaubte[2]). Hitlers Grundeinstellung wurde jedoch von solchen Vorgängen kaum berührt. Noch 1932 erklärte er unverblümt, daß er seine Kämpfer nicht für das „System" opfern wolle und erst dann die Grenze schützen werde, wenn die Träger des gegenwärtigen Regimes beseitigt seien[3]).

So schockierend solche Aussprüche aus dem Munde eines Mannes wirken mußten, der sich daran machte, mit einer extrem nationalistischen Propaganda und Agitation das gegenwärtige „System" aus den Angeln zu heben[4]): all das, was in den Umkreis von Hoch- und Landesverrat gehörte, wenn man die Maßstäbe eines traditionellen Nationalismus anlegte, war nur eine praktische Konsequenz jener Ideen, die er als „Grundgedanken über Sinn und Organisation der SA" in seinem „Kampf"-Buch entwickelt hatte. Die SA sollte sich vor allem dadurch „grundsätzlich" von den Wehrverbänden unterscheiden, daß sie im Gegensatz zu diesen, wegen ihrer fehlenden politischen Reife angeblich von den gegenwärtigen Machthabern mißbrauchten Bünden, „nicht im geringsten eine Dienerin der durch die Revolution geschaffenen Zustände war und sein wollte, sondern daß sie vielmehr ausschließlich für ein neues Deutschland rang"[5]). Was das „nicht im geringsten" in letzter Konsequenz bedeuten konnte, verrät eben die Tatsache, daß man notfalls bereit war, um innenpolitischer Ziele willen sogenannte „nationale Belange" zeitweilig zu opfern.

Damit wurde ein Tabu durchbrochen, das für den Stahlhelm, trotz aller an die Adresse des „Systems" gerichteter Haßbotschaften, nach wie vor seine Gültigkeit bewahrt hatte. An eine endgültige Preisgabe deutschen Bodens dachte selbstverständlich auch Hitler nicht. Die Bemerkung, daß es aus taktischen Gründen zweckmäßig sein könnte, Ostpreußen und Schlesien für einige Zeit den Polen zu

---

[1]) Schreiben Schleichers an Röhm vom Ende März 1931, in dem er die Ergebnisse einer Besprechung mit Röhm vom 21. März 1931 zusammenfaßte. Auszugsweise zitiert bei Vogelsang, a.a.O., S. 118 f.

[2]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 419 ff.

[3]) Vgl. dazu die Vorwürfe des preußischen Ministerpräsidenten Braun in einer Wahlversammlung vom 11. April 1932. Hitler habe eindeutig erklärt, zuletzt in einer Wahlversammlung in Lauenburg, daß er bei kriegerischen Verwicklungen seine Kämpfer von der Grenze zurück ziehen werde. Vgl. Horkenbach 1932, S. 160 f.

[4]) Das Reichsbanner versäumte es dann auch nicht, sofort auf diesen angeblichen Widerspruch hinzuweisen und erhob leidenschaftlichen Protest gegen die „landesverräterischen" Äußerungen Hitlers. Vgl. R. v. 23. April 1932 (dort ein öffentlicher Protestaufruf des Reichsbannergaues Rheinland abgedruckt).

[5]) Hitler, Mein Kampf, S. 600. Ähnlich ebd., S. 607: „Ich könnte mich jedenfalls bei einer Prüfung des Problems, ob freiwillige Wehrverbände zu schaffen seien, niemals der Frage enthalten: Für wen bilde ich die jungen Leute aus?"

überlassen, um alle Kräfte für den Kampf um die Mandate einzuspannen, läßt sich nicht ohne den Folgesatz verstehen: „Denn sei man erst an der Macht, dann werden die geraubten Provinzen abverlangt[1])". Um an die „Macht" zu gelangen, vollzieht man aber die Trennung vom bestehenden „neudeutschen Staatswesen" in einer Form, die an radikalste Parolen der Vorkriegssozialdemokratie erinnert: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen."

In der Tat liegen die Parallelen, klammert man die Zielsetzungen aus, auf der Hand. Der Nationalsozialismus konstituiert sich gleichsam, in seiner kompromißlosen und vor keinen Konsequenzen zurückschreckenden Absage an das „System" und indem er sich als „eigentlicher" Träger der Nation begreift, als eine Art Klassenkampfpartei im Zeichen eines Hypernationalismus, um den Klassenkampf selbst zu überwinden. Begriffe wie „Klasse" und „Klassenkampf" lassen sich allerdings, wie das „gleichsam" schon andeutet, nur in „uneigentlichem" Sinne auf die nationalsozialistische Bewegung übertragen. Gemeint ist, daß vom Nationalsozialismus der ideologisch-gesellschaftspolitische Antagonismus ähnlich wie im Klassenkampfdenken der Linken absolut gesetzt wird und in der Phase des Ringens um die Macht den vertikalen zwischenstaatlichen Gegensatz völlig in den Hintergrund treten läßt, obwohl, und das ist charakteristisch für die gesamte Rechte, die innenpolitische Auseinandersetzung primär mit außenpolitischen Parolen bestritten wird. Auch beim Stahlhelm diente das nationale Argument als Vorwand für die Durchsetzung innenpolitischer, oder, wenn man will, klassenpolitischer Interessen, aber das geschah vergleichsweise „naiver" als beim Nationalsozialismus, der um seiner innenpolitischen Ziele willen auch jene Grenzen bewußt überschritt, die einem konservativeren und in herkömmlicheren Bahnen sich bewegenden Nationalismus noch gezogen waren.

Hitlers SA-Konzeption, die auf dem Axiom einer radikalen Scheidung von „Nation" und „neudeutschem Staatswesen" basierte, wurde allerdings nie rein verwirklicht. Sie scheiterte nicht zuletzt an den Wehrverbandstraditionen der SA und den soldatisch-militärischen Ambitionen ihrer Führer. Praktisch war die SA nicht nur Parteitruppe, sondern zugleich, wie der Stahlhelm 1932 etwas gönnerhaft und auf seine Andersartigkeit pochend herausstellte, ein Verband, der sich um die geistige und körperliche Wehrhaftmachung eines Teiles der deutschen Jugend bemühte[2]). Der Unterschied zwischen Stahlhelm und SA läßt sich deshalb nur dann auf eine relativ einfache Gegensatzformel bringen, wenn man von den Intentionen Hitlers ausgeht. Legt man sie zugrunde, dann kann man

[1]) So in dem erwähnten Schreiben des ehem. Adjutanten beim Gausturm Schlesien an Pünder. Es handelt sich um eine Wiedergabe von Ausführungen Dr. Wageners auf einer SA-Führertagung Ende November 1930, die am folgenden Tag von Hitler — schlesische und ostpr. SA-Führer hatten nicht glauben wollen, daß dies auch die Meinung des Führers sei — vollinhaltlich bestätigt wurden. Der in dem Schreiben als „Stabschef Hitlers" erwähnte Hauptmann a. D. Dr. Otto Wagener war in Wirklichkeit einer der Wirtschaftsberater Hitlers.

[2]) St. v. 17. April 1932 (Kommentar des Stahlhelms zum SA-Verbot, das man aus den erwähnten Gründen als „nationalpolitisch schädlich" entschieden ablehnt).

unterscheiden zwischen einem Wehrverband, der zwar durchaus innenpolitische Ziele verfolgt, sich aber zugleich als eine Art nationaler Miliz versteht und eine Wehrersatzideologie kultiviert, und einer ausschließlich innenpolitischen Kampftruppe, deren Charakter zugeschnitten ist auf die Wirklichkeit eines latenten Bürgerkriegs und handgreiflicher Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern. „Soldat der Nation" ist der SA-Mann im Gegensatz zum Stahlhelm nur in einem sehr übertragenen Sinn. Er ist „Soldat einer Weltanschauung", „politischer Soldat", Propagandist und Agitator im militärähnlichen Gewand, nicht mehr Soldat in der ursprünglichen Bedeutung dieses Wortes.

Läßt sich der Stahlhelm als nationaler Wehrverband mit innenpolitischen Ambitionen definieren, die SA als innenpolitische Kampf- und Agitationstruppe, die sich jedoch nie ganz von ihren Wehrverbandstraditionen zu lösen vermochte, dann ist das Reichsbanner eine innenpolitische Kampfvereinigung, die zunehmend auch gewisse Merkmale eines nationalen Wehrverbandes annahm. Die republikanische Organisation war sehr bewußt als Gegengewicht gegen die Bünde der Rechten geschaffen worden und hatte sich von Anfang an programmatisch auf den Schutz der Republik und der republikanischen Parteien als einzige Aufgabe festgelegt. Entsprechende offizielle Verlautbarungen: „Das Reichsbanner ist keine Militärorganisation, kein Wehrverband, sondern eine Schutzorganisation für die Republik und deren Verfassung[1])", lassen sich jahrelang verfolgen. Innerhalb unseres Einteilungsschemas gehört der Bund also eindeutig zum Typus SA, auch wenn er sich wiederholt, nicht ganz zu Unrecht, gegen eine Gleichsetzung mit der SA wehrte und seinen „staatspolitischen", nicht „parteipolitischen" Charakter herauszustellen suchte[2]). Faktisch nahm er zwar mehr und mehr, im gleichen Maße wie er die militärische Ausbildung seiner Mitglieder intensivierte und sich uneingeschränkt zum Prinzip der Landesverteidigung bekannte, Züge einer nationalen Milizorganisation an; gleichwohl war er niemals „nationaler Wehrverband" im Sinne des Stahlhelms.

Der Unterschied zwischen beiden Verbänden liegt weniger darin, daß sich das Reichsbanner, auch 1932 noch, energisch von Wendungen wie: „geistige Aufrüstung", „Weckung und Förderung der kriegerischen Instinkte" distanzierte[3]), die im Lager der Rechtsverbände fast immer mit dem Begriff „Wehrhaftigkeit" verknüpft waren. Entscheidender ist, daß die ideologische Position, von der aus „Wehrhaftigkeit" motiviert wird, bei beiden Vereinigungen nicht identisch ist. Beim Stahlhelm gehören die Worte „national" und „wehrhaft" notwendig zusammen, beim Reichsbanner keineswegs. Es gibt zwar auf republikanischer Seite Bekenntnisse zur „nationalen Wehrhaftigkeit"; „Pflege des nationalen Wehrgeistes", ein wesentlicher Programmpunkt der schwarzweißroten Bünde,

[1]) Anweisung für Ausbildung, Jugend und Schutzsport, S. 9 (1927). Gleicher Wortlaut in: Technischer Führer (1930), S. 13.

[2]) Vgl. R. v. 8. Oktober 1932 (Höltermann).

[3]) Vgl. R. v. 13. August 1932.

wird indes niemals zum Aufgabenbereich der republikanischen Vereinigung gerechnet[1]).

Mit aus dem Bestreben heraus, der Organisation nationales Gewicht zu verleihen, deutet man zwar, wie wir gesehen haben, in der Endphase der Republik unmißverständlich an, daß der Bund auch für nationale Verteidigungszwecke in Betracht komme. Diese Möglichkeit, im Notfall als eine Art nationaler Miliz in Erscheinung treten zu können, ergab sich jedoch nur beiläufig; sie war ein Nebenprodukt der eigenen Wehrsporttätigkeit, nicht ein Ergebnis, daß bewußt angestrebt wurde. Die charakteristischen Epitheta, mit denen sich beim Reichsbanner der Begriff „Wehrhaftigkeit" verbindet, sind „proletarisch" und „republikanisch". Der klassenbezogene Begriff der „proletarischen Wehrhaftigkeit" taucht mit Rücksicht auf die „bürgerlich-proletarische" Zusammensetzung des Bundes allerdings seltener auf. Die Standardformel ist „republikanische Wehrhaftigkeit", eine Wortverbindung, die zwar keine Klassenkampfassoziationen weckt, nach Lage der Dinge jedoch gleichfalls eine innenpolitische Kampfparole darstellt. Wenn das Reichsbanner „Erziehung zur Wehrhaftigkeit im Dienste der Freiheit" fordert[2]) und Höltermann in letzter Stunde die „allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit" proklamiert[3]), dann wird nicht aufgerufen zu einem „vaterländischen Befreiungskampf", für den sich vorzubereiten der Stahlhelm verlangt, sondern zum Kampf für die freiheitliche Demokratie gegen die wachsende Gefahr des Nationalsozialismus.

Pointiert und sehr vereinfacht könnte man formulieren: der „eigentliche" Gegner für den Stahlhelm bleibt Frankreich oder Polen, für die SA ist es das „System" und die es tragenden politischen Kräfte, für das Reichsbanner „Faschismus" und „Reaktion". Als Partner-Gegner am engsten einander zugeordnet sind also SA und Reichsbanner. Beide Organisationen kämpfen als militante Sturmtruppen, auf jeweils verschiedener Seite, an einer ideologischen Front, deren Linien grundsätzlich quer zu den Nationsgrenzen verlaufen. Denn der Kampf, der im Deutschland der Weimarer Republik ausgetragen wurde, ist nur ein, wenngleich das hervorragendste Beispiel, für eine Auseinandersetzung, die im Zeichen von „Faschismus" und „Antifaschismus" epochalen und internationalen Charakter besitzt.

---

[1]) Vgl. dazu auch St. v. 2. September 1928 (Bünde und Reichsbanner) und St. v. 9. September 1928 (Bünde und Reichsbanner. Unsere Antwort an den „Jungdeutschen"). Der „Jungdeutsche" hatte eine gemeinsame „bündische" Politik, unter Einschluß des Reichsbanners, gegen die Parteien propagiert und dabei die prinzipielle Gleichartigkeit von Reichsbanner und Stahlhelm unterstellt. Dagegen heftiger Protest des Stahlhelms, der dem „Jungdeutschen" empfiehlt, dem Rb. die Frage vorzulegen, ob es bereit sei, als Programmpunkt in seine Satzungen aufzunehmen: „Pflege des nationalen Wehrgeistes". Hier lag in der Tat der entscheidende Unterschied.

[2]) R. v. 11. Februar 1933 (Artikel des Kreisjugendleiters von Hamburg, Theo Lüders, der sich grundsätzlich mit dem Problem der „Wehrhaftigkeit" auseinandersetzt).

[3]) R. v. 29. Oktober 1932. Eine typische Formulierung Höltermanns, der eine beachtliche Fähigkeit besaß, knappe und einprägsame Parolen und Schlagworte zu verfertigen.

IV. „Antifaschismus" und „proletarische Wehrhaftigkeit": zur Theorie und Struktur sozialistischer Kampfverbände

1. Sozialdemokratische Kampfbünde im außerdeutschen Raum und die „Kommission zur Abwehr des Faschismus"

Das Reichsbanner war nicht der erste republikanisch-sozialistische Wehrverband, der das Parkett der internationalen Bühne betrat. Als die deutsche Vereinigung 1924 in Magdeburg aus der Taufe gehoben wurde, konnten sich die verantwortlichen Gründer bereits die Erfahrungen des Republikanischen Schutzbundes in Österreich zunutze machen[1]), der innerhalb der sozialistischen Wehrbewegungen so etwas wie die Stelle eines Archetypus einnimmt. Die Grundlage für die österreichische Organisation boten die seit den Revolutionstagen bestehenden Arbeiterwehren, die 1921, während der Kämpfe um das Burgenland, zu einer zentralisierten Ordnertruppe ausgebaut wurden. Im April des Jahres 1923 entstand daraus der Republikanische Schutzbund, an dem zunächst noch die Kommunisten beteiligt waren. Denn die Ordnerorganisation war ein Instrument der Arbeiterräte gewesen, in denen sowohl Kommunisten wie Sozialisten saßen, hatte also als Exekutivorgan dieses „Proletarierparlaments" fungiert. Mit dessen Auflösung verlor auch der Schutzbund seinen gemeinproletarischen Charakter. Auf der letzten Tagung der Arbeiterräte am 1. und 2. November 1924 in Salzburg, an der die Kommunisten nicht mehr teilnahmen, wurde beschlossen, die Organisation als Parteitruppe weiter zu führen. Einzelne Kommunisten blieben zwar nach wie vor als Ordner tätig, und auch künftighin war ihnen der Beitritt nicht verwehrt. Der Schutzbund selbst wurde jedoch als fester Bestandteil der sozialistischen Parteiorganisation eingegliedert.

In den Jahren 1924 bis 1926 erfolgte mit Zustimmung der Partei- und Gewerkschaftsführungen, die dem neuen Projekt durchweg wohlwollend gegenüberstanden, der Ausbau zu einer schlagkräftigen Organisation, die sich als Sicherheitsdienst bei Streiks, als Versammlungs- und Demonstrationsschutz wie als Agitationstruppe betätigte und sich gleichzeitig mit allem Nachdruck auf die Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung mit innenpolitischen Gegnern vorzubereiten suchte. Gliederung wie Ausbildung waren betont militärisch; Spezialformationen aus Eisenbahnern, Post- und Telegraphenarbeitern entstanden, Sanitätsgruppen wurden angegliedert. Eigene Ausbildungsabteilungen bei der Arbeiterjugend und den Turnvereinen sorgten für die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses, der spätestens nach Erreichung des 20. Lebensjahres den Fahneneid ablegte und damit endgültig in die Reihen des Schutzbundes übernommen wurde[2]).

---

[1]) Vor Gründung des Reichsbanners weilten „Genossen aus Deutschland" in Wien, um die Organisation des Schutzbundes zu studieren. Vgl. Der Schutzbund 1 (1924), Nr. 6, S. 5.

[2]) Zur Entstehung und Organisation des Schutzbundes vgl. vor allem Deutsch, Antifaschismus, S. 91 ff.; Antifaschismus-Protokoll (Ausführungen von Deutsch).

Mit unter dem Einfluß der österreichischen Ordnerorganisation entstand um die Jahreswende 1922/1923 in Lettland eine Arbeitermiliz, die Ende 1923 mit dem gleichfalls von Sozialdemokraten geführten Arbeitersportverband zusammengelegt wurde. Nach einem kurzen Zwischenspiel, in dem die Vereinigung verboten war und nur getarnt als Arbeitersportsektion innerhalb der Sozialdemokratischen Partei weiterexistieren konnte, formierte sich 1925 ein neuer selbständiger Verband, der „Arbeitersport- und Schutzbund" (Stradnieku Sports un Sargs), der in jedem Ortsverein militärische Sektionen besaß. Mitglieder bürgerlicher Parteien wurden grundsätzlich nicht aufgenommen, im allgemeinen auch keine Kommunisten, die eine analoge Organisation gebildet hatten. Unter den militärischen Instrukteuren gab es indes auch Nichtsozialdemokraten, da die Ausbilder sich zunächst primär aus Angehörigen der früheren Schützendivision rekrutierten, die auf kommunistischer Seite gegen die „Weißen" gekämpft hatte.

Die Gliederung des Verbandes in Gruppen, Züge und Kompanien, zu der sich noch Sanitätsabteilungen und zwei Eskadronen Kavallerie gesellten, war betont militärisch. Zum Ausbildungsprogramm gehörten militärische Übungen wie Handgranatenwerfen, Hindernislauf, daneben Boxen, Gymnastik und andere Disziplinen, die der allgemeinen körperlichen Ertüchtigung dienten. Der Verband konnte zwar rein zahlenmäßig — 4000 Mitglieder 1926 — mit Schutzbund und Reichsbanner nicht konkurrieren, wohl jedoch in qualitativer Hinsicht; denn zweifellos gehört die lettische Vereinigung, die durchweg nur Männer im Alter von 20—25 Jahren umfaßte und sich fortlaufend aus den Reihen der „roten Pioniere" ergänzte, zu den bestorganisierten und militärisch schlagfertigsten proletarischen Wehrorganisationen sozialdemokratischer Observanz[1]).

Andere Verbände waren zahlenmäßig stärker, aber sehr viel unbedeutender. Dazu zählt die 1926 entstandene belgische „Milice de Defense Ouvrière", deren Mitgliederbestand mit 20 000 angegeben wird. Als Träger dieser Organisation, die sich die deutschen und österreichischen Erfahrungen zunutze machte, fungierten die sozialistischen Gewerkschaften und die sozialistische Partei[2]). Gleichfalls nach österreichischem Muster aufgezogen war die „Rote Wehr" der sudetendeutschen Sozialdemokratie, die sich allerdings aus politischen Gründen stärkste

[1]) Zum lettischen Arbeitersport- und Schutzbund vgl. vor allem die Ausführungen seines Vorsitzenden Bruno Kalnins, Antifaschismus-Protokoll, sowie Kalnin, Der Kampf gegen den Faschismus in Lettland, in: Der Schutzbund 2 (1925), Nr. 11, S. 4 ff., sowie Deutsch, Antifaschismus, S. 109.

[2]) Vgl. dazu die Ausführungen des belgischen Sozialisten Jaques, Antifaschismus-Protokoll, sowie Deutsch, Antifaschismus, S. 106. Nach systematischem Plan organisiert wurde die Arbeiterwehr wohl erst 1928. 1928 marschierten anläßlich des Kongresses der Sozialistischen Internationale 15 000 belgische „rote Gardisten" auf. Seitdem wurde sie als „ständige Organisation der belgischen Arbeiterpartei" anerkannt. Vgl. dazu C. Vanderveken, Das doppelte Gesicht des belgischen Faschismus, in: Der Faschismus in Europa. Eine Übersicht, hrsg. von Julius Deutsch im Auftrag der internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus, Wien 1929, S. 6—10.

Zurückhaltung auferlegte, nicht militärisch war und nur als Versammlungs- und Demonstrationsschutz diente[1]).

Bei den tschechischen Sozialisten ebenso wie bei den ungarischen Sozialisten, die eine Organisation nach lettischem Vorbild aufzuziehen trachteten, sind die Vorbereitungen für die Schaffung einer proletarischen Wehrformation über erste Anfänge nie hinausgelangt. In Polen und in Jugoslawien gab es zwar vereinzelt lokale Arbeiterwehren, jedoch keinen straff organisierten zentralen Verband[2]). Das gleiche gilt wohl für Luxemburg und Palästina[3]), während in Norwegen 1930 auf dem Parteitag der norwegischen Sozialisten die Bildung einer proletarischen Arbeiterwehr beschlossen wurde, ohne daß diese jedoch nennenswerte Bedeutung erlangt hätte[4]).

Der Großteil der Organisationen unterhielt von Beginn an Beziehungen zu anderen sozialistischen Verbänden, namentlich zum Schutzbund in Österreich, der in nicht wenigen Fällen als organisatorisches Vorbild gedient hatte. Der Schutzbund war es denn auch, der 1926, im Einvernehmen mit der Sozialistischen Internationale, für den 12. Juli 1926 zu einer Konferenz antifaschistischer Abwehrverbände nach Wien einlud[5]). Vertreter entsandten das Reichsbanner, der lettische Arbeitersport- und Schutzbund, die Milice de Defense Ouvrière Belgiens, der Arbeitersportbund der Schweiz, die tschechischen Arbeiterturner, die Ordnerabteilungen der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechei sowie Arbeiterverbände aus Polen, Jugoslawien und Ungarn, weiterhin die Sozialistische Internationale, die Sozialistische Jugendinternationale und die Luzerner Sportinternationale. Ergebnis der Konferenz war die Gründung einer „Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus" mit dem Sitz in Wien, zu deren Vorsitzenden auf Vorschlag Höltermanns Julius Deutsch und zu deren Sekretär der Österreicher Heinz gewählt wurde, der im Republikanischen Schutzbund schon in gleicher Funktion tätig war. Diese Wahl unterstreicht, auch wenn für sie vielleicht in erster Linie praktische Gründe bestimmend waren, die dominierende Stellung der Österreicher, die am stärksten für den Zusammenhalt zwischen den

---

[1]) Vgl. Deutsch, Antifaschismus, S. 107, sowie die Ausführungen des Vertreters der deutschsozialdemokratischen Partei in der Tschechei, Kundt, Antifaschismus-Protokoll.

[2]) Vgl. die Ausführungen von Silaba (Tschechei), Czapinski (Polen), Pavajetz (Jugoslawien), Antifaschismus-Protokoll. Der ungarische Vertreter Peyer kündigt den Aufbau einer Selbstschutzorganisation an, die nach „lettischem System" organisiert werden solle, Antifaschismus-Protokoll.

[3]) Näheres über diese Organisationen ist allerdings nicht bekannt. Der Schutzbund-Sekretär Heinz teilt auf der Wiener Tagung nur mit, daß auf die vom Sekretariat der Sozialistischen Internationale an die angeschlossenen Parteien gerichtete Frage nach dem Bestehen von Selbstschutzorganisationen aus Luxemburg und Palästina eine positive Antwort eingetroffen sei. Antifaschismus-Protokoll.

[4]) Vgl. Der Schutzbund 7 (1930), Nr. 6, S. 14.

[5]) Vorbereitet war die Konferenz durch das Sekretariat der Sozialistischen (II.) Internationale. Zum Folgenden vgl. vor allem das schon häufig erwähnte Protokoll dieser Sitzung (Antifaschismus-Protokoll).

proletarischen Wehren sorgten und deren Reichsordnertage, fast immer von Abordnungen aus Deutschland, Lettland, der Tschechei, Jugoslawien und Belgien beschickt, durchweg den Charakter einer „internationalen Demonstration gegen den Faschismus“[1]) trugen. Darüber hinaus hielt die Kommission, in der nach einem Beschluß aus dem Jahre 1928 jedes Land durch einen Delegierten vertreten sein sollte, jährliche Führertagungen ab, zu denen gemeinhin auch Repräsentanten der II. Internationale, der Sozialistischen Gewerkschaftsinternationale, der Luzerner Sportinternationale und der Sozialistischen Jugendinternationale erschienen[2]). Vor allem war man bemüht — im Zeichen eines wehrhaften Antifaschismus — den Kontakt zur Luzerner Arbeitersportinternationale zu verstärken, eine Aufgabe, die durch die Wahl von Julius Deutsch zum Vorsitzenden dieser Korporation wesentlich erleichtert wurde[3]).

Es liegt auf der Hand, daß die Mitarbeit in der „Kommission“ für das Reichsbanner, das ja im Gegensatz zu allen anderen angeschlossenen Verbänden nicht unter dem Rot des internationalen Proletariats marschierte, gewisse Schwierigkeiten mit sich brachte. Höltermann hatte schon auf der Gründungssitzung betont, daß man mit Rücksicht auf Demokraten und Zentrum „einer rein sozialistischen Internationale der Abwehrverbände nicht beitreten“ könne[4]), gleichzeitig jedoch, unter Hinweis auf die internationale Kooperation faschistischer Bewegungen, die Schaffung einer Vermittlungsstelle begrüßt, die Meldungen aus den einzelnen Ländern sammle und Informationen für alle herausgebe[5]). Viel mehr als ein internationales Informationsbüro ist denn auch die „Kommission“ nie gewesen, obwohl sie als „Wehrkartell der zweiten Internationale“ firmierte. Auf den jährlichen Konferenzen wurden gegenseitige Erfahrungen ausgetauscht und Möglichkeiten einer wirkungsvollen antifaschistischen Propaganda beraten, jedoch keinerlei, die einzelnen Gliederorganisationen bindende Beschlüsse gefaßt.

Unter diesen Umständen war auch dem Reichsbanner eine Teilnahme an den Vertretertagungen der „Kommission“ möglich. Problematischer waren bilaterale Kontakte zu proletarischen Wehrverbänden einzelner Länder, zumal dann, wenn, wie im Falle Lettland, wo man den Kampf des Arbeitersport- und Schutzbundes gegen die „reaktionäre Herrenschicht“ der „baltischen Barone“ unterstützte[6]),

[1]) Der Schutzbund 3 (1926), Nr. 7, S. 2. Auch Deutsch, Antifaschismus, S. 96 ff., weist auf diese intensiven Kontakte hin und erklärt, daß der „proletarisch internationale Charakter des Republikanischen Schutzbundes stets sehr nachdrücklich“ betont werde.

[2]) Kurze Berichte über diese Tagungen regelmäßig in der Schutzbundzeitung. Vgl. Der Schutzbund 4 (1927), Nr. 7, S. 98; 5 (1928), Nr. 9, S. 143; 5 (1930), Nr. 4, S. 4 f.; 6 (1931), Nr. 9, S. 15.

[3]) Auf die Notwendigkeit solcher Kontakte war schon auf der Vertretertagung 1926 von verschiedenen Rednern hingewiesen worden; Antifaschismus-Protokoll. Zu diesen Beziehungen vgl. auch Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation, S. 33.

[4]) Antifaschismus-Protokoll (Höltermann).

[5]) Ebd.

[6]) Vgl. R. v. 15. September 1927.

Klasseninteressen mit völkischer Solidarität in Widerspruch gerieten. Vom innenpolitischen Gegner wurden diese Beziehungen bewußt hochgespielt, um an ihnen den marxistischen Klassenkampfcharakter der zu Hause so betont national-republikanisch auftretenden schwarzrotgoldenen Vereinigung zu demonstrieren[1]).

Gleichwohl hat das Reichsbanner auf Kontakte nicht völlig verzichtet. Die Satzung von 1928 wurde eigens um einen Passus erweitert, der die „Aufnahme und Pflege von Beziehungen zu deutschen und außerdeutschen Organisationen zur Wahrung gemeinsamer Interessen und Verfolgung gleichartiger Ziele" vorsah[2]). Tatsächlich machte man von der Möglichkeit nur beschränkten Gebrauch. Es gab zwar Besuche zwischen Reichsbanner auf der einen, der belgischen Arbeiterwehr und dem lettischen Arbeitersport- und Schutzbund auf der anderen Seite[3]), charakteristisch ist aber, daß diese Beziehungen, ganz im Gegensatz zur Praxis des Republikanischen Schutzbundes in Österreich, propagandistisch nie besonders herausgestellt wurden[4]).

Eine Ausnahme bildet nur das Verhältnis zwischen dem Reichsbanner und seiner österreichischen „Bruderorganisation". Von Beginn an waren die Beziehungen mehr als eng. Es verging kaum eine in größerem Rahmen aufgezogene Veranstaltung des Bundes, an der nicht eine Schutzbunddelegation teilnahm. Umgekehrt weilten Reichsbannervertreter zu wiederholten Malen in Wien, um dort für den „Anschluß" und gegen den „Faschismus" zu demonstrieren[5]). Erst

---

[1]) Vgl. den Artikel im „Jungdeutschen" v. 13. Juni 1929: „Reichsbanner und belgische Arbeiterwehr. Ein bezeichnendes Bündnis." Für damalige politische Verhältnisse ist der Artikel, der mit dem Satz schließt: „Die Frage ‚Quo vadis Reichsbanner?' steht nach wie vor offen", bemerkenswert objektiv geschrieben, eine Feststellung, die für die Publizistik des Jungdeutschen Ordens ziemlich generell zutrifft.

[2]) Vgl. § 2, g der Satzung von 1928.

[3]) Vgl. R. v. 8. Juni 1929 und Der Jungdeutsche v. 13. Juni 1929 (über eine Konferenz des Reichsbannerkreisführers Aachen mit Vertretern der belgischen Arbeiterwehr), R. v. 3. Januar 1931. Zu den Beziehungen Rb. — lett. Schutzbund vgl. R. v. 15. September 1927 (Teilnahme Kalnins, des lettischen Schutzbundführers, an Reichsbannertagung in Königsberg); IRZ v. 2. Juli 1927 (Abordnung des ostpreußischen Rb. unter dem Gauführer Meißner nimmt am Bundesfest des lettischen Schutzbundes teil). Ein engeres Zusammenarbeiten zwischen ostpreußischem Rb. und Schutzbund hatte schon Höltermann auf der Vertretertagung 1926 gefordert, Antifaschismus-Protokoll.

[4]) Auch die Tagungen der „Internationalen Kommission" wurden, wenn überhaupt, in der Reichsbannerpresse nur kurz registriert.

[5]) Schon die erste Bundesgründungsfeier des Rb. in Magdeburg, an der eine starke Schutzbunddelegation teilnahm, war mit einer Anschlußkundgebung verbunden, bei der in feierlicher Zeremonie alle innerdeutschen Grenzpfähle, zuletzt die österreichischen, dem Feuer übergeben wurden. Vgl. R. v. 1. März 1925 und IRZ v. 7. März 1925. Die Österreicher erschienen fast immer mit stärkeren Delegationen, während das Reichsbanner durchweg nur Vertreter des Bundesvorstandes zu den Ordnertagen des Schutzbundes schickte. Von Anfang an waren aber die Beziehungen zwischen beiden Vereinigungen herzlich und eng. Deutsch wurde zum Ehren- und Reichsausschußmitglied des Reichsbanners ernannt; beide Organisationen waren bemüht, sich in ihrer Uniformierung und in ihrem organisatorischen Aufbau anzugleichen.

die Verbindung von Antifaschismus und großdeutschem Gedanken, der der innerdeutschen Kritik weitgehend den Wind aus den Segeln nahm, verschaffte dem Reichsbanner die nötige Bewegungsfreiheit, um relativ ungestört seine Beziehungen zu den „Austromarxisten" pflegen zu können. Falsch wäre es indes, wollte man in der großdeutschen Idee nur einen willkommenen Vorwand erblicken, der die im Grunde allein ausschlaggebende proletarisch-antifaschistische Interessengemeinsamkeit aus taktisch-propagandistischen Gründen national verkleistern sollte. Tatsächlich gehören verschiedene Kundgebungen, so die Wienfahrt des Reichsbanners vom Jahre 1926, wohl zu den eindrucksvollsten deutsch-österreichischen Anschlußdemonstrationen, die es zur Zeit der Weimarer Republik gegeben hat[1]). Beiden Verbänden bedeutete der großdeutsche Gedanke ein „echtes Anliegen", auch und gerade dem Schutzbund, obwohl dieser sehr viel stärker als die deutsche Vereinigung, die sich als „überparteilicher" Verband zurückhalten mußte, die sozialistisch-proletarische Gemeinsamkeit herausstellte[2]).

Die „proletarische" Enthaltsamkeit der deutschen Organisation und ihr forciertes großdeutsches Bekenntnis konnte indes nicht völlig ungeschehen machen, daß sie, wenn sie in Österreich weilte, oft unter roten Fahnen und zu den Klängen der „Internationale" aufmarschierte[3]). Nicht wenige Zentrumsangehörige, die den „Austromarxisten" mit äußerster Reserve gegenüberstanden[4]), gerieten dadurch in ein schweres Dilemma, zumal die österreichischen Christlich-Sozialen, die sich durch das Auftreten des mit Zentrumssegen versehenen Reichsbanners beim Schutzbund in ihren Interessen beeinträchtigt fühlten, eine heftige Agitation gegen die Zusammenarbeit entfachten und einen

---

[1]) Zu dieser Kundgebung war das Reichsbanner angeblich mit 4000 Mann nach Wien gekommen. Vgl. R. v. 1. August 1926, IRZ v. 10. Juli 1926 (Vorschau auf die Wienfahrt), IRZ v. 24. Juli 1926, Der Schutzbund 3 (1926), Nr. 8, S. 9 f.; ganz gewiß handelte es sich um eine eindrucksvolle Anschlußkundgebung, aber an diesem Reichsordnertag des Schutzbundes am 10. und 11. Juli 1926 nahmen auch Vertreter aus Lettland, Belgien, Ungarn usw. teil; denn am Tage darauf fand die Gründungssitzung der „Internationalen Kommission" statt. Diese Tatsache wurde von christlich-sozialer Seite aus stark herausgestellt, um die Demonstration als großdeutsche Kundgebung zu entwerten.

[2]) Der Unterschied tritt besonders deutlich hervor, wenn man Berichte über Reichsbanner-Schutzbundtreffen in der Reichsbannerpresse mit solchen im „Schutzbund" vergleicht. Von Reichsbannerseite wird betont auf „großdeutsch" stilisiert, während von Schutzbundseite zugleich immer die sozialistisch-proletarischen Gemeinsamkeiten herausgestellt werden.

[3]) Vgl. dazu den Bericht in der Schutzbundzeitung 3 (1926), Nr. 8, S. 9 f. über den Aufmarsch einer Rb.-Delegation — angeblich 4000 Mann — beim Reichsordnertag des Schutzbundes in Wien am 11. Juli 1926: „Und wahrhaftig, die Begrüßung war nicht an Unwürdige verschwendet worden ... Bald zeigte sich, daß unsere Reichsbannerkameraden auch altbewährte Sozialisten sind, die unter dem Zwang ihrer besonderen politischen Verhältnisse derzeit vorwiegend unter der schwarzrotgoldenen Flagge marschieren. Dies hat sie aber keineswegs gehindert, die Internationale genauso inbrünstig und begeistert zu singen, wie das die Proleten irgendeines anderen Landes tun."

[4]) In diesem Sinne äußerte sich Dr. Krone (mündliche Auskunft).

entsprechenden Druck auf die ihnen verwandte katholische Partei im Reich auszuüben suchten[1]).

Auf seiner Reichsparteiausschußsitzung in Erfurt 1926 sah sich das Zentrum deshalb veranlaßt, seine Beziehungen zum Reichsbanner neu zu überdenken[2]). Die von den Christlich-Sozialen erhoffte Trennung unterblieb jedoch. Sie erfolgte auch 1927 nicht, als Hörsing sich anläßlich der Wiener Unruhen vom 15. Juli 1927 zu scharfen Attacken gegen die österreichische Bundesregierung hinreißen ließ. Mit Reichskanzler Dr. Marx trat zwar das vielleicht prominenteste Zentrumsmitglied aus; Wirth, Krone, Joos und andere schlossen sich indes dem Schritt ihres Parteivorsitzenden nicht an[3]).

Hörsings Vorpreschen blieb nicht der einzige Fall, in dem sich das Reichsbanner zugunsten des Schutzbundes stark exponierte und in massiver Weise in die österreichische Innenpolitik eingriff. Schon 1927 hatte die Hugenberg-Presse von Absprachen zwischen dem Reichsbanner und dem Schutzbund und einem geheimen militärischen Aufmarschplan zu berichten gewußt[4]), Meldungen, die 1929 erneut auftauchten[5]). Solche Nachrichten, die von republikanischer Seite sofort dementiert wurden[6]), wird man zu Recht in den Bereich phantasievoller Übertreibungen verweisen, gleichzeitig jedoch betonen müssen, daß ihnen ein, wenn auch entstellter, Wahrheitskern zugrunde lag.

---

[1]) Zu dieser Agitation, die vornehmlich von dem früheren österreichischen Außenminister, Dr. Mataja, bestritten wurde, vgl. R. v. 1. November 1926 (Artikel übernommen aus „Schutzbund" 3, 1926, Nr. 12, S. 8 f.). Dr. Mataja veröffentlichte auch Artikel in deutschen Zeitungen, so in den „Münchener Neuesten Nachrichten", die sich scharf gegen das Auftreten des angeblich „überparteilichen" und vom Zentrum unterstützten Rb. in Wien wandten. Vgl. dazu ein Schreiben der Vertretung der Reichsregierung in München an die Reichskanzlei v. 18. Juli 1926, dem ein Artikel Dr. Matajas ausschnittweise beigefügt ist, BA, R 43 I, 767. Vgl. auch die Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung" XIV (1930), S. 680 f., wo in einer Leserzuschrift aus Wien über die vom Zentrum dem Schutzbund gewährte Schützenhilfe Beschwerde geführt wird. Auch Funder, Als Österreich den Sturm bestand, S. 120, betont, daß die Beziehungen Rb.—Schutzbund den Christlich-Sozialen äußerst wenig behagt hätten und daß man versucht habe, einen Druck auf das Zentrum auszuüben. Selbst ausgesprochene „Realisten" hätten es Dr. Wirth nicht zum Guten angerechnet, daß er eine große Schutzbundveranstaltung durch sein Erscheinen als Ehrengast ausgezeichnet habe.

[2]) Vgl. R. v. 1. November 1926. Schon kurz vor der Erfurter Ausschußsitzung hatte Prof. Dessauer in einem Schreiben v. 16. Oktober 1926 an Hörsing erklärt, er hoffe, „daß in Erfurt die Sache gut" gehen werde (Besitz Franz Osterroth).

[3]) Ausführlich darüber S. 292 ff.

[4]) Artikel im „Tag" unter dem Titel „Rote Putschpläne in Österreich". Vgl. dazu R. v. 1. Mai 1927. Das Reichsbanner hatte allerdings kurz zuvor — Ausgangspunkt waren Drohungen Mussolinis gegenüber Österreich — unter dem Motto: „Hände weg von allen deutschen Gauen, über denen Schwarz-Rot-Gold flattert", erklärt, daß das „Reichsbanner Schulter an Schulter mit dem Republikanischen Schutzbund zur Verteidigung bereit" sei. Vgl. R. v. 1. März 1927.

[5]) Vgl. R. v. 23. November 1929 (über Berichte in der Hugenberg-Presse).

[6]) So schon 1927. Vgl. R. v. 1. Mai 1927; 1929 erklärt Deutsch, daß es sich bei diesen Nachrichten um „vollendeten Blödsinn" handele. R. v. 23. November 1929.

Als sich 1929 die innenpolitische Krise in Österreich verschärfte, gab es zahlreiche prominente Reichsbannerführer, die dem Schutzbund für den Fall eines Bürgerkrieges direkte oder indirekte Hilfe in Aussicht stellten. Auf der Reichskonferenz des österreichischen Wehrverbandes am 19. Oktober 1929 erklärte der als Gast teilnehmende Höltermann, daß Hunderttausende von Arbeitern in Deutschland bereit seien, die Demokratie auch in Österreich zu verteidigen, und bei einer bewaffneten Auseinandersetzung nicht müßig zusehen würden[1]). Von Hörsing hatte man schon vorher ähnliche Äußerungen gehört[2]), die nicht nur zu Gegendrohungen nationaler Verbände führten, sondern auch die „Germania" zu der besorgten Feststellung veranlaßten, daß „die Kampfkraft des Reichsbanners kein Exportartikel" sei[3]). Der Verband steckte daraufhin etwas zurück, hielt aber nach wie vor daran fest, daß der Bund nicht „Gewehr bei Fuß" stehenbleiben werde, wenn die Heimwehr mit Hilfe „ausländischer Faschisten" putsche[4]). Für den Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung drohte man offen mit der Ausrufung der großdeutschen Republik durch die österreichischen Sozialisten, denen dann auch ohne Zutun des Reichsbanners Tausende von Freischärlern zuströmen würden[5]).

Kein Zweifel, daß man solche Äußerungen nicht allzu ernst nehmen darf. Wahrscheinlich dachten Gruppen auf deutscher wie österreichischer Seite an eine gegenseitige militärische Hilfeleistung und an die Entsendung von Freiwilligenkontingenten[6]). Das Reichsbanner war wohl auch in gewissem Umfang an der Vermittlung von Gewehren und Munition aus der Waffenfabrik Zella

---

[1]) Vgl. Der Schutzbund 6 (1929), Nr. 11, S. 3. Vgl. auch Der Schutzbund 6 (1929), Nr. 9, S. 7 (Bericht über die Berliner Verfassungsfeier des Rb. 1929, an der eine Schutzbunddelegation teilnahm): „Wer von den Rednern hier und überall über Österreich spricht, der sagt: Wenn eure Heimwehren es wagen sollten, euch anzugreifen, dann werden wir an eurer Seite sein. Das sagen die Führer und das sagen die Mitglieder des Reichsbanners."

[2]) Vgl. dazu ein Schreiben der Vertretung der Reichsregierung München an die Reichskanzlei v. 27. Mai 1929 (BA, R 43 I/767), wo von Äußerungen Hörsings auf dem Republikanischen Tag in München am 25./26. Mai 1929 berichtet wird, die ein indirektes Hilfeangebot an den Schutzbund darstellten. Schon vorher hatte Hörsing bei einer Gelegenheit erklärt, im Hinblick auf die Geschehnisse in Österreich, daß auch „in Deutschland Hunderttausende von Reichsbannerleuten bereitstehen würden, die die Faust nicht nur in der Tasche ballten, sondern sie auch zu gebrauchen verständen". Diese Äußerung zitiert bei Mayr: „Wir und Deutschösterreich", R. v. 21. September 1929.

[3]) Zitiert in dem erwähnten Artikel Mayrs, R. v. 21. September 1929. Dort auch Drohungen Duesterbergs wiedergegeben, der auf einer Stahlhelmkundgebung in Lüneburg u. a. bemerkt habe: „Sollte das Reichsbanner unter dem Motto ‚Nie wieder Krieg' nach Österreich und in den Bürgerkrieg ziehen, dann werden wir und die anderen nationalen Verbände nicht Gewehr bei Fuß stehenbleiben."

[4]) Vgl. R. v. 5. Oktober 1929.

[5]) So Mayr in seinem ungemein scharf gehaltenen Artikel, R. v. 21. September 1929.

[6]) So äußert sich Dr. Deutsch (briefliche Auskünfte).

Mehlis nach Österreich beteiligt[1]). Gemeinsame militärische Aktionspläne hat es indes niemals gegeben. Die verantwortlichen Führungsgremien beider Organisationen waren sich völlig darüber klar, daß im Ernstfall mehr als eine moralische Unterstützung — für die Steigerung der geistigen Abwehrkraft stellte man sie sehr positiv in Rechnung — nicht erwartet werden konnte[2]).

Gilt das schon für die Beziehungen zwischen Reichsbanner und Schutzbund, die sich im Zeichen eines großdeutschen Nationalgefühls eng verbunden wußten, dann um so mehr für die „Kommission" selbst und das gegenseitige Verhältnis der ihr angeschlossenen Gliedverbände. Gemeinsame Aktionen, die über den propagandistischen Bereich hinausgingen, hat es kaum gegeben. Der ideologische Feind, der vielbeschworene „internationale Faschismus", war zwar mehr als eine begriffliche Konstruktion. Als Gegner wirklich faßbar war er jedoch nur in seinen nationalen Sonderformen, deren Bekämpfung nicht vom „internationalen Antifaschismus", sondern von den proletarischen Wehrvereinigungen des betreffenden Landes geleistet werden mußte.

Die Entstehung und der Charakter einer sozialistischen Abwehrformation hing oft davon ab, ob es in eben diesem Lande faschistische Bewegungen gab, und des weiteren, wenn die Antwort positiv ausfiel, ob es unter den gegebenen Verhältnissen politisch möglich oder opportun war, eine Gegenwehr zu organisieren. So lehnten etwa die Schweizer Sozialisten die Bildung eines Abwehrverbandes ab, da von einer eigentlichen faschistischen Bewegung in der Schweiz keine Rede sein könne[3]). Ähnlich argumentierte die Sozialistische Partei Estlands und die der Tschechoslowakei[4]), wenngleich die deutsche Sozialdemokratie in der CSR Bedenken gegen die Vorstellung vom demokratischen Musterland CSR erhob und über den „Operettenfaschismus" eines General Gajda hinaus faschistische Tendenzen unter demokratischer Hülle zu erkennen glaubte[5]). In Bulgarien galten verschiedene Bewegungen als faschistisch, so die „Rodna-Saschtita" („Heimatschutz") unter General Schkoinow, die „Kubrat", eine antisozialistische, im Gegensatz zur „Rodna" jedoch nicht antisemitische Organisation, sowie die politisch einflußreichen Verbände der „Reserveoffiziere"

[1]) Vgl. dazu ein Schreiben Schleichers an Severing v. 12. November 1929 (Entwurf) BA, Nachlaß Schleicher, Nr. 22. In dem Schreiben sind verschiedene Nachrichten, u. a. der Abwehrstelle München, zusammengestellt, die auf Beziehungen zwischen dem Schutzbund und deutschen Organisationen Bezug nehmen. Dort von Waffenlieferungen des Arbeitersportbundes und des Arbeiterschützenbundes an die österreichische Organisation die Rede. Als Vermittler für die Ausrüstung von Gewehren — es handelt sich in dem erwähnten Fall um Kleinkaliber — fungiert angeblich das Reichsbanner Kreis Nürnberg.

[2]) So Dr. Deutsch (briefliche Auskünfte).

[3]) Vgl. Kurt Düby, Die faschistische Bewegung in der Schweiz, in: Faschismus in Europa, S. 55 ff.

[4]) Vgl. R. Silaba, Der Faschismus in der Tschechoslowakei, in: Faschismus in Europa, S. 16 f., und E. S. — s., Faschistische Stimmen in Estland, ebd., S. 32.

[5]) Vgl. Emil Franzel, Internationaler Bürgerblock und Faschismus in der CSR, in: Faschismus in Europa, S. 18.

und „Reserveunteroffiziere". Die bulgarischen Sozialisten sahen sich jedoch auf Grund ihrer politischen Schwäche außerstande, eine proletarische Gegenbewegung ins Leben zu rufen[1]).

Die bisherigen Ausführungen lassen schon erkennen, daß das Attribut „faschistisch" ziemlich freigebig verteilt wird, ein Eindruck, der sich bestätigt, wenn man die von der „Kommission" herausgegebenen Gesamtberichte über den europäischen Faschismus untersucht, die in der Tat höchst verschiedenartige Dinge unter dem gleichen Nenner zusammenfassen[2]). Während einige Berichterstatter dazu neigen, jede betont antisozialistische Organisation als faschistisch zu deklarieren[3]), bemühen andere sich, sorgfältiger zu differenzieren. Wesentliches Kriterium der Einordnung aber ist auch für sie der Kurs, der von diesen Systemen oder Bewegungen gegenüber den Organisationen des Proletariats eingeschlagen wird. Läßt ein zwar antidemokratisches, aber nicht dezidiert antisozialistisches Regime der Arbeiterschaft einen gewissen Spielraum, darf es mit „großzügigerer" Beurteilung rechnen. Dem Umstand haben es beispielsweise die Militärdiktaturen in Spanien und Portugal zu verdanken, daß sie als nichtfaschistisch eingeordnet werden[4]).

Eine knappe Übersicht mag verdeutlichen, was von sozialistischer Seite in den Jahren vor 1930 als faschistisch oder als faschismusähnlich empfunden wurde[5]). In Frankreich waren es die Action Française mit ihren Camelots du Roi, die „Vaterländischen Verbände" unter Taittinger, die „Faisceau des Combattants et des Producteurs" unter George Valois mit ihren speziellen Kampftruppen, den „Légions", in Großbritannien die „British Fascists", die „National

[1]) Vgl. Dimo Weleff, Die Rodna-Saschtita in Bulgarien, in: Faschismus in Europa, S. 15.

[2]) Das wird auch von Deutsch nicht völlig verkannt. In seiner Vorrede zu der Broschüre: Der Faschismus in Europa, S. 3, weist er ausdrücklich auf diesen Sachverhalt hin, hält jedoch an dem Terminus „Faschismus" fest mit der Begründung: „Nachdem aber eine scharfe Begriffsabgrenzung gegenüber der verwirrenden Fülle der Erscheinungen vorerst nicht gelingen kann, lassen wir es für die Zwecke der Berichterstattung bei dem allgemein üblich gewordenen Namen."

[3]) So etwa der ungarische Sozialist Peyer auf der Vertretertagung 1926 (Antifaschismus-Protokoll). Die Jugendliche im Alter von 14—21 Jahren erfassende „Levente" sei zwar offiziell nicht faschistisch, faktisch jedoch wohl, da auch sie scharf antisozialistisch eingestellt sei.

[4]) Vgl. Rudolf Löw, Faschismus in den übrigen Staaten Europas, in: Faschismus in Europa, S. 66.

[5]) Für die folgenden Darlegungen zugrunde gelegt werden die schon häufig erwähnte Broschüre: Der Faschismus in Europa (mit Beiträgen verschiedener Verfasser) sowie die Übersicht bei Deutsch, Antifaschismus, S. 46 ff.; einiges auch in den Berichten der Delegierten auf dem Wiener Kongreß 1926 (Antifaschismus-Protokoll). Auf eine kritische Auseinandersetzung wird verzichtet, da die Materialgrundlage zumeist nicht ausreicht, um entscheiden zu können, ob es sich jeweils tatsächlich um eine faschistische Bewegung handelt. Problematisch ist ja überhaupt, welche Kriterien den Begriff Faschismus konstituieren. Eine brauchbare Begriffsbestimmung liefert Ernst Nolte, Zur Phänomenologie des Faschismus, VZG 10 1962, S. 373—407. Stärker als es bei Nolte geschieht, sollte allerdings der Begriff des „Frontsoldatentums" und die militärisch-soldatische Erscheinungs- und Organisationsform des Faschismus ins Spiel gebracht werden. Festzuhalten ist jedoch daran — darauf basieren auch die Darlegungen des Verfassers —, daß es so etwas wie „internationalen Faschismus" gibt.

Fascists" und die „Empire-Fascists". Alle diese Verbände galten jedoch als unbedeutend und wenig gefährlich.

Ernster beurteilte man die Situation in Ungarn. Das Horthy-Regime wurde als „maskierter Faschismus" eingestuft, offen faschistisch nannte man dagegen die Organisation „Erwachendes Ungarn", den „Blutbund vom Doppelkreuz" und die „Rassenschützler" um Gombös und Ulain. In Rumänien galt die Partei des General Averescu als faschistisch, während man bei Bratianu und seinen Liberalen nur faschistische Tendenzen zu erkennen glaubte. Auffällig dabei, daß Codreanus seit 1923 bestehende „Liga des Erzengel Michael", aus der später die Eiserne Garde hervorging, noch nicht der Erwähnung wert befunden wurde.

Unter die Rubrik „Militärdiktatur" fiel das Regime in Jugoslawien, während man die „Orjuna", die Organisation der jugoslawischen nationalen Jugend, die „kroatischen Sokolisten" und die klerikalen Adlerorganisationen in der Slowakei als Gewaltorganisationen auf Stammesgrundlage definierte, jedoch davon Abstand nahm, diese Verbände, obwohl man sie als „arbeiterfeindlich" bezeichnete, mit der Marke Faschismus zu versehen. Das Regime Ahmed Zogus in Albanien erhielt das Etikett „außenpolitischer Faschismus", wobei man einräumte, daß für die innenpolitischen Verhältnisse die Bezeichnung faschistisch nicht zutreffe. In Holland glaubte man nur faschistische Ansätze zu erkennen, da man dem „Verband der Aktualisten" und anderen kleinen Zirkeln keine nennenswerte Bedeutung zumaß.

Für so gut wie faschistenrein hielt man die skandinavischen Länder, wenngleich man auch hier die Demokratie durch reaktionäre Kreise des Bürgertums bedroht sah. Als nicht „eigentlich faschistische Bewegung" galten weiterhin die finnischen Schutzkorps, die nicht einmal uneingeschränkt mit der Marke „reaktionär" versehen wurden. Das Regime Woldemaras in Litauen dagegen war Musterbeispiel einer blutigen faschistischen Diktatur. Höchst kompliziert stellte sich für die Sozialisten die Situation in Polen dar. 1926 noch galt Pilsudski, obwohl man ihn schon mit einiger Skepsis betrachtete, als Kristallisationskern des Antifaschismus[1]). 1929 war er für die sozialistische Linke zu einem Antidemokraten in reaktionären Gleisen geworden, den man jedoch nach wie vor von den „eigentlichen Faschisten" — Kreise um den General Haller — streng unterschied[2]).

In allen bislang erwähnten Ländern hat es trotz der tatsächlich oder angeblich vorhandenen faschistischen Bewegungen zu keiner Zeit proletarisch-antifaschistische Wehrverbände von größerer Bedeutung gegeben. In Deutschland, Österreich, Belgien und Lettland dagegen — als Sonderfall wäre vielleicht noch Danzig zu erwähnen mit seinem 1927 nach deutschem Vorbild gegründeten

[1]) Vgl. dazu die Darlegungen des polnischen Delegierten Czapinski auf der Wiener Tagung 1926, Antifaschismus-Protokoll.

[2]) Vgl. Rudolf Löw, Faschismus in den übrigen Staaten Europas, in: Faschismus in Europa, S. 68.

„Bund Danziger Republikaner im Reichsbanner Schwarz Rot Gold", der 1930 in einen „Arbeiterschutzbund" umgewandelt wurde[1]) — bildete die Existenz sogenannter faschistischer Vereinigungen den unmittelbaren Anlaß zur Schaffung sozialistischer Abwehrbewegungen. In Österreich allerdings wurde die Existenz der Heimwehr und anderer Frontkämpferbünde wohl mehr als Vorwand herangezogen. Denn die Sozialisten trugen sich schon unmittelbar nach ihrem Austritt aus der Regierung, als von einer Heimwehrgefahr zu Recht noch kaum gesprochen werden konnte, mit dem Gedanken, eine eigene Streitmacht aufzubauen, die dann zur Verfügung stehen sollte, wenn sich die „politische Verläßlichkeit" des Heeres verringern würde[2]).

In Lettland wurden die „Aktiven Nationalisten", die „Vaterlandsschützen", der „Lettische Nationale Block", die „Lettischen Falken", der „Verband der ehemaligen nationalen lettischen Krieger" als faschistisch deklariert. Später tauchen noch weitere kleine Bünde auf wie die „Wachen Lettlands", die Organisation „Adler", der „Nationalrevolutionäre Club", der „Nationale Sport- und Jagdclub" und der „Klub aktiver Nationalisten"[3]). Fraglich ist indes, ob für diese Vereinigungen die Bezeichnung „faschistisch" wirklich zutrifft. Mit vollem Recht gilt das wohl erst für spätere Bewegungen, für die „Legion" des Oberstleutnants Ozol und die „Ugunkrusts" (Feuerkreuz), die sich später „Perkonkrusts" (Donnerkreuz) nannten[4]). Auch in Belgien, wo ein Pierre Nothomb als oberster „Faschistenhäuptling" galt, wird eine ganze Reihe von Vereinigungen als faschistisch oder in ihren Zielen den Faschisten verwandt hingestellt. Zu ihnen gehören die sich zumeist aus Studenten rekrutierende „Union Civique", eine Art technischer Nothilfe, die als Streikbrecherorganisation hervortrat, der Bund „Jeunesse nationale", die „Ligue patriotique", die „Légion nationale" und die „Ligue de l'Interêt public" unter dem Senator Despret[5]).

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß verschiedene Organisationen zu Unrecht die Bezeichnung „faschistisch" erhielten und daß man solchen Vereinigungen vielfach eine Wichtigkeit zumaß, die in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Bedeutung stand. Erklärlich ist diese Einschätzung nur durch den ungeheuren Schock, den die italienischen Ereignisse hervorgerufen hatten. Aus der Furcht vor einer Wiederholung der italienischen Vorgänge resultiert mit die Tatsache, daß es in einigen Ländern einen organisierten „Antifaschismus" gab,

[1]) Vgl. u. a. R. v. 22. Oktober 1932; seit dem 10. September 1932 existierte in Danzig, ebenso wie im Reich, eine aus SPD, Gewerkschaften, Arbeitersportlern und dem sozialistischen Kulturbund bestehende „Eiserne Front".

[2]) So Deutsch auf der Wiener Konferenz 1926, Antifaschismus-Protokoll.

[3]) Vgl. Deutsch, Antifaschismus, S. 63 f. sowie Bruno Kalnin, Reaktionäre Strömungen in Lettland, in: Faschismus in Europa, S. 47 ff.

[4]) Vgl. Jürgen v. Hehn: Lettland zwischen Demokratie und Diktatur. München 1957, S. 22 ff.

[5]) Vgl. Deutsch, Antifaschismus, S. 52 ff.; weiterhin die Ausführungen des belgischen Sozialisten Jaques auf der Wiener Tagung 1926, Antifaschismus-Protokoll, sowie C. Vanderveken, Das doppelte Gesicht des belgischen Faschismus, in: Faschismus in Europa, S. 6—10.

ohne daß von einer nennenswerten faschistischen Gefahr gesprochen werden konnte. Dem entsprach auf der anderen Seite das von Barbusse 1930 als „eigenartig" und „widersprüchlich" charakterisierte Phänomen, daß „vor der Revolution die Gegenrevolution in Erscheinung getreten" sei[1]), daß also — nur insofern ist die Bemerkung zutreffend — faschistische Bewegungen in einzelnen Ländern zu einem Zeitpunkt entstanden, als eine revolutionäre Bedrohung der etablierten Ordnung seitens des Proletariats einfach nicht existent war.

Daraus erhellt, daß das Auftauchen eines organisierten Faschismus oder Antifaschismus nicht allein aus den besonderen Verhältnissen des jeweiligen Landes erklärt werden kann. Beide Bewegungen reichen in übernationale Zusammenhänge hinein, „reagieren" auf Vorgänge, die sich jenseits der nationalen Grenzen abgespielt hatten und in zwei markanten Ereignissen bildhaft verdichten: der russischen Oktoberrevolution auf der einen Seite als der großen Herausforderung des Bürgertums, das sich im Gegenschlag teilweise faschistisch zu orientieren begann; Mussolinis Marsch auf Rom und der anschließenden Etablierung des italienischen Faschismus auf der anderen Seite, der von der Linken als die große Provokation der Arbeiterklasse empfunden wurde. Was Faschismus ist oder sein soll, wird fortan primär an den italienischen Vorgängen expliziert, die der Arbeiterschaft als warnendes Beispiel vor Augen gehalten werden, um sie zur Wachsamkeit und Abwehr bereits vorhandener oder neu aufkommender faschistischer Bewegungen in anderen Ländern aufzurufen.

2. *Die Faschismusdeutung der Linken und die Theorie der „proletarischen Wehrhaftigkeit"*

Der Appell impliziert, daß Faschismus nicht als spezifisch italienische Erscheinung, sondern als allgemeines gesellschaftliches Phänomen begriffen wird. Diese Interpretation taucht auf sozialistischer und kommunistischer Seite schon sehr früh auf. 1923 fordert das Exekutivkomitee der Komintern die Arbeiter der Welt auf, gegen die Untaten der „siegreichen bulgarischen Faschistenclique" — gemeint ist die Regierung Zankow — zu protestieren[2]). 1926, als sich die „Internationale Kommission zur Abwehr des Faschismus" konstituiert und Deutsch seine „Antifaschismus"-Broschüren erscheinen läßt, hat sich der Begriff in seiner allgemein-gesellschaftspolitischen Bedeutung längst auch im Lager des demokratischen Sozialismus durchgesetzt und wird wenig später bereits in ähnlichem Sinne von bürgerlicher Seite verwandt[3]).

---

[1]) Rede auf dem Internationalen Antifaschisten-Kongreß Berlin, 9. bis 10. März 1929. Vgl. den offiziellen Kongreßbericht, Berlin 1930.

[2]) Vgl. Ernstgerd Kalbe, Über die faschistische Diktatur der 20er Jahre in Bulgarien und die deutschen Hilfsaktionen für die bulgarischen Arbeiter und Bauern, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft V (1957), S. 749—769.

[3]) Vgl. E. Niffka (Zentrum), Der deutsche Faschismus, IRZ v. 9. Juli 1927.

Der Faschismus-Begriff im sozialistischen Lager ist nicht völlig einheitlich, wie die von der „Kommission" herausgegebene Übersicht: „Der Faschismus in Europa", an der verschiedene Berichterstatter beteiligt sind, deutlich verrät. Vertretern, die sich bemühen, den Faschismus in seiner Eigenart sorgfältig von Antiparlamentarismus, Militärdiktatur und Reaktion zu scheiden, stehen andere gegenüber, die dazu neigen, jede betont antisozialistische Vereinigung faschistisch zu nennen. Ihren Höhepunkt erreicht die Ausweitung allerdings erst bei den Kommunisten, die über den Begriff „Sozialfaschismus" den demokratischen Sozialismus selbst mit einbeziehen, damit aber die spezifischen Konturen des Faschismus bis zur Unkenntlichkeit verdunkeln[1]). Gemeinsam ist jedoch allen diesen Auslegungen, daß der Faschismus als Sekundärphänomen gewertet wird, das unter bestimmten politisch-gesellschaftlichen Bedingungen aus dem Mutterboden der kapitalistischen Gesellschaft hervorwächst.

In einer mehr primitiven Interpretation erscheint er dann einfach als „bezahltes Söldnertum im Dienste des Kapitalismus", als Prätorianergarde, die zwar zeitweilig aufbegehren und ihren Geldgebern unbequem werden kann, jedoch niemals auf die Dauer in einen Gegensatz zu ihren Drahtziehern gerät[2]). Andere Deutungen schließen die Möglichkeit einer gewissen Umkehrung des ursprünglichen Verhältnisses nicht aus, oder sie erkennen durchaus einen subjektiv ehrlichen sozialrevolutionären Impuls bei gewissen Teilen der faschistischen Bewegungen[3]). Aber auch sie halten daran fest, daß mindestens objektiv ein antisozialistisches und damit kapitalistisches Spiel getrieben wird, daß Faschismus in diesem Sinne immer, trotz anderslautender Parolen, „Reaktion" und nicht „Revolution" ist[4]).

Im Lager des demokratischen Sozialismus verbindet sich allerdings mit der sozialistischen Konstruktion, die im Faschismus primär den Widerpart an der Klassenkampffront erblickt, nicht selten eine Deutung aus liberaldemokratischer Warte. Diese Konstruktion, die wir namentlich beim Reichsbanner antreffen, legt das Schwergewicht weniger auf den Gegensatz Faschismus—Sozialismus, sondern auf den von Faschismus und Demokratie. Sie konfrontiert die politisch-totalitären Konzeptionen des Faschismus mit dem Gegenbild des demokratisch-

[1]) Vgl. etwa H. Walecki, Das „Alibi" des Sozialfaschismus, in: Die Kommunistische Internationale XI (1930), S. 2282 ff. (Auseinandersetzung mit der von der „Kommission" hrsg. Übersicht „Der Faschismus in Europa"). Kritische Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Faschismusbegriff bei Iring Fetscher, Faschismus und Nationalsozialismus, Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs, Politische Vierteljahresschrift 3 (1962), S. 42—63.

[2]) So Deutsch in seiner Vorrede zu: Faschismus in Europa, S. 4.

[3]) Das gilt namentlich für den „linken Nationalsozialismus" der Gebrüder Straßer, vor allem für den Kreis um Otto Straßer. Vgl. Günther Orsoleck, Jugend des „Nationalen Sozialismus", R. v. 12. April 1930.

[4]) Vgl. u. a. R. v. 25. Februar 1933 (Höltermanns Rede auf der BGV 1933), R. v. 4. Februar 1933; IRZ v. 3. September 1932; IRZ v. 11. Februar 1933; Die Partei der Phrase, Magdeburg 1930, S. 13 ff.

parlamentarisch regierten Verfassungsstaates[1]) und gelangt so, über das Medium des Undemokratisch-Totalitären, zu einer weitgehenden Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus, zumindest unter praktisch-politischen Gesichtspunkten[2]). Ihren Gipfelpunkt erreicht die zur Identifizierung neigende These, die allerdings nur bei dem von Beginn an einen „Zweifrontenkrieg" führenden Reichsbanner zu finden ist, nicht beim Schutzbund und anderen proletarischen Verbänden, mit der Charakterisierung des Nationalsozialismus als „braunem Spartakus", einer Interpretation, die im Grunde, ähnlich wie die konservative Faschismus-Konzeption, eine innere Gleichartigkeit von Faschismus und Kommunismus unterstellt[3]).

Diese Deutung, die zwar den Ansichten eines Major Mayr im großen und ganzen entspricht[4]), ist indes in keiner Weise repräsentativ für das Reichsbanner. Es handelt sich primär um eine Propagandaparole, um den Versuch, den Nationalsozialismus zum Bürgerschreck zu stempeln, um dadurch auch im Bürgertum Widerstandskräfte zu wecken[5]). Dominierend bleibt die eingangs skizzierte sozialistische Konstruktion, die den reaktionär-kapitalistischen Charakter des Faschismus herausstellt und zwischen dem Totalitarismus von links und rechts spezifiert, auch wenn sie die Kommunisten zu „Vätern des Faschismus" macht und ihre „wahnsinnige Putschpolitik" für sein Aufkommen histo-

[1]) So etwa Haubach, R. v. 1. November 1927, der als Kernfrage der Gegenwart die Alternative Faschismus-Demokratie aufstellt, den Faschismus jedoch gleichzeitig aus der sozialen Grundwirklichkeit des Kapitalismus hervorgehen läßt, der sich durch den Vormarsch der Arbeiterbewegung in seiner Position bedroht fühle.

[2]) Vgl. etwa Hörsings Polemik gegen die sächsischen Sozialdemokraten, die in ihrer „spezifisch sächsischen Ideologie" noch einen großen Unterschied zwischen Kommunisten und Nazis machten. R. v. 12. Juli 1930.

[3]) Vgl. den Artikel „Der braune Spartakus", R. v. 17. Dezember 1932. Tatsächlich dürfte der Artikel von einem Konservativen verfaßt sein, nämlich von Koerber, der unter dem Pseudonym Franz Sprener auch Artikel für die Reichsbannerzeitung lieferte. Vgl. dazu ein Schreiben Franz Spreners an Mayr v. 5. April 1932, in dem ein weiterer Artikel: „Der Januskopf des Nationalsozialismus" angezeigt wird (Brief im Besitz Baron v. Koerbers). Ganz ähnliche Tendenz in dem Artikel: „Hakenkreuz und Sowjetstern. Die Wesensgleichheit der Radikalen", R. v. 24. September 1932.

[4]) Zur Charakteristik Mayrs vgl. die Ausführungen S. 149 f. Ein Artikel Mayrs: Hitler der Wegbereiter. Mit Nazis und Kozis zum Säbelregiment, R. v. 26. November 1932, deckt sich in seiner Tendenz völlig mit den erwähnten Artikeln. Bezeichnend für diese Gleichsetzung von Links- und Rechtsradikalismus auch der Beitrag Mayrs, Die faschistische Entwicklung in Deutschland, in: Faschismus in Europa, S. 24—30, der aus dem Gesamtrahmen, den die übrigen Berichterstatter einhalten, völlig herausfällt.

[5]) Das war namentlich das erklärte Ziel, das Koerber mit seinen Aufsätzen erreichen wollte. In dem erwähnten Schreiben an Mayr v. 5. April 1932 betont er, daß es darauf ankomme, die Rechtskreise zu ernüchtern und nachdenklich zu machen, um sie zu der Erkenntnis hinzuführen, daß der allen gemeinsame Feind Hitler und der Nationalsozialismus sei. Als Nebenwirkung verspricht er sich vom Erscheinen solcher Artikel in der Reichsbannerzeitung einen günstigen Einfluß auf die von Mayr und einzelnen Stahlhelmführern geführten Gespräche.

risch verantwortlich erklärt[1]). Faschismus erscheint so als bürgerliche Reaktion auf eine vorausgegangene kommunistische Provokation, welch letztere allerdings kein konstitutives Element in der Faschismus-Konstruktion der demokratischen Linken darstellt, sondern nur als stimulierender und beschleunigender Faktor anerkannt wird.

Die Grundthese lautet, daß die besitzenden Klassen überall dort zu „faschistischen" Methoden der Gewaltanwendung greifen und bedenkenlos den bisher noch gewahrten demokratischen Schein fallenlassen, wo sie die der Demokratie eigentümlichen Mittel nicht mehr für ausreichend erachten, um den Ansturm der besitzlosen Klassen abzuwehren. Faschismus ist also der letzte und verzweifelte Versuch des sterbenden Kapitalismus, mit brutaler Gewalt seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Im gleichen Maße, wie die Demokratisierung fortschreitet und die Arbeiterbewegung erstarkt, wächst die Anfälligkeit der herrschenden Klassen für den Faschismus, dessen Auftauchen somit an ein bestimmtes spätes Entwicklungsstadium der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gebunden erscheint[2]).

Diese Deutung, die den Faschismus in einen marxistisch verstandenen Geschichtsprozeß einordnet und ihm seinen Ort jenseits der demokratischen Phase zuweist, erlaubt es zwar, Gewaltregime in Ländern niederer Entwicklungsstufe, auf dem Balkan und in Osteuropa, als „Halbabsolutismus", „Ausnahmezustand", „vordemokratische Herrschaftsform" auszusondern[3]), sie steht jedoch hilflos vor der Tatsache, daß die herrschenden Klassen in hochentwickelten Staaten, beispielsweise in denen Skandinaviens, kaum von faschistischen Gedankengängen infiziert erscheinen, obwohl dort die Arbeiterbewegung in einem unaufhaltsamen Vormarsch begriffen ist.

Das theoriewidrige Verhalten der skandinavischen Bourgeoisie wird zwar mit einiger Verwunderung konstatiert[4]), es vermag indes die eigene Konstruktion nicht zu modifizieren. Diese lautet, auf eine kurze Formel gebracht: durch das Auftreten des Faschismus ist von seiten der herrschenden Klassen ein völlig

[1]) So Friedrich Stampfer, Vorwärts v. 9. März 1929 (Morgenausgabe); Polemik gegen den „Putschismus" auch bei Deutsch in seiner Antifaschismusbroschüre, der ebenfalls darauf hinweist, daß die Gewaltanmaßungen des italienischen Proletariats (Fabrikbesetzungen usw.) die Reaktion des Faschismus provoziert hätten.

[2]) Vgl. dazu Deutsch, Antifaschismus, S. 66 ff., passim und vor allem auch seine Vorrede zu: Faschismus in Europa, S. 3 ff. Solange die Herrschaft der besitzenden Klassen unangetastet sei, spiele der Faschismus eine untergeordnete Rolle. „Aber in dem Augenblick, in dem diese beiden Voraussetzungen ins Wanken geraten, erwachsen die brutalen Instinkte des stets mißtrauischen Besitzes. Aus dem latenten Gewaltwillen der besitzenden Klasse wird dann das aktive Faustrecht des Faschismus." Auch Haubach geht letztlich von der Formel aus: je mehr die Demokratisierung fortschreitet — das bedeutet zugleich wachsende Emanzipation der Arbeiterklasse —, desto größer wird die Gefahr des Faschismus. Vgl. R. v. 1. November 1927.

[3]) Deutsch, Vorrede zu: Faschismus in Europa, S. 5.

[4]) Vgl. Rudolf Löw, Faschismus in den übrigen Staaten Europas, in: Faschismus in Europa, S. 64.

neuartiges, „modernes" Element in den traditionellen Klassenkampf hineingetragen worden. Während bislang, über das Medium des Klassenstaates, mehr indirekte Methoden der Unterdrückung verwandt wurden, ist die Kapitalistenklasse nunmehr zur „direkten Aktion" geschritten[1]). Der Faschismus stellt in diesem Sinne nichts anderes dar — eine Formulierung von Barbusse, die aber genauso von Deutsch stammen könnte — als eine „neue ungeheure Klassenpolizei, eine politische Gendarmerie der Bourgeoisie"[2]).

Auf der Einschätzung des Faschismus als „direkter Aktion der Kapitalistenklasse" basiert die sogenannte Theorie der proletarischen Wehrhaftigkeit, wie sie namentlich von Deutsch entwickelt und propagiert wurde. Der österreichische Schutzbund erweist sich also auch auf ideologischem Felde, in der Analyse des Faschismus wie in der theoretischen Begründung des Antifaschismus, als die führende Organisation innerhalb des Kartells der sozialistischen Wehrverbände. Auf Reichsbannerseite gibt es im Grunde nur Gelegenheitsartikel und Tagesparolen, keine durchdachte und in sich geschlossene Theorie. Deutschs Konzeption kann jedoch als Ersatz gelten, da sie von maßgebenden Männern der deutschen Organisation nachdrücklich gebilligt wurde[3]). Aus naheliegenden Gründen spricht man beim Reichsbanner zwar mehr von „republikanischer Wehrhaftigkeit", und es darf weiterhin als sicher gelten, daß die marxistische Ausgangslage und Gedankenführung des österreichischen Theoretikers nicht unbedingt die Auffassung namhafter Repräsentanten der deutschen Vereinigung widerspiegelt; aber in den praktischen Schlußfolgerungen gingen beide Verbände so gut wie völlig konform.

Die Theorie der proletarischen Wehrhaftigkeit läßt sich kurz folgendermaßen skizzieren. Mit dem Aufkommen des Faschismus hat sich die Situation an der Klassenkampffront grundlegend geändert und ungemein verschärft. Die Reaktion wirft unbekümmert alle demokratischen Ideale über Bord und greift zu nackter Gewalt, während die Arbeiterbewegung, groß geworden auf legal-demokratischem Wege, weiterhin in den traditionellen demokratischen Kategorien denkt, so daß sie der Streich des Faschismus völlig unvorbereitet getroffen hat. Die Überzeugung, daß einzig und allein friedlich-legale Methoden zum Ziele führen, mag gerechtfertigt sein, wenn sich auch der Gegner einigermaßen an die Spielregeln der Demokratie hält. Schert jedoch der eine Partner aus, dann entsteht eine völlig ungleiche Kampfessituation, die auf die Dauer nur zum totalen Ruin der Arbeiterbewegung führen kann. Die besten Programme, die

[1]) Formulierung von Deutsch, Antifaschismus, S. 66. Ähnlich später Höltermann: „Faschismus ist der Mißbrauch der Demokratie zur Bildung von Gewaltorganisationen mit dem Ziele der Niederwerfung der Arbeiterschaft", R. v. 25. Februar 1933 (Rede auf der BGV 1933).

[2]) So Barbusse auf dem Internationalen Antifaschistenkongreß in Berlin am 9. und 10. März 1929 (Verhandlungsbericht).

[3]) Vgl. dazu die Besprechung der Antifaschismusbroschüre durch Höltermann, R. v. 1. Juli 1926, der insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitern die Lektüre der Schrift dringend empfiehlt. Die folgenden Ausführungen geben vor allem den Gedankengang dieser Schrift wieder.

schönsten Ideale und die durchschlagendsten Argumente nützen nichts, wenn der Gegner „mit Dolch, Revolver und Flinte ausrückt“[1]). Demokratie und Sozialismus können gegen ihn nicht allein mit friedlichen Mitteln verteidigt werden, da Gewalt nur durch Gegengewalt gebrochen wird[2]).

Die größte Gefahr ist die fatalistische Ergebenheit, mit der große Teile des Proletariats, befangen in mystischen Vorstellungen von einem schließlichen Sieg der Demokratie, dem Treiben zusehen. Selbst wenn der Glaube an die Demokratie gerechtfertigt sein sollte: durch eine faschistische Machtergreifung kann die Aufrichtung des Sozialismus Jahrzehnte hinausgezögert werden. Es besteht indes kein Grund zum Pessimismus, denn die „Entwicklung vom Faschismus der Worte zum Faschismus der Tat ist aufzuhalten, wenn es gelingt, die Kräfte der demokratischen Verteidigung rechtzeitig zu erfassen und zum Abwehrkampf bereitzustellen“[3]). Notwendig ist dazu allerdings, daß man sich ähnlicher Methoden bedient, wie sie vom Gegner verwandt werden. Die bisher schon teilweise praktizierte individuelle Abwehr reicht nicht aus. Erforderlich ist die systematische Organisation der proletarischen Wehrhaftigkeit, die nur von einem Verband geleistet werden kann, der nach militärischen Prinzipien strukturiert ist, da sie allein die Aufstellung brauchbarer und schlagfertiger Formationen ermöglichen.

Zwar würde erst eine ausreichende Bewaffnung die Verbände wirklich einsatzfähig machen, auf sie kann jedoch notfalls zunächst verzichtet werden. Vorrangig ist der Aufbau einer straffen Organisation, da Waffen im Ernstfall besorgt werden können, während es umgekehrt unmöglich ist, militärisch brauchbare Abteilungen aus dem Boden zu stampfen. Auf diesem Gebiet hat das Proletariat gerade in geistig-ideologischer Hinsicht noch viel aufzuholen; denn der weitverbreitete Pazifismus ist ein Luxus, den sich eine in einem Kampf um Sein oder Nichtsein verwickelte Bewegung weder leisten kann noch leisten darf. Erziehung zu körperlicher wie zu geistiger Wehrhaftigkeit muß deshalb in den neuzuschaffenden Organisationen Hand in Hand gehen.

Die Aufstellung proletarischer Wehrverbände ist eine der bedeutsamsten Gegenwartsaufgaben proletarischer Politik; es wäre indes ein wahnsinniges Beginnen, wenn man sich daran machen wollte, die bisherigen Organisationsformen der Arbeiterbewegung abzulösen. Diese haben nach wie vor eine wichtige Funktion, sie müssen jedoch ergänzt werden durch proletarische Wehrformationen, auf die zumindest in der kampferfüllten Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht verzichtet werden kann. Deren Aufgabe ist es allerdings nicht, den Sozialismus mit Gewalt zu installieren. Gewaltanwendung mag einmal nötig sein — sie ist grundsätzlich keine Frage des Prinzips, sondern

[1]) So Hörsing, Wegweiser 1927, S. 54. Ähnlich schon R. v. 15. April 1924.

[2]) Vgl. Hörsing, Wegweiser 1927, S. 53; ähnlich R. v. 15. Mai 1926.

[3]) Deutsch, Vorrede zu: Faschismus in Europa, S. 5.

der Taktik —, da sich der Übergang zum Sozialismus, wie das Auftreten des Faschismus lehrt, nicht friedlich vollziehen wird.

Entschieden abzulehnen ist jedoch der von kommunistischer Seite teilweise praktizierte „Putschismus", der Gewalt ohne Rücksicht auf die ökonomische Entwicklung ansetzen zu können glaubt. Sozialismus ist immer das Ergebnis einer langen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, kann nicht auf Bajonetten aufgebaut werden. Es muß jedoch verhindert werden, notfalls auch mit dem Mittel des bewaffneten Widerstandes, daß die herrschenden Klassen ihrerseits zur Gewalt greifen, die Demokratie beseitigen und damit die Verwirklichung der sozialistischen Ideale für absehbare Zeit unmöglich machen. Für diesen Zweck benötigt man einen proletarischen Wehrverband, dem somit eine rein defensive, vorbeugende Aufgabe zufällt.

Praktisch bedeutet dies natürlich, daß die Arbeiterklasse zur Verteidigung der als fragwürdig und nur bedingt werthaltig charakterisierten „bürgerlichen Demokratie" in die Schranken zu treten hat, allerdings nicht deshalb, wie Deutsch zu ergänzen für nötig erachtet, „weil die Demokratie ein letztes Ziel sozialistischen Werdens, sondern deshalb, weil sie eine seiner wichtigsten Vorsaussetzungen" sei[1]). Demokratie wird also nicht um ihrer selbst willen, sondern nur als Mittel zum Zweck bejaht. Daneben steht aber der Versuch, die Demokratie den Händen der Bourgeoisie zu entreißen und sie für den Sozialismus allein zu usurpieren, der seinem innersten Wesen nach demokratisch sei und allenfalls für eine kurze Phase des Übergangs, niemals jedoch für die Dauer auf Demokratie verzichten könne, ohne sich selbst preiszugeben. Von daher wird es möglich zu erklären, daß das Proletariat keinesfalls für eine „bürgerliche Staatsform" zu Felde ziehe, wenn es den Kampf um die Demokratie führe. Diese stelle vielmehr ein „Fundament des Sozialismus" dar, während sie für die Bourgeoisie immer nur ein zeitweiliges und nicht einmal ernstgemeintes „Aushängeschild" gewesen sei[2]).

In der umständlichen Begründung spiegelt sich deutlich das Bemühen, die Massen zu einer prinzipiellen Bejahung der Demokratie zu führen, zugleich aber die traditionellen Bahnen marxistisch-sozialistischen Denkens nicht zu verlassen. In seiner theoretischen Argumentation fällt dieser Versuch wenig überzeugend aus. Gleichwohl kann wenig Zweifel daran bestehen, daß auch beim „austromarxistischen" Schutzbund, trotz aller radikalen Phraseologie, die zu Mißdeutungen Anlaß bieten konnte, die Demokratieparole kein Vorwand ist, hinter der sich andere Zielsetzungen verbergen.

Eben darin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen „sozialdemokratischem" und kommunistischem Antifaschismus, obwohl beide Lager in ihrer Faschismus-Konstruktion wie in ihrem Begriff der proletarischen Wehrhaftig-

[1]) Ebd.

[2]) Vgl. Deutsch, Antifaschismus, S. 117.

keit starke Gemeinsamkeiten aufweisen. Antifaschistisch-kommunistische Organisationen wie der Rotfrontkämpferbund in Deutschland oder die zumeist unbedeutenden kommunistischen Arbeiterwehren in anderen Ländern[1]) lassen sich zwar nicht einfach als Kader einer künftigen „roten Armee" verstehen. Möglich war auch, daß sie zeitweilig aus taktischen Gründen für die „bürgerliche Demokratie" in die Schranken traten. Rein defensiv ausgerichtete antifaschistische Abwehrbewegungen zum Schutze der Demokratie sind sie jedoch niemals gewesen.

Gerade deshalb verfügten sie über ein klares Kriegs- und Kriegerideal, das die dem Wehrkartell der II. Internationale angeschlossenen Verbände nicht besaßen. Denn diese vermochten sich weder auf die alte Volksbewaffnungsideologie der Vorkriegssozialdemokratie noch auf das von Marx im Anschluß an den Pariser Kommuneaufstand entworfene Bild einer proletarischen Armee und des proletarischen Kriegers zu berufen, in dem die Gestalt des proletarischen Klassenkämpfers ihre Vollendung finden sollte[2]). Ihre Wehrhaftigkeit war zwar — jedenfalls bei Deutsch, weniger beim Reichsbanner — auf die Klasse und auf die Realität eines künftigen Bürgerkriegs bezogen, aber anders als bei Marx, der seinen „proletarischen Krieger" von einem ausgesprochenen Angriffswillen beseelt sein ließ und ihm eine offensive und aktive Rolle in der Vernichtung des Klassenfeindes zusprach, blieb sie rein defensiv ausgerichtet.

Ein „Schutzbündler" läßt sich deshalb allenfalls als ein seiner wesentlichsten Charaktermerkmale entkleideter, als ein an seinen Flügeln gestutzter „proletarischer Krieger" verstehen. Eine unmittelbar positive Funktion — was die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft anbetrifft — kam den sozialdemokratischen Wehrverbänden niemals zu, konnte ihnen nicht zukommen, wenn man am demokratischen Weg zum Sozialismus festhalten wollte. Sie wurden darum auch nie als vollwertige Glieder der Arbeiterbewegung akzeptiert, sondern auf das Gleis einer nur zeitweilig nötigen Hilfsorganisation abgeschoben, da der Widerspruch zwischen den eigenen parlamentarisch-demokratischen Vorstellungen und der Existenz dieser außerparlamentarischen Milizen immer stark empfunden wurde. Sie galten im Grunde als Fremdkörper, als ein Ding, das an sich nicht sein sollte und dessen Dasein nur durch die Notlage, in der man sich befand oder zu befinden glaubte, gerechtfertigt werden konnte. Bezeichnend dafür ist, daß das Reichsbanner, in seiner Eigenschaft als Kampfverband, sehr betont als „notwendiges Übel" definiert wurde, als eine Vereinigung, deren vornehmstes Ziel darin bestehen müsse, sich selbst überflüssig zu machen[3]).

Man mag einwenden, daß derlei Überlegungen für die Praxis der Verbände keine nennenswerte Bedeutung zukommt und daß durch die rein defensiven

[1]) Kommunistische Arbeiterwehren gab es u. a. in der Schweiz, in Lettland, in Österreich.

[2]) Vgl. dazu vor allem Höhn, Sozialismus und Heer, I, S. 339 ff.

[3]) Vgl. R. v. 1. November 1924; ähnlich R. v. 1. Dezember 1924.

Zielsetzungen der antifaschistische Kampfwille nicht entscheidend beeinträchtigt wurde. Der Einwand ist nicht völlig von der Hand zu weisen, aber man wird festhalten müssen, daß diese Vereinigungen mit psychologischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die sich eben aus ihrer Selbstinterpretation ergaben. Sozialisten, die sie waren, und zumindest teilweise von einem revolutionären Selbstverständnis erfüllt, befanden sie sich als Verteidiger der Demokratie gegenüber Kommunisten und Faschisten in einer „konservativen" Position, traten sie für eine „Republik" in die Schranken, die sie nicht als die eigentliche Verwirklichung ihrer Ziele auffassen konnten, während ihnen als Kampfverband ein unmittelbarer und aktiver Einsatz für die eigenen sozialistischen Ideale versagt sein mußte. Namentlich bei jüngeren Mitgliedern konnte sich daraus sowie aus der Tatsache, daß man zwar immer bereit sein sollte, das eigene Verhalten letzthin aber vom Gegner bestimmt wurde, eine Art von Inferioritätskomplex entwickeln, den man von seiten der Verbandsführungen durch Stellen neuer positiver Aufgaben — eine Art von Beschäftigungstherapie — zu überwinden suchte[1]).

Daß es sich nicht nur um eine für die Praxis irrelevante theoretische Spekulation handelt, den latenten Widerspruch zwischen marxistischem Klassenkampfdenken und demokratischer Überzeugung als „Problem" der „sozialdemokratischen" Verbände darzustellen, wird deutlich, wenn man ihre Einstellung zum Kommunismus untersucht. Mit der Parole: für die Arbeiterklasse und die Demokratie, die den Widerspruch verbal aufzuheben schien, ließ sich zwar eine eindeutige Front gegenüber dem Faschismus, nicht jedoch gegenüber dem Kommunismus aufbauen. Tatsächlich fehlt bei fast allen Verbänden eine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die der kompromißlosen Absage an den Faschismus vergleichbar wäre. Man distanziert sich zwar von den Kommunisten, will keineswegs mit ihnen in eine Reihe gestellt werden. Die „Kommission" lehnte beispielsweise jede aktive Beteiligung an dem von Barbusse einberufenen, unter kommunistischer Regie stehenden Internationalen Antifaschistenkongreß ab, der am 9. und 10. März 1929 in Berlin stattfand[2]). Der Kongreß wird indes mehr unter Konkurrenzgesichtspunkten verurteilt, da es Aufgabe der „Kommission" sei, eine antifaschistische Großkundgebung aufzuziehen, nicht aus grundsätzlichen Erwägungen.

[1]) Vgl. dazu die „Worte an das Jungbanner" des Gaujugendleiters von Schleswig-Holstein, W. Jatow (in: Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Schleswig-Holstein. Gautreffen 10.—11. Mai 1930 in Neumünster; o. J. u. o. O.). Jatow setzt sich hier mit der vielfach in Jungbannerkreisen grassierenden Meinung auseinander, dem Rb. müsse ein „seelisches Manko" innewohnen, da es den „nationalistischen und kommunistischen Gruppen an Härte und Wucht einseitig zugespitzter Ideen nichts Gleiches gegenüberstellen könne".

[2]) Vgl. dazu ein Schreiben der Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus v. 19. Februar 1929, mit der Anrede „Werte Genossen" (handelt sich wohl um ein gleichlautendes Rundschreiben an alle angeschlossenen Verbände; Schriftstück im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam). Der Kongreß war einberufen von Barbusse, stand aber offensichtlich unter kommunistischer Regie.

Bezeichnend ist weiterhin, daß Deutsch auch den Rotfrontkämpferbund, obwohl er seine Zielsetzungen kritisiert, in seine Aufstellung der proletarisch-antifaschistischen Kampfverbände aufnimmt[1]), ohne sich durch den dort propagierten Antifaschismus in seinem eigenen antifaschistischen Wollen kompromittiert zu fühlen. Zwar erklärt der Schutzbund 1928 die Mitgliedschaft in dem kurz vorher in Österreich gegründeten kommunistischen Roten Frontkämpferbund mit der Zugehörigkeit zum Schutzbund für unvereinbar[2]), schließt jedoch keineswegs prinzipiell Kommunisten aus den eigenen Reihen aus. Das alles verrät deutlich, daß die Grenzen noch fließend sind. Obwohl am eigenen nichtkommunistischen Kurs unverrückbar festgehalten wird und obwohl die Gegensätze zwischen beiden Lagern sich keineswegs allein auf Konkurrenzfragen reduzieren lassen: das Gefühl der Klassensolidarität macht es unmöglich, in den Kommunisten einen Gegner totalitärer Ausrichtung zu erkennen, der für den Bestand der Demokratie, die man zu sichern aufgestanden ist, ebenso gefährlich ist wie der Faschismus.

Eine Ausnahme bildet das Reichsbanner, das den Klärungs- und Distanzierungsprozeß am weitesten vorangetrieben hat. Von seinem Ursprung her läßt es sich zwar nur als Anti-Rechts-Bewegung begreifen, aber es zog doch von Anfang an einen deutlichen Trennungsstrich gegenüber der extremen Linken, die teilweise, unter dem Eindruck der tagtäglichen, auch handgreiflichen und blutigen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, prinzipiell auf die gleiche Stufe gestellt wurde wie die extreme Rechte. Innerhalb des „Wehrkartells" der II. Internationale stand die deutsche Organisation mit ihrer Einschätzung der Kommunisten allerdings ziemlich isoliert da.

Den vielleicht sinnfälligsten Niederschlag findet diese Tatsache in der vom Wiener Informationsbureau herausgegebenen Übersicht: „Der Faschismus in Europa": nur der deutsche Beitrag arbeitet in aller Schärfe die Gemeinsamkeiten zwischen Links- und Rechtsextremismus heraus und weist auf den „Zweifrontenkampf" hin, den das Reichsbanner zu führen gezwungen sei[3]), während alle anderen Berichterstatter, dem Thema der Broschüre gemäß, sich darauf beschränken, faschistische und ihnen verwandte Bewegungen in den Griff zu bekommen. Gegner im eigentlichen Sinne war für das Gros der in der „Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus" — der Name besagt schon alles — zusammengeschlossenen Verbände einzig und allein der „internationale Faschismus", nicht der Kommunismus. Trotz seiner schwarzrotgoldenen Sonderstellung wird man indes auch das Reichsbanner zur Gruppe der antifaschistischen Wehrverbände demokratisch-sozialistischer Observanz rechnen dürfen, die unter den politischen Kampfbünden neben kommunistisch-antifaschistischen Vereinigungen und faschistischen oder ihnen verwandten Organi-

[1]) Vgl. Deutsch, Antifaschismus, S. 103 ff.
[2]) Vgl. Der Schutzbund 5 (1928), Nr. 1, S. 13.
[3]) Artikel stammt aus der Feder Mayrs.

sationen[1]) die dritte ideologische Variante darstellen — nichtproletarisch-antifaschistische Kampfbünde von größerer Bedeutung hat es nie gegeben[2]).

3. *Faschistische, kommunistische und sozialdemokratische Kampfbünde: ein kurzer Vergleich*

Es wurde schon darauf verwiesen, daß zwischen Faschismus und Antifaschismus ein Prozeß wechselseitigen Nehmens und Gebens konstatiert werden kann, der noch einmal in seinen Grundzügen skizziert werden soll. Historisch älter als der Faschismus, der trotz vereinzelter Vorläufer im 19. Jahrhundert, erst nach dem 1. Weltkrieg eigentlich in die Geschichte eintrat, sind die durch gemeinsamen Ursprung verbundenen Erscheinungen des demokratischen Sozialismus und des Kommunismus Leninscher Ausprägung. Ohne vorhergehenden „Marxismus" gibt es keinen Faschismus, der nicht ganz zu Unrecht als „Schatten oder ungeratenes Kind des Kommunismus" bezeichnet werden konnte[3]).

Wie Nolte betont, dessen Definition des Faschismus als „Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet"[4]), eine brauchbare Arbeitshypothese liefert, sollte nur dann von Faschismus gesprochen werden, wenn wenigstens „Ansätze zu einer der ‚marxistischen' vergleichbaren Organisation und Propaganda vorhanden sind"[5]). Diese Bestimmung meint keine bloß „zufällige" Übereinstimmung, sondern eine, wenn nicht direkte, so doch mindestens indirekte Abhängigkeit, die sowohl bei dem ursprünglichen „Marxisten" Mussolini wie bei dem von Bewunderung für die Schlagkraft „marxistischer" Organisation und Agitation erfüllten Adolf Hitler, den beiden Häuptern des europäischen Faschismus also, nachweisbar ist[6]).

[1]) Mit zu diesem ideologischen Lager gerechnet werden die deutschen Kampfbünde wie Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Wehrwolf usw., obwohl man sie gewiß nicht einfach als faschistisch deklarieren kann und obwohl einige dieser Verbände, so später der Jungdeutsche Orden, sich betont in die antinationalsozialistische Front einreihten. Kein Zweifel indes, daß eine ideologische Verwandtschaft besteht.

[2]) Als antifaschistische bürgerliche Verbände ließen sich in etwa, allerdings mit Vorbehalten, die „Bayernwacht" und die von den Windthorstbunden aufgezogenen „Kreuzscharen" in Oberschlesien verstehen. Die sog. „Volksfront" der christlichen Gewerkschaften war schon keine „bürgerliche" Angelegenheit mehr. Bezeichnend, daß es sich bei all diesen Vereinigungen um Organisationen des politischen Katholizismus handelt, nicht eigentlich um „bürgerliche" Verbände. Antifaschistische „Bauerngarden", die sich nach dem Muster der Eisernen Garde organisierten, gab es angeblich in Rumänien. Vgl. Hugh Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918—1941, Paderborn 1948.

[3]) So Winston Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bd. 1, Hamburg 1947, S. 30.

[4]) Nolte, Zur Phänomenologie des Faschismus, VZG 10 (1962), S. 402.

[5]) Ebd.

[6]) Zu Mussolini vgl. E. Nolte, Marx und Nietzsche im Sozialismus des jungen Mussolini, HZ 191 (1960), S. 249—335; Hitlers Bewunderung für Organisation und Agitation des „Marxismus" spiegelt sich deutlich in: Mein Kampf, passim, u. a. S. 509, 529, 547.

Die Eigenart des Faschismus erschließt sich nur dann, wenn man die oben erwähnten „charakteristisch umgeprägten Methoden" näher betrachtet. Allen faschistischen Bewegungen, die zugleich hierarchisch gegliedert und nach Führerprinzipien aufgebaut sind, ist eine soldatisch-militante Note zu eigen, die ihnen schon vom äußeren Erscheinungsbild her ein unverwechselbares Gepräge verleiht und sie von vergleichbaren „marxistischen" Organisationsgebilden deutlich abhebt. Italienischer Faschismus und Nationalsozialismus, Eiserne Garde in Rumänien, Falange in Spanien, die „Feuerkreuzler" de la Rocques, Degrelles „Rexisten", die „British Union of Fascists" unter Sir Oswald Mosley, die Mussert-Bewegung in Holland, die „Fronten" in der Schweiz sowie die skandinavischen Faschismen: all diese faschistischen Gruppen verfügen entweder über besondere Schutz- und Sturmabteilungen, die einer gleichfalls ein militantes Gepräge tragenden Bewegung angegliedert sind, oder die Bewegung selbst trägt den Charakter eines straff und militärähnlich gegliederten Kampfverbandes[1]).

Die faschistischen Milizen konnten die Form einer Bürgerkriegsarmee annehmen, die auf gewaltsame Eroberung der Macht im Staate bedacht war; im allgemeinen kam ihnen jedoch eine solche militärische Funktion nicht zu. Es handelt sich primär um militärähnlich aufgezogene Verbände von „politischen Soldaten" mit speziellen Aufgaben im Dienste der Bewegung: Ausbreitung ihres Ideengutes durch Propaganda und Agitation, Schutz von Versammlungen und Einrichtungen, Demonstrationen und zugleich Ausübung von Terror gegenüber politischen Gegnern, eine politische Kampfform, die zwar keine Erfindung der Faschisten darstellt, von ihnen jedoch zu einem perfekten System entwickelt wurde. Es scheint, daß man trotz aller Unterschiede in den einzelnen Ländern von einer spezifischen Form faschistischen Terrors sprechen kann, der, ermöglicht durch die Beweglichkeit und Schlagkraft der militärähnlich gegliederten, uniformierten Abteilungen, systematisch zur Einschüchterung und Demoralisierung des politischen Gegners eingesetzt wurde und sich als eine Art „action directe" charakterisieren läßt.

Zu diesem Stil gehört das zumeist mit handgreiflichen Auseinandersetzungen verbundene Sprengen gegnerischer Veranstaltungen durch militante Stoßtrupps, gehören weiterhin Ohrfeigenaffären, Verprügelung oder auch zeitweilige Entführung einer mißliebigen Persönlichkeit: Dinge, die in der Praxis faschistischer Bewegungen nicht nur wiederholt auftauchen, sondern als „Heldentaten" verherrlicht werden und in einigen Fällen später ausgesprochenen politischen Symbolwert erhalten. Schüchterne Ansätze dazu finden wir schon bei den

[1]) Auf Literaturangaben zu den einzelnen faschistischen Bewegungen wird verzichtet. Hingewiesen sei nur auf die Materialzusammenstellung von Werner Haas, Europa will leben. Die nationalen Erneuerungsbewegungen in Wort und Bild. Schon rein optisch tritt einem hier der militant-soldatische Charakter aller dieser Bewegungen entgegen.

Camelots du Roi der Action Française, klassisch vorexerziert werden sie von den „fasci" und „squadristi" des italienischen Faschismus: der Auftakt ertönt mit dem Sturm auf die Redaktion des „Avanti", es folgen die zahllosen „Strafexpeditionen" und die dabei verabfolgten „Rizinuskuren"; seinen Höhepunkt erreicht dieses Treiben kurz vor dem Marsch auf Rom mit der Besetzung Bozens durch faschistische Scharen und der Absetzung des Präfekten Credaro.

Die Ausübung von Terror war keine faschistische Spezialität. Versammlungssprengungen oder offene Drohungen, die die staatlichen Behörden zum Absetzen einer gegnerischen Veranstaltung zwingen sollten, hatte es schon vordem von seiten der Linken gegeben. Umgekehrt trug die SA zunächst durchaus den Charakter einer mit defensiven Aufgaben betrauten Schutztruppe, die für die junge Bewegung lebensnotwendig war, wollte sie ihrer Propagandatätigkeit ungestört nachgehen[1]). Auch Straßenaufmärsche und Demonstrationen, wie sie von der SA zur Perfektion entwickelt wurden, waren im Lager der Linken längst eine altvertraute Sache. Das äußere Erscheinungsbild wies jedoch charakteristische Unterschiede auf. Die Arbeiterschaft marschierte gleichsam in zivilen Bataillonen; die Aufzüge trugen den Charakter einer Massendemonstration, nicht militärähnliches Gepräge wie bei den Nationalsozialisten und den Faschisten in Italien.

Daß die Linke ebenfalls dazu überging, uniformierte Abteilungen aufzustellen und sie als Kampf- und Agitationstruppe einzusetzen, ist ohne das Vorbild faschistischer Formationen und ihnen verwandter Organisationen nicht denkbar. Das gilt für das Reichsbanner, bei dem zunächst wohl mehr der Stahlhelm und andere „Vaterländische Verbände", weniger die nationalsozialistische SA, Patenstelle vertraten, wie für den republikanischen Schutzbund in Österreich, obwohl dieser sich allem Anschein nach nur indirekt an faschistischen Mustern orientierte. Zwischengeschaltet war gleichsam das Militär, das man, wie Deutsch betont[2]), bei der Organisation des Schutzbundes zum Vorbild nahm, eben weil man in den faschistischen Abteilungen, nicht ganz zu Recht, primär eine militärisch organisierte Bürgerkriegstruppe sah.

Trotz der direkten oder indirekten Ausrichtung an faschistischen Organisationen bewahrten die „proletarischen" oder „republikanischen" Wehrverbände in vieler Hinsicht „linkes" Gepräge. Am Beispiel des Reichsbanners wurde gezeigt, in welch starkem Maße in dieser Vereinigung, bei aller äußeren Übereinstimmung mit den Bünden der Rechten, sozialdemokratisches Traditionsgut und sozialdemokratische Organisationsmentalität lebendig blieben. Wenn man Noltes Formulierung aufgreifen will, dann könnte man hier, mit umgekehrtem Vorzeichen, von zwar „ähnlichen", doch „charakteristisch umgeformten Methoden" sprechen.

Cum grano salis trifft die Feststellung auch auf den kommunistischen Rot-

[1]) Das betont, durchaus zu Recht, Bennecke, Hitler und die SA, S. 25 ff., passim.

[2]) Vgl. Deutsch, Antifaschismus, S. 85 ff.

frontkämpferbund zu, der von seiner Entstehung her nichts anderes als eine kommunistische Antwort auf die vorausgegangenen Gründungen der schwarzweißroten, schwarzrotgoldenen und nationalsozialistischen Kampfverbände darstellt und in dem Bemühen, diesen Bünden Paroli zu bieten, ihre Formen und Praktiken übernahm. Gleichzeitig steht der Rotfrontkämpferbund jedoch in einer eigenen kommunistischen Tradition, die durch Erscheinungen wie „Proletarische Hundertschaften", „rote Armee" und durch die Marxsche Konzeption des „bewaffneten Proletariats" und des „proletarischen Kriegers" gekennzeichnet ist.

Das Bewußtsein, Kader einer künftigen „roten Armee" zu sein, war in der Organisation stark lebendig; es wurde allerdings teilweise als „falsches" und „opportunistisches" Bewußtsein, als „militärisches Sektierertum" scharf attakkiert, da sich dahinter ein Ausweichen vor den konkreten Gegenwartsaufgaben verberge[1]). Durch das Auftauchen der faschistischen militärischen Kampforganisationen habe man sich — so die höchst aufschlußreiche Erklärung — dazu verleiten lassen, gleiche Verbände wie die Faschisten aufzustellen. Dabei werde jedoch häufig verkannt, daß das „revolutionäre Proletariat" völlig andere Kampfbedingungen vorfinde als die Faschisten, die sich aus kleinbürgerlichen Massen rekrutierten und ihre Verbände unter dem Schutz des bürgerlichen Staates aufzubauen vermöchten. Deshalb müsse man auch andere Methoden verwenden. Grundlage des proletarischen Selbstschutzes sei der Betrieb, wichtigste Aufgabe, eine breite Massenbewegung zu organisieren[2]).

Die Kritik verrät, daß den „eigentlichen Selbstschutzorganisationen", den militärisch formierten Kaderverbänden, nur eine, und zwar nicht die wichtigste Rolle, innerhalb der kommunistischen Klassenkampfstrategie zugemessen wird; sie zeigt jedoch zugleich, daß Vereinigungen vom Typ Rotfrontkämpferbund bewußt als Gegengewicht zu „faschistischen" Verbänden geschaffen wurden und ohne deren Vorbild nicht denkbar sind. Das Bemühen verantwortlicher Männer des Rotfrontkämpferbundes, die Autorität der Führer im Verbande zu erhöhen, die Organisation militärisch zu straffen, der Wert, der auf vollständige Uniformierung der Formationen und ein betont schneidig-militantes Auftreten in der Öffentlichkeit gelegt wurde[3]), läßt deutlich erkennen,

[1]) Vgl. L. Alfred, Für Klarheit in der Frage des proletarischen Selbstschutzes, in: Die Kommunistische Internationale XI (1930), S. 2006 ff.

[2]) Vgl. ebd.; ähnlich äußert sich Hugo Eberlein, Die Kampforganisationen des deutschen Faschismus, in: Die Kommunistische Internationale XI (1930), S. 2030. Eine sehr viel bedeutendere, gerade auch militärische Funktion weist Georg Ledebour dem RFB zu. Hätte es ihn in Italien gegeben, wäre Mussolini nie zur Macht gekommen. Die Schaffung einer proletarischen Wehrformation sei dringend erforderlich, da sie sich niemals im letzten Moment improvisieren lasse. Vgl. dazu den offiziellen Bericht über den Antifaschisten-Kongreß in Berlin 1929, S. 35.

[3]) Vgl. dazu die Kritik an dieser „unpolitischen" und „falschen" Einstellung bei Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation, S. 12 f. Die Kritik des ehemaligen Rotjungfrontführers Jurr deckt sich im übrigen weithin mit der von L. Alfred.

daß dem RFB Prinzipien zugrunde liegen, die in ähnlicher Weise bei den „faschistischen" Vereinigungen und den ihnen verwandten Organisationen anzutreffen sind.

Auf der Ebene der Kampfverbände erscheint also der „Faschismus", der seinerseits wiederum dem „Marxismus" nicht Unwesentliches verdankt, eindeutig als der gebende Teil. Um den „moderner" auftretenden faschistischen Bewegungen wirkungsvoller entgegentreten zu können, organisierte sich die Linke, in ihrer demokratischen wie kommunistischen Spielart, in ähnlicher Weise und übernahm dabei vom Gegner Methoden und Organisationsformen. Wenn man nur das meint und nicht auch die politischen Zielsetzungen miteinschließt, mag man mit einem gewissen Recht von „rotem Faschismus" sprechen. Berücksichtigen muß man allerdings, daß den uniformierten und militärisch formierten Milizen in den einzelnen ideologischen Lagern ein völlig verschiedener Stellenwert zukommt. Repräsentative Selbstdarstellung sind sie allein beim Faschismus, nicht auf der Linken. Der demokratische Sozialismus empfand sie immer nur als „notwendiges Übel", da ihre Existenz den eigenen demokratisch-parlamentarischen Überzeugungen zutiefst widersprach. Derartige Skrupel besaß die kommunistische Linke zwar nicht, bei der zudem pazifistische Bedenken keine Rolle spielten. Aber auch bei den Kommunisten haben diese Verbände nur eine sekundäre Bedeutung erlangt. Der Mutterboden, auf dem sie am besten gediehen, war und blieb der internationale Faschismus.

V. Republik, Staat und Nation

1. Die Tradition von 1848 und der großdeutsche Gedanke

Als ein kleiner Reichsbannerortsverein zu Beginn des Jahres 1925 „alle deutschen Männer und Frauen mit echt nationaler Gesinnung" zu einem von ihm veranstalteten „Republikanischen Abend" einlud, da wertete ein Verbandsorgan der Rechten die Einladung als „Entgleisung" niederer Chargen, die wohl bald von den verantwortlichen Regisseuren zur Ordnung gerufen würden[1]). Wenig später sah sich jedoch das gleiche Journal veranlaßt, die erste Bundesgründungsfeier der neuen schwarzrotgoldenen Vereinigung so zu kommentieren: „Da troffen die Reden ja auch förmlich von Vaterlandsliebe und Deutschempfinden. Das waren nahezu schon ‚alldeutsche' Gedanken bei der Begrüßung der Österreicher. Da wurde von den unerträglichen Versailler Ketten gesprochen, von ruhmreichen alten Fahnen (ausgenommen allerdings die Schwarz Weiß Rote), von den Heldentaten der Befreiungskriege, von der Untrennbarkeit der deutschen Stämme; da wurde das Deutschlandlied gesungen, ganz wie bei uns, ganz wie kurz vorher am Stahlhelmtage[2])."

In dem Kommentar der Stahlhelmzeitung spiegelt sich vielleicht am deutlichsten die Verblüffung der Rechtskreise, derartige Klänge aus dem Lager der politischen Linken zu hören. Der alte und so bequeme Schlachtruf „hie vaterlandstreu — da vaterlandsverleugnend" schien plötzlich im Leeren zu verhallen, da mit dem Reichsbanner, wie man verwundert konstatieren mußte, eine Organisation der Linken auftrat, die „zwar dem ‚Stahlhelm' und seinen Freunden schärfsten Kampf ansagte, jedoch nicht, indem sie selbst den nationalen Gedanken offen ablehnte, sondern unter der Parole, sie sei wahrhaft und allein national"[3]).

Wie allerdings die letzte Äußerung schon erkennen läßt, wurde dem neuen Verbande seine nationale Sprache zumeist nicht „abgenommen". Man konnte zwar nicht umhin einzuräumen, daß zahllose Menschen „mit deutsch-vaterländischem Sehnen"[4]), „berauscht durch das Phrasengeschrei" einiger Bundesführer, die „unaufhörlich die Worte des Burschenschaftlerwahlspruchs Ehre, Freiheit, Vaterland im Munde führten"[5]), unter das schwarzrotgoldene Banner geeilt waren, aus der Überzeugung heraus, sie „könnten ihren ehrlichen Drang nach vaterländischer Arbeit im Reichsbanner betätigen"[6]). Man hoffte jedoch gleichzeitig, daß breite Massen dem Verbande wieder den Rücken kehren würden,

[1]) St. v. 1. Februar 1925.
[2]) St. v. 15. März 1925.
[3]) St. v. 15. März 1925.
[4]) St. v. 15. März 1925.
[5]) So Korodi, Fort mit dem Reichsbanner, S. 3.
[6]) St. v. 15. März 1925.

wenn sie erst einmal die „wahren Absichten", den „marxistischen Pferdefuß" erkannt hätten[1]). Das nationale Auftreten der neuen Organisation wurde deshalb bewußt als „hohler Schein-Nationalismus" disqualifiziert[2]). Man stellte es als ein gefährliches und raffiniert angelegtes Betrugsmanöver hin, das einzig und allein dazu dienen sollte, „vaterländisch Gesinnte" durch „vorgetäuschte nationale Ziele" in die Irre zu führen[3]).

Daneben meldeten sich jedoch auch auf der Rechten vereinzelte Stimmen, die einen echten „nationalen Frühling" im Lager der Linken zu erkennen glaubten. Zu ihnen zählte beispielsweise Mahraun, der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, der die Magdeburger Bundesgründungsfeier als „deutsches Ereignis" feierte[4]), sowie ein unbekannter Verfasser in der „Standarte", der ohne Einschränkung vom „jungen großdeutschen Nationalismus des Reichsbanners" sprach[5]). In die gleiche Richtung, wenngleich mit entgegengesetztem Wertakzent versehen, zielte die Äußerung eines föderalistischen Zentrumsmannes. Unter Hinweis darauf, daß Bismarck schon einmal den „nationalen Zug der alten schwarzrotgoldenen Bewegung als Sprengmittel des deutschen Bundes und Bahnbrecher der preußischen Vormacht benutzt" habe, erwartete er von dem „Patentschutz der Republik" und seinem schwarzrotgoldenen Nationalismus noch „große Überraschungen"[6]). Polemisch war selbstverständlich auch die Antwort des kommunistischen Lagers, das die „vaterländischen" Reden prominenter Verbandsführer zum Anlaß nahm, um die demagogische Frage zu stellen: „Wo ist noch in dem politischen Ziel ein Unterschied zwischen Reichsbanner und Stahlhelm[7]) ?"

Ob nur raffiniertes taktisches Manöver oder aber Durchbruch zu einem neuen Nationalgefühl: die Antwort auf diese Frage bleibe vorerst dahingestellt. Wichtig ist zunächst einmal — darin stimmen die kontroversen Interpretationen überein —, daß das Auftreten des Verbandes, gemessen an dem gewohnten Verhalten der sozialistischen Linken, von zeitgenössischen Beobachtern als neuartig und überraschend empfunden wurde. Anders als der Republikanische Schutzbund in Österreich, der schroff und kompromißlos seinen proletarisch-internationalen Charakter herausstellte, trat die deutsche „Brudervereinigung" nicht als Klassenkampforganisation, sondern betont als nationalrepublikanische Bewegung an die Öffentlichkeit, unter einem Namen, der symbolisch gemeint war und schon von

[1]) Vgl. St. v. 15. März 1925; ähnlich in den Broschüren: Was mußt Du vom Reichsbanner wissen? passim; Die falsche Front, passim.

[2]) St. v. 15. März 1925.

[3]) So in einem Rundschreiben des Nationalverbandes deutscher Offiziere an die „Vaterländischen Verbände", zitiert nach R. v. 15. Oktober 1924.

[4]) Der Jungdeutsche v. 26. Februar 1925.

[5]) St. v. 4. Oktober 1925 (Sonderbeilage Standarte).

[6]) Otto Kunze, Reichsbanner und Zentrum, in: Allgemeine Rundschau 24 (1927), S. 483.

[7]) Der Sinn der Reichsbannerkrise, in: Die Internationale 10 (1927), S. 481—484.

vornherein Eigenart und Ausrichtung dieses „linken Nationalismus" erkennen ließ. Denn „Reichsbanner Schwarz Rot Gold" stand gleichbedeutend für die Begriffe national, freiheitlich-demokratisch und großdeutsch, hieß Paulskirche und 1848er-Bewegung, deren demokratisch-freiheitliche wie nationale Traditionen von der neuen schwarzrotgoldenen Bewegung als Erbe beansprucht wurden.

Keine andere Bewegung der Weimarer Jahre, abgesehen vielleicht von der DDP, hat sich im gleichen Maße um eine Popularisierung der 1848-Ideale bemüht wie das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, dessen Gewänder, zumindest das Festtagskleid, ganz und gar nach 1848er-Modellen geschneidert waren. Paulskirchenzitate zierten die Festschriften des Bundes[1]), 1848er-Pathos und Kernsprüche aus dem Arsenal der schwarzrotgoldenen Einigungsbewegung durchzogen die Festansprachen prominenter Verbandsführer[2]). Offizielle Phraseologie und wesentliche Teile des Liedgutes waren von dorther bestimmt[3]); ebenso die Bundeshymne „In Kümmernis und Dunkelheit", mit dem Text von Freiligrath, der neben Männern wie Karl Vogt, Robert Blum, Karl Follen, Carl Schurz und Gottfried Kinkel zu den „vorbildlichsten Ahnen" der Republik gezählt wurde[4]).

Wie schon die Auswahl der Namen verrät, lag das Schwergewicht bei den Vertretern der „republikanischen Linken", deren Aussprüche und Parolen sich unmittelbar als Agitationsformeln verwenden ließen[5]), während den meisten Klein- oder Großdeutschen der Paulskirche erst einmal der „monarchistische Zahn" gezogen werden mußte. Aber im Grunde war es doch die gesamte 1848er-Bewegung, der man sich verpflichtet fühlte und als deren legitime Fortsetzer man sich empfand. Das historische Selbstverständnis der Organisation spiegelt sich in programmatischen Formulierungen von der Art: „Nichts hatte das Kaisertum der Hohenzollern mit dem deutschen Volke zu tun, nichts verbindet das heutige republikanische Deutschland mit jenem Vorkriegsstaate, der nur als ein frühzeitig verdorrter Seitenast am Baume unseres Volkes sich heraus-

[1]) Vgl. Das Reichsbanner und Potsdam (1924), Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Beiträge von Paul Löbe . . . (1924); Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Gau Schleswig-Holstein (1924); Der fünfte Jahrestag der deutschen Reichsverfassung (1924).

[2]) Auf einzelne Belege sei an dieser Stelle verzichtet. Verwiesen sei nur auf die vom Bundesvorstand hrsg. Broschüre: Vortragsdisposition. Winke und Beispiele für die Gestaltung von Bundesgründungs- und 1848er-Gedenkfeiern, Magdeburg o. J. (1929), mit einem eigenen Abschnitt: Der Geist von 1848, S. 8—11. Vgl. auch Jungbanner (1930), S. 29: Beispiel für die Gestaltung einer 1848er-Feier.

[3]) Vgl. dazu Liederbuch des Reichsbanners Schwarz Rot Gold. Hrsg. im Auftrag des Bundesvorstandes, Berlin o. J. (1924 bzw. 1925) sowie: Wenn wir marschieren . . . Ein republikanisches Liederbuch. Hrsg. vom Reichsbanner Schwarz Rot Gold, zusammengestellt von Franz Osterroth, Berlin 1930. In diesem neuen Liederbuch, das sich in drei Themenkreise gliedert, — I. Von Freiheit und Vaterland, II. Auf Wanderwegen, III. Für Heim und Rast — tritt das Liedgut der Jugendbewegung stark in Erscheinung.

[4]) R. v. 2. März 1929; vgl. u. a. R. v. 15. Februar 1925; R. v. 21. Februar 1931; R. v. 18. April 1931; R. v. 15. März 1928; R. v. 28. März 1932.

[5]) Vgl. dazu die Auswahl der 1848er-Zitate in den Broschüren „Reichsbanner und Potsdam", (1924) S. 27 f.; „Vortragsdisposition" (1929), S. 8—11.

gestellt hat. Wir bauen nicht auf dem Fundament des Großpreußentums, nicht auf Potsdam, sondern auf den Ideen und Idealen der Paulskirche, wie sie in Weimar Gestaltungen der Wirklichkeit wurden... Weimar ist mehr als Versailles[1])." Die Paulskirche: sie war Fleisch vom eigenen Fleisch; das preußisch-deutsche Kaiserreich dagegen eine unheilvolle Episode, die nicht gründlich genug aus der Entwicklungslinie des deutschen Volkes ausgemerzt werden könne, auf daß ihr „Einfluß nicht das Blut des neuen Staatskörpers verseuche[2])".

Der hier anklingende „Preußenhaß" galt vorwiegend der jüngst vergangenen Epoche preußisch-deutscher Geschichte, die im Zeichen von Schwarz Weiß Rot gestanden hatte. Frühere Perioden, auch wenn sie preußisch bestimmt waren, wurden im allgemeinen nicht nur vorurteilsloser betrachtet, sondern es wurde auch versucht, sie wenigstens teilweise in das eigene Geschichtsbild einzubauen, da man zumindest ahnte, daß ein 1848er-Mythos allein keine hinreichend tragfähige Grundlage für eine Bewegung darstellen konnte, die mit dem Anspruch auftrat, die legitime Fortsetzerin der besten Traditionen deutscher Geschichte zu sein. Zu diesen „würdigen Traditionen" gehörten — selbstverständlich — die demokratischen Bewegungen des Vormärz, aber auch die preußische Reformzeit und der „Geist der Befreiungskriege", gehörten die Burschenschaftler, die Lützower Jäger und die Jahnsche Turnbewegung, zählten Männer wie Stein, Hardenberg, Theodor Körner, Scharnhorst und Gneisenau[3]); ebenso wie der „Republikaner" Steuben[4]) wurden sie gegenüber Stahlhelm und NSDAP, diesem „blutigen Hohn auf den Geist von 1813"[5]), als Kronzeugen für die eigene Sache beansprucht.

Daß dieser Ausgriff über die 1848er-Bewegung hinaus das „nationale" Lager mobilisieren mußte, das im allgemeinen die 1848er-Heroen, jedenfalls die „radikalen Republikaner", der Linken gern überließ, vermag kaum zu überraschen, weil gerade die Bünde den „Geist der Befreiungskriege" gepachtet zu haben glaubten und ihr eigenes Tun in Analogie zu dem Geschehen jener Jahre verstanden. Während der Stahlhelm die „Ahnensuche der Republik" gelegentlich ironisch kommentierte und dadurch lächerlich zu machen suchte[6]), reagierten die Burschenschaften, die unmittelbar betroffen waren, da der Verband mit alten

[1]) R. v. 15. Januar 1928 („Der 18. Januar"); ; ähnlich R. v. 19. August 1928 und IRZ v. 28. Januar 1933.

[2]) R. v. 1. März 1927.

[3]) Vgl. Reichsbanner und Potsdam (1924), passim; R. v. 1. September 1927; R. v. 27. Dezember 1930; Reichsbanner Schleswig-Holstein (1924).

[4]) Vgl. R. v. 2. August 1930 (Protest gegen die Enthüllung einer Steubenplakette durch den Stahlhelm in Magdeburg).

[5]) R. v. 27. Dezember 1930.

[6]) Vgl. dazu eine Karikatur, St. v. 15. März 1931, die durch eine Ankündigung Wirths, die Verfassungsfeiern 1931 sollten im Zeichen des Freiherrn vom Stein stehen, provoziert worden war. Die Karikatur zeigt Wirth vor Friedrich dem Großen stehend. Friedrich spricht: „Will er mich vielleicht auch noch zum Ahnherrn seiner Republik befördern, Mussiöh Wirth."

Burschenschaftlersprüchen hausieren ging und von „unseren großen Männern, unserem Jahn, unserem Reuter" sprach, mit einem wütenden Protest auf diese, wie sie es empfanden, „Plünderung" und „Verfälschung" der eigenen Tradition[1]). Der Berliner Vertretertag Alter Herren deutscher Burschenschaftler verwahrte sich in einer feierlichen Erklärung dagegen, „daß das Reichsbanner Schwarz Rot Gold diese Farben als geistiges Erbe der deutschen Burschenschaft für sich in Anspruch" nehme[2]); die Leipziger Korporation „Germania" stellte unmißverständlich die Unvereinbarkeit von Burschenschaftszugehörigkeit und Reichsbannermitgliedschaft fest und forderte einen Alten Herren, der es gewagt hatte zu erklären, die neue republikanische Vereinigung führe die alten Farben mit größerer Berechtigung als die heutigen Burschenschaften, in aller Form zum Austritt auf[3]).

Der Streit um historische Gestalten und Epochen mag belustigend und grotesk erscheinen und war es in Einzelfällen auch. Dahinter stand jedoch das ernsthafte Bemühen des Reichsbanners, der Republik eine historische Tiefendimension zu geben und sie in den Strom der nationalen Geschichte einzubetten, und zwar als notwendiges und legitimes Ergebnis der deutschen Geschichte. Auf diesem Felde war bislang von seiten der Republik wenig geschehen. Wenn Haubach betonte: „Der links eingestellte Deutsche mit seiner nur negativen Einstellung zum reaktionären Geschichtsbild, mit seiner ganzen unhistorisch eingerichteten Auffassung zeigt uns, wie ohnmächtig er auf die Dauer gegenüber einem Gegner ist, dessen Willensbildung auf der großen Macht der Vergangenheit beruht, und sei diese Vergangenheit noch so lächerlich und primitiv gedeutet"[4]), dann skizzierte er ein Grundproblem und eine wesentliche Schwäche gerade der Sozialdemokratie.

Gewiß hatte sich die sozialistische Partei niemals als völlig außerhalb des Rahmens der deutschen Geschichte stehend empfunden. Mehr vielleicht als ihr selbst bewußt war, zehrte sie in ihren politischen Vorstellungen vom Erbe der 1848er-Bewegung und vom bürgerlichen liberal-demokratischen Ideengut. In Männern wie Scharnhorst und Gneisenau sah sie zeitlebens geistige Ahnherren

[1]) „Friedrich Ludwig Jahn und das Reichsbanner Schwarz Rot Gold", in: Burschenschaftliche Blätter 39 (1925), S. 81—83.

[2]) Protestresolution abgedruckt in: Burschenschaftliche Blätter 39 (1925), S. 83; ähnlich wie die Burschenschaft reagierte die deutsche Sängerschaft, die gleichfalls die Zugehörigkeit zum Reichsbanner mit einer weiteren Mitgliedschaft in der Sängerschaft für unvereinbar erklärte. Vgl. IRZ v. 27. Februar 1926.

[3]) Vgl. Dr. Leonhard, Das Reichsbanner und die Burschenschaft, in: Burschenschaftliche Blätter 39 (1925), S. 127 f., sowie die Erklärung der Leipziger Burschenschaft Germania, ebd., S. 128. Bei dem AH handelte es sich um den Bonner Professor Dr. W. Erman; dessen Artikel, der zunächst in der „Hilfe" 31 (1925), S. 8—9, erschienen war, abgedruckt: R. v. 1. Februar 1925. Grundsätzliche Auseinandersetzung mit Ermans Deutung der Burschenschaftlichen Geschichte bei G. Heer, Reichsbanner Schwarz Rot Gold und deutsche Burschenschaft, in: Burschenschaftliche Blätter 39 (1925), S. 122—127.

[4]) R. v. 1. Mai 1926.

ihrer wehrpolitischen Konzeptionen, und das Moltkesche Heer bekämpfte sie nicht zuletzt unter dem Blickpunkt des Verrates an einer großartigen Vergangenheit[1]). Etwas jedoch von dem, was Prinz zu Löwenstein vielleicht überscharf für die Sozialistische Arbeiterjugend konstatierte: „Sich mit Geschichte zu beschäftigen, galt nur so weit als erlaubt, als sie die Entstehung der Arbeiterbewegung aufzeigte und auf frühere Perioden von Dunkelheit, Knechtung und Rückschritt hinwies[2])", traf für die sozialistische Linke insgesamt zu. Ihr — um es vorsichtig zu formulieren — kühl-distanziertes Verhältnis zur nationalen Vergangenheit, das nicht allein aus der Ablehnung eines dynastisch bestimmten Geschichtsbildes erklärt werden kann, beeinträchtigte ihre nationale Durchschlagskraft erheblich.

In dieser Situation unternahm das Reichsbanner den bemerkenswerten Versuch, „auch dem Einfachsten eine Ahnung, und sei sie noch so dumpf, vom geschichtlichen Sinn seines Handelns zu geben"[3]), ihm das Bewußtsein zu vermitteln, daß er nicht nur im Strom einer durch fortschreitende Demokratisierung und Emanzipation der Arbeiterklasse charakterisierten gesellschaftlichen Entwicklung stehe, sondern zugleich in einer nationalen Tradition, als deren Sachwalter und Erbe er sich zu fühlen habe. Daß dabei der Akzent auf das Aufkommen „demokratischer" Massenbewegungen gelegt wurde, daß Erscheinungen wie Bauernkrieg und die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die allerdings auch unter nationalpolitischen Gesichtspunkten gesehen wurden, im Mittelpunkt des Interesses standen, war nach Lage der Dinge selbstverständlich[4]). Sehr viel mehr als ein etwas künstlich aufgemachter Mythos vom Jahre 1848 ist bei diesen Bemühungen zwar nicht erreicht worden, trotz gelegentlicher Anläufe, über die Farben Schwarz Rot Gold die Brücke zur alten Reichstradition zu schlagen[5]). Bemerkenswert ist gleichwohl der ernsthafte Versuch, ein national bestimmtes

[1]) Vgl. dazu Höhn, Sozialismus und Heer, II, S. 388 f.

[2]) Löwenstein, Tragödie, S. 112.

[3]) R. v. 1. Mai 1926.

[4]) Vgl. dazu die vom Verband hrsg. „Vorschläge für die Gestaltung der Bildungsarbeit", Anweisung für Ausbildung, S. 71 ff., und Jungbanner, S. 106 ff.

[5]) Das geschah vor allem beim „Vortrupp" durch Löwenstein, der der Republik, wie dem Reichsbanner, in harten Worten vorwirft, sie hätten keine Erkenntnis ihrer geschichtlichen Tiefen besessen und sich auf einen künstlich aufgebauschten Mythos von 1848 beschränkt, dessen Bestrebungen von vornherein der Vitalität entbehrt hätten. Vgl. Löwenstein, Tragödie, u. a. S. 35, 168. Für Löwenstein war die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold 1848 nicht an sich, sondern nur deshalb wichtig, weil damit die „Brücke" geschlagen wurde zum „Universalen Reich des deutschen Abendlandes". Charakteristisch für seinen Schwarzrotgold- und Reichskult einige Passagen aus einer Rede bei einer Bannerweihe des „Vortrupps": „Ihr, die Ihr heute um das Banner steht, das ich vor Euch enthülle, denkt daran, daß es dieselben Farben trägt, die einstmals von Sizilien bis nach England und von Jerusalem bis zu den westlichen Grenzen Europas geleuchtet haben. Denkt daran, daß es die höchsten Farben sind, die wir kennen: Schwarz ist die Erde, die durch das Rot des Opfers erlöst wird, und Gold ist das Zeichen der Herrschaft, zu der Deutschland noch immer berufen ist." Ebda., S. 168.

„linkes" Geschichtsbild zu „bauen", in dem die „großdeutsche Republik" als „der Sinn und die Erfüllung der deutschen Geschichte" erschien[1]).

Von Beginn an gibt der großdeutsche Gedanke, der gleichzeitig eine willkommene antimonarchistische Trumpfkarte darstellte, dem Nationalgefühl des Reichsbanners seine spezifische Färbung. Schon 1924, in einer der ersten vom Verband herausgegebenen Broschüren, wurden die Grundzüge dieses großdeutschen Nationalismus programmatisch formuliert: „Wir sind nicht national? Zugegeben, unser Nationalismus ist von anderer Art als der unserer Gegner. Wir bekämpfen den unter den Trümmern glimmenden imperialistischen Nationalismus der Vorkriegszeit und der Heimarmee der Alldeutschen... Und wir lehnen auch jenen älteren konservativen Nationalismus ab, der das geistige Erbe der Kleindeutschen, der Borussen, an die ‚Vaterländischen' von heute darstellt. Unser Nationalismus ist noch älter. Er geht auf die großdeutsche Idee der Achtundvierziger-Ideale ‚Ein Volk, ein Staat' zurück. Die Männer der Paulskirche wollten *ein* Großdeutschland, die siegreiche kleindeutsche Lösung schuf eine Zahl von Vaterländern und ließ zu, daß zehn Millionen Deutscher, die im geschlossenen Sprachgebiet Österreichs leben, ausgeschlossen wurden... Der preußische konservative Nationalismus, dem Deutschland ohne Vorherrschaft Preußens undenkbar schien, hat die historische Schuld, daß jene zehn Millionen Menschen noch heute vor den Toren des Vaterlandes stehen... Empfänden jene Preußengeister gesamtdeutsch, dann müßten sie aufhören, Schwarz Rot Gold, die Farben, die seit 1848 allen Deutschen Österreichs, allen Parteien heilig sind, zu besudeln, dann müßten sie Bedenken tragen, jenen Volksgenossen, die endlich ‚heim ins Reich' wollen, die Belastung eines neuen Monarchismus, einer Staatsbürgerstellung zweiten Grades hinter Preußen zuzumuten[2])." Zur gleichen Zeit forderte Otto Landsberg, das Reichsbanner müsse genau das für die Verwirklichung des großdeutschen Gedankens werden, was einst der Nationalverein für die kleindeutsche Lösung gewesen sei[3]). Wenig später wandte sich Berthold von Deimling in einer Proklamation „an die deutsche Jugend" und rief sie auf, den monarchistischen Gedanken aufzugeben und an dessen Stelle das Ideal eines freien republikanischen Großdeutschlands zu setzen[4]) — nur wenige Beispiele aus einer Vielzahl von großdeutschen Bekenntnissen und Bekundungen, die sich die Jahre hindurch verfolgen lassen[5]).

Ihren ersten demonstrativ-politischen Niederschlag fand diese Gesinnung

[1]) Haubach, R. v. 1. Mai 1926.

[2]) Dr. Mischler, in: Reichsbanner und Potsdam, S. 16 f.

[3]) R. v. 1. Juni 1924 (Vortrag wurde als Broschüre vom Reichsbanner verbreitet).

[4]) R. v. 15. März 1925.

[5]) Auf Einzelangaben sei an dieser Stelle verzichtet. Schon in der ersten Nummer der Reichsbannerzeitung legt Hörsing ein Bekenntnis ab zur „großdeutschen Republik, dem Traum von Jahrhunderten", R. v. 15. April 1925. In der nächsten Nummer folgt dann schon ein weiterer Artikel von Friedrich Stampfer über Schwarz Rot Gold und den großdeutschen Gedanken. R. v. 15. Mai 1924.

auf der Bundesgründungsfeier 1925 in Magdeburg, die in Anwesenheit einer starken Schutzbunddelegation unter Julius Deutsch bewußt den Charakter einer Anschlußkundgebung erhielt und mit der Verbrennung aller innerdeutschen Grenzpfähle ihren feierlichen Schlußpunkt erlebte. Die Magdeburger Vorgänge, von Mahraun als „deutsches Ereignis" gefeiert[1]), erregten im Inland wie im Ausland ein die Regisseure selbst überraschendes Aufsehen. Namentlich die französische Presse beeilte sich, die republikanische Vereinigung als „alldeutsch", „nationalistisch" und „pangermanistisch" hinzustellen, sofern sie es nicht vorzog, von einem „großdeutschen Spleen" des „Anderen Deutschlands" zu sprechen[2]).

Gegen dieses Nichternstnehmen des großdeutschen Gedankens, gegen seine Einstufung als „bedauerlichen Spleen", den man der Linken „gütlich ausreden" müsse[3]), wandte sich das Reichsbanner mit einer Schärfe und Entschiedenheit, die gerade deshalb auffällt, weil der Verband in anderen Fragen um der deutsch-französischen Verständigung willen zu mehr als einer Konzession bereit war. Die in Frankreich viel kolportierte und im Grunde von allen politischen Lagern geteilte Formel: Der Anschluß — das ist der Krieg[4]), beantwortete man demonstrativ mit der Gegenthese: „Der Wille zum Anschluß lebt, wir lassen uns ihn nicht abhandeln, weder durch Drohungen noch durch Versprechungen, denn wir wissen: der Anschluß ist der Friede[5])."

Solche Parolen oder auch Beteuerungen, man habe den „Ruf nach Anschluß" „um Europas willen aufgenommen"[6]), dienten wohl in erster Linie dazu, französisches Mißtrauen zu entkräften, aber sie waren doch mehr als aus taktischen Gründen gewählte Propagandaformeln. Denn es bestand zumindest eine Ahnung von den Verwicklungen, die sich aus der Tatsache ergeben mochte, daß dem deutschen Volke das in Versailles feierlich proklamierte Selbstbestimmungsrecht verweigert wurde, und die Erkenntnis, daß der Weimarer Staat dieses nationalpolitischen Erfolges bedurfte, um den Kampf gegen den Nationalismus im Innern zu bestehen. Die Parole: „Die deutsche Republik... wird großdeutsch sein oder sie wird nicht sein"[7]) meinte eben diesen Sachverhalt, wenn sie den Anschluß zu einer Existenzfrage des Weimarer Staates erhob.

[1]) Der Jungdeutsche v. 26. Februar 1925.

[2]) Vgl. dazu R. v. 15. April 1925; Der Schutzbund 2 (1925), Nr. 5, S. 3 f.; Die Glocke 10 (1924/25), S. 1670 (Schützinger); in diesen Artikeln werden teilweise ausführlich französische Pressestimmen zitiert.

[3]) Schützinger, a.a.O., R. v. 15. April 1925.

[4]) Vgl. dazu auch d'Ormesson, Vertrauen zu Deutschland, S. 134, der trotz seines betonten Verständigungswillens an dieser Formel nachdrücklich festhält, mit der Begründung: „Das Recht der Nationalitäten hört nämlich da auf, wo das Recht der Nationen beginnt".

[5]) So Dr. Warburg, R. v. 16. Dezember 1928, in einem scharfen Artikel, der sich gegen Briands Haltung in der Anschlußfrage wendet.

[6]) R. v. 26. August 1928 (Höltermann).

[7]) Schützinger, in: Die Glocke 10 (1924/25), S. 1670.

Gerade aus solchen Erwägungen heraus reagierte man um so erbitterter, wenn aus dem Lager der Linken selbst von pazifistischen Vertretern gegen die Anschlußpropaganda des Reichsbanners Sturm gelaufen wurde. Höltermann scheute sich nicht, in schärfster Form gegen Foerster zu Felde zu ziehen, als dieser 1928 den Bund wegen seiner großdeutschen Agitation attackierte: „Wer mit den Argumenten Foersters gegen den Anschluß kämpft, hat zwischen sich und dem Gefühlsleben seines Volkes eine Kluft aufgerissen, die unüberbrückbar ist. Das deutsche Volk will in Frieden in Europa leben, aber es bäumt sich dagegen auf — und es wäre nicht wert zu sein, wenn es anders wäre — als ein minderwertiges Volk behandelt zu werden, dem man die nationale Einheit vorenthalten muß... Wer ihm im Kampf um sein Selbstbestimmungsrecht in den Rücken fällt, von dem kann es nur mit der bedauernswerten Feststellung Abschied nehmen: ein hoffnungsloser Fall[1])." Schroffer war noch die Polemik, als von der „Kreuzzeitung" Bedenken gegen den Anschluß geäußert wurden: „Der deutschnationale Volksverrat muß in das Volk hineingerufen werden... Eine Politik, die aus Sentiments, aus verstiegener Schwärmerei für das alte Preußen die Zukunft des gesamten deutschen Volkes verrät, trägt das Brandmal des Kain auf der Stirn... Dieser Aufsatz beleidigt alle Frontkämpfer, die doch nicht für Preußen allein, sondern für das gesamtdeutsche Volk einschließlich der Deutschösterreicher so lange Jahre gelitten und geblutet haben[2])."

Der Anlaß zu solcher Polemik, die offensichtlich über das Ziel hinausschoß und in ihrer Art fast an die Dolchstoßpropaganda der Rechten erinnerte, war aus taktischen Gründen höchst willkommen, da er Gelegenheit bot, die „monarchistische" Rechte mit dem Stigma des Unnationalen zu versehen und sich dabei selbst als Gralshüter des großdeutschen Nationalgedankens ins rechte Licht zu rücken. Die Frage ist allerdings, ob die Polemik nicht einen gewissen Wahrheitskern enthält, wenn sie die aus preußischer Tradition stammende Rechte der Anschlußfeindschaft oder Anschlußgleichgültigkeit bezichtigt. Mit generalisierenden, vorschnellen Urteilen wird man vorsichtig sein müssen, aber es scheint doch, daß Graf d'Ormesson, ein kluger Beobachter der deutschen Innenpolitik, die Situation einigermaßen zutreffend zeichnet, wenn er bemerkt: „Wir sehen darin (in der Anschlußforderung, d. Verf.) eine Forderung der nationalistischen Kräfte, deren Streben stets dahin geht, die Herrschaft über

[1]) R. v. 5. August 1928; vgl. auch R. v. 26. August 1928: „Nochmals die Anschlußfrage"; ebd. ein Brief Foersters, in dem dieser seine Thesen wiederholt, zusammen mit einer Antwort Höltermanns abgedruckt. Vgl. auch R. v. 9. September 1928 (Artikel Theodor Körners, der sich scharf gegen Foerster richtet). Ebenso energisch protestiert man später gegen das „skandalöse" Verhalten der Friedensgesellschaft, die Material über die Anschlußpropaganda des Reichsbanners gesammelt habe, um es im Ausland publizistisch gegen den Bund zu verwerten. R. v. 11. Januar 1930; R. v. 23. August 1930. Wie allerdings verschiedene Aufzeichnungen Höltermanns aus der Emigration verraten, kühlt dessen großdeutscher Nationalismus später merklich ab.

[2]) Vgl. R. v. 1. August 1927, wo auf einen Artikel in der „Kreuzzeitung" v. 22. Juni 1927 Bezug genommen wird.

die Grenzen hinaus auszudehnen. Aber in diesem Fall täuschen wir uns. Denn anders wie man glauben könnte, geht das Verlangen nach der Verbindung Österreichs mit dem Reich nicht von den deutschen Rechtsparteien aus, sondern von der Linken. Die Demokraten und Sozialisten sind es — und aus anderen Gründen das katholische Zentrum —, die jenseits des Rheins für den Anschluß kämpfen. Die Nationalisten lassen sich viel weniger auf die Sache ein, wenn sie auch nicht gerade eine ablehnende Haltung einnehmen[1])."

Gewiß polemisierte kaum eine Gruppe, die im politischen Leben der Weimarer Republik einigermaßen Gewicht besaß, offen gegen den Anschluß; aber man wird doch konstatieren können, daß sich das deutschnationale Lager nicht gerade intensiv für ihn als für ein Kardinalziel deutscher Außenpolitik eingesetzt hat[2]). Der ständige Hinweis auf das den Deutschen verweigerte Selbstbestimmungsrecht diente oft mehr, so will es scheinen, als Trumpfkarte im diplomatischen Spiel, als willkommener Klagegrund, der die „Gravamina der deutschen Nation" um eine wirksame Agitationsformel bereicherte. Leidenschaftlicher engagierte sich die „republikanische Linke", vielleicht mit aus einer Art von Schuldkomplex, der aus den tatsächlichen oder vermeintlichen Versäumnissen des Jahres 1918 resultierte. Es war wohl kein reiner Zufall, daß ein prominenter sozialdemokratischer Politiker, der langjährige Reichstagspräsident Paul Löbe, dem Österreichisch-Deutschen Volksbund präsidierte, der in der Erreichung des Anschlusses das vornehmste Ziel seiner politischen Betätigung sah.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß auch die Linke bei ihrem Eintreten für den Anschluß eine Reihe politischer Nebenabsichten verfolgte. Zentrum wie Sozialdemokratie, beide darauf bedacht, die eigene nationale Reputation aufzubessern, erblickten darin eine willkommene Gelegenheit, sich als eifrige Patrioten zu erweisen. Beide spekulierten zudem auf parteipolitischen Gewinn, führten den Kampf, wie deutlich ausgesprochen wurde, mit „besonderer Begeisterung", weil er „zugleich ein Kampf gegen Chauvinismus und Reaktion" sei[3]). Innenpolitische und parteiegoistische Interessen dieser Art mochten sich gelegentlich so stark in den Vordergrund drängen, daß die Vereinigung mit den Deutschösterreichern kaum mehr als „nationales Ziel", als Wert an sich erschien; aber der zentrale Ausgangspunkt, von dem gerade das Reichsbanner seine Anschlußpropaganda betrieb, war ein stark kulturell bestimmtes großdeutsches Nationalgefühl, das bewußt an überlieferte Traditionen der Linken anzuknüpfen suchte.

Eine solche Tradition gab es nicht nur — wie selbstverständlich — beim poli-

[1]) d'Ormesson, a.a.O., S. 131.

[2]) Durchblättert man die Verbandsorgane „nationaler Bünde", etwa die des Stahlhelms, dann zeigt sich zwar, daß auch dort Artikel erscheinen, die sich für den Anschluß einsetzen. Verglichen mit anderen Fragen tritt dies Problem jedoch stark zurück, ganz im Gegensatz zum Reichsbanner, bei dem der Anschluß als die nationale Forderung erscheint.

[3]) R. v. 21. März 1931; ähnlich R. v. 3. Mai 1930.

tischen Katholizismus, obwohl auch hier eine faktische Gewöhnung an das Bismarckreich eingetreten war, sondern gleichfalls bei der deutschen Sozialdemokratie. Die Nicht-Lassalleaner der Gründerzeit, Männer wie Bebel und vor allem Wilhelm Liebknecht, lebten noch ganz in großdeutschen Vorstellungen, aber schon zu ihren Lebzeiten verblaßte diese Erinnerung innerhalb der SPD mehr und mehr. Die aus unmittelbarem Erleben der 1848er-Revolution gespeisten großdeutschen Erwartungen des alten Wilhelm Liebknecht, die mit einem fanatischen Haß gegen den preußischen Staat und alles Preußische einhergingen, wurden von den jüngeren Parteigenossen kaum noch verstanden[1]). Gegen Ende des Hohenzollernreiches war die SPD — in diesem Sinne — zu einer „preußisch-deutschen" Sozialdemokratie geworden; auch die „revolutionäre Arbeiterbewegung hatte sich, wie Höltermann in einer späteren Aufzeichnung notiert, den politischen Realitäten angepaßt und „kleindeutsch" oder aber „österreichisch" orientiert[2]).

Bei der österreichischen Sozialdemokratie war die Entwicklung allerdings nicht so geradlinig verlaufen. Für die politische Einstellung der SPÖ blieb es immer von einer gewissen Bedeutung, daß Männer wie Victor Adler und Pernersdorfer aus dem deutschnational-demokratischen Lager zum Sozialismus gestoßen waren und ihre Herkunft, namentlich Pernersdorfer, nie ganz verleugneten[3]). Geradezu klassisch verkörperte diese großdeutschen Traditionen der Historiker Ludo Moritz Hartmann, der spätere erste Gesandte der österreichischen Republik in Berlin, ein ebenso leidenschaftlicher Anschlußfreund wie Anhänger der Farben Schwarz Rot Gold[4]). Hartmann war indes eine Ausnahmeerscheinung und mit einer schwarzrotgold bestimmten großdeutschen Einstellung, in die er in einem noch ganz von 1848er-Erinnerungen geprägten

[1]) Vgl. dazu Heidegger, Sozialdemokratie und Nation, S. 34; das Reichsbanner berief sich dann wieder betont auf die großdeutsche Gesinnung von Bebel und Liebknecht, vgl. R. v. 15. April 1927.

[2]) So Höltermann in einer während seiner Emigration verfaßten Aufzeichnung: „Versailles und Weimar" (Nachlaß Höltermann).

[3]) Dazu und zum Folgenden vgl. Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen in: Geschichte der Republik Österreich, hrsg. von Heinrich Benedikt, München 1954, S. 289—487, passim. Vgl. auch Walter Goldinger, Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich von 1918 bis 1945, ebd., S. 94 ff. (für die Situation in Österreich 1918/19). Einen knappen Überblick über das Anschlußproblem in den Jahren 1918—1933 gibt das erste Kapitel von Ulrich Eichstädt, Von Dollfuß zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933—1938, Wiesbaden 1955. Auf ein Zitieren der der Anschlußfrage gewidmeten umfangreichen Literatur wird verzichtet, ebenso auf eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Literatur, da ein solches Unterfangen den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Eine zusammenfassende Darstellung über die Anschlußpropaganda und den großdeutschen Gedanken im Deutschland der Weimarer Republik steht noch aus.

[4]) Hugo Preuß hatte zunächst Schwarz Weiß Rot als Reichsflagge in seinem ersten Verfassungsentwurf vorgesehen. Erst auf Betreiben Ludo Hartmanns, der Schwarz Weiß Rot als für die Österreicher völlig unannehmbar hinstellte, setzte Preuß Schwarz Rot Gold als Reichsfarben in seinen Entwurf (Mitteilung verdanke ich Dr. Wilhelm Nowack, der sich auf mündliche Mitteilungen von Hugo Preuß anläßlich einer von Nowack veranstalteten Ausgabe der Weimarer Reichsverfassung beruft).

Elternhaus gleichsam organisch hineingewachsen war, nicht repräsentativ für die SPÖ. Für die Mehrheit wurde die Anschlußfrage erst mit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie akut. Vor die Alternative gestellt: staatliche Eigenexistenz oder Vereinigung mit dem Reich — das Projekt einer Erneuerung des habsburgischen Vielvölkerstaates erwies sich schon sehr bald als illusionär — entschied sich die SPÖ ebenso wie die anderen politischen Lager für den Anschluß.

Diese Zwangssituation muß man in Rechnung stellen, wenn man den Parlamentsbeschluß vom 12. November 1918 gerecht würdigen will, der trotz der Einstimmigkeit, mit der er gefaßt wurde, nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß zahlreiche Abgeordnete nur mit halbem Herzen bei der Sache waren. Schon sehr bald formierten sich die Anhänger eines eigenständigen österreichischen Staatsgedankens, nachdem bei den Christlich-Sozialen der Wiener Flügel um Seipel, Funder und Schöpfer, der von Beginn an aus seiner Abneigung gegen eine Anschlußpolitik kein Hehl gemacht hatte, die Führung übernommen hatte. Innerhalb der Partei hielt sich zwar immer ein betont großdeutscher Flügel, und es gab eine Reihe prominenter christlich-sozialer Politiker, namentlich aus den Bundesländern, die den Kleinstaat nicht von vornherein und niemals rückhaltlos bejahten; aber die energischsten Verfechter des Anschlußgedankens saßen nicht auf der konservativ-klerikalen Rechten, sondern, sieht man vom bürgerlich-nationalen Lager ab, das mehr oder minder bedingungslos ein Aufgehen Deutschösterreichs in der größeren Gemeinschaft des Reiches propagierte, auf der sozialistischen Linken: eine Grundsituation, die der im Reiche ähnelt, wo ja gleichfalls das schwarzrotgold-republikanische Lager am entschiedensten den großdeutschen Gedanken vertrat.

Das Pauschalurteil über die österreichische Linke bedarf allerdings der Differenzierung. Während der „Großösterreicher" Karl Renner, Repräsentant des rechten Flügels, zunächst an eine Erneuerung des habsburgischen Vielvölkerstaates dachte, betrieb Otto Bauer als Staatssekretär des Äußeren von Anfang an eine energische Anschlußpolitik. In diesen Unterschieden der Person spiegelt sich zugleich ein allgemeiner politisch-ideologischer Sachverhalt wider: am anschlußfreudigsten verhielt sich die Linke um Otto Bauer und den Schutzbundführer Julius Deutsch, zurückhaltender die gemäßigten Kreise des sozialistischen Lagers; denn bei ihnen kamen in stärkerem Maße Bindungen an den habsburgischen Vielvölkerstaat, „großösterreichische" Komponenten ins Spiel, die als retardierendes Moment wirkten und ihrer Anschlußfreudigkeit Grenzen setzten.

Daraus vor allem erklärt sich die zunächst paradox anmutende Tatsache, daß nicht so sehr die „Sozialpatrioten", sondern gerade die „Internationalisten" innerhalb der Partei — Gegensatzbezeichnungen, die zunächst als Schimpfworte während des Krieges auftauchten und dann namentlich von Friedrich Adler zum Rang „wissenschaftlicher" Termini erhoben wurden — am kompromißlosesten

für das „nationale" Ziel des Anschlusses eintraten. Das geschah jedoch nicht — selbst wenn man einräumt, daß das Nationale als Bodensatz vorhanden war — aus nationalen Erwägungen heraus[1]). Der zentrale Gesichtspunkt, von dem Bauer dieses Problem anging, war die Verwirklichungsmöglichkeit des Sozialismus, die er erst durch den Eintritt Deutschösterreichs in die größere Gemeinschaft des Reiches für gegeben hielt. Anschluß war also keine „nationale", sondern eine „revolutionäre" Forderung, oder auch, sofern man sich auf die 1848er Tradition berief, ein „revolutionäres Erbe"[2]).

Daraus erhellt, daß die „großdeutschen Familientreffen" zwischen Reichsbanner und Schutzbund keineswegs nur unter „nationalem" Vorzeichen standen. Die Motive, aus denen heraus die beiden Organisationen den Anschluß erstrebten, waren zumindest teilweise verschieden, und in den Gegensätzen von Rot und Schwarz Rot Gold findet dieser Sachverhalt auch seinen äußeren Niederschlag. Zwar hatten die alten 1848er-Farben gerade in den Ländern der Donaumonarchie als Zeichen des Deutschtums ihren Symbolcharakter bewahrt, aber sie fanden dort ihre Bannerträger im „nationalen" Lager und waren aus diesem Grunde der sozialistischen Linken zutiefst suspekt. Erst unter dem Einfluß des Reichsbanners gewöhnte sich auch der Schutzbund allmählich an Schwarz Rot Gold, ein „nationales Verdienst", das von der deutschen Linken vor allem deshalb so stark herausgestrichen wurde, um die Kritik an den Schutzbundkontakten zum Schweigen zu bringen[3]).

Die Schwarz-Rot-Gold-Verehrung der Schutzbündler ging indes wohl niemals über gewisse Äußerlichkeiten hinaus und war alles in allem kaum mehr als eine höfliche Aufmerksamkeit gegenüber der „deutschen Bruderorganisation". Gemessen daran wirkte der 1848er-Mythos und Schwarz-Rot-Gold-Kult des Reichsbanners ursprünglich und spontan, obwohl nicht übersehen werden kann, daß

[1]) Das stellt Dr. Deutsch auch heute noch entschieden heraus (briefliche Mitteilung an den Verfasser); vgl. auch einen Artikel von Deutsch, in: Der Schutzbund 2 (1925), Nr. 4, S. 1 f., wo er nachdrücklich betont, der großdeutsche Gedanke sei kein „nationalistisches Erbe". Auch in einem von Deutsch für die Reichsbannerzeitung verfaßten Artikel, R. v. 18. Februar 1927, nennt er bezeichnenderweise Wirtschaftsinteressen und die durch die Vereinigung mit Deutschland erreichte Verstärkung der antifaschistischen Front gegenüber Italien und Ungarn als Hauptgründe, die den Anschluß erforderten. Gewisse „nationale" Klänge, wohl mit eine Konzession an das Reichsbanner, das betont auf dieser Ebene argumentierte, spürbar in einem anderen Artikel von Deutsch, R. v. 1. März 1925. Weniger Zurückhaltung als der „linke" Deutsch zeigt Theodor Körner, wenn er den Anschlußwillen einfach als „Sehnsucht des abgesprengten Volksteiles, der zum Ganzen strebt", definiert. Vgl. R. v. 9. September 1928.

[2]) So Deutsch, in: Der Schutzbund 2 (1925), Nr. 4, S. 1 f. Ähnlich Der Schutzbund 5 (1928), Nr. 9, S. 143.

[3]) Vgl. R. v. 19. Februar 1927. Leicht fiel es dem Schutzbund indes niemals, die schwarzrotgoldene Fahne zu zeigen. Dr. Nowack berichtet, 1929 habe man anläßlich der Berliner Verfassungsfeier des Reichsbanners dem Leiter der Schutzbunddelegation eine schwarzrotgoldene Fahne als Geschenk überreicht. Dieser habe daraufhin ziemlich entsetzt erklärt, die könne er in Österreich beim Schutzbund nicht entfalten. Später sei sie dann aber doch vom Schutzbund gezeigt und als Symbol verteidigt worden (mündliche Auskünfte).

auch hier diesen Symbolen und Traditionen eine gewisse Blässe und Künstlichkeit anhaftete — die lautstarken Bekenntnisse und pathetischen Deklamationen sind kein Gegenbeweis[1]).

Gewiß, in manchen Kreisen der bürgerlichen und sozialistischen Linken war die Erinnerung an die 1848er Revolution noch gegenwärtig. Die Sozialdemokratie veranstaltete nach wie vor ihre traditionellen Märzfeiern[2]). Einzelne Ortsvereine des Reichsbanners besaßen altehrwürdige 1848er Fahnen[3]) — äußere Zeichen, die gleichsam die Kontinuität von 1848 verbürgen. Dennoch wird man die Aussage eines sozialdemokratischen Reichsbannerführers, bis in seine Generation hinein sei innerhalb der SPD die „Verbindung zu 1848" „außerordentlich lebendig" gewesen[4]), mit einem Fragezeichen versehen müssen. Selbst auf der Linken war diese Tradition weithin verschüttet. Wenn das Reichsbanner die schwarzrotgoldene Überlieferung wieder aufnahm, dann handelte es sich um den Versuch, etwas fast nur mehr Historisches für die Gegenwart zu aktualisieren, und zwar unter denkbar ungünstigen Auspizien.

2. *„Antimonarchismus" und Kampf für Schwarz Rot Gold*

Eines der letzten Rundschreiben des Verbandes vom März des Jahres 1933 läßt diese Problematik in aller Schärfe hervortreten: „Das schwarzrotgoldene Banner weht nicht mehr an den Festtagen von den öffentlichen Gebäuden. Zum zweitenmal in einem Jahrhundert deutscher Geschichte sind sie eingezogen worden. Sie sind eingezogen, weil sie Parteifahne gewesen sein sollen. Uns Kameraden des Reichsbanners war sie mehr. Wir sahen in ihr das Symbol eines einigen freien Großdeutschlands. Als zur deutschen Nationalversammlung, die auf den Trümmern des Bismarckschen Reiches ein neues bauen sollte, auch die Abgeordneten aus Österreich kamen, da hofften wir, daß unter den schwarzrotgoldenen Fahnen wieder ein Volk, ein Staat für alle Deutschen erstehen würde. Dummheit und Haß der Alliierten haben dem deutschen Volke die Hoffnung dieser Sehnsucht geraubt. Wer heute in Paris, Washington und London verständnislos der deutschen Entwicklung gegenübersteht, mag auch daran denken[5])."

[1]) Vgl. dazu auch Löwensteins kritische Bemerkungen über die mangelnde „Vitalität" der 1848er-Renaissance, über den „künstlich aufgebauschten Mythos vom Jahre 1848, der niemanden befriedigte", Tragödie, S. 35, 168. Vgl. auch Konrad Heiden, Geburt des Dritten Reiches. Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933. 2. Aufl. Zürich 1934, S. 61.

[2]) Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ein Artikel in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" v. 26. Januar 1898, Nr. 25, der sich über die Vorbereitungen der Berliner SPD für die 50-Jahr-Gedenkfeier des 18. März 1848 ausläßt und anschließend einige allgemeine Bemerkungen über die Stellung des heutigen politischen Deutschlands zur 1848er-Revolution folgen läßt. SPD und Freisinnige seien die einzigen, die heute noch 1848 als „herrliche Tat" verstünden, während die Nationalliberalen schon kein offenes Bekenntnis mehr ablegten.

[3]) Briefliche Auskunft des früheren Reichsbannergausekretärs von Pommern, Michael.

[4]) So Franz Osterroth (briefliche Auskunft).

[5]) Rundschreiben v. 24. März 1933 (Gauvorstand Schleswig-Holstein).

Das Schreiben, dessen Sprache bei aller Anpassung an den „Geist der Zeit" — 1933 geschrieben — nicht ungewöhnlich ist und „echten" nationalen Reichsbannergeist widerspiegelt[1]), macht deutlich, daß man sich in Verbandskreisen der vielleicht schwersten Hypothek, die von Beginn an auf den neuen Reichsfarben lastete, durchaus bewußt war. Ebenso wie 1848/49 hatte sich auch diesmal wieder Schwarz Rot Gold in nationaler Hinsicht als nicht genügend potent erwiesen. Man entfaltete ein Symbol vor aller Welt, ohne daß die Tat — der Anschluß — folgte, die ihm erst die nationale Legitimation verschafft hätte. Hätte sich 1918 unter diesen Zeichen Deutschösterreich mit dem Reiche vereinigt, dann wären die neuen Farben — diese Spekulation sei erlaubt — auch von jenen Kreisen als Fahne der nationalen Schicksalsgemeinschaft akzeptiert worden, die sie später erbittert bekämpften. So aber blieb das Aufziehen von Schwarz Rot Gold für tragende Schichten der Nation eine leere Demonstration, da die an diese Farben geknüpften großdeutschen Erwartungen nicht erfüllt wurden.

Mehr als das: aus einem Parteienkompromiß hervorgegangen, der Mehrheit des Volkes verhaßt oder gleichgültig, zudem noch unberechtigter Weise belastet mit dem Odium der Niederlage und des Friedensvertrages, befanden die neuen Farben sich von Anfang an in einer denkbar ungünstigen Lage. Denn die Anknüpfung an die liberal-demokratische Bewegung der 1848er Jahre wirkte künstlich, gemessen an dem viel unmittelbarer nachwirkenden Erlebnis der nationalen Einigung und des nationalen Aufstiegs im Zeichen von Schwarz Weiß Rot, das gerade in den beiden letzten Jahrzehnten des Hohenzollernreiches, forciert durch den Reichspatriotismus der Wilhelminischen Ära, populär geworden war und durch den Weltkrieg, der zumindest symbolisch unter seinem Zeichen geführt wurde, seine letzte nationale Weihe erhalten hatte.

Für das Gefühlsleben der Massen war Schwarz Weiß Rot deshalb nicht einfach ein „monarchistisches Symbol". Wäre es nur das gewesen, hätten die propagandistischen Bemühungen des Reichsbanners, Schwarz Rot Gold als die „eigentlich deutschen Farben" und die sich zu ihren Traditionen bekennende Republik gerade nicht als Produkt von „Westlertum" und „Fremdgeist", sondern als „Sinn und Erfüllung" deutscher Geschichte erscheinen zu lassen[2]), mit stärkerer Resonanz rechnen dürfen. Denn der „Monarchismus" war unter nationalem Aspekt durchaus angreifbar, und die unter der bewußt demagogischen Alternative: „nationales Republikanertum" — „antinationaler Monarchismus" stehende Agitation des Verbandes hat diese Schwäche weidlich ausgenutzt.

In historischer Argumentation konnte sie mit einer gewissen Berechtigung dar-

[1]) Daß der hier noch einmal anklingende großdeutsche Nationalismus des Verbandes „echt" war, wird von allen ehemaligen Reichsbannerführern nachdrücklich hervorgehoben (Dr. Krone, Niffka, Dr. Nowack, Prinz zu Löwenstein, Dr. Schützinger u. a.).

[2]) Vgl. dazu u. a. R. v. 15. April 1924; R. v. 8. Juli 1928; R. v. 12. August 1928; R. v. 1. März 1926. Ständig wiederkehrende Parolen wie: „In unserem Lager ist Deutschland", „Das Reich als Republik verwirklichen" zielen in die gleiche Richtung.

auf verweisen, daß nichts sosehr wie der „antinationale Monarchismus" die „Sehnsucht aller guten Deutschen", das nationale Einheitsreich, hinausgezögert habe[1]), und, die Wendung von dem „tausendjährigen Sehnen nach dem deutschen Kaisertum" aufnehmend, ironisch konstatieren, daß „dieses Sehnen nur deshalb tausend Jahre alt geworden" sei, „weil die den Deutschnationalen so teuren Monarchen stets dagegen gearbeitet" hätten[2]). Stieg man von der Geschichte in die Arena der Tagespolitik, dann operierte man mit der an sich gleichfalls überzeugenden Parole: Republik heißt nationaler Einheitsstaat und die Verheißung eines kommenden großdeutschen Reiches, Monarchie aber bedeutet Zerreißung des deutschen Volkes und Sabotage des Anschlusses, da die Vereinigung mit den „deutschösterreichischen Brüdern" niemals unter einer Hohenzollernmonarchie erfolgen wird[3]).

Solche Argumente trafen eine Achillesferse des Weimarer „Monarchismus", der, in sich wiederum gespalten, zu keiner Zeit ein klares, politisch realisierbares Konzept vorzulegen vermochte und dessen relative Stärke mehr auf dem Unbehagen an der Republik denn auf eigener Vitalität beruhte. Die jüngere Generation, die die Unzulänglichkeiten des verflossenen Systems zumeist klar erkannte und keineswegs ein Zurück zum „Wilhelminismus" wollte, kehrte sich gerade in ihren intellektuell führenden Kreisen vom „monarchischen Gedanken" ab und raubte ihm damit mehr und mehr die nährende Basis[4]).

Daß die nationalbewußte Jugend gleichwohl zuhauf in die Reihen der schwarzweißroten Kampfverbände strömte, ist kein Gegenbeweis. Sie kam weniger, weil diese Verbände in der Regel am monarchischen Gedanken festhielten, sondern weil sie glaubte, daß dort unter Schwarz Weiß Rot die „Nation zu Hause sei". Umgekehrt heißt dies, daß nicht sosehr der polemische „Antimonarchismus" des Reichsbanners als politisch-psychologische Sperre wirkte. Viel ausschlaggebender war, daß an Schwarz Rot Gold und an der Republik der Makel des „National-Unzuverlässigen" und des national-politischen Versagens haftete, daß die Begriffe „Republik" und „Nation" in der Vorstellungswelt der nationalbetonten Schichten auseinanderklafften. Im Reichsbanner wußte man darum, daß hier die entscheidende Schwäche der eigenen Position lag; denn man versah gelegentlich selbst die Behauptung, daß die „Republik dem deutschen Volke seine erste, echte Verwirklichung gebracht" habe, mit der Einschränkung: „unter der Voraussetzung, daß die Frage des Einheitsstaates und die Frage Großdeutschland gelöst wird[5])". Eben diese „Voraussetzung" war ausgeblieben.

[1]) R. v. 1. März 1925.

[2]) R. v. 8. Juli 1928.

[3]) Vgl. R. v. 1. März 1925; R. v. 1. Februar 1925. Vgl. auch die S. 233 ausführlich zitierten programmatischen Formulierungen von Mischler.

[4]) Zur Frage des „Monarchismus" in der Weimarer Republik vgl. generell Walter H. Kaufmann, Monarchism in the Weimar Republic, New York 1953.

[5]) R. v. 12. August 1928 (Wilhelm Michel, Republik und Kaisergedanke).

Vielleicht erklärt das Wissen um die Schwäche der eigenen Position zu einem Teil die gelegentlich hemmungslos übertreibende und grobschlächtige Propaganda gegen „Monarchismus" und „Schwarz Weiß Rot", die mitunter groteske Formen annahm, so wenn hinter dem Erscheinen einer Fridericus-Rex-Briefmarke eine gefährliche „monarchistische" Intrige vermutet und versucht wurde, die an sich lächerliche Angelegenheit zu einer Grundsatzfrage Republik — Monarchie hochzuspielen[1]). Gerade diese kleine Affäre verrät, in welch starkem Maße auf dem Felde der Geschichte Gegensätze der Tagespolitik ausgetragen wurden. Wer Friedrich den Großen oder Wilhelm II. attackierte, meinte Westarp und sein Gefolge, das mit einer Aura politischer Gefährlichkeit versehen wurde, die ihm tatsächlich nicht zukam[2]). Ob es immer bona fide geschah, wenn man in grellen Farben eine „monarchistische Bedrohung" der Republik an die Wand malte, muß bezweifelt werden. Es waren wohl auch taktische Erwägungen im Spiel, da der Verband um seines inneren Zusammenhalts willen — „Antimonarchismus" als Integrationsformel — in der Verneinung gleichsam existentiell an diesen Gegner gebunden blieb. Hinter den gelegentlich dramatischen Beschwörungen steckte jedoch ein echter Kern. Das Reichsbanner hat tatsächlich an die unmittelbare Gefahr einer monarchistischen Restauration geglaubt und deshalb auch den Nationalsozialismus in seiner Neu- und Andersartigkeit zeitweilig völlig verkannt[3]).

Aus diesem Grunde war es unmöglich, frei und gelassen auf die jüngste Epoche des preußisch-deutschen Kaiserreichs zurückzublicken, eben weil sie nicht als bloße Geschichte und damit abgetan, sondern als bedrohliche Gegenwart empfunden wurde. In den Jahren einer relativen Stabilisierung des Weimarer Staates konnte man zwar gelegentlich die optimistische Prognose hören: „Die Kluft zum Vergangenen ist so tief, daß wir bald frei und gelassen zu ihm herüberblicken können. Die Republik wird lernen..., sich selbst als das sinngemäße und legitime Ergebnis der deutschen Geschichte zu begreifen. Sie wird lernen, sich ebenso unbefangen zur monarchischen Vergangenheit zu stellen, wie etwa Frankreich zu der seinigen, im Bewußtsein, daß der 11. August 1919 nicht fremde Kräfte im deutschen Hause zur Wirklichkeit gebracht hat, sondern den

[1]) Vgl. dazu R. v. 15. Mai 1927 (Schach dem König), R. v. 1. Juni 1927 (2 × 5 = 10) sowie die O.Anw. des Gauvorstandes Schleswig-Holstein Nr. 5/26 v. 1. Dezember 1926; Nr. 2/27 v. 3. April 1927; Nr. 3/27 v. 23. Juni 1927 (striktes Verbot an alle nachgeordneten Stellen, die Fridericus-Rex-10-Pfennig-Marke zu benutzen. Im letzten Rundschreiben wird angedroht, daß der Gauvorstand alle an ihn gerichteten, mit dieser Marke versehenen Schreiben zurückschicken werde).

[2]) Daß die Frage der „Monarchie" gegen Ende der Republik, auch außerhalb von Bayern, erneut akut wurde, hat andere Gründe, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Zu diesem Zeitpunkt war von der „antimonarchistischen" Propaganda des Reichsbanners nur noch wenig zu hören, da andere Probleme im Vordergrund standen. Die Ausführungen im Text beziehen sich im wesentlichen auf die Jahre 1924 bis 1930.

[3]) Vgl. dazu auch die Ausführungen des früheren Gausekretärs von Breslau-Mittelschlesien, der selbst kritisch anmerkt, daß man lange Zeit gegen ein Phantom, gegen eine nicht mehr vorhandene „monarchistische Gefahr" gekämpft habe (Steiner, briefliche Auskünfte).

ältesten und ehrwürdigsten Gedanken unserer Geschichte[1])." Diese Haltung setzte jedoch ein unverkrampftes, auf dem sicheren Gefühl der eigenen Ungefährdetheit beruhendes Selbstbewußtsein voraus, das das republikanische Lager in keiner Phase des Weimarer Staates besessen hat. Die Wirklichkeit sah anders aus: ein eifernder und doktrinärer Republikanismus, der zumindest einen republikanischen Lippen- und Flaggendienst erzwingen wollte, eine auf Hochtouren arbeitende „republikanische Beschwerdestelle", ein mit ständigen und rücksichtslosen Ausfällen auf die schwarzweißrote Vergangenheit gekoppelter prinzipieller Antimonarchismus, der wegen seiner Übertreibungen immer ein wenig unglaubwürdig wirkte[2]).

Schaut man auf diese oft unduldsame Agitation, dann spricht einiges für die These, daß durch das Auftreten des Reichsbanners die Gegensätze zwischen den politischen Lagern verschärft wurden. Nicht ganz zu Unrecht bemerkte die „Kölnische Zeitung" 1926: „Man kann nicht von den Anhängern der Rechtsparteien verlangen, daß sie sich mit dem Reichsbanner abfinden, wenn in seinem Schatten ihre heiligsten Empfindungen mit Füßen getreten werden[3])." Tatsächlich wurde, zunächst jedenfalls, durch diese Agitation, die die Flaggenfrage zu einer Prestige- und Machtangelegenheit hochspielte, ein Ausgleich in immer weitere Ferne gerückt, da die Rechte gleichsam gezwungen war, sich um so demonstrativer zu Schwarz Weiß Rot zu bekennen[4]).

Dem Reichsbanner in dieser Angelegenheit einen besonderen Vorwurf zu machen, hieße jedoch, Ursache und Folge verwechseln. Ob der Flaggenwechsel vom Jahre 1919 klug war, zumal Schwarz Weiß Rot ja nie eigentlich die Farben des „volksfeindlichen", „reaktionär-junkerlichen" Preußentums gewesen sind: darüber mag man streiten. Sehr viel anders stellt sich aber die Situation dar, wenn man davon ausgeht, daß Schwarz Rot Gold zur Reichsflagge erklärt und damit Endgültiges geschaffen worden war. Hält man dem Reichsbanner vor, daß es

[1]) R. v. 12. August 1928 (Wilhelm Michel, Republik und Kaisergedanke).

[2]) Gewiß war der „republikanische Gedanke" nicht „neu"; die sozialistische Linke hatte sich seit jeher zu ihm bekannt. Aber die Frage Republik—Monarchie war eine Frage von sekundärer Bedeutung gewesen. Unglaubwürdig wirkte eine Agitation, die die Monarchie gleichsam als etwas Sinn- und Sittenwidriges darstellte und die Republik mit allen Tugenden und Vorteilen ausstattete, die ein politisches Gemeinwesen überhaupt besitzen kann. Denn zwischen dieser Agitation und dem Verhalten, das sozialdemokratische Führer wie Ebert 1918 zunächst eingenommen hatten, klaffte zumindest ein Widerspruch. Das Wort „Republik" war allerdings nur eine Abbreviaturformel, die zugleich Verfassungsstaat und parlamentarische Demokratie meinte; ebenso meinte „Monarchie" immer auch „reaktionäre", „antidemokratische" Gesinnung. Faktisch waren diese Begriffe in Deutschland weithin verbunden; erst mit dem Nationalsozialismus trat die große politische Bewegung auf, die im Zeichen von Nationalismus, Antiliberalismus und Antiparlamentarismus aufmarschierte, ohne jedoch „monarchistisch" zu sein. Damit aber wurde der verkürzenden Alternativformel Republik—Monarchie, die lange Zeit einen gewissen politischen Realitätsgehalt besessen hatte, der Boden unter den Füßen weggezogen.

[3]) Kölnische Zeitung v. 23. Februar 1926 (BA, ZSg 103/135).

[4]) Vgl. Egmont Zechlin, Schwarz Rot Gold und Schwarz Weiß Rot. Geschichte und Gegenwart, Berlin 1926, passim.

das schwarzrotgoldene Banner zu einem Zeichen der Spaltung gemacht habe, muß man sofort die Gegenrechnung aufstellen, daß erst die Agitation des Verbandes den Symbolen des jungen Staates ein gewisses Maß an Anerkennung und Verbreitung verschafft hat. Die neuen Farben wurden, wenngleich in ihrem Ausstrahlungsbereich eingeschränkt und von den ohnehin abseitsstehenden Volksteilen um so leidenschaftlicher als „Parteifahne" bekämpft, zumindest ein „Etwas", während sie vorher ein „Nichts" gewesen waren, für die Gegner des neuen Staates ein verächtliches Zeichen der nationalen Schande und für die Anhänger der Republik nicht sehr viel mehr als ein gleichgültiges Stück Tuch.

Symbolcharakter verlieh ihnen erst das Reichsbanner, dessen unbezweifelbare Leistung darin liegt, daß es die sozialistische Arbeiterschaft, die bislang nur unter Rot marschiert war, an ein nationales Symbol gewöhnte, daß es Leidenschaften für die Republik mobilisierte und ihr damit ein gewisses Maß von feierlich-spontanem Gepräge gab, auf das sie bislang hatte verzichten müssen. Auf der Minusseite steht die Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze. Aber es fällt schwer zu glauben, daß ohne kämpferische Einseitigkeit, ohne eine gewisse Schwarzweißmalerei, ohne demagogische Polemik gegen „Monarchismus und Schwarz Weiß Rot", mag man ihre Auswüchse und Übergriffe auch bedauern, diese Aufgabe überhaupt mit Aussicht auf Erfolg hätte in Angriff genommen werden können.

3. *Nation und Volksgemeinschaft*

Ganz ähnlich erklärt sich die polemische Note, die den Bemühungen des Reichsbanners um eine nationalpolitische Erziehung der Massen beigemischt ist. Wer den Versuch unternahm, auf der Linken Worte wie „Vaterland", „Nation", „Volksgemeinschaft" und „Reich" einzubürgern, konnte das wegen der historischen Vorbelastung dieser Begriffe nur tun, wenn er dabei sein eigenes Wollen energisch und entschieden vom Nationalismus der Rechten abgrenzte. Scharfe Attacken gegen die „überfütterten Gefühlchen der Stahlhelmer und anderer Firmen[1])", gegen „Säbelgerassel" und „schwülstiges Pathos" der Wilhelminischen Ära gehören darum notwendig zum Repertoire der Verbandspublizistik[2]). Dahinter stand jedoch das erklärte Ziel, die oben erwähnten Begriffe ihres „reaktionären" Beigeschmacks, der ihnen im Bewußtsein der Linken anhaftete, zu entkleiden und sie in „alter Reinheit wieder erklingen zu lassen[3])".

[1]) R. v. 22. Juli 1928 (E. Frehe, Republik und Vaterland).

[2]) R. v. 1. März 1926 (Reichsbanner und Nationalerziehung, Gaubeilage Berlin-Brandenburg).

[3]) R. v. 1. März 1926. Namentlich in den Jahren 1926—1929 erscheint eine Vielzahl von Artikeln, die sich mit diesem Problem beschäftigen. Vgl. außer den schon erwähnten Aufsätzen von E. Frehe noch: Karl Bröger, Das Vaterland der Jugend, R.v. 12. August 1928 (Jungbannerbeilage); W. Sollmann, Nation und Sozialismus, R. v. 19. Februar 1927; Wilhelm Michel, Republik und Kaisergedanke, R. v. 8. Juli 1929; E. Frehe, Nation und Republik. Der Geist des neuen Staates, R. v. 30. Dezember 1928; E. Frehe, Die Jugend in der Republik, R. v. 12. August 1928 (Jungbannerbeilage); E. Frehe, Volk und Reich, R. v. 18. November 1928.

Im Gefolge dieser Bemühungen tauchten, gemessen an dem üblichen Vokabular der Linken, erstaunliche Wendungen auf von dem „warmen tiefen Klang des Wortes ‚Nation[1]'", von der „Sehnsucht deutscher Jugend" nach „jener Idee des Reiches, dessen Verwirklichung die partikularistischen Interessen bis jetzt zu verhindern wußten[2])". Neu interpretiert wurde aus gleichen Erwägungen auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, nicht als Kampf gegen, sondern um Nation und Staat, verbunden mit der praktischen Nutzanweisung, daß der einst „vaterlandslose Geselle" inzwischen vollgültiger „Sohn dieses Staates, dieser Nation, dieses Landes" geworden sei und daß es deshalb nicht nur sein Recht, sondern seine Pflicht sei, sich zu diesen nationalen Werten zu bekennen[3]).

Die politisch-psychologischen Schwierigkeiten, die dem geforderten „eindeutigen Bekenntnis" entgegenstanden, hat man indes, wie gelegentlich ehrlich zugegeben wurde, nie ganz überwunden[4]). Selbst bei prominenten Reichsbannerführern läßt sich beobachten, daß ihnen die Wendung „Republik" sehr viel leichter über die Lippen fließt als die Worte „Vaterland" und „Nation". Das war mehr als die begreifliche Scheu, „Selbstverständlichkeiten" „marktschreierisch" zu verkünden[5]), mehr als bewußte „Sparsamkeit im Ausdruck", wie man unter Berufung auf Bröger — „nicht auf den Lippen, sondern im Herzen das Wort: Deutschland" — diese Haltung zu rechtfertigen suchte[6]). Dahinter stand eindeutig die Furcht, die eigenen Anhängermassen nach links zu treiben, wenn man den Eindruck erweckte, wie Seldte und Hitler zu sprechen. Die auf das Reichsbanner gemünzte Behauptung des Stahlhelms: „Wir sagen Vaterland, jene sagen Republik[7])," trifft deshalb, bei aller demagogischen Überspitzung, einen wahren Kern. Unverkennbar ist ein gewisser Trend, das belastete „nationale" Vokabular zu meiden und sich auf die „ungefährlichere" republikanische Terminologie zurückzuziehen.

---

[1]) R. v. 1. März 1926 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg).

[2]) R. v. 12. August 1928 (Jungbannerbeilage); Löwensteins „religiös-sakraler" „Reichskult" blieb indes immer eine Ausnahme. Vgl. Tragödie, S. 14, 168 f., 174., 217 f.

[3]) R. v. 22. Juli 1928.

[4]) Das wird vor allem in den Artikeln von E. Frehe unnachsichtig herausgestellt. Vgl. vor allem seinen Aufsatz: „Volk und Reich", R. v. 18. November 1928: „Ein eindeutiges Bekenntnis zu politischen Faktoren, die aus der jüngsten Vergangenheit her übel beleumundet sind, fällt heute vielen Deutschen, die die Republik gesinnungsmäßig bejahen, schwer ... Es ist — einfach gesprochen — zuerst einmal die Einstellung zum eigenen Volk, die für Millionen Volksgenossen durchaus noch der Klärung bedarf."

[5]) So etwa unter Berufung auf Ludwig Frank, der die Liebe zum Vaterland als genauso selbstverständlich wie die Liebe des Kindes zu seinen Eltern bezeichnet und 1912 niedergeschrieben habe: „Wer mit diesen Empfindungen prahlt oder prunkt, muß sich gefallen lassen, daß man an seinem Vaterland oder an seiner Ehrlichkeit zweifelt." R. v. 7. September 1929 (Ludwig Frank zum Gedächtnis).

[6]) Vgl. die Rundfunkrede Höltermanns „Arbeiterschaft und Staat", R. v. 8. November 1931, sowie den Einleitungsartikel zu seiner Rede: „Im Geiste Ludwig Franks."

[7]) St. v. 15. März 1925.

Sinnfälligen Ausdruck findet diese Tatsache in der von Hellpach 1928 gemachten Beobachtung, daß die Reichsbannerhymne im Gefühlsleben der republikanischen Massen mehr und mehr an die Stelle des Deutschlandliedes trete[1]). 1924 hatte man es Ebert als „bleibendes Verdienst" angerechnet, daß er diesen „schwarzrotgoldenen Sang" den „reaktionären Nationalisten" entrissen habe[2]); über das Singen der 3. Strophe kam man beim Reichsbanner, von Ausnahmen abgesehen, jedoch nie hinaus[3]). Es meldeten sich zwar gelegentlich Stimmen, die sich gegen die als „Unsitte" bezeichnete Gewohnheit wandten, daß von der Rechten nur die zwei ersten Strophen, von der Linken dagegen nur die dritte Strophe gesungen werde[4]); aber sie drangen nie durch. Für den Verband war, laut offizieller Interpretation, die dritte Strophe das Deutschlandlied[5]): gemessen an der sozialdemokratischen Tradition bedeutete dies Bekenntnis sehr viel, zuwenig jedoch zu damaliger Zeit, wenn man den Anspruch untermauern wollte, verantwortlicher Träger und Gestalter der Nation zu sein.

Nicht zu verkennen ist allerdings, daß gerade die dritte Strophe mit ihrem „Einigkeit und Recht und Freiheit" genau das aussprach, was für das Reichsbanner mit dem Begriff „national" untrennbar verbunden war, nämlich die Bezogenheit auf das demokratische Freiheitsideal[6]). Der nationale und der demokratische Gedanke gehören für dieses politische Denken nicht nur historisch, sondern wesensmäßig zusammen: das ist die selbstverständliche Voraussetzung, die allen Artikeln über Nation und Vaterland zugrunde liegt, auch wenn sie nicht expressis verbis verkündet wird[7]). Von diesem Wertungsprinzip aus erscheint auch jene immer wieder proklamierte These konsequent und folgerichtig, daß nämlich die Weimarer Republik, verglichen mit dem Kaiserreich, das nationale Kräfte habe brachliegen lassen, eine höhere Stufe in der nationalen Entwicklung des deutschen Volkes darstelle, eben weil sie alle Volksschichten zur Teilhabe an

---

[1]) W. Hellpach, Politische Prognosen, S. 385.

[2]) Wisanowsky, Das Deutschlandlied und sein Dichter, in: Reichsbanner und Potsdam (1924), S. 20 ff.

[3]) Hin und wieder wurde wohl auch die 1. Strophe gesungen, so etwa 1924 bei der Fahnenweihe in Dessau (vgl. R. v. 1. November 1924), wohl auch bei der Bundesgründungsfeier 1925 in Magdeburg. In der Regel sang man jedoch nur die 3. Strophe. Vgl. u. a. auch Schleswig-Holsteinische Volkszeitung v. 13. Oktober 1924 (über Bannerweihe des Reichsbanners), Schleswig-Holsteinische Volkszeitung v. 31. Mai 1927 (über Aufmarsch des Reichsbanners in Kiel anläßlich eines Besuchs des Reichspräsidenten Hindenburg).

[4]) Vgl. IRZ v. 11. September 1926.

[5]) Vgl. Technischer Führer (1930), S. 38, S. 84; diese Vorschrift hatte satzungsmäßige Kraft, da sie unter den Ausführungsbestimmungen zur Bundessatzung erscheint.

[6]) Bezeichnend dafür auch Kapitelüberschriften wie „Einigkeit und Recht und Freiheit", R. v. 1. August 1925 (Sollmann).

[7]) Vgl. u. a. R. v. 15. Februar 1925 („Das Recht des ganzen deutschen Volkes auf sein Vaterland — das ist die Demokratie"). Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 7. Teilweise auch verläuft die Argumentation, aus der pädagogischen Zielsetzung verständlich, umgekehrt: wer Demokrat ist, muß auch national sein, da „der nationale Gedanke" „in Entstehung und Geschichte aufs engste mit dem demokratischen verwachsen" sei. R. v. 15. September 1927.

der politischen Verantwortung geführt habe[1]). Durchgängig fehlt zwar eine theoretisch-systematische Auseinandersetzung mit den Problemen; deutlich ist aber, daß Kriterien wie Selbstbestimmung, Freiheit im Innern und Volkssouveränität diesem Nationsbegriff den spezifischen Akzent verleihen, ihn jedoch nicht allein konstituieren. Nation wird zugleich durch objektive Merkmale bestimmt und, bei allem Vorwalten des rationalen Elements, mit Kategorien wie „organisch" und „naturgegeben" gedeutet[2]).

Das „Organische" klingt vor allem an in einem Modewort der Zeit, der vielbeschworenen „Volksgemeinschaft", einer ins Metapolitische schwingenden Formel, der alle politischen Lager, von den Kommunisten und linken Sozialisten abgesehen, ihre Reverenz erwiesen. Christliche Gewerkschaften und Zentrum, das sich rühmte, den „Apostel der Volksgemeinschaftsidee" — wahrscheinlich ist Marx oder Stegerwald gemeint — aus seinen Reihen hervorgebracht zu haben[3]), die Parteien der Rechten bis hin zur NSDAP, die „frontsoldatischen" Kampfverbände, namentlich der Jungdeutsche Orden, der unter den Bünden vielleicht am ehrlichsten und aufrichtigsten um diese Probleme rang, und „selbstverständlich" das Reichsbanner: sie alle betonten immer wieder, daß die Idee der Volksgemeinschaft ein Leitmotiv ihres politischen Handelns und Wollens sei[4]).

Schon die Vielzahl von Gruppen heterogensten Ursprungs, die alle mit dem gleichen Schlagwort operieren, deutet an, daß der konkrete politische Gehalt, der sich mit ihm verbindet, höchst verschieden ist. Gemeinsam ist wohl allen Vorstellungen, wofern sie ehrlich gemeint waren und nicht einfach als Kulisse dienten, hinter der sich ganz andere Ziele verbargen, die Sehnsucht nach stär-

---

[1]) So in fast allen der S. 245, Anm. 3, zitierten Aufsätze.

[2]) Vgl. vor allem R. v. 1. März 1926 (Reichsbanner und Nationalerziehung).

[3]) Germania v. 17. März 1925 (Nr. 127). Marx propagierte 1924 die „ganz große Koalition" von der SPD bis hin zur DNVP als „Regierung der Volksgemeinschaft". Die Idee der Volksgemeinschaft war 1920 auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften auch von Stegerwald schon feierlich propagiert worden. Fortan nimmt sie im Schrifttum der Organisation als eine Art Antiklassenkampfideologie eine zentrale Stelle ein. Es vergeht fast kein Jahrgang des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften", der sich nicht in verschiedenen Aufsätzen mit dem Volksgemeinschaftsgedanken befaßt. Stärker noch propagiert wurde er in der Stegerwald nahestehenden Tageszeitung, dem „Deutschen", ein Organ, das zwar „Arbeiterrechte verteidigen", nicht zuletzt aber dem „Gedanken der Volksgemeinschaft, des sozialen Ausgleichs, unter Berücksichtigung der Wahrung der Gesamtinteressen und Staatsnotwendigkeiten, dienen" sollte, da gerade die „enge parteipolitische und oft auch standespolitische Einstellung unseres Volkes" die „rücksichtslose Vertretung eines wahren Volksgemeinschaftsgedankens" um so notwendiger mache. (So im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften 23 (1923), S. 138, über die Gründung der neuen Tageszeitung.) Einige Anmerkungen zur Bedeutung des „Volksbegriff" im deutschen Katholizismus nach 1918 bei Heinrich Lutz, Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken in die Republik 1914—1925. München 1964, S. 102 ff.

[4]) Ein näheres Eingehen auf dieses Problem würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Es dürfte jedoch eine reizvolle Aufgabe sein, sich in einer vergleichenden Studie kritisch mit dem Volksgemeinschaftsbegriff der einzelnen politischen Lager auseinanderzusetzen. Eine solche Untersuchung, die zugleich den jeweiligen Stellenwert der „Volksgemeinschaftsidee" herauszuarbeiten hätte, steht noch aus.

kerer nationaler Geschlossenheit, der Wille, die scharfen Gegensätze der Klassen und politischen Weltanschauungen abzubauen und über allen Parteihader hinweg das Bewußtsein der nationalen Schicksalsgemeinschaft wachzuhalten. Wie und auf welchem Wege das Ziel erreicht werden sollte, durch Ausgleich oder kompromißlosen Kampf bis zur Vernichtung der feindlichen Weltanschauung, welche Kriterien den Idealzustand auszeichnen, ob Volksgemeinschaft den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus prinzipiell einschließt oder gerade nicht: über alle diese Fragen bestanden nicht nur verschiedene, sondern teilweise konträre Auffassungen. Scheut man die zuspitzende Formulierung nicht, dann kann man ohne Bedenken sagen, daß ebenso viele Volksgemeinschaftskonzeptionen existierten, wie es ideologische Richtungen gab, die sie propagierten.

Daß das Reichsbanner die Formel aufgriff, war nicht nur eine taktische Verbeugung vor dem „Geist der Zeit". Gewisse Ideen, die in seiner Grundkonzeption angelegt waren, wiesen fast zwangsläufig in diese Richtung: Aussöhnung von Bürgertum und Proletariat im Zeichen von Schwarz Rot Gold, Heranführung der Arbeiterschaft an Staat und Nation, Zurücksetzen von Parteiinteressen zugunsten eines größeren, als gemeinsam erkannten Zieles. Von Anfang an wurde denn auch versucht, dem „Reichsbannergedanken" eine „volksgemeinschaftliche" Färbung zu geben. Eine Vielzahl von Artikeln, namentlich aus den Jahren 1924 bis 1930, umkreist immer wieder diese Themen, beschwört die Idee der „wahren Volksgemeinschaft[1])" und das „hehre Wort Volksgenosse[2])", appelliert an den „Bürgersmann", im Zeichen von Schwarz Rot Gold mit dem Arbeiter die „ersehnte lebendige Volksgemeinschaft" einzugehen[3]), und verkündet als Ziel des Verbandes, „über alles Trennende der Klasse und parteipolitischen Weltanschauung hinweg ein eisernes Band deutscher Zusammengehörigkeit und Volksgemeinschaft zu schmieden[4])".

Daß hier echte Impulse wirksam waren, dürfte außer Frage stehen. Namentlich unter den Angehörigen des Zentrums und der DDP gab es nicht wenige, die gerade um solcher Ideale willen über alle Enttäuschungen hinweg dem Bunde die Treue hielten[5]). Zwischen dem Anspruch des Verbandes, Kern und Keim-

[1]) IRZ v. 18. Juli 1925.

[2]) IRZ v. 2. Juli 1927.

[3]) R. v. 1. Februar 1925.

[4]) IRZ v. 31. Oktober 1925. Vgl. noch R. v. 15. Februar 1925; R. v. 26. August 1928; R. v. 21. März 1931. — Das Wort „Volksgemeinschaft" bürgerte sich so stark ein, daß es als selbstverständlich zum eigenen Vokabular gehörig empfunden wurde. Vgl. etwa das Rundschreiben Nr. 6/25 — 3/26 v. 18. März 1926 des Gauvorstandes Hannover (NStAH, Des. 310 II/C 10), mit seiner Mahnung an die Jungbannerangehörigen, „tüchtige Männer" zu werden, „die in der Lage sind, das große Gut so zu verwalten, wie es die Volksgemeinschaft erfordert". „Volksgemeinschaft" ist hier — das läßt der Zusammenhang deutlich erkennen — zu einem festen Bestandteil der Alltagssprache geworden.

[5]) Eine grundlegende Maxime ihres politischen Wollens war dabei die Erkenntnis, daß sich eine „Volksgemeinschaft" niemals gegen, sondern nur mit der SPD verwirklichen lasse, daß die „Volksgemeinschaft" von links kommen müsse, oder gar nicht kommen werde (vgl. dazu u. a.

zelle einer künftigen Volksgemeinschaft zu sein, und der politischen Wirklichkeit klaffte indes je länger desto stärker ein deutlicher Widerspruch. Die Organisation blieb ihrer politischen Substanz nach im wesentlichen eine „proletarisch"-sozialdemokratische Vereinigung, da der vielbeschworene „Bürgersmann", von Minderheiten abgesehen, sich dem schwarzrotgoldenen Appelle versagte. Damit wurde aber der „Reichsbanneridee" in ihrer volksgemeinschaftlichen Interpretation an entscheidender Stelle der Boden unter den Füßen weggezogen.

Die Schuld daran, soweit davon überhaupt gesprochen werden kann, lag gewiß nicht allein am Bürgertum, sondern in starkem Maße auch beim Verbande selbst, da dieser die „Volksgemeinschaft" zu Bedingungen anbot, die oft eine Selbstaufgabe des politisch Andersdenkenden bedeuteten. Daß das Reichsbanner mit Nachdruck ein Bekenntnis zum republikanischen Staat als einer gegebenen und unumstößlichen Tatsache verlangte, war zwar nichts anderes als ein Gebot der politischen Selbstachtung. Problematisch muß jedoch die selbstgerechte und aggressive Art erscheinen, mit der ein doktrinärer Republikanismus verkündet wurde, sowie der damit verbundene Anspruch, Tugendwächter und Gralshüter der Republik zu sein und die republikanische Formel zu besitzen. Selbst gemäßigte Kreise des Zentrums reagierten auf diesen „republikanischen Integralismus", der praktisch alle nicht auf einen ziemlich einseitig verstandenen „Weimargeist" Eingeschworenen aus der schwarzrotgoldenen Volksgemeinschaft ausschloß, mit wachsendem Unbehagen[1]).

Der intolerante Zug, in gewisser Weise sogar politisch notwendig oder zumindest verständlich, lag jedoch letztlich im Wesen des politischen Kampf-

IRZ v. 18. Juli 1925 und R. v. 15. Februar 1925). Sie sahen im Reichsbanner ein Mittel, die sozialistischen Massen an Staat und Nation heranzuführen, und wandten sich deshalb entschieden gegen eine von der Rechten unter dem Schlagwort „Antimarxismus" propagierte antisozialistische Politik, weil eine solche Politik die sozialistischen Massen nach ihrer Überzeugung zwangsläufig wieder in eine staats- und nationsverneinende Haltung treiben müsse. In diesem Sinne äußern sich u. a. Krone, Niffka, Nowack (mündliche Auskünfte). Aus ähnlichen Erwägungen heraus vermochte selbst die DVP dem Verbande positive Seiten abzugewinnen. In der „Kölnischen Zeitung" v. 23. März 1926 wurde in einem Kommentar über die schwarzrotgoldene Vereinigung durchaus anerkannt, daß sie „Zugänge zu einer wahren Volksgemeinschaft" und „nationalen Wiedergeburt" öffnen könne; ebenso nachdrücklich stellte man jedoch heraus, daß die Realität Reichsbanner dieser an sich begrüßenswerten Idee Reichsbanner in keiner Weise entspreche, daß in den offiziellen Reden mehr „wünschenswerte als wirkliche Dinge" behandelt würden.

[1]) Der Ausdruck „republikanischer Integralismus" fällt in einer Erklärung der badischen Landtagsfraktion des Zentrums vom 1. Juni 1927, die gegen Wirth gerichtet ist. Vgl. Josef Becker, Josef Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927—1928), in: Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins 109 (NF 70), 1961, S. 382. Vor einem „republikanischen Imperialismus" hatte schon kurz vorher Reichsfinanzminister Köhler gewarnt. Vgl. Schultheß, 1918-1930, S. 99. Scharfe Kritik an Hörsing, dem „Großinquisitor der republikanischen Orthodoxie", auch im „Badischen Beobachter" v. 27. Juli 1927. Vgl. Becker, a.a.O., S. 389, Anm. 124. — Die Volksgemeinschaftskonzeption des Zentrums war, sieht man von den „entschiedenen Republikanern" um Wirth ab, sehr viel weiter gefaßt als die des Reichsbanners. Ihr adäquater Niederschlag war die „ganz große Koalition" von der SPD bis hin zur DNVP. Beim Reichsbanner reichte sie politisch allenfalls bis zur „großen Koalition", von der SPD bis zur DVP also.

verbandes begründet und war viel ausgeprägter noch bei den Kontrahenten von der äußersten Rechten entwickelt: sie alle gaben vor, für die „Volksgemeinschaft" zu kämpfen, und im allgemeinen hat man wenig Anlaß, an der Aufrichtigkeit des Wollens zu zweifeln; das Ziel sollte jedoch nicht durch auf Ausgleich bedachten Verständigungswillen erreicht werden, sondern durch kompromißlosen Kampf gegen den politischen Gegner und dessen „Weltanschauung", ohne deren Auslöschung ihre Volksgemeinschaft nicht verwirklicht werden konnte.

Wie der futurisch gehaltene Kontext — „kommend", „künftig" — schon andeutet, ist die „Volksgemeinschaft" auch beim Reichsbanner ein Ideal, dessen Verwirklichung noch aussteht. In dieser Überzeugung treffen sich Vertreter aller unter der schwarzrotgoldenen Flagge vereinigten Parteien. Die These von Josef Joos, daß die Republik in ihrer gegenwärtigen Gestalt kein „Volksstaat" sei und nicht als solcher empfunden werde, daß jede „Nationalreform", wie er unter ausdrücklicher Berufung auf den Freiherrn vom Stein betont, mit einer „Sozialreform" zu beginnen habe[1]), deckt sich im Prinzip mit ähnlichen Äußerungen bürgerlich-demokratischer oder sozialdemokratischer Verbandsführer, mögen im einzelnen auch über Art und Umfang der als notwendig angesehenen „Sozialreform" höchst verschiedene Ansichten bestehen. Daß jedoch eine „Geldsackrepublik", ein „wirtschaftlicher Liberalismus alten Stils", daß die „wirtschaftliche Unterbewertung einzelner Volksteile" mit dem Ideal der erstrebten Volksgemeinschaft letzthin unvereinbar sei[2]): darüber herrschte ebenso weitgehende Übereinkunft wie über die grundsätzliche Forderung nach sozialer Ausgestaltung der Republik. Die Schwierigkeit begann jedoch bei der Interpretation des Wortes „sozial". Denn auch die Gemeinsamkeit „antikapitalistischer Gesinnung", wie man sie nicht selten bei Angehörigen des Zentrums und der DDP antraf, reichte nicht aus, um den Gegensatz von „bürgerlicher" Sozialreform und sozialistischem Klassenkampfbegriff aufzuheben.

Hier lagen in der Tat Probleme, die nicht dadurch aus der Welt geschaffen wurden, daß man das Schlagwort „Klassenkampf" selbst nach Möglichkeit „aus dem Verkehr zog" und auf dem Altar der Überparteilichkeit opferte. Denn der Sozialdemokrat, der dem Reichsbanner beitrat, ließ selbstverständlich seine politischen Überzeugungen nicht vor der Türschwelle zurück, und deshalb blieb, trotz aller Bemühungen um verbale Keuschheit, die Frage nach dem Verhältnis von Klassenkampf und Volksgemeinschaft als Problem erhalten.

Von Einsichtigen wurde das auch nicht verkannt, und sie waren deshalb bemüht, zumindest Ansätze zu einer Auflösung des Spannungsverhältnisses auf-

[1]) R. v. 19. Februar 1927.

[2]) Vgl. u. a. IRZ v. 2. Juli 1927; R. v. 12. August 1928 (Jungbannerbeilage); R. v. 1. August 1925 (Fritz Sollmann: ohne eine soziale Ausgestaltung der Republik, wie sie dem „Geist der Verfassung" entspreche, sei eine Volksgemeinschaft unmöglich); ähnlich Sollmann, R. v. 22. Februar 1930. Vgl. noch den Aufruf des Berliner Reichsbannervorsitzenden Fritz Koch zur Verfassungsfeier 1925, in: Die Glocke 11 (1925), S. 578.

zuzeigen. So forderte Haubach, das Problem aus seiner falschen Entweder-Oder-Alternative zu befreien und es nicht antithetisch, sondern dialektisch zu sehen. Nation wie Klasse seien unzweifelhaft politisch relevante Realitäten, die Nation gehöre jedoch einer viel höheren und komplexeren Ordnung an als die Klasse. Von einem bestimmten Moment ihres Aufstiegs an werde die politisch organisierte Arbeiterschaft zwangsläufig zur Sachwalterin der gesamten nationalen Gesellschaft und müsse sich zu dieser Aufgabe, bei Strafe des Untergangs, mit Nachdruck bekennen[1]). Ähnliche Ideen tauchen auf, wenn der Klassenkampf des Proletariats als „Abwehrkampf um Kultur und Volksgemeinschaft" definiert[2]) oder die Parole ausgegeben wird: „Der internationale Sozialismus erkämpft der Arbeiterschaft ihr Vaterland"[3]). Schlagwortartig lassen sich die theoretischen Bemühungen vielleicht in der Formel zusammenfassen: durch Klassenkampf zur Volksgemeinschaft, eine Synthese, die als politisches Credo auch hinter den Bestrebungen des Hofgeismarkreises der Jungsozialisten steckt, ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Nation mit einem „gesunden Klassenbewußtsein" zu verbinden[4]).

Was hier unter „Klasse" und „Klassenkampf" verstanden wird, hat allerdings oft nur wenig gemein mit den Begriffen in der alten Bedeutung des Wortes. Wenn man Reden und Aufsätze prominenter Reichsbannerführer liest, die dem Verbande die Aufgabe zuweisen, alle Tendenzen zu einer vertikalen Vereinheitlichung der Klassenlage zu fördern und eine Einheitsfront von Arbeiterschaft, Mittelstand, Beamtenschaft und Bauerntum herzustellen[5]), dann wird sehr deutlich, daß es im Grunde nicht darum geht, die Extreme Kapital — Lohnarbeit aufzuheben, sondern nur darum, die sozialen Gegensätze abzuschwächen. In dieser Haltung spiegelt sich unverhohlen ein kleinbürgerlich-reformerischer, jedenfalls kein marxistischer Standpunkt. Der Klassenkampfbegriff erscheint so sehr domestiziert, daß er kaum etwas anderes meint als Kampf um soziale Verbesserungen, und in dieser Bedeutung war er in der Praxis durchaus mit einem aufrichtig gemeinten Bekenntnis zur Volksgemeinschaft vereinbar.

[1]) Haubach, Die Fahne der Republik — die Fahne der Partei, in: Die Glocke 10 (1924/25), S. 273—276.

[2]) R. v. 15. Februar 1925 (Jungbannerbeilage).

[3]) Fritz Sollmann, Nation und Sozialismus, R. v. 19. Februar 1927.

[4]) Vgl. dazu die Polemik Franz Osterroths, der einer der leidenschaftlichsten Vertreter der nationalen „Hofgeismarer" war, gegen die orthodox-marxistische Richtung der Jungsozialisten, in: Jungsozialistische Blätter 3 (1924), S. 68. Für Osterroth und seine Gesinnungsfreunde war allerdings „Nation" gegenüber „Klasse" das schlechthin Höherwertige. Bezeichnend einige Passagen aus der Polemik Osterroths, ebd.: „Er (der marxistische Doktrinär; d. Verf.) überlegt nicht, daß die Klasse nur Funktionswert in der Geschichte hat; das Gesicht der deutschen Nation wird noch leuchten, ja gewiß erst zu klarer Ausprägung kommen, wenn der Klassenkampf der Geschichte angehört." Ähnlich der später zum Kreis um Niekisch stoßende Benedikt Obermayr: „Niemals steht im Mittelpunkt einer Geschichtsepoche die Expropriation der Expropriateure. Politik hat nur mit Völkern zu tun. Unsere Aufgabe als Klasse ist in den Schicksalsweg des deutschen Volkes eingeordnet." ... „Die größte Gemeinschaft ist das Volk." Ebd., S. 202.

[5]) Vgl. Hörsing, Reichsbanner Schwarz Rot Gold, in: Volk und Reich, II, S. 189.

Zur theoretischen Bewältigung des Problems, das sich aus der Spannung zwischen Klassenkampf und Volksgemeinschaft, National und International, Staatspolitik und Arbeiterpolitik, revolutionärer und staatlicher Aufgabe — im Grunde nur verschiedene Aspekte ein und derselben Sache — ergab, wurde indes kaum etwas getan[1]). Das gilt für die sozialdemokratische Partei, die diese Gegensätze in den Konflikten zwischen ihrem rechten und linken Flügel widerspiegelt, wie für das nach außen hin geschlossener wirkende Reichsbanner. Alle „vaterländischen" Bekundungen und Bemühungen, die Arbeiterschaft an Staat und Nation heranzuführen, können nämlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es vom Grundsätzlichen her in den Fragen, die sich mit dem Verhältnis von nationaler und internationaler Überzeugung befaßten und dem Stellenwert, der diesen Bindungen jeweils zukam, einen sicheren und festen Stand nicht gab. Denn den Gegensatz einfach zu leugnen, wie es nicht selten, etwa unter Berufung auf das Wort von Jaurès, die Nationen seien „klingende Saiten an der Lyra Menschheit", geschah[2]), war keine adäquate Antwort. Die theoretische Begründung jener Politik, die gerade das Reichsbanner am entschiedensten verkörperte, blieb nach wie vor unzulänglich.

Die aus solchen Versäumnissen resultierende „Unsicherheit und Unbeholfenheit" der sozialistischen Linken, die Haubach 1924 in Schärfe anprangerte[3]), verzögerte nicht nur das Hineinwachsen der Arbeiterschaft in den Staat, sondern erschwerte es auch, eine klare und unmißverständliche Haltung zu Grundfragen nationaler Außenpolitik einzunehmen. Wenn die Linke den Staat für sich erobern wollte, dann kam sie nicht umhin, glaubhaft als Führerin der Nation, als Sachwalterin ihrer Interessen und Wahrerin ihrer Würde aufzutreten und eine entsprechende Sprache zu pflegen, nach innen wie nach außen. Das war doppelt notwendig in einem Volk, das sich durch Niederlage und Friedensvertrag in seinen nationalen Belangen und in seiner nationalen Ehre zutiefst verletzt fühlte und darauf mit einem gesteigerten Nationalismus reagierte[4]). Es hieße die

[1]) Auf diese Versäumnisse weist vor allem Haubach in seinem erwähnten Artikel (vgl. S. 252, Anm. 1) mit allem Nachdruck hin.

[2]) Vgl. R. v. 20. Mai 1928 (Warburg).

[3]) Die gleiche Unsicherheit spiegelt sich in den um diese Fragen geführten Diskussionen der Zeitschrift „Das Freie Wort", die wohl als ein vom sozialdemokratischen Parteivorstand gestartetes Konkurrenzunternehmen zu der Zeitschrift „Klassenkampf", dem Organ der Parteilinken, anzusehen ist. Nachdrücklichen Bekenntnissen zu Nation, Staat und Vaterland (vgl. u. a. ebd. 3 (1931), H. 2, S. 2 f.) stehen andere Äußerungen gegenüber, die ebenso entschieden den Klassenkampf propagieren und, unmißverständlich in ihrer Absage an Werte wie Nation und Vaterland, betonen, daß der deutsche Arbeiter mit jedem chinesischen Kuli mehr Gemeinsames besitze als mit einem deutschen Industriellen (vgl. u. a. ebd. 3 (1931), H. 4, S. 26). Die auf Ausgleich und Vermittlung bedachten eingestreuten Bemerkungen der Redaktion drücken sich zumeist um die Probleme herum.

[4]) Genau das war es, was die „nationalen" Hofgeismarer immer wieder forderten. Vgl. dazu „Jungsozialistische Blätter" 3 (1924), S. 68, 201; die sozialdemokratische Partei nahm indes von dieser Tatsache offiziell gleichsam keinerlei Notiz. Im Heidelberger Programm fehlte, wie Stampfer später selbstkritisch vermerkt (Vierzehn Jahre, S. 521), jeder Hinweis auf „die beson-

Augen vor der Wirklichkeit verschließen, wollte man die schweren Belastungen verkennen, die sich durch die aufgezwungene „Erfüllungspolitik" für die neuen Träger der deutschen Politik ergaben, da „Erfüllung" vom Volke zunächst als nicht national empfunden wurde; die Frage ist indes, ob diese Hypothek notwendig zum politischen Bankrott führen mußte.

Wenn Niekisch 1924 warnend darauf hinwies, daß die SPD, die „Partei der Reichseinheit", darauf achten müsse, daß „ihre Erfüllungsbereitschaft als eine Angelegenheit der politischen Zweckmäßigkeit, nicht der grundsätzlichen Forderung" erscheine, weil sie sich sonst in „heftigen Widerspruch zu den urtümlichen politischen Instinkten des Volkes" setze und die schon verbreitete „unglückselige Auffassung" festige, daß die Sozialdemokratie wie die Republik die „nationalen Lebensnotwendigkeiten nicht zu wahren" vermöchten[1]), dann legte er den Finger auf eine Wunde, die für die Republik tödlich werden sollte. Der Sozialdemokratie, die weithin stellvertretend für das gesamte Weimarer Lager steht, gelang es zu keiner Zeit, die von ihr vertretene Politik glaubhaft als „nationale" Politik hinzustellen. Das Ergebnis war, daß die Republik selbst mehr und mehr als eine Staatsform erschien, die dem deutschen Volke von außen her aufgedrängt worden sei, im Grunde aber „deutschem Wesen" und den nationalen Interessen widerspreche. Man ließ es fast anstandslos zu, daß die Führung der nationalen Opposition gegen die Entente zu einer Domäne der Rechtsparteien wurde, ohne auch nur den ernsthaften Versuch zu wagen, die tief aufgewühlten nationalen Leidenschaften positiv für den Aufbau des neuen Staates nutzbar zu machen.

Daß das nicht geschah, daß man im Grunde immer nur so patriotisch war, wie es der Anstand gerade erforderte, erklärt sich nicht nur aus einem verständlichen Mißtrauen gegenüber chauvinistischen Parolen und hemmungsloser nationalistischer Agitation. Eine wesentliche Ursache lag eben in dem theoretisch ungeklärten Verhältnis der Linken zu Staat und Nation, das zudem noch belastet wurde durch einen verschwommenen Pazifismus und eine oft unrealistische Einstellung zu nationaler Machtpolitik. Niemand wird mit Gewißheit sagen können, ob und inwieweit eine konsequent und demonstrativ „nationalere" Politik von der „Nation" honoriert worden wäre, da noch ganz andere Faktoren als das nationale Moment im Spiele waren. Es dürfte jedoch außer Frage stehen, daß die Haltung der republikanischen Linken dazu beitrug, die politisch-psychologische Massenbasis des Weimarer Staates zu unterhöhlen. Durch die Vernachlässigung elementarer und ehrlich empfundener nationaler Bedürfnisse wurde ein Vakuum geschaffen, in das die Millionen Hitlers und des deutschen

---

dere Lage des deutschen Volkes", das „im Jahre 1925 nicht nur ein Volk, das unter dem Kapitalismus litt, sondern auch ein geschlagenes Volk, das unter einem harten Frieden stöhnte", gewesen sei.

[1]) Niekisch, in: Die Glocke 10 (1924/25), S. 1087.

Nationalismus nahezu ungehindert einzudringen vermochten. Insofern wird man zu Recht von einem politisch-psychologischen Versagen der republikanischen Politik sprechen müssen[1]).

Eine Zeitlang mochte es scheinen, als ob die Gründung des Reichsbanners eine Wende einleiten würde. Die kräftige nationale Sprache, die die Kundgebungen des neuen Verbandes durchzog, ließ Freund wie Gegner aufhorchen. Während die Rechte, mit aus der Sorge heraus, eine bequeme Agitationsformel gegen den Weimarer Staat zu verlieren, im allgemeinen wenig begeistert reagierte, konstatierte Ernst Niekisch erfreut, daß sich zum ersten Male auf der Linken ein „Geist der Selbstbehauptung" breitmache, der einmal auch den „Übermut der auswärtigen Feinde in seine Schranken" verweisen könne[2]).

In der Tat war das Verhalten des Verbandes dazu angetan, jenen Kreisen Auftrieb zu geben, die einen „nationalen Aufbruch der Linken" und einen starken nationalen Staat auf republikanischer Grundlage erhofften. Das Reichsbanner trat mit Nachdruck für „eine gesunde nationale Selbstbehauptung" ein und wandte sich ebenso entschieden gegen die „manchmal zu beobachtende Bereitwilligkeit, jeden Anspruch des Gegners berechtigt zu finden und eine Art Bußepolitik nach außen zu treiben, die von kräftigen Tönen gegen Schichten des eigenen Volkes begleitet" sei[3]), und zwar nicht zuletzt deshalb, um den gefährlichen Anschein zu zerstören, „als ob die Sozialdemokratie im Innern einer Politik der Wehrlosmachung und nach außen hin einer Politik der Unterwerfung zustimme"[4]).

Es heißt nicht, die Echtheit und Aufrichtigkeit der nationalen Bekenntnisse und „vaterländischen" Reden in Frage stellen, wenn man auf die Bedeutung dieses innenpolitischen Motives verweist. Das nationale Auftreten des Verbandes ist unverkennbar von dem Bestreben diktiert zu beweisen, daß auch das republikanische Lager „vaterländische Forderungen mit Energie und Geschick" zu vertreten wisse[5]). Wo immer es eigene Prinzipien und politische Rücksichtnahme zuließen, suchte der Bund sich bewußt „national" ins Spiel zu bringen. Ein bezeichnendes Beispiel ist die Massenteilnahme des Reichsbanners an der Rheinlandbefreiungsfeier in Köln, ein Akt demonstrativen Bekennens zur

---

[1]) Eine andere Frage allerdings, ob die sozialistische Linke in ihrer Masse psychologisch nicht einfach überfordert war, wenn man von ihr verlangt, sie hätte nach 1918 bewußt als Führerin der Nation und Träger des neuen Staates auftreten müssen. Die staatliche Macht war ihr über Nacht gleichsam in den Schoß gefallen. Innerlich war sie auf die neue Rolle, die sie spielen sollte, in keiner Weise vorbereitet.

[2]) Niekisch, in: Der Firn, zitiert nach R. v. 15. März 1925.

[3]) Ernst Reuter, Nation, Pazifismus und Arbeiterschaft, R. v. 15. Mai 1924.

[4]) Reuter, ebd.

[5]) So in einem Artikel in der „Hartung'schen Zeitung" (Telegrapharchiv) v. 7. November 1928, der sich mit der Gründung des Reichsbanners in Ostpreußen befaßt. In Ostpreußen gab sich der Verband, bedingt durch die besondere Lage dieser Provinz, noch sehr viel „nationaler", als es im „Reich" generell der Fall war. Vgl. dazu auch Holtum, Denkschrift.

Schicksalsgemeinschaft der Nation, der weithin Aufsehen erregte und, je nach politischem Standort, Genugtuung oder empörte Reaktionen auslöste[1]).

Gerade dieser Vorfall zeigt auch die Grenzen, die der nationalen Agitation des Verbandes gesetzt waren. Das Reichsbanner feierte zwar, nicht zu Unrecht, den vorzeitigen Rückzug der Franzosen als einen Erfolg republikanischer Verständigungspolitik, hatte es jedoch vorher versäumt, die Führung im Kampf gegen die Rheinlandbesetzung zu übernehmen. Die Protestbewegung gegen Versailles blieb weithin eine Domäne der Rechten; denn zu einer konsequent und leidenschaftlich betriebenen nationalen Agitation konnte und wollte sich auch das Reichsbanner nicht verstehen.

Eine neue „jakobinische Linke", wie man gelegentlich erhofft hatte[2]), war mit dem Reichsbanner gewiß nicht entstanden. Insofern hat der Verband Erwartungen enttäuscht, er werde die Kluft zwischen Sozialismus und Nation vollends schließen und damit der Staatsumwälzung von 1918 nachträglich die „nationale Legitimation" verschaffen. Gemessen an dem, was den sozialistischen Massen, die ja auf ihre neue Rolle als Staat und Nation tragende Schicht psychologisch in keiner Weise vorbereitet waren, überhaupt zugemutet werden konnte, wird das Urteil jedoch anders ausfallen.

Immerhin hat die Organisation bewußt die Konsequenzen aus der durch die Staatsumwälzung von 1918 für die Linke geschaffenen Situation gezogen und versucht, als nationalpolitische Erzieherin der linken Massen diese behutsam an Staat und Nation heranzuführen. Sie wußte oder ahnte doch die Gefahr, die sich für den Bestand des Weimarer Staates ergeben müsse, wenn es nicht gelingen werde, die Begriffe „Republik" und „Nation" zur Deckung zu bringen, da sie sehr viel stärker, als es gemeinhin auf der sozialdemokratischen Linken der Fall war, die Bedeutung der gefühlsmäßigen nationalen Momente und emotionalen Faktoren für den Prozeß der politischen Bewußtseinsbildung in Rechnung stellte — die spätere sozialdemokratische Selbstkritik hat nicht zu Unrecht die Unterbewertung politischer Imponderabilien seitens der SPD für das Scheitern der Partei mitverantwortlich gemacht[3]).

[1]) Vgl. dazu u. a. die „Osnabrücker Volkszeitung" (Z) v. 16. März 1926, die sich kritisch mit den Protesten gegen diese angebliche „Unverschämtheit" auseinandersetzt und der Rechten ein einfach törichtes Verhalten vorwirft, da doch jeder, der es aufrichtig meine, sich freuen müsse, daß die sozialistischen Massen sich so demonstrativ zur Nation und zu einem nationalen Symbol bekannt hätten.

[2]) Das war z. B. die Hoffnung des ehemaligen „Novembersozialisten" Müller-Brandenburg gewesen, der in den Jahren 1922/23 als Leiter der politischen Polizei im „roten" Thüringen fungiert hatte, anschließend jedoch wieder aus der SPD ausgetreten war. Müller-Brandenburg, ebenso überzeugt republikanisch wie entschieden national, hatte vom Reichsbanner erwartet, es würde den starken nationalen Staat auf republikanischer Grundlage schaffen. Schon 1925 erklärte er jedoch, der Verband habe in dieser Hinsicht völlig versagt. Vgl. St. v. 29. März 1925.

[3]) Diesen Vorwurf erhebt vor allem Arthur Rosenberg, Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad 1935, S. 107 ff., passim. Zur sozialdemokratischen Selbstkritik generell — Unterschätzung des Nationalgefühls — vgl. Matthias, Sozialdemokratie und Nation, S. 64 ff.

Auf diese Zusammenhänge wird man gerade deshalb verweisen müssen, weil der äußere Mißerfolg des Reichsbanners so offen zutage liegt. Es gelang zu keiner Zeit, die der Republik entfremdeten nationalen Kräfte und Energien wieder unter das Dach des Weimarer Staates heimzuholen. Der Versuch, in politisches Neuland vorzustoßen und damit die psychologische Massenbasis der Republik entscheidend zu erweitern, mußte schon sehr bald als gescheitert angesehen werden.

Das „Heimholen" deutet allerdings schon die Schwierigkeiten an, die diesen Bemühungen von Anfang an entgegenstanden. Als sich der Verband 1924 konstituierte, waren vier Jahre seit dem für das republikanische Lager so katastrophalen Wahlergebnis vom 6. Juni 1920 vergangen, Jahre, in denen sich die Vorurteile — berechtigt oder nicht — gegen den Weimarer Staat mehr und mehr verfestigt hatten. Der Verband trat also nicht unbelastet in die politische Arena, sondern beladen mit der schweren Hypothek, einer bereits als „undeutsch" und „unnational" verschrienen Republik nationale Reputation verschaffen zu müssen. Diese Ausgangssituation war vor allem deshalb so wenig günstig, weil das Bemühen des Bundes notwendig in den Verdacht geriet, nur ein taktisches Manöver zu sein, das der republikanischen Linken durch den Vormarsch der „nationalen Opposition" aufgezwungen worden sei. Die politische Rechte konnte sich gerade durch das nationale Auftreten des Reichsbanners in ihrer eigenen Haltung bestätigt fühlen und nicht ganz zu Unrecht darauf hinweisen, daß es ihrer leidenschaftlichen nationalen Agitation zuzuschreiben sei, wenn die Linke sich heute veranlaßt sehe, „zähneknirschend" Zugeständnisse zu machen und ihre „widernationale Hetze" aufzugeben[1]).

In der Tat wäre es töricht, wollte man die Auslösefunktion der Rechten in Abrede stellen. Die wachsenden Erfolge der „nationalen Opposition" haben zweifellos die nationale Sprache der Linken „provoziert"[2]). Auch das Verhalten des Reichsbanners ist wesentlich reaktiv. Das zeigt sich deutlicher noch als in den 20er Jahren in der Endphase der Republik, in der sich die nationale Sprache des Verbandes in einem Maße steigerte, daß sich der Jungkonservative Schotte zu der auf das Reichsbanner gemünzten Bemerkung veranlaßt fühlte: „An Nationalismus läßt sich, Gott sei Dank, kein Deutscher mehr vom anderen übertreffen[3])." Hätten die Träger des Weimarer Staates all die Jahre hindurch in dieser Weise gesprochen, mit gleicher Selbstverständlichkeit und Deutlichkeit, wären sie möglicherweise nicht so leicht von der Sturmflut des Nationalis-

[1]) St. v. 15. März 1925. Ähnlich Mahraun (Der Jungdeutsche v. 26. Februar 1925), wenn er betont, die „marxistischen Drahtzieher" hätten notgedrungen diesen „Geist" beim Reichsbanner zulassen müssen.

[2]) Vgl. dazu auch die offenherzige und gleichzeitig entschuldigende Erklärung Ernst Heilmanns (Das Freie Wort 3, 1931, H. 4, S. 26), man komme einfach um diese Sprache nicht herum, da der Gegner laufend mit dem Vorwurf des Unnationalen arbeite.

[3]) Schotte, Der neue Staat, S. 140.

mus überrollt worden. 1932 vermochte das nationale Auftreten der Linken wenig mehr am Lauf der Dinge zu ändern, da der richtige Zeitpunkt — wofern es ihn je gegeben hatte — endgültig verpaßt war. Ihre Propaganda geriet notwendig in den Verdacht, eine bloß opportunistische Anpassung an die „nationale Welle" zu sein, und wurde dadurch in ihrer Glaubwürdigkeit und Stoßkraft erschüttert, zumal sie ohnehin niemals, aus inneren Gründen, mit der hemmungslosen Agitation der extremen Rechten zu konkurrieren vermochte.

An den gleichen Gebrechen krankte auch die zeitweilig bewußt mit nationalen Argumenten geführte Propagandaoffensive des Verbandes gegen den Nationalsozialismus, die 1932 mit der Kampagne der Eisernen Front gegen den „Südtirolverrat" Hitlers einen ihrer Höhepunkte erreichte[1]). Das taktische Interesse war allzu offenkundig, als daß diese Agitation, zumal in Norddeutschland, hätte überzeugend wirken können. Das lag ebensosehr an der Plötzlichkeit, mit der die Linke ihr Herz für Südtirol entdeckte, wie an der Einseitigkeit, mit der sie ihr Mitgefühl den unter „faschistischen Drangsalierungen" leidenden Südtirolern zuwandte; den deutschen Minderheiten in anderen Ländern schenkte sie nur eine geringe Aufmerksamkeit[2]).

Wenn in den vorstehenden Darlegungen auf „nationale Versäumnisse" der republikanischen Linken hingewiesen wurde, dann soll damit keinesfalls behauptet werden, daß wir darin die Hauptursache für das Scheitern des Weimarer Experiments zu suchen haben. Daß die Republik zeitlebens mit dem Stigma des „Undeutschen" und „Unnationalen" behaftet blieb und unter dem Odium stand, „Fremdgeist" und „geistiges Franzosentum" zu verkörpern, daß umgekehrt dem Nationalsozialismus, auch von breiten Schichten des deutschen Bildungsbürgertums, fast ohne weiteres der Anspruch abgenommen wurde, beste Traditionen deutscher Geschichte fortzuführen, erklärt sich gewiß nicht allein aus politisch-psychologischen Fehlhaltungen des republikanischen Lagers; es erklärt sich auch nicht allein aus der durch Niederlage und Versailles heraufbeschworenen politischen Situation und der daraus folgenden politischen Entwicklung. Innerhalb des Gesamtkomplexes von Ursachen, der für den Untergang des Weimarer Staates verantwortlich zu machen ist, kommt den erwähnten „nationalen Versäumnissen" nur ein begrenzter Stellenwert zu. Ausklammern darf man diesen Faktor jedoch nicht: er hat zumindest erleichtert, daß die Republik von der Welle eines revolutionären Nationalismus in den Abgrund gezogen werden konnte. Wie stark und zugleich gefährlich diese nichtintegrierten Kräfte waren, dafür ist nicht zuletzt auch Gründung und Geschichte des „reagierenden" Reichsbanners ein eindrucksvoller Beweis.

[1]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 400.

[2]) Ein Artikel wie der von dem nachmaligen Generalsekretär der DDP, Stephan (R. v. 15. September 1927), der auf die unter „fremden Herrenvölkern leidenden 6 Millionen Deutschen" außerhalb der Reichsgrenzen verweist und verlangt, daß das Reichsbanner sich der Rechte dieser Minderheiten nachdrücklichst annehme, gehört zu den ganz wenigen Ausnahmen, wo sich der Verband tatsächlich mit solchen Problemen befaßt.

4. Die Staatsgesinnung der republikanischen Massen

Alle bisherigen Aussagen über das Verhältnis von Reichsbanner und Nation bedürfen einer wesentlichen, an sich selbstverständlichen Einschränkung. Was als die Haltung des Reichsbanners charakterisiert wurde, ist das Ergebnis einer stark abstrahierenden Analyse, ist eine Art geometrisches Mittel aus einer Vielzahl von Artikeln und Äußerungen verschiedener Persönlichkeiten, deren Ansichten nicht in allen Einzelheiten und Nuancen übereinstimmten. Es spiegelt zudem zunächst nur das Ideengut einer relativ kleinen Führungsgruppe wider, die allerdings, in ihrer Eigenschaft als Funktionäre, Redakteure und Publizisten, das offizielle politisch-ideologische Profil des Verbandes bestimmt hat.

Eine weitere Frage lautet deshalb: wie stand der „einfache Mann" zu dem, was ihm nicht selten in pädagogischer Absicht dargereicht wurde. Identifizierte er sich tatsächlich so mit Nation, Staat und Republik, wie man es von ihm forderte, oder glitten alle Bemühungen, ihn in ein wirkliches Verhältnis zum bestehenden republikanischen Staate zu bringen, von ihm ab? Mit diesen Fragen begeben wir uns auf ein höchst unsicheres Terrain; aber es soll doch wenigstens der Versuch gemacht werden, einige vorsichtige Antworten zu formulieren.

Karl Höltermann urteilt in einer während seiner Londoner Emigration verfaßten Aufzeichnung, die sich polemisch mit den „Weltanschauungsparteien" der Weimarer Zeit auseinandersetzt, daß sich letztlich keine Partei voll und ganz mit diesem angeblich so „elenden Staate" identifiziert habe, da im Grunde ihr aller Ideal der „totale Parteistaat" gewesen sei. In dieser fehlenden Identifikation mit dem konkreten Staatsgebilde sieht er eine wesentliche Ursache dafür, daß man die Aufgabe der freiheitlich-demokratischen Republik gar nicht als so schweren Verlust empfunden habe[1]). Damit stellt er, mag er auch gewisse Seiten überzeichnen, in aller Schärfe eine Grundschwäche des Weimarer Staates heraus. Denn tatsächlich hat wohl keine politische Gruppe, sieht man von der DDP ab, dieses auf einem politischen und weltanschaulichen Kompromiß beruhende Gebilde voll und ganz als ihren Staat empfunden, weder die Sozialdemokratie noch das Zentrum, geschweige denn die Parteien der Rechten. War es für die einen „nicht viel", das man zwar faktisch, aber doch nie ohne innere Reserve bejahte, so war es für die anderen einfach ein Greuel. Das Schlagwort von der „Republik ohne Republikaner" brachte diesen Sachverhalt auf eine polemisch-aggressive Formel.

Es gehört zu den bleibenden Verdiensten des Reichsbanners, daß es sich dieser Herausforderung stellte und den Versuch unternahm, aus bloß „Verfassungstreuen" streitbare Anhänger der Republik, aus „Vernunftrepublikanern" „Herzensrepublikaner" zu machen und die gleichgültig oder verbittert abseits Stehenden unter Schwarz Rot Gold zu sammeln. Gewiß stand es mit diesen Bemühungen nicht allein da. Der Republikanische Reichsbund, der sich um eine

[1]) Aufzeichnungen „Parteien unter Hitler" (Nachlaß Höltermann).

Vertiefung republikanischen Ideengutes bemühte, verfolgte ähnliche Ziele; er blieb jedoch ein Konventikel von Intellektuellen, ein „Offiziersklub", dem die „Soldaten" fehlten. Die einzige republikanische Vereinigung, der es gelang, Massen aufzubieten und sie als Marsch- und Demonstrationstruppe für den neuen Staat zu mobilisieren, war das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, dessen Gründung als Zeichen der Hoffnung, als „Signal zu neuem politischem Leben, zu neuem Staatsgefühl" vor allem von jenen Kreisen begeistert begrüßt wurde, die das zutiefst Unbefriedigende des bisherigen staatlichen Zustandes lebhaft empfanden[1]). Nicht wenige führende „republikanische" Politiker sahen daher die primäre Aufgabe des Verbandes darin, „die breiten Massen der Arbeiterschaft zu republikanisch-staatspolitischem Denken zu erziehen"[2]). Selbst dann, wenn sie einer Kampforganisation innerlich ablehnend gegenüberstanden, schenkten sie der neuen Vereinigung aus solchen Erwägungen ihre Sympathien.

Der Verband hat seinen „staatspolitischen" Erziehungsauftrag von Beginn an sehr ernst genommen und in den Mittelpunkt seiner Bildungsarbeit gestellt. Wendungen wie „Nichts für uns — alles für den Staat"[3]), „Hin zum Staat"[4]) oder Beteuerungen, daß die „Hingabe an den Staat" der „eigentliche Sinn" der Vereinigung und der „Zweck" sei, der „drei Millionen Reichsbannerleute" zusammenschließe[5]), gehören zum ständigen Vokabular des Bundes. Zahllose Aufsätze umkreisen, fast bis zum Überdruß, die Themen „Arbeiterschaft und Staat", „Arbeiterschaft und Nation" und predigen die Notwendigkeit einer Hinwendung zum Staat, auch in seiner gegenwärtigen Gestalt[6]).

Wer diese Artikel und zahlreiche Reden prominenter Reichsbannerführer, namentlich die publizistischen Äußerungen Wirths, der zeitweilig mit der Gebärde eines „Apostels republikanischer Staatsgesinnung" auftrat[7]), unvor-

---

[1]) So Wolfgang Heine in einer Rückschau auf die Gründungszeit des Reichsbanners, R. v. 27. September 1930.

[2]) So Kurt Schumacher, R. v. 15. Juni 1929; Schumacher selbst sieht darin allerdings nicht die Hauptaufgabe; sie könne ebensogut von den Parteien geleistet werden. Für ihn ist das Reichsbanner primär ein Kampfverband. Ernst Heilmann betont dagegen: „Hier (in der Verbreitung des Staatsgedankens; d. Verf.) liegt sein eigentlicher und tiefster Wert" (Das Freie Wort 3 (1931), S. 2).

[3]) R. v. 27. September 1930.

[4]) R. v. 8. April 1928.

[5]) Prof. Martin Hobohm, Das alte heilige Potsdam, in: Reichsbanner und Potsdam, S. 9; ähnliche Wendungen tauchen auch in der Spätphase immer wieder auf. Vgl. R. v. 8. Oktober 1932 („Die Idee unseres Bundes ist eine staatspolitische, nicht eine parteipolitische"). Vgl. R. v. 3. Mai 1930.

[6]) Vgl. u. a. IRZ v. 9. Januar 1926; IRZ v. 11. September 1926; R. v. 8. April 1928; vgl. R. v. 1. März 1927; R. v. 30. Dezember 1928; R. v. 8. November 1931; R. v. 8. Oktober 1932; vgl. vor allem auch die Reden auf der Verfassungsfeier 1927 in Leipzig (R. v. 1. September 1927) und der Verfassungsfeier 1928 in Frankfurt a. M. (R. v. 26. August 1928).

[7]) Vgl. u. a. Wirth, Republikanisierung der Republik, IRZ v. 28. Mai 1927; ders.: Verfassungstag, IRZ v. 13. August 1927; ders.: Arbeiterschaft und Staatsidee, R. v. 2. Februar 1929. Bei Wirths Auseinandersetzungen im Zentrum, die zu seinem zweimaligen Austritt aus der

eingenommen betrachtet, wer registriert, mit welcher Entschiedenheit sich Sollmann in Leitartikeln gegen das „Geschwätz über Weltrevolution, Diktatur des Proletariats und ähnliche Schlagwörter" wendet und die „verantwortungslose Nörgelei" an der Weimarer Demokratie verurteilt[1]), muß zu der Überzeugung kommen, daß hier ein rückhaltloses Bekenntnis zur Republik, zu ihrer Substanz und zu ihren inneren Prinzipien gefordert wird. Staat und Verfassung werden nicht nur bejaht, weil und insoweit sie für andere Lösungen, für den Sozialismus, offen sind. Dem widerspricht nicht die Tatsache, daß fast ständig, unter Berufung auf den „Geist der Verfassung", die politische und soziale Ausgestaltung der Republik zu einem „wahren Volksstaat" propagiert wird. Denn diese Forderung findet ihre Grenze in der Anerkennung eines gesellschaftlich-politischen Pluralismus als eines Wesensbestandteils dieser Demokratie, zielt also — jedenfalls in der Regel — auch prinzipiell nicht auf die Aufhebung der Weimarer Kompromißstruktur und ihre Ersetzung durch einen ideologisch geschlossenen Parteistaat[2]).

Häufigkeit und Dringlichkeit solcher Appelle deuten allerdings schon darauf hin, daß die „Staatsgesinnung" der angesprochenen Massen zu wünschen übrig ließ. Selbst wenn man einräumt, daß die dahinterstehende pädagogische Absicht dramatisierende Übertreibungen begünstigte: die Klagen über „Müdigkeit", „Fatalismus", „Vertrauensschwund"[3]) und wachsende „Staatsverdrossenheit" im republikanischen Lager[4]) sprechen eine zu deutliche Sprache, als daß sie mit einer Handbewegung abgetan werden könnten. In der Tat war ja die innenpolitische Entwicklung kaum dazu angetan, neuen Enthusiasmus für diese Republik zu wecken, von deren „Errungenschaften", wie es in bitterer und zugleich gefährlicher Übertreibung hieß, nur der § 48 übriggeblieben sei. Man wird deshalb den Erfolg der staatspolitischen Erziehungsarbeit zunächst einmal relativ skeptisch beurteilen müssen.

Die spätere Agitationshaltung des Verbandes scheint diese Vermutung zu stützen. Nicht daß weniger von Kampf für die Demokratie und Republik gesprochen worden wäre; aber es tritt insofern eine leichte Akzentverschiebung ein, als, offensichtlich unter dem Eindruck der Massenstimmung, nachdrücklicher als bisher auf die Formel „für Demokratie und Sozialismus" zurück-

---

Reichstagsfraktion des Zentrums führen, geht es um das gleiche Problem, um die Forderung nämlich, sich mit dem gegenwärtigen Staat voll und ganz, politisch zu identifizieren. Diesen Zielen sollte auch die von Wirth, unter Beteiligung von Löbe und Haas, gegründete „Republikanische Union" sowie die gleichfalls auf Wirths Initiative geschaffene Zeitschrift „Deutsche Republik" dienen. Vgl. auch Josef Wirth, Der Aufbruch, Republikanische Flugschriften, Berlin/Frankfurt a. M. 1926 (enthält neben Beiträgen verschiedener Verfasser auch Wirths Aufruf zur Gründung der Republikanischen Union: „Ziel und Wege deutscher Politik"). Zu Wirths politischer Konzeption vgl. generell J. Becker, Josef Wirth und die Krise des Zentrums, a.a.O., passim.

[1]) R. v. 15. April 1928.

[2]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 331 ff.

[3]) R. v. 8. April 1928 (H. M. = Hubert Meurer). Vgl. auch R. v. 1. September 1927 (Nölting).

[4]) IRZ v. 28. Mai 1927.

gegriffen und dem Wort Republik, um besser „anzukommen", eine sozialistische Zukunftsdeutung unterlegt wird[1]). In ihrer praktischen Auswirkung waren diese Unterschiede relativ unerheblich, denn die Weimarer Demokratie blieb immer eine notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus und deshalb nicht minder verteidigungswert. Zieht man die staatspolitische Summe, so wird man dem Verhalten größere Bedeutung zumessen, da sich in ihm zumindest eine Relativierung der eigenen Einstellung zum Weimarer Staat und zu seiner Verfassung dokumentiert: die Republik erhält transitorischen Charakter, und damit wird gleichzeitig die eigene Staatsbindung „indirekter".

Betrachtet man diese Entwicklung, dann mag man geneigt sein, in der Kritik zeitgenössischer Beobachter, die die pathetischen Republikbekenntnisse und imposanten Demonstrationen des Reichsbanners als schwarzrotgoldenes Spektakulum und leeres Getöse abwerteten, mehr zu sehen als politische Böswilligkeit, zumal wenn solche Thesen von ernst zu nehmenden Männern wie dem katholischen Sozialwissenschaftler Theodor Brauer vertreten wurden. Brauers Analyse in seinem 1929 erschienenen Werk „Der moderne deutsche Sozialismus" mündete in die Behauptung, daß für den, der sich durch „Äußerlichkeiten" wie Reichsbanner nicht blenden lasse, kein Zweifel daran bestehe, daß die linken Massen kein wirkliches Verhältnis zum bestehenden Staat besäßen[2]).

Insoweit der Freiburger Wissenschaftler auf das theoretisch ungeklärte Verhältnis der SPD zu Staat und Nation verweist, wird man ihm schwer widersprechen können, mag man auch einzelne überscharfe Urteile des politisch stark engagierten Autors — Brauer stand der Christlichen Gewerkschaftsbewegung nahe — für revisionsbedürftig halten. Verzeichnet erscheint jedoch das Urteil über das Reichsbanner deshalb, weil Brauer einseitig von der Theorie ausgeht und sich dadurch den Blick für die eigentlichen Leistungen und Verdienste des vorwiegend „praktischen" Verbandes verstellt. Das theoretisch-ideologische Ergebnis des Bundes war gewiß dürftig — der Name des „Un-Theoretikers" Hörsing als Repräsentant dieser Organisation besagt genug. Aber es ist sehr die Frage, ob es schon deshalb berechtigt ist, die Bedeutung des Verbandes unter staatspolitischem Aspekt als bloß „äußerlich" und damit nichtig hinzustellen. Hat nicht einfach die staatspolitische Betätigung der Organisation das Bewußtsein und die Mentalität ihrer Mitglieder in starkem Maße geformt und beeinflußt?

An Hand der Einstellung des Verbandes zu Hindenburg soll versucht werden, auf diese Frage eine vorsichtige Antwort zu geben. Dabei sei weniger an die unter dem Motto „für Hindenburg, gegen Hitler" stehende Reichspräsidentschaftswahl von 1932 gedacht, sondern an die Haltung während der Jahre 1925 bis 1932. Das Reichsbanner hatte 1925 in nicht geringem Maße die leidenschaftliche Kam-

[1]) Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 40.

[2]) Th. Brauer, Der moderne deutsche Sozialismus, S. 11.

pagne gegen Hindenburg getragen, und die Erbitterung des Kampfes wirkte zunächst noch so weit nach, daß der Verband beim Einzug des neuen Reichspräsidenten in Berlin nicht zur Begrüßung erschien. Diese Einstellung änderte sich jedoch rasch[1]). Fortan gab es kaum einen Besuch Hindenburgs in der „Provinz", bei dem nicht das Reichsbanner in geschlossenen Kolonnen aufmarschierte.

Das geschah nicht Hindenburgs wegen, selbst wenn man einräumt, daß Spuren sentimentaler Anhänglichkeit an den Sieger von Tannenberg bei der Linken vorhanden waren, sondern trotz Hindenburg; denn über die „monarchistische" Gesinnung des alten Feldmarschalls, der zudem noch Ehrenmitglied des gegnerischen Stahlhelms war, gab man sich keinerlei Illusionen hin. Man sah in ihm jedoch das „Oberhaupt", den „Repräsentanten der Republik", und deshalb erschien ein Aufmarsch bei seinem Besuchen als selbstverständliche Pflicht, trotz aller innenpolitischen Gegnerschaft[2]). In dieser Haltung dokumentiert sich mehr als eine bloß „äußere" Disziplin, der sich alle, von einzelnen Frondeuren abgesehen, widerwillig fügten; in ihr zeigt sich bewußte Staatsgesinnung und Identifikation mit dieser Republik, auch in ihrer gegenwärtigen Gestalt unter einem „monarchistischen" Oberhaupt.

In die gleiche Richtung weist, daß der Verband auf den großen nationalsozialistischen Wahlsieg von September 1930 mit der Parole reagierte: „Laßt fanatischen Staatswillen aufkommen in allen Gauen Deutschlands"[3]) und seine Kampagne gegen den Nationalsozialismus zunächst betont unter ein staatspolitisches Vorzeichen stellte. Daß diese Form allerdings nicht immer rein und konsequent durchgehalten wurde, daß der entschlossene Einsatz für diesen Staat zugleich auch, wie die Agitationshaltung verrät, ein Kampf um die künftige Verwirklichungsmöglichkeit des Sozialismus war, wurde an früherer Stelle erwähnt. Aber selbst wenn man einräumt, daß möglicherweise das „Rot" des Sozialismus stärkere Widerstandskräfte mobilisierte als das „Schwarz Rot Gold" der Republik — in der politischen Wirklichkeit lassen sich die Dinge nicht so

[1]) Das geschah wohl mit unter dem Einfluß der DDP, die vom Reichsbanner nachdrücklich die Ehrenerweisung für den Reichspräsidenten forderte. Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes der DDP am 10. Oktober 1925. BA, R 45 III/Nr. 19.

[2]) Vgl. IRZ v. 1. Oktober 1927 („Der Reichspräsident v. Hindenburg. Zu seinem 80. Geburtstag"). Gegen diese Haltung wurde verschiedentlich Protest laut. Vgl. die Verhandlungen der BGV 1926, R. v. 15. Juni 1926 (u. a. Dr. Lube, Braunschweig) sowie die Verhandlungen auf der BGV 1928, R. v. 7. Oktober 1928 (Antrag Ladebeck, Bielefeld: solange Hindenburg Ehrenmitglied des Stahlhelms sei, sei für Reichsbanner ein Aufmarschieren unmöglich; Antrag stieß jedoch auf fast einhelligen Protest und wurde daraufhin von Ladebeck zurückgezogen). Einzelne Reichsbannervereine scherten sich allerdings nicht um die offiziellen Richtlinien und traten bei Hindenburgempfängen nicht an, so 1928 das Breslauer Reichsbanner. Vgl. R. v. 9. September 1928 mit einer Stellungnahme des Bundesvorstandes: „Der Breslauer Beschluß hat im Lager des Reichsbanners bei allen Kameraden, die auf politische Arbeit eingestellt sind und die radikale Phraseologie als im letzten unfruchtbar ablehnen, zumindest Kopfschütteln hervorgerufen."

[3]) R. v. 27. September 1930.

säuberlich scheiden —: faktisch wurde der Kampf doch weithin unter der Flagge Schwarz Rot Gold geführt, die damit zwangsläufig Symbolwert gewann.

Erleichtert wurde dabei die innere Bindung der linken Massen an die Staatsflagge zweifellos durch die Tatsache, daß Schwarz Rot Gold von gegnerischer Seite stets als Zeichen der „roten" Republik diffamiert wurde. Gerade diese Faktoren, die kämpferische Gewöhnung an die Farben des Staates und damit an die Republik selbst sowie ihre Diskreditierung seitens des innenpolitischen Gegners, wird man in ihrer Bedeutsamkeit für die politische Gefühls- und Bewußtseinsbildung nicht gering veranschlagen dürfen. Mehr wohl als alle gezielten politisch-pädagogischen Bemühungen haben sie dazu beigetragen, in den Massen der Linken das Gefühl dafür zu wecken, daß dies ihr Zeichen und ihre Republik sei[1]).

Die darin, trotz aller Einschränkungen, enthaltene Behauptung, daß „der Weimarer Staat im Lager des Reichsbanners gewesen ist", bedarf allerdings noch der Differenzierung. Der Verband war politisch nicht so homogen, wie es nach außen hin gelegentlich den Anschein haben mochte. Neben fanatischem schwarzrotgoldenen Staatsbewußtsein, das eine Gesinnung, wie sie sich in dem auf der sozialistischen Linken gängigen Schlagwort: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel" offenbarte, aus prinzipiellen Erwägungen leidenschaftlich bekämpfte, gab es politische Haltungen, die sich nicht besser als durch jenes verbandsoffiziell verfemte Schlagwort charakterisieren lassen. Neben Reichsbannerangehörigen, für die die „Internationale" kaum mehr als eine „alberne Phrase" bedeutete, die nun einmal zur sozialistischen Überlieferung gehöre[2]), standen andere, die die Einführung eben dieser „Internationale" als Bundeshymne verlangten, die nur mit „zusammengebissenen Zähnen" das

[1]) Vgl. dazu auch die Kritik Wirths an den Thesen Brauers, die in diesem Punkt berechtigt ist. Vgl. R. v. 2. Februar 1929.

[2]) So charakterisiert H. Duderstadt, Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz, S. 30, die Einstellung eines Großteils der jüngeren sozialdemokratischen Generation. Die Ausführungen des „Renegaten" Duderstadt wird man allerdings mit einiger Vorsicht betrachten müssen, da es ihm um eine nationale Ehrenrettung der sozialdemokratischen Anhängerschaft geht, begleitet von scharfen Ausfällen gegen die sozialdemokratischen Führer. Ähnlich äußert sich allerdings auch Höltermann in einem Schreiben v. 10. November 1933 an Herrn v. Scharpenberg (offensichtlich ist v. Scherpenberg gemeint, der nachmalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik), in dem er eine Intervention zugunsten des inhaftierten Karl Bröger erbittet. Karl Brögers Auffassungen über Staat und Nation hätten einen Großteil der jüngeren Generation der SPD stark beeinflußt und sie in einen Gegensatz zur offiziellen Parteiführung gebracht. Auch dieses Schreiben, von Höltermann mit „Ein Deutscher im Ausland" unterzeichnet, wird man kritisch betrachten müssen, da es offensichtlich von taktischen Erwägungen mitbestimmt ist (Nachlaß Höltermann). Daß den Aussagen ehemaliger Reichsbannerführer gleichfalls ein nur eingeschränkter Quellenwert beigemessen werden kann, braucht nicht eigens erwähnt zu werden. Bemerkenswert jedoch immerhin, daß Männer wie Dr. Krone, Dr. Nowack, Ernst Lemmer u. a. alle ohne Ausnahme den betont „nationalen Geist" und das „gesunde Nationalgefühl" beim Reichsbanner lobend hervorheben.

„Deutschlandlied" hörten[1]) und mit innerster Empörung das „Gerede" über „Schwarz Rot Gold" und „Volksgemeinschaft" über sich ergehen ließen.

Grundsätzlich birgt also auch das Reichsbanner jene Gegensätze in seinen Reihen, die bei der Sozialdemokratie in dem scharfen Antagonismus zwischen linkem und rechtem Flügel zum offenen Austrag kamen. Ein wesentlicher Unterschied liegt jedoch darin, daß das Profil des Verbandes, und zwar viel stärker als bei der SPD, von einer politischen Haltung bestimmt wird, die sich vereinfachend als „nationalrepublikanisch" und „unbedingt staatsbejahend" charakterisieren läßt. Das bedeutet gewiß schon sehr viel; nur darf dabei nicht vergessen werden, daß die offizielle Publizistik des straff geführten Bundes nicht ganz getreu die Vielfalt der politischen Bewußtseinshaltungen widerspiegelt, die der Verband unter seinem Dach vereinte. Eine Analyse der parteipolitischen Struktur der Organisation mag darüber einige weitere Aufschlüsse vermitteln.

[1]) So der Jungbanner-Angehörige Karl Besson in einer Leserzuschrift an das „Freie Wort" 2 (1930), H. 3, S. 31.

VI. Das Reichsbanner im innenpolitischen Raum der Republik

1. Die parteipolitische und soziale Struktur des Verbandes

Es läßt sich nicht mit Sicherheit ausmachen, ob es auf Bundesebene jemals eine parteipolitische Statistik der Reichsbannermitglieder gegeben hat. Wenn sie existierte, dann war sie nur einem kleinen eingeweihten Kreise zugänglich, zu dem nicht einmal alle Bundesvorstandsmitglieder zählten. Denn ein ehemaliger Angehöriger dieses Gremiums, Dr. Karl Schreiner (Zentrum), berichtet, daß es ihm trotz wiederholten Drängens nicht gelungen sei, eine solche Statistik zu Gesicht zu bekommen[1]). Möglich ist immerhin, daß das in den Erfassungslisten der einzelnen Gaue zusammengetragene Material niemals zentral ausgewertet wurde und daß auch die Bundesführung keinen genauen Überblick besaß. Die Äußerung Schreiners legt jedoch den Verdacht nahe, daß man die Unterlagen bewußt unter Verschluß hielt, und zwar deshalb, weil man befürchten mußte, daß der Gegner politisches Kapital daraus schlagen würde. Praktisch kann das nur bedeuten: der sozialdemokratische Mitgliederanteil war derart hoch, daß man gut daran tat, das Zahlenmaterial nicht zu veröffentlichen.

Welche Höhe der sozialdemokratische Anteil erreichte, läßt sich mit letzter Sicherheit nicht bestimmen, da genaue Unterlagen fehlen. Wir sind deshalb auf verstreut auftauchende Angaben angewiesen, zumeist von gegnerischer Seite, sowie auf Auskünfte ehemaliger Reichsbannerführer. Obwohl die Schätzungen im einzelnen sehr unterschiedlich sind, ergeben sie ein ziemlich eindeutiges Bild. Fast alle Gewährsmänner beziffern den sozialdemokratischen Anteil mit mindestens 80%; teilweise gehen sie sogar so weit darüber hinaus, daß für DDP und Zentrum zusammen nur ein Rest von einem Prozent übrigbleibt[2]).

In verschiedenen Gauen verschieben sich allerdings die Relationen zugunsten der nichtsozialdemokratischen Mitglieder. Das gilt vermutlich für Berlin/Brandenburg wie für Breslau/Mittelschlesien[3]), vor allem aber für die Regionen Rhein-

[1]) Dr. Schreiner (briefliche Auskunft).

[2]) Einige Beispiele: von 99% Sozialdemokraten sprechen S. Tschachotin (Dreipfeil gegen Hakenkreuz, S. 65) und Franz Osterroth (briefliche Auskunft); Prälat Leicht (BVP) nennt in einer Reichstagsrede 90% als sozialdemokratischen Anteil (RT, Bd. 391, S. 8606 D). Gleiche Zahlen bringt der „Deutsche", das Stegerwaldorgan, in seinen Ausgaben v. 31. Mai 1930 und v. 26. November 1930. Auch das Blatt der KP-Opposition spricht von 8—9 Zehntel Sozialdemokraten im Reichsbanner („Krisenluft im Reichsbanner", Gegen den Strom, III, 1930, S. 314). Dr. Nowack schätzt den sozialdemokratischen Anteil auf ca. 80%, Neidhardt, der ehemalige Gauführer von Berlin, auf 90%; Röber, das ehemalige Bundesvorstandsmitglied des Reichsbanners nennt folgende Zahlen: 15% DDP und Zentrum zusammen, 25% Parteilose, 60% Sozialdemokraten (mündliche und briefliche Auskünfte).

[3]) Für Berlin-Brandenburg gibt Neidhardt folgende Zahlen: 80% SPD, 5—8% DDP, der Rest Zentrum, das vor allem in der Grenzmark stärker vertreten gewesen sei (briefliche Auskunft). Von 80% Sozialdemokraten in Berlin-Brandenburg sprechen auch Dr. Nowack und Carlbergh, der ehemalige Berlin-Charlottenburger Reichsbannerführer (mündliche Auskünfte). — Paul Steiner, der ehemalige Gausekretär von Breslau-Mittelschlesien, schätzt die Situation in seinem Gau folgendermaßen ein: 70% SPD, 20% DDP, 10% Zentrum (briefliche Auskunft).

land/Ruhrgebiet und Oberschlesien, wo der nichtsozialdemokratische Bestand weit über dem Reichsdurchschnitt lag, da namentlich christliche Bergarbeiter so starke Kontingente stellten, daß ganze Kameradschaften sich allein aus Zentrumsangehörigen rekrutierten[1]). Solchen „Lichtpunkten"[2]) stehen aber mindestens ebenso viele „Schatten" gegenüber. In den sächsischen Gauen, in den Gebieten Hannover und Braunschweig wurde das sozialdemokratische „Rot" so gut wie gar nicht durch andere Farbtupfen verändert, und auch in verschiedenen anderen Bezirken benötigt man ein Vergrößerungsglas, wenn man außer dem vorwaltenden Rot noch andere Schattierungen wahrnehmen will. Eine vorsichtige Schätzung dürfte ergeben, daß fast 90% aller Reichsbannerangehörigen sich politisch zur Sozialdemokratie bekannten, daß also die SPD, ein ständiges Ärgernis, „fast das gesamte Fußvolk" stellte[3]).

Unter diese 90% fallen allerdings auch jene Verbandsangehörigen, die zwar mit der SPD sympathisierten und zu ihren Wählern zählten, jedoch keine Parteimitglieder waren. Der prozentuale Anteil der parteimäßig „Unorganisierten", von denen freilich viele den Freien Gewerkschaften angehörten, läßt sich nicht exakt bestimmen. Verschiedene Indizien sprechen jedoch dafür, daß er nicht unerheblich war. Das Beispiel der Ortsgruppe Soltau, von deren 67 Mitgliedern sich nur 24 zu einer politischen Partei, nämlich der SPD, bekannten — 46 waren Mitglied der Freien Gewerkschaften[4]) —, darf man gewiß nicht ohne weiteres verallgemeinern. Es zeigt aber, daß die vom Reichsbanner als Trumpfkarte ausgespielte Behauptung, es ziehe zahlreiche „Nichtorganisierte" an[5]), nicht einfach als Propagandaformel zu werten ist. Man kann jedoch annehmen, daß die Zahl der „Wilden" im Laufe der Jahre zusammenschrumpfte, da von höchster Stelle immer wieder zu einem Eintritt in eine Partei oder Gewerkschaft aufgefordert wurde[6]). Daß dabei SPD und Freie Gewerkschaften im wesentlichen die Beute einstrichen, ergab sich nach Lage der Dinge von selbst[7]). Wie Streitigkeiten um Unterstützungsmaßnahmen aus der Zeit der

[1]) Vgl. dazu einen Artikel von Ernst Carlbergh, Notwendig gewordene Antworten, in: Freiheitsfackel, Nr. 12, April 1958, S. 2. Der Hinweis auf die Situation in diesen Gebieten war ein gern verwandtes Argument, wenn man gegenüber rebellierenden Verbandsmitgliedern die Notwendigkeit einer überparteilichen Organisation herausstellte. Vgl. u. a. Neue Arbeiterzeitung v. 15 April 1927 (Bericht über Streitigkeiten im Braunschweiger Reichsbanner mit ausführlicher Wiedergabe einer Rede des sozialdemokratischen Ortsvorsitzenden Löhr, der in oben erwähntem Sinne argumentiert). Dem Hinweis auf die starken Zentrumskontingente in diesen Gebieten begegnete der Verf. auch häufiger in Gesprächen mit ehemaligen Reichsbannerführern.

[2]) Carlbergh, Notwendig gewordene Antworten, a.a.O.

[3]) Carlbergh, ebd.; ähnlich Osterroth (mündliche Auskünfte).

[4]) Vgl. dazu einen Fragebogen der Gauleitung Hannover (undatiert), NStAH, Des. 310 II, C 3.

[5]) Vgl. u. a. IRZ v. 10. Oktober 1925.

[6]) Vgl. R. v. 15. Dezember 1924 (Mitt. des Bundesv.), IRZ v. 5. Dezember 1925 (Mitt. des Bundesv.), R. v. 15. Mai 1926.

[7]) Das unterstreicht vor allem Franz Osterroth (briefliche Auskunft).

Emigration nach 1933 verraten, blieb aber ein erheblicher Rest, der sich weder parteipolitisch noch gewerkschaftlich organisierte[1]).

Einen hohen Anteil unter den Nichtorganisierten stellten die Angehörigen des Jungbanners, das sich sogar, wenn man einer Äußerung des Gaujugendleiters von Schleswig-Holstein aus dem Jahre 1930 Glauben schenken kann, „hauptsächlich" aus Jugendlichen rekrutierte, „die weitab von irgendeiner Partei" standen[2]). Die Behauptung bedarf allerdings einer näheren Erläuterung, wenn sie nicht mißverstanden werden soll. Das „weitab von irgendeiner Partei" bedeutet nicht, daß die Masse der Jungbannermitglieder aus einem partei- und gewerkschaftsfremden Milieu stammte. Man wird im Gegenteil annehmen dürfen, daß im Elternhaus im allgemeinen ein „linkes" politisches Klima herrschte. Aufrechterhalten läßt sich die These Jatows nur, wenn sie besagen will, daß die zum Reichsbanner stoßenden Jugendlichen selbst in ihrer überwiegenden Mehrheit einer Jugendorganisation der Partei oder Gewerkschaften weder angehörten noch angehört hatten.

Eine Reihe von Indizien scheint diese Ansicht zu bestätigen. Sofort nach der Gründung des Verbandes hatte sich eine nicht geringe Zahl von Mitgliedern sozialistischer Jugendorganisationen der neuen Vereinigung angeschlossen. Die darauf zahlreich eingehenden Proteste bewogen das Reichsbanner jedoch zu stärkster Zurückhaltung. Es verbot nicht nur auf das strengste jegliche „Abwerbung", sondern erließ gleichzeitig die Sperrklausel, Angehörige „republikanischer" Verbände nur dann aufzunehmen, wenn die Gefahr bestehe, daß der Antragsteller nicht zu seiner angestammten Organisation zurückkehre — eine Doppelmitgliedschaft galt in der Regel als übermäßige Belastung[3]). Ohne weiteres akzeptiert wurden Angehörige „befreundeter" Verbände nur dann, wenn sie das 18. Lebensjahr überschritten hatten. Selbst wenn man einräumt, daß die 18- bis 21jährigen einen nicht unbeträchtlichen Prozentsatz im Jungbanner ausmachten, ändert das wenig an der Tatsache, daß die wohl überwiegende Mehrheit der Jugendlichen im Reichsbanner ihre erste Organisationsbindung einging[4]).

[1]) Vgl. dazu ein Schreiben Wilhelm Sanders an Höltermann v. 15. Juni 1933: „Hier (gemeint ist Prag, der Sitz des emigrierten Parteivorstandes der SPD; d. Verf.) kommen fast täglich Reichsbannerkameraden, die politisch unorganisiert sind, um die Hilfe der hier sehr armen Partei in Anspruch zu nehmen." Vgl. dazu weiterhin ein undatiertes Schreiben Höltermanns an Mr. Gillies, in dem er sich scharf gegen das Freund-Sander-Komitee wendet, das nur Sozialdemokraten unterstützen wolle, damit aber viele Angehörige des Reichsbanners ausschließe, da dieses zu einem gewissen Teil (to a certain extent) aus Parteilosen bestanden habe (beide Schreiben im Nachlaß Höltermann).

[2]) So W. Jatow, in: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold Schleswig-Holstein, Gautreffen Neumünster 1930.

[3]) Vgl. Wegweiser 1927, S. 24; schon 1924 war vom Bundesvorstand Anweisung erlassen worden, alle Jugendlichen, die „republikanischen Jugendabteilungen" angehörten, bis zum 18. Lebensjahr unbedingt dort zu belassen. R. v. 15. Dezember 1924 (Mitt. d. Bundesv.).

[4]) Vgl. dazu Die Glocke v. 15. August 1925 (Reichsbanner und Sozialdemokratie) und R. v. 16. September 1928 (Eugen Lechner).

Trotz aller Selbstbeschränkungen, die den freien Wettbewerb zugunsten der sozialistischen Jugendverbände verzerrten, wurden die latenten Spannungen zwischen den Organisationen nie völlig abgetragen. Namentlich die SAJ konnte es nicht verwinden, daß das Jungbanner eine stärkere Anziehungskraft ausübte, und zwar auf Jugendliche — gerade das verschärfte die Rivalität —, die im Grunde der gleichen sozialen Schicht entstammten, aus der auch die SAJ ihren Nachwuchs zog.

Der Trend zum Jungbanner dürfte verschiedene Ursachen haben. Anders als bei der SAJ, die als Parteijugend in klassenkämpferischem Geiste erzogen wurde und politisch-sektiererischer Züge nicht entbehrte, herrschte bei der Reichsbannerjugend ein vergleichsweise tolerantes und undogmatisches Klima, das durch eine betonte Ausrichtung auf staatliche und gemeinrepublikanische Aufgaben gekennzeichnet war. Manche Jugendlichen vollzogen deshalb mit ihrem Beitritt zum Jungbanner zugleich eine politische Entscheidung. Die breite Masse kam jedoch wohl aus anderen Gründen, nicht aus „Fortschrittswillen" oder geistig-politischen Antrieben[1]), sondern weil der bündisch-militärische Zuschnitt des Reichsbanners, das Leben in einer Jungengemeinschaft, für sie attraktiver war als der Organisations- und Gemeinschaftsstil der SAJ.

Damit wird schon angedeutet, daß ein bestimmter Typ sich vom Jungbanner in besonderer Weise angesprochen fühlte, der bei der SAJ im allgemeinen weniger zu finden ist: der Typ des draufgängerischen, unkomplizierten Jungen, den theoretische Fragen nicht gerade im Übermaß beschäftigten, während ein mehr intellektueller, geistig stärker interessierter Jungentyp eher zur Sozialistischen Arbeiterjugend tendierte. Gewiß handelt es sich um Übertreibungen, wenn Prinz zu Löwenstein die Jungbannerangehörigen als „prächtige Jungen" charakterisierte, „die sich herumschlugen, ohne daß sie wußten, warum"[2]), oder kommunistische Stimmen von sozialfaschistischen „Schieß- und Prügelhelden" sprachen[3]); aber ein Wahrheitskern liegt den entstellenden Urteilen wohl zugrunde. Den Kommunisten fiel es sehr viel schwerer, wie offen von ihnen zugegeben wurde, an das Jungbanner heranzukommen als an die Mitglieder der SAJ[4]). Man sagt nichts Ehrenrühriges, wenn man dafür nicht nur die Erziehungstätigkeit des Reichsbanners verantwortlich macht. Die Immunität gegenüber kommunistischen Propagandathesen findet seine Erklärung zu einem Teil in dem ideologischen Desinteresse, das für die Jungbannerangehörigen vielfach bezeichnend ist[5]).

---

[1]) So R. v. 16. September 1928 (Eugen Lechner). Ähnlich R. v. 28. Oktober 1928, IRZ v. 17. Oktober 1925, Die Glocke v. 15. August 1925 (Reichsbanner und Sozialdemokratie).

[2]) Löwenstein, Tragödie, S. 117.

[3]) Mitteilungsblatt Nr. 6 der Bundesführung des RFB, Abteilung Rote Jungfront, Oktober 1928, StAL, F 193, Nr. 342.

[4]) Vgl. ebd.

[5]) Ziemlich deutlich ausgesprochen wird das auch in den S. 269, Anm. 1, erwähnten Artikeln, vor allem in dem Aufsatz von E. Lechner. Bezeichnend weiterhin, daß sowohl Carlbergh wie der

Ein ähnlicher Menschentyp gibt auch der nach den Septemberwahlen 1930 geschaffenen Schufo das Gepräge, die gegen Ende der Republik angeblich zu 60—70% aus Männern unter dreißig Jahren bestand[1]) und sich in starkem Maße aus ehemaligen Angehörigen des Jungbanners rekrutierte. An sich wurde der Typ des militanten, kampf- und angriffslustigen Arbeiters wohl eher von den Kommunisten angezogen und wechselte von dort teilweise zu den Nationalsozialisten über, während die Sozialdemokratie — so die überspitzte These Höltermanns, der in der durch die Spaltung der Arbeiterklasse bewirkten Auslese innerhalb der tragenden Schichten eine wesentliche Ursache für das kämpferische Versagen der SPD sieht — weniger „Kämpfer" als „Dulder" und Leute von „märtyrerhafter Leidensfähigkeit" besessen habe[2]). Für solche Behauptungen lassen sich keine exakten Beweise beibringen, und wir müssen es deshalb bei dieser vagen Andeutung bewenden lassen. Zutreffend dürfte jedoch sein, daß gerade die Schufo als eine Art Quarantänegürtel wirkte und für jenen oben skizzierten Arbeitertyp in der Tat attraktiver war als andere Organisationen des demokratischen Sozialismus.

Die vorstehenden Darlegungen lassen schon erkennen, daß es dem Reichsbanner zwar in gewissem Umfang gelang, politisch über den Rahmen der SPD hinauszukommen, daß es aber kaum soziologisches Neuland betrat. Denn bei den „einfachen Soldaten", die beispielsweise das Zentrum in Oberschlesien und im Ruhrgebiet/Rheinland beisteuerte, handelte es sich, wie erwähnt, vorwiegend um christliche Bergarbeiter. Was an verwertbaren Zeugnissen zur Verfügung steht — Berufsangaben für einzelne Kameradschaften, Selbstinterpretationen des Verbandes, gelegentliche Äußerungen, die mehr zufällig auch einen Hinweis auf die soziale Struktur des Verbandes enthalten —, erhärtet fast ausnahmslos die ohnehin nicht überraschende These, daß die schwarzrotgoldene Bewegung primär von der Arbeiterschaft getragen wurde[3]).

---

ehemalige Berlin-Brandenburger Jugendführer des Reichsbanners, Brendemühl, den Jungbanner-angehörigen als einen weniger intellektuellen Jungentyp charakterisieren (mündliche Auskünfte). Sehr aufschlußreich auch ein bei Duderstadt, Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz, S. 37 f., wiedergegebenes Gespräch mit einem jungen Reichsbannermann, der vordem der SAJ angehört hatte. In der SAJ — so der junge Mann — sei es ihm zu langweilig gewesen. Die dauernden Vorträge und endlosen Diskussionen hätten ihn einfach nicht interessiert. Hätte man „sich einmal ein Bier gegönnt", so sei sofort jemand dagewesen, der gerufen habe: „Arbeiter meidet Alkohol." Im Reichsbanner dagegen gefiele es ihm „famos". Die Aufmärsche in Uniformen, die Propagandafahrten, die Fackelzüge und die gelegentlichen Rempeleien mit politischen Gegnern machten ihm gewaltig Spaß. — Duderstadt überzeichnet und stilisiert wohl bewußt, aber es scheint doch, daß dabei etwas vom spezifischen Charakter des Jungbanners eingefangen wird. Irgendein Werturteil, das sei noch einmal ausdrücklich betont, wird bei dieser vergleichenden Charakteristik von Jungbanner und SAJ nicht ausgesprochen.

[1]) So Höltermann in seiner Schufo-Denkschrift v. 26. Juni 1933.

[2]) Höltermann, ebd.

[3]) Einzelne Hinweise mögen genügen. So tauchen z. B. auf den Kameradschaftslisten des Ortsvereins Hannover (NStAH, Des. 310 II, passim) so gut wie ausschließlich Berufsangaben wie:

Der Befund beinhaltet schon eine weitere sozialgeographische Feststellung: das Reichsbanner war vor allem eine Bewegung der Städte und Großstädte; denn die breiten Anhängermassen vermochte nur das Industrieproletariat zu stellen. Gegen diese Behauptung hat sich der Verband zeitweilig mit der Begründung gewehrt, die Bewegung schreite auf dem flachen Lande sogar schneller voran als in den Städten[1]). Überzeugend wirkt die Gegendarstellung jedoch selbst dann nicht, wenn man einräumt, daß der Verband, über die Landarbeiterschaft hinaus[2]), in einzelnen agrarisch bestimmten Gebieten wie Hessen und Niedersachsen einen gewissen Prozentsatz der kleinlandwirtschaftlichen Bevölkerung erfaßte[3]). Vereinzelte Erfolgsmeldungen, etwa aus Niederbayern[4]), können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die „Republikaner" auf dem Lande in einer oft hoffnungslosen Minderheit befanden. Es bedurfte schon einer bewußten psychologischen Aufrichtung, des Hinweises auf die festgefügten Reihen „Tausender und aber Tausender Reichsbannerkameraden", um in den Verbandsangehörigen auf dem „flachen Lande" nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie auf „verlorenem Posten" stünden[5]).

Ebensowenig wie das Bauerntum ließ sich der „alte Mittelstand" mit besitzständischem Charakter aus seiner Reserve gegenüber der Republik hervorlocken. Gewiß fehlt es im Verbande nicht an Angehörigen dieser Schicht und des Bil-

---

Arbeiter, Former, Tischler, Schlosser, Schuhmacher etc. auf. Es ist ein Sonderfall, wenn in einer Aufstellung, die 60 Personen umfaßt, als Kameradschaftsangehöriger auch ein Schüler erscheint. Die Masse besteht aus Facharbeitern, hinzu kommen 13 Arbeiter (wohl ungelernt), 1 Kutscher, 1 Landarbeiter (Schriftstück — undatiert — ebd., C 12). Vgl. auch ein Schreiben der 12. Kameradschaft (Hannover-Linden) vom 5. September 1931 an die Ortsleitung Hannover, in dem betont wird, die Kameradschaft bestehe zu 100% aus Arbeitern. Vgl. weiterhin die gelegentlichen Hinweise auf den „proletarischen Grundcharakter" des Verbandes. R. v. 15. Oktober 1927, R. v. 2. September 1928. Anläßlich der 1932 von Männern wie Fritz von Unruh, Dr. Friedensburg u. a. aufgezogenen „Republikanischen Aktion" wird vom Reichsbanner die Hoffnung ausgesprochen, daß nunmehr auch das „freiheitliche Bürgertum" zur Aktion schreite, nachdem die Arbeiterschaft sich schon längst in Organisationen wie Reichsbanner und Eiserne Front zum Kampf gegen den Faschismus gesammelt habe. Vgl. R. v. 30. Januar 1932, R. v. 6. Februar 1932, Arbeitsbericht BGV 1933, S. 63. Zum Selbstverständnis des Reichsbanners als „Arbeiterbewegung" vgl. u. a. Höltermann, Denkschrift; Tschachotin–Mierendorff, Grundlagen und Formen politischer Propaganda (1932); Reichsbanner Glückstadt (1927).

[1]) Vgl. R. v. 1. Juli 1924 (Artikel setzt sich mit einem Aufsatz von Schützinger auseinander, der behauptet hatte, das Reichsbanner rekrutiere sich vornehmlich aus dem Industrieproletariat und sei primär eine Großstadtbewegung).

[2]) Soweit sie sozialdemokratisch orientiert war, stand sie wohl in den Reihen des Reichsbanners. Fraglich ist indes, inwieweit auch politisch vorher nicht gebundene Landarbeiterschichten vom Verbande erfaßt wurden. Vgl. dazu einen Artikel von Georg Schmidt, dem Vorsitzenden des deutschen Landarbeiterverbandes, IRZ v. 5. Dezember 1925.

[3]) Das behauptet Franz Osterroth (briefliche Auskunft). Niffka meint sogar, in einzelnen Gegenden habe es einen Reitersturm des Reichsbanners gegeben (mündliche Auskunft). Für diese Behauptung finden sich indes keinerlei Beweise.

[4]) Vgl. R. v. 15. Mai 1926 (Bericht über die BGV 1926).

[5]) Technischer Führer (1930), S. 24. Vgl. auch IRZ v. 4. April 1925; R. v. 15. Dezember 1927; IZR v. 30. April 1927.

dungsbürgertums, dem zahlreiche Organisationsmitglieder aus dem Zentrum und der DDP zuzurechnen sind. Die Berufsbezeichnung „selbständiger Kaufmann" taucht bei unteren Reichsbannerchargen schon hin und wieder auf, und selbst das großbürgerlich-besitzbürgerliche Element ist durch einzelne Personen vertreten[1]). Stärkere Kontingente stellten neben kleineren und mittleren Beamten — darunter viele Lehrer — die Angestellten, der sogenannte „neue Mittelstand", aus dem sich vielleicht der größte Prozentsatz der niederen und mittleren Verbandsführer rekrutierte; der normale „Handarbeiter" war in der Regel mit solchen Führungsaufgaben überfordert[2]). Die breiten Massen des „neuen Mittelstandes" wurden vom Reichsbanner jedoch ebensowenig erfaßt wie von der SPD[3]). Die viel beschworene „Reichsbannergemeinschaft" von Arbeitern, Bauern, Beamten, Angestellten, Künstlern und Gelehrten, die „Front von Hand und Stirn" — ausgeschlossen als republikfeindlich nur die „großen Verdiener", die „Menschen des Mammon"[4]) —, war kaum mehr als eine Fiktion, da der Verband immer nur Bruchteile der erwähnten „nichtproletarischen" Schichten und Berufsgruppen zu integrieren vermochte. Kerntruppe und tragende Schicht der Organisation blieb die Arbeiterschaft, blieben jene, die „in harten Fäusten die schwarzrotgoldene Fahne" schwangen[5]). Ein „proletarischer" Anteil von 95% — so Prinz zu Löwenstein[6]) — dürfte zwar zu hoch angesetzt sein. Vermutlich besaß jedoch das Reichsbanner, das ja weiblichen Personen den Beitritt versperrte, prozentual sehr viel mehr „Handarbeiter" in seinen Reihen als die SPD.

Stärker vielleicht noch als dem Verband insgesamt gaben sie den nach den Septemberwahlen 1930 geschaffenen Schufoabteilungen das Gepräge. Wenn man den Angaben Höltermanns Glauben schenken darf, dann setzten sich diese Formationen fast ausschließlich aus Arbeitern zusammen, die sich wiederum zu einem nicht geringen Teil aus Erwerbslosen, aus Angehörigen des „fünften Standes" rekrutierten[7]). Es liegen Berichte vor, wonach in Berlin, Hamburg

[1]) Im Bundesvorstand z. B. durch den Fabrikbesitzer Bernhard Hauff (DDP). Auch Paul Crohn, den Bundesschatzmeister des Reichsbanners, kann man wohl zum Besitzbürgertum rechnen, allerdings — das ist nicht unwichtig — jüdischer Provenienz. Im Reichsausschuß sitzt u. a. der Fabrikbesitzer Dr. Ing. Bahr.

[2]) Das wird von ehemaligen Reichsbannerführern, u. a. von Artur Neidhardt, sehr deutlich herausgestellt.

[3]) Vgl. dazu vor allem Theodor Geiger, Die Mittelschichten und die Sozialdemokratie, in: Die Arbeit 8 (1931), S. 619 ff.; ders., Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 639 ff.; ders., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 122 ff., passim. Die von Geiger verwandte Terminologie „alter" und „neuer Mittelstand" ist allerdings sehr viel älter. Vgl. z. B. H. Böttger, Vom alten und neuen Mittelstand, Berlin 1901.

[4]) R. v. 1. August 1925 (Sollmann).

[5]) R. v. 1. August 1925 (Sollmann).

[6]) Löwenstein, Tragödie, S. 72.

[7]) Vgl. dazu die Schufo-Denkschrift Höltermanns.

und im Ruhrgebiet einzelne Abteilungen der Schufo zu 80—90% aus Arbeitslosen bestanden[1]). Solche Behauptungen lassen sich zwar nicht nachprüfen, aber sie besitzen einen nicht geringen Grad von Wahrscheinlichkeit. Denn zumindest innerhalb des Gesamtverbandes muß der Anteil der Erwerbslosen, wie sich indirekt aus den Beitragszahlungen erschließen läßt, beträchtlich gewesen sein[2]).

Alle Aussagen über die parteipolitische und soziale Struktur des Verbandes bleiben indes vage und unbestimmt. Ein relativ klares Bild ergibt sich nur für das Führerkorps in den höheren Rängen. Zentrum und Demokratische Partei, die kaum oder nur wenig „Fußvolk" stellen, sind bei den „Offizieren" sehr viel stärker vertreten, als es ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtmitgliedschaft entsprochen hätte; denn laut Satzung mußte jeder Vorstand, wenn es sich irgendwie ermöglichen ließ, aus Angehörigen aller drei „republikanischen" Parteien zusammengesetzt sein. Auf Grund dieser Bestimmung schlüpften zahlreiche, häufig von ihrer jeweiligen Partei delegierte, Vertreter des Zentrums und der DDP in Positionen hinein, in die sie bei Wahlen nach dem Mehrheitsprinzip nie gelangt wären[3]).

Im ersten provisorischen Bundesvorstand von 1924 ist das Zentrum noch nicht vertreten. Von insgesamt 14 Mitgliedern bekennen sich 12 zur SPD und 2 zur

[1]) Vgl. Höltermann, ebd.; vgl. auch den Bericht über einen Aufmarsch von Schufoformationen bei H. R. Knickerbocker, Deutschland — so oder so?, Berlin 1931, S. 122. Nach Angaben Knickerbockers bestanden die aufmarschierenden Abteilungen zu zwei Dritteln aus Erwerbslosen.

[2]) 1929 wurde eine besondere Regelung für Arbeitslose eingeführt, die fortan nur einen Monatsbeitrag im Vierteljahr zu entrichten hatten — Jugendliche 20 Pf., Erwachsene 40 Pf. Durch die wachsende Arbeitslosigkeit verschlechterte sich die finanzielle Situation des Bundes jedoch derart, daß man 1932 gezwungen war, die alte Regelung aufzugeben. Arbeitslose zahlten fortan einen monatlichen Mindestbeitrag von 20 Pf. Damit verschob sich das Verhältnis der einzelnen Beitragsklassen gewaltig. Bislang war die 40-Pf.-Marke die bei weitem am meisten verkaufte Beitragsmarke gewesen. Jetzt rückte die 20-Pf.-Marke, die nur von Jugendlichen und Arbeitslosen gekauft werden konnte, gleichauf — ein indirekter Beweis dafür, daß die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich gewesen sein muß. Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 25 ff. Aufschlußreich auch ein Beispiel aus Hannover. Die 12. Kameradschaft Hannover-Linden teilt in einem Schreiben vom 5. September 1931 der Ortsleitung mit, daß die Kameradschaft praktisch auseinanderfalle, wenn die neue Beitragsregelung für Arbeitslose (20 Pf. pro Monat, statt 40 Pf. pro Vierteljahr) eingeführt werde. Von 44 Männern hätten 18 erklärt, daß sie in diesem Fall austreten müßten. NStAH, Des. 310 II, C 1.

[3]) Gegen die These, Angehörige des Zentrums und der DDP hätten einen wesentlichen Anteil in der Führerschaft des Reichsbanners besessen, wendet sich allerdings mit aller Entschiedenheit der frühere Berlin-Charlottenburger Reichsbannerführer Carlbergh (Freiheitsfackel Nr. 12, April 1958). Carlbergh bestreitet zwar keineswegs, daß in allen Vorständen Angehörige dieser Parteien saßen, er weist jedoch wohl zu Recht darauf hin, daß es sich sehr häufig einfach um „abgestellte Parteivertreter" handelte, die sich praktisch kaum um die Arbeit im Verbande kümmerten. Die eigentliche Führungsarbeit in den Gremien — so seine Behauptung — sei weitgehend von den Sozialdemokraten allein geleistet worden. Osterroth allerdings betont, daß das nichtsozialdemokratische Element auf einzelnen Gebieten — staatsbürgerliche Bildungsarbeit und technisch-militärische Ausbildung — eine nicht unbedeutende Rolle gespielt habe (mündliche Auskunft).

DDP; aber in dem auf der Bundesgeneralversammlung 1926 gewählten Bundesvorstand tauchen neben 13 Sozialdemokraten und 4 Demokraten auch 3 Angehörige des Zentrums auf. Im folgenden Bundesvorstand, der von 1928 bis 1933 amtiert, fungieren sogar 6 Angehörige des Zentrums, denen 5 Demokraten und 21 Sozialdemokraten gegenüberstehen[1]). Ein ähnlicher Proporz waltet unter den Redakteuren der beiden Verbandszeitschriften. In der Redaktion der „Reichsbannerzeitung", dem offiziellen Bundesorgan, sitzen neben Karl Höltermann, Karl Mayr und Franz Osterroth (alle SPD), Ernst Diefenthal (DDP) und Hubert Meurer (Z). Ständige Mitarbeiter sind der Sozialdemokrat Dr. Warburg als außenpolitischer Kommentator und der auf dem äußersten linken Flügel des Zentrums stehende frühere Redakteur der „Germania", Dr. Heinrich Teipel, der unter dem Pseudonym Fritz Lensen innenpolitische Übersichten verfaßt[2]). Von den Redakteuren der „Illustrierten Reichsbannerzeitung" (später unter dem Titel: „Illustrierte Republikanische Zeitung") bekennt sich der eine, Karl Wiegner, zur SPD, der andere, Wilhelm Nowack, zur DDP.

Nach allem, was wir wissen, wurde der Überparteilichkeitsparagraph auch auf Gauebene, wo immer es anging, eingehalten. In den Vorständen dominieren selbstverständlich die Sozialdemokraten, die in der Regel den ersten Vorsitzenden stellen; der stellvertretende Vorsitzende ist jedoch zumeist ein Angehöriger einer anderen Partei[3]). Es gibt indes Gaue, wo von dieser Übereinkunft abgewichen wird. Langjähriger Gauvorsitzender von Breslau/Mittelschlesien ist der Landtagsabgeordnete der DDP, Erich Hermann; in Mannheim fungieren der Demokrat Dr. Helffenstein, in Kassel der Demokrat Gottfried Rade, ein Sohn des protestantischen Theologen Martin Rade, als Gauvorsitzende. Daß Angehörige des Zentrums in den Gauen Oberschlesien und Niederrhein zeitweilig die gleiche Position eingenommen haben, wird zwar gelegentlich behauptet[4]), läßt sich

[1]) Der bis 1927 dem Bundesvorstand angehörende Polizeioberst und Major a. D. Hardt war vielleicht nicht eingeschriebenes Mitglied der DDP, stand aber der DDP nahe. Späterhin ändert sich die parteipolitische Konstellation. Nach Gründung der Staatspartei trat das Bundesvorstandsmitglied Dr. Schwanecke (vordem DDP) zur SPD über. Eine weitere Anzahl von Bundesvorstandsmitgliedern — W. Schulz, Pape, Hauff, Crohn — trat 1932 zu Hörsings neuer Sozialrepublikanischer Partei über. Vgl. dazu die Ausführungen in dem Kap. „Der Fall Hörsing", S. 379 ff.

[2]) Die Angaben verdanke ich Franz Osterroth (mündliche Auskünfte).

[3]) Einige Beispiele: in Berlin-Brandenburg gehören von 9 Gauvorstandsmitgliedern 6 der SPD, 2 der DDP und 1 dem Zentrum an. Stellvertretender Gauvorsitzender ist Nowack (DDP) (mündliche Auskünfte Dr. Nowack). Im Gauvorstand Breslau-Mittelschlesien sitzen 7, später 8 Sozialdemokraten, 2 Demokraten und 1 Angehöriger des Zentrums. Hier ist der 1. Gauvorsitzende ein Angehöriger der DDP, nämlich der Landtagsabgeordnete Rektor Erich Hermann (briefliche Auskünfte Paul Steiner). Im Gauvorstand Württemberg ergibt sich folgende Verteilung: 8 SPD, 4 DDP, 1 Zentrum, 1 (parteipolitische Zugehörigkeit unbekannt). Gauvorsitzender ist ein Sozialdemokrat (Schmidt), stellvertr. Gauvorsitzender ein Demokrat (Wirthle) (Stand 1930). Vgl. dazu den Bericht über eine Gaukonferenz am 29./30. März 1930. StAL, F. 193, Nr. 343. W. 7 v. 24. April 1930.

[4]) So Artur Neidhardt (briefliche Auskunft).

jedoch nicht nachweisen. Sicher ist dagegen, daß es in verschiedenen Gegenden Kreisführer und Ortsvorsitzende gab, die Mitglieder des Zentrums waren[1]).

Über das niedere Führer- und Funktionärskorps des Bundes schweigen die Quellen fast völlig. Vereinzelte Hinweise erlauben zwar vorsichtige Schlüsse; fraglich bleibt indes immer, inwieweit sich die Angaben verallgemeinern lassen. Wir finden in dieser Personengruppe Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Facharbeiter, Kleingewerbetreibende und Kaufleute, teilweise Akademiker, in kleineren Orten häufiger Lehrer, vor allem aber Angestellte, die den größten Prozentsatz stellen dürften[2]). Unter den Technischen Führern, namentlich bei der späteren Schufo, tritt dagegen das Arbeiterelement stärker hervor. Die technischen Chargen vom Kameradschaftsführer abwärts bis hin zum Gruppenführer rekrutierten sich wohl vorwiegend aus Arbeitern, die in der Regel als ehemalige Soldaten über militärische Erfahrung verfügten[3]).

Indirekt wird damit schon angedeutet, daß Offiziere im Reichsbanner eine Rarität darstellten. Gewiß fehlten sie nicht völlig: zur Prominenz des Verbandes zählten der Polizeioberst und Major a. D. Hardt, der Major a. D. Bernhard Hauff, der Oberleutnant a. D. Dr. Horst Baerensprung, der Major a. D. Karl Mayr, der Polizeihauptmann P. Seidenschnur, der Leutnant a. D. Dr. Haubach, nicht zu vergessen die Generale a. D. von Deimling und von Schönaich. Unter den Akademikern im Bunde dürfte sich zudem eine Reihe ehemaliger Reserveoffiziere befunden haben. Sie waren und blieben indes Einzelfälle. Selbst Offiziere, die an sich „republikanische" Neigungen besaßen, scheuten zumeist davor

---

[1]) Das war u. a. im Rheinland, in Oberschlesien und auch in der Grenzmark der Fall. Auch im Gau Mittelschlesien gab es mit dem Schriftsteller Hubert Nolden (Kreis Münsterberg–Reichenstein) einen Kreisführer, der dem Zentrum angehörte (briefliche Auskunft Paul Steiner). Kreisführer des Reichsbanners und Angehöriger des Gauvorstandes Westl. Westfalen war auch das Zentrumsmitglied Dr. Keimer, dessen demonstrativer Austritt aus dem Verbande 1928 nicht geringes Aufsehen erregte. Vgl. R. v. 21. Oktober 1928.

[2]) Zu einer genauen soziologischen Analyse reicht allerdings das Material, wie schon erwähnt, nicht aus. Hin und wieder tauchen aber Namen von Kreisführern und Ortsvorsitzenden mit Berufsbezeichnungen auf. Darunter finden sich ziemlich häufig Angestellte, Lehrer, Funktionäre usw. Wohl nicht zu Unrecht weist Neidhardt darauf hin, daß der einfache Arbeiter in der Regel nicht dazu in der Lage war, solche Chargen, die u. a. eine gewisse Gewandtheit im schriftlichen Ausdruck verlangten, auszufüllen (briefliche Auskunft). Für den Gau Mittelschlesien gibt Steiner eine genaue Aufstellung der Kreisführer. Die Liste vermittelt einen gewissen Einblick und mag deshalb kurz aufgeführt werden: Breslau-Land: *Gemeindevorsteher* August Klose (SPD); Striegau: *Gewerkschaftssekretär* Gustav Müller (SPD); Waldenburg: *Angestellter* Robert Dittmann; Glatz: *Kommunalangestellter* A. Koch (SPD); Strehlau: *SPD-Sekretär* Zeller; Guhrau: *Kontorist* Weber (SPD); Brieg: *Angestellter* Karl Wolf (SPD); Ohlau: *Werkmeister* Karl Blech; Schweidnitz: *Kaufmann* Elsner; Nimpsch: *Bäckermeister* Kaufmann (SPD); Trebnitz: *Angestellter* Georg Schulz (SPD); Militsch: *Vorarbeiter* Kaspar (SPD); Münsterberg-Reichenstein: *Schriftsteller* Hubert Nolden (Zentrum).

[3]) Jedenfalls gilt das für Hannover. Wie zahlreiche Führerlisten der verschiedenen Kameradschaften verraten, rekrutiert sich das technische Führerkorps vom Kameradschaftsführer bis hin zum Gruppenführer fast ausschließlich aus Arbeitern, zumeist Facharbeitern. Vgl. NStAH, Des. 310 II, C 1 und C 11.

zurück, sich dem Bunde anzuschließen, da sie damit rechnen mußten, von den Offiziersvereinigungen geächtet zu werden[1]).

Geeignete und fähige Offiziere, die sich für technische Führungsaufgaben zur Verfügung stellten, hat es im Reichsbanner kaum gegeben[2]). Männer wie Mayr und Baerensprung, die die nötige Qualifikation mitgebracht hätten, kümmerten sich nicht oder selten um militärische Organisationsfragen. Die Bundesvorstandsmitglieder Hardt, Seidenschnur und Hauff waren zwar mit technischen Funktionen betraut, aber schon auf Gauebene fehlten Offiziere mit entsprechender Erfahrung. Das technische Führerkorps vom Technischen Gauleiter abwärts bis hin zum Gruppenführer stammte aus dem Mannschafts- oder Unteroffiziersstande — die Quellen reichen nicht aus, um die Frage zu beantworten, ob ein bestimmter Dienstgrad, etwa der Unteroffizier a. D., in diesen Stellungen dominierte. Mehr und mehr rückten jedoch auch ungediente Jahrgänge in Führungspositionen ein, die ihre „Erfahrungen" nicht mehr im Krieg, nicht in der Armee, sondern allenfalls bei Saal- und Straßenschlachten erworben hatten[3]).

Auf weniger schwankendem Boden bewegt sich die Untersuchung, wenn sie den Blick auf die Gruppe der Gauvorsitzenden und Gausekretäre richtet. Auf einer allerdings unvollständigen Liste mit ca. 60 Personen tauchen 8 Angehörige der akademischen Intelligenz und 3 Volksschullehrer auf. Die große Masse stellen jedoch, sieht man von den hauptamtlichen Gausekretären ab, Männer in partei-

[1]) Vgl. R. v. 1. September 1924 (Schönaich, Reichsbanner und Offiziere) sowie eine Denkschrift Deimlings an die Reichstagsfraktion der DDP v. 18. Juni 1925 (Nachlaß Severing). Der frühere Gouverneur von Kiautschou, Admiral von Truppel, führte einen Beleidigungsprozeß gleichzeitig gegen vier Offiziersvereinigungen, als diese ihm öffentlich „Markerweichung" vorwarfen, da er sich unter den Schutz des „berüchtigten Reichsbanners", das den Pazifismus auf seine Fahne geschrieben habe, gestellt habe. Vgl. dazu einen Zeitungsausschnitt im Nachlaß Schleicher, Nr. 20, BA (Name der Zeitung, aus der der Ausschnitt stammt, läßt sich nicht ausmachen). Hin und wieder stellten sich allerdings ehemalige Offiziere, die keiner Partei nahestanden und erst nach langem Ringen den Weg zur Republik gefunden hatten, dem Reichsbanner zur Verfügung. Vgl. dazu ein Schreiben des durch seine Siedlungstätigkeit bekannten Hauptmanns a. D. Detlef Schmude an Hörsing v. 19. August 1926, in dem Schmude um ein Betätigungsfeld im Reichsbanner nachsucht. Otto Braun empfiehlt Schmude sehr, da möglicherweise auch eine Reihe anderer Offiziere, bei denen Schmude einen guten Namen besitze, veranlaßt werden könne, sich dem Reichsbanner anzuschließen. Vgl. Schreiben Brauns an Hörsing v. 6. August 1926 (beide Schreiben im Besitz Franz Osterroths).

[2]) Vgl. auch eine Denkschrift Schützingers: „Warum wieder Reichsbanner", in der Schützinger sich für eine Neugründung des Reichsbanners einsetzt (Denkschrift ca. 1949 verfaßt, im Nachlaß Severing). Schützinger weist darin auch auf die günstigeren Voraussetzungen hin, da „im Gegensatz zur Weimarer Republik dem Reichsbanner heute eine große Anzahl technisch vorzüglich geschulter Offiziere der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944" zur Verfügung stehe.

[3]) In den Führerlisten der Kameradschaften innerhalb des Ortsvereins Hannover (vgl. S. 275, Anm. 3) sind alle militärischen Dienstgrade vom Feldwebel bis hin zum einfachen Musketier vertreten. In den letzten Jahren (vgl. z. B. den Berichtsbogen der Ortsleitung Hann. — Eingang 23. Mai 1932 — „Führer und Funktionäre der 4. Kameradschaft", NStAH, Des. 310 II, C 11) weist die Rubrik: militärischer Dienstrang schon häufiger Lücken auf. Namentlich das Schufoführerkorps rekrutiert sich allem Anschein nach zu einem beträchtlichen Prozentsatz aus ungedienten Jahrgängen. Vgl. Höltermann, Schufo-Denkschrift.

oder gewerkschaftsabhängiger Position — Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, einige Redakteure von Parteizeitungen, Angestellte sonstiger parteinaher Verbände —, die teilweise gleichzeitig als Abgeordnete tätig sind. Die berufliche Herkunft der meisten ist zwar unbekannt, aber man darf davon ausgehen, daß es sich neben Angestellten vor allem um qualifizierte Arbeiter handelt, die in der Regel — die Berufswahl liegt zumeist im Bereich der herkömmlichen sozialen Lage — kleinbürgerlich-proletarischen Verhältnissen entstammen. Denn eben aus diesen Schichten und Berufsgruppen rekrutiert sich in der Weimarer Zeit das Gros der sozialdemokratischen Führungsschicht, soweit sie nur Volksschulbildung aufweist[1]).

Dieser Typ ist auch im Bundesvorstand am stärksten vertreten, obwohl er dort zahlenmäßig nicht im gleichen Maße dominiert wie in den Gauvorständen. Unter 36 Personen, die in den Jahren 1924—1933 für kürzere oder längere Zeit als Angehörige der Verbandsspitze amtieren, befinden sich 20 mit Volksschulbildung, denen immerhin 16 gegenüberstehen, die eine „höhere" Bildung — 12 vermutlich mit Universitätsbildung, 2 Volksschullehrer, der Rest mit Gymnasialbildung oder entsprechendem Bildungsweg — aufzuweisen haben. Die Angehörigen der letzteren Gruppe, die durchweg kleinbürgerlich bzw. halbproletarischer, teilweise aber auch großbürgerlicher Schichtenlage entstammt, fungieren, von zwei Ausnahmen abgesehen, nicht als hauptamtlich angestellte Funktionäre politischer oder gewerkschaftlicher Verbände.

Bei der Mehrheit handelt es sich um Beamte, nicht selten in höherer Position; die anderen sind freiberuflich tätig, als Rechtsanwälte oder in Handel und Wirtschaft. Im Gegensatz dazu überwiegt bei der ersteren Gruppe der Typ des in politisch abhängiger — Partei, Gewerkschaft, Reichsbanner oder nahestehenden Organisationen — Stellung tätigen Funktionärs oder Redakteurs (12). In die gleiche Kategorie fallen im Grunde 5 weitere Angehörige dieses Kreises, die über parteipolitische Tätigkeit in hohe staatliche Positionen gelangten. Nur zwei Männer scheinen wenigstens zunächst noch in ihrem ursprünglichen Beruf als Angestellte tätig gewesen zu sein. Bei einem weiteren Mitglied des Bundesvorstandes handelt es sich um einen Polizeioffizier, der aus dem Mannschaftsstande aufgestiegen ist.

Unter den Verbandsredakteuren tritt dagegen das Arbeiterelement etwas zurück. Zwar sind neben Höltermann Franz Osterroth und Huber Meurer zu dieser Kategorie zu rechnen; alle anderen Redaktionsmitglieder jedoch besitzen mehr als Volksschulbildung und zugleich eine andere soziale Ausgangslage. Mayr ist ein aus bayrischem Bildungsbürgertum stammender ehemaliger Berufsoffizier, Ernst Diefenthal, zeitweilig Sekretär Friedrich Naumanns, ein früherer Korporationsstudent. Bei den beiden ständigen Mitarbeitern des Blattes, Dr. Teipel und Dr. Warburg, handelt es sich um Angehörige der akademischen

[1]) Vgl. dazu Joachim Siemann, Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik, u. a. S. 26 ff., 47 ff.

Intelligenz. In die gleiche Rubrik fällt Nowack. Nowacks Redaktionskollege von der Illustrierten Reichsbannerzeitung, Karl Wiegner, ist Berufsjournalist, vermutlich ohne Universitätsbildung, der sich 1918 der Sozialdemokratie anschloß.

Als Ergebnis der Untersuchung schälen sich zwei Großgruppen heraus: auf der einen Seite stehen Männer mit Volksschulbildung, die durchweg kleinbürgerlich-proletarischer Schichtlage entstammen. Fast alle besitzen, soweit es sich nicht um Angestellte handelt, eine qualifizierte Berufsausbildung als Facharbeiter, üben indes in der Regel den ursprünglich erlernten Beruf nicht mehr aus. Die zweite Großgruppe rekrutiert sich aus Angehörigen der akademischen Intelligenz, die in der Verbandsspitze stärker vertreten ist, als es bei der sonst in ihrer Führungsschicht ähnlich strukturierten SPD der Fall ist[1]), da die Mehrheit der von seiten des Zentrums und der DDP zum Reichsbanner stoßenden Führer der akademischen Schicht zuzurechnen ist. Nach Zahl wie nach Bedeutung dominiert jedoch auch beim Reichsbanner das nichtakademische Element: alle Männer, die in den Jahren 1924 bis 1933 als erste oder zweite Bundesführer an der Spitze des Verbandes gestanden haben, von Otto Hörsing über Karl Höltermann bis hin zu Gustav Ferl, dem zeitweiligen kommissarischen 2. Bundesführer, und dem 1933 neugewählten 2. Bundesführer Max Hofmann, gehören zur Schicht der über Partei- und Gewerkschaftsämter aufgestiegenen qualifizierten Arbeiter.

Löwensteins polemisch gemeinte Feststellung: „Zum großen Teil rekrutieren sich diese (die Reichsbannerführer, d. Verf.) aus dem alten und verbrauchten Parteiapparat der SPD[2])", gibt trotz der Einseitigkeit des in ihr enthaltenen Urteils einen wahren Sachverhalt wieder, der durch die obigen Analysen bestätigt wird. So gut wie alle Inhaber höherer Verbandschargen hatten schon außerhalb, in Parteien oder Gewerkschaften, Meriten und Organisationserfahrungen erworben, und für nicht wenige war die Tätigkeit im Reichsbanner eine Arbeit, die mit der „linken Hand" getan wurde, getan werden mußte, da sie als hauptamtliche Funktionäre anderen Organisationen primär verpflichtet waren. Nur das Führerkorps mittlerer und niederer Stufe, vor allem in den technischen Ämtern, bestand zu einem wesentlichen Teil aus „homines novi", die im Reichsbanner zu ersten Führerwürden gelangten. Vielleicht hätte sich auf die Dauer, als Folge eines wachsenden bündischen Eigenbewußtseins, der Nachwuchs auch für die höheren Chargen aus diesen Reihen rekrutiert. Für die Weimarer Zeit gilt jedoch, daß es eine „genuine" Führungsschicht, die aus dem Verbande selbst hervorgegangen, von ihm primär geprägt und ihm in erster Linie verpflichtet war, zumindest in den oberen Rängen kaum gegeben hat.

Noch aus anderen Gründen, die allerdings mit der erwähnten Tatsache teil-

[1]) Vgl. Siemann, a.a.O., vor allem S. 45 ff.

[2]) Löwenstein, Tragödie, S. 73. Der Sache nach ähnlich, wenngleich mit völlig verschiedenem Wertakzent, äußert sich Neidhardt, wenn er betont: „Wortführer der Gaue" seien oft „gute, geschulte, ältere Gewerkschaftsführer" und auch Parteisekretäre gewesen (briefliche Auskünfte).

weise in ursächlichem Zusammenhang stehen, unterscheidet sich das Führerkorps des Reichsbanners seiner Stellung nach von dem der SPD und der Gewerkschaften. Die Übernahme einer Verbandsfunktion bedeutete zwar wohl einen persönlichen Prestigezuwachs, aber in der Regel nicht einen sozialen Aufstieg, wie es gemeinhin bei Partei und Gewerkschaften der Fall war. Die besoldete Verbandsbürokratie, die, abgesehen von den Redakteuren, vor allem aus den Gausekretären und Angestellten des Bundesvorstandes bestand, umfaßte wenig mehr als 50 Personen. Alle anderen Ämter wurden ehrenamtlich wahrgenommen; sie waren sozial nicht attraktiv und zumeist auch alles andere als ein Sprungbrett für eine politische Karriere.

Gewiß wurde das politische Gewicht einzelner Persönlichkeiten durch ihre Reichsbannerfunktionen nach außen hin erhöht, ohne daß jedoch ihre Stellung innerhalb der Partei dadurch aufgewertet worden wäre. Es mag zutreffen, daß Karl Höltermann sein 1932 erlangtes Reichstagsmandat vornehmlich seiner Position als Reichsbannerbundesführer zu verdanken hat. Dieser Fall ist indes eher Ausnahme denn Regel. Es gab zwar gelegentlich Ansätze im Verbande, gegenüber den Parteien als „pressure group" mit bestimmten personalpolitischen Wünschen aufzutreten. Jedoch hat der Bund mit solchen Bemühungen kaum Erfolg gehabt. Gemeinhin stand eine Tätigkeit im Wehrverband bei den „republikanischen" Parteien nicht gerade hoch im Kurs. In verschiedenen Parteibezirken der SPD war ein allzu starkes schwarzrotgoldenes Engagement für das politische Fortkommen des einzelnen zumindest nicht förderlich, und beim Zentrum stellten „Reichsbannerverdienste", zurückhaltend formuliert, alles andere als eine politische Empfehlung dar.

2. Zentrum und Reichsbanner

Der politische Katholizismus hatte auf die Gründung des neuen Verbandes zunächst mit „gemischten Gefühlen" reagiert, ohne sonderliche Begeisterung zu verraten. Der aus den christlichen Gewerkschaften stammende, später als Angestellter des Reichsbanners tätige Daniel Hatzelmann, ein politisch völlig unbedeutender Mann, blieb für geraume Zeit der einzige Vertreter des Zentrums im Bundesvorstand. Größeres politisches Gewicht besaßen Dr. Karl Spiecker und der christliche Gewerkschaftssekretär und Reichstagsabgeordnete Franz Ehrhardt, die beide schon im Mai 1924 dem Verbande ihre Namen zur Verfügung stellten. Ihrem Beispiel schloß sich dann in der Folge eine Reihe prominenter Persönlichkeiten des politischen Katholizismus an: Josef Joos, der Chefredakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" und Vorsitzender der katholischen Arbeiterinternationale; Dr. Heinrich Krone, Geschäftsführer und später, als Nachfolger von Joos, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Windthorstbunde; deren beider Vorgänger bei den Windthorstbunden, der Reichspostminister Dr. Anton Höfle; Reichskanzler a. D. Constantin Fehren-

bach; Dr. Hermann Orth, Chefredakteur der „Germania"; der nachmalige preußische Wohlfahrtsminister Dr. Heinrich Hirtsiefer; der bekannte Universitätsprofessor und Reichstagsabgeordnete Dr. Friedrich Dessauer; der langjährige badische Finanzminister und spätere Reichsfinanzminister Heinrich Köhler; Dr. Heinrich Teipel, Verfasser der Schrift „Wir müssen aus dem Turm heraus", ein Gefolgsmann Dr. Josef Wirths und ausgesprochen „linker" Außenseiter innerhalb des Zentrums. Wirth selbst hatte sich zunächst wegen parteiinterner Schwierigkeiten zurückgehalten[1]), wurde dann aber einer der rührigsten Verfechter des Reichsbannergedankens. Aktiv war auch der Vorsitzende des Berliner Zentrums, Rektor Kellermann, und der ebenfalls in Berlin ansässige Verlagsdirektor Dr. Karl Schreiner, ein Vertreter der jungen Generation. Betont reichsbannerfreundlich weiterhin, obwohl vermutlich nicht Angehöriger des Verbandes, war der Vorsitzende des oberschlesischen Zentrums, Prälat Ulitzka, Domherr zu Ratibor.

Schon ein flüchtiger Blick auf diese Liste, die nur eine repräsentative Auswahl erfaßt, läßt erkennen, daß keine der genannten Personen zum rechten, konservativen Flügel des Zentrums zählt. Sehr viel schwieriger ist das Unterfangen, über eine Bestimmung ex negativo hinaus, die kaum mehr als Selbstverständliches aussagt, die reichsbannerfreundliche Gruppe positiv zu charakterisieren. Die Bezeichnung „linkes Zentrum" trifft nur bedingt zu, da gerade der Gewerkschaftsflügel, an den man zunächst denken könnte, sich keineswegs durch Sympathien für die Organisation hervortut. Stegerwald war ein geschworener Gegner des Verbandes und ließ in seinem Hausorgan, dem „Deutschen", ständig Attacken gegen die „sozialistische" Vereinigung reiten[2]). Andere Gewerkschaftsführer, wie Jakob Kaiser, verrieten zwar gewisse Neigungen[3]), aber auch sie gehörten ebensowenig wie der von „gelber Seite" wider besseres Wissen als „Reichsbannerführer" titulierte Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Heinrich Imbusch, dem Verbande als Mitglieder an[4]).

An sich hätte Imbusch, ein Gewerkschaftsführer mit leicht klassenkämpferischem Zungenschlag und mißtrauisch gegenüber Volksgemeinschaftsparolen à la Stegerwald[5]), durchaus in die politische Landschaft des Reichsbanners gepaßt. Es waren wohl vorwiegend taktische Gründe, die ihn diesen Schritt nicht tun

[1]) Vgl. dazu ein Schreiben Wirths an Hörsing v. 30. Juli 1924 (Besitz Franz Osterroth).

[2]) Vgl. u. a. Der Deutsche v. 23. Oktober 1924; 31. Mai 1930; 26. November 1930; 5. Februar 1930.

[3]) So die Charakteristik von Joos, der zugleich Stegerwalds scharf oppositionelle Haltung hervorhebt (briefliche Auskünfte).

[4]) Vgl. dazu den grundlegenden Aufsatz: „Reichsbanner und christliche Gewerkschaften", in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften 25 (1925), S. 98.

[5]) Vgl. dazu die Diskussionen auf der öffentlichen Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften in Köln am 13. Oktober 1924; abgedruckt in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften 24 (1924), S. 237 ff.; ebd. S. 243, ein zu Grundfragen Stellung nehmender Beitrag von Imbusch, der sich vor allem mit Stegerwalds Ideen auseinandersetzt.

ließen, da die Christlichen Gewerkschaften nachdrücklichst Wert darauf legten, ihre Unabhängigkeit nach allen Seiten zu beweisen, und aus diesem Grunde eine Reichsbannermitgliedschaft ihrer Spitzenfunktionäre ungern sahen[1]).

Tatsächlich hat keiner von ihnen — Joos war kein Gewerkschaftsführer — beim Reichsbanner eine Rolle gespielt. Christliche Gewerkschaftler, namentlich Bergarbeiter, stellten zwar relativ starke Kontingente, ohne daß ihnen daraus in der Regel Schwierigkeiten erwuchsen, aber die Verbandsspitze legte sich niemals in positivem Sinne fest. Sie verwahrte sich zwar energisch gegen eine politische Diffamierung ihrer reichsbannerfreundlichen Mitglieder, da die Zugehörigkeit zu dieser „republikanischen Organisation" nicht als „Schande" bezeichnet werden könne[2]); sie verharrte jedoch in kühler Distanz, auch 1932 noch, als unter dem Eindruck der wachsenden nationalsozialistischen Gefahr die Massenbewegung der „Eisernen Front" ins Leben gerufen wurde[3]).

Die Bezeichnung „linkes Zentrum" für die reichsbannerfreundliche Gruppe trifft also kaum zu, wenn unter „links" eine bestimmte sozialpolitische Einstellung verstanden wird. Gewiß: keine der erwähnten Personen vertritt sozialreaktionäre Anschauungen, aber zur Bestimmung des Gruppencharakters erweist sich dieses Kriterium als völlig ungeeignet. Was den aktiven Kern jenes Kreises als gemeinsames Merkmal auszeichnet, ist vielmehr das entschiedene Eintreten für die schwarzrotgoldene Republik. Gegenüber den offen oder versteckt mit der alten monarchischen Staatsform Sympathisierenden und den vorsichtig „Verfassungstreuen" — die breite Mehrheit innerhalb der Partei — repräsentieren sie den betont „republikanischen", und in diesem Sinne, wenn man will, den „linken Flügel" innerhalb des Zentrums.

Das Etikett ist nicht unberechtigt, da sich aus der republikanischen Einstellung fast zwangsläufig eine Reihe praktischer Konsequenzen für die Tagespolitik ergab. Denn die Republik ließ sich nur sichern und fester verankern durch ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Ohne die SPD, geschweige denn gegen sie — das ist eine weithin geteilte Überzeugung in diesem Kreis — konnte weder die Republik konsolidiert, die erstrebte schwarzrotgoldene „Volksgemeinschaft" verwirklicht noch die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Nation geschlossen werden. Kennzeichnend für diese Gruppe ist deshalb nicht nur eine stärkere Unvoreingenommenheit gegenüber der SPD, als sie gemeinhin beim Zentrum zu finden war, sondern auch das betonte Eintreten für eine Koalition nach Weimarer Muster, teilweise selbst auf die Gefahr hin, spezifisch „katholische Belange" auf kulturpolitischem Gebiet eine Zeitlang zurückstellen zu müssen[4]).

[1]) Vgl. „Reichsbanner und christliche Gewerkschaften", a.a.O., S. 98.

[2]) ebd.

[3]) Vgl. dazu eine Erklärung der Christlichen Gewerkschaften, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften 32 (1932), S. 80. Weitere Ausführungen S. 394 ff.

[4]) Vgl. dazu J. Becker, Wirth und die Krise des Zentrums, a.a.O., S. 391 ff. (über Wirths und Teipels Stellungnahme zum Entwurf des Reichsschulgesetzes 1927).

Protagonist des nach links sich orientierenden „republikanischen und sozialen Zentrums“[1]) war neben Dr. Spiecker vor allem Dr. Josef Wirth, dessen „entschiedener Republikanismus“ seiner Partei mehr als einmal Ungelegenheiten bereitete[2]). Sein politischer Anhang — eine organisierte Hausmacht hat er nie besessen —, der ihm bei seinen parteiinternen Auseinandersetzungen Rückendeckung verschaffte, rekrutierte sich vorwiegend aus den Reihen der katholischen Arbeitervereine, den Windthorstbunden und, mit den erwähnten Gruppen weithin identisch, den katholischen Angehörigen des schwarzrotgoldenen Wehrverbandes, für den Wirth als eine Art katholisch-republikanische Idealgestalt figurierte[3]).

Dieser „politische Flügel um Dr. Wirth“, zu dem auch ein kleiner Kreis von Intellektuellen um die Professoren Dessauer und Ernst Michel sowie um die von Walter Dirks und Heinrich Scharp herausgegebene „Rhein-Mainische Volkszeitung“ gehörte, hat innerhalb des politischen Katholizismus am entschiedensten und offensten auf die Karte des Reichsbanners gesetzt[4]). Andere prominente Verbandsmitglieder aus dem Lager des Zentrums, die wie Dr. Marx politisch mehr zur Parteimitte zählten, haben sich niemals voll engagiert. Selbst Josef Joos, ein enger persönlicher Freund Wirths, der sich an der von Wirth aufgezogenen „Republikanischen Union“ beteiligte und in seiner „Westdeutschen Arbeiterzeitung“[5]) eine reichsbannerfreundliche Linie verfolgte, bewahrte immer eine leichte Distanz, obwohl er der Organisation als Bundesvorstandsmitglied angehörte.

Als überwiegend reichsbannerfreundlich läßt sich auch die politische Einstellung der Windthorstbunde charakterisieren, die bezeichnenderweise in Männern wie Joos, Wirth und Dessauer ihre politischen Mentoren fanden. Diese Männer symbolisieren zugleich das politische Programm der Zentrumsjugend, bei der Wirths Klagen über die fehlende „Politisierung“, den „politischen Bekenntnisverzicht“ des Zentrums auf fruchtbaren Boden fielen. Im Gegensatz zur Partei selbst, die den Weg zu einer Staatspartei nie konsequent zu Ende ging, haben die Windthorstbunde die Kompromißhaltung des „verfassungstreu“ überwunden und sich zu einer entschlossenen staatspolitisch-republikanischen Einstellung durchgerungen, die sie befähigte, nicht nur „Bürger“, sondern auch

[1]) So bezeichnet sich Wirth bei seinem Austritt aus der Reichstagsfraktion des Zentrums 1925. Vgl. IRZ v. 5. September 1925.

[2]) Vgl. dazu J. Becker, Wirth und die Krise des Zentrums, a.a.O., passim.

[3]) Bezeichnend, daß sich Windthorstbunde, katholische Arbeitervereine und selbstverständlich auch das Reichsbanner hinter Wirth stellten, als dieser 1925 aus der Reichstagsfraktion austrat. Vgl. IRZ v. 5. September 1925; R. v. 1. Oktober 1925.

[4]) So Josef Joos (briefliche Auskunft).

[5]) Die WAZ war das Organ der westdeutschen katholischen Arbeiterbewegung. Im allgemeinen reichsbannerfreundlich, war sie doch keineswegs so unkritisch gegenüber dem Verbande eingestellt, wie der „Bayrische Kurier“ (19. September 1926) glauben machen will.

„Bürgen" des Weimarer Staates zu sein[1]). Es vermag deshalb kaum zu überraschen, daß schon 1924, auf der ersten Reichstagung der Windthorstbunde nach der Gründung des schwarzrotgoldenen Wehrverbandes, das Reichsbanner aus staatspolitischen Erwägungen heraus bejaht und den Bundesmitgliedern der Beitritt zu dieser Organisation empfohlen wurde, unter gleichzeitiger scharfer Absage an die Verbände der Rechten[2]).

Nicht bei allen Landesverbänden fand indes die Glatzer Entschließung vom Jahre 1924 ungeteilte Zustimmung. Die Windthorstbunde des linken Niederrheins erklärten 1925 unverblümt, daß in ihrem ländlich strukturierten Gau jegliches Zusammengehen mit dem Reichsbanner, das von der Landjugend einhellig abgelehnt werde, höchst gefährlich sei, und kreideten überdies ihrer Reichsführung an, daß sie von „verfassungstreu" zu „republikanisch" übergeschwenkt sei[3]). Die rheinischen Bunde, bei denen ebenso entschiedene Gegner wie unentwegte Anhänger der schwarzrotgoldenen Vereinigung zu finden waren, interpretierten 1924 auf ihrer Herbsttagung in Düsseldorf die Glatzer Entscheidung, der Beitritt werde nur unter der Voraussetzung freigestellt, daß das Reichsbanner sich einzig und allein auf den Schutz der Verfassung beschränke und dementsprechend seine Satzungen ändere[4]).

Bedenken meldete auch die niederschlesische Zentrumsjugend an[5]). In Württemberg und Ostpreußen wurde der Beitritt in das freie Ermessen des einzelnen gestellt[6]). Positiver war die Einstellung der Windthorstbunde in den Bergischen Landen, die sich energisch dagegen verwahrten, daß Reichsbannermitglieder aus ihren Reihen der Grundsatzlosigkeit und mangelnden Parteitreue geziehen würden[7]). Entschiedener noch die Haltung der badischen Landesorganisation,

[1]) Als Grundlage dieser Charakteristik dient „Das Junge Zentrum", Jg. 1—10 (1924—1933).

[2]) Vgl. dazu die Stellungnahme der Verbändekommission auf der Glatzer Tagung 1924, in: Das Junge Zentrum 1 (1924), H. 2, S. 22; ebd., S. 2 ff., werden Verlauf und Diskussionen der Glatzer Tagung wiedergegeben, die betont im Zeichen von Schwarz Rot Gold steht. Auch Krone, der Geschäftsführer und Schriftleiter des „Jungen Zentrums", nimmt in seinem Referat, wenngleich in zurückhaltender Form, positiv zum Reichsbanner Stellung. Schon im ersten Heft der 1924 gegründeten Zeitschrift war ein betont reichsbannerfreundlicher Artikel erschienen, der „ohne Gemütsrücksichten auf alte Herren" ein rückhaltloses Bekenntnis zur Republik forderte (Maria Grollmuß: Unsere staatspolitische Aufgabe, ebd., S. 7—9).

[3]) Vgl. den Bericht über den Gautag des Windthorstbundes Linker Niederrhein am 15. Februar 1925 in Neuß, ebd. 2 (1925), S. 66.

[4]) Bericht über die Herbsttagung der rheinischen Windthorstbunde in Düsseldorf am 3. Oktober 1924, ebd. 1 (1924), S. 74.

[5]) Die Herbsttagung der niederschlesischen Windthorstbunde (Dezember 1924) in Breslau mahnte zur Vorsicht, da in der letzten Zeit „parteisozialistische Tendenzen" im Reichsbanner spürbar geworden seien. Vgl. ebd. 1 (1924), S. 128. Schon vorher hatte es bei ihnen Diskussionen über die neue Vereinigung gegeben; scharf abgelehnt wurden aber nur die „völkischen Verbände". So auf der Gautagung am 6. Juli 1924, vgl. ebd. 1 (1924), H. 1, S. 20.

[6]) Vgl. ebd. 1 (1924), S. 75; 2 (1925), S. 64.

[7]) Vgl. ebd. 1 (1924), S. 72.

die eine Entschließung faßte, in der ausdrücklich zum Eintritt in den neuen Verband aufgefordert wurde[1]).

Auch die Reichsführung der Windthorstbunde ließ sich von dem überwiegend negativen Presseecho, das die Glatzer Entscheidung gefunden hatte[2]), nicht beirren. Sie meldete zwar unmißverständlich ihre Forderungen an, wenn sie die Überparteilichkeit in der Organisation gefährdet glaubte[3]), verlangte für sich völlige politische Entscheidungsfreiheit[4]) und sprach sich, ebenso wie die SAJ, gegen die Errichtung von Jugendgruppen im Reichsbanner aus[5]); sie kommentierte aber den Verband in ihrer Presse weiterhin positiv[6]). Josef Joos, der Vorsitzende, und Dr. Krone, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Windthorstbunde, bekundeten 1926 durch ihren Eintritt in den Bundesvorstand des Reichsbanners, daß sie nach wie vor zur Mitarbeit in der Organisation bereit waren. In die gleiche Richtung zielte eine auf der 6. Reichstagung der Zentrumsjugend 1926 in Recklinghausen gebilligte Entschließung, daß eine Schutzorganisation für die deutsche Republik auch fürderhin unbedingt notwendig und deshalb eine möglichst starke Vertretung des katholischen Volksteils innerhalb des Verbandes dringend erforderlich sei[7]).

Prinzipiell wurde diese Haltung in der Folgezeit nie revidiert. Kein prominenter Windthorstbündler kehrte der Vereinigung den Rücken, aber kaum jemand war in den letzten Jahren noch bereit, sich für das Reichsbanner politisch zu exponieren. Das Verhältnis blieb korrekt, die Beziehungen verloren jedoch an Verbindlichkeit und entbehrten zunehmend des emotionalen Engagements, das zu Anfang zumindest bei Teilen der Windthorstbunde vorhanden gewesen war[8]).

Der Haltung der Zentrumsjugend wird man indes nur gerecht, wenn man sie aus der Gesamtsituation des politischen Katholizismus heraus begreift[9]). Innerhalb des katholischen Lagers stellt sie neben dem Flügel um Dr. Wirth — beide Kreise überschneiden sich über weite Strecken — das aktivste republikanische

---

[1]) Vgl. R. v. 1. November 1924; gut offensichtlich auch das Verhältnis zwischen Rb. und Windthorstbunden in Berlin. Vgl. dazu den Bericht über eine Tagung mit Wirth, Das Junge Zentrum 2 (1925), S. 158.

[2]) Vgl. ebd. 1 (1924), H. 2, S. 25.

[3]) So auf der BGV 1926. Vgl. ebd. 3 (1926), S. 96.

[4]) So mit allem Nachdruck auf der 6. Reichstagung der Windthorstbunde in Recklinghausen 1926. Vgl. R. v. 1. September 1926.

[5]) Vgl. Das Junge Zentrum 2 (1925), S. 88; 3 (1926), S. 149.

[6]) Vgl. u. a. ebd. 2 (1925), S. 54 f.; 3 (1926), S. 67, 96 f.

[7]) Entschließung abgedruckt ebd. 3 (1926), S. 217; vgl. auch R. v. 1. September 1926.

[8]) Bezeichnend z. B., daß über die BGV 1928 im „Jungen Zentrum" überhaupt nicht berichtet wird. Umgekehrt druckt man kommentarlos einen Artikel aus dem „Deutschen Weg" v. 12. August 1928 ab, in dem das Reichsbanner scharf kritisiert wird. Das Junge Zentrum 5 (1928), S. 182.

[9]) Einige Anmerkungen zur Situation des Katholizismus nach 1918 bei Lutz, Demokratie im Zwielicht, S. 91—125.

Element, das sich zu einer vorbehaltlosen Bejahung des neuen Staates durchrang und deshalb auch dem Reichsbanner, sehr zum Mißvergnügen einflußreicher Gruppen in der Partei[1]), stärkere Sympathien abzugewinnen vermochte. Sehr viel distanzierter verhielt sich das Gros der Reichsausschußmitglieder, das wie Dr. Marx politisch in der Parteimitte stand. Es begnügte sich zumeist mit der Kompromiß- und Integrationsformel „verfassungstreu", war jedenfalls weit davon entfernt, einem „entschiedenen Republikanismus" im Sinne eines Dr. Wirth oder Dr. Spiecker zu huldigen.

Daraus erhellt schon, daß die Sammelbezeichnung „republikanisch", wenn sie mehr besagen soll als eine rein faktische Bejahung der Republik, nicht eigentlich für alle Reichsbannermitglieder aus dem Zentrum zutrifft. Was diese Gruppe, über das „verfassungstreu" hinaus, vielleicht noch verbindet, ist das Fehlen eines „antizentralistischen Komplexes"; denn für betonte Föderalisten mußte, selbst wenn sie nicht zum konservativen Flügel zählten, der Verband mit seiner radikalen Einheitsstaatspropaganda[2]) ein ständiger Stein des Anstoßes sein[3]). Alle weiteren Gruppierungsversuche bleiben unbefriedigend. Hörsings Bemühen, das preußische Zentrum unter Dr. Porsch und Dr. Heß als betont „reichsbannerfreundlich" vom Reichszentrum unter Dr. Marx, der inzwischen abtrünnig geworden war, abzuheben, ist eine mehr als künstliche Konstruktion. Denn das Festhalten an der Linkskoalition in Preußen — für Hörsing das entscheidende Kriterium — ist noch kein Nachweis für betont „republikanische", geschweige denn „reichsbannerfreundliche" Gesinnung[4]).

Regionale Unterschiede im Verhältnis zwischen Zentrum und Reichsbanner sind allerdings nicht zu verkennen. Generell scheint sich zu ergeben, daß das Zentrum in katholischen Diasporagebieten, namentlich Norddeutschlands,

[1]) Das verrät auch das Presseecho auf den Glatzer Beschluß vom Jahre 1924 und die Recklinghauser Entschließung vom Jahre 1926, abgedruckt in: Das junge Zentrum 1 (1924), H. 2, S. 25 und 3 (1926), S. 237 f.; vgl. auch E. Niffka, Der Weg des jungen Zentrums, IRZ v. 2. Oktober 1926 (versehen mit einer redaktionellen Vorbemerkung, in der betont wird, daß starke Kräfte am Werke seien, um die Zentrumsjugend vom Reichsbanner zu lösen). Vgl. weiterhin Pfälzer Tagblatt v. 24. Juni 1926 („Zentrum, Windthorstbunde und Reichsbanner"; scharfe Polemik gegen die Windthorstbunde, die „bekanntlich den Hauptteil der Zentrumsanhänger im Reichsbanner stellen"). Ähnlich Bayrischer Kurier v. 23. Oktober 1925 („Reichsbanner, Windthorstbunde und Republik").

[2]) Neben der Anschlußparole, und häufig mit ihr verbunden, gehörte die Forderung nach dem Einheitsstaat zu den wesentlichen Programmpunkten des Verbandes. Die deutsche Einheitsrepublik erschien gleichsam als Voraussetzung der großdeutschen Einheitsrepublik. In zahlreichen Reden und Artikeln wurde diese Forderung propagiert. Bezeichnend, daß auf der Magdeburger Bundesgründungsfeier 1925 zunächst alle innerdeutschen und dann als letzte die österreichischen Grenzpfähle ins Feuer geworfen wurden.

[3]) Bezeichnend dafür ein Artikel von O. Kunze: Reichsbanner und Zentrum, in: Allgemeine Rundschau 24 (1927), S. 482—483. — Selbstverständlich war der „extrem-unitarische Charakter" des Verbandes auch der BVP ein Greuel. Aus eben diesem Grunde warf sie den Windthorstbunden „eine Entwürdigung des Namens Windthorst" vor. Typisch für diese Vorwürfe der Artikel „Reichsbanner, Windthorstbunde und Republik", Bayrischer Kurier v. 23. Oktober 1925.

[4]) Vgl. R. v. 24. Juni 1928.

wo es nicht selten unter Belästigungen und Störungen seitens rechtsradikaler Gruppen zu leiden hatte, dem Verbande positiv gegenüberstand: selbst der „Bayrische Kurier" konnte nicht umhin, „Verdienste" der schwarzrotgoldenen Vereinigung in der Diaspora anzuerkennen[1]). Zu diesem Bild paßt es, wenn man Ende 1924 hört, daß die Partei sich in Süddeutschland „neutral" verhalte, in Berlin „empfehlend", in Westfalen dagegen schroff „ablehnend"[2]).

Solchen Pauschalurteilen kommt indes nur ein bedingter Erkenntniswert zu, da die Situation häufig von Ort zu Ort verschieden war. Es konnte durchaus geschehen, daß die lokale Zentrumsorganisation in einer Stadt sich um eine zumindest wohlwollende Einstellung gegenüber dem Reichsbanner bemühte, während schon im nächstgelegenen Ort geharnischte Resolutionen gegen den Bund verfaßt wurden. Die Entscheidung über Pro und Contra war grundsätzlich dem freien Belieben der lokalen Parteigremien überlassen, und deshalb können selbst Begriffe wie „westfälisches" oder „badisches Zentrum" nur mit Vorbehalt eingesetzt werden[3]).

Positiv entwickelte sich nach zögernden Anfängen das Verhältnis zwischen Reichsbanner und oberschlesischem Zentrum, dem der Reichstagsabgeordnete aus Ratibor, Prälat Ulitzka, präsidierte. Oberschlesien gehörte zu den Ausnahmefällen, wo das Zentrum auch stärkere Kontingente an „Fußvolk" stellte[4]). In Ostpreußen hatten sich zwar einzelne Vertreter des politischen Katholizismus schon 1923 an der Gründung der „Republikanischen Frontkämpferbünde" beteiligt, die Partei insgesamt legte aber in späteren Jahren eine merkliche Distanz an den Tag[5]). In Berlin war eine günstigere Situation schon dadurch gegeben, weil sich dort neben Dr. Spiecker auch der Zentrumsvorsitzende Rektor Kellermann, zugleich Bundesvorstandsmitglied des Reichsbanners, aktiv für den Verband einsetzte. In Westfalen dagegen, wo auch die Windthorstbunde eine Zusammenarbeit ablehnten[6]), verhielt sich der politische Katholizismus schroff ablehnend und verzichtete demonstrativ darauf, einen Vertreter

[1]) Vgl. Bayrischer Kurier v. 19. September 1926, wo man einräumt, daß es solche „Verdienste" des Reichsbanners nicht nur im oberen Schwarzwald, wie der „Badische Beobachter" betont habe, sondern vor allem in den norddeutschen Diasporagebieten gegeben habe. Auch Marx betont auf dem Kasseler Parteitag 1925, daß man namentlich in den „politischen Diasporagebieten" „größten Wert" auf Erhaltung der Organisationen lege. Vgl. Germania v. 18. November 1925, Nr. 539.

[2]) Was mußt Du vom Reichsbanner Schwarz Rot Gold wissen, S. 8.

[3]) Den folgenden Darlegungen liegen keinerlei Archivstudien zugrunde. Sie stützen sich ausschließlich auf einige Presseartikel und können deshalb nur vorsichtig einige Lichter setzen.

[4]) Vgl. R. v. 15. Mai 1926 (Bericht über die BGV 1926).

[5]) Das ostpreußische Zentrum verzichtete z. B. 1928 betont darauf, Saalschutz des Reichsbanners in Anspruch zu nehmen. Vgl. R. v. 3. Juni 1928.

[6]) Vgl. dazu den Bericht des „Deutschen" v. 23. Oktober 1924 über die Herbsttagung der westfälischen Windthorstbunde in Meschede, auf der die Zugehörigkeit sowohl zu den Rechtsverbänden wie zum Reichsbanner mit großer Mehrheit abgelehnt worden sei.

in den Gauvorstand zu entsenden[1]). Etwas günstiger lagen die Verhältnisse offensichtlich im Ruhrgebiet und im Rheinland. Die Parteileitungen besaßen auch hier keine großen Sympathien für den Verband; sie mußten indes Rücksicht nehmen auf Windthorstbündler und katholische Arbeiter, die zunächst in nicht geringer Zahl in die Reihen der neuen Organisation geströmt waren[2]).

Süd- und Westdeutschland bieten bei näherem Zusehen ein etwas differenzierteres Bild, als es die oben erwähnte pauschale Wendung „neutral" erkennen läßt. Im Saargebiet stand das offizielle Zentrum betont kühl zum Reichsbanner[3]); in der benachbarten Pfalz dagegen war die Einstellung, wenn man den polemischen Äußerungen der rivalisierenden Bayrischen Volkspartei Glauben schenken darf, viel weniger abweisend[4]). Relativ am aufgeschlossensten aber zeigte sich die Partei in Baden, aus dem nicht zufällig eine Reihe der prominentesten Reichsausschußmitglieder — Wirth, Fehrenbach, Köhler — stammte. Das repräsentative Zentrumsorgan, der „Badische Beobachter", sparte zwar keineswegs mit Kritik, ließ jedoch grundsätzlich immer die Bereitschaft zu weiterer Mitarbeit erkennen[5]). Für Württemberg wiederum trifft eher das Gegenteil zu. Zwar setzte sich der Kreis um das Gauvorstandsmitglied Professor Bauer, Ludwigsburg, der für sich in Anspruch nahm, das „andere Zentrum" zu verkörpern[6]), energisch für das Reichsbanner ein. Der offizielle Parteikurs spiegelte sich aber mehr in der Haltung eines Mannes wie Dr. Bolz, der die Organisation schroff und entschieden ablehnte[7]).

[1]) Vgl. R. v. 1. Oktober 1925. Vgl. weiterhin R. v. 3. Juni 1928 und einen Artikel im „Westfälischen Volksblatt" zitiert nach: Was mußt Du vom Reichsbanner Schwarz Rot Gold wissen, S. 9. Vgl. auch Germania v. 3. Oktober 1924 (A-Ausgabe): leise Polemik gegen die Haltung des Münsteraner Zentrums, das eine schroffe Erklärung gegen das Reichsbanner verfaßt hatte.

[2]) Vgl. die Ausführungen des Delegierten Gerlach auf der BGV 1926. Gerlach betont, daß immer mehr jüngere Zentrumsangehörige den Weg zum Reichsbanner fänden. Vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[3]) So der Delegierte Wagner (Pfalz) auf der BGV 1926, R. v. 15. Mai 1926. Vgl. dazu auch Pfälzer Tagblatt (Organ der BVP) v. 21. November 1925. 1925 wurde das Reichsbanner im Saargebiet gegründet. Dabei war der Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Hofmann, Ludwigshafen, als Propagandaredner angekündigt worden, für die BVP ein Anlaß, um gegen das rivalisierende Zentrum zu polemisieren.

[4]) Vgl. Pfälzer Tagblatt v. 15. Mai 1926 und v. 24. Juni 1926. Der Abgeordnete Hofmann gehörte dem Reichsbanner an, war aber ebenso wie die Partei in der Pfalz insgesamt durchaus auf Distanz bedacht, wie die Reaktion auf die Polemik der BVP verrät. Bezeichnend auch, daß man 1928 anläßlich der Reichstagswahlen bewußt nicht, von einer Versammlung mit Joos abgesehen, den Saalschutz des Reichsbanners in Anspruch nahm. Vgl. R. v. 3. Juni 1928.

[5]) Vgl. dazu Bayrischer Kurier v. 19. September 1926, v. 28. Mai 1926, Der Deutsche v. 1. Juni 1926, Hannoversche Landeszeitung v. 27. August 1926 (jeweils Artikel aus dem „Badischen Beobachter" zitiert). Zur politischen Haltung des badischen Zentrums und seines langjährigen Vorsitzenden, Prälat Dr. Schofer, vgl. auch J. Becker, Wirth und die Krise des Zentrums, a.a.O., passim.

[6]) So in der „Tübinger Chronik", zitiert nach der „Volksstimme Schwenningen" (Organ der SPD) v. 17. Juli 1928.

[7]) Zur Situation in Württemberg vgl. Volksstimme Schwenningen v. 17. Juli 1928; Schwäbische Tagwacht v. 15. Oktober 1929 (Bericht über Ausführungen des Gauvorsitzenden Schmidt

Einen Sonderfall stellte Bayern dar, da hier das Zentrum als möglicher katholischer Partner ausfiel. Die bayrische Spielart des politischen Katholizismus, die BVP, war zwar dem Zentrum nach Struktur und politischer Position verwandt, stand jedoch politisch weiter „rechts" und verfocht einen extrem antizentralistischen Kurs. Angesichts dieser politischen Einstellung vermag es kaum zu überraschen, daß dem extrem zentralistischen, „linken" Reichsbanner von seiten der BVP nicht nur mit vorsichtig-skeptischer Zurückhaltung, sondern mit unverhohlener Feindschaft begegnet wurde. Prominente Parteiführer wie Prälat Leicht und Fritz Schäffer sahen — oder gaben es zumindest vor — in der „sozialistischen Einrichtung" nichts anderes als eine Organisation zum „Sturz der bestehenden Verfassung" und zur „Errichtung einer sozialistischen Einheitsrepublik"[1]).

Auf den gleichen Ton gestimmt waren die Artikel des publizistischen Sprachrohrs der BVP, des „Bayrischen Kuriers", der mit nimmermüder Polemik den „Sündenfall" des Zentrums anprangerte und insbesondere der Zentrumsjugend eine „Entwürdigung des Namens Windthorst" vorhielt[2]). Die wachsende Gefahr des Nationalsozialismus führte zwar in der Endphase der Republik zu einem gewissen Abbau der Gegensätze, so daß eine Kooperation zwischen Reichsbanner und Bayernwacht, der von der BVP aufgezogenen Kampforganisation, ins Auge gefaßt werden konnte[3]). Ihre entschlossene, prinzipielle Opposition gegen einen Kampfverband, der politischen Katholizismus und Sozialismus gemeinsam umschloß, hat die Bayrische Volkspartei indes niemals aufgegeben.

---

auf der Gaugeneralversammlung des württembergischen Reichsbanners). Vgl. auch R. v. 1. Oktober 1927: das württembergische Zentrum (Dr. Bolz!) stelle sich zwar gegen die Rechtsverbände, gehe in der Praxis aber sehr viel schärfer gegen den Rotfrontkämpferbund und das Reichsbanner vor. Vgl. auch die Ausführungen K. Schumachers auf der Generalversammlung des Stuttgarter Reichsbanners am 27. November 1927 (StAL, F 193, Nr. 341, W. 44, v. 15. Dezember 1926) und auf dem Gautag des württembergischen Reichsbanners in Eßlingen 1930 (vgl. Schwäbische Tagwacht v. 1. April 1930): schwere Vorwürfe gegen die politische Einstellung des württembergischen Zentrums, das von den Ideen Seipels angesteckt sei und nicht auf dem Boden Wirths stehe. Deshalb funktioniere auch das „Dreisäulensystem" in Württemberg nicht. — Kritisch, aber nicht ablehnend zum Reichsbanner steht der württembergische Reichstagsabgeordnete Andre (Stuttgart), ein aus der christlichen Holzarbeitergewerkschaft stammender Zentrumspolitiker. Vgl. seinen Artikel „Zentrumspartei und Reichsbanner", Germania v. 3. August 1926, Nr. 359, abgedruckt R. v. 15. Oktober 1926.

[1]) Vgl. dazu die Ausführungen Prälat Leichts im Reichstag am 16. Dezember 1926, RT Bd. 391, S. 8606 D; sowie ein Schreiben Fritz Schäffers v. 22. Dezember 1926 an den Hrsg. des „Jungen Zentrums", Heinrich Krone; abgedruckt in: Das Junge Zentrum 4 (1927), S. 6, unter der Überschrift: „Bayrischer Brief"; ebd., S. 8 f., auch das Antwortschreiben Krones an Fritz Schäffer v. 1. Januar 1927 abgedruckt.

[2]) Vgl. Bayrischer Kurier v. 23. Oktober 1925 (Reichsbanner, Windthorstbunde und Republik). Weiterhin: Bayrischer Kurier v. 19. September 1926 (Zentrum und Reichsbanner), v. 28. Mai 1926 (Zentrum und Reichsbanner), v. 5. August 1926 (Zentrum und Reichsbanner), v. 12. August 1926 (Nutzlose Klagen), v. 26. September 1925 (Die Politik des Doppelspiels), Pfälzer Tagblatt v. 24. Juni 1926 (Zentrum, Windthorstbunde und Reichsbanner).

[3]) So Fritz Schäffer und Ritter von Lex (briefliche Auskünfte).

Begründet wurde die ablehnende Haltung nicht zuletzt mit den „kulturpolitischen und weltanschaulichen Schäden", die sich zwangsläufig aus dieser Zusammenarbeit ergeben müßten[1]). Als 1926 anläßlich des Volksentscheides über die Frage der Fürstenabfindung Teile des Jungzentrums, entgegen den Anordnungen kirchlicher und parteiamtlicher Stellen, der Enteignungsparole der Linksparteien folgten — Dr. Krone hatte für die Windthorstbunde die Parole ausgegeben: „Entscheidet euch vor eurem Gewissen", zugleich aber betont, er selbst werde nicht mit Ja stimmen[2]) —, war man schnell damit bei der Hand, diese „Aufweichung" auf den verderblichen Einfluß des Reichsbanners zurückzuführen und von einer Erschütterung des „katholischen Autoritätsprinzips" zu sprechen[3]). Wenn den Windthorstbunden in gleichem Zusammenhang neben Auflehnung gegen die Partei „respektswidriges Verhalten gegenüber der Geistlichkeit" und „antiklerikale Stimmungen" nachgesagt wurden[4]), dann wurde nur das zu konkreten Vorwürfen verdichtet, was weite Kreise im Zentrum und katholischen Klerus zumindest empfanden: die Furcht nämlich, aus dem engen Zusammenarbeiten mit Anhängern der „atheistischen Sozialdemokratie" würden sich „weltanschauliche" Schäden für den katholischen Volksteil ergeben.

Männer wie Prälat Ulitzka oder jener Pfarrer aus einem kleinen Ort bei Nürnberg, der angeblich Reichsbannerfahnen in seiner Kirche weihte[5]), waren seltene Ausnahmen. Klagen katholischer Pfarrer über Kirchenaustritte von Reichsbannermitgliedern — beides wurde in ursächlichem Zusammenhang gebracht —, wie sie von deutschnationaler Seite in polemischer Absicht herausgestellt wurden[6]), mochten nicht allzu häufig sein; aber die Masse des Klerus war kaum geneigt, dem überparteilichen und überkonfessionellen Verband wohlwollende Zurückhaltung entgegenzubringen, geschweige denn ihn zu unterstützen[7]). Ein formeller Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz gegen das

[1]) Vgl. Bayrischer Kurier v. 19. September 1926; Pfälzer Tagblatt v. 23. Januar 1926.

[2]) Vgl. Das Junge Zentrum 3 (1926), S. 114 f.

[3]) Vgl. dazu Bayrischer Kurier v. 5. August 1926. Vgl. auch Der Jungdeutsche v. 25. Juli 1926 (befaßt sich mit den Spannungen zwischen Windthorstbunden und Zentrum).

[4]) Musterbeispiel einer solchen „klerikalen" Argumentation der Artikel im „Pfälzer Tagblatt" v. 24. Juni 1926: Zentrum, Windthorstbunde und Reichsbanner.

[5]) Das wird jedenfalls in der Broschüre „Was mußt Du vom Reichsbanner Schwarz Rot Gold wissen", S. 8, behauptet. Möglicherweise handelt es sich um den Pfarrer Hotzelt, der auch als Palästinaforscher bekannt geworden ist.

[6]) Vgl. dazu die Broschüre des deutschnationalen Katholiken Otto Rako, Katholizismus, Zentrumspolitik und Reichsbanner (1930), S. 29, passim; enthält schwerste Vorwürfe gegen das Zentrum wegen dessen Zusammenarbeit mit der „antichristlichen atheistischen Sozialdemokratie", unter ständigem Hinweis auf päpstliche und bischöfliche Verlautbarungen. Persönliche Invektiven vor allem gegen Wirth, die „Blutwurst" („außen schwarz und innen rot") und Prälat Ulitzka, die „geplatzte Blutwurst" (Anspielung auf dessen Prälatenkragen).

[7]) Vgl. dazu auch Karl Spiecker, Germany — from Defeat to Defeat, London 1943, S. 85; bei seiner Zurückhaltung gegenüber dem Reichsbanner habe sich das Zentrum in Übereinstimmung mit den führenden Autoritäten der Kirche befunden, „who thought a too close contact with the Social-Democracy perilous".

Reichsbanner, der verschiedentlich unter Hinweis auf eine entsprechende scharfe Erklärung gegen die rechtsradikalen Verbände gefordert worden war, kam zwar nicht zustande; aber die Einstellung des Episkopats war deutlich ablehnend und gab jenen Kreisen innerhalb des politischen Katholizismus Rückendeckung, die gegen eine Betätigung von Katholiken im Reichsbanner Sturm liefen[1]). Katholische Verbandsangehörige hatten sich deshalb ständig gegen den Verdacht zu wehren, religiös indifferent oder „Katholiken zweiter Klasse" zu sein[2]).

Die politisch wie weltanschaulich motivierte Furcht vor einer „marxistischen" Verseuchung der Zentrumsanhänger, namentlich der katholischen Arbeiterschaft[3]), sowie die Sorge, eine allzu deutliche Orientierung nach links könne die Parteieinheit gefährden, erklärt auch die Haltung der Zentrumsführung, die sich zu keiner Zeit dazu bereit fand, das volle Gewicht ihrer Autorität zugunsten des Reichsbanners in die Waagschale zu werfen. Ebensowenig konnte sie es jedoch wagen, sich offen gegen den Verband auszusprechen, da sie dann den entschiedenen Widerspruch des „linken Flügels" herausgefordert hätte. Ein Ausweg aus dem Dilemma wäre das Verbot aller politischen Kampfbünde gewesen — keine andere Partei hat denn auch mit gleicher Energie und Unermüdlichkeit die Auflösung der Verbände gefordert —, aber dieses Ziel ließ sich bei den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen nicht erreichen. Praktisch blieb deshalb dem Zentrum, wollte es keine eigene Schutzorganisation aufziehen, kaum etwas anderes übrig, als den Beitritt seiner Mitglieder zum Reichsbanner wenigstens zu tolerieren. Uneingeschränkt bejaht hat es den Bund zu keiner Zeit; die offiziellen Erklärungen gingen über halbherzige Empfehlungen selten hinaus.

Der erste Zentrumsparteitag nach Gründung des Verbandes wich jeder klaren Stellungnahme aus. Kampforganisationen zum Schutz der staatlichen Ordnung — so die Argumentation von Dr. Marx — seien grundsätzlich nicht das Richtige und nur in ungewöhnlichen Zeiten gerechtfertigt; es stehe indes noch nicht mit absoluter Sicherheit fest, ob die gegenwärtige politische Situation schon als völlig normal anzusprechen sei[4]). Das Reichsbanner buchte die gewundene Erklärung als Erfolg, da zumindest kein negativer Beschluß gefaßt worden sei[5]). Bei den Reichstagswahlen Ende 1924 trat jedoch deutlich hervor, daß weite Parteikreise dem neuen Verbande offen ablehnend oder kühl reserviert

---

[1]) Vgl. dazu auch den Artikel: Die Bischöfe gegen das Reichsbanner. Eine Stimme aus dem Zentrum, Volkswille (SPD) v. 19. September 1926. Vgl. Becker, Josef Wirth und die Krise des Zentrums, a.a.O., S. 390, vor allem Anm. 129.

[2]) Vgl. dazu R. v. 8. April 1928 (Redaktionelle Vorbemerkungen zu dem Artikel: Katholizismus und Republik).

[3]) Vgl. dazu auch Spiecker, a.a.O., S. 85.

[4]) Vgl. R. v. 1. November 1924.

[5]) Vgl. R. v. 1. November 1924.

gegenüberstanden und daß nur eine Minderheit ihn freudig begrüßte[1]). Als Dr. Ludwig Haas wenig später, am 22. Januar 1925, im Reichstag eine Lanze für die Organisation brach, da fand er zwar die stürmische Zustimmung der SPD und DDP, nicht jedoch die des Zentrums[2]).

Ein merklicher Wandel trat ein, als sich 1925 die Weimarer Koalitionsparteien beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl auf die Sammelkandidatur Marx einigten und damit zumindest zeitweilig politisch wieder nahe zusammenrückten. Das Reichsbanner erwies sich bei dieser Gelegenheit als so wertvoller Wahlhelfer[3]), daß die Zentrumspresse, die bislang im günstigsten Falle unpolemisch-sachlich über den Verband berichtet hatte[4]), mehr und mehr freundliche und anerkennende Worte für die Organisation fand[5]). Marx selbst, der unterlegene „Volksblockkandidat", der vordem alle Beitrittsaufforderungen und Einladungen des Reichsbanners unbeantwortet gelassen hatte[6]), stattete nur eine Dankesschuld ab, wenn er in einem persönlich gehaltenen Schreiben mit dem Datum vom 13. Mai 1925 seinen Eintritt in die Organisation erklärte[7]).

Wie sehr der Verband durch sein Auftreten während des Wahlkampfes im katholischen Lager an Prestige gewonnen hatte, zeigte sich Ende 1925 auf dem Zentrumsparteitag in Kassel. Hörsings Begrüßungstelegramm wurde von

[1]) Vgl. IRZ v. 26. Dezember 1924.

[2]) RT, Bd. 384, S. 209 A.

[3]) Vgl. dazu auch den anerkennenden Kommentar des Stahlhelms, St. v. 25. Mai 1925. Das Reichsbanner hatte beim zweiten Wahlgang die Parole ausgegeben, „mit aller Wucht in den Kampf" einzugreifen und „aktivste Propaganda" zu betreiben. Vgl. O.Anw. Nr. 5/25 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein v. 14. April 1925. Vgl. auch die Wahlaufrufe, IRZ v. 25. April 1925.

[4]) Typisch z. B. der Bericht der „Germania" v. 23. Februar 1925, Nr. 90, über die Bundesgründungsfeier des Reichsbanners in Magdeburg. Zur Reaktion und Einstellung der Zentrumspresse vgl. auch E. Niffka in seinem Bericht über die Bundesgründungsfeier, Das Junge Zentrum 2 (1925), S. 54 f.

[5]) Vgl. u. a. Germania, v. 13. April 1925, Nr. 173; v. 18. April 1925, Nr. 179; v. 10. August 1925, Nr. 369 (Bericht über die Reichsbannerverfassungsfeier in Berlin, die als „Volksfest größten Stils" charakterisiert wird).

[6]) Marx hatte in den Jahren zuvor alle Eintrittsaufforderungen, die zum ersten Male schon im März 1924 an ihn ergangen waren, auf Anraten seiner Ministerialbürokratie im Reichskanzleramt unbeantwortet gelassen und Einladungen zu Reichsbannerveranstaltungen unter Hinweis auf die „obwaltenden Umstände" knapp und ziemlich unfreundlich abgelehnt. Vgl. dazu ein Schreiben des Reichsbannerbundesvorstandes an Marx v. 5. März 1924, mit der Aufforderung, „Ehrenmitglied" zu werden (beiliegend ein Vermerk des Staatssekretärs der Reichskanzlei und eine angeforderte Stellungnahme des Innenministers, der notiert: „Ich empfehle, nicht beizutreten und nicht zu antworten") sowie ein weiteres, schon drängenderes Schreiben des Reichsbannerbundesvorstandes an Marx v. 2. April 1924 (beiliegend ein Vermerk des Staatssekretärs der Reichskanzlei v. 11. April 1924: dringend vom Beitritt abgeraten; empfiehlt, nicht zu antworten, zumal eine stichhaltige Begründung für eine abschlägige Antwort schwierig sei). Vgl. weiterhin ein undatiertes, 1926 verfaßtes Referentenexposé (behandelt eine Einladung des Reichsbanners zu seiner Reichskonferenz; der Referent wie der Ministerialdirektor empfehlen Ablehnung; in der Vorgangsschilderung auch die zurückliegenden Einladungen an Marx und die jeweilige Reaktion darauf erwähnt). Schriftstücke BA, R 43 I/767.

[7]) Schreiben v. 13. Mai 1925 (Besitz Franz Osterroth).

Fehrenbach herzlich erwidert und dessen anschließende Laudatio auf den Verband entlockte den Delegierten immerhin ein „langanhaltendes lebhaftes Bravo“[1]). Auch Marx stellte sich, verbunden selbstverständlich mit der Erklärung, daß prinzipiell alle Kampfbünde vom Übel seien, hinter das Reichsbanner und forderte eine möglichst starke Vertretung des Zentrums innerhalb der Organisation, auf die im Augenblick noch keineswegs verzichtet werden könne.

Eine endgültige Klarheit war damit allerdings, wie Wirth kritisch anmerkte, noch nicht geschaffen. Während maßgebende Repräsentanten des Zentrums herzliche und anerkennende Worte für den Verband fanden, fuhren Parteiinstanzen im Lande, denen die Entscheidung in dieser Frage freigestellt war, damit fort, lautstarke Entschließungen gegen die Organisation zu fassen[2]). Eine eigentliche Parteibindung bestand nach wie vor nicht; der reichsbannerfreundliche Flügel blieb in der Minderheit, aber es bedeutete doch sehr viel, daß der Zentrumsvorsitzende sich in aller Öffentlichkeit zum Reichsbanner bekannte und durch seinen Beitritt der Organisation ein Unbedenklichkeitszeugnis ausstellte. Zumindest auf höchster Ebene wurden die beiderseitigen Beziehungen zu diesem Zeitpunkt von einer gewissen Sympathie getragen, die für die Zukunft einiges erwarten ließ.

Die Periode eines fast „herzlichen Einvernehmens“ war indes von kurzer Dauer. Derselbe Marx, dessen Reichsbannerbeitritt propagandistisch so stark gefeiert worden war, kehrte schon nach wenigen Jahren dem Verband wieder den Rücken. Obwohl der Schritt in seinen realen unmittelbaren Folgen nicht überschätzt und keineswegs als prinzipielle Abkehr des Zentrums vom Reichsbanner verstanden werden darf, kommt dem Ereignis eine symptomatische Bedeutung zu, da es letzthin um mehr geht als um die bloß spontane Reaktion eines einzelnen.

Schon Anfang des Jahres 1926 kursierte das Gerücht, Marx wolle sich vom Reichsbanner zurückziehen. Ein Begrüßungstelegramm, das der Zentrumsvorsitzende im Mai 1926 an die Bundesgeneralversammlung des Verbandes sandte, schien indes das Gegenteil zu bezeugen, und der Bundesvorstand beeilte sich denn auch, die Behauptungen als unsinnig und haltlos hinzustellen[3]). An einen Austritt dachte Marx zu diesem Zeitpunkt tatsächlich wohl noch nicht, aber es scheint doch, daß er allmählich begann, seine Reichsbannerzugehörigkeit als Einschränkung seiner politischen Bewegungsfreiheit zu empfinden. Umgekehrt gab es Kreise im Reichsbanner, die in dem Reichsjustizminister des Kabinetts Luther, das mit seinem Flaggenerlaß vom 5. Mai 1926 den erbitterten Protest der gesamten Linken hervorrief, eine schwere Hypothek für den Verband erblickten.

[1]) Vgl. Germania v. 16. November 1925, Nr. 537.

[2]) Zum Kasseler Parteitag vgl. Germania Nr. 538 v. 17. November 1925, Nr. 539 v. 17. November 1925 und Nr. 540 v. 18. November 1925; ausführlich darüber auch R. v. 1. Dezember 1925.

[3]) Vgl. R. v. 1. April 1926, R. v. 15. Mai 1926.

Auf der Bundesgeneralversammlung 1926 war es schon zu heftigen Ausfällen gegen Marx gekommen, die Hörsing noch als bedauerliche Entgleisung vereinzelter Delegierter hatte abtun können[1]). Diese Interpretation wurde unmöglich, als Marx im Januar 1927 mit der Bildung einer Reichsregierung unter Einschluß der Deutschnationalen beauftragt wurde. Die Erbitterung und Unruhe — zunächst noch geschürt von der Verbandspresse, die eine Spaltung des Zentrums androhte, wenn die neue Regierung tatsächlich gebildet würde[2]) — steigerte sich derart, daß sich die Verbandsführung gezwungen sah, zum 13. Februar 1927 eine Reichskonferenz einzuberufen, um über die neue politische Lage zu beraten. Ergebnis der Delegiertentagung war eine scharfe Kampfansage an den „Bürgerblock", zugleich aber eine betonte Verbeugung vor Marx und Köhler, die sich „dankenswerter Weise" bereit erklärt hätten, „auf vorgeschobenem und wichtigem Posten" republikanische Interessen zu vertreten[3]). Mit dieser Erklärung gelang es nicht nur, die Unruhe allmählich abebben zu lassen, sondern zugleich, einen Bruch mit dem Zentrum zu vermeiden, der unausweichlich gewesen wäre, wenn man Marx und Köhler, wie radikale Stimmen forderten, aus dem Verbande ausgeschlossen hätte[4]). Als Marx kurze Zeit später von sich aus seinen Austritt erklärte, war diese Gefahr kaum noch gegeben.

Unmittelbaren Anlaß zu dem Ausscheiden von Marx gab die Reaktion auf Vorgänge, die sich außerhalb der deutschen Grenzen abgespielt hatten. Anläßlich der Wiener Unruhen vom 15./16. Juli 1927 veröffentlichte das Reichsbanner, ohne vorherige Verständigung mit Joos und Dr. Krone, einen von Hörsing unterzeichneten Aufruf, der neben einem Dank an den Schutzbund für bewiesene Disziplin schwerste Vorwürfe gegen die österreichische Bundesregierung enthielt. An diesem Ereignis, das zu einem peinlichen diplomatischen Nachspiel führte, entzündete sich die Doppelkrise „Marx–Hörsing", die ihrerseits wiederum, aus der Perspektive des Zentrums, ein Teilaspekt des „Falles Wirth" war[5]). Reichskanzler Marx zog sofort die Konsequenzen und trat am 23. Juli 1927 aus dem Verbande aus. Hörsing erklärte zur gleichen Zeit, halb freiwillig, halb gezwungen, seinen Rücktritt vom Amt eines preußischen Oberpräsidenten. Beide Schritte setzten den Schlußpunkt einer Entwicklung, die sich seit längerem angebahnt hatte.

Hörsing, wegen seiner „Sonntagsreden" seit jeher ein enfant terrible der

[1]) Vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[2]) Vgl. IRZ v. 19. Januar 1927; vgl. dazu auch IRZ v. 26. Februar 1927.

[3]) Vgl. IRZ v. 26. Februar 1927; R. v. 19. Februar 1927; schon vorher hatte man in der Presse diesen Kurs vorbereitet: Protest gegen die Regierung, aber Vertrauen zu Marx, der allerdings Gefahr laufe, als „Klassenkampfwagen gegen die deutsche Arbeiterschaft mißbraucht" zu werden. R. v. 1. Februar 1927.

[4]) Über solche Bestrebungen berichtet Hörsing 1928 auf der BGV. Vgl. R. v. 7. Oktober 1928.

[5]) Diese Vorgänge stehen im Mittelpunkt der Darstellung von J. Becker, Wirth und die Krise des Zentrums. Becker behandelt auch vergleichsweise ausführlich den Fall „Hörsing–Marx", a.a.O., S. 388 ff.

preußischen Verwaltung, war der neuen Reichsregierung Marx wiederholt in scharfer Form entgegengetreten. Ihren Höhepunkt erreichten die Angriffe anläßlich des ostpreußischen Reichsbannertages am 15. Mai 1927, auf dem Hörsing sich gemeinsam mit Wirth zu schweren Beleidigungen der deutschnationalen Minister hinreißen ließ. Schon die Königsberger Rede trug Hörsing einen Verweis und eine Mahnung zu stärkerer politischer Zurückhaltung seitens der preußischen Staatsregierung ein. Der Aufruf zum 15. Juli war deshalb nur das letzte Glied in einer Kette tatsächlicher oder angeblicher „Entgleisungen" und damit zumeist verbundener ministerieller Rügen, die Hörsing allmählich hatten „amtsmüde" werden lassen[1]).

Auch der Schritt des Reichskanzlers kam für eingeweihte Kreise nicht völlig unerwartet, obwohl er zunächst in der Öffentlichkeit Bestürzung und Überraschung auslöste. Marx hatte zwar einst, trotz aller Bedenken gegen eine Kampforganisation, die Gründung des Reichsbanners „lebhaft begrüßt"[2]), und auch noch nach seinem Ausscheiden erklärte er, daß er sich weiterhin zu dem Verbande bekenne[3]); aber zumindest als Reichskanzler hatte er sich „seit Monaten" „etwas unbehaglich in seiner Stellung im Reichsbanner" gefühlt[4]). Hörsings unglücklicher Aufruf vom 17. Juli kam ihm deshalb wohl nicht völlig ungelegen, da er die Chance bot, sich einen Abgang mit stichhaltiger Begründung zu verschaffen[5]).

Die Verwirrung, die sein Ausscheiden in den Reihen seiner Partei auslöste, hatte er allerdings kaum vorausgesehen. Es war mit auf diese Reaktion zurückzuführen, daß Marx sofort durchblicken ließ, er habe den Schritt als Reichs-

[1]) Schon 1926 hatte Hörsing Severing in einem Schreiben v. 5. August 1926 gebeten, ihn „sobald als möglich zur Disposition" zu stellen, da er der ständigen Verweise müde sei (Schreiben im Nachlaß Severing).

[2]) Wörtliche Erklärung von Marx, zitiert bei Becker, a.a.O., S. 388.

[3]) So auf der Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums am 7. September 1927. Protokoll der Sitzung abgedruckt bei Becker, a.a.O., S. 440—450.

[4]) Schreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Dr. Pünder an Reichsfinanzminister Köhler v. 27. Juli 1927: „Daß der Herr Reichskanzler schon seit Monaten sich etwas unbehaglich in seiner Stellung im Reichsbanner fühlte, war ja wohl bekannt". BA, R 43 I/767 a. Wirths Unterstellung: „Es war mir schon längst klar, daß Marx dem Reichsbanner gegenüber Distanz suchte" (Deutsche Republik 1, 1926/27, S. 581) zielte offensichtlich nicht ganz am Kern der Sache vorbei, obwohl sie den Motiven von Marx nicht gerecht wurde.

[5]) Zu diesen Vorfällen generell vgl. u. a. IRZ v. 6. August 1927 (Otto Hörsing — Wilhelm Marx); J. Wirth, Marx und Hörsing, in: Deutsche Republik 1 (1926/27), S. 581 f.; eine Materialzusammenstellung, vorwiegend Pressestimmen, zum Austritt von Marx befindet sich in den Akten der Reichskanzlei (BA, R 43 I/767 a); G. Schreiber, Innenpolitik des Reiches, in: Politisches Jahrbuch 1927/28, S. 126; R. v. 1. August 1927; R. v. 7. Oktober 1928 (Hörsings Darstellung dieser Vorgänge auf der BGV 1928); Schreiben Pünders an Köhler v. 27. Juli 1927. — Zu den Königsberger Vorfällen, die schon vor dem Aufruf v. 18. Juli 1927 eine kritische Situation schufen, vgl. vor allem R. v. 1. Juni 1927; J. Wirth, Schwarz Rot Gold in Königsberg, in: Deutsche Republik 1 (1926/27), S. 226; H. Teipel, Aber, Herr Reichskanzler! Ein offener Brief, ebd., S. 257; J. Wirth, Kein Streit um Worte, ebd., S. 289 ff. Ebd., S. 293 f., auch ein Schreiben von Dr. Marx an Wirth v. 20. Mai 1927 abgedruckt und kommentiert. Wirth erneuert noch einmal seine Vorwürfe gegen die DNVP, die „Gesinnungslumperei" zum „politischen Prinzip" erhoben habe.

kanzler tun müssen, obwohl er ihn als Parteiführer bedaure[1]). Die nicht einmal unglaubwürdige Erklärung erleichterte es dem Zentrum, die Haltung seines Vorsitzenden zu billigen, ohne dabei das Reichsbanner unnötig vor den Kopf zu stoßen. Die Parteiführung suchte nach wie vor einen offenen Bruch zu vermeiden und taktierte betont vorsichtig, da sie damit rechnen mußte, daß eine radikale Absage an die schwarzrotgoldene Vereinigung auf den erbitterten Widerstand des linksrepublikanischen Flügels und der Windthorstbunde gestoßen wäre, die den Austritt von Marx offen mißbilligten[2]).

Weniger weit ging eine von Dr. Vockel einberufene Konferenz führender Zentrumsmitglieder im Reichsbanner, die sich am 28. Juli 1927 in Berlin mit der durch die Ereignisse der letzten Wochen geschaffenen neuen politischen Lage befaßte. In einer wohl bewußt doppeldeutigen Erklärung, die die „Schuldfrage" offen ließ und deshalb eine sehr verschiedene Interpretation fand, sprach sie ihr Bedauern darüber aus, „daß der Reichskanzler Marx sich zum Ausscheiden aus dem Reichsbanner veranlaßt gesehen habe"[3]). Gleichzeitig betonte sie, verbunden mit dem Verlangen nach weiteren Sicherungen, die die „Überparteilichkeit und außenpolitische Neutralität" des Wehrverbandes künftighin gewährleisten sollten, daß sich aus dieser Tatsache für die übrigen Zentrumsmitglieder im Bunde keinerlei Konsequenzen ergäben[4]).

Wie die Schlagzeile: „Kein Bruch mit dem Reichsbanner", mit der die „Germania" das Ergebnis der Konferenz kommentierte[5]), indirekt verrät, war die Parteiführung an einer Zuspitzung der Krise nicht interessiert. Die Hoffnungen der Deutschnationalen und der konservativen Kräfte im Zentrum, die seit jeher leidenschaftlich eine Aufkündigung der „unheiligen Koalition" mit den „Marxisten" gefordert hatten und bemüht waren, die „Marxkrise" anzuheizen und weiterzutreiben, wurden also nicht erfüllt[6]). Auf der Bundesvorstandssitzung

[1]) Vgl. Germania v. 30. Juli 1927, Nr. 349; vgl. Der Jungdeutsche v. 28. Juli 1927.

[2]) Vgl. dazu ein Schreiben der Windhorstbunde an das Reichsbanner, R. v. 15. September 1927. Vgl. generell Becker, a.a.O., S. 389 f.

[3]) Germania v. 29. Juli 1927, Nr. 347. Die Entschließung wurde nach zwei Richtungen hin interpretiert: a) Die Konferenz bedauert den Austritt von Marx. b) Die Konferenz bedauert, daß es für Marx unumgänglich war, aus dem Reichsbanner auszutreten. — Zu der sich daran entzündenden Pressepolemik vgl. die S. 294, Anm. 5 erwähnte Materialzusammenstellung unter den Akten der Reichskanzlei. Marx fühlte sich durch die Erklärung schwer brüskiert. Vgl. dazu seine Ausführungen auf der Sitzung des Reichsparteivorstandes am 7. September 1927, auf der Vockel über die Berliner Tagung berichtet. Protokoll bei Becker, a.a.O., S. 440—450.

[4]) Vgl. Germania v. 29. Juli 1927, Nr. 347. Wie es scheint, plädierte Joos, der an der Berliner Konferenz nicht teilnahm, dafür, das Reichsbanner zu drei selbständigen Säulen umzuformen, d. h. also: die Überparteilichkeit aufzugeben und statt dessen drei weltanschaulich geschlossene Gruppen zu bilden. So jedenfalls Kreuzzeitung v. 30. Juli 1927 (A-Ausgabe).

[5]) Germania v. 29. Juli 1927, Nr. 347.

[6]) Vgl. dazu die S. 294, Anm. 5, erwähnte Materialzusammenstellung. Vgl. weiterhin: Der Jungdeutsche v. 28. Juli 1927 (ausführliche Passagen aus der „Badischen Pressekorrespondenz" zitiert, die sich mit Anti-Reichsbanner-Strömungen im Zentrum befaßt). Vgl. IRZ v. 6. August 1927; R. v. 1. August 1927.

des Reichsbanners einigten sich beide Partner auf fast schon traditionelle Weise: das Zentrum drückte sein Mißvergnügen aus über bestimmte Vorkommnisse, die die Überparteilichkeit gefährdet hätten, und verlangte Abhilfe, die vom Reichsbanner auch umgehend versprochen wurde. Zum Entgelt dafür erklärten sich die Zentrumsangehörigen zu weiterer, intensiverer Mitarbeit bereit.

Zentrumsklagen über Verstöße gegen die „Überparteilichkeit" waren im Grunde so alt wie die Vereinigung selbst. Sie verdichteten sich zu massiven Vorwürfen und lösten damit die erste größere Krise aus, als das Reichsbanner sich 1926 weitgehend mit dem kommunistisch-sozialistischen Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten identifizierte und in entsprechendem Sinne agitierte. Das Zentrum reagierte um so allergischer, weil Teile der eigenen Gefolgschaft, namentlich der Windthorstbunde, gegen die Parteidisziplin agierten und sich der „Front ihrer sozialistischen Kameraden im Reichsbanner" anschlossen[1]). Wenig später nahm eine starke deutsche Delegation am Reichsordnertag des österreichischen Schutzbundes teil, ein Ereignis, das der

[1]) Die Einstellung des Reichsbanners in der Frage der Fürstenabfindung war so, wie es bei einer Vereinigung, die sich gleichsam berufsmäßig dem Antimonarchismus verschrieben hatte, nicht anders erwartet werden konnte. Man sprach von einem „Raubzug der Fürsten", von einem „Skandal ohnegleichen", einer „Provokation des Volkes". (Vgl. R. v. 15. Dezember 1925, R. v. 1. März 1926, R. v. 15. März 1926.) Hörsing erklärte feierlich: „Wir werden in diesem Kampf wie ein Mann gegen die Fürsten stehen" (auf der Bundesgründungsfeier am 20. Februar 1926 in Hamburg; vgl. IRZ v. 6. März 1926). Am Vortage des Volksentscheides gab die IRZ (v. 19. Juli 1926) die Losung aus: „Vertreibt den Spuk der monarchistischen Reaktion! ... kämpft Sonntag den unblutigen Kampf der Abstimmung, damit ihr vor dem blutigen Kampf des Bürgerkrieges bewahrt bleibt." — Die offiziellen Parolen der Verbandsführung waren allerdings zurückhaltender. Sie lehnte es ab, die Führung in diesem Kampf zu übernehmen, da die drei Parteien zu keiner Einigung gekommen seien. Sie gab deshalb nur die Parole aus: jeder mag nach seinem Gewissen entscheiden, jeder muß aber zur Wahlurne gehen, da nur so die geheime Abstimmung gewahrt bleibt. Wer zu Hause bleibt, ist unser Gegner (vgl. R. v. 1. Juni 1926; R. v. 15. Mai 1926). — Wie allerdings die oben erwähnten Pressekommentare sowie das Verhalten der Ortsvereine, die nicht selten eindeutig im Sinne des kommunistisch-sozialistischen Volksbegehrens bzw. Volksentscheides agitierten (vgl. etwa ein Schreiben des SPD-Ortsvereins Hannover an die Ortsleitung des Rb. Hannover v. 2. Juni 1926; NStAH, Des. 310 II, C 16) verraten, wurde diese „Überparteilichkeit" in der Praxis keineswegs eingehalten. Für das Zentrum besonders unangenehm war die Tatsache, daß sich Teile der eigenen Anhängerschaft die Parole von der entschädigungslosen Enteignung zu eigen machten und damit gegen die Weisungen der Parteiführung wie des Episkopats verstießen. In Berlin erschien ein Aufruf aus katholischen Jugendkreisen, in dem erklärt wurde, man könne aus Gewissensgründen der Weisung der Bischöfe nicht folgen und würde mit „Ja" stimmen. Zu ähnlichen Vorgängen, an denen häufig Windthorstbundler beteiligt waren, kam es auch in anderen Orten. Aus solchen Gründen reagierte das Zentrum besonders gereizt auf die Mißachtung der Überparteilichkeit seitens des Reichsbanners, das man nicht selten für das Ausscheren der eigenen Anhänger verantwortlich machte. Vgl. dazu u. a. Hannoversche Landeszeitung v. 27. Juni 1926 (Stellungnahme des „Badischen Beobachters" abgedruckt), Pfälzer Tagblatt v. 24. Juni 1926; Bayrischer Kurier v. 12. August 1926; Der Jungdeutsche v. 5. August 1926. Vgl. weiterhin die Stellungnahme der Schriftleitung des „Jungen Zentrums" (Krone) zu diesen Vorgängen: Man verurteilt zwar das Verhalten verschiedener Windthorstbundler, nimmt sie jedoch nachdrücklich gegen die Verunglimpfungen und Hetze in der katholischen Presse in Schutz. Das Junge Zentrum 3 (1926), S. 137 f. Vgl. auch Becker, a.a.O., S. 370 f., mit der etwas überspitzten Behauptung, die Führung der Partei habe sich in einer „splendid isolation" gegenüber der eigenen Wählerschaft befunden.

Organisation selbst von jenen katholischen Kreisen übel angekreidet wurde, die dem Verband positiv gegenüberstanden[1]).

Die im Anschluß an die Wiener Vorgänge gestartete, von den österreichischen Christlich-Sozialen geschürte Pressekampagne gegen die „Verbrüderung" mit den „Austromarxisten"[2]) trug nicht unwesentlich dazu bei, daß sich der Reichsausschuß des Zentrums auf seiner Tagung in Erfurt veranlaßt sah, grundsätzlich zu dem Verhältnis Reichsbanner und Partei Stellung zu nehmen. Die von vielen erhoffte und von manchen befürchtete Aufkündigung der Partnerschaft unterblieb jedoch. Die offizielle Entschließung vom 31. Oktober 1926 sprach sich gegen alle politischen Kampfbünde aus, da deren Existenz schwere Gefahren mit sich bringe, sah aber betont davon ab, Zentrumsangehörigen den Beitritt zum Reichsbanner zu untersagen[3]). Prinzipiell änderte sich damit wenig; die Partei bekräftigte nur jene Haltung, die sie seit jeher eingenommen hatte.

Unüberhörbar war allerdings auf der Erfurter Tagung die nachdrückliche Forderung an die schwarzrotgoldene Vereinigung, strenger als bisher auf die Wahrung der „Überparteilichkeit" zu achten. Schon einige Monate zuvor hatten die Zentrumsmitglieder im Reichsausschuß des Verbandes, aus dem Bestreben heraus, den Verdächtigungen und Anklagen der eigenen Parteifreunde den Wind aus den Segeln zu nehmen, zur Bundesgeneralversammlung 1926 eine Eingabe verfaßt, in der die unabdingbaren Voraussetzungen einer weiteren Mitarbeit fixiert wurden: Beschränkung der Reichsbanneraufgaben auf den Schutz der Republik und die Pflege republikanisch-demokratischer Staatsgesinnung; Besetzung aller leitenden Stellen in Organisation und Schrifttum nicht nur nach dem Maßstab der Mitgliederzahl, sondern der Weltanschauung; Beschlußfassungen, Kundgebungen nur in Einmütigkeit aller republikanischen Richtungen, nicht nach Mehrheitsbeschlüssen[4]). Die Bundesgeneralversammlung beeilte sich, die Forderungen zu akzeptieren, und wählte Krone und Joos neu in den Bundesvorstand. Zum Entgelt dafür erklärten sich die Zentrumsvertreter bereit, stärker als bisher im Verbande mitzuarbeiten und alles zu tun, um ihre Parteifreunde zum Eintritt in die Organisation zu bewegen[5]).

[1]) So legte z. B. Joos auf der Reichsausschußsitzung des Zentrums am 31. Oktober 1926 in Erfurt eine Entschließung vor, in der dem Reichsbanner wegen seiner „Verbrüderung" mit dem Schutzbund ein Verstoß gegen die Überparteilichkeit vorgeworfen wurde. Vgl. R. v. 1. Dezember 1926.

[2]) Vgl. dazu u. a. Eichsfelder Volksblatt (Z) v. 30. September 1926; Bayrischer Kurier v. 12. August 1926 u. 5. August 1926; Der Jungdeutsche v. 25. Juli 1926. Scharf gegen die Agitation wendet sich Krone in seinem offenen Brief an Fritz Schäffer, Das Junge Zentrum 4 (1927), S. 8 f.

[3]) Erfurter Entschließung abgedruckt bei G. Schreiber, Innenpolitik des Reiches, in: Politisches Jahrbuch 1926, S. 82 f.

[4]) Eingabe der Zentrumsvertreter abgedruckt und kommentiert in: Das Junge Zentrum 3 (1926), S. 96 f. Höchst negative Beurteilung dieser Resolution als völlig „sinnlos", als Bankrotterklärung der von den Herren Joos und Krone betriebenen Reichsbannerpolitik im „Bayrischen Kurier" v. 28. Mai 1926 und v. 19. September 1926 sowie im „Deutschen" v. 1. Juni 1926.

[5]) In dem erwähnten Artikel aus dem „Jungen Zentrum", der seine vollste Befriedigung aus-

Es sollte sich indes sehr bald erweisen, daß eine programmatische Festlegung von Grundsätzen, so aufrichtig sie gemeint sein mochte, noch nicht ohne weiteres eine ungestörte „überparteiliche" Kooperation gewährleistete. Daß Zwischenfälle auf unterer Ebene nie völlig vermieden werden konnten, war bei der Zusammensetzung des Verbandes mit seinem erdrückenden sozialdemokratischen Übergewicht allen Beteiligten von vornherein klar. Ernster zu bewerten waren jene Vorkommnisse, die sich nicht mehr als „Entgleisungen" nachgeordneter Organe deklarieren ließen. Dazu gehörten die Wiener „Verbrüderung" mit dem Schutzbund und der die „Marxkrise" einleitende öffentliche Aufruf von Hörsing, Handlungen und Maßnahmen, in denen das katholische Lager eklatante Verstöße gegen den Geist der Überparteilichkeit erblickte.

Gerade bei diesen Gelegenheiten zeigte sich aber auch, daß der Wille zum Zusammenhalten stärker war als die Verärgerung über „Entgleisungen" des Partners. Die Reichsbannerführung wollte auf keinen Fall einen Bruch mit dem politischen Katholizismus, da der Verband sonst seinen gemeinrepublikanischen Charakter und damit einen Gutteil seines politischen Prestiges eingebüßt hätte. Bei der Zentrumskolonie im Verbande spielten staatspolitisch-volksgemeinschaftliche Konzeptionen eine nicht geringe Rolle und überlagerten die Bedenken, die sich hin und wieder eingestellt hatten. Zudem schreckte das Beispiel des Republikanischen Schutzbundes in Österreich, vor dessen Schicksal man — ein beliebtes Argument in der innerparteilichen Diskussion über das Reichsbanner[1]) — die deutsche Vereinigung zu bewahren hoffte. Aus solchen Erwägungen suchte man den Ausgleich und forderte eine möglichst starke Vertretung des politischen Katholizismus innerhalb der Organisation. Mit dem Eintritt weiterer Zentrumsmitglieder in den Bundesvorstand auf der Bundesgeneralversammlung 1928 wurde diese Haltung demonstrativ unterstrichen[2]).

Trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten blieb das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Zentrumsmitgliedern in der Verbandsspitze immer von

---

drückt über das politische Verständnis und die parteipolitische Rücksichtnahme auf der BGV 1926, heißt es zum Schluß: „Jetzt muß die Kritik schweigen, jetzt gilt es, nach diesen Richtlinien mitzuarbeiten ... Die Aufgabe des Reichsbanners ist heute noch nicht erfüllt. Wir müssen und werden verstärkt mitarbeiten." Im gleichen Sinne argumentierten Krone und Spiecker auf der BGV. Vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[1]) Vgl. Eichsfelder Volksblatt v. 20. September 1926; vgl. Der Jungdeutsche v. 28. Juli 1927 (Auszüge aus der „Badischen Pressekorrespondenz", in der es u. a. heißt: „Im Zentrum muß man sich darüber klar sein, daß mit der offiziellen Parole der Partei: ‚Los vom Reichsbanner!' gewiß nicht zu unterschätzende Gefahren verbunden sind. Das Reichsbanner muß vor dem Schicksal des Österreichischen Schutzbundes bewahrt werden und es wird vor ihm sicher bewahrt sein, wenn das Zentrum im Reichsbanner bleibt, solange ihm ein Verbleiben nicht unmöglich gemacht wird"). Vgl. dazu auch Becker, a.a.O., S. 389.

[2]) 1928 traten Rektor Kellermann, Berlin, Karl Schreiner, Berlin, und Spiecker neu in den Bundesvorstand ein. Krone, bislang Beisitzer im Bundesvorstand, wurde stellvertretender Vorsitzender des Reichsbanners.

gegenseitigem Respekt und Wohlwollen getragen[1]). Dieser Vertrauensgrundlage war es zu danken, daß die schwere Krise, die durch die Kanzlerschaft Brünings heraufbeschworen wurde, nicht zum Auseinanderfall der Reichsbannerfront führte. Es schien, als ob sich bei dieser Gelegenheit ein lange angestautes Unbehagen und Mißvergnügen innerhalb des Verbandes in einer plötzlichen Eruption Luft schaffen wolle. Denn der Regierungsantritt Brünings markiert zwar eine entscheidende Wende innerhalb der Geschichte der Weimarer Republik, aber es ist sehr die Frage, ob das Folgenschwere dieses Ereignisses von den Miterlebenden begriffen werden konnte. Aus der Perspektive der Linken war das neue Kabinett kaum etwas anderes als eine Neuauflage des „Bürgerblocks", den man schon unter dem Zentrumskanzler Marx besessen hatte. Die gemessen an früheren Jahren so unvergleichlich stärkere Unruhe und Nervosität läßt sich deshalb nicht allein durch den Kabinettswechsel erklären, selbst wenn man einräumt, daß die Bildung und Beauftragung der neuen Regierung zu besonderem Mißtrauen Anlaß bot.

Wenn der Ortsverein Halle vom Bundesvorstand in ultimativer Form die Umwandlung der Organisation in einen rein sozialistischen Schutzbund verlangte, dann exponierte er sich stärker, als es gemeinhin geschah. Kein Zweifel indes, daß die Forderung nach Ausschluß der „bürgerlichen" Elemente in dieser Krisensituation bei den sozialistischen Anhängermassen des Verbandes eine nicht geringe Resonanz fand. Schon am 2. April hatte das Berliner Reichsbanner eine große Protestkundgebung gegen das „sozialreaktionäre" Kabinett Brüning veranstaltet, dem ein gewissenloses, einem Verfassungsbruch gleichkommendes Spiel mit der Verfassung vorgeworfen wurde. Die Empörung über diesen „Mißbrauch" einer „überparteilichen" Organisation ging beim Zentrum quer durch alle Fronten, da ja immerhin auch der „linke Erzrepublikaner" Dr. Wirth dem heftig attackierten Kabinett, und zwar als Innen- und damit Verfassungsminister, angehörte. Der Groll entlud sich in gereizten und mit Drohungen untermischten Kommentaren der Parteipresse, die unverhüllt durchblicken ließ, daß unter solchen Umständen eine weitere Zusammenarbeit unmöglich sei[2]).

Durch beschwörende Appelle und energische Maßnahmen gelang es dem Bundesvorstand jedoch, die Krise zu meistern und die allgemeine Erregung all-

[1]) Das wird namentlich von Dr. Krone nachdrücklich unterstrichen (mündliche Auskunft). Vgl. auch Das Junge Zentrum 7 (1930), Nr. 5, S. 4 f., wo anläßlich der „Brüning-Krise" dem Reichsbannerbundesvorstand ausdrücklich bescheinigt wird, daß an seiner Loyalität nicht zu zweifeln sei.

[2]) Vgl. den Artikel: Zentrum und Reichsbanner, in: Osnabrücker Volkszeitung v. 12. April 1930 (handelt sich um Zuschrift „aus führenden Zentrumskreisen"). Vgl. Osnabrücker Volkszeitung v. 2. August 1930; vgl. Der Deutsche v. 31. Mai 1930. Vgl. Der Jungdeutsche v. 9. April 1930 (ausführliche Passagen aus dem parteiamtlichen Pressedienst des Zentrums zitiert, die mit der Schlußfolgerung enden: „Am besten wäre es, wenn die Organisation ganz verschwände"). Vgl. auch St. v. 13. April 1930 (bringt gleichfalls Stimmen aus dem Zentrum); Der Deutsche v. 26. November 1930; Germania v. 12. April 1930; Das Junge Zentrum 7 (1930), Nr. 5, S. 4 f.

mählich abklingen zu lassen. Die Hallenser Rädelsführer, die sich mit ihrem Ultimatum zu weit vorgewagt und gegen die Verbandsdisziplin verstoßen hatten, wurden unnachsichtig ausgeschlossen[1]). Gleichzeitig rückte die Reichsbannerführung deutlich von den Berliner Vorfällen und ähnlichen Vorkommnissen ab und bedauerte, daß Kameraden sich verschiedentlich zu „falschen Frontstellungen" hätten provozieren lassen[2]). Ein öffentlicher Aufruf vom 3. Mai 1930, der schon durch die Namen der Unterzeichner — Hörsing, Höltermann, Crohn, Spiecker, Hauff — „Überparteilichkeit" und schwarzrotgoldene Eintracht demonstrierte, verurteilte noch einmal alle „unsachlichen Angriffe" gegen das neue Kabinett und die Zentrumsminister, wandte sich aber ebenso entschieden gegen „unsachliche oder gar böswillige Aufbauschung und Entstellung dieser Einzelfälle"[3]).

Damit war der Fall äußerlich bereinigt. Das Zentrum gab sich zufrieden und verzichtete darauf, seine Mitglieder aus dem Verbande zurückzuziehen. Kein prominenter Verbandsangehöriger der Partei kehrte der Organisation den Rücken, und daran sollte sich bis zum Ende der Republik nichts mehr ändern. Auch die Gründung der Eisernen Front, zweifellos eine einseitige Verlagerung des Schwerpunktes nach links, brachte keine spektakulären Austritte. Joos zog sich zwar 1932 aus dem Bundesvorstand, nicht aus dem Verbande selbst zurück, aber man darf annehmen, daß die als Motiv angeführte „Arbeitsüberlastung" nicht nur ein vorgeschobener Grund war[4]). Auf der letzten Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners im Februar 1933 erschienen neben „Staatsparteilern" auch noch Angehörige des Zentrums. Als Vertreter seiner Partei gelobte der Berliner Verlagsdirektor Dr. Karl Schreiner, er und seine Kameraden würden weiterhin treu und unverbrüchlich zu den gemeinsamen demokratisch-republikanischen Idealen stehen[5]).

Abgesehen von Dr. Marx und dem Vorstandsmitglied in der Gauleitung Westliches Westfalen Dr. Keimer, dessen Austritt 1928 Aufsehen erregte[6]), schied kein prominenter Zentrumspolitiker mehr aus dem Verbande aus, nachdem er

[1]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 327 f.

[2]) So Hörsing in dem Artikel „Reichsbanner und Zentrum", R. v. 3. Mai 1930.

[3]) Aufruf unter dem Titel „Kein Kurswechsel", R. v. 3. Mai 1930.

[4]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 16; im gleichen Sinne äußerst sich Joos (briefliche Auskunft).

[5]) Vgl. R. v. 25. Februar 1933. Vgl. dazu auch Osterroth, Memoiren. Am Abschluß der BGV stand eine symbolische Geste: Karl Schreiner (Z), Ernst Lemmer (DDP) und Karl Höltermann (SPD) reichten sich zu einer Art Rütlischwur die Hand, um die Einheit und Geschlossenheit des Reichsbanners zu symbolisieren. — Auffällig ist allerdings, daß weder Krone, zu damaligem Zeitpunkt immerhin noch stellvertretender Vorsitzender, noch Joos an der letzten BGV teilnahmen. Ihre Namen erscheinen auch nicht mehr in der Vorschlagsliste für den neuen Bundesvorstand, wohl dagegen die von Schreiner und Kellermann. (Vgl. R. v. 25. Februar 1933). Schwer zu sagen ist allerdings, ob sich darin ein bewußtes Abrücken vom Reichsbanner dokumentiert.

[6]) Vgl. R. v. 21. Oktober 1928. Keimer hatte zuvor in der „Kölnischen Zeitung" (Z) eine freiwillige Selbstauflösung des Reichsbanners gefordert (Kölnische Zeitung v. 30. September 1928).

der Organisation einmal beigetreten war. Das gilt für den Reichsausschuß, den Bundesvorstand, und, soweit man es überblicken kann, auch für die Gauvorstände. Völlig ungeklärt ist dagegen die Situation auf unterer Ebene und beim „Fußvolk", da die entsprechenden Quellen und Hinweise dort allzu spärlich und zudem widersprüchlich sind. Allen Meldungen, daß der politische Katholizismus sich von der Vereinigung zurückziehe, folgt fast unmittelbar ein energisches Dementi des Verbandes, in der Regel verbunden mit der stereotypen Wendung, daß gerade heute und jetzt ein erfreulicher Zuwachs von Zentrumsseite zu verzeichnen sei.

Erklärungen und Gegenerklärungen dieser Art tauchen während der Marx-Krise, beim Kabinettswechsel 1930 und noch im Jahre 1932 auf. Beweiskräftig ist keine Darstellung, weder das von gegnerischer Seite stammende, Einzelfälle aufbauschende Krisengerede, bei dem der Wunsch nicht selten der Vater des Gedankens war, noch die allzu beflissenen Dementis des Reichsbanners. Für eine Massenaustrittsbewegung der Zentrumsmitglieder finden sich jedoch keinerlei Anhaltspunkte. Wer in den Anfangsjahren zur Organisation gestoßen war, hielt in der Regel bis zum Ende aus. Aber der Zustrom von Neuen ließ mehr und mehr nach, und beim alten Bestand machten sich allmählich Ermüdungserscheinungen bemerkbar, ohne daß die Organisationsbindungen direkt aufgekündigt wurden[1]).

Solche Erscheinungen deuten schon darauf hin, daß das Verhältnis zwischen Reichsbanner und Zentrum keineswegs so konstant blieb, wie es nach außen zunächst den Anschein haben mag. Der Beschluß des Kasseler Parteitages vom Jahre 1925, der die Mitgliedschaft im Verbande freistellte, jedoch bewußt eine eigentliche Parteibindung vermied, wurde zwar nie revidiert; aber es wirft ein bezeichnendes Licht auf die veränderte Situation gegen Ende der Republik, wenn der Rechenschaftsbericht zur Generalversammlung im Februar 1933 nur diese weit zurückliegende Tatsache als einziges Positivum in den Beziehungen zwischen Reichsbanner und Zentrum aufzuführen weiß[2]).

In der Tat hatten sich beide Partner im Laufe der Jahre immer mehr auseinandergelebt, eine Erscheinung, für die man weniger persönliche Momente und Zwistigkeiten, „Entgleisungen" und entsprechend scharfe Reaktionen, sondern die gesamtpolitische Entwicklung der Weimarer Republik verantwortlich machen muß. Die katholische Partei, die in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie das neue Staatswesen getragen hatte, verlagerte ihren Schwerpunkt sehr bald wieder nach rechts. Die Wahl des Prälaten Kaas zum Parteivorsitzenden im Jahre 1928 und die Bildung der Regierung Brüning, der in seiner persönlichen politischen Entwicklung zugleich die seiner Partei widerspiegelt, bedeuteten

[1]) Im ähnlichen Sinne äußern sich verschiedene ehemalige Reichsbannerführer, u. a. Carlbergh, E. Niffka (mündliche Auskünfte). Schon 1925 klagte man darüber, daß katholische Arbeiter im Ruhrgebiet, die zunächst in nicht geringer Zahl gekommen seien, sich in die Passivität zurückzögen. Vgl. R. v. 1. Oktober 1925.

[2]) Arbeitsbericht BGV 1933, S. 63.

den definitiven Sieg der Rechtstendenzen, die schon bei den frühen Versuchen zu einer Einbeziehung der DNVP in die Regierungsverantwortung ihre Ansprüche geltend gemacht hatten.

Fast zwangsläufig mußte die stärker werdende Rechtsorientierung der Partei auch auf deren Verhältnis zum Reichsbanner abfärben. Pressekommentare von Zentrumsseite verraten deutlich, daß man die einst eingegangene Bindung zunehmend als lästig und unbequem zu empfinden beginnt[1]). 1930 wird in einem von offizieller Seite inspirierten Artikel unverblümt erklärt, daß die Mehrheit „heute nicht mehr hinter dem Reichsbanner" stehe[2]). Das war im eigentlichen Sinne wohl nie der Fall gewesen, aber immerhin hatte Marx 1925 auf dem Kasseler Parteitag, nicht ohne Resonanz beim Parteivolk, werbende und empfehlende Worte für die schwarzrotgoldene Vereinigung gefunden.

In der Folgezeit hat kein Parteivorsitzender sich wieder in so positiver Weise geäußert. Damit erhält auch der Austritt von Marx 1927 symptomatische Bedeutung, obwohl dieser Schritt — nicht einmal Reichsfinanzminister Köhler, der Kabinettskollege von Marx trat mit aus — äußerlich kaum unmittelbare Folgen zeitigte: mit Marx schied nicht nur ein prominenter Zentrumsvertreter, sondern der Parteivorsitzende aus, dessen Zugehörigkeit zum Reichsbanner zumindest als indirekte Parteibindung angesehen werden konnte. Fortan war es für das Zentrum möglich, um so glaubwürdiger zu versichern, daß die Partei als solche mit der Vereinigung nicht das geringste zu tun habe[3]).

Daß ein solches Klima einen Beitritt von Zentrumsmitgliedern zum Reichsbanner nicht gerade beflügelte, liegt auf der Hand. Günstig war die Atmosphäre allerdings in vielen Parteibezirken von Anfang an nicht gewesen. Klagen über Schwierigkeiten, die Zentrumsangehörigen wegen ihrer Reichsbannermitgliedschaft bereitet würden, waren so alt, wie die Vereinigung selbst. Schon 1927 hatte Wirth mißmutig konstatiert, daß der Beitritt zum Verband von Parteistellen im allgemeinen höchst ungern gesehen werde und deshalb schärfster Kontrolle unterstehe[4]). Solche Tendenzen verstärkten sich zwangsläufig im gleichen Maße, wie der politische Katholizismus sich wieder „konservativer" zu orientieren begann. Praktisch führten sie dazu, daß Neuzugänge immer seltener wurden und Teile des alten Bestands sich von aktiver Teilnahme mehr und mehr zurückzogen.

Vor einem radikalen Bruch schreckte aber auch das Zentrum zurück. Durch sein Festhalten an der Preußenkoalition und an der indirekten Reichsbanner-

[1]) Die meisten Artikel sind auf den Tenor gestimmt: Das Reichsbanner hat Verdienste, ist aber inzwischen überflüssig geworden. Vgl. u. a. Osnabrücker Volkszeitung v. 2. August 1930; Der Jungdeutsche v. 9. April 1930 (bringt Pressestimmen aus Zentrumsorganen).

[2]) Osnabrücker Volkszeitung v. 12. April 1930 (Artikel stammt, laut redaktioneller Vorbemerkung, aus „führenden Kreisen" des Zentrums).

[3]) Demonstrativ herausgestellt z. B. in der „Osnabrücker Volkszeitung" v. 2. August 1930.

[4]) R. v. 1. September 1927. Ähnlich Niffka und Dr. Schreiner (mündliche Auskünfte).

bindung balancierte es in gewisser Weise seine Rechtsentwicklung wieder aus und verschaffte sich damit, wie die Parteilinke der SPD — die in diesem System bewußte Methode sah — nach dem Regierungsantritt Brünings argwöhnisch vermutete[1]), ein Alibi gegenüber den nach links tendierenden Kreisen der eigenen Anhängerschaft. Es vermied nach Möglichkeit jede Aufsehen erregende Geste, tat aber nichts, um die schleichende Entfremdung aufzuhalten.

In den letzten Jahren schied das Zentrum praktisch aus seiner Verantwortung aus und begab sich damit auch seines Einflusses, der ihm an sich bereitwillig eingeräumt worden wäre[2]). Denn die schwarzrotgoldene Vereinigung stemmte sich verzweifelt gegen eine Entwicklung, die sich weitgehend ohne ihr Zutun vollzog, und war krampfhaft bemüht, den Weimarer Koalitionsgeist, dem sie ihr Dasein verdankte, aufrechtzuerhalten; sie konnte jedoch nicht verhindern, daß die Formel von den „drei Reichsbannerparteien" mehr und mehr zur Fiktion wurde. Wer sich versagte, war das Zentrum, nicht das Reichsbanner, das zeitlebens der werbende und damit schwächere Partner gewesen ist[3]).

3. *Das Verhältnis des Reichsbanners zur DDP/Staatspartei und zu einigen Splitterparteien*

Weniger spröde als der politische Katholizismus verhielt sich die Deutsche Demokratische Partei. Ihre Einstellung zum Reichsbanner ähnelt zwar in mancherlei Hinsicht der des Zentrums, und Freunde wie Gegner unterschieden oft kaum zwischen den beiden „bürgerlichen" Parteien, wenn sie deren Verhältnis zu dem republikanischen Wehrverband zu bestimmen suchten. Eine solch generalisierende Gleichsetzung erscheint jedoch mehr als fragwürdig, wofern man es nicht bei einer rein vordergründigen, statistisch-quantitativen Analyse bewenden lassen will.

Die DDP war nicht von Anfang an eine „schwarzrotgoldene" Partei gewesen. Bei der Abstimmung im Plenum der Weimarer Nationalversammlung hatte sie sich, nachdem sie im Verfassungsausschuß noch überwiegend für Schwarz Rot Gold eingetreten war, mit großer Mehrheit für die Farben Schwarz Weiß Rot ausgesprochen[4]). In diesem Abstimmungsergebnis spiegelt sich jedoch kein Vorbehalt gegen das neue republikanische Staatsgebilde. Denn gerade die DDP

[1]) Vgl. Kurt Laumann, Zentrum, Sozialdemokratie und Reichsbanner, in: Klassenkampf 4 (1930), S. 359 ff.

[2]) Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 85.

[3]) Das wird u. a. von Dr. Krone deutlich herausgestellt. Man habe von seiten des Reichsbanners geradezu um jeden Zentrumsmann geworben (mündliche Auskünfte).

[4]) Das Votum der Mehrheit für Schwarz Weiß Rot motivierte Dr. Petersen, die Entscheidung der Minderheit für Schwarz Rot Gold begründete Professor Quidde. Vgl. Heilfron, Deutsche Nationalversammlung, Bd. 5, S. 3006 ff. u. 3117 ff. Ebd., S. 3116—3120, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung. Vgl. zu diesen Vorgängen auch E. Zechlin, Schwarz Rot Gold und Schwarz Weiß Rot, Geschichte und Gegenwart, passim.

verkörperte den „weimar-demokratischen" Geist in reinster Form und war in weit höherem Maße als ihre Koalitionspartner SPD und Zentrum eine „Verfassungspartei". Sie hatte der neuen Verfassung, deren „Vater" Hugo Preuß ihren Reihen entstammte, so sehr den Stempel ihrer politischen Ideale aufgeprägt, daß es ihr leicht fiel, die neue staatliche Ordnung nicht nur faktisch, sondern auch prinzipiell und rückhaltlos zu bejahen.

Es überrascht darum wenig, daß die Gründung einer republikanischen Schutzorganisation, die schwarzrotgoldenes Engagement und Weimarer Staatsgesinnung propagierte, bei der DDP in der Regel ein viel positiveres Echo fand als im Lager des politischen Katholizismus, der sich zwar, taktisch ungemein anpassungsfähig, schnell auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt hatte, aber mehrheitlich bei bloßer „Verfassungstreue" stehenblieb. Mitglieder der DDP gehörten auf Gau- wie auf Bundesebene zu den Männern der ersten Stunde[1]), und schon im April 1924 gab die Parteileitung zu verstehen, daß sie dem „Bunde der republikanischen Kriegsteilnehmer das größte Interesse" entgegenbringe[2]).

Während Marx noch Ende 1924 seine katholischen Heerscharen zur Zurückhaltung mahnte, veröffentlichte die DDP als Nachwort zu ihrem Berliner Parteitag am 2. November 1924, auf dem eine Fahnenabteilung des Reichsbanners stürmisch begrüßt worden war, einen von Koch-Weser, Erkelenz und Fischer unterzeichneten Aufruf, in dem der neuen Vereinigung der Dank für ihren „Kampf zur Befreiung von Rhein und Ruhr und zur Sicherung der Republik" ausgesprochen wurde[3]). Als Dr. Haas wenig später, Anfang 1925, in einer Reichstagsrede das Reichsbanner als eine leider zu spät gegründete Organisation charakterisierte, da fand er den fast geschlossenen Beifall seiner Fraktion[4]).

Zu diesem Zeitpunkt hatte schon eine ganze Reihe prominenter Demokraten die Wahl in den Reichsausschuß des Verbandes angenommen. Zu ihnen zählten die Generale a. D. von Deimling und von Schönaich, die gerade als ehemalige Offiziere aus optischen Gründen hochwillkommen waren; der Parteivorsitzende Erich Koch-Weser; der Mitherausgeber der „Hilfe" und erste Vorsitzende des Vorstandes der DDP Anton Erkelenz; der Präsident des Hansabundes, seit 1928 zweiter Vorsitzender des Vorstandes der DDP, Dr. Hermann Fischer; der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe; der einflußreiche badische Demokratenführer Dr. Ludwig Haas; der Reichstagsabgeordnete Graf Bernstorff; der

[1]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 71. In Berlin leitete zunächst ein Demokrat, nämlich Wilhelm Nowack, den Gauvorstand. Bezeichnend auch, daß die „Hilfe" 30 (1924), S. 177, sofort den Gründungsaufruf des Reichsbanners und die erste Reichsausschußliste veröffentlichte — Zentrumsorgane schwiegen sich zu diesem Zeitpunkt noch geflissentlich aus.

[2]) So in einer Antwort auf ein Begrüßungstelegramm, das das Reichsbanner zum Parteitag der DDP am 5. und 6. April 1924 in Weimar geschickt hatte. Vgl. R. v. 15. April 1924.

[3]) Vgl. R. v. 15. April 1924, Frankfurter Zeitung v. 5. November 1924. Die Stimmung gegenüber dem Reichsbanner spiegelt sich auch in dem Protokoll des Parteitages. BA, R 45/III, Nr. 4.

[4]) RT, Bd. 384, S. 2094 A; Rede v. 22. Januar 1925.

Vorsitzende des Republikanischen Richterbundes Dr. Kroner; Theodor Wolff, der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts"; Georg Bernhardt, der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung"; Otto Nuschke, Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung".

In der Folge tauchen dann weitere Persönlichkeiten auf, die fast allesamt als maßgebende Träger der DDP-Politik in Reich und Ländern anzusprechen sind: Theodor Tantzen, der langjährige oldenburgische Ministerpräsident; die Professoren Dr. Willy Hellpach und Dr. Hermann Hummel, beide zeitweilig badische Staatspräsidenten; der frühere braunschweigische Staatsminister Heinrich Rönneburg; Dr. Weber, Staatsminister in Sachsen-Anhalt; der langjährige preußische Finanzminister Dr. Hermann Höpker-Aschoff; Dr. Wilhelm Külz, Reichsinnenminister im zweiten Kabinett Luther und im dritten Kabinett Marx; Hugo Preuß, der „Vater der Weimarer Verfassung"; der protestantische Pfarrer Adolf Korell, Reichstagsabgeordneter der DDP, seit 1928 Minister in Hessen; der preußische Staatssekretär Dr. Wilhelm Abegg; der Berliner Oberbürgermeister Böß; Harry Graf Keßler; der pazifistische Publizist Hellmut von Gerlach; der Historiker und demokratische Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Walter Goetz. Reichsbannermitglieder waren weiterhin Dr. Theodor Heuß und Dr. Ludwig Bergsträsser, vermutlich auch der Hamburger Bürgermeister Dr. Carl Wilhelm Petersen, Nachfolger Friedrich Naumanns im Vorsitz der DDP.

Schaut man auf diese Prominentenliste, dann erscheint es fast sinnvoller, danach zu fragen, welche demokratischen Spitzenpolitiker sich nicht offiziell zu der schwarzrotgoldenen Vereinigung bekannt haben. An erster Stelle muß zweifellos Otto Geßler genannt werden, der das Odium eines Reichswehrministers zu tragen hatte und wie kaum ein anderer vom Verbande als „schwarzer Mann" verketzert wurde[1]). Distanz wahren weiterhin, obwohl nur selten von offener Gegnerschaft gesprochen werden kann, der Mitbegründer der DDP und zeitweilige Reichsschatzminister Georg Gothein, der frühere Direktor der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt und nachmalige Reichsfinanzminister Dr. Bernhard Dernburg, der Potsdamer Reichstagsabgeordnete Dr. August Weber sowie Eugen Schiffer, Reichsminister in den Kabinetten Scheidemann und Bauer. Betont ablehnend ist auch die Einstellung des Jungvolksparteilers und späteren Mitbegründers der Staatspartei Dr. Josef Winschuh[2]).

Schon ein flüchtiger Blick auf die beiden Listen verrät, wie schwierig es ist,

[1]) Zur Einstellung gegenüber Geßler vgl. u. a. R. v. 15. Dezember 1925, R. v. 20. Juni 1931, R. v. 24. Oktober 1931. Scharfe Ausfälle gegen Geßler auch auf der BGV 1926. Haas nahm ihn allerdings teilweise in Schutz. Vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[2]) Vgl. dazu z. B. zwei Beilagen zu einem Brief Winschuhs an Dietrich v. 6. Januar 1931 (BA, Nachlaß Dietrich, Nr. 255). Winschuh hat Material gegen das Reichsbanner gesammelt, um, wie er wörtlich betont, deutlich zu machen, „in welch bedenkliche Front wir uns durch ein nahes Verhältnis zum Reichsbanner begeben".

„Freunde" und „Nichtfreunde" des Reichsbanners nach generellen politischen Gesichtspunkten zu ordnen. Als reichsbannerfeindlich galt gemeinhin der „rechte Flügel"[1]); aber diese Standardformel gibt wenig her, wenn nicht zuvor der Begriff „rechts" näher erläutert wird. Wie Lemmer zu Recht hervorhebt, standen die sich auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet mehr nach „links" orientierenden Kreise innerhalb der DDP in nationalpolitischer Hinsicht oft sehr viel weiter „rechts" als ihre „wirtschaftsliberalen" Antipoden in der Partei[2]).

Bezeichnet man den bürgerlich-kapitalistischen Flügel als „rechts" und den von Naumannschen Ideen befruchteten nationalsozialen Flügel als „links", dann erhalten die oben getroffenen Unterscheidungen einen gewissen Erklärungswert. Es dürfte zutreffen, daß der nationalsoziale Flügel das Reichsbanner in der Regel unvoreingenommener betrachtete und sich dort stärker engagierte. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß der bürgerlich-kapitalistische Flügel geschlossen reichsbannerfeindlich eingestellt war. Denn immerhin gehörte — um ein sehr bezeichnendes Beispiel zu nennen — Dr. Hermann Fischer, Präsident des Hansabundes und fünfzigfaches Aufsichtsratsmitglied, seit 1924 dem Reichsausschuß des Verbandes an.

Hermann Fischer hat sich gewiß nicht sonderlich stark beim Reichsbanner engagiert, aber das gilt ebenso für eine ganze Reihe prominenter Reichsausschußmitglieder, und zwar aus allen Parteien. Er muß deshalb als „reichsbannerfreundlich" gelten, da es in der Regel unmöglich ist, politische Einzelzensuren für „Fleiß", „gutes Verhalten" und „innere Beteiligung" zu vergeben. Aus der Masse der mehr oder minder gleichgültig Interessierten ragen nur einige wenige hervor, für die der Verband in der Tat viel mehr bedeutete als eine Organisation, der man als „republikanischer Politiker" üblicherweise auch angehörte.

Zu den „Aktivisten" aus dem demokratischen Lager zählen Männer wie Dr. Haas, von Deimling, von Schönaich, W. Nowack, Major a. D. Hauff und Lemmer. Ernst Lemmer als Führer der Jungdemokraten steht ebenso wie Dr. Krone stellvertretend für eine geschlossene Gruppe. Beide galten in erster Linie als Sprecher ihrer Jugendverbände[3]), die, gemessen an den Maßstäben ihrer Parteien, eine auffallend reichsbannerfreundliche Haltung an den Tag legten. Die Bekundungen des demokratischen Jugendbundes mögen zwar um einige Grade weniger reserviert gehalten sein als die des katholischen Parallelverbandes[4]): innerhalb ihrer Partei spielen die Jungdemokraten eine ähnliche Rolle wie

[1]) Vgl. u. a. R. v. 24. Juni 1928 (Hörsing).

[2]) Ernst Lemmer (mündliche Auskünfte).

[3]) So Osterroth (mündliche Auskünfte).

[4]) Vgl. u. a. R. v. 1. November 1924 (Bericht über die Herbsttagung der Jungdemokraten Württembergs, auf der die Entschließung gefaßt wurde, daß die demokratische Jugend „begeistert" dem Ruf des Reichsbanners folge). Vgl. R. v. 15. Oktober 1926 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg), IRZ v. 23. Oktober 1926 (Bericht über den Reichsführertag des Reichsverbandes der demokratischen Jugend in Bamberg am 2./3. Oktober 1926). Vgl. auch Das Junge Zentrum 3 (1926), S. 265.

die Windthorstbunde im Zentrum. Sie bekennen sich am deutlichsten zum Reichsbanner, dieser „großartigen Möglichkeit", wie ein Jungdemokratenführer formulierte, „die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft" zu überwinden[1]).

Wenn man bedenkt, daß die politische Prominenz der DDP in ihrer Mehrheit dem Reichsbanner angehörte, dann überrascht es zunächst, Klagen über eine geringe Beteiligung von DDP-Anhängern zu hören. Tatsächlich stand jedoch hinter der glänzenden Fassade oft eine recht dürftige Wirklichkeit. Das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen „Offizieren" und „Soldaten" war vermutlich bei der DDP noch weitaus größer als beim Zentrum, das immerhin in einigen Gegenden „Fußvolk" stellte. Dafür wird man nicht allein die progressive Auszehrung der Partei verantwortlich machen können. Die Klagen über die Schwäche des demokratischen Reichsbanneraufgebots[2]) erscheinen selbst dann noch berechtigt, wenn man einräumt, daß die DDP einfach nicht in der Lage war, große Massen zu mobilisieren.

Unter statistisch-quantitativen Aspekten ergibt sich also weithin ein Gleichklang zwischen Zentrum und DDP. Die Unterschiede treten jedoch deutlich hervor, wenn man die Verhaltensursachen beider Gruppen untersucht. Politische Bedenken, die Furcht, von der Sozialdemokratie zu eng umklammert und aufgesogen zu werden, finden wir wohl in beiden Lagern; aber ein gewichtiger Faktor, der für die Zurückhaltung des politischen Katholizismus gegenüber dem Reichsbanner vielleicht in erster Linie verantwortlich zu machen ist, der religiös-weltanschauliche Faktor nämlich, fällt bei den Anhängern der DDP praktisch weg. Dafür kommen andere Elemente ins Spiel, die bei den Mitgliedern des Zentrums zwar nicht völlig fehlen, aber insgesamt doch weniger vorrangig sind.

Da war zunächst die nicht ganz unbegründete Furcht vieler Mitglieder der DDP, ein öffentlicher Beitritt zum Reichsbanner könne sie in ihrer wirtschaftlichen Existenz schädigen oder sogar bedrohen[3]). Hinzu kamen Vorurteile, die sich aus dem vorwiegend „bürgerlichen" Zuschnitt und Habitus der DDP-Gefolgschaft ergaben. Wenn Hörsing in seiner direkten, unverblümten Art konstatierte: „Im Lager der Demokraten ist man in der erdrückenden Mehrheit für das Reichsbanner viel — sehr viel — zu fein"[4]), dann brachte er solche sozialpsychologischen Gegebenheiten auf eine zwar stark vereinfachende, jedoch nicht ganz unzutreffende Formel. Das Gros der „bürgerlichen" DDP-Anhänger,

[1]) So auf dem erwähnten Bamberger Reichsführertag. Vgl. IRZ v. 23. Oktober 1926.

[2]) Vgl. dazu auch Hörsing, R. v. 24. Juni 1928 („Den Herren aus der Demokratischen und der Zentrumspartei sei offen gesagt, daß es nicht genügt, wenn einige ihrer Führer bei uns sind"). Ähnlich Hauff auf dem 6. ordentlichen Parteitag der DDP am 6. Dezember 1925. Vgl. Protokoll. BA, R 45/III, Nr. 5.

[3]) Auf diese Schwierigkeiten weist Hauff hin (ebd.), der als Fabrikbesitzer wohl eigene Erfahrungen gesammelt hatte.

[4]) R. v. 12. Juli 1930.

ohnehin wenig organisationsfreudig und immer von einer leisen Antipathie gegenüber einer Massenentfaltung erfüllt, wie sie das Reichsbanner darstellte, konnte sich innerlich nur schwer dazu entschließen, einem Verbande beizutreten, dessen „gesellschaftliches" Klima — zwangsläufig — primär von Angehörigen der Arbeiterschaft bestimmt wurde.

Die politische Führung der DDP ließ sich nicht von derlei Stimmungen und Vorurteilen leiten. Sie war schon aus reinen Zweckmäßigkeitserwägungen an der Erhaltung des Bundes interessiert, von dessen Saal- und Versammlungsschutz gerade die eigene Partei profitierte[1]). Es gab denn auch keinen Landesverband, der sich offen gegen das Reichsbanner aussprach[2]). Der Hamburger Parteitag des Jahres 1927 forderte alle Mitglieder nachdrücklich zu einem Eintritt in die republikanische Organisation auf, die „gerade in der heutigen Zeit einer Rechtsregierung unentbehrlich" sei, da sie dazu beitrage, die „drohende Zerreißung des Volkes in Besitzende und Besitzlose zu verhindern"[3]). Starke Resonanz fanden solche Aufrufe jedoch nicht. Das Parteivolk verharrte in seiner distanzierten Haltung und zog damit allen schwarzrotgoldenen Volksgemeinschaftsappellen der Führung praktisch den Boden unter den Füßen weg.

Die Hamburger Reichsbannerentschließung vom April 1927 fiel in eine Zeit, als auch innerhalb der DDP Zweifel und Kritik lauter geworden waren. Der Reichstagsabgeordnete Gothein hatte 1926 öffentlich gegen das Verhalten des Verbandes anläßlich der Fürstenenteignungskampagne protestiert[4]) und damit einem Unbehagen innerhalb der DDP über verschiedene Mißgriffe des Bundes Ausdruck verliehen, das sich nicht allein auf reichsbannerfeindliche Kreise beschränkte[5]).

Erneute Kritik stellte sich ein, als Hörsing anläßlich der Wiener Unruhen seinen Aufruf vom 18. Juli 1927 veröffentlichte, der zum Austritt des Reichs-

---

[1]) Zentrum und vor allem die SPD waren in der Regel sehr viel eher in der Lage, Saalschutzformationen aus eigenen Reihen aufzustellen, als die mehr und mehr an Auszehrung leidende DDP. Vgl. dazu auch die Ausführungen eines Dr. Häntzschel (DDP), in: R. v. 15. November 1926 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg).

[2]) Aus den zur Verfügung stehenden Kommentaren von Reichsbannerseite und vereinzelten Pressestimmen geht zumindest nicht hervor, daß erhebliche Unterschiede auf regionaler Ebene bestanden. Bei Wahlen nahm die DDP in fast allen Fällen und fast überall gern die Wahlhilfe — Saal- und Demonstrationsschutz — des Reichsbanners in Anspruch. Vgl. dazu den Bericht über den Reichstagswahlkampf 1928, R. v. 3. Juni 1928.

[3]) Vgl. R. v. 1. Juni 1927. Wie der Fackelzug zeigt, den das Hamburger Reichsbanner zu Ehren des Parteitages veranstaltete, war das offizielle Verhältnis keineswegs schlecht.

[4]) Passagen aus der Erklärung Gotheins: „Es gibt Augenblicke, in denen eine Partei auch den Mut haben muß, offen zu erklären: Hier machen wir nicht mehr mit, wenn wir uns treu bleiben wollen", abgedruckt in: Politisches Handwörterbuch (DNVP), 1928, S. 607 f. Zur Kritik der DDP am Verhalten des Reichsbanners vgl. auch Hannoversche Landeszeitung v. 27. August 1926.

[5]) Vgl. dazu die Ausführungen des geschäftsführenden Vorsitzenden der Jungdemokraten, Werner Gyßling, auf dem Bamberger Reichsführertag der Jungdemokraten 1926. Gyßling tritt energisch für das Reichsbanner ein, das in der letzten Zeit in eigenen Reihen im Trommelfeuer der Kritik gestanden habe. Vgl. R. v. 15. Oktober 1926 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg).

kanzlers Marx führte. Von der DDP-Prominenz schied zwar niemand aus, aber Major a. D. Hauff meldete unmißverständlich die Bedenken seiner Parteifreunde an[1]). Spannungen im Verhältnis zwischen Reichsbanner und demokratischer Partei gab es auch fortan[2]); sie entwickelten sich jedoch selten zu größeren Konflikten. Die „Brüning-Krise" vom Frühjahr 1930, bei der in starkem Maße Klassenkampfinstinkte an die Oberfläche drangen, blieb im wesentlichen eine Affäre zwischen Reichsbanner und Zentrum, obwohl der aufgestaute Groll sich fast ebensosehr gegen die „bürgerliche" DDP richtete, die durch den späteren Staatsparteivorsitzenden Dietrich im neuen Kabinett vertreten war.

Eine ernsthafte Krise löste erst die Gründung der Staatspartei aus. Das Zusammengehen der DDP mit dem Jungdeutschen Orden, der zwar als „Bester unter den Schlechten", aber doch als Gegner und als nicht „weimar-demokratisch" empfunden wurde, wirkte auf die breiten Massen der Reichsbannerangehörigen als schwerer Schock. Die erste Verlautbarung der neuen Partei, in der in starkem Maße jungdeutsche Kritik an der „Weimarer Parteiendemokratie" durchklang, tat ein übriges, um die Unruhe bei den Mitgliedern zu steigern. Der Bundesvorstand richtete sofort fünf Fragen an Koch-Weser, von deren positiver Beantwortung die weitere Einstellung des Verbandes zu dem neuen Parteigebilde abhängig gemacht werden sollte. Als Koch-Weser auf alle Fragen, die um eine Klarstellung der staatsparteilichen Haltung zur Weimarer Verfassung, zu den Farben Schwarz Rot Gold, zum Antisemitismus und zur Sozialpolitik ersuchten, in positivem Sinne reagierte, erklärte die Bundesleitung ihrerseits, daß einer Zusammenarbeit nichts im Wege stehe und daß die Staatspartei an die Stelle der alten DDP getreten sei[3]).

Damit schien der Fall offiziell bereinigt zu sein. Bei der Mitgliedschaft schwelte indes das Unbehagen noch lange Zeit weiter. Auf den einfachen Verbandsangehörigen, dem eine ziemlich doktrinäre Schwarz-Rot-Gold-Gesinnung anerzogen worden war, mußte es irritierend wirken, wenn er erlebte, daß der Jungdo für

[1]) Vgl. R. v. 1. August 1927.

[2]) So etwa 1928 bei den Reichstagswahlen, als sich das Reichsbanner nach Meinung der DDP in verschiedenen Gegenden einseitig für die SPD einsetzte. Vgl. das Protokoll der Sitzung des Vorstandes der DDP am 6. März 1928. BA, R 45/III, Nr. 20. Zu teilweise heftigen Spannungen kam es Anfang 1930, als Reichsbannervereine zahlreiche Demokraten ausschlossen, die bei Wahlen zu Stadtparlamenten mit Rechtsparteien koaliert hatten. Auf den Protest der DDP hin wurden die Ausschlüsse zurückgenommen. Vgl. den Bericht Lemmers auf der geschäftsführenden Vorstandssitzung der DDP am 21. Februar 1930. Protokoll. BA, R 45/III, Nr. 23.

[3]) Fragen Hörsings und Antworten Koch-Wesers, abgedruckt in: R. v. 16. August 1930. Vgl. weiterhin: O. Hörsing, Reichsbanner und Staatspartei, R. v. 9. August 1930. Mayr blieb allerdings nach wie vor skeptisch. Er monierte, daß man eine wichtige Frage nicht gestellt habe: „Wird die deutsche Staatspartei den friedenstörenden Nationalismus ablehnen und bekämpfen und wird sie im besonderen dem den deutschen republikanischen Kriegsteilnehmern und Kriegsteilnehmersöhnen zur Herzenssache gewordenen Ziel deutsch-französischen Zusammenstehens als der Grundlage der europäischen Wohlfahrt aufrichtig und beharrlich nachstreben." Mayr verbindet diese Frage mit einer heftigen Polemik gegen den Jungdo, der nach hoffnungsvollen Ansätzen wieder in einen wilden Nationalismus verfallen sei. R. v. 23. August 1930.

die neue „Reichsbannerpartei" unter den Farben Schwarz Weiß Rot agitierte[1]). Aber auch für die Verbandsführung galt es nunmehr, altvertraute Vorstellungen und Parolen endgültig über Bord zu werfen. Das so lange aufrechterhaltene bequeme Schema von den „drei Reichsbannerparteien", das jedem Verbandsmitglied den entsprechenden ideologischen Standort zuwies, war vollends brüchig geworden, da der Übergang von der DDP zur Staatspartei zunächst mehr zu bedeuten schien als einen bloßen Wechsel des Firmenschildes.

Die demokratische Kolonie im Verbande blieb nicht als geschlossene Gruppe erhalten, sondern strebte nach verschiedenen Seiten auseinander. Die Mehrheit tat mit Lemmer den Schritt zur Staatspartei, verschiedene Prominente, das Reichsausschußmitglied Erkelenz, das Bundesvorstandsmitglied Dr. Schwanecke sowie Vertreter der DDP auf lokaler Ebene schlossen sich jedoch der SPD an[2]). Vom linken Flügel der alten DDP spaltete sich zudem unter dem Pazifisten Professor Quidde eine Radikaldemokratische Partei ab, die sofort als „Reichsbannerpartei" anerkannt wurde[3]). Damit war praktisch die Abkehr vom bislang noch krampfhaft aufrechterhaltenen Dreiparteienschema vollzogen, das Höltermann schon kurz zuvor, unter gleichzeitiger starker Betonung des bündischen Eigencharakters, als revisionsbedürftig bezeichnet hatte, da es die Wirklichkeit verfälsche und den neuen politischen Umgruppierungen nicht mehr gerecht werde[4]).

Für die weiteren Beziehungen zwischen Reichsbanner und Staatspartei war es von nicht geringer Bedeutung, daß Ernst Lemmer, einer der entscheidenden Initiatoren der jüngsten politischen Blockbildung der Mitte, weiterhin in seiner Stellung als stellvertretender Verbandsvorsitzender verblieb. Seine Darlegungen auf der ersten Bundesratssitzung nach den Septemberwahlen, auf der Lemmer sein Vorgehen rechtfertigte und zugleich ein nachdrückliches Bekenntnis zum Reichsbannergedanken ablegte, trugen stark dazu bei, die Situation im Verbande zu beruhigen[5]). Skepsis gegenüber dem neuen Gebilde bestand allerdings nach wie vor[6]), und tatsächlich gab ja die Entwicklung jenen Recht, die von Anfang an der Sammlungsbewegung wenig Chancen zugebilligt und in dem Versuch

[1]) Vgl. dazu die von stärkstem Mißtrauen gegen die Staatspartei erfüllte Leserzuschrift eines Reichsbannermannes, R. v. 3. Januar 1931: Das Problem „Staatspartei" werde auf allen Kreistagungen diskutiert, und überall zeige sich starke Unruhe.

[2]) So z. B. in Hannover. Erst 1932 wandte sich der Ortsvorstand wieder an die Staatspartei mit der Bitte, einen neuen Vertreter in den Vorstand zu entsenden. Vgl. dazu das Schreiben der Reichsbannerortsleitung Hannover an die Ortsleitung der deutschen Staatspartei Hannover v. 23. September 1932. NStAH, Des. 310 II, C 14.

[3]) Vgl. R. v. 13. Dezember 1930. Hörsing schickte ein Begrüßungstelegramm zum Jenaer Gründungsparteitag der Radikal-Demokratischen Partei, in dem er lobend den „entschieden republikanischen Geist" dieser Partei herausstrich.

[4]) Vgl. dazu den programmatischen Artikel Höltermanns: „Wir wollen letzte Zuflucht sein", R. v. 9. August 1930.

[5]) Vgl. dazu R. v. 27. September 1930.

[6]) Vgl. dazu auch die Ausführungen im Arbeitsbericht BGV 1933, S. 62 f.

einer Kreuzung so konträrer Elemente, wie sie Jungdo und DDP darstellten, ein abenteuerliches Unternehmen gesehen hatten. Denn bereits am 7. Oktober verließen die sechs volksnationalen Abgeordneten die Fraktion der Staatspartei, deren Scheitern schon der eklatante Mißerfolg bei den Septemberwahlen offenbar gemacht hatte.

Der Auszug der Jungdeutschen befreite zwar die Zusammenarbeit zwischen Reichsbanner und Staatspartei von einer Hypothek; aber wenn man gehofft hatte, die neue Partei würde sich nunmehr mit dem ganzen Gewicht ihrer Autorität für die schwarzrotgoldene Vereinigung einsetzen, dann sah man sich in diesen Erwartungen getäuscht. Anträge auf dem Gründungsparteitag in Hannover, die darauf abzielten, scheiterten vor allem an dem Widerstand der Jungvolksparteiler um Dr. Winschuh[1]). Praktisch verfuhr man so, wie es der Abgeordnete Dr. Weber unter ausdrücklicher Berufung auf entsprechende Praktiken im Zentrum gefordert hatte: Wahlkreisorganisationen und Landesverbände sollten, je nach den lokalen oder regionalen Gegebenheiten, das Verhältnis nach eigenem Gutdünken regeln[2]). Einige Landesverbände legten in der Tat ein nachdrückliches Bekenntnis zum Reichsbanner ab, andere wiederum hielten sich betont zurück[3]).

An diesem Verhältnis änderte sich bis zum Ende der Republik nur wenig. Auftauchende Schwierigkeiten konnten in der Regel schnell bereinigt werden[4]). Es will zwar so scheinen, als ob die Beziehungen insgesamt etwas kühler wurden, als es vordem zu Zeiten der DDP der Fall gewesen war. Die prominenten Politiker der Partei zogen sich jedoch nicht zurück, und manch einer setzte sich energisch für eine Unterstützung des republikanischen Verbandes ein[5]).

Im Bundesvorstand hatte es allerdings aus besonderen Gründen einen „Ausverkauf" der demokratischen Kolonie gegeben. Dr. Schwanecke schloß sich 1930 der SPD an, Major a. D. Hauff wechselte 1932 zur neuen Hörsing-Bewegung über und der Magdeburger Regierungspräsident Pohlmann schied 1932 aus per-

---

[1]) Vgl. R. v. 13. Dezember 1930; R. v. 22. November 1930 (interessant, daß in dieser Leserzuschrift eines Staatsparteilers heftige Vorwürfe gegen Winschuh erhoben werden, Mahraun dagegen lobend erwähnt wird, da dieser sehr viel mehr Verständnis für den „bündischen Charakter" des Reichsbanners besitze).

[2]) Ausführungen Webers abgedruckt in: Blätter der Staatspartei 11 (1930), S. 539. Die engere Zusammenarbeit zwischen der ehemaligen DDP und der DVP in Württemberg und Baden machte dringend eine regionale Differenzierung notwendig.

[3]) In sehr positiver Weise über das Reichsbanner äußerten sich die Landesparteitage der Staatspartei von Pommern, Groß-Berlin, Thüringen, Mecklenburg. Vgl. R. v. 21. März 1931; R. v. 31. März 1931; R. v. 20. Februar 1932.

[4]) 1931 gab es wieder Spannungen wegen der „Überparteilichkeit" des Reichsbanners. Die Staatspartei meldete energisch ihre Forderungen an. Vgl. das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der Staatspartei vom 14./15. März 1931. BA, R 45/III, Nr. 49.

[5]) So z. B. Frau Lüders in einem Schreiben an Dietrich v. 3. Juli 1931 (BA, Nachlaß Dietrich, Nr. 245) und Dr. Schäfer in einem Schreiben an Dietrich v. 13. Januar 1931 (BA, Nachlaß Dietrich, Nr. 255).

sönlichen Gründen aus. Auf der letzten Bundesgeneralversammlung im Februar 1933 war von der alten Garde nur noch Ernst Lemmer vertreten, der im Namen seiner Kameraden von der Staatspartei ein nachdrückliches Bekenntnis zu weiterer Zusammenarbeit ablegte[1]).

Das Gelöbnis war sicherlich ernst gemeint und galt für nicht unbeträchtliche Teile seiner politischen Gesinnungsfreunde. Das Problem lag jedoch darin, daß der Mann, der dieses Versprechen ablegte, Repräsentant einer Partei war, die keinen politisch ernstzunehmenden Faktor mehr darstellte. Das Zentrum wollte keine Bataillone für das Reichsbanner mobilisieren, die Staatspartei konnte es nicht. Lemmer stand möglicherweise für eine Mehrheit seiner Parteifreunde, sprach aber als Vertreter einer Partei, die selbst zu einer bedeutungslosen Minderheitsgruppe herabgesunken war. Dr. Schreiner dagegen, der Sprecher des politischen Katholizismus auf der letzten Bundesgeneralversammlung, war zwar Angehöriger einer Partei, die die Stürme der letzten Zeit nicht hatten erschüttern können; aber er verkörperte nur eine Minderheit innerhalb des Zentrums. Vom Ergebnis her gab es also kaum Unterschiede: Schreiner wie Lemmer repräsentierten nur bescheidene Gruppen, die zahlenmäßig wenig ins Gewicht fielen.

Die vorstehenden Ausführungen lassen deutlich erkennen, wie sehr Anspruch und Realität auseinanderklafften, wenn nach wie vor von den „drei Reichsbannerparteien" gesprochen wurde. Und doch lag dem Schlagwort ein Wahrheitsgehalt zugrunde, weil es den parteipolitischen Rahmen des Verbandes absteckte und die Linie markierte, jenseits der die Ausstrahlungskraft der Vereinigung völlig versiegte. Erste zaghafte Versuche, Volksparteiler zu gewinnen, gab man sehr bald auf, nachdem Professor Dr. Kahl, der bekannte Reichstagsabgeordnete, einen Beitritt zur Organisation schroff abgelehnt hatte[2]). Die DVP galt fortan als „reaktionäre Partei", die gesinnungsmäßig im Lager der Republikgegner stände[3]). Das Verhältnis zu Stresemann blieb immer zwiespältig: obwohl man seine Außenpolitik vorbehaltlos unterstützte, betrachtete man ihn mit tiefem Mißtrauen und sah in ihm, seiner „kaiserlichen Gesinnung" wegen, einen wenig glücklichen Repräsentanten des neuen Staates[4]). An den Beziehungen zur DVP sollte sich auch 1930 nichts ändern, als das Parteienfeld der Mitte in Bewegung geriet. Die gleiche Verlautbarung, die der Staatspartei „republikanischen Charakter" zubilligte, bekräftigte noch einmal den alten Standpunkt, daß mit der DVP eine Zusammenarbeit unmöglich sei[5]).

Die Ursache für die fehlende Kooperation lag allerdings in erster Linie bei

[1]) Vgl. R. v. 25. Februar 1933.

[2]) Schreiben Kahls an den Bundesvorstand des Reichsbanners v. 19. März 1924 (Besitz Franz Osterroth).

[3]) Vgl. den Wahlaufruf des Reichsbanners anläßlich der Reichstagswahlen zum 7. Dezember 1924 (Berliner Hauptarchiv XII, 4/227). Vgl. weiterhin R. v. 1. November 1924; R. v. 1. Dezember 1924.

[4]) Vgl. u. a. R. v. 1. November 1924; R. v. 1. August 1927.

[5]) R. v. 16. August 1930.

der DVP, die Reichsbannerkontakte ablehnte. An sich war der Verband unter Umständen bereit, auch Mitglieder von Parteien zu akzeptieren, die nicht zum Weimarer Koalitionsterzett gehörten. Das galt sowohl für die Reichspartei des deutschen Mittelstandes wie für den Bayrischen Bauern- und Mittelstandsbund. Vom linken Flügel der Wirtschaftspartei schlossen sich schon früh einige Persönlichkeiten dem Verbande an und wurden dort bereitwillig aufgenommen. Prominentester Vertreter war der Reichstagsabgeordnete Artur Petzold, dem wegen seiner Reichsbannerzugehörigkeit bald Schwierigkeiten in seiner Partei erwuchsen[1]).

Im Gegensatz zur Wirtschaftspartei, die eine Reichsbannermitgliedschaft ihrer Parteigenossen im Grunde für untragbar hielt, legte der Bayrische Bauern- und Mittelstandsbund seinen Mitgliedern offenbar keine Schwierigkeiten in den Weg, wenn sie sich aktiv im republikanischen Kampfverband betätigten. Konrad Kübler, der frühere Volksbeauftragte für Justiz in der bayrischen Räteregierung und zeitweilige Parteivorsitzende, erschien schon 1926 als bayrischer Delegierter auf der Bundesgeneralversammlung und erklärte, daß die niederbayrischen Bauern „Schulter an Schulter mit dem Reichsbanner für die Republik" in die Schranken treten würden[2]). Tatsächlich scheint ein gewisser Prozentsatz der Bauernbündler den Weg zur republikanischen Bewegung gefunden zu haben. Im Gauvorstand Oberbayern/Schwaben saß der Redakteur der Bauernbundkorrespondenz Schwingenstein[3]); Kübler selbst gehörte später dem Reichsausschuß des Verbandes an[4]).

Wenn das Reichsbanner den bayrischen Bauern- und Mittelstandsbund als willkommenen Partner begrüßte, dann war dafür wohl auch die Tatsache verantwortlich, daß der politische Katholizismus in Bayern als Partner völlig ausfiel. Denn in anderen Gegenden des Reiches verhielt sich der Verband gegenüber Regionalparteien betont abweisend, aus der Überzeugung heraus, daß diesen Splittergruppen keine Existenzberechtigung zukomme. Als beispielsweise ein Mitglied der Deutsch-Hannoverschen Partei einen Aufnahmeantrag stellte, da entschied der Reichsbannerortsverein Hannover kurz und rigoros: „Die Aufnahme von Mitgliedern, die einer anderen als einer der drei republikanischen Parteien angehören (SPD, Demokratische oder Zentrumspartei), wird abgelehnt"[5]).

Vielleicht waren die Hannoveraner päpstlicher als der Papst, aber der ab-

[1]) Vgl. dazu das Organ der Wirtschaftspartei, den „Mittelstand", Jg. 1926, Nr. 50, S. 9.

[2]) Vgl. R. v. 15. Mai 1926 (Bericht über die BGV).

[3]) Vgl. R. v. 21. März 1931.

[4]) Vgl. R. v. 4. Mai 1929. Zur Beteiligung von Bauernbündlern am Reichsbanner vgl. weiterhin R. v. 15. Mai 1926; R. v. 6. Juli 1929 sowie ein Schreiben des Vertreters der Reichsregierung in München an die Reichsregierung v. 27. Mai 1929, BA, R 43 I/767.

[5]) Sitzungsprotokoll der Reichsbannerortsleitung Hannover v. 29. April 1926, NStAH, Des. 310 II, C 12.

schlägige Bescheid verrät doch deutlich, daß die Weimarer Koalition nicht nur eine faktische, aufgezwungene, sondern auch selbstgesteckte politische Grenzlinie markierte, die nur in Sonderfällen überschritten wurde. An der Grundkonstellation änderte sich durch den bescheidenen Zustrom von Bauernbündlern und Wirtschaftsparteilern wenig: dürftigen „bürgerlichen" Kontingenten standen die Massen der SPD gegenüber, die je länger je mehr als einzige wirkliche „Reichsbannerpartei" übrigblieb.

4. *SPD und andere Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis zum Reichsbanner*

Von Anfang an hatte sich das Gros der „Mannschaften" wie „Offiziere" aus dem sozialdemokratischen Lager rekrutiert. Es entsprach deshalb nur den Gegebenheiten an der Basis, wenn sich auch der Reichsausschuß des Verbandes überwiegend aus sozialdemokratischen Politikern zusammensetzte. Fast alles, was innerhalb der SPD Rang und Namen besaß, gehörte diesem Prominentengremium an. Otto Wels, der Parteivorsitzende, Paul Löbe, der Reichstagspräsident, die Reichskanzler a. D. Hermann Müller-Franken, Scheidemann, Bauer, die Träger der sozialdemokratischen Politik in Preußen Otto Braun, Severing und Grzesinski, der alte Parteiideologe Eduard Bernstein, Konrad Haenisch, Sollmann, Professor Radbruch, Friedrich Stampfer, Erhard Auer, Wolfgang Heine: sie und viele andere wurden vom Reichsbanner als „Kameraden" gezählt.

Das „Kamerad Severing", „Kamerad Wels" oder „Kamerad Stampfer" bedeutete allerdings nicht unbedingt sehr viel[1]), in Einzelfällen vielleicht sogar weniger als die Reichsausschußmitgliedschaft eines prominenten Zentrumspolitikers, da die Zugehörigkeit für einen prominenten Sozialdemokraten fast selbstverständlich war. Viele machten denn auch nur mit „halbem Herzen" mit[2]) und betrachteten sich, selbst wenn sie in Vorständen wirkten, mehr als parteioffizielle „Aufpasser" denn als Werber des Reichsbannergedankens innerhalb ihrer Partei[3]). Ein Mann wie Friedrich Stampfer hatte im Grunde herzlich wenig für den Bund übrig[4]), und Severing, der lange Zeit aus seiner prinzipiell ablehnenden Haltung kein Hehl machte, rief mit einigen Äußerungen verschiedentlich das stärkste Mißfallen des Verbandes hervor[5]). Solche Einschränkungen besagen

[1]) Vgl. dazu die Kritik Löwensteins, Tragödie, S. 78 f.

[2]) So Duderstadt, Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz, S. 41.

[3]) Vgl. den Artikel des früheren Berlin-Charlottenburger Reichsbannerführers Carlbergh, in: Freiheitsfackel Nr. 12, April 1958.

[4]) Stampfers ablehnende Einstellung bestätigen Duderstadt, a.a.O., S. 12, und Prinz zu Löwenstein (briefliche Auskunft).

[5]) Vgl. dazu ein Schreiben Wiegners (für den Bundesvorstand des Rb.) an Severing v. 6. Mai 1925, dem ein ausdrücklich als noch sehr „zahm" charakterisierter Protest des Gaues Chemnitz beigefügt ist, in dem dieser in schärfster Form gegen Äußerungen Severings über das Reichsbanner Stellung nimmt. (Schreiben im Nachlaß Severing.) Vgl. weiterhin R. v. 15. Mai 1925; Schreiben Deimlings an Severing v. 4. Mai 1925; Schreiben Hörsings an Severing v. 5. August 1926 (beide Schreiben im Nachlaß Severing).

indes wenig über das grundsätzliche Verhältnis von Reichsbanner und Sozialdemokratie, das unabhängig von Personen war und darum auf solideren Fundamenten ruhte: anders als Zentrum und DDP, die nur eine Minderheit ihrer Parteiangehörigen im Verbande wußten, konnte die SPD sich der Verantwortung für die aus ihren Reihen gegründete Vereinigung nicht entziehen, die Massen ihrer eigenen Parteigenossen erfaßte. Diese Grundtatsache bestimmt das Verhältnis zwischen Verband und SPD einerseits, zwischen Verband und Zentrum/DDP andererseits. Einzelne sozialdemokratische Reichsausschußmitglieder mochten dem Verbande genau so skeptisch-distanziert gegenüberstehen wie Vertreter der „bürgerlichen" Parteien: als Gruppe insgesamt symbolisierten sie das vitale Interesse einer Partei, die sich den Luxus eines auch nur zeitweiligen Beiseitestehens einfach nicht leisten konnte.

Was für die SPD gilt, trifft in ähnlicher Weise auf die Freien Gewerkschaften zu. Männer wie Leipart, Graßmann, Schumann oder Scheffel standen zwar nicht für alle Gewerkschaftsangehörigen, aber doch repräsentativ für den ADGB, der viel zu starke eigene Kontingente im Reichsbanner wußte, als daß ihm das Geschehen im Verbande hätte gleichgültig sein können. Es hat fast den Anschein — exakt belegen läßt sich die Vermutung nicht —, als ob der ADGB bei den Mitgliedermassen wie in der Führungsschicht des Verbandes mit höheren Prozentzahlen beteiligt war als die SPD[1]). Klagen über passives Verhalten von Gewerkschaftsführern, über offene oder versteckte Opposition einzelner Gewerkschaftsleitungen und Desinteressiertheit der gewerkschaftlichen Massen fehlen zwar keineswegs[2]); sie werden indes in noch schärferer Form gegen die Partei und andere Verbände erhoben. In den meisten Fällen war das beiderseitige Verhältnis nicht schlecht, wenn man den Afa-Bund, die Angestelltengewerkschaft, ausklammert, deren Spitzenfunktionäre bemerkenswerter Weise nicht im Reichsausschuß des Verbandes saßen[3]). Männer wie Graßmann äußerten sich wiederholt in auffallend positivem Sinn[4]), und man ist gehalten, ihre Worte ernst zu nehmen. Denn die beiderseitigen Beziehungen waren weithin frei von jenen

[1]) Gewerkschaftsfunktionäre des ADGB gehören zwar in der Regel auch der SPD an, aber es scheint gleichwohl berechtigt zu sein, sie als „Gewerkschaftler" von den „Parteisozialdemokraten" abzugrenzen. — Die These, daß „Gewerkschaftler" stärker vertreten sind als „Parteisozialdemokraten" läßt sich, wie schon erwähnt, nicht exakt beweisen, da die Materialgrundlage nicht ausreicht. Immerhin scheinen einige Hinweise diesen Sachverhalt zu bestätigen. Auffällig z. B. bei den Kameradschaften des Ortsvereins Hannover, daß in der Regel der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Kameradschaftsmitglieder weitaus höher ist als der der sozialdemokratisch organisierten Kameradschaftsangehörigen.

[2]) Vgl. Hörsing, R. v. 12. Juli 1930; R. v. 4. Januar 1930.

[3]) Siegfried Aufhäuser beispielweise, der Vorsitzende des Afa-Bundes, gehörte weder dem Reichsausschuß an, noch erschien er auf Reichsbannertagungen. Die Reserve des Verbandes gegenüber der Person des Afa-Bundes-Vorsitzenden spiegelt sich auch in den Memoiren Osterroths.

[4]) Vgl. R. v. 1. September 1927; R. v. 15. Mai 1926 (Graßmann); R. v. 14. Januar 1926, Gaubeilage Berlin-Brandenburg (Leipart); R. v. 24. Juni 1928 (Graßmann; bemerkenswert seine Feststellung, das Rb. habe die gleichen Schwierigkeiten wie einst die Gewerkschaften, werde sich aber auf die Dauer genauso gegenüber der Partei durchsetzen).

primär aus Organisationsrivalität erwachsenen Spannungen, die das Verhältnis zwischen Reichsbanner und anderen parteinahen Verbänden zeitweilig erheblich belasteten[1]).

Als 1933 auf der letzten Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners der Vertreter der Arbeitersportler, Wildung, das Wort ergriff, da war er ehrlich genug einzugestehen, daß erst die Not dieser Tage die beiden Organisationen zusammengeführt habe[2]). Tatsächlich war das Verhältnis lange Zeit hindurch sehr gespannt gewesen. Rein äußerlich spiegelte sich das schon darin, daß Vorstandsmitglieder des Arbeitersportbundes weder dem Reichsausschuß des Verbandes angehörten, noch zu dessen Bundesgeneralversammlungen erschienen — erst Wildungs Anwesenheit 1933 setzte einen Schlußstrich unter ein Kapitel höchst unerfreulicher Beziehungen.

Für viele Arbeitersportler war die schwarzrotgoldene Vereinigung, wie auch Wildung indirekt zugab, als er betonte, daß man in den eigenen Reihen früher das Schlagwort „Republik, das ist nicht viel ..." propagiert habe[3]), ein ideologisch suspektes Unternehmen; und aus diesem Grunde betrachtete man den Verband mit starkem Mißtrauen. Schwerer ins Gewicht fielen vielleicht noch andere Momente, die sich aus dem Konkurrenzverhältnis der Organisationen ergaben. Die Arbeitersportler sahen mit wachsender Erbitterung auf den sich ausbreitenden Sportbetrieb des Verbandes, der der eigenen Tätigkeit Abtrag zu leisten schien. Das Reichsbanner mahnte seine Angehörigen zwar zu „Klugheit und Mäßigung"[4]), war jedoch verständlicherweise nicht bereit, der Forderung nach Einstellung des Sportbetriebes nachzugeben. Die Beziehungen blieben deshalb gespannt, obwohl beide Seiten sich gelegentlich um einen modus vivendi bemühten[5]). Aus den Reihen der Sportbewegung, deren „Abstinenz", wie Hörsing 1930 bitter klagte, „geradezu unglaublich"[6]) sei, erhielt die Vereinigung lange Zeit so gut wie keine Förderung. Die Situation änderte sich erst allmählich unter dem Eindruck der wachsenden nationalsozialistischen Gefahr, die beide Verbände im Rahmen der Eisernen Front näher zusammenrücken ließ[7]).

[1]) Selbstverständlich erinnerten gelegentlich auch die Gewerkschaften das Reichsbanner nachdrücklich daran, daß es einfach nicht „anginge", wenn, namentlich von jugendlichen Kameraden, gewerkschaftliche Pflichten völlig vernachlässigt würden. Vgl. u. a. R. v. 1. April 1925. Vgl. auch die Ausführungen Graßmanns auf der BGV 1926, R. v. 15. März 1926.

[2]) Vgl. R. v. 25. Februar 1933.

[3]) R. v. 25. Februar 1933.

[4]) IRZ v. 29. Mai 1926 (Bericht über die BGV 1926).

[5]) Vgl. z. B. R. v. 15. Januar 1928 sowie einen Auszug aus dem Geschäftsbericht des Arbeiter-Turn- und Sportbundes 1926/27, NStAH, Des. 310 II, C 16.

[6]) R. v. 4. Januar 1930.

[7]) Zu den vorstehenden Darlegungen vgl. generell: R. v. 15. Februar 1928; R. v. 15. Mai 1926; R. v. 19. April 1930. Vgl. auch ein Schreiben einer Hannoverschen Arbeitersportformation an das Reichsbanner Hannover (Schriftstück undatiert) und ein Schreiben des Kartells für Sport — und Körperpflege Hannover und Umgebung an die Reichsbannerortsleitung Hannover v. 30. Juli 1927, in denen sich deutlich die Konkurrenzsituation zwischen den beiden Vereinigungen widerspiegelt. NStAH, Des. 310 II, C 16.

Zur gleichen Zeit erreichten die Spannungen zwischen Reichsbanner und Sozialistischer Arbeiterjugend ihren Höhepunkt. Die SAJ hatte von Anfang an die Bildung von Reichsbannerjugendgruppen mit stärkstem Mißtrauen beobachtet und dem neuen Verband rundweg die Berechtigung zur Jugendarbeit an Vierzehn- bis Achtzehnjährigen abgesprochen. Sie fand dabei nicht nur Rückhalt bei der SPD, die eine Zersplitterung der sozialistischen Jugendbewegung befürchtete[1]), sondern auch die Zustimmung der Windthorstbunde[2]); denn das von der SAJ vorgetragene Argument, dem Reichsbanner fehle als überparteilicher Vereinigung die für Jugenderziehung unerläßliche geschlossene Welt- und Gesellschaftsanschauung, riß im katholischen Lager nur offene Türen ein. Wenn die Jugendorganisation des Zentrums sich in dieser Frage weniger engagierte, dann deshalb, weil sie praktisch kaum betroffen war, während die sich aus gleichen Schichten wie das Jungbanner rekrutierende SAJ unter der Tätigkeit des republikanischen Kampfverbandes teilweise nicht unerheblich zu leiden hatte[3]).

Das Problem spitzte sich zu und rief neben der SAJ noch die Kinderfreundebewegung auf den Plan, als der Verband 1929, verstärkt dann 1931, dazu überging, auch Zehn- bis Vierzehnjährige in sogenannten „Vortrupps" zusammenzufassen. Innerhalb der Eisernen Front kam es wegen dieser Frage zu heftigen Auseinandersetzungen, die noch 1932 vor aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden: ein fast grotesker Anblick, wenn man bedenkt, daß Papen zu dieser Zeit schon das „Bollwerk Preußen" erstürmt hatte und Hitler bereits vor den Toren stand[4]).

Die vorstehenden Darlegungen ließen schon erkennen, daß die SAJ das Reichsbanner primär aus Konkurrenzgründen bekämpfte, ihm jedoch nicht jegliche Existenzberechtigung absprach. Diese Feststellung trifft zumindest für die Führung der SAJ zu. Sowohl Max Westphal, der langjährige SAJ-Vorsitzende, als auch sein Nachfolger Erich Ollenhauer gehörten dem Reichsausschuß des Bundes an, ein indirektes Zeichen dafür, daß sie persönlich nicht zu den geschworenen ideologischen Gegnern des Verbandes zählten. Anders stand es mit Teilen ihrer Gefolgschaft, die aus antimilitaristischen Ressentiments[5]) und klassenkämpferisch-revolutionärer Überzeugung dem der ideologischen Abweichung verdächtigen schwarzrotgoldenen Kampfbund nicht nur mißtrauisch, sondern unver-

[1]) Vgl. dazu die Ausführungen des Genossen Schulz, des Berichterstatters des Reichsbildungsausschusses, auf dem Magdeburger Parteitag der SPD 1929, Protokoll, S. 55.

[2]) Vgl. Das Junge Zentrum 3 (1926), S. 111; 2 (1925), S. 88.

[3]) Vgl. dazu das Jungba-Rundschreiben Nr. 1/31 der Reichsbannergauleitung Schleswig-Holstein v. 18. März 1931.

[4]) Nähere Ausführungen dazu S. 121 f.

[5]) Gerade die SAJ besaß eine spezifisch pazifistische Tradition. Von ihrem Ursprung her war sie primär eine Propagandaorganisation gegen den „Militarismus" gewesen. Vgl. dazu den Artikel von Max Westphal, Jugend und Wehrfrage, in: Arbeiterjugend 21 (1929), S. 58.

hüllt feindlich gegenübertrat. Dadurch kam auch in den „Vortruppstreit" zwischen Reichsbanner und SAJ eine ideologische Note hinein, die die Organisationsrivalitäten teilweise zu Auseinandersetzungen um „Prinzipien" werden ließ[1]).

Was für die SAJ gilt, trifft in ähnlicher Weise für bestimmte Kreise der Sozialdemokratischen Partei zu. Die Gruppe der prinzipiellen Gegner war zwar nicht groß; offen abgelehnt und bekämpft wurde der Verband von der weitaus überwiegenden Mehrheit der Partei keineswegs, aber es gab breite Kreise, die der Vereinigung betont kühl gegenüberstanden und jede aktive Mitarbeit verweigerten. Die Parteileitung fand wohl immer wieder anerkennende Dankesworte[2]), die vom Reichsbanner mit Genugtuung registriert wurden. Sie tat jedoch nicht allzuviel, um die nachgeordneten Organe auf eine eindeutig reichsbannerfreundliche Linie zu bringen.

Daß daraus Spannungen entstehen mußten, liegt auf der Hand. Der Verband reagierte um so erbitterter, weil er erleben mußte, daß er von den gleichen Leuten, die in der Regel seine Hilfe gern in Anspruch nahmen, nicht nur nicht gefördert, sondern oft herablassend und geringschätzig behandelt wurde. Die Empörung und Unzufriedenheit über das Verhalten namentlich örtlicher Parteistellen spiegelt sich sowohl in einer Reihe von Leserzuschriften[3]), wie in den massiven Vorwürfen Hörsings, daß gewisse Parteikreise die Notwendigkeit des Reichsbanners nicht begriffen hätten, sich völlig desinteressiert und passiv verhielten und Verbandsmitglieder oft wie Parteigenossen zweiter Klasse behandelten[4]).

Man wird im allgemeinen gut daran tun, den politischen Gehalt solcher Auseinandersetzungen nicht überzubetonen. Gewiß erschwerten auch bei jenen Gruppen, die nicht zum radikalen linken Parteiflügel gehörten, pazifistische Überzeugungen und das oft eigensinnige Festhalten an überlieferten Traditionen eine uneingeschränkte und vorbehaltlose Bejahung des Reichsbanners. Schwerer ins Gewicht fielen jedoch vielfach „unpolitische" Faktoren: persönliche Eifersüchteleien, Konkurrenzneid, Organisationsrivalitäten, ein mit prinzipiellem Mißtrauen gegen Experimente einhergehender Organisationskonservatismus, die Überzeugung, daß das Reichsbanner doch nur eine „Spielerei" sei, und ganz einfach Trägheit und allgemeine Unlust, die teilweise auf einer gewissen Organisationsübersättigung beruhte.

---

[1]) Übersteigert wird allerdings dieser „Prinzipiengegensatz" bei Löwenstein, Tragödie, S. 115 ff.

[2]) So z. B. Max Westphal auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1931 in Leipzig; Äußerungen abgedruckt: R. v. 13. Juni 1931. Im gleichen Sinne äußern sich stets die Vertreter des Parteivorstandes auf den Bundesgeneralversammlungen des Reichsbanners, so vor allem Wels noch auf der letzten BGV im Februar 1933. Vgl. R. v. 25. Februar 1933.

[3]) Vgl. R. v. 6. Dezember 1930; R. v. 26. Juli 1930; R. v. 15. März 1930.

[4]) Vgl. R. v. 4. Januar 1930; R. v. 12. Juli 1930; ähnliche Klagen schon früher in der Reichsbannerzeitung: Vgl. R. v. 1. Dezember 1925; R. v. 1. Mai 1925; IRZ v. 30. Dezember 1924.

Es wäre darum verfehlt, regionale oder lokale Unterschiede im Verhältnis von Reichsbanner und SPD allein politisch-ideologisch erklären zu wollen. Es dürfte zwar zutreffen, daß überall dort, wo die beiderseitigen Beziehungen besonders gut waren — Magdeburg, Hannover, Hamburg, das stets als vorbildlich hingestellt wurde[1]) —, von den jeweiligen Parteileitungen ein sehr gemäßigter politischer Kurs verfochten wurde. Umgekehrt heißt das jedoch nicht, daß in all jenen Bezirken und Orten, wo stärkere Spannungen auftraten, der radikale linke Parteiflügel dominierte. Nur in Sachsen ging die Gleichung: „radikal" gleich „reichsbannerfeindlich" weithin auf, obwohl es selbst hier zu beachten gilt, daß mancherlei persönliche und vorpolitische Faktoren mit im Spiel waren[2]). Sie verschärften auch die nicht endende heftige Polemik zwischen Hörsing und sächsischen Parteikreisen, die von dem Reichsbannervorsitzenden zumeist mit schwerem Säbel, von seinen Gegnern mit Florett und Säbel bestritten wurde[3]). Im Hintergrund der Auseinandersetzungen standen jedoch eindeutig politisch-ideologische Gründe, stand der Prinzipienstreit zwischen, wie es in der beiderseitigen Polemik hieß, „Reichsbannerideologie" und „sächsischer Ideologie".

Die polemischen Gefechte mit den „radikalen Sachsen" sind nur ein Teil der Auseinandersetzungen zwischen Reichsbanner und dem extremen linken Flügel der SPD, der allerdings in Sachsen seine vielleicht stärkste Position besaß, darüber hinaus aber vor allem bei der SAJ und bei den Jungsozialisten über breite Anhängerscharen verfügte. Für die orthodox-marxistischen Gruppen bedeutete die schwarzrotgoldene Vereinigung den sichtbarsten Ausdruck jener Tendenzen, die man in der Partei selbst als prinzipielle Staats- und Republikbejahung und Koalitionsgesinnung bekämpfte. „Reichsbannerideologie" im engeren Sinn war die von der Magdeburger Führungsgruppe des Verbandes propagierte „schwarzrotgoldene", „interparteiliche" Ideologie, die die Volksgemeinschaft über Klasseninteressen stelle und zur „Verwirrung" aller „Klasseninstinkte" führe; im weiteren Sinne diente dieser Begriff jedoch als Abbreviaturformel zur Kennzeichnung der dem offiziellen sozialdemokratischen Parteikurs angeblich zugrunde liegenden politischen Geisteshaltung.

Hinter der Auseinandersetzung um den Wehrverband stand also als umfassenderes Problem der innenpolitische Streit um die Koalition, der sich allerdings an der Reichsbannerfrage in besonderer Weise zuspitzte. Was die Parteilinke ablehnte, war nicht die Koalition an sich, die auch vom marxistischen

[1]) Vgl. R. v. 12. Juli 1930 (Hörsing); R. v. 27. September 1930 (Hörsing).

[2]) So, aus intimer Kenntnis der Dinge, Richard Rothe, ehemaliges Mitglied der SPD-Bezirksleitung Leipzig (mündliche Auskünfte).

[3]) Vgl. z. B. Hörsings scharfe Attacken gegen den „direkt verblödeten Radikalismus" der Sachsen, gegen die „sächsische Ideologie", R. v. 12. Juli 1930. Vgl. fernerhin: R. v. 4. Oktober 1930; R. v. 27. September 1930. Vgl. umgekehrt den zugleich scharf wie ironisch gehaltenen Artikel von Karl Böchel: Wer ist zusammengebrochen? Eine Antwort an den Genossen Hörsing, in: Klassenkampf 4 (1930), S. 503—505.

Standpunkt her gerechtfertigt werden konnte, sofern sie den jeweiligen proletarischen Interessen entsprach, sondern die angeblich vorhandene „grundsätzliche Koalitionsgesinnung", die unter Parolen wie „Staatsverantwortung" vergesse, daß es die einzige Aufgabe der Partei sei, die Klassenbelange des Proletariats zu wahren.

Ganz ähnlich war die Einstellung zur Frage der Wehrorganisationen. Eine Zusammenarbeit mit „bürgerlichen" Elementen wurde wiederum nicht a limine abgelehnt. Es gab sogar Stimmen, die einräumten, daß das „überparteiliche" Reichsbanner in der Abwehr der „monarchistischen Reaktion" zeitweilig eine gewisse Existenzberechtigung besessen habe[1]). Im gleichen Maße jedoch, in dem sich die „monarchistische Gefahr" verflüchtigt und die „kapitalistische Demokratie" etabliert habe, sei es zu einer ebenso sinnlosen wie gefährlichen Einrichtung geworden: sinnlos darum, weil es sich nunmehr antikapitalistischen, nicht antimonarchistischen Aufgaben gegenübersehe, die es auf Grund seiner Zusammensetzung niemals wahrnehmen könne, gefährlich aber deshalb, weil es durch seine Existenz nicht nur den Aufbau einer proletarischen Wehrorganisation verhindere, sondern darüber hinaus die sozialdemokratischen Massen mit dem Gift seiner volksgemeinschaftlich-gemeinrepublikanischen Ideologie infiziere, die sich im Ernstfall stärker als das Klassenbewußtsein erweisen werde. Mehr oder minder deutlich steht hinter dieser Argumentation der von kommunistischer Seite massiv und direkt erhobene Vorwurf, daß der Bund mit seinem Eintreten für die „kapitalistische Republik" objektiv die Karte des Klassengegners spiele[2]).

Der Ruf nach Auflösung des Reichsbanners und Schaffung einer rein proletarisch-sozialistischen Wehrorganisation verstärkte sich mit dem Regierungsantritt Brünings. Während der „Nurrepublikaner Hörsing", wie es in einem Artikel im „Klassenkampf" hieß[3]), weiterhin seinen schwarzrotgoldenen Träumen nachging, ohne zu merken, daß der „Faschismus" bereits auf „kaltem und ‚legalem' Wege" an die Macht gekommen sei, forderte die Linke nunmehr entschieden die Trennung von den „bürgerlichen" Elementen. Solange aller-

[1]) So z. B. in dem Artikel von Helmut Wagner, Das Reichsbanner — eine proletarische Wehrorganisation?, in: Jungsozialistische Blätter 8 (1929), S. 40.

[2]) Zu diesem Gesamtkomplex vgl. außer dem erwähnten Artikel von H. Wagner vor allem: Bernhard Düwell, Wehrwirrwarr, in: Klassenkampf 3 (1929), S. 79—83; R. Ringler, Partei und Reichsbanner, ebd. 4 (1930), S. 252; Max Böchel, Wer ist zusammengebrochen? ebd. 4 (1930), S. 503—505; Walter Zeiler, Die Front klärt sich, ebd. 4 (1930), S. 529 f. Das Wort „Reichsbannerideologie", in der Regel polemisch gemeint, wurde gelegentlich auch von Reichsbannerführern ohne abwertende Bedeutung gebraucht und bezeichnete dann jenes Ideengut, was allen republikanischen Parteien gemeinsam war. So z. B. K. Schumacher auf dem Gautag des württembergischen Rb. 1930. Vgl. Schwäbische Tagwacht, v. 1. April 1930. Zur Polemik des Reichsbanners gegen die „radikale Linke" vgl. u. a. R. v. 1. Juli 1926; R. v. 12. Juli 1930; R. v. 4. Oktober 1930; R. v. 27. September 1930.

[3]) Walter Zeiler, Die Front klärt sich, a.a.O., S. 530.

dings die sozialdemokratische Parteileitung den schwarzrotgoldenen Wehrverband stützte — und sie revidierte ihre ursprüngliche Haltung nie — ließ sich eine Konzeption à la Schutzbund im größeren Maßstab nicht verwirklichen. Es konnte jedoch trotz energischer Proteste des Reichsbanners, und obwohl der Parteivorstand gerade 1930 seinen reichsbannerfreundlichen Standpunkt noch einmal bekräftigte[1]), nicht verhindert werden, daß in verschiedenen Gegenden und Orten — Sachsen, Thüringen, Schlesien, Rheinland/Ruhrgebiet und Berlin — unter wechselnden Namen wie Jungsozialistischer Kampfbund, Jungproletarischer Ordnerdienst oder Jungordnerdienst rein sozialistische Formationen entstanden, die die publizistische Unterstützung der „linken" Parteipresse genossen und von einzelnen Bezirks- und Ortsleitungen, wenn nicht offen gefördert, so doch wohlwollend geduldet wurden[2]).

Nicht alle diese Gruppen, die sich vorwiegend aus den Reihen der Jungsozialisten und Teilen der SAJ rekrutierten, waren von ihrem Ursprung her bewußte Protestbewegungen gegen den gemeinrepublikanischen Wehrverband[3]); aber in der Regel sahen diese „wahren Schildträger" des sozialistischen Proletariats, als die sie sich verstanden, doch mit unverhohlener Abneigung und Mißtrauen auf das „rechte" Reichsbanner, das seinerseits entschieden an dem Anspruch festhielt, die einzige Abwehrorganisation zu sein, und jede „Sonderbündlerei" energisch bekämpfte[4]). Prinzipiell gab es diesen Standpunkt niemals auf; aber die Erkenntnis, daß man nicht über die Macht verfüge, die neu entstandenen Gruppen einfach zu verbieten, und vielleicht auch die Einsicht, daß durch sie die antifaschistische Abwehrfront tatsächlich verstärkt werde, führte in einigen Fällen zu praktischer Kooperation[5]) und damit zu einer Modifizierung des Ausschließlichkeitsanspruchs, der gelegentlich, wie ein Vertreter der Parteilinken monierte, darauf hinauslief, im Kampf gegen den Nationalsozialismus so etwas wie einen Spezialkrieg des Reichsbanners zu sehen[6]). An vielen Orten blieben allerdings die Spannungen zwischen den rivalisierenden Schutzorganisationen bestehen. In Berlin arteten sie 1930 zu einem offenen Skandal aus, als es anläßlich einer sozialdemokratischen Parteiveranstaltung zu Anpöbeleien

[1]) So anläßlich des Hallenser Reichsbannerkonfliktes. Erklärung des Parteivorstandes abgedruckt in: Arbeitsbericht BGV 1933, S. 62.

[2]) Vgl. hierzu zwei Artikel im „Klassenkampf": „Parteiordner in Österreich", 4 (1930), S. 639, und „Reichsbanner und Parteiordner", 5 (1931), S. 90. Beide Artikel unterstreichen, daß in verschiedenen Bezirken solche Formationen mit ausdrücklicher Zustimmung der Parteileitungen geschaffen worden seien. Zu den „Schutzbünden" vgl. weiterhin: R. v. 6. Dezember 1930; Der Deutsche v. 26. November 1930; Der Jungdeutsche v. 10. Dezember 1930 und v. 7. Dezember 1930; S. Schwab, Neue Formen der Opposition in der SPD, in: Die Kommunistische Internationale, 11 (1930), S. 2420—2426.

[3]) Für die Kampfstaffel der SAJ in Leipzig behauptet das R. Rothe (mündliche Auskunft).

[4]) Vgl. R. v. 27. Januar 1931.

[5]) Vgl. den erwähnten Artikel „Reichsbanner und Parteiordner", a.a.O., S. 90.

[6]) Vgl. ebd.

und wahrscheinlich auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Reichsbannerabteilungen und der Jungsozialistischen Vereinigung kam[1]).

Dieser Vorfall, der durch die Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung in Berlin bereinigt wurde, zeigte schon die wachsenden Spannungen innerhalb der SPD, die schließlich im Oktober 1931 zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei unter Vorsitz der Reichstagsabgeordneten Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel führte. Das Reichsbanner wurde davon direkt kaum berührt, da die linksradikalen Anhänger der neuen Partei, die sich, neben dem lokalen Anhang, den die Initiatoren besaßen, primär aus den Reihen der Jungsozialisten und SAJ rekrutierte, ohnehin nur in Ausnahmefällen dem Bunde angehört hatten. Vielmehr wurden gerade jene Kreise in der SPD von der SAP angesprochen, die von Anfang an zu den prinzipiellen Gegnern der Vereinigung gezählt hatten. Es überrascht darum wenig, daß der Bundesvorstand nicht einfach eine obligatorische Pflichtübung gegenüber „Spaltern" absolvierte, sondern mit grimmiger Genugtuung das Verdikt über die SAP aussprach[2]) und fortan jegliche Gemeinschaft mit der, wie Mayr es formulierte, „Küster-Rosenfeldschen Moskaufiliale"[3]) und dem von ihr aufgezogenen „Sozialistischen Schutzbund" ablehnte[4]).

Die SAP war ähnlich wie der Nelson-Bund, den schon 1928 der Bannstrahl getroffen hatte[5]), eine „Linksabweichung" von der SPD. Das Reichsbanner bedauerte zwar die Absplitterungen, zögerte jedoch keinen Augenblick mit seinem Urteilsspruch, da sich — verständlicherweise — Pflicht und Neigung fast völlig deckten. Sehr viel verwickelter lagen dagegen die Probleme bei der Altsozialistischen Partei, die sich im April 1926 als „Rechtsopposition" von der sozialdemokratischen Partei Sachsens getrennt hatte. Die Sympathien des Verbandes gehörten zunächst eindeutig den Altsozialisten, die schon am 10. Juni 1926 durch Bundesvorstandsbeschluß als „republikanische Partei" anerkannt wurden — eine deutliche Spitze gegen die sächsische Sozialdemokratie. Mit diesem Beschluß befand sich die Bundesleitung in voller Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand, der gleichfalls die rebellierenden Abgeordneten gegen ihre Parteiorganisationen zu stützen suchte, und zu Anfang

[1]) Zu den Berliner Vorgängen vgl. den „Jungdeutschen" v. 7. Dezember 1930 und v. 10. Dezember 1930; den „Deutschen" v. 26. November 1930; S. Schwab, Neue Formen der Opposition innerhalb der SPD, a.a.O., S. 2420 f.

[2]) Vgl. Hörsings scharfe Absage an die SAP, R. v. 17. Oktober 1931. Vgl. weiterhin R. v. 24. Oktober 1931. Am 22. November beschloß dann der Bundesrat des Verbandes: „Wer sich zur SAP bekennt, schließt sich damit selbst aus dem Reichsbanner aus." Vgl. R. v. 28. November 1931.

[3]) R. v. 12. März 1932.

[4]) Vgl. R. v. 2. Januar 1932, wo unter dem Motto: „Hände weg, Kameraden" davor gewarnt wird, mit dem „Sozialistischen Schutzbund" ein Abwehrkartell gegen den Nationalsozialismus zu bilden.

[5]) Auf der BGV 1928 war der Antrag angenommen worden: „Die Mitglieder des Nelson-Bundes dürfen nicht Mitglieder des Reichsbanners sein." Vgl. R. v. 7. Oktober 1928.

wohl auch in Einklang mit den eigenen Gauvorständen in Sachsen; denn gerade in Sachsen rekrutierte sich das Funktionärskorps des Verbandes längere Zeit primär aus jenen Kreisen der SPD, die den herrschenden radikalen Kurs der dortigen Partei innerlich nicht mitmachten[1]). Zudem zählten maßgebende Initiatoren der Altsozialistischen Partei wie Buck und Heldt, beide ehemalige sächsische Ministerpräsidenten, zu den wenigen prominenten sächsischen Sozialdemokraten, die sich von Anfang an als Reichsausschußmitglieder für das Reichsbanner eingesetzt hatten. Auch das war ein Faktor, der die Sympathien des Verbandes für die Altsozialisten nur allzu verständlich macht.

Die Situation wandelte sich allmählich um die Mitte des Jahres 1927, als in sächsischen Reichsbannerkreisen Opposition gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der ASP laut wurde. Der Dresdener Ortsverein weigerte sich 1927 entschieden, ASP-Mitglieder in Vorstandspositionen zu belassen, und wandte sich anschließend auf Veranlassung des Gauvorstandes an die Bundesleitung, um eine endgültige Klärung in der ASP-Frage zu erreichen. Diese konnte sich, da die Verhältnisse in Sachsen auf die Dauer höchst unerquicklich wurden, kaum mehr einer Entscheidung entziehen, zumal auch sie selbst die Entwicklung innerhalb der ASP mit Sorge verfolgte. Denn inzwischen hatte neben August Winnig Ernst Niekisch als Chefredakteur des ASP-Zentralorgans, des „Volksstaates", maßgebenden Einfluß auf den politischen Kurs der Altsozialisten gewonnen. Ob die Person von Ernst Niekisch tatsächlich den Grund oder nur einen willkommenen Anlaß darstellte, um die Revision des Beschlusses vom Juni 1926 zu motivieren, bleibe dahingestellt: in jedem Fall erleichterte sie die Entscheidung gegen die Altsozialisten, die unumgänglich wurde, als die zunächst rein sächsische Regionalpartei durch ihre Namensänderung in ASPD — Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands — kundtat, daß sie nunmehr im gesamten Reich an die Wähler zu appellieren gedachte. Das bedeutete eine offene Kampfansage an die SPD, und dem Reichsbanner blieb deshalb, bei seiner inneren Abhängigkeit von der Sozialdemokratie, kaum etwas anderes übrig, als das Tischtuch zu zerschneiden. Anfang des Jahres 1928 stellte der Bundesvorstand die Altsozialisten vor die Alternative Reichsbanner oder ASPD und revidierte damit die Entscheidung des Jahres 1926: ein Beschluß, der zwar konziliant in der Form und offensichtlich mit außerordentlichem Bedauern gefaßt worden war, aber doch hart in der Sache blieb und eine weitere Zusammenarbeit unmöglich machte. Die ASPD zog sehr bald die Konsequenzen und forderte ihre Anhänger zum Ausscheiden aus dem Reichsbanner auf[2]).

---

[1]) So A. Neidhardt, der spätere Reichsbannergauführer von Berlin-Brandenburg, der in den Anfangsjahren als Gausekretär von Chemnitz fungiert hatte (briefliche Auskunft).

[2]) Zu den vorstehenden Ausführungen vgl. vor allem: O.Anw. Nr. 1/1928 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein v. 7. Februar 1928 (Beschluß des Bundesvorstandes über ASPD); R. v. 1. Februar 1928; Hermann Fleißner, Rechtfertigung der sächsischen Sozialdemokratie. Der

Mit seiner Maßnahme gegen die ASPD folgte der Verband nur dem Gesetz, nach dem er angetreten war: alles zu unterlassen, was der „stärksten republikanischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratie“[1]), zum Schaden gereichen könne. Es wäre darum verfehlt, in dem Vorgehen gegen die „rechten“ Altsozialisten eine „Linksschwenkung“ des Bundes zu sehen. Art und Verlauf des Konfliktes scheinen vielmehr die These vom „rechten Reichsbanner“ zu bestätigen. Denn die Einstellung zur ASP war zunächst betont freundlich; sie wandelte sich erst, als mit der Namensumwandlung in ASPD die Interessen der Sozialdemokratie in unmittelbarer Weise bedroht wurden. Gleichwohl bedarf die oben erwähnte Einschätzung desVerbandes, wie sie in Linkskreisen gang und gäbe war, noch einer kritischen Beleuchtung.

Zutreffend ist zunächst, daß innerhalb der Sozialdemokratie eine „rechte“, politisch-ideologisch motivierte Gegnerschaft zum Reichsbanner nicht bestand. Wenn ein Mann wie Gustav Noske sich abseits hielt, dann aus persönlichen Gründen oder deshalb, weil er prinzipiell alle politischen Kampfverbände ablehnte[2]). Gewiß hätte der frühere Reichswehrminister auch eine politische Belastung für die Vereinigung bedeutet, die auf die Stimmung breiter Massen Rücksicht zu nehmen hatte. Das heißt jedoch nicht, daß Noskes politische Überzeugungen sich wesentlich von jenen Auffassungen unterschieden, die vom Magdeburger Bundesvorstand vertreten und in den Bundesorganen offen propagiert wurden. Gerade die dort verfochtene politische Linie legt es nahe, das Reichsbanner seiner politischen Struktur nach als eine nach „rechts“ verschobene Sozialdemokratie zu definieren[3]). Diese Charakteristik fängt allerdings nur das „offizielle“ Reichsbanner, die „Idee Reichsbanner“ ein, nicht die volle politische Realität des Verbandes.

Hinauswurf der ASP aus dem Reichsbanner, in: Klassenkampf 2 (1928), S. 72 f. Karl Böchel, Das letzte Plädoyer im Sachsenkonflikt, ebd., S. 132 f. Vgl. auch Politische Wochenschrift v. 2. November 1928 und St. v. 19. Februar 1928. Trotz dieses Hinauswurfs wurde der frühere sächsische Ministerpräsident Buck noch 1928 zur Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners eingeladen. Buck lehnte allerdings entschieden ab, an Veranstaltungen teilzunehmen, solange die ASPD nicht als „republikanische Vereinigung“ anerkannt werde. Vgl. das Antwortschreiben Bucks an den Bundesvorstand des Reichsbanners v. 30. Juli 1928 (Besitz Franz Osterroth). Gegen diese Einladung protestiert energisch der Dresdener Delegierte Franke auf der BGV 1928, R. v. 7. Oktober 1928.

[1]) So in der Begründung des Bundesvorstandes a.a.O.

[2]) Vgl. Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, S. 289 f. Hinzu traten persönliche Verstimmungen, als Höltermann 1928 in einigen Artikeln Noskes „Versäumnisse“ aus den Anfangsjahren der Republik anprangerte und Noskes „Richtigstellungen“ nicht veröffentlichte.

[3]) In die gleiche Richtung zielt das Selbstverständnis des Reichsbanners, das als „republikanische“ Gegner stets den „rechten Flügel der DDP und Zentrums“ und „linken Flügel der SPD“ erwähnt. Vgl. u. a. R. v. 24. Juni 1928; R. v. 27. September 1930.

5. *„Überparteilichkeit", „Reichsbannerideologie", „Parteihörigkeit": Überlegungen zum politisch-ideologischen Standort des Verbandes*

Wie kaum anders zu erwarten, strömten von Anbeginn auch „linke Elemente" in die Reihen des neuen Verbandes, einfach deshalb, weil er praktisch die einzige Kampforganisation der politischen Linken darstellte. Offensichtlich verstärkte sich dieser Trend nach den Septemberwahlen des Jahres 1930; denn es ist auffällig, daß der Bund gerade in jenen Gauen — darunter fallen alle sächsischen Gaue — einen gewaltigen Auftrieb erlebte, in denen die Beziehungen zu den lokalen und regionalen Parteiorganisationen der SPD bislang weniger erfreulich gewesen waren[1]).

Man geht wohl nicht fehl, wenn man für die Aufwärtsbewegung vor allem den Zustrom politisch „links" eingestellter Sozialdemokraten verantwortlich macht, die angesichts der wachsenden nationalsozialistischen Gefahr ihre bisherigen Bedenken zurückstellten. Daß gleichzeitig „sozialistische Schutzbündeleien" in stärkerem Maße auflebten, ist kein Gegenbeweis. Derartige Formationen existierten nicht in allen Orten, und zudem schlossen sich viele politisch links stehende Sozialdemokraten dem Reichsbanner an, weil sie in ihm die schlagkräftigere und wirkungsvollere Kampforganisation erblickten. Ihrer politischen Einstellung nach unterschieden sie sich kaum von den „roten Schutzbündlern".

In Sachsen war es durchaus keine Seltenheit, daß sozialdemokratische Funktionäre und Politiker sozialistische Sonderformationen protegierten, obwohl sie gleichzeitig, teilweise in Führerpositionen, dem Reichsbanner angehörten[2]), das in verschiedenen Gebieten Sachsens, der politischen Haltung der dortigen SPD entsprechend, zwangsläufig eine etwas „linkere" Färbung annehmen mußte. Der Bundesvorstand in Magdeburg hatte sich zunächst gegen diese Entwicklung gesträubt und 1927 beispielsweise dem als „links" geltenden Reichstagsabgeordneten und Minister a. D. Hermann Fleißner die Bestätigung als Gauvorsitzender von Dresden verweigert; er war aber schließlich mit seiner Politik nicht durchgedrungen[3]).

Es gab also innerhalb des Bundes nicht nur eine „pazifistische", sondern auch eine „proletarische Opposition", die keineswegs eine Kampforganisation an sich, wohl aber das Reichsbanner als „Koalitionsinstrument" ablehnte und den politischen Kurs, der vom Bundesvorstand gesteuert wurde, energisch bekämpfte. Sie sah darin, wenn nicht „Verrat am Marxismus", so doch eine schwere Schädigung proletarischer Interessen, da die grassierende „kleinbürgerliche Volksgemeinschaftsideologie", die „vaterländischen Reden", die als Selbstzweck betriebene gemeinrepublikanische Agitation und die unbedingte Staats- und

[1]) Vgl. Bericht BGV 1933, S. 3.

[2]) Für den Gau Leipzig betont das z. B. R. Rothe (mündliche Auskünfte).

[3]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 87 f.

Koalitionspolitik in gefährlicher Weise dazu beitrage, die „Klassengegensätze" zu vertuschen[1]). Es gelang diesen Kräften zwar niemals, die Linie der Bundesleitung zu bestimmen, aber es ist unverkennbar, daß sie im gleichen Maße, wie sich das Weimarer Koalitionsideal verflüchtigte, bei breiteren Massen eine zunehmende Resonanz fanden.

Gewiß ist es zutreffend, daß das ständige Gerede von einer „Reichsbannerkrise"[2]) zumeist auf luftigen Spekulationen beruhte, hinter denen der Wunsch als Vater des Gedankens stand. Bedeutung und Gewicht der oppositionellen Kräfte wurden in der Regel überschätzt. Gleichwohl verbarg sich in den Parolen ein wahrer Kern. Der Verband war 1924 angetreten unter dem Wahrzeichen des Antimonarchismus und des Schutzes der Republik. Diese Integrationsformel verlor indes im gleichen Maße an Glanz, wie sich das neue Staatswesen stabilisierte und die „monarchistische Bedrohung" schwand. Vielen Sozialdemokraten, die von Anfang an im Reichsbanner nicht mehr als ein taktisches Notbündnis gesehen hatten, schien deshalb eine weitere Zusammenarbeit mit „Bürgerlichen", die man nur als Partner im Kampf um den Bestand der Republik zu akzeptieren vermochte, nicht mehr notwendig zu sein. Der fortschreitende Zerfall der Weimarer Koalition, die wachsende Neigung zu Bürgerblockkombinationen, der Wandel von der, wie es in bildhafter Zuspitzung hieß, „Ebert-Republik" zur „Hindenburg-Republik": all das zog dem Reichsbannergedanken Boden unter den Füßen weg und bedeutete einen Terraingewinn für jene, die das „Naturgesetz" des Klassenkampfes zwischen Bürgertum und Proletariat predigten und forderten, für den Wehrverband daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Es überrascht nicht, daß der Ruf nach einer Lösung aus den „bürgerlichen Fesseln" immer dann mit stärkerer Resonanz rechnen durfte, wenn die drei alten Weimarer Koalitionsparteien in entscheidenden politischen Fragen verschiedene Wege einschlugen. Schon anläßlich des Volksbegehrens um die entschädigungslose Enteignung der Fürsten formierte sich innerhalb des Verbandes eine proletarische Opposition, die von der Bundesleitung den geschlossenen, rückhaltlosen Einsatz des gesamten Bundes verlangte und ihr vorhielt, sich der Diktatur des Zentrums gebeugt zu haben[3]). Die Unruhe steigerte sich, als der

[1]) In den offiziellen Berichten des Reichsbanners über die Bundesgeneralversammlungen 1926 und 1928 (vgl. R. v. 15. Mai 1926; R. v. 7. Oktober 1928) werden die oppositionellen Stimmen nur am Rande erwähnt. Ausführlich und eingehend, wenngleich in tendenziöser Absicht und in ihrem Gewicht überbetont, gehen gegnerische Blätter auf sie ein. Vgl. Niederdeutsche Zeitung v. 20. Juni 1926; Niedersächsische Arbeiterzeitung v. 19. Mai 1926. Vgl. weiterhin Die Menschheit v. 9. September 1928; St. v. 13. März 1927; St. v. 19. Februar 1928; Der Jungdeutsche v. 6. März 1927.

[2]) Kommunistisch-marxistische Analyse in dem Artikel: „Der Sinn der Reichsbannerkrise", in: Die Internationale 10 (1927), S. 481—484. Ähnliche Deutung in dem Artikel: „Krisenluft im Reichsbanner", in: Gegen den Strom. Organ der KPD-Opposition 3 (1930), S. 314 f.

[3]) Vgl. den Aufruf E. Freys, des Initiators der „proletarischen Opposition", abgedruckt in: Niederdeutsche Zeitung v. 20. Juni 1926.

einstige „Volksblockkandidat", der als republikanisches Paradepferd herumgereichte „Kamerad" Dr. Marx sein „Bürgerblockkabinett" bildete und wenig später dem Verbande den Rücken kehrte. Noch gespannter wurde die Situation mit dem Regierungsantritt Brünings, der einen totalen Bankrott der sogenannten „Reichsbannerpolitik" zu bedeuten schien. Selbst gemäßigte Kreise verloren zeitweilig die Nerven, und ein Mann wie der Dresdener Gauvorsitzende Fleißner ließ unverblümt durchblicken, der Zustimmung vieler gewiß, daß eine Trennung vom Zentrum um so besser sei, je schneller sie erfolge[1]).

Es gelang dem Bundesvorstand indes relativ rasch, die oppositionellen Strömungen unter Kontrolle zu bekommen. Organisatorische Absplitterungen von größerem Ausmaß gab es diesmal ebensowenig wie in den vergangenen Jahren. 1926 hatte sich zwar schon eine proletarische Opposition gebildet, deren Initiator ein gewisser Erich Frey aus Berlin-Charlottenburg war[2]). In den folgenden Jahren kam es in verschiedenen Orten zu weiteren kleineren Absplitterungen[3]); in Halle erschien 1928 kurzfristig ein Oppositionsorgan unter dem Titel: „Der proletarische Reichsbannermann"[4]). Kleinere Kontingente strömten auch in die Reihen des Rotfrontkämpferbundes[5]). Eine nennenswerte Bedeutung hat jedoch keine dieser Bewegungen erlangt. Sie vermochten das Gefüge des Reichsbanners ebensowenig zu erschüttern wie die Rebellion im Ortsverein Halle 1930, die nur lokale Ausmaße annahm und nicht, wie die Initiatoren erhofft hatten, das Fanal zu einer grundlegenden Umgestaltung des Verbandes wurde[6]).

Gerade dieser Fall zeigte deutlich, daß alle Absplitterungsversuche und „proletarisch-sozialistischen" Reformbestrebungen praktisch zur Wirkungslosigkeit verurteilt waren, solange hinter den Maßnahmen der Bundesleitung die Auto-

[1]) Vgl. dazu den Bericht des „Deutschen" v. 26. November 1930 über ein Treffen sozialdemokratischer Politiker in Berlin, das sich mit der Frage „Reichsbanner" beschäftigt habe. Vgl. dazu auch die Darstellung in: Gegen den Strom 3 (1930), S. 315.

[2]) Vgl. dazu den Aufruf von Frey, in: Niederdeutsche Zeitung v. 20. Juni 1926. Vgl. dazu weiterhin: Gegen den Strom 3 (1930), S. 314. Frey wurde damals aus dem Reichsbanner ausgeschlossen, blieb aber Sozialdemokrat. Vgl. auch eine Leserzuschrift von Frey an das „Freie Wort" 2 (1930), H. 16, S. 20, in der er energisch die Auflösung des Reichsbanners in seiner bisherigen Gestalt fordert.

[3]) Vgl. dazu u. a. Gegen den Strom 3 (1930), S. 314; Neue Arbeiterzeitung v. 15. April 1927; Der Jungdeutsche v. 25. Juli 1926.

[4]) Genauer Titel: „Der proletarische Reichsbannermann. Diskussionsblatt der oppositionellen Reichsbannerarbeiter", Jg. 1928, Nr. 1 (Halle). Allem Anschein nach ist nur eine Nummer dieses hektographierten und mit dem Vermerk: „Lesen und weitergeben" versehenen Blattes erschienen. Ob und inwieweit Kommunisten dabei ihre Finger im Spiel haben, läßt sich nicht ausmachen. Ausgeschlossen ist diese Möglichkeit nicht.

[5]) Vgl. dazu Rundschreiben des Bundesführers der RFB v. 10. April 1929 (StAL, F 193, Nr. 342, W. 9 v. 10. April 1929), Mitteilungsblatt Nr. 6 der Bundesführung der RFB, Abt. Rote Jungfront (ebd., W. 38 v. 30. Oktober 1928), Richtlinien der 5. Reichskonferenz zur politischen Lage und zu der Aufgabe der RFB (ebd., W. 12 v. 21. März 1928). Größeren Erfolg haben die Kommunisten — das lassen die Schriftstücke deutlich erkennen — mit ihrer Agitation im Reichsbanner kaum gehabt.

[6]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 299 f.

rität des sozialdemokratischen Parteivorstandes stand. Nicht verhindert werden konnte allerdings, daß in verschiedenen Regionen die „überparteiliche" Struktur des Bundes von innen heraus mehr und mehr ausgehöhlt wurde. Denn kein Ukas des Bundesvorstandes vermochte „Überparteilichkeit" zu gewährleisten, wenn die nachgeordneten Stellen mit Männern besetzt waren, die aus innerster Überzeugung heraus die schwarzrotgoldene Zusammensetzung der Vereinigung für ein Übel hielten und eine „rote" Lösung befürworteten.

Das Problem verschärfte sich in den letzten Jahren, bestand jedoch grundsätzlich von Anfang an, keineswegs nur im „roten" Sachsen. Alle noch so gut gemeinten Bemühungen um „Überparteilichkeit" fanden ihre natürliche Grenze an der Tatsache, daß die Vereinigung sich zu ca. 90% aus Anhängern der Sozialdemokratie rekrutierte. Wenn sich die Mitgliedschaft eines Vereins, wie es in vielen Orten der Fall war, praktisch nur aus Sozialdemokraten zusammensetzte, dann konnte es kaum ausbleiben, daß hier manches geschah, was nicht in die „überparteiliche Landschaft" des Bundes paßte und den offiziellen Satzungsbestimmungen zuwiderlief: Aufmärsche unter roten Fahnen, einseitige Wahlagitation für die SPD, geschlossene Teilnahme von Ortsvereinen an sozialdemokratischen Veranstaltungen, Singen sozialistischer Kampflieder, Verwendung eines Vokabulars, das nicht vorher auf „gemeinrepublikanisch" und „überparteilich" gefiltert worden war[1]).

Das war nicht unbedingt bewußtes Verletzen des Grundsatzes der Überparteilichkeit, sondern ergab sich gleichsam von selbst. Theoretisch machte sich der sozialdemokratische Reichsbannerführer vielleicht klar, daß heute für Schwarz Rot Gold und nicht für Rot demonstriert wurde, und daß die „richtige" Tagesparole deshalb „Hände weg von der Republik" und nicht „Nieder mit dem Kapitalismus" lautete: Gewohnheit und Neigung zogen ihn jedoch allzu leicht in die vertrautere Richtung[2]). Hinzu kam, namentlich dort, wo die sozialdemokratischen Mitglieder sich praktisch „unter sich" fühlen konnten, daß die Loyalität einfach überfordert wurde, wenn man von diesen Männern Verzicht auf jegliche parteipolitische Agitation und gleichmäßigen Einsatz für alle „republikanischen Parteien" verlangte, da doch sie, die Sozialdemokraten, einzig und allein die Kärrnerarbeit leisteten[3]).

[1]) Daß derartige Verstöße nicht nur eine Ausgeburt gegnerischer Propaganda waren, zeigen verschiedene Erlasse von Reichsbannerführungsorganen, in denen wiederholt solche Verstöße gerügt werden. Vgl. u. a. R. v. 1. September 1924; R. v. 24. Oktober 1931; Rundschreiben Nr. 3/31 v. 20. März 1931 und Rundschreiben Nr. 9/31 v. 21. September 1931 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein.

[2]) Ironisch-witzige Schilderung dieses Zwiespalts in dem Zeitroman von Felix Riemkasten (Pseud.), Genossen, passim.

[3]) Dieses Argument wurde von Reichsbannerführern, die selbst streng am Gedanken der Überparteilichkeit festhielten, häufig ins Feld geführt, wenn wieder Klagen über Verletzung der Überparteilichkeit einliefen. Man könne den Bogen nicht überspannen und dürfe vom einfachen Sozialdemokraten nicht Unmögliches verlangen. Vgl. u. a. R. v. 27. September 1930. Im gleichen Sinne äußert sich in einer Leserzuschrift auch ein christlicher Gewerkschaftler. Vgl. R. v. 26. Juli 1930.

Die „bürgerlichen" Partner waren in der Regel verständig genug, Verstöße gegen Buchstaben und Geist der Satzung auf unterer Ebene nicht tragisch zu nehmen, obwohl interessierte Kreise jeden kleinen Vorfall propagandistisch hochspielten und Zentrum und DDP politisch unter Druck zu setzen suchten[1]). Ernstere Schwierigkeiten traten jedoch auf, wenn die Bundesführung selbst sich zu Aktionen und Äußerungen hinreißen ließ, die den Stempel parteipolitischer Einseitigkeit trugen[2]).

Spektakuläre „Verstöße" waren indes selten; allein die politische Klugheit gebot den Verantwortlichen in der Bundesleitung, wollten sie die Zusammenarbeit mit dem Zentrum nicht unmöglich machen, in ihren offiziellen Gesten und Handlungen mehr als vorsichtig zu sein, gerade weil der Anspruch auf „Überparteilichkeit" wegen der parteipolitischen Zusammensetzung der Verbandsmitgliedschaft ohnehin problematisch erscheinen mußte. Es verging deshalb auch kaum eine Wahl, bei der nicht zuvor in dringenden Worten den nachgeordneten Organen der „überparteiliche" Charakter des Bundes ins Gedächtnis zurückgerufen wurde[3]). Es war strikt verboten, in Reichsbanneruniform für eine bestimmte Partei zu werben. Alle Veranstaltungen und Demonstrationen mußten „gemeinrepublikanischen" Charakter tragen und zur Stimmabgabe für die „republikanische Front" — SPD, Zentrum und DDP — auffordern, wofern sie über die Form einer reinen Anti-Kundgebung hinausgingen.

Gewiß, die Praxis sah teilweise anders aus, und gerade die periodische Wiederkehr der bittend, beschwörend oder drohend gehaltenen Mahnungen zur Überparteilichkeit zeigt indirekt, wie schwierig es war, die Prinzipien in die Wirklichkeit umzusetzen. Und doch kam ihnen eine nicht unerhebliche praktische Bedeutung zu, wie die gleichfalls fast regelmäßig wiederkehrenden Klagen mancher Sozialdemokraten verraten, für die das Auftreten des Reichsbanners bei Wahlen ein offenes Ärgernis bedeutete: nicht ganz zu Unrecht konnten sie darauf verweisen, daß von vielen Reichsbannerkundgebungen, zumal wenn dort prominente „Kanonen" wie Dr. Wirth „schön und schwungvoll" schwarzrotgoldenen „Volksgemeinschaftsbrei"[4]) vortrugen, keine unmittelbare Werbe-

[1]) Interessierte Gruppen in diesem Sinne waren vor allem reichsbannerfeindliche Zentrumskreise, Deutschnationale und Bünde wie Stahlhelm und Jungdeutscher Orden, deren Ziel es war, den politischen Katholizismus aus seiner Koalition mit der Linken zu lösen.

[2]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 293 ff.

[3]) Vgl. u. a. R. v. 1. September 1924; R. v. 13. April 1928; R. v. 2. August 1930; R. v. 1. November 1924; Protokoll der Reichsbannerortsleitung Hannover v. 19. April 1926 (Richtlinien für die Demonstrationen am 1. Mai), NStAH, Des. 310 II, C 12; Rundschreiben Nr. 3/31 v. 20. März 1931 und Rundschreiben Nr. 9/31 v. 21. September 1931 der Gauleitung Schleswig-Holstein. In der offiziellen Wahlparole des Verbandes zur Reichstagswahl 1928: „Macht den linken Flügel stark", lag allerdings eine indirekte Unterstützung der SPD.

[4]) So ein sozialdemokratischer Reichsbannermann, der sich entschieden gegen die vom Reichsbanner bei Wahlkämpfen an den Tag gelegte „überparteilich-republikanische" Haltung wendet, die eine schwere Schädigung der proletarischen Interessen darstelle; Leserzuschrift an den „Klassenkampf" 2 (1928), S. 12 f.

wirkung für die SPD ausging, ganz abgesehen davon, daß ein konzentrierter Agitationseinsatz für die Sozialdemokratie unmöglich war[1]).

Man mag einwenden, daß die „Überparteilichkeit" trotz der realen Konsequenzen — Einschränkung der Manövrierfähigkeit —, die sich aus ihr ergaben, im Grunde nur einen äußerlich-formellen Charakter trug, nur die Schauseite des Verbandes betraf, ohne das innere Klima im Bund in nennenswerter Weise bestimmen zu können. In vielen Ortsvereinen bedeutete „Überparteilichkeit" in der Tat wohl nicht mehr; die Intentionen der Bundesleitung gingen jedoch weit darüber hinaus. Sie zumindest war aufrichtig bemüht, eine gemeinrepublikanische Atmosphäre zu schaffen, die jedem, unbeschadet seiner Weltanschauung und politischen Einstellung, eine vorbehaltlose Mitarbeit erlaubte. Diesem Zweck diente eine Reihe verbindlicher Erlasse, die von dem Gebot, keine „provozierenden Lieder" wie „Remscheider Lied" oder „Auf, auf zum Kampf" zu singen, über die Vorschrift, sich mit „Personen geistlichen Standes" selbst dann nicht zu befassen, wenn diese den Verband oder die Republik angriffen, bis hin zu dem generellen Verbot reichte, religiös-weltanschauliche Fragen überhaupt anzuschneiden[2]).

Neben solche Prohibitionsvorschriften, die „Überparteilichkeit" rein negativ als Nicht-Parteilichkeit erscheinen lassen, treten Anweisungen, die verraten, daß ihr durchaus auch ein positiver Gehalt innewohnt. Aufschlußreich ist vor allem die strikte Anordnung, daß bei politischen Diskussionsabenden, wie sie im Jungbanner üblich waren, die Teilnehmer grundsätzlich nicht auf die einzelnen Parteien verteilt werden durften, sondern daß immer ein geschlossener republikanischer Block mit Gegnern von Rechts oder Links zu disputieren hatte[3]). Hier zeigen sich nun in der Tat, in dem betonten Herausstellen des Gemeinsam-Republikanischen und dem bewußten Ausklammern des Parteipolitisch-Trennenden, Ansätze zur sogenannten „Reichsbannerideologie", wie sie als Schreckgespenst von der sozialdemokratischen Linken an die Wand gemalt wurde.

Der Argwohn der Linken war nicht unmotiviert; denn die sich bildende schwarzrotgoldene Demokratie-Front, die sich bezeichnenderweise ihres prinzipiellen Gegensatzes zu den „kommunistischen Klassengenossen" ziemlich deutlich bewußt war, mußte zwangsläufig zu Lasten des tradierten Klassen-

[1]) Diese Tatsache war mit ein entscheidender Grund dafür, daß sich ein Mann wie R. Rothe entschieden gegen eine „überparteiliche" Wehrorganisation wandte (mündliche Auskünfte). Andere wollten zwar am Reichsbanner festhalten, verlangten jedoch, daß sich der Verband als Verband bei Wahlen völlig passiv verhalte und den Mitgliedern, in Uniformen, die parteipolitische Agitation uneingeschränkt freistelle. Als schädlich und skandalös empfanden sie jedenfalls die „überparteilich-republikanischen" Demonstrationen und Parolen wie „Wählt republikanisch". Vgl. die Leserzuschrift des sozialdemokratischen Reichsbannermannes, a.a.O., S. 12 f. Vgl. B. Düwell, Parolen und Interessen, in: Klassenkampf 2 (1928), S. 261 f.

[2]) Vgl. dazu u. a. Wegweiser 1927, S. 25 f.; Jungbanner (1930), S. 13; Rundschreiben der Ortsleitung Hannover Nr. 11 (undatiert, ca. 1926/27), NStAH, Des. 310 II, C 2.

[3]) Vgl. Jungbanner (1930), S. 13.

kampfbegriffes gehen. Unbegründeter war hingegen die Befürchtung, der Verband werde sich als politischer Sprengkörper erweisen und die alten Parteien allmählich von innen her aufrollen. Ganz abwegig und haltlos schien auch dieser Verdacht nicht zu sein. Immerhin sprach ein Mann wie Dr. Teipel unverhohlen aus, daß das Reichsbanner die Keimzelle einer künftigen großen linksrepublikanischen Partei werden müsse — dem Stahlhelm sollte auf der Rechten eine ähnliche Funktion zufallen[1]). Teipel erwies sich zwar als Außenseiter, wenn er solche Ideen frei und unverblümt formulierte, aber man darf vermuten, daß Dr. Wirth den Gedankengängen seines Gefolgsmannes nicht fernstand.

Auch die Bemühungen Wirths um eine „Politisierung" seiner Partei wären in letzter Konsequenz wohl auf die Schaffung einer linksrepublikanischen Partei, auf die Verschmelzung des linken Zentrumsflügels mit einer „entideologisierten" SPD hinausgelaufen — seine „Republikanische Union" vom Jahre 1926, die allerdings schlecht improvisiert und fast ohne greifbares Ergebnis blieb, zeigt Ansätze in dieser Richtung[2]). Der ehemalige Reichskanzler hat deshalb im Reichsbanner, das für solche Fernziele eine nahezu ideale Ausgangsbasis darstellte, mehr gesehen als eine Defensivorganisation zum Schutz der Republik; vielleicht haben dies auch einige Politiker der DDP, die die progressive Auszehrung ihrer Partei ständig vor Augen hatten und nicht ohne sehnsüchtigen Neid auf das „wunderbare Menschenmaterial" des Verbandes blickten[3]). Vorerst jedoch blieben das Wachträume „bürgerlicher Politiker", die das vorwiegend sozialdemokratische Führerkorps des Verbandes nicht irritierten und mit der konkreten Wirklichkeit des „Reichsbannergedankens" wenig gemein hatten.

Zweifellos bedeutete für viele maßgebende Männer im Verband das Zusammenwirken mit Angehörigen anderer Parteien mehr als ein bloß taktisches, jederzeit aufkündbares Bündnis. Sie maßen dieser Kooperation eine positive Bedeutung zu, da sie einen als notwendig erkannten Integrationsprozeß der Weimarer Demokratie zu fördern schien. Die „überparteiliche" Struktur des Bundes galt deshalb nicht als „notwendiges Übel", als Mangel, sondern als Gewinn[4]). Darin lag keine Spitze gegen das derzeitige Parteiensystem, wenngleich zuzugeben ist, daß die Versuchung immer nahelag, sich als eine „Über-

[1]) Vgl. R. v. 2. September 1928; R. v. 29. Februar 1930.

[2]) Befürchtungen, Wirth wolle eine eigene Partei gründen, waren nach seinem Aufruf sofort aufgetaucht. Vgl. G. Schreiber, Politisches Jahrbuch 1926, S. 80 f. Generell zur politischen Konzeption Wirths vgl. J. Becker, Wirth und die Krise des Zentrums, a.a.O., passim.

[3]) Osterroth (mündliche Auskünfte) berichtet von ähnlichen Äußerungen Lemmers. Aufschlußreich auch Lemmers zeitweilige Sympathie für die neue Hörsing-Partei. Vgl. dazu die Ausführungen S. 388.

[4]) Dieses „Demokratie-Erlebnis" im Reichsbanner stellt vor allem Osterroth mit Nachdruck heraus (briefliche Auskünfte). Verschiedene Äußerungen u. a. von Sollmann (vgl. R. v. 21. Februar 1931; R. v. 22. Februar 1930), Höltermann (R. v. 3. Mai 1930), Severing (Schreiben an den Bundesvorstand des Reichsbanners v. 7. Mai 1925; im Nachlaß Severing) müssen in diesem Sinne verstanden werden. Vgl. auch Löwenstein, Tragödie, S. 79.

partei" zu etablieren, deren Pathos so sehr auf die „Gemeinsamkeiten" zielte, daß dadurch der Eigencharakter der einzelnen Parteien verwischt wurde[1]). Der „echte" Reichsbannergedanke meinte jedoch Einheit in der Verschiedenheit und sah gerade in dem Zusammenwirken mit politisch Andersdenkenden, mit denen man sich nur in den Grundüberzeugungen einig wußte, die Probe auf die Echtheit des demokratischen Bewußtseins. Er setzte somit auch das positive Bekenntnis zu einem parteipolitischen Pluralismus als einem Wesensbestandteil der Demokratie voraus[2]).

Die Behauptung impliziert schon, daß das Reichsbanner nicht nur rein passiv sichtbarer Ausdruck einer zur Homogenität drängenden politischen Demokratie ist, sondern zugleich ein Faktor, der diese Entwicklung aktiv beeinflußt hat. Das Zusammenwirken mit parteipolitisch Andersstehenden in einer gemeinsamen Organisation trug zwangsläufig zum Abbau traditioneller Vorurteile und zur Verbesserung des politisch-psychologischen Klimas zwischen den drei Weimarer Koalitionsparteien bei. Die weitergesteckten politischen Hoffnungen, allein durch sein Dasein und Wirken Zentrum, DDP und SPD zu einem „großen sozialen und republikanischen Block"[3]), zu einer „bewußten Kampfgemeinschaft"[4]) zusammenschmieden zu können, haben sich indes nie erfüllt. Alle beschwörenden Aufrufe des Verbandes, der immer der lauteste Rufer und letzte Hort Weimarer Koalitionsgesinnung blieb, zu „republikanischer Eintracht" und „republikanischer Zusammenarbeit"[5]) vermochten nicht zu verhindern, daß sich die Parteien immer mehr auseinanderlebten. Gegen Ende der Republik hatte die Rede von den „drei Reichsbannerparteien" so gut wie jede Bedeutung verloren; der Verband war zu einem Relikt alten Weimarer Koalitionsgeistes in einer völlig veränderten politischen Landschaft geworden. Und doch zögerten alle, die letzten schwachen Bindungen, obwohl sie gelegentlich als lästig empfunden wurden[6]), von sich aus zu zerreißen. Das Zentrum tolerierte weiterhin die Reichs-

[1]) Das spiegelt sich deutlich in den Diskussionen um die „Überparteilichkeit" des Verbandes, vor allem während der Marxkrise und der Krise nach dem Regierungsantritt Brünings.

[2]) Vgl. dazu vor allem einige Artikel Sollmanns, der Ebert als Bahnbrecher und Vorläufer des Reichsbannergedankens feiert (R. v. 21. Februar 1931; R. v. 22. Februar 1930). Vgl. auch den Grundsatzfragen aufgreifenden Artikel von Pastor Möhring, Reichsbanner und Parteien, R. v. 15. Juni 1926.

[3]) R. v. 10. August 1929.

[4]) R. v. 29. Februar 1929. Bezeichnend auch, daß man die Zusammenarbeit von Zentrum und SPD, unter Hinweis auf Kulturkampf und Sozialistengesetz, auf die Gemeinsamkeit erlittenen Schicksals im Hohenzollernreich, nicht selten historisch zu legitimieren suchte. Vgl. R. v. 15. April 1928. Ähnlich Höltermann, Antifaschismus-Protokoll.

[5]) Vgl. u. a. R. v. 29. März 1930; R. v. 15. April 1928. Für diese „Verständigungsaufgabe" wollte das Reichsbanner die geeignete „psychologische Basis" darstellen. R. v. 23. August 1930. Eben darin sah auch die „Vossische Zeitung" v. 26. Februar 1929 den eigentlichen Wert des Reichsbanners. Artikel zitiert in R. v. 9. März 1929.

[6]) Vgl. z. B. Höltermann, Antifaschismus-Protokoll: „Die Zusammenarbeit mit dem Zentrum und den Demokraten ist oft schwierig. Bislang ist es aber gelungen, die Zusammenarbeit zu erhalten."

bannerzugehörigkeit seiner Parteimitglieder, und die SPD nahm bewußt Abstand davon, den Bund in eine reine Parteiorganisation umzuwandeln.

Die Argumente, die prominente Sozialdemokraten für ihr Festhalten an der „überparteilichen" Form des Verbandes vorbrachten, hatten sich gegenüber früher kaum verändert[1]). Nach wie vor wurde auf die Schwäche der eigenen Position und die Bedrohung der demokratischen Republik verwiesen, die eine möglichst breite Frontbildung erforderlich mache, und die Gefahr aufgezeigt, daß das Zentrum in die Arme der Reaktion getrieben werde, falls die Reichsbannergemeinschaft demonstrativ aufgekündigt werde[2]). Aber selbst wenn man einräumte, daß verschiedene Argumente inzwischen an Überzeugungskraft eingebüßt hatten, und wenn man durchblicken ließ, daß, stände man vor einem Neuanfang, die Entscheidung auch für eine reine Parteiorganisation ausfallen könne: stärkstes Argument für die Beibehaltung des Verbandes in seiner bisherigen „überparteilichen" Form war einfach die Tatsache seiner Existenz[3]).

Die rein zahlenmäßigen Verluste hätten wohl durch einen verstärkten Zustrom „linker" Elemente ausgeglichen werden können. Aber eine einseitige Aufkündigung des Verhältnisses hätte nicht nur organisatorische Schwierigkeiten mit sich gebracht, sondern vor allem das politisch-psychologische Klima höchst ungünstig beeinflußt, da es zu einer weiteren Entfremdung zwischen Sozialdemokratie und politischem Katholizismus beigetragen hätte. Die schwer an ihrer Verantwortung tragenden sozialdemokratischen Führer waren jedoch, vielleicht stärker denn je, daran interessiert, die schwachen Kontakte aufrechtzuerhalten, da sie zunehmend ihre Hoffnung auf „fremde Hilfe" setzten und zugleich fürchteten, mit ihrer Partei in die politische Isolierung und in eine Art „nationaler Pariastellung" zu geraten, in die sie eine rücksichtslos vorgetragene „antimarxistische" Hetzpropaganda zu manövrieren gedachte.

Zu diesem Zeitpunkt spielten bei der SPD parteiegoistische Interessen, das Bestreben, über den „überparteilichen" Verband an Schichten heranzukommen, die sich bislang dem Einfluß der Partei verschlossen hatten, wohl kaum eine nennenswerte Rolle mehr. Zu Anfang waren solche Erwägungen zwar nicht das entscheidende, aber zumindest ein entscheidendes Motiv dafür gewesen, die

[1]) Vgl. die Ausführungen S. 50 ff.

[2]) Programmatische Zusammenfassung der Argumente in einem Artikel von Johannes Stelling, in: Das Freie Wort 2 (1930), H. 23, S. 8—11. Zu diesem Zeitpunkt hatte die innerparteiliche Diskussion um die „richtige" Form des Reichsbanners einen ihrer Höhepunkte erreicht. Vgl. weiterhin R. v. 4. Januar 1930 (Hörsing), R. v. 24. Juni 1928 (Artikel Hörsings mit Stellungnahme von Stelling, Graßmann u. a.).

[3]) Das stellt auch Stelling in seinem erwähnten Artikel mit Nachdruck heraus. Ähnlich argumentierte die Redaktion des „Freien Wortes" in einer Schlußbemerkung, mit der sie zu der in mehreren Heften der Zeitschrift geführten lebhaften Diskussion über die Form des Reichsbanners Stellung bezieht. Theoretisch könne man zwar lange über die „richtige" Form des Verbandes streiten, praktisch sei jedoch seine Auflösung und Umformung im gegenwärtigen Zeitpunkt einfach unverantwortlich. Das Freie Wort 2 (1930), H. 16, S. 24.

Organisation auf „überparteilicher" Grundlage aufzuziehen. Die Deutung der Reichsbannerbewegung als „Strom, der indirekt zum Sozialismus führt"[1]), läßt diese Erwartungen unverblümt hervortreten. In erster Linie dachte man dabei gewiß an Werbung im eigentlichen Sinn, an die Gewinnung der parteipolitisch noch unorganisierten Massen. Als Fernziel mochte einzelnen Sozialdemokraten, wie Zentrumskreise argwöhnisch vermuteten und fürchteten, aber auch eine „Abwerbung" der katholischen Arbeiterschaft vor Augen stehen.

Der Verband hat sich von Beginn an bemüht, seiner Rolle als Zuträgerorganisation für die Parteien gerecht zu werden. Dringende Aufforderungen an die Bundesmitglieder, sich einer der „republikanischen" Parteien oder Gewerkschaften anzuschließen, da die Vereinigung nicht zu einem Sammelbecken der „Unorganisierten" werden dürfe, lassen sich die Jahre hindurch verfolgen[2]). Der Erfolg dieser Aktion entsprach jedoch offensichtlich nicht den von sozialdemokratischer Seite gehegten Erwartungen; denn auf dem Parteitag der SPD in Kiel 1927 gab Otto Wels seiner Enttäuschung freien Lauf und richtete die unmißverständliche Mahnung an den Verband, endlich dafür zu sorgen, daß „Debet und Kredit wiederum in Einklang gebracht" würden[3]). Gewiß, die SPD hatte noch am wenigsten Grund zu Beanstandungen, da ihr — naturgemäß — der Löwenanteil der Reichsbannerfischzüge zufiel. Es blieb indes ein erklecklicher, zahlenmäßig-statistisch nicht genau erfaßbarer Rest, der zwar unter die Fahnen des überparteilich-republikanischen Bundes geeilt war, aber sich trotz aller Aufforderungen zu einem Eintritt in eine bestimmte politische Partei nicht bereit fand[4]).

Der Schluß liegt also nahe, daß die vergleichsweise größere Attraktivität des Verbandes wesentlich mit auf seiner „Überparteilichkeit" beruhte. Es mag sein, daß die Bedeutung dieses Faktors bei den Auseinandersetzungen um die politische Struktur des Bundes von Reichsbannerseite über Gebühr herausgestellt wurde. Völlig abwegig war jedoch der ständige Hinweis, daß gerade die Überparteilichkeit Prestige und Erfolg der Organisation vermehre und erst die Voraussetzung schaffe, auch Kreise anzusprechen, die eine rein parteipolitische Vereinigung niemals erreiche[5]), offensichtlich nicht. Denn es dürfte kein Zufall sein, daß der Rotfrontkämpferbund, der bewußt als Konkurrenzunternehmen zum Reichsbanner im Kampf um die proletarischen Massen geschaffen worden war,

[1]) Vgl. dazu einen Artikel eines sozialdemokratischen Reichsbannermannes in der „Glocke" v. 15. August 1925: „Reichsbanner und Sozialdemokratie". Von gegnerischer Seite werden dieser Artikel sowie Hermann Müllers Äußerungen ähnlichen Inhalts sofort hochgespielt, um das Zentrum kopfscheu zu machen. Vgl. Bayrischer Kurier v. 26. September 1925.

[2]) Vgl. u. a. R. v. 15. Mai 1926 (Hörsing auf der BGV 1926). Vgl. O.Anw. Nr. 3/26 v. 10. August 1926 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein.

[3]) Vgl. das Parteiprotokoll, S. 54.

[4]) Vgl. die Ausführungen S. 267 f.

[5]) Vgl. u. a. IRZ v. 27. Dezember 1924; R. v. 24. Juni 1928; R. v. 4. Januar 1930; R. v. 17. Mai 1930.

gleichfalls sehr betont unter „überparteilichem" Vorzeichen aufmarschierte[1]). Beide Verbände gingen bei ihren Berechnungen davon aus, daß breite Massen geneigt waren, sich eher einer „überparteilichen" als einer „parteilichen" Vereinigung anzuschließen, und spekulierten auf Gewinn, wenn sie „Überparteilichkeit" als Werbefaktor einsetzten.

Wie haben wir diesen Sachverhalt zu interpretieren? Deutet er darauf hin, daß auch im republikanischen Lager der Begriff „Partei" hoffnungslos diskreditiert war, oder bietet sich eine „harmlosere" Erklärung an? Festhalten muß man zunächst, daß „Überparteilichkeit" nicht ohne weiteres mit „Antiparteilichkeit" gleichgesetzt werden darf. Wer parteipolitisch nicht festgelegt war, schloß sich verständlicherweise lieber einer „überparteilichen" Vereinigung an, da er damit eine weniger einseitige politische Bindung einging. Sein Verhalten läßt sich nicht ohne weiteres als „Antiparteilichkeit" interpretieren, selbst dann nicht, wenn der „Überparteilichkeit" ein auffällig positiver Wert beigemessen wurde.

Andererseits ist unverkennbar, daß von dem Wort „Überparteilichkeit" gerade deshalb eine besondere Strahlungskraft ausging, weil es einen Gegensatz zu „Partei" und „parteilich" auszudrücken schien, Vokabeln, die in populärer Auffassung fast immer mit einem Minusakzent versehen wurden. Der Erfolg und die Attraktivität der „Bünde" in der Weimarer Republik beruhte wesentlich mit auf dieser, von ihnen systematisch kultivierten Überparteilichkeits-Ideologie, die an altererbte Wertvorstellungen anzuknüpfen vermochte und in sehr unverfänglich klingenden Schlagworten wie: „Das Vaterland über die Parteien" einen wirkungsvollen propagandistischen Niederschlag fand.

Daß das Reichsbanner bewußt ähnliche Stimmungen für sich zu mobilisieren suchte, wenn es mit verwandten Parolen wie „die Republik über den Parteien" arbeitete, läßt sich nicht nachweisen. Ein Abglanz der oben skizzierten Überparteilichkeits-Ideologie fiel jedoch mehr zufällig auch auf den republikanischen Wehrverband, und darin liegt nun in der Tat eine gewisse Paradoxie: der Bund profitierte gleichsam indirekt von dem Unbehagen am „Parteienstaat" und dem Überdruß an jenem „System", dessen Feinde auch seine Feinde waren und dessen eigentlichen Trägern, den „Systemparteien", der maßgebliche Einfluß in seinen Reihen zufiel.

In dieser Konstellation lag latent ein Moment der Spannung zwischen sogenanntem „Parteigeist" und „bündisch-überparteilichem Geist" verborgen. Konkreter gesprochen: die Möglichkeit bestand, daß sich das Reichsbanner einmal aus der politischen Vormundschaft der „republikanischen Parteien" befreite und stärker auf eine „bündische" Eigenständigkeit besann. Daß in manchen Parteikreisen eine solche Entwicklung des Bundes befürchtet wurde, verraten indirekt die wiederholten, demonstrativen Bekundungen der Verbandsleitung, die Vereinigung wolle einzig und allein die „physische Kraft" der

[1]) Vgl. dazu W. Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation, passim.

republikanischen Parteien und Regierungen sein[1]) und werde niemals eine „eigene Politik" treiben[2]), Beteuerungen, die nur dann als sinnvoll erscheinen, wenn man ein latentes Mißtrauen bei den Parteien als gegeben voraussetzt[3]). Ein aktueller Anlaß zu ernsthafter Beunruhigung bestand jedoch kaum, da die Organisationsstruktur des Verbandes und die innere Einstellung seiner Führer einer „antiparteilichen" Entwicklung einen starken Riegel vorschoben. Die maßgebenden Repräsentanten der Vereinigung hatten sich von Anfang an ausschließlich aus Männern rekrutiert, die sich ihren angestammten Parteien fest verbunden fühlten, und auf unterer Ebene dürfte es kaum anders gewesen sein. 1926 wurde der faktisch schon bestehende Zustand noch juristisch kodifiziert durch die Bestimmung, daß jeder Führer und Funktionär im Verband politisch organisiert sein müsse[4]). Damit war praktisch jegliches Gefahrenmoment beseitigt; denn die enge Parteibindung der überwiegend sozialdemokratischen Chargenträger ließ erwarten, daß die Vereinigung selbst dann nicht in eine antisozialdemokratische Position manövriert werden konnte, wenn einzelne Bundesführer einen solchen Kurs einschlagen wollten. Vor allem auf dieser inneren Bindung des Führer- und Funktionärskorps an die angestammte Partei beruhte der als „selbstverständlich" bezeichnete Einfluß der „republikanischen Parteien"[5]) innerhalb des Verbandes.

Da es sich dabei primär um einen sozialdemokratischen Einfluß handelte, ist angesichts der politischen Zusammensetzung des Bundes mehr als begreiflich. Es wäre indes verfehlt, die „bürgerlichen" Partner nur als fünftes Rad am Wagen zu kennzeichnen. Trotz der geringen Beteiligung war deren Ausgangsposition nicht einmal ungünstig. Denn der werbende Teil in der schwarzrotgoldenen Wehrkoalition blieb im Grunde immer die SPD. Namentlich das Zentrum nutzte in den Anfangsjahren durchaus seine Stellung aus und erreichte es, daß seine Forderungen, beispielsweise auf der Bundesgeneralversammlung 1926, fast immer berücksichtigt wurden[6]).

Von einer „Zentrumsdiktatur" zu sprechen, wie es gelegentlich in polemischer Absicht geschah[7]), hieße jedoch, die Dinge auf den Kopf stellen. Der unmittelbare Einfluß der „bürgerlichen" Parteien war letzthin gering und in späterer

[1]) R. v. 1. November 1924 (Hörsing). Ähnlich in einer Rede Hörsings v. 22. Februar 1931 im Berliner Lustgarten. Vgl. R. v. 28. Februar 1931.

[2]) IRZ v. 7. März 1925 (Hörsing auf der Bundesgründungsfeier in Magdeburg 1925). Ähnlich auf der BGV 1926. Vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[3]) Gelegentlich wird dieser Sachverhalt auch offen dargelegt. Vgl. R. v. 15. März 1930; R. v. 1. September 1927.

[4]) Auf der BGV 1926; vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[5]) IRZ v. 19. Februar 1927 (Hörsing).

[6]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 297 f.

[7]) Vgl. den Artikel „Der Sinn der Reichsbannerkrise", in: Die Internationale 10 (1927), S. 481 ff.; Gegen den Strom 3 (1930), S. 314.

Zeit kaum mehr vorhanden[1]). Gleichwohl setzten sie einfach durch ihr Dasein dem Verbande Grenzen, die dieser zu respektieren hatte, wofern er nicht an seinem „überparteilichen" Charakter Schaden erleiden wollte. Der Bund war praktisch zur Untätigkeit verurteilt, wenn die Meinungen der Parteien in bestimmten Fragen auseinandergingen. Auf dieser Tatsache vor allem beruhte der mehr indirekte Einfluß der „bürgerlichen" Koalitionspartner: sie konnten zumindest erreichen, daß etwas nicht geschah[2]).

Zu ganz anderen Vokabeln muß man greifen, wenn man das Verhältnis von Sozialdemokratie und Reichsbanner skizzieren will. Es bleibe vorerst dahingestellt, ob man, wie Dr. Schützinger, davon sprechen kann, daß der Bund unter der „Vorherrschaft" der SPD stand[3]). Kaum anfechtbar ist hingegen die Behauptung, daß alle wichtigen Entscheidungen nicht in Magdeburg, sondern in der Berliner Lindenstraße fielen. Die selbstgesteckte Maxime, „nichts zu tun und alles zu unterlassen, was uns als Reichsbanner in Gegensatz zu den republikanischen Parteien" bringen kann[4]), führte praktisch dazu, daß der Bund auf politische Eigeninitiativen verzichtete und zunächst einmal abwartete, wie sich der sozialdemokratische Parteivorstand in einer anstehenden Frage entschied. Was dann später als Beschluß des Bundesvorstands firmierte, war seiner Substanz nach oft nicht mehr als eine bloß formale Zustimmung zu Entscheidungen, die längst von anderer Stelle getroffen worden waren[5]).

An dieser Prärogative der Lindenstraße, die eifersüchtig darüber wachte, daß die politische Führung in ihrer Hand blieb, hat sich im Grunde nie etwas geändert, auch in den Jahren nach 1930 nicht, als es zeitweilig zu schweren Spannungen zwischen Bundesleitung und sozialdemokratischem Parteivorstand kam. Die Loyalität und innere Parteibindung der sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre im Verbande saß viel zu tief, als daß die Bundesleitung in der Lage gewesen wäre, als richtig und notwendig erkannte Maßnahmen gegen den Willen der sozialdemokratischen Parteiführung durchzufechten[6]). Auf diesen Sachverhalt zielt die Bemerkung von Joos, daß man nie gewußt habe, wer eigentlich

[1]) Das betont zu Recht Löwenstein, Tragödie, S. 79, dessen Aussage sich mit den Angaben früherer Zentrumspolitiker, so Joos, völlig deckt.

[2]) Das wird richtig von J. Deutsch, Antifaschismus, S. 102 f., herausgestellt.

[3]) Dr. Schützinger (briefliche Auskunft).

[4]) R. v. 24. Dezember 1932 (Höltermann).

[5]) Walter Röber, ehemaliges Mitglied des Reichsbannerbundesvorstandes, räumt diesen Sachverhalt mit aller nur wünschenswerten Offenheit ein (mündliche Auskünfte). Vgl. dazu auch die Schreiben des ostpreußischen Reichsbannerführers Meißner an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun v. 23. Dezember 1932 und an Höltermann v. 23. Dezember 1932 (Nachlaß Braun). Meißner wendet sich in scharfen Worten dagegen, wie von sozialdemokratischen Parteiinstanzen ureigenste Angelegenheiten des Rb. definitiv entschieden wurden.

[6]) Das zeigte sich vor allem beim späteren Streit wegen der Beteiligung des Reichsbanners am Reichskuratorium für Jugendertüchtigung. Vgl. dazu die Ausführungen S. 448 ff.

führe: „Hörsing oder die Partei“[1]): offiziell führte zwar Hörsing, später Höltermann, und innerhalb gewisser Grenzen bestimmten sie tatsächlich den Kurs; als „heimlicher Regent“ und letzte Oberinstanz, von der die Struktur, die Existenz und die personelle Konstellation im Verband abhing, fungierten jedoch die Organe der Partei. Zwei Beispiele mögen diesen Tatbestand ins rechte Licht rücken. Als Hörsings Position Ende 1931 ins Wanken geriet, da wandte er sich bezeichnenderweise an Otto Wels mit der Anfrage, ob im Reichsbanner „alles beim alten“ bleiben werde[2]). Als 1930 der Ortsverein Halle in ultimativer Form eine sofortige Umwandlung des Verbandes in einen sozialistischen Schutzbund verlangte, reagierte Höltermann darauf mit der aufschlußreichen Bemerkung, daß die Entscheidung über diese Frage nicht vom Reichsbanner, sondern einzig und allein von den zuständigen Organen der SPD getroffen werden könne[3]).

Beide Vorfälle lassen kaum einen Zweifel daran, daß der Bund im Grunde nur eine geliehene Existenz besaß, da er in wesentlichen Fragen seines Daseins und Soseins einer Fremdgesetzlichkeit unterlag. Die unleugbare Abhängigkeit von der SPD bedeutet indes nicht, daß er ein bloßes Exekutivorgan in der Hand des sozialdemokratischen Parteivorstandes war. Aus der sozialdemokratischen Vormundschaft hat er sich zwar nie befreit, aber allein schon die späteren heftigen Auseinandersetzungen mit der Lindenstraße verbieten es, im Bundesvorstand ein gefügiges Werkzeug zu sehen, das einfach Befehle entgegennahm. In die gleiche Richtung weist die unmittelbar nach den Septemberwahlen einsetzende scharfe Kritik an den Parteien, die mit der Erklärung einherging, daß man fortan zwar nicht im Gegensatz zu, aber doch unabhängiger von den Parteien eine Kampffront gegen den Nationalsozialismus aufbauen wolle[4]).

Deuten solche und ähnliche Vorfälle darauf hin, daß das Reichsbanner sich fortschreitend von den politischen Parteien emanzipierte und mehr und mehr auf eine gewisse bündische Eigenständigkeit besann? Die Frage läßt sich weder mit einem klaren Ja noch mit einem klaren Nein beantworten. Die Gesamtgeschichte des Verbandes bietet wenig Anhaltspunkte für die These, daß sich die Vereinigung zunehmend von parteimäßiger Bevormundung befreite. Wenn späterhin bewußt weniger von den „Reichsbannerparteien“ und mehr vom „Reichsbanner“ gesprochen wurde[5]), dann bedeutet das zunächst kaum mehr als eine Anerkennung der realen Gegebenheiten, die 1930 schon längst nicht mehr mit der alten Parole

[1]) Joos (briefliche Auskünfte).

[2]) Vgl. dazu das Schreiben Hörsings v. 4. Juni 1932, das dieser nach seinem Rücktritt an die SPD-Mitglieder des Bundesvorstandes und der Gauvorstände richtete. Eine Abschrift dieses Abschiedsschreibens wurde dem Verfasser von Herrn Arthur Pape, dem ehemaligen Bundesjugendleiter des Reichsbanners, zur Verfügung gestellt.

[3]) Vgl. R. v. 24. Mai 1930.

[4]) Ausführlich darüber S. 361 ff.

[5]) R. v. 9. August 1930 (Höltermann), R. v. 19. April 1930 (Höltermann), R. v. 27. September 1930 (Hörsing).

von den drei „Reichsbannerparteien" adäquat wiedergegeben wurden. Als den Versuch einer bewußten politisch-ideologischen Emanzipation von den Parteien lassen sich diese Vorgänge jedenfalls nicht interpretieren.

Auf einem ganz anderen Blatt steht die Tatsache, daß sich im Laufe der Zeit die Schwerkraft der Organisation bemerkbar machte und sich damit auch der reale Sinngehalt des Wortes „Reichsbanner" erweiterte. Das war ein ebenso natürlicher wie zwangsläufiger Vorgang. Je länger der Verband bestand, seine Organisation ausbaute und seinen Aufgabenkreis ausdehnte, desto schwerer mußte es fallen, in ihm nur ein „notwendiges Übel", eine Vereinigung auf Zeit zu sehen. Eine Organisation, deren Angehörige durch Zahlung des obligatorischen Mitgliedsbeitrags einen Anspruch auf Gewährung eines Sterbegeldes bei natürlichem Tod oder Berufsunfall gewannen[1]), war praktisch zu einer Dauereinrichtung geworden. Daran vermochte auch die Einstellung der Parteien wenig zu ändern, die das Reichsbanner im Grunde nie als gleichwertigen Partner akzeptierten und daran festhielten, daß ihm nur eine zeitlich befristete Existenz zukomme.

Derlei Konzeptionen wurden indes von der tatsächlichen Entwicklung mehr und mehr unterlaufen. Der Verband erlangte zwar zu keiner Zeit jenes Maß an Unabhängigkeit und Selbständigkeit, wie es die Freien Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zur SPD besaßen; aber er hatte sich doch so weit als Faktor im politischen Leben der Weimarer Republik etabliert, daß es den „Mutterparteien" zumindest schwergefallen wäre, ihn mit einem Federstrich zu beseitigen. Wirth beschrieb diesen Sachverhalt 1927 mit provozierender Deutlichkeit, wenn er betonte, daß die Frage einer eventuellen Reichsbanneraufl̈ösung, ob es die Parteien wahrhaben wollten oder nicht, gar nicht mehr gestellt werden könne, da niemand in der Lage sei, die Entwicklung der vergangenen Jahre rückgängig zu machen[2]).

Wirths Ausführungen, die ein faktisches Nebeneinander von Bünden und Parteien als gegebene und unumstößliche Tatsache hinnehmen, streifen ein Thema, das von den ideologischen Wortführern der „rechten Kampfbünde" fast bis zum Überdruß abgehandelt wurde. Denn in der polemischen Alternative Bund — Partei spiegelt sich geradezu das ideologische Selbstverständnis dieser Vereinigungen, die sich als Künder und Schöpfer einer „neuen Ordnung", als militante Vorhut aller auf Beseitigung des gegenwärtigen „Parteienstaates" gerichteten politischen Bestrebungen empfanden. Gemeinhin galt diesem Denken zwar das

[1]) Die sogenannte „Unterstützungskasse" war, zunächst auf freiwilliger Basis, schon 1925 geschaffen worden. Auf der BGV 1926 wurde sie dann zu einer satzungsmäßigen Einrichtung. Der endgültige Ausbau, mit Zwangsmitgliedschaft für alle Verbandsangehörigen, erfolgte dann auf der BGV 1928. In dieser Entwicklung spiegelt sich deutlich die fortschreitende Institutionalisierung der Organisation. Vgl. dazu u. a. R. v. 7. Oktober 1928 (Bericht über die BGV 1928), zusammenfassend: Arbeitsbericht BGV 1933, S. 32 ff.

[2]) In dem Artikel „Wir bleiben!", R. v. 1. September 1927.

Reichsbanner als Domäne des befehdeten „Parteigeistes," aber gelegentlich konnte es geschehen, daß man, um das Gewicht der eigenen Argumentation zu verstärken, den schwarzrotgoldenen Wehrverband ebenso wie den Rotfrontkämpferbund für das „bündische Lager" vereinnahmte.

Kein Zweifel: Losungen wie: „Das junge Deutschland ist bündisch von rechts bis links[1])", verfolgten primär den Zweck, den gegenwärtigen „Parteienstaat" als „System der Alten" und damit als überlebt noch mehr zu diskreditieren, ohne daß man bereit gewesen wäre, aus solcher Interpretation reale Konsequenzen zu ziehen. Nur im Lager Artur Mahrauns kam den Parolen eine größere Bedeutung zu. Der Jungdeutsche Orden ließ gelegentlich unverblümt durchblicken, daß er geneigt sei, die Gleichartigkeit von Reichsbanner und Stahlhelm zu unterstellen und der republikanischen Vereinigung „bündischen Charakter" zuzusprechen[2]). Mit dieser Deutung verband sich das konkrete Angebot an das Reichsbanner, an der Herstellung einer „bündischen Front" mitzuarbeiten, die der „Front der Parteien" kämpferisch gegenüberstehen sollte[3]).

Die empörte Reaktion des Stahlhelms, der die Unterstellungen des Ordens als Unverschämtheit und das jungdeutsche Jonglieren mit Begriffen wie „bündische Politik" oder „bündische Front" als gefährlichen politischen Irrsinn brandmarkte[4]), veranlaßte die Mahraunsche Vereinigung zwar sehr bald, einige Schritte zurückzustecken und einzuräumen, daß gerade in letzter Zeit ein stärkeres Hervortreten von pazifistischen und marxistischen Tendenzen im Reichsbanner zu beobachten sei[5]). Bedeutsam ist jedoch gleichwohl, daß der Orden darauf baute, das Reichsbanner werde sich zu einer politischen Eigenbewegung entwickeln, die in das Spiel einer bündisch-antiparteilichen Koalition einbezogen werden könne.

Wie die künftige Entwicklung des Verbandes verlaufen wäre, wird niemand mit Gewißheit sagen können. Möglich ist es immerhin, daß die Vereinigung sich auf die Dauer als eigenständiger Faktor im politischen Leben erwiesen hätte. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß eine derartige Entwicklung nicht von vornherein ausgeschlossen werden darf. Es gab Anfälle von Parteienüberdruß im Verbande, es gab weiterhin Kreise, die sich in dem toleranteren, aufgeschlosse-

[1]) Reinhold Richter, Verbände und Parteien, Deutsche Zeitung v. 14. November 1926.

[2]) Vgl. vor allem den Artikel: „Stahlhelm und Reichsbanner. Die Bünde und die deutsche Zukunft", Der Jungdeutsche v. 17. August 1928 (auch als Flugblatt verbreitet). Vgl. auch den Artikel von Wirth, R. v. 1. September 1927, in dem ausführlich jungdeutsche Kommentare über das Rb. abgedruckt werden.

[3]) Der Jungdeutsche v. 17. August 1928.

[4]) Vgl. dazu die Artikel „Bünde und Reichsbanner", St. v. 2. September 1928, und „Bünde und Reichsbanner. Unsere Antwort an den ‚Jungdeutschen'", St. v. 9. September 1928.

[5]) Vgl. St. v. 9. September 1928, wo die Antworten Kurt Pastenacis, des Hauptschriftleiters des „Jungdeutschen", auf die im „Stahlhelm" v. 2. September 1928 gestellten Fragen wiedergegeben werden.

neren und undogmatischeren „Reichsbannerklima" sehr viel wohler fühlten als in ihren Parteien[1]). Politisch wirksam wurden derlei Stimmungen und Aversionen in der Regel jedoch nicht. Allenfalls bei Außenseitern wie Löwenstein wird man ein „bündisches Bewußtsein" konstatieren können, dem Züge von Antiparteilichkeit beigemischt waren[2]).

Die Erscheinungen reichen jedenfalls nicht aus, um dem Reichsbanner in seiner konkreten Gestalt Bundcharakter zuzusprechen, trotz aller äußeren Übereinstimmung mit den Bünden der Rechten. Anders als beim Stahlhelm überwiegt beim durchschnittlichen Angehörigen des republikanischen Wehrverbandes eindeutig die Bindung an die angestammte Partei. Hinzu kommt, daß das Reichsbanner niemals eine eigenständige politische Ideologie ausgebildet hat, die man zur „bündischen Ideologie" in Analogie setzen könnte. Denn die sogenannte „Reichsbannerideologie" zielt nur auf einen Teilbereich der politischen Wirklichkeit.

Dieses Denken unterstreicht zwar mit Nachdruck die allen drei „republikanischen Parteien" gemeinsamen Grundüberzeugungen und besitzt gelegentlich die Tendenz, Gegensätze zugunsten einer die Parteiindividualitäten aushöhlenden demokratisch-republikanischen Gemeinschaftsideologie unzulässig abzubauen; aber es begründet letzthin doch keine geistige Unabhängigkeit von den, geschweige denn gegen die Parteien. Man forderte gemeinsame Ziele, überließ es jedoch den Parteien, diese zu formulieren. Hörsings Aufruf vom Jahre 1931: „Laßt uns nicht im Stich! Versorgt uns mit geistiger Munition, gebt uns die große Parole zur Rettung des deutschen Volkes! Organisiert die geistige Eroberung der Republik! Gebt uns konstruktive Ziele[3])", der die dienend-unselbständige Rolle des Verbandes unterstreicht, steht in seiner Art weder allein noch einzigartig da.

Damit ist schon gesagt, daß das „bündische" Kombinationsspiel des Jungdeutschen Ordens auf einer höchst unrealistischen Einschätzung der tatsächlichen Situation im Reichsbanner beruhte. Die Vereinigung blieb, was sie von Anfang an gewesen war: eine Schutzorganisation des Weimarer Staates und der ihn tragenden Kräfte. Sie verteidigte bis zum Ende jene politischen Prinzipien und Werte, die auszulöschen gerade die Bünde der Rechten angetreten waren[4]). Die Angehörigen der Vereinigung, die in den politischen Kämpfen das Leben ließen, fielen nicht einfach für den „Bund Reichsbanner", der mit anderen „Bünden" um Vorherrschaft und Einfluß konkurrierte, sondern für das „System", unter dessen Gegnern die Bünde als militante Avantgarde hervorragten. Das

[1]) Vgl. R. v. 15. März 1930.

[2]) Verschiedene Wendungen deuten das an. Vgl. vor allem Tragödie, S. 69, passim.

[3]) R. v. 28. Februar 1931.

[4]) Vgl. dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen Hörsings auf der Reichskonferenz des Rb. am 10./11. Dezember 1927, wo er sich von allen „bündischen Lockrufen" entschieden distanziert und erklärt: „Wir müssen eintreten für den Bestand der politischen Parteien, für Parlamentarismus und für die Demokratie", R. v. 15. Dezember 1927.

Maß an Feindschaft zum Weimarer Staat bestimmte auch die jeweilige Haltung des Reichsbanners: je unversöhnlicher ein „Bund" dem „System" gegenüberstand, desto kompromißloser wurde er von der republikanischen Vereinigung bekämpft.

6. Die Beziehungen des Reichsbanners zu den rivalisierenden Kampfbünden

Kein politischer Kampfverband hat sich die Jahre hindurch in der Rolle des „republikanischen Erzfeindes", dem jeweils die Hauptaufmerksamkeit der „Demokratiewächter" galt, konkurrenzlos und unangefochten behaupten können. Auf der Rechten machten sich lange Zeit zumindest zwei Organisationen diese „Ehrenstellung" streitig, und auch die kommunistische Linke beteiligte sich, zeitweilig nicht ohne Erfolg, an diesem Spiel, das erst 1929/1930 endgültig zugunsten eines Partners entschieden wurde. Die Hauptphasen der Entwicklung sowie die Schärfe des jeweiligen Antagonismus spiegeln sich vielleicht am sinnfälligsten in der „Totenliste" des Reichsbanners. Sie mag deshalb als eine Art Leitfaden für einen ersten groben Überblick herangezogen werden[1]).

Nach eigenen Angaben — Stand vom Februar 1933 — hatte der Verband 64 Tote zu beklagen. 14 Mitglieder verunglückten tödlich im Dienste des Bundes ohne „Feindeinwirkung", die restlichen 50 kamen bei Auseinandersetzungen mit Angehörigen gegnerischer Verbände ums Leben. Aufgeschlüsselt nach „Tätern" ergibt sich folgendes aufschlußreiches Bild: Kommunisten: 3, Stahlhelm: 5, Nationalsozialisten: 42. Als „Hauptgegner" erscheint also gemäß dieser Aufstellung die NSDAP/SA, in weitem Abstand rangieren dahinter Stahlhelm und Kommunisten, der Jungdeutsche Orden ist bemerkenswerter Weise auf der Liste überhaupt nicht zu finden. Prinzipiell werden damit die Gewichte wohl richtig verteilt; aber der Blick für die Entwicklungslinien wird eher verstellt. Denn das nationalsozialistische Konto wird erst in den letzten Jahren der Republik so stark angefüllt — in dieser Phase gehen alle Reichsbannertoten zu Lasten der NSDAP. In den Jahren 1924 bis 1928 hält sich der „Anteil" der einzelnen Verbände fast die Waage: fünfmal werden Stahlhelmer, fünfmal Nationalsozialisten und dreimal Kommunisten als Täter genannt.

In der Aufstellung spiegelt sich schon die Tatsache, daß NAPSD/SA sich in den Jahren vor 1929 mit der Rolle eines Gegners unter anderen begnügen mußten, dem in der Gefährlichkeitsskala der republikanischen Vereinigung nicht einmal die erste Stelle zukam. Handgreifliche Auseinandersetzungen — das zeigt die Totenliste — und polemischen Schlagabtausch gab es auch schon zu dieser Zeit. Die NSDAP entrüstete sich über die „blutigen Terrorakte" der „Republikschützler" und die „roten Bandenüberfälle"[2]), das Reichsbanner seinerseits

[1]) Totenliste des Verbandes, in chronologischer Reihenfolge und mit politischer Herkunftsbezeichnung der „Täter", abgedruckt in: Arbeitsbericht BGV 1933, S. 3—6.

[2]) Vgl. u. a. Völkischer Beobachter v. 10. Juli 1926 (Nr. 156), v. 6. August 1926 (Nr. 179), v. 20./21. Januar 1929 (Nr. 17).

attackierte die „Hitlergardisten", „Hakenkreuzler" und „Faschisten" als die bösartigste Spielart unter den Sturmhaufen gegen die Republik. Hitler galt zwar als „rechter Flügelmann" der „Reaktion" und als besonders „radikal"[1]), aber keineswegs als der gewichtigste und gefährlichste Feind des Weimarer Staates[2]).

Diese Einschätzung änderte sich grundlegend erst in den Jahren 1929/1930. Zunehmend wurde die SA als der „eigentliche Gegner" erkannt, während gleichzeitig der Stahlhelm in die Kategorie der „Mindergefährlichen" rückte — „mindergefährlich" auch im handgreiflichen Sinn, wie die „Totenliste" sinnfällig darlegt. Als Seldte 1930 kurz vor den Septemberwahlen, ebenso schulterklopfendgönnerhaft wie selbstbewußt, noch glaubte, die „Braunhemdenkavallerie am rechten Flügel" als „Hilfstruppe" seiner eigenen schlachtentscheidenden „schweren Infanterie" einstufen zu können[3]), da war man im Reichsbanner bereits zu der Überzeugung gekommen, daß die „leichte Kavallerie" die weitaus gefährlichere Attacke gegen den Weimarer Staat ritt.

In den Jahren zuvor wäre Seldtes selbstbewußter Ausspruch allerdings kaum auf entschiedenen Widerspruch im republikanischen Lager gestoßen. Der „Bund der Frontsoldaten" war zu diesem Zeitpunkt, namentlich im norddeutschen Raum, nicht nur die zahlenmäßig weitaus stärkste und schlagkräftigste Organisation der Rechten, sondern auch die Vereinigung unter den „Vaterländischen Verbänden", die am kompromißlosesten die Trennungslinie zum Reichsbanner zog, im deutlichen Gegensatz zum Jungdeutschen Orden und selbst zum Wehrwolf, der trotz aller radikalen Ablehnung der Weimarer Ideen doch gewisse wehrbündische Gemeinsamkeiten bei der republikanischen Truppe entdecken zu können glaubte[4]). Wenn aus den Kreisen der Gefolgschaft Seldtes 1925 verlautete, das Reichsbanner habe, bestimmt von „Haß" und „Furcht", den „Kampf gegen den Stahlhelm zum Hauptzwecke seines Arbeitens" gemacht[5]), dann lag in der Behauptung zum gegebenen Zeitpunkt keineswegs eine unzulässige Überschätzung der eigenen Position. Der republikanische Verband erklärte seinerseits 1928 mit allem Nachdruck, daß der „Bund der Frontsoldaten" „der Feind" sei, der „in erster Linie geschlagen werden" müsse[6]).

Zu Anfang war man sich auch in Stahlhelmkreisen nicht völlig klar darüber

[1]) Vgl. R. v. 15. April 1924.

[2]) Ausführlicher darüber S. 360 ff.

[3]) St. v. 7. September 1930.

[4]) Vgl. Berning, Außerparlamentarische Verbände, in: Das Junge Zentrum 4 (1927), H. 3, S. 65 f.

[5]) St. v. 15. März 1925.

[6]) R. v. 21. Oktober 1928. Bericht über eine auf Initiative von Niekisch und Winnig zustande gekommene Führertagung nationaler Verbände am 7. Oktober 1928, auf der unter anderem die Frage der Einstellung zum Reichsbanner diskutiert worden war. Den radikalsten Standpunkt vertrat der Stahlhelm, während der Jungdo für einen gemäßigten Kurs plädierte. Vgl. dazu auch den Bericht des Stahlhelms, St. v. 14. Oktober 1928.

gewesen, wie man die eigene Position gegenüber der neugegründeten republikanischen Vereinigung bestimmen solle. Schon 1923 hatte es angeblich Versuche gegeben, mit dem Magdeburger Vorläufer des Reichsbanners, der „Republikanischen Notwehr" unter Höltermann, ins politische Gespräch zu kommen[1]); diese Hoffnung hielt sich später noch bei einigen Vertretern der „jungen Frontgeneration", die das nationale Auftreten des republikanischen Verbandes nicht ohne Sympathie verfolgten[2]). Man unterschied sehr wohl zwischen den „echten Frontsoldaten" und dem „an sich wertvollen Menschenmaterial" einerseits und den „Hintermännern", den „marxistischen Drahtziehern" andererseits[3]), und warnte deshalb davor, sich in „Haß" und „Zorn" zu verlieren, da eine solche Politik nur den entgegengesetzten Effekt hervorrufen werde[4]). Umgekehrt bedauerte das Reichsbanner die „echten Frontsoldaten", die im Stahlhelm für eine schlechte Sache mißbraucht würden[5]). Sogar Seldte, von dem man zu wissen glaubte, daß er nur „widerwillig", unter dem Druck der Verhältnisse, den „Marsch in die radikal-reaktionäre Front" angetreten habe[6]), hatte zeitweilig eine relativ gute Presse und wurde scharf abgehoben von den „radikalen Hugenbergianern" um Duesterberg, denen es gelungen sei, all das zu ersticken, was an echten frontsoldatischen Idealen und aufrichtigen Bemühungen in diesem Bunde vorhanden gewesen sei[7]).

Solche gelegentlichen „Freundlichkeiten", die zudem nicht selten taktisch gemeint waren und, im Sinne einer „Einheitsfront von unten", einen Keil zwischen Führung und Gefolgschaft zu treiben suchten, können indes nicht den Blick dafür versperren, daß das beiderseitige Verhältnis im Grunde immer von bitterer Feindschaft und gehässiger Polemik bestimmt wurde. Hörsing selbst, immerhin Oberpräsident und damit höchster Beamter jener Provinz, in der der Vorort des Stahlhelms saß, mußte es sich gefallen lassen, als „dieser Bursche", „diese Zierde der Republik" tituliert zu werden[8]). Zur Charakterisierung des Verbandes stand ein ganzes Arsenal von Verbalinjurien zur Verfügung: „Reichsbanner Schwarz Rot Mostrich", „Papphelm", „Holzhelm", „Baschisten"[9]), „Reichsbanditen", „Reichsbanner Nollet", „Judenschutztruppe", „Brigade Cohn", „Reichsbanane", „Reichsbarmat Schwarz Rot Gold"[10]). Solche Titel gehörten zwar zum ständigen Vokabular fast aller „vaterländischen Verbände",

---

[1]) Vgl. Berning, Außerparlamentarische Verbände, a.a.O., S. 62.

[2]) St. v. 4. Oktober 1925 (Beilage: Standarte).

[3]) Vgl. u. a. St. v. 25. Dezember 1927.

[4]) St. v. 15. März 1925.

[5]) IRZ v. 21. Mai 1927.

[6]) R. v. 14. Oktober 1928.

[7]) Vgl. R. v. 14. Oktober 1928. Weiterhin R. v. 15. Dezember 1927; R. v. 23. September 1928.

[8]) St. v. 1. März 1925.

[9]) Nach dem französischen Pazifisten Basch, dem das Reichsbanner in Berlin 1924 Saalschutz gewährt hatte.

[10]) Kostproben bietet u. a. St. v. 22. Februar 1925.

aber als „Scharfmacher" und Hauptträger der Agitation tat sich doch der „Bund der Frontsoldaten" hervor, bis ihm in den letzten Jahren die NSDAP den Rang ablief. Der Stahlhelm vor allem stand auch hinter dem jungen Walter Korodi, der in den Jahren 1926/27 unter den Parolen „Vaterlandsverrat" und „Reichswehrhetze" eine wilde Agitationskampagne gegen den republikanischen Wehrverband eröffnete[1]).

Parallel dazu liefen die dauernden Klagen über den angeblichen Terror des Reichsbanners, die durch die Art ihrer Aufmachung nicht minder zur Vergiftung der Atmosphäre beitrugen. „Prügelnde Verfassungsschützler"[2]), „Vortrupps des sozialistischen Bürgerkriegs"[3]), „Wegelagerer und Messerhelden"[4]) — zeitweilig eine feste Rubrik in der Stahlhelmzeitung — „feige Wegelagerermethoden" der „Hörsingmännerchen"[5]), „Rowdyorganisation"[6]), „Landplage"[7]), „Straßenunwesen" des Reichsbanners[8]), das zahlreiche „Verbrecher" in seinen Reihen habe[9]): das sind nur einige Kostproben der radikalen Polemik, auf die das Reichsbanner, das seinerseits die „Untaten" der Stahlhelmer anprangerte, fast ebenso scharf reagierte[10]).

In den meisten Fällen handelte es sich auf beiden Seiten um hemmungslose Übertreibungen; aber hinter den homerischen Beschimpfungen stand doch die Realität handgreiflicher Auseinandersetzungen und eines oft erbitterten Kleinkrieges, bei dem Angehörige beider Organisationen als Angreifer auftraten, obwohl das Reichsbanner seine Mitglieder nachdrücklichst ermahnte, den Provokationen der Nationalisten und Kommunisten aus dem Wege zu gehen; denn es sei „leider mehr als bekannt", daß „Stahlhelm, Jungdo, Hitlergardisten, Werwolf usw. sich allen anständigen Menschen gegenüber lümmelhaft und provozierend" benähmen und dabei in ihren „unanständigen Handlungen" nur noch von den Kommunisten bzw. deren Roten Frontkämpfern übertroffen würden[11]).

Das harte Verdikt führte zu einem bemerkenswerten Nachspiel. Der Jungdeutsche Orden fühlte sich in seiner Ehre zutiefst verletzt und verlangte die Streichung der diskriminierenden Passagen, da sein Verhalten zu solchen Aus-

[1]) Korodi selbst gehörte dem Stahlhelm an. Empfehlend auf seine Agitation hingewiesen u. a. St. v. 26. Juni 1927. Zur Agitation von Korodi vgl. S. 171, Anm. 1.

[2]) St. v. 16. August 1931.

[3]) St. v. 19. Juli 1925.

[4]) St. v. 26. April 1925; St. v. 10. Mai 1925; St. v. 19. Juli 1925.

[5]) St. v. 11. Oktober 1931.

[6]) St. v. 29. November 1931.

[7]) St. v. 4. Januar 1925.

[8]) St. v. 26. August 1928.

[9]) St. v. 22. Februar 1925.

[10]) Vgl. u. a. R. v. 1. Juli 1924; R. v. 1. Dezember 1924; R. v. 1. März 1925; R. v. 15. Mai 1925; R. v. 1. Oktober 1925.

[11]) Wegweiser 1927, S. 33.

führungen keinen Anlaß biete[1]). Tatsächlich kam das Reichsbanner bei der Neuauflage des „Wegweisers" der Aufforderung nach und bekundete damit, daß es nunmehr bereit war, der Mahraunschen Vereinigung eine Sonderstellung unter den „Vaterländischen Verbänden" einzuräumen.

Zu Anfang hatte es zwischen beiden Organisationen starke Spannungen gegeben, bei der auch handgreifliche Auseinandersetzungen nicht fehlten. Der Orden stand der republikanischen Neugründung mit betonter Reserve gegenüber und sah in ihr primär die „sozialistisch-gewerkschaftliche Schutztruppe der roten Republik"[2]). Das Auftreten des Reichsbanners, sein Bekenntnis zum großdeutschen Gedanken, seine Wendung gegen den extremen Pazifismus und sein staatsloyales Verhalten gegenüber Hindenburg führten jedoch sehr bald zu einer Revision der alten Anschauungen. 1925 ließ der Ordenskanzler Bornemann durchblicken, daß seine Vereinigung sich dem republikanischen Verbande enger verbunden wisse als den „reaktionär eingestellten Kreisen im Stahlhelm" und dem „ehrlichen Reichsbannermann", der „das Beste des Vaterlandes wolle", gerne die Hand reiche[3]). Bornemann sprach dabei nur das offen aus, was Mahraun selbst in einem Kommentar zur Bundesgründungsfeier des Reichsbanners im Februar 1925 bereits vorsichtig angedeutet hatte, als er bemerkte, daß in der republikanischen Vereinigung, allerdings noch stark gelähmt durch das „Gift" des „internationalen Marxismus", ein Geist spürbar werde, der in der Nachfolge der „sittlichen Tat von 1914" stehe[4]).

Das Schlußresümee des Hochmeisters — die nationale Bewegung müsse die reaktionär-unvölkischen Kräfte, das Reichsbanner die „internationalen Drahtzieher" abschütteln[5]) — nahm schon in den Grundzügen die künftige Politik des Ordens vorweg, hinter der das Bestreben stand, die republikanische Vereinigung in eine bündisch-volksnationale Front einzubeziehen. Der Jungdo war zunehmend bereit, die beiden großen Wehrverbände Reichsbanner und Stahlhelm als prinzipiell gleichwertig und gleichartig zu betrachten[6]), geriet damit allerdings in immer schärferen Gegensatz zum Stahlhelm, der es entrüstet ablehnte, „mit dieser internationalen und pazifistischen Organisation auch nur im Geiste zusammenzuarbeiten"[7]).

[1]) Schreiben des Ordenskanzlers Bornemann an Hörsing v. 6. Mai 1927 (Sammlung Osterroth).

[2]) So im Nachrichtenblatt des Jungdo, zitiert nach R. v. 15. Januar 1925. Zur Einstellung des Ordens zum Reichsbanner vgl. generell: Hornung, a.a.O., S. 68 ff.

[3]) So Bornemann auf einer Pressekonferenz im Anschluß an eine Sonnenwendfeier der Ballei Altmark. Vgl. dazu St. v. 5. Juni 1925; St. v. 12. Juni 1925; St. v. 15. November 1925; R. v. 15. September 1925.

[4]) Der Jungdeutsche v. 26. Februar 1925; zitiert nach: Das Junge Zentrum 2 (1925), H. 3, S. 54 f.

[5]) Ebd.

[6]) Vgl. vor allem den „Jungdeutschen" v. 17. August 1928 („Stahlhelm und Reichsbanner. Die Bünde und die deutsche Zukunft"). Vgl. weiterhin einige bei Wirth, Wir bleiben, R. v. 1. September 1927, zitierte Äußerungen des Jungdo über das Reichsbanner. Vgl. Berning, Außerparlamentarische Verbände, a.a.O., S. 58 ff.

[7]) St. v. 15. November 1925. Vgl. weiterhin die scharfe Polemik gegen den Jungdo: St. v. 2. September 1928 („Bünde und Reichsbanner. Unsere Antwort an den ‚Jungdeutschen'").

Aber auch das Reichsbanner bereitete Enttäuschungen, da sich die jungdeutschen Hoffnungen auf eine bündisch-antiparteiliche Entwicklung nicht erfüllen wollten. Die republikanische Vereinigung betrachtete voller Mißtrauen die ehrlich gemeinten Bemühungen des Ordens um eine Aussprache von Mann zu Mann, von Ortsverein zu Ortsverein und erließ strenge Anweisungen, die den nachgeordneten Organen eine Kontaktaufnahme mit Angehörigen des Jungdo untersagten[1]). 1930 mußten die Männer um Mahraun resigniert eingestehen, daß das „Reichsbanner innerlich nicht weitergekommen" sei und „nach wie vor nur die Schutztruppe dieser republikanischen Staatsform" sein wolle[2]).

Immerhin blieb die Annäherungspolitik des Jungdo nicht ohne jede Resonanz. Das Reichsbanner, das den Orden zu Anfang pauschal unter die „Sturmhaufen gegen die Republik" eingereiht hatte[3]), erkannte schon 1925 an, daß in dieser Vereinigung die „positiv gerichteten Kräfte" am stärksten vertreten seien[4]). Man billigte der Mahraunschen Vereinigung in der Folge ausdrücklich „reine und makellose Absichten" zu[5]) und räumte ein, daß bei ihr ein „ehrliches Ringen um die Probleme der Gegenwart" zu verspüren sei[6]).

Ursache für derartige Sympathieerklärungen waren nicht zuletzt der entschiedene Kampf des Jungdo gegen Hugenberg, vor allem aber sein Eintreten für die deutsch-französische Verständigung, das in der Reichsbannerpresse namentlich von Mayr mit großer Sympathie verfolgt wurde[7]). Grundsätzlich blieb der Orden jedoch nach wie vor für das Reichsbanner ein „verkappter Bestandteil der völkisch-nationalen Bewegung", mit dem eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit unmöglich" sei, wie Mayr in einer Antwort an Erkelenz, der sich gegen die „sachlich nicht berechtigte" Vorliebe für den Jungdo gewandt hatte[8]), unmißverständlich herausstellte[9]). Die politischen Ideen der Mahraunanhänger wurden als „Flucht in die Romantik"[10]), als „wirre, wenngleich ehrlich

---

[1]) Vgl. z. B. die O.Anw. des Gauvorstandes Schleswig-Holstein Nr. 1/27 v. 6. Januar 1927. Kurz vorher war in Hannover ein Reichsbannerangehöriger ausgeschlossen worden, weil er in der Zeitung des Jungdo annonciert hatte. Vgl. Sitzungsprotokoll der Ortsleitung Hannover v. 4. November 1926 (NStAH, Des. 310 II, C 12).

[2]) Der Jungdeutsche v. 9. Januar 1930.

[3]) R. v. 15. April 1924.

[4]) R. v. 15. September 1925 („Morgenröte oder Abenddämmerung?").

[5]) R. v. 15. November 1927 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg).

[6]) R. v. 21. Oktober 1928. Weitere positive Kommentare: R. v. 15. Dezember 1927; R. v. 1. September 1927 ; R. v. 1. Januar 1926.

[7]) Vgl. u. a. R. v. 1. Februar 1926; R. v. 1. Dezember 1926; R. v. 27. April 1926; R. v. 7. Dezember 1929.

[8]) Schreiben von Erkelenz an Mayr v. 25. September 1929 (Abschrift im Nachlaß Rechberg, Nr. 51, BA).

[9]) Schreiben Mayrs an Erkelenz v. 28. September 1929 (Abschrift im Nachlaß Rechberg, Nr. 51, BA).

[10]) R. v. 29. April 1928.

empfundene Träumerei"[1]), als „mittelalterliche Aufbauschwärmerei"[2]) immer scharf und ironisch abgelehnt.

Daß der Orden als „Gegner", als „nicht-weimar-republikanisch" galt, zeigte sich noch einmal sehr deutlich an der tiefen Beunruhigung, die die Gründung der Staatspartei hervorrief. Während der Jungdo Lemmers Reichsbannerbindungen gerade positiv in Rechnung stellte[3]) und das Zueinanderfinden „bündischer Menschen" aus dem schwarzrotgoldenen und schwarzweißroten Lager freudig begrüßte[4]), steigerte das Reichsbanner seine Polemik zu seit langer Zeit nicht mehr gekannter Schärfe[5]). Erst die wachsende Gefahr des Nationalsozialismus führte dann wieder die beiden Vereinigungen zu gemeinsamen Widerstandsüberlegungen zusammen[6]).

Diese Sondierungen gingen allerdings über den Rahmen der beiden Verbände hinaus und vereinten heterogenste Gruppen, die sich einst erbittert bekämpft hatten. Das Reichsbanner fand sich plötzlich in gemeinsamer Front mit Duesterberg[7]), mit jenem Duesterberg, der im Stahlhelm stets für einen besonders schroffen antirepublikanischen Kurs plädiert und immer als Inbegriff der Stahlhelmreaktion gegolten hatte. Auf der anderen Seite der Barrikade stand dagegen jetzt der einst wohlwollend als „gemäßigt" betrachtete Franz Seldte, der in früheren Jahren wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner in der Frage eines Reichsehrenmals für die Gefallenen des Weltkrieges auf scharfe Opposition in eigenen Reihen gestoßen war[8]).

Auch Hörsing geriet bei der gleichen Gelegenheit unter den scharfen Beschuß einzelner Gefolgsleute, die jegliche Kooperation mit den „Vaterländischen Verbänden" radikal ablehnten; er konnte sich nur mit dem Hinweis verteidigen, man habe einfach mitmachen müssen, um zu verhindern, daß mit den „Toten

[1]) R. v. 7. Dezember 1929.

[2]) R. v. 23. August 1930. Weitere Polemik gegen den Jungdo, dem zugleich eine Abkehr von seiner Politik der deutsch-französischen Verständigung vorgeworfen wurde: R. v. 14. September 1929; R. v. 21. September 1929.

[3]) Vgl. Mahraun, Politische Reformation, S. 81: Über die große Dortmunder Kundgebung am 15./16. Juli 1929, die zu den Gründungsveranstaltungen der volksnationalen Aktion gehörte. Als Gastredner sprach auch Lemmer, der das „Schützengrabenerlebnis" als verbindende Gemeinsamkeit herausstellte; vgl. dazu auch Hornung, a.a.O., S. 92.

[4]) Vgl. Hornung, a.a.O., S. 102.

[5]) Vgl. vor allem den scharfen Artikel Mayrs, R. v. 23. August 1930. Weiterhin: R. v. 20. Dezember 1930.

[6]) Zu diesen Kontakten, die allerdings über bloße Sondierungen kaum hinauskamen, vgl. Mahraun, Politische Reformation, S. 89, Hornung, a.a.O., S. 125, 140.

[7]) Vgl. Mahraun, Politische Reformation, S. 89.

[8]) Mitteilung darüber verdanke ich Herrn Berghahn, London. Die Schwierigkeiten des Stahlhelmbundesvorsitzenden klingen auch an in einem Schreiben Seldtes an Hörsing v. 30. Juni 1926 (Besitz Osterroth). Seldte ersucht darin mit allem Nachdruck um die Einstellung des von Reichsbannerangehörigen angeblich gegenüber dem Stahlhelm praktizierten Terrors, da sich sonst die Möglichkeit ergebe, daß das Zusammengehen mit dem Reichsbanner in der Frage des Heldenhains und der Ehrung für die gefallenen Frontsoldaten eingestellt werden müsse.

politische Geschäfte gemacht" würden, und um zu vermeiden, daß die ganze Sache in ein „nationalistisches Fahrwasser" gerate[1]). An sich war auch die Bundesführung gegen eine solche Zusammenarbeit eingestellt. Sie ließ zwar gelegentlich Ausnahmen zu: in Holzminden errichteten Stahlhelm und Reichsbanner gemeinsam ein Ebert-Hindenburg-Haus[2]), auf örtlichen Sportfesten marschierte der Verband hin und wieder zusammen mit Kriegervereinen und anderen Wehrbünden auf[3]). Es bestand jedoch eine ausdrückliche Anweisung, daß Ortsvereine nur mit besonderer Genehmigung der Gauvorstände an Totenfeiern zu Ehren der Weltkriegsgefallenen mit anderen Kriegsteilnehmerverbänden teilnehmen dürften[4]).

Die Kontakte, die gleichwohl zwischen den meisten Organisationen bestanden, beruhten zumeist auf persönlichen Beziehungen einzelner Führer. Derartige Querverbindungen über Vertrauensleute, die auch das Reichsbanner besaß, gab es vor allem in der Endphase der Republik. Major Mayr war schon seit längerer Zeit im Kreise Arnold Rechbergs mit Stahlhelmführern zusammengetroffen[5]), und am 2. April 1932 kam es dann zu einem zunächst geheimgehaltenen Treffen zwischen den alten Reichswehrkameraden Mayr und Röhm, das nach seinem Bekanntwerden Ende 1932 von den Kommunisten unter dem Motto: „Geheimverhandlungen zwischen Nazi-Röhm und Reichsbanner-Mayr"[6]) zu einer spektakulären Agitation gegen den Verband ausgenutzt und als Indiz für das Bestehen einer „antibolschewistischen Einheitsfront" gewertet wurde.

Es liegt auf der Hand, daß der Vorfall den Kommunisten mehr als gelegen kam, da er die alte Propagandathese vom Reichsbanner als der „Prätorianergarde der Bourgeoisie"[7]) zu bestätigen schien. Die auf „Entlarvung" der „ver-

[1]) So Hörsing auf der BGV 1926; vgl. IRZ v. 29. Mai 1926 und R. v. 15. Mai 1926. Vgl. weiterhin: R. v. 15. Juli 1926; auch auf der BGV 1928 klang die Frage noch einmal wieder an. Vgl. R. v. 17. Oktober 1928.

[2]) Opposition dagegen auf der BGV 1928; vgl. R. v. 7. Oktober 1928; Vorfall wird stark aufgebauscht im „Proletarischen Reichsbannermann", dem Organ der oppositionellen Reichsbannerarbeiter.

[3]) Vgl. dazu ein Protestschreiben eines Gruppenführers Ruß an die Reichsbannerortsleitung Hannover v. 14. Juni 1927, NStAH, Des. 310 II, C 10.

[4]) Vgl. Wegweiser 1927, S. 31.

[5]) Baron v. Koerber (mündliche Auskünfte).

[6]) Broschüre wurde Ende 1932 von der KPD unter diesem Titel herausgegeben. Das Treffen wurde bekannt in einem Prozeß, den der Nationalsozialist Oberleutnant a. D. Schulz, gegen die „Münchener Post" angestrengt hatte. Die „Münchener Post" hatte behauptet, im Braunen Haus gebe es eine von Schulz geleitete Femeorganisation, die die Ermordung von Röhm beabsichtige.

[7]) Vgl. den Bericht über den Internationalen Antifaschistenkongreß Berlin 1929, mit seiner Behauptung, die Rolle einer „Prätorianergarde der Bourgeoisie", die der Stahlhelm zur Zeit des Bürgerblocks gespielt habe, sei nunmehr mit der Bildung der Großen Koalition an das Reichsbanner übergegangen. Ähnlich Fritz Hecker, Einheitsfront von unten, in: Die Kommunistische Internationale 11 (1930), S. 1438, und eine „Anweisung der Bundesführung des RFB an alle Ortsgruppen", abgedruckt und kommentiert: R. v. 1. Oktober 1927, Gaubeilage Franken und Oberbayern-Schwaben.

bürgerlichten und sozialfaschistischen" Reichsbannerführung bedachte kommunistische Agitation hatte seit jeher in diese Richtung gezielt. Das gilt ebenso für die KPD selbst wie für den von ihr abhängigen Rotfrontkämpferbund, der trotz seiner nominellen „Überparteilichkeit" völlig von den Direktiven der Partei abhing und in seiner Einstellung zu der republikanischen Vereinigung ziemlich getreu alle Phasen der kommunistischen Taktik gegenüber der SPD widerspiegelt. Eine Sonderrolle ist ihm nur insoweit zuzubilligen, als diese Wehrorganisation, die sich um die Erfassung aller sich zur Idee des proletarischen Klassenkampfes bekennenden Kriegsteilnehmer bemühte und tatsächlich mindestens zur Hälfte aus „Parteilosen" bestand, gleichsam berufsmäßig auf das Reichsbanner „angesetzt" war und sich zu ihm in einem ganz unmittelbaren Konkurrenzverhältnis im Kampf um die proletarischen Massen befand[1]).

Die Politik des RFB gegenüber dem Reichsbanner ist in ihren Grundzügen immer konstant geblieben, mochte sich auch die taktische Marschroute entsprechend der jeweiligen Konstellation im kommunistischen ZK gelegentlich ändern. Ziel blieb immer, einen Keil zwischen Führung und Masse zu treiben, die „verbürgerlichte und reformistische" Verbandsleitung unter Ausnutzung von verbandsinternen Spannungen zu isolieren und Teile der proletarischen Anhängerschaft herauszusprengen. Zeitweilig hat die Politik der ideologischen Beeinflussung und Zersetzung gewisse Erfolge gehabt. Namentlich während der Fürstenenteignungskampagne und während der „Marx-Krise" 1927 gelang es, kleinere Gruppen, die gegen den Kurs der Bundesführung rebellierten, in den RFB zu überführen[2]). Dabei wurde bewußt Wert darauf gelegt, die Gruppen zunächst noch in ihren alten Uniformen geschlossen beisammen zu halten, um sie als „Reichsbannerdelegation", als lebendige Symbole der „Einheitsfront von unten", auf Rotfrontkämpfertreffen auftreten lassen zu können[3]).

Der propagandistische Aufwand, der mit solchen „Überläufern" betrieben

---

[1]) Zur Struktur, Zielsetzung und Taktik des RFB vgl. generell: H. Duenow, Der Rotfrontkämpferbund; W. Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation; viele Materialien über den RFB auch im Nachlaß Grzesinski

[2]) Vgl. dazu Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation, S. 12, passim. Vgl. weiterhin Rundschreiben des Bundesführers des RFB v. 10. April 1929; Mitteilungsblatt Nr. 6 der Bundesführung des RFB, Abt. Rote Jungfront; Der Rote Kundschafter, Mitteilungsblatt für Gegnerobleute, Oktober 1928; Richtlinien der 5. Reichskonferenz zur politischen Lage und zu der Aufgabe des RFB (StAL, F 193, Nr. 342). — Auch das Rb. kann gewisse Erfolge des RFB nicht abstreiten. Vgl. IRZ v. 26. Februar 1927. — Der wohl prominenteste Reichsbannerführer, der zu den Kommunisten überwechselte, war der zeitweilige oberschlesische Gauvorsitzende Cziaja.

[3]) Genaueste Regieanweisungen in dem erwähnten Rundschreiben des Bundesführers des RFB v. 10. April 1929: „An alle Gauführungen des RFB, Ressort Gegner". Zur Taktik des RFB gegenüber dem Rb. vgl. noch: Resolution (Entwurf) über die Arbeit des RFB seit der 4. Reichskonferenz — 11. bis 13. April 1927 in Düsseldorf — und über die gegenwärtigen Aufgaben. StAL, F 193, Nr. 341; Rundschreiben der Gauleitung Württemberg des RFB Nr. 2/28 (Februar 1928); Rundschreiben der Reichsfraktionsleitung der Kommunisten im RFB v. 12. Februar 1929. Beide Schriftstücke: StAL, F 193, Nr. 342.

wurde, kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich letztlich um sehr dürftige Kontingente handelte. Aufs Ganze gesehen hat die Zersetzungspolitik des RFB, wie offen eingestanden wurde, nur wenig Erfolg gehabt[1]). Das lag nicht nur an der Unzulänglichkeit des Rotfrontkämpferbundes, der zum Zeitpunkt seiner Auflösung in vielen Gauen organisatorisch und finanziell völlig zerrüttet war, auch nicht allein an den „objektiven Schwierigkeiten der schwereren Bearbeitung des Jungbanners als der SAJ"[2]), sondern zu einem Großteil an der „Knüppeltaktik", dem „individuellen Terror", wie er zeitweilig gegenüber Reichsbannerangehörigen praktiziert wurde[3]). Die „organisierte Abwehr gegen den Sozialfaschismus im Reichsbanner"[4]) arbeitete notwendig der Bundesleitung in die Hände, die es nicht unterließ, die kommunistischen „Untaten" anzuprangern[5]), und erschwerte das Herankommen selbst an jene Kreise, die für die Parole einer „proletarischen Einheitsfront" nicht unempfänglich gewesen wären[6]).

Die Reichsbannerführung hatte von Anfang an einen Zweifrontenkrieg gegen Links- und Rechtsradikale geführt. Die Wendung aus dem Gründungsaufruf: „Kommunisten und Monarchisten haben im Reichsbanner Schwarz Rot Gold keine Stätte"[7]) hatte, laut einer Ausführungsbestimmung zur Satzung, als Motto über allen Werbeveranstaltungen des Bundes zu stehen[8]). Daraus erhellt schon, daß man geneigt war, Rechts- und Linksradikalismus, „Nazis" und „Kozis", prinzipiell auf eine Stufe zu stellen. Die Führungsorgane warnten ständig vor kommunistischen Infiltrations- und Anbiederungsversuchen und griffen unnachsichtig durch, wenn sich einzelne an kommunistischen Aktionen beteiligten[9]). Die Hauptstoßkraft des Verbandes richtete sich zwar eindeutig gegen Rechts, aber es fehlte selten der Hinweis auf die „andere Front", die man nicht aus dem

[1]) Das erwähnte Rundschreiben der Gauleitung Württemberg spricht sogar von einem totalen Mißerfolg der bisherigen RBO (Reichsbanneropposition).

[2]) Der Rote Kundschafter, a.a.O.

[3]) Schärfste Kritik an dieser „Knüppeltaktik", die die praktische Liquidierung der Einheitsfronttaktik darstelle, bei Jurr, Um die proletarische Wehrorganisation, S. 12, passim. Zurückgewiesen werden die Vorwürfe Jurrs in dem erwähnten Rundschreiben der Reichsfraktionsleitung des RFB, a.a.O. Der RFB propagiere nur die energische Abwehr gegen die „sozialfaschistischen Rollkommandos" des Rb., befürworte jedoch keineswegs eine „Knüppeltaktik", sondern trete im Gegenteil für „verstärkte ideologische Arbeit" im Reichsbanner ein.

[4]) Bei Jurr, a.a.O., S. 12, als terminus technicus verwandt.

[5]) Vgl. u. a. R. v. 7. Oktober 1928; R. v. 15. August 1926, Gaubeilage Berlin-Brandenburg; Wegweiser 1927, S. 33, 53.

[6]) Vgl. Jurr, a.a.O., S. 12, passim, der die katastrophalen Folgen dieser Taktik herausstellt. Indirekt spiegelt sich dieser Sachverhalt auch im „Roten Kundschafter", a.a.O., der allerdings die „lügnerischen" Berichte der Reichsbannerführung über den RFB für diese Schwierigkeiten verantwortlich macht.

[7]) R. v. 15. April 1924.

[8]) Vgl. Wegweiser 1927, S. 18.

[9]) Vgl. dazu u. a. O.Anw. des Gauvorstandes Schleswig-Holstein Nr. 4/26 v. 1. Oktober 1926; Nr. 3/26 v. 10. August 1926; Nr. 3/31 v. 20. März 1931.

Auge lassen dürfe[1]). Nach den Reichstagswahlen 1928 galten die Kommunisten zeitweilig sogar als der „gefährlichste Feind", gegen den sich jetzt die geballte Kraft des Bundes richten müsse[2]), und selbst nach dem großen nationalsozialistischen Wahlsieg im September 1930 gab es noch Stimmen, die die extreme Linke für den auf die Dauer gesehen bedrohlicheren Gegner hielten[3]).

Auf der unteren Ebene ist es dagegen vor allem in der Spätphase häufig zu gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen, zu „proletarischen Verbrüderungsszenen" von Reichsbannerleuten und Kommunisten gekommen[4]). Handgreifliche Auseinandersetzungen, bei denen Reichsbanner und Kommunisten auf der einen, SA und Angehörige „nationaler Verbände" auf der anderen Seite standen, lassen sich in einer ganzen Reihe von Fällen nachweisen, ebenso aber auch „Koalitionen der Straße" zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, kaum dagegen zwischen Reichsbanner und SA[5]).

In der Regel hatte die republikanische Vereinigung einen erbitterten Kleinkrieg nach beiden Seiten zu führen. Wenn es aber zu taktischen Koalitionen kam, dann war das Bündnis mit den Kommunisten gegen die extreme Rechte die weitaus häufigste Kombination. Dies zeigt schon, daß der „einfache Soldat" des Verbandes sehr wohl zwischen „gegnerischen Klassengenossen" und „Klassengegnern" zu differenzieren wußte. Vor 1933 hat die nationalsozialistische Propaganda bei den Verbandsmitgliedern, anders als die kommunistische Agitation, so gut wie keine Wirkung gehabt. Wenn ein Reichsbannermann seinem Bunde den Rücken kehrte, dann wählte er in der Regel den Weg nach links, niemals oder nur in seltenen Ausnahmefällen den Weg nach rechts[6]).

In auffälligem Kontrast dazu steht die vergleichsweise große Austauschbewegung zwischen der extremen Rechten und der extremen Linken. In der Endphase der Republik rekrutierte sich die SA zu einem nicht geringen Prozentsatz

[1]) Vgl. R. v. 8. November 1930; R. v. 29. November 1930; R. v. 19. Januar 1929.

[2]) R. v. 27. Mai 1928; vgl. auch den Bericht über die BGV 1928, R. v. 7. Oktober 1928. Die Stimmung änderte sich allerdings sehr schnell wieder. Auf der Bundesratssitzung am 8. und 9. Mai 1929 war man der Ansicht, daß der Faschismus augenblicklich eine weitaus größere Gefahr darstelle als der Kommunismus.

[3]) Vgl. R. v. 20. September 1930.

[4]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 454 f.

[5]) Interessanten Einblick in solche möglichen Kombinationen gibt die Darstellung des SA-Mannes Okraß, Hamburg bleibt rot, passim. In einem einzigen Fall erwähnt Okraß, a.a.O., S. 155, daß anläßlich einer DNVP-Versammlung die „Proleten" von SA, Rotfront und Reichsbanner vereint gegen den Stahlhelm gekämpft hätten. Zu den gegenseitigen Beziehungen der Verbände vgl. auch Knickerbocker, Deutschland — so oder so?, S. 116 f.

[6]) Hin und wieder kam es natürlich doch vor, daß ein Verbandsangehöriger zur NSDAP übertrat. Das zeigen einige Schriftstücke, die aus dem Bestand des Reichsbannerortsvereins Hannover stammen. Vgl. z. B. eine Zusammenstellung ausgeschlossener Reichsbannerkameraden (undatiert). Einer der Ausgeschlossenen war zur NSDAP abgewandert, alle anderen zu den Kommunisten (NStAH, Des. 310 II, C 25).

aus ehemaligen Kommunisten oder Rotfrontkämpfern[1]). Die Tatsache erklärt sich zu einem Teil damit, daß sich bei der radikalen Linken viel politisches Treibholz angesammelt hatte — die Mitgliederfluktuation bei KPD und RFB war sehr stark[2]) —, das genauso leicht wieder in ein anderes Lager schwimmen konnte. Entscheidend war aber wohl auch die, trotz oder gerade wegen der radikalen Gegnerschaft, innere Nähe und enge Nachbarschaft der kommunistischen und faschistischen Extremisten. Was Vertretern der Rechten immer wieder Respekt und Anerkennung abnötigte, das war der kämpferische Fanatismus und das militante Draufgängertum der extremen Linken. Ein Mann wie der Kapitän Ehrhardt erklärte offen, daß ihm aus eben solchen Gründen der RFB weitaus sympathischer sei als das Reichsbanner[3]).

Sympathie- und Solidaritätsgefühle dieser Art hat es in gewissem Umfang zweifellos gegeben. Positiv bestimmt von Frontkämpfererinnerungen und der Gemeinsamkeit des Schicksals als „Marschierer" und „Straßenkämpfer", negativ getragen von einem Affekt gegen „Bürokraten", „Nur-Politiker" und „Bürger", bildeten sie eine Art unsichtbares Band, das den Angehörigen der SA und des RFB, in geringerem Maße wohl auch den des Reichsbanners und des Stahlhelms umschloß. Getragen von dem Bewußtsein ihrer Bedeutung für ihre jeweilige Bewegung entwickelten sich gemeinsame Wert- und Beurteilungsmaßstäbe. Für den SA-Mann, den Reichsbannerangehörigen wie für den Rotfrontkämpfer bedeutete eine gewonnene oder eine verlorene Saalschlacht ein Stück Politik: wer sich in diesen Kämpfen bewährte, der galt als ernsthafter und respektabler Gegner, dem man nicht ohne Achtung begegnete[4]). Und auch das gehört zur

[1]) Mayr erwähnt in einem Schreiben an Koerber v. 12. Oktober 1932, Röhm habe ihm vertraulich mitgeteilt, in der SA steckten bis zu 30% frühere Angehörige der Rotfront (Besitz Baron v. Koerber). Vgl. auch einen Bericht des Landeskriminalpolizeiamtes Stuttgart v. 25. November 1931: „Vom Kampfbund gegen den Faschismus, Bezirk Württemberg", in dem von zahlreichen Übertritten zur SA die Rede ist; in Stuttgart-Stöckach z. B. trat eine Staffel fast geschlossen unter ihrem Führer über. StAL, F 193, Nr. 343. Zahlreiche Hinweise für Übertritte von Rotfrontkämpfern zur SA auch im Nachlaß Grzesinski.

[2]) Zur Fluktuation beim RFB vgl. die Angaben von Jurr, a.a.O., passim.

[3]) Vgl. z. B. Ausführungen von Kapitän Ehrhardt auf einem „Deutschen Abend" in Stuttgart am 18. September 1927: „Ich muß sagen, diese kommunistische Organisation ist mir viel sympathischer als das pazifistische Reichsbanner. Der Rote Frontkämpferbund ist wenigstens Kämpfer ... Das Reichsbanner ist die Organisation des Pazifismus, der falschen Demokratie, der Asphaltpresse". StAL, F 193, Nr. 341, W. 33 v. 28. September 1927. Vgl. Ernst Röhm, Geschichte eines Hochverräters, passim, der gleichfalls unverhüllt durchblicken läßt, daß die Kommunisten vom Typ her ihm weitaus sympathischer sind als Sozialdemokraten. An einer Stelle betont er ausdrücklich, daß die „revolutionäre Schule des Kommunismus der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den völkischen Freiheitskampf besser vorarbeite als die aller Ideale bare Zersetzungstaktik der sozialdemokratischen Bourgeoisie", ebd., S. 320. Ähnlich das Urteil von Okraß, a.a.O., S. 106, wenn er das fanatische Kämpfertum der Kommunisten lobend hervorhebt und betont, daß die „Garde der Arbeiterschaft" zur KPD gegangen sei.

[4]) Diese Mentalität kommt sehr typisch bei Okraß, a.a.O., S. 143, zum Vorschein. Bezeichnend auch sein Bericht über einen Landesparteitag der DVP, den die SA ursprünglich auseinanderjagen wollte. Beim anschließenden Essen seien von verschiedenen „würdigen Rednern" Hochs auf die Partei, die Damen und die Wähler ausgebracht worden. Der lakonische Kommentar von Okraß dazu lautet: „Diese Partei wird damit als ernster Gegner überhaupt gestrichen". Ebd., S. 144.

Charakteristik der „Straßen- und Saalkämpfer“: man hielt sich gelegentlich an gewisse Spielregeln; es gab eine Art stillschweigender Konvention darüber, wie sich eine Saalschlacht „formgerecht“ abzuspielen hatte: Rede — Gegenrede, Zwischenrufe, dann handgreifliche Auseinandersetzungen[1]).

Kein Zweifel, daß solche Schilderungen, nimmt man sie isoliert, ein völlig schiefes Bild jener Jahre vermitteln. Namentlich in der Endphase treten die Züge eines mehr agonalen Spiels ganz in den Hintergrund gegenüber der wachsenden Brutalität der Auseinandersetzungen. Hinter den Schlägereien von SA, die sich als „unschuldiges Opfer“ von „Rotmord“ und „Untermenschentum“ empfand, und Reichsbanner und Kommunisten, die unter den „feigen Überfällen“ der „braunen Mordpest“ litten[2]), stand ein politischer Haß und Fanatismus, der kaum mehr Grenzen respektierte.

Die Situation ist gekennzeichnet durch eine „politische Pogromstimmung“, aus der heraus schon der „mutmaßliche Träger einer anderen Gesinnung“ verprügelt und niedergeknüppelt wurde[3]). Damit ist auch gesagt, daß die Angehörigen des republikanischen Verbandes nicht in jedem Einzelfall „harmlose Schafe“ und Unterlegene waren. Die politische Verantwortung für diese Zustände insgesamt lag jedoch eindeutig bei den Extremisten der Linken und Rechten, die zudem allein von dem „Straßenunwesen“ profitierten: denn selbst eine vom Reichsbanner gewonnene „Saalschlacht“ belastete letzthin immer das „System“, das in den Augen seiner Bürger mehr und mehr seine Qualifikation als Schutz- und Ordnungsmacht verlor.

[1]) Vgl. Okraß, a.a.O., S. 105 f.

[2]) So in einem sehr anschaulichen Lage- und Stimmungsbericht des Landeskriminalpolizeiamtes Stuttgart v. 4. März 1931, StAL, F 193, Nr. 343.

[3]) Ebd., mit Beispielen, die diese Behauptung illustrieren.

Dritter Teil

Der Kampf um Demokratie und Republik: von den Septemberwahlen 1930 bis zur Auflösung

I. Die Reorganisation des Verbandes nach dem 14. September 1930

1. Die Reaktion auf das Wahlergebnis

Bei seiner Gründung im Jahre 1924 war das Reichsbanner von der Zustimmung breiter republikanischer Kreise getragen worden. Viele folgten seinem Ruf zwar ohne große Begeisterung, aber es gab nur wenige Republikaner, die den Verband für sinnlos und überflüssig hielten. Je mehr sich indessen das neue Staatswesen konsolidierte, desto prekärer wurde die politisch-psychologische Situation für eine Organisation, die unter dem Motto angetreten war, die Republik gegen die Angriffe ihrer Feinde verteidigen zu wollen. Wenn man die republikanische Staatsform für gesichert hielt, dann lag in der Tat der Schluß nahe, daß ein Grund für das Weiterbestehen der republikanischen Schutztruppe, die sich ja selbst einst als bloß „notwendiges Übel" definiert hatte[1]), nicht mehr vorhanden sei.

Derlei Stimmungen und Tendenzen waren vor allem nach den Reichstagswahlen 1928 weit verbreitet[2]), die der Linken einen nicht unbeträchtlichen Stimmengewinn, der antirepublikanischen Rechten eine schwere Niederlage gebracht hatten. Zwar erhoben sich nur vereinzelte Stimmen, die rigoros die Selbstauflösung der Organisation verlangten[3]), eine Forderung, die unbillig erscheinen mußte, solange die übrigen Kampfverbände weiter bestanden; aber dem Reichsbanner wurde doch mehr oder minder unmißverständlich bedeutet, daß es seinen Zweck erfüllt habe, eigentlich überflüssig geworden sei und nunmehr in den Hintergrund zu treten habe[4]). Gleichzeitig erhielten jene Kreise Auftrieb, die sich über den „General Hörsing" und die „Soldatenspielerei" seiner Truppe mokierten[5]) und den Zeitpunkt für gekommen hielten, die „militaristisch ver-

[1]) Vgl. R. v. 1. November 1924.

[2]) Vgl. dazu u. a. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 11; Höltermann, Denkschrift.

[3]) Die freiwillige Selbstauflösung des Reichsbanners forderte z. B. der dem Zentrum angehörende Dr. Keimer, Kreisleiter des Reichsbanners und Vorstandsmitglied im Gau Westliches Westfalen, in einem Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung" v. 30. September 1928. Zur Reaktion des Reichsbanners vgl. R. v. 21. Oktober 1928. Hörsing hatte sich schon 1927 gegen solche „unsinnigen Forderungen" wenden müssen, die in letzter Zeit häufiger erhoben worden seien. Vgl. IRZ v. 19. Februar 1927. Vgl. auch einen Artikel Wirths „Wir bleiben", R. v. 1. September 1927, der sich gleichfalls mit solchen Parolen auseinandersetzt.

[4]) Vgl. Hörsing, Wegweiser 1927, S. 52: „Es gibt heute bereits Leute, die sagen: die Republik ist gesichert. Das Reichsbanner ist überflüssig geworden." Vgl. auch Bericht BGV 1933, S. 3, und Haubach, Den deutschen Republikanern ins Gewissen, R. v. 1. November 1927.

[5]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 11: „Aus der Unterschätzung der Deutschland drohenden faschistischen Gefahren entstand das Spötteln über die ‚Soldatenspielerei' im Reichsbanner." Vgl. weiterhin R. v. 1. Juli 1926, R. v. 15. Mai 1926, R. v. 24. Dezember 1932 und Wegweiser 1927, S. 53.

seuchten" Mitglieder des Verbandes einer zivilen Entwöhnungskur zu unterwerfen[1]).

Es ist verständlich, daß das Reichsbanner, das seine Existenzgrundlage gefährdet sah, in dieser Situation heftig reagierte und je nach Bedarf in kräftigen Farben eine faschistische, monarchistische oder kommunistische Gefahr an die Wand malte[2]). Ob es selbst die Parolen ernst nahm aus der Überzeugung heraus, daß gerade bei einem Fortschreiten des Demokratisierungsprozesses die Anfälligkeit der „Bourgeoisie" für gewaltsame „faschistische" Lösungen wachsen würde[3]), oder ob es sich dabei um eine in ihren Motiven nur allzu durchsichtige, bewußte Panikmache handelte, ist im Einzelfall schwer zu unterscheiden.

Sosehr man vielleicht Hörsing guten Glauben zubilligen mag, wenn er betonte: „Die Republik wird stehen, solange ein starkes Reichsbanner vorhanden ist. Die Republik wird aufhören zu bestehen, wenn wir nicht mehr sind"[4]): das ständige Bemühen, der Organisation neue Zwecke zu setzen und neue Aufgabenbereiche zu erschließen, läßt deutlich erkennen, daß man teilweise selbst das Gefühl hatte, gegen einen nicht mehr vorhandenen Gegner zu kämpfen[5]), und deshalb andere Ziele suchte, um aufs neue seine Existenzberechtigung nachzuweisen[6]). Gerade weil man die Republik für gesichert hielt, konzentrierte sich das Interesse immer stärker auf die innere Ausgestaltung des neuen Staats-

[1]) Vgl. vor allem einen Artikel Höltermanns, R. v. 24. Dezember 1932: „Die ‚guten Freunde' des Reichsbanners rühren und regen sich, sie streichen die Bärte und tuscheln und tuscheln, es sei höchste Zeit, uns den ‚militaristischen Geist' auszutreiben. Wir kennen das Lied, wir kennen den Text, wir kennen auch die Verfasser ... Es ist die alte Geschichte. Nach 1926 hieß es: nun hört doch bloß mit der ‚Soldatenspielerei' auf. Die Republik und die Demokratie sind gesichert und jetzt kommt es darauf an, den völlig verdorbenen Reichsbannerleuten die ‚richtige Gesinnung' einzubläuen."

[2]) So etwa Hörsing, Wegweiser 1927, S. 52 f. Noch dramatischer auf der Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners im Mai des Jahres 1926: „Die von rechts und links wollen den Bürgerkrieg. Nie standen wir so nahe vor einem Putsch, vor dem Beginn eines Bürgerkrieges als in diesen Tagen ... Und ich bin überzeugt, daß jeder, wer auch putschen mag, sich blutige Nasen und Köpfe holen wird bei den erprobten und zum Kampfe bereitstehenden Massen des Reichsbanners Schwarz Rot Gold. Wir stehen seit gestern in Alarm und erwarten den Angriff. Angreifer, wer sie auch seien, werden von der Bildfläche weggefegt wie Dr. Luther, der es wagte, Hand an die Farben Schwarz Rot Gold zu legen." R. v. 15. Mai 1926.

[3]) Diese These vertritt Haubach, Den deutschen Republikanern ins Gewissen, R. v. 1. November 1927.

[4]) Wegweiser 1927, S. 52 f.

[5]) Gegen dieses verbreitete, „fürchterliche Mißverständnis" wendet sich mit Nachdruck Haubach, R. v. 1. November 1927.

[6]) Mit dem Argument, für die Staatsform bestehe keine Gefahr mehr und das Reichsbanner müsse deshalb neue Aufgaben suchen, wird das Eintreten des Verbandes für den deutschen Einheitsstaat verlangt. Vgl. den Artikel „Reichsbanner und deutscher Einheitsgedanke", IRZ v. 8. Mai 1926. Aus ähnlichen Motiven — damit kein Leerlauf entstehe — fordert man den Einsatz des Reichsbanners für den Bodenreformgedanken. Vgl. IRZ v. 27. November 1926. Auch Hörsings Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde in ähnlicher Weise gedeutet: „Es hat fast den Anschein, als ob das Reichsbanner glaubt, auf einem neuen Gebiet seinen Daseinszweck beweisen zu müssen." So der Gewerkschaftsführer Umbreit auf einer Vorstandssitzung des ADGB am 9. März 1931, zu der Hörsing als Gast geladen war. Protokoll dieser Sitzung im Bebel-Archiv, NB 3.

wesens[1]). Erik Nöltings Ausführungen auf der Bundesgründungsfeier im Februar 1930: „Will das Reichsbanner aber nicht der Gefahr eines Leerlaufs unterliegen, ... so muß es einer neuen Idee folgen, muß es seiner Arbeit einen neuen Sinn geben. Und diese neue Parole muß jetzt heißen: Kampf um die soziale Republik“[2]) faßten nur jene Tendenzen zusammen, die sich spätestens seit dem Jahre 1928 im Reichsbanner breitmachten; sie kennzeichneten das Dilemma einer Organisation, der paradoxerweise die zunehmende Stabilisierung der Republik den Wind aus den Segeln zu nehmen drohte und die deshalb auf der Suche nach neuen Aufgaben war, um die wachsende Gleichgültigkeit und Verdrossenheit der Mitglieder abzufangen[3]).

Sicherlich wäre es verfehlt, die Jahre vor 1930 schlechthin auf der Minusseite zu buchen, denn gerade in dieser Phase wurde auf dem Gebiet der republikanischen Werbe- und Erziehungsarbeit, der Jugendbildung und der inneren Ausgestaltung des Vereins- und Organisationslebens Beachtliches geleistet. Die Stimmung im republikanischen Lager verhinderte jedoch die weitere Ausformung zu einem wirklichen Kampfverband. Das Reichsbanner marschierte deshalb bei „gedämpftem Trommelschlag“ und setzte „Organisationsspeck“ an[4]). Die spätere Selbstkritik: „Die kostbare Zeit von 1928 etwa bis 1930 ist unter dieser Stimmung für die technische und politische Erziehungsarbeit in bezug auf Abwehrbereitschaft nicht voll ausgenutzt worden“[5]) umschreibt zwar nur vorsichtig den Sachverhalt; sie läßt aber erkennen, daß der Verband in der Tat in Gefahr war, zu einem „republikanischen Kriegerverein“, zu einem „Pfeifen- und Korkenclub“ herabzusinken[6]). Daß die sich deutlich abzeichnende Entwicklung radikal unterbrochen wurde, war in erster Linie ein „Verdienst“ der Nationalsozialisten und eine unmittelbare Folge des 14. September 1930.

---

[1]) Vgl. u. a. IRZ v. 8. Mai 1926 (Hörsing); R. v. 19. Februar 1927 (Erkelenz); R. v. 1. August 1925 (Sollmann); R. v. 10. August 1929 (Sollmann). Noch kurz vor den Reichstagswahlen des Jahres 1930 betonte der stellvertretende Bundesvorsitzende des Reichsbanners, J. Stelling: „Die Republik als Staatsform kann wohl als gesichert angesehen werden, trotz des Ansturms der Hakenkreuzler und Kommunisten.“ Das Freie Wort 2 (1930), H. 23, S. 10.

[2]) R. v. 1. März 1930.

[3]) Vgl. R. v. 15. Mai 1927, wo von der allgemeinen „Verdrossenheit“ und der wachsenden Zahl der Indifferenten gesprochen wird. Vgl. auch eine Leserzuschrift, R. v. 7. Dezember 1929, in der betont wird, man könne auf die Dauer keine Kampftruppe zusammenhalten, wenn man ihr keine anderen Aufgaben stelle als Saalschutz und Gedenkfeiern. Ähnlich Dr. Lube, R. v. 14. Dezember 1929: „... so immer auf den Augenblick warten, wo es was zu verteidigen gilt, das wird auf die Dauer höchst langweilig.“

[4]) Vgl. dazu auch Löwenstein, Tragödie, S. 71.

[5]) Arbeitsbericht BGV 1933, S. 11.

[6]) Vgl. dazu eine Rede Grzesinski vor dem Braunschweiger Reichsbanner am 3. Oktober 1931: „Seien wir einmal ehrlich, Kameraden vom Reichsbanner, was haben wir aus unserer Organisation gemacht in den letzten Jahren, als es uns noch gut ging? Drohte das Reichsbanner nicht einfach eine Art republikanischer Kriegerverein zu werden, eine Art Pfeifen- und Korkenclub, dem der Blick für die eigentlichen Aufgaben der republikanischen Schutzwehr abhanden gekommen schien!“ Manuskript dieser Rede im Nachlaß Grzesinski.

Die Reichstagswahl schlug im republikanischen Lager „wie eine Bombe" ein[1]). Zwar hatte man allgemein mit einem Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmenzahl gerechnet, aber dieser Erdrutsch übertraf alle Erwartungen. „Panischer Schauer", „Fassungslosigkeit" und „Niedergeschlagenheit": mit solchen Worten umschreibt ein Beobachter die Stimmung im zentralen Wahlbüro der SPD, als die Wahlergebnisse nach und nach durchgegeben wurden[2]).

Die Umschichtungen im Lager der extremen Rechten und die wachsende Gefährlichkeit der NSDAP waren, trotz der alarmierenden Ergebnisse bei einigen vorausgegangenen Landtagswahlen, in ihrer vollen Bedeutung erst von wenigen erkannt worden. Kaum ein Funktionär der Partei und Gewerkschaften hatte, getreu der offiziellen Parole: „Geht nicht in die gegnerischen Versammlungen! Laßt die Nazis unter sich!", jemals die Massenstimmung und die Atmosphäre einer nationalsozialistischen Versammlung erlebt[3]), und gerade deshalb war jetzt die Schockwirkung um so stärker. Lebers Bemerkung: „Hätte am 15. oder 16. September die nationalsozialistische Führung gleich nach der Macht gegriffen, sie wäre wahrscheinlich kaum auf Widerstand gestoßen"[4]), eine Meinung, die keineswegs allein dasteht[5]), macht vollends deutlich, wie sehr Hilflosigkeit und Fatalismus in den ersten Tagen nach dem 14. September verbreitet waren.

Gefaßter und im allgemeinen weniger überrascht zeigte man sich beim Reichsbanner, das auf Grund seines engeren kämpferischen Kontaktes mit den Sturmkolonnen der NSDAP rechtzeitiger auf deren wachsende Gefährlichkeit und Durchschlagskraft aufmerksam geworden war. Lange Zeit hatte man in der Hitlerpartei zwar nur ein typisches Produkt der Inflationszeit gesehen und an ihren Wiederaufstieg nicht geglaubt[6]). Aber spätestens seit 1929 wurde diese Meinung korrigiert[7]). Mochte man dabei auch die von den SA-Formationen ausgehende „militärische Gefahr" beträchtlich überschätzen, wenn man 1929 den Ortsvereinen erhöhte Wachsamkeit mit der Begründung empfahl: „Es hat den Anschein, als ob diese (die Nationalsozialisten; d. Verf.) auf der ganzen Linie ihre Kolonnen zum Angriff formieren und nur auf den günstigsten Augenblick zum Losschlagen warten"[8]), so erkannte man doch sehr richtig, daß die SA zum eigentlichen Gegner herangewachsen war[9]). Schon Mitte des Jahres 1929 erschien eine Kampfbroschüre: „Das wahre Gesicht des Nationalsozialis-

[1]) Leber, Ein Mann geht seinen Weg, S. 234.

[2]) So Osterroth, Memoiren, der die Wahlnacht im zentralen Wahlbüro der SPD erlebte. Ähnlich Duderstadt, Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz, S. 45.

[3]) So Osterroth, a.a.O.

[4]) Leber, a.a.O., S. 234.

[5]) Vgl. Höltermann, R. v. 21. Februar 1931.

[6]) Vgl. z. B. R. v. 15. Dezember 1927 (Gaubeilage Berlin-Brandenburg).

[7]) Vgl. R. v. 26. Januar 1929; R. v. 18. Mai 1929; R. v. 13. Juli 1929; R. v. 20. Juli 1929.

[8]) O.Anw. Nr. 1/1929 des Reichsbannergauvorstandes Schleswig-Holstein v. 4. März 1929.

[9]) Vgl. dazu den Artikel Hörsings, Vor dem Sturm, R. v. 12. Juli 1930.

mus“[1]), der sich im folgenden Frühjahr eine weitere Propagandaschrift: „Die Partei der Phrase“[2]) zugesellte. Das waren Zeichen der Aufmerksamkeit, die man unter allen Gegnern nur der NSDAP schenkte. Auf der gleichen Linie lag es, wenn man je länger je mehr bereit war alle Bedenken gegen das „Frontkabinett“ Brüning hintanzustellen, sofern es seinem Namen dadurch gerecht werde, daß es „hart“ und „schneidig“ gegen das „Hakenkreuz“ vorgehe[3]).

Es entsprach somit weithin der Wahrheit, wenn das Reichsbanner sich später wiederholt darauf berief, „rechtzeitiger als andere“ den Faschismus „als den eigentlichen Feind“ erkannt zu haben[4]), verbunden mit dem Vorwurf, bei den verantwortlichen Stellen der Partei und Gewerkschaften, die selbst nach dem 14. September sich schnell wieder in die Illusion flüchteten, die Hitlerbewegung habe ihren Höhepunkt überschritten[5]), niemals Gehör gefunden zu haben[6]). Man vergaß jedoch, daß man zu oft mit Kanonen auf Spatzen geschossen hatte, daß man seit der Gründung des Bundes allzu routiniert und berufsmäßig auf der Klaviatur einer faschistisch-monarchistischen Bedrohung der Republik gespielt und damit die eigene Glaubwürdigkeit unterhöhlt hatte[7]). Im Lichte der späteren Entwicklung wurden zwar viele frühere Mahnungen und Warnungen aufgewertet. Zum Zeitpunkt, in dem sie ausgesprochen wurden, handelte es sich jedoch um oft törichte und groteske Übertreibungen.

Wenn auch das Reichsbanner nach dem 14. September mit grimmiger Genugtuung konstatieren konnte, es habe Recht behalten, da selbst die schlimmsten Prognosen von der Wirklichkeit übertroffen worden seien[8]): die Wirklichkeit eben konfrontierte den Verband mit der peinlichen Frage, wie es trotz der Existenz einer republikanischen Schutzorganisation zu dieser politischen Entwicklung hatte kommen können. Die Antwort klang an in der aufschlußreichen Analyse des Wahlergebnisses: „Hat hier der Geist der Parteien gesiegt? Nein! Nur die Kommunisten haben als Partei gewonnen. Der Sieg der Nationalsozia-

[1]) Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus. Theorie und Praxis der NSDAP. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold. Magdeburg o.J. (1929).

[2]) Die Partei der Phrase. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold Magdeburg o. J. (1930). Die Broschüre war vom Reichsbanner bei der jüdischen Abwehrorganisation in Auftrag gegeben worden. Vgl. dazu Paucker, Der jüdische Abwehrkampf, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 452.

[3]) Vgl. R. v. 28. Juni 1930.

[4]) R. v. 7. Januar 1933.

[5]) So Höltermann, Denkschrift; vgl. auch Leber, a.a.O., S. 235.

[6]) Vgl. dazu vor allem die Ausführungen Hörsings auf der Bundesratstagung des Reichsbanners am 20. September 1930, R. v. 27. September 1930.

[7]) Vgl. auch einen ironischen Kommentar, St. v. 20. Juli 1930, der gewisse Übertreibungen zutreffend glossiert: „Die Berliner Linksblätter haben wieder einmal die Republik im letzten Augenblick gerettet. Das geschieht anscheinend nach einem Liefervertrag, der die monatliche Entdeckung eines Umsturzplanes der bösen Nationalisten vorsieht.“

[8]) Vgl. dazu den Bericht BGV 1933, S. 3.

listen ist nicht der Sieg einer Partei. Abgesehen von den SS- und SA-Leuten verfügen die Nationalsozialisten in weiten Teilen Deutschlands kaum über eine Organisation. Die Nationalsozialisten haben den Kampf als ‚Bund' gewonnen[1])." Auf republikanischer Seite dagegen, so suchte man das Wahlergebnis weiter auszudeuten, habe es an entsprechend zugkräftigen Methoden gefehlt, weil der „Bund", nämlich das Reichsbanner, zu passiv gewesen und viel zu wenig in Erscheinung getreten sei[2]).

Die Schuld dafür suchte man in erster Linie bei den republikanischen Parteien, die die Organisation seit langem bewußt in den Hintergrund gedrängt hätten[3]). Gegen sie entlud sich deshalb ein Gutteil der aufgestauten Erbitterung. „Es muß in den Parteien mit denen aufgeräumt werden, die immer an uns herummäkeln[4])." „Unser Schweigen ist ein Fehler gewesen. Und niemand wird uns noch einmal in solche Passivität drängen. Damit ist es zu Ende"[5]): solche und ähnliche Ausfälle, verstärkt durch die Drohung, man werde „unabhängig von den Parteien eine schlagkräftige Abwehrfront gegen die radikalen Strömungen bilden"[6]), schienen einen Bruch anzudeuten und ließen die Öffentlichkeit aufhorchen[7]). Beschwichtigend wirkte allerdings der sehr bestimmt gehaltene Auftrag des Bundesrats an den Bundesvorstand, „Spannungen, die zwischen den republikanischen Organisationen bestehen, auf dem Wege der Verhandlung zu beseitigen und das Reichsbanner mit den republikanischen Parteien und Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Abwehrfront zusammenzuführen"[8]).

In der Tat konnte der Verband gerade in dieser Situation kein Interesse daran haben, den Streit mit den Parteien auf die Spitze zu treiben. Was das Reichsbanner im Grunde verlangte, war weniger Unabhängigkeit von den Parteien als vielmehr stärkere Unterstützung und Anerkennung der eigenen Arbeit. Die Verärgerung und Erbitterung entsprang vor allem der Tatsache, daß es in den letzten Jahren auf ein Abstellgleis geschoben worden war und eine bloß geduldete Existenz geführt hatte[9]). Der 14. September bot dagegen die Chance, den Verband wieder stärker in den Vordergrund zu spielen. Denn je mehr sich die politi-

[1]) Hörsing auf der Bundesratstagung des Reichsbanners am 20. September 1930, R. v. 27. September 1930.

[2]) So fast alle Redner auf der Tagung des Bundesrats; vgl. R. v. 27. September 1930.

[3]) So vor allem Hörsing, ebd.

[4]) So der Schatzmeister des Reichsbanners, Paul Crohn, ebd.

[5]) Hörsing, ebd.

[6]) Hörsing, ebd.

[7]) Vgl. dazu etwa den Bericht über diese Tagung in der Zeitschrift „Der Klassenkampf" 4 (1930), S. 607 f. Auch Posse fühlt sich genötigt, in der 2. Aufl. seines Buches über die „Politischen Kampfbünde", S. 91, auf die neue Entwicklung im Reichsbanner hinzuweisen.

[8]) R. v. 27. September 1930.

[9]) Das wird vor allem deutlich an den Ausführungen Hörsings auf der Bundesratssitzung des Reichsbanners am 20. September; vgl. R. v. 27. September 1930.

schen Auseinandersetzungen in den außerparlamentarischen Raum verlagerten und die Überzeugung festigte, daß der Nationalsozialismus mit parlamentarischen Mitteln allein nicht zu bekämpfen sei, desto größer mußte auch die Bedeutung eines außerparlamentarischen Kampfverbandes werden.

Tatsächlich führte das Wahlergebnis direkt zu einer Aufwertung und Neueinschätzung der republikanischen Schutzorganisation. Ein Kommentar im hannoverschen „Volkswillen": „Der Reichstagswahlkampf brachte ein schreckliches Erwachen. Und mit ihm auch die Anerkennung, daß ein schlagbereites Reichsbanner notwendig ist. ... Deutelt nie wieder an der Notwendigkeit einer solchen Organisation!"[1]), spiegelt sehr klar die veränderte Stimmung in den Kreisen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften wider. Bezirksverbände der SPD, des ADGB, des Afa-Bundes, der Arbeitersportler und des Allgemeinen Freien Beamtenbundes richteten an ihre Mitglieder den dringenden Appell, sich angesichts der faschistischen Bedrohung dem republikanischen Kampfverband anzuschließen[2]). Persönlichkeiten, die vorher der Organisation mehr als skeptisch gegenübergestanden hatten, wie der ehemalige Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seger, erklärten demonstrativ ihren Beitritt[3]). Selbst der „Klassenkampf", das Organ der Parteilinken, war jetzt zu einer Art von Burgfrieden bereit und sprach von den „außerordentlichen und gegenwärtig besonders bedeutsamen Pflichten[4])" der Organisation, obwohl er nach wie vor seine Bedenken gegen die „schwarzrotgoldene" Struktur des Verbandes aufrecht erhielt. Aber die alten Gegensätze traten zurück vor der einen Aufgabe, alle Kräfte und Energien auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus konzentrieren zu müssen.

Schneller als die Parteien hatte das Reichsbanner den lähmenden Schock des Wahlergebnisses überwunden. Eine Woche nach dem 14. September trat der Bundesrat in Magdeburg zusammen und eröffnete die republikanische Gegenoffensive mit dem Aufruf: „Hinweg mit den Fahnen des Aufruhrs und des Bürgerkriegs aus den Städten und Dörfern. Noch einmal gilt es: Tritt gefaßt und Fahnen frei.[5])" Schon die ersten Verlautbarungen: „Hinaus endlich aus den Reichsgrenzen mit dem landfremden tschechischen Bastard, dem Aufwiegler

[1]) Der Volkswille v. 22. Januar 1931: „1924—1931. Die Wiedergeburt des Reichsbanners".

[2]) Vgl. dazu die Aufrufe der genannten Verbände in: Der Volkswille v. 31. Januar 1931 u. Hildesheimer Volksblatt v. 31. Januar 1931. Ähnliche Aufrufe abgedruckt in R. v. 28. Februar 1931 (Gaubeilage Franken, Oberbayern, Oberpfalz, Niederbayern und Württemberg). Auf entsprechende Verlautbarungen aus Mitteldeutschland wird verwiesen in R. v. 10. Januar 1931. Der Bundesvorstand des Afa-Bundes beschloß in seiner Sitzung v. 22. Dezember 1930, alle Mitglieder dringend zum Eintritt in das Reichsbanner aufzufordern. Vgl. dazu ein Schreiben des Afa-Bundes v. 1. März 1932 „An die Bezirks- und Ortskartelle des Afa-Bundes". Bebel-Archiv NB 476.

[3]) Vgl. R. v. 1. November 1930.

[4]) Der Klassenkampf 4 (1930), S. 607.

[5]) R. v. 27. September 1930.

Adolf Hitler"[1]), „Hitler auf den Bauch"[2]) ließen deutlich erkennen, daß man alle „Zimperlichkeiten" abgelegt hatte. Nach dem 14. September war mit bestürzender Deutlichkeit klar geworden, daß der Gegner „moderner" und „massenpsychologisch wirksamer"[3]) arbeitete, und so stand ein Teil der offiziellen Anweisungen ganz offen unter dem Motto: „Vom Gegner lernen"[4]). Das galt nicht nur für die Form und Art der Propaganda, für die Regie und Systematik der Demonstrationen und Aufmärsche. Man rückte den Nationalsozialisten auch stärker „auf den Leib" und ging bewußt zum Gegenterror über, den Hitler selbst als einer der ersten zu spüren bekam, als eine für Magdeburg angesetzte große Massenversammlung an der drohenden Haltung des Reichsbanners scheiterte[5]). Mochte der an diesen „Sieg" anknüpfende Kommentar: „In unglaublich kurzer Zeit ist es gelungen, die Hitlerleute in die Abwehr zu drängen. Der Glaube an die Unwiderstehlichkeit des Nationalsozialismus ist gebrochen"[6]), dem Ereignis auch zu viel Bedeutung beimessen[7]): der Kampf gegen „Panik" und „Hysterie"[8]) war nicht ohne Erfolg geblieben, der psychologische Auftrieb nach dem Schock des 14. September unverkennbar.

Der nationalsozialistische Wahlsieg hat nicht zur Resignation geführt, sondern im Gegenteil eine beträchtliche Steigerung des Abwehrwillens bewirkt. Kampfmoral und Kampfentschlossenheit im Reichsbanner wurden stärker denn je[9]). Viele empfanden den 14. September als eine Art Erlösung, die dem Zustand „müßigen Vereinsbetriebs"[10]) ein Ende setzte und wieder echte, greifbare Auf-

[1]) R. v. 20. September 1930.

[2]) Unter diesem Motto stand die erste große Reichsbannerveranstaltung in Magdeburg nach den Wahlen, bei der Mayr als Hauptredner fungierte und über Hitler und die Größen der Partei „auspackte". So Osterroth, Memoiren.

[3]) So Haubach in dem Artikel: Vom Gegner lernen, R. v. 4. Oktober 1930.

[4]) Vgl. ebd. Vgl. weiterhin den Artikel: „Ran an den Feind!", R. v. 29. November 1930, in dem es u. a. heißt: „Wir müssen vom Gegner lernen! Sprechen wir es offen aus: einen Teil ihrer politischen Erfolge haben Nazis und Kozis dem Schneid und der Unverfrorenheit zu verdanken, mit der sie ihre politischen Wassersuppen unter das Volk bringen."

[5]) Am 29. November 1930 erschien in der Reichsbannerzeitung eine „Offene Mitteilung an Herrn Hitler", in der angedroht wurde, man werde eine für Dezember angesetzte Hitlerversammlung mit allen Mitteln zu verhindern wissen, wenn kein Diskussionsredner zugelassen werde. Vgl. dazu auch den Artikel „Drohender Versammlungsterror", Der Angriff v. 16. Dezember 1930. Vgl. weiterhin R. v. 21. Februar 1931; Der Angriff v. 17. Dezember 1930.

[6]) R. v. 21. Februar 1931.

[7]) Immerhin wog das Ereignis schwerer, als man es sich heute vorstellen kann. Vgl. dazu auch einen Kommentar im „Manchester Guardian", in dem betont wird, daß es sich tatsächlich, so lächerlich es klingen möge, um den „ersten Sieg bei der Gegenoffensive" handele. Der „Sieg" wird in seinen psychologischen Auswirkungen verglichen mit dem von den Nationalsozialisten erreichten Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues". Kommentar abgedruckt: R. v. 10. Januar 1931.

[8]) Vgl. den Artikel von Haubach: „Heraus aus dem Dreck! Nieder mit der Hysterie! Kampf der Panik!", R. v. 8. November 1930.

[9]) Vgl. dazu auch Duderstadt, a.a.O., S. 47.

[10]) R. v. 21. Februar 1931.

gaben vor Augen stellte. Hatte sich in den Jahren vorher allmählich ein Zustand müder Verdrossenheit breitgemacht, so löste die nunmehr bedrohlich gewordene Situation und das Gefühl, wirklich gebraucht zu werden, eine Welle von neuen Energien und kämpferischen Impulsen aus. Äußerungen wie: „Vielleicht ist es gut, daß wir wieder kämpfen müssen“[1]), „Wenn es die Nazis nicht gäbe, müßte man sie erfinden“[2]), geben bei aller berechnenden Stimmungsmache doch ein Gefühl wieder, das weite Reichsbannerkreise beherrschte. Der 14. September war eine bittere Lehre, aber der Bund ging härter und entschlossener aus der Krise hervor und erlebte seine „Wiedergeburt“[3]).

Erstaunlich ist allerdings, in welch geringem Maße die neu erwachte Aktivität, die sich in mehr als tausend großen Versammlungen und Demonstrationen während des Winters 1930/31 niederschlug, ein publizistisches Echo fand. Während die Presse gleichsam hypnotisiert auf die Vorgänge im Lager der Rechten starrte, über jede kleine nationalsozialistische Versammlung noch ausführlicher berichtete und dadurch der Hitlerbewegung eine immer erneute Publizität und Aktualität verlieh, schenkte sie dem Reichsbanner kaum Beachtung[4]). Dazu verurteilt, dauernd „im Schatten zu kämpfen“, ohne das entsprechende psychologische Echo im Volk zu finden, das zu schaffen die demokratische Presse berufen gewesen wäre, registrierte der Verband geradezu dankbar jede gegnerische Stimme, mochte sie dem Bund auch „Rowdytum“, „Aggressivität“ und „Bürgerkriegsvorbereitungen“ unterstellen[5]).

2. *Die Bildung der Schufo*

Die primär vom Reichsbanner getragene propagandistische Gegenoffensive, nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ das „beherrschende Moment der innenpolitischen Lage“[6]) zu Anfang des Jahres 1931, war jedoch nur eine, nicht einmal die wichtigste Folgewirkung des 14. September. Der entscheidende Wandel vollzog sich auf dem technisch-militärischen Sektor. Schon eine Woche nach den Reichstagswahlen beschloß der Bundesrat, ausgehend von der Erkenntnis, daß Propaganda und Aufklärung nicht genügten und der Faschismus allein mit parlamentarischen Mitteln nicht zu bekämpfen sei, die Aufstellung

[1]) R. v. 25. Oktober 1930.

[2]) Grzesinski in einer Rede vor dem Reichsbanner Braunschweig am 3. Oktober 1931 (Nachlaß Grzesinski).

[3]) So die Überschrift eines Aufsatzes im hannoverschen „Volkswillen“ (SPD) v. 22. Januar 1931: „1924—1931. Die Wiedergeburt des Reichsbanners.“

[4]) Vgl. dazu auch Löwenstein, a.a.O., S. 72, der sich bitter über das „Versagen“ der demokratischen Presse beklagt.

[5]) Vgl. etwa die Sammlung von Pressestimmen, R. v. 21. Februar 1931. Mit unverkennbarer Genugtuung berichtet man z. B. über eine nationalsozialistische Anfrage im Thüringischen Landtag, ob die Regierung in der Lage sei, einen bewaffneten Reichsbannerumsturz zu verhindern.

[6]) Zitiert nach R. v. 21. Februar 1931.

von militanten Eliteformationen, um den Nationalsozialisten ein der SA gleichwertiges physisches Machtinstrument entgegenzustellen[1]).

Diese sogenannten Schutzformationen (Schufo) dienten sicherlich auch, vielleicht sogar in erster Linie, als Saalschutz, um den stärker werdenden Versammlungsterror der SA zu brechen; aber sie sollten gleichzeitig die Kader einer umfassenden Abwehrorganisation sein. Unmittelbar nach dem 14. September kursierten allenthalben Gerüchte über Putschabsichten der Nationalsozialisten[2]) — das Reichsbanner hat auch späterhin die SA-Formationen primär als militärische Truppe und Bürgerkriegsgarde eingeschätzt und überschätzt[3]). So war es nur konsequent, wenn Haubach verlangte: „Das Reichsbanner soll im äußersten Fall die Republik mit ihren Leibern decken und muß deshalb eine Kampforganisation mit allen Konsequenzen sein"[4]), und mahnend und fordernd dozierte: „Wer die Geduld hat und den längsten Atem, wer das Technische und Praktische in erbitterter Kleinarbeit sich errungen hat, wird in großen Kämpfen die eiserne Härte und die eiskalte Kraft zur Vernichtung des Gegners im entscheidenden Augenblick auf seiner Seite haben.[5])"

Für diese Zwecke aber erwies sich die bisherige Organisationsform als völlig unzureichend. Die Entwicklung des Reichsbanners war von Anfang an in Richtung auf eine Millionenorganisation verlaufen, und die Verantwortlichen berauschten sich an den wachsenden Mitgliedszahlen und Beitragsleistungen. Zu einem Teil war das verständlich und berechtigt, denn eine republikanische Sammlungsbewegung mußte daran interessiert sein, möglichst breite Massen unter der schwarzrotgoldenen Flagge zu vereinen. Den Erfordernissen eines Kampfverbandes wurde man damit jedoch in keiner Weise gerecht, zumal man aus einem typischen Massenorganisationsdenken heraus oft wachsende Anhängerscharen mit wachsender Schlagkraft unbesehen und naiv ineinssetzte[6]). Einige Gauleitungen waren allerdings schon früh dazu übergegangen, sogenannte Technische Abteilungen (TA) aufzustellen[7]) und aktive Leute als Kader einer künftigen „Notpolizei" aus der Masse auszusondern[8]). An diese Formationen knüpfte man 1930 bei der Bildung der Schufo an, deren Entwicklung vor allem von Karl Höltermann vorangetrieben wurde[9]).

---

[1]) Vgl. dazu den Bericht über die Bundesratssitzung vom 20./21. September in Magdeburg, R. v. 27. September 1930.

[2]) Vgl. Horkenbach, 1918—1930, S. 320: „Gerüchte über Putschabsichten der Nationalsozialisten verursachen Kursstürze und zwingen die Reichsbank zu Devisenabgaben und Goldverkäufen."

[3]) So später selbstkritisch Höltermann, Denkschrift.

[4]) R. v. 18. Oktober 1930.

[5]) Ebd.

[6]) Vgl. dazu u. a. die Kritik Haubachs, R. v. 23. Mai 1931.

[7]) So z. B. der Gau Mecklenburg. Vgl. A. Schulz (briefliche Auskünfte).

[8]) Vgl. dazu Höltermann, Denkschrift.

[9]) Auf Höltermanns Initiative weist Franz Osterroth hin. Höltermann habe sich zu diesem Zweck in Magdeburg zum Ortsvorsitzenden wählen lassen, um die Pläne praktisch auszuprobieren. Osterroth, Memoiren.

In den Schutzformationen sammelte man die leistungsfähigsten jüngeren Mitglieder, während alle übrigen Verbandsangehörigen in sogenannten Stammformationen (Stafo) erfaßt wurden, die trotz ihrer Firmierung als „Reserveschufo" mehr und mehr auf ein Abstellgleis gerieten[1]). Im Mittelpunkt der gesamten Verbandsarbeit stand fortan die militärisch-technische Ausbildung der „Eliteformationen" und der als „Rekrutendepot" der Schufo angesehenen Jungbannerabteilungen (Jungba)[2]). Zwar gab es nach wie vor Reichsbannerkreise, die, noch im alten „Zahlenfimmel"[3]) befangen, sich damit zufrieden gaben, daß die Mitgliedszahlen nach 1930 wieder anstiegen[4]); ein Großteil der verantwortlichen Führer sah jedoch die primäre Aufgabe darin, eine wirklich einsatzfähige Kampftruppe zu schaffen. Im Zuge dieser Entwicklung veränderte sich die innere Struktur des Verbandes derart, daß das Reichsbanner von 1932 wenig mehr als den Namen mit der Organisation von 1928 gemein hatte[5]).

Die Angehörigen der Schufo und des Jungbanners wurden fortan einem systematischen Ausbildungsprogramm unterworfen, das neben einer körperlichen Grundausbildung Wehr- und Schutzsport in jeder Form, Marschübungen, Geländearbeit mit Orientierungskunde, Signaltechnik und Nachrichtenwesen, Boxen und Jiu-Jitsu umfaßte. Zwar war die Verwendung des Begriffs „Wehrsport" noch eine Zeitlang verpönt[6]); aus verwandten Gründen, um antimilitaristische Ressentiments nicht unnötig wachzurufen, blieb auch alles Marschieren nach „militärischer Art", der „sog. Parademarsch"[7]) und ein Üben

[1]) Das spiegelt sich deutlich in dem „Technischen Rundschreiben" Nr. 1/31 des Reichsbannervorstandes Schleswig-Holstein v. 25. März 1931.

[2]) Vgl. dazu ein von Neidhardt unterzeichnetes Schreiben des Reichsbannergauvorstandes Berlin-Brandenburg „An alle Ortsvereine" v. November 1930. Schriftstück abgedruckt: St. v. 7. Dezember 1930. Inhalt und Stil verraten, daß das Schreiben nicht gefälscht ist.

[3]) So Haubach, R. v. 23. Mai 1931.

[4]) Wie stark damals der Mitgliederzuwachs war, läßt sich nicht genau nachweisen. Die Tatsache selbst wird mehrfach bezeugt. Vgl. u. a. Haubach, R. v. 23. Mai 1931, der von „teilweise geradezu erstaunlichen Erfolgen" der Mitgliederwerbung spricht; vgl. den hannoverschen „Volkswillen" v. 22. Januar 1931: „Zu Hunderten, ja bis in die letzten Wochen hinein, zu Zehntausenden kamen die Anmeldungen neuer Mitgliedschaften. Wo wir jahrelang vergeblich versucht hatten, Ortsgruppen aufzubauen, gelang jetzt dieser Schlag, und zu Hunderten wurden neue Formationen aufgestellt." Vgl. auch „Volkskonservative Stimmen" (abgedruckt in R. v. 21. Februar 1931): „Das Reichsbanner findet allenthalben neuen Zulauf." Den Neuerwerbungen stand allerdings eine relativ hohe Zahl von Abgängen gegenüber. Einige Gaue verloren bis zu 35% ihres Bestandes. Insgesamt ergab sich für den Zeitraum 1928—1933 ein Zuwachs von 7%. Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 14.

[5]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 39: „Das Reichsbanner hat während dieser vier Jahre seiner inneren Struktur nach grundlegende Änderungen erfahren, daß der heutige Stand der Entwicklung als geradezu gegensätzlich zu dem von 1928 bezeichnet werden muß." Zu den Ausführungen über die technische Reorganisation vgl. „Technische Reichsbanneraufgaben", R. v. 25. Oktober 1930; Arbeitsbericht BGV 1933, S. 39 ff.

[6]) Sehr bezeichnend eine Passage aus dem Technischen Führer, S. 13: „Das Reichsbanner ist keine Militärorganisation, kein Wehrverband, sondern eine Schutzorganisation für die Republik und deren Verfassung."

[7]) Technischer Führer, S. 41 u. 81.

nach dem preußischen Exerzierreglement untersagt[1]); aber es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich bei der „technischen Erziehung", wie später offen zugegeben, zumindest der Intention nach um militärische Ausbildung handelte[2]). Offiziell verboten waren nach wie vor auch Felddienstübungen und sonstige Übungen nach militärischer Art[3]); viele Gaue setzten sich jedoch über diese Bestimmungen hinweg[4]). Während das Reichsbanner vor 1930, von Ausnahmen abgesehen, keine eigentlichen „Geheimnisse" besaß, war es nach 1930 daran interessiert, gewisse Dinge nicht in die breite Öffentlichkeit dringen zu lassen[5]).

Die Situation stellt sich allerdings in den einzelnen Gauen sehr verschieden dar. Mit Nachdruck wurde fast überall das Kleinkaliberschießen gefördert[6]). Eine Geheimausbildung an anderen Waffen, wie zeitweilig in Berlin-Brandenburg[7]) und wohl auch in Magdeburg[8]), scheint es dagegen nur selten gegeben zu haben. Einzelne Gauleitungen verschafften sich jedoch später vorsorglich Handfeuerwaffen und Pistolen, die zumeist aus Waffenfabriken in Suhl und Zella-Mehlis stammten und in teils geheimen, teils polizeilich genehmigten Depots gelagert wurden. Entsprechende Zeugnisse liegen vor für die Gaue Berlin-Brandenburg[9]), wo nach der „Machtergreifung" Reichsbannerführer wegen „Waffenschiebung"

---

[1]) Vgl. das Technische Rundschreiben Nr. 1/1931 des Reichsbannergauvorstandes Schleswig-Holstein v. 25. März 1931.

[2]) So Höltermann, R. v. 24. Dezember 1932.

[3]) Technischer Führer, S. 13.

[4]) In diesem Sinne äußern sich u. a. Richard Hansen und Eugen Lechner für Schleswig-Holstein, Albert Schulz für Mecklenburg und Paul Steiner für Breslau-Mittelschlesien (briefliche Auskünfte).

[5]) Vgl. dazu etwa ein Schreiben der Reichsbannerortsleitung Hannover: „An die Verwaltung der Gewerkschaftshäuser und des Volksheims" v. 8. Dezember 1930, in dem man um die kostenlose Zurverfügungstellung von Räumen bittet; bei Ablehnung dieser Bitte bestehe die Gefahr, „daß die vorzunehmenden Übungen mit den Kameraden in die Öffentlichkeit dringen würden". — Vgl. weiterhin ein Schreiben der Reichsbannerortsleitung Hannover v. 21. Oktober 1930 mit dem Vermerk „Streng vertraulich", das an einen gewissen Karl Behrens gerichtet ist und ihn zur Teilnahme an einem Führerkurs auffordert, der geheim bleiben solle. Beide Schreiben im NStAH, Des. 310 II, C 11.

[6]) Vgl. dazu das Rundschreiben Nr. 3 des Reichskartells Republik „An die Gaukartellvorstände des Reichskartells ‚Republik' im Reiche" v. 17. April 1931, in dem auf die erfreuliche Aktivität des Reichsbanners hingewiesen wird, das sich in stärkstem Maße jetzt auch mit dem Kleinkaliberschießen beschäftige. Aus einigen Gauen lägen Meldungen vor, daß Ortsvereine ihre gesamte Schufo und das Jungbanner geschlossen zu Schießübungen angemeldet hätten. NStAH, Des. 310 II, C 2.

[7]) So Neidhardt (briefliche Auskünfte).

[8]) Gustav Ferl (briefliche Auskünfte).

[9]) Darüber liegen sehr genaue Angaben Neidhardts vor (briefliche Auskunft).

verhaftet wurden[1]), Magdeburg-Anhalt[2]), Zwickau[3]), Mecklenburg[4]) und Bayern[5]). Negativ ist der Befund in Schleswig-Holstein[6]) und Mittelschlesien[7]).

Trotz der lückenhaften Zeugnisse ergibt sich ein ziemlich eindeutiges Bild. Eine reguläre Bewaffnung der Kader wurde von der Bundesleitung stets abgelehnt[8]), aber verschiedene Gaue und Ortsvereine gingen vor allem nach dem 20. Juli 1932[9]) dazu über, sich mit Pistolen und Handfeuerwaffen einzudecken, ohne deswegen vom Bundesvorstand zur Ordnung gerufen zu werden[10]). Von einer allgemeinen Bewaffnung der Schufo kann jedoch keine Rede sein. Die vorhandenen Bestände reichten selbst bei minimalsten Anforderungen nicht aus, um eine bewaffnete Auseinandersetzung auch nur für wenige Stunden durchzustehen.

Dem widerspricht nicht, daß das Reichsbanner ernsthaft bemüht war, seine Formationen auf eine Bürgerkriegssituation vorzubereiten. In verstärktem Maße stellte es Sanitätsabteilungen, für die Ärzte herangezogen wurden[11]), Melder-, Radfahrer- und Kraftfahrerformationen (Mefo, Radfo, Krafo) auf[12]). Je mehr

[1]) Darüber ausführlich Neidhardt in einem im Prager Exil geschriebenen Brief an Höltermann v. 10. Juni 1933. Nachlaß Höltermann.

[2]) Briefliche Auskunft Gustav Ferls.

[3]) Franz Osterroth berichtet, der Zwickauer Gausekretär Kurt Weck habe versucht, für einige Abteilungen der Schufo Pistolen zu besorgen (mündliche Auskunft). Vgl. dazu auch eine Notiz in der Zeitung „Der Stahlhelm" v. 14. August 1932, die über Festnahme von Reichsbannerleuten in Zwickau und Umgebung wegen Waffenschiebung berichtet. Vom Reichsbanner in Zwickau seien mindestens 500 moderne Selbstladepistolen und 25000 Schuß Munition besorgt worden.

[4]) Briefliche Auskunft von A. Schulz, von Franz Osterroth vermittelt.

[5]) Karl Ilgner, der im Reichsbanner vor allem für Prozeßangelegenheiten zuständig war und später als Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Wehrsport" zeichnete, betont: „Eines steht aber fest, daß man gerade im nazistischen Bayern seitens des Reichsbanners sehr eifrig mit Waffenbeschaffung beschäftigt war." Briefliche Auskunft.

[6]) Von Osterroth vermittelte Auskunft R. Hansens.

[7]) Briefliche Auskunft Paul Steiners.

[8]) Der Gauvorstand Schleswig-Holstein beruft sich in seinen Rundschreiben wiederholt auf entsprechende Anweisungen der Bundesführung und droht bei Zuwiderhandeln scharfe Strafen an. Vgl. das Rundschreiben v. 25. März 1931, Nr. 1/31, das Technische Rundschreiben v. 20. März 1931, das Allgemeine Rundschreiben v. 17. August 1931, Nr. 8/31, und das Schreiben v. 8. April 1932.

[9]) Vgl. dazu auch Tschachotin, Dreipfeil gegen Hakenkreuz, S. 109 f.

[10]) Höltermann gab in der Endphase sogar den ausdrücklichen Rat, sich mit Waffen einzudecken und war einerseits, wenngleich ohne nennenswerten Erfolg, bemüht, Waffen für das Reichsbanner zu bekommen. Vgl. Erich Matthias, Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933, VZG 4 (1956), S. 259 f., sowie Höltermann, Denkschrift.

[11]) Gerade in der Entwicklung des Sanitätswesens spiegelt sich die zunehmend stärkere „Militarisierung" des Reichsbanners wider. Lange Zeit war die Aufstellung eigener Sanitätskolonnen verboten gewesen. Vgl. R. v. 15. Mai 1926 (Bericht über die BGV 1926) und Wegweiser 1927, S. 18 f. Im Technischen Führer (1930), S. 20, werden die Einschränkungen aufgehoben. Der Arbeitsbericht BGV 1933, S. 46 f., erklärt, daß auch die Richtlinien des Technischen Führers überholt seien. Als Mindestziel wird deklariert, daß auf einen Zug jeder aktiven Formation zwei gut ausgebildete Sanitäter kommen müßten.

[12]) Vgl. Technischer Führer, S. 20, 89. Vgl. auch das Technische Rundschreiben Nr. 1 v. 25. März 1931 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein.

die politische Situation sich zuspitzte, desto sorgfältiger wurden der Nachrichten- und Kurierdienst und das System der Alarmbereitschaften ausgebaut[1]). Das im „Technischen Führer" empfohlene „Schneeballsystem"[2]) genügte manchen Gauen nicht und wurde entsprechend verfeinert. In Berlin gab es „Alarmbefehle", auf denen im Ernstfall nur noch die Uhrzeit auszufüllen war[3]). Besonders sorgfältig die Vorbereitungen in Hannover: jede Hundertschaft erhielt einen gegenüber Außenstehenden streng geheimgehaltenen Sammelplatz zugewiesen. Das Anrücken hatte ohne Abzeichen und mit verdeckter Windjacke zu erfolgen. Die Alarmierung geschah durch Hornsignale. Jeder Kamerad hatte außerdem seinen Hausschlüssel bei seinem Führer abzugeben, damit auch unter ungünstigsten Verhältnissen eine Mobilisierung gewährleistet war. Befehle sollten aus Sicherheitsgründen nach Möglichkeit nur mündlich weitergegeben werden, und zu diesem Zweck wurde ein ausgesuchtes Team von Verbindungsleuten aufgestellt[4]).

Die neuen Aufgaben des Verbandes stellten Anforderungen, denen nur ein Teil des alten Führerkorps gewachsen war. Bislang hatten gute Funktionärseigenschaften zumeist ausgereicht, um eine technische Charge zu bekleiden. Von einem Schufoführer wurde jedoch erwartet, daß er seine Truppe nicht nur militärisch ausbilden, sondern im Ernstfall auch militärisch führen konnte[5]). Damit trat ein Problem auf, das bis zum Schluß nicht in befriedigender Weise gelöst werden konnte. Ehemalige Offiziere standen dem Verband nur in Ausnahmefällen zur Verfügung[6]), einem Großteil der als Ausbilder tätigen ehemaligen Kriegsteilnehmer fehlte es an entsprechender militärischer Führerbegabung. Das Reichsbanner sah sich deshalb gezwungen, in Schnellkursen einen eigenen Schufoführernachwuchs heranzubilden, der sich in der Regel schon aus unge-

[1]) Vgl. Technischer Führer, S. 130: „Ein gut arbeitender Nachrichtendienst ist für unsern Bund als republikanische Schutzorganisation eine unbedingte Notwendigkeit, wenn wir nicht eines Tages eine unliebsame Überraschung erleben wollen." Im Gaubüro müsse auch nachts immer jemand telephonisch erreichbar sein. Für den Kurierdienst, der besonders bei Putschgefahren wichtig sei, wird gefordert, sich mit dem Deutschen Autoclub und dem Reichsverband republikanischer Radfahrer in Verbindung zu setzen.

[2]) Technischer Führer, S. 132 f.

[3]) Vgl. dazu ein Schreiben des Gauvorstandes Berlin-Brandenburg vom November 1930 „An alle Ortsvereine". Zur Herkunfts- und Echtheitsfrage vgl. S. 367, Anm. 2.

[4]) Vgl. ein Schreiben der technischen Leitung des Ortsvereins Hannover „An alle Abteilungs- und Kameradsschaftsführer" v. 26. November 1930 mit dem Vermerk: „Streng vertraulich" und ein Schreiben des Gauvorstands Hannover „An die Kreisführer und Führer der Schufoformationen" v. 22. Januar 1931 mit dem Vermerk: „Vertraulich". NStAH, Des. 310 II, C 2.

[5]) Vgl. dazu das erwähnte Schreiben des Ortsvereins Hannover: „Die technischen Gruppenführer können nicht nur Funktionäre, d. h. Kassierer sein, sondern sie müssen im Ernstfall auch eine Gruppe militärisch führen können." Ähnlich auch in dem erwähnten Schreiben des Gauvorstandes Hannover: „Es wird jedem Führer zur unbedingten Pflicht gemacht, seine Hundertschaft schlagfertig zu erhalten... Jeder Führer muß im Ernstfall eine Gruppe militärisch führen können."

[6]) Wenn Matthias, Ende der Parteien, S. 123, erwähnt, daß auch ehemalige Offiziere des Heeres zur Wehrsportausbildung herangezogen wurden, dann findet diese Behauptung in den Aussagen ehemaliger Reichsbannerführer keine Stütze.

dienten Jahrgängen rekrutierte[1]). Dringende Aufforderungen, kein befähigter Kamerad dürfe sich der Übernahme einer solchen Charge entziehen[2]), verraten jedoch deutlich, daß geeignetes Führerpersonal in ausreichender Zahl nach wie vor nicht vorhanden war.

Der Mangel wurde wenigstens zu einem Teil ausgeglichen durch die Ausbildungshilfe, die die Polizei in verschiedenen Ländern dem Reichsbanner gewährte. Die gegnerische Presse weiß laufend von engen Kontakten zwischen Schufo und preußischer Schupo — die Namensähnlichkeit sei keineswegs zufällig[3]) — zu berichten[4]). Tatsächlich hat es eine solche Kooperation gegeben[5]), keineswegs jedoch in allen Gauen und Orten, da die Zusammenarbeit immer von der Einstellung der jeweiligen lokalen Polizeispitze abhing. In den Gauen Schleswig-Holstein und Magdeburg konnte allem Anschein nach eine große Anzahl von Polizeibeamten als Ausbilder gewonnen werden[6]), nicht aber in Berlin-Brandenburg. Die meisten Polizeioffiziere scheuten, wie Neidhardt betont, davor zurück, sich allzu eng mit dem Reichsbanner einzulassen, da der Leiter der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium, Ministerialrat Dr. Klausener, als entschiedener Gegner des Verbandes bekannt gewesen sei[7]). Vielleicht erklären ähnliche Gründe, die ja prinzipiell für den gesamten preußischen Bereich zutreffen, auch die Zurückhaltung der Polizeistellen in Mittelschlesien. Nach Angaben des Gausekretärs Steiner hat der Verband dort so gut wie keine Ausbildungshilfe erhalten[8]).

Selbst für Preußen ergibt sich also ein wenig einheitliches Bild. In vielen Orten gehörte ein Teil der Polizeibeamten dem Verbande als Mitglieder an. Größere Distanz bewies allerdings die Schupo, da Severing aus grundsätzlichen Erwägungen die Bildung von Reichsbannergruppen innerhalb der Schutzpolizei ablehnte[9]). Immerhin hat auch sie, namentlich in den letzten Jahren, bei der

[1]) Vgl. Höltermann, Schufodenkschrift.

[2]) Vgl. Technischer Führer, S. 26.

[3]) Vgl. St. v. 7. Dezember 1930: „Sie (die Namensähnlichkeit; d. Verf.) ist sicher kein Zufall, sondern läßt die in aller Heimlichkeit betriebene, stellenweise bereits enge Zusammenarbeit der preußischen Polizei mit dem Reichsbanner deutlich erkennen."

[4]) Vgl. weiterhin: St. v. 21. Dezember 1930; St. v. 31. Januar 1932: „Die Art der Ausbildung mit Hilfe von Polizeiorganen ist ja nichts Neues mehr." Der Angriff v. 1. September 1931.

[5]) So Franz Osterroth, Wilhelm Nowack und andere Reichsbannerführer. Das betont mit Nachdruck auch Franz von Papen, der sich auf umfangreiche Materialsammlungen der Reichswehr beruft (briefliche Auskünfte).

[6]) Für Schleswig-Holstein: briefliche Auskünfte von R. Hansen. Zurückhaltender äußert sich allerdings Lechner (briefliche Auskünfte). — Für Magdeburg: briefliche Auskünfte von Ferl, der jedoch ausdrücklich herausstellt, daß Polizeibeamte nur selten dem Bunde als Mitglieder angehört hätten.

[7]) Briefliche Auskunft Neidhardts.

[8]) Briefliche Auskunft Steiners.

[9]) Vgl. dazu die grundsätzliche Stellungnahme Severings in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden der Hamburger sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion v. 9. Mai 1925. Vorausgegangen war ein Schreiben von Leuteritz an Severing v. 4. Mai 1925, in dem angefragt wurde, wie Preußen sich zu diesen Fragen verhalte. Hamburg wolle sich der preußischen Regelung anschließen. Beide Schreiben im Nachlaß Severing.

Ausbildung der Schufo wertvolle Hilfe gegeben, die dem Reichsbanner in den meisten außerpreußischen Ländern, von Hamburg und Hessen vielleicht abgesehen, nicht gewährt wurde[1]). Dort mußte der Verband ohne fremde Unterstützung zurechtkommen, da die Reichswehr als militärisch-technischer Partner praktisch ausfiel. Nur in Berlin-Brandenburg bestanden zeitweilig enge Kontakte, die über den späteren General von Bredow angebahnt worden waren. Im Frühjahr 1932 stellte die Wehrmacht den alten Schießplatz Tegel für Felddienstübungen der Schufo zur Verfügung und schickte Beobachter in Zivil. Geraume Zeit vorher war es schon gelungen, ausgesuchte Mitglieder des Verbandes durch Reichswehrinstrukteure an modernen Handwaffen ausbilden zu lassen[2]).

Die unterschiedlichen Bedingungen, die die einzelnen Gauleitungen vorfanden, mußten sich notwendig auch im Ausbildungsstand der Schufo niederschlagen. Neidhardt, der als Schufoinspekteur für die norddeutschen Gaue einen größeren Bereich zu überblicken vermochte, billigt nur den Gauen Hamburg/Bremen/Nordhannover, Schleswig-Holstein, Chemnitz und Ostpreußen die Note „gut" zu. Am schlechtesten — „unzureichend" — schneiden Mecklenburg und Halle-Saale ab, während die Gaue Pommern und Magdeburg sich mit einem „befriedigendmäßig" begnügen müssen[3]). Wenig gut war offensichtlich auch die Schlagkraft und der Ausbildungsstand des bayrischen Reichsbanners[4]).

Die teilweise eklatanten Unterschiede lassen sich allerdings nicht allein aus den jeweiligen äußeren Voraussetzungen erklären. Auch die vielleicht naheliegende These, daß der Verband in sozialdemokratischen Hochburgen besonders einsatzbereit und einsatzfähig war, kann nur bedingt aufrecht erhalten werden. Viel entscheidender war oft die persönliche Aktivität und Fähigkeit des jeweiligen technischen Führerkorps, ein Faktor, der vor allem deshalb schwer ins Gewicht fiel, weil eine straff geleitete militärische Zentralinstanz im Bunde nicht existierte[5]).

Immerhin wird man behaupten können, daß die Schufo in einer ganzen Reihe von Gauen eine intensive militärisch-wehrsportliche Ausbildung erhielt. Gegen Ende des Jahres 1932 bestand sie zu 60—70% aus jungen Männern unter 30 Jahren[6]). In ihrem Charakter wesentlich bestimmt durch die dauernden

[1]) In Mecklenburg z. B. gab es keinerlei Zusammenarbeit zwischen Reichsbanner und Polizei. So der ehemalige Gauvorsitzende Schulz (Auskunft von Osterroth vermittelt).

[2]) Briefliche Auskunft Neidhardts.

[3]) Briefliche Auskunft Neidhardts. Die Stellung der Inspekteure war 1932 geschaffen worden. Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 42.

[4]) So jedenfalls Fritz Schäffer in einer Mitteilung an den Verfasser. Schäffer beruft sich auf Aussagen bayrischer SPD-Führer, die ihm 1932 erklärt hätten, das Rb. in Bayern komme für einen ernsthaften Widerstand gegen Hitler kaum in Betracht.

[5]) Vgl. Neidhardt (briefliche Auskunft): „Und so wurstelte jeder Gau für sich, so gut er konnte, weil es an einer straffen, zentralen Führung fehlte."

[6]) Vgl. Höltermann, Schufodenkschrift.

Auseinandersetzungen mit der SA, war sie zu einer Truppe herangewachsen, die an Schlagkraft, Einsatzbereitschaft und militärischer Brauchbarkeit einen Stand erreichte, den es bis dahin im Reichsbanner nicht gegeben hatte. Dennoch wird man nur bedingt von „Eliteformationen" sprechen können, da die geforderten strengen Ausleseprinzipien[1]) von Anfang an nicht eingehalten wurden. Nicht nur die besonders befähigten, sondern alle Jungkameraden waren gehalten, nach Vollendung des 21. Lebensjahres den Schutzformationen beizutreten.

Gleichwohl bildeten die Schufo den militanten Kern der sozialistisch-republikanischen Abwehrfront, um den herum sich andere kleine Verbände gruppierten, die aus den verschiedensten Motiven außerhalb des Reichsbannerrahmens blieben. In den Berliner Hochschulen formierte sich im WS 1931/32 die „Akademische Legion", zwei Studentenhundertschaften, die unter Anleitung von Polizeioffizieren systematisch im Jiu-Jitsu, Straßenkampf und Pistolenschießen unterwiesen wurden[2]).

Während die studentischen Kampftruppen, die auch in einigen anderen Universitätsorten gebildet wurden, engsten Kontakt zum Reichsbanner besaßen, waren andere Gruppen unabhängig oder sogar in bewußtem Gegensatz zu ihm entstanden. Schon immer hatte es an einigen Orten „Sozialistische Ordnerdienste" gegeben — so gemeinhin die Bezeichnung —, die von „linken", mit der „überparteilichen" Linie der republikanischen Schutzorganisation unzufriedenen Sozialdemokraten getragen wurden und ihre Anhänger vornehmlich in Kreisen der Jungsozialisten und der Sozialistischen Arbeiterjugend fanden. Zunächst völlig unbedeutend, erhielten sie durch die politischen Ereignisse des Jahres 1930 einen starken Auftrieb, zumal sie von einigen Bezirksleitungen der SPD, die sich über das negative Votum des Parteivorstandes hinwegsetzten, offen protegiert wurden[3]).

Nicht alle Ordnerdienste besaßen militärähnlichen Charakter. Es gab Gruppen, die sich mit der Rolle eines höchst zivilen Versammlungsschutzes begnügten und keinen weiteren Ehrgeiz entwickelten. Daneben existierten jedoch Formationen wie der Berliner Jungordnerdienst[4]) oder die Kampfstaffeln (KS) der Leipziger SAJ[5]), die jeden Vergleich mit der Schufo aushielten und eine min-

[1]) Vgl. R. v. 25. Oktober 1930, R. v. 23. Mai 1931 und Neidhardt in einem Schreiben des Gauvorstands Berlin-Brandenburg v. November 1930, in dem er nachdrücklich verlangt, für die Schufo nur besonders geeignete Leute auszuwählen, wenn es auch wenige seien. Zum Schreiben vgl. S. 367, Anm. 2.

[2]) Vgl. dazu den Artikel von Wilhelm Arp, Die akademische Legion, R. v. 19. März 1932. Vgl. auch Matthias, Ende der Parteien, S. 126 f.

[3]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 321 ff.

[4]) Vgl. Matthias, Ende der Parteien, S. 125.

[5]) Richard Rothe, damals Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Bezirksleitung Leipzig, berichtet, daß diese Kampfstaffeln, uniformiert, durchweg bewaffnet und gut ausgebildet, regelrechte Felddienstübungen veranstaltet hätten. Mündliche Auskunft.

destens ebenso intensive wehrpolitische Ausbildung genossen. Rein zahlenmäßig fielen sie aber gegenüber den neuen Reichsbannerformationen, die schon beim ersten großen Schufoappell am 22. Februar 1931 in einer Stärke von 160000 Mann an die Öffentlichkeit traten[1]), wenig ins Gewicht. Die eigentliche Kampftruppe der Linken war und blieb die Schufo, die gerade auf jüngere Arbeiter eine große Anziehungskraft ausübte[2]) und im Frühjahr 1932 angeblich einen Bestand von 400000[3]), nach Angaben Höltermanns allerdings nur eine Gesamtstärke von 250000 Mann erreichte[4]).

Mit der Schufo war das Reichsbanner auch äußerlich auf eine betonter militärische Linie eingeschwenkt. Es ergingen strikte Anweisungen, Frauen, Kinder und Körperbeschädigte, die manchen Aufmärschen des Verbandes oft eine vergleichsweise unmilitärische Note verliehen hatten, aus den Demonstrationszügen zu verbannen[5]). Nachdrücklicher als zuvor forderte man jetzt, daß schon das „äußerliche Aussehen" den „ernsthaften Willen der Organisation zum Ausdruck" bringen müsse[6]). Aus gleichen Erwägungen wurden auch die Bemühungen um eine einheitliche Uniformierung der Abteilungen intensiviert, eben weil man erkannt zu haben glaubte, daß allein „militaristische" Zeichen eine größere Resonanz verbürgten[7]). Allen Formationen wurde eingeschärft, „diesen Dingen heute wesentlich mehr Rechnung" zu tragen, als es in der Vergangenheit geschehen sei[8]). Tatsächlich hat sich seit Ende 1930 allmählich eine Schufoeinheitskleidung durchgesetzt, die aus einem Grünhemd, Schulterriemen, blauer Mütze und schwarzen Breecheshosen mit Ledergamaschen bestand[9]). Bei Felddienstübungen kamen dann noch Tornister, Kochgeschirr, Zeltplane, Feldspaten und Brotbeutel zur Ausrüstung hinzu[10]). Der Uniformierungsprozeß

[1]) Vgl. den Artikel: „160000 Mann marschfertig", R. v. 28. Februar 1931; vgl. Horkenbach 1931, S. 69; Knickerbocker, Deutschland so oder so, S. 12, nennt für diese Zeit eine Zahl von 150000.

[2]) Vgl. Höltermann, Schufodenkschrift.

[3]) Vgl. R. v. 23. April 1932. Bracher, Auflösung, S. 490, erwähnt, daß Hitler etwa zur gleichen Zeit die Stärke seiner Kampftruppen mit 400000 bezifferte.

[4]) Diese Zahl findet sich in der Schufodenkschrift Höltermanns. Auch Knickerbocker, a.a.O., S. 120, der sich auf Informationen der Bundesführung stützt, betont, daß das Reichsbanner für das Frühjahr 1932 mit einem Schufobestand von 250000 Mann rechne.

[5]) Vgl. dazu Technischer Führer, S. 91; R. v. 18. Oktober 1930.

[6]) Rundschreiben der Gaujugendführung Hannover v. 17. November 1930.

[7]) Vgl. dazu auch die Argumentation in einem Schreiben des Hauptvorstandes des deutschen Textilarbeiterverbandes an Frau Marie Juchacz v. 19. Juli 1932. Bebel-Archiv NB 473. Ähnlich die Begründung in den erwähnten Schreiben der Gaujugendführung Hannover v. 17. November 1930.

[8]) So in dem eben erwähnten Schreiben der Gaujugendführung Hannover v. 17. November 1930. Vgl. auch das Jungba-Rundschreiben der Gaujugendleitung Schleswig-Holstein v. 18. März 1931.

[9]) Vgl. das Schreiben der Gaujugendführung Hannover v. 17. November 1930. Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 28 f.

[10]) Vgl. das Schreiben der Gaujugendführung Hannover v. 17. November 1930.

war zwar 1933 noch nicht völlig abgeschlossen, aber immerhin traten jetzt neben den „Braunhemden" der SA und den „Feldgrauen" des Stahlhelms auch die „Grünhemden" des Reichsbanners optisch wirkungsvoll in Erscheinung.

Die nationalsozialistische SA blieb wohl, wie Mahraun betont, die „stärkste und kampferprobteste Truppe"[1]), aber ihr war in der Schufo doch ein Gegner erwachsen, der sich entschlossen der nationalsozialistischen Drohung entgegenstellte. Der Ausbildungsstand war zwar nicht überall gut und die Abwehrmaßnahmen wiesen oft starke Unzulänglichkeiten auf, aber den meisten dieser oft jungen Menschen kann die subjektiv ehrliche Bereitschaft, notfalls auch das Leben für die Verteidigung der Republik aufs Spiel zu setzen, nicht abgesprochen werden. An vielen Stellen war ein verbissener Widerstandswille spürbar geworden, der für die Zukunft einiges erwarten ließ.

Was es im Reichsbanner jedoch nie gegeben hat, das war eine zentrale Instanz, die alle Abwehrmaßnahmen wirksam koordinierte. Anders als beim Schutzbund in Österreich, der einen militärischen Führungsstab unter Leitung des ehemaligen Generalstabsoffiziers Major a. D. Eifler besaß und sich für ein selbständiges militärisches Vorgehen vorzubereiten suchte[2]), wurden militärtaktische Fragen auf höherer Ebene kaum erörtert[3]). Der auffällige Gegensatz erklärt sich vor allem aus den unterschiedlichen politischen Gegebenheiten, die beide Verbände vorfanden. Der Schutzbund mußte bei seinen taktischen Planungen davon ausgehen, daß die staatlichen Exekutivorgane im Falle eines Bürgerkrieges auf der anderen Seite der Barrikade standen. Das Reichsbanner war dagegen zu einem eigenständigen militärischen Vorgehen weder willens noch vorbereitet, da es sich einen Einsatz des Verbandes gegen die reguläre bewaffnete Macht des Staates kaum vorzustellen vermochte. Seine taktische Konzeption lief darauf hinaus, im Falle eines Bürgerkriegs die Schufo den Polizeistreitkräften der Länder zu unterstellen. Deshalb schien sich sowohl ein eigener militärischer Führungsstab wie eine Bewaffnung der Kader zu erübrigen, da ja die preußische Polizei, „unsere Polizei", wie es optimistisch hieß[4]), über Waffen in ausreichender Menge verfüge.

So jedenfalls stellte sich die Situation aus der Sicht des Reichsbanners dar, das sich als Kader einer künftigen Polizeireserve verstand und wiederholt seine Bereitschaft aussprach, im Falle der Not der Regierung zur Hilfe zu eilen[5]), ohne jedoch bei den verantwortlichen Regierungsstellen viel Gegenliebe zu

[1]) Mahraun, Politische Reformation, S. 76.

[2]) Dr. Deutsch (briefliche Auskünfte).

[3]) Auch Dr. Deutsch stellt diese Unterschiede stark heraus (briefliche Auskünfte).

[4]) Vgl. auch Matthias, Ende der Parteien, S. 124.

[5]) Vgl. u. a. Technischer Führer, S. 17, R. v. 30. November 1929, R. v. 24. Oktober 1931, R. v. 28. Februar 1931 (Hörsing beim ersten großen Schufoappell in einer Rede im Berliner Lustgarten), R. v. 23. April 1932.

finden. Am schroffsten reagierte die Reichswehrführung unter Groener, der in solchen Hilfsangeboten nicht „begrüßenswerte Loyalitätserklärungen", sondern im Gegenteil eine „unerträgliche Anmaßung und Deklassierung der Staatsgewalt und der Reichswehr im besonderen" sah und von der preußischen Staatsregierung verlangte, sich unmißverständlich von den ehrgeizigen Ambitionen des Reichsbanners zu distanzieren[1]).

Groeners genereller Argwohn gegenüber dem preußischen Innenministerium bestand jedoch wenig zu Recht. Gerade Severing hatte das Reichsbanner immer wieder in seine Schranken gewiesen, nur die geistige Massenaufklärung als legitime Aufgabe des Verbandes gelten lassen und bei jeder Gelegenheit demonstrativ betont, daß die preußische Polizei vollauf ausreiche, um jeden Putschversuch im Keime zu ersticken[2]) — ein ständiges Ärgernis für den Bund, dem damit von höchster Stelle bescheinigt wurde, daß seine militärischen Anstrengungen überflüssig und kaum mehr als eine „Spielerei" seien[3]). Noch im April 1932, als allenthalben Gerüchte kursierten, die preußische Regierung suche sich im Reichsbanner eine Hilfspolizei zu schaffen, gab Severing gegenüber Groener die verbindliche Erklärung ab, daß sich an seiner „bekannten Einstellung" nichts geändert habe[4]).

Was unter „bekannter Einstellung" zu verstehen ist, verraten Aufzeichnungen des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Dr. Pünder vom November 1930, die sich auf vertrauliche Informationen des preußischen Ministerialdirektors Dr. Klausener stützen[5]). Pünder, der voraus versichert, es handele sich um eine „völlig verbürgte Wiedergabe der Ansichten des Herrn Staatsministers Severing" und um dessen „festeste Überzeugung", erklärt verbindlich, daß die preußische Regierung eine Verstärkung ihrer Polizei durch Hilfstruppen irgendwelcher Art grundsätzlich ablehne und Verhandlungen mit dem Reichsbanner nicht beabsichtige[6]). Im gleichen Sinne wurden alle preußischen Polizeipräsi-

[1]) So in einem Schreiben Groeners „An den Herrn Preußischen Minister des Innern" v. 1. November 1929. — Interessant eine handschriftliche Randnotiz des Reichskanzlers Müller: „Ich bin durchaus mit den Ausführungen des Herrn Reichswehrministers einverstanden." Abschrift dieses Schreibens: BA, R 43 I/767.

[2]) Vgl. dazu u. a. den Beitrag Severings für die Festschrift zur Bannerweihe des Reichsbanners in Kiel am 11./12. Oktober 1924. Text im Nachlaß Severing; vgl. auch den Bericht über diese Veranstaltung in „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" v. 18. Oktober 1924; vgl. weiterhin einige Artikel Severings in R. v. 1. Dezember 1925, R. v. 15. April 1927 (Gaubeilage Östliches Westfalen), R. v. 15. Juli 1927 (Gaubeilage Östliches Westfalen).

[3]) Vgl. dazu die bitteren Bemerkungen Löwensteins, a.a.O., S. 78 f.

[4]) Vgl. dazu ein Schreiben Severings an Groener v. 26. April 1932. Nachlaß Severing.

[5]) Wichtig ein Schreiben Pünders an Schleicher v. 21. November 1930 mit dem Vermerk: „Persönlich! Streng vertraulich!" In einem Schreiben Pünders vom gleichen Datum an Klausener, gleichfalls mit dem Vermerk: „Persönlich! Streng vertraulich!" dankt er Klausener für die „Mitteilungen vom 14. November und 20. November, betreffend die grundsätzlichen Auffassungen des Preußischen Ministeriums des Innern über eine Verstärkung der Polizei durch Freiwillige im Falle ernsterer Unruhen." — Beide Schreiben: BA, R 43 I/767.

[6]) So in dem eben erwähnten Schreiben Pünders an Schleicher v. 21. November 1930.

denten instruiert[1]). Darüber hinaus drängte Severing das Reichsbanner, die Bezeichnung „Aktive Hundertschaft" aufzugeben, weil die Verbreitung der Idee, auf republikanischer Seite würden Kampftruppen für den Bürgerkrieg geschult, „letzten Endes die Organisation des Kampfes aller gegen alle" bedeute[2]).

Die Motivierung läßt schon die eigentlichen Gründe für die oft kritisierte Haltung des langjährigen preußischen Innenministers erkennen. Severing befürchtete, daß ein Eingehen auf solche Hilfsangebote zu einer Minderung der Staatsautorität führen werde[3]) und Panikstimmungen und Defaitismus hervorrufen könne[4]). Er war zudem bestrebt, wie er schon 1925 formulierte, in „dienstlicher und rechtlicher Hinsicht" keinen Unterschied zwischen den einzelnen Verbänden zu machen[5]) — im Grunde die gleiche Motivation, mit der auch die der BVP angehörenden bayrischen Innenminister alle Hilfspolizeiangebote der „Bayernwacht" ablehnten[6]).

Im Widerspruch zu den prinzipiellen Erklärungen Severings stehen allerdings die Aussagen ehemaliger Reichsbannerführer, die von festen Absprachen zwischen Reichsbanner und einzelnen Länderregierungen zu berichten wissen; neben Hamburg wird ausdrücklich Preußen erwähnt[7]). Auch Papen betont, die Reichsregierung habe sichere Informationen darüber gehabt, daß der Verband von preußischen Polizeibeamten ausgebildet werde und im Ernstfall von dorther Waffen und Munition bekommen solle[8]). Zudem werden Äußerungen Severings aus dem Jahre 1932 überliefert, er werde in der Stunde der Gefahr den Verband bewaffnen und zur Hilfspolizei erklären lassen[9]).

---

[1]) Vgl. dazu ein Schreiben Pünders an Schleicher v. 8. Dezember 1930. BA, R 43 I/767.

[2]) So die Wiedergabe der Ansichten Severings in dem Schreiben Pünders an Schleicher v. 21. November 1930.

[3]) Vgl. dazu das eben erwähnte Schreiben Pünders, in dem die grundsätzliche Auffassung Severings skizziert wird.

[4]) So in dem erwähnten Schreiben Pünders an Schleicher v. 21. November 1930. Severing wies alle Polizeibehörden an, überall die Auffassung zu verbreiten, der Staat sei stark genug, um sich selbst zu schützen. Das geschah auch später, als anläßlich der Reichspräsidentenwahlen 1932 allenthalben Gerüchte über Putschabsichten der Nationalsozialisten aufkamen. Vgl. Horkenbach 1932, S. 74, 100.

[5]) So in einem früher erwähnten Schreiben Severings an Leuteritz v. 9. Mai 1925 (vgl. S. 371, Anm. 9).

[6]) Der ehemalige Führer der Bayernwacht, Ritter von Lex, betont, daß die bayrische Staatsregierung feste Absprachen über einen eventuellen Einsatz der Bayernwacht als Hilfspolizei abgelehnt habe, weil der zur BVP gehörende Innenminister sie als Parteitruppe angesehen und befürchtet habe, andere Parteien könnten mit gleichen Forderungen an die Regierung herantreten. Briefliche Auskunft.

[7]) So vor allem Ernst Lemmer und Gustav Ferl. Briefliche Auskünfte.

[8]) Franz von Papen. Briefliche Auskunft.

[9]) Vgl. dazu z. B. Otto Buchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, S. 128 ff., der davon berichtet, wie Severing kurz vor dem 20. Juli 1932 einer schlesischen Parteidelegation erklärt habe: „Seid gewiß, in der Stunde der Gefahr werde ich das Reichsbanner zur Hilfspolizei erklären und bewaffnen lassen."

In der Tat kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die preußische Regierung die Ausbildung der Reichsbannerschufo durch Angehörige der Schutzpolizei wohlwollend gefördert hat. Diese Dinge waren für die breite Öffentlichkeit kein Geheimnis. Der Stahlhelm setzte ihre Kenntnis als selbstverständlich voraus, wenn er in seinem Aufruf anläßlich des preußischen Volksbegehrens 1931 „Befreiung von einem Parteigeist" forderte, der die „Ausbildung des ‚Reichsbanners' für den Bürgerkrieg durch Polizeiangehörige" dulde[1]). Verbürgt ist weiterhin, daß einige Polizei- und Regierungspräsidenten mit dem Verbande feste Abmachungen getroffen haben, die auch der Staatsregierung kaum unbekannt gewesen sein dürften. Ähnliche Absprachen hat es jedoch offensichtlich nicht auf höchster Regierungsebene gegeben. Verhandlungen, die das Reichsbanner geführt hat, sind über den Rahmen unverbindlicher Gespräche nicht hinausgegangen. Severing hat später wohl gelegentlich mit dem Gedanken gespielt, die Schufo im Ernstfall als Hilfspolizei aufzubieten, ist jedoch niemals bereit gewesen, feste Verpflichtungen einzugehen.

Dennoch rechnete das Reichsbanner mit einem Ruf in der Stunde der Gefahr und traf von seiner Seite Vorbereitungen, um dafür gerüstet zu sein. Aus den aktivsten Schufoangehörigen wurden sogenannte N-Formationen gebildet[2]). In vielen Gaubüros lagen Namenslisten ausgesuchter Männer, die das erste Aufgebot einer Polizeireserve stellen sollten[3]). Zumindest einige Polizeipräsidenten und Landräte konnten für solche Pläne gewonnen werden. Entsprechende Zeugnisse liegen vor für Berlin-Brandenburg[4]) und Magdeburg[5]); negativ ist dagegen der Befund in Schleswig-Holstein[6]) und Mittelschlesien[7]). Wie sehr dabei die persönliche Einstellung des jeweiligen Beamten ausschlaggebend war, verrät das Beispiel Berlin. Abmachungen, die der Gauvorstand in der Ära Zörgiebel getroffen hatte, wurden von Grzesinski kurzerhand annulliert[8]). Einige lokale Reichsbannerführer suchten und fanden allerdings einen Ausweg. Ernst Carlbergh, der Vorsitzende des Ortsvereins Berlin-Charlottenburg, setzte sich auf eigene Faust mit republikanisch eingestellten preußischen Polizeioffizieren in Verbindung, die die Schufoabteilungen im Ernstfall militärisch führen sollten[9]).

Solche „privaten" Initiativen, deren Ausmaß sich schwer abschätzen läßt,

[1]) Aufruf abgedruckt in: Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder, I, S. 98.

[2]) So Höltermann, Denkschrift.

[3]) So Ferl und Neidhardt. Briefliche Auskünfte.

[4]) Neidhardt. Briefliche Auskunft.

[5]) Gustav Ferl. Briefliche Auskunft.

[6]) So übereinstimmend Hansen und Lechner. Briefliche Auskünfte.

[7]) So Steiner. Briefliche Auskunft.

[8]) So Neidhardt. Briefliche Auskunft.

[9]) Carlbergh. Mündliche Auskunft. Seine Angaben werden von anderer Seite bestätigt. Carlbergh wurde am 20. Juli 1932 unter der Anschuldigung, er habe einen Reichsbannerputsch vorbereitet, zusammen mit den Polizeioffizieren Heimannsberg und Encke für kurze Zeit verhaftet. Vgl. R. v. 30. Juli 1932.

bestätigen indirekt, daß auf höchster Ebene feste Abmachungen nicht bestanden. Was das für die Einsatzfähigkeit des Verbandes bedeutet, wird ersichtlich, wenn man weiß, daß die taktische Konzeption des Reichsbanners mit dem „republikanischen Bollwerk Preußen" stand und fiel. Die Schufo war nur dann technisch-militärisch brauchbar, wenn sie von der preußischen Polizei Waffen, Munition und militärisches Führungspersonal erhielt. Das Schicksal des Bundes hing deshalb davon ab, ob und inwieweit es den weimar-republikanischen Kräften gelingen würde, die „Bastion Preußen" zu halten und damit die Verfügungsgewalt über die preußische Schutzpolizei zu bewahren.

Die Schwäche dieser Konzeption, ihre Einseitigkeit und mangelnde Elastizität, schien überwunden, als es um die Jahreswende 1931/32 gelang, alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu einem großen Abwehrkartell zu vereinen. Denn die neue „Eiserne Front" brachte nicht nur eine quantitative Vermehrung des Abwehrpotentials. Mit ihrer Gründung verband sich zugleich der taktische Plan, durch zweckdienliche Kombination wirtschaftlicher und „militärischer" Mittel beweglicher und unabhängiger zu werden, als es bisher der Fall gewesen war.

3. *Der „Fall Hörsing"*

Die neue Phase in der Entwicklung des Reichsbanners stand schon nicht mehr im Zeichen Hörsings, da sich gerade zu diesem Zeitpunkt eine Wachablösung anbahnte, die schließlich zum Ausschluß des langjährigen ersten Bundesvorsitzenden führte. Gerüchte über einen allerdings nicht ganz freiwilligen Rücktritt Hörsings waren in den vergangenen Jahren mehrfach aufgetaucht[1]), und tatsächlich hat Höltermann im Jahre 1929 ernsthaft bei Severing wegen einer eventuellen Übernahme der Bundesführung vorgefühlt[2]). Das wachsende Mißvergnügen über die ständigen rhetorischen Eskapaden des Bundesvorsitzenden, dem seine Position offensichtlich ein wenig „zu Kopf gestiegen war"[3]), und das weitverbreitete Gefühl, Hörsing sei verbraucht und alt[4]), mochten bei solchen Bestrebungen Pate gestanden haben. Ausschlaggebend für seinen späteren Sturz war diese Motivkette indes nicht. Entscheidend war vielmehr, daß Hörsing,

[1]) Vgl. u. a. eine Glosse in der „Politischen Wochenschrift" v. 2. November 1928. Vgl. Otto Kunze, Reichsbanner und Zentrum, in: Allgemeine Rundschau 24 (1927), S. 482 f. Vgl. Der Jungdeutsche v. 15. Juli 1930.

[2]) Das geht indirekt aus einem Schreiben Hörsings an Severing v. 26. März 1929 hervor (Nachlaß Severing). Die entscheidende Briefstelle lautet: „Von mehreren Seiten zugleich schriftlich und mündlich erhalte ich die aufregende Nachricht, daß Höltermann mit Dir über die Übernahme des Bundesvorsitzes im Reichsbanner verhandelt hat."

[3]) So Ferl, briefliche Auskunft. Ähnlich äußern sich Osterroth und Dr. Nowack.

[4]) In diesem Sinne äußern sich verschiedene Reichsbannerführer. Auch Höltermann hatte gegenüber Severing ähnlich argumentiert. Das geht indirekt aus dem erwähnten Schreiben Hörsings an Severing hervor.

nachdem er 1927 ziemlich verbittert aus seinem Amt als Oberpräsident geschieden war[1]), zunehmend in einen Gegensatz zur SPD und zu einigen führenden Männern der Partei geriet, dem neben Ressentiments und Eifersüchteleien auch Meinungsverschiedenheiten über wirtschaftspolitische Fragen zugrunde lagen.

Bereits 1926 überraschte Hörsing die Delegierten der Bundesgeneralversammlung mit einer Rede, in der er die Grundzüge eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit entwickelte[2]). Das Reichsbanner diente ihm fortan als Forum, auf dem er seine Pläne beharrlich weiter verfolgte. Seit 1930 verstärkte er seine dramatischen Appelle unter dem Motto „Arbeit oder Untergang"[3]), und 1931 erschien dann sein großer „Kriegsplan zur Niederringung der Arbeitslosigkeit"[4]). Die naiv-anmaßende Art, mit der Hörsing sein Programm als Allheilmittel offerierte[5]), und manche Ungereimtheiten verliehen seinem „Plan" in den Augen der Fachleute den Charakter des Unseriös-Dilettantischen; man wird indes einräumen müssen, daß er im Prinzip volkswirtschaftlich nicht schlecht beraten war und Vorschläge unterbreitete, die durch die „Keynes-Revolution" des Jahres 1936 ihre theoretische Legitimation erhielten.

Von den verantwortlichen Kreisen der Partei und der Gewerkschaften wurden seine Pläne von Anfang an totgeschwiegen[6]). Als er im Frühjahr 1931 endlich die Chance erhielt, sie dem Bundesvorstand des ADGB vorzutragen[7]), mußte er erleben, daß man sie als unsinnig und unrealisierbar hinstellte oder gar als

[1]) In diesem Sinne äußert sich unter anderen Ferl. Vgl. dazu auch Matthias, Ende der Parteien, S. 123, Anm. 16. Vgl. auch die Ausführungen S. 293 f.

[2]) Vgl. R. v. 15. Mai 1926.

[3]) R. v. 11. Oktober 1930. Vgl. noch: „Der drohende Winter. Pflicht zur Tat", R. v. 12. September 1931; „Mehr Land", R. v. 17. Januar 1931.

[4]) Otto Hörsings Kriegsplan zur Niederringung der Arbeitslosigkeit. Hrsg. von Dr. Currius, Berlin-Schmargendorf 1931. Beim ersten großen Schufoappell im Berliner Lustgarten am 22. Februar 1931 forderte er, sein „Kriegsplan" müsse das „Sofortprogramm aller Republikaner und ihrer Parteien" werden. Vgl. R. v. 28. Februar 1931.

[5]) Vgl. z. B. den Artikel „Der drohende Winter", R. v. 12. September 1930. Einige charakteristische Passagen: „Ach, die menschliche Eitelkeit. Ja, hätte man selbst vorher die Gedanken gehabt, dann wären sie das Beste von der Welt." ... „Inzwischen haben viele andere sogenannte Arbeitsprogramme das Licht der Welt erblickt, und alle haben mehr oder weniger bei mir — aus meinem Programm — eine kräftige Anleihe nehmen müssen. Etwas Neues und Brauchbareres hat indessen weder vor noch nach mir jemand gezeigt. Damit ist der Beweis erbracht, daß es kaum etwas Besseres gibt als mein Arbeitsprogramm."

[6]) Vgl. dazu Hörsings Klagen in einem Schreiben an den Parteivorstand z. Hd. Herrn Otto Wels v. 27. November 1931 (Abschrift im Nachlaß Severing) und in seinem Abschiedsschreiben an „alle SPD-Mitglieder des Bundesvorstandes und der Gauvorstände einschließlich der Gaujugendführer des Reichsbanners Schwarz Rot Gold" v. 4. Juni 1932 (vgl. S. 338, Anm. 2). Vgl. auch den Artikel „Hörsings Austritt aus der SPD. Die Antwort an die Lindenstraße", NK Nr. 1 (8. bis 13. Juni 1932).

[7]) So auf der 8. Sitzung der ADGB-Vorstände am 9. März 1931. Protokoll dieser Sitzung im Bebel-Archiv NB 3.

„abgeschwächtes Naziprogramm“[1]) diffamierte. Gleichzeitig wurde ihm unmißverständlich bedeutet, weder er noch das Reichsbanner seien für derlei Fragen zuständig[2]), und dringend nahegelegt, sich nicht öffentlich in einen Gegensatz zur Partei und zu den Gewerkschaften zu stellen[3]). Hörsing war jedoch nicht gesonnen, sich einen Maulkorb anlegen zu lassen, da sich mehr und mehr in ihm die Überzeugung festigte, daß die SPD wirtschaftspolitisch falsch orientiert sei und daß nur sein Programm, das er gelegentlich aus taktischen Gründen, trotz seiner angeborenen Abneigung gegen alle „Ismen“[4]), als „Sozialismus auf der ganzen Linie“ auszugeben pflegte[5]), die Erlösung vom Fluch der Arbeitslosigkeit bringen könne. Gekränkter Ehrgeiz verband sich mit echtem Sendungsbewußtsein und ließ in ihm das Gefühl reifen, daß er handeln müsse, auch auf die Gefahr hin, dabei in einen scharfen Gegensatz zur Partei und zu den Gewerkschaften zu geraten[6]).

Kurz nachdem der Bundesrat des Reichsbanners die Bildung der Eisernen Front beschlossen hatte, der Hörsing allem Anschein nach, da bei Verhandlungen mit der SPD noch „nie etwas herausgekommen sei“[7]), skeptisch gegenüberstand, wagte er den Schritt in die Öffentlichkeit und kam mit einer eigenen Tageszeitung, dem „Deutschen Volkskurier, Blatt für Arbeitsbeschaffung, Wirtschaft und Politik“ heraus, für die er als Chefredakteur den ehemaligen Schriftleiter der „Deutschen Republik“ Werner Thormann und für die Innenpolitik Hubertus Prinz zu Löwenstein engagierte. Die sozialdemokratische Presse reagierte sofort mit heftigen Angriffen[8]), und schon nach wenigen Tagen erklärte Hörsing sich auf den Druck der SPD zur Liquidation seines „Volkskuriers“ bereit[9]). Daß er schon damals an die Gründung einer eigenen Partei gedacht

---

[1]) So Tarnow auf der erwähnten Sitzung der ADGB-Vorstände; ebd.

[2]) Vgl. dazu vor allem die scharfen Ausführungen Tarnows und Umbreits auf der erwähnten ADGB-Vorstandssitzung; ebd. Vgl. dazu auch das Schreiben Hörsings v. 4. Juni 1932 und den Artikel: „Hörsings Austritt aus der SPD“, NK Nr. 1 (8.—13. Juni 1932).

[3]) So mit aller Entschiedenheit Leipart auf der erwähnten ADGB-Vorstandssitzung; Protokoll.

[4]) Charakteristisch für diese Haltung schon der Artikel „Der drohende Winter“, R. v. 12. September 1931. Noch sehr viel schärfer der Artikel „Hörsings Abrechnung mit der SPD“, NK Nr. 1 (8.—13. Juni 1932).

[5]) So auf der ADGB-Vorstandssitzung am 9. März 1931; Protokoll.

[6]) Seine Motive treten sehr deutlich hervor in dem erwähnten Schreiben an den Parteivorstand v. 27. November 1931.

[7]) So Osterroth, Memoiren. Bezeichnend auch, daß die Verhandlungsführung mit den Parteien und Gewerkschaften Höltermann übertragen wurde. Vgl. dazu auch R. v. 26. Dezember 1931.

[8]) Angekündigt hatte er sein Vorhaben in seinem Schreiben an den Parteivorstand v. 27. November 1931 und dabei die Hoffnung ausgesprochen, die Partei werde seinen Schritt begrüßen. Der Parteivorstand nahm jedoch sofort in scharfer Form gegen ihn Stellung. Gleichzeitig brachte der „Vorwärts“ eine Notiz unter der Überschrift „Mann über Bord“. Vgl. dazu auch Hörsings Abschiedsschreiben v. 4. Juni 1932.

[9]) Als Beauftragte des Parteivorstandes verhandelten Höltermann und Ferl mit ihm über die Liquidation. Ausführliche Darstellung der Vorgänge im Abschiedsschreiben Hörsings v. 4. Juni 1932 und in der NK Nr. 1 (8.—13. Juni 1932) und Nr. 11 (16.—22. August 1932).

hat, wie ihm von mehreren Seiten nahegelegt worden war[1]), erscheint wenig wahrscheinlich, es sei denn, man unterstellt ihm sträfliche Dummheit und ein völlig falsches taktisches Vorgehen[2]).

Rein äußerlich schien damit, nachdem eine entsprechende Erklärung an die Presse gegangen war[3]), alles bereinigt; in Wirklichkeit war jedoch nunmehr das politische Schicksal des Reichsbannerbundesvorsitzenden besiegelt, weil die SPD ihm fortan zutiefst mißtraute. Unter dem Druck des Parteivorstandes der SPD, des ADGB und der preußischen sozialdemokratischen Minister mußte er sich bereitfinden, bis zu den preußischen Landtagswahlen auf jede agitatorische und politische Tätigkeit zu verzichten und Höltermann mit der kommissarischen Führung der Bundesgeschäfte zu beauftragen[4]). Aus diesem, nach langem Sträuben widerwillig akzeptierten, zwangsverordneten Urlaub sollte er, von einer kurzen Unterbrechung abgesehen[5]), nicht mehr in sein Amt zurückkehren. Am 29. April des Jahres 1932 beschloß der Bundesvorstand des Reichsbanners, den bisherigen Zustand zu verewigen, d. h. Hörsing nominell den Bundesvorsitz zu belassen, die wirkliche Führung jedoch in die Hände Höltermanns zu legen[6]).

Gut zwei Monate später, am 2. Juli, zog Hörsing die Konsequenzen aus der für ihn unerträglichen Situation und legte den Bundesvorsitz nieder, ohne jedoch aus dem Verband selbst auszuscheiden. Am 5. Juli mußte er dann überstürzt — da von seinen Plänen vorzeitig etwas durchgesickert war — die Gründung seiner neuen Partei bekanntgeben, die politisch links, wirtschaftlich rechts von der Sozialdemokratie stehen sollte. Die SPD hatte ihn bereits am 3. Juli aus

---

[1]) So Hörsing in seinem Schreiben an den Parteivorstand v. 27. November 1931.

[2]) Die Behauptung wird später vom Reichsbanner aufgestellt. Vgl. R. v. 11. Juni 1932. Unverständlich wäre dann aber, weshalb Hörsing sich, wenn er schon damals den Plan einer Parteigründung verfolgt hätte, zur Liquidation des „Volkskuriers" bereit gefunden hätte. Unerklärlich dann auch, daß er sein Vorhaben vorher dem Parteivorstand mitteilte.

[3]) Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Ich habe niemals aus der SPD austreten oder gar eine neue Partei gründen wollen. Um aber jetzt und für alle Zukunft derartigen Mißdeutungen den Boden zu entziehen und Mißverständnisse in der republikanischen Front zu vermeiden, habe ich das Erscheinen des „Deutschen Volkskuriers" eingestellt." R. v. 12. Dezember 1931.

[4]) Ausführliche Schilderung der Vorgänge in dem Abschiedsschreiben Hörsings v. 4. Juni 1932 und in dem Artikel „Um Reichsbannerehre", NK Nr. 11 (16.—22. August 1932). Am 15. Dezember 1931 erklärte Hörsing sich nach längerem Sträuben bereit, ein Schreiben an den Bundesvorstand des Reichsbanners zu richten, in dem er Höltermann mit der Führung der Geschäfte beauftragte. Dieses Schreiben wurde dann, angeblich ohne Wissen Hörsings, in der Presse veröffentlicht. Vgl. R. v. 26. Dezember 1931. Praktisch bedeutete das schon die Abhalfterung Hörsings, wie die gegnerische Presse sofort richtig vermutete. Vgl. z. B. „Weserzeitung" v. 22. Dezember 1931, BA, ZSg 103/1348. Das Reichsbanner suchte die Vorgänge zunächst zu verschleiern und betonte, daß nichts anderes geschehen sei, als daß fortan ein Mann mehr in der Bundesführung tätig sei. Vgl. R. v. 26. Dezember 1931.

[5]) Im April des Jahres 1932 versuchte Hörsing noch einmal, die Geschäfte in Magdeburg wieder zu übernehmen. Vgl. Osterroth, Memoiren; vgl. Tschachotin, Dreipfeil gegen Hakenkreuz, S. 54 f.

[6]) Vgl. dazu das Abschiedsschreiben Hörsings v. 4. Juni 1932.

ihren Reihen ausgeschlossen[1]). Auch das Reichsbanner, das schon am 3. Juli den mit Hörsing sympathisierenden Bundesvorstandsmitgliedern das Betreten des Bundesbüros untersagt hatte, kündigte am 8. Juli ein Ausschlußverfahren an, ließ seinen Worten aber zunächst keine Taten folgen, da satzungsmäßige Schwierigkeiten auftauchten[2]). Erst am 13. September erklärte der Bundesvorstand, die Zugehörigkeit zur neuen Sozialrepublikanischen Partei (SRPD) sei mit der Mitgliedschaft im Reichsbanner unvereinbar[3]), ein Verdikt, das von der Bundesgeneralversammlung im Februar des Jahres 1933 in allen Punkten bestätigt wurde[4]).

Das Verhalten des Reichsbanners mag zu einem Teil aus seiner Zwangslage heraus verständlich sein, da Hörsing offensichtlich den Bund, wenn nicht als Plattform, so doch als Sprungbrett für seine Partei zu benutzen gedachte[5]). Die dem Ausschlußbescheid vom 13. September beigefügte Begründung — „weil diese Gruppe wiederholt und systematisch in der Presse und in Versammlungen in organisationsschädigender Weise gegen das Reichsbanner vorgegangen ist“[6]) — ist jedoch fadenscheinig und wenig stichhaltig. Denn der Bund selbst wurde erst nach der „Achterklärung“ vom 13. September in der „Neuen Kampffront“, dem Sprachrohr der Bewegung, die sich lange verzweifelt gegen den Ausschluß ihrer Mitglieder wehrte[7]), einer zunehmenden Kritik unterzogen[8]).

---

[1]) Osterroth, Memoiren, berichtet, der Magdeburger Gausekretär Wille habe als erster in Erfahrung gebracht, daß Hörsing mit den Vorbereitungen zu einer Parteigründung beschäftigt sei. Hörsing selbst führte das vorzeitige Bekanntwerden seiner Pläne auf Indiskretionen Ernst Lemmers zurück, der die ihm unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit mitgeteilten Tatsachen sofort an die „Lindenstraße“ weitergegeben habe. Vgl. den Artikel „Ernst Lemmer“, NK Nr. 16 (20.—26. September 1932). Zum Ablauf des Geschehens in diesen Tagen vgl. NK Nr. 1 (8.—13. Juni 1932) und Nr. 11 (16.—22. August 1932) sowie Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur, S. 249.

[2]) Ankündigung des Ausschlußverfahrens, das mit „peinlicher und gröblicher Verletzung der Kameradschaftspflicht und der republikanischen Disziplin“ motiviert wurde, in R. v. 11. Juni 1932. Es blieb jedoch vorerst bei der Ankündigung, da für ein Ausschlußverfahren keine rechte Handhabe bestand. Ein Übertritt von Reichsbannermitgliedern zu einer anderen Partei — und mehr lag ja rein äußerlich zunächst kaum vor — verstieß keineswegs gegen die Bundessatzungen.

[3]) Wortlaut und Motivierung des Beschlusses in dem Artikel „Die Wahrheit im Fall Hörsing“, R. v. 24. September 1932.

[4]) Vgl. R. v. 25. Februar 1933.

[5]) So Osterroth, Memoiren, und Höltermann, Denkschrift. Vgl. dazu auch die Motivierung des Ausschlußbescheides, R. v. 24. September 1932. Hörsing bestritt zwar diese Vorwürfe (vgl. z. B. NK Nr. 17, 27. September bis 3. Oktober 1932), aber es wäre geradezu unverständlich, wenn er nicht versucht hätte, seine Reichsbannerkontakte für seine neue Partei fruchtbar zu machen. Daß die SRPD tatsächlich unter Reichsbannermitgliedern zu werben suchte, geht aus einem Schreiben der Reichsbannerortsleitung Hannover v. 23. September 1932 an den Gauvorstand Hannover hervor. NStAH, Des. 310 II, C 23.

[6]) R. v. 24. September 1932.

[7]) Die SRPD lehnte den Ausschlußbescheid als satzungswidrig ab und forderte ihre Anhänger auf, sich mit allen Mitteln gegen einen Ausschluß zur Wehr zu setzen. Vgl. dazu die Artikel „Um Reichsbannerehre“, NK Nr. 11 (16.—22. August 1932); „An den Bundesvorstand des Reichsbanners“, „Der Ausschlußbrief“, NK Nr. 16 (20.—26. September 1932); „Was haben wir ver-

Die Parteien allerdings, vor allem die SPD, waren von Anfang an rücksichtslos bekämpft worden[1]).

Das Verhältnis zum Reichsbanner blieb immer zwiespältig, da die inneren Bindungen an die republikanische Schutzorganisation niemals aufhörten. Die Sozialrepublikanische Partei war in gewisser Weise eine Fortführung des Bundes auf anderer Ebene, eine „Partei Reichsbanner"[2]), der der „Bund Reichsbanner" die Gefolgschaft verweigerte. Nicht nur die Organisationsstruktur mit ihren autoritären Komponenten, die den Charakter der Hörsing-Bewegung als Führerpartei bestimmten[3]), auch das ideologische Repertoire, Formen und Symbole, Terminologie und Schlagworte wurden fast unverändert übernommen. Wendungen wie „Die Republik über den Parteien", die Anrede „Kamerad"[4]), die Fahne Schwarz Rot Gold, eine betont nationalrepublikanische Einstellung[5]) und der

---

brochen", NK, Nr. 17 (27. September bis 3. Oktober 1932). Das Reichsbanner war deshalb gezwungen, gegen jeden einzelnen ein Ausschlußverfahren zu eröffnen. Wie unsicher dabei die juristische Position des Verbandes war, verrät das Verhalten im „Fall Hauff". Hauff, der langjährige stellvertretende Technische Leiter des Bundes, beantwortete den Ausschlußbescheid mit einer Feststellungsklage vor einem ordentlichen Gericht. Das Reichsbanner trat daraufhin sofort den Rückzug an. — Ende November 1932 zog dann die SRPD von sich aus die Konsequenzen und gründete einen eigenen Kampfverband, den „Republikanischen Schutzbund, Deutscher Bund für Arbeit und Sport". Vgl. dazu den Artikel „Republikanischer Schutzbund gegründet", NK Nr. 25 (22.—28. November 1932). Ebd. auch die Satzungen des Schutzbundes abgedruckt, der eine genaue Kopie des Reichsbanners war.

[8]) Die Lektüre der „Neuen Kampffront" verrät unzweideutig, daß das Reichsbanner vor dem 13. September ausgesprochen schonend behandelt wird. Nach diesem Datum wird der Bund allerdings heftig attackiert. Vgl. u. a. die Artikel: O. Hörsing, Reichsbanner am Abgrund; B. Hauff, Warum nur mit Hörsing?; K. Anker, Reichsbanner als Büttel der SPD, NK Nr. 16 (20. bis 26. September 1932); Reichsbanner terrorisiert Republikaner, NK Nr. 22 (1.—7. November 1932). Grundtenor aller Angriffe ist die Behauptung, der Verband habe seit dem Ausscheiden Hörsings seine „Überparteilichkeit" eingebüßt und sei zu einer Parteitruppe der SPD herabgesunken.

[1]) So schon Hörsing in seinem ersten Artikel: „Die Antwort an die Lindenstraße", NK Nr. 1 (8.—13. Juni 1932). Gleichwohl forderte die SRPD noch bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932, bei denen sie noch keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, ihre Mitglieder auf, die Parteien der Weimarer Koalition zu wählen. Vgl. NK Nr. 3 (21.—27. Juni 1932).

[2]) Schon in seinem ersten Artikel wies Hörsing mit Nachdruck darauf hin, daß man im „alten Sinn und Geiste des Reichsbanners" weiterarbeiten wolle. NK Nr. 1 (8.—13. Juni 1932). Später fühlt man sich gerade als „wahrer Hüter des Reichsbannergeistes", den das Reichsbanner selbst verraten habe.

[3]) Vgl. dazu die Organisationssatzungen und das Programm der SRPD, NK Nr. 1 (8. Juni bis 13. Juni 1932). Die Übereinstimmung mit der Reichsbannersatzung reicht bis in einzelne Formulierungen hinein.

[4]) Vgl. dazu vor allem den Artikel von A. Pape, Zeigt Schwarz Rot Gold, NK Nr. 6 (12. Juli bis 18. Juli 1932).

[5]) Vgl. u. a. den Artikel „Hörsings Mission: Nationale schwarzrotgoldene Aktion für Arbeitsbeschaffung", NK Nr. 21 (25.—31. Oktober 1932). Im Parteiprogramm tauchen u. a. als „nationale Forderungen" auf: sofortige Revision der Friedensverträge, Grenzkorrekturen zugunsten Deutschlands, Streichung der „Kriegsschuldlüge", koloniale Gleichberechtigung des Deutschen Reiches.

militante Republikanismus[1]): das alles war in gleicher Weise charakteristisch für die republikanische Schutzorganisation wie für die SRPD.

Was jedoch im Reichsbanner nur keimhaft vorhanden war, eine sich über die Parteien erhebende und sich von ihnen lösende eigenständige republikanische Ideologie, die zumindest der Möglichkeit nach bündisch-antiparteiliche Züge annehmen konnte[2]), gelangte in der Hörsing-Bewegung gleichsam zum Bewußtsein seiner selbst. Insofern erhielten die alten Formeln und Schlagworte in der Tat einen anderen Sinn. Eine im Reichsbanner harmlos klingende Wendung „Die Republik über den Parteien", legitime Selbstdarstellung des „gemeinrepublikanischen", „überparteilichen" Bundes, konnte auch schärfste Kritik an den Parteien enthalten, wenn ihnen damit ein „Nur-Partei-Sein", eine über Parteidogmen und eigensüchtigen Interessen das Gemeinwohl und die Belange der Gesamtnation vernachlässigende Haltung unterstellt wurde.

Eben das war bei der oft demagogischen Propaganda der Sozialrepublikanischen Partei weithin der Fall[3]). Sicherlich war die SRPD keine „Antipartei", da sie in deutlichem Gegensatz zu „faschistischen", „reaktionären" und „bündischen" Strömungen am parlamentarischen System festhielt; aber „Deutschlands erste republikanische Partei"[4]) fällte, wenn sie die Bilanz zog aus zwölf Jahren Republik, ein so vernichtendes Urteil über die den Staat tragenden Parteien und unterzog ihre „Ismen", Doktrinen und Theoreme einer so unbedingten Kritik, daß der Weg zu einer prinzipiellen „Systemkritik" nicht mehr weit schien[5]).

Man würde der SRPD nicht gerecht, wollte man die Schärfe der Angriffe allein mit persönlichen Ressentiments und Erfordernissen der Propaganda erklären. Der einst als „Trommler der Republik" gefeierte Hörsing brachte im Grunde nur das auf eine aggressive Formel, was er in den Jahren zuvor, durch Parteirücksichten gehemmt, nicht hatte offen aussprechen können. Damit ist schon gesagt, daß der „Systemkritik" der Sozialrepublikaner eine symptomatische Bedeutung zukommt. Man dürfte kaum fehlgehen, wenn man behauptet, daß sie Stimmungen und Unlustgefühle artikulierte, die weit über den kleinen Kreis der engeren Gefolgsleute Hörsings hinaus verbreitet waren. Auch unter den

[1]) Typisch dafür einige Forderungen des Programms: alle Beamtenstellungen dürfen nur mit unbedingt verfassungstreuen Republikanern besetzt werden. Härteste Bestrafung aller Personen, die durch Geld, Wort oder Tat antirepublikanische Gruppen fördern.

[2]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 330 ff.

[3]) So schon in dem ersten Artikel Hörsings „Die Antwort an die Lindenstraße", NK Nr. 1 (8.—13. Juni 1932).

[4]) Schlagzeile in der NK Nr. 21 (25.—31. Oktober 1932). Der Anspruch wird begründet in einem Artikel von Paul Crohn, ebd.

[5]) Bezeichnend für diese „demagogische" Sprache ein mehrzeiliges Gedicht mit dem Titel: „Die Nachtwächterparteien". Die erste Strophe lautet: „Sie hatten Pläne, sie hatten Ideen, und wir konnten ruhig zugrunde gehn, sie schliefen die Jahre in seeliger Ruh', ein Nachtwächter schloß ihre Türen zu. Der Nachtwächter war ihr Ismus, Sozialismus oder Faschismus."

republiktreuen Schichten verlor das „System" zunehmend an Kredit, da man ihm eine Lösung der durch die Wirtschaftskrise aufgeworfenen Probleme nicht mehr zutraute. Das Aufkommen der sozialrepublikanischen Fronde kann deshalb als Indiz dafür gelten, daß das Unbehagen am Weimarer „Parteienstaat" bereits die republikanischen Kerntruppen selbst erfaßt hatte.

Gleichwohl ist es der SRPD nicht gelungen, aus dieser Situation politisches Kapital zu schlagen. Hörsing fiel einem doppelten Trugschluß anheim, wenn er glaubte, unzufriedene Angehörige der republikanischen Parteien würden zuhauf in seine Bewegung eilen[1]). Er unterschätzte beim Zentrum wie bei der SPD die Stärke und Intensität der „weltanschaulichen" Bindungen, denen diese Parteien in erster Linie ihre Immunität gegenüber den totalitären Bewegungen verdankten. Für einen Sozialdemokraten, wie immer er das Programm der SRPD beurteilte, blieb Hörsings Verhalten „schlimmster Verrat" — Emotionen, die die Partei geschickt gegen den ehemaligen Reichsbannervorsitzenden auszuspielen wußte[2]).

Überschätzt hat Hörsing dagegen die mögliche Wirkung seiner staatspolitischen Appelle. Mit schwarzrotgoldenen Parolen und dem Schlachtruf „Mehr Republik" war selbst im „republikanischen" Lager kaum Stimmenfang mehr zu betreiben, geschweige denn bei jenen radikalisierten Massen, die längst gegen das „System" votiert hatten. Hörsing gab sich einer naiven Selbsttäuschung hin, wenn er als vornehmstes Ziel der Bewegung deklarierte, jene Wähler zurückzugewinnen, die der Republik enttäuscht den Rücken gekehrt hätten[3]). Denn die SRPD krankte im Grunde an den gleichen Gebrechen, denen auch andere Frontbildungen der demokratisch-republikanischen Mitte zum Opfer gefallen waren. Sie besaß keine Stütze im Außerpolitischen, auf der die zumindest defensive Stärke von Zentrum und SPD beruhte. Parteien, die nur Träger politischer Anschauungen waren, stellten keine geeignete Abwehrbasis gegenüber den totalitären Bewegungen mehr dar. Die SRPD versuchte zwar, um für die Konkurrenz mit den Extremisten gewappnet zu sein, sich dem „Geist der Zeit" anzupassen, indem sie den Führerstil kopierte und den Massen in demagogischer Weise Arbeit und Brot versprach. Aber solche Mittel reichten nicht aus, um eine politische Offensive zu führen und verlorenes Terrain für die Republik zurückzugewinnen. Die Hörsing-Bewegung war ein verspäteter Versuch zu unpassender Zeit und deshalb schon vom Ansatz her zum Scheitern verurteilt.

Hinzu kamen die immanenten Unzulänglichkeiten der Partei, die nicht zuletzt in der Person ihres Vorsitzenden begründet lagen. Denn dem ehemaligen

[1]) Der Vorwurf des Reichsbanners, Hörsings Vorgehen führe zur Zersplitterung des republikanischen Lagers, war deshalb gewiß nicht unberechtigt. Vgl. R. v. 24. September 1932.

[2]) So E. Heilmann, in: Das Freie Wort v. 27. Oktober 1932.

[3]) Vgl. NK Nr. 1 (8.—13. Juni 1932), Nr. 19 (11.—17. Oktober 1932), Nr. 21 (25.—31. Oktober 1932).

Magdeburger Oberpräsidenten, der Gegenstand eines oft lächerlich wirkenden Führerkults war[1]) und in Werbeslogans — „Wollt ihr nicht länger stempeln gehn, wollt Arbeit ihr und Brot, müßt ihr zu Otto Hörsing gehn; er hilft euch aus der Not." „Es laufen alle Räder, es blühet jeder Stand, nimmt erst der ‚Schmied von Magdeburg' das Steuer in die Hand"[2]) — als Wirtschaftsmagier und politischer Messias angepriesen wurde, ging ganz und gar das „Charisma" eines großen Führers ab, als daß er als Wahlmagnet und Idol einer republikanischen Volksbewegung hätte dienen können. Dem vor der Wahl pathetisch angekündigten „Bekenntnis aller Schichten zu Otto Hörsing", die von den „republikanischen Müttern" über die Philosophen, Studenten, Steuerberater, bis zu den Kurzarbeitern und Arbeitslosen reichten[3]), entsprach am Wahltag selbst nur eine Gesamtzahl von nicht ganz 9000 Stimmen[4]). Damit schied die Bewegung als politisch ernst zu nehmender Faktor aus, mochte auch ein Horoskop, das nach der Wahl zur psychologischen Aufrichtung der Getreuen eingeholt wurde, der SRPD nach anfänglichen Zeiten der „Dürre" große Erfolge in Aussicht stellen[5]).

Noch sehr viel mehr als die „Linksabweichung" der SAP erwies sich die „Rechtsabweichung" der SRPD[6]) als ein Schlag ins Wasser, der das Gefüge der SPD in keiner Weise zu erschüttern vermochte. Wenn Hörsing auf seine zweifellos vorhandene Popularität im Reichsbanner Hoffnungen gesetzt hatte, so wurde

---

[1]) Der Führerkult begann schon in der ersten Nummer der „Neuen Kampffront" mit einem Artikel von Dr. F. Heimann-Silesius, Der Führer, NK Nr. 1 (8.—13. Juni 1932). Vgl. weiterhin: „Übertritt von SPD zu Hörsing", NK Nr. 12 (23.—29. August 1932); „Warum nur mit Hörsing", NK Nr. 16 (20.—26. September 1932); „Hörsings Mission", NK Nr. 21 (25.—31. Oktober 1932); „Bekenntnis aller Schichten zu Hörsing" (es folgen Kurzartikel wie: Wir republikanischen Mütter, Wir Hausangestellten, Wir Philosophen), NK Nr. 21 (25.—31. Oktober 1932). In den Wahlaufrufen hieß es immer: Wählt SRPD, Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung. Ab Oktober 1932 erschien auf der Titelseite jeder Nummer der „Neuen Kampffront" ein Porträt Hörsings.

[2]) NK Nr. 21 (25.—31. Oktober 1932). Ähnliche Slogans auch in allen anderen Nummern. Eine weitere Kostprobe: „Die mageren Jahre sind zu Ende, die fetten Jahre fangen an, legt ihr die Macht in dessen Hände, der euch erretten kann."

[3]) Vgl. NK Nr. 21 (25.—31. Oktober 1932).

[4]) Vgl. NK Nr. 23 (8.—14. November 1932). Die Niederlage wird unumwunden zugegeben, aber man betont, daß auch die NSDAP sehr klein angefangen habe, und deshalb laute der Schlachtruf „Der Kampf geht weiter".

[5]) Vgl. den Artikel „Das Horoskop der SRPD", NK Nr. 26 (29. November bis 5. Dezember 1932). In einer redaktionellen Vorbemerkung wird zwar eingeräumt, daß der Wissenschaftscharakter der Astrologie noch stark umstritten sei, aber immerhin habe 1927 der Astrologe Glahn den Aufstieg der NSDAP schon richtig vorhergesagt. Dieses Horoskop sei mit den besten Hilfsmitteln, die die Astrologie heute zu bieten habe, auf das Gewissenhafteste hergestellt worden.

[6]) Die SRPD trat zwar mit dem offensichtlich von Lemmer geprägten Schlagwort, sie wolle wirtschaftlich rechts und politisch links von der SPD stehen, an die Öffentlichkeit (zu Lemmers Urheberschaft vgl. den Artikel „Ernst Lemmer", NK Nr. 16, 20.—26. September 1932), das „links" von der SPD kann jedoch allenfalls „entschiedener republikanisch" bedeuten. Es handelt sich bei der SRPD eindeutig um eine Rechtsabsplitterung. Bezeichnend auch, daß Hörsing als „deutscher MacDonald" gefeiert wurde. Vgl. NK Nr. 19 (11.—17. Oktober 1932).

er auch darin restlos enttäuscht. Nur wenige Ortsgruppen, so in Soest, mußten wegen „Hörsing-Abweichung" aufgelöst werden[1]). Kaum jemand war bereit, dem alten Bundesführer auf seinem neuen Wege zu folgen.

Einen Aderlaß gab es allerdings in der Führungsspitze des Bundes. Nicht nur der schon Ende des Jahres 1931 zugleich mit Hörsing „kaltgestellte" ehemalige Bundesschatzmeister Paul Crohn, der vielleicht als spiritus rector der ganzen Bewegung anzusehen ist[2]), der Bundesjugendführer Artur Pape und der Stiefsohn Hörsings, der Bundeskassierer Waldemar Schulz, schieden aus[3]). Wenig später folgten der stellvertretende technische Leiter, der sich zur Staatspartei bekennende Führer der „Republikanischen Aktion", Major a. D. Hauff[4]) und der zum Sozialdemokraten gewordene ehemalige Adjutant des Kronprinzen, Major a. D. Kurt Anker, der als „Musterbeispiel werktätiger monarchistischer Reue" in Reichsbannerkreisen gern umhergereicht worden war[5]).

Bemerkenswert ist, daß auch Ernst Lemmer eine Zeitlang mit dem Gedanken eines Anschlusses an die SRPD gespielt hat. Er verhielt sich zunächst abwartend, zog dann aber die Zusicherungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, bei den kommenden Wahlen einige Staatsparteiler auf die Reichsliste der SPD zu setzen, einem Zusammengehen mit Hörsing vor[6]). Vielleicht erklärt gerade der zeitweilige „Flirt" mit Hörsing, daß Lemmer späterhin im Gegensatz zu seinen „bürgerlichen" Vorstandskollegen Dr. Bohner und Dr. Schreiner, die sich

---

[1]) Vgl. dazu eine kurze Notiz, R. v. 5. November 1932. Vgl. Osterroth, Memoiren, der berichtet, daß es in drei Orten zu Abspaltungen gekommen sei.

[2]) So Osterroth, Memoiren, der die damalige Stimmung in der Reichsbannerzentrale wiedergibt. Crohn war schon im Dezember 1931 gezwungen worden, sein Amt als Bundesschatzmeister zur Verfügung zu stellen, weil man glaubte, er sei der „böse Geist", der Hörsing zu seinem „Volkskurier"-Projekt veranlaßt habe. Vgl. dazu auch Hörsings Abschiedsschreiben v. 4. Juni 1932.

[3]) Vorstands- und Gründungsmitglied der SRPD war weiterhin noch der Rechtsanwalt Dr. Adolf Hamburger.

[4]) Vgl. dazu den Artikel von Hauff, Warum nur mit Hörsing?, NK Nr. 16 (20.—26. September 1932). Hauff wollte zunächst nur zusammen mit Ernst Lemmer übertreten, kam dann aber allein, obwohl Lemmer einen Rückzieher machte.

[5]) Anker gehörte nicht dem Reichsbannerbundesvorstand an, war aber ein prominenter Versammlungsredner. Ankers Austrittserklärung aus der SPD (abgedruckt: NK Nr. 14, 6. September bis 12. September 1932) beantwortete das Reichsbanner mit einer gehässigen Polemik, in der Anker empfohlen wurde, doch zu „seinem Kronprinzen" zurückzukehren. R. v. 17. September 1932. Ankers Replik bestand in der Aufforderung an Mayr, doch zu Hitler zurückzukehren, dessen begeisterter Gefolgsmann er einst gewesen sei. NK Nr. 16 (20.—29. September 1932).

[6]) Detaillierte Schilderung dieser Vorgänge in dem Artikel Hörsings: „Ernst Lemmer", NK Nr. 16 (20. September bis 26. September 1932). Die Angaben Hörsings, auch die Tatsache, daß Lemmer seine Hörsing-Kontakte bei seinen Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand als Druckmittel einsetzte, dürften unbedingt glaubwürdig sein. Lemmer, der ja auch einer der Hauptinitiatoren bei der Staatspartei-Gründung gewesen war, suchte ständig nach Auswegen und neuen Möglichkeiten, da die Staatspartei kein politisch ernst zu nehmender Faktor mehr war. Das erklärt auch sein von Hörsing als „Treubruch" empfundenes Verhalten.

um eine Vermittlungsaktion bemühten[1]), das Verdikt gegen die Sozialrepublikaner ausdrücklich guthieß[2]).

Das Verhalten der nichtsozialdemokratischen Bundesvorstandsmitglieder scheint zu bestätigen, daß Hörsing in der Tat durch „Machenschaften der Sozialdemokratischen Partei" gestürzt wurde[3]). Gleichwohl enthält diese Behauptung nicht die volle Wahrheit. Denn unter den Männern, die aktiv für eine Ablösung des langjährigen Vorsitzenden eintraten, weil sie ihn für verbraucht und unfähig hielten, finden wir auch prominente Nichtsozialdemokraten. Der Staatsparteiler Nowack wirkte als treibende Kraft in einer Berliner Reichsbannerfronde, die ganz offen unter der Parole „Für Höltermann, gegen Hörsing" agitierte[4]). Daß Höltermann selbst die Stimmung gegen den ersten Vorsitzenden schürte, läßt sich nicht nachweisen. Als ihm die Macht angetragen wurde, griff er schnell und beherzt zu. Er bedauerte jedoch offensichtlich den harten Bruch und wäre an einem „gentlemen's agreement" interessiert gewesen, das Hörsing in der Stellung eines Ehrenvorsitzenden belassen hätte[5]).

Die Vorgänge zeigen deutlich, daß der Führungswechsel nicht ausschließlich unter einem parteipolitischen Vorzeichen stand. Die „bürgerlichen" Vorstandsmitglieder verhielten sich zumeist neutral, da sie in der ganzen Affäre nur einen Streit um Personen sahen, der die Grundlagen des Verbandes nicht berührte[6]). Wenn Hörsing wegen seiner politischen Einstellung und seiner oft bewiesenen Loyalität Sympathien besaß[7]), so in gleicher Weise Höltermann, gegen dessen „Machtantritt" sich keinerlei Opposition erhob, zumal man von ihm, dem noch unverbrauchten „Kämpfertyp"[8]), neue Impulse für das Reichsbanner er-

[1]) Vgl. dazu NK Nr. 16 (20. September bis 26. September 1932), wo die Gerüchte bestätigt werden, daß auf Betreiben einiger Reichsbannerführer, vor allem solcher aus dem Zentrum, von Höltermann eine Vermittlungsaktion eingeleitet worden sei.

[2]) Vgl. dazu R. v. 24. September 1932 und den erwähnten Artikel Hörsings über Ernst Lemmer, a.a.O.

[3]) Löwenstein, Tragödie, S. 70.

[4]) Dr. Nowack betont, daß er zusammen mit anderen Berliner Reichsbannerführern wie Wiegner und Haubach bewußt auf die Absetzung Hörsings hingearbeitet habe, weil von dem langjährigen Bundesvorsitzenden keinerlei Aktivität mehr zu erwarten gewesen sei (mündliche Auskünfte). Neben Nowack gehörte wohl auch der Berliner Gauvorsitzende Neidhardt zur Anti-Hörsing-Fronde. Vgl. dazu NK Nr. 16 (20. September bis 26. September 1932). Angehörige des Gauvorstandes Berlin oder Kreise aus dem „Büro Gebhardt", dem politischen Büro des Verbandes in Berlin, hatten auch verschiedene Artikel im „Acht-Uhr-Abendblatt" lanciert, in denen Hörsing völliges Versagen vorgeworfen worden war. Vgl. dazu das Abschiedsschreiben Hörsings v. 4. Juni 1932.

[5]) Vgl. dazu auch das Abschiedsschreiben Hörsings v. 4. Juni 1932, das keinerlei Angriffe gegen Höltermann enthält.

[6]) So Dr. Krone (mündliche Auskunft). Bezeichnend auch, daß sich die „bürgerlichen" Vorstandsmitglieder Bohner und Schreiner bei der entscheidenden Abstimmung am 13. September 1932 der Stimme enthielten.

[7]) So Dr. Krone (mündliche Auskunft).

[8]) Wörtliche Formulierung von Dr. Krone. In der breiten Öffentlichkeit wurden die Vorgänge ganz ähnlich beurteilt. Vgl. dazu auch Galéra, Kampf um die nationale Macht, II, S. 113.

hoffte. Festhalten muß man jedoch, daß der entscheidende Anstoß zur Ausschaltung des langjährigen Bundesvorsitzenden von der SPD ausging, die ihm seit seiner „Volkskurier-Episode" zutiefst mißtraute[1]). Hörsing wußte sehr wohl, warum er sich Ende 1931 gerade an den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Otto Wels mit der Anfrage wandte, ob „im Reichsbanner alles beim alten bleiben" werde[2]): der Vorsitzende des Verbandes konnte sich nur dann in seinem Amt sicher fühlen, wenn er die „Lindenstraße" zumindest nicht gegen sich hatte.

Die innere Abhängigkeit des Bundes von der SPD erklärt auch die scharfen Maßnahmen gegen die Sozialrepublikanische Partei. Daß Hörsing und mit ihm die übrigen Bundesvorstandsmitglieder aus ihren Ämtern entfernt wurden, war aus Gründen der „Verbandsräson" wohl unumgänglich. Das über die Mitglieder der Sozialrepublikanischen Partei, deren „republikanische Zuverlässigkeit" einfach nicht in Frage gestellt werden konnte, ausgesprochene Verdikt verstieß jedoch eindeutig gegen die offiziell proklamierte Überparteilichkeit des Bundes. Es war mit der Vokabel „Reichsbannerdisziplin" nicht zu motivieren, sondern nur dann zu begründen, wenn man sich den Parteistandpunkt der SPD zu eigen machte. Es wirkte grotesk, wenn man den Staatsparteileiter Hauff, um ein bezeichnendes Beispiel zu nennen, aus dem Bunde ausschloß, weil er zu Hörsing stieß, während doch andererseits die Splittergruppe der Radikaldemokraten offiziell als „Reichsbannerpartei" anerkannt wurde[3]).

Immerhin vermochte der Bundesvorstand sich bei seinen Maßnahmen auf eine schon in der Ära Hörsing übliche Praxis zu berufen, allen sich von der SPD lösenden Gruppen nach kurzer Zeit auch den Bannstrahl des Reichsbanners nachzusenden[4]). Insofern konnten die Anschuldigungen der ausgeschlossenen SRPD-Mitglieder, der Bund habe, seitdem man Hörsing ausgeschaltet und sich auf das „Abenteuer der Eisernen Front"[5]) eingelassen habe, seine Überparteilichkeit verloren und sei zu einem „Büttel der SPD" herabgesunken[6]), nicht recht zu überzeugen. Das Faktum selbst, die stärkere sozialdemokratische Ausrichtung im Zeichen der „Eisernen Front", war kaum zu bezweifeln. Die Akzente wurden jedoch falsch gesetzt, wenn man, wie das in der gegnerischen

[1]) Vgl. dazu Osterroth, Memoiren; Höltermann, Denkschrift.

[2]) Vgl. das Abschiedsschreiben Hörsings v. 4. Juni 1932.

[3]) Vgl. R. v. 13. Dezember 1930.

[4]) Vgl. dazu die dem Ausschlußbescheid vom 13. September beigegebene Begründung, die ausdrücklich auf die Maßnahmen gegen die ASPD und die SAP verweist. Man bewege sich deshalb nur in Bahnen, die Hörsing selbst vorgezeichnet habe. R. v. 24. September 1932. Hörsing dagegen erklärt, diese Beschlüsse seien gegen seinen ausdrücklichen Willen gefaßt worden. Er habe sie jedoch ausführen müssen, weil er an die Mehrheitsbeschlüsse gebunden gewesen sei. Überdies könne die „entschieden republikanische" SRPD nicht mit SAP und ASPD in einen Topf geworfen werden. Vgl. NK Nr. 17 (27. September bis 3. Oktober 1932).

[5]) So Paul Crohn, NK Nr. 14 (6. September bis 12. September 1932).

[6]) So Anker, NK Nr. 16 (20. September bis 26. September 1932).

Presse gelegentlich geschah, die „Ablösung des rundlichen bourgeoisen Hörsing“ durch den „sehr viel radikaleren Höltermann“[1]) damit in ursächlichen Zusammenhang brachte. Der neue Bundesführer stand an sich kaum weniger „rechts“ als sein Vorgänger, war alles andere als ein „radikaler Linker“ und deshalb nicht persönlich für die neue Entwicklung verantwortlich. Bedeutsam wurde die „Personenfrage“ in anderer Hinsicht. Der Führungswechsel im Verbande brachte junge, unverbrauchte Kräfte nach vorn, deren Initiative und Aktivität dem Reichsbanner neue Impulse verlieh. Die neue Ära unter Höltermann stand von Anfang an im Zeichen der „Eisernen Front“.

[1]) St. v. 31. Januar 1932.

II. Das Reichsbanner im Zeichen der „Eisernen Front"

1. Gründung und politischer Charakter der „Eisernen Front"

Autor und Geburtsstunde des symbolischen Namens lassen sich nicht genau bestimmen. Der „Vaterschaftsnachweis" Franz Osterroths, der dem Magdeburger sozialdemokratischen Redakteur E. R. Müller das „Verdienst" zuschreibt, in einem Bericht über eine Massenkundgebung sozialdemokratischer Organisationen am 21. November zum ersten Male die Wendung „Eiserne Front" verwandt zu haben[1]), bedarf einer wesentlichen Korrektur. Das Wort selbst ist älter. Bereits kurz nach dem 11. Oktober 1931, dem Gründungsdatum der Harzburger Front, taucht es in einer Rede Otto Hörsings auf[2]), der es vermutlich schon von anderer Seite aufgegriffen hat[3]). Immerhin mag erst die Schlagzeile in der Magdeburger „Volksstimme" den am 22. November zusammentretenden Bundesrat des Reichsbanners bewogen haben, seine Bemühungen um die Schaffung eines großen antifaschistischen Abwehrkartells unter das Motto zu stellen: „Wir schaffen die Eiserne Front... Der Front der Staatsfeinde muß die Eiserne Front der staatstreuen Bürger entgegengestellt werden[4])."

Der Ruf, die republikanischen Parteien und Gewerkschaften aller Richtungen sollten sich, „unbeschadet ihrer verschiedenen Auffassung in vielen Dingen", zum „Kampf gegen den Nationalsozialismus für die Rettung der demokratischen Republik" enger zusammenschließen[5]), war schon in vergangenen Zeiten wiederholt erhoben worden. Unmittelbar nach der Wahlkatastrophe des 14. September 1930 hatte der Bundesrat des Reichsbanners die gleiche Forderung gestellt[6]). Den damaligen Bestrebungen war jedoch ein praktischer Erfolg versagt geblieben[7]). Als die ersten kritischen Wochen nach dem 14. September ruhig verliefen, erholte sich das republikanische Lager relativ schnell von dem „Nazischrecken"

[1]) So Osterroth, Memoiren. Die Massenkundgebung war angesetzt, um gegen das Verhalten der Reichsregierung zu protestieren, die gegen einen geplanten Rundfunkvortrag Höltermanns über „Arbeiterschaft und Staat" ihr Veto eingelegt hatte.

[2]) Vgl. St. v. 18. Oktober 1931. Auch im „Hannoverschen Kurier" v. 17. Dezember 1931 wird darauf hingewiesen, daß Hörsing schon vor längerer Zeit die Eiserne Front angekündigt habe.

[3]) Hörsing hat den Namen gewiß nicht selbst „erfunden". Möglicherweise war Fritz von Unruh an der Wortprägung beteiligt, der sich, allerdings zu Unrecht, als Gründer der Eisernen Front bezeichnete. Vgl. Graf Keßler, Tagebücher 1918—1937, passim, und briefliche Auskünfte Fritz von Unruhs. Auffällig ist, daß Unruh ein starkes persönliches Interesse für die Wortprägung bekundete. In einem Schreiben an Höltermann v. 12. Februar 1932 (Sammlung Osterroth) verlangte er, man müsse sofort einer Propagandaformel von Goebbels — die Nationalsozialisten würden der „eisernen Front" eine „lebendige Front" entgegensetzen — mit allen Mitteln begegnen.

[4]) R. v. 28. November 1931.

[5]) R. v. 28. November 1931.

[6]) Vgl. R. v. 27. September 1930.

[7]) Nur an einigen wenigen Orten hatten sich schon damals Abwehrkartelle und Aktionsausschüsse gebildet. Vgl. R. v. 6. Dezember 1930 (Beilage für die Gaue Franken, Oberbayern, Oberpfalz und Niederbayern, Württemberg).

und gab sich bald wieder einem „rosaroten Optimismus" hin[1]). Das Reichsbanner betrieb zwar mit Nachdruck die Aufstellung der Schufo; eine Notwendigkeit, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen, schien jedoch nicht zu bestehen.

Erst der spektakuläre Zusammenschluß der „nationalen Opposition" in Harzburg scheuchte die Linke aus ihrer Ruhe auf. Alarmierend wirkte gleichzeitig das Ergebnis der hessischen Landtagswahlen, die bei großen Verlusten der SPD die im Landtag von 1927 noch nicht vertretene NSDAP zur stärksten Fraktion werden ließen. Als wenig später die Boxheimer Dokumente bekannt wurden, erreichte die Erregung ihren Höhepunkt. Aus dieser politisch-psychologischen Situation heraus ist ziemlich „spontan", so wird man mit einem gewissen Recht formulieren können, die Eiserne Front entstanden; denn die stärksten Impulse gingen von der Basis aus[2]). Dem sozialdemokratischen Parteivorstand, der von der „neuen Erfindung" zunächst nicht „begeistert" war, mußte die Bewegung gleichsam „aufgezwungen" werden[3]).

Das Verdienst, die neue Idee zuerst auf den Konferenztisch politischer Verantwortlichkeit gebracht zu haben, kommt dem Reichsbanner zu, das mit seinem Appell vom 22. November dem noch unartikulierten Drang der Massen nach einer befreienden Tat eine klare Richtung wies. Schon wenige Tage später fand der Aufruf im Gewerkschaftslager ein nachhaltiges Echo[4]). Als am 16. Dezember Vertreter des ADGB, der SPD, der Arbeitersportler, des Afa-Bundes und des Reichsbanners zu einer vom ADGB einberufenen Konferenz im Plenarsaal des vorläufigen Wirtschaftsrates zusammentraten[5]), wich auch die Parteileitung einer Entscheidung nicht mehr aus. Otto Wels selbst griff jetzt die neue Parole auf und betonte: „Die Front, die wir schmieden, hat man die ‚Eiserne Front' genannt. Wir nehmen den Namen an. Wir werden zeigen, daß wir eisern zusammenstehen[6])." Damit war der Startschuß für die Gründung des Abwehrkartells gegeben.

Was unter dem „wir" zu verstehen war, blieb allerdings vorerst unbestimmt. Der Aufruf des Reichsbanners vom 22. November ließ vermuten, daß der po-

[1]) So Haubach, R. v. 23. Mai 1931. Vgl. auch Leber, Ein Mann geht seinen Weg, S. 235.

[2]) Vgl. dazu auch ein Schreiben des Afa-Bundes an den Vorstand des ADGB v. 28. Oktober 1932, in dem es u. a. heißt, die Eiserne Front sei ja „aus einer ausgesprochen gegenrevolutionären Bewegung heraus ziemlich spontan entstanden". Bebel-Archiv NB 477. Auf die Impulse von unten weist neben Leber auch Osterroth hin, Memoiren.

[3]) So Leber, a.a.O., S. 240.

[4]) Vgl. dazu einen vermutlich für die Gewerkschaftspresse bestimmten Aufruf des ADGB-Vorstandes mit dem Datum v. 30. November 1931. Bebel-Archiv NB 476.

[5]) Die Vorbereitung dieser Konferenz, die sich vor allem mit den jüngsten Brüningschen Notverordnungen befassen sollte, lag in der Hand von Schlimme. Es nahmen 147 Delegierte des ADGB und seiner Verbände, 28 des Afa-Bundes, 28 des ADB, 47 der SPD, 7 des Reichsbanners und 7 des Arbeitersportkartells teil. Vgl. dazu zwei handschriftliche Aufzeichnungen Schlimmes v. 14. Dezember 1931 und v. 16. Dezember 1931. Bebel-Archiv NB 476.

[6]) Vgl. die Broschüre: Leipart und Breitscheid über die Notverordnung, Berlin 1931, S. 30, und „Gewerkschaftszeitung" Nr. 52 v. 26. Dezember 1931. Bebel-Archiv NB 476.

litische Rahmen sehr weit gespannt werden sollte. An dieser umfassenden Konzeption hielt auch der hannoversche „Volkswille" fest, als er es am 22. Dezember unternahm, seinen Lesern das durch die Presse geisternde neue Schlagwort zu erläutern. Die Zeitung definierte die Eiserne Front als „politischen Zweckverband mit einem begrenzten Ziel", als „Abwehraktion sämtlicher republikanischer Parteien, Bünde, Gewerkschaften und Vereine" und erwähnte ausdrücklich fünf Staffeln, die die Bewegung tragen sollten: das Reichsbanner, die freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die Arbeitersportler, den Reichsbund der Kriegsbeschädigten und das Kartell republikanischer Verbände[1]).

Der Kommentar des „Volkswillens" eilte jedoch den Tatsachen weit voraus. Der auf Indiskretionen beruhende Artikel spiegelte nur die Überlegungen einiger Gründer wider. Verhandlungen hatten zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht stattgefunden[2]). Es entstand deshalb eine peinliche Situation, als die Eiserne Front von fast allen nichtsozialdemokratischen Gruppen eine demonstrative Abfuhr erhielt. Die Staatspartei duldete dennoch späterhin den Anschluß einzelner Landesverbände[3]). Die Einstellung der „bürgerlichen" Parteien war jedoch zumeist deutlich ablehnend[4]).

Die negative Reaktion des Zentrums, mit dem offensichtlich nie verhandelt worden ist[5]), kam wenig überraschend. Bitterer und unerwarteter war die schroffe Absage der christlichen Gewerkschaften[6]), auf deren Teilnahme man verschiedentlich gehofft hatte, da sich auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet in den

[1]) Volkswille v. 22. Dezember 1931, Artikel: „Eiserne Front". BA, ZSg 103/1348. Auch in einem Artikel in der „Deutschen Volkszeitung" v. 11. Januar 1932 wird an dieser Konzeption noch festgehalten.

[2]) Vgl. Volkswille v. 30. Dezember 1931, Artikel: „Um die Eiserne Front. Werden die Christlichen Gewerkschaften mitmachen?" Die Pläne waren angeblich durch die Indiskretion Schützingers bekanntgeworden und dann über eine Berliner Korrespondenz an die Öffentlichkeit gedrungen. Aufschlußreich für diese Vorgänge ist auch das Rundschreiben Nr. 10 der Staatspartei v. 25. Februar 1932. BA, Nachlaß Dietrich, Nr. 250. Danach hat vor allem Höltermann das Ziel verfolgt, eine breite republikanische Front zu schaffen.

[3]) So schloß sich z. B. die Staatspartei in Mecklenburg der Eisernen Front an. Vgl. R. v. 20. Februar 1932. Ursprünglich gab es Kreise in der Staatspartei, die nachdrücklich für einen Beitritt zur Eisernen Front plädierten. Als alle nichtsozialdemokratischen Organisationen eine Absage erteilten, blieb auch der Staatspartei nichts anderes übrig, wenn sie nicht zu einem Anhängsel der SPD werden wollte. Vgl. dazu die Begründung in dem erwähnten Rundschreiben v. 25. Februar 1932.

[4]) Die negative Einstellung der „bürgerlichen" Parteien spiegelt sich deutlich in einigen Korrespondenzen des ADGB. Vgl. ein Schreiben des ADGB-Ortsausschusses Barmen-Elberfeld-Vohwinkel an den Vorstand des ADGB v. 29. Februar 1932 und ein Schreiben des Gewerkschaftsfunktionärs Brennecke an den Bundesvorstand des ADGB v. 4. März 1932. Bebel-Archiv NB 476.

[5]) Kein ehemaliger Reichsbannerführer aus dem Zentrum oder der DDP kann sich an solche Verhandlungen erinnern, und man darf annehmen, daß diese Männer als Kontaktpersonen benutzt worden wären.

[6]) In dem erwähnten Artikel „Um die Eiserne Front. Werden die Christlichen Gewerkschaften mitmachen?", a.a.O., werden die Christlichen Gewerkschaften geradezu beschworen, ihren Beschluß, der aus der Verärgerung heraus verständlich sei, noch einmal zu überdenken.

letzten Monaten eine Art gewerkschaftlicher Einheitsfront herausgebildet hatte[1]). Als sich auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften[2]) und der Deutsche Beamtenbund einer gemeinsamen „antifaschistischen" Aktion verschlossen[3]), war von der ursprünglichen Konzeption des Reichsbanners nur noch wenig übriggeblieben. Die Bewegung wurde zwangsläufig zu einer „roten" Organisation. Damit war allen vorschnellen Parolen, mit Harzburger Front und Eiserner Front bilde sich eine Art Zweiparteiensystem heraus[4]), der Boden entzogen. Denn der politische Katholizismus hielt sich abseits und suchte seine Manövrierfähigkeit nach allen Seiten zu bewahren.

Immerhin fühlten sich wenig später auch die Christlichen Gewerkschaften bemüßigt, zusammen mit anderen katholischen Verbänden Abwehrmaßnahmen gegen „Diktatur und Reaktion"[5]) zu ergreifen. Im Frühjahr 1932 entstand, vermutlich auf Anregung der Eisernen Front[6]), als katholische Parallelorganisation die sog. „Volksfront". Als Kampfsymbol wählte sie ein Abzeichen in der Form eines niederfahrenden Blitzes. Als Uniformersatz diente eine blaue Schirmmütze mit Stirnband. Der Kampfruf „Frei-Volk-Frei" zerfiel in Gruß und Antwort und wurde durch ein straffes Emporrecken der rechten Faust plastisch untermalt[7]) — alles Anpassungen an den typischen Propagandastil der Zeit. Die Bewegung ist indes über erste Ansätze nie hinausgelangt, obwohl sie noch im Sommer 1932 dazu überging, eigene „Hundertschaften" aufzustellen[8]). Freundliche Kommentare des Reichsbanners, das die „marschbereiten Kolonnen"[9]) der „Volksfront" feierte und in ihnen „wertvolle Bundesgenossen" im

[1]) Vgl. z. B. die gemeinsame Erklärung der Freien, Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften v. 1. Oktober 1931 gegen eine Kundgebung der Spitzenverbände der Wirtschaft v. 29. September 1931. Bei Horkenbach 1931, S. 323 f., wiedergegeben unter dem Titel: „Einheitsfront der Gewerkschaften". Auf diese Erklärung weist auch der erwähnte Artikel des „Volkswillens" in beschwörendem Tone hin.

[2]) Ernst Lemmer und das Vorstandsmitglied Flamme traten dort allerdings für die Eiserne Front ein. Vgl. dazu ein Schreiben des ADGB-Vorstands (Schlimme) an das Bezirkssekretariat des ADGB Hannover v. 8. März 1932. Bebel-Archiv NB 476.

[3]) Vgl. dazu ein Schreiben des ADB (Allgemeiner Deutscher Beamtenbund) an den Vorstand des Deutschen Beamtenbundes (DBB) v. 16. Januar 1932 und das Antwortschreiben des DBB an den ADB v. 23. Januar 1932 sowie ein Schreiben des ADB an Graßmann v. 26. Januar 1932, in dem auf die vergeblichen Bemühungen um den DBB verwiesen und dem ADGB ein besserer Erfolg gewünscht wird. Bebel-Archiv NB 476. — Auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband gab demonstrativ eine ablehnende Erklärung an die Presse. Vgl. Horkenbach 1931, S. 401.

[4]) Diese Behauptung stellte die „Vossische Zeitung" auf. Zitiert nach R. v. 30. Januar 1932.

[5]) Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften 32 (1932), S. 193. Vgl. auch R. v. 12. März 1932 und R. v. 30. Juli 1932.

[6]) Vgl. dazu ein Schreiben Schlimmes an das Bezirkssekretariat des ADGB Hannover v. 8. März 1932: „Sie (die Eiserne Front, d. Verf.) hat bei den christlichen Gewerkschaften erreicht, daß sie eigene Formationen in der Volksfront aufzieht." Bebel-Archiv NB 476.

[7]) Vgl. dazu R. v. 30. Juli 1932 und Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften 32 (1932), S. 193.

[8]) Vgl. R. v. 29. Oktober 1932.

[9]) R. v. 30. Juli 1932.

Kampf gegen „Diktatur und Gewaltherrschaft" sah[1]), können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Schlagkraft des katholischen Verbandes sehr gering war. Der Wert der Bewegung lag darin, daß allein schon ihr Auftreten den republikanischen Kräften Auftrieb gab.

Auch nach der ersten schroffen Absage hatte man verschiedentlich noch gehofft, die Christlichen Gewerkschaften zu einer Revision ihrer Einstellung veranlassen zu können. Man nahm deshalb zunächst bewußt davon Abstand, den politischen Rahmen der Eisernen Front endgültig abzustecken. Nachgeordnete Organe „draußen im Lande" sahen sich plötzlich von Veranstaltungen der Eisernen Front überrumpelt, ohne zu wissen, welche politischen Gruppen als Teilnehmer vorgesehen waren[2]). Die Bezirksleitungen der einzelnen Organisationen wurden angewiesen, sich mit Vertretern anderer Verbände zusammenzusetzen, um eine gemeinsame Aktionsbasis zu finden[3]), aber noch im Februar 1932 herrschte teilweise Unklarheit, ob und inwieweit auch nichtsozialdemokratische Vereinigungen einbezogen werden sollten[4]).

Ein wichtiger Beschluß war allerdings schon auf der Gründungskonferenz am 16. Dezember gefaßt worden. Dem Reichsbanner wurde die Leitung eines zentralen Abwehrausschusses übertragen, dem die Koordination der auf lokaler und regionaler Ebene entstehenden Aktionsausschüsse oblag[5]). Sie bildeten den Grundstock für die Kampfleitungen der Eisernen Front, die sich im Januar und Februar 1932 in den meisten Gauen und Orten konstituierten. Zugeordnet waren ihnen später häufig Ausschüsse der „Jungen Front", die sich als Dachorganisation der partei- und gewerkschaftsnahen Jugendverbände verstand[6]).

---

[1]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 62, R. v. 29. Oktober 1932.

[2]) Vgl. dazu ein Schreiben des ADGB-Ortsausschusses Freiberg an den Vorstand des ADGB v. 7. Januar 1932 und ein Schreiben des ADGB-Ortsausschusses Berlin v. 25. Januar 1932. Bebel-Archiv NB 476.

[3]) Vgl. dazu ein Schreiben des ADGB-Bundesvorstandes v. 9. Januar 1932 an den ADGB-Ortsausschuß Freiberg. Bebel-Archiv NB 476.

[4]) Vgl. z. B. die entsprechende Anfrage des ADGB-Ortsausschusses Barmen-Elberfeld-Vohwinkel in einem Schreiben an den Bundesvorstand des ADGB v. 29. Februar 1932. Bebel-Archiv NB 476.

[5]) Daß dieser Beschluß schon am 16. Dezember 1931 gefaßt worden ist, geht indirekt aus einem Schreiben des ADGB-Bundesvorstands (Schlimme) v. 29. Dezember 1931 an den Bezirksausschuß des ADGB Hannover (Brennecke) hervor, in dem Schlimme betont, auf der Bundesratssitzung des Reichsbanners am 27. Dezember 1931 seien keine neuen Beschlüsse gefaßt worden. Bebel-Archiv NB 474. — Diese Aktionsausschüsse bildeten sich teilweise schon im Dezember 1931. Vgl. dazu das Rundschreiben Nr. 28/31 des ADGB-Bezirksausschusses Ostpreußen v. 31. Dezember 1931 und das Schreiben des ADGB-Ortsausschusses Barmen-Elberfeld-Vohwinkel an den Bundesvorstand des ADGB v. 29. Februar 1932, in dem berichtet wird, man habe schon Ende 1931 zusammen mit anderen Verbänden einen Aktionsausschuß gebildet. Bebel-Archiv NB 476.

[6]) Die „Junge Front", die schon am 30. Januar 1932 einen von Maschke (ADGB), Wildung (Arbeitersportler), Ollenhauer (SAJ) und Pape (Reichsbanner) unterzeichneten gemeinsamen Aufruf „An die deutsche Jugend" veröffentlichte, war zunächst nicht „organisiert". Vgl. dazu die Erläuterungen in dem Rundschreiben Nr. 21 v. 30. Januar 1932 des ADGB-Bundesvorstands

Wenn man die Zusammensetzung dieser Gremien untersucht, in die alle der Eisernen Front angeschlossenen Verbände Vertreter entsandten, dann fällt auf, daß ADGB und SPD nicht nur ein zahlenmäßiges Übergewicht besitzen, sondern daß obendrein der Parteimann fast immer den Vorsitz innehat[1]). Auch Karl Höltermann ist niemals „Führer der Eisernen Front" gewesen[2]). Man mag ihn mit einigem Recht als deren „General" bezeichnen, da dem Reichsbanner die technische Leitung übertragen worden war. Die gesamtpolitische Führung lag jedoch bei der SPD[3]). „Oberster Befehlshaber" der Eisernen Front war Otto Wels als Repräsentant des Parteivorstandes[4]). Die Reichskampfleitung schlug — ein symbolischer Vorgang — ihr Hauptquartier nicht im Berliner Reichsbannerbüro auf, sondern in der Lindenstraße 3, dem Sitz der sozialdemokratischen Parteileitung.

Die Vorrangstellung der Partei war in der ursprünglichen Konzeption der

---

an die „Vorstände der Zentralverbände". Bebel-Archiv NB 473. Erst am 2. Oktober 1932 beschlossen die Vertreter der genannten Jugendverbände, eine „Arbeitsgemeinschaft ‚Junge Front'" zu gründen und bei der Reichskampfleitung der Eisernen Front einen zentralen Ausschuß „Junge Front" zu bilden. Vgl. dazu Arbeitsbericht BGV 1933, S. 50, sowie ein von Maschke unterzeichnetes Schreiben an die „Reichskampfleitung der Eisernen Front, z. Hd. Otto Wels" v. 5. Oktober 1932. Bebel-Archiv NB 477.

[1]) Vgl. dazu eine Aufstellung vom Juli 1932: „Zusammensetzung der Bezirkskampfleitungen der ‚Eisernen Front'." Die Mitgliedszahlen in den Bezirkskampfleitungen schwanken zwischen den Extremwerten 4 (Oldenburg) und 45 (Oberbayern). Völlig abweichend von der Regel stellt das Reichsbanner im Bezirk Hessen-Offenbach 3 Vertreter, denen jeweils nur ein Vertreter der SPD, der Gewerkschaften und der Sportler gegenüberstehen. Schriftstück im Bebel-Archiv NB 477.

[2]) So Leber, a.a.O., S. 240, und, sich auf Leber stützend, Matthias, Ende der Parteien, S. 123.

[3]) Auf diesen Sachverhalt wird von seiten des ADGB, unter Hinweis auf einen entsprechenden Beschluß der Reichskampfleitung und mit der Begründung — „um etwaigen Schwierigkeiten vorzubeugen" —, immer wieder nachdrücklich hingewiesen. Vgl. u. a. das Rundschreiben Nr. 7 des ADGB-Bezirkssekretariats für den Freistaat Hessen und die Provinz Hessen-Nassau v. 27. Februar 1932, das Rundschreiben Nr. 7 des ADGB-Bezirks 11 (Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, linksseitiges Unterelbegebiet) v. 11. Februar 1932, das „Material zur Bildung der Eisernen Front", Februar 1932, hrsg. vom ADGB-Bezirksausschuß Sachsen. Alle Schriftstücke im Bebel-Archiv NB 474. Vgl. weiterhin ein Schreiben des ADGB-Bundesvorstands v. 6. Februar 1932 an die „Vorstände der Zentralverbände", Bebel-Archiv NB 473, sowie ein Schreiben des Afa-Bundes v. 1. März 1932 an die „Bezirks- und Ortskartelle des Afa-Bundes", Bebel-Archiv NB 476.

[4]) Das spiegelt sich indirekt in einem Briefwechsel zwischen dem ADGB-Bundesvorstand und dem ADGB-Ortsausschuß Neunkirchen-Saar. In Neunkirchen war der SPD-Ortsvorsitzende zum Leiter der Eisernen Front und der ADGB-Ortsvorsitzende zu seinem Stellvertreter gewählt worden, während man dem Reichsbanner und den Sportlern die technische Leitung übertragen hatte. Gegen diese Regelung erhob der lokale Reichsbannerführer schärfsten Protest. Der ADGB-Bundesvorstand betont in seiner Antwort v. 1. Juli 1932 auf die Anfrage der Neunkirchener v. 28. Juni 1932, daß diese Regelung durchaus richtig sei und genau der Praxis in der Reichskampfleitung entspreche. Beide Schreiben im Bebel-Archiv NB 477 und NB 476. — Daß Wels tatsächlich den Vorsitz in der Reichskampfleitung innehatte, verraten auch die Adressen verschiedener Schreiben, die an die Reichskampfleitung gerichtet wurden. Nach außen stand allerdings der Reichsbannervorsitzende stark im Vordergrund, da man in der Eisernen Front primär eine Kampforganisation sah. Daraus erklärt sich auch, daß er als „Führer der Eisernen Front" bezeichnet wurde.

Eisernen Front nicht vorgesehen gewesen. Im Gegenteil: in den ersten Pressekommentaren wurde stets das Reichsbanner als „verantwortlicher Träger und Führer" des neuen Abwehrkartells bezeichnet[1]), und ihm war ja auch zunächst die Leitung des „Abwehrausschusses" übertragen worden. Gewerkschaften und Arbeitersportler hatten allerdings mit der Begründung, die Eiserne Front habe vorerst primär politische Aufgaben zu erfüllen, von Anfang an dafür plädiert, „der SPD sowohl in der Reichskampfleitung wie auch in den Bezirken und Mitgliedschaften im Lande die Führung zu überlassen"[2]). Solche Zielsetzungen schlossen im Grunde eine Beteiligung nichtsozialdemokratischer Organisationen aus, da diese allenfalls das Reichsbanner, niemals jedoch die SPD als Sprecher und maßgeblichen Träger des Abwehrkartells akzeptiert hätten. Die Vermutung liegt deshalb nahe, daß es Kreise gab, die von vornherein um der größeren politischen Geschlossenheit willen eine „rote Front" erstrebten. Als Christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften sich dem Appell des Reichsbanners verschlossen, war der Weg frei für die Schaffung einer politisch homogenen Aktionsgemeinschaft sozialistischer Observanz, in der fast zwangsläufig der Partei die Führungsrolle zufiel.

Diese Blockbildung war nicht etwas grundsätzlich Neues, da eine Zusammenarbeit zwischen ADGB, SPD und Reichsbanner schon immer bestanden hatte[3]). Wie wenig sich auch organisatorisch gegenüber dem früheren Zustand verändert hatte, wird deutlich, wenn man die Organisationsstruktur der Eisernen Front näher untersucht. Was nach außen hin als festgefügte Front in Erscheinung trat, war nicht mehr als ein lockeres Einvernehmen organisatorisch selbständiger Verbände, die hin und wieder zu Sondierungsgesprächen zusammentrafen. Zwar gab es gelegentlich Versuche, durch gemeinsame Mitgliederversammlungen aller angeschlossenen Verbände das Wir-Bewußtsein der Eisernen Front zu stärken[4]);

---

[1]) Volkswille v. 22. Dezember 1931. Ähnlich Volkswille v. 30. Dezember 1931 und Deutsche Volkszeitung v. 1. Januar 1932.

[2]) Schreiben des ADGB-Bundesvorstands an den ADGB-Ortsausschuß Neunkirchen-Saar v. 1. Juli 1932. Bebel-Archiv NB 477. Ähnlich Schlimme in einem Schreiben v. 8. März 1932 an den ADGB-Bezirkssekretär Brennecke: „Daß die politische Leitung der Aktionen bei der Partei liegen muß, war von vornherein für uns klar." Bebel-Archiv NB 476.

[3]) Vgl. auch Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 607.

[4]) So z. B. in Berlin mit der Begründung, alle müßten die Überzeugung gewinnen, „daß tatsächlich die eiserne Front der Arbeiterorganisationen besteht". Vgl. dazu ein von den Berliner Bezirksleitungen der SPD, des ADGB, der Arbeitersportler und des Reichsbannergauvorstandes unterzeichnetes Schreiben vom Februar 1932 an die Ortsvereine der genannten Organisationen. Bebel-Archiv NB 474. — Das gleiche Motiv stand auch hinter der Forderung der Kampfleitung der Eisernen Front, Münster, die Eiserne Front solle ein einheitliches Kampfabzeichen einführen. Vgl. dazu das Schreiben der Kampfleitung Münster v. 4. Februar 1932 an die Vorstände der SPD, des ADGB, des Reichsbanners, des Afa-Bundes und der Arbeitersportler. Bebel-Archiv NB 476. Das Ansinnen wurde jedoch zunächst mit der Begründung, jede Organisation besitze ihr eigenes Kampfsymbol, zurückgewiesen. Vgl. dazu ein Schreiben des ADGB-Bundesvorstandes an den deutschen Metallarbeiterverband z. Hd. Herrn K. Rehbein v. 4. Februar 1932. Bebel-Archiv NB 476.

institutionelle Konsequenzen wurden jedoch nicht gezogen. Die sich so martialisch gebende „Reichskampfleitung" war im Grunde eine „Fiktion", da ihr eine wirkliche Entscheidungsbefugnis und jede „Exekutivgewalt" fehlte[1]). Es gelang zu keiner Zeit, die Eiserne Front zu einer festen Organisation mit eigenen Exekutivorganen und eigenem Finanzaufkommen zu entwickeln; ADGB und Afa-Bund wehrten sich von Anfang an entschieden dagegen, die von ihnen geleisteten Sonderbeiträge zu einer Dauereinrichtung werden zu lassen[2]). Man bejahte die Eiserne Front als Trägerin einer gemeinsamen Propaganda und als eine Art Aussprachezentrum der sozialistischen Arbeiterbewegung, war jedoch nicht bereit, ihr wirkliche Kompetenzen einzuräumen[3]). Diese Haltung stand auch als stillschweigende Voraussetzung hinter dem einmütigen Beschluß der Reichskampfleitung vom 11. Mai 1932, die Eiserne Front in bisheriger Form weiterzuführen[4]).

Daß eine solche Entscheidung überhaupt notwendig war, öffnet den Blick für den Charakter der Vorläufigkeit, der dem neuen Abwehrkartell zunächst anhaftete. Es war ursprünglich nur geplant als Kampf- und Agitationsinstrument für die bevorstehenden harten politischen Auseinandersetzungen im Frühjahr 1932 — Reichspräsidentenwahl, Preußenwahl[5]) —, bei denen, so glaubte man, nicht nur das Schicksal der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sondern auch das der Weimarer Republik endgültig entschieden würde. Es war deshalb nur konsequent, wenn die Eiserne Front, trotz ihrer „roten" Zusammensetzung, von vornherein den Anspruch erhob, mehr als „Partei" zu sein[6]), und immer wieder betonte, es handele sich um eine „staatspolitische", nicht um eine „parteipolitische Bindung"[7]). Bezeichnend für diese Agitationshaltung sind Parolen wie „Eiserne Front — nationale Front"[8]), „Nichts für uns — alles für Deutschland"[9]). Das Bestreben, „alle deutschen Männer und Frauen freiheitlicher Ge-

[1]) So Höltermann, Denkschrift, der sich bitter über die organisatorische Unzulänglichkeit der Eisernen Front beklagt.

[2]) Vgl. dazu u. a. das Rundschreiben Nr. 17 des ADGB-Bundesvorstandes v. 26. Januar 1932 an die Vorstände der Zentralverbände (Bebel-Archiv NB 474) und ein Schreiben des Afa-Bundes an den Vorstand des ADGB v. 28. Oktober 1932. Bebel-Archiv NB 477.

[3]) Diese Haltung spiegelt sich sehr deutlich in dem erwähnten Schreiben des Afa-Bundes an den Vorstand des ADGB v. 28. Oktober 1932.

[4]) Vgl. dazu eine handschriftliche Aufzeichnung von Schlimme v. 12. Mai 1932. Bebel-Archiv NB 473.

[5]) Indirekt spiegelt sich das auch in dem Rundschreiben Nr. 12 der ADGB-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Grenzmark v. 31. März 1932: „Zu aller Freude können wir feststellen, daß die Eiserne Front sich im ersten Sturm bewährt hat." ... „Es kann deshalb auch keine Rede davon sein, daß sie nur vorübergehend existieren soll." Bebel-Archiv NB 474.

[6]) So u. a. in den Bundesmitteilungen des ADGB Nr. 1/1932 v. 28. Januar 1932. Bebel-Archiv NB 474.

[7]) So Höltermann in seiner Sportpalastrede am 31. Januar 1932. Vgl. R. v. 6. Februar 1932.

[8]) R. v. 9. Januar 1932.

[9]) Unter diese Überschrift stellt Höltermann seinen Beitrag in der Broschüre: Eiserne Front. Vier Aufrufe. Berlin 1932, S. 5. Die gleiche Wendung kehrt in fast allen Reden Höltermanns wieder.

sinnung“[1]) zu erfassen, steht als Motiv auch hinter der Bitte an Brüning, die „erste republikanische Rüstwoche“ im Januar 1932 durch ein „Richtwort, ein paar Zeilen der Zustimmung, einen kurzen Aufruf“ zu fördern[2]).

Brünings höfliche, aber bestimmte Ablehnung[3]) verriet, daß man in nichtsozialdemokratischen Kreisen kaum bereit war, in der Bewegung mehr als eine „Parteisache“ zu sehen[4]). Daran änderten auch alle Versuche nichts, den sozialdemokratischen Charakter der Organisation, der, wie man klar erkannte, den propagandistischen Aktionsradius einschränken mußte, möglichst wenig hervortreten zu lassen, Versuche, die so weit gingen, daß man eine „Gemeinnützige Druckerei“ erfand, um die Tatsache zu verschleiern, daß die zeitweilig in Berlin erscheinende Zeitung „Eiserne Front“ in der Vorwärts-Druckerei hergestellt wurde[5]). Man hatte jedoch von vornherein eine negative Reaktion des Bürgertums einkalkuliert und deshalb eine eigene „bürgerliche“ Parallelbewegung, die „Republikanische Aktion“, protegiert, die primär von demokratischen Intellektuellen, von Männern wie Fritz von Unruh, Dr. Friedensburg und Major a. D. Hauff getragen wurde[6]). Der propagandistische Aufwand, mit dem das Unternehmen gestartet wurde, stand jedoch in einem grotesken Mißverhältnis zum Erfolg der Aktion. Nach einem verheißungsvollen Auftakt mit einer Großkundgebung im Berliner Sportpalast, auf der der Kapuzinerpater Innerkofler den nationalsozialistischen „Südtirolverrat“ anprangerte[7]), verschwand die Bewegung sofort wieder völlig in der Versenkung[8]).

Die Eiserne Front blieb also eine „rote Front“, da sich das Bürgertum ihrem Appell versagte. „Bürgerliche“ Elemente waren an ihr nur indirekt beteiligt, über das Reichsbanner, das sich erneut und dringlicher als zuvor mit dem Problem seiner „Überparteilichkeit“ konfrontiert sah. Es bewahrte zwar seine

[1]) So in dem Untertitel eines Aufrufs der Eisernen Front v. 26. Januar 1932, der über die Telegraphenunion verbreitet wurde und in zahlreichen Zeitungen erschien. Bebel-Archiv NB 473.

[2]) Schreiben des Reichsbannergauvorstandes Berlin (Nowack) v. 28. Januar 1932 an Brüning. BA, R 43 I/767a.

[3]) Vgl. das Antwortschreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei v. 6. Februar 1932, in dem die Ablehnung mit „grundsätzlichen Erwägungen“ motiviert wird. BA, R 43 I/767a.

[4]) Die negative Einstellung des Bürgertums, das die Veranstaltungen der Eisernen Front fast völlig ignorierte, spiegelt sich in einigen Korrespondenzen des ADGB. Vgl. u. a. ein Schreiben des ADGB-Bezirkssekretärs Brennecke, Hannover, v. 4. März 1932 an Schlimme, sowie das Antwortschreiben Schlimmes v. 8. März 1932, in dem Schlimme betont, daß die ursprünglichen Erwartungen enttäuscht worden wären. Bebel-Archiv NB 476.

[5]) Vgl. dazu das Antwortschreiben des ADGB-Bundesvorstands v. 20. Februar 1932 auf eine Anfrage des ADGB-Ortsausschusses Herne i. Westf., was es mit dieser „gemeinnützigen Druckerei“ auf sich habe. Bebel-Archiv NB 476.

[6]) Führer der „Republikanischen Aktion“ war das Bundesvorstandsmitglied des Reichsbanners Hauff. Vgl. NK Nr. 16 (20.—26. September 1932).

[7]) Vgl. R. v. 30. Januar 1932, IRZ v. 30. Januar 1932. Unruh hielt eine Rede unter dem Motto „Front des Geists“. Rede ist abgedr. in den gesammelten Reden Fritz v. Unruhs, Mächtig seid ihr nicht in Waffen, Nürnberg 1957, S. 83—86.

[8]) Vgl. den „Nachruf“ auf die Republikanische Aktion im Arbeitsbericht BGV 1933, S. 63.

organisatorische Selbständigkeit, aber die Szenerie, vor der es fortan agierte, war „rot" und nicht „schwarzrotgold", obwohl es selbst an seiner schwarzrotgoldenen Fahne festhielt — eine offizielle Kampfflagge für die gesamte Eiserne Front hat es nie gegeben[1]). Es braucht jedoch kaum eigens erwähnt zu werden, daß uniformierte Abteilungen des Bundes mehr als einmal unter der roten Fahne mit den drei Pfeilen aufmarschierten, als Mitträger „roter Tage" in Erscheinung traten[2]) und bei Demonstrationszügen um Stimmabgaben für die SPD warben[3]).

Schon die offiziöse Ausdeutung des späteren gemeinsamen Kampfsymbols, der drei Pfeile, Zeichen für Partei, Gewerkschaft und Reichsbanner, für politische, wirtschaftliche und physische Macht der Arbeiterklasse[4]), ließ den Verband als integrierten Bestandteil einer sozialistischen Abwehrfront erkennen. Die sozialistische Ausrichtung des Abwehrkartells fand naturgemäß auch ihren Ausdruck in einer Sprache, die sich von dem sorgfältig auf „gemeinrepublikanisch" gefilterten normalen Reichsbannervokabular beträchtlich unterschied. Stärker denn je wurde im Kampf gegen den „Faschismus", dessen „Klassencharakter" zugleich immer schärfer herausgestellt wurde, an „Klassenbewußtsein", „Klasseninteresse" und „Klassensolidarität" appelliert. Schon im „Rütlischwur" der Eisernen Front auf der Gründungskonferenz am 16. Dezember klangen diese Töne an: „Wir geloben, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen. . . . Die Überwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse[5])." Einen Schritt weiter ging noch die Verlautbarung der SAJ, wenn sie als Aufgabe der neuen Bewegung definierte: „Abwehr und Niederschlagung des volksfeindlichen Nationalsozialismus und Eroberung der Macht zum Ausbau des Sozialismus an Stelle des versagenden Kapitalismus[6])."

Ob und inwieweit solche Parolen, die bürgerliche Kreise kopfscheu machen mußten, mit der betont national-republikanischen Propaganda vereinbar sind oder nicht, bleibe an dieser Stelle unerörtert. Nur soviel sei gesagt: der Widerspruch zwischen manchen Parolen, der von vielen gefühlsbetonten jungen Men-

[1]) Die gegenteilige Behauptung Löwensteins, Tragödie, S. 167, und Hörsings, NK Nr. 25 (22.—28. November 1932) ist unzutreffend. Vgl. dazu auch R. v. 24. September 1932. In der Öffentlichkeit galt allerdings wohl die rote Fahne mit den drei Pfeilen als das Zeichen der Eisernen Front. Bezeichnend auch, daß die britische Labourgenossin Ellen Wilkinson der Eisernen Front auf einer Kundgebung am 19. Juli 1932 eine rote Fahne mit den drei Pfeilen als Zeichen internationaler sozialistischer Solidarität überreichte. Vgl. Tschachotin, Dreipfeil, S. 102.

[2]) Vgl. dazu z. B. den vertraulichen Bericht des Landeskriminalpolizeiamtes Stuttgart v. 15. Januar 1933, StAL, F 193, Nr. 343.

[3]) Vgl. Tschachotin, Dreipfeil, S. 66, 74 ff. Vgl. auch die Vorwürfe Hörsings, NK Nr. 25 (22.—28. November 1932).

[4]) Vgl. Tschachotin, Dreipfeil, S. 28 f., Osterroth, Memoiren, R. v. 24. September 1932.

[5]) IRZ v. 18. Februar 1933 (Bericht über die Tagung am 15. Dezember 1931). Ähnlich O. Wels in der Broschüre, Eiserne Front, Vier Aufrufe, S. 4: „Klassenverrat begeht, wer die Republik den Faschisten ausliefert."

[6]) Arbeiterjugend 24 (1932), S. 216.

schen oft gar nicht empfunden wurde[1]), war zumindest für die politische Praxis ziemlich irrelevant. Denn bei den „Errungenschaften der Arbeiterklasse" und den „Klasseninteressen", die man gegen den „Faschismus" zu verteidigen gedachte, handelte es sich ja nicht nur um die Interessen einer bestimmten Klasse. Tatsächlich ging es weit weniger um die Aufrichtung einer sozialistischen Ordnung oder um den „Achtstundentag", sondern um die Grundelemente einer freiheitlich-demokratischen Ordnung, auch wenn diese nur als unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung einer künftigen sozialistischen Gesellschaft angesehen wurden. Insofern bedeutete der Eintritt in die Reihen der Eisernen Front unbestreitbar nicht allein eine „parteipolitische", sondern zugleich eine „staatspolitische" Entscheidung[2]).

Solche Überlegungen dürften auch für den Entschluß der nichtsozialdemokratischen Reichsbannermitglieder bestimmend gewesen sein, Empfindlichkeiten und Bedenken zurückzustellen und weiterhin im Verbande mitzuarbeiten. Es spricht zwar einiges dafür, daß sich einige Angehörige der „bürgerlichen" Parteien nach Gründung der Eisernen Front zurückzogen[3]); die Prominenz blieb jedoch, einfach aus der Erkenntnis heraus, daß es im Grunde unwesentlich geworden war, welche Partei ein paar Anhänger mehr gewann, daß es vielmehr allein noch darauf ankam, alle verfügbaren Abwehrkräfte zu mobilisieren, wie immer und wo immer man sie fand.

Entscheidend war, Widerstand zu organisieren, und deshalb trug auch das Reichsbanner keine Bedenken, sich als Agitationsinstrument voll und ganz in den Dienst einer Bewegung zu stellen, die weit mehr im „Rot" denn im „Schwarz Rot Gold" verwurzelt war, obwohl dadurch ein dunkler Schatten auf seine offiziell nach wie vor als Anspruch aufrechterhaltene „Überparteilichkeit" fiel. Man wird zwar niemals exakt nachweisen können, daß vom „Rot" eine stärkere Wirkung ausging als vom „Schwarz Rot Gold", zumal die sich in diesen Farbwerten symbolisierenden politischen Bewußtseinsinhalte nicht unbedingt gegensätzlicher Natur sind. Der Gesamteindruck, den man unwillkürlich gewinnt, wenn man die Eiserne Front auf ihren Stimmungsgehalt abhorcht, ist jedoch der, daß das altvertraute sozialistisch-klassenkämpferische Vokabular, daß der „Schatten Bebels"[4]) und die damit heraufbeschworene Erinnerung an die „Heroenzeit" damals weit stärkere Emotionen und kämpferische Impulse zu wecken vermochte als das Freiheitspathos 1848er Herkunft, das angesichts der

[1]) Aufschlußreich dafür eine Aussage Georg Eckerts, abgedr. bei Matthias, Ende der Parteien, S. 126, Anm. 26.

[2]) So Höltermann. Vgl. R. v. 6. Februar 1932.

[3]) Diese Behauptung taucht zumindest sehr oft in der Presse auf, wird allerdings mit schöner Regelmäßigkeit vom Reichsbanner dementiert. — Aus den Aussagen ehemaliger Reichsbannerführer ergibt sich kein klares Bild. Immerhin deuten einige Aussagen darauf hin, daß bürgerliche Kreise sich nach der Gründung der Eisernen Front stärker zurückhielten.

[4]) Bei einigen Demonstrationszügen der Eisernen Front schwebte ein riesiges Bebel-Bild hoch über den Köpfen der Marschierenden. Vgl. Tschachotin, Dreipfeil, S. 74 ff.

politischen Gegebenheiten etwas stumpf und hohl geworden war[1]). Die Eiserne Front ließ zweifellos stärkere Saiten anklingen, als es eine rein schwarzrotgoldene Agitation vermocht hätte; denn sie wurde getragen von dem inbrünstigen Glauben an die Unüberwindlichkeit einer einigen Arbeiterklasse, ein Ideal, das durch den demonstrativen Zusammenschluß der sozialdemokratischen Organisationen der Verwirklichung näher gerückt zu sein schien.

2. *Propagandaformen und Abwehrvorbereitungen der „Eisernen Front"*

Eben dieses Moment, das der kurz nach dem 14. September vom Reichsbanner eingeleiteten republikanischen Gegenoffensive noch abging, charakterisiert die besondere Atmosphäre um die Jahreswende 1931/32 und erklärt mit die belebende und ermutigende Wirkung der Eisernen Front, die auch auf kommunistische Arbeiter und indifferente Angestelltenschichten ihren Eindruck nicht verfehlte[2]). Auf die „namenlosen Massen der alten Bebelpartei" wirkte die neue Idee wie ein „altes halbvergessenes Sturmsignal auf eine kampf- und sieggewohnte Truppe"[3]). Sie hatten lange auf die erlösende Tat gewartet und nun glaubten sie, daß etwas geschehen sei. Sie vergaßen ihren Mißmut und all ihre bittere Kritik und setzten sich, während oben noch über Idee und Ausführung diskutiert wurde, einfach in Bewegung, um vor aller Welt ihre Macht und ihren Verteidigungswillen zu demonstrieren[4]). Als die Spitzengremien im Februar die „Heerscharen der Eisernen Front" im ganzen Reich zur „Musterung" aufriefen[5]), da stießen sie auf eine „spontane" Bereitschaft, die kühnste Erwartungen übertraf.

Vorausgegangen war eine große Kundgebung im Berliner Sportpalast am 31. Januar, auf der sich Karl Höltermann bei seinem ersten rednerischen Debut

[1]) Vgl. dazu auch Löwenstein, Tragödie, S. 40. Bezeichnend auch, daß die letzte Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners nicht mit der Bundeshymne, sondern dem Lied „Brüder zur Sonne" beschlossen wurde. Vgl. R. v. 25. Februar 1933.

[2]) Die belebende und ermutigende Wirkung der neuen Gründung spiegelt sich sehr deutlich in den Korrespondenzen des ADGB. Vgl. u. a. ein Schreiben des ADGB-Bezirkssekretärs Brennecke, Hannover, v. 4. März 1932 an den Bundesvorstand des ADGB. („Der Gedanke hat zweifellos in der Arbeiterschaft guten Boden gefunden") Bebel-Archiv NB 476. Vgl. das Rundschreiben Nr. 6 v. 3. Februar 1932 des ADGB-Bezirks I, Württemberg-Hohenzollern, Baden und Pfalz. („Diese Bewegung übt bereits eine außerordentliche psychologische Wirkung auf die ganze Arbeiterschaft aus.") Bebel-Archiv NB 474. Vgl. das Schreiben des ADGB-Ortsausschusses Groß-Hamburg v. 25. April 1932 an den Bundesvorstand des ADGB. („Auch wir haben in Hamburg die Feststellung gemacht, daß durch die Schaffung der Eisernen Front die politische Zuversicht unter den organisierten Arbeitern gestiegen ist." Die Arbeitslosen stünden jetzt „treuer denn je" zur Gewerkschaft und gäben ihre „früheren politischen Quertreibereien" auf.) Bebel-Archiv, nicht eingeordnet. — Vgl. auch das Rundschreiben Nr. 4 des ADGB-Bezirks 11, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Schwerin, linksseitiges Unterelbegebiet v. 20. Januar 1932. („Kaum je kamen solche Massenveranstaltungen zustande als jetzt unter dem Rufe: ‚Hinein in die Eiserne Front'.") Bebel-Archiv NB 474.

[3]) Leber, Ein Mann geht seinen Weg, S. 240.

[4]) Sinngemäß nach Leber, ebd.

[5]) R. v. 27. Februar 1932.

als kommissarischer Bundesführer des Reichsbanners zur Verblüffung aller als glänzender Redner und Propagandist entpuppte und die Massen mit zündenden Parolen zu wahren Begeisterungsstürmen hinriß[1]). Das Auftreten Höltermanns war vor allem deshalb so beeindruckend, weil die „einst aus Lassallschem Geiste" geborene sozialdemokratische Partei, wie Leber bitter notiert[2]), „die Kunst der großen Volksrede ganz und gar verloren" hatte und keine Redner, sondern nur noch „Referenten" besaß, die die Zuhörer mit Zahlen, Statistiken und logischen Beweisen quälten und langweilten. Die republikanischen Massen hatten seit Bestehen der „nüchternen" Republik fast ganz auf „emotionale Nahrung" verzichten müssen[3]). Wer leidenschaftliche und begeisterte Massen erleben wollte, hatte sie bei der NSDAP zu suchen, die es in ihren Versammlungen verstand, die Anhängerscharen bis zur Weißglut zu erhitzen und aufzupeitschen[4]).

Auch das Reichsbanner war in Halbheiten steckengeblieben, obwohl es in seinem ganzen Auftreten sehr viel stärker als die republikanischen Parteien den stimmungsmäßigen Faktoren Rechnung trug. Nach den Septemberwahlen 1930 hatte es zwar unter dem Motto „Vom Gegner lernen"[5]) ernsthafte Anstrengungen unternommen, der massenpsychologisch ungemein geschickten Agitation der NSDAP wirksamer als bisher zu begegnen. Der Durchbruch zu neuen Propagandaformen gelang jedoch erst mit der Gründung der Eisernen Front. Das war nicht zuletzt ein Verdienst des neuen kommissarischen Bundesvorsitzenden, der als Propagandist und Massenpsychologe den alten Partei- und Gewerkschaftsveteranen weit überlegen war und allen neuen Anregungen aufgeschlossen gegenüberstand[6]).

Als propagandistischer Chefberater der Eisernen Front fungierte längere Zeit der Exilrusse Sergei Tschachotin[7]), Professor der Psychologie und ehemaliger Assistent des berühmten Physiologen Pawlow. Tschachotin, der sich wiederholt

---

[1]) Wiedergabe der Rede, R. v. 27. Februar 1932. Einen eindrucksvollen Stimmungsbericht vermittelt Osterroth, Memoiren.

[2]) Leber, a.a.O., S. 241.

[3]) Vgl. dazu auch die, allerdings überspitzten Bemerkungen Löwensteins, Tragödie, S. 82 f., passim. Im Grundsätzlichen wird man jedoch seiner These, die „nüchterne" Republik habe wenig Gespür für die irrationalen Triebkräfte politischer Willensbildung besessen, beipflichten müssen.

[4]) Auf die eklatanten Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Versammlungen weist auch Leber, a.a.O., S. 241, hin.

[5]) R. v. 4. Oktober 1930.

[6]) So das Urteil Osterroths, Memoiren. Ähnlich die Charakteristik Höltermanns in einem Artikel in der „Vossischen Zeitung" (abgedr. R. v. 30. Januar 1932) und bei Leber, a.a.O., S. 240.

[7]) Zu diesen Angaben vgl. Tschachotin, Dreipfeil, S. 18 f. Während der russischen Revolution hatte Tschachotin für die „Roten" als Propagandist gearbeitet. Seine damalige politische Haltung — vermutlich gehörte er zu den Menschewiki — und die Motive für seine Emigration sind unklar. Er blieb zeitlebens ein radikaler Marxist, der die UdSSR als „einzigen Arbeiterstaat", als „Symbol und Hoffnung aller Werktätigen" feierte, obwohl er die Übertragung bolschewistischer Methoden auf die hochzivilisierten Staaten Westeuropas entschieden ablehnte. In Deutschland hatte er sich der SPD angeschlossen. Vgl. Tschachotin, Dreipfeil, S. 15.

auf seine Erfahrungen als Propagandafachmann während der russischen Revolution berief, entwickelte ein eigenes „wissenschaftliches" System, das von der Theorie der „bedingten Reflexe" ausging. Seine Grundthesen lauteten: 1. Wichtig ist vor allem, Macht und Stärke zu demonstrieren, um Gegner und unschlüssig Schwankende systematisch einzuschüchtern. 2. Es müssen immer wieder die gleichen Symbole gezeigt und die gleichen kurzen, einprägsamen Parolen den Massen eingehämmert werden. 3. Bei den politischen Entscheidungen der Massen spielt das Gefühlsmäßige die ausschlaggebende Rolle. 4. Die SPD rechnet nur mit dem Bereich des Logischen und Vernunftmäßigen im Menschen und unterschätzt völlig die Wichtigkeit von Stimmungen und die Kraft des emotionalen Impulses[1]).

Von diesen Prinzipien ausgehend, die seiner Überzeugung nach auch der nationalsozialistischen und bolschewistischen Propaganda zugrunde lagen[2]), entwickelte er seine Vorschläge für die Praxis. In gewaltigen Massenaufmärschen, die nach überlegtem Plan alle menschlichen Triebe, Mitleid und Furcht, Angst und Erotik, ansprechen sollten, vereinte er in wohldosierter Mischung Frauen und Kinder, Kriegsopfer und Arbeitslose mit Hammerschaften und uniformierten Abteilungen des Reichsbanners[3]). Vorherrschend war dabei immer der Gedanke, der Öffentlichkeit die geballte Macht der Arbeiterklasse drohend vor Augen zu stellen, das Bestreben also, den psychologischen Terror der Nationalsozialisten durch psychologischen Gegenterror zu brechen[4]). Völlig umgekrempelt wurde der Stil der politischen Massenversammlungen: Verfemt waren alle langen, lang-

[1]) Vgl. Tschachotin, Dreipfeil, S. 18 ff., 20 ff., 32—45, sowie Tschachotin/Mierendorff, Grundlagen und Formen politischer Propaganda, Magdeburg 1932, S. 3—8. Zu Tschachotins Propagandatheorien vgl. jetzt auch Paucker, Der jüdische Abwehrkampf, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 470 ff. Auch die jüdische Abwehrpropaganda, die eng mit dem Reichsbanner und der Eisernen Front zusammenarbeitete, bediente sich der Ideen Tschachotins. Diese interessanten Vorgänge, namentlich die Tätigkeit des von jüdischer Seite geschaffenen Spezialbüros für Anti-Nazi-Propaganda, das auch das Reichsbanner mit Material gegen den Nationalsozialismus versorgte, werden ausführlich dargestellt bei Paucker, a.a.O., passim.

[2]) Tschachotin stellt die nicht uninteressante These auf, die italienischen Faschisten hätten von den russischen Bolschewisten, die Nationalsozialisten wiederum von den italienischen Faschisten viel gelernt und übernommen. Die Abhängigkeitsverhältnisse sind zweifellos sehr viel verwickelter. In der Behauptung steckt jedoch ein wahrer Kern. — Tschachotin selbst will alle anderen durch Anwendung wissenschaftlicher Methoden übertreffen. Er arbeitet mit Erfolgstabellen, politischen Wetterkarten, Karteien und Statistiken, um die Propaganda zu rationalisieren. Vgl. Dreipfeil, S. 37 ff., passim.

[3]) Vgl. Tschachotin, a.a.O., S. 67 ff., 74 ff.; Tschachotin/Mierendorff, a.a.O., S. 42 f., 48. Ein offensichtlich nach Tschachotinschen Ideen aufgezogener Demonstrationszug wird ausführlich beschrieben in R. v. 9. April 1932: „Neuartige Kundgebung in Magdeburg."

[4]) Vgl. Tschachotin/Mierendorff, a.a.O., S. 8 f.: „Dem Druck, den die Nationalsozialisten auf die öffentliche Meinung ausüben, muß von unserer Seite der antifaschistische Druck der Freiheitsbewegung entgegengestellt werden, damit sich die Unentschiedenen und Schwankenden, von den Nazis Eingeschüchterten überlegen können, ob sie ohne Schaden für sich riskieren können, daß die Nationalsozialisten durch ihre Beihilfe zur Macht kommen." An gleicher Stelle fordert er, daß die Propaganda zu 80% aus Einschüchterung und zu 20% aus Verspottung bestehen müsse.

weilig-trockenen Referate. An ihre Stelle traten kurze pathetisch-expressionistische Reden, traten — im Sinne einer „revolutionären Gymnastik" — Aufpeitschdialoge zwischen Sprecher und Masse, die in kurzen Abständen immer wieder zu kollektiven Willensäußerungen provoziert wurde[1]).

Die Eiserne Front hatte ihre Propagandaoffensive mit sog. „Rüstwochen" eröffnet und alle „Antifaschisten" aufgefordert, sich in „Eiserne Bücher" einzutragen und damit demonstrativ ihre Widerstandsgesinnung zu bekunden. Die Aktion war jedoch offensichtlich nicht besonders erfolgreich, da sie von vielen nicht ganz ernst genommen wurde[2]). Propagandistisch wirksamer waren einige politische Kabarettstücke, Kampflieder und „antifaschistische" Spott- und Drohverse — ein bevorzugtes Zielobjekt war Röhms Homosexualität[3]). Die interessanteste propagandistische Neuigkeit stellten jedoch zweifellos die „drei Pfeile" dar. In ihrer äußeren Interpretation — Einigkeit, Aktivität, Disziplin; Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner — bedeuteten sie wenig oder alles. Die Symbolmetaphysik ihres Erfinders Tschachotin, der in ihnen die einzig mögliche und gültige Darstellung sozialistischen Wollens sah[4]), wirkte krampfhaft und überzogen. Ihr Wert lag in dem Symbolcharakter als solchem und in der praktischen Verwendbarkeit des Zeichens. Ungemein einfach und graphisch nahezu unverwüstlich konnte es jedes Hakenkreuz „zerstören", umgekehrt jedoch nicht von einem Hakenkreuz „vernichtet" werden.

Ende 1931, kurz nach dem Bekanntwerden der Boxheimer Dokumente, hatte Tschachotin aus einer momentanen Eingebung heraus in Heidelberg einige Arbeiter zusammengetrommelt und mit ihnen eine systematische Jagd auf Hakenkreuze veranstaltet, die mit einem dicken Kreidestrich „vernichtet" wurden[5]). Aus diesem einen „Pfeil" entwickelte er sehr bald das Dreipfeil-Abzeichen, das zunächst in einigen süddeutschen Städten praktisch erprobt wurde. Der Vermittlung Carlo Mierendorffs war es zu verdanken, daß Tschachotin Mitte März nach Berlin geladen wurde, um dort vor einem Gremium von Reichsbannergauführern seine Ideen vorzutragen. Sein Vortrag fand zwar keine einhellige Zustimmung,

---

[1]) Vgl. Tschachotin, a.a.O., S. 70.

[2]) Vgl. dazu ein Schreiben der Kampfleitung der Eisernen Front Hannover v. 25. Februar 1932 „An die Abteilungsleiter der SPD, Ortsverein Hannover". Mehr Erfolg hatte die Rüstwoche offensichtlich in Berlin, wo sie wegen ihres großen Erfolges um acht Tage verlängert wurde. Vgl. „Berliner Tageblatt" v. 8. Februar 1932 (Zeitungsausschnitt im Nachlaß Grzesinski). Rüstwochen und Eiserne Bücher waren eine kurzlebige Mode Anfang des Jahres 1932. Der finanzielle Ertrag der „Rüstwochen" war mit 45479,35 Mk relativ bescheiden. Vgl. dazu die Anlage zum Rundschreiben Nr. 142 des ADGB-Bundesvorstandes v. 23. September 1932 „An die Vorstände der Zentralverbände". Bebel-Archiv NB 473.

[3]) Beliebt und häufig verwandt: „Schlagt Hitler, den Gendarmen, und Hauptmann Röhm, den Warmen". Osterroth, Memoiren. Vgl. weiterhin Tschachotin/Mierendorff, a.a.O., S. 29 ff.

[4]) Vgl. Tschachotin, a.a.O., S. 28 f.

[5]) Vgl. Tschachotin, a.a.O., S. 22 f.

aber es wurde beschlossen, einen Versuch zu wagen und Tschachotin die Leitung der Propagandazentrale zu übertragen[1]).

Schon im März erschienen detaillierte Anweisungen, wie der neue Propagandakampf zu führen sei[2]). Ortsvereine eröffneten den „Kreidekrieg" und veranstalteten planmäßige Jagden auf Hakenkreuze, die entweder direkt oder, nachdem sie zuvor zu einer „Hitlerfratze" ergänzt worden waren, mit einem „Pfeil" „vernichtet" wurden. Das Reichsbanner arrangierte in vielen Städten „Uniform- und Symbolbummel" uniformierter Abteilungen, aus deren Reihen immer wieder der „Freiheitsgruß" erklang[3]). Ungemein populär wurde ein von Tschachotin entworfenes Symbolbild, das einen vor drei Pfeilen erschreckt fliehenden Mann zeigte[4]). Daneben betrieb man negative Symbolpropaganda. Hitlers „arisches" Hakenkreuz wurde lächerlich gemacht, indem man behauptete, es handele sich um ein „indianisches Homosexuellenzeichen" und werde bei primitiven Völkern als Viehbrandstempel verwandt[5]).

Die „drei Pfeile" stießen zunächst auch beim Reichsbanner nicht auf uneingeschränkte Zustimmung. Einige Gaue bevorzugten das Hammersymbol, das namentlich von Sachsen aus eifrig propagiert worden war[6]). Die Entscheidung für die „drei Pfeile" fiel erst endgültig, als sich Mitte Juni 1932 auch der Parteiausschuß der SPD nach langem Zögern für dieses Kampfabzeichen entschied[7]). Der Reichstagswahlkampf im Juni und Juli 1932 stand dann ganz im Zeichen

[1]) Vgl. Tschachotin, a.a.O., S. 52; vgl. auch Osterroth, Memoiren.

[2]) Vgl. das Rundschreiben Nr. 9/1932 des Reichsbannergauvorstandes Hannover v. 23. März 1932 „An alle Ortsgruppen im Gau Hannover", abgedruckt bei Matthias, Ende der Parteien, S. 217 f., Dok. 7. Vgl. R. v. 26. März 1932: „Die drei Pfeile der Eisernen Front".

[3]) Vgl. Tschachotin/Mierendorff, a.a.O., S. 22. Vgl. das Rundschreiben Nr. 21/1932 des Reichsbannergauvorstandes Hannover v. 5. Juli 1932, abgedruckt bei Matthias, Ende der Parteien, S. 222 ff., Dok. 11.

[4]) Dargestellt in dem erwähnten Rundschreiben v. 23. März 1932 (vgl. S. 407, Anm. 2).

[5]) Vgl. R. v. 9. April 1932.

[6]) Vgl. dazu ein Schreiben des Reichsbannergauvorstandes Westl. Westfalen v. 17. Februar 1932 an den Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold. Abschrift im Bebel-Archiv, NB 476. — Auf der erwähnten Tagung der Reichsbannergauführer, auf der Tschachotin im März 1932 seine Ideen vortrug, hatten sich verschiedene Delegierte, darunter auch Osterroth, für das Hammersymbol ausgesprochen, aber die Mehrheit hatte sich dann doch für die drei Pfeile entschieden. Vgl. Osterroth, Memoiren. Damit war jedoch noch keine endgültige Entscheidung gefallen, wie ein Schreiben der Kampfleitung Berlin v. 27. Mai 1932 „An die Reichskampfleitung der Eisernen Front" deutlich zeigt. Darin wird die Reichskampfleitung aufgefordert, ein einheitliches Abzeichen der Eisernen Front, entweder Hammer oder drei Pfeile, einzuführen. Wenn eine solche Entscheidung ausbleibe, werde die Kampfleitung für Berlin das Hammersymbol für verbindlich erklären. Schreiben im Bebel-Archiv, NB 476.

[7]) Das genaue Datum läßt sich nicht feststellen. In einem Schreiben des Reichsbannergauvorstandes Hannover v. 17. Juni 1932 heißt es, der Parteiausschuß der SPD habe sich kürzlich entschieden, die „Freiheitspfeile" als einheitliches Abzeichen der Eisernen Front einzuführen. NStAH, Des. 310 II, C 25. Tschachotin, a.a.O., S. 84, berichtet, daß er zusammen mit Mierendorff im Juni Vorträge über die neuen Propagandamethoden vor dem Parteiausschuß gehalten habe, der daraufhin äußerlich die neuen Symbole akzeptiert habe.

des neuen Symbols: Sozialdemokratische Zeitungen führten es auf der Titelseite. Als Abzeichen erschien es am Rockaufschlag und auf den neuen „Freiheitsfahnen". Von vielen Gewerkschaftshäusern glühten drei riesige Pfeile aus elektrischen Birnen[1]). Sie wurden jetzt, auch für die breite Öffentlichkeit, zum „Symbol des verzweifelten Abwehrkampfes"[2]) um die Republik. Neben die etablierten Embleme Hakenkreuz und Hammer und Sichel traten die „drei Pfeile" als Wahrzeichen des demokratischen Sozialismus[3]).

Erfolg und Effektivität der Drei-Pfeil-Agitation läßt sich naturgemäß nicht exakt verifizieren. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß sie massenpsychologisch weitaus wirksamer war als die bisherige Propaganda der SPD, die mit völlig veralteten, „biedermeierlichen" Methoden arbeitete[4]) und für die Bedeutung von Gefühlskomplexen und politischen Imponderabilien so gut wie kein Gespür besaß. Für Geist und Mentalität der sozialdemokratischen Führungsschicht ist es ungemein bezeichnend, daß sie nach dem großen nationalsozialistischen Wahlsieg vom September 1930 überall Ausbildungskurse für jüngere Parteimitglieder einrichtete, um sie „in der ideologischen Überwindung des Faschismus zu schulen"[5]). Gegenüber diesem rührend anmutendem Versuch, „Stimmungen und Erregungen" mit „Beweisgründen" zu „widerlegen"[6]), stellt sich die Agitation der Eisernen Front weitaus „moderner" dar. Sie hatte aus den „Zeichen der Zeit" realistisch die Konsequenzen gezogen und war bemüht, die „Nazis" mit ihren ureigensten Mitteln, massierter und pausenloser Propaganda durch Uniformen, Symbole und Demonstrationen, zu bekämpfen. Sie ließ sich gar nicht darauf ein, die nationalsozialistische „Weltanschauung" rational zu widerlegen. Die neue Methode, der Hitlerbewegung zu begegnen, bestand darin,

---

[1]) Vgl. Tschachotin, a.a.O., S. 66, 93 ff.

[2]) L. Frey, Deutschland wohin? S. 12.

[3]) Interessant in diesem Zusammenhang ein Kurzartikel in der Zeitschrift „Das Schwarze Korps" v. 22. April 1937, der indirekt bestätigt, wie nachhaltig das Symbol wirkte und wie weit es verbreitet war. Auf der Pariser Weltausstellung 1937 wurde angeblich als Symbol der „Volksfront" eine Fahne mit den Insignien Jakobinermütze, Dreipfeil und Hammer und Sichel gehißt. Da zwei Embleme in ihrem politischen Aussagewert eindeutig festgelegt sind, können die „drei Pfeile" nur das Symbol der Sozialisten sein.

[4]) Das Unbehagen über die veralteten Propagandamethoden der SPD war in jüngeren Parteikreisen weit verbreitet. Tschachotin bezeichnet sie als „kläglich", „doktrinär", „langweilig", „psychologisch ungeschickt" und meint, daß die SPD von allen Parteien die schlechteste Propaganda besessen habe. Tschachotin, a.a.O., S. 49. Ähnlich Mierendorff, der mit Tschachotin die Broschüre „Grundlagen und Formen politischer Propaganda" verfaßte. Vgl. den Artikel Mierendorffs: „Propagandaleiter nachstoßen", R. v. 3. September 1932. Vgl. auch das negative Urteil von Frey, a.a.O., S. 12, der von „biedermeierlichen Propagandamethoden" spricht. Ähnlich auch Leber, a.a.O., S. 241. Duderstadt, a.a.O., S. 120, notiert am 5. Juni 1932 in sein Tagebuch: „Wenn die Muselmänner nicht so alt wären, müßten sie einen Kursus im Braunen Haus durchmachen. Aber Hitler wird sie nicht haben wollen."

[5]) Leber, a.a.O., S. 236.

[6]) Ebd.

gegen Stimmungen, Erregungen und Leidenschaften ebensolche Stimmungen, Erregungen und Leidenschaften zu mobilisieren[1]).

Die neuen Propagandaformen stießen allerdings von Anfang an auf den hinhaltenden Widerstand des „Apparats"[2]). Der Hinweis, daß gerade die SPD aus ihrer Frühzeit über eine ausgeprägte Symboltradition verfüge — rote Nelke, rote Fahne, rote Krawatte, Schlapphut, Bebel-Spitzbart — und daß man sich deshalb in überlieferten Bahnen bewege[3]), verfing wenig. Denn die leitende Funktionärsschicht hatte sich daran gewöhnt, in diesen Dingen nur „Zubehör" und „bloße Äußerlichkeiten" zu sehen, die vom „Eigentlichen" ablenkten[4]). „Unrealistisch vernunftgläubig und ohne Verständnis für irrationale Beweggründe politischer Willensbildung"[5]), sträubte sie sich zutiefst gegen diesen „Mystizismus" und „Unsinn", der im politischen Bereich nichts zu suchen habe[6]). Hinzu kam die Furcht, sich „mit dem ganzen Zeug lächerlich" zu machen[7]), und ein natürlicher „Funktionärskonservatismus", der von vornherein allem „Neuen" mißtrauisch gegenüberstand[8]).

Die erste Opposition ging von Hörsing aus, der im März 1932 wieder im Bundesvorstand Fuß zu fassen suchte und mit dem Argument, diese Art der Propaganda sei zu „gefährlich" und könne „der Polizei nicht genehm" sein, tatsächlich erreichte, daß die eben angelaufene Aktion gestoppt wurde[9]). Die eigentlichen Auseinandersetzungen mit den sozialdemokratischen Parteiinstanzen standen jedoch noch bevor. Das Reichsbanner hatte zunächst gehofft, die Parteileitung von unten her überspielen zu können, aber dieser Versuch scheiterte. Denn die kleinen Funktionäre, von denen sich viele zugänglich und aufgeschlossen zeigten, waren zum Mitmachen nur bereit, wenn sie von oben her Anweisungen erhielten[10]). Die ließen jedoch auf sich warten, da dem Parteivorstand, in dem sich namentlich Otto Wels gegen die neuen Formen sträubte[11]), jede Konzession förmlich abgerungen werden mußte. Die Widerstände waren auch dann noch nicht be-

[1]) Vgl. dazu das Rundschreiben Nr. 21/1932 des Reichsbannergauvorstandes Hannover v. 5. Juli 1932 „An alle Ortsgruppen Hannover". (Vgl. S. 407, Anm. 3.) Die Anweisungen fußen auf Vorschlägen Tschachotins.

[2]) So auch Leber, a.a.O., S. 240.

[3]) Vgl. Tschachotin/Mierendorff, a.a.O., S. 3.

[4]) So Tschachotin, a.a.O., S. 16.

[5]) Matthias, Ende der Parteien, S. 198.

[6]) So Osterroth. Briefliche Auskunft.

[7]) Ausspruch von Wels, zitiert bei Tschachotin, a.a.O., S. 63 f.

[8]) „Wir haben nichts von ihnen zu lernen": dieser bei Tschachotin, a.a.O., S. 63, überlieferte Ausspruch eines älteren Funktionärs charakterisiert sehr gut den „konservativen" Widerstand des „Apparates".

[9]) Vgl. Tschachotin, a.a.O., S. 54 f.

[10]) Vgl. Tschachotin, a.a.O., S. 49.

[11]) Tschachotin, der viele führende Genossen einzeln bearbeitete, berichtet, daß man immer wieder auf „Wels", den „Zeus", hingewiesen und erklärt habe: „Wenn der es nicht will, ist alles vergebens." Tschachotin, a.a.O., S. 61.

seitigt, als sich die Parteileitung Mitte Juni schließlich für die „drei Pfeile" und die neue Propaganda aussprach. Eine von Tschachotin zusammen mit Mierendorff als Anweisung für die Funktionäre im Lande verfaßte Broschüre „Grundlagen und Formen politischer Propaganda" mußte wieder eingestampft werden, da der Parteivorstand plötzlich mit der etwas seltsamen Behauptung auftrat, die „Nazis" würden daraus lernen[1]).

Das Mißtrauen verantwortlicher Parteistellen galt letztlich nicht nur einzelnen Aktionen, sondern dem Gesamtgebilde Eiserne Front, die als Konkurrenz für die Partei empfunden wurde. Der Parteivorstand sah in Höltermann, für „die Jungen der Mann des stärksten Vertrauens", nur den „jungen Mann", der ihm den „Lorbeer stehlen" wollte[2]), und stemmte sich energisch gegen alle Versuche, jüngeren Kräften ein größeres Mitspracherecht zu verschaffen. Zunächst schien es, als sollten sich die Hoffnungen der Erneuerer erfüllen. Denn Karl Höltermann, auf dem die Erwartungen ruhten, entwickelte zu Anfang ein hohes Maß an Eigeninitiative und Selbständigkeit[3]). Es zeigte sich jedoch schon bald, daß der Reichsbannerführer, dem es, wie Leber meint[4]), an der „nötigen Härte" und dem „nötigen Rückgrat" gebrach, viel zu sehr „in der Parteitreue befangen"[5]) blieb, um sich gegen die Parteiinstanzen durchsetzen zu können. Höltermann begnügte sich mit Kompromissen und focht seine Kämpfe nie bis zum Ende durch[6]). Es gelang deshalb nicht einmal, den Propagandaapparat den Händen der Parteibürokratie zu entwinden[7]).

Die Frage ist allerdings, ob es überhaupt möglich gewesen wäre, eine Art „Palastrevolution" durchzuführen. Der Parteivorstand stand zwar um die Jahreswende 1931/32 unter einem starken Druck von unten, so daß einiges für die Annahme Lebers spricht, bei konsequenter Ausnutzung der Augenblicksstimmung hätte manches erreicht werden können[8]). Man darf jedoch nicht vergessen, daß das in der SPD tief verwurzelte hierarchische Denken[9]) der Partei-

[1]) So Tschachotin, a.a.O., S. 88. Osterroth gibt allerdings zu bedenken, daß vermutlich das allzu unverhüllte Zurschaustellen der psycho-physiologischen Methoden den Anlaß zum Verbot gegeben habe. Die im Verlag des Reichsbannerbundesvorstands erschienene Broschüre konnte dann noch, unter sehr erschwerten Bedingungen, in einzelnen Exemplaren verbreitet werden.

[2]) Frey, a.a.O., S. 15. Ähnlich Leber, a.a.O., S. 240, und Osterroth, Memoiren.

[3]) So auch Löwenstein, Tragödie, S. 135.

[4]) Vgl. dazu die Charakteristik Höltermanns bei Leber, a.a.O., S. 240.

[5]) Ebd.

[6]) Ebd.

[7]) Das wurde zeitweilig versucht, indem man die Parteibürokratie von unten her unter Druck setzte. Tschachotin sprach auf vielen „Zündungskonferenzen", um die Leute in der „Provinz" für seine Ideen zu gewinnen. Gleichzeitig plante man nach dem sog. „Einfingerplan" große Musteraufmärsche, zu der Delegierte aus allen Teilen Deutschlands eingeladen wurden, um auf diese Weise den Agitationsapparat von unten her in die Hand zu bekommen. Vgl. Tschachotin, a.a.O., S. 86 f.

[8]) Vgl. Leber, a.a.O., S. 240 f.

[9]) Vgl. dazu die Ausführungen von Matthias, Ende der Parteien, S. 197 f.

leitung eine starke Stellung gegenüber den andrängenden „Revolutionären" gab. Hinzu kam, daß sie die unbedingte Unterstützung des ADGB und der Arbeitersportler besaß, wenn sie beharrlich den alleinigen Führungsanspruch des traditionellen Apparates verteidigte. Ergebnis der Auseinandersetzungen war jedenfalls, daß die ursprünglichen Erwartungen der Reformer fast in ihr Gegenteil umschlugen. Die Eiserne Front hat alles in allem die Führungsrolle der Partei bestätigt. Die Enttäuschung, die über diese Entwicklung in aktivistischen Reichsbannerkreisen herrschte, spiegelt sich nicht zuletzt in der grotesken Behauptung Löwensteins, die Eiserne Front sei weniger gegründet worden, um die Nationalsozialisten zu bekämpfen, sondern vor allem deshalb, um das Reichsbanner unter bessere Kontrolle zu bekommen[1]).

Obwohl der Parteivorstand die Kraftprobe zu seinen Gunsten entschieden hatte, brachte er der Eisernen Front nach wie vor keine ungeteilte Sympathie entgegen. Die führenden SPD-Kreise lebten vielmehr, wie Tschachotin allerdings übertreibend formuliert[2]), „dauernd in einer eigenartigen Angst und panikartigen Stimmung ob der entfachten Volksbewegung", weil durch sie die Gefahr spontaner, unerwünschter Reaktionen der Massen heraufbeschworen wurde. Richtig dürfte sein, daß manchem leitenden Funktionär das Verständnis für irrationale Beweggründe politischer Willensbildung völlig abging und daß ihm der geforderte Appell an emotionale Leidenschaften, der auch die unkontrollierbaren Auswirkungen von Massenstimmungen bewußt in Rechnung stellte, in der Tat höchst bedenklich erschien.

Ein nicht geringer Teil der leitenden Funktionärsschicht stand der neu entfachten Massenstimmung zweifellos rat- und hilflos gegenüber, mit einem Gefühl, das gemischt war aus leisem Unbehagen und hoffnungsfrohem Optimismus. Die belebende und ermutigende Wirkung der Eisernen Front war auch bei ihnen zu spüren, aber den Wert des Kapitals, das ihnen ohne ihr Zutun zugeflossen war, wußten sie im Grunde nie recht zu würdigen, da ihnen der Sinn für die eigentlichen Antriebe der Bewegung abhanden ging[3]) — die Fehleinschätzung des Nationalsozialismus beruht auf ähnlichen Ursachen. Die alte Führungsschicht verteidigte zäh und beharrlich ihre Position, war jedoch weder fähig noch willens, das Recht auf Initiative, das sie anderen verweigerte, selbst zu nutzen[4]). Darin lag das eigentliche Dilemma der Eisernen Front. Die neuen Energien verpufften, da es an einer zielbewußten, dynamischen Führung mangelte. Schon nach kurzer Zeit lief alles, wie Leber resignierend feststellt[5]), „seinen alten Weg weiter".

Unter abwehrtechnischen Gesichtspunkten fiel allerdings nicht der Partei,

[1]) Löwenstein, Tragödie, S. 159.
[2]) Tschachotin, a.a.O., S. 99.
[3]) Vgl. die Kritik bei Frey, a.a.O., S. 15, und bei Tschachotin, a.a.O., S. 84, passim.
[4]) So Tschachotin, a.a.O., S. 93.
[5]) Leber, a.a.O., S. 241.

sondern den Gewerkschaften als der Organisation, die ihren Arm am Hebelwerk der Wirtschaft hielt, die entscheidende Rolle zu. Die taktische Konzeption der Eisernen Front beruhte auf der Vorstellung, durch eine enge Zusammenarbeit von Reichsbanner und Gewerkschaften, durch eine zweckmäßige Kombination wirtschaftlicher und „militärischer" Mittel die Abwehrmöglichkeiten der Linken wesentlich zu verbessern. Es kam deshalb sehr darauf an, ob und inwieweit die Gewerkschaften der ihnen zugedachten Aufgabe gerecht wurden. Mit der Gründung der Eisernen Front war der ADGB dazu übergegangen, als Ergänzung zur Reichsbanner-Schufo sog. Hammerschaften aufzustellen[1]), die auf Betriebsebene oder nach Berufsgruppen organisiert wurden und eine Sollstärke von ca. 100 Mann besaßen[2]). Sie sollten gewährleisten, daß im Ernstfall zentrale Anweisungen ohne Dazwischenreden von Kommunisten und Indifferenten schlagartig durchgeführt werden konnten. Man erwartete von ihnen, daß sie alle Vorbereitungen für einen Generalstreik trafen und sich darauf einstellten, in der Stunde der Not zusammen mit der Schufo eine gewaltsame Stillegung der Betriebe zu erzwingen[3]). In den taktischen Planungen der Eisernen Front wurde ihnen somit eine wichtige Bürgerkriegsaufgabe übertragen.

Die Gewerkschaften haben allerdings von Anfang in diesen Formationen primär Agitationsgruppen für die Gewinnung neuer Mitglieder[4]) und ein Gegengewicht gegen die als „gelbe Gefahr" apostrophierten nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen gesehen[5]). Eine darüber hinausgehende Zweckbestim-

[1]) Kampfeinheiten bei den Arbeitersportlern hatte es schon vorher gegeben. Unter dem gelinden Druck des Reichsbanners stellten die Arbeitersportler in Hannover Mitte des Jahres 1931 eigene Formationen auf. Vgl. dazu ein Schreiben der Reichsbannerortsleitung Hannover v. 1. April 1931 an das „Kartell für Sport- und Körperpflege, Hannover und Umgebung" sowie ein Schreiben des Arbeitersportkartellvorstandes v. 6. August 1931 mit der Überschrift „Arbeitersportler-Schutzformationen". NStAH, Des. 310 II, C 16.

[2]) Über Organisation und Aufgabe der Hammerschaften unterrichten verschiedene Schriftstücke, die sich im Bebel-Archiv befinden. Vgl. die vermutlich vom ADGB-Bundesvorstand hrsg. „Richtlinien zur Durchorganisierung der gewerkschaftlichen Hammerschaften" (Datumsstempel v. 15. März 1932), NB 476. Weiterhin wichtig: Bundesmitteilungen (ADGB) Nr. 2 v. 14. Februar 1932: „Bildet Hammerschaften in der Eisernen Front", NB 476. Rundschreiben des ADGB-Bezirks 11 v. 11. Februar 1932, NB 474. Rundschreiben Nr. 6 des ADGB-Bezirksausschusses Sachsen v. 22. Januar 1932 sowie das von gleicher Stelle hrsg. „Material zur Bildung der Eisernen Front" (Februar 1932), NB 474. Rundschreiben des ADGB-Bezirks Berlin-Brandenburg-Grenzmark Nr. 12 v. 31. März 1932, NB 474. — Den Vorsitz der Hammerschaften übernahm in der Regel der Vorsitzende bzw. Obmann der Betriebsvertretung. Stand er nicht auf dem Boden der Eisernen Front, bestimmte die zuständige gewerkschaftliche Organisation den Führer der Hammerschaft. Eine Stärke von 100 Mann pro Hammerschaft wurde empfohlen. Die Stärke der Hammerschaften war jedoch zumeist abhängig von der Größe des Betriebs.

[3]) Vgl. Höltermann, Denkschrift. Daß die Hammerschaften tatsächlich mehr sein sollten als Propagandakörper, verraten auch einige der S. 412, Anm. 2, erwähnten Schriftstücke.

[4]) Vgl. z. B. die vom ADGB-Bundesvorstand hrsg. „Richtlinien", a.a.O.: „Aufgabe dieser Hammerschaften soll in erster Linie die Werbung neuer Mitglieder und Mitstreiter der Organisation der Eisernen Front sein."

[5]) Vgl. die vom ADGB-Bundesvorstand hrsg. Broschüre: Geheim? Geheim! Neueste Nazibefehle gegen Gewerkschaften, Berlin 1932, mit dem Aufruf: „Bildet Hammerschaften der Eisernen Front in allen Betrieben!" Broschüre im IISG, Amsterdam.

mung wurde zwar nicht abgelehnt, aber eine intensive Ausbildung, die auf Qualität und wirkliche Kampfkraft abzielte, haben die Hammerschaften, von einzelnen Ausnahmen abgesehen[1]), niemals erhalten. Höltermann geht sogar so weit zu erklären: „Die Hammerschaften sind nur in der Propaganda vorhanden gewesen, die Gewerkschaftsleitungen haben die Organisierung nie ernstlich betrieben. Die Hammerschaften waren nicht mehr als ein ‚Bürgerschreck'![2])" Das Urteil des Reichsbannerführers mag, unter dem Eindruck seiner späteren bitteren Erfahrungen, etwas zu negativ gehalten sein. Sicher ist jedoch, daß die Hammerschaften in der Regel nicht mehr waren als innerbetriebliche Agitationsgruppen und Marsch- und Demonstrationseinheiten, die als optische Bestandteile bei Kundgebungen in Erscheinung traten[3]). Eine wirksame Koordination von Hammerschaften und Schufo hat es nie gegeben. Für die Steigerung der effektiven Schlagkraft des neuen Abwehrkartells hat das propagandistisch stark herausgestellte „zweite Glied in der Kampffront ‚Eiserne Front'"[4]) so gut wie nichts bedeutet[5]).

Damit ist noch nicht gesagt, daß von den Gewerkschaften keinerlei Vorbereitungen für einen Generalstreik getroffen wurden. Matthias weist darauf hin, daß sich der Hauptvorstand des in diesem Zusammenhang besonders wichtigen Deutschen Eisenbahnerverbandes — „Die Eisenbahner haben die Faust an der Gurgel des Staates"[6]) — schon Ende des Jahres 1931 auf eine künftige Bürger-

[1]) In Hamburg, Ostpreußen und Berlin scheint man, wenn man den Richtlinien Glauben schenken darf, stärker auf wirkliche Kampffähigkeit gesehen zu haben. In dem Rundschreiben des ADGB-Bezirks 11 v. 11. Februar 1932 (a.a.O.) heißt es, daß nur die „zuverlässigsten, opferbereiten, körperlich geeigneten und auch sonst kampfesfähig erscheinenden" Gewerkschaftsmitglieder herangezogen werden sollten. Vgl. noch das Rundschreiben Nr. 28/31 des ADGB-Bezirksausschusses Ostpreußen v. 31. Dezember 1931 mit den beigefügten „Richtlinien zur Bildung der ‚Kampffront gegen den Faschismus'". Bebel-Archiv NB 474. Vgl. ein Schreiben der Bezirkskampfleitung der Eisernen Front, Berlin-Brandenburg-Grenzmark (Februar 1932), Bebel-Archiv NB 474.

[2]) Höltermann, Denkschrift.

[3]) So auch die Einschätzung Osterroths, der sie als „interessante Propagandaidee" bezeichnet, die „nicht recht Gestalt" angenommen habe. Briefliche Auskunft. Völlig negativ und unfair das Urteil Duderstadts, a.a.O., S. 121, der boshaft von „Bäuchen im Bratenrock, die Herrn Hitler nicht schrecken", spricht.

[4]) Vgl. das Schreiben der Bezirkskampfleitung der Eisernen Front Berlin-Brandenburg-Grenzmark, a.a.O.

[5]) Daß die Hammerschaften zumindest als Kampfformationen nie etwas bedeutet haben, spiegelt sich indirekt auch in einem Schreiben des ADGB-Bundesvorstands an den Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes v. 11. November 1932. Bebel-Archiv NB 477. Der Metallarbeiterverband hatte offensichtlich für die Aufhebung der Hammerschaften plädiert. Eine Kampfbedeutung mißt ihnen auch der ADGB-Bundesvorstand nicht zu, aber er hält daran fest, daß sie für die „Gewinnung neuer Mitglieder und die Festigung auch der älteren Mitglieder" ein geeignetes Instrument darstellten. Deshalb solle man den „Gedanken und die Formationen der Hammerschaften" nicht zerflattern lassen.

[6]) R. v. 30. Januar 1932. Mit diesen Worten wurde das Einschwenken der Eisenbahner in die Eiserne Front gefeiert.

kriegssituation einzustellen suchte[1]). Der Verdacht liegt jedoch nahe, daß es sich dabei um rein theoretische Erörterungen gehandelt hat. Höltermann jedenfalls erklärt mit allem Nachdruck, daß sich die Gewerkschaften niemals ernsthaft mit der organisatorischen Vorbereitung eines Generalstreiks beschäftigt hätten[2]), und das bisher von gewerkschaftlicher Seite vorliegende Material bietet kaum Hinweise, die eine gegenteilige Behauptung stützen könnten[3]).

Selbst wenn man einräumt, daß das Bild in Einzelheiten korrigiert werden muß: sicher ist, daß umfassende Vorkehrungen für einen Generalstreik in einer Bürgerkriegssituation, die ein Zusammenspiel von Gewerkschaften und Reichsbanner erforderlich gemacht hätten, niemals getroffen worden sind. Die Eiserne Front scheiterte an der ihr gestellten Aufgabe, alle in der Arbeiterbewegung vorhandenen Abwehrenergien wirksam zu koordinieren. Es gab deshalb auch im eigentlichen Sinne keine „Kampfmaschine Eiserne Front", sondern nur Reichsbanner, Gewerkschaften und Arbeitersportler. Das vielbeschworene „unüberwindliche Bollwerk der Arbeiterbewegung" war ein „Koloß auf tönernen Füßen"[4]), da es zu keiner Zeit gelang, die Bewegung zu einem einheitlich operierenden, schlagkräftigen und einsatzfähigen Kampfinstrument auszubauen[5]).

Den Massen allerdings blieben diese Zusammenhänge verborgen, da die Versammlungsredner der Eisernen Front starke Worte fanden und ihnen dadurch ein trügerisches Gefühl der eigenen Stärke suggerierten. Man drohte ziemlich unverblümt mit dem Generalstreik, erklärte bedeutungsvoll, die Eiserne Front wolle nicht reden, sondern werde handeln, und wiederholte immer wieder, daß für den Ernstfall alles vorbereitet werde[6]). „Heute rufen wir — morgen schlagen

[1]) Matthias, Ende der Parteien, S. 124. Matthias beruft sich auf Auskünfte von Hans Jahn, Vorstandsmitglied des Eisenbahnerverbandes, der in Versammlungen der Eisernen Front wiederholt starke und radikale Töne anschlug.

[2]) Vgl. Höltermann, Denkschrift.

[3]) Aus dem „Kassenabschluß der Eisernen Front bis einschließlich 23. September 1932" (Anlage zum Rundschreiben Nr. 142 des ADGB-Bundesvorstands v. 23. September 1932 an die Vorstände der Zentralverbände, Bebel-Archiv NB 477) läßt sich indirekt erschließen, daß für technische Abwehrvorbereitungen irgendwelcher Art kaum Gelder verwandt wurden. Die dem Reichsbanner zufließenden Gelder wurden für Schadensfälle verbraucht.

[4]) So Duderstadt, a.a.O., S. 121, und dann fortfahrend: „Eine bankrotte Firma, die mit faulen Wechseln arbeitet." Als er einen verantwortlichen Parteiführer gefragt habe, weshalb man eigentlich die Eiserne Front geschaffen habe, wenn man sie nicht richtig einsetze, habe dieser geantwortet: „Die steht ja doch nur auf dem Papier." Ebd., S. 42. Auch Dr. Nowack betont, die Eiserne Front sei ein „bloßes Schreckgebilde" gewesen. „Eisern" sei nur der Name gewesen. Mündliche Auskunft.

[5]) Vgl. Höltermann, Denkschrift.

[6]) Vgl. R. v. 30. Januar 1932: „Der Kampf gegen Sozialreaktion und Faschismus ist aus dem Stadium der Diskussion in die Phase der Aktion getreten." Grzesinski äußerte auf dem Arbeitersporttag am 26. Juni 1932, die Eiserne Front wolle nicht drohen, aber warnen; sie werde nicht reden, sondern handeln. Redemanuskript im Nachlaß Grzesinski. Ähnlich äußert sich Wels in der Broschüre, Eiserne Front, Vier Aufrufe, S. 3. Zahlreiche „radikale" Äußerungen von Versammlungsrednern der Eisernen Front sind in Auszügen abgedr. bei Galéra, Kampf um die nationale Macht, II, S. 111 f., 115, passim.

wir“[1]): diese refrainartig wiederkehrende Parole Höltermanns ist charakteristisch für den drohenden und selbstbewußten Ton, der von den Agitatoren der Eisernen Front angeschlagen wurde.

Um so tiefer mußte naturgemäß die Enttäuschung sein, als in der Stunde der Entscheidung dann allen lauten Widerstandsbekundungen zum Trotz nichts geschah. Gleichwohl wäre es vom Ansatz her verfehlt, den verantwortlichen Führern, im Sinne eines moralischen Vorhalts, Doppelzüngigkeit und Betrug vorzuwerfen, selbst wenn man annehmen will, ein Großteil von ihnen habe niemals ernsthaft an notfalls bewaffneten Widerstand gedacht. Um dem psychologischen Terror der Nationalsozialisten zu begegnen, mußte man zumindest stark erscheinen. Das wiedererwachte Stärkegefühl und Selbstvertrauen der sozialistischen Massen war in jedem Fall ein politischer Aktivposten, auch wenn es auf trügerischen Voraussetzungen beruhte.

Damit ist natürlich noch nicht die Frage beantwortet, weshalb umfassendere Abwehrmaßnahmen unterblieben. Eine einfache Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Man wird vielmehr ein Bündel von Motiven, oft gegensätzlicher Natur, berücksichtigen müssen, um die Haltung der Führungskreise zu erklären. Im Gewerkschaftslager schätzte man vielfach angesichts der Massenarbeitslosigkeit die Chancen eines Generalstreiks von vornherein so ungünstig ein, daß organisatorische Vorbereitungen sinn- und zwecklos erschienen. Damit verband sich die resignierende Erkenntnis, daß sich letztlich alles mit der Stellungnahme der regulären bewaffneten Macht entscheiden und daß die Eiserne Front deshalb niemals ein ausschlaggebender Faktor in einem Bürgerkrieg sein werde[2]). Auf der anderen Seite legte sich gerade die Überschätzung der eigenen Macht, deren bloßes Zurschaustellen schon zu genügen schien, um die Rechte von Putschen abzuhalten, und die Unterschätzung der kommenden Gefahren hemmend und lähmend auf die sich entfaltende Aktivität.

Man wird kaum behaupten wollen, daß solche Überlegungen politisch zwingend waren. Sie konnten nur deshalb so wirksam werden, weil die leitende Funktionärsschicht eine instinktive Abneigung gegen offenkundige Bürgerkriegsvorbereitungen besaß und deshalb nur zu gern alle Argumente aufgriff, die einen Verzicht auf umfassende Abwehrmaßnahmen nahelegten. Diese Haltung erklärt sich nicht allein aus der Rücksichtnahme auf die breite Öffentlichkeit und bürgerliche Koalitionspartner. Ausschlaggebender war vielmehr das sich in streng parlamentarischen Bahnen bewegende, legalistische Denken der Führungsschicht, das allen außerparlamentarischen Aktionen mit Mißtrauen und innerer

---

[1]) Untertitel von Höltermanns Aufruf in der Broschüre, Eiserne Front, Vier Aufrufe, S. 5. Vgl. auch R. v. 6. Februar 1932 (Höltermann), R. v. 30. Januar 1931 (Hans Jahn).

[2]) Vgl. Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 607 f. Stampfer hielt von Anfang an nicht viel vom Reichsbanner und sah in dessen Treiben nur eine „militärische Spielerei“. Vgl. Duderstadt, a.a.O., S. 24, und Prinz zu Löwenstein. Briefliche Auskunft.

Reserve gegenüberstand[1]). Hier liegt wohl auch der entscheidende Grund dafür, daß man sich nach Gründung der Eisernen Front, wie Höltermann später bitter klagte[2]), mit bloßer Propaganda begnügte und jedem Versuch zu ernsthafter außerparlamentarischer Machtbildung von vornherein ängstlich aus dem Wege ging.

Das negative Gesamturteil über die Eiserne Front darf indes nicht den Blick dafür verstellen, daß die Bewegung zumindest eine Zeitlang politisch-psychologisch ungemein viel bedeutet hat. Will man Leber glauben, dann hat sie den „drohenden ideellen Zusammenbruch" der Sozialdemokratie „gerade noch rechtzeitig verhindert"[3]). Die von ihr ausgelöste Welle kämpferischer Energien, die bewundernswerte Opfer- und Einsatzbereitschaft, mit der die gewaltigen Massen, die immer noch hinter der SPD standen, auf den Widerstandsappell reagierten, brachte die schon wankenden Reihen der Republik wieder zum Stehen. Aus der Distanz dessen, der das Ende vor Augen hat, fällt es zwar leicht zu sagen, daß die „Vitaminspritze" Eiserne Front nur lebensverlängernd, nicht lebenserhaltend gewirkt hat. Anfang 1932 war jedoch noch keineswegs klar, in welche Richtung die Kugeln endgültig rollen würden. Der Eindruck, den die Eiserne Front hervorrief, war zunächst sehr stark. Der Stahlhelm überspielte nur seine eigene Verblüffung und innere Unsicherheit, wenn er unter ironischer Anspielung auf den Text der „Internationale" und unter Umkehrung des Wortsinnes das Auftreten der Eisernen Front als ein „Auf zum letzten Gefecht" interpretierte[4]).

Tatsächlich wurde der schwer um ihre Existenz ringenden Republik in den ersten Monaten des Jahres 1932 gleichsam ein „zweiter Frühling", richtiger gesagt — aus der Perspektive des Wissenden —, ein „kurzer Nachsommer" beschert. Die Initiative ging für kurze Zeit an die republikanische Linke über, und fast konnte es scheinen, als ob es ihr noch einmal gelingen würde, aus der bloßen Verteidigung und Abwehr herauszukommen. Die Zeichen standen auf Sturm. Der Propagandakampf wurde hart und aggressiv geführt[5]). Worte wie „Angriff",

---

[1]) Vgl. Matthias, Ende der Parteien, S. 196 f. Vgl. dazu auch einen Artikel von Bert Alexander, Antifaschistische Aktivität der Massen, in: Deutsche Republik 6 (1931/32), S. 1286—1289.

[2]) Höltermann, Denkschrift.

[3]) Leber, a.a.O., S. 240.

[4]) Vgl. St. v. 31. Januar 1932. Artikel: „Mit Betrug und Gewalt! Eiserne Front? — Eiserne Stirn! Reichsbanners ‚letztes Gefecht'." Daß man die Eiserne Front im „nationalen" Lager ernster nahm, als es das Gerede von den „drei Veilchen" erkennen läßt, zeigt die Darstellung dieser Vorgänge bei Galéra, a.a.O., II, in dem Kapitel „Von der Harzburger Front zur Eisernen Front", S. 112 ff. Ebd., S. 116, betont Galéra: „So glich Deutschland einem Hexenkessel voller Todfeindschaft. Die Stärkung der nationalen Front in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 hatte eine hochgesteigerte Aktivität in beiden marxistischen Lagern zur Folge."

[5]) So forderte z. B. Grzesinski am 7. Februar 1932 in einer Rede vor der Eisernen Front in Leipzig, man solle Hitler mit einer Hundepeitsche aus Deutschland hinaustreiben. Zum „Nachspiel" vgl. Matthias, Ende der Parteien, S. 136, Anm. 49.

„Offensive" und „rücksichtsloser Einsatz" bestimmten den Tenor der Versammlungsreden und Verlautbarungen[1]).

Es ist nur zu verständlich, daß die republikanischen Massen in einer Situation, in der sie unverdrossen für den Weimarer Staat marschierten, mit wachsender Erbitterung darauf reagierten, daß eben dieser Staat in gleicher Weise über Freunde und Feinde der Republik Uniform- und Demonstrationsverbote verhängte. Höltermann durfte damit rechnen, daß er genau das aussprach, was der namenlose Mann der Eisernen Front empfand, wenn er in der großen Sportpalastkundgebung am 31. Januar ausrief: „Ein Staat, der nicht für sich Partei ergreift, erklärt sich selbst für vogelfrei und muß früher oder später in die Hände von Freibeutern und Abenteurern fallen[2])." Immer stärker richtete sich deshalb die propagandistische Aktivität gegen die „selbstmörderische Objektivität" der Republik, gegen den „Mißbrauch der Freiheit" und gegen ein formaldemokratisches Denken, das um der demokratischen Prinzipientreue willen bereit sei, auch ein Votum gegen die Demokratie zu akzeptieren. Der Reichstagswahlkampf im Juni und Juli 1932 stand häufig im Zeichen des Kampfes um eine „zweite Republik", die man sich hart, militant und entschieden vorstellte. Jene Redner ernteten stürmischen Beifall, die erklärten: „In der ‚zweiten Republik' wird es Freiheit geben, aber nur für Republikaner und sonst für keinen anderen[3])."

3. *Reichspräsidentenwahl und SA-Verbot*

Trotz aller Ansätze zu offensiver Kampfführung blieben die drei Pfeile der Eisernen Front letztlich doch nur Symbol und Ausdruck einer verzweifelten Abwehrschlacht. Während der Reichspräsidentschaftswahlen 1932 fand dieses defensive Kampfziel in der Person des Kandidaten nur allzu beredten Ausdruck. Alle positiven Worte über die „verehrungswürdige Gestalt Hindenburgs"[4]), Wendungen, die nicht nur taktisch gemeint waren, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der alte Feldmarschall nur das „kleinere Übel" darstellte, das man hinnehmen mußte, um das „größere Übel" Hitler zu verhindern[5]).

Die Eiserne Front hat sich über die „monarchistischen" Gesinnungen des von ihr gestützten Kandidaten zu keiner Zeit Illusionen hingegeben, aber sie wußte sehr genau, daß der Wille zur demokratischen Republik nur mehr indirekt, über

[1]) Vgl. R. v. 26. Dezember 1931; R. v. 12. Dezember 1931. Vgl. auch die Zeitung „Eiserne Front" v. 5. Februar 1932. Bebel-Archiv NB 472.

[2]) R. v. 6. Februar 1932.

[3]) So Frey, a.a.O., S. 13.

[4]) IRZ v. 9. April 1932; vgl. auch die ungemein positiven Artikel von H. Duderstadt, IRZ v. 2. April 1932, und Paul Löbe: „Parole Hindenburg", R. v. 12. März 1932.

[5]) Das spiegelt sich sehr deutlich in Wahlparolen der Eisernen Front: „Schlagt Hitler, kein Faschist auf den Stuhl Friedrich Eberts", R. v. 5. März 1932. „Mehr Stimmen für Hindenburg — das ist Hitlers politischer Tod", R. v. 9. April 1932.

die Wahl eines „Monarchisten", zum Ausdruck gebracht werden konnte[1]). Sie trat deshalb vorbehaltlos in den Dienst der Hindenburg-Propaganda und warb in mehr als tausend Versammlungen, in deren Mittelpunkt zumeist die Schallplattenwiedergabe einer Rede des amtierenden Reichspräsidenten stand, um Stimmabgabe gegen „Hitler und Thälmann" und für Hindenburg[2]). Die Massen bewiesen dabei ein hohes Maß an Disziplin und politischer Manövrierfähigkeit. Denn es kostete, bei aller Einsicht in die Notwendigkeit, Selbstüberwindung, für einen Mann in die Arena zu treten und Blutopfer zu bringen, der Ehrenmitglied des Stahlhelms war, und Saalschutz zu stellen, wenn ein Graf Westarp seine „reaktionären Reden" hielt[3]).

Bei der Kampagne um die Wahl des Reichspräsidenten trat offen zutage, was sich seit dem September 1930 immer deutlicher abgezeichnet hatte. Der Schwerpunkt des politischen Lebens und der politischen Spannungen verlagerte sich mehr und mehr zu den zwei Polen Reichspräsident und Straße[4]). Dem schwindenden Einfluß der Parlamente entsprach eine zunehmende Bedeutung der öffentlichen Demonstrationen und Aufmärsche. Damit wuchs zwangsläufig die Wichtigkeit paramilitärischer Verbände und uniformierter Abteilungen, die allein schon für eine systematische propagandistische Bearbeitung der breiten Öffentlichkeit immer unentbehrlicher wurden. Wohl mehr als die Parteien bestimmten jetzt die Kampfverbände das „Gesicht der Zeit". 1932 war es so weit gekommen, daß gewonnene oder verlorene Saalschlachten, eindrucksvolle Aufzüge und der Marschtritt uniformierter Kolonnen vergleichsweise wichtiger wurden als die Diskussionen in den Repräsentativkörperschaften der Nation[5]).

Die Linke hatte sich dieser Entwicklung, der sie sich nicht entziehen konnte, wollte sie nicht ins Hintertreffen geraten, Zug um Zug angepaßt. Auch sie kehrte, den allgemeinen Zeitläuften folgend, immer bewußter eine militärisch-soldatische Note heraus und trat „militaristisch", nicht „volksbewegt" auf, wie die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz beklagte, die mit den von ihr propagierten „Frauenvortrupps" bezeichnender Weise zunächst auf starke Zurückhaltung stieß[6]). Gleichwohl ließ gerade die Eiserne Front die Unterschiede

[1]) Charakteristisch eine Passage aus einem Brief Kautskys an Bernstein v. 6. März 1932: „Also hoffen wir, daß es am 13. gut geht und der Marxismus seine Feste Hindenburg behauptet, unser Wehr und Waffen". Abgedr. in der Dokumentation von E. Matthias, Hindenburg zwischen den Fronten, VZG 8 (1960), S. 75—84, S. 84, Anm. 5.

[2]) Vgl. R. v. 9. April 1932, wo eine typische Hindenburg-Kundgebung der Eisernen Front beschrieben wird.

[3]) So Osterroth, Memoiren.

[4]) Vgl. dazu auch Leber, a.a.O., S. 239.

[5]) Namentlich nach dem 20. Juli 1932 wurde vom Reichsbanner unverblümt ausgesprochen, daß der „Kampf auf breiter Grundlage außerhalb der Parlamente ge führt" werden müsse. Vgl. R. v. 19. November 1932 (Ausführungen Höltermanns auf der Bremer Füh rerkonferenz am 12. und 13. November).

[6]) Vgl. dazu ein Schreiben des ADGB-Ortsausschusses Berlin an den Bund esvorstand des ADGB v. 1. Juli 1932, ein Schreiben des Deutschen Textilarbeiterverbandes an Frau Marie Juchacz v. 19. Juli 1932 und ein Schreiben des Deutschen Textilarbeiterverbandes v. 19. Juli 1932 an Frau Marg. Döring. Alle Schreiben im Bebel-Archiv, NB 493 .

im Demonstrationsstil der Linken und Rechten deutlicher als bisher hervortreten. Anders als vordem beim Reichsbanner vereinten ihre Aufzüge Frauen, Kinder, Kriegsversehrte, Hammerschaften und uniformierte Abteilungen[1]). Sie trugen keineswegs den für die Rechte bezeichnenden rein militärischen Charakter, da das Militant-Soldatische nur ein Element unter anderen war[2]). Mit der Eisernen Front fand die Linke gleichsam zu der für sie charakteristischen Form der außerparlamentarischen Aktion, zum Stil der Massendemonstration zurück, der durch die isolierten Aufmärsche uniformierter Reichsbannerabteilungen zeitweilig etwas verwischt worden war.

Das durch die Eiserne Front neu belebte Selbstvertrauen und Stärkegefühl der sozialistischen Massen ließ während der Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 eine defaitistische Stimmung kaum aufkommen. Durchweg rechnete man, von einigen pessimistischen Stimmen abgesehen[3]), mit einem Sieg Hindenburgs, gerade deshalb aber auch mit der Möglichkeit „unangenehmer Überraschungen"[4]), da man befürchtete, die Nationalsozialisten würden bei einer Niederlage den „Marsch nach Rom" antreten. Die allenthalben kursierenden Gerüchte über einen kurz nach dem 13. März bevorstehenden SA-Putsch erhielten neue Nahrung, als bekannt wurde, daß die NSDAP ihre Sturmkolonnen im ganzen Reich zu kasernierten Einheiten zusammenziehe. Das Reichsbanner reagierte sofort mit der Mobilisierung der Schufo, die in Gewerkschaftshäusern und Verkehrslokalen in Alarmbereitschaft gehalten wurde, so daß sich am 13. März zwei Bürgerkriegsarmeen gleichsam Gewehr bei Fuß gegenüberlagen[5]).

Groener hatte gegen die Konzentrierung der SA, die von Röhm in einem vom 2. März datierenden Befehl an die Gruppenführer der SA mit Drohungen der Eisernen Front, sich einer legalen Machtergreifung Hitlers mit Gewalt widersetzen zu wollen, motiviert worden war[6]), keine Einwände erhoben[7]). Wenig

[1]) Derartige Aufzüge waren vom Reichsbanner lange Zeit bewußt abgelehnt worden. Vgl. R. v. 6. Dezember 1930 (Gaubeilage Franken, Oberbayern-Oberpfalz, Niederbayern, Württemberg).

[2]) Die Unterschiede im äußeren Stil des Auftretens werden sehr gut in einem vertraulichen Rundschreiben des Landeskriminalpolizeiamtes Stuttgart, W. 33 v. 15. Juli 1932, herausgestellt. StAL, F 193, Nr. 341.

[3]) Auf pessimistische Stimmen innerhalb engerer Funktionärszirkel weist der ADGB-Bezirkssekretär Brennecke, Hannover, in einem Schreiben an Schlimme v. 4. März 1932 hin. Bebel-Archiv NB 476.

[4]) So Brennecke, ebd.

[5]) Galéra, a.a.O., II, S. 190, behauptet, daß das Reichsbanner in ganz Norddeutschland seine Mitglieder zu starken Verbänden zusammengezogen und alle Vorbereitungen getroffen habe, um bei einem Wahlsieg Hitlers eine illegale Erhebung vorzubereiten. Daß tatsächlich umfassende Vorkehrungen für den 13. März getroffen wurden, räumt auch das Reichsbanner ein. Vgl. R. v. 23. April 1932. Im gleichen Sinne äußert sich der ehemalige Mecklenburger Gauvorsitzende Schulz. Von Osterroth vermittelte Auskunft.

[6]) Befehl abgedruckt im „Völkischen Beobachter", Bayernausgabe, v. 17./18. April 1932.

[7]) Vgl. dazu die Erklärung Groeners v. 18. März 1932, in: Horkenbach 1932, S. 80.

später wurde er jedoch nachdenklich, als ihm Nachrichten zugingen, daß bei einem Unterliegen Hitlers mit einem Handstreich der NSDAP zu rechnen sei; denn Frick, Goebbels und Straßer hätten Hitler am 13. März die letzte Chance zugebilligt, sich legal in den Sattel zu setzen. Die Informationen schienen ihm so wichtig, daß er Severing in einem Schreiben vom 8. März davon in Kenntnis setzte und diesen um weitere Veranlassung bat[1]).

Severing plädierte jedoch für ruhiges Abwarten[2]) und wies nur die preußischen Polizeistellen zu erhöhter Wachsamkeit am Wahltag an[3]). Erst am 17. März holte er zu einem großen Schlag aus und ließ in den Gaubüros der NSDAP riesige Mengen an Material beschlagnahmen, aus dem zweifelsfrei hervorging, daß SA-Formationen bei einem für Hitler günstigen Wahlausgang einzelne Gewaltakte geplant hatten[4]). Das zutage geförderte Material rechtfertigte also nachträglich die Vorbeugungsmaßnahmen des Reichsbanners, wenngleich der Verband bei der Mobilisierung der Schufo von teilweise falschen Voraussetzungen ausgegangen war. Die Führung der NSDAP dachte offensichtlich an keinen gewaltsamen Putsch. Hitler war längst zu einer raffinierten Legalitätstaktik übergegangen, weil er sie für erfolgversprechender hielt. Das schloß jedoch nicht aus, daß sich bewaffnete Konflikte gegebenenfalls gegen den Willen der Parteiführung entzündeten. Denn Ernst Röhm, der Typ des „altmodisch-geradlinigen Revolutionärs“[5]), und mit ihm viele andere SA-Führer konnten sich eine Revolution im Grunde nur so vorstellen, wie sie sie aus Geschichtsbüchern kannten, mit Gewaltanwendung, Barrikadenkampf und Blutvergießen[6]).

Severings Aktion erwies sich vorerst als ein Schlag ins Wasser. Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig, bei dem die NSDAP auf Herausgabe des Materials geklagt hatte, endeten für die Partei mit einem nicht ungünstigen Vergleich[7]). Enttäuschend war vor allem die Reaktion Groeners, der beruhigende Erklärungen abgab[8]) und von dem preußischen Vorgehen deutlich

[1]) Text des Schreibens im Auszug bei: Schultheß 1932, S. 61. Vgl. auch Severing, Lebensweg, II, S. 328.

[2]) Severing war am 11. März mit Groener zusammengetroffen. Man einigte sich darauf, vor den Wahlen nichts zu unternehmen, um den Nationalsozialisten keine Propagandawaffe in die Hand zu spielen. Vgl. dazu die Ausführungen Severings auf einer Pressekonferenz am 5. April 1932. Zusammenfassung bei Horkenbach 1932, S. 100.

[3]) Runderlaß Severings an die preußischen Polizeistellen inhaltlich wiedergegeben bei Horkenbach 1932, S. 100 f.

[4]) Zur Beurteilung des Materials vgl. Vogelsang, Reichswehr, S. 163, 168. Auch Bayern und Hessen hatten Material beschlagnahmen lassen, das am 3. April bzw. 8. April der Öffentlichkeit vorgelegt wurde.

[5]) So H. Mau, Die zweite Revolution, VZG 1 (1953), S. 126.

[6]) Vgl. ebd.

[7]) Ein großer Teil des beschlagnahmten Materials mußte herausgegeben werden. Vgl. Schultheß 1932, S. 61. Vgl. Severing, Lebensweg, II, S. 329.

[8]) Vgl. Horkenbach 1932, S. 60.

abrückte[1]). Die zögernde und abwartende Haltung des Reichswehr- und Reichsinnenministers, die nicht zuletzt von Interessenerwägungen der Reichswehr bestimmt war, stieß jedoch immer mehr auf den geschlossenen Widerstand Preußens und der süddeutschen Länder, die ein Verbot der SA forderten und unmißverständlich drohten, sie würden eigenmächtig vorgehen, wenn von der Reichsregierung keine Maßnahmen ergriffen würden[2]). Unter ihrem Druck entschied sich Groener für den Vorrang der Innenpolitik und stellte seine von wehrpolitischen Zielen diktierten Pläne, ein Verbot der politischen Kampfverbände erst dann ins Auge zu fassen, wenn zuvor durch die Gründung einer umfassenden Wehrsportorganisation ein Auffangbecken für die freiwerdenden Kräfte geschaffen worden sei, zunächst als unrealisierbar zurück.

Die komplizierten Vorgänge rund um das am 13. April ausgesprochene SA-Verbot[3]), die den Anfang vom Ende der Regierung Brüning bedeuteten, sollen in diesem Zusammenhang nur insoweit Berücksichtigung finden, als das Reichsbanner darin verwickelt wurde. Hindenburg, der sich schon in seiner Rolle als Präsidentschaftskandidat der Linken höchst unbehaglich gefühlt hatte[4]), stimmte nur widerstrebend einer Vorlage zu, die im Kreis der ihm Nahestehenden als einseitige Maßnahme gegen die Rechte, als Konzession an die Linke und Honorar für geleistete Wahlhilfe gedeutet werden mußte[5]). Die Linke half diesen Eindruck verstärken, wenn sie immer wieder, auf ihre Verdienste pochend, einschneidende Maßnahmen gegen die NSDAP forderte[6]) und nach erfolgtem SA-Verbot die Entscheidung auf den „unwiderstehlichen Druck der Eisernen Front" zurückführte[7]). Die Reaktion der SPD war verständlich, da sie nach den Reichspräsidentenwahlen, bei denen die Loyalität der eigenen Anhängermassen stark strapaziert worden war, dringend eines „Erfolges" bedurfte, um der innerparteilichen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie bedeutete jedoch Aufwind

[1]) Groener war tief empört, als der Vertreter Preußens bei den Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof, Ministerialdirektor Dr. Badt, erklärte, Groener selbst habe die Veranlassung zur preußischen Aktion gegeben, und zum Beweis das Schreiben Groeners v. 8. März vorlesen ließ. In einem Schreiben an Gleich v. 6. April 1932 beklagt er sich über diese „perfiden Mittel" der „Sozis". Schreiben abgedr. bei Groener-Geyer, General Groener, S. 295.

[2]) Zu diesen Vorgängen vgl. G. A. Craig, Reichswehr and National Socialism. The Policy of Wilhelm Groener, in: Political Science Quarterly 63 (1948), S. 213 ff. Vgl. vor allem Vogelsang, Reichswehr, S. 164 ff.

[3]) Die beste Darstellung der Vorgänge rund um das SA-Verbot gibt Vogelsang, Reichswehr, S. 169 ff.

[4]) Das fast verzweifelte Bemühen Hindenburgs, sich von den Hauptstützen seiner Kandidatur zu distanzieren, verrät ein Schreiben Hindenburgs an Friedrich v. Berg-Markienen v. 25. Februar 1932. Schreiben abgedr. bei Matthias, Hindenburg zwischen den Fronten, a.a.O, S. 78—82.

[5]) Vgl. dazu auch die Ausführungen Hammersteins auf der Befehlshaberbesprechung am 21. Mai 1932 (abgedr. bei Vogelsang, Reichswehrdokumente, S. 424): „Zeitpunkt kompromittiert Feldmarschall (muß als Bezahlung nach links aussehen!)".

[6]) Vgl. R. v. 26. März 1932: „Wie lange noch?"

[7]) R. v. 23. April 1932: „Schufo in Urlaub".

für jene Kreise, die ein Verbot des republikanischen Kampfverbandes forderten und die Reichsregierung in diesem Sinne zu beeinflussen suchten[1]).

Groener mußte damit rechnen, daß die Frage „Reichsbanner" noch nicht abgeschlossen war, da bei den dem SA-Verbot vorausgegangenen Besprechungen im Hause Hindenburg wiederholt von dem republikanischen Verband die Rede gewesen war[2]) und die „nationale" Presse ihre heftigen Angriffe gegen den Verband fortsetzte. Er bat deshalb vorsorglich am 15. April den Bundesführer des Reichsbanners zu sich, der sich sofort, um Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen, bereit erklärte, alle außerordentlichen Schutzmaßnahmen des Bundes zu beenden und die Schufo „in Urlaub" zu schicken[3]). Damit war ein Hauptangriffspunkt beseitigt, der für ein Vorgehen gegen den Verband als Vorwand hätte benutzt werden können[4]). Gleichzeitig trat Groener mit einer vom Wolffschen Telegraphenbüro unter der Überschrift „Mein Standpunkt" veröffentlichten Erklärung an die Öffentlichkeit, in der er betonte, daß weder Reichsbanner noch Stahlhelm — eine geschickte Warnung an Hindenburg, der Ehrenmitglied des „Bundes der Frontsoldaten" war — in ihrem Charakter mit der SA verglichen werden könnten und daß deshalb zu einem Verbot kein Anlaß bestehe[5]).

Der Reichspräsident, bei seinem stark formalen Gerechtigkeitsempfinden und aus dem Bemühen heraus, als ein von den Parteien Unabhängiger dazustehen[6]), war jedoch nicht gesonnen, die Frage Reichsbanner auf sich beruhen zu lassen. Am 15. April ließ er Unterlagen über den republikanischen Verband, die ihm

[1]) Sammlung von Pressestimmen, in denen Maßnahmen gegen das Reichsbanner gefordert wurden, bei Horkenbach 1932, S. 111 ff., und bei Galéra, a.a.O., II, S. 208 ff. — Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz richtete an die Reichsregierung den Antrag, das Reichsbanner zu verbieten. Dem Antrag schlossen sich Braunschweig, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin an. Vgl. Horkenbach 1932, S. 118. Ein Verbot des Reichsbanners forderte auch der Fraktionsführer der deutschnationalen Landtagsfraktion, Dr. von Winterfeldt, in einem Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten Braun. Vgl. Horkenbach 1932, S. 114 f.

[2]) Vgl. Vogelsang, Reichswehr, S. 172, 175. Auch Groener selbst hatte wohl zeitweilig an ein gleichzeitiges Verbot des Reichsbanners gedacht. In einem Schreiben an Gleich v. 2. April 1932, in dem er auf die Möglichkeiten eines SA-Verbots zu sprechen kam, betonte er: „Am besten die sog. Eiserne Front gleich mit." Schreiben abgedr. bei R. H. Phelps, Groenerdokumente VI, in: Deutsche Rundschau, 76 (1950), S. 1013—1022.

[3]) Vgl. dazu das von Höltermann unterzeichnete Rundschreiben v. 14. April 1932: „An alle Gauvorstände im Reich" (Sammlung Osterroth). Das Rundschreiben deckt sich inhaltlich mit dem Rundschreiben Nr. 14/1932 des Gauvorstandes Hannover v. 19. April 1932, abgedr. bei Matthias, Ende der Parteien, S. 219. Strittig ist, ob die Demobilisierung der Schufo freiwillig oder erst auf den Druck Groeners hin erfolgte. Das Schreiben Höltermanns vom 14. April 1932 könnte aus taktischen Gründen rückdatiert worden sein. Andererseits hatte das Reichsbanner schon früh seine Bereitschaft bekundet, bei einem SA-Verbot die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Vgl. R. v. 20. Februar 1932.

[4]) Mit der freiwillig erfolgten Auflösung der Schufo begründete Groener später auch gegenüber dem Reichspräsidenten sein Nichteinschreiten gegen das Reichsbanner. Vgl. Horkenbach 1932, S. 131.

[5]) WTB Nr. 813 v. 16. April 1932 (erste Nachtausgabe).

[6]) Vgl. dazu auch die Charakteristik Hindenburgs bei Th. Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik, VZG 9 (1961), S. 18 f.

von rechtsstehenden Kreisen zugeleitet worden waren, aus eigener Initiative durch entsprechende Aktenstücke aus dem Reichswehrministerium ergänzen[1]) und am folgenden Tage Groener zustellen, versehen mit einem alsbald an die Presse gegebenen Begleitschreiben mit dem Datum vom 15. April, in dem in kühler Diktion darum ersucht wurde, das Material „mit dem gleichen Ernst zu prüfen, den ich Ihrem Antrage entgegengebracht habe"[2]).

Das vorgelegte Material war nach dem offenen Eingeständnis beteiligter Reichswehrkreise „sehr dünn"[3]). Es bestand vorwiegend aus Zeitungsausschnitten, die der Rechtspresse entstammten, und einzelnen Stücken, die zumeist weit zurückliegende Vorgänge behandelten[4]). Höltermann, der um Stellungnahme zu einem Teil der Unterlagen ersucht wurde, konnte alle wesentlichen Vorwürfe schnell entkräften. Da auch Brüning, der eine Brüskierung der Linken vermeiden wollte, und mit ihm das gesamte Kabinett die Haltung Groeners billigte[5]), sah dieser keinerlei Veranlassung, gegen die republikanische Organisation einzuschreiten. Im Gegenteil: er fand in der Folge bisweilen Worte zur Verteidigung des Verbandes, die aus seinem Munde ziemlich ungewöhnlich klangen, so daß man kaum fehlgeht, hinter seinen Äußerungen die korrigierende und redigierende Hand seiner republikanischen Beamten aus dem Reichsinnenministerium zu vermuten[6]). Das gilt auch für seine folgenreiche Reichstagsrede vom 10. Mai 1932, in der er, körperlich indisponiert und fortwährend durch Anpöbeleien nationalsozialistischer Abgeordneter unterbrochen, das SA-Verbot und seine Haltung in der Reichsbannerfrage zu begründen hatte[7]).

[1]) Vgl. dazu das Schreiben Meißners an Groener v. 21. April 1932; in Auszügen zitiert bei Vogelsang, Reichswehr, S. 177, Anm. 739.

[2]) Text des Schreibens bei Horkenbach 1932, S. 115.

[3]) So der General v. Noeldechen in seinen „Bemerkungen" zu „Meißners Memoiren", abgedr. bei W. Conze, Zum Sturz Brünings, VZG 1 (1953), S. 274. Ähnlich Groener in einem Schreiben an Gleich v. 25. April 1932 (abgedr. bei Groener-Geyer, General Groener, S. 310): „Das Material ist recht dürftig."

[4]) Vgl. dazu Vogelsang, Reichswehr, S. 177 ff., auch für das Folgende.

[5]) Vgl. dazu den Auszug aus der Niederschrift über die Ministerbesprechung v. 3. Mai 1932. BA, R 43 I/767 a.

[6]) Von seiten der Reichswehr machte man ganz offen Groeners Berater im Innenministerium für die Politik des SA-Verbots verantwortlich. Hammerstein sprach auf der Befehlshaberbesprechung am 21. Mai 1932 (vgl. S. 421, Anm. 5) von den „suspekten Leuten" im Innenministerium, die Groener eingewickelt hätten. Auch der General Noeldechen (vgl. S. 423, Anm. 3) betont, die zunehmende „geistige Bequemlichkeit" Groeners habe dazu geführt, daß er mehr und mehr die Politik seiner Berater aus dem Innenministerium gemacht habe. Dr. von Carlowitz, langjähriger Mitarbeiter Schleichers und Zivilreferent für juristische Spezialfragen in der Wehrmachtabteilung, weist vor allem auf den Einfluß von Groeners persönlichem Referenten, dem noch aus der Ära Severing–Wirth stammenden Kurt Baurichter hin. (So in einem Interview mit Dr. von zur Mühlen v. 7. Februar 1949, abgedr. bei Conze, a.a.O., S. 271.) Baurichter, heute Regierungspräsident von Düsseldorf, bestätigt, daß er bei der negativen Stellungnahme des Innenministeriums zur Frage eines eventuellen Reichsbannerverbots beteiligt war. Briefliche Auskünfte Baurichters.

[7]) Ungeachtet der Stichhaltigkeit seiner Argumente war der Eindruck der Rede sehr ungünstig. Vgl. Horkenbach 1932, S. 144; Schlange-Schöningen, Am Tage danach, S. 69; Severing, Lebensweg, II, S. 335; O. Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 383. Gegenteiliger Ansicht ist Groener-Geyer, General Groener, S. 314 f.

Groeners Eintreten für das Reichsbanner hatte ihm naturgemäß starke Sympathien im Lager der republikanischen Linken eingetragen. Man bedauerte deshalb, verbunden mit heftigen Ausfällen gegen die „intrigierenden Bürogenerale“[1]), aufrichtig seinen Abgang als Reichswehrminister und widmete seiner Tätigkeit einen Nachruf, in dem die „hohe Achtung“ herausgestellt wurde, die man stets für seine „aus dem Frontsoldatentum des Weltkriegs hervorgegangene militärische Führerschaft“[2]) empfunden habe. Es ist jedoch bezeichnend, daß man erst nach Groeners Rücktritt so freundliche Worte fand und seine Sympathien zu erkennen gab. Der gleiche Vorgang wiederholte sich in der Folge immer wieder. Brüning wurde aufgewertet angesichts der Wirklichkeit Papens[3]). Selbst an Papen entdeckte man gewinnende Züge, als der „Bürogeneral Schleicher“ die politischen Geschäfte übernahm[4]), und von Hitler aus gesehen blickte man auf die Ära Schleicher wie auf ein goldenes Zeitalter zurück. So groteskbelustigend diese Ablaufskala erscheinen mag: in ihr spiegelt sich nur die wachsende Hilflosigkeit und der zunehmende Machtverlust des republikanisch-demokratischen Lagers, für das in der Tat jeder Regierungswechsel, vom Zwischenspiel Schleichers abgesehen, nur ein noch größeres Übel bedeutete.

Als besonders folgenschwerer Einschnitt wurde allerdings von Anfang an die Ablösung Brünings durch Papen empfunden. Papens „Adelskabinett“ erschien als Inkarnation aller reaktionären Tendenzen und galt deshalb als „Provokation“ und „unerhörter Affront“. Für die Beurteilung der Vorgänge am 20. Juli 1932 ist es zudem nicht unwichtig, daß das Kabinett als „hitlerhörig“ angesehen wurde[5]). Diese Einschätzung verstärkte sich, als schon am 17. Juni das kurz zuvor ausgesprochene SA-Verbot wieder aufgehoben wurde. Denn aus der Sicht der Linken mußte die Maßnahme geradezu als Aufforderung wirken, alle feineren Unterschiede zwischen „Reaktion“ und „Faschismus“ unter den Tisch fallen zu lassen[6]).

Die Enttäuschung war zweifellos sehr groß, da das SA-Verbot in seinen psychologischen Auswirkungen viel bedeutet hatte; aber von einer Resignation kann keine Rede sein. Das Reichsbanner reagierte sofort mit der Neuformierung

[1]) R. v. 21. Mai 1932: „Wer kriselt um Groener?“

[2]) Ebd.

[3]) Vgl. R. v. 18. Juni 1932, R. v. 31. Dezember 1932.

[4]) Vgl. R. v. 10. Dezember 1932. Dieser Artikel Mayrs ist allerdings nicht typisch für die Einstellung des Reichsbanners zu Schleicher.

[5]) Vgl. R. v. 18. Juni 1932; IRZ v. 11. Juni 1932. Bezeichnend dafür, daß das Kabinett als „hitlerhörig“ empfunden wurde, ist auch das Schlagwort von den „Hitlerbaronen“. Vgl. IRZ v. 25. Juni 1932.

[6]) Bezeichnend auch eine mit der Überschrift „Der Arbeiter im Reich des Hakenkreuzes“ versehene Abbildung, die einen an ein Hakenkreuz geschlagenen Arbeiter zeigt; R. v. 25. Juni 1932. Darunter wird aus einem Rundschreiben von Goebbels zitiert: „Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben, um jeden derartigen Versuchen unserer Gegner von vornherein die Spitze abzubrechen.“

der Schufo[1]) und war keineswegs gewillt, den nationalsozialistischen Kolonnen die Straße zu überlassen und sich ihrem Terror zu beugen, der bis dahin unbekannte Ausmaße annahm. In den Juni- und Juliwochen des Jahres 1932 häuften sich die blutigen Zusammenstöße und Straßenschlachten, die allen beteiligten Verbänden einen erhöhten Blutzoll abverlangten[2]). Terror blieb nicht ohne Gegenterror, und gerade das mag als Indiz dafür gelten, daß der Kampfwille im Reichsbanner noch ungebrochen war. Der kaum mehr verhüllte Bürgerkrieg, dessen Härte und Brutalität die Fälle Ohlau und Potempa verdeutlichen[3]), kulminierte im „Altonaer Blutsonntag"[4]), den Papen als willkommenen Vorwand heranzog, um sein Vorgehen gegen die preußische Regierung zu motivieren.

---

[1]) Vgl. das Rundschreiben des Gauvorstandes Hannover v. 17. Juni 1932, NStAH, Des. 310 II, C 25. Vgl. Höltermann: „Schufo wird neu formiert", R. v. 25. Juni 1932, und G. Ferl: „Schufo aus Urlaub zurück", R. v. 25. Juni 1932.

[2]) Im Zeitraum vom 14. Juni bis 20. Juli hatte das Reichsbanner 8 Tote und 72 Schwerverletzte zu beklagen. Vgl. R. v. 30. Juli 1932. Nach einer Aufstellung bei Horkenbach 1932, S. 246, gab es in der Zeit vom 14. Juni bis 18. Juli 99 Tote als Opfer politischer Zusammenstöße. Eine recht „farbige" Schilderung der Kämpfe aus nationalsozialistischer Sicht gibt Galéra, der seine Ausführungen mit den Worten einleitet: „Aber der richtige Bürgerkrieg begann am 17. Juni, nach Aufhebung des SA-Verbots", Galéra, a.a.O., II, S. 306. Vgl. vor allem das Kapitel: „Roter Freischärlerkrieg", ebd., S. 306—317.

[3]) In Ohlau wurde ein nationalsozialistischer Zug vom Reichsbanner gesprengt. Dabei gab es vier Tote und 34 Verletzte. Vgl. Horkenbach 1932, S. 238 (Auszug aus dem offiziellen Bericht des Reichswehrkommandos, das Truppen eingesetzt hatte). Im folgenden Prozeß wurden gegen beteiligte Reichsbannermitglieder hohe Zuchthausstrafen verhängt, die in der Linkspresse erbittert kritisiert wurden. Die Reichsbannerzeitung wurde wegen ihrer „Urteilsschelte" mit einem vierwöchigen Verbot belegt, das dann auf zwei Wochen reduziert wurde. Vgl. R. v. 27. August 1932, R. v. 3. September 1932, R. v. 10. September 1932. — In Potempa wurde in der Nacht zum August der kommunistische Arbeiter Pietrzuch in seiner Wohnung von SA-Leuten in brutaler Weise ermordet. Ein auf Grund der Papenschen Antiterrorverordnung v. 9. August eingesetztes Sondergericht verurteilte 5 Angeklagte zum Tode. Hitler richtete daraufhin sein berühmtes Telegramm an die Verurteilten, in dem er versicherte, daß er sich „angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils" mit ihnen in „unbegrenzter Treue verbunden" fühle. Vgl. zu diesen Vorgängen auch die Dokumentation von Paul Kluke, Der Fall Potempa, VZG 5 (1957), S. 279—299.

[4]) Am 17. Juli wurde in Altona ein nationalsozialistischer Demonstrationszug in einem primär von Kommunisten bewohnten Viertel überfallen. Die blutigen Auseinandersetzungen forderten 14 Tote, darunter 3 Nationalsozialisten. Vgl. Horkenbach 1932, S. 246.

III. Das Reichsbanner unter Papen, Schleicher und Hitler

1. *Der 20. Juli 1932*

Der 20. Juli 1932 hat als der Tag, der der Republik an entscheidender Stelle das Rückgrat brach und unmittelbar der Machtergreifung Hitlers den Weg bereitete, in der Memoirenliteratur und im wissenschaftlichen Schrifttum über die Weimarer Jahre eine lebhafte Erörterung gefunden. Nach wie vor ist man zu keiner einheitlichen Beurteilung gelangt, aber mit der grundlegenden Arbeit K. D. Brachers über die „Auflösung der Weimarer Republik" und der Studie von Erich Matthias über die „Sozialdemokratische Partei" liegen zwei Darstellungen vor, die das Geschehen um den 20. Juli nach allen Seiten hin kritisch und sorgfältig durchleuchten, so daß darauf verzichtet werden kann, die geläufigen Argumente und das Pro und Contra der Diskussion noch einmal in aller Ausführlichkeit auszubreiten.

Ohnehin wäre es vom Gegenstand der vorliegenden Arbeit her verfehlt, das Thema in aller Breite aufzurollen. Denn das Reichsbanner, obwohl keineswegs unwichtig für die Beurteilung des Geschehens am 20. Juli, war keine wirklich selbständige politische Größe und an den Entscheidungen jener Tage nur sekundär beteiligt. Gleichwohl kann auf eine kurze Analyse nicht verzichtet werden, da der Tag des „Papenstaatsstreiches" ein so tief einschneidendes Datum in der Geschichte des republikanischen Wehrverbandes darstellt, daß die folgende Entwicklung ohnedies kaum verständlich wäre.

Die äußere Geschehnisabfolge des „Staatsstreichs", der „programmgemäß und ohne Zwischenfälle"[1]) verlief, kann als bekannt vorausgesetzt werden[2]). Die politische Quintessenz des Tages läßt sich vereinfachend auf die Formel bringen, daß Severing um 10 Uhr morgens erklärte, „nur der Gewalt" weichen zu wollen[3]), und um 20 Uhr abends eben dieser „Gewalt" in Gestalt eines Polizeipräsidenten nebst zwei Polizeioffizieren im preußischen Innenministerium seinen Sessel räumte[4]). Zur gleichen Stunde war auch schon, präjudiziert durch den Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 16. Juli 1932, bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen[5]), die Entscheidung der Eisernen Front gefallen, den Maßnahmen der Reichsregierung keinen aktiven Widerstand entgegenzusetzen. Es ist ziemlich sicher verbürgt,

[1]) Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 218.

[2]) Zu den einzelnen Vorgängen vgl. vor allem Bracher, Auflösung, S. 582—600.

[3]) Vgl. Severing, Lebensweg, II, S. 349. Ähnlich in der von ihm unter dem Pseudonym Wilhelm Gerviens veröffentlichten Schrift: Der 20. Juli in Wahrheit und Dichtung, Bielefeld o. J. (1946), S. 9.

[4]) Vgl. zu diesen Vorgängen die Darstellung Severings, Lebensweg, II, S. 352, und die Ausführungen des Reichskommissars Bracht in der Sitzung des Reichskabinetts am 20. Juli 1932. Die „Niederschrift über die Ministerbesprechung am 20. Juli 1932, nachmittags 6 Uhr in der Reichskanzlei" ist auszugsweise abgedr. bei Matthias, Ende der Parteien, S. 225, Dok. 12.

[5]) Darauf beruft sich auch Severing, Lebensweg, II, S. 347. Vgl. auch Walter Menzel, Carl Severing und der 20. Juli 1932, in: Die Gegenwart v. 8. November 1952, Nr. 168.

daß sich am späten Vormittag des 20. Juli Wels, Leipart und Höltermann auf einer Konferenz im Berliner Verwaltungsgebäude des AGDB, zur Zeit, als die preußischen Minister im Amtssitz Severings über die „notwendigen Maßnahmen" berieten[1]), darauf einigten, es bei einem rein rhetorischen Protest bewenden zu lassen[2]).

Wann und wo die Spitzengremien der Eisernen Front zusammentraten, bleibt allerdings nach wie vor ungewiß. Es gibt Äußerungen, die in sehr detaillierter Form von einer gemeinsamen Konferenz des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der Gewerkschaftsleitung und der Reichsbannerführung am Nachmittag des 20. Juli zu berichten wissen[3]). Höltermann dagegen spricht von jener „großen Parteiausschußsitzung" am 21. Juli, an der auch Reichsbanner- und Gewerkschaftsleitung teilgenommen hätten[4]). Ob es sich um ein und dieselbe Sitzung — einmal ist nur vom Parteivorstand, bei Höltermann vom Parteiausschuß die Rede — oder um zwei verschiedene Konferenzen handelt, läßt sich nicht eindeutig klären. Für die politische Beurteilung der Situation ist die Tatsache relativ unerheblich; denn die Entscheidung, die Massen auf den 31. Juli als den Tag der Abrechnung zu vertrösten, an dem man „vernichtend" ... „mit dem Stimmzettel" antworten werde[5]), war bereits am 20. Juli gefallen. Noch am Abend des gleichen Tages suchte Höltermann den Beschluß vor Berliner Reichsbannerführern zu rechtfertigen[6]).

Wie die beschwörenden Aufrufe, Ruhe und Disziplin zu wahren und sich nicht provozieren zu lassen[7]), indirekt deutlich machen, herrschte bei den Massen der Eisernen Front eine starke Erregung. Zwar kam es an keiner Stelle zu Zwischenfällen, aber diese Besonnenheit wird man eher auf die selbstverständliche Disziplin der sozialdemokratischen Massen zurückführen als auf einen Mangel an Widerstandswillen[8]). Dessen Ausmaß läßt sich allerdings nur schwer abschätzen. Jede Untersuchung über die am 20. Juli vorhandene Einsatzbereitschaft der

[1]) Die Besprechung der preußischen Minister dauerte von 11 bis 12 Uhr. Vgl. Bracher, Auflösung, S. 586.

[2]) Vgl. dazu die Darstellung Löwensteins, Tragödie, S. 143, die von A. Neidhardt bestätigt wird. Neidhardt traf Wels, Leipart und Höltermann um 11.30 im Haus des ADGB. Neidhardts Forderung nach zunächst demonstrativem Einsatz der Eisernen Front sei von Leipart mit dem bitteren Scherz beantwortet worden: „Na, dann gehen Sie doch hin und verhaften Sie die Leute."

[3]) So Tschachotin, Dreipfeil, S. 103 f. Die Konferenz sei um 15 Uhr beendet worden. G. Braunthal, Trade Unions During the Rise of Nazism (Journal of Central European Affairs 15, 1955/56, S. 340 f.) erwähnt nur eine Sitzung des ADGB-Vorstandes am gleichen Nachmittag.

[4]) Vgl. Höltermann, Denkschrift. Eine Parteiausschußsitzung am 21. Juli erwähnt auch Braunthal, a.a.O., S. 341.

[5]) So sakarstisch Tschachotin, Dreipfeil, S. 104.

[6]) So Neidhardt (briefliche Auskünfte).

[7]) Vgl. dazu den Aufruf Höltermanns v. 22. Juli 1932; in Auszügen abgedr. bei Severing, Lebensweg, II, S. 355 f. Ähnlich die Aufrufe des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Vgl. Vorwärts v. 21. und v. 22. Juli 1932.

[8]) So auch Matthias, Ende der Parteien, S. 139.

Eisernen Front bleibt notgedrungen fragmentarisch und zudem, da man durchweg auf die Aussagen ehemals Beteiligter angewiesen ist, mit starken Unsicherheitsfaktoren behaftet[1]). Die Darstellung von Matthias scheint alles in allem etwas zu optimistisch gehalten zu sein. Zumindest im „reaktionären" Mecklenburg[2]) — um ein typisches Gegenbeispiel zu nennen — und vermutlich auch in Bayern[3]) kann man eine allgemeine Abneigung gegen Widerstandsaktionen konstatieren. Günstiger lagen offenbar die Verhältnisse in Magdeburg[4]), Berlin, Schleswig-Holstein[5]) und in Mittelschlesien[6]). Gerade für das in diesem Zusammenhang besonders wichtige Berlin, wo sich am 20. Juli um 13 Uhr die Schufo-

[1]) Ehemalige Reichsbannerführer, die den Beschluß der Eisernen Front am 20. Juli für falsch halten, neigen naturgemäß etwas dazu, eine zu optimistische Schilderung von der Einsatzbereitschaft der Massen zu geben.

[2]) Der ehemalige Mecklenburger Gauvorsitzende A. Schulz stellt mit aller Entschiedenheit heraus, daß die Massen keineswegs zum „Losschlagen" bereit gewesen seien (von Osterroth vermittelte Auskunft). Schulz berichtet auch, eine Konferenz von Gauvorsitzenden und Gausekretären in Magdeburg habe sich energisch gegen ein „militärisches Losschlagen" gewandt, aus der Überzeugung heraus, daß die Situation bei nüchterner Betrachtung hoffnungslos sei. Fraglich ist allerdings, ob diese Konferenz tatsächlich vor dem 20. Juli stattgefunden hat.

[3]) Jedenfalls behauptet Fritz Schäffer, das bayrische Reichsbanner sei innerlich zermürbt und aktionsunfähig gewesen. Er beruft sich dabei auf Äußerungen führender bayrischer Sozialdemokraten, an die er 1932 — allerdings wohl erst nach dem 20. Juli 1932 — herangetreten sei (briefliche Auskünfte). Der Münchener Reichsbannerführer Otto Krille betont dagegen: „Im Juli 1932 bestand im Münchener Reichsbanner Kampfbereitschaft gegen von Papen." Die Äußerung befindet sich in einer Materialsammlung, die der frühere preußische Staatssekretär Abegg in der Schweiz angelegt hatte. Später wurde diese Sammlung durch Aussagen deutscher Emigranten — häufig Stellungnahmen zu dem schon vorliegenden Material — ergänzt. Einige Aussagen wurden dem Verf. abschriftlich zur Verfügung gestellt von dem Schweizer Notar und Rechtsanwalt Dr. Gelpke, der die Sammlung lange Jahre betreut hat. Künftige Zitierung: Materialsammlung Gelpke. Vorliegende Aussage Krilles befindet sich auch im Nachlaß Severing als Anlage zu einer Korrespondenz zwischen Severing und Dr. Gelpke.

[4]) Vgl. dazu Matthias, Ende der Parteien, S. 140 f. Matthias stützt sich primär auf Aussagen von Fritz Sänger und von Ernst Schumacher, damals Unterbezirkssekretär der SPD für die Landkreise Wandsleben und Oschersleben. Brandt/Löwenthal, Ernst Reuter, S. 270, berichten, daß Ernst Reuter und der Magdeburger Polizeipräsident Dr. Baerensprung geplant hätten, die Bereitschaftspolizei nach Berlin in Bewegung zu setzen. Zurückhaltender allerdings Gustav Ferl: „Ob sich in Magdeburg der Widerstandswille so stark, wie behauptet wurde, gezeigt hat? Ich kann es nicht sagen." (Briefliche Auskunft).

[5]) R. Hansen, der frühere Gauführer von Schleswig-Holstein, erklärt: „Man glaubte an Widerstand und wollte unbedingt etwas unternehmen. Eine solche Massenstimmung war vorhanden. Die Führungsstellen im Gau warteten auf die Entscheidung der Eisernen Front. Man hielt sich allgemein im Reichsbanner spontan in Bereitschaft. Als an dem Tage von der Leitung der Eisernen Front kein Einsatz gefordert wurde, gab es starke Depressionen unter den Reichsbannerleuten und hinterher auch interne Auseinandersetzungen." (Briefliche Auskunft, von Franz Osterroth vermittelt.)

[6]) P. Steiner, der frühere Gausekretär von Mittelschlesien, äußert sich ziemlich zurückhaltend. Man habe allgemein auf eine Order aus Berlin oder Magdeburg gewartet. Von einer ungeheuren Erregung der Massen ist jedoch in seinen Äußerungen nichts spürbar. (Briefliche Auskünfte.) Otto Buchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, S. 130, gibt dagegen eine dramatischere Schilderung: „Ich sah in jenen Tagen Reichsbannerleute weinen. Alte Funktionäre warfen uns die Mitgliederbücher hin."

führer im Gaubüro versammelten, um „Befehle entgegenzunehmen“[1]), liegt eine Reihe von Zeugnissen vor, die unabhängig voneinander bestätigen, daß man den Kampf mit allen verfügbaren Mitteln für eine Selbstverständlichkeit hielt[2]). Man muß allerdings auch die Aussage des ehemaligen Berlin-Brandenburger Gaujugendführers Brendemühl zur Kenntnis nehmen, der vor Übertreibungen warnt und das Vorhandensein einer zum „Losschlagen“ bereiten Massenstimmung entschieden in Abrede stellt[3]).

Schilderungen wie die von Evelyn Anderson: „In allen deutschen Städten standen Formationen des Reichsbanners und der Eisernen Front bereit, putzten ihre Gewehre und warteten auf den Befehl zur Tat“[4]) verzeichnen die Situation; auch die pathetischen Worte Duderstadts: „Wir fieberten, wir warteten auf das Signal zum Kampf! Auf die Straße! Generalstreik! Jeder bewaffne sich wo er kann. Sieg oder Tod!“[5]) — in verwandter Form äußert sich Lothar Frey[6]) — können nicht als typischer Ausdruck der Massenstimmung gewertet werden. Immerhin ergibt sich, daß sich vielerorts Reichsbanner und Gewerkschaftler im Bereitschaftszustand befanden, daß an nicht wenigen Stellen Schutzformationen auf den Sammelplätzen standen, um die Befehle der Führung entgegenzunehmen[7]), und daß teilweise eine grenzenlose Enttäuschung und Erbitterung aufkam, als allen vorausgegangenen pathetischen Erklärungen zum Trotz von oben die Direktive erteilt wurde, Widerstandsaktionen abzublasen[8]). Realistisch erscheint die Annahme, daß das Reichsbanner „irgendwie zu handeln wünschte“[9]) und auf Anweisungen wartete, daß die Massen der Eisernen Front sich in einem Erregungszustand befanden und wohl durchweg einem Widerstandsappell Folge

---

[1]) Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 142 f.; Neidhardt, briefliche Auskünfte.

[2]) Vgl. die Aussagen von Georg Eckert, Emil Gross, Herbert Mayer und Herbert Erler, auf die Matthias, Ende der Parteien, S. 140, seine Darstellung stützt. Mayer erklärt, er habe mit einer Reichsbannereinheit im Bezirk Friedrichshain im Unterstand gelegen und sei die ganze Nacht als Meldefahrer unterwegs gewesen. Von derartigen Aktionen wissen allerdings weder Neidhardt noch Löwenstein zu berichten. Beide betonen jedoch, daß das Reichsbanner in Berlin kampfbereit gewesen sei und auf einen Einsatzbefehl gewartet habe (briefliche Auskunft). Vgl. auch die Schilderungen bei Duderstadt, Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz, S. 31 f., und Tschachotin, Dreipfeil, S. 105. Ähnlich der Berlin-Charlottenburger Reichsbannerführer Carlbergh (mündliche Auskünfte).

[3]) Brendemühl (mündliche Auskünfte).

[4]) Evelyn Anderson, Hammer oder Amboß, Nürnberg 1948, S. 206.

[5]) Duderstadt, a.a.O., S. 31 f.

[6]) Lothar Frey, Deutschland wohin?, S. 14: „Instinktiv spüren die Massen: Gegenrevolution! Stehen oder fallen! Endlich! Wir sind von einem Alpdruck befreit! Zum Angriff!“

[7]) Vgl. dazu auch die Beispiele bei Matthias, Ende der Parteien, S. 141 f.

[8]) Vgl. dazu L. Frey, a.a.O., S. 14; Löwenstein, Tragödie, S. 135, 157 f.; Duderstadt, a.a.O., S. 39, 121 f.; Tschachotin, Dreipfeil, S. 109 f.; Leber, Ein Mann geht seinen Weg, S. 242. Ähnlich äußern sich Neidhardt, Carlbergh und Hansen.

[9]) So Osterroth (briefliche Auskunft).

geleistet hätten[1]), daß dagegen eine vor keinen Konsequenzen zurückschreckende Kampfentschlossenheit nur bei wenigen besonders aktivistischen Gruppen anzutreffen war.

Kern der Widerstandsfront war in vielen Fällen das Reichsbanner, das in seinen militanten Elementen die kampflose Kapitulation innerlich nie verwunden hat[2]). Um so naheliegender ist deshalb die Frage nach der Haltung, die die Führung des Bundes, an die am 20. Juli von einem Außenseiter wie Tschachotin der Gedanke herangetragen wurde, den Parteivorstand in Schutzhaft und das Gesetz des Handelns in eigene Regie zu nehmen[3]), auf den entscheidenden Konferenzen der Eisernen Front eingenommen hat. Auch heute noch tappt man weithin im dunkeln, da über die internen Vorgänge auf den Sitzungen der Spitzengremien wenig bekannt ist. Man wird indes Matthias darin zustimmen müssen, wenn er die in der Literatur auftauchende Behauptung, der sozialdemokratische Parteivorstand sei bereit gewesen, Gewalt gegen Gewalt zu setzen und nur durch das negative Votum der Gewerkschaften daran gehindert worden, in den Bereich der Legende verweist[4]). Man wird jedoch gut daran tun, eine weitere Legende zu zerstören und einen sich um die Reichsbannerführung rankenden Widerstandsmythos auf seine tatsächlichen Ausmaße zurückzuführen.

Es ist ziemlich sicher verbürgt, daß es auf den entscheidenden Konferenzen der Eisernen-Front-Leitung zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Reichsbannerführung und sozialdemokratischem Parteivorstand kam[5]), daß Höltermann für Widerstand plädierte[6]) und seiner Enttäuschung über die „entnervten und kurzsichtigen Bürohengste", „unpolitischen Nur-Parlamentsakrobaten" und „geistig-korrupten Weichlinge" im sozialdemokratischen Parteivorstand[7]) in

[1]) Selbst Severing erkennt an, daß viele Republikaner auf eine Kampfparole warteten und zu einem gewaltsamen Widerstand bereit waren. Vgl. C. Severing, 20. Juli 1932, in: Die Gegenwart 2 (1947), Nr. 13/14, S. 17.

[2]) Das zeigt sich immer wieder bei Gesprächen mit ehemaligen Reichsbannerführern. Auch Osterroth betont: „Ich merke noch heute, wenn ich mit leitenden Reichsbannerleuten spreche, wie sie vor Empörung zittern, daß Severing damals der Gewalt gewichen ist." (Briefliche Auskünfte.)

[3]) Vgl. Tschachotin, Dreipfeil, S. 104.

[4]) Matthias, Ende der Parteien, S. 137 f.

[5]) Vgl. dazu Aufzeichnungen Höltermanns während seiner Londoner Emigration unter dem Titel: „Hitler nach dem 30. Januar 1933." Nachlaß Höltermann.

[6]) Vgl. dazu Höltermann, Denkschrift; Osterroth, Memoiren; Frey, Deutschland wohin?, S. 14, und Ernst Lemmer (mündliche Auskünfte). Braunthal, Trade Unions, a.a.O., S. 341 f., berichtet, daß Höltermann und S. Aufhäuser, der Vorsitzende des Afa-Bundes, als Mindestmaßnahme einen Demonstrationsstreik verlangt hätten. Braunthal stützt sich auf Aussagen Aufhäusers.

[7]) Äußerungen Höltermanns in einem Gespräch mit Fritz Sänger kurz nach dem 20. Juli. Zitiert bei Matthias, Ende der Parteien, S. 139. Ähnliche Wendungen in Schreiben Höltermanns an Mayr v. 23. Juli 1933, an Konrad Heiden v. 17. Oktober 1933 und an Tschachotin v. 23. Juli 1933. Nachlaß Höltermann. Vgl. dazu auch die Ausführungen S. 472.

bitteren Worten Ausdruck verlieh. In diesen Zusammenhang fügt sich nahtlos eine leider auf ihre Stichhaltigkeit nicht kontrollierbare Aussage Walter Röbers ein, daß Höltermann, nach Röber ein „wenig Phantast“[1]), sich auf einer Bundesvorstandssitzung des Reichsbanners kurz vor dem 20. Juli als Führer einer Minderheit für aktiven Widerstand ausgesprochen habe, während die Mehrheit der Bundesvorstandsmitglieder, nicht zuletzt unter dem Eindruck von Mitteilungen Severings, die preußische Polizei sei zwar noch in Berlin und Magdeburg, aber schon nicht mehr in Halle zuverlässig, eine solche Möglichkeit von vornherein verneint habe[2]). Zweierlei scheint sich also zu ergeben: Höltermann plädierte, wie auch Osterroth betont, für Widerstand; er sprach jedoch nur für eine Minderheit des Bundesvorstandes.

Nachdenklich stimmt allerdings, daß derselbe Höltermann schon am Abend des 20. Juli und später dann wiederholt die Entscheidung der Eisernen Front zu rechtfertigen suchte[3]). Die Erklärung, er habe aus Gründen der Parteidisziplin seine wahre Meinung zurückgehalten, reicht nicht aus, da er sich auch in privaten Gesprächen in ähnlichem Sinne äußerte[4]). Noch 1933 war er nicht geneigt, die damalige Entscheidung unzweideutig als verfehlt zu bezeichnen[5]). Es erscheint deshalb angebracht, die Situation neu zu überdenken.

Wenn Höltermann am Tage des „Preußenschlages“ für gewaltsamen Widerstand plädierte, dann ließ er sich dabei wohl mehr von einem soldatischen Ehrgefühl, das sich gegen eine kampflose Kapitulation sträubte, als von seinem

[1]) Röber (mündliche Auskunft). Ganz ähnlich die Charakteristik bei G. Ferl; vgl. Matthias, Ende der Parteien, S. 139, Anm. 62.

[2]) Röber (mündliche Auskünfte). Eine Konferenz mit Severing in Magdeburg wird auch bei Brandt/Löwenthal, Ernst Reuter, S. 270, erwähnt. Sie habe kurz vor dem 20. Juli stattgefunden. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß das Reichsbanner in der Tat kurz vor dem 20. Juli mit Severing über Widerstandsvorbereitungen beriet, zumal auch A. Schulz von einer Tagung in Magdeburg zu berichten weiß.

[3]) So z. B. ausführlich in einem politischen Referat auf der Bremer Führertagung am 12./13. November 1932. Vgl. R. v. 19. November 1932.

[4]) So berichtet der Polizeioberst a. D. Lange, Höltermann habe ihm gegenüber am 6. März 1933 im Rückblick auf den 20. Juli und die Zeit danach erklärt: „Was hätten wir machen sollen?“ Lange fährt dann fort, offensichtlich auch die Ansicht Höltermanns wiedergebend: „Es war ja nichts vorbereitet.“ So in einem Schreiben an Schützinger. — Vgl. auch einen, vermutlich von einem früheren sozialdemokratischen Funktionär aus der Nähe Magdeburgs verfaßten Artikel im „Vorwärts“ v. 22. Februar 1949, der den ehemaligen Reichsbannerbundesführer scharf angreift. Im Mai noch habe Höltermann wiederholt erklärt: „Wir werden sie wie die Läuse zerdrücken.“ Nach dem 20. Juli habe Höltermann ihm dann in einem langen Vortrag im Magdeburger Reichsbannerbüro erklärt, weshalb man nichts habe unternehmen können. — Vgl. auch die Aussagen des früheren Münchener Reichsbannerführers Krille: Reichsbanner und Bayernwacht seien zwar kampfbereit gewesen, aber ein Widerstand gegen Papen sei unmöglich gewesen, da im Grunde nur Reichsbanner und Bayernwacht die nötigen Voraussetzungen dazu erfüllt hätten. „Diese Ansicht vertrat übrigens auch Höltermann, der Führer des Reichsbanners, den ich persönlich kannte. Im Gegensatz dazu wollte Prinz zu Löwenstein den Kampf gegen von Papen riskieren.“ Materialsammlung Gelpke.

[5]) Vgl. dazu ein Schreiben Höltermanns an Konrad Heiden v. 26. Oktober 1933. Nachlaß Höltermann.

politischen Verstand leiten. Er konnte sich die emotionale Reaktion — auch das darf nicht verschwiegen werden — um so eher leisten, weil er bei der Zurückhaltung der Partei und Gewerkschaften von vornherein der Notwendigkeit enthoben war, den Widerstand in die Tat umsetzen zu müssen. Von der Vernunft her hat er den Beschluß der Eisernen Front als situationsgerechte Entscheidung akzeptiert. Sein Protest richtete sich weniger gegen die Stillhalte-Parole der Eisernen Front, sondern dagegen, daß es überhaupt zu einem 20. Juli kommen konnte, der für ihn eine Folge schwerer Versäumnisse und Fehler der jüngsten Vergangenheit war[1]). Er sah die zur Abwehr bereiten Kräfte des Reichsbanners in eine Situation hineinmanövriert, in der bei vernünftigem Abwägen der Chancen die kampflose Kapitulation als einziger Ausweg übrigblieb. Gerade diese Erkenntnis gab seiner Polemik die bittere Schärfe.

Obwohl die preußische Regierung das Verhängnis auf sich zukommen sah, hatte sie keine Anstalten getroffen, es abzuwenden oder in seinen möglichen Folgen zu mildern. Niemand wird ihr abnehmen, daß die Aktion am 20. Juli völlig überraschend kam[2]). Seit dem Regierungsantritt Papens, der seine Absichten von Anfang an nur schlecht verhüllt hatte, mußte sie erkennen, daß der von der Rechten erhobene Ruf nach „Gleichschaltung" Preußens[3]) mehr als ein bloßer Wunschtraum war. Die ständigen Dementis, mit denen die Reichsregierung allen Gerüchten, sie bereite Maßnahmen gegen Preußen vor, entgegentrat[4]), vermochten niemanden zu überzeugen. Zumindest Anfang Juli, als sich die bisherigen vagen Andeutungen zu konkreten Informationen verdichteten, war ein Zweifel an den Plänen der Papenregierung nicht mehr möglich.

Severing hat jedoch der eigenen klaren Erkenntnis und allen Warnungen zum Trotz die Dinge mit zunehmender Resignation und Passivität einfach treiben lassen[5]). Die besonderen Schwierigkeiten der preußischen Geschäftsträgerregie-

[1]) Vgl. dazu die Denkschrift Höltermanns, die sich ausführlich mit den mangelnden Widerstandsvorbereitungen beschäftigt.

[2]) Vgl. hierzu und zum Folgenden vor allem Bracher, Auflösung, S. 571 ff.; 593 f., Matthias, Ende der Parteien, S. 128 f., 133 ff.; H. v. Lindheim, Zu Papens Staatsstreich vom 20. Juli 1932, in: GWU 11 (1960), S. 154—164.

[3]) Teilweise literarisch vorweggenommen wurde der „Preußenschlag" schon in dem politischen Zeitroman von Junius Alter, Nie wieder Krieg?, Leipzig 1931, in dem die Vision eines Krieges zwischen Rußland und den Westmächten entworfen wird, in dessen Verlauf Deutschland an die Seite des von kommunistischer Herrschaft befreiten Rußlands tritt. Hinter den auftretenden Personen erkennt man unschwer prominente Politiker der Weimarer Republik. Seldte und Duesterberg erscheinen als die Führer des Frontsoldatenbundes Franz Stahl und Oberst v. Dunklenberg, Severing als sozialdemokratischer Innenminister Sieveking. — Hinter dem Pseudonym Junius Alter verbirgt sich der rechtsradikale Schriftsteller Franz Sontag.

[4]) In der Zeit vom 1. bis 20. Juli gab es allein 6 offizielle Dementis der Reichsregierung. Vgl. Lindheim, Papens Staatsstreich, a.a.O., S. 159.

[5]) Vgl. dazu auch Albert Grzesinski, Inside Germany, New York 1939, S. 154. Schwere Vorwürfe gegen Severing erheben auch Otto Klepper, Das Ende der Republik, in: Die Gegenwart 2 (1947), Nr. 17/18, S. 20 f., und Abegg, Materialsammlung Gelpke. In die Anklagen sind allerdings auch in starkem Maße persönliche Rivalitäten mit eingeflossen.

rung sollen gar nicht verkannt werden. Gleichwohl bleibt es nur schwer verständlich, weshalb nichts geschah, um dem erwarteten Schlag Papens zuvorzukommen. Es wurden weder alle politischen Möglichkeiten genutzt, zusammen mit den süddeutschen Regierungen eine Front zur Wahrung der Länderrechte aufzubauen[1]), noch ernsthafte Versuche unternommen, das eigene Machtpotential zu verstärken und die in der preußischen Schutzpolizei auftretenden Zersetzungserscheinungen wirksam zu bekämpfen[2]).

An Anregungen hat es nicht gefehlt. Wie Höltermann glaubhaft versichert, ist das Reichsbanner im Frühjahr 1932 sofort nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, als klar zu erkennen gewesen sei, daß die „Bastion Preußen" mit dem Stimmzettel allein nicht gehalten werden könne, an Severing mit dem Vorschlag herangetreten, 150000 bis 200000 Schufoangehörige unter der Firmenbezeichnung „Freiwilliger Arbeitsdienst" nach propagandistischen Gesichtspunkten in Arbeitslagern zusammenzufassen und unter dem Vorwand einer vorbereitenden Ausbildung für den Arbeitsdienst durch preußische Polizeioffiziere vormilitärisch schulen zu lassen[3]). Man mag den Plan, den Severing mit der Begründung, dafür ständen keine Haushaltsmittel zur Verfügung, und mit dem Hinweis auf die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages ablehnte[4]), in dieser Form für utopisch halten, und kann dennoch der Überzeugung sein, daß von der preußischen Regierung keineswegs alle Möglichkeiten zu ernsthafter Machtbildung voll ausgeschöpft wurden. Die Schwierigkeiten, die solchen Projekten entgegenstanden, waren gewiß groß, aber vielleicht nicht unüberwindlich. Nachdenklich stimmt zumindest, daß von den verantwortlichen Stellen nicht einmal erwogen wurde, das Reichsbanner in irgendeiner Form zur Verstärkung der staatlichen Exekutivorgane heranzuziehen.

Der Vorwurf der Passivität trifft in ähnlicher Weise die Eiserne Front und

[1]) Strittig ist allerdings, ob und inwieweit die süddeutschen Länder zur Bildung einer gemeinsamen Front bereit waren. Vgl. zu diesem Problem außer den Darstellungen von Bracher, Matthias usw. noch Karl Schwendt, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, S. 451 ff.; Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise, S. 274 ff., 291 f.; Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, 547 ff. — Einen abenteuerlichen Versuch, die süddeutschen Länder zu einem gemeinsamen Widerstand zu bewegen, unternahm am 20. Juli Prinz zu Löwenstein. Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 144 ff. Die Einzelheiten bedürften allerdings kritischer Nachprüfung. Das Faktum der Reise selbst und die dabei auftretenden grotesken Mißverständnisse sind authentisch, wie Stellungnahmen von Abegg und A. Neidhardt zeigen. Materialsammlung Gelpke.

[2]) Vgl. zu dieser Frage Bracher, Auflösung, S. 593, 597, und Matthias, Ende der Parteien, S. 142. Selbst Severing ist der Ansicht, daß sich der größte Teil der Polizei als zuverlässig erwiesen habe. Vgl. Severing, Lebensweg, II, S. 354. Indirekt spiegelt sich die Einstellung der preußischen Polizei in der Tatsache, daß noch Anfang 1933 der im Zusammenhang mit dem 20. Juli abgesetzte preußische Polizeioberst Heimannsberg zum Vorsitzenden des „Verbandes preußischer Polizeibeamter" gewählt wurde. Nicht ganz zu Unrecht sah das Reichsbanner darin einen Affront gegen die Regierung Hitler–Papen. Vgl. R. v. 4. Februar 1933.

[3]) Höltermann, Denkschrift.

[4]) Vgl. Höltermann, Denkschrift.

die Freien Gewerkschaften, die allem Anschein nach niemals systematische Vorbereitungen für einen Generalstreik in einer Bürgerkriegssituation getroffen haben[1]). Das Reichsbanner gab sich zwar redliche Mühe, seine Schwächen abzustellen und die Schlagkraft des Bundes zu erhöhen. Noch kurz vor dem 20. Juli unterbreitete Prinz zu Löwenstein einen von Berliner Verbandskreisen gestützten Vorschlag, der auf eine technische Straffung der Organisation abzielte und die Verkündung eines „permanenten republikanischen Notwehrzustandes" vorsah[2]). Aber gerade die Einzelheiten dieses Plans[3]), der nie verwirklicht wurde, verraten indirekt, daß das Reichsbanner keineswegs eine wirklich einsatzfähige Bürgerkriegstruppe darstellte.

Alle Überlegungen können nun allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die „Weimarer Front", zu der wir neben preußischer Polizei, Reichsbanner und Gewerkschaften möglicherweise auch die „Bayernwacht" rechnen dürfen[4]), selbst im günstigsten Falle der sich auf Reichswehr, Stahlhelm und SA stützenden „Papenfront" machtpolitisch unterlegen blieb. Dennoch waren die Widerstandsvorbereitungen der Linken weit mehr als eine sinnlose Spielerei. Matthias weist zu Recht darauf hin, daß Hindenburg wie die Reichswehrführung davor zurückschreckten, die Verantwortung für einen Bürgerkrieg zu übernehmen und die militärische Schlagkraft der Truppe durch innenpolitischen Einsatz zu gefährden[5]). Bei ihrer Unterstützung des „Papenstaatsstreichs" ging die Reichswehrführung gerade von der Überlegung aus, daß die Linke nicht bereit sei, das Risiko eines Bürgerkriegs zu übernehmen, daß es also genügen werde, die Truppe als Mittel der Drohung in Bereitschaft zu halten. Die Frage mag deshalb erlaubt sein, wie sie sich verhalten hätte, wenn die Linke durch voraufgegangene politisch-diplomatische und technisch-militärische Vorbeugungsmaßnahmen ihre Bürgerkriegsbereitschaft glaubhaft demonstriert und damit das Risiko für die andere Seite beträchtlich heraufgeschraubt hätte. Daß die Linke eine Chance besaß, einen 20. Juli zu verhindern oder ihm eine Form zu geben, die nicht totale Preisgabe bedeutete — es gab ja nicht nur die krasse Alternative Sieg oder Niederlage —, scheint zumindest einer Überlegung wert zu sein.

[1]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 413 f.

[2]) Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 137 ff. Hinter dem Plan verbargen sich allerdings auch Reichsbannerrivalitäten und taktische Überlegungen. Man wollte für den Gau Berlin-Brandenburg eine Sonderstellung gewinnen und dem Berliner Gauführer Neidhardt, nach Löwenstein der einzige „befähigte Mann" unter den höheren Reichsbannerführern, größere Bewegungsfreiheit verschaffen.

[3]) Löwenstein verlangte u. a., die Reichsbannerabteilungen in den größeren Städten zu kasernieren und die Ausbildung in die Hand geeigneter Offiziere der alten Armee und der preußischen Schutzpolizei zu legen. Vgl. Löwenstein, Tragödie, S. 137 ff.

[4]) Es ist sehr aufschlußreich, daß der Münchener Reichsbannerführer Krille ganz selbstverständlich auch die Bayernwacht zur Anti-Papen-Front zählt. Materialsammlung Gelpke.

[5]) Vgl. Matthias, Ende der Parteien, S. 143 f., auch für das Folgende.

Skeptisch wird man dagegen die Möglichkeiten eines Widerstands am Tage des „Preußenschlages" selbst beurteilen müssen. Die Regisseure waren offensichtlich überrascht, daß die Aktion so völlig reibungslos verlief[1]). Das zeigt jedoch, daß sie zu einem, wenn auch gering veranschlagten, Risiko bereit waren. Eine unerwartet entschlossene Demonstration der Bürgerkriegsbereitschaft am 20. Juli hätte Reichspräsident und Reichsregierung zwar in eine schwierige Lage gebracht, zugleich jedoch vor die Notwendigkeit gestellt, handeln zu müssen, da ein kampfloses Zurückweichen vor der Drohung der Linken politische Selbstaufgabe bedeutet hätte. Ein für beide Seiten erträglicher Kompromiß wäre angesichts der allgemeinen Erregung nur schwer zu erreichen gewesen. Es bestand vielmehr die große Gefahr, daß es, von Kommunisten oder Nationalsozialisten provoziert, zu spontanen Auseinandersetzungen kam, die wiederum fast zwangsläufig zu Kettenreaktionen geführt hätten. Eine Entwicklung in Richtung auf einen allerseits nicht gewollten Bürgerkrieg wäre dann kaum noch aufzuhalten gewesen.

Man wird einräumen müssen, daß es sich bei derlei Erwägungen um bloße Spekulationen und Vermutungen handelt. Sie drängen sich jedoch auf, weil ähnliche Überlegungen die Entscheidung der Linken am 20. Juli bestimmt haben. Die Eiserne Front war allenfalls in der Lage, zeitlich befristeten Widerstand zu leisten und durch Stillegung lebenswichtiger Betriebe die Aktionen der Reichswehr zu beeinträchtigen[2]). Der Ausgang des Kampfes konnte jedoch bei den gegebenen Machtverhältnissen nicht zweifelhaft sein, selbst wenn man annimmt, daß die Kommunisten zu echter „Waffenbrüderschaft" bereit waren[3]). Denn gerade eine solche Hilfe hätte umgekehrt die Entscheidung der bürgerlich-republikanischen Mitte und der süddeutschen Länder höchst negativ beeinflußt. Der Hinweis auf den blutigen Zusammenbruch des Schutzbund-Aufstandes gegen das Dollfuß-Regime im Februar 1934 ist für die Beweisführung zwar nichtssagend

[1]) Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 218. Auch Meißner, Staatssekretär, S. 237, betont, daß der gänzliche Verzicht auf Widerstand „starke Verwunderung" erregt habe. Papen selbst umreißt die damaligen Erwartungen der Reichsregierung folgendermaßen: „Mit einem Widerstand der Preußischen Regierung wurde natürlich gerechnet. Daher war für den Wehrbezirk Berlin-Brandenburg der Ausnahmezustand angeordnet worden ... Entsprechend der wirtschaftlichen Lage und der großen Arbeitslosigkeit wurde seitens der Reichsregierung weder mit einem Widerstand der großen Masse der Arbeitnehmer noch der Gewerkschaften gerechnet." Briefliche Auskünfte.

[2]) Vgl. dazu auch die Argumentation von Matthias, Ende der Parteien, S. 143.

[3]) Diese Möglichkeit darf nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Frau Babette Groß, die Lebensgefährtin Münzenbergs, berichtet (briefliche Auskünfte), Münzenberg habe am 20. Juli 1932 Höltermann das Angebot gemacht, den verbotenen Rotfrontkämpferbund direkt der Eisernen Front zu unterstellen. Höltermann habe jedoch mit der Begründung abgelehnt, eine solche Hilfe würde die Lage nur noch verschlimmern. Fraglich ist indes, ob Münzenberg in offiziellem Auftrag handelte und inwieweit das Angebot wirklich ernst gemeint war. Zur Haltung der KPD am 20. Juli vgl. Bracher, Auflösung, S. 598; O. Flechtheim, Die kommunistische Partei in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, S. 178, und Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Matthias/Morsey, Ende der Parteien, S. 671 ff.

genug. Man wird aber kaum behaupten können, daß die Verhältnisse am 20. Juli 1932 in Deutschland für die Linke wesentlich günstiger lagen[1]).

Es bleibt jedem unbenommen, sich zu Henning Duderstadt zu bekennen, wenn er sagt: „Wir glaubten schon damals nicht an den Sieg, aber wenn wir gekämpft hätten, ... wir wären in Ehren gefallen. Man muß nicht nur leben, man muß auch sterben können[2])." Diese pathetische Heroik konnte und durfte jedoch einem verantwortungsbewußten Politiker nicht als Richtschnur seines Handelns dienen. Ein „kämpferischer Untergang in Ehren" hätte zwar dem Ereignis „heroischen" Glanz verliehen[3]). Der moralische Gewinn, die Rettung eines demokratischen Selbstbewußtseins, den das Bild einer mit „fliegenden Fahnen" von der Bühne abtretenden Demokratie hätte vermitteln können, wog indes die mutmaßlichen Folgen einer solchen Handlung nicht auf.

Zweifellos markiert der Tag des „Preußenschlages" einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des Weimarer Staates. Die kampflose Kapitulation der Linken hat der Republik und dem Glauben an ihre innere Kraft das Rückgrat gebrochen und damit der nationalsozialistischen Machtergreifung den Weg bereitet. Die Frage ist jedoch, ob eine „nachhaltige Demonstration, eine Bekundung des ungebrochenen Selbstbehauptungswillens der Demokratie" die politische Entwicklung in andere Bahnen hätte lenken können[4]). Selbst wenn man eine solche Möglichkeit nicht von vornherein ausschließt: es erscheint zumindest als einseitig, den 20. Juli allein vom Ende des Weimarer Staates her zu interpretieren. Der Tag besitzt seine eigene Situationslogik. Die Entscheidung der Eisernen Front muß, insoweit Fragen nach Schuld und Verantwortung

---

[1]) Bracher, Auflösung, S. 599 f., Anm. 202, wendet sich zwar zu Recht gegen apologetische Bemerkungen Otto Brauns. Die Sinnlosigkeit eines Widerstands am 20. Juli kann in der Tat nicht mit dem Hinweis auf das Schicksal des Schutzbundes begründet werden. Umgekehrt vermag jedoch auch Brachers Replik, am 20. Juli sei es in Preußen nicht nur um eine Partei, sondern um den Widerstand einer legitimen Regierung gegen Gewalt gegangen, nicht ganz zu überzeugen. In mancherlei Hinsicht war die Situation für die Linke in Deutschland sogar ungünstiger. In Österreich hatte man sich weit sorgfältiger auf eine Bürgerkriegssituation vorbereitet. Es fielen zudem die vielen politisch-psychologischen Hemmungen — preußische Regierung nur geschäftsführend, Papens Vorgehen formal-juristisch gedeckt — weg, die eine Widerstandsaktion am 20. Juli erschwerten. Die Verhältnisse in Österreich waren klarer und „einfacher" und ließen deshalb auch weit eher eine „einfache" Entscheidung zu.

[2]) Duderstadt, Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz, S. 31 f.

[3]) Vgl. dazu auch die Argumentation K. Heidens, Geburt des 3. Reiches, S. 70. Heiden räumt zwar ein, daß die Entscheidung des 20. Juli an sich richtig gewesen sei. Es wäre jedoch auch eine andere Art des Denkens möglich gewesen, das einen Untergang in Ehren einer Kapitulation in Schanden vorgezogen habe, zumal nur solche „Untergänge" „Unsterblichkeit" verliehen und einen Wiederaufstieg vorbereiteten. — In dieser Argumentation dürfte sich auch die Einstellung Höltermanns spiegeln, der persönliche Beziehungen zu Heiden besaß.

[4]) So die These von Bracher, Auflösung, S. 599 f., die auch Matthias, Ende der Parteien, S. 128, übernimmt. Vgl. dazu auch die Kritik des früheren preußischen Ministerialdirektors Brecht: Die Auflösung der Weimarer Republik und die politische Wissenschaft, Zeitschr. f. Politik 2 (1955), S. 291 ff., und die Antwort Brachers: Der 20. Juli 1932, ebd. 3 (1956), S. 243 ff., sowie den Briefwechsel zwischen Brecht und Eberhard Pikart, ebd. 3 (1956), S. 181—183.

ins Spiel kommen, zunächst einmal unter Ausklammerung der späteren Folgen gewürdigt werden, auch wenn einige Beteiligte vorgeben, sich der „großen weltpolitischen Bedeutung" der Stunde bewußt gewesen zu sein[1]). Es gilt deshalb, die Lage so zu sehen, wie sie sich am 20. Juli in der Sicht der Mitwirkenden darstellte.

Dann aber dürfte sich bei einem nüchternen Abwägen der verschiedenen Möglichkeiten ergeben, daß die Gründe, die einen Verzicht auf Widerstand nahelegten, nicht nur „sachlich schwerwiegend", sondern „politisch zwingend" und „überzeugend" waren[2]). Die konkreten Machtverhältnisse sprachen bei dem Vorgehen Papens, das zudem noch formal-juristisch gedeckt war, so eindeutig zugunsten der Reichsregierung, daß die Linke in einem gewaltsamen Widerstand nur politischen Selbstmord sehen konnte. Alle Opfer mußten von vornherein als vergeblich erscheinen — Severing hatte in der Tat, wie Stampfer betont, nicht das Recht, „auf Kosten seiner Polizeibeamten tapfer zu sein"[3]). Zwar hätte vielleicht gerade eine Niederlage der Linken durch ihr denkbares Ergebnis, eine Diktatur der Reichswehr, die Höltermann 1933 als ultima ratio in den Kreis seiner Erwägungen zog[4]), das Experiment Hitler verhindert oder hinausgezögert; aber solche Überlegungen sind verständlicherweise kein Argument, um die These zu begründen, daß ein Widerstand für die Linke am 20. Juli möglich und sinnvoll war.

Man kann sehr wohl die Verantwortungsscheu der sozialdemokratischen Führungsschicht und ihre panische Abneigung gegen einen risikoreichen Einsatz anprangern[5]) und dennoch der Überzeugung sein, daß es am 20. Juli keine Alternative gab, sofern man es für ein Gebot vernünftigen politischen Handelns erachtet, daß jedes Risiko in einer angemessenen Relation zu den mutmaßlichen Folgen der Tat zu stehen hat. Auch eine dynamische, weniger von Skrupeln und innerer Unsicherheit geplagte Führung hätte kaum eine andere Entscheidung treffen können, eine These, die im Verhalten Höltermanns eine indirekte Stütze findet. Der gewiß militante und aktivistische Reichsbannerbundesführer sträubte sich zwar leidenschaftlich gegen eine kampflose Kapitulation, aber selbst er vermochte sich nicht vor der resignierenden Erkenntnis zu verschließen, daß Widerstand in der gegebenen Situation aussichtslos war. Damit werden die Beteiligten allerdings nicht aus der Verantwortung dafür entlassen, daß es zu einem 20. Juli mit so verheerenden Folgen gekommen ist. Denn dieser Tag war nicht einfach nur eine „Naturkatastrophe", sondern zugleich das Ergebnis von Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit.

[1]) So Severing, Lebensweg, II, S. 356.

[2]) Matthias, Ende der Parteien, S. 128, spricht dagegen, die Interpretation von Bracher aufgreifend, von „sachlich schwerwiegend", doch nicht „politisch zwingend und überzeugend".

[3]) So Stampfer auf der Parteivorstandssitzung der SPD am 16. Juli 1932. Vgl. Severing, Lebensweg, II, S. 347.

[4]) Vgl. dazu die Ausführungen S. 461 f.

[5]) Vgl. dazu Matthias, Ende der Parteien, S. 137, 196 ff.

2. *Paramilitärische und politische Aktivität in der Zeit nach dem „Preußenschlag"*

Der 20. Juli traf die Eiserne Front an ihrer empfindlichsten Stelle, da er die „naiv-gläubige Zuversicht" der Anhänger[1]), den stärksten politischen Aktivposten und eigentlichen Lebensnerv der Organisation, stark erschütterte. Namentlich im Reichsbanner griff schwerste Mißstimmung um sich[2]), da die Entscheidung weithin als „kampflose Kapitulation" empfunden wurde, für die man die eigene Führung verantwortlich machte. Es ginge zwar zu weit, wollte man von einer allgemeinen Vertrauenskrise sprechen, aber zumindest auf aktivistische Gruppen der Eisernen Front mußte der Aufruf Erich Ollenhauers vom 21. Juli, in dem er den „Genossen Severing und Grzesinski" für „ihre aufrechte und mutige Haltung" den Dank seines Verbandes aussprach[3]), provozierend wirken.

Die innere Unsicherheit und leise Resignation, die sich alsbald auszubreiten begann[4]), wurde zunächst noch aufgefangen durch die „Massenmobilisation" während des laufenden Wahlkampfes. Immer noch hielt sich die vage Hoffnung, daß der Wahlausgang das Ergebnis vom 20. Juli korrigieren könne. Als jedoch am 31. Juli, dem „großen Zahltag"[5]), auf den die Massen vertröstet worden waren, die „Abrechnung"[6]) ausblieb, kam selbst in aktivistischen Kreisen des Reichsbanners bisweilen das Gefühl auf, auf „verlorenem Posten" zu stehen[7]).

Julius Leber hat die Stimmungskurve nach dem „Preußenschlag" in groben Umrissen eindrucksvoll beschrieben[8]). Rein äußerlich blieb zunächst alles so, als ob nichts geschehen sei: die gleichen „antifaschistischen" Widerstandsbeteuerungen und Treuegelöbnisse, die gleichen Schlagworte und Parolen, die zu Kampf und Angriff aufriefen, zumeist um eine Nuance schärfer und verbitterter[9]). Die alten Formeln „Ran an den Feind!", „Auf und durch!", „Nun erst recht!" hatten jedoch viel von ihrer Glaubwürdigkeit eingebüßt und wurden selbst im eigenen Lager nicht mehr recht ernst genommen[10]). Zwar wurde weiter-

[1]) So die Formulierung von Matthias, Ende der Parteien, S. 145.

[2]) Vgl. Leber, a.a.O., S. 242.

[3]) Arbeiterjugend 24 (1932), S. 227.

[4]) Vgl. Tschachotin, Dreipfeil, S. 106 ff.; Löwenstein, Tragödie, S. 158 ff.

[5]) Vgl. dazu den Artikel Höltermanns „Kameraden, Fäuste empor! Rechnung auflegen", R. v. 30. Juli 1932.

[6]) So u. a. Ollenhauer, a.a.O., S. 227.

[7]) Vgl. Osterroth, Memoiren.

[8]) Vgl. Leber, a.a.O., S. 190 f., 242 f.

[9]) Vgl. u. a. Höltermann: Kameraden, Fäuste empor!, R. v. 30. Juli 1932; Ernst Reuter: Angriff, immer wieder Angriff!, R. v. 5. November 1932; Haubach: Wir brachen den Ansturm, R. v. 31. Dezember 1932; ders.: Auf Biegen und Brechen. Wir zwingen sie doch, R. v. 7. Januar 1933.

[10]) Vgl. dazu auch die beißende Kritik Tschachotins, Dreipfeil, S. 106. Musterbeispiele solcher Propaganda sind der erwähnte Aufruf Ollenhauers und ein Artikel von Duderstadt, IRZ v. 30. Juli 1932.

hin unverdrossen marschiert, aber mehr routinemäßig, aus selbstverständlicher Pflichterfüllung heraus. Die Demonstrationen waren alles in allem nur ein schwacher Abklatsch der vorherigen Erregung[1]). Wenn man hört, daß die „Freiheitsgrüße" seltener und schlapper wurden, daß die „Freiheitspfeile" mehr und mehr aus dem Straßenbild verschwanden[2]), dann wird deutlich, daß der innere Elan, die robuste und unkomplizierte Aggressivität des Frühjahrs und Frühsommers endgültig dahin waren. Die meisten Anhänger hielten zwar aus „Disziplin und Tradition"[3]) weiterhin zur Fahne, aber der Widerhall selbst der größten Kundgebungen der Eisernen Front war „nur noch stumpf und matt"[4]).

Dennoch war das Widerstandspotential noch keineswegs erschöpft. Manchen ließ vielleicht nur die selbstverständliche Treue noch aushalten, obwohl er insgeheim das Gefühl hatte, einem „verlorenen Haufen" anzugehören. Bei der Mehrheit wurden gelegentliche „Morituri-Stimmungen" jedoch immer wieder von leisen Hoffnungen und optimistischen Zukunftserwartungen überdeckt. Ein Teil der verantwortlichen Führer hatte den vollen Ernst der Lage noch gar nicht erkannt und gab sich bis in das Jahr 1933 hinein einem trügerischen Gefühl der Sicherheit hin[5]). Panikstimmung kam schon deshalb nicht auf, weil die „seit Jahrzehnten einseitig überschätzte ‚Organisation'"[6]) nach wie vor fest zusammenhielt. Zudem schienen das Ergebnis der Novemberwahlen und der Fall Gregor Straßer anzudeuten, daß die Hitlerbewegung von inneren Zersetzungserscheinungen befallen war und ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte.

An dringenden Warnungen, die Vorgänge im nationalsozialistischen Lager nicht zu überschätzen, fehlte es keineswegs. Aber selbst im Reichsbanner war man Ende 1932 zeitweilig der Überzeugung: „Die größte Gefahr für die Demokratie sind jetzt die Machthaber von heute[7])." Damit verband sich zumeist eine verhängnisvolle Fehleinschätzung der Person Hitlers, den man als „schwach und willenlos", als „Strohmann" bald dieser, bald jener Clique, von der Reichswehr bis hin zum Finanzkapital, apostrophieren zu können glaubte[8]). Um die Jahreswende 1932/33 erklärten verantwortliche Stellen des Verbandes, daß der „offene Faschismus" zurückgeschlagen sei und daß es nunmehr gelte, mit „vereinten Kräften" die „Reaktion" zu überwinden, die „noch frech ihr Haupt"

[1]) So Tschachotin, a.a.O., S. 106.

[2]) So Tschachotin, ebd. Vgl. auch das Rundschreiben Nr. 26/1932 des Reichsbannergauvorstandes Hannover v. 9. September 1932. Die in diesem Zusammenhang wichtige Passage ist abgedruckt bei Matthias, Ende der Parteien, S. 227, Dok. 16. Vgl. auch Mierendorff, R. v. 3. September 1932.

[3]) So Leber, a.a.O., S. 242 f.

[4]) Ebd., S. 243.

[5]) Vgl. die Ausführungen bei Matthias, Ende der Parteien, S. 148. Vgl. O. Meyer, Von Bismarck zu Hitler, S. 362 f.

[6]) Vgl. Matthias, Ende der Parteien, S. 147.

[7]) R. v. 19. November 1932. Ähnlich R. v. 22. Oktober 1932.

[8]) IRZ v. 21. Januar 1933.

erhebe[1]). Da ähnliche Äußerungen wiederholt auftauchen[2]), muß man in der Tat annehmen, daß der „offene Faschismus" zu diesem Zeitpunkt für minder gefährlich gehalten wurde.

Der forcierte Optimismus, der viele Lagekommentare der Reichsbannerführung durchzog, gab allerdings kaum die wahre Stimmung im Verband wieder. Einigermaßen realistisch erscheint jedoch die Situationsschilderung, die Haubach in seinem Rückblick auf das Jahr 1932 gibt: „Es hat viel zerschlagen und viel zertreten, aber das Reichsbanner hat die Wahlstatt behauptet und seine Reihen zu neuem Kampf formiert. Wie treten wieder an, immer noch im Zwielicht des Zweifels und der Verzweiflung ... Wir haben nichts bei uns als die Gewißheit, daß die Armee, die im Jahre 1932 bestehen konnte, im Jahre 1933 nicht mehr geschlagen werden kann[3])." Zieht man ab, was an Bewegungsenthusiasmus und psychologischer Massenaufrichtung mit eingeflossen ist, dann dürfte man ein einigermaßen wirklichkeitsgetreues Bild von der Stimmung um die Jahreswende 1932/33 erhalten: Zweifel und Unsicherheit, doch noch keine lähmende Resignation; keinerlei Bereitschaft zum „Losschlagen", aber doch Hingabe und verbissener Abwehrwille und eine leise Hoffnung, daß eine Wendung des Geschicks noch möglich sei.

Derlei Hoffnungen beruhten paradoxerweise gerade mit auf der Überlegung, daß Hitler sich, um dem drohenden Abfall der Anhänger zuvorzukommen, zu einer Kurzschlußreaktion würde hinreißen lassen. Was früher befürchtet wurde, eine blutige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, erschien manchem jetzt als eine Art rettender Ausweg, um der Katastrophe noch zu entgehen[4]). Deshalb wurden die technisch-militärischen Abwehrvorbereitungen des Verbandes nach dem 20. Juli nicht nur in herkömmlicher Weise fortgeführt, sondern ungemein intensiviert.

Die fast hektisch anmutende paramilitärische Betriebsamkeit diente zum Teil gewiß nur der eigenen Selbstberuhigung. Sie konnte jedoch auch vom nüchternen Kalkül her als vernünftiges politisches Handeln gerechtfertigt werden[5]). Das Reichsbanner vermochte, auf sich allein gestellt, zwar niemals der entscheidende Faktor in einem Bürgerkrieg zu sein, aber es ließen sich selbst nach dem 20. Juli noch Situationen denken, in denen auch ein nur bedingt einsatzfähiger Kampfverband als Machtinstrument ins Gewicht fallen konnte. Offiziell bekundete die Verbandsführung mit der Parole „weder Schleicher noch Papen, noch Hitler, noch Hugenberg" zwar ihr Desinteresse an den Zerwürfnissen zwischen

[1]) Rundschreiben Nr. 12/1932 der Gauleitung Schleswig-Holstein v. 21. Dezember 1932.

[2]) Vgl. IRZ v. 21. Januar 1933; IRZ v. 14. Januar 1933; IRZ v. 28. Januar 1933.

[3]) R. v. 31. Dezember 1932 (Artikel: „Wir brachen den Sturm").

[4]) Vgl. dazu auch Tschachotin, a.a.O., S. 109 f. Vgl. Haubach, R. v. 7. Januar 1933.

[5]) Vgl. dazu auch die Polemik Höltermanns gegen jene „Defaitisten", die in der Wehrsporttätigkeit nur Spiel und Zeitvertreib sahen. R. v. 24. Dezember 1932. Ähnlich auf der BGV 1933. Vgl. R. v. 25. Februar 1933.

„Reaktion" und „Faschismus"[1]), und zeitweilig war es tatsächlich so, daß sie die „Machthaber von heute" propagandistisch energischer bekämpfte als Hitler. Insgemein hoffte sie jedoch auf eine politische Konstellation, in der die durch Schleicher repräsentierte Reichswehr zumindest nicht auf der anderen Seite der Barrikade zu finden wäre. Darauf suchte sie sich vorzubereiten.

Höltermann war deshalb verzweifelt bemüht, die Schlagkraft seiner Truppe zu erhöhen. Das Gesamt der technisch-militärischen Ausbildung lag jetzt in der Hand einer dem Bundesvorstand angegliederten sog. Technischen Abteilung[2]), die von den unter Papen zur Disposition gestellten preußischen Polizeioffizieren Machts und Heinrich geleitet wurde, nachdem sich Pläne, den österreichischen General Körner für diese Aufgabe zu gewinnen, zerschlagen hatten[3]). Stäbe und Zwischenbefehlsstellen wurden ausgebaut; neu geschaffen wurde die Stellung eines technischen Inspekteurs, der mehrere Gaue zu überwachen hatte. Zugleich waren ernsthafte Überlegungen im Gange, die technische Leitung in den einzelnen Gauen hauptamtlich angestellten militärischen Fachleuten zu übertragen. Der Schießsport sollte auf breitere Grundlagen gestellt werden. Die neuen Wehrsportrichtlinien, die der Bundesgeneralversammlung 1933 im Entwurf vorlagen, eiferten eindeutig militärischen Vorbildern nach. Die Technische Abteilung gab „Wöchentliche Mitteilungen" heraus, die später durch „ordnungsgemäße Befehle" ersetzt werden sollten[4]). Ganz zum Schluß, Ende Februar 1933, erschien dann noch das erste Exemplar der neuen Zeitschrift „Der Wehrsport", für deren Herausgabe der Polizeimajor Heinrich und Karl Ilgner verantwortlich zeichneten[5]).

Die verstärkte paramilitärische Aktivität des Verbandes setzte fast unmittelbar nach dem 20. Juli ein[6]). Der eigentliche Durchbruch erfolgte jedoch erst auf der Reichsführertagung in Bremen am 12. und 13. November 1932, die fast einstimmig beschloß, die Organisation beschleunigt und mit allen Konsequenzen

[1]) Vgl. z. B. R. v. 28. Januar 1933: „Die Rede von der faschistischen Parteikrise läßt uns kalt. Wir warten nicht ab, was Hugenberg und Hitler, Papen und Duesterberg miteinander auszumachen haben ... Wir gehen dem Beschluß des Bundesvorstands gemäß mit dem letzten Mann und dem letzten Groschen in den Wehrsport hinein und wir hoffen, daß man uns versteht."

[2]) Im Februar 1933 bestand sie sieben Monate. Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 44. Sie dürfte also unmittelbar nach oder kurz vor dem 20. Juli als hauptamtliche Abteilung eingerichtet worden sein.

[3]) Die interessante Tatsache, daß Höltermann zunächst den General Körner als Leiter der technischen Abteilung zu gewinnen suchte, wird bei Osterroth, Memoiren, überliefert.

[4]) Zu den vorstehenden Angaben vgl. Arbeitsbericht, BGV 1933 S. 41—44.

[5]) Vgl. Karl Ilgner (briefliche Auskunft), Arbeitsbericht BGV 1933, S. 42, und das Rundschreiben des Gauvorstandes Schleswig-Holstein Nr. 4/33 v. 28. Februar 1933, in dem es heißt: „Kein technischer Führer in der Ortsgruppe, im Bezirk, im Kreis, der es mit der Ausbildung ernst und gewissenhaft meint, darf auf diese Zeitung verzichten."

[6]) Das verrät auch ein Schreiben der Technischen Gauleitung Hannover an einen Herrn Otto Dreyer, Misburg, v. 22. Juli 1932, in dem unter Hinweis auf die politischen Verhältnisse, die sich in „den letzten Tagen außerordentlich zugespitzt" hätten, eine Inspektionsreise im Gau angekündigt wird. NStAH, Des. 310 II, C 2.

zu einem einsatzfähigen Kampfinstrument auszubauen[1]) und den „Wehrsport" auf „breitester Grundlage" zu pflegen[2]). Schon vorher hatte Höltermann die „allgemeine Wehrpflicht für die Freiheit"[3]) proklamiert, und unter dem Motto „Freiheitswehr"[4]) liefen fortan alle Abwehrbemühungen. „Wehrsport mehr denn je"[5]) wurde zur „Parole des Tages"[6]) erhoben; man forderte und gelobte, „mit dem letzten Mann und dem letzten Groschen in den Wehrsport" hineinzugehen[7]). Jugendfunktionäre propagierten das Ideal des „wehrhaften Republikaners", des in „harter Schule zur Wehrhaftigkeit" erzogenen Jungmannes[8]), der „von heiligem Fanatismus" erfüllt, stolz das „Ehrenkleid, die Uniform des Jungbanners", tragen sollte[9]). Wenn der Gauvorstand Schleswig-Holstein in seinem Rundschreiben Anfang des Jahres 1933 betonte: „Es schadet nichts, wenn das Versammlungsleben gegenüber der technischen Ausbildung zurücktreten muß. Diskussionen bringen uns nicht mehr vorwärts. Wir müssen die Freiheitsarmee schaffen, die geschlossen in den kommenden politischen Kämpfen auftreten kann"[10]), dann brachte er die Einstellung des Verbandes auf eine gültige Formel[11]).

Art und Intention der Ausbildung verdeutlichen die von der Technischen Ab-

[1]) Vgl. dazu die Ausführungen der Tagungsteilnehmer Osterroth, Memoiren; Ilgner (briefliche Auskunft). Vgl. auch den Bericht über diese Tagung, R. v. 19. November 1932 und R. v. 3. Dezember 1932. Vgl. auch das Rundschreiben Nr. 11/32 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein v. 2. Dezember 1932: „Die Bundeskonferenz in Bremen hat uns neue Aufgaben zugewiesen. Die in Bildung begriffene Freiheitswehr verlangt von uns eine gründliche Durchbildung im Wehrsport."

[2]) R. v. 10. Dezember 1932.

[3]) Vgl. R. v. 29. Oktober 1932.

[4]) Dieser Name taucht in letzter Zeit immer häufiger auf. Vgl. etwa den Bericht über eine am 16. Oktober stattgefundene Führerkonferenz norddeutscher Gaue unter der Überschrift „Reichsbanner als Freiheitswehr", R. v. 22. Oktober 1932. Vgl. das Rundschreiben des Reichsbannergauvorstandes Schleswig-Holstein v. 2. Dezember 1932. Ähnlich der Arbeitsbericht BGV 1933, S. 13.

[5]) So die Überschrift eines Artikels, R. v. 28. Januar 1933.

[6]) Vgl. das Technische Rundschreiben des Gauvorstandes Hannover v. 23. Januar 1933. NStAH, Des. 310 II, C 25.

[7]) So R. v. 28. Januar 1933, in dem Artikel: „Wehrsport mehr denn je . . .!" Ähnlich Haubach, R. v. 7. Januar 1933, in dem Artikel: „Auf Biegen und Brechen!"

[8]) Vgl. dazu einen Artikel des Hamburger Kreisjugendleiters Theo Lüders in der Jungbannerbeilage v. 11. Februar 1933, in dem Lüders die Erziehungsziele und Ideale des Jungbanners herausstellt. Nach scharfer Polemik gegen die „Friedenstauben" die die „Bereitschaft zur eigenen Wehrhaftigkeit" im Reichsbanner immer geschmäht hätten, fordert er als Ausbildungsziel den „wehrhaften Jungmann".

[9]) So in einem Beitrag eines Jungkameraden: „Der Jungbannercharakter", abgedruckt in: Bericht BGV 1933, S. 7 f.

[10]) Rundschreiben Nr. 9/33 v. 9. Januar 1933.

[11]) Solche Forderungen tauchen immer wieder auf. Vgl. das Rundschreiben Nr. 11/32 v. 2. Dezember 1932: „Die Hauptarbeit des Reichsbanners ist nicht die Abhaltung von Versammlungen, sondern die Ausbildung und Disziplinierung der aktiven Formationen." Das ist auch der Grundtenor in den Artikeln „Wehrsport mehr denn je", R. v. 28. Januar 1933; „Auf Biegen und Brechen", R. v. 7. Januar 1933; „Einheit über alles", R. v. 24. Dezember 1932.

teilung entworfenen neuen „Wehrsportrichtlinien", die neben einer allgemeinen körperlichen Grundausbildung eine Nahkampfschule mit Boxen, Jiu-Jitsu und Fechten, eine Schießausbildung, eine Geländeschule mit Kartenlesen, Gepäckmärschen, Geländekunde und Sandkastenspielen, eine Sonderschule mit Nachrichtenwesen (Gerätebau, Feldtelefon, Blinkgerät), Pionierdienst und Sanitätsdienst vorsahen[1]). Daß solche Forderungen nicht nur auf dem Papier standen, zeigen die vom Gau Berlin-Brandenburg für die Bundesgeneralversammlung vorbereiteten Wehrsportübungen, die mit Kampfschule, Ordnungsschule, Sonderschule und Geländeschule schon nach den neuen „Richtlinien" aufgezogen wurden[2]).

Die neue Ausbildung des Reichsbanners steckte allerdings noch in den Anfängen, als sie durch die politischen Ereignisse auch schon überholt war. Fast alle Ankündigungen sind „futurisch" gehalten. Im Januar des Jahres 1933 spricht man von „kommenden Gelände- und Sportübungen"[3]), betont, daß „das Reichsbanner noch lange nicht das" sei, „was es sein" müsse „und auf jeden Fall eines Tages sein" werde[4]), und kündigt für den Januar und Februar allenthalben Wehrsportkurse an[5]). Auf den gleichen Tenor sind noch die Verlautbarungen vom Februar gestimmt. Der Bundesvorstand versichert, „daß die im Rahmen des Menschlichen überhaupt noch möglichen Anstrengungen gemacht werden, um die Versäumnisse der letzten Jahre gutzumachen"[6]), und stellt gegenüber der Bundesgeneralversammlung den schnellen und großzügigen Ausbau der technischen Abteilungen beim Bund und bei den Gauen als „unbedingte Notwendigkeit" heraus, „wenn die Organisation in Zukunft ihren Aufgaben gerecht werden" wolle[7]). Zweierlei wird also deutlich: bis weit in den Februar hinein wurde hart und zielbewußt daran gearbeitet, den Verband technisch von Grund auf zu erneuern und ihn zu einem einsatzfähigen Kampfinstrument auszubauen. Die Bemühungen gelangten jedoch über Ansätze nicht hinaus. Als Hitler am 30. Ja-

[1]) Abgedruckt im Arbeitsbericht BGV 1933, S. 44.

[2]) Vgl. dazu den vom Gauvorstand Berlin-Brandenburg hrsg. Gaubefehl Nr. 3/Vert. 4 b v. 8. Februar 1933. NStAH, Des. 310 II, C. 25. Vgl. weiterhin R. v. 7. Januar 1933; R. v. 14. Januar 1933; R. v. 4. Februar 1933 (Berichte über Wehrsportübungen des Berliner Reichsbanners auf dem Schießplatz Tegel). Vgl. IRZ v. 8. Oktober 1932 mit Bildern: „Keulenwerfen! An der Hohen Mauer! Gepäckmarsch! Kriechen durch ein Drahtverhau!"; IRZ v. 29. Oktober 1932 mit Bildern: „Übungen in Jiu-Jitsu", „Gruppe am Scheinwerfergerät"; IRZ v. 26. November 1932 über das Wehrsportfest in Bremen, mit Bildern wie „Posten am Feldtelephon", „Winker übermittelt Befehle"; IRZ v. 21. Januar 1933 mit Bildern über Melde- und Patrouillendienst; IRZ v. 28. Januar 1933 mit Bildern über Skipatrouillen; IRZ v. 18. Februar 1933 mit Berichten über die Magdeburger Wehrsportschule.

[3]) So in dem Rundschreiben des Gauvorstands Hannover v. 5. Januar 1933, Nr. 2/33. NStAH, Des. 310 II, C. 25.

[4]) R. v. 7. Januar 1933.

[5]) So in dem Rundschreiben Nr. 11/32 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein v. 2. Dezember 1932.

[6]) Vgl. den Bericht BGV 1933, S. 3.

[7]) Arbeitsbericht BGV 1933, S. 43.

nuar zum Reichskanzler ernannt wurde, war der erste vierwöchige Ausbildungskurs in der neuen Magdeburger Wehrsportschule des Reichsbanners gerade wenige Tage angelaufen.

Die Magdeburger Wehrsportschule für Führernachwuchs, die im Dezember 1932 auf Drängen Höltermanns im Reichsbannerstadion „Neue Welt" errichtet worden war[1]), fand in weiten Kreisen starke Beachtung[2]). Auch die Reichswehrführung bekundete großes Interesse. Für die im Februar vorgesehene offizielle Einweihung der Wehrsportschule hatten sowohl Major Ott vom Reichswehrministerium wie Dr. Diels vom preußischen Innenministerium ihr Erscheinen zugesagt[3]).

Damit fällt ein interessantes Licht auf die von der Reichsbannerführung, von Höltermann gemeinsam mit seinem neuen „Sekretär" Kurt Baurichter, verfolgte taktische Linie, die von dem Bestreben bestimmt war, sich aus der Entwicklung nicht ausschalten zu lassen. Deshalb pflegte man bewußt die Kontakte zu den gegenwärtigen Trägern der Macht[4]), obwohl die Ereignisse des „Papen-Staatsstreiches" rein stimmungsmäßig höchst ungünstige Voraussetzungen geschaffen hatten. Höltermann hat mehr als einmal mit Schleicher und mit Bredow oder Ott verhandelt[5]). Die Tatsache, daß die Reichsbannerführer immer „recht nett"[6]) behandelt wurden, will zwar bei der angeborenen Liebenswürdigkeit Schleichers wenig besagen. Sie deutet jedoch schon darauf hin, daß sich auf der Grundlage beiderseitigen Interesses ein besseres Verhältnis anbahnte[7]).

Schleicher bemühte sich aus „wehrpolitischen" Erwägungen um den Verband, der zudem ein willkommenes Gegengewicht zur SA darstellte. Die Reichsbannerführung hoffte auf Förderung ihrer Wehrsportpläne[8]) und war dringend daran

[1]) Drei provisorisch errichtete Baracken im Stadion „Neue Welt" boten Platz für jeweils 90 Teilnehmer. Vgl. zu diesen Vorgängen R. v. 28. Januar 1933; Arbeitsbericht BGV 1933, S. 41; Osterroth, Memoiren. Baurichter (briefliche Auskunft).

[2]) Als aufmerksame Besucher erschienen u. a. die Hitler-Gegner Otto Straßer und Major a. D. Buchrucker. Vgl. Osterroth, Memoiren.

[3]) So Baurichter (briefliche Auskunft).

[4]) Für die Herstellung solcher Kontakte erwies sich Baurichter, der als früherer persönlicher Referent von Severing und Groener über gute Beziehungen zur Ministerialbürokratie verfügte, als der ideale Mann. Ende 1932 übernahm Baurichter nach dem Ausscheiden des bisherigen Generalsekretärs Gebhard auch die Leitung des Berliner Reichsbannerbüros.

[5]) Die Unterredungen zwischen Bredow und der Reichsbannerführung lassen sich ziemlich genau an Hand des Bredow-Nachlasses verfolgen. Die Kontakte begannen schon vor dem 20. Juli 1932 und wurden anschließend verstärkt fortgesetzt. BA, Nachlaß Bredow, H08–97/1 und H08–97/2.

[6]) So Osterroth, Memoiren.

[7]) Bezeichnend dafür ist auch, daß Höltermann in späteren Aufzeichnungen aus der Zeit seiner Londoner Emigration stets sehr positiv mit unverkennbarer Sympathie von Schleicher spricht (Nachlaß Höltermann).

[8]) Das ging so weit, daß Höltermann ziemlich unverblümt anfragte, ob das Reichsbanner nicht Ausrüstungsgegenstände von der Reichswehr erhalten könne. Er benötige für seine Organisation vor allem Stiefel. Vgl. eine Kurzorientierung Bredows v. 6. September 1932 über eine Unterredung mit Höltermann am 5. September 1932. BA, Nachlaß Bredow, H08–97/2.

interessiert, das Verhältnis zur Reichswehr besser zu gestalten, weil sie in nüchterner Abwägung der konkreten Machtverhältnisse nach dem 20. Juli zu der Überzeugung gelangte, daß allein noch die Reichswehr eine nationalsozialistische Machtergreifung zu verhindern vermochte[1]).

Diese Marschroute wurde allerdings nicht immer konsequent durchgehalten. Die verständlichen Ressentiments gegen den „Krisengeneral"[2]), den man für den Sturz Brünings und Groeners und für die Ereignisse des 20. Juli hauptverantwortlich machte, brachen beim Regierungsantritt Schleichers wieder durch. Mayr warnte vor seinen „Diktaturplänen[3]), vor dem „verhängnisvollen Trugschluß", ihn gegenüber Papen als das „kleinere Übel" anzusehen, und ein anderer Artikel betonte: „Papen verstand es, aufreizend zu reden. Schleicher wird es verstehen, gefährlich zu handeln. Das ist die Lage, der die Republikaner ohne jede Illusion mit aller Kälte und Entschlossenheit gegenübertreten müssen[4])."

Will man den Aussagen ehemaliger Reichsbannerführer Glauben schenken, dann war die Bundesführung allerdings zunächst trotz aller Skepsis, mit der man Schleicher beurteilte, zu einem Arrangement mit ihm bereit, weil man in seiner Person die einzige Gewähr dafür sah, daß die Reichswehr notfalls auch gegen die Hitler-Bewegung eingesetzt werden würde[5]). Über Einzelheiten der Gespräche, die Schleicher im Zuge seiner Terrainsondierungen mit den Spitzen des Reichsbanners führte, ist wenig bekannt[6]). Ebenso unklar bleibt, wie sich der Verband gegenüber den durch Bredow dem SPD-Vorstand Mitte Dezember 1932 unterbreiteten Vorschlägen für eine „Zusammenarbeit in letzter Stunde" verhielt, die neben einer Sistierung des Parlaments, einem Verbot der NSDAP, einer Beteiligung von zwei Sozialisten bzw. Gewerkschaftlern an der Regierung, allem Anschein nach auch die Vereinigung von Stahlhelm und Reichsbanner zu einem einheitlichen Reichskriegerbund vorsahen[7]). Einiges spricht dafür, daß der Verband sich keineswegs von vornherein allen Plänen Schleichers verschloß[8]), aber vor einem offenen Bekenntnis zu solcher Zusammenarbeit scheute

[1]) In dem späteren Widerstand von Wehrmachtskreisen gegen Hitler sieht Höltermann eine nachträgliche Bestätigung der damals vom Reichsbanner eingeschlagenen Politik. Vgl. dazu undatierte Aufzeichnungen Höltermanns aus der Zeit seiner Emigration (Nachlaß Höltermann).

[2]) Vgl. den Artikel: „Krisengeneral Schleicher", R. v. 25. Juni 1932.

[3]) Vgl. den scharfen Artikel Mayrs: „Generalstäblerdiktatur?", R. v. 10. Dezember 1932.

[4]) IRZ v. 17. Dezember 1932. Ähnlich IRZ v. 31. Dezember 1932.

[5]) So Dr. Nowack und Ernst Lemmer (mündliche Auskünfte). Vgl. auch Löwenstein, Tragödie, S. 84.

[6]) Das Klima der Gespräche war offensichtlich gut. Ilgner berichtet, Schleicher habe Höltermann erklärt: „Mit dem Reichsbanner würde ich gern gemeinsame Sache machen, aber nicht mit den SA-Horden." (Briefliche Auskunft.) Die gute Atmosphäre hebt auch Osterroth hervor, Memoiren.

[7]) Vgl. dazu Bracher, Auflösung, S. 684.

[8]) Vgl. in diesem Zusammenhang auch ein Schreiben des Stahlhelmers Theodor Bartram v. 11. August 1932 an Schleicher. Bartram betont, daß die „maßgebenden Persönlichkeiten des ‚Stahlhelms' und des ‚Reichsbanners'" sich „geeinigt" hätten und nennt dabei den General-

das Reichsbanner zurück. Praktisch blieb dem Verbande nach Lage der Dinge kaum etwas anderes übrig, als offiziell und propagandistisch in die Anti-Schleicher-Front einzuschwenken, nachdem Schleichers Pläne beim sozialdemokratischen Parteivorstand auf strikte Ablehnung gestoßen waren[1]).

Die Fäden zur Reichswehr und zu Schleicher rissen jedoch nicht ab. Die Verbandsführung war nach wie vor bereit, Ressentiments zurückzustellen und „realpolitisch" mitzuarbeiten, um nicht völlig aus der politischen Entwicklung ausgeschaltet zu werden[2]). Es überrascht deshalb nicht, daß das Reichsbanner sich auch am Arbeitsausschuß für Arbeitsbeschaffung beteiligte, den der Präsident des Landgemeindetages und spätere Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke ins Leben gerufen hatte, obwohl dieser Front quer durch die politischen Lager hindurch auch Nationalsozialisten angehörten[3]). Ähnlichen Erwägungen entsprang die positive Einstellung des Verbandes zum neugeschaffenen Freiwilligen Arbeitsdienst.

---

sekretär des Reichsbanners Gebhard und Dr. Lübbert vom Stahlhelm. Schleicher möge die „notwendig gewordene Diktatur der Ordnung auf die Frontsoldaten des Weltkriegs" stützen und die vorgesehene Aussprache mit Gebhard in diesem Sinne führen. Schreiben im Nachlaß Schleicher, Nr. 20, BA. Die hier mitgeteilten Einzelheiten bleiben ziemlich unklar. Man weiß nicht recht, inwieweit man sie mit den Plänen Schleichers in Verbindung bringen darf. Tatsache ist, daß Gebhard zu dieser Zeit mit Stahlhelmführern verhandelt hat.

[1]) So Lemmer und Dr. Nowack (mündliche Auskünfte). Die Situation des Reichsbanners ähnelte der der Gewerkschaften. Von der gemeinsamen soziologischen Basis her war es unmöglich, gegen den Willen der Partei Schleicher offen zu unterstützen. Daraus erklärt sich auch das Verhalten der Gewerkschaftsführung. Vgl. dazu die schlüssigen Darlegungen von Matthias, Ende der Parteien, S. 175 f. Auch die Parteiführung stand bei ihrer negativen Entscheidung wohl unter einem starken Druck von unten. Duderstadt, a.a.O., S. 61, behauptet, sie sei nicht von vornherein abgeneigt gewesen, Schleicher zu tolerieren. Erst als die „Parteifeldwebel" rebellisch geworden seien und erklärt hätten, sie könnten eine Tolerierungspolitik vor den Genossen nicht vertreten, sei die Parteiführung auf die Parole „Schleicher gleich Papen" umgeschwenkt.

[2]) Mit diesem Argument wurde auch die Wehrsporttätigkeit des Reichsbanners motiviert. Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 40 f. Höltermanns politische Linie spiegelt sich auch sehr deutlich in einem Schreiben an Otto Braun v. 3. Januar 1933. Abschrift des Schreibens wurde dem Verfasser von Herrn Dr. Weichmann freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

[3]) Kontaktmann zum Gereke-Ausschuß war der Generalsekretär des Verbandes Gebhard, der sich mit Energie und Begeisterung an den Beratungen über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beteiligte. Auf einer Tagung des Landgemeindeverbandes erklärte Gebhard im Anschluß an eine Rede des zum Straßer-Flügel gehörenden Nationalsozialisten Cordemann, es handle sich um einen der „glücklichsten Tage" seines Lebens, da sich nunmehr der „Lebenswille des deutschen Volkes" „mit elementarer Wucht Bahn" breche. Gleichzeitig begrüßte er es, daß sich zu „diesem Zweck Männer aus den verschiedensten Lagern" zusammenfänden. Diese Äußerungen wurden ihm allerdings von gewissen Verbandskreisen schwer angekreidet. Vgl. dazu ein Schreiben des Ortsvereins Hannover v. 20. August 1932 an den Gauvorstand Hannover und das Antwortschreiben des Gauvorstands v. 15. Oktober 1932, in dem die Stellungnahme Gebhards mitgeteilt wird. — Die Kommunisten nutzten seine Äußerungen, zu denen sich Gebhard auch nachträglich noch einmal bekannte, zu einer wilden Agitation gegen das Reichsbanner aus. Vgl. die Broschüre „Geheimverhandlungen zwischen Nazi-Röhm und Reichsbanner-Mayr", S. 9. Gebhard selbst trat Ende 1932 nach seinem Ausscheiden als Generalsekretär in die Dienste des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung. 1933 ging er dann als einer der wenigen Reichsbannerführer zu den Nationalsozialisten über.

Das Reichsbanner hatte schon früh Interesse gezeigt und sich auf einer Vorbesprechung über den FAD am 5. Mai 1931, zu der Treviranus im Namen der Reichsregierung die Verbände geladen hatte, nicht ablehnend geäußert[1]). Auf Grund des damals noch starken Widerstands der Partei und der Gewerkschaften hatte es jedoch zurückgesteckt, zumal sich auch in den eigenen Reihen noch keine einhellige Meinung herausgebildet hatte. In der Folge kamen bejahende und ablehnende Stimmen zu Wort; mehr und mehr setzten sich aber die Befürworter durch. Einzelne Gaue wie Schleswig-Holstein hatten bereits 1930/31 mit Zustimmung des Bundesvorstands erste praktische Versuche unternommen. Bis zur endgültigen Klärung verging jedoch noch geraume Zeit. Am 29. April 1932 faßte auch die Bundesführung offiziell den Beschluß, an der aktiven Ausgestaltung des FAD teilzunehmen, eine Entscheidung, die von der Konferenz der Gauführer und Gausekretäre am 7. Mai 1932 bestätigt wurde.

Um den Vorsprung der anderen Verbände einzuholen, stürzte man sich sofort mit verbissener Energie in den Freiwilligen Arbeitsdienst, häufig in Zusammenarbeit mit dem Anfang August 1932 gegründeten „Sozialen Dienst, Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend", zu dem sich sozialistische und gewerkschaftliche Organisationen zusammengeschlossen hatten. Laut einer vom Reichsbanner herausgegebenen Statistik gab es Ende des Jahres 1932 41 geschlossene Lager und 73 offene Vorhaben mit insgesamt 10000 beteiligten Kameraden in eigener Regie. 5500 Verbandsangehörige waren bei Projekten tätig, bei denen „befreundete" Organisationen als Träger des Dienstes fungierten. Rund 10000 bis 12000 Bundesmitglieder arbeiteten an Vorhaben, die unter der Leitung gegnerischer Verbände wie Stahlhelm und Jungdeutscher Orden standen[2]).

Die positive Entscheidung des Reichsbanners für den FAD war nicht zuletzt von Konkurrenzgesichtspunkten, von der Furcht bestimmt, die eigenen Leute an gegnerische Verbände zu verlieren, da sich mehr und mehr herausstellte, daß arbeitslose jugendliche Verbandsmitglieder in von gegnerischen Organisationen getragene Arbeitslager strömten[3]). Dieses Moment, das in den Argumen-

[1]) Vgl. dazu den Artikel: „Nur auf Befehl der SPD! Das hörige Reichsbanner", Der Jungdeutsche v. 8. Mai 1931. Vgl. auch den Bericht über diese Tagung in R. v. 16. Mai 1931.

[2]) Aus der Fülle von Rundschreiben und Darstellungen zur Frage des FAD seien nur einige wenige angeführt. Vgl. vor allem die zusammenfassende Darstellung über die Entwicklung des FAD-Gedankens im Arbeitsbericht BGV 1933, S. 56—61. Weiterhin: R. v. 17. Oktober 1931 („Um den freiwilligen Arbeitsdienst"); R. v. 14. Mai 1932; R. v. 2. Juli 1932; R. v. 27. August 1932 „Die Stellung des Reichsbanners zum FAD", von Schwanecke, dem im Reichsbanner für FAD-Fragen zuständigen Referenten); IRZ v. 18. Februar 1933 („Reichsbanner im FAD"); IRZ v. 14. Mai 1932 („Front zum Arbeitsdienst"). Wichtig auch das sehr umfangreiche Rundschreiben Nr. 23 des Reichsbannerbundesvorstandes v. 10. Oktober 1932 „An alle Gauvorstände im Reiche". NStAH, Des. 310 II, C. 25. — Ein näheres Eingehen auf die Fragen des FAD erübrigt sich, da von Herrn Köhler, Berlin, eine Dissertation vorbereitet wird, die in umfassender Weise die Einstellung von SPD, Gewerkschaften und Reichsbanner zum FAD und zum Reichskuratorium für Jugendertüchtigung untersuchen wird.

[3]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 56 ff. Vgl. auch das erwähnte Rundschreiben des Reichsbannerbundesvorstandes vom 10. Oktober 1932; vgl. R. v. 2. Juli 1932.

tationen der Befürworter immer wieder auftaucht, verbunden mit dem Hinweis, daß es nicht angehe, „auf Kosten der Erwerbslosen Monopole" aufrechtzuerhalten, die geeignet seien, „den vierten Stand von einem fünften Stand dauernd und sicher abzugrenzen"[1]), spielte sicherlich die Hauptrolle. Es war jedoch für die positive Einstellung zum FAD nicht allein maßgebend. Daß bei manchen auch ethisch-volkspädagogische Überlegungen und Volksgemeinschaftsideen mit im Spiele waren, wird deutlich, wenn man von offizieller Seite hört: „Der freiwillige Arbeitsdienst ist eine hervorragende Möglichkeit zur Formierung einer neuen Jungmannschaftsschicht im Volk"... „Wer jetzt schnell zupackt, sichert sich einen festen Arbeitsplatz im Aufbau einer neuen Volksordnung.[2])" Dominierend waren solche Gedanken nie. Es ist jedoch unverkennbar, daß der „FAD-Enthusiasmus" der Spätzeit mit aus diesen Quellen gespeist wurde[3]).

Da sich zugleich die Möglichkeit ergab, Arbeitsdienst und Wehrsporttätigkeit in großzügiger Weise zu koppeln, war ein weiteres gewichtiges Argument, das für den FAD sprach. Im Februar des Jahres 1932 waren Pläne für ein umfangreiches Projekt sehr weit gediehen, die vorsahen, im Magdeburger Reichsbannerstadion „Neue Welt" ein FAD-Lager zu errichten, in dem Verbandsangehörige im Arbeitsdienst und Wehrsport in jeweils vierwöchigen Kursen ausgebildet werden sollten, um auf diese Weise geeignete Schulungs- und Lehrkräfte zu gewinnen[4]). Die Pläne wurden zwar nicht mehr realisiert. Aber schon vorher war man in gewissem Umfang dazu übergegangen, den Freiwilligen Arbeitsdienst für die wehrsportliche Ertüchtigung der Verbandsangehörigen fruchtbar zu machen[5]).

Die verstärkte paramilitärische Aktivität des Verbandes brachte naturgemäß erhebliche finanzielle Belastungen mit sich. Es bedeutete deshalb eine bittere Enttäuschung für die Reichsbannerführung, als sich ihre Hoffnungen, die sie auf das am 13. September durch Erlaß des Reichspräsidenten formell ins Leben gerufene Reichskuratorium für Jugendertüchtigung[6]) gesetzt hatte, nicht erfüllten. Die SPD sah in der Gründung dieses Wehrsport-Rahmenverban-

[1]) R. v. 14. Mai 1932.

[2]) IRZ v. 14. Mai 1932, Artikel: „Front zum freiwilligen Arbeitsdienst." In der Definition des FAD als „Rückzugsmaßnahme der von der Krise geschlagenen industriellen Gesellschaft" und „Stätte der Neuordnung des Volkslebens" kommt die Einstellung mancher Kreise des Reichsbanners gut zum Ausdruck.

[3]) Vgl. dazu auch Löwenstein, Tragödie, S. 79 f.

[4]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 41; R. v. 28. Januar 1933.

[5]) Vgl. Arbeitsbericht BGV 1933, S. 41: „Eine Möglichkeit, die wehrsportliche Ausbildung in den Arbeitslagern des FAD durchzuführen, wird schon heute genutzt." Ebd., S. 43, wird der Technischen Abteilung als Verdienst angerechnet, daß sie „großzügige Versuche der Verbindung des Wehrsports mit dem FAD" unternommen habe. Vgl. auch R. v. 21. Januar 1933, wo von Wehrsportübungen in FAD-Lagern des Verbandes die Rede ist.

[6]) Vgl. Erlaß des Reichspräsidenten v. 13. September 1932, im Wortlaut wiedergegeben in: Das Zentrum. Mitteilungen der deutschen Zentrumspartei 3 (1932), S. 268 f. Zur Entstehung und Vorgeschichte des Kuratoriums vgl. Vogelsang, Reichswehr, S. 286 f.

des, zu dessen geschäftsführendem Präsidenten der 1931 aus der Reichswehr ausgeschiedene General Edwin von Stülpnagel bestellt wurde, nicht zu Unrecht einen ersten Schritt auf dem Wege zu einer Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht[1]) und reagierte schroff ablehnend. Sie fürchtete, eine Teilnahme ihr nahestehender Organisationen könne ihr als Tolerierung einer Aufrüstungspolitik ausgelegt werden[2]). Rücksichtnahme auf die Meinung im Ausland, aus dem sofort ein ungünstiges Echo kam[3]), paarte sich dabei mit der Angst vor der Demagogie des kommunistischen Konkurrenten[4]).

Anders als beispielsweise die SAJ[5]) hatte sich das Reichsbanner an solchen Bedenken wenig gestoßen und ebenso wie SA und Stahlhelm kleinere Kontingente in die Ausbildungslager des Kuratoriums geschickt[6]). Die Reichsführertagung am 12. und 13. November kam zu der Überzeugung, daß sich der Ver-

[1]) Vgl. dazu das Interview des Dr. von zur Mühlen mit Dr. Adolf v. Carlowitz, dem langjährigen Mitarbeiter Schleichers und Zivilreferenten für juristische Spezialfragen in der Wehrmachtsabteilung, v. 7. Februar 1949: „Das Ziel war die Umwandlung der RW in eine Miliz. Vorbereitend sollte in dieser Richtung das unter Leitung des Generals v. Stülpnagel errichtete ‚Reichskuratorium für Jugendertüchtigung' wirken, das völlig unpolitisch aufgezogen war. Nach der Abrüstungskonferenz sollte dann die Umbildung in die Miliz erfolgen. Der Verband unter St. sollte die Rolle eines Vorläufers übernehmen." Abgedr. bei Conze, Zum Sturz Brünings, a.a.O., S. 270. Vgl. dazu auch Ferdinand Friedensburg, Die Weimarer Republik, Hannover—Fankfurt a. M. 1957, S. 172.

[2]) Darauf weist auch der ostpreußische Reichsbannerführer Meißner hin in einem Schreiben an Höltermann v. 23. Dezember 1932, in dem ganz entschieden gegen den Entscheid des Reichsbannerbundesvorstands polemisiert wird, sich nicht am Reichskuratorium beteiligen zu wollen. Abschrift dieses Schreibens im Nachlaß Otto Braun.

[3]) Vgl. dazu die große außenpolitische Rede des französischen Ministerpräsidenten Herriot in Gramat am 25. September 1932. Auszugsweise abgedr. bei Schultheß 1932, S. 302.

[4]) Vgl. dazu auch ein Schreiben Otto Brauns, den Meißner in der Kuratoriumsfrage um Vermittlung gebeten hatte, an Höltermann v. 31. Dezember 1932, in dem er sich gegen das Verbot einer Teilnahme ausspricht, und es als seinen Eindruck hinstellt, „daß die Partei in der letzten Zeit sich mehr und mehr von der kommunistischen Demagogie die Gesetze ihres Handelns vorschreiben" lasse und „sich dadurch in öde fruchtlose Oppositionsstellung" hineinmanövriere. Nachlaß Otto Braun.

[5]) Vgl. den Artikel „Exzellenz wünschen Kopfschützen", Arbeiterjugend 24 (1932), S. 344 f. Ebd., S. 350, wird der Beschluß des Hauptvorstandes der Sozialistischen Arbeiterjugend mitgeteilt, daß eine Beteiligung der SAJ am Kuratorium „nicht in Frage" komme.

[6]) Vgl. dazu auch die handschriftlichen Aufzeichnungen des Gen.-Lt. Liebmann über Ausführungen des Reichskanzlers von Schleicher und des Oberstleutnants Ott vor den Gruppen und Wehrkreisbefehlshabern im Reichswehrministerium am 13.—15. Dezember 1932, bei Vogelsang, Reichswehrdokumente, a.a.O., S. 430: „Mil. Jugendertüchtigung: Sehr gute Fortschritte. Wettlauf der Verbände (einschließlich Nazi und Reichsbanner)." Wie Herr Dr. Vogelsang vom Institut für Zeitgeschichte mitteilt, betrug an einem Stichtag im November 1932 die Gesamtstärke der abgehaltenen Lehrgänge in Bayern 2150 Mann, davon gehörten allerdings nur 25 Mann dem Reichsbanner an (briefliche Auskunft). — Auch das Reichsbanner in Ostpreußen hatte Verbandsangehörige zu den Wehrsportkursen des Kuratoriums entsandt und war voll des Lobes über die dort gemachten Erfahrungen. Gleichzeitig kündigte es an, daß es sich trotz des inzwischen vom Bundesvorstand des Reichsbanners herausgegebenen ablehnenden Bescheids an einem im Januar beginnenden Wehrsportkursus weiterhin beteiligen werde. Vgl. dazu das Schreiben des ostpreußischen Reichsbannerführers Meißner an Höltermann v. 23. Dezember 1932, a.a.O.

band die gebotene Chance zur wehrsportlichen Ertüchtigung der Schufo nicht entgehen lassen dürfe[1]). Einen Monat später erschien dann jedoch ein Rundschreiben der Bundesleitung, in dem jegliche Beteiligung an den Übungen des Reichskuratoriums strikt untersagt wurde[2]). Wenn der Gauvorstand Ostpreußen seiner Erbitterung über diesen Beschluß in heftigen Worten Ausdruck verlieh[3]), dann stand er mit seiner heftigen Reaktion keineswegs allein da[4]). Auch Höltermann, der für die erwähnte Weisung verantwortlich zeichnete, war über die eingetretene Entwicklung zutiefst unglücklich. Er hatte beim Parteivorstand immer wieder gedrängt, dem Verband in der Kuratoriumsfrage freie Hand zu lassen, schließlich jedoch kapituliert, um, wie er betonte, die „ohnedies vorhandenen Spannungen zwischen Reichsbanner und Partei nicht ins Unerträgliche" zu steigern[5]).

In der Tat erreichten die Spannungen zwischen Partei und Reichsbanner, auf die Höltermann anspielte, zu dieser Zeit ihren Höhepunkt, nachdem es schon vorher wegen der Propaganda der Eisernen Front und im Gefolge des 20. Juli zu schweren Auseinandersetzungen gekommen war. Eifersüchtig auf die Wahrung seines alleinigen politischen Führungsanspruchs bedacht, beobachtete der Parteivorstand voller Mißtrauen die Selbständigkeitsregungen der Reichsbannerführung und deren Querverbindungen zur Reichswehr, zu Schleicher und zum Gereke-Ausschuß[6]). Der Streit um das Reichskuratorium und um die „Vortrupps"[7]) nahm nicht zuletzt deshalb so scharfe Formen an, weil schon vordem die Beziehungen sehr gespannt gewesen waren.

Der Parteivorstand opponierte nicht nur gegen eine Beteiligung des Verbandes am Reichskuratorium, sondern mißbilligte im Grunde auch die „private" Wehrsporttätigkeit des Reichsbanners. Im Anschluß an die Bremer Führerkonferenz am 12. und 13. November 1932 wußte die Presse zu berichten, daß es auf der Tagung zu einem schweren Konflikt zwischen Höltermann und dem

---

[1]) So Meißner in dem eben erwähnten Brief an Höltermann v. 23. Dezember 1932.

[2]) Auf das Rundschreiben v. 21. Dezember 1932 wird bei Meißner in seinem Schreiben v. 23. Dezember 1932 Bezug genommen. Die endgültige Entscheidung fiel erst auf der Sitzung des Bundesvorstands am 18. Januar 1933. Vgl. R. v. 28. Januar 1933.

[3]) Vgl. die Schreiben Meißners an O. Braun und Höltermann v. 23. Dezember 1932.

[4]) Vgl. dazu auch den Bericht Löwensteins, a.a.O., S. 84 f., über eine Sitzung des Gauvorstandes Berlin, auf der Höltermann „mit erschütterter, tränenumflorter Stimme die Mitteilung" gemacht habe, das Reichsbanner müsse seine Einstellung zum Kuratorium revidieren.

[5]) So in dem Antwortschreiben Höltermanns an Braun v. 3. Januar 1933, der in einem Schreiben v. 31. Dezember 1932 im Sinne des ostpreußischen Reichsbannerführers Meißner bei Höltermann interveniert hatte. Gegenüber Bredow erklärte Höltermann, er habe sich gefügt, weil anderenfalls eine Zerschlagung seiner Bewegung zu befürchten gewesen sei. Er hoffe jedoch, mit den Parteiwiderständen in einiger Zeit fertig zu werden, und werde den Wehrsport im Reichsbanner auch weiterhin nach den Vorschriften des Kuratoriums betreiben. Vgl. dazu die Kurzorientierung Bredows v. 19. Dezember 1932. BA, Nachlaß Bredow, Ho 8—97/2.

[6]) So Osterroth, Memoiren. Vgl. auch Löwenstein, a.a.O., S. 84 f.

[7]) Zur Frage der „Vortrupps" vgl. die Ausführungen S. 121 f.

Parteivorstand gekommen sei[1]). Die Meldungen trafen in dieser Form zwar nicht zu, aber das Tagungsklima war keineswegs so harmonisch, wie es die verbandsoffizielle Berichterstattung darstellte. Wels fand sich nur zu einer höchst gewundenen Zustimmung bereit, so daß niemand recht wußte, was er wirklich gemeint hatte[2]). Tatsächlich hörte der Widerstand auch in der Folge nie ganz auf[3]). Man mußte es schon als Erfolg ansehen, daß die verstärkte Wehrsporttätigkeit vom Parteivorstand wenigstens stillschweigend geduldet wurde.

Die Auseinandersetzungen mit der SPD erschwerten bis zu einem gewissen Grade die Stellung Höltermanns bei seinen Verhandlungen mit der Reichswehr, weil diese sich naturgemäß stets fragte, wieviel Divisionen tatsächlich hinter dem Reichsbannerführer standen, der über eine vorwiegend sozialdemokratische Gefolgschaft kommandierte. Höltermanns persönliche Haltung gab zu Zweifeln allerdings kaum Anlaß. Die Situation in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 dürfte ziemlich zutreffend gekennzeichnet sein, wenn ein Beobachter die Gespräche zwischen Höltermann und den Gefolgsleuten Schleichers folgendermaßen kommentiert: „Er (Höltermann; d. Verf.) meldet seine Truppen an und deutet zart an, daß sie für die Reichswehr im Falle eines Angriffs Polens an der Ostgrenze unentbehrlich sind[4])". Tatsächlich bekannte sich die Reichsbannerspitze in allen Gesprächen mit der Reichswehr nachdrücklich zum Grenz- und Landesschutz. Sie war sogar besorgt, das Reichsbanner könne von diesen Dingen ausgeschlossen werden, weil es in Opposition zur Regierung Papen stehe. Höltermann und Gebhard hatten deswegen schon Mitte Juni 1932 bei Bredow vorgesprochen[5]). Beide Männer stimmten auch einem Ausbau der Wehrmacht zu und erklärten, „man solle nur nicht viel fragen, sondern handeln"[6]). Wenig

[1]) Vgl. R. v. 3. Dezember 1932, wo die Berichte energisch dementiert werden.

[2]) So Osterroth, Memoiren. — Karl Ilgner berichtet, daß Otto Wels zuerst mit Einwänden gekommen sei. Als er aber die Einmütigkeit der Konferenz habe feststellen müssen, habe er wörtlich geäußert: „Wenn Ihr euch alle einig seid, wird die Partei sich wohl nicht abseits stellen." Ein oder zwei Tage nach der Konferenz sei diese Zusage jedoch zurückgezogen worden (briefliche Auskunft). Leider läßt sich nicht genau feststellen, ob sich die Darstellung Ilgners auf die Bremer Reichsführerkonferenz oder eine norddeutsche Führerkonferenz bezieht, die am 16. Oktober entweder in Lübeck oder Kiel stattfand.

[3]) In diesem Sinne äußert sich Baurichter (briefliche Auskunft). Vgl. auch Höltermanns Klagen, R. v. 24. Dezember 1932. Auch in Kreisen der Gewerkschaften gab es noch starke Widerstände. Vgl. dazu ein Schreiben (allem Anschein nach von der Reichsbannerortsleitung Hannover) an den Gauvorstand Hannover v. 13. Dezember 1932, in dem auf einen Artikel „Wider den Wehrsport" in der „Metallarbeiterzeitung" v. 10. Dezember 1932 verwiesen wird. Der erweiterte Beirat des Metallarbeiterverbandes habe sich eingehend mit der Wehrsportfrage beschäftigt und dabei entschieden gegen die Wehrsporttätigkeit des Reichsbanners Stellung genommen. Diese ablehnende Haltung widerspreche der Einstellung, die der ADGB auf der Bremer Führerkonferenz eingenommen habe. NStAH, Des. 310 II, C 25.

[4]) Frey, Deutschland wohin?, S. 21.

[5]) Vgl. dazu eine Kurzorientierung Bredows, von Schleicher am 15. Juni 1932 abgezeichnet. BA, Nachlaß Bredow, Ho 8—97/1.

[6]) So Höltermann und Gebhard gegenüber Bredow in einem Gespräch am 1. August im Reichswehrministerium. Aktennotiz Bredows v. 3. August 1932. BA, Nachlaß Bredow, H 08—97/1.

später bekannte Höltermann sich in aller Öffentlichkeit zu den „Milizplänen" Schleichers, ohne dabei zu vergessen, auf das „wertvolle Menschenmaterial" im Reichsbanner hinzuweisen[1]).

Die Erklärungen des Reichsbannerführers fanden bei interessierten Kreisen starke Beachtung[2]). Genau das war auch beabsichtigt, denn Höltermann ging es darum, das Reichsbanner als „nationalen Wehrverband" erscheinen zu lassen, der weitaus vertrauenswürdiger sei als die SA[3]). Diese Haltung lag auf der allgemeinen Linie jener Politik, die die Reichsbannerführung schon seit einiger Zeit eingeschlagen hatte; sie war jedoch zugleich eine Konsequenz aus der Annäherung an die Reichswehr. Bredow hatte von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nur möglich sei, wenn sich der Verband in Wort und Schrift eines anderen Tones befleißige[4]).

Das Reichsbanner betrat damit zwar kein Neuland, da es seit seiner Gründung „nationalrepublikanisch" aufgetreten war. Aber so deutlich und unmißverständlich wie in der Endphase des Weimarer Staates hatte es vordem nicht gesprochen. Die eigentliche „nationale Welle" setzte erst um die Jahreswende 1931/32 ein. Damals wurden von Höltermann, der mit einer für den Vortrag im Rundfunk bestimmten Rede über „Arbeiterschaft und Staat" im November 1931 gleichsam das Startzeichen gab[5]), die neuen „nationalen" und „frontsoldatischen" Schlagworte geprägt, die fortan die Agitation des Verbandes und der Eisernen Front begleiteten.

Nach dem 20. Juli 1932 wurde die „nationale" Propaganda nicht nur nicht gedämpft, sondern noch erheblich intensiviert. Man erinnerte mit Nachdruck an das nationale Verhalten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft während des Krieges und während des Ruhrkampfes[6]) und beschwor die berühmten Verse Karl Brögers: „Daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war, denk es, o Deutschland[7])." Für den Totensonntag 1932 erging der Befehl: „Wir ordnen

[1]) Vgl. u. a. R. v. 24. September 1932; R. v. 25. Februar 1933 (Bericht über die BGV 1933).

[2]) Vgl. die „Kreuzzeitung" v. 17. Februar 1933, die unter der Überschrift „Reichsbanner für Miliz! Wichtige Erklärung Höltermanns vor der Presse" die Ausführungen Höltermanns kommentiert. Fett gedruckt erscheint der Satz: „Ausdrücklich bekannte Höltermann sich zum Entsetzen einiger Pazifisten von der Linkspresse zum Gedanken der Miliz." Man erblickt in dieser Erklärung eine „deutliche Absage an die Sozialdemokratie" und gibt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß Höltermann „gegenüber dem knochenerweichenden Pazifismus der Sozialdemokratie" fest bleiben werde.

[3]) Vgl. dazu auch K. Heiden, Geburt des Dritten Reiches, S. 61. Heiden ist über die politischen Intentionen Höltermanns gut informiert. Vor 1933 weilte er mehrere Male in Magedeburg zu Besuch, nach 1933 korrespondierter er mit Höltermann.

[4]) So schon in der ersten Unterredung Mitte Juni 1932. Vgl. die Kurzorientierung Bredows, von Schleicher am 15. Juni 1932 abgezeichnet. BA, Nachlaß Bredow, H 08—97/1.

[5]) Vgl. R. v. 8. November 1931.

[6]) Vgl. den Artikel: „Versailles und Ruhr. Gedenktage zur rechten Stunde." R. v. 28. Januar 1933.

[7]) R. v. 21. Januar 1933.

hiermit an, daß das Reichsbanner an diesen Tagen allenthalben würdige Gedenkfeiern durchführt. Diese Demonstrationen müssen eindrucksvoll beweisen, daß in unserem Lager Massen von Kriegsteilnehmern und Angehörige von Kriegsopfern sind[1])."

Immer wieder wurde betont, daß man den Kampf gegen den Nationalismus nicht egoistischer Interessen wegen, sondern um der „Existenz der ganzen deutschen Nation" willen aufgenommen habe[2]). Höltermann faßte diese Tendenzen programmatisch zusammen, wenn er seinen Gefolgsleuten auf der letzten Bundesgeneralversammlung im Februar 1933 zurief: „Scheut euch nicht, euch als gute Deutsche nicht nur zu bekennen, sondern auch darzustellen. Alles, was wir bislang getan haben, was die ganze deutsche Arbeiterschaft getan hat, stand doch unter dem Motto, was zuerst im Reichsbanner ausgesprochen worden ist und das uns die anderen gestohlen haben: Nichts für uns — alles für Deutschland[3])."

Völlig konsequent durchgehalten wurde diese Agitationshaltung allerdings auch jetzt nicht. Ähnlich wie einst die Eiserne Front, die nationale Parolen mit radikalen klassenkämpferisch-sozialistischen Parolen zu vereinen wußte, spielte das Reichsbanner auf zwei Klavieren. Bei der Partei war nach dem 20. Juli, der sie aus der unmittelbaren staatlichen Verantwortung entlassen und damit von bis dahin geltenden Rücksichten befreit hatte, eine Renaissance des Radikalismus unverkennbar[4]). Sie gefiel sich in hohlen Agitations- und Oppositionsgesten, die nicht einmal den Ansatz zu einer realistischen Politik erkennen ließen. An sich wurde diese Entwicklung, die Rückkehr zu „überlebten Auffassungen"[5]), gerade von führenden Reichsbannerkreisen mit großer Sorge beobachtet[6]). Aber die Bindung an die SPD war viel zu eng, als daß sich der republikanische Bund diesem Prozeß völlig hätte entziehen können. Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kurz nach den Juli-Wahlen 1932 ein ganzes Paket von radikalen Verstaatlichungsanträgen einbrachte, an deren Realisierung sie von vornherein nicht glaubte[7]), erhielt sie sofort die propagandistische Schützenhilfe des Verbandes, der nun im Gegensatz zu seiner früheren Zurückhaltung in wirtschaftspolitischen Fragen unverhüllt den „Umbau der Volkswirtschaft im sozialistischen Sinne" forderte und drohend verkündete: „Wir alle werden uns die zu merken haben, die

[1]) Allgemeines Rundschreiben Nr. 10/32 v. 14. Oktober 1932 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein.

[2]) IRZ v. 11. Februar 1933. Vgl. auch R. v. 8. Oktober 1932, R. v. 21. Januar 1933, R. v. 7. Januar 1933, R. v. 28. Januar 1933.

[3]) R. v. 25. Februar 1933.

[4]) Vgl. auch Matthias, Ende der Parteien, S. 146 ff.

[5]) Schreiben Meißners an Otto Braun v. 23. Dezember 1932.

[6]) Vgl. dazu das Schreiben Otto Brauns an Höltermann v. 31. Dezember 1932 und das sich zu Brauns Thesen in jeder Weise zustimmend äußernde Antwortschreiben Höltermanns v. 3. Januar 1933.

[7]) Ziel war, die Nationalsozialisten zum „Farbebekennen" zu zwingen. Vgl. dazu Stampfer, Vierzehn Jahre, S. 639 f.

dem elementaren Drang zum Umbau der Wirtschaftsordnung sich hemmend in den Weg stellen[1])."

Das „Ende des Kapitalismus" und eine Neustrukturierung der Wirtschaft wurde gewiß nicht nur von marxistischer Seite propagiert. Die „antikapitalistische Sehnsucht von Millionen von Volksgenossen", an die diese Agitation anknüpfte[2]), war unbezweifelbar eine politisch-psychologische Realität weit über das sozialistische Lager hinaus. Man könnte deshalb geneigt sein, von einem „National-Sozialismus" des Reichsbanners zu sprechen, der beide Glieder der Kopula in gleicher Weise ernst nahm. Bei näherem Zusehen zeigt sich indes, daß das Etikett nicht ausreicht, um die politische Haltung des Verbandes zu charakterisieren. Zugleich mit sozialistischen Wirtschaftsvorstellungen wurden auch klassenkämpferisch-internationale Traditionen beschworen. Derselbe Gauvorstand, der in seinen Rundschreiben eine betont nationale Sprache pflegte, bot zur gleichen Zeit seinen Ortsvereinen Schallplatten mit der „Internationale" und Liedern wie „Brüder, zur Sonne . . ." an[3]). Die Agitation des Verbandes trug also nach wie vor auf zwei Schultern.

Der nach zwei Seiten gleichzeitig zielenden Propaganda entsprach im Bereich der politischen Praxis das Suchen nach Bundesgenossen auf der Linken wie auf der Rechten. Das Bemühen um eine „proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus" ist beim Reichsbanner allerdings mehr an der Basis spürbar. Die Verbandsführung attackierte noch 1932 und 1933 die „Kozis" als „Helfershelfer" der „Nazis"[4]). Auf der letzten Bundesgeneralversammlung präzisierte Höltermann in aller Schärfe die Einstellung gegenüber den Kommunisten: „Faschismus und Bolschewismus sind nahe verwandt. Sie entspringen der gleichen Idee. Es gibt im Faschismus ebensowenig Freiheit wie im Bolschewismus. Um dieser inneren Freiheit willen sind wir Gegner des Bolschewismus und Faschismus[5])."

Die kompromißlose ideologische Abgrenzung nach links schloß indes auch für das Reichsbanner die Möglichkeit eines taktischen Zusammenspiels mit den Kommunisten gegen den Nationalsozialismus nicht aus[6]). Die Verhandlungen zwischen KPD und SPD, die auf sozialdemokratischer Seite namentlich von

[1]) IRZ v. 3. September 1932.

[2]) IRZ v. 3. September 1932.

[3]) Vgl. das Rundschreiben Nr. 10/32 v. 14. Oktober 1932 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein.

[4]) Vgl. die Rede Höltermanns auf der Bremer Führerkonferenz, R. v. 19. November 1932. Ähnlich: R. v. 7. Januar 1933 und Arbeitsbericht BGV 1933, S. 13.

[5]) R. v. 25. Februar 1933.

[6]) Radikal abgelehnt wurde eine solche Zusammenarbeit allerdings von Mayr. Vgl. dazu ein undatiertes (Oktober oder November 1931) Schreiben Mayrs an Koerber (im Besitz von Baron v. Koerber), in dem er sich scharf gegen Bemühungen Breitscheids wendet, der „im besten Zuge" sei, die „SPD kaputtzumachen". Daß man generell im Reichsbanner skeptisch war, verrät Mayrs Versicherung, auf die Entscheidungen des Verbandes werde diese Politik keinerlei Einfluß haben.

Breitscheid und Stampfer betrieben wurden[1]), hat Höltermann allerdings, wenn man seinen späteren Angaben Glauben schenken darf, von vornherein skeptisch beurteilt, da es beiden Seiten nicht um „Politik", sondern um „Weltanschauung" gegangen sei[2]). Die politische Lösung, die der Reichsbannerführer mit der Begründung, es komme auf einen „Zustrom zur Opposition", nicht auf eine „Zählung von Anhängern für die marxistische Weltanschauung" an, nach dem 30. Januar vorgeschlagen haben will[3]), sah vor, den belasteten Namen „SPD" aus dem Verkehr zu ziehen und ihn durch „Eiserne Front" zu ersetzen, die ohne ideologische Ambitionen als antifaschistischer Abwehrblock in Erscheinung treten sollte. Von dieser Maßnahme, die er als „bewußtes Zerbrechen der weltanschaulichen Fesseln zugunsten politischer Sammlung" interpretierte[4]), versprach er sich nicht nur Verwirrung beim Gegner, sondern zugleich große Erfolge bei den Massen der kommunistischen und christlichen Arbeiter.

„Politik" und keine „Weltanschauung": diese Formel, mit der Höltermann gern kokettierte, stand als Motto auch über den Bemühungen um Bundesgenossen aus dem nichtmarxistischen Lager. Die „Volksfront" der christlichen Gewerkschaften und die katholischen „Kreuzscharen" in Oberschlesien waren von Anfang an als willkommene Verteidigungspartner begrüßt worden. Auch der „Bayernwacht" widmete man schon vor dem 20. Juli 1932 freundliche Artikel[5]). Die wachsende Gefahr des Nationalsozialismus ließ dann die beiden einst gegnerischen Verbände immer näher zusammenrücken. Im März 1933 konnte deshalb Fritz Schäffer erklären, daß ein von der Reichsregierung eingesetzter Reichskommissar schon an der Grenze von den bayrischen Wehrverbänden Bayernwacht, Reichsbanner und Stahlhelm gemeinsam verhaftet werden würde[6]).

Mit der Einbeziehung des Stahlhelms ging Schäffer allerdings um einige Grade zu weit[7]). Als potentieller Widerstandspartner kamen beim Stahlhelm im Grunde nur die Gesinnungsfreunde Duesterbergs in Betracht, die in scharfer Opposition zum Kurs Seldtes standen. Der einst „starke Mann" im „Bunde der Frontsoldaten" hatte sich schon im Herbst 1932 mit Höltermann im Berliner Reichs-

[1]) Vgl. zu diesen Fragen Matthias, Ende der Parteien, S. 155 ff.

[2]) Vgl. dazu eine während seines Londoner Exils verfaßte kleine Studie Höltermanns: „Hitler nach dem 30. Januar 1933". Nachlaß Höltermann.

[3]) Vgl. die erwähnte Studie „Hitler nach dem 30. Januar 1933". Fraglich ist, ob Höltermann die in dieser Schrift geäußerten Ideen tatsächlich schon sofort nach dem 30. Januar vertreten hat.

[4]) Höltermann, ebd.

[5]) Vgl. R. v. 16. Juli 1932. Auf die Kontakte zum bayrischen Reichsbanner weisen auch Fritz Schäffer und Ritter von Lex hin (briefliche Auskünfte).

[6]) Vgl. St. v. 5. März 1933.

[7]) Vgl. St. v. 5. März 1933. Ebd. wird auf ein Dementi des bayrischen Stahlhelmführers Ritter von Lenz verwiesen, der allerdings gleichzeitig die bestimmte Erwartung ausspricht, daß die Reichsregierung niemals in ungesetzlicher Weise einen Reichskommissar einsetzen werde.

bannerbüro zu Sondierungsgesprächen getroffen[1]). Es war wohl mit auf diese Kontakte zurückzuführen, daß Duesterberg am 8. Februar 1933 in seiner weithin beachteten Rede vor dem Stahlhelm-Landesverband Groß-Berlin, in der er scharf gegen die unsachgemäße Besetzung hoher Staatsämter polemisierte, all jener Frontsoldaten ehrend gedachte, die sich politisch zu den Linksparteien oder zum Zentrum bekannten[2]).

Ein wesentliches Gliedstück in der von Duesterberg bis Höltermann reichenden Anti-Hitler-Koalition stellte der Jungdeutsche Orden dar, der sich unter seinem Hochmeister Mahraun um die Errichtung einer „bündischen Widerstandsfront" gegen den Nationalsozialismus bemühte[3]). Einbezogen waren Kreise um den Major a. D. Buchrucker und die „Schwarze Front" Otto Straßers[4]), der gleichfalls den Versuch unternahm, nationale Gruppen, Bünde der freien Jugendbewegung mit demokratischen und sozialistischen Kreisen zusammenzubringen und auf einer Leuchtenburg-Tagung im Herbst 1932 mit einem Revolutionskabinett aufwartete, das aus Höltermann, Severing, Scheringer und Gregor Straßer bestehen sollte[5]).

Die Kontakte zwischen diesen Gruppen sind indes über mehr oder minder unverbindliche Sondierungen nie hinausgelangt. Für die politische Praxis hat die zusammengewürfelte Koalition so gut wie nichts bedeutet. Verschiedene Partner galten dem Reichsbanner, so vorurteilslos es sich auch zu geben suchte, von vornherein als „unseriös", und es hat sich deshalb nur zögernd mit ihnen eingelassen. Ein Mann wie Buchrucker, der später in geheimen Widerstandszirkeln, die Jungdeutsche, Straßer-Anhänger und Sozialdemokraten vereinten, den sofortigen Sturz Hitlers verlangte, weil dieser mit seiner „Friedensrede" vor dem Geist von Versailles kapituliert habe[6]), stand den Idealen des Verbandes so fern, daß es in der Tat schwer fiel, sich mit ihm auf einer gemeinsamen Plattform zu treffen. Das Beispiel zeigt zur Genüge, aus welch heterogenen Bestandteilen die Widerstandsfront zusammengesetzt war. Im Grunde wurde sie nur durch das „Gegen Hitler" beisammengehalten.

Das Bemühen um Querverbindungen zu Gruppen, die politisch-ideologisch auf völlig anderem Boden standen, war nicht erst eine Reaktion auf den 30. Januar; aber es liegt auf der Hand, daß Hitlers „Machtergreifung" solchen Bestrebungen neuen Auftrieb gab und letzte Bedenken hinwegräumte. Noch im Januar hatte sich das Reichsbanner nach außen hin sehr optimistisch gegeben und immer

[1]) So Dr. Nowack (mündliche Auskünfte). Vgl. auch Osterroth, Memoiren.

[2]) Vgl. St. v. 12. Februar 1933, der sich bemüht, den Eindruck dieser Rede abzuschwächen.

[3]) Vgl. Mahraun, Politische Reformation, S. 89. Vgl. Hornung, Jungdeutscher Orden, S. 125, S. 140. Auf die Kontakte zum Jungdo weist auch Dr. Nowack hin (mündliche Auskünfte).

[4]) Straßer wie Buchrucker erschienen 1933 in Magdeburg, um die Wehrsportschule des Reichsbanners zu besichtigen. Vgl. Osterroth, Memoiren.

[5]) Vgl. Wolfgang Abendroth, Die Schwarze Front, VZG 8 (1960), S. 181—188.

[6]) So Osterroth, Memoiren.

wieder betont: „Die Zeit arbeitet für uns, und sie arbeitet gegen Hitler[1])." Auf gleicher Ebene lag es, wenn man die Unterredung zwischen Papen und Hitler als Indiz für die „panikartige Unsicherheit" im Lager der Nationalsozialisten nahm[2]).

Zweifellos spiegelt sich in den Kommentaren nicht immer die wahre Stimmung im Verbande wider. Die Besprechung zwischen Papen und Hitler hatte im Gegenteil stärkste Nervosität hervorgerufen, und mancher verantwortliche Führer trug sich bereits damals mit bösen Vorahnungen[3]). Es war jedoch keineswegs bloße Taktik, wenn die Propaganda Hitler als „Strohmann" der „Reichswehr", des „Kapitals" und seiner „eigenen Führungscliquen" abzuwerten suchte[4]). Hitlers persönlicher Kurswert war in der Tat gering. An der Fehleinschätzung seiner Person änderten zunächst selbst die Ereignisse des 30. Januar nichts.

In der als „Kabinett der konzentrierten Katastrophenfront"[5]) begrüßten neuen Regierung galt nicht Hitler als der „starke Mann". „Den Nationalsozialisten das Theater, den Lärm, den amtlich organisierten Radau, den Hugenberg und Papen aber die entscheidenden Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik": auf diese Formel glaubte Dr. Haubach, der sich durch den Fackelzug der SA an eine „Wagneroper" erinnert fühlte, in seinem Leitartikel die politische Quintessenz des 30. Januar bringen zu können[6]). Sein Kommentar unterschied sich kaum von den Lagebeurteilungen anderer politischer Gruppen, die gleichfalls in Hugenberg den eigentlichen „Lokomotivführer" sahen[7]). Den Brutalitätspreis erkannte man zwar uneingeschränkt Hitler und seiner „braunen Mordpest" zu[8]), aber die Nationalsozialisten durften andererseits fast mit milderer Beurteilung rechnen, da man ihnen, gemessen an ihren Partnern, wenigstens einen Hauch von sozialem Engagement zubilligte[9]).

Trotz der Fehleinschätzung Hitlers war man sich in den Reihen der Eisernen Front sofort darüber klar, daß das neue Kabinett die bisher gefährlichste Koalition gegen den Bestand des Weimarer Staates darstellte. Es bedurfte keiner Verlautbarungen, um den Massen der Linken den Ernst der Stunde aufzuzeigen. Hitlers Berufung zum Reichskanzler löste bei ihnen sofort eine

[1]) IRZ v. 14. Januar 1933.

[2]) Vgl. IRZ v. 21. Januar 1933.

[3]) Das betont mit Nachdruck Osterroth, Memoiren.

[4]) IRZ v. 21. Januar 1933. Ähnlich: IRZ v. 28. Januar 1933.

[5]) IRZ v. 11. Februar 1933.

[6]) R. v. 11. Februar 1933.

[7]) Vgl. Das Junge Zentrum 10 (1933), H. 2, S. 10. Der Artikel steht unter dem bezeichnenden Motto: „Hugenberg regiert, Volk hab' acht!" Ähnlich die Beurteilung im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften 33 (1933), S. 38.

[8]) Vgl. IRZ v. 11. Februar 1933.

[9]) Das spiegelt sich indirekt in dem erwähnten Artikel, IRZ v. 11. Februar 1933.

„echte, allgemeine und spontane politische Erregung" aus, die sich deutlich von „künstlich aufgeputschten Stimmungen" unterschied, wie man sie bei früherer Gelegenheit erlebt hatte[1]). Noch am gleichen Tage kam es in zahlreichen Städten zu „turbulenten Protestkundgebungen" und Massendemonstrationen der Arbeiterschaft, bei denen sich nicht selten eine „Annäherung der beiden marxistischen Parteien" bemerkbar machte[2]).

Die erregte Stimmung spiegelt sich indirekt auch in den beschwichtigenden Aufrufen der Spitzengremien der Eisernen Front, die am 31. Januar mit dem Parteiausschuß, dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion der SPD zu gemeinsamer Beratung zusammentraten[3]). Alle Verlautbarungen mahnten zur Ruhe und Besonnenheit und warnten eindringlich vor „ungestümen und voreiligen Aktionen"[4]). Mit der Parole „Bereit sein ist alles", unter der Breitscheids Rede vor dem Parteiausschuß am 31. Januar als Broschüre veröffentlicht wurde, schufen sie jedoch gleichzeitig ein Ventil für die allgemeine Erregung. Denn Breitscheids Rede und Äußerungen mancher Spitzenfunktionäre konnten in der Tat als Proklamation des Widerstandswillens verstanden werden[5]). Viele regionale Parteiführer fuhren offensichtlich mit dem Eindruck nach Haus, daß die Führung zum Kampf entschlossen sei und nur auf den geeigneten Zeitpunkt warte, um das Zeichen zu einer allgemeinen Widerstandsaktion zu geben.

Damit schätzten sie zunächst die Einstellung der Kreise um Höltermann richtig ein. In der Konferenz am 31. Januar hat allerdings auch die Reichsbannerleitung nicht für gewaltsamen Widerstand plädiert. Für die bewußt „staatstreu" erzogene Organisation war es politisch-psychologisch so gut wie unmöglich, gegen eine „legal" eingesetzte Regierung zu Felde zu ziehen, solange diese sich nicht zu ungesetzlichen Maßnahmen oder zu einem eindeutigen Verfassungsbruch hinreißen ließ[6]). Alle offiziellen Verlautbarungen des Verbandes verrieten deutlich, daß man gewillt war, unbedingt am Legalitätsstandpunkt festzuhalten, wenngleich man sich der Relativität des Begriffes „legal" nicht selten durchaus bewußt war. Für die Wahlen am 5. März wurde deshalb schon im voraus die

[1]) So in dem Bericht des Landeskriminalpolizeiamtes Stuttgart: „Zur Lage", W. 2 v. 4. Februar 1933. StAL, F 193, Nr. 343.

[2]) Vgl. ebd. Vgl. auch Matthias, Ende der Parteien, S. 151.

[3]) Vgl. Vorwärts v. 31. Januar 1933 (Abendausgabe).

[4]) So Breitscheid in seiner Rede vor dem Parteiausschuß der SPD am 31. Januar 1933. Als Broschüre veröffentlicht unter dem Titel: „Bereit sein ist alles!", Berlin o. J. Ähnliche Wendungen in dem Aufruf der SPD und dem der Gewerkschaften, ebd., S. 14, 15. Vgl. auch R. v. 4. Februar 1933, IRZ v. 11. Februar 1933.

[5]) Otto Wels soll erklärt haben: „Wir haben die ganze Nacht getagt mit den Genossen vom Reichsbanner und der Eisernen Front, es ist alles vorbereitet zum Handeln." Von Graßmann wird berichtet: „Wir haben alles vorbereitet und sind nicht gewillt, die Errungenschaften eines halben Jahrhunderts preiszugeben." Vgl. Buchwitz, 50 Jahre, S. 136. Weitere Beispiele bei Matthias, Ende der Parteien, S. 152.

[6]) So mit Nachdruck neben anderen ehemaligen Reichsbannerführern Ernst Lemmer (mündliche Auskünfte).

Parole ausgegeben: „Wenn diese Regierung eine Mehrheit bekommt, hat das Volk nach demokratischen Gesichtspunkten entschieden[1])."

Man würde der Haltung der Reichsbannerführung jedoch nicht gerecht, wollte man ihr Festhalten an der „Legalität" als verschleierten Rückzug und Nachlassen der Widerstandsbereitschaft interpretieren. Es war nicht einfach eine hohle Geste, wenn die Verbandspresse den Massen einhämmerte, daß nunmehr die „Stunde des Reichsbanners" gekommen sei[2]), und mit drohendem Unterton verkündete: „Wir treten an und sind bereit — den ersten Schlag zu führen, ist dem neuen Kabinett vorbehalten — das weitere, verlaßt euch drauf, wird sich finden[3])." Diesen „ersten Schlag", den Augenblick, in dem das Kabinett Hitler–Papen den Boden der Verfassung und Gesetzlichkeit verließ und sich damit vor aller Öffentlichkeit ins Unrecht setzte, wollte man abwarten. Dafür suchte man sich vorzubereiten.

Noch im Februar wurden umfassende Vorkehrungen getroffen, um für die Stunde der Entscheidung gerüstet zu sein. Die Wehrsportausbildung lief mit unverminderter Intensität weiter. Die Gauvorstände ordneten ständige Alarmbereitschaft und Gegnerbeobachtung an[4]). Zur gleichen Zeit unternahm die Bundesgeneralversammlung, die am 17. und 18. Februar in den Krollsälen in Berlin tagte, einen letzten Versuch, den Bund durch Straffung der Organisation für kommende Eventualitäten besser vorzubereiten. Das wichtigste Ergebnis war dabei die Einführung des Führerprinzips an der Spitze und die Annahme einer neuen, sehr knapp und allgemein gehaltenen Satzung, die der Bundesleitung ein Höchstmaß an Ermessensfreiheit gewährte. Außerdem wurden die kleinen Gaue zusammengelegt und das Reichsgebiet in zehn große Inspektionsräume unterteilt[5]).

Die Bundesgeneralversammlung am 17. und 18. Februar, auf der fast alle Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durch ihre Spitzenfunktionäre vertreten waren, wurde durch einen kämpferischen Ton bestimmt und endete mit dem feierlichen Gelöbnis, daß man in den kommenden schweren Zeiten treu und unverbrüchlich zusammenstehen werde[6]). Der Schlußakt, ein Aufmarsch der Eisernen Front im Tiergarten — eine geplante Wehrsportübung des Gaues Berlin war verboten worden —, vereinte noch einmal gewaltige Massen zu einer imposanten Widerstandskundgebung.

---

[1]) R. v. 25. Februar 1933.

[2]) R. v. 4. Februar 1933. Ähnlich: IRZ v. 11. Februar 1933.

[3]) R. v. 4. Februar 1933.

[4]) Vgl. das Rundschreiben Nr. 3/33 des Gauvorstandes Schleswig-Holstein v. 15. Februar 1933 mit der kategorischen Forderung: „Jetzt müssen unsere Kolonnen zum vollen Einsatz bereit sein." Ähnlich das Rundschreiben Nr. 4/33 v. 28. Februar 1933.

[5]) Vgl. den Bericht über die BGV, R. v. 25. Februar 1933.

[6]) Reden von Wels, Höltermann, Lemmer, abgedr. R. v. 25. Februar 1933. Vgl. auch den Stimmungsbericht bei Osterroth, Memoiren.

Die Frage ist jedoch, ob das kämpferische Pathos, das viele Reden durchzog, noch echt war und die wahre Stimmung der Versammlung widerspiegelte. Als Antwort gibt es weder ein klares Ja noch ein klares Nein. Selbst Optimisten rechneten mit einer Phase der Reaktion und Unterdrückung. Der Bundesvorstand hatte bereits kurz nach dem 30. Januar Mitgliederlisten verbrennen und wichtige Materialien beiseite schaffen lassen, weil er Repressivmaßnahmen der neuen Regierung erwartete[1]). Auch den Wahlen sah man mit großer Skepsis entgegen und kalkulierte von vornherein ein, daß das neue Kabinett eine Mehrheit erhalten würde. Bemerkungen wie „Auch das geht vorüber"[2]), „Nach Hitler kommen wir"[3]) verraten jedoch, daß man dem Regime Hitler–Papen keine Dauer zubilligte und darauf hoffte, daß man trotz zeitweiliger Unterdrückung die Organisation „Gewehr bei Fuß" beisammenhalten könne. Die Bundesgeneralversammlung ging deshalb nicht ohne leisen Optimismus auseinander. „Deutschland ist doch nicht Italien", „Wir sind mit einem Bismarck fertig geworden, da sollte es uns mit einem Hitler wohl auch gelingen": in solchen Aussprüchen spiegelt sich die Stimmung zahlreicher Delegierter, die zwar mit „reaktionären Zuständen", jedoch nicht mit einem „hundertprozentigen Faschismus" rechneten[4]).

Die Erwartungen des Kreises um Höltermann, der nach wie vor an die Möglichkeit eines Widerstandes und an eine bald bevorstehende Stunde der Entscheidung glaubte, wurden jedoch nicht mehr von der gesamten Bundesführung geteilt. Walter Röber erklärt offen und unverblümt, daß er, und mit ihm zahlreiche Bundesvorstandsmitglieder, sich auf der Bundesgeneralversammlung ob der großen Reden und pathetischen Appelle ein wenig „lächerlich" vorgekommen sei, da man im Gegensatz zu dem „politischen Phantasten" Höltermann, der immer noch von illusionistischen Hoffnungen erfüllt gewesen sei, das Spiel bereits verloren gegeben habe[5]).

Was für die Spitze gilt, dürfte in ähnlicher Weise für das mittlere und untere Funktionärskorps und die Verbandsangehörigen „draußen im Lande" zutreffen. Es gab Gauführer, die täglich auf einen „Einsatzbefehl" warteten und erst nach dem Reichstagsbrand ihre Hoffnungen begruben[6]). Bei den Kerntruppen war nach wie vor ein beachtliches Kapital an Vertrauen und Widerstandsbereitschaft

---

[1]) So Osterroth, Memoiren.

[2]) R. v. 25. Februar 1933.

[3]) Höltermann auf der letzten BGV; vgl. R. v. 25. Februar 1933.

[4]) So Osterroth, Memoiren.

[5]) Röber (mündliche Auskünfte).

[6]) Das betont u. a. Steiner, der ehemalige Gausekretär von Breslau-Mittelschlesien (briefliche Auskünfte). Osterroth betont, daß noch kurz vor und kurz nach dem 5. März Gauführer nach Magdeburg gekommen seien, um Befehle und Anweisungen entgegenzunehmen; Memoiren.

vorhanden. Die aktiven Kader hielten zusammen und lieferten den Nationalsozialisten bis in den März hinein teilweise erbitterte Kämpfe[1]).

Auf der anderen Seite machten sich jedoch schon im Februar Zersetzungs- und Auflösungserscheinungen bemerkbar. Mancher hielt sich vorsichtig zurück und war bemüht, die gefährliche Organisationshaut abzustreifen[2]). Der nationalsozialistische Terror, der sich in Preußen auch zunehmend staatlicher Machtmittel bediente, blieb auf die Dauer nicht ohne Wirkung[3]) und ließ selbst die treuesten Anhänger allmählich am Sinn und möglichen Erfolg aller Anstrengungen zweifeln. Mancher hielt wohl nur aus, weil ihm „Fahnenflucht" in dieser Stunde schimpflich erschien. Ein Mann wie der Breslauer Gausekretär Steiner gab das Spiel verloren, als er nach dem Reichstagsbrand in Magdeburg erleben mußte, daß auch die Bundesführung keinen Rat und keinen Ausweg mehr wußte[4]). Wer immer noch an die Möglichkeit eines offenen Widerstandes glaubte, resignierte endgültig, als mit der nationalsozialistischen Machtergreifung in Bayern am 9. März die „Gleichschaltung" des Südens besiegelt wurde.

3. *Auflösung und Emigration*

Als in der Nacht vom 5. auf den 6. März einige Reichsbannerführer beisammensaßen, schlug Höltermann plötzlich vor, man solle mit der Parole an die Öffentlichkeit treten: „Es gibt keine Parteien mehr. Das Reichsbanner ist allein Träger der republikanischen Willensbildung[5])." Zunächst begeistert begrüßt, wurde der Gedanke, kaum geboren, auch schon wieder fallengelassen. Diese kleine Episode wirft ein bezeichnendes Licht auf die Stimmung, die nach dem 5. März in dem Kreis enger Gefolgsleute um den Reichsbannerführer herrschte. Höltermann trug sich nach wie vor mit allerlei phantastischen Plänen, die jedoch zumeist die Stunde, in der sie ausgebrütet wurden, nicht überlebten.

Der Angelpunkt, um den seine Überlegungen kreisten, wurde mehr und mehr die Reichswehr. Schon auf der letzten Bundesgeneralversammlung hatte er bedeutungsvoll erklärt: „Nicht nur die Polizei ist Staatsgewalt. Auch die Wehrmacht spielt eine Rolle, und die Reichswehr trägt immer noch das feldgraue Kleid, nicht den braunen Rock[6])." Nach dem 5. März war er uneingeschränkt

[1]) Vgl. dazu auch die Darstellung bei Okraß, Hamburg bleibt rot, S. 302 ff.

[2]) So Röber (mündliche Auskünfte), der nachdrücklich betont, man habe schon damals viel Feigheit erleben müssen. Die Angst vor den Nazis und ihrem Terror sei sehr groß gewesen.

[3]) Auf die Wirkung des ungeheuren Terrors weist auch Osterroth hin, Memoiren. In der ersten Woche nach dem 17. Februar 1933 — SA und Stahlhelm wurden zur Hilfspolizei erklärt — habe es 16 Morde, in der zweiten und dritten Woche jeweils 17 Morde gegeben.

[4]) Steiner machte sich nach dem Reichstagsbrand sofort mit einem Auto nach Magdeburg auf den Weg. Dort habe er jedoch nur „Ratlosigkeit" gefunden. In diesem Augenblick sei ihm zum ersten Male der Gedanke gekommen, daß alles verloren sei (briefliche Auskunft).

[5]) So Dr. Nowack (mündliche Auskünfte). Nowack gehörte in der letzten Zeit zu dem kleinen Kreis von Gefolgsleuten um Höltermann.

[6]) R. v. 25. Februar 1933.

bereit, eine „Reichswehrdiktatur" gegenüber der „Hitlerschweinerei" als kleineres Übel zu akzeptieren[1]). Um die Wehrmacht zum Handeln zu zwingen, wurde erwogen, daß alle ehemaligen Kriegsteilnehmer sich mit ihren Familien schutzsuchend bei ihren alten Traditionskompanien melden sollten. Gleichzeitig war daran gedacht, die SA in offene Kämpfe zu verwickeln und sie, unter Ausnutzung ihrer Revolutionsmentalität, zu Terroraktionen und Ausschreitungen zu provozieren, weil man hoffte, das dadurch hervorgerufene Chaos würde zwangsläufig einer Reichswehrdiktatur den Weg bereiten[2]).

Alle diese Pläne sind jedoch über das Stadium bloßer Überlegungen niemals hinausgelangt. Tatsächlich hat Höltermann nach dem 5. März eine andere Taktik eingeschlagen, zumal auch er erkannte oder erkennen mußte, daß die politisch-psychologischen Voraussetzungen für einen offenen Widerstand und bewaffnete Auseinandersetzungen mit der SA bei seiner Truppe nicht mehr gegeben waren. Die Pläne bewegten sich allein schon deshalb im luftleeren Raum, weil das Organisationsgefüge des Verbandes bald nach dem 5. März so erschüttert wurde, daß es rein technisch einfach unmöglich war, noch zentrale Widerstandsaktionen durchzuführen.

In Magdeburg selbst verliefen die ersten Tage nach der Wahl vergleichsweise ruhig[3]). Die am Ort verbliebenen Bundesvorstandsmitglieder und Angestellten gingen weiterhin täglich ins Bundesbüro, das im Gegensatz zu den staatlichen Amtsstellen von der SA zunächst nicht besetzt wurde. Am 10. März erhielt das Reichsbanner einen Wink des deutschnationalen Polizeipräsidenten von Nordenflycht, daß die SA in ca. 10 Minuten im Bundesbüro erscheinen würde, ohne daß er in der Lage sei, die Gewaltaktion zu unterbinden. Eine Intervention beim Kommandierenden General des IV. Armeekorps, dem General Sixt von Armin, blieb ohne Erfolg. Der General erklärte, er sei zwar gern zur Hilfe bereit, könne aber ohne Befehl von oben nicht einschreiten. Die Reichsbannergeschäftsstelle richtete sich daraufhin im Katholischen Vereinshaus ein und ging dort weiter ihren Geschäften nach. Zu tun gab es allerdings kaum noch etwas, da die Verbindung zu den meisten Gauen bereits abgerissen war, zu entscheiden noch weniger; denn die verantwortlichen Männer des Verbandes hielten sich in Berlin auf.

Währenddessen lief in den außerpreußischen Ländern die große Verbotswelle an. In Thüringen wurde der Verband am 6. März, in Bayern am 10. März und in Sachsen am 12. März von den neu eingesetzten Reichskommissaren aufgelöst[4]).

---

[1]) Ein während der Emigration verfaßtes Manuskript Höltermanns „1933. März, April" trägt den Untertitel „Hitlerschweinerei oder Reichswehr-Diktatur?"; Nachlaß Höltermann.

[2]) Vgl. ebd.

[3]) Die folgenden Darlegungen stützen sich auf Osterroth, Memoiren, sowie auf mündliche Auskünfte Osterroths und briefliche Auskünfte Ilgners.

[4]) Vgl. WTB v. 6. März 1933, 1. Nachmittagsausgabe; WTB v. 11. März 1933, Mittagsausgabe; WTB v. 12. März 1933, Nachtausgabe.

Anfang April führte das Reichsbanner nur noch in Preußen und Oldenburg eine legale Existenz[1]). Dort hatten sich die Verhältnisse nach dem 5. März regional sehr verschieden entwickelt. In einzelnen Gegenden setzte fast schlagartig ein so systematischer Terror ein, daß die Organisationen auch ohne staatliches Verbot über Nacht buchstäblich auseinanderfielen. Anderen Gauen war noch eine längere oder kürzere Atempause beschieden.

In Pommern wurde das Gaubüro beispielsweise erst am 2. Mai geschlossen[2]). In Breslau dagegen kam es schon vor dem 5. März zu blutigen Ausschreitungen der SA[3]), die zu einer planmäßigen Jagd auf Funktionäre der Linken ausarteten, als der berüchtigte „Fememörder" Heines das Amt des Polizeipräsidenten übernahm. Der Reichsbannerortsvorsitzende Hans Alexander wurde sofort verhaftet und in das Konzentrationslager Dürrgoy verschleppt. Dem Gausekretär Steiner gelang es in letzter Minute unterzutauchen. Niemand dachte auch nur daran, die Organisationsarbeit in irgendeiner Weise fortzusetzen.

Als Steiner am 11. April in Berlin eintraf und von seinen Erlebnissen berichtete, stieß er bei den dortigen Reichsbannerführern auf ungläubiges Staunen[4]). Denn in der Reichshauptstadt war es bis zu diesem Zeitpunkt noch kaum zu Verhaftungen und Ausschreitungen gekommen. In Braunschweig wiederum hatte bereits am 9. März schlagartig eine Verfolgungswelle eingesetzt[5]), die politisch interessante Kombinationen auslöste. Eine Unterredung mit dem brutal gefolterten sozialdemokratischen Stadtverordneten Mathias Theisen, der wenig später an seinen erlittenen Verletzungen starb, veranlaßte den Ortsjugendleiter des Reichsbanners Hans Hedermann, nach einer „Zwischenlösung" Ausschau zu halten, um die ihm anvertrauten jungen Menschen vor dem Terror der SA zu schützen.

Am 26. März kam er mit dem örtlichen Stahlhelmführer Nowack überein, am nächsten Tage drei Hundertschaften Schufo zur Besichtigung vorzuführen. Als sich am kommenden Abend Scharen von Reichsbannermitgliedern — statt der angekündigten 180 Mann waren 500 erschienen — vor dem Gebäude der Ortskrankenkasse, dem Sitz der Stahlhelmhilfspolizei versammelten, tauchten plötzlich SA-Formationen zusammen mit einer Abteilung Schutzpolizei auf und verhafteten, verbunden mit Prügelszenen und Mißhandlungen, die Aufnahmesuchenden des Reichsbanners und die anwesenden Stahlhelmer. Noch in der gleichen Nacht erfolgte mit der Begründung, der Stahlhelm habe einen Putsch vorbereiten wollen, das Verbot des Bundes für das Land Braunschweig und die

[1]) Vgl. dazu ein Rundschreiben des Gauvorstandes Schleswig-Holstein v. 12. April 1933.

[2]) Briefliche Auskunft des ehemaligen Pommerschen Gausekretärs Michael.

[3]) Die folgenden Ausführungen stützen sich auf sehr detaillierte briefliche Auskünfte des ehemaligen Gausekretärs Steiner.

[4]) So Steiner (briefliche Auskünfte).

[5]) Vgl. die Broschüre: 1865—1955. 90 Jahre SPD Braunschweig. Hrsg. vom SPD-Bezirks- und Stadtkreis Braunschweig, Braunschweig 1955, S. 42.

Inhaftnahme aller erreichbaren Stahlhelmführer[1]). Der Braunschweiger Vorfall wirft ein bezeichnendes Licht nicht nur auf das Verhältnis von Stahlhelm und SA, sondern zugleich auf das von Stahlhelm und Reichsbanner. Der Bund der Frontsoldaten konnte in den Monaten März und April einen „Massenandrang"[2]) verzeichnen, wie er ihn seit den Tagen seiner Gründung nicht mehr erlebt hatte. Das „wertvolle Material"[3]), das in seine Reihen strömte, rekrutierte sich zweifellos zu einem Großteil aus Kreisen des Bürgertums — Beamte, Männer der Wirtschaft —, die sich den neuen Verhältnissen „anpassen" wollten, ohne bereit zu sein, sich einer nationalsozialistischen Organisation anzuschließen. Bei einem nicht geringen Prozentsatz handelte es sich jedoch offensichtlich — in der Sprache des Stahlhelms — um „Männer aus bisher marxistischem Lager, die, aus Irrtum erwacht, zu dem Bekenntnis ihres deutschen Blutes" zurückfanden[4]).

Der Stahlhelm hat diesen „verirrten Volksgenossen"[5]) seine Tore weit geöffnet. Vorfälle wie die von Braunschweig mahnten zwar zur Vorsicht, um das Verhältnis zur SA nicht noch mehr zu belasten. Es wurden deshalb strenge Bestimmungen erlassen, die einen korporativen Beitritt ehemaliger Reichsbannerangehöriger untersagten und die Aufnahme früherer „Marxisten" von der Stellung zweier Bürgen abhängig machten[6]). Man verwahrte sich jedoch gleichzeitig energisch gegen Anmaßungen der Nationalsozialisten, einen in die SA eintretenden „Linksmann" als „bekehrten Volksgenossen" zu feiern und jeden zum Stahlhelm stoßenden Reichsbannermann als „konterrevolutionären Provokateur" zu diffamieren, und erklärte unmißverständlich, daß man keinesfalls daran denke, auf diese „Machtvergrößerung" zu verzichten[7]).

Tatsächlich haben sich zahlreiche Stahlhelmortsvereine intensiv um Reichsbannerangehörige bemüht[8]). Spektakuläre Massenübertritte wie in Braunschweig haben sich zwar nicht wiederholt. Aus verschiedenen Rundschreiben einiger Reichsbannergauleitungen geht jedoch hervor, daß bei zahlreichen Verbandsangehörigen offensichtlich eine starke Neigung bestand, sich dem Stahlhelm anzuschließen[9]). Das Suchen nach Schutz vor Verfolgung, den man bei einer an-

[1]) Vgl. zu diesen Vorgängen außer der erwähnten Broschüre: „Die Braunschweiger Vorgänge. Ein Tatsachenbericht zum Steuer der Wahrheit", St. v. 16. April 1933. Vgl. St. v. 2. April 1933. Vgl. Braunschweigische Landeszeitung v. 28. März 1933.

[2]) So St. v. 9. April 1933. Ähnlich: St. v. 2. April 1933.

[3]) St. v. 9. April 1933.

[4]) St. v. 9. April 1933.

[5]) St. v. 9. April 1933.

[6]) Vgl. St. v. 2. April 1933; St. v. 9. April 1933. Ehemalige „Marxisten" wurden zunächst in sog. „Aufnahmeformationen" erfaßt.

[7]) Vgl. St. v. 9. April 1933.

[8]) So Osterroth, Memoiren. Das geht auch eindeutig aus den Artikeln in der Stahlhelm-Zeitung hervor.

[9]) Sowohl der Gauvorstand Schleswig-Holstein wie der Gauvorstand Berlin-Brandenburg halten es für nötig, ausdrücklich vor einem Übertritt zum Stahlhelm abzuraten. Vgl. dazu das Rund-

erkannt „nationalen" Organisation zu finden hoffte, war in der Regel wohl das entscheidende Motiv, das diese Bewegung auslöste — der Fall Braunschweig bietet ein instruktives Beispiel. Der Übertritt konnte aber auch ein bewußt politischer Akt sein, hinter dem das Bestreben stand, das Gewicht der antinationalsozialistischen Kräfte im Stahlhelm zu verstärken[1]). Daß es solche Intentionen gab, verrät indirekt auch die Erklärung des Stahlhelms, ehemalige Reichsbannermitglieder möchten sich bei ihren Führern, „die den plumpen Versuch zur Zellenbildung in den nationalen Kampfverbänden gemacht" hätten, dafür bedanken, daß sie zunächst mit „berechtigtem Mißtrauen" angesehen würden[2]).

Der Gauvorstand Berlin-Brandenburg riet mit der Begründung, man schade nur dem Ansehen der eigenen Kameraden und bringe überdies den Stahlhelm in Schwierigkeiten[3]), dringend von solchen Übertritten ab. Die Mahnung läßt schon erkennen, daß einige Gaue in Preußen noch im April und teilweise bis in den Mai hinein versuchten, den Organisationsbetrieb notdürftig aufrechtzuerhalten. In Magdeburg unterblieb die Selbstauflösung zunächst auf den ausdrücklichen Wunsch Höltermanns, der nach wie vor hoffte, gute Beziehungen zur Reichswehr und das Interesse der Deutschnationalen würden es ermöglichen, das Reichsbanner als Frontsoldatenbund weiterzuführen[4]).

Ähnliche Pläne bewegten den Magdeburger Gauvorsitzenden Paul Ellermann, der nach der Anfang April erfolgten Selbstauflösung des Gaues begann, aus den zuverlässigsten Leuten eine neue Organisation aufzubauen, die sog. „Nationale Junge Garde", die sich ein bewußt unpolitisches Gepräge gab und verkündete, sie wolle die Heimatliebe und die Frontsoldatenerinnerungen pflegen, die Interessen

---

schreiben des Gauvorstandes Schleswig-Holstein v. 12. April 1933 sowie ein (undatiertes) Rundschreiben des Gauvorstandes Berlin-Brandenburg: „An unsere Kameraden im Gau Berlin-Brandenburg." Das Rundschreiben ist abgedr. in: Nachrichtendienst. Informationen über politische Bestrebungen, Einrichtungen und Persönlichkeiten auf Grund authentischen Materials aus In- und Ausland. Das vorliegende Exemplar des Nachrichtendienstes bringt unter der Überschrift „Mai 1933. Reichsbanner" nur das Rundschreiben des Gauvorstandes. Völlig unklar bleibt, welche Kreise hinter diesem Nachrichtendienst stehen. Möglich ist, daß er von sozialdemokratischer Seite herausgegeben wurde, da die SPD nach dem Verbot ihrer Parteizeitungen verschiedene unpolitische Zeitschriften herausbrachte. Das Rundschreiben des Gauvorstandes ist unbezweifelbar echt. Es befindet sich im Besitz des Bundesarchivs (nicht eingeordnet).

[1]) So Osterroth, Memoiren. Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein bei Matthias, Ende der Parteien, S. 250, Dok. 32, abgedr. Schreiben des Stützpunktleiters der NSDAP in Hilwartshausen (Kreis Einbeck) an die Gauleitung der NSDAP v. 22. Mai 1933. Der Stützpunktleiter berichtet, daß in seinem Ort sofort nach der Auflösung des Reichsbanners eine Stahlhelmgruppe gegründet worden sei, deren Führung der alte Reichsbannerführer übernommen habe. Die neue Stahlhelmgruppe verfolgte offensichtlich das Ziel, alle der nationalsozialistischen Bewegung feindlich gegenüberstehenden Einwohner zu sammeln, um wieder politischen Einfluß zu gewinnen.

[2]) St. v. 2. April 1933.

[3]) Vgl. das S. 464 Anm. 9 erwähnte Rundschreiben.

[4]) So Osterroth, Memoiren.

der Kriegsteilnehmer wahren und den Versailler Vertrag bekämpfen[1]). Die „Nationale Junge Garde" war nicht als illegale Widerstandsvereinigung konzipiert. Es handelte sich einfach um den Versuch, Zeit zu gewinnen und die Kader des Reichsbanners unter legalem Vorzeichen beisammenzuhalten.

Das Magdeburger Experiment, das nie aus den Kinderschuhen herauskam, hat in anderen Gauen keine Nachahmung gefunden. Dort versuchte man jedoch gleichfalls, allerdings ohne Namensänderung, die Organisation über die Zeit zu retten, immer noch von der Hoffnung beseelt, daß Hitler nur eine Episode bleiben würde. Der Gauvorstand Schleswig-Holstein wandte sich am 24. März wieder an seine Funktionäre und forderte sie auf, ihre Tätigkeit neu aufzunehmen, da eine „Weiterführung der Organisationsarbeit" nach wie vor „im wohlverstandenen Interesse des ganzen deutschen Volkes" liege[2]). Das Schreiben schloß mit den Worten: „Unser Ziel bleibt: Freiheit nach außen, Freiheit nach innen! Die Tausende deutscher Frontkämpfer in unseren Reihen haben bewiesen, daß sie in schweren Stunden zur Nation stehen. Erfüllen wir auch jetzt unter den veränderten politischen Verhältnissen unsere Pflicht[3])."

Auf den gleichen Ton war noch ein Rundschreiben vom 12. April gestimmt, obwohl der Kontakt zum Bundesvorstand bereits abgerissen war. Wie schon vorher warnte man vor „illegaler Tätigkeit" und vor sonstigen „unüberlegten Handlungen, Auflösungen oder Übertritten zum Stahlhelm"[4]). Das deutsche Volk habe in seiner großen Mehrheit der neuen Regierung das Vertrauen ausgesprochen, und es sei sinnlos, vor „diesen Tatsachen den Kopf in den Sand zu stecken". Gerade jetzt gelte es aber, „unter allen Umständen treu zum Reichsbanner zu stehen". Versammlungen, Übungsabende und Beitragskassierung seien deshalb unbedingt wieder aufzunehmen.

Einen Monat später mußte auch der Gauvorstand Schleswig-Holstein resignieren. Am 15. Mai teilte er seinen Funktionären mit, daß alle Einrichtungen beschlagnahmt seien und daß er sich deshalb gezwungen sehe, die Arbeit einzustellen[5]). Die allerletzte Stunde war für den Verband in Schleswig-Holstein allerdings noch nicht gekommen. Sofort nach dem 5. März hatte das Reichsbanner seine eigenen FAD-Lager aufgegeben und sie dem angeblich völlig unpolitischen „Verein für Jugend- und Erholungsheime" unterstellt[6]). Hinter dieser großartigen Bezeichnung stand nichts anderes als ein Stempel in der Hand

[1]) So Ilgner, der zunächst mit Ellermann zusammenarbeitete. Über Ellermanns Bemühungen berichtet auch Osterroth, Memoiren.

[2]) Rundschreiben v. 24. März 1933.

[3]) Ebd.

[4]) Rundschreiben v. 12. April 1933, auch für das Folgende.

[5]) Vgl. das Rundschreiben v. 15. Mai 1933. Das Schreiben schließt mit der bezeichnenden Wendung: „Nichts für uns — alles für Deutschland." „Freiheit!"

[6]) Vgl. das Rundschreiben v. 24. März 1933. Die folgenden Angaben verdanke ich Eugen Lechner (briefliche Auskünfte).

des stellvertretenden Gaujugendführers Eugen Lechner, der kurzentschlossen die Umbenennung vorgenommen hatte, um die Projekte zu retten und die jungen Verbandsangehörigen beisammenzuhalten. Das alles geschah mit stillschweigender Billigung des nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Böhmcker, der an einer Fortsetzung der in Angriff genommenen Straßenbauarbeiten interessiert war und deshalb Lechner ziemlich frei schalten und walten ließ. Die Lagerleitungen trugen zwar den inzwischen eingetretenen politischen Verhältnissen in ihrem Auftreten Rechnung, aber es gelang doch, innerhalb einer völlig veränderten politischen Umwelt — das Reichsbanner war mittlerweile auch in Preußen und Oldenburg aufgelöst worden — eine „republikanische Oase" zu bewahren. Als die Lager im September 1933 aufgehoben wurden, trat die wohl letzte geschlossene Reichsbannergruppe von der Bühne ab.

Die Fortführung der FAD-Lager bis zum September 1933 stellt einen Sonderfall dar, der sich nirgendwo wiederholt hat. Die taktische Marschroute, die der Gauvorstand nach dem 5. März einschlug, deckt sich jedoch fast völlig mit dem Verhalten anderer Gauleitungen, soweit sie nicht, wie beispielsweise in Breslau/Mittelschlesien, unter dem Terror der SA auseinandergefallen waren. Der Gauführer Westliches Westfalen forderte in einem Aufruf vom 23. März alle Verbandsangehörigen auf, dem Bunde die Treue zu halten und abzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln würden[1]). In Berlin-Brandenburg war die Tätigkeit in den Ortsvereinen nach dem 5. März zunächst zum Erliegen gekommen. Der Gauvorstand sah sich gezwungen, das Gaubüro zu verlegen und erheblich zu verkleinern, suchte aber sofort wieder Kontakte zu den Funktionären im Lande und war bemüht, die Organisationsarbeit neu anzukurbeln. In einem Rundschreiben, das vermutlich Ende April verfaßt worden ist, forderte er die „Kameraden im Gau" auf, die alte Tätigkeit, einschließlich der Beitragszahlungen, wieder aufzunehmen[2]).

Das Rundschreiben enthält, fast bis in wörtliche Formulierungen hinein, die gleichen Überlegungen, die auch für die Verlautbarungen der Gauleitung Schleswig-Holstein charakteristisch sind. Ein stolzes Bekenntnis zur eigenen Vergangenheit verbindet sich mit der nachdrücklichen Mahnung, die neuen Verhältnisse, die gegen den eigenen Willen entstanden seien, in realistischer Weise anzuerkennen. Diese Forderung enthält auch schon die Maximen, die der künftigen Arbeit des Verbandes zugrunde liegen sollen. Als „verbrecherisch" abgelehnt wird die „kommunistische Methode der Gewaltanwendung" — die gleiche scharfe Abgrenzung von den Kommunisten finden wir in den Rundschreiben

[1]) Auf diesen Aufruf verweist der Polizeipräsident von Recklinghausen in seinem Schreiben an das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Gau Westliches Westfalen, v. 26. April 1933. Abschrift des Schreibens im Nachlaß Höltermann.

[2]) Zu dem Rundschreiben, das den folgenden Darlegungen zugrunde liegt, vgl. S. 464, Anm. 9. Als Datumbezeichnung des Nachrichtendienstes taucht zwar Mai 1933 auf, verfaßt ist das Rundschreiben jedoch offensichtlich früher.

des Gaues Schleswig-Holstein[1]). Unvernünftig sei des weiteren eine Haltung „absoluter Negation", die mit der ganzen Tradition des Verbandes unvereinbar sei. Verlangt wird statt dessen, weiterhin die „Pflicht gegenüber Volk und Vaterland" zu erfüllen und „ohne Gesinnungslumperei im Rahmen des staatlichen Lebens eine Mitarbeit" zu suchen.

Die Schlußfolgerungen, die der Berliner Gauvorstand aus der veränderten politischen Situation zog, sind vor allem deshalb aufschlußreich, weil sich in ihnen offensichtlich auch die Einstellung des in Berlin weilenden Karl Höltermann spiegelt. Das Rundschreiben beruft sich ausdrücklich auf Intentionen der Bundesleitung, die gegenwärtig mit maßgebenden Regierungsstellen über die künftigen Arbeitsmöglichkeiten des Bundes verhandele. Tatsächlich hat Höltermann nach dem 5. März zusammen mit Baurichter, der seine alten persönlichen Beziehungen zur hohen Ministerialbürokratie spielen ließ, wiederholt mit Vertretern der Reichswehr und anderen staatlichen Stellen Besprechungen geführt, um zu sondieren, ob eine Fortführung des Reichsbanners als unpolitischer Frontsoldatenbund möglich sei, der sich auf folgende Aufgaben beschränken wollte: Kameradschaftspflege, Fürsorge für Kriegsteilnehmer, Jugendertüchtigung, Wehr- und Geländesport, Freiwilliger Arbeitsdienst, Schaffung ausreichender Lebensmöglichkeiten für die Frontsoldaten und deren Nachkommen[2]). Im Verfolg ihrer Bemühungen trafen sich Höltermann und Baurichter zweimal mit dem preußischen Ministerpräsidenten Göring[3]), offensichtlich deshalb, um von maßgebender Stelle verbindliche Auskunft über das dem Verband zugedachte Schicksal zu erlangen.

Ähnlich wie der SPD und den Gewerkschaften ging es auch der Reichsbannerführung darum, die Organisation in irgendeiner Weise über die Zeit zu retten. Des Zweckcharakters der Organisation war sich die Verbandsleitung bei ihren Überlegungen allerdings durchaus bewußt[4]). Es erschien aber als ein Gebot vernünftigen politischen Handelns, wenigstens zu versuchen, die Kernkader beisammenzuhalten, da man nach wie vor nicht an eine längere Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft glaubte. Selbstverständlich erforderte dieser Kurs Kompromisse und zeitgemäße Verpackung der eigenen Ziele, Maßnahmen also, bei denen die feine Grenze zwischen kluger Anpassung und gesinnungsloser Anbiederungspolitik leicht verwischt werden konnte. Die Rundschreiben der Gauleitungen verraten jedoch, daß die erwähnte Grenze in der Regel nicht über-

[1]) Vgl. das Rundschreiben v. 24. März 1933. Ebd. wird berichtet, daß „verängstigte Kommunisten" versuchten, die Mitgliedschaft des Verbandes zu erwerben. Den Ortsgruppenleitern wird jedoch zur Pflicht gemacht, nur Personen aufzunehmen, „deren republikanisch nationale Gesinnung einwandfrei erwiesen" sei.

[2]) So in dem erwähnten Rundschreiben des Gauvorstandes Berlin-Brandenburg.

[3]) So Baurichter (briefliche Auskünfte). Auf diese Treffen weist auch Osterroth hin; Memoiren.

[4]) Das gilt wohl nicht für SPD und Gewerkschaften, die im Gegensatz zum Reichsbanner über eine Jahrzehnte alte Organisation verfügten. Bei ihnen wurde in der Tat die Organisation als Selbstzweck empfunden. Vgl. Matthias, Ende der Parteien, S. 196 f.

schritten wurde, obwohl einzuräumen ist, daß die alten nationalen und frontsoldatischen Schlagworte, die ganz bewußt als politische Trumpfkarte ausgespielt wurden, in der veränderten Umwelt zwangsläufig einen etwas anderen Sinn bekamen. Die Politik beruhte gewiß, wie sich sehr bald erweisen sollte, auf völlig illusionären Grundlagen, aber sie war nicht unehrenhaft und keineswegs Ausdruck einer Bereitschaft, sich politisch „gleichschalten" zu lassen.

Mißverständlich mußte allerdings ein Maiaufruf des Gauführers Westliches Westfalen wirken, der die „linke nationale Front"[1]) zum Mitfeiern „in alter Frische und im neuen Geist" aufforderte[2]). Ihrer Intention nach unterschied sich diese mit der Bundesführung abgesprochene Verlautbarung[3]) jedoch eindeutig von den Maiaufrufen der Gewerkschaften, die Höltermann scharf mißbilligte, weil die an sich mögliche Chance, Widerstand trotz Teilnahme verhüllt zum Ausdruck zu bringen, einfach vertan worden sei[4]). Daß der Aufruf des Gauvorstandes Westliches Westfalen tatsächlich anders beurteilt werden muß, verrät auch die Reaktion des Polizeipräsidenten von Recklinghausen, der in ihm einen Beweis für die „Unaufrichtigkeit und Zwiespältigkeit" des Verbandes sah und unter Androhung schwerer Strafen strikt untersagte, daß sich Einzelmitglieder oder geschlossene Abteilungen des Reichsbanners an den Maidemonstrationen beteiligten[5]).

Die Antwort der staatlichen Behörden auf den als Test gedachten Maiaufruf und dann die Ereignisse des 2. Mai ließen Höltermann, der sich zu diesem Zeitpunkt in Berlin aufhielt und aus Sicherheitsgründen mit einigen Gefolgsleuten von Unterkunft zu Unterkunft wanderte[6]), zu der Überzeugung kommen, daß alle Hoffnungen, die Organisation „legal" über die Zeit zu bringen, utopisch seien. Am 2. Mai wurden der Chauffeur und die Sekretärin des Reichsbannerführers mit angeblich „belastendem Material" verhaftet[7]). Wenige Tage später ging Höltermann, um einer drohenden Festnahme zu entgehen, illegal über die

[1]) Zitiert nach dem Schreiben des Polizeipräsidenten von Recklinghausen v. 26. April 1933, der die Anspruchnahme dieser Bezeichung als unverschämte Anmaßung zurückweist. Der Aufruf selbst liegt im Wortlaut nicht vor.

[2]) Auszüge aus dem Aufruf werden zitiert bei Hornung, Jungdeutscher Orden, S. 138, Anm. 1.

[3]) Vgl. dazu ein Schreiben Höltermanns an Miss Dhonou v. 2. Mai 1933; Nachlaß Höltermann. Bezeichnend ja auch, daß sich eine Abschrift des erwähnten Schreibens des Polizeipräsidenten von Recklinghausen im Nachlaß Höltermann befindet.

[4]) Vgl. das Schreiben Höltermanns an Miss Dhonou v. 2. Mai 1933: Der Maiaufruf sei als Widerstandsmaßnahme nicht einmal in den Anfängen versucht worden. Er hätte einen Sinn haben können, wenn die Gewerkschaften entschlossen gewesen wären, die Massen in geschlossenen Blöcken unter ihrem Banner marschieren zu lassen.

[5]) Vgl. das Schreiben v. 26. April 1933.

[6]) Vgl. dazu Schreiben Höltermanns an Miss Dhonou v. 6. März 1933, v. 2. Mai 1933, v. 4. Mai 1933 (Nachlaß Höltermann). Vgl. auch Duderstadt, Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz, S. 133.

[7]) Vgl. Berliner Illustrierte v. 3. Mai 1933; Nachtausgabe (Zeitungsausschnitt im Nachlaß Höltermann). Vgl. auch die Schreiben Höltermanns an Miss Dhonou v. 2. Mai 1933 und v. 4. Mai 1933.

holländische Grenze. Von den Niederlanden gelangte er dann nach London, das fortan zur Stätte seines Wirkens wurde.

Noch im Mai folgte ihm der 2. Bundesführer Max Hofmann in die Emigration. Anfang Juni setzte sich Neidhardt, der Berliner Gauführer, dessen Sekretärin lange Jahre für die Nationalsozialisten als Spitzel tätig gewesen war, in die Tschechoslowakei ab, wo er schon zahlreiche Reichsbanneremigranten, darunter den Gauführer von Ostsachsen, Nehls, antraf[1]). Steiner, der Gausekretär von Breslau-Mittelschlesien, gelangte am 1. Juli nach Dänemark, das auch dem langjährigen Gauvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Richard Hansen, Asyl gewährte. Im Sommer mußte Gustav Ferl, der zeitweilige 2. Bundesführer, Deutschland verlassen. Major Mayr tauchte Ende 1933 in Paris auf, ebenso Wagner, der Vorsitzende des Gaues Pfalz[2]).

Neuer „Vorort" des Reichsbanners wurde fast automatisch London, da Höltermann nach wie vor von einem Großteil der Emigranten als „Führer" anerkannt und respektiert wurde. Aus der Tschechoslowakei meldete man: „Wir und die auch heute noch hinter uns stehenden Kameraden in Deutschland stehen marschbereit und warten auf Befehle[3])." In Paris wurde ein ganzer Trupp von Schufoangehörigen in einem Heim zusammengezogen und zweimal wöchentlich einer besonderen Schulung unterworfen[4]). Die Beispiele zeigen deutlich, daß einige Emigrantengruppen immer noch von der leisen Hoffnung erfüllt waren, daß die „Tage des Einsatzes"[5]) bald kommen würden.

Höltermann hat sofort von London aus versucht, einen Apparat aufzuziehen, der mit in Deutschland wirkenden Gruppen in Verbindung treten sollte[6]). Max Hofmann reiste als Kurier durch halb Europa, um Beziehungen anzuknüpfen und die nötigen finanziellen Mittel aufzutreiben. Die norwegische sozialdemokratische Partei erklärte sich bereit, einen Rundfunksender zu spenden[7]). Der dänische Arbeiter-Radio-Bund baute an einem Kurzwellensender[8]), über den

[1]) Vgl. dazu ein Schreiben Neidhardts an Höltermann aus Prag v. 10. Juni 1933. Nachlaß Höltermann.

[2]) Die Angaben in diesem Kapitel stützen sich auf Hinweise in Korrespondenzen, die sich im Nachlaß Höltermann befinden.

[3]) So der ehemalige Münchner Reichsbannerführer Buisson in einigen Zeilen, die einem Schreiben Neidhardts an Höltermann v. 23. Juni 1933 beigefügt sind. Nachlaß Höltermann. Ähnlich Neidhardt in einem Schreiben an Höltermann v. 13. Juli 1933, in dem er die Stimmung unter den Reichsbanneremigranten in der Tschechoslowakei beschreibt. Nachlaß Höltermann.

[4]) Vgl. dazu ein Schreiben an Höltermann v. 29. Oktober 1933, das von einem gewissen Pfliegner und einem gewissen B. Berger unterzeichnet ist, sowie ein Schreiben eines gewissen Kreyssig an Höltermann v. 21. Oktober 1933. Nachlaß Höltermann.

[5]) So auch Höltermann in einem Schreiben an Max Hofmann v. 25. November 1933. Nachlaß Höltermann.

[6]) Aufschluß über seine Bemühungen geben verschiedene Schreiben Hofmanns an Höltermann, sowie einige Antwortschreiben Höltermanns. Schreiben im Nachlaß Höltermann.

[7]) Vgl. ein Schreiben Hofmanns an Höltermann v. 20. Juni 1933.

[8]) Vgl. ein Schreiben Hofmanns an Höltermann v. 29. Mai 1933.

die Widerstandskräfte in Deutschland propagandistisch unterstützt, nicht geleitet werden sollten. Denn Höltermann war von Anfang an der Überzeugung, daß der Widerstand im Innern nicht von außen her dirigiert werden dürfe und könne.

Will man Aufzeichnungen und Erklärungen des Reichsbannerführers Glauben schenken[1]), dann existierte im Sommer des Jahres 1933 in Deutschland eine vom Reichsbanner getragene illegale Organisation, die nach dem Fünfergruppensystem aufgebaut war. Seine Behauptung, daß die Verbands-Schufo sofort nach dem 5. März auf „unterirdische Tätigkeit" eingestellt worden sei, hält indes einer kritischen Nachprüfung nicht stand. Aus Aussagen ehemaliger Reichsbannerführer geht unzweideutig hervor, daß der Verband niemals für ein Arbeiten in der Illegalität vorbereitet worden ist[2]). Nur in Sachsen/Mitteldeutschland dürfte es zunächst planmäßig organisierte Widerstandsgruppen gegeben haben, die zur Reichsbanneremigration enge Kontakte aufrechterhielten[3]).

Wer wie der Polizeimajor Heinrich Reichsbannerangehörige zu sammeln suchte[4]), tat das zumeist aus eigener Initiative heraus und hatte keinen Kontakt nach außen. Der Großteil der ehemaligen Verbandsmitglieder hat sich, sofern er sich überhaupt einer illegalen Gruppe anschloß, offensichtlich nicht in geschlossenem Reichsbannerrahmen betätigt[5]). Es gab deshalb wohl zahlreiche Reichsbannerangehörige, die in zumeist sozialdemokratischen Widerstandszirkeln arbeiteten, doch kaum Widerstandszirkel des Reichsbanners.

Höltermann hat dagegen zunächst gerade versucht, seinen Widerstandsapparat unabhängig von der Emigrationssozialdemokratie aufzuziehen, obwohl er mit seinen Plänen bei den ausländischen sozialistischen Parteien nicht unbedingt auf Verständnis hoffen durfte[6]). Ein Grund für das eigenständige Vorgehen dürfte in der Überlegung zu suchen sein, daß ein nicht mit den gegen-

[1]) Vgl. dazu die Schufo-Denkschrift Höltermanns v. 26. Juni 1933. Bei der Denkschrift handelt es sich offensichtlich um eine Abhandlung, die ausländische Organisationen bewegen sollte, Gelder zur Verfügung zu stellen. Daraus erklären sich wohl auch gewisse Übertreibungen.

[2]) Kein ehemaliger Reichsbannerführer weiß von solchen Maßnahmen zu berichten. Wichtig ist vor allem die Aussage Nowacks, der bis zum Schluß mit Höltermann in Berlin zusammen war.

[3]) Vgl. dazu ein Schreiben Hofmanns an Höltermann v. 29. August 1933, in dem Hofmann über Widerstandsorganisationen in Mitteldeutschland spricht und betont: „Der Laden dort ist in Ordnung. Unsere Jungens!"

[4]) Karl Heinrich leitete bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1935 eine aus ehemaligen Reichsbannermitgliedern bestehende illegale Gruppe, die zur Tarnung als Wanderverein aufgezogen war. So Dr. Nowack (mündliche Auskünfte).

[5]) Es konnte zwar gelegentlich vorkommen, daß in einer Stadt nebeneinander, ohne daß der eine vom anderen wußte, illegale Gruppen des Reichsbanners und der SPD existierten. Vgl. L. J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, S. 49. Das war jedoch nicht die Regel. Zur sozialdemokratischen Untergrundtätigkeit vgl. ebd., S. 31 ff., 54 ff.

[6]) Auf die Schwierigkeiten weist auch Hofmann in einem Schreiben an Höltermann v. 29. Mai 1933 hin. Hofmann meint aber, daß das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sich für eine eigenständige Arbeit des Reichsbanners günstig auswirken werde.

wärtigen und vergangenen Fehlern der SPD belastetes Reichsbanner besser als Kristallisationskern für eine breit angelegte antifaschistische Sammlungsbewegung dienen könne. Die tiefere Ursache war jedoch wohl das gespannte Verhältnis zwischen dem Parteivorstand in Prag und Höltermann. Die Zerwürfnisse, die seit den Tagen der Eisernen Front bestanden, hatten in den Märzwochen 1933 zu einem offenen Bruch geführt[1]). Höltermann erklärte unmißverständlich, daß er nicht daran denke, noch einmal den Soldat zu spielen für Leute, die gar nicht wollten, daß man sich für sie schlüge[2]). In privaten Briefen äußerte er sich so drastisch über den „Kadaver von Prag", der „vor aller Türen" „liege und stinke"[3]), und forderte so unverhüllt dazu auf, doch die „einmaligen Beerdigungskosten zu zahlen" und die „alten Knaben" „in Pension" zu schikken[4]), daß es fast wunder nimmt, daß in späteren Jahren die Beziehungen wieder aufgenommen wurden.

In Prag selbst kursierten allenthalben Gerüchte über tätliche Auseinandersetzungen zwischen Wels und Höltermann, für deren Verbreitung der Parteivorstand, allerdings zu Unrecht, Hofmann und Höltermann verantwortlich machte[5]). Dem Parteivorstand blieb zudem nicht verborgen, daß eine Emigrantengruppe in der Tschechoslowakei, deren Haupt wohl der ehemalige Berliner Gauvorsitzende Neidhardt war, ganz offen den Sturz von Wels betrieb und Höltermann an dessen Stelle zu setzen suchte[6]). Der Reichsbannerführer wurde wiederholt bestürmt, die „Zeit zu nutzen" und die einmalig günstige „Gelegenheit" beim Schopf zu fassen[7]). Naturgemäß mußten solche Bestrebungen die ohnehin schon vorhandenen Spannungen verschärfen, obwohl Höltermann sich allen Anträgen der Prager Fronde hartnäckig verschloß[8]).

Es ist wichtig, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß es sich bei den erwähnten Vorgängen nicht so sehr um einen Streit zwischen Reichsbanner und SPD handelte. Es war ein Kampf um die Führung der Emigrationssozialdemokratie. Auch der Opposition ging es um die Partei, und was sie taten, taten sie als Sozialdemokraten. Damit rückt ein Sachverhalt ins rechte Licht, der verdunkelt wird, wenn man Höltermanns anfängliche Bemühungen, unab-

[1]) Vgl. dazu ein Schreiben Höltermanns an Mayr v. 23. Juli 1933. Nähere Einzelheiten sind allerdings nicht bekannt. Schreiben im Nachlaß Höltermann.

[2]) So in dem erwähnten Schreiben an Mayr v. 23. Juli 1933.

[3]) So in einem Schreiben an Tschachotin v. 23. Juli 1933. Nachlaß Höltermann.

[4]) Ebd. Ähnliche Wendungen fallen in einem Schreiben Höltermanns an Konrad Heiden v. 17. Oktober 1933. Nachlaß Höltermann.

[5]) Vgl. dazu ein Schreiben Hofmanns an Höltermann v. 29. September 1933. Nachlaß Höltermann.

[6]) Vgl. dazu Schreiben Neidhardts an Höltermann v. 23. Juni 1933, v. 7. Juli 1933, v. 13. Juli 1933. Nachlaß Höltermann.

[7]) So in dem Schreiben Neidhardts an Höltermann v. 23. Juni 1933.

[8]) Höltermann reagierte auf die Aufforderungen gar nicht. Die Gründe für sein Verhalten liegen möglicherweise im persönlichen Bereich.

hängig und getrennt von der Partei einen eigenen Apparat aufzuziehen, allzu isoliert betrachtet. Dieser Versuch blieb Episode. Es ist im Grunde verfehlt, in der Emigration zwischen Reichsbanner und SPD, die personell ohnehin eng verflochten waren, zwischen zwei rivalisierenden Zentren Prag und London zu scheiden. Auch Höltermann fühlte sich später mehr als Sozialdemokrat im Exil denn als Führer seines alten Wehrverbandes[1]). Eine organisierte Reichsbanneremigration mit eigenem politischen Profil hat es nie gegeben.

Vielleicht hat diese Tatsache, die ihrerseits symptomatisch ist, in gewissem Maße mit dazu beigetragen, daß nach 1945 zwar sofort die Partei, nicht jedoch der Verband neu gegründet wurde. Zwar forderte schon sehr bald der Polizeioberst a. D. Dr. Schützinger unter Hinweis auf die vom Kommunismus ausgehende Gefahr eine Reaktivierung der Organisation[2]), aber er drang mit seinem Aufruf nicht durch. Abgesehen von einer dubiosen Neugründung in Bremen im Jahre 1953, hinter der sich allem Anschein nach eine mit dem politischen Kurs der dortigen SPD unzufriedene „Linksgruppe" verbarg, sind nach 1945 nur „Kameradschaftsvereinigungen" des Reichsbanners Schwarz Rot Gold in einzelnen Städten wieder entstanden, die sich ausschließlich auf Traditionspflege beschränken[3]). Nur in Berlin hat sich 1951 als „Organisation ehemaliger Reichsbannerkameraden und junger entschiedener Demokraten" ein politischer Kampfverband, der sog. „Freiheitsbund", gebildet, der sich bewußt und nicht ohne Berechtigung auf das Vorbild des Reichsbanners beruft[4]). Ein wesentlicher Unterschied liegt jedoch darin, daß der „Freiheitsbund", obwohl er sich in gleicher Schärfe gegen Faschismus und Nationalismus wendet, von seinem Ansatz her nur als antikommunistische Bewegung verstanden werden kann, während sein Vorgänger aus der Weimarer Zeit eindeutig eine Replik auf eine voraufgegangene „rechte" Provokation darstellt.

Die veränderte Frontstellung des Berliner „Freiheitsbundes" erinnert daran, daß die sozialdemokratischen Kampfverbände in ihrer charakteristischen Form

[1]) Das spiegelt sich deutlich in verschiedenen Aufzeichnungen und Schreiben Höltermanns während seiner Emigration. Höltermann söhnte sich später auch mit den „Pragern" aus und nahm an Konferenzen der Sopade teil.

[2]) Vgl. dazu die Denkschrift Schützingers „Warum wieder Reichsbanner?". Die Denkschrift befindet sich im Nachlaß Severing und dürfte ca. 1947 verfaßt worden sein.

[3]) Vgl. dazu eine dpa-Meldung v. 19. Dezember 1953, sowie eine Notiz mit dem Datum v. 21. Dezember 1953 im Archiv des Berliner Telegraph. — Eine „Kameradschaftsvereinigung Reichsbanner Schwarz Rot Gold" besteht z. B. in Hannover. In den USA gibt es heute noch Reichsbannerauslandsvereine. Prinz zu Löwenstein berichtet, daß er während einer USA-Reise einen Vortrag vor dem Reichsbanner in New York gehalten habe (mündliche Auskunft).

[4]) Der „Freiheitsbund" wurde am 1. Mai 1951 offiziell ins Vereinsregister eingetragen. Seine Anfänge reichen jedoch sehr viel weiter zurück. Ein maßgebender Mann des „Freiheitsbundes" ist der frühere Berlin-Charlottenburger Reichsbannerführer Ernst Carlbergh. Zu den Zielsetzungen und zur Organisation des „Freiheitsbundes" vgl. vor allem einige Nummern der von dem Verband hrsg. „Freiheitsfackel". Vgl. Nr. 12 (April 1958), Nr. 39 (1960), Nr. 40 (1960). Zur Verbindung zwischen „Freiheitsbund" und der von dem verstorbenen Berliner Innensenator Lipschitz organisierten Polizeireserve vgl. auch den „Spiegel", Nr. 42 v. 12. Oktober 1960.

ebenso „tot" sind wie der Faschismus „tot" ist, an den sie in negativer Bezogenheit aufs engste gebunden waren. Sie stellten den Versuch dar, dem Faschismus mit seinen eigenen Mitteln zu begegnen, und spiegeln deshalb in interessanter Brechung die Tendenzen einer Epoche wider, die in starkem Maße vom Faschismus geprägt worden ist. Ein politischer Erfolg ist ihnen allerdings versagt geblieben. Man mag deshalb überlegen, ob dieser Versuch nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Dabei kann man auf den latenten Widerspruch zwischen Zielsetzungen und Methoden der sozialdemokratischen Verbände verweisen und zudem betonen, daß ihr Auftreten bis zu einem gewissen Grade den Gegner bestätigte. Soviel ist sicher: diese Organisationen waren kein „Patentrezept" gegen den Faschismus, wie einige Theoretiker des Antifaschismus glaubten. Die Frage ist jedoch, ob nicht zumindest ein Verband wie das Reichsbanner ein wichtiges Mittel unter anderen hätte sein können, wenn es eine selbst- und zielbewußtere Politik der demokratischen Parteien gegeben hätte. Die Existenz des Reichsbanners zeigt zwar gerade die Stärke und Durchschlagskraft der gegnerischen Kräfte und Ideen. Der Verband widerlegte aber auch das Schlagwort von der „Republik ohne Republikaner". Hier stand eine demokratische Aktivitas zur Verfügung, die bereit war, den Weimarer Staat zu tragen und zu schützen.

Die Schwäche der Republik enthüllt allerdings die Tatsache, daß der Verband nur sehr geringe Teile des Bürgertums zu binden vermochte, obwohl er alles in allem der vielleicht sichtbarste Ausdruck und aktivste Förderer jener Richtungen innerhalb der SPD war, die für ihre Partei die Konsequenzen aus der Staatsumwälzung von 1918 zu ziehen versuchten und sich bewußt auf den Boden der gegebenen „bürgerlichen" Demokratie stellten. Damit ist schon angedeutet, daß das Reichsbanner bei allem Zeitbedingtem, das ihm anhaftete, auf der Linie jener Tendenzen liegt, die die Nachkriegsentwicklung des demokratischen Sozialismus in Deutschland bestimmt haben.

Quellen und Literatur

A. Archivalien

Bundesarchiv Koblenz

Nachlaß Kurt v. Bredow
Nachlaß Hermann Dietrich
Nachlaß Wilhelm Groener
Nachlaß Arnold Rechberg
Nachlaß Kurt v. Schleicher
Bestand R 43 / I (Akten der Reichskanzlei)
Bestand R 45 / III (Deutsche Demokratische Partei / Deutsche Staatspartei)
Bestand NS 26 (Hauptarchiv der NSDAP)
Kl. Erw. Nr. 320 (Akten des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Ortsgruppe Hannover bzw. der Eisernen Front, Kampfleitung, Hannover 1924—1933)
Kl. Erw. Nr. 329 (Nachlaß Dr. Wilhelm Abegg)
Kl. Erw. Nr. 384 (Nachlaß Dr. August Weber)
Zeitgeschichtliche Sammlung

Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover

Bestand Hann. Des. 310 II (Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Hannover, 1919 bis 1933)
Bestand Schaumburg Des. L 4 (Regierung Bückeburg)

Hauptarchiv Berlin-Dahlem (Ehem. Preuß. Geheimes Staatsarchiv)

Zeitgeschichtliche Sammlung

Staatsarchiv Ludwigsburg

Bestand F 193 (Oberamt Ravensburg)

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Bestand E 132 (Pressestelle des Staatsministeriums)

Parteiarchiv der SPD Bonn

Nachlaß Carl Severing

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam

Nachlaß Otto Braun
Nachlaß Albert Grzesinski
Einzelstücke

August-Bebel-Institut Berlin

Korrespondenzen und Materialien des ADGB (Nr. 472—478; Nr. 607)

Archivalien in Privatbesitz

Sammlung Osterroth, Kiel
Nachlaß Höltermann, London
Einzelstücke aus dem Besitz von Dr. Ahlhard Gelpke, Baron Korb von Koerber, Ritter von Lex, Arthur Pape, Bürgermeister Dr. Herbert Weichmann

B. Schrifttum des Reichsbanners

Das Reichsbanner, Zeitung des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Bund republikanischer Kriegsteilnehmer e. V., Magdeburg 1924—1933.

Illustrierte Reichsbannerzeitung (seit 1926 unter dem Titel: Illustrierte Republikanische Zeitung), Berlin 1924—1933.

Anweisung für Ausbildung, Jugend und Schutzsport. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Magdeburg o. J. (1927).

Bericht des Bundesvorstands des Reichsbanners Schwarz Rot Gold zur Bundesgeneralversammlung vom 16.—19. Februar 1933 in Berlin. Verantwortlich: Dr. Nowack, o. J. u. o. O. (Magdeburg 1933).

Bundessatzungen des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Bund republikanischer Kriegsteilnehmer und Republikaner, o. J. u. o. O. (Magdeburg 1928).

Bundessatzung des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Bund republikanischer Kriegsteilnehmer, o. J. u. o. O. (Magdeburg 1924).

Festschrift des Reichsbanners, Gau Hessen-Cassel, zur Feier des Verfassungstages 1926, o. J. u. o. O. (Kassel 1926).

Festschrift zum Tag der Republik am 28., 29. und 30. Juni 1930 in Altona, o. J. u. o. O. (Altona 1930).

Festschrift zur Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, 10. und 11. August 1929 in Berlin, Berlin o. J. (1929).

Festschrift zur Bundesverfassungsfeier des Reichsbanners vom 11.—13. August in Frankfurt. 1848—1928. 80 Jahre, Frankfurt/M. 1928.

Unsere Gegner. Ihre Vorbereitungen, ungefährer Stand ihrer Kampforganisationen, Ausbildungsziele und ihre faschistischen Anschauungen über die Möglichkeiten gewaltsamer Angriffe gegen die Staatsgewalt, o. J. u. o. O. (Magdeburg 1932).

Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus. Theorie und Praxis der NSDAP. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Magdeburg o. J. (1929).

Der fünfte Jahrestag der deutschen Reichsverfassung. Aufmarsch des Reichsbanners Schwarz Rot Gold am Verfassungstage 1924. Hrsg. von Wilhelm Kindermann, Jena 1924.

Das Jungbanner. Jugendpflege im Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Magdeburg o. J. (1930, 2. Aufl. 1932).

Liederbuch des Reichsbanners Schwarz Rot Gold. Hrsg. im Auftrag des Bundesvorstandes, Berlin o. J. (1924).

„Wenn wir marschieren . . ." Ein republikanisches Liederbuch. Hrsg. vom Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Zusammengestellt von Franz Osterroth, Berlin 1930.

Die Partei der Phrase. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Magdeburg o. J. (1930).

Republikanische Pflichtenlehre. Eine Rede zur Verfassungsfeier von Gustav Radbruch (Verlag: Reichsbanner-Gauvorstand Schleswig-Holstein), o. J. u. o. O. (1927 bzw. 1928).

Das Reichsbanner 1928—1933. Ein Arbeitsbericht, hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner e. V., Sitz Magdeburg, zur Bundesgeneralversammlung in Berlin, Februar 1933, o. J. u. o. O. (Magdeburg 1933).

Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Beiträge von Paul Löbe, Philipp Scheidemann, Wilhelm Sollmann, Fritz Koch, Robert Breuer, Arno Scholz u. a., Magdeburg o. J. (1924).

Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Zur Erinnerung an den Gründungstag. Magdeburg 22. Februar 1925, Magdeburg o. J. (1925).

Das Reichsbanner und Potsdam. Hrsg. von der Ortsgruppe Potsdam des Reichsbanners Schwarz Rot Gold. Verantwortlich Dr. Mischler, Berlin o. J. (1924).

Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Gau Schleswig-Holstein, Kiel o. J. (1924).

Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Schleswig-Holstein Gautreffen am 10.—11. Mai 1930 in Neumünster, o. J. u. o. O. (Neumünster 1930).

Reichsbannertag Glückstadt am 3. und 4. September 1927, o. J. u. o. O. (Kiel 1927).

Reichskartell Republik. Bund republikanischer Kleinkaliberschützenvereine Deutschlands e. V. Sitz Magdeburg. Wegweiser für die republikanischen Kleinkaliberschützenvereine Deutschlands. Hrsg. vom Bundesvorstand, Magdeburg o. J. (1928).

Republikanischer Tag Lübeck 24. Mai 1925, o. J. u. o. O. (Lübeck 1925).
Technischer Führer. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, Magdeburg o. J. (1930).
Sergei Tschachotin/Carl Mierendorff: Grundlagen und Formen politischer Propaganda, Magdeburg 1932.
Vortragsdisposition. Winke und Beispiele für die Gestaltung von Bundesgründungs- und 1848er Gedenkfeiern. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners, Magdeburg o. J. (1929).
Wegweiser für Funktionäre, Führer und alle Bundeskameraden. Hrsg. vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold. 1. Aufl. Magdeburg o. J. (1927); 3. Aufl. Magdeburg o. J. (1929).

C. Protokolle u. ä.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung 1919/1920, Berlin 1920.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Berlin 1924 ff.
Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, Berlin 1924 ff.
Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Berlin 1924, Berlin 1924.
Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Kiel 1927, Berlin 1927.
Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929, Berlin 1929.
Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Leipzig 1931, Berlin 1931.
Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands Nürnberg 1919, Berlin 1919.
Protokoll der Verhandlungen des 11. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands Leipzig 1922, Berlin 1922.
Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands Breslau 1925, Berlin 1925.
Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands Berlin 1925, Berlin 1926.
Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands Berlin-Wedding 1929, Berlin 1930.
Erster reichsdeutscher Bundestag der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Weimar. Ostern 1918. Verhandlungsbericht. Berlin 1918.
Faschismus. Bericht vom Internationalen Antifaschisten-Kongreß Berlin 9. bis 10. März 1929. Hrsg. vom Internationalen Antifaschisten-Komitee, Berlin 1929.
Horkenbach, Cuno (Hrsg.): Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930 ff.
Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1923 ff., München 1927 ff.

D. Periodica

Folgende Zeitschriften und Zeitungen wurden ständig herangezogen:

Arbeiterjugend, Monatsschrift der sozialistischen Arbeiterjugend; Jungsozialistische Blätter; Die Hilfe; Neue Kampffront, Wochenzeitung für Arbeitsbeschaffung, Wirtschaftsbelebung und Politik, Publikationsorgan der Sozial-Republikanischen Partei (SRPD); Der Klassenkampf; Deutsche Republik; Der Schutzbund, Monatsschrift des Republikanischen Schutzbundes; Der Stahlhelm, Wochenschrift des Bundes der Frontsoldaten; Das Freie Wort, Sozialdemokratisches Diskussionsorgan; Das Junge Zentrum, Monatsschrift des Reichsverbandes der deutschen Windthorstbunde.

Außerdem wurden häufig einzelne Nummern folgender Zeitschriften und Zeitungen herangezogen:

Völkischer Beobachter; Der Demokrat (seit dem 20. November 1930 unter dem Titel: Blätter der Deutschen Staatspartei); Der Deutsche; Frankfurter Zeitung; Germania; Die Glocke; Die Kommunistische Internationale; Der Jungdeutsche; Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes; Bayrischer Kurier; Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften.

E. Literatur

Abendroth, Wolfgang: Die deutschen Gewerkschaften — Wege demokratischer Integration, 2. Aufl., Heidelberg 1955.

Alter, Junius (d. i. Franz Sontag): Nie wieder Krieg? Leipzig 1931.
Anderson, Evelyn: Hammer oder Amboß, Nürnberg 1948.
Anker, Kurt: Das Deutschland von morgen. Gedanken, Sorgen und Hoffnungen über Gegenwart und Zukunft, Leipzig 1925.
Ders.: Unsere Stunde kommt. Erinnerungen und Betrachtungen über das nachrevolutionäre Deutschland, Leipzig 1923.
Aretin, Erwein von: Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes, München 1955.
Assmus, Erhard: Die publizistische Diskussion um den Militarismus, unter besonderer Berücksichtigung des Begriffs in Deutschland zwischen 1850 und 1950. Phil. Diss., Erlangen 1951.
Axhausen, Günther: Organisation Escherich. Die Bewegung der nationalen Einheitsfront. Hrsg. an Hand umfangreichen Materials von G. Axhausen, Leipzig 1921.
Bade, Wilfried: Die SA erobert Berlin. Ein Tatsachenbericht, München 1934.
Badia, Gilbert: La fin de la republique Allemande (1929—1933), Paris 1958.
Bartel, Walter: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin (Ost) 1958.
Baumont, Maurice: La faillité de la paix (1918—1939). In: Peuples et Civilisations, Tome XX, Paris 1951.
Becker, Howard: Vom Barette schwankt die Feder. Die Geschichte der deutschen Jugendbewegung, Wiesbaden 1949.
Becker, Josef: Joseph Wirth und die Krise des Zentrums während des IV. Kabinetts Marx (1927 bis 1928). Darstellung und Dokumente. In: Z. Gesch. Oberrheins 109 (1962).
Behrendt, Erich F.: Soldaten der Freiheit, ein Parolebuch des Nationalsozialismus. 1918—1925, hrsg. von Hermann Kretschmann, Berlin 1935.
Bennecke, Heinrich: Hitler und die SA, München 1962.
Bénoist-Méchin, J.: Geschichte des Deutschen Heeres seit dem Waffenstillstand 1918—1938. Bd. I: Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Berlin 1943.
Berghahn, Volker R.: Die Harzburger Front und die Kandidatur Hindenburgs für die Präsidentschaftswahlen 1932. In: VZG 13 (1965).
Berndorff, Hans Rudolf: General zwischen Ost und West. Aus den Geheimnissen der Weimarer Republik, Hamburg 1951.
Besson, Waldemar: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928—1935. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.
Beyer, Georg: Die Idee der Vernunft in der Arbeiterbewegung. In: Die Arbeit 8 (1931).
Blumenberg, Werner: Kämpfer für die Freiheit, Berlin—Hannover 1959.
Bouhler, Philipp: Das soldatische Prinzip in der nationalsozialistischen Bewegung, Berlin–Rom–Tokio 1943.
Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. 3. Aufl., Villingen/Schwarzwald 1960.
Ders.: Der 20. Juli 1932. In: Z. Politik 3 (1956).
Ders.: Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Beiträge zur neueren Politik und Geschichte, Bern—München 1964.
Brandt, Willy/Löwenthal, Richard: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit, München 1957.
Brauer, Theodor: Der moderne deutsche Sozialismus, Freiburg 1928.
Braun, Heinz: Am Justizmord vorbei. Der Fall Kölling-Haas, dargestellt nach Gerichtsakten und Zeitdokumenten. Mit einem Vorwort von Gustav Radbruch, Magdeburg 1928.
Braunthal, Gerard: The German Free Trade Unions during the Rise of Nazism. In: J. Centr. Europ. Aff. 15 (1955/56).
Brecht, Arnold: Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik, Wien 1948.
Ders.: Die Auflösung der Weimarer Republik und die politische Wissenschaft. In: Z. Politik 2 (1955).
Bröger, Karl: Deutsche Republik. Betrachtungen und Bekenntnisse zum Werk von Weimar, Berlin 1926.
Brüning, Heinrich: Ein Brief. In: Dtsch. Rdsch. 70 (1947), H. 7.
Buchrucker, Ernst: Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der „Schwarzen Reichswehr", Berlin 1928.

Buchheim, Karl: Die Weimarer Republik. Grundlagen und politische Entwicklung, München 1960.
Buchwitz, Otto: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1949.
Buddeberg, Theodor: Das soziologische Problem der Sozialdemokratie. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 49 (1922).
Bußmann, Walter: Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik. In: HZ 190 (1960).
Buttinger, Joseph: Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung, Köln 1953.
Caro, Curt, und Walter Oehme: Schleichers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution, Berlin 1933.
Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918—1933, Köln—Berlin 1964.
Caspar, Gustav Adolf: Die sozialdemokratische Partei und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1959 (Beiheft 11 der Wehrwissenschaftlichen Rundschau, Oktober 1959).
Castellan, Georges: Le réarmement clandestin du Reich 1930—1935. Vu par le 2e Bureau de l'Etat-Major Français, Paris 1954.
Conze, Werner: Brünings Politik unter dem Druck der großen Krise. In: HZ 199 (1964).
Ders.: Die Weimarer Republik 1918—1933. In: Deutsche Geschichte im Überblick, hrsg. v. Peter Rassow, Stuttgart 1953.
Ders.: Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30. In: HZ 178 (1954).
Ders.: Zum Sturz Brünings. In: VZG 1 (1953).
Carlé, Erwin (d. i. Erwin Rosen): Orgesch, Berlin 1921.
Costamagna, Carlo: Faschismus. Entwicklung und Lehre, Berlin—Wien 1939.
Craig, Gordon A. (Hrsg.): Briefe Schleichers an Groener. In: WaG 11 (1951).
Ders.: Reichswehr and National Socialism. The Policy of Wilhelm Groener 1928—1932. In: Political Science Quaterly, Vol. LXIII/1948.
Ders.: Die preußisch-deutsche Armee 1640—1945. Staat im Staate, Düsseldorf 1960.
Deist, Wilhelm: Schleicher und die deutsche Abrüstungspolitik im Juni/Juli 1932. In: VZG 7 (1959).
Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum November 1923 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 9), Stuttgart 1962.
Ders.: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr. In: VZG 7 (1959).
Deutsch, Julius: Zwischen Faschismus und Demokratie. In: Neue Blätter für den Sozialismus 1 (1930).
Ders.: Antifaschismus. Proletarische Wehrhaftigkeit im Kampf gegen den Faschismus, Wien 1926.
Ders.: Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen, Wien—Zürich—Leipzig 1960.
Die *Deutsch*-demokratische Jugendbewegung. Ihre Ziele und Bestrebungen. Hrsg. im Auftrage des 1. Vertretertages der deutschen demokratischen Jugendvereine in Berlin vom 25. bis 27. April 1919. Von Herbert Kugelmann (Hamburg), Berlin o. J. (1919).
Das junge *Deutschland* und das Dritte Reich. Von Karl Sigmar Baron von Galéra, Leipzig 1932.
Deutschlands Erwachen. Das Buch vom Niedergang und Aufstieg des deutschen Volkes 1918 bis 1933. Hrsg. unter Mitwirkung hervorragender Persönlichkeiten der nationalen Bewegung von Hans Henning Freiherr von Grote, Essen 1933.
Deutz, Josef: Adam Stegerwald. Gewerkschaftler, Politiker, Minister 1874—1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, Köln 1952.
Dorpalen, Andreas: Hindenburg and the Weimar Republic, Princeton 1964.
Drachkovitsch, Milorad M.: Les Socialismes Français et Allemands et la Problème de la Guerre. 1870—1914, Genf 1953.
Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim a. G. 1965.
Duderstadt, Henning: Vom Reichsbanner zum Hakenkreuz. Wie es kommen mußte. Ein Bekenntnis, Stuttgart 1933.
Duesterberg, Theodor: Der Stahlhelm und Hitler. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Müller, Wolfenbüttel—Hannover 1949.
Dünow, Hermann: Der Rote Frontkämpferbund. Die revolutionäre Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1958.

Duverger, Maurice, Die politischen Parteien. Hrsg. und übers. v. S. Landshut, Tübingen 1959.
Eberlein, Gustav W.: Der Weg zum Kapitol. Der Faschismus als Bewegung, Berlin 1929.
Edinger, Lewis J.: German Social Democracy and Hitler's 'National Revolution' of 1933: A Study in Democratic Leadership. In: World Politics 5, Nr. 3 (April 1953).
Ders.: Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933 bis 1945, Hannover — Frankfurt a. M. 1960.
Ehrenberg, Hans Ph.: Deutschland im Schmelzofen. Gewalten, Fronten, Entscheidungen, Berlin 1932.
Eichstädt, Ulrich: Von Dollfuß zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933—1938, Wiesbaden 1955.
Ist eine *Einheitsfront* mit den Kommunisten möglich? Denkschrift über die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Arbeiterparteien über den Schutz der Republik, Berlin 1922.
Können wir ohne *Einwohnerwehren* zur Ruhe und Ordnung kommen? Deutsch hrsg. von der Zentralstelle für Einwohnerwehren als Unterlage für Verhandlungen mit der Entente, Berlin 1919.
Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Hrsg. von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1965.
Erdmann, Lothar: Nation, Gewerkschaften und Sozialismus. In: Die Arbeit 10 (1933).
Eschenburg, Theodor: Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik. Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher. In: VZG 9 (1961).
Ders.: Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik, Laupheim 1954.
Farinacci, Roberto: Die faschistische Revolution, München 1939/41.
Der *Faschismus* in Europa. Eine Übersicht, hrsg. von Julius Deutsch im Auftrage der internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus, Berlin, Wien 1929.
Feldmann, F.: Geschichte des Ortsvereins Hannover der SPD vom Gründungsjahr 1864—1933, Hannover 1952.
Ferrero, Guglielmo: Demokratie oder Terror. Die Diktatur in Italien. Eingeleitet von Gottlob Egelhaaf, Stuttgart 1924.
Fick, Heinz-Erich: Der deutsche Militarismus der Vorkriegszeit. Ein Beitrag zur Soziologie des Militarismus. Rechts- und Wirtschaftswiss. Diss., Rostock 1930.
Fijalkowski, Jürgen: Die Wendung zum Führerstaat. Ideologische Komponenten der politischen Philosophie Carl Schmitts, Köln 1958.
Fischer, Rudolf: Schleicher, Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1932.
Ders.: Reichsbanner schändet das Reichsbanner! In: Politische Wochenschrift 4 (1928).
Flechtheim, Ossip K.: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach/M. 1948.
Förster, Hans Albert: Warum? Kriegserlebnisse eines Achtzehnjährigen. 2. Aufl., Leipzig—Plagwitz 1925.
Frank, Josef Maria: Volk im Fieber, Berlin 1932.
Franke, Helmut: Staat im Staate. Aufzeichnungen eines Militaristen, Magdeburg 1924.
Franz-Willing, Georg: Die Hitlerbewegung. Bd. I: Der Ursprung 1919—1922, Hamburg-Berlin 1962.
Freikorps Thüringen. Einwohnerwehr — Ordnungshilfe Erfurt. Entstehung, Entwicklung und Betätigung (insbesondere beim Kapp-Putsch) zum Schutz der Stadt Erfurt und Thüringens vom Januar 1919 bis April 1920, Erfurt 1935.
Freiwald, Ludwig: Der Weg der braunen Kämpfer. Ein Frontbuch von 1918 bis 1933, München 1934.
Frey, Lothar: Deutschland wohin? Zürich 1934.
Friedensburg, Ferdinand: Die Weimarer Republik, Hannover—Frankfurt a. M. 1957.
Was ist die Eiserne *Front?* Hrsg. v. d. Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1932.
Eiserne *Front.* Vier Aufrufe, Berlin 1932.
Die falsche *Front.* Klassenkampf und Landesverrat. „Reichsbanner Nollet". Rede von Fritz Geisler, MdR., in der Reichsvertreterversammlung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands am 30. Juni 1924 zu Berlin anläßlich des Auftretens des „Reichsbanners Schwarz Rot Gold", mit einem Vorwort von Generalmajor Graf v. d. Goltz, Berlin 1924.
Fuehr, Heinrich: Wesen und Wirken der Kriegervereine, Berlin 1919.

Funder, Friedrich: Als Österreich den Sturm bestand, Wien 1957.
Furtwängler, Franz Josef: ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart 1955.
Galéra, Karl Siegmar Baron von: Der Kampf um die nationale Macht, 3 Bde., Leipzig 1933.
Gast, Helmut: Die proletarischen Hundertschaften als Organ der Einheitsfront im Jahre 1923. In: Z. Geschichtswiss. 4 (1956).
Gehl, Jürgen: Austria, Germany and the Anschluß 1931—1938, London 1963.
Geheimverhandlungen zwischen Nazi-Röhm und Reichsbanner-Mayr. Hrsg. von Ernst Schneller, Berlin o. J. (1932).
Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932.
Ders.: Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit 7 (1930).
Ders.: Zur Kritik der Verbürgerlichung. In: Die Arbeit 8 (1931).
Ders.: Die Mittelschicht und die Sozialdemokratie. In: Die Arbeit 8 (1931).
Gengler, Ludwig Franz: Die deutschen Monarchisten 1919—1925, Phil. Diss. Erlangen 1932.
Gerviens, Wilhelm (d. i. Carl Severing): Der 20. Juli 1932 in Wahrheit und Dichtung, Bielefeld o. J. (1946).
Geschichte der Republik Österreich. Hrsg. von Heinrich Benedikt, Wien 1954.
Die *Geschichte* von Schwarz Rot Gold. Beiträge zur Flaggenfrage. Hrsg. von Arnold Brecht, Berlin 1922.
Gessler, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart 1958.
Goebbels, Joseph: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934.
Ders.: Kampf um Berlin, 5. Aufl., München 1934.
Gollwitzer, Heinz: Bayern 1918—1933. In: VZG 3 (1955).
Gordon, Harold J.: Die Reichswehr und Sachsen 1923. In: Wehrwiss. Rdsch. 11 (1961).
Ders.: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919—1926, Frankfurt a. M. 1959.
Grzesinski, Albert D.: Inside Germany, New York 1939.
Griewank, K.: Dr. Wirth und die Krise der Weimarer Republik. In: Wiss. Ztschr. d. Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1951/52, H. 2.
Groener, Wilhelm: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, Göttingen 1957.
Groener-Geyer, Dorothea: General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt a. M. 1955.
Gumbel, Emil Julius: Verräter verfallen der Feme. Opfer, Mörder, Richter 1919—1929, Berlin 1929.
Haas, Werner: Europa will leben. Die nationalen Erneuerungsbewegungen in Wort und Bild, Berlin 1936.
Habedank, Heinz (Herbert): Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923. 2. Aufl., Berlin (Ost) 1958.
Hagmann, Meinrad: Der Weg ins Verhängnis. Reichstagswahlergebnisse 1919—1933, besonders aus Bayern, München 1946.
Hammer, Walter: Theodor Haubach zum Gedächtnis. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1955.
Ders.: Vom Reichsbanner zur Eisernen Front. In: Freie weite Welt, Beilage zu „Welt der Arbeit" vom 16. und 30. Juli 1954.
Hanisch, Wilfried: Die Hundertschaften Arbeiterwehr. Die proletarischen Hundertschaften 1923 in Sachsen, Berlin (Ost) 1958.
Heer, G.: Reichsbanner Schwarz Rot Gold und deutsche Burschenschaft. In: Burschenschaftliche Blätter 39 (1924/25).
Heidegger, Hermann: Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870—1920, Göttingen, Berlin—Frankfurt 1956.
Heiden, Konrad: Geburt des Dritten Reiches. Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933, 2. Aufl., Zürich 1934.
Heinz, Friedrich Wilhelm: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1933.
Heller, Hermann: Sozialismus und Nation, 2. Aufl., Berlin 1931.
Ders.: Europa und der Faschismus, Berlin—Leipzig 1931.
Hellpach, Willi: Politische Prognose für Deutschland, Berlin 1928.
Herzfeld, Hans: Die moderne Welt 1789—1945, 2. Teil: Weltmächte und Weltkriege, Die Geschichte unserer Epoche 1890—1945, Braunschweig 1952.
Hitler, Adolf: Mein Kampf, 55. Aufl., München 1933.

Hoegner, Wilhelm: Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959.
Ders.: Die verratene Republik, München 1958.
Hoffmann, Richard: Der Fall Hörsing-Haas, Magdeburg. Eine Antwort an den preußischen Justizminister, München 1932.
Hofmann, Hanns Hubert: Der Hitler-Putsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920 bis 1924, München 1961.
Höhn, Reinhard: Sozialismus und Heer, 2 Bde., Bad Homburg v. d. H. — Berlin–Zürich 1959.
Höltermann, Karl: Republikanische Notwehr. In: Die rote Stadt im roten Land. Ein Buch über das Werden und Wirken der Sozialdemokratie in der Stadt Magdeburg und dem Bezirk Magdeburg-Anhalt zum sozialdemokratischen Parteitag Magdeburg 1929. Hrsg. vom Parteitagskomitee, Magdeburg 1929.
Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.
Hörsing, Friedrich Otto: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. In: Volk und Reich der Deutschen. Hrsg. von Bernhard Harms, Bd. II, Berlin 1929.
Otto *Hörsings* Kriegsplan zur Niederringung der Arbeitslosigkeit. Hrsg. von Dr. Currius, Berlin-Schmargendorf 1931.
Hotzel, Curt (Hrsg.): Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs, Stuttgart 1934.
Hüllbüsch, Ursula: Gewerkschaften und Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaften zu Anfang und zu Ende der Weimarer Republik, Phil. Diss. Heidelberg 1958.
Jäger, Ernst: Schwarz Rot Gold in der deutschen Geschichte, Berlin 1925.
Ein *Jahr* Bremer Stadtwehr. 5. Februar 1919 bis 5. Februar 1920, o. J. u. o. O. (Bremen 1920).
Jahrbuch 1922 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Hrsg. vom Bundesvorstand, Berlin 1923.
Jahrbuch 1923 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Hrsg. vom Bundesvorstand, Berlin 1924.
Jasper, Gotthard: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922—1930, Tübingen 1963.
Ders.: Zur innenpolitischen Lage in Deutschland im Herbst 1929. In: VZG 8 (1960).
Joos, Josef: Die politische Ideenwelt des Zentrums, Karlsruhe 1928.
Jünger, Ernst: In Stahlgewittern, Berlin 1920.
Ders.: Das Wäldchen 125, Berlin 1925.
Ders.: Der Kampf als inneres Erlebnis, Berlin 1922.
Ders.: Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt, Hamburg 1932.
Jünger, Friedrich Georg: Aufmarsch des Nationalismus. Hrsg. und eingel. von Ernst Jünger, Leipzig 1926.
Die deutschen *Jugendverbände*. 3. Folge. Hrsg. von Hertha Siemering, Berlin 1931.
Jurr, Werner: Um die proletarische Wehrorganisation. Material zum politischen Zerfall des Roten Frontkämpferbundes, Berlin o. J. (1929).
Der *Kampf* um das Reich. Hrsg. von Ernst Jünger, Berlin 1929.
Kanzler, Rudolf: Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren, München 1931.
Kaufmann, Walter H.: Monarchism in the Weimar Republic, New York 1953.
Kayser-Eichberg, Ulrich: Geist und Ungeist des Militärs. Versuch über ein Mißverständnis, Stuttgart 1958.
Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bde., Stuttgart 1947—1948.
Kessler, Harry Graf: Tagebücher 1918—1937, Frankfurt a. M. 1961.
Killinger, Manfred von: Die SA in Wort und Bild, Leipzig 1933.
Ders.: Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben. 6. Aufl., München 1934.
Kirchner, Rudolf: Im Land der Widersprüche. Ein Deutschlandbuch, Frankfurt a. M. 1933.
Kleinau, Wilhelm: Soldaten der Nation. Die geschichtliche Sendung des Stahlhelms, Berlin 1933.
Klemperer, Klemens von: Germany's New Conservatism. Its History and Dilemma in the Twentieth Century, Princeton 1957, deutsch: Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1962.
Klönne, Arno: Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover–Frankfurt a. M. 1956.

Kluke, Paul: Der Fall Potempa. In: VZG 5 (1957).
Knickerbocker, H. R.: Deutschland — so oder so? Berlin 1931.
Köhler, Heinrich: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878—1949. Hrsg. von Joseph Becker, Stuttgart 1964.
Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918—1919, Düsseldorf 1962.
Korodi, Walther: Fort mit dem Reichsbanner. Genug mit der Reichswehrhetze. Kampfflugschrift, Berlin 1927.
Koszyk, Kurt: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958.
Kraft, Emil: 80 Jahre Arbeiterbewegung zwischen Meer und Moor. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Bewegungen in Weser-Ems, Wilhelmshaven 1952.
Krieg und Krieger. Hrsg. von Ernst Jünger, Berlin 1930.
Kruppa, Reinhold: Die Niederlausitz griff zur Waffe. Die Abwehr des Kapp-Putsches in der Niederlausitz, Berlin (Ost) 1957.
Kunze, Otto: Reichsbanner und Zentrum. In: Allgemeine Rundschau 24 (1927).
Kuron, Hans Jürgen: Freikorps und Bund Oberland. Phil. Diss., Erlangen 1960.
Landesschutz. Richtlinien zur schnellen Aufstellung von Landesschutzverbänden (Einwohnerwehren auf dem Lande), Berlin o. J. (1919).
Laqueur, Walter Z.: Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie, Köln 1962.
Leber, Julius: Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe, hrsg. von seinen Freunden, Berlin—Frankfurt a. M. 1952.
Lewinsohn (Morus), Richard: Das Geld in der Politik, Berlin 1930.
Liermann, Hans: Partei und Bund. In: Blätter für Deutsche Philosophie 5 (1931/32).
Lindheim, H. von: Zu Papens Staatsstreich vom 20. Juli 1932. In: GWU 11 (1960).
Link, Werner: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim a. G. 1964.
Löbe, Paul: Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin 1949.
Ders.: Der Weg war lang. 2. Aufl., Berlin 1954.
Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Die Tragödie eines Volkes, Deutschland 1918—1934, Amsterdam 1934.
Lukács, Georg: Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1955.
Lutz, Günther: Das Gemeinschaftserlebnis in der Kriegsliteratur. Phil. Diss., Greifswald 1936.
Lutz, Heinrich: Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914—1925, München 1963.
Maercker, Ludwig Rudolf Georg: Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Geschichte des freiwilligen Landesjägerkorps. Ein Beitrag zur Gesch. der deutschen Revolution. 2. Aufl., Leipzig 1921.
Mahraun, Artur: Politische Reformation. Vom Werden einer neuen deutschen Ordnung, Gütersloh 1949.
Ders.: Gegen getarnte Gewalten. Weg und Kampf einer Volksbewegung, Berlin 1928.
Man, Hendrik de: Sozialismus und Nationalfaschismus, Potsdam 1931.
Ders.: Untersuchung zur Psychologie des Sozialismus, Jena 1927, 2. Aufl. 1931.
Der *Marsch* auf Berlin. Von Fritz Carl Roegels, unter Mitarbeit von Hans Henning Freiherr Grote und Curt Hotzel. Mit einem Vorwort von Major a. D. Hans von Sodenstern, Berlin o. J. (1932).
Matthias, Erich: Sozialdemokratie und Nation. Zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration 1933—1938, Stuttgart 1952.
Ders.: Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933. In: VZG 4 (1956).
Ders.: Kautsky und der Kautskyanismus. In: Marxismusstudien 2. Folge. Hrsg. von Iring Fetscher, Tübingen 1957.
Ders.: Hindenburg zwischen den Fronten. Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahlen von 1932. In: VZG 8 (1960).
Ders./Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.
Mau, Hermann: Die deutsche Jugendbewegung, Rückblick und Ausblick. In: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte I (1948).
Ders.: Die ‚Zweite Revolution' — Der 30. Juni 1934. In: VZG 1 (1953).

Meier-Welcker, Hans: Zur politischen Haltung des Reichswehr-Offizierkorps (Dokumentation). In: Wehrwiss. Rdsch. 12 (1962).
Meinck, Gerhard: Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933—1937, Wiesbaden 1959.
Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.
Meissner, Otto: Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler, Hamburg 1950.
Meyer, Oskar: Von Bismarck zu Hitler, Erinnerungen und Betrachtungen, 2. Aufl., Offenbach/M. 1948.
Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. 2. Aufl. Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 1957.
Mirgeler, Albert: Der Faschismus in der Geschichte des modernen Staates. In: Saeculum 6 (1955).
Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918—1932. Grundriß ihrer Weltanschauung, Stuttgart 1950.
Morsey, Rudolf: Zur Geschichte des „Preußenschlags" am 20. Juli 1932. In: VZG 9 (1961).
Müller-Meiningen, Ernst: Bolschewismus — Faschismus oder Freistaat, München 1931.
Nelson, Leonard: Demokratie und Führerschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1927.
Neumann, Sigmund: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932.
Ney, E. L.: L'Autre Allemagne. Récits de missions spéciales, Paris 1930.
Niekisch, Ernst: Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat (H. 1 der Schriftenreihe: „Der deutsche Arbeiter in Politik und Wirtschaft"), Berlin 1925.
Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.
Nitram, Hans: Achtung! Ostmarkenrundfunk. Polnische Truppen haben heute nacht die ostpreußische Grenze überschritten, Oldenburg 1932.
Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963.
Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach a. M. 1949.
Ders.: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920.
Oberland. Ziele und Wege des Bundes Oberland e. V. (Dr. Fritz Römer), München 1926.
Oertzen, Friedrich Wilhelm von: Die deutschen Freikorps 1918—1923. 6. Aufl., München 1936.
Okraß, Hermann: „Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934.
d'Ormesson, Wladimir: Vertrauen zu Deutschland? Übers. und Vorw. von Alfred Grafen von Oberndorff, Berlin 1929.
Oschilewsky, Walter G.: Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten. In: Süddeutsche Monatshefte 23, H. 9 (Juni 1926).
Osterroth, Franz: Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten. In: Archiv für Sozialgeschichte 4 (1964).
Ders./Schuster, Dieter: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963.
Paetel, Karl O.: Jugendbewegung und Politik. Randbemerkungen, Bad Godesberg 1961.
Pahl, Walther: Ergebnisse und Probleme des Freiwilligen Arbeitsdienstes. In: Die Arbeit 9 (1932).
Papen, Franz von: Der Wahrheit eine Gasse, München 1952.
Paulus, Günter: Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution. In: Z. Geschichtswiss. 3 (1955).
Persius, L.: Reichsbanner Schwarz Rot Gold. In: Das neue Europa (Zürich) 2 (1926), H. 7/8.
Phelps, Reginald H.: Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning (Aus den Groener-Dokumenten, 7). In: Dtsch. Rdsch. 77 (1951).
Ders.: Die Briefe an Alarich von Gleich 1930—1932 (Aus den Groener-Dokumenten, 6). In: Dtsch. Rdsch. 76 (1950).
Pikart, Eberhard: Zum Problem der Ereignisse des 20. Juli 1932. In: Z. Politik 3 (1956).
Plaas, Hartmut: Das Kappunternehmen. In: Der Kampf um das Reich. Hrsg. von Ernst Jünger, Essen 1932.
Posse, Ernst H.: Die politischen Kampfbünde Deutschlands. 2. Aufl., Berlin 1931.
Ders.: Sorels Faschismus und sein Sozialismus. In: Archiv für Geschichte des Sozialismus 15 (1930).
Pross, Harry: Nationale und soziale Prinzipien in der Bündischen Jugend. Phil. Diss., Heidelberg 1949.
Pünder, Hermann: Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929—1932. Hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961.

Raabe, Felix: Die Bündische Jugend. Ein Beitrag zur Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. vom Studienbüro für Jugendfragen e. V., Bonn, Stuttgart 1961.
Radbruch, Gustav: Kulturlehre des Sozialismus. Ideologische Betrachtungen. 3. Aufl. Hrsg. von August Rathmann, Berlin 1949.
Rako, Otto: Katholizismus und Zentrumspolitik zu Sozialismus und Reichsbanner, Berlin 1930.
Rehm, Walter: Reichswehr und politische Parteien der Weimarer Republik. In: Wehrwiss. Rdsch. 8 (1958).
Reibnitz, Kurt von: Im Dreieck Schleicher — Hitler — Hindenburg. Männer des deutschen Schicksals, Dresden 1933.
Was mußt du vom *Reichsbanner* Schwarz Rot Gold wissen? Eine sachliche Aufklärung, Kassel o. J. (1924).
Der proletarische *Reichsbannermann.* Diskussionsblatt der oppositionellen Reichsbannerarbeiter. Jg. 1928, Nr. 1, o. O. (Halle).
Remmele, Hermann: Hamburg im Aufstand. Der rote Oktober 1923 vor dem Klassengericht, Berlin 1925.
Rémond, René; Les Ancients Combattants et la Politique. In: Revue Francaise de Science Politique 5 (1955).
Renner, Karl: Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, Wien 1953.
Riemer, Svend: Zur Soziologie des Nationalsozialismus. In: Die Arbeit 9 (1932).
Ders.: Mittelstand und sozialistische Politik. In: Die Arbeit 9 (1932).
Riemkasten, Felix: Genossen. Roman, Berlin 1931.
Ders.: Ist die Linke wirklich noch das Rechte? Berlin 1931.
Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus" in Deutschland. Bd. I: Die altpreußische Tradition (1740—1890), München 1954. Bd. II: Die Hauptmächte Europas und das Wilhelminische Reich (1890—1914), München 1960. Bd. III: Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914—1917), München 1964.
Ritter, Gerhard: Das Problem des Militarismus in Deutschland. In: HZ 177 (1954).
Röhm, Ernst: Die Geschichte eines Hochverräters. 6. Aufl., München 1934.
Rößler, Wilhelm: Jugend im Erziehungsfeld. Haltung und Verhalten der deutschen Jugend in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Jugend der Gegenwart, Düsseldorf 1957.
Rosen, Erwin: Orgesch (Organisation Escherich), Berlin 1921.
Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt a. M. 1955.
Ders.: Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad 1935.
Ders.: Die Entstehung der deutschen Republik 1871—1918, Berlin 1928.
Runkel, Friedrich: Die sozialen Aufgaben der Einwohnerwehren, Berlin 1919.
Salomon, Ernst von: Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938.
Ders.: Die Geächteten, Berlin 1933.
Seidel, Richard: Gewerkschaften und politische Parteien, Berlin 1928.
Seidelmann, Karl: Bund und Gruppe als Lebensformen deutscher Jugend. Versuch einer Erscheinungskunde des deutschen Jugendlebens in der ersten Hälfte des XX. Jahrhunderts, München 1955.
Seldte, Franz: Dauerfeuer, Berlin 1930.
Ders.: MGK, Leipzig 1929.
Server, O. B.: Matadore der Politik, Berlin 1932.
Severing, Carl: Mein Lebensweg. 2 Bde. Köln 1950.
Ders.: 20. Juli 1932. In: Die Gegenwart 2, Nr. 13/14 vom 31. Juli 1947.
Siemann, Joachim: Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Soziologie der Eliten in der modernen Parteigeschichte. Phil. Diss., Göttingen 1955.
Der *Sinn* der Reichsbannerkrise. In: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, (Berlin) 10 (1927).
Sombart, Werner: Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München—Leipzig 1915.
Spiecker, Karl: Germany – from Defeat to Defeat, London 1943.

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.
Specht, Gustav: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als organisiertes soziales Gebilde. Wirtsch.- und sozialwiss. Diss., Köln 1949.
Schäfer, Wolfgang: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover 1956.
Schauwecker, Franz: Aufbruch der Nation, Berlin 1929.
Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Dresden 1928.
Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1957.
Schlange-Schöningen, Hans: Am Tage danach, Hamburg 1946.
Schlottner, Erich Heinz: Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923. Ein Beitrag zur Geschichte der Weimarer Republik. Phil. Diss., Frankfurt a. M. 1947.
Schmahl, Eugen: Der Aufstieg der nationalen Idee. 3. Aufl., Stuttgart 1933.
Schmalenbach, Hermann: Die soziologische Kategorie des Bundes. In: Die Dioskuren, Jb. für Geisteswiss., Bd. I, München 1922.
Schmidt-Pauli, Edgar von: Hitlers Kampf um die Macht. Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, fortgeführt bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, Berlin 1933.
Schmitt, Carl: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 2. Aufl., München 1926.
Schoenaich, Paul von: Mein Finale. Mit dem geheimen Tagebuch 1933—1945, Flensburg—Hamburg 1947.
Ders.: Krisis im Reichsbanner. In: Die Weltbühne 24 (1928).
Schotte, Walther: Der neue Staat, Berlin 1932.
Schreiber, Georg: Brüning, Hitler, Schleicher. Das Zentrum in der Opposition, Köln 1932.
Schubert, Günter: Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963.
Schüddekopf, Otto-Ernst: Linke Leute von Rechts. Nationalbolschewismus in Deutschland 1918 bis 1933, Stuttgart 1960.
Ders.: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover—Frankfurt a. M. 1955.
Schultz, Edmund, und Friedrich Georg Jünger: Das Gesicht der Demokratie, Leipzig 1931.
Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Berlin 1963.
Schulz (Luckau), Karl: Soldatentum und Kameradschaft. Anderthalb Jahrhunderte Deutscher Reichskriegerbund, Berlin 1936.
Schumann, Hans Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der deutschen Arbeitsfront, Hannover—Frankfurt a. M. 1958.
Schunke, Joachim: Schlacht um Halle. Die Abwehr des Kapp-Putsches in Halle und Umgebung, Berlin (Ost) 1956.
Schuschnigg, Kurt von: Dreimal Österreich, 3. Aufl., Wien 1938.
Schützinger, Hermann: Der Kampf um die Republik. Ein Kampfbrevier für republikanische Frontsoldaten, Wien o. J. (1924).
Schwarz, Albert: Die Weimarer Republik. In: Brandt-Meyer-Just, Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. IV, Konstanz 1958.
Schwarz, Hans-Peter: Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers, Freiburg 1962.
Schwend, Karl: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954.
Schweyer, Franz: Politische Geheimbünde. Blicke in die Vergangenheit und Gegenwart des Geheimbundwesens, Freiburg 1925.
Der *Stahlhelm*. Erinnerungen und Bilder aus den Jahren 1918—1933. Hrsg. im Auftrage des Gründers und Bundesführers Franz Seldte. Bd. I, 2. Aufl., Berlin 1933.

Stahlhelm-Handbuch. Im Auftrage des Bundesamts auf Grund amtlichen Materials hrsg. von Walter Kettner und Heinrich Hildebrand, Berlin 1927.
Stampfer, Friedrich: Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957.
Ders.: Die vierzehn Jahre der ersten Deutschen Republik, Offenbach 1947.
Starhemberg, Ernst Rüdiger: Between Hitler and Mussolini, New York 1949.
Strasser, Otto: Hitler und ich, Konstanz 1948.
Unter dem weißen *Terror*. Die Reichswehrgreuel in Sachsen im Okt./Nov. 1923 und die Blutschuld der Sozialdemokraten, Berlin 1924.
Thälmann, Ernst: Fünf Jahre Roter Frontkämpferbund (1929). In: Ernst Thälmann, Kampfreden und Aufsätze. Hrsg. von der KPD, Berlin o. J. (1932).
Thieringer, Rolf: Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik. Phil. Diss., Tübingen 1954.
Tjaden, K. H.: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim a. G. 1964.
Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. 4./5. Aufl., Berlin 1922.
Tschachotin, Sergei: Dreipfeil gegen Hakenkreuz, Kopenhagen 1933.
Ders.: The Rape of the Masses: The Psychology of Totalitarian Political Propaganda, London 1940.
Unruh, Fritz von: Mächtig seid Ihr nicht in Waffen. Gesammelte Reden, Nürnberg 1957.
Verfassung des jungdeutschen Ordens, Kassel 1921.
Vierhaus, Rudolf: Faschistisches Führertum. Ein Beitrag zur Phänomenologie des europäischen Faschismus. In: HZ 198 (1964).
Ders.: Die politische Mitte in der Weimarer Republik. In: GWU 15 (1964).
Vietsch, Eberhard von: Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, Koblenz 1958.
Vogelsang, Thilo: Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932. In: VZG 6 (1958).
Ders.: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930—1932, Stuttgart 1962.
Ders.: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930—1933. In: VZG 2 (1954).
Wacker, Wolfgang: Der Bau des Panzerschiffes „A" und der Reichstag, Tübingen 1959.
Wagner, Raimund: Über die Chemnitzer Konferenz und die Widerstandsaktionen der sächsischen Arbeitermassen gegen den Reichswehreinmarsch im Oktober 1923. In: Beitr. Gesch. dt. Arbeiterbew. 3 (1961), Sonderh. anl. d. 15. Jahrestages d. Gründung d. SED.
Waite, G. L.: Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918–1923, Cambridge (Mass.) 1952.
Weber, Hermann: Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln—Berlin 1963.
Wentzke, Paul: Die deutschen Farben. Ihre Entwicklung und Deutung sowie ihre Stellung in der deutschen Geschichte, Heidelberg 1955.
Wheeler-Bennett, John Wheeler: Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918—1945, Düsseldorf 1954.
Wiede, Peter: Wilhelm Rüstow (1821—1878). Ein Militärschriftsteller der deutschen Linken. Phil. Diss., München 1957.
Wiegner, Karl: Kampfjahre unter Schwarz Rot Gold. In: Telegraph v. 20. Februar 1949.
Winnig, August: Das Reich als Republik 1918—1928. 4. Aufl., Stuttgart 1930.
Wirth, Josef: Der Aufbruch. Republikanische Flugschriften, Berlin — Frankfurt a. M. 1926.
Wonneberger, Günther: Deutsche Arbeitersportler gegen Faschisten und Militaristen 1929—1933. Zur historischen Bedeutung des revolutionären Arbeitersports, Berlin (Ost) o. J.
Wrobel, Kurt: Die Volksmarinedivision, Berlin (Ost) 1957.
Zahn, Manfred: Öffentliche Meinung und Presse während der Kanzlerschaft von Papens. Phil. Diss., Münster 1953.
Zarnow, Gottfried (Pseud.): Gefesselte Justiz. Politische Bilder aus deutscher Gegenwart, 2 Bde., München 1931/1932.

Zechlin, Egmont: Schwarz Rot Gold und Schwarz Weiß Rot. Geschichte und Gegenwart, Berlin 1926.
Zeender, John K.: The German Catholics and the Presidential Election of 1925. In: The Journal of Modern History, vol. XXXV (1963).
Zernatto, Guido: Wahrheit über Österreich, New York 1938.
Zimmermann, Ludwig: Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen 1958.
Zimmermann, Wolfgang Gabriel: Bayern und das Reich 1918—1923, München 1953.
Zobel, Johanna: Zwischen Krieg und Frieden. Schüler als Freiwillige in Grenzschutz und Freikorps, Berlin 1934.
Zorn, Wolfgang: Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1924—1931. In: Ein Leben aus freier Mitte. Festschrift für Ulrich Noack, Göttingen 1961.
Zwoch, Gerhard: Die Erfüllungs- und Verständigungspolitik der Weimarer Republik und die deutsche öffentliche Meinung. Phil. Diss., Kiel 1950.

Personenregister*)

Abegg, Wilhelm 305, *428*, *433*
Adam, Wilhelm 172
Adler, Friedrich *117 f.*, *120*, 238
Adler, Max *174*
Adler, Victor 237
Albersmann *183*
Alexander, Hans 463
Alter, Junius (Pseudonym) s. Sontag, Franz *432*
Alverdes, Paul 142 f.
Anderson, Evelyn 429
Andre, Josef *288*
Anker, Kurt 388
Armin, Hans-Jürgen Sixt von 462
Auer, Erhard 32, *150*, 314
Auer, Ignaz *59*
Aufhäuser, Siegfried *315*, *430*
Averescu, Alexander 210
Axhausen *27*

Bader, Paul 61
Badt, Hermann *421*
Baer, Otto 65, 69
Baerensprung, Horst 39, 64 ff., 69, *128*, 130, *144*, 275 f., *428*
Bahr, Max *272*
Barbusse, Henri 142 f., 212, 216, 220
Barkeley, Richard *187*
Barmat, Gebrüder Julius und Henri *76*
Barrès, Philippe *152*
Bartram, Theodor *445*
Basch, Victor 344
Bauer, Gustav Adolf 305, 314
Bauer, Otto 238 f.
Bauer 287
Baumeister, A. *126*
Baurichter, Kurt *78*, *423*, 444, 468
Bebel, August 31, 35, 119, 183, 237, 402 f., 409
Bergsträsser, Ludwig 305
Bernhard, Georg 70, 305
Bernsdorff, Johann Heinrich Graf von 70, 304
Bernstein, Eduard 314
Beumelburg, Werner *131*, 142
Binding, Rudolf G. 142 f.
Bismarck, Otto Fürst von 228, 240, 460
Blüher, Hans 103
Blum, Robert 229
Böhmcker, Hans 467
Böhme, Ernst *45*, 63 f., 69
Bohner, Theodor 388, *389*
Bolz, Eugen Anton 32, 287, *288*
Bonin, Erich von 180, *181*
Bornemann, Otto 346
Böß, Gustav 305
Bousmiche 151
Bracher, Karl Dietrich 426, *436*
Brandenburg, Ernst 65
Bratianu, Jon 210
Brauer, Theodor 262
Braun, Adolf 60 f.
Braun, Heinz *65*, *168*
Braun, Otto *60*, *196*, *276*, 314, *436*, 449
Bredow, Kurt von 372, 444 f., *450*, 451 f.
Bredt, Johannes Viktor *109*, 163
Brendemühl, Rudolf *119*, *270*, 429
Breitscheid, Rudolf *454*, 455, 458
Briand, Aristide 152, *234*
Bridger, E. *171*
Bröger, Karl 142, 144, 246, *264*, 452
Brüning, Heinrich 117 f., 299, 301, 303, 309, 327, 361, *393*, 400, 421, 423 f., 445
Buchrucker, Ernst *444*, 456
Buchwitz, Otto *428*
Buck, Johann Wilhelm 73, 323, *324*
Buisson, Will *117*, *470*

Carlbergh, Ernst *95*, 266, *269 f.*, *273*, 378, *473*
Carlowitz, Adolf von *423*, *449*
Cassin, René 151
Codreanu, Corneliu Zelea 210
Cordemann *446*
Credaro, Luigi 224
Crohn, Paul 64 ff., *272*, *274*, 300, 388
Crohn, Vater von Paul Crohn 64
Czapinski, Kazimir *202*, *210*
Cziaja, Karl *39*, *350*

Davidson, Georg *126*
Degrelle, Leon 223
Deimling, Berthold von *57*, 70, *108*, 127, 136, *168*, *179*, *186*, 233, 275, 304, 306
Dernburg, Bernhard 305
Despret, Maurice 211
Dessauer, Friedrich *206*, 280, 282

* *Kursivziffern* weisen auf Namen in den Anmerkungen hin.

Deutsch, Julius 36, *43*, 58, *79*, 88, 165, 202 f., *204*, *209*, 212, *215*, 216, 218 f., 221, 224, 234, 238, *239*
Diefenthal, Ernst *61*, 274, 277
Diels, Rudolf *78*, 444
Dietrich, Hermann 309
Diks, Walter 282
Dittmann, Robert *275*
Dix, Otto *144*
Dollfuß, Engelbert 435
Drescher, Reinhold *35 f.*
Duderstadt, Henning *107*, *264*, *270*, *408*, *413 f.* 429, 436, *446*
Duesterberg, Theodor *22*, *42*, 56, *129*, *145*, *207*, 344, 348, *432*, *441*, 455 f.
Duverger, Maurice 97
Dwinger, Edwin Erich *142*

Ebert, Friedrich 78, *244*, 247, 326, *332*. 349, *417*
Ebert, Friedrich jun. *173*
Ehrhardt, Franz 70, 279
Ehrhardt, Hermann *42*, *74*, 75, 77, 189, 353
Eiffler, Alexander 165, 375
Ellermann, Paul 465, *466*
Elsner *275*
Encke, Walter *378*
Epp, Franz Xaver Ritter von 23
Erkelenz, Anton 70, 304, 310, 347
Erman, Wilhelm *231*
Erzberger, Matthias 30, 54
Escherich, Georg 20, 24—27

Fabre-Luce, Baron Robert *152*
Fehrenbach, Constantin 71, 279 f., 287, 292
Ferl, Gustav 39, *40*, 45, *50*, 55 f., 63, 66, *68*, 278, *381*, *428*, 470
Fischer, Hermann 304, 306
Fischer, Ruth *171*
Flamme *395*
Fleißner, Hermann *88*, 325, 327
Flex, Walter 142 ff.
Foerster, Friedrich Wilhelm *137*, 149, 155, 235
Förster, Hans Albert *132*
Follen, Karl 229
Frank, Ludwig 138, *246*
Franke, Helmut 134, *135*, *140*, 153, *154*
Franke *324*
Frehe, Erwin 246
Freiligrath, Ferdinand 229
Frey, Erich 327
Frey, Lothar *408*, 429
Frick, Wilhelm *138*, 160, 420
Friedensburg, Ferdinand *271*, 400
Friedrich II. *230*, 243
Friedrich Wilhelm von Preußen *181*, 182, *388*
Funder, Friedrich 238

Gajda, Rudolf 208
Galéra, Karl Siegmar Baron von *425*
Gareis, Heinrich *33*
Gareis, Karl 54
Gebhardt, Albert *39*, *389*, *444*, *446*, 451
Gebhardt, Gustav *171*
Geisler, Fritz *75*
Gelpke, Ahlhardt *428*
Gentzer 32
Gerlach, Hellmut von 33, 305
Gerlach, Ludwig von 186, 190
Gerlach, Paul *287*
Gereke, Günther 446, 450
Geßler, Otto 161, *186*, 305
Glahn *387*
Gneisenau, August Graf Neithardt von 230 f.
Goebbels, Josef *138*, *392*, 420, *424*
Goltz, Rüdiger Graf von der 186
Gömbös, Julius 210
Göpffahrt, Oswald *39*
Göring, Hermann *78*, *188*, 468
Goetz, Walter 305
Gordon, Harold J. *177*
Gothein, Georg 305, 308
Graßmann, Peter *60*, 184, 315, *458*
Grentans *37*
Groener, Wilhelm *78*, *129*, 161, *172*, 178, 180, 181 f., 191, 196, 376, 419—424, *444*, 445
Groß, Babette *435*
Grzesinski, Albert 314, *359*, 378, *414*, *416*, 438
Gumbel, E. J. *28*
Gyßling, Werner *308*

Haas, Ludwig 70, *108*, *168*, 173, 183, *186*, *261*, 291, 304, 306
Haas, Rudolf 64 f.
Haenisch, Konrad 314
Haller, Joseph 210
Hamburger, Adolf *388*
Hamilton, Sir *73*
Hammer, Walter *59*
Hammerschlag 69
Hammerstein-Equord, Kurt Freiherr von *423*
Hanemann *164*
Hanisch, Wilfried *33*
Hansen, Richard *29*, *39*, *45*, 368, *428*, 470
Hardenberg, Karl August Freiherr (1814 Fürst) von 230
Hardt, W. 66, *128*, *274*, 275 f.
Hartmann, Ludo Moritz 237
Hatzelmann, Daniel 279
Haubach, Theodor 63, 90, *91*, 93, *95 f.*, *124*, 175, *214 f.*, 231, 252 f., 275, 366, *389*, 440, 457

Hauff, Bernhard *69*, *272*, *274*, 275 f., 300, 306, *307*, 309, 311, *384*, 388, 390, 400
Hedermann, Hans 463
Heiden, Konrad *436*, *452*
Heilmann, Ernst *190*, *257*, *260*
Heimannsberg, Magnus *378*, *433*
Heine, Wolfgang *152*, 314
Heines, Edmund 463
Heinrich, Karl 441, 471
Heinz, Karl 202
Heldt, Max 73, 323
Helldorf, Wolf Heinrich Graf von *42*
Hellfenstein, Dr. 274
Helling 64, *65*
Hellpach, Willy 247, 305
Hermann, Erich 274
Heß, Joseph 285
Heß, Rudolf 154
Heuß, Theodor 305
Hieber, Hermann *67*
Hille, Eduard *39*
Hindenburg, Paul von 59, *247*, 262 f., 326, 346, 349, 417 ff., 421 f., 434
Hirtsiefer, Heinrich *69*, 280
Hitler, Adolf 31, 35, 41, *42*, 43, 80, 104, 149, 159, *189*, 195 ff., 214, 222, 246, 254, 258, 262, 317, 343, 360 f., 364 f., *372*, *374*, *388*, *406*, 407 f., *413*, *416*, 417—420, 424, *425*, 426, *433*, 437, 439, 440 f., 443, *444 f.*, 456 f., 459 f., 462, 466
Hobohm, Martin *260*
Hoffmann, Richard *65*
Höfle, Anton 279
Hofmann, Hermann *287*
Hofmann, Max *60*, 278, 470 ff.
Höltermann, Karl 27, 39, *40*, *42*, *45*, 47, *54*, 56, 60—63, 66 f., 69, *78*, 91, *105*, *114*, 116 bis 119, *121*, *128*, 130, 136 f., *138*, 139, *148*, 149, 155 f., *165*, 167, *171*, *173*, 175 f., *177 f.*, 182, 188, 191 f., 199, 202 f., *204*, 207, 235, 237, 259, *264*, *268*, 270, 272, 274, 277 ff., 300, 310, *324*, 338, 344, 366, *369*, 374, 379, *381*, 382, 389, 391, *392*, *394*, 397, *399*, 403 f., 410, 413 bis 417, *422*, 423, 427, 430 f., 433, *435 f.*, 437, 441 f., 444, *445 f.*, 450—456, 458, 460 ff., 465, 468—473
Holtum, Albrecht von 31, *32*, 53, *181*
Höpker-Aschoff, Hermann 53, 305
Hörsing, Friedrich Otto 17, 27, 40, 41, 44, *45*, 46 f., 55—61, 63—69, 73, 75, *76*, 79, *86*, 87 ff. *108*, 116 ff., 120, 150, *167 f.*, 179, 186 bis 189, 206 f., *214*, *233*, *250*, 262, *274*, 278, 285, 291, 293 f., *296*, 298, 300, 307 f., *310*, 311, 316, 318 ff., 338, 341, 344 f., 348, 357 f., 379—392, 409
Horthy, Nikolaus von 210
Hotzel, Kurt 134
Hotzelt *289*
Hugenberg, Alfred *207*, 344, 347, 440, *441*, 457
Hummel, Hermann 305

Ilgner, Karl *369*, 441, *451*, *466*
Imbusch, Heinrich 280
Innerkofler, Adolf 400

Jahn, Friedrich Ludwig 99, 203 f.
Jahn, Hans *414*
Jaques *201*
Jatow, Willy *124*, *220*, 268
Jaurès, Jean 119, 253
Joos, Josef 206, 251, 279, *280*, 281 f., 284, *287*, 293, *295*, 297, 300, 337
Juchacz, Marie 418
Jünger, Ernst 112 f., *131*, *133*, 134, 142 f., *145*, 146, *154*
Jünger, Friedrich Georg 134
Jurr, Werner *106*, *225*

Kaas, Ludwig *118*, 301
Kahl, Wilhelm 312
Kahr, Gustav Ritter von *23*, 32, *38*
Kaiser, Jacob 280
Kalnins, Bruno *201*, *204*
Kanzler, Rudolf 26
Kapp, Wolfgang 21, 25, 29, 31, 35, 45, 49, 64, *67*
Kaspar *275*
Kaufmann *275*
Keimer, Dr. *275*, 300, *357*
Kellermann, Franz 280, 286, *298*, *300*
Keßler, Harry Graf von 59, 305
Keynes, John Maynard 380
Kinkel, Gottfried 229
Klausener, Erich 371, 376
Klose, August *275*
Knickerbocker, H. R. *273*
Knilling, Eugen von *23*
Koch, A. *275*
Koch-Weser, Erich 70, 304, 309
Koch, Fritz *251*
Köhler, Hermann *250*, 280, 287, 293, 302
Koerber, Viktor A. Baron Korb von *58*, *109*, 150, *152*, *214*
Korell, Adolf 305
Körner, Theodor 230
Körner, Theodor 165, *239*, 441
Korodi, Walter *171*, *185*, 345
Kraschutzky *188*, *192*
Kriebel, Hermann *42*
Krille, Otto *428*, *431*, *434*

Krone, Heinrich 53, 61, 71, *147*, 206, *241*, *264*, 279, *283*, 284, 289, 293, 297, *298*, *300*, *303*, 306
Kroner, Wilhelm 305
Krull *69*
Kruse, Willi *168*
Kube, Wilhelm *138*
Kübler, Konrad 313
Külz, Wilhelm 305
Kundt *202*
Küster, Fritz 188, 192, 322
Kuttner, Erich 126 f.

Ladebeck *263*
Landsberg, Otto 233
Lange, Hans E. *127*, *168*, *431*
Lasalle, Ferdinand *123*, 237, 404
Leber, Julius 63, 360, 404, 410 f., 416, 438
Lechner, Eugen *269*, 467
Ledebour, Georg *225*
Lehmann-Rußbüldt, Otto 77, *184*, 187 f.
Leicht, Johann *266*, 288
Leipart, Theodor 48, 315, 427
Lemmer, Ernst 49, *67 ff.*, 130, *168*, *186*, *264*, *300*, 306, 310, 312, *331*, 348, *383*, *387*, 388, *395*
Lenin (Uljanow), Wladimir Iljitsch 222
Lensen, Fritz (Pseudonym für Teipel) *144*
Lenz, Hermann Ritter von *455*
Lerchenfeld-Koefering, Hugo Philipp Graf von und zu *23*
Levi, Paul 174, *190*
Lewinsohn, Richard 76
Lex, Hans Ritter von *377*, *455*
Liautey, A. 151, *152*
Liebknecht, Wilhelm 237
Lipschitz, Joachim *473*
Löbe, Paul *60*, 71, 105, *106*, 236, *261*, 314
Löhr *267*
Lossow, Otto Hermann von *42*
Löwenstein, Hubertus Prinz zu *62*, 90, *95*, 103, 116, 120 ff., *124*, *139*, 232, *240 f.*, *246*, 269, 272, 278, 341, 381, 411, *429*, *431*, *433*, 434, *473*
Lübbert, Erich *446*
Lübbring, Josef 32
Lube, Friedrich *263*, *359*
Ludendorff, Erich *42*
Lüders, Theo *199*, *442*
Luppe, Hermann 70, 304
Luther, Hans 292, 305, *358*
Lützow, Adolf Freiherr von 230

Macdonald, James Ramsay *387*
Machts 441
Mahraun, Arthur 24, 56, 101, *133*, 150, 159, 228, 234, *257*, *311*, 340, 346 f., 375, 456
Man, Hendrik de 123
Marx, Karl *24*, 219, 225
Marx, Wilhelm *54*, *71*, 206, 248, 282, 285, 290—295, 299—305, 309, 327, *332*, 350
Maschke, Walter *396*
Mataja, Heinrich *206*
Matthias, Heinrich 413, *414*, 426, 428, 430, 434, *465*
Mau, Hermann *84*
Mayer, Herbert 429
Mayr, Karl *77*, 129, 148 ff., *152*, *168*, 175, 178, *184*, 188 ff., 214, 274—277, *309*, 322, 347, 349, *364*, *388*, *424*, 445, *454*, 470
Medem, Frhr. v. *159*
Meinck, Gerhard *161*
Meißner *204*, *337*, *449 f.*
Meurer, Hubert 274
Michael, Rudolf *240*
Michel, Ernst 282
Mierendorff, Carlo 406, *407 f.*, 410
Moltke, Helmuth Graf von 232
Mosley, Oswald 223
Mühlen, von zur *449*
Müller, Alfred *42*
Müller, Emil R. 392
Müller, Gustav *275*
Müller, Hermann *78*, 128, *180*, 314, *334*
Müller-Brandenburg, Hermann *256*
Münzenberg, Wilhelm *435*
Mussert, Anton 223
Mussolini, Benito *206*, 212, 222, *225*

Naumann, Friedrich *61*, 277, 305 f.
Nehls, Otto 470
Neidhardt, Arthur 44, *47*, *50*, *68 f.*, *73*, *90*, *116 f.*, *266*, *275*, *323*, 371 f., *389*, *427*, *429*, *433 f.*, 470, 472
Nelson, Leonard 322
Neumann, Heinz 114
Neumann, Sigmund 97
Niekisch, Ernst 183, *252*, 254 f., 323, *343*
Niffka, Erwin *68*, *241*, *271*, *285*, *291*, *301*
Noeldechen, Ferdinand *423*
Nolden, Hubert 275
Nollet, Charles *171*, 344
Nolte, Ernst *209*, 222, 224
Nölting, Erik *107*, *121*, 359
Noske, Gustav 18 f., 24, 29, *44*, 176, *178*, 324
Nordenflycht, von 462
Nothomb, Pierre Baron 211
Nowack 463
Nowack, Wilhelm *54*, *68*, *181*, *237*, *239*, *264*, 274, 278, *304*, 306, 389, *414*, *461*
Nuschke, Otto 70, 305

Obermayr, Benedikt 54, *252*
Oertzen, Friedrich Wilhelm von 19
Okraß, Hermann *353*
Ollenhauer, Erich 317, *396*, 438
d'Ormesson, Wladimir Graf 158, *234*, 235
Orth, Hermann 71, 280
Osterroth, Franz *45*, *59*, *62*, *67*, *109*, *118*, 122, *139*, *144*, *252*, 274, 277, *360*, 392, *396*, *407*, *410*, *413*, *430*, 431, *460 f.*
Ott, Eugen *78*, *181*, 444
Otte, Kurt 65 f.
Otto 32
Ozol, Voldemar 211

Pape, Artur *274*, 388, *396*
Papen, Franz von *47*, *129*, 317, 377, 424 ff., *428*, *431*, 432 ff., *435 f.*, 437, 440 f., 444 f., *446*, 451, 457, 459 f.
Parvus-Helphand, Alexander *76*
Pastenaci, Kurt *340*
Paulus, Günther 18
Pavajetz *202*
Pawlow, Iwan Petrowitsch 404
Pernersdorfer, Engelbert 237
Persius, Lothar 105, *158*
Petersdorff *35*
Petersen, Carl Wilhelm *303*, 305
Petzold, Artur 313
Peyer, Károly *202*, *209*
Pfliegner, Kurt *117*
Pietrzuch, Konrad *425*
Pilsudski, Josef 210
Pohlmann, Alexander 65, 69, 311
Porsch, Felix 285
Preuß, Hugo *237*, 304 f.
Pünder, Hermann *294*, 376

Quidde, Ludwig 31, *303*, 310

Radbruch, Gustav 314
Rade, Gottfried 274
Rade, Martin 274
Rako, Otto *289*
Rathenau, Walther 30, 35, 49, 54
Rechberg, Arnold *58*, 150 f., *152*, 349
Reibnitz, Freiherr Kurt von *61*
Reinhardt, Walther 185
Remarque, Erich Maria (d. i. Kramer) *137 f.*, 142 f., *364*
Renn, Ludwig (d. i. Arnold Vieth von Golßenau) 142
Renner, Karl *59*, 120, 238
Reuter, Ernst *428*
Reuter, Fritz 231
Reventlow, Ernst Graf zu *138*
Reynaud, Paul *152*
Riemkasten, Felix *109*
Ritter, Gerhard *136*
Röber, Walter *45*, 65 f., *76*, *94*, *266*, 431, 460, *461*
Rocque, François de la 130, 223
Rohan, Karl Anton Prinz *154*
Röhm, Ernst *61*, 149, 173, 195, 349, *353*, 406, 419 f.
Rönneburg, Heinrich 305
Rößler, Willi *35*, *101*
Rosenfeld, Kurt 174, 322
Rosenstock-Huessy, Eugen *154*
Roßmann, Erich 152
Rothe, Richard *150*, *373*
Rötscher, R. 65, *128*

Sänger, Fritz *428*, *430*
Salomon, Franz Pfeffer von *24*
Sanders, Wilhelm *268*
Schäffer, Fritz 288, *297*, *372*, *428*, 455
Scharnhorst, Gerhard von 230 f.
Scharp, Heinrich 282
Schauwecker, Franz *131*, 134, 142
Scheffel, Franz 315
Scheidemann, Philipp 30, 174, 305, 314
Scherpenberg, Hilger van *264*
Scheringer, Richard 456
Schiffer, Eugen 305
Schkoinow 208
Schleicher, Kurt von 63, *114*, *129*, *148*, *159*, 175, 180, *181*, 182, 195, *423*, 424, 440 f., 444 ff., *449*, 450 ff.
Schlimme, Hermann *393*, *396*, *398*, *400*
Schmalenbach, Eugen 97
Schmude, Detlef *276*
Schneppenhorst, Ernst *18*
Schofer, Josef *287*
Schönaich, Paul Freiherr von *162*, 184, 186 bis 189, 192, 275, 304, 306
Schoepfer, Aemilian 238
Schotte, Walther *61*, 182, 257
Schreiner, Karl *91*, 266, 280, *298*, 300, 312, 388, *389*
Schulz, Albert *45*, *49*, *69*, *419*, *428*, *431*
Schulz, Georg *275*
Schulz, Paul *349*
Schulz, Waldemar *168*, *274*, 388
Schumacher, Ernst *428*
Schumacher, Kurt 63, *93*, *260*, *288*
Schumann, Oswald 315
Schunke, Joachim *20*
Schurz, Carl 229
Schützinger, Hermann *18*, *61*, *139*, *156*, *165*, 166, 186, *241*, *276*, 337, *394*, 473
Schwanecke, Hermann *168*, *274*, 310 f.
Schweyer, Franz *23*

Schwingenstein 313
Secret, Bernard 151
Seeckt, Hans von *65*, 170, 180
Seger, Gerhart 363
Seidenschnur, Paul 275 f.
Seipel, Ignaz 238, *288*
Seißer, Hans Ritter von *42*
Seldte, Franz 24 f., *42*, 56, *61*, 111, *112*, *116*, *131*, *135*, 141, *145*, 246, 343 f., 348, *432*, 455
Severing, Carl 26, 36, 40 f., *44*, 52 f., 57 f., *62*, 77, *78*, *106*, *115*, 162, 170, *179*, *294*, 314, 376—379, 420, *423*, 426 f., *430*, 431—433, 437 f., *444*, 456
Seydewitz, Max 174, 322
Silaba, R. *202*
Sklarek, Gebrüder Leo, Willy und Max *76*
Sollmann, Fritz 128, 183, *251*, 261, 314
Sontag, Franz *432*
Spiecker, Karl *69*, 70, 279, 282, 285 f., *289*, *298*, 300
Sprener, Franz (s. Koerber, Viktor)
Stampfer, Friedrich 44, 46, *47*, 50, 73, 107, 126 f., *253 f.*, 314, *415*, 437, 455
Stegerwald, Adam 54, 248, 280
Stein, Karl Freiherr vom 230, 251
Steiner, Paul *108*, *168*, *266*, *275*, 371, *428*, *460*, 461, 463, 470
Steiniger (Walter?) 53
Stelling, Johannes 50, *51*, *152*, *359*
Stennes, Walter *195*
Stephan, Werner 258
Steuben, Friedrich Wilhelm von 230
Straßer, Gregor *213*, 420, 439, *446*, 456
Straßer, Otto *213*, *444*, 456
Stresemann, Gustav 149, 152, 312
Ströbel, Heinrich *174*, 322
Stülpnagel, Edwin von 449

Taittinger, Pierre *152*, 209
Tantzen, Theodor 305
Teipel, Heinrich 144, 274, 277, 280, 331
Thälmann, Ernst 418
Thape, Ernst *61*, *67*
Theisen, Mathias 463
Thormann, Werner 381
Tönnies, Ferdinand 97, 99
Treviranus, Gottfried Reinhold 447
Truppel, Oskar von *276*
Tschachotin, Sergei 404, *405*, 406 f., *408 f.*, 410 f., 430
Tschiang Kai-schek *65*

Ulain, Ferenc 210
Ulitzka, Karl 280, 286, 289
Unruh, Fritz von 142, *271*, *392*, 400
Urbahns, Hugo 37

Valois, George *152*, 209
Vockel, Heinrich 295
Vogel, Hans 50
Vogelsang *170*, *449*
Vogt, Karl 229

Wagener, Otto *197*
Wagner, Friedrich Wilhelm *287*, 470
Warburg, Gustav *234*, 274, 277
Weber, August 305, 311
Weber 305
Weck, Kurt *369*
Wehberg, Hans *167*
Wehner, Josef Magnus 142
Wels, Otto 43—46, *47*, 50, 68 f., 314, *318*, 334, 338, 390, 393, 397, 409, *414*, 427, 451, *458*, 472
Westarp, Kuno Graf von 243, 418
Westphal, Max *185*, 317, *318*
Wiegner, Karl *168*, 274, 278, *389*
Wildung, Fritz 316, *396*
Wilhelm II. 243
Wilkinson, Ellen *401*
Wille, Ernst *383*
Windthorst, Ludwig *285*, 288
Winnig, August 25, 323, *343*
Winschuh, Josef 305, 311
Winterfeldt, Friedrich Karl Hermann von *188*, *422*
Winzer, Albert 65
Winzer, Otto *168*
Wirth, Josef *69*, *78*, *144*, 160 f., 206, *230*, *250*, 260, *261*, *264*, 280, 282, 284 f., 287, *288 f.*, 292 ff., 299, 302, 329, 331, 339, *423*
Wirthle *274*
Witkop, Philipp W. 142 f.
Woldemaras, Augustin 210
Wolf, Karl *275*
Wolff, Theodor 70, 305

Zankow, Alexander 212
Zogu, Ahmed 210
Zörgiebel, Karl 378
Zuckmayer, Carl *137*